Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Princeton University Library
32101 064468950

Google

902
2957

ANNEX LIB.

Library of

Princeton University.

Myl. Mo.
852

Deutſche Revue

Eine Monatſchrift
Herausgegeben von • • • • •
Richard Fleiſcher

Fünfundvierzigſter Jahrgang. Dritter Band
Juli bis September 1920

Stuttgart und Leipzig 1920 Deutſche Verlags-Anſtalt

(RECAP)

0902
.2957
v.45 pt.3-4
1920

Inhalt

des

Dritten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLV

(Juli bis September 1920)

Seite

Landesfinanzamtspräſident Dr. O. Schwarz (Magdeburg): Internationale Finanzanleihe 1
Miniſter a. D. Dr. Franz Klein (Wien): Philoſophie in der Politik 7
Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener 16. 205. 224
Profeſſor Dr. Otfried Müller, Vorſtand der Mediziniſchen Klinik in Tübingen: Die Tuberkuloſegefahr der Gegenwart und ihre Bekämpfung 33
B. W. v. Bülow: Geheimdiplomatie und Friedensreviſion 44
Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil. Herausgegeben von Profeſſor H. Ulmann . . 50. 157. 257
Karl Hans Strobl: Der Tſcheche. Eine völkerpſychologiſche Betrachtung 66. 175. 245
Baron L. v. Knorring: Aus meinen Berliner Erinnerungen 77
Landgerichtsrat W. Kulemann (Braunſchweig): Betriebsräte 83
E. C. Corti: Bismarcks Kampf mit Alexander von Battenberg und der Kaiſerin Friedrich 97. 193
Regierungs- und Baurat H. D. Krey (Berlin): Die Ausnutzung der natürlichen Kraftquellen für unſer Nationalvermögen 111
Univerſitätsprofeſſor Dr. Albert Eichler (Graz): Von deutſcher Theaterkunſt und Bühnenart 129
Karl Bälz: Deutſche Bildungsfragen (Schluß) 143
Profeſſor Dr. Otto Münch (Darmſtadt): Die Zweite Deutſche Nordpolarfahrt 1869 und 1870 151
Theodor Kappſtein (Charlottenburg-Berlin): Joſef Kohler. Striche zum Bilde einer Perſönlichkeit 182
Geſandte v. Scheller-Steinwartz: Parteiendämmerung 203
Generalleutnant Georg Graf Walderſee: Vom Militarismus und Sozialismus 208

579153

Seite

Profeſſor Dr. **Otto Münch** (Darmſtadt): Der Kampf um Perſien .. 237

Kurt Paechter: Eine Fahrt durch die deutſchen Ausgrabungsſtätten in Kleinaſien 253

H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.: Ein Ausnahmegericht 274

Kleine Revuen

Literariſche Berichte 92. 187. 279

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes 95. 190. 283

Internationale Finanzanleihe

Von

Landesfinanzamtspräſident Dr. O. Schwarz (Magdeburg)

Anderthalb Jahre ſind ſeit Einſtellung der Feindſeligkeiten, über drei Monate ſeit endgültiger Ratifizierung des Friedensvertrags ins Land gegangen. Aber die wirtſchaftliche und finanzielle Lage der europäiſchen, am Kriege beteiligt geweſenen Länder ſieht heute faſt hoffnungsloſer und drohender aus wie vor einem Jahre. Damals glaubten unſere eigenen Wirtſchafts- und Bankſachverſtändigen Deutſchland zur Not noch für fähig halten zu müſſen, bis zu 100 Milliarden Goldmark an „Wiedergutmachungskoſten", auf deutſch: an Kriegskoſtenentſchädigung zu zahlen; wer wollte nach den Verheerungen, die das letzte Jahr in unſerer Wirtſchaft und vor allem in unſeren Finanzen angerichtet hat, heute noch wagen, ſolches in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen?

Aber nicht nur bei uns haben ſich die Dinge verſchlechtert. Auch unſeren Feinden kommt immer mehr zum Bewußtſein, wie ſtark der Krieg die Völker Europas wirtſchaftlich und finanziell ausgepumpt und erſchöpft hat. Wer die Geſchichte der Kriegsfinanzen genau verfolgt, ſieht, daß eigentlich ſchon Ausgang 1916, Anfang 1917 der Zeitpunkt eingetreten war, von wo ab die europäiſchen Großmächte den Krieg auf dem Niveau, auf welches ihn die gegenſeitigen militäriſchen Anſtrengungen hinaufgetrieben hatten, entweder nur mit ausländiſcher Hilfe (England, Frankreich, Italien) oder unter rapide wachſendem wirtſchaftlichem Raubbau und Geldverſchlechterung (Zentralmächte und Rußland) weiterführen konnten. Ja, die amerikaniſche Hilfe konnte ſelbſt unſere europäiſchen Gegner nicht von ähnlichen Wirkungen, wie ſie ſich bei uns zeigten, völlig retten. Nur ein Grad-, kein Artunterſchied lag vor. Das tritt ſeit Beendigung der Feindſeligkeiten, ſeit dem Augenblick, wo die Vereinigten Staaten ihre helfende Hand von den ehemaligen Alliierten mehr und mehr zurückziehen, immer deutlicher zutage.

Es ſind die Koſten der Liquidierung des Krieges, der Demobiliſierung, iſt der Wiederaufbau der zerſtörten Gebiete, ſind mehr noch die allgemeinen in Streiks, Putſchen, Arbeitsverkürzungen, Lohnerhöhungen zutage tretenden ſozialen und wirtſchaftlichen Nachwirkungen des Krieges, welche die Schulden und Budgets der ehemals kriegführenden Länder immer ſtärker anſchwellen

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

laſſen, die wirtſchaftliche Geſundung in immer weitere Ferne rücken. Es gibt keinen der europäiſchen Großſtaaten — ſelbſt England nicht ausgenommen —, der nicht in Zukunft die Hälfte und mehr der laufenden Ausgaben der toten Laſt des Schuldendienſtes opfern müßte, keinen, der nicht das Vier-, Fünf- und Mehrfache an Steuern aufzubringen hätte wie vor dem Kriege. Und wie ſieht es wirtſchaftlich aus?

Während die ungezählten, durch den Krieg zerſtörten Werte nur durch eine gegen den Friedensmaßſtab weit geſteigerte, ja fieberhafte Produktivität wieder erſetzt werden könnten, laſſen die Arbeitsunluſt, die politiſche Unruhe in den Arbeiter- und Angeſtelltenmaſſen auf der einen, der Rohſtoffmangel, die Verkehrsmängel, die Valutaſchwankungen, die gegenſeitigen Warenabſperrungen der Länder auf der anderen Seite die Produktionsziffern in den einzelnen Ländern und Wirtſchaftszweigen noch nicht einmal die Hälfte, zwei Drittel, günſtigſtenfalls drei Viertel der Friedensproduktion erreichen.

Wie ſollen dieſe Zuſtände enden? Wie ſoll bei ſolchen Ausſichten der drohende Staats- und Volksbankrott aufgehalten werden?

Der heroiſche Verſuch der einzelnen Völker und Staaten, aus ſich ſelbſt heraus durch Fort- und ſtellenweiſe (Italien) Neueinführung der Zwangswirtſchaft und Rationierung, durch Verbot von Luxuseinfuhren und von Produktionsmittelausfuhren uſw. ſich wieder emporzuarbeiten, verdient Bewunderung, ſcheint aber mehr und mehr zur Ausſichtsloſigkeit verdammt zu ſein. Einfuhrverbote und -einſchränkungen von entbehrlichen Bedarfsgegenſtänden in weiteſtem Sinne auf der einen Seite, Ausfuhrverbote von Produktionsmitteln, von wertvollen, im Lande erzeugten Rohſtoffen auf der anderen, beides Maßnahmen, in denen heute die Länder miteinander wetteifern, bringen zwar dem eigenen Lande zunächſt einen gewiſſen Nutzen, müſſen aber auf die Dauer die Weltwirtſchaft lahmlegen und ſchließlich nachteiligſt auf die eigene Wirtſchaft zurückwirken. Was die finanzielle Seite des Wiederaufbaus aus eigener Kraft anlangt, ſo geraten die finanziell ſich ſelbſt überlaſſenen Länder, und zwar Sieger wie Beſiegte, wenn auch letztere in ſtärkerem Ausmaße, trotz enormſter Steigerung ihrer Steuerlaſten, drakoniſchſter Steuerſtrafen, immer tiefer in die Abhängigkeit von der Notenpreſſe hinein, ihre Valuten verlieren jeden Halt, jede Stabilität, Zuſtände, die dann wieder von den finanziell ſchwächeren auf die finanziell ſtärkeren Staaten, welche den Ertrinkenden ihre Hilfe verweigern, aufs ſtärkſte und nachteiligſte zurückwirken und auch ihrerſeits einen intenſiven Wirtſchaftsverkehr von Land zu Land mehr und mehr unmöglich machen.

Kein Wunder, wenn unter ſolchen Umſtänden die von weitſichtigen Köpfen aller Nationen ſchon ſeit lange erkannte *Notwendigkeit gemeinſamen Zuſammenſchluſſes der ehemals kriegführenden Länder*, unter Beteiligung neutraler und unter Führung wirtſchaftlich und finanziell beſonders ſtark gebliebener Staaten, wie vor allem der Vereinigten Staaten, immer weiteren Kreiſen des In- und Auslandes zum Bewußtſein kommt, eines

Zuſammenſchluſſes mit dem Ziele, in durchdachtem planmäßigem Vorgehen und mit Unterſtützung der ſchwächeren durch die ſtärkeren Elemente gemeinſame Sanierungsmaßnahmen zu treffen, die allein in abſehbarer Zeit Europa wieder aus dem wirtſchaftlichen und finanziellen Elend, in das es durch den Krieg geraten iſt, herausführen und den drohenden Verfall dieſes alten Kulturgebiets noch im letzten Augenblick verhindern können.

Die Tatſache der Einberufung von Wirtſchafts- und Finanzkonferenzen in Spaa und Brüſſel, zu welchen auch die Zentralmächte zugezogen werden ſollen, ſowie alles, was über die Ziele dieſer Konferenzen bisher verlautbart iſt, laſſen hoffen, daß man auch in offiziellen Kreiſen der Entente endlich ſich von der Notwendigkeit überzeugt hat, gemeinſame, energiſche und ſchnelle Schritte in dem oben angedeuteten Sinne zu unternehmen, ſo daß man ſchon faſt verſucht ſein möchte, anzunehmen, daß gerade die Ausſicht auf kommende internationale Sanierungsmaßnahmen den Spekulanten und Schiebern der ganzen Welt den gewaltigen Schrecken eingejagt habe, deſſen Folgen wir zur Zeit in vermehrtem Warenangebot und ſinkenden Preiſen nicht nur in Deutſchland, ſondern auf allen großen Märkten der Welt begegnen.

Wie jene internationale Aktion gedacht iſt, iſt noch nicht bekannt geworden und iſt vielleicht den Einberufern der Konferenzen ſelbſt noch nicht völlig klar. Nach den früheren Auslaſſungen von offizieller amerikaniſcher Seite ſollte man auf große finanzielle Unterſtützungen von Staat zu Staat, namentlich ſeitens der Vereinigten Staaten, kaum zu rechnen, ſondern ſich mehr mit Begünſtigung von Abreden zwiſchen den großen Induſtrie- und Handelsverbänden der Länder untereinander zu begnügen haben. Da indeſſen gerade die Behebung und Milderung *der finanziellen Not* der europäiſchen Großmächte eine ſehr wichtige Vorausſetzung für nutzbringende wirtſchaftliche Verſtändigungsaktionen ſein dürfte, ſo wird eine völlige Abſtandnahme von finanzieller Zuſammenarbeit zwiſchen Staaten und Staaten kaum möglich ſein, neben der dann — allerdings unter Schutz und Garantie der beteiligten Staaten — gemeinſame Verſtändigungen zwiſchen den privaten Unternehmer- und wohl auch Arbeiterkreiſen und -verbänden herzugehen hätten.

Mag indeſſen die kommende internationale Finanz- und Wirtſchaftsaktion eine Geſtalt annehmen, welche ſie wolle, eins ſteht ſchon heute feſt, daß ihre Bedeutung für den wirtſchaftlichen Wiederaufbau Europas *gar nicht hoch genug* veranſchlagt werden kann.

Als großer, ganz allgemein-politiſcher Nutzen ſpringt ſofort in die Augen, daß in einer Zeit, wo die Auswüchſe des Kapitalismus, wo der Egoismus, um nicht zu ſagen, die Geſinnungsloſigkeit des Kapitals die abſchreckendſten Formen annehmen, wo die ſogenannte „Internationalität" des Kapitals ſich in den raffinierteſten Arten der Steuer- und Kapitalflucht kundgibt, es geradezu wie eine Ehrenrettung des kapitaliſtiſchen Syſtems wirken würde, wenn die großen Kapitalien aller Länder der Erde in ein den Wiederaufbau Europas ſicherndes befruchtendes Sammelbecken zuſammenſtrömen würden. In der Beſſerung der wirtſchaftlichen Zuſtände, Vermehrung der Gebrauchsgüter, Zurückſchraubung des maßloſen Preisniveaus, die mit Beſtimmtheit aus einer ſolchen Aktion zu erhoffen ſind, wären zugleich vielleicht die ſtärkſten Dämme gegen bolſchewiſtiſche und kommuniſtiſche Fluten gegeben, deren innere Triebkräfte unzweifelhaft vor allem in dem großen wirtſchaftlichen und finanziellen Elend weiter Gebietsſtriche und Bevölkerungskreiſe ſtets neue Nahrung und neue Kraft finden.

Weiter würde eine derartige gemeinſame Aktion wie kaum eine andere Maßnahme zu der für die Wiederbelebung der Weltwirtſchaft ſo außerordentlich wichtige, ja notwendige Wiederannäherung der Völker, zur Zurückdrängung der tiefgewurzelten Haßgefühle, welche der Krieg erzeugt hat, beitragen. Nur eine beſchleunigte Wiederbelebung der weltwirtſchaftlichen Beziehungen unter baldigſter Wiedereinreißung bzw. verſtändnisvoller Ausgleichung der gegenſeitigen Einfuhr- und Ausfuhrbeſchränkungen der verſchiedenen Länder werden die letzte Urſache des Weltelends: Zurückbleiben der Produktion wie der Promptheit der Güterverteilung hinter der durch die Arbeiter- und Angeſtelltenmaſſen erzwungenen Verbreiterung der Konſumtionsbaſis an notwendigen wie Luxusgütern beſeitigen können, ehe es zu ſpät iſt, d. h. ehe die Unzufriedenheit der Maſſen in wahnwitziger Verblendung das kunſtvolle, aber ſchwer erſchütterte Gebilde des heutigen Wirtſchaftsſyſtems und Kulturgebäudes vollends zerſchlägt.

Unmittelbarſte Folge internationaler Finanztransaktion würden endlich gegenſeitige Handelsabreden zwiſchen Gläubiger- und Schuldnervölkern ſein, da die ihren Kredit und in gewiſſem Maße ihre Steuerkraft zur Verfügung ſtellenden Länder ſolche Abreden als Entgelt für ihre Hilfe ſicherlich beanſpruchen würden. Durch ſolche Abreden würden aber wiederum, ebenſo wie durch die auf dem Gebiete des Geld-, Zahlungs- und Verrechnungsweſens zu treffenden Maßnahmen, die ſich notwendig an gemeinſame internationale Finanz- und Wirtſchaftstransaktionen anſchließen müßten, die weltwirtſchaftlichen Beziehungen eine ungeheure, nachhaltigſte Belebung erfahren. Wenn man einmal näher darüber nachdenkt, auf welchem Wege der die geplanten gemeinſamen Wirtſchafts- und Finanztransaktionen vermittelnde Kredit- und Geldverkehr vor ſich gehen ſoll, ſo wird man unter anderem die Einrichtung einer gemeinſamen internationalen Noten- und Girobank ſowie eines gemeinſamen Scheck- und Clearingweſens als kaum entbehrliches Glied der Aktion anſehen müſſen. Mit einem Schlage würden damit alte Pläne und Träume namhafter Wirtſchafts- und Finanzgelehrter und -politiker aller Nationen von Weltclearing, Weltgiro und Weltnoten Erfüllung finden.

Über die Zweckmäßigkeit, Erwünſchtheit, ja geradezu Notwendigkeit einer großen internationalen Transaktion von einer ſo weitreichender Auswirkung können nach alledem Zweifel kaum noch obwalten. Auch kann als vollkommen ſicher gelten, daß eine große internationale Finanzanleihe, wie ſie unter anderem der franzöſiſche Senatspräſident Bénoiſt zwiſchen dem 15. und 20. April d. J.

im franzöſiſchen Senat angeregt hat, die im Namen oder unter Garantie der Großmächte und neutraler Staaten aufgelegt würde, gerade, weil ſie in ſich ſelbſt eine ſo große Bürgſchaft für ihren Erfolg und ihre wertvollen Rückwirkungen auf alle beteiligten Länder trägt, zahlloſe, jetzt zinslos in Strümpfen und Safes des In- und Auslands ſchlummernde Barmittel ans Licht rufen und Kapitaliſten der ganzen bewohnten Erde zu Anleihezeichnern anlocken würde.

So ſollte man ſich faſt wundern, daß die Aktion nicht ſchon längſt ins Leben gerufen worden iſt. Wie viel Leiden, Sorgen und Elend hätten der unter den Folgen des Krieges zuſammengebrochenen Bevölkerung Europas durch ſchnelleres Handeln erſpart werden können! Der Grund der Hinausſchiebung lag einmal wohl in der immer noch großen Ungeklärtheit der politiſchen Lage in den wichtigſten beteiligten Staaten, ſodann in der Unverſöhnlichkeit und in dem Haß der ehemaligen Gegner gegeneinander, weiter aber vor allem ohne Zweifel auch in der großen *Schwierigkeit der praktiſchen Durchführung des Problems* ſelbſt, die bei näherer Vertiefung in dasſelbe uns in der verſchiedenſten Richtung entgegentreten. In welchem Ausmaße zunächſt ſoll eine ſolche Anleihe gegeben werden? Sicherlich wird ſie in erſter Linie (darauf ſcheinen auch die Beſprechungen in Hythe abgekommen zu ſein) beſtimmt ſein müſſen, den beſiegten Völkern die Mittel zur Befriedigung der gegneriſchen Forderungen aus dem Friedensvertrage vorzuſchießen, da gerade die hinter uns liegenden Monate auch dem Blindeſten offenbart haben, daß die im Krieg unterlegenen Mächte aus eigener Kraft heraus nicht einmal die eigenen, geſchweige denn die fremden aus dem Kriege folgenden Laſten zu tragen imſtande waren, und daß, ſoweit Leiſtungen in natura trotzdem erzwungen wurden, dieſe auf die einheimiſche Volkswirtſchaft verheerend zurückwirkten und außerdem die Entſchädigungen für die liefernden Geſellſchaften und Privaten nur mit dem unheilvollen Mittel der Notenpreſſe aufgebracht werden konnten.

Man wird aber kaum umhin können, mit internationalen Anleihemitteln auch darüber hinaus beſonders ſchwachen Ländern, für die keine Ausſicht beſteht, ihre ſchwebenden Schulden, namentlich gegenüber den Notenbanken, einzudämmen, geſchweige denn abzudecken oder zu konſolidieren, unter die Arme zu greifen, um ſie zu vertrauenswürdigen Kunden und Schuldnern der beſſergeſtellten Länder werden zu laſſen, wobei ich allerdings an ſolche Summen, wie ſie Bénoiſt vorſchlägt (300 Milliarden), kaum denken kann und ſolche auch gar nicht für unbedingt notwendig halte.

Ganz außerordentliche Schwierigkeiten wird weiter die mit dem Problem notwendig verbundene Regelung der Valutenfrage, des Verrechnungskurſes der verſchiedenen Geldeinheiten (Franken, Lira, Mark, Krone) machen, ohne die man ſelbſt bei Schaffung eines neuen, für die internationalen Transaktionen einzuführenden Geldwertzeichens nicht herumkommen wird, ſchon weil man von der Anleihezeichnung die Inhaber von Mark-, Kronen- uſw. -noten und -valuten kaum wird ausſchließen wollen, und weil doch auch behufs Regelung der Zins- und Tilgungszahlungen kaum auf ein feſtes Verhältnis ſeiner internationalen Werteinheit zu der Währung der beteiligten Länder verzichtet werden kann, wobei im übrigen nicht ausgeſchloſſen zu ſein brauchte, daß dieſes Verhältnis in gewiſſen Zeiträumen einer Veränderung auf Grund gebeſſerter Wirtſchafts- und Finanzverhältniſſe unterworfen werden könnte.

Nicht zu unterſchätzen iſt ſodann die Schwierigkeit der Frage der Feſtſetzung der Höhe weniger des Tilgungsſatzes als des Zinsfußes der Anleihe. Er darf nicht zu hoch ſein, um nicht den einheimiſchen Märkten zuviel Kapital zu entziehen, muß aber andererſeits auch wieder hoch genug ſein, um auf das internationale Kapital anreizend zu wirken. Wird man einen Mittelſatz gefunden haben, ſo weiß man aber noch nicht, wie er bei der großen Verſchiedenheit der Landeszinsfüße in den einzelnen Ländern wirken wird. Auch die Steuerfreiheit der internationalen Anleihe, die wohl für alle Länder zugeſichert werden müßte, wird bei der Verſchiedenheit der Steuerſyſteme und Steuerſätze in den verſchiedenen Ländern recht verſchiedene, der Löſung des Problems abträgliche Wirkungen auslöſen.

Weitere ſehr große Schwierigkeiten wird die Frage machen, welche Sicherungen die ſchuldneriſchen Staaten zu leiſten haben, welche Kontrollen nötig, welche Zwangsmaßnahmen gegen ſäumige Zahler zuläſſig ſind uſw.

Auf die zahlreichen Schwierigkeiten endlich, welche ſich den Handelsabreden, den Vereinbarungen zwiſchen den vielen in ihren Intereſſen differierenden Induſtrie- und Handelsverbänden der verſchiedenen Länder entgegenſtellen, braucht ebenfalls nur hingewieſen zu werden, um erkennen zu laſſen: Das zu löſende Problem iſt von außerordentlichſter Vielſeitigkeit und ſchließt zahlloſe ſchwierige Einzelfragen in ſich, die im vorſtehenden nur ganz kurz angedeutet werden konnten. Und doch all ſolche Erſchwerungen und Hinderniſſe dürfen den Willen zur Tat keinen Augenblick hemmen!

Das zu erſtrebende Ziel iſt ein ſo heiß zu erſehnendes, ſo ungeheuer dringliches und zugleich doch auch reizvolles, daß die beſten Köpfe aller Länder ſich Tag und Nacht damit beſchäftigen ſollten, wie ſie es der Erreichung näher bringen könnten. Wenn man ſieht, mit wieviel Vorausſicht und Raffiniertheit das derzeitig unſeren Feinden vorſchwebende Problem des Friedensvertrags: „Wirtſchaftliche Verſtümmelung Deutſchlands“, in wenigen Monaten von ihnen gelöſt worden iſt, ſo braucht man nicht daran zu zweifeln, daß es auch den zu der Konferenz abzuſendenden Politikern und Sachverſtändigen nunmehr, wo die Vernunft wieder zu ihrem Rechte zu kommen ſcheint, verhältnismäßig bald gelingen wird, einen annehmbaren Weg zu finden, dieſe wirklich gute, dem Wohle Europas, ja aller Völker dienende Sache einem glücklichen Ende entgegenzuführen. Quod bonum, felix, faustum, fortunatumque sit! Hoffen wir, daß die Abreden von Spaa „wieder gutmachen“ werden, was die Bedingungen von Verſailles geſündigt haben!

Philoſophie in der Politik

Von

Miniſter a. D. Dr. Franz Klein (Wien)

Das Leben iſt unſicher geworden. Macht, Vermögen, Klaſſenlage, Verkehrsformen, Urteile wechſeln. Unzählige, die bisher mit feſten Überzeugungen daſtanden, fühlen den Boden ſchwanken und ſuchen nach geiſtigem Halte. Wenn ſie ihn nicht im Überirdiſchen finden, fragen ſie nach der Vernunft des Lebens, gehen dem Rätſel des Seins nach und wollen ſoviel an Welterkenntnis, um daraus Troſt ſchöpfen zu können. Mit anderen Worten, ſie philoſophieren. Wie die Geſellſchaft jetzt mehr, als man es früher für möglich gehalten hätte, von Politik durchtränkt iſt, ſo iſt mit dem Nachdenken und Grübeln über Zweck des Geſchehens, Menſchentum, Schickſal und ähnliches in volkstümlicher Faſſung Philoſophie im Volke eingekehrt. Dieſes Doppelgeſtirn vermehrt die merkwürdigen Züge der in Krämpfen zuckenden Übergangszeit. Politik und Philoſophie erſchienen ſonſt ſo himmelweit voneinander verſchieden, als ſich Politiker und Philoſophen verſtändnislos gegenüberzuſtehen pflegen: die einen Tatmenſchen, die anderen gelehrte Denkkünſtler, die erſten ganz der zeitlichen Wirklichkeit hingegeben, die zweiten der Zeitloſigkeit des Überſinnlichen. Bei näherem Zuſehen verliert aber die Scheidung an Strenge. Für Politik als Staatskunſt und Philoſophie als Wiſſenſchaft iſt das leicht zu zeigen, und was ſich in äußerſter Verdichtung ſeines Weſens nicht widerſtrebt, wird in ſeinen ungenaueren Vulgärformen, im Politiſieren und Philoſophieren des Volkes, um ſo eher zuſammenfließen.

1. Die Philoſophie hat vor allem politiſche Arbeit verrichtet, indem ſie überlebte oder unerträgliche ſtaatliche Zuſtände untergrub und für neue Gebilde Raum machte. Helvétius, Montesquieu, die Enzyklopädiſten, J. J. Rouſſeau und die Männer um Grimm und Holbach, alſo die franzöſiſche Geſellſchaftsphiloſophie war es, die für die Notwendigkeit einer völligen Neugeſtaltung des ſeit Ludwig XIV. dahinſiechenden Staatsweſens eintrat und damit den Umſturz ins Werk zu ſetzen begann. Die Ableitung der Moral, die philoſophiſchen Erörterungen über die Gottheit, das Ausdeuten der Natur, der Skeptizismus, alles diente dazu, die Geiſtigkeit zu zerſtören, auf die ſich die alten Staatsgewalten ſtützten. Ebenſo fing die Erlöſung von der Knechtſchaft, die Napoleon den deutſchen Ländern aufgezwungen hatte, philoſophiſch an. J. G. Fichtes Reden an die deutſche Nation bereiteten die Freiheitskriege wie die politiſche Verjüngung Deutſchlands vor.

2. Aber auch zu geordnetem Fortſchritte gab die Philoſophie den Anſtoß. In Frankreich zeichnete A. Comte die Umriſſe eines Staatsweſens, in dem ſchon viele Eroberungen der ſpäteren Politik vorweggenommen ſind. In dieſem Staate ſollte nämlich die poſitive Philoſophie das ſoziale Gebiet, die

Kunſt und die Induſtrie durchdringen und mit dem Volke verbunden, die Beziehungen zwiſchen Arbeitern und Unternehmern verſittlichen. Keine unbeſchränkte wirtſchaftliche Freiheit, dafür aber Humanität und zunehmende Verwandlung der politiſchen Organiſation in eine moraliſche. Wenn in dieſem Vorſchlage immerhin das Philoſophiſche Oberhand hat, wurde in England von H. Spencer für den Staat der induſtriellen Periode ein durchaus politiſcher Plan entworfen. Der Staat iſt der einzelnen willen da und ſoll deren Glücksſtreben freie Bahn laſſen. Jeder ſoll ſoweit vollſte Freiheit haben, ſeine Fähigkeiten auszuüben, als es ſich mit der gleichen Freiheit der anderen verträgt. Die Staatsgewalt hat nur Frieden und Recht zu ſichern: keine Einmiſchung in die Angelegenheiten der Bürger, kein Eingreifen zugunſten der Schwachen, kein Gemeineigentum und keine öffentliche Erziehung. Es iſt der Staatstypus des politiſchen und wirtſchaftlichen Liberalismus, der im weſentlichen auch von J. St. Mill, gleichfalls ein zünftiger Philoſoph, gebilligt wurde. Nebſtdem hat die engliſche Philoſophie des Utilitarismus eine Art moraliſch-politiſche Geſellſchaftsordnung aufgebaut, vielleicht die ſtärkſte und am unmittelbarſten praktiſch wirkende ſtaatspolitiſche Leiſtung der Philoſophie. In der politiſchen Geſchichte des vergangenen Jahrhunderts ſind die Einwirkungen dieſer philoſophiſchen Ideen genau nachweisbar. Schade, daß die Anſchauungen H. Spencers vor dem Syſtem A. Comtes zur Geltung kamen!

In Deutſchland ließen es ſich die Philoſophen, Kant und J. G. Fichte voran, angelegen ſein, der Abkehr von Abſolutismus und Polizeiſtaat durch Klärung des Weſens des Rechts- und Verfaſſungsſtaates vorzuarbeiten. Sicheres Walten der Rechtsordnung, nicht Wohlfahrtspflege war ihnen Zweck des Staates. Kant bekämpft den Erbadel, weil er der natürlichen Rechtsgleichheit zuwider iſt, befürwortet Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung und erachtet für Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit die konſtitutionelle Monarchie mit geteilten Gewalten als das beſte. Fichte rang ſich vom Schutzſtaate und von Rouſſeau zum Volksſtaate durch, in dem der geſetzgebende Volkswille den Monarchen beaufſichtigt.

Von weiteſttragender politiſcher Bedeutung iſt aber Fichtes Philoſophie dadurch geworden, daß ſie die drei politiſchen Hauptfragen des 19. Jahrhunderts aufwarf. Sie zog ſchon vor A. Comte aus „dem großen Plane der Verwirklichung des ſittlichen Zweckes“ die ſoziale Folgerung, daß es jedem Staatsangehörigen möglich ſein müſſe, von ſeiner Arbeit zu leben, wofür Fichte ſpäter im „geſchloſſenen Handelsſtaate“ die erforderliche Staatsorganiſation darlegte. Daran ſchloß ſich der nationale Gedanke als Erziehung des deutſchen Volkes zum Pflichtbewußtſein, und mit ihm verband ſich die Idee, daß ſittliche und geiſtige Volksbildung Obliegenheit der Staaten ſei und in einen Vernunftſtaat überzuführen hätte. G. W. Hegels Anteil an der Politik war von anderer Art. Sein Staatsideal war, wie W. Windelband bemerkt, ein Staat, in dem ſich der geſamte Inhalt des gemeinſamen Geiſteslebens ausprägt und alle weſentlichen Intereſſen der Menſchen wie ſeine Kulturtätigkeit ihre Realiſation finden. In allen ſtaatlichen Einrichtungen, lehrt Hegel, hat der Volksgeiſt zu walten und die geſetzgebende Macht zu ſein, und als die richtige Staatsform fordert auch er die konſtitutionelle (Erb-) Monarchie. Hegel hat ferner — auf Rouſſeau und H. Saint-Simon fußend — das begriffliche Auseinanderhalten von Staat und Geſellſchaft gefordert, das für die Politik des modernen Staates ſo belangreich wurde. An die Philoſophie Hegels und L. Feuerbachs lehnte ſich dann das Syſtem von K. Marx, mit dem die Zweifel an der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft und die Maſſen in der Philoſophie ihren Einzug halten und deſſen Geſchichtsauffaſſung gleichfalls Philoſophie iſt. Die Entwicklung des Sozialismus war übrigens ſchon ſeit dem 18. Jahrhundert in engſter Beziehung zur Philoſophie. So hat die deutſche Philoſophie nacheinander den Rechts-, den Kultur- und den Sozialſtaat teils erdacht, teils entſcheidend ſeiner Aufrichtung die Bahn geebnet.

3. Die Philoſophie war der Politik häufig auch durch Gedanken hilfreich, die der Feſtigung von Staat und Geſellſchaft oder dem Heranbilden des Menſchen zu tüchtigen Bürgern nützen. Vor allem iſt der Kern der Lebens- und Weltauffaſſungen oder -auslegungen, von denen politiſches Bekenntnis und Handeln in der Regel abhängig ſind, zumeiſt — bewußt oder unbewußt — der Philoſophie entnommen. Ferner iſt zu erinnern an die von Helvétius gelehrte Anpaſſung der natürlichen menſchlichen Selbſtſucht an das Wohl des Ganzen, an den Altruismus, der von A. Comtes vivre pour l'autrui ſtammt, und an die Steigerung der „Soziabilität“ der Menſchen durch die engliſche Wohlfahrtsmoral, die ebenfalls Einzel- und Geſamtwohl in Einklang bringen will. Beſonders hoch anzuſchlagen ſind die hierher gehörigen Beiträge der deutſchen Philoſophie: nebſt dem früher Angeführten der Pflichtbegriff, das koſtbare Kleinod in der Sittenlehre Kants und Fichtes, die Mitleidsmoral A. Schopenhauers ſowie die Betonung des Willens, der Energie und der Perſönlichkeit im Werke Fr. Nietzſches. Die reichſte Gabe aber, die Keime von unerſchöpflicher Fruchtbarkeit in ſich trägt, iſt der deutſche Idealismus, der in der Philoſophie mit Leibniz beginnt und ſeither ungeachtet mancher Gegnerſchaft deren Marke wie die des deutſchen Geiſtes iſt.

*

So flüchtig dieſe Überſicht iſt, beſtätigt ſie doch das Hand in Hand gehen von Politik und Philoſophie. Die Philoſophie bleibt auch, wo ſie ſich mit Dingen des Staates und der öffentlichen Intereſſen abgibt, durch und durch ſie ſelbſt: Forſchen, Wahrheitſuchen. In der Politik zeigt ſie Ziele auf und entwirft Grundriſſe, in beidem weit ausſchauendes Betrachten des geſamten Seins und ewig kreißenden Werdens und deshalb dem gewöhnlichen politiſchen Rechnen mit veränderlichen Parteien und einem begrenzten Stücke der nächſten Umgebung überlegen. Juſt in ihrer Beziehung zur Politik hat ſich die Philoſophie am meiſten als hellſehendes Zukunftsſchauen erwieſen, wogegen im Lichte der Philoſophie die Politik ein „in ſeinen einzelnen Fortſchritten durchaus naturnotwendig bedingter Prozeß“ und nur ein Teil der allgemeinen Vernunft- oder Geiſtesgeſchichte iſt, der deshalb nie dauernd hinter allen übrigen geiſtigen Entwicklungen zurückbleiben kann. Politik und Philoſophie haben vieles gemeinſam. Die erſtere hat ſchöpferiſche Änderungen in der Außenwelt zu bewirken, indem ſie — gleichgültig, ob Staats-, Klaſſen- oder Parteipolitik — Maſſen auf ein Ziel hin in Bewegung ſetzt und ſie ſo ordnet, wie es zu dieſem Behufe zweckmäßig ſcheint. Die Philoſophie in denjenigen ihrer Zweige, die für die Politik in Betracht kommen, hat desgleichen Gedanken, Ideale in ſolcher Weiſe zu vermitteln, daß die Menſchen daran glauben und gegebenenfalls danach handeln. Das Leben iſt ſonach beiden Ausdruck, Projektion des Geiſtes, und wo die Philoſophie ſich mit Politiſchem beſchäftigt, könnte man, wie Hegel von der Religion, ſagen: Die Politik enthält in der Vorſtellung, was die Philoſophie im Begriffe darſtellt. Wie ſehr jene Ziele und Gedanken hier wie dort übereinſtimmen, iſt aus den früheren Beiſpielen zu entnehmen. Beide trachten nach dem Ideale des beſten Staates, beiden ſchwebt Gleich- und Wohlklang des materiellen und geiſtigen Daſeins vor und unter Umſtänden erhebt ſich die Politik hierbei zu ebenſolcher Geiſteshöhe wie die Philoſophie. Die beſtimmende Kraft, die beide Gedankengruppen ausſtrömen, iſt inſofern verſchieden, als politiſches Denken mitunter durch irgendeine Art Zwang unterſtützt wird. Den fehlenden Zwang erſetzt aber die Philoſophie durch ihr kühleres, reineres, tieferes und ſchwerer widerlegbares Denken. Dieſe innere Verwandtſchaft wurde zeitlich erkannt. Schon im 17. Jahrhundert erwähnt ſie Chr. Wolff. Ihm waren Ethik und Politik Unterabteilungen der praktiſchen Philoſophie. H. Saint-Simon erblickte in der Politik ebenfalls eine Spezialiſierung allgemeinerer philoſophiſcher Gedanken; er behauptete, jedes philoſophiſche Syſtem ſei mit einem politiſchen verbunden, das ſich auf erſteres gründe. Eine ſo regelmäßige Gleichzeitigkeit im Wechſel der politiſchen und philoſophiſchen Richtungen wird aber kaum nachweisbar ſein. In weniger anfechtbarer Weiſe bekräftigt A. Comte den Zuſammenhang. Ihm iſt die Philoſophie wichtiger als die Politik, weil ſich die letztere nach der Philoſophie zu richten habe. In unſeren Tagen ſind zwei deutſche Gelehrte auf die Anſicht Chr. Wolffs zurückgekommen. Der Staatsrechtslehrer G. Jellinek verlangte, daß jedes philoſophiſche Syſtem eine Staatslehre entwerfe, und nach dem Philoſophen W. Dilthey iſt die Philoſophie eine innere Kraft, die auf Steigerung des Menſchen und Fortbildung der Lebensordnungen von Wirtſchaft, Recht, Staat uſw. hindrängt. Das iſt Wort für Wort ebenſo für die Politik wahr und läuft demnach, was aus verſchiedenen Gründen zuviel ſein dürfte, auf völliges Einsſein hinaus.

Die Verbindung von Politik und Philoſophie iſt nichts Geſetzmäßiges und — wie das Beiſpiel Englands und Frankreichs zeigt — auch dort, wo ſie ſich findet, nicht notwendig eine immerwährende Erſcheinung. Sie weiſt auf ein Überwiegen des Intellektuellen in den politiſchen Hergängen und als ſolches kann ihre Ständigkeit in den deutſchen Ländern nicht wundern. Einerſeits war hier die ganze Umwandlung vom Abſolutismus zum heutigen Staate vorzugsweiſe das Werk des intelligenten Bürgertums, der geiſtigen ebenſo wie der wirtſchaftlichen Berufe und der Arbeiterintelligenz und wurde den geſchichtlichen Mächten, der Krone und den ihr nahen Gruppen abgerungen. Andererſeits hatte in neuerer Zeit die Philoſophie wohl nirgends in der bürgerlichen Geſellſchaft ſolchen Widerhall wie in Deutſchland während eines großen Teiles des 19. Jahrhunderts und insbeſondere zur Zeit der geiſtigen Grundlegung des modernen Staates. Hier laſſen ſich drei Abſchnitte unterſcheiden. Im erſten iſt die Philoſophie bemüht, das Muſter des Staates, der aus abſolutiſtiſcher und ſtändiſcher Herrſchaft zu erlöſen vermöchte, und deſſen innerer Ordnung (politiſche Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrung der Menſchenwürde, Verzicht auf Bindungen von Religion und Wiſſenſchaft u. a.) zu rechtfertigen und geiſtig zu verankern. Es kam ihr dabei ſehr zuſtatten, daß ſie im weſentlichen eine idealiſtiſch-optimiſtiſche war und die führenden Philoſophen bei allen ſonſtigen Anſichtsverſchiedenheiten in Sachen des Staatsproblems einander mehr oder weniger fortſetzten. Kant pflügte das politiſche Feld, Fichte ſtreute als begeiſterter Säemann die leitenden politiſchen Ideen aus, und Hegel erweckte das deutſche Volk aus ſtaatsfremdem Weltbürgertume zum Staate des Volksgeiſtes, zum Nationalſtaate. Dazu kam als weiterer günſtiger Umſtand, daß dieſe politiſche Philoſophie auf wenig Widerſtand ſtieß. In der Geſellſchaft überwog die Vorliebe für Äſthetiſches, Religiöſes und Wiſſenſchaftliches, und trotz des Fichteſchen Satzes, wir ſeien zum Handeln da, waltete Betrachten, Sinnen und Innenleben vor. Die Romantik war der Aufklärungsphiloſophie feindlich, doch ihre Gegnerſchaft war mehr literariſch. Echte politiſche Beſtrebungen, um die Staatslehre der klaſſiſchen Philoſophie in Tatſachen umzuſetzen, begannen erſt nach Hegel, und zumeiſt unter dem Einfluſſe ſeiner Schriften.

Der zweite Abſchnitt umfaßt die Zeit nach Hegels Tod bis zur Verfaſſungsgeſetzgebung der ſechziger Jahre. Die politiſchen Antriebe, die aus der franzöſiſchen Revolution und den Befreiungskriegen entſprungen waren, hatten ſich nun erſchöpft. Die Reſtauration ließ keine Hoffnung auf fortſchrittliche Neuerungen aufkommen. Eine neue philoſophiſche Staatstheorie wurde nur von Fr. J. Stahl aufgeſtellt, der unter Friedrich Wilhelm IV. zu dem Zwecke nach Berlin berufen worden war, Hegel zu bekämpfen. Mit ſeinem Muſterbilde eines konſervativen Autoritätsſtaates hatte er aber wenig Glück. Die Geiſter ſtanden ſo ſehr im Banne des Hegelianismus, daß alle politiſchen und geſellſchaftlichen Anſprüche, die der Druck der Reaktion und die anhebenden wirtſchaftlichen Veränderungen erzeugten, an die Hegelſche Philoſophie anknüpften oder in dieſer ihre Stütze ſuchten: der Liberalismus und die Demokratie ebenſo wie der Sozialismus, die Fortbildung der Ideen des Nationalſtaates, der Materialismus, die verſchiedenen religiöſen Bewegungen uſw. Das war die zweite Art, wie Hegel über ſeine Staatsphiloſophie hinaus an der Politik mitarbeitete. Der dritte Abſchnitt beginnt mit dem Siege des Liberalismus und dem tatſächlichen Übergange zum Verfaſſungsſtaate, letzten Endes ein Sieg der Ideen der großen deutſchen Philoſophen und des Spencerſchen Staatsbildes, ſo daß man kaum, wie es in einem jüngſt erſchienenen Buche geſchieht, mit Bezug auf die Staatsphiloſophie Kants und Fichtes von Staatsutopien reden kann. In dieſem jüngſten Abſchnitte, der bis zum Kriege reicht, iſt die Philoſophie nicht mehr wie einſt Staatsbaumeiſter. Der monarchiſche Verfaſſungsſtaat gilt als ein Abſchluß, die Philoſophie fördert nunmehr als Ethik, Pädagogik, Geſchichtsphiloſophie, Weltanſchauungslehre und einigermaßen auch als Pſychologie den innerpolitiſchen Ausbau, indem ſie in den einzelnen Zweigen des Gemeinlebens ihr gemäße Ziele ſetzt, Richtung gibt und die geiſtige Empfänglichkeit für die von der Philoſophie voraus empfundenen Änderungen friſch hält. Damit wurde ſie für die Politik beſtimmend in allen nationalen, freiheitlichen, ſozialen, Unterrichts- und Rechtsfragen, mitunter ſogar in Volkswirtſchaft und Steuerweſen, und hat namentlich auch als Weltanſchauungslehre für die Politik außerordentliche Bedeutung erlangt. Vom Anfange des 19. Jahrhunderts an hat ſonach in Deutſchland die Philoſophie der Politik entweder vorangeleuchtet oder durch die Geſchichte nachträglich als richtig erwieſenen politiſchen Forderungen ihr Anſehen geliehen. Was die Politik vor dem Kriege noch halbwegs adelte und was ihr überhaupt den Schein des Strebens nach vorwärts und nach höheren Zwecken gab, waren die Einflüſſe der Philoſophie. Sonſt wäre ſie ganz zum ödeſten Zanke um Vorrechte und Vorteile herabgeſunken.

*

Wir ſind nun bei der Verwertung dieſer Erkenntniſſe für die Gegenwart angekommen. Die geſchilderte Beteiligung der Philoſophie an der Politik iſt bisher im ganzen gut ausgefallen. Es könnte aber anders ſein. Mit dem Auftreten entgegengeſetzt gerichteter Philoſophien wird nämlich Auswahl möglich und damit auch Vergreifen. Man denke z. B. an eine Politik, die aus der Philoſophie des Jenſeits von gut und böſe die äußerſten Folgerungen ziehen wollte oder aus der Philoſophie Max Stirners! Die Gefahr des Fehlgreifens wird in der Regel durch das Vorhandenſein einer Mehrheit und einer Minderheit ſowie durch den ſtaatlichen und geſellſchaftlichen Selbſterhaltungsdrang verringert. Schwerer iſt es, wenn von mehreren widerſprechenden Philoſophien keine ſich freiwillig unterordnen will, ſondern ſämtliche oder einige von ihnen Anſpruch darauf erheben, in der Politik berückſichtigt zu werden. In letztere Lage ſind die beſiegten deutſchen Länder geraten und deswegen iſt die beſprochene Frage nun eine äußerſt wichtige Angelegenheit der jetzigen Politik und keineswegs bloß wiſſenſchaftliche Spielerei. Mit dem Tode Hegels begannen im deutſchen Geiſte — wie bemerkt wurde — die Sonderungen hervorzutreten. Schon vorher hatte die Romantik über den „Verluſt der Überzeugungseinheit“ geklagt, doch das war nur ein ſanftes

Vorſpiel, verglichen mit den Spaltungen zur Zeit des Kriegsbeginnes. Schon in ruhigen Tagen iſt eine derartige Zerfahrenheit der geſellſchaftlichen Geiſter für den Staat nicht gleichgültig, was erſt bei ohnehin gelockertem Gewebe! Man ſtelle ſich nur das Gemenge der heutigen Geiſtesverfaſſung vor: Willens- und Mitleidsphiloſophie, Idealismus und Poſitivismus, ſelbſtiſche und altruiſtiſche Auffaſſung, Individualismus und Kollektivismus, Moralgeſetz und Utilitarismus oder Eudämonismus, Optimismus und Peſſimismus, Volks- und Klaſſenherrſchaft, die Buntheit der politiſchen, ſittlichen, ſozialen und intellektuellen Abſchattungen, und endlich noch Gedankenreihen aus der Philoſophie Machiavellis und Hobbes', die von ihrer Stärke bereits ſehr bittere Proben abgelegt haben! Dieſe Philoſophien treten häufig verkleidet auf z. B. Idealismus als überhitzte, ins Übermaß geſteigerte politiſche Geſinnungen, Materialismus in der Hülle von Gönner- und Günſtlingsweſen, als Raffſucht, Beſtechlichkeit und ähnliches. Sozialpolitik und Sozialismus verkörpern etliche Grundſätze und dürfen ſie nicht verleugnen. Das politiſche Leben iſt mit anderen Worten für den ſchärferen Blick von Philoſophie durchſetzt, nun in politiſche Leidenſchaften eingetaucht und dadurch verfärbt und entſtellt. Die Umwälzung hat, wie mit Recht betont wurde, keine neue Denkform, dafür aber Verſchärfung, Verwicklung und Verwirrung der alten gebracht und die frühere Gefühlsweiſe, wenigſtens in einigen Volkskreiſen, faſt vollſtändig verſchüttet. Nur ein Teil der aufgezählten Philoſophien und Anſichten iſt in ihrer gemeinverſtändlichen politiſchen Ausmünzung für Staat und Volk vorteilhaft, ein anderer, nicht geringerer geradezu ſchädlich. Wenn die einzelnen Schichten der Geſellſchaft in ihrer Philoſophie begründete Wünſche an den Staat haben und ſie politiſch verfolgen, ſind allerdings Politik und Philoſophie abermals beiſammen. Die Philoſophie dient aber dann nicht mehr durchwegs einer Politik des Geſamtintereſſes, ſondern wahrſcheinlich oft der Politik einzelner Bruchſtücke der Geſellſchaft, die ſich gegen das Ganze wendet.

Was nun vorgeht, iſt eine Radikaliſierung der Lebensanſchauungen, die deutſche Philoſophie auf Kriegsfuß, der hartnäckige gelehrte Streit in zahlloſe politiſch-geſellſchaftliche Schlachten und Scharmützeln ausgeartet. Ein Kampf im Volke konnte um ſo eher daraus werden, weil die neueren philoſophiſchen Theorien immer mehr auf die triebhaften Seelenzuſtände eingingen, ſich — als Niedergang gemeint — vermenſchlicht haben. Nur deswegen wurden ſie zum Teile außerhalb der wiſſenſchaftlichen Kreiſe mit Gier als Verklärung des eigenen Ich, als Erbauung, zum Teile ſogar als eine Art Religionslehre aufgenommen. Lange vorteilhaft, iſt die politiſch-philoſophiſche Arbeitsgemeinſchaft nun dem Staate zu einer argen Verlegenheit geworden, und es rächt ſich der Individualismus des deutſchen Geiſtes. Durch das Aufdecken ihres namentlich populär-philoſophiſchen Hintergrundes wird der volle Ernſt der gegenwärtigen Lage offenbar. Es iſt nicht eine plötzlich aufflammende politiſche, wirtſchaftliche oder ſoziale Uneinigkeit. Sämtliche während der letzten Jahrzehnte der Menge gepredigten Gleichſtellungs-, Beglückungs- und

Machtziele, ſämtliche Wünſche nach ſtaatlicher und geſellſchaftlicher Reform, ſämtliche alten Ideale, die nun bedroht ſind, verlangen gleichzeitig erfüllt zu werden. In allen pulſt heißes Blut und ungeduldigſtes Wollen, in Wahrheit wird um innere Beziehungen zur Welt, um Perſönlichſtes, um Lebenswerte, um Weltanſchauungen in den gegenwärtigen Gärungen gerungen. Trotz alledem könnte die Kriſe vertrauensvoller beurteilt werden, wenn für die Deutſchen zuträfe, weſſen ſich die Engländer rühmen, daß ſie auf Logik nichts geben, wenn ſie praktiſchen Notwendigkeiten widerſtreitet. In den deutſchen Ländern verbeißt man ſich im Gegenteile leider mehr und mehr in die Logik ſeiner idealiſierten Wunſchbilder und kümmert ſich wenig um den Hexenſabbat, zu dem das führt.

Geiſt kann nur von Geiſt beſiegt werden. Als zur Zeit der deutſchen und franzöſiſchen Reſtauration nach einem Auswege aus der Entzweiung des Denkens geforſcht wurde, waren es die Wiſſenſchaft, die Humanitätsreligion Comtes oder der Katholizismus, von denen man ſich die Vereinheitlichung verſprach. Dieſe Mittel haben damals verſagt und würden es jetzt neuerdings. In den heutigen verworrenen Verhältniſſen kann auch die Politik nicht Partei nehmen, das hieße Öl ins Feuer gießen. Dann käme man eigentlich zu dem Schluſſe, ſich darauf zu verlaſſen, die Natur werde ſich ſelbſt helfen, der über die Ufer getretene Strom allmählich in ſein Bett zurücktreten. Für dieſes zweifellos bequemſte Vorgehen ſich zu entſcheiden, ginge aber deswegen kaum an, weil die gegebenen Zuſtände, ſobald ſie freien Lauf haben, entweder zu einer geiſtig-ſittlichen Anarchie, zur Auflöſung der Geſellſchaft oder zu gewalttätigen Unternehmen führen würden, wozu ſich, wie die Erfahrung lehrt, auch Gruppen nun raſch entſchließen, die ſich anfangs nicht genug über Gewalt entrüſten konnten. Bis ſich der Wellengang wieder beruhigt hätte, wäre alſo wahrſcheinlich von dem Erhaltenswerten nur mehr wenig da. So ſehr fürs erſte die Schwierigkeiten einſchüchtern mögen, wird man es ſchließlich doch wagen müſſen, die Sache an der Wurzel anzupacken, d. h. das Hauptgewicht auf das geiſtige Problem zu legen, während die Politik nur ſozuſagen den Ordnungsdienſt zu verſehen hätte, damit ſich die notwendige geiſtige Umbildung in Ruhe vollziehen könne. Dieſe Umbildung kann eine zweifache ſein. Eines wäre eine neue Philoſophie, die das Denken wieder mehr vereinheitlicht. Auf die vorausſehbaren Einwendungen kann augenblicklich nicht eingegangen werden, es genüge einſtweilen, daß vor kurzem ein Philoſoph, Profeſſor Ludwig Stein, die Anſicht ausgeſprochen hat, unſer hochentwickeltes Kulturſyſtem könne auf die Dauer nicht ohne eine herrſchende Philoſophie auskommen. Die politiſch-geſellſchaftlichen Zuſtände verlangen dies wenn möglich noch mehr. Selbſtverſtändlich laſſen ſich nicht, weil es gerade erwünſcht wäre, geniale Denker aus der Erde ſtampfen. Wie aber die Zeit der nachwirkenden franzöſiſchen Revolution und dann der vierzigjährige Friede Philoſophien hatten, die ihr Abglanz waren, ſo wird ſie auch die neue Epoche haben müſſen, die über dem Kriege und den politiſchen Folgen der Niederlage aufſteigt, belaſtet mit einem wohl nie mehr ganz verſchwindenden Nebeneinander von Anſchauungen, die ſich teilweiſe gegenſeitig verneinen. Ob es ein verſöhnender Relativismus oder eine zeitgemäße Sozial- und Kulturphiloſophie ſein wird oder ein Rückgriff auf das Hegelſche Entwicklungsgeſetz, der Verſuch einer neuen Syntheſe jenes Widerſpruches, der poſitive und wiſſenſchaftliche Geiſt der Gegenwart mag ſich mit dieſer Philoſophie immerhin erweitern, ihr Quellpunkt und ihr tragender Begriff kann aber nach den haarſträubenden moraliſchen Verwüſtungen kaum ein anderer ſein als die ſittliche, ſoziale und geſchichtliche Pflicht und Verantwortlichkeit. Die Philoſophien der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ließen beides gerne verſchwinden. Nach ihnen war es eine den Menſchen entlaſtende Urkraft, die ſich in Daſein und Geſchehen auswirkt: der „dunkle, unvernünftige Wille“, das Unbewußte, das ſchrankenloſe Recht des Herrenmenſchen zur Macht und die vorausbeſtimmte Niedrigkeit der Herdenmenſchen und ähnliches. Die neue Philoſophie wird davon abzugehen haben. Das weiſt in der Ethik auf die Pflichtauffaſſung der klaſſiſchen Philoſophie, ergänzt durch Hinzufügung der ſtaatsbürgerlichen, geſellſchaftlichen und geſchichtlichen Pflichten, in der Pädagogik auf Idealismus, Arbeitsfreude, geiſtige Unabhängigkeit, kraftvolles Handeln, Hingabe an die Geſamtheit und Menſchlichkeit und in der Geſchichtsphiloſophie auf ein Zurücktreten der Macht und Wirtſchaft hinter Kultur, Ziviliſation und dem „ewigen Werte des Guten und Schönen“, durchwegs als jedermann zugängliche Güter gedacht.

Die zweite rettende Geiſtestat, durch das ſoeben Geſagte nicht ausgeſchloſſen, wäre eine Wiederkehr des Gleichen, nämlich, wie um die Wende des 18. Jahrhunderts, aus tiefgehenden ſozialen Umgeſtaltungen und ſozialrevolutionären Gedanken und Plänen neue Formen der Volksgemeinſchaft abzuleiten und zu begründen. Wie damals die Unhaltbarkeit des abſoluten Staates vorausgeſehen wurde, ſo beſchleicht nun nicht wenige der Zweifel, ob das Neue, das ſich in der inneren Politik der beſiegten Länder bald milder, bald rauher ankündigt, in die überlieferten Einrichtungen des Parlamentarismus und der Demokratie einzuzwängen ſein wird. Den Politikern von heute oder doch ihnen allein iſt die Beantwortung und Löſung aller Fragen, die ſich daraus ergeben, kaum zuzumuten. Die Philoſophie als Zentralwiſſenſchaft dürfte dabei keinesfalls fehlen. Ähnlich wie ihre geiſtigen Heroen für die heutige Gegenwart, müßte ſie für unſere Zukunft ſorgen. Doch auch eine ſolche Neuprägung der Volksgemeinſchaft würde im letzten Philoſophie ſein, und zwar wie ihre Freunde meinen, idealiſtiſche Philoſophie. Überdies könnten gerade Geſellſchaftsordnungen des Schlages, wie ſie nun einem großen Teile des Volkes vorſchweben, für Politik und Arbeitsgefüge die Pflichtforderung nicht miſſen und wohl auch ohne die übrigen früher angegebenen Ziele und Werte der neuen Philoſophie kaum auskommen können. Den inneren Frieden zu wahren, den ſowohl die geiſtige Ausgleichung braucht, wie der Neubau des Volksverbandes, dazu iſt die Politik berufen.

Ihr fällt es zu, neue Zuſammenſtöße der Weltanſchauungen und politiſchen Beſtrebungen tunlichſt zu verhüten, ferner, ſoweit es geht, Ernährung, Wirtſchaft und Verkehr einzurenken und die Regierungsgeſchäfte mit Unparteilichkeit ſo zu führen, daß die Parteien, die das Staatsweſen zwiſchen den Klippen ausländiſcher Feindſeligkeiten und inländiſchen Radikalismus aller Farben hindurchzuſteuern verſuchen, ſich verſtehen und gut miteinander arbeiten. Gelingt dies, bildet ſich inmitten des Volkes ein Raum, in dem die Anſchauungsgegenſätze abebben, weil man Einverſtändniſſe für unerläßlich hält, ſo ſind auch die Bedingungen für ein Annähern der übrigen Parteien beſſer geworden, vorausgeſetzt, daß nicht die Erholung durch bösartige Anſchläge ehemaliger Kriegsgegner oder durch Abenteuer unpolitiſcher Köpfe neuerdings geſtört werde. Eine unzufriedene „paſſive Reſiſtenz“ einer der zum Staate neigenden Parteien wäre ein Irrtum und eine Selbſtſchädigung, denn ſie ſchwächt diejenigen am meiſten, die von dem Bewährten der früheren Ordnungen tunlichſt viel ſchonen wollen. So werden Politik und Philoſophie abermals ineinandergreifen müſſen. Das wird in der ſtaatlichen und geſellſchaftlichen Entwicklung der deutſchen Länder noch lange unentbehrlich ſein. Hört es einmal auf, dann hätte das deutſche Volk eines der beſten Stücke ſeiner Eigenart und zugleich den Schutzgeiſt verloren, der es, um Worte Theodor Körners zu gebrauchen, wenn es gefallen war, nicht ſinken ließ, ſondern ſtets wieder aufrichtete und höher emporführte.

Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener

(Fortſetzung)

So wie in Budapeſt war auch im öſterreichiſchen Abgeordnetenhaus eine Interpellation eingebracht worden, welche anläßlich des Ausbruchs des Krieges zwiſchen Rußland und der Türkei ganz allgemein über die Haltung und die weiteren Ziele unſerer Regierung fragte. Die Beantwortung erfolgte ſowohl in Budapeſt als in Wien am 4. Mai, und zwar hier, damit nicht wieder eine Entgleiſung geſchehe, durch Miniſter Laſſer. Die Regierung, lautete die Antwort, habe es ſich zur Aufgabe geſetzt, alles aufzubieten, daß der Krieg keine europäiſchen Komplikationen zur Folge habe und bezüglich der definitiven Geſtaltung der Dinge im Orient jenen Einfluß unter allen Umſtänden zur Geltung zu bringen, welcher der Lage ſowie den Intereſſen der Monarchie entſpreche. Die Antwort fuhr nach dieſen nichtsſagenden Phraſen fort, zu betonen, daß die Regierung ſich die Freiheit der Aktion vorbehalten habe, als ob die geheimen Konventionen von Januar und März nicht beſtünden; gegenwärtig, hieß es ſchließlich, ſei kein Grund zu militäriſchen Maßregeln vorhanden. Somſſich in Budapeſt äußerte ſich in einer anderen Interpellation ſehr beunruhigt über den ruſſiſchen Donauübergang, der die Freiheit der Donauſchiffahrt gefährde. Tiſza antwortete am 9. Mai, daß die Donau nicht neutrales

Gewäſſer ſei und daß die augenblicklichen Hemmungen der Schiffahrt bald beſeitigt werden würden. Die Antwort machte wegen ihres, das ruſſiſche Vorgehen faſt entſchuldigenden Tones einen ſchlechten Eindruck. Die Stimmung wurde durch die offiziöſen Verſicherungen, Öſterreich-Ungarn werde erſt dann in Aktion treten, wenn ſeine Intereſſen auf dem Spiele ſtünden, weder beruhigt noch geklärt. Niemand wußte, was die Regierung unter den von ihr zu wahrenden Intereſſen verſtehe, die einen ſahen Öſterreich-Ungarns Intereſſen durch den ruſſiſchen Vormarſch bedroht und wollten der ruſſiſchen Armee in die Flanke fallen, die anderen wünſchten, daß Öſterreich-Ungarn in der allgemeinen Verwirrung wenigſtens auf einen Teil der Türkei ſeine Hand lege, ſelbſt wenn dies auch im Einverſtändnis mit Rußland geſchehe. In Ungarn kamen bald wieder neue Interpellationen, die Tiſza ausweichend, aber parlamentariſch geſchickt beantwortete, die Zeit für eine Aktion ſei noch nicht gekommen. Dies wurde nun in Ungarn wieder ſo verſtanden, daß man erſt die Ruſſen bis zum Balkan vorrücken laſſen ſolle, um ſie dann von ihrer Verbindungslinie abzuſchneiden. Auf der anderen Seite richtete Dr. Rieger im Namen der Tſchechen eine Adreſſe an das Slawenkomitee in Moskau, voll Sympathien für den ruſſiſchen Vormarſch und für die Solidarität aller Slawen in dieſem neuen Kreuzzug, der Prager Staatsanwalt konfiszierte das Schriftſtück. Mit dem Übergang der ruſſiſchen Armee über die Donau wuchs die allgemeine Unruhe, die durch die widerſpruchsvolle Sprache der offiziöſen Zeitungen noch vermehrt wurde, von denen einige drohend gegen Rußland, andere wieder für den Fortbeſtand des Dreikaiſerbündniſſes und des guten Einvernehmens mit Rußland ſchrieben. Eines Tages brachte das „Fremdenblatt“ plötzlich eine offiziöſe Notiz über die Notwendigkeit militäriſcher Maßregeln, man ſprach von der Marſchbereitſchaft zweier Armeekorps, den Tag darauf dementierte der kaiſerliche Börſekommiſſär dieſe Nachricht, und gleich darauf erklärte die offiziöſe Preſſe dieſes amtliche Dementi für unberechtigt, ſo daß die öffentliche Meinung nun gar nicht mehr wußte, woran ſie ſich halten ſollte. Am 22. Juni interpellierte der Fortſchrittsklub im Abgeordnetenhaus, ob militäriſche Vorkehrungen in Ausſicht oder bereits erfolgt wären. Die Regierung wiederholte die früheren Phraſen von der freien Hand und fügte hinzu, daß ſie ſich für den Fall, als die Ereigniſſe eine Verſtärkung unſerer Truppen an den Grenzen der Monarchie notwendig machen ſollten, vorbehalte, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, gegenwärtig ſeien ſolche Vorkehrungen nicht notwendig und darum ſeien auch keine militäriſchen Maßnahmen angeordnet worden. Die Friedensfreunde glaubten darin eine Beruhigung finden zu können, eine Aufklärung über die Ziele der Politik enthielten aber auch dieſe Worte nicht.

In Ungarn ſtieg die Erregung immer höher, wieder kam eine Flut von Interpellationen, die wiſſen wollten, ob wir für Rußland oder für die Türkei ſeien, ob ein Übereinkommen mit einem Teile der kriegführenden Parteien beſtehe, und ob irgendeine Annexion oder Okkupation geplant werde. An der

Hand einer Komitatspetition entſpann ſich eine größere Debatte (26. Juni); nachdem Kallay die bisherige Zurückhaltung Andráſſys gebilligt, die populäre ungariſche Meinung von der Lebensfähigkeit der Türkei etwas eingeſchränkt und zum Schluß in ſeiner paradoxen Weiſe davor gewarnt hatte, ſich für oder gegen die Annexion auszuſprechen, traten die anderen Redner übereinſtimmend für eine türkenfreundliche und antiruſſiſche Politik ein, und Apponyi bezeichnete die Annahme, daß Öſterreich-Ungarn und Rußland ſich bezüglich gewiſſer Gebietsänderungen geeinigt hätten, als allgemein verbreitet und die Schweigſamkeit der Regierung hierüber böte dieſen Gerüchten nur Nahrung. Tiſza ging in ſeinen Gegenreden diesmal viel weiter als in ſeinen bisherigen Äußerungen, er erklärte, der letzte gemeinſame Miniſterrat habe weder eine Mobiliſierung noch die Okkupation beſchloſſen, aber mehr als das, in den zur Entſcheidung berufenen Kreiſen der Monarchie exiſtiere überhaupt niemand, der es als eine Aufgabe der auswärtigen Politik betrachten würde, die Beſitz- und Machtverhältniſſe an unſeren Grenzen zu verändern. Der lang anhaltende Beifall des Hauſes galt dieſer Ableugnung annexioniſtiſcher Tendenzen. Tiſza war ſicherlich in Kenntnis der geheimen Abmachungen Andráſſys, in denen die Erwerbung Bosniens durch die Monarchie einen erſten Platz einnahm, aber er hielt es angeſichts der leidenſchaftlichen Gegenſtrömung im Abgeordnetenhaus und im Lande wahrſcheinlich für nötig, augenblicklich wenigſtens die Annexionspolitik abzuſchwören. Aber nicht einmal für die allernächſte Zeit war dieſe unaufrichtige Sprache erfolgreich, denn die antiruſſiſche Agitation ging im Lande gerade ſo weiter wie früher, überall wurden Volksverſammlungen mit Reſolutionen gegen Rußland und gegen eine Okkupationspolitik gehalten.

Wie wenig ſicher ſich Andráſſy trotz der ſelbſtbewußten Sprache ſeiner verſchiedenen Interpellationsbeantwortungen fühlte, wie er teils unter dem Druck der öffentlichen Meinung, teils aus eigenem Mißtrauen gegen Rußland bei England eine Anlehnung ſuchte, geht aus den Mitteilungen Wertheimers über die in jene Zeit fallenden vertraulichen Verhandlungen mit England hervor,[1] die aber zu keinem Abſchluſſe führen konnten, weil Andráſſy durch ſeine geheimen Verträge mit Rußland gebunden war, alſo die letzten Konſequenzen eines gemeinſamen Vorgehens mit England nicht ziehen konnte. Aber etwas ſollte doch in dieſer Richtung geſchehen, am 31. Juli, kurz nach dem Vormarſch des ruſſiſchen General Gurko gegen den Balkan, beſchloß ein gemeinſamer Miniſterrat die Mobiliſierung von 30 000 Mann, um vier Diviſionen damit zu verſtärken, gleichzeitig wurde der gemeinſame Finanzminiſter

---

[1] Wertheimer, III, S. 26—50. Außer der dort angeführten Korreſpondenz mit dem Londoner Botſchafter bediente ſich Andráſſy, der Beuſt nicht traute, für vertrauliche Mitteilungen an den engliſchen Premier des Legationsſekretärs Montgelas, der mit Beaconsfields Privatſekretär Montague Corry (ſpäter Lord Rowton) in ſtetiger direkter Verbindung ſtand. Auch aus Petersburg erhielt er vertrauliche Berichte von Viktor Dubſky mit Umgehung des Geſandten Freiherrn von Langenau.

Hofmann beauftragt, mit den Wiener Banken über die Belehnung der den ſogenannten Zentralaktiven gehörigen Wertpapiere zur Deckung der erſten Koſten dieſer Aufſtellung zu verhandeln. Jedermann glaubte, in dieſem Mobiliſierungsbeſchluß eine militäriſche Demonſtration gegen Rußland zu erblicken, um dieſes zu hindern, über Serbien zur Umgehung der türkiſchen Flanke zu marſchieren, und um Serbien ſelbſt von der Teilnahme am Krieg abzuhalten. In Ungarn wurden große Verſammlungen abgehalten, alle in antiruſſiſchem Sinn, einige verlangten ſogar eine ſofortige kriegeriſche Aktion gegen Rußland, beſonderes Aufſehen erregte eine Rede des achtundvierziger Revolutionsgenerals Klapka in Preßburg, der einen Einmarſch in Bosnien als nur mit Zuſtimmung der Pforte zuläſſig erklärte. So ging eine antiruſſiſche Welle durch den größten Teil der Monarchie, aber bald darauf trat eine Wendung ein, die Türken hatten bei Plewna einen bedeutenden Erfolg errungen, der Kaiſer war mit Kaiſer Wilhelm zuſammengekommen, Bismarck bemühte ſich, einen Konflikt mit Rußland zu verhindern, und die Wiener Offiziöſen wurden plötzlich wieder ruſſenfreundlich. Der Kaiſer feierte in Kaſchau den Namenstag des Zaren mit einer Tiſchrede, was zwar in Ungarn verſtimmte, aber Tiſza hatte ſchon vorher bei Empfang einer Deputation ſehr friedlich und abwiegelnd geſprochen, und zuletzt erklärte Finanzminiſter Hofmann den Bankiers, daß er von der Anlehensermächtigung keinen Gebrauch machen werde. So war wieder die andere Strömung ſtärker geworden, gerade ſo wie im Krimkrieg wiederholt gewiſſe militäriſche Kreiſe die weſtmächtliche Politik Buols durchkreuzten. Daß infolge eines ſo widerſpruchsvollen Vorgehens die öffentliche Meinung erregt und führerlos wurde, iſt begreiflich. In Ungarn ging aber die Bewegung weiter, der Beitritt Andráſſys zur deutſchen Proteſtnote über die angeblichen türkiſchen Grauſamkeiten gegen ruſſiſche Soldaten machte einen übeln Eindruck, die Wiener Offiziöſen fanden aber nun den bevorſtehenden tritt Serbiens in den Krieg, zum Unterſchied von ihrer früheren Sprache, ganz natürlich, und die Berliner Offiziöſen ſagten, Öſterreich hätte ſchon längſt Bosnien beſetzen ſollen. Im September traten der öſterreichiſche und der ungariſche Reichstag wieder zuſammen. Im erſteren brachte der Fortſchrittsklub eine Interpellation ein, ob die Regierung weiterhin ihre volle Neutralität aufrechterhalten und Serbien vom Krieg abhalten werde. Die Antwort war ziemlich ſchroff und ablehnend, ein Druck auf Serbien, hieß es, würde der vollen Neutralität widerſprechen, übrigens bitte die Regierung, ihr eine meritoriſche Antwort über ihre Haltung gegenüber einem eventuellen Eintritt Serbiens in den Krieg zu erlaſſen. Die Interpellanten hatten in der Begründung ihrer Fragepunkte ironiſch angeführt, daß die Regierung nach ihrem eigenen Eingeſtändnis, eine Politik von Fall zu Fall befolge, daß man daher vor jedem Ereignis im ungewiſſen über ihre Haltung ſei. Die Antwort hatte dieſen Vorwurf barſch abgewieſen und behauptete die Einheitlichkeit und Stetigkeit der auswärtigen Politik. Der damals in der Öffentlichkeit der Regierung oft vorgehaltene Ausdruck „von Fall zu Fall“, den man boshaft mit

;„de chute en chute" überſetzte, hatte allerdings ſeinen Urſprung in einer Äußerung Andráſſys im Budgetausſchuß der öſterreichiſchen Delegation im Mai 1876. Allein er hatte nicht den frivolen und grundſatzloſen Sinn, den man ihm beilegte. Andráſſy hatte damals geſagt, die große Bedeutung der Berliner Beratungen liege in der Einigung der Kaiſermächte und in dem Vorhaben, ſich auch fernerhin von Fall zu Fall zu verſtändigen; hätte Auersperg dieſen Ausſpruch einfach ſo in Erinnerung gebracht, ſo wäre der Eindruck ſeiner Antwort nicht ſo ungünſtig geweſen. Dieſe brüske Interpellationsbeantwortung hatte noch ein kleines parlamentariſches Nachſpiel, indem Graf Coronini, um der allgemeinen Unzufriedenheit mit der bisherigen Art der Interpellationsbeantwortungen Ausdruck zu geben, bald darauf im Verein mit 115 Abgeordneten aller Parteien einen Antrag einbrachte, die Geſchäftsordnung möge nach dem Beiſpiel der ungariſchen Hausordnung dahin ergänzt werden, daß nach Abführung einer Debatte beantragt werden könne, die Interpellationsbeantwortung zur Kenntnis zu nehmen oder nicht. Der Antrag wurde einem Ausſchuß zugewieſen, fand aber keine Erledigung.

In Ungarn waren wieder mehrere Interpellationen über die auswärtige Lage und insbeſondere darüber eingebracht, ob Öſterreich=Ungarn wirklich Einſprache gegen die Präventivmaßregel der Pforte gegen eine ſerbiſche Aktion erhoben habe; die durchgängig türkenfreundliche Sprache der Interpellanten war äußerlich begleitet von der feſtlichen Beleuchtung von Budapeſt und vieler anderer ungariſcher Städte zur Feier der letzten türkiſchen Siege. Tiſza hatte nicht die Gewohnheit Auerspergs, ein ihm vom Miniſter des Äußern übermitteltes Schriftſtück einfach vorzuleſen, ſondern beantwortete als parlamentariſcher Miniſter alle Interpellationen zuſammen in einer ſelbſtändigen eingehenden Rede, die mit ſehr viel Geſchick die Segnungen des Friedens pries und es als eine gute Politik bezeichnete, wenn man ohne zu den Waffen zu greifen, die Wahrung der eigenen Intereſſen erreiche, woran er die Verſicherung knüpfte, daß im künftigen Frieden nichts ohne Zuſtimmung der Monarchie beſchloſſen werden dürfe; über das Dreikaiſerbündnis ſprach er ſehr zweideutig, er gab deſſen urſprünglichen Wert zu, bemerkte aber ſofort, daß es die kriegeriſche Aktion einer Macht gegen die Auffaſſung der beiden anderen Kaiſermächte nicht zu hindern vermochte. Obwohl er auf das beſtimmteſte den Beſtand geheimer Abmachungen mit Rußland wegen Teilung der Türkei beſtritt, lüftete er doch wenigſtens ſoweit das Geheimnis, als er mitteilte, daß Rußland ſich für den Fall des Kriegs mit der Türkei Öſterreich-Ungarn gegenüber verpflichtet habe, Serbien als neutrales Gebiet zu behandeln und ſo den Krieg nicht an unſere unmittelbaren Grenzen zu tragen; unſere Regierung habe der Türkei dieſelbe Haltung empfohlen, dagegen habe ſie der Türkei, falls Serbien den beſtehenden Frieden bräche, keine Mahnung oder Warnung bezüglich ihres Vorgehens zukommen laſſen, eine Äußerung über unſere Haltung für jenen Kriegsfall könne er gegenwärtig nicht abgeben. Die Antwort machte einen guten Eindruck. Ende September hörte man von der Anwerbung einer Freiſchar unter den Szeklern Siebenbürgens, um in Rumänien einzubrechen und den Ruſſen in den Rücken zu fallen, die Regierung konfiszierte die Waffen und machte dem ganzen Unternehmen ein raſches Ende, aber nicht ohne die antiruſſiſche Stimmung noch weiter zu reizen.

Nach anderthalbjähriger Pauſe wurden anfangs Dezember 1877 die Delegationen wieder einberufen, es war die erſte, in die ich gewählt wurde. Die Kriegslage hatte ſich im Laufe des Spätherbſtes geändert, Osman Paſcha war in Plewna eingeſchloſſen, und Andráſſy mußte im Budgetausſchuß der öſterreichiſchen Delegation, dem ich nicht angehörte, ſofort unangenehme Bemerkungen über ſich ergehen laſſen. Kuranda meinte, Öſterreich-Ungarn ſollte den angekündigten Eintritt Serbiens in den Krieg verhindern, Sturm riet, da Öſterreich-Ungarn überhaupt keine maßgebende Stellung in den orientaliſchen Dingen einnehme, ſolle es ehrlich neutral bleiben und ſeine Militärlaſten vermindern, Giskra nannte die Politik Andráſſy unklar, worauf dieſer ſehr gereizt erwiderte, daß ſeine Politik von allen Mächten als klar und zielbewußt angeſehen werde und daß Öſterreich-Ungarn in der Orientaliſchen Frage maßgebend ſei. Der hochfahrende unhöfliche Ton ſeiner Ausführungen machte einen ſehr ſchlechten Eindruck, man warf ihm vor, daß von all den Dingen, die er im Mai 1876 vorausgeſagt, nichts, ſondern gerade das Gegenteil eingetroffen ſei, der Aufſtand in Bosnien dauere fort, Serbien ſei damals doch in den Krieg getreten und wolle jetzt einen zweiten Feldzug beginnen, und ſtatt der Erhaltung des allgemeinen Friedens ſei der große Ruſſiſch-Türkiſche Krieg gekommen. Die ungariſche geſchloſſene Delegationsſitzung ließ ſich für Andráſſy angenehmer an. Graf Szecſen, ein perſönlicher und politiſcher Gegner des Miniſters, hielt eine lange Rede über die Geſchichte der Orientaliſchen Frage, eher im Sinne der Erhaltung der Türkei, aber ohne poſitive Spitze, er ſprach ſchließlich nur den Zweifel aus, ob wir, da wir außer jeder Aktion geblieben waren, beim Friedensſchluß imſtande ſein werden, etwas durchzuſetzen. Andráſſy ſprach breit und unklar, er erwarte zuverſichtlich, daß die gerechten und billigen Intereſſen der Monarchie zur Geltung kommen werden, es gebe keine Macht, die ohne uns die Regelung der orientaliſchen Angelegenheiten unternehmen könnte. Ein Bericht des „Peſter Lloyd" ließ ihn ſogar ſagen: wir hätten den Krieg Rußlands gegen die Türkei nur durch einen Krieg unſererſeits gegen Rußland verhindern können, wollen Sie dieſen Krieg? Dann können Sie ihn auch heute noch haben unter günſtigeren Verhältniſſen als früher, aber ich könnte die Verantwortung für eine ſolche Politik nicht übernehmen. Das war auch eine der beliebten Paradoxen, die verblüffen ſollten, aber ganz unbegründet waren, denn jedermann ſah ein, daß nach der damals unmittelbar bevorſtehenden Kapitulation Osman Paſchas und nach den ruſſiſchen Siegen im Kaukaſus die türkiſche Armee nicht mehr ſchlagfähig war, während eine Kriegspolitik gegen Rußland gleich zu Beginn bei deſſen Einrücken in Rumänien oder ſelbſt noch im Auguſt, als die Ruſſen vor Plewna in ſchlimmer Lage waren, einen großen Erfolg verſprochen hätte. Von einer Diskuſſion in der öffentlichen

Sitzung wurde in der ungariſchen Delegation abgeſehen. Am 10. fiel Plewna. Am 12. fand eine kurze Debatte in der Plenarſitzung der öſterreichiſchen Delegation ſtatt. Grocholſki ſprach gegen Rußland, deſſen heuchleriſche humanitäre Redensarten nur ein Deckmantel für ſeine Expanſionsgelüſte ſeien, die neue Lage im Orient bedeute eine Machtverſchiebung zuungunſten der Monarchie, ein ſüdſlawiſcher Abgeordneter ſprach im Sinne der Annexion, Demel meinte, man hätte durch eine feſte gebietende Haltung den Krieg verhindern können, eine Annexionspolitik könne er nicht billigen, Sueß gab an der Hand der engliſchen Blaubücher einen Rückblick auf die abgelaufenen Verhandlungen und erklärte, die Politik der Konſtantinopolitaner Konferenz, welche die Türkei ohnmächtig gemacht hatte, für einen Fehler, den man unter keinen Umſtänden wiederholen dürfe, Sturm brachte die Äußerungen Andráſſys gegen die Okkupation und Annexion aus der vorigen Delegation in Erinnerung, worauf Andráſſy gereizt und bitter erwiderte. Er war kein guter Redner, er wiederholte ſich fortwährend, ab und zu ſuchte er eine Pointe zu placieren, die aber nicht immer geiſtreich war, daneben verfiel er wieder in ganz triviale Bemerkungen, man hatte faſt den Eindruck, daß er die deutſche Sprache für die öffentliche Rede nicht völlig beherrſche. Er verteidigte in allgemeinen Redewendungen ſeine bisherige Politik, wiederholte jenen früher erwähnten Satz über die noch immer offene Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland und verwahrte ſich gegen den Vorwurf der Schwankung in ſeiner Politik mit der etwas naiven Anführung eines Satzes aus einer Interpellationsbeantwortung vom 4. Mai, in der er ſeine eigene Politik als zielbewußt bezeichnet hatte, und meinte, wenn ſeine Haltung unklar und ſchwankend geweſen wäre, ſo hätte er unmöglich ſo zuverſichtlich von ſeiner Politik ſprechen können. Der Geſamteindruck der Rede war nicht bloß in der Delegation, ſondern auch in der Öffentlichkeit ungünſtig und wurde durch Konfiskationen tadelnder Zeitungsartikeln nicht beſſer. Serbien erklärte den Krieg, in Budapeſt forderte eine Maſſenverſammlung direkt die Intervention gegen Rußland und rief einen großen Auflauf vor dem Miniſterpräſidium hervor. In Wien wiederum beſchloſſen die Fraktionen der Verfaſſungspartei, bei der bevorſtehenden Beratung der Erneuerung des Wehrgeſetzes gegen die Fortdauer der Kriegsſtärke von 800000 Mann zu ſtimmen.

Andráſſy hatte einen ſchweren Stand, deſſen kritiſcheſte Seite wir alle nicht kannten; gerade in jenen Tagen muß er den von Wertheimer mitgeteilten Brief Alexanders II. an Kaiſer Franz Joſeph vom 9. Dezember erhalten haben, in dem der erſtere bei allgemeiner Bekanntgabe der Kriegsziele des ſiegreichen Rußlands und des Inhalts des künftigen Frieden von den Vereinbarungen mit Öſterreich-Ungarn über Bosnien und Herzegowina nicht die geringſte Erwähnung tat. Dies war eine böſe Enttäuſchung; Rußland kündete ſein großbulgariſches Programm, Selbſtändigkeit Serbiens und Montenegros an, und dabei ſcheint Alexander II. noch behauptet zu haben, daß er den mit Kaiſer Franz Joſeph getroffenen Verabredungen treu geblieben ſei, während ſeine

Mitteilungen, wie Wertheimer mit Recht ſagt, das Gegenteil von dem waren, was in Reichſtadt und in der geheimen Konvention vom 15. Januar ſchriftlich niedergelegt worden war. Die diesſeitige Antwort war maßvoll, in der Form enthielt ſie aber gleichwohl eine entſchiedene Rüge und Verwahrung gegen jene Rückſichtsloſigkeit, die umſo ungerechter ſei, als es Öſterreich-Ungarn war, das allen Interventionseinladungen Englands und allen Angriffen der öffentlichen Meinung im eigenen Lande einzig allein mit der Erklärung widerſtanden habe, ſeinen legitimen Einfluß auf die Friedensbedingungen ſicher zu wahren. Am 18. Dezember fand wieder eine Sitzung des Budgetausſchuſſes der öſterreichiſchen Delegation ſtatt, in der eine Reihe von Fragen an Andráſſy geſtellt wurde, die er mit großem Selbſtbewußtſein zuſammenfaſſend beantwortete. Er ſagte, es habe vier Wege gegeben, erſtens Krieg im Verein mit der Türkei gegen Rußland, wobei wir die Verantwortung für den Status quo in der Türkei hätten übernehmen müſſen, zweitens Krieg im Verein mit Rußland gegen die Türkei, drittens Erklärung unbedingter Neutralität, viertens Neutralität mit Aufrechterhaltung der guten Beziehungen, aber zugleich volle Wahrung unſerer Intereſſen und unſerer Einflußnahme bei der definitiven Geſtaltung der Verhältniſſe; er habe den vierten Weg gewählt (es hätte noch einen fünften Weg gegeben, zu Beginn der Aufſtände in Bosnien einrücken und mit dieſem Fauſtpfand in der Hand die neue balkaniſche Ordnung zu diktieren in Fortſetzung der Aktion der öſterreichiſchen Dezemberdepeſche). Über die Art, wie er die Intereſſen der Monarchie wahren wolle, und worin dieſe Intereſſen eigentlich beſtünden, ſagte Andráſſy nichts, wiederholte aber ſehr ſtolz, daß wenn er nochmals die orientaliſchen Dinge zu leiten hätte, er genau dasſelbe tun würde wie bisher. Über Serbien ſagte er, wenn es Krieg gegen die Türkei mache, ſo werde er nicht aus ſeiner bisherigen Haltung heraustreten, wenn es aber in Bosnien einrücken wollte, ſo würden wir dies verhindern. Der diesmalige Eindruck war beſſer, und Herbſt dankte ihm am Schluß noch für die „Offenheit und Klarheit“ ſeiner Äußerungen. Offenbar um die Stellung Andráſſys in dieſem kritiſchen Momente zu ſtärken und ſeine Übereinſtimmung mit deſſen Politik kundzugeben, verlieh ihm der Kaiſer zu Neujahr das Goldene Vlies.

So ſchmeichelhaft und ermutigend dieſe kaiſerliche Anerkennung auch für Andráſſy war, ſo wenig tröſtlich war der weitere Gang der Ereigniſſe für ihn. Der von Wertheimer auszugsweiſe mitgeteilte geſpannte Briefwechſel zwiſchen den beiden Kaiſern drohte einen ernſten Charakter anzunehmen, und ſoweit ich Andráſſy beurteile, ſcheint mir die von Wertheimer angezweifelte Mitteilung des General Beck, daß Andráſſy am 15. Januar den Krieg gegen Rußland ernſtlich ins Auge gefaßt habe, wohl glaubwürdig, wie denn Wertheimer ſelbſt bald darauf berichtet, wie ſehr Andráſſy über die ihm damals ſchon bekannten Friedenspräliminarien erbittert war, die „uns als übergangen und düpiert erſcheinen laſſen“; wie er ſich wegen einer bewaffneten Intervention an England wandte, und wie es ſchließlich wegen der Differenzen mit der gegen einen ruſſiſchen Krieg geſinnten Militärpartei bis zu einem Demiſſionsanerbieten

Andráſſys kam.[1] Die Präliminarien von Adrianopel vom 31. Januar ſetzten ſich in der Tat mit der größten Rückſichtsloſigkeit über die früheren Abmachungen mit Öſterreich-Ungarn hinweg, Bulgarien ſollte neu und ſelbſtändig konſtituiert werden, mindeſtens mit einem Gebietsumfang wie er auf der Konſtantinopolitaner Konferenz in Ausſicht genommen war, während die Abmachungen mit Öſterreich-Ungarn die Bildung eines großen zuſammenhängenden ſlawiſchen Staates ausdrücklich ausgeſchloſſen hatten, Bosnien und die Herzegowina ſollten eine Autonomie erhalten, ohne Öſterreich-Ungarn auch nur zu erwähnen. Dieſer neue Friede von Adrianopel, der für die Türkei viel härter als jener von 1829 war, machte begreiflicherweiſe in der Öffentlichkeit und im Abgeordnetenhaus einen ſehr ungünſtigen Eindruck. Im letzteren war im Januar eine neuerliche Miniſterkriſe ausgebrochen, wegen der Parteibeſchlüſſe der Fraktionen der Verfaſſungspartei, die Finanzzölle nicht in der von der Regierung mit Ungarn vereinbarten Höhe zu bewilligen. Nach einigen fruchtoſen Verhandlungen wurde das Miniſterium Auersperg wieder eingeſetzt (5. Februar 1878) und beauftragt, die Ausgleichsverhandlungen noch einmal zu verſuchen und zu Ende zu führen, obwohl die Parteien ihre Haltung nicht geändert hätten. Dieſes Zwiſchenſpiel ſtellte weder das erſchütterte Anſehen der Regierung wieder her, noch verbeſſerte es die Ausſichten des Ausgleichs. Wenige Tage nach der Wiedereinſetzung des Kabinetts interpellierte Giskra die Regierung, ob ſie die in den Zeitungen veröffentlichten ruſſiſch-türkiſchen Friedenspräliminarien für mit den Intereſſen der Monarchie vereinbar halte und in welcher Weiſe ſie im verneinenden Falle dieſe Intereſſen zu wahren gedenke. In Ungarn waren ähnliche Interpellationen geſtellt worden, und am 19. Februar erfolgte ſowohl in Wien als in Budapeſt die Antwort dahin, daß die Regierung die Abmachungen der kriegführenden Mächte, ſoweit dieſelben die Rechte der Signatarmächte oder die Intereſſen der Monarchie berühren, namentlich jene, welche eine Verſchiebung der Machtverhältniſſe im Orient zu unſeren Ungunſten nach ſich ziehen könnten, nicht als rechtsverbindlich anerkenne, inſolange ſie nicht auch mit den übrigen Mächten vereinbart würden; zu dieſem Zweck habe die Regierung die Einberufung einer europäiſchen Konferenz vorgeſchlagen, und nach einigen Verhandlungen darüber ſei nunmehr der Zuſammentritt eines Kongreſſes zu erwarten. Am ſelben Tag hielt Bismarck im Deutſchen Reichstag eine große Rede über die Haltung Deutſchlands in der Orientfrage, die hier wegen ihres ſehr ruſſenfreundlichen Tones unvorteilhaft wirkte, er hob wiederholt den Wert der alten feſten Freundſchaft mit Rußland hervor, der man nicht mit dem Dolch in den Rücken fallen könne; Rußland ſei nun einmal in der Lage der beati possidentes, in der es verbleiben werde, wenn keine neuen Verabredungen zuſtande kommen. Er lehnte die Rolle eines Schiedsrichters ab und beſchränkte ſich auf jene des ehrlichen Maklers; die Behauptung Windthorſts, Öſterreich ſei düpiert worden, wies er zwar zurück, meinte aber ſehr kühl, Öſterreich könne ſelbſt nicht die Wiedereinſetzung des türkiſchen Regimes bis an ſeine vollen alten Grenzen wünſchen und ebenſowenig könne es ſelbſt für den ganzen Balkan die Verantwortung übernehmen. Am Schluß ſeiner zweiten Rede fand er allerdings ſehr warme Worte für ſein freundſchaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zu Andráſſy, aber das, was viele in Wien gewünſcht hätten, die Ankündigung einer Unterſtützung der öſterreichiſch-ungariſchen Anſprüche, blieb aus.

---

[1] Wertheimer, III, S. 70—78.

Am 20. Februar lud Andráſſy eine Anzahl öſterreichiſche Delegierte der Verfaſſungspartei und des Herrenhauſes, ungefähr 15 Perſonen, zu ſich, um über die bevorſtehende Delegationsſeſſion und den von der Regierung anzufordernden außerordentlichen Kredit Eröffnungen zu machen. Der Verlauf der Verſammlung war ſehr unerquicklich, Andráſſy ſprach lange, aber nicht deutlich, bewegte ſich in allgemeinen abfälligen Bemerkungen über die Friedenspräliminarien, wandte ſich insbeſondere gegen das große einheitliche Bulgarien, beſchwerte ſich ausführlich über die Unzuverläßlichkeit Englands, das eine drohende Sprache führe, aber niemals Ernſt mache, was, nebenbei bemerkt, der damaligen Haltung des engliſchen Kabinetts nicht einmal ganz entſprach, und behauptete, den Kredit nur zur Stärkung ſeiner Poſition auf dem Kongreß zu bedürfen. Es wurde keine förmliche Debatte geführt, die Verſammlung löſte ſich in Einzelgeſpräche Andráſſys mit einigen Delegierten auf; Coronini, Schaup, Sueß und Walterskirchen drückten ihre Zuſtimmung zur bisherigen Haltung Andráſſys und ihr Vertrauen zu ſeiner weiteren Führung aus, ich wiederholte ziemlich iſoliert meinen annexioniſtiſchen Standpunkt. Herbſt, auf den alles ankam, hatte noch immer kein Wort geſprochen, und als eben Andráſſy mit einer kleinen Gruppe im Geſpräch war, erhob er ſich und näherte ſich dem Ausgang. Andráſſy wollte ihn zurückhalten, um auch ſeine Meinung zu hören, Herbſt aber entſchuldigte ſich und entzog ſich jeder weiteren Beſprechung. So löſte ſich dieſe Zuſammenkunft auf, ohne eine Aufklärung über die Abſichten der Regierung und über die Haltung der Delegierten herbeizuführen. Die Zeitungen kündigten die Einbringung einer außerordentlichen Kreditvorlage an und bezeichneten als ihren unmittelbaren Zweck den Einmarſch in Bosnien. Die Stimmung in der liberalen Partei, die durch beſonders heftige Artikel der damals überaus einflußreichen „Neuen Freien Preſſe“ nur noch mehr angefacht wurde, kehrte ſich immer deutlicher gegen eine etwaige Annexionspolitik, eine Gruppe verfaſſungstreuer Delegierter verſammelte ſich bei Kuranda, einem der entſchiedenſten Okkupationsgegner, (28. Februar) und einigte ſich, den Grafen Andráſſy durch Kuranda wiſſen zu laſſen, daß die Mehrheit der Partei gegen den Kredit Stellung nehme. Am 9. März traten die Delegationen zuſammen und fanden auf ihrem Tiſch die Regierungsvorlage über einen außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Gulden und in den Zeitungen eine ausführliche Inhaltsangabe des Friedens von S. Stefano, der in einzelnen Punkten noch über die Präliminarien von Adrianopel hinausging und für Bosnien die in der Konferenz von Konſtantinopel feſtgeſtellten

Reformen mit jenen Modifikationen in Ausſicht nahm, die einverſtändlich zwiſchen der Türkei, Rußland und Öſterreich-Ungarn zu beſchließen ſein würden. Nun begannen die Ausſchußverhandlungen, Andráſſy verlas ſein Exposé, das ziemlich unbeſtimmt lautete, die Erhaltung des Friedens und die Regelung der orientaliſchen Dinge durch den bevorſtehenden Kongreß betonte; der Kredit ſelbſt bedeute nicht eine Mobiliſierung, ſei aber auch keine leere Demonſtration, die Regierung wünſche die Mittel in der Hand zu haben, um im Fall der Not das Geeignete vorkehren zu können. Zugleich ließen die Offiziöſen das Thema von der Okkupation fallen; in der ungariſchen vereinigten Subkommiſſion, die alle Delegierte umfaßte, ſprach ſich der Berichterſtatter Max Falk, der Redakteur des „Peſter Lloyd“ und zugleich regelmäßiger Berichterſtatter der ungariſchen Quotendeputation, der die Kunſt verſtand, den unabhängigen Publiziſten mit der Rolle des Anwalts der jeweiligen Regierung in Einklang zu bringen, ſehr nachdrücklich gegen die Okkupation aus, der Kredit ſei nur zu bewilligen als erſter Schritt zur allgemeinen Mobiliſierung, welche für eine große politiſche Aktion einzuſetzen ſei, für kleine Aktionen und partielle Maßregeln wolle Ungarn nichts bewilligen, ebenſowenig wolle es eine Gebietserweiterung oder eine Kompenſationspolitik. Im öſterreichiſchen Ausſchuß wurden ähnliche Stimmen laut; Andráſſy führte eine zweideutige Sprache, er hatte einige Worte, die wie eine Drohung gegen Rußland klangen, dann folgte wieder eine friedliche Äußerung, ſo daß ſich jeder daraus ſeinen Vers machen konnte. Er wiederholte, daß Okkupation oder Annexion niemals ſein Ziel geweſen ſei, doch könne er eine partielle Maßregel oder die Okkupation nicht unter allen Umſtänden ausſchließen; ſolange die Türkei in der Lage ſei, fügte er in der öſterreichiſchen Ausſchußſitzung hinzu, dieſe Länder zu beſitzen und ſolange nicht die Gefahr beſteht, daß ſich die früheren Zuſtände an unſeren Grenzen wiederholen, denke er nicht daran, aber es können Umſtände eintreten, welche mindeſtens eine temporäre Beſetzung Bosniens und der Herzegowina notwendig machen könnten. Aber nicht im Hinblick darauf verlange er den Kredit, ſondern er brauche ihn ſo wie die engliſche Regierung, die ſich auch einen Kredit von 6 Millionen Pfund Sterling habe votieren laſſen, um auf dem Kongreß vor Überraſchungen geſchützt zu ſein. Ferner brauche man das Geld als Vorbereitung für Mobiliſierungen überhaupt und andere unbeſtimmte Zukunftsmöglichkeiten. Soviel in der ungariſchen Kommiſſion auch geſprochen wurde, und obwohl man eine kleine Änderung am Bericht Falks vornahm, ſo wurde doch feſtgeſtellt, daß ein ſo großes Opfer, wie es der Kredit ſei, nur als letztes äußerſtes Mittel zur Verteidigung der wirklichen Lebensintereſſen der Monarchie in Anſpruch genommen werden ſolle, und wiederholt, daß die Bevölkerung eine Gebietsvergrößerung oder Kompenſationspolitik wolle. Der Geſamteindruck der ungariſchen Kommiſſionsberatung, die mit der einhelligen Bewilligung des Kredites abſchloß, ging dahin, daß die ungariſche Delegation ein energiſches Auftreten gegen Rußland wünſchte, im Fall eines Mißerfolgs Öſterreich-Ungarns auf dem Kongreß auch vor einem kriegeriſchen Konflikt mit jener Macht nicht zurückſchrecke und den Kredit nur in dieſem Sinn verwendet wiſſen wolle. Im öſterreichiſchen Budgetausſchuß manövrierte Andráſſy ähnlich, es gelang ihm, Annexionsgegner wie Schaup und Walterskirchen für die Bewilligung zu gewinnen, indem er eine energiſche Einſprache gegen Rußlands übertriebenen Machtanſprüchen in Ausſicht ſtellte; die Herrenhausmitglieder, obwohl nicht gerade überzeugte Annexioniſten, wollten aus allgemeinen patriotiſchen Gründen einer Regierungsforderung nicht entgegentreten, die der Miniſter als unabweislich bezeichnet hatte, ſo blieb als eigentliche Oppoſition die von Sturm geführte Gruppe der Verfaſſungspartei, der ſich auch der Obmann Herbſt anſchloß und die in der Vorlage die Vorbereitung zur Annexion erblickte, ſie kleidete ihre den Kredit ablehnende Haltung in eine Reſolution, die in Erwägung, daß der bevorſtehende Kongreß die Ausſicht auf eine friedliche Löſung eröffne, daß erſt im Fall des Mißlingens einer ſolchen Löſung die Entfaltung von Machtmitteln in Betracht kommen könne und daß im Fall unabweislicher Notwendigkeit die Bevölkerung und deren Vertreter die erforderlichen Mittel unbedingt gewähren würden, die Erwartung ausſprach, daß die Regierung die Intereſſen der Monarchie auf dem Kongreß umſichtig und tatkräftig zur Geltung bringen werde. Der Kredit ſelbſt wurde im Ausſchuß mit geringer Majorität angenommen.

Andráſſy hatte im Ausſchuß die Bewilligung des Kredits durch ſeine nach zwei Seiten ſchillernde Sprache erreicht, aber dieſe Methode galt nicht bloß den Delegationen, ſondern er hielt ſich auch, wie ich glaube, für ſeine eigene Politik noch zwei Wege offen, entweder die Möglichkeit eines Konflikts mit Rußland oder das Zurückgreifen auf die Okkupationspolitik. Mir mißfiel dieſe nach außen wenigſtens zweideutig erſcheinende Haltung, und als es zur Debatte kam, die eigentlich nur noch einen deklaratoriſchen Charakter hatte, ſprach ich zunächſt gegen die kriegeriſche Motivierung, die insbeſondere die ungariſche Delegation der Kreditbewilligung gegeben hatte, und gegen die Äußerung Andráſſys, daß die Ausſichten eines Krieges gegen Rußland jetzt günſtiger ſeien als je, während es doch auf der Hand liege, daß gegenwärtig, wo die Türkei eine vernichtende Niederlage erlitten habe und Rußland eben neue Reſerven aus dem Hinterland heranziehe, ein Krieg gegen Rußland nur unter ſehr wenig ausſichtsreichen Umſtänden unternommen werden könnte. Aber warum ſolle überhaupt Krieg gegen Rußland geführt werden? Als Hauptgrund werde in der Öffentlichkeit am häufigſten die Schaffung von Großbulgarien angeführt, nun habe Andráſſy ſelbſt auf der Konferenz von Konſtantinopel der von Rußland vorgeſchlagenen Gebietsausdehnung Bulgariens allerdings mit der Teilung in zwei Wilajets ſeine Zuſtimmung erteilen laſſen, dieſe Teilung ſei aber für die Zukunft von keiner großen Bedeutung, die Vereinigung werde ſich geradeſo durchſetzen wie jene der Moldau und Walachei, und tatſächlich hat ſie ſich auch ſehr bald im Jahre 1885 ohne Schwierigkeit und Blutvergießen vollzogen. Aber ſelbſt wenn die Grenzen des Bulgariens von San Stefano über jene der Konſtantinopolitaner Konferenz hinausgehen ſollten (der genaue Text des Friedens lag damals noch nicht vor), ſo ſeien darüber noch immer Verhandlungen möglich, die noch nicht zu einem Bruch zu führen brauchen. Die kriegeriſche Stimmung entſpräche mehr der Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der eigenen orientaliſchen Politik; anfangs habe Andráſſy die Führung in der Reformfrage (Dezembernote 1875) beſeſſen, habe das Dreikaiſerbündnis als Machtmittel für ſeine Politik zu verwenden gewußt, ließ aber nach dem erſten, nicht einmal entſcheidenden Mißerfolg die Zügel aus der Hand gleiten, die nun Rußland an ſich nahm. Dadurch war, wenn man nicht gleich zu Beginn Einſprache gegen das ruſſiſche Vorgehen erheben wollte, die Kompenſationspolitik von ſelbſt gegeben, und Bosnien hätte gleich zu Beginn der Kriſe okkupiert werden ſollen, um Ruhe an unſeren Grenzen zu ſchaffen und zugleich ein Pfandobjekt in der Hand zu haben, mit dem noch ein weiterer Druck auf die Entwicklung der Dinge ausgeübt hätte werden können. Alles das habe man verſäumt, und auch jetzt noch verwahre ſich die Regierung gegen jede Gebietserweiterung. Für eine annexioniſtiſche Politik auf dem Kongreß würde ich den Kredit gerne bewilligen, ſo aber ſind wir völlig im Dunkeln darüber, was die Demonſtration beabſichtige, die angeſichts der kriegeriſchen Demonſtrationen in Ungarn zu einem bewaffneten Konflikt führen könne.[1]) Von den Mehrheitsreden für den Kredit war insbeſondere jene von Baron Walterskirchen intereſſant, der damals von allen Delegierten am meiſten perſönliche Fühlung mit Andráſſy hatte und der mitteilte, daß er erſt neulich die Zuſicherung von der Regierung erhalten habe, daß man eine Grenzerweiterung oder eine Annexion für Öſterreich-Ungarn nicht wünſche. Er ſelbſt bekannte ſich offen als Gegner einer ſolchen und ſteckte unſerer Orientpolitik weitere Ziele; die panſlawiſtiſchen Tendenzen müßten auf der ganzen Linie bekämpft werden, und dazu brauche es die Androhung von Machtmitteln gegen Rußland. Sueß und Schaup ſprachen ähnlich und erklärten ſich auch gegen eine Okkupation, Coronini, der wie Walterskirchen die bisherige Politik Andráſſys in all ihren Phaſen billigte, ſprach ihr auch für weiterhin ſein volles Vertrauen aus, nur hielt er die Möglichkeit einer uns durch die Umſtände aufgenötigten Okkupation Bosniens nicht für ſo beklagenswert. Die Redner der Rechten traten für den Kredit ein, von den Oppoſitionsreden war jene von Giskra die beſte, er hob die bisherigen Mißerfolge, Selbſttäuſchungen und Widerſprüche der Andráſſyſchen Politik und die ganz entgegengeſetzten Standpunkte der Anhänger der Kreditbewilligung hervor, von denen einige für die Annexion, andere gegen eine ſolche, einige für den Krieg mit Rußland, andere wieder dagegen geſinnt ſeien, er beklagte ſich darüber, daß die Regierung niemals ſage, was ſie unter den von ihr zu wahrenden Intereſſen verſtehe. Sturm ſprach weniger geſchickt als ſonſt, der Kredit ſei jetzt nicht notwendig, er ſei eine leere Demonſtration, und ſprach die Befürchtung aus, daß man trotz gegenteiliger Verſicherung dennoch ſich zur Okkupation und Annexion werde nötigen laſſen, die er für ein Unheil halte. Herbſt ſprach über die orientaliſche Politik ſoviel als gar nichts, beſchränkte ſich mehr auf eine formelle Polemik gegen die Vorredner und ging dann auf die Finanzlage über, welche zur Deckung des Jahresdefizits von 23 Millionen, zur Einlöſung von Schatzſcheinen und ſchließlich zur quotenmäßigen Deckung des Delegationskredits zuſammen 100 Millionen erfordere; er regte unbegreiflicherweiſe hierfür die Emiſſion von Staatsnoten an Stelle einer Anlehensoperation an. Am Schluß kam Andráſſy zu Wort, er kehrte ſich ausſchließlich gegen die Rede Giskras vom Vortag, hatte einige ſpitzfindige Antworten, auf den Kern der Orientaliſchen Frage ging er aber nicht ein. In der ungariſchen Delegation verwahrte ſich der Berichterſtatter Falk gegen die ihr von vielen Seiten zugeſchriebene unbedingte Kriegspolitik, verurteilte aber ebenſo auch die Tendenzen einer Okkupations- und Annexionspolitik, die jedoch, wie er hinzufügte, nach den beſtimmten Erklärungen des Miniſters des Äußern von dieſem nicht geteilt würden. Die meiſten Redner übten eine Kritik an der bisherigen Politik, die einen mehr türkenfreundlich und annexionsfeindlich als die anderen, welche ſchließlich die durch die Kriegslage auf dem Balkan geſchaffene Situation anerkannten, ohne jedoch die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen. Andráſſy ging auch hier auf die eigentliche Hauptfrage nicht ein und nahm nur für ſich das Verdienſt in Anſpruch, bisher den Völkern der Monarchie den Frieden erhalten zu haben.

---

[1]) Reden, S. 67—83. Daß ich mit meinen Ausführungen nicht ſo ganz unrecht hatte, zeigt das jetzt von Wertheimer, III, S. 93, mitgeteilte Memorandum Ignatiews über ſeine Unterhaltung mit Andráſſy in Wien vom 29. März 1878, das dieſer ſelbſt als mit ſeinen Anſchauungen übereinſtimmend erklärte und das ungefähr das enthielt, was ich in meiner Rede als den Inhalt einer möglichen friedlichen Auseinanderſetzung mit Rußland angeführt hatte: Beſetzung Bosniens und der Herzegowina durch Öſterreich-Ungarn, ſogar auch von Nowibaſar, Zuſtimmung Andráſſys zur Erwerbung Beßarabiens durch Rußland, nur ſollte neben dem neuen Bulgarien noch ein Mazedonien geſchaffen werden. Andráſſy weigerte ſich, das Memorandum zu unterſchreiben, weil er wegen der ungariſchen öffentlichen Meinung die Beſetzung Bosniens nicht bloß im Einvernehmen mit Rußland und nicht als Kompenſationsobjekt für die Anerkennung ruſſiſcher Erfolge durchführen wollte. Rußland war überhaupt im Laufe der Verhandlungen wiederholt bereit, ſelbſt der Annexion Bosniens durch Öſterreich-Ungarn zuzuſtimmen, wenn dieſes ſeinen großbulgariſchen Plänen keinen Widerſtand entgegenſetzen wollte; an der Beeinträchtigung Serbiens durch die bosniſche Annexion lag Rußland damals nicht viel, wie es überhaupt zu jener Zeit noch keine ſo lebhaften Sympathien für dieſes Land hatte. Aber Andráſſy ſowie Salisbury und Beaconsfield ſahen in dem neuen großen Bulgarien nur den großen ſlawiſchen Vaſallenſtaat unter Rußlands Vorherrſchaft, der deſſen Weg nach Konſtantinopel bereiten ſollte; daß ein größeres Bulgarien ſich leichter von Rußland emanzipieren würde, ſahen ſie nicht ein, während der geſchichtliche Verlauf gerade dieſe Wahrheit bewieſen hat.

Am 9. Mai interpellierte der Polenklub im Abgeordnetenhaus die Regierung, ob die Gerüchte über eine bevorſtehende Okkupation begründet ſeien und ob ein ſolcher Schritt im Einverſtändnis bloß mit Rußland erfolgen würde. Darauf antwortete Fürſt Auersperg am 14., daß dieſe Gerüchte unbegründet ſeien, die Regierung habe die Frage wegen Bosniens nie aus einem anderen Geſichtspunkt aufgefaßt als aus dem der Notwendigkeit, entſchieden auf eine ſolche Löſung hinzuwirken, welche Garantien gegen die periodiſche Wiederkehr ähnlicher Zuſtände wie die heutigen biete und die Monarchie vor den damit verbundenen Nachteilen bewahre. Tiſza ging auf eine Anfrage im ungariſchen Abgeordnetenhaus noch weiter und erklärte, wir beabſichtigen weder eine Okkupations- noch eine Kompenſationspolitik, unſere Intereſſen werden auch durch die Verhältniſſe des öſtlichen Balkans berührt, militäriſche Maßregeln ſeien ſowohl für unſere Südgrenze als für die ſiebenbürgiſchen Päſſe in Ausſicht. Damit war man in Ungarn ſehr zufrieden, weil dieſe Worte eine deutliche Spitze gegen Rußland enthielten. Der öſterreichiſche Budgetausſchuß beſchloß auf Antrag Giskras, die Beratung der Regierungsvorlage über die Bedeckung des 60-Millionen-Kredits zu vertagen, bis nicht die Regierung, wie ſie in Ausſicht geſtellt hatte, den Delegationen Mitteilung über die Art der Verwendung gemacht habe. Zu dieſem Zweck wurden nun raſch die Delegationen einberufen und Andráſſy erklärte dort, daß zu einem machtvollen Auftreten auf dem Kongreß eine militäriſche Rüſtung nötig ſei; er erläuterte dieſe Äußerung am nächſten Tag in Beantwortung einer Anfrage dahin, daß insbeſondere die Verkleinerung Bulgariens, die Lebensfähigkeit des Reſtes der europäiſchen Türkei und die Friſt der Räumung Bulgariens ſeitens der ruſſiſchen Truppen Hauptpunkte für unſer Verhalten auf dem Kongreß bilden werden. Daß er auch Einwendungen gegen die Bosnien betreffenden Beſtimmungen des Friedens von San Stefano habe, davon ſagte er kein Wort. Die öſterreichiſche Delegation nahm ſeine Erklärung zur Kenntnis, ebenſo auch nach einer oberflächlichen Debatte die ungariſche. Wenige Tage vorher hatte Öſterreich Ada Kaleh beſetzt, und durch eine Indiskretion des „Globe“ war das Separatabkommen Schuwalows mit Salisbury vom 30. Mai bekannt geworden. In dieſer Konvention geſtand Rußland die Verkleinerung des neuen Bulgariens, das nicht mehr bis zum Ägäiſchen Meer reichen durfte, die Bildung eines davon getrennten autonomen Staatskörpers im Süden des Balkan ſowie eine Beſchleunigung der Räumung Bulgariens zu, wofür England der Erwerbung Beßarabiens, Batums und Kars' durch Rußland zuſtimmte. Durch dieſes engliſch-ruſſiſche Sonderabkommen wurden vor dem Zuſammentritt des Kongreſſes die Hauptſtreitpunkte des Friedens von San Stefano im Einvernehmen der zwei Mächte beigelegt und damit die Möglichkeit eines Konflikts zwiſchen England und Rußland auf dem Kongreß beſeitigt; damit war aber auch für Andráſſy wenigſtens jene Partie verloren, die in einem Zuſammengehen mit England gegen Rußland beſtanden hätte. Nach ſeinem Naturell und nach vertraulichen Äußerungen zu ihm naheſtehenden Delegierten hätte ihm dieſe letztere Kombination wohl zugeſagt, die zu einer Niederlage Rußlands, zur Selbſtändigkeit Rumäniens und zu Zoll- und Militärkonventionen Öſterreich-Ungarns mit den Balkanſtaaten hätte führen können. Das war nun vorüber und Andráſſy mußte nun wieder auf das alte bosniſche Programm zurückgreifen, das er innerlich nie völlig gutgeheißen hatte, dem er nur unter dem Druck des Kaiſers, der Militärkanzlei und Bismarcks zeitweiſe vorübergehend und nur als einer alternativen Löſung gefolgt war, das er allerdings auch ſelbſt, darin lag ſein Verhängnis, durch Reichſtadt und die geheimen Verträge von 1877 in einer für ihn bindenden Form feſtgelegt hatte. Nun hatte Rußland im Frieden von San Stefano die öſterreichiſchen Anſprüche auf Bosnien ganz hintangeſetzt, und er mußte jetzt wenigſtens trachten, das ſcheinbar ſchon verſcherzte Bosnien nunmehr noch zu gewinnen. Hier operierte er mit Geſchick, er ſchloß vor dem Zuſammentritt des Kongreſſes ein Sonderabkommen mit England und veranlaßte Salisbury, in Berlin den Antrag auf Okkupation und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina durch Öſterreich-Ungarn zu ſtellen. Warum dieſer Antrag nicht auf Annexion lautete, iſt ſchwer verſtändlich, da England in jenem Abkommen die Unterſtützung jedes Vorſchlags bezüglich Bosniens zugeſichert hatte und die Stimme Bismarcks wohl auch für die Annexion zu haben war. War es bloß ein Zurückweichen vor der maßloſen Oppoſition der Ungarn und Deutſchliberalen, war es Rückſicht für die Türkei, war es eigene Zaghaftigkeit und ſein Zweifel an der Richtigkeit der Annexionspolitik überhaupt? Wie dem auch ſei, die energiſche Forderung der Annexion und deren vorausſichtliche Durchſetzung auf dem Kongreß hätte Andráſſy viel ſpäteres Ungemach, vor allem die Unterzeichnung der geheimen Konvention mit der Türkei vom 13. Juli 1878 über die Anerkennung der Souveränität des Sultans über Bosnien, über das dort vorgeſehene Einvernehmen mit der Pforte über die Durchführung der Okkupation und über den proviſoriſchen Charakter dieſer Maßregel ſowie der ſpäteren vom (21.) April 1879, und ſchließlich ſeinen Nachfolgern die ganze Annexionskriſe von 1908/09 erſpart, die mit den Anlaß zum Balkankrieg und in letzter Linie zum Weltkrieg gab. Ob es richtig iſt, wie manche ſeiner intimen Freunde in Wien behaupteten, daß Andráſſy noch auf dem Kongreß den Widerſpruch Rußlands gegen die Okkupation erwartete, ja erhoffte, um den letzten noch möglichen Anlaß zum Konflikt mit Rußland zu erhalten, laſſe ich dahingeſtellt, mir ſcheint dieſe Annahme nicht ſehr wahrſcheinlich. Äußerungen Andráſſys in dieſem Sinn mögen gefallen ſein, aber mehr um eine Möglichkeit zu bezeichnen, die ihn nicht erſchrecken würde, die er aber doch nicht herbeiwünſchen konnte, wenn er nicht gegenüber dem Kaiſer in zu großen Widerſpruch geraten wollte. Konnte oder wollte Andráſſy die Annexion Bosniens nicht durchſetzen, ſo war es andererſeits ein Verdienſt, ſich die Beſetzung des Sandſchaks von Nowibaſar zu ſichern und dafür auf dem Kongreß ſogar die Zuſtimmung Rußlands zu gewinnen.

Die Beſchlüſſe des Berliner Kongreſſes, namentlich jene über Bosnien, erzeugten in Ungarn und in Öſterreich eine große Erregung. Wenn man auch beſonders in der letzten Zeit eine ſolche Löſung erwartet hatte, ſo betrachtete man ſie angeſichts der entſchiedenen entgegengeſetzten amtlichen Äußerungen der letzten zwei Jahre als eine gewalttätige Überrumpelung, die man willkürlich und unkonſtitutionell in der parlamentloſen Zeit durchdrücke. Die Form der bloßen Okkupation, die vielleicht aus Rückſicht auf die öffentliche Meinung gewählt worden war, erzielte nicht den gewünſchten Erfolg, die einen erklärten ſie für eine Unwahrheit, weil man ſie doch in Annexion verwandeln werde wollen, die anderen höhnten über den gebrechlichen Rechtszuſtand unter türkiſcher Souveränität, und die Annexioniſten waren ſelbſtverſtändlich mit dieſer Halbheit nicht zufrieden. Die Durchführung der Maßregel war nicht glücklich; ſtatt während des Kongreſſes alle Vorbereitungen zu treffen und ſofort nach deſſen Schluß einzumarſchieren, verzögerte man die Aktion, weil Andráſſy noch immer mit der Pforte über ihre Zuſtimmung verhandelte. Unterdeſſen hatte ſich in Sarajevo eine proviſoriſche Regierung gebildet, der ſich reguläre türkiſche Truppen anſchloſſen, und als nun der Einmarſch erfolgte, zeigte ſich die Unzureichendheit der aufgebotenen Truppen und der Mangel an militäriſchen Vorſorgemaßregeln. Schließlich errangen die Tapferkeit und die Verſtärkung unſerer Truppen den Erfolg; nun trat doch in vielen Kreiſen der Bevölkerung ein Umſchwung ein, die Freude und der Stolz über das militäriſche Gelingen hoben das patriotiſche Selbſtgefühl, und die heimkehrenden Truppen wurden überall mit Jubel empfangen, aber die voreingenommenen Okkupationsgegner waren nicht zu gewinnen, der blutige Krieg, die verhältnismäßig großen Verluſte, der bewaffnete Widerſtand der bosniſchen Bevölkerung, die großen Koſten, all das verſtärkte nur ihre Verurteilung des ganzen Unternehmens. Unermüdlich in dieſem Sinne ſchrieb die „Neue Freie Preſſe“, die nun einen perſönlichen Kampf gegen Andráſſy begann. Selbſt frühere Anhänger Andráſſys wandten ſich von ihm ab, ſo Baron Walterskirchen, der in der letzten Delegation beſonders warm für ihn und den 60-Millionen-Kredit eingetreten war und nun in einer Wählerverſammlung in Auſſee erklärte, daß er die Okkupation für einen großen Fehler halte, Andráſſy habe die Delegationen irregeführt, ſo daß er kein Vertrauen mehr zu ihm haben könne. Dieſelbe Stimmung kam in Ungarn, wo Neuwahlen ſtattfanden, nur noch ſtärker zum Ausdruck. Dr Max Falk, der Berichterſtatter der ungariſchen Delegation über jenen Kredit, tadelte die Aktion Andráſſys, viele erklärten die Bewilligung des Kredits für erſchlichen, da die Delegation ihn nicht habe für die Okkupation verwendet ſehen wollen. In Budapeſt forderte eine große Volksverſammlung die Zurückziehung der Truppen und die Verſetzung des Miniſteriums Tiſza in Anklagezuſtand.

(Fortſetzung folgt)

Die Tuberkuloſegefahr der Gegenwart und ihre Bekämpfung[1]

Von

Profeſſor Dr. Otfried Müller,
Vorſtand der Mediziniſchen Klinik in Tübingen

Der Tuberkelbazillus iſt einer der größten Feinde tieriſchen und menſchlichen Lebens. Gegliedert in eine zahlreiche Verwandtſchaft, hat er ſich auf die Lebensbedingungen der verſchiedenſten Tierarten, von den Kaltblütern über die Vögel bis zu den niederen und höheren Warmblütern einzuſtellen gewußt, ſpielt bei den Haustieren, inſonderheit beim Rinde, eine überaus wichtige Rolle und erregt beim Menſchen diejenige chroniſche Infektionskrankheit, welche, wenigſtens in unſerem Klima, mehr Opfer erfordert, als alle anderen anſteckenden Krankheiten zuſammengenommen.

Vor dem Kriege kamen in Deutſchland immer noch 15 Prozent, d. h. ein Siebentel aller Sterbefälle auf das Konto der Tuberkuloſe. Man rechnete mit einer Million erkennbar tuberkulös Erkrankter; und das war zu einer Zeit der Blüte und des Gedeihens, als die planmäßige Bekämpfung der Seuche ſchon eine recht wirkſame geworden war, zu einer Zeit, als man davon träumte, eines Tages den letzten huſtenden und ſpuckenden Schwindſüchtigen, als den letzten Verbreiter menſchlicher Tuberkelbazillen geradeſo iſolieren zu können, wie ſeinerzeit die letzten Ausſätzigen. Inzwiſchen hat ſich die geſundheitliche Lage ungeheuer verſchlechtert. Die Hungerblockade hat ihre Wirkung getan.

Württemberg galt während des Krieges für relativ gut verſorgt. Speziell außerhalb der größeren Städte ſollte es — ſo meinte man — hinſichtlich der Ernährung recht befriedigend ausſehen. Laſſe ich nun aber das Krankenmaterial unſerer mediziniſchen Poliklinik in Tübingen, deren Zugänge zu 95 Prozent aus den ländlichen Bezirken des Schwarzwaldkreiſes ſtammen, auf die Tuberkuloſefrequenz durchſehen, ſo ergibt ſich, daß wir im zweiten Quartal 1919 133 Prozent mehr tuberkulöſe Kranke zu beraten hatten als in der gleichen Zeit des Jahres 1914. Abgeſehen von dieſer Quantitätsfrage hat ſich auch die Qualität der Erkrankungen merklich geändert. Es kommen weit mehr Kranke im dritten Stadium und ſolche mit tuberkulöſen Prozeſſen am Bauchfell und am Harn- und Geſchlechtsapparat wie früher. In Preußen zeigen ſich dieſe Dinge in ähnlicher, teilweiſe noch bedrohlicherer Form. So ſtarben dort 1913 auf 10 000 Einwohner 13,7, 1917 aber bereits 20,8 Menſchen an Tuberkuloſe. Am ſchlimmſten ſteht es unter den preußiſchen Landesteilen naturgemäß in den ſchlecht verſorgten Großſtädten, wie z. B. Halle, wo 1914 insgeſamt 287, 1918 aber bereits 582 Kinder an Tuberkuloſe zugrunde gingen.

---

[1] Vortrag, gehalten im Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutſche über See (Landesverband Württemberg) in Stuttgart.

Solche Zahlen werfen ein grelles Schlaglicht auf die gegenwärtige Lage. Zurückgeworfen im Kampf gegen die Tuberkuloſe um weit mehr als fünfzig Jahre, ſollen wir in einem ausgehungerten, verarmten und übervölkerten Lande unſere allmähliche Geſundung wieder anſtreben. Da iſt es denn an der Zeit, ſich wieder einmal über die wichtigſten Punkte der Entſtehung und Behandlung der Tuberkuloſe klar zu werden.

Wenn die Tuberkuloſe eine Infektionskrankheit iſt und nur durch den Tuberkelbazillus hervorgerufen werden kann, ſo wird man naiverweiſe zunächſt fragen: „Woher kommt der Bazillus, damit ich ihn nach Möglichkeit meiden kann?“ Nun denn — der Erreger der meiſten menſchlichen Tuberkuloſen, und namentlich der bösartigen Formen, ſtammt vom Menſchen. Der huſtende und ſpuckende Schwindſüchtige iſt ſein Hauptverbreiter. Zwar können auch die beim Tier heimiſchen Abarten des Bazillus auf den Menſchen übertragen werden, inſonderheit vom Rinde aus. Es zeigt ſich aber immer mehr, daß dieſe in der Regel durch die Milch vermittelte Verbreitungsweiſe doch die Ausnahme darſtellt und daß offenbar die Rindertuberkuloſe beim Menſchen im allgemeinen auch gutartigere Erkrankungen auslöſt, ähnlich wie die Rinderpocken, die zum Zwecke der Impfung auf den Menſchen übertragen werden.

Demgemäß wird nach wie vor eine Hauptaufgabe bei der Tuberkuloſebekämpfung die ſein, den huſtenden und ſpuckenden Schwindſüchtigen für ſeine Mitmenſchen möglichſt unſchädlich zu machen. Daß das durch ſo enge Belegung der Wohnungen, wie ſie jetzt leider nötig wird, nicht gerade gefördert werden mag, läßt ſich leicht denken. Um ſo nötiger erſcheint die Zuteilung eines beſonderen Zimmers an jeden Tuberkulöſen, die unſchädliche Beſeitigung des anſteckenden Auswurfs durch Gebrauch von Taſchenſpuckflaſchen und die Vermeidung des Ausſpuckens auf den Fußboden oder ins Taſchentuch.

Außerordentlich wichtig für das Verſtändnis der Krankheit iſt nun die neuerer Zeit entſtammende Erkenntnis, daß die Anſteckung durch den Tuberkelbazillus zwar auch im Alter des Erwachſenen erfolgen kann, daß aber die Hauptzeit der Infektion das Kindesalter darſtellt. Schon die Kinder werden, und zwar offenbar ziemlich ausnahmslos in relativ jungen Jahren infiziert. Die meiſten überwinden die Infektion gut, kapſeln die Bazillen in Drüſen am Hals, an der Lungenwurzel oder im Bauch ein und wiſſen dieſen inneren Feind ein Leben lang ruhig zu halten. Die Infektion kommt dabei in der überwiegenden Anzahl der Fälle ſo zuſtande, daß der Bazillus durch die mit dem Staub der Räume verunreinigten Hände der Kinder in den Mund gelangt. Von dort kann er auf dem Wege über die Gaumen- reſpektive Rachenmandeln in den Lymphſtrom und mit ihm ins Blut gelangen, oder er wird verſchluckt und geht vom Darm aus in die Lymphdrüſen des Bauches und ſchließlich ebenfalls ins Blut.

Der im Blut- und Lymphſtrom kreiſende Bazillus kann ſich nun überall im Körper niederlaſſen. Bei der als Skrofuloſe bezeichneten Form der Kindertuberkuloſe z. B. an den Drüſen, Knochen oder Gelenken und auf Schleimhäuten; bei der tuberkuloſen Genickſtarre an den Hirnhäuten; bei der heute immer häufiger werdenden Bauchfelltuberkuloſe am Überzug der Eingeweide; bei der ebenfalls im Zunehmen begriffenen Urogenitaltuberkuloſe an den inneren und äußeren Teilen des Harn- und Geſchlechtsapparates, und bei der zu allen Zeiten am häufigſten Schwindſucht im Bereich der Lungen. Dabei iſt die Zeit, innerhalb derer er aus den Drüſen ausbrechend die Niederlaſſung an beliebiger Stelle des Körpers auszuführen vermag, nicht vorher abſehbar. Er kann jahrelang, ja das ganze Leben in ſeinen urſprünglichen Schlupfwinkeln liegen bleiben, er kann aber auch bei günſtiger Gelegenheit, ſobald er die Widerſtandskraft des Körpers hinreichend geſchwächt findet, ausbrechen und eine neue aktiv weitergreifende Anſiedlung ſuchen.

Dementſprechend lautet heute die Frage weniger: Wie entziehe ich mich der Infektion mit dem Tuberkelbazillus überhaupt mein Leben lang? Das iſt bei ſeiner Verbreitung innerhalb der Kulturwelt nicht möglich. Haben doch die diagnoſtiſchen Tuberkulinproben und eine ungeheure Zahl von Kinderſektionen erwieſen, daß bis zum zehnten Lebensjahre ſo ziemlich alle Kinder in der einen oder anderen Weiſe infiziert ſind. Die Frage lautet daher mehr: Wie überwinde ich meine ſchickſalsgemäße Tuberkuloſeinfektion ſo, daß die Bazillendepots meines Körpers nicht ausbrechen und Herr über mich werden können? Daß gehäufte Neuinfektionen im ſpäteren Lebensalter dazu beitragen werden, das Kräftegleichgewicht zuungunſten des Körpers und zugunſten der Bazillen zu verſchieben, liegt auf der Hand.

Wir können hier einen Vergleich ziehen zwiſchen körperlichen und ſeeliſchen Dingen. Auch das Böſe kann nicht prinzipiell vermieden werden. Jeder wird in dieſer oder jener Form damit Bekanntſchaft machen. Es kann demgemäß auch nicht die Aufgabe vernünftiger Eltern ſein, ihre Kinder ſo abzuſperren, daß ſie überhaupt keine Gelegenheit haben, mit dem Böſen Bekanntſchaft zu machen. Da dieſe Bekanntſchaft ebenfalls ſchon in der Kindheit gemacht wird, ſo kann die Aufgabe auch nur ſo lauten: Wie überwinde ich das ſchickſalsgemäß an mich herangetretene Böſe, wie werde ich feſt dagegen? Daß dieſes Feſtwerden durch immer neu von außen herantretende Verſuchungen nicht gerade erleichtert wird, liegt auf der Hand. Aber die Hauptſache wird doch auch hier ſein, die Kindheitsinfektion im Keime zu erſticken.

Wie nun die Überwindung des Böſen nicht allen Menſchen gleich leicht fällt, denn der eine hat einen ſtarken Charakter, eine kräftige ſeeliſche Struktur und findet früh den Ausgleich mit dem Ewigen, der andere dagegen iſt ein pſychiſcher Schwächling und findet dieſen Ausgleich überhaupt nie, ſo iſt es auch bei der Überwindung einer Infektion. Sobald ein krankmachender Bazillus in den Körper eingedrungen iſt, beginnt der Kampf der Leibeszellen gegen ihn. Beſtimmte Zellarten werden mobil gemacht, gewiſſe Säfte produziert, alles zu dem ausgeſprochenen Zwecke, den eingedrungenen Feind unſchädlich zu machen. Man nennt dieſe Kräfte, die der Körper gegen den artfremden Feind ſtellt, Immunkräfte.

Nun kann der eine Menſch entſprechend ſeiner angeborenen Konſtitution reichlich Immunkörper ſtellen, der andere kann das nicht, er iſt, wie ich das im Vergleich mit dem Neuraſtheniker und Pſychaſtheniker ſo genannt habe, von Haus aus Immunaſtheniker. Es kommt hier ein neues Moment in die Betrachtung hinein. Bisher haben wir nur das objektive Moment in Rechnung geſtellt, die Infektion von außen durch den Bazillus. Jetzt kommt noch das ſubjektive Moment dazu, welches in Rechnung ſtellt, wer denn nun der Menſch iſt, welchen die Infektion trifft. Dieſes ſubjektive Moment iſt ein ſehr weſentliches und erklärt den Unterſchied, warum z. B. die Lungentuberkuloſe das eine Mal eine reißende Krankheit, das andere Mal ein harmloſes, raſch und gut heilendes Leiden iſt. Dieſes ſchickſalsgemäß konſtitutionelle Moment läßt ſich naturgemäß ebenſo ſchwer meiſtern wie die Gelegenheit zur Infektion. Denn:

Wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen,
Die Sonne ſtand zum Gruße der Planeten,
Biſt alſobald und fort und fort gediehen
Nach dem Geſetz, nach dem du angetreten.
So mußt du ſein, dir kannſt du nicht entfliehen,
So ſagten ſchon Sibyllen, ſo Propheten,
Und keine Zeit und keine Macht zerſtückelt
Geprägte Form, die lebend ſich entwickelt.

Hier liegt der Kernpunkt für die Frage der Erblichkeit. Nicht der Bazillus wird in der Regel von den Eltern ſchon durch die Keimprodukte auf das Kind übertragen. Das mag wohl auch vorkommen, aber es iſt ſelten. Was vererbt wird, iſt die zum Nachgeben gegenüber dem Bazillus geneigte ſchwächliche Konſtitution. Der ſchwache Charakter gegenüber den Verſuchungen der Welt bringt den Menſchen im moraliſchen Lebenskampf zum Stranden, die Immunaſthenie im körperlichen.

Ein drittes Moment, das den Ausgang beſtimmt, iſt dann endlich noch in der Gunſt oder Ungunſt der äußeren Lebensbedingungen gegeben. Ich nehme einen normalen Körper an, dieſer wird mit Tuberkelbazillen infiziert. Es gelingt ihm, dieſe in den Lymphdrüſen abzukapſeln. In dem Moment, wo der Feind eingekeſſelt und abgeſchnürt iſt, erfolgt durch einen zweiten Feind ein Flankenangriff, d. h. z. B. ein latent tuberkulöſes Kind bekommt Maſern oder Scharlach oder Keuchhuſten. Alsbald iſt der Körper gezwungen, weitere Immunkräfte aufzubieten, um auch den neuen Feind niederzuwerfen. Das gelingt erſt nach hartem Kampf, während deſſen dem alten Feind, der Tuberkuloſe, nicht mehr hinreichend Immunkräfte gegenübergeſtellt werden konnten. Alſo durchbricht er während des Flankenangriffes der neu hinzugetretenen akuten Infektion die gegen ihn aufgeſtellte Verteidigungsfront und macht weitere Fortſchritte im Körper. So kommt es daß man im Anſchluß an die

Maſern, den Keuchhuſten oder andere akute Kinderinfektionen die Kinder tuberkulös werden ſieht. Tatſächlich waren ſie es ſchon vorher, und in Wirklichkeit hat die akute Neuinfektion der alten chroniſchen und faſt niedergekämpften Tuberkuloſe nur zu neuem und nun empfindlich bemerkbarem Leben geholfen.

Man nennt ſolche Zeiten, in denen der Körper ſich infolge äußerer Umſtände gegen die latente Tuberkuloſe-Infektion nicht wehren kann, weil ihm die Abwehrkräfte, die Ergine, zeitweiſe fehlen, anergiſche Perioden. Solche anergiſchen Perioden ſind alle Kriſen des Lebens. Sie können während der geſchlechtlichen Entwicklung, d. h. alſo in der Pubertät, während der Schwangerſchaft und während der geſchlechtlichen Rückbildung, d. h. alſo im Klimakterium, geradeſo wie zur Zeit neu auftretender Infektionen wirkſam werden; und dauernder Nahrungsmangel kann ebenſo wie dauernde Sorge einen ſo ſchwächenden Einfluß auf den Körper ausüben, daß die Immunkörperbildung gegen die latente Tuberkuloſe unzureichend wird oder aufhört.

Dementſprechend ſtellt ſich das Lebensdrama der Tuberkuloſe wiederum ſehr ähnlich dar wie das der Bewahrung der Moral: Schickſalsgemäß erfolgt die Infektion. Frühzeitig tritt der Bazillus wie das Böſe in den Kreis der Aufgaben des Kindes. Durch gute körperliche und ſeeliſche Konſtitution wie auch durch günſtige äußere Bedingungen der Ernährung reſpektive der Erziehung kann beides daniedergehalten werden, ſo daß es keine Macht über den Menſchen gewinnt. Nun kommen die großen Lebenskriſen und wirken in gleicher Weiſe als körperliche wie als moraliſche Belaſtungsproben. Das kann ſich durch das ganze Leben fortſetzen, um ſchließlich im Alter noch zur Kataſtrophe zu führen. Ich kenne Frauen, aus deren Berichten ſich klar ergibt, daß ſie als Kinder ſkrofulös und als junge Mädchen mit Lungenkatarrhen behaftet waren, die dann nach jedem Kind einige Zeit huſteten und abmagerten, um ſchließlich in den Wechſeljahren endgültig eine ſchwere Lungentuberkuloſe zu bekommen. Da iſt die Immunität gegenüber der Tuberkuloſe vielfach erſt durchbrochen und dann wieder hergeſtellt worden, um ſchließlich im Alter noch endgültig verloren zu gehen; wie denn überhaupt die ſogenannte Alterstuberkuloſe gar nicht ſo ſelten iſt, wie man gewöhnlich meint.

Die größte und wirkſame anergiſche Periode, die nicht Einzelperſonen, ſondern ganze Völker je betroffen hat, iſt der Krieg geweſen. In ihm haben ſich die vorſtehend vorgetragenen neueren Anſchauungen an Hand ausgedehnter Erfahrungen bewährt. Aus dem Feldheer ſind zahlreiche Leute aktiv tuberkulös erkrankt zurückgekehrt. Das kam ſicher nicht daher, weil ſie ſich im Schützengraben angeſteckt hatten. Waren doch dort zunächſt einmal ſicher viel weniger aktiv Tuberkulöſe als in der Heimat, in Wohnungen, Werkſtätten und Fabriken. Waren doch auch ſicher im Staube der Schützengräben und Schlachtfelder weniger Tuberkelbazillen zu finden als in dem der Bahnhöfe und anderer öffentlicher Orte in der Heimat. Demgemäß bleibt gar kein anderer Schluß, als der, daß die alte latente Tuberkuloſeinfektion aus der Kinderzeit über den durch die Kriegsſtrapazen geſchwächten und unzureichend ernährten Körper Herr geworden iſt.

Es iſt klar, daß bei dieſer Auffaſſung der Dinge die Furcht vor der Anſteckung mit Tuberkuloſe noch im Alter des Erwachſenen allzuſehr ſinken mag, und daß viele Menſchen geneigt ſein werden, die in dieſem Bezug ſeit alters her üblichen Vorſichtsmaßregeln hintanzuſetzen. Nun habe ich aber ſchon vorher ausgeführt, daß die im Erwachſenenalter neu hinzukommenden ſogenannten additionellen Infektionen, d. h. die Aufpfropfungen neuer Bazillen auf die alten Depots geradeſo mobiliſierend wirken können wie die anergiſchen Perioden.

Auch hierfür hat uns der Krieg ein Beiſpiel gewährt. In der Heimat kamen infolge der Unterernährung, der Überarbeit und der konſtanten Sorge noch mehr Erkrankungen vor wie beim Feldheer. Das lag ſicher nun zum Teil daran, daß die kräftigeren Konſtitutionen der Mehrzahl nach draußen, die ſchwächeren aber daheim waren. Es lag aber ſicher auch daran, daß die Gelegenheit zur additionellen Infektion wegen der Berührung mit huſtenden, ſpuckenden Schwindſüchtigen zu Hauſe größer war. Wenn das zutraf, ſo mußte es ſich an Orten, wo zahlreiche Schwindſüchtige untergebracht waren, deutlicher zeigen als an anderen Orten, wo dieſe fehlten. Da ſind nun Erhebungen von Intereſſe, die ich als fachärztlicher Beirat in den zirka 200 württembergiſchen Lazaretten gemacht habe. Unſere Lazarette waren im weiteren Verlauf des Krieges weitgehend ſpezialiſiert. Namentlich die Tuberkuloſeabteilungen und unter ihnen wiederum diejenigen für die dritten Stadien wurden ſtreng geſondert geführt. Nun zeigte ſich ganz deutlich, daß von dem Pflegeperſonal aller Lazarette ein gewiſſer Prozentſatz infolge Nahrungsmangel und ſtrenger Arbeit anergiſch wurde und tuberkulös erkrankte. In den Tuberkuloſelazaretten aber war dieſer Prozentſatz merklich höher als auf den Verwundetenabteilungen, und in den Sonderabteilungen für dritte Stadien war er am höchſten. Hier kam eben durch den reichlichen bazillenhaltigen Auswurf der Kranken, der auch bei guten Vorſichtsmaßregeln immer noch weitgehend verſtäubt wird, zur Hunger- und Arbeitskriſe noch die neu aufpfropfende additionelle Infektion hinzu.

*

So iſt etwa die Entwicklung tuberkulöſer Leiden heute zu denken. Wie nun kann man ſich vor ihrer Ausbreitung zur bedrohlichen Krankheit ſchützen? Da heißt es vor allen Dingen jede Reaktivierung eines früher erworbenen Krankheitsherdes, auch die durch Neuanſteckung erfolgende alsbald zu bemerken und ſofort zu geeigneter Behandlung zu bringen. Je früher die Behandlung einſetzt, deſto beſſer der Erfolg. Ohne in eine kritikloſe Tuberkuloſeangſt zu geraten, wird man doch gut tun, in allen zweifelhaften Fällen rechtzeitig ärztlichen Rat einzuholen.

Am häufigſten wird das bei der Tuberkuloſe der Lungen in Betracht kommen. Dieſe verurſacht — ich möchte faſt ſagen leider — zunächſt keine

Schmerzen oder andere ſtarke Beſchwerden, welche als Warnung dienen könnten. Allgemeine Schwäche, nervöſe Störungen, hartnäckige Magenbeſchwerden, Hitze- und Kältegefühl gegen Abend, Schweiße bei Nacht gehen einem leichten Hüſteln und ſpärlichen Auswurf, namentlich morgens, vielfach voraus und ermöglichen in zahlreichen Fällen die optimale frühzeitige Erkennung. Rippfellentzündungen oder -reizungen ſind häufig die Vorboten der Krankheit, wie ſie ihre ſpäteren Folgen ſein können.

Sehr vorſichtig ſollte man aber auch mit hartnäckigen, nicht befriedigend erklärten Beſchwerden im Bauche und an den Harn- und Geſchlechtsorganen ſein, da die Bauchfelltuberkuloſe und die Urogenitaltuberkuloſe heute in Württemberg fraglos häufiger auftritt als früher. Endlich ſind ſchmerzloſe Schwellungen an Knochen und Gelenken auch immer unter dem Geſichtswinkel des Tuberkuloſeverdachts anzuſehen.

Dabei muß man ſich darüber im klaren ſein, daß die Diagnoſe beginnender tuberkulöſer Prozeſſe für den Arzt oft ſo ſchwer iſt, wie diejenige fortgeſchrittener Erkrankungen leicht zu ſein pflegt. Oft werden alſo eine eingehende Beobachtungen oder mehrfache Unterſuchungen notwendig werden.

*

Wie ſteht es nun heute mit den Ausſichten der Behandlung und welche Mittel ſollen in erſter Linie angewandt werden? Da iſt zunächſt vorauszuſchicken, daß ein Allheilmittel, welches imſtande wäre, jeden Tuberkelbazillus im Körper zu töten, ohne gleichzeitig die Körperzellen zu ſchädigen, nicht vorhanden iſt. Wer ein ſolches Mittel für die Tuberkuloſe anpreiſt, iſt entweder ſelbſt betrogen oder betrügt er. Der Arzt vermag zunächſt nicht mehr, als dem Körper die günſtigſten Bedingungen zu ſchaffen, um die ihm innewohnenden Mittel zur Selbſthilfe voll auszunützen. Man bringe den Körper aus den ungünſtigen Lebensbedingungen, in welche er durch die anergiſche Periode verſetzt iſt, in günſtige, dann wird er ſich zu Beginn der Krankheit in der Regel ſelbſt helfen können; es ſei denn, daß er hoffnungslos konſtitutionsſchwach iſt und ſich auch unter den beſten Bedingungen nicht aufzuraffen vermag. Die Heilung geht dann in der Weiſe vor ſich, daß zunächſt durch Stärkung der Immunkräfte eine weitere Vermehrung und Ausbreitung der Bazillen verhindert wird; ſodann wird um den zerfallenden Krankheitsherd herum ein Narbengewebe gebildet, welches ihn mitſamt den darin enthaltenen Bazillen allmählich vollſtändig einkapſelt und unſchädlich macht. So entſteht ſchließlich an Stelle des Tuberkuloſeherdes eine Narbe, welche bei mäßiger Ausdehnung des krankhaften Prozeſſes praktiſch ohne Bedeutung ſein kann.

Die großen Altmeiſter, welche uns gezeigt haben, daß monatelang eingehaltene flache Rückenlage in geeigneten offenen Liegehallen bei Überernährung und leichter Abhärtung die geeignetſten Mittel ſind, um tuberkulöſe Prozeſſe, beſonders auch ſolche an den Lungen, zum Stillſtand und zur narbigen Ausheilung zu bringen, waren die Ärzte Brehmer in Görbersdorf und Dettweiler in Falkenſtein. Sie ſind die hochverdienten Bahnbrecher einer kritikvollen Behandlung mit rein phyſikaliſch diätetiſchen, d. h. den ſogenannten natürlichen Heilfaktoren.

Beſonders empfindlich für unſere Zeitläufte iſt nun die Tatſache, daß die Freiliegekur mit Überernährung kombiniert ſein muß, wenn ſie durchſchnittlich wirkſam ſein ſoll. Das Gegenteil von dem, was in unſerer Zeit ſo viele Tuberkuloſen reaktiviert hat, iſt ein ausſchlaggebender Faktor ihrer Heilung. In normalen Zeitläuften nimmt man als Koſtmaß für den ruhenden Erwachſenen etwa den Brennwert von 2500 Wärmeeinheiten an, der ſchwer körperlich arbeitende Erwachſene braucht 3600 Wärmeeinheiten. Für die Behandlung eines ruhenden tuberkulöſen Erwachſenen pflegt man 3500 bis 4000 Wärmeeinheiten anzuſetzen, wovon 400 in Form von 100 Gramm Eiweiß, 1800 in Form von 200 Gramm Fett und 1400 in Form von 400 Gramm Mehlſtoffen geboten werden ſollten. Man ſtelle ſich in unſeren Zeiten vor: täglich 200 Gramm reines Fett!! Im vorigen Winter ſtanden in unſeren Krankenhäuſern tatſächlich nicht mehr als 2000 Wärmeeinheiten, d. h. die Hälfte des für den Tuberkulöſen Wünſchenswerten, durchſchnittlich zur Verfügung, während man ſich in den früher für die Koſt ſo berühmten Hamburger Krankenanſtalten mit durchſchnittlich 1500 Wärmeeinheiten behelfen mußte.

Nun hat Dettweiler geſagt: „Wie das Verdauungsorgan einen der beſten Schutzapparate gegen das Erkranken der Lungen darſtellt, ſo iſt es auch der beſte Hilfsapparat der erkrankten Lungen.“ Es iſt ohne weiteres erſichtlich, was eintreten muß, wenn ſowohl der Schutz- wie der Hilfsapparat des Kranken mit nicht viel mehr als 50 Prozent des Wünſchenswerten zu arbeiten vermag.

Das Problem iſt alſo leider ein ſehr einfaches. Gelingt es in abſehbarer Zeit, Wohnung und Nahrung zu verbeſſern, ſo wird auch allmählich die ſteigende Tuberkuloſefrequenz zum Stillſtand und ſchließlich wieder zum Rückgang kommen. Gelingt das nicht, ſo verelenden wir unaufhaltſam weiter.

Da ſich nun Wohnung und Nahrung auf dem Lande heute in der Regel beſſer geſtalten laſſen als in der Stadt, ſo laſſen ſich dort zur Zeit vielfach auch beſſere Tuberkuloſekuren machen wie in manchen überfüllten und ſchlecht belieferten Krankenanſtalten. Tatſächlich ſehe ich denn auch eine große Anzahl von Kranken geſunden, die Willens und imſtande ſind, monatelang täglich ihre acht Stunden in einer nach Süden offenen, hinten und nach den Seiten geſchützten Laube entſprechend warm verwahrt auf einem Liegeſtuhl flach zu liegen, dabei reichlich zu eſſen und zwiſchendurch in mäßiger Weiſe Sonnenkur zu machen. Es iſt das eine improviſierte Ergänzung unſerer teils überfüllten, teils geſchloſſenen Lungenheilanſtalten.

Die jetzt ſo viel beſprochenen, ſehr intenſiven Sonnenkuren eignen ſich in erſter Linie für Kranke mit Knochen-, Gelenk-, Bauchfell- und Urogenitaltuberkuloſe. Bei Veränderungen an den Lungen bedarf es bezüglich intenſiver Sonnenbeſtrahlung ſehr ſorgfältiger ärztlicher Überwachung. Die Lungentuberkuloſe will, namentlich in ihren fortgeſchrittenen Stadien, von allen Tuberkuloſeformen die individuellſte Behandlung. Das gilt auch für die jetzt ſo ſehr beliebte Höhenſonne, welcher übrigens vor der natürlichen Sonne nur der eine Vorteil einzuräumen iſt, daß man ſie jederzeit ſcheinen laſſen kann. Scheint die natürliche Sonne, ſo iſt dieſe vorzuziehen.

Daß Sonnenkuren im Höhenklima im allgemeinen beſſer durchgeführt werden können wie in der Ebene, iſt nicht zu beſtreiten, weil einmal die Sonnenſcheindauer dort eine größere und zweitens die Strahlung eine intenſivere zu ſein pflegt. Auf der anderen Seite iſt aber doch hervorzuheben, daß während des Krieges auch bei uns im Lande Anſtalten gegründet wurden, welche mit durchaus befriedigenden Erfolgen Sonnenkuren vornahmen. Ferner iſt es zweckmäßig, bei dieſer Gelegenheit darauf hinzuweiſen, daß die Heilſtatiſtiken unſerer Schwarzwaldſanatorien ſich neben denen der Hochgebirgsſanatorien durchaus ſehen laſſen können. Auch die einfache Freiluftliegekur im Hochgebirge iſt früher, wie alles Fremde, bei uns fraglos etwas überwertet worden.

Viel beſprochen werden dann weiter die Kuren mit verſchiedenen Arten von Tuberkulinen. Es ſind das Präparate, die ſich teils als Extrakte, teils als feine mechaniſche Verteilungen abgetöteter menſchlicher oder tieriſcher Tuberkelbazillen darſtellen. Ende der achtziger Jahre von Robert Koch hergeſtellt, erweckte ein Bazillenextrakt, der ſpäter „Alttuberkulin“ genannt wurde, zunächſt die weitgehendſten Hoffnungen. Schwertuberkulöſe aus aller Welt ſtrömten damals in Berlin zuſammen und lebten der durchaus unkritiſchen Hoffnung, in kurzer Zeit wie durch ein Zaubermittel geheilt zu werden. Die überſpannten Erwartungen wurden nicht erfüllt. Bei den großen Tuberkulindoſen, die anfangs geſpritzt wurden, kam es ſogar vielfach eher zur Verſchlimmerung als zur Beſſerung, und aus dem „Hoſianna“ wurde bald ein „Crucifige“.

Erſt ganz allmählich lernte man verſchiedene andere Tuberkulinarten herzuſtellen und dieſe in den allerkleinſten Doſen vorſichtig taſtend anzuwenden. So kam man ſchließlich wieder zu günſtigeren Ergebniſſen, und heute wird wohl in der überwiegenden Mehrzahl aller Lungenheilanſtalten in der einen oder anderen Form Tuberkulin gebraucht. Wichtig iſt dabei, daß ſich auch der Laie über folgende Punkte klar wird:

1. Das Tuberkulin iſt kein myſtiſches Allheilmittel gegen jede Tuberkuloſe. Es eignet ſich vielmehr

2. nur für gewiſſe, vom Arzt ſorgfältig auszuſuchende Fälle, in denen eine fortlaufende peinliche Kontrolle ſeiner Wirkung ausgeübt werden kann;

3. vermag das Tuberkulin auch nicht mehr, als den Körper zur optimalen Aufbietung der in ihm wohnenden Heilkräfte zu veranlaſſen. Es ſtärkt die Immunkörperbildung und regt die den tuberkulöſen Herd abkapſelnde Narbenbildung an, den Bazillus ſelbſt greift es nicht direkt an.

4. Wird das Tuberkulin am beſten in den für geeignet befundenen Fällen in Kombination mit einer Freiluftliege- und Überernährungskur angewandt. Iſolierte Tuberkulinkuren ohne Änderung der geſamten Lebensweiſe, d. h. ohne

Berufsſtörung haben oft nicht den gewünſchten Erfolg und ſind nicht immer unbedenklich.

5. Der Erfolg hängt nicht unbedingt von dem Gebrauch der einen oder anderen Tuberkulinſorte ab. Es können mehrere Wege nach Rom führen. Die übermäßige Reklame für gewiſſe Tuberkulinſorten, wie man ſie heute beobachten kann, iſt ſomit ſachlich nicht berechtigt.

Von weit geringerer Bedeutung als die bisher beſprochenen Behandlungsmethoden iſt die Verabreichung der Arzneien. Gewiß ſind dieſe und jene Mittel, unter denen noch immer das von Buchenholzteer ſtammende Kreoſot und ſeine Präparate obenan ſtehen, mit Vorteil zur Unterſtützung des natürlichen Heilprozeſſes in dieſem oder jenem Falle heranzuziehen. Sicher bedürfen Fieber, Huſten, Schweiße und andere läſtige Symptome gelegentlich arzneilicher Eingriffe. Das ſind aber ſymptomatiſche Nebenwirkungen, die niemals den Schwerpunkt der Behandlung ausmachen dürfen. Ob die ſeit längerer Zeit verſuchte Behandlung mit Schwermetallen, namentlich auch mit Goldpräparaten, ſich eine größere Bedeutung zu erringen vermag, läßt ſich noch nicht abſehen. Beſonders gewarnt werden muß vor dem Gebrauch von Geheimmitteln; in der Regel handelt es ſich dabei um Bereicherungsverſuche auf Koſten Leidender ohne Leiſtung eines entſprechenden Gegenwertes.

Endlich ſei darauf hingewieſen, daß ſchwere einſeitige Lungentuberkuloſen durch Ausſchaltung einer ganzen Lunge oft gut beeinflußt werden können. Dieſe Ausſchaltung geſchieht am beſten durch Einblaſen eines unſchädlichen Gaſes in den Bruſtfellraum der erkrankten Lunge, ſo daß dieſe zuſammenklappt und dadurch leichter narbig ausheilt. Man kann ein ſolches Zuſammenklappen einer ſchwer erkrankten Lunge auch auf operativem Wege erreichen, doch haben ſich die diesbetreffenden chirurgiſchen Eingriffe im ganzen weniger bewährt als die Gaseinblaſung, der ſogenannte Pneumothorax.

Das Ziel unſeres Strebens muß aber ſein, die tuberkulöſe Erkrankung gar nicht erſt ſoweit kommen zu laſſen, daß ſo grobe Eingriffe nötig werden. Kommen die Menſchen frühzeitig genug zum Arzt und ſtehen die notwendigen Vorausſetzungen für die Behandlung zur Verfügung, ſo laſſen ſich die meiſten tuberkulöſen Erkrankungen frühzeitig unterdrücken.

*

Blickt man nun angeſichts all dieſer in ihrer Berechtigung gewiß ſo einleuchtenden Beſtrebungen auf unſere heutige Lage, ſo muß man ſich allen Ernſtes die bange Frage vorlegen, ob ſie nun auch im großen durchführbar ſein werden. Der Hauptgrund zum Kriege war ohne Zweifel unſere angeſichts einer feſt verteilten Welt in engen und ungünſtigen Grenzen fortgeſetzt ſteigende Bevölkerungszahl. Wir nahmen vor dem Kriege jährlich noch faſt um eine Million Menſchen zu, was etwa dem natürlichen Raumbedürfnis einer Provinz entſprach. Dieſe Zunahme war nicht nur durch ein natürlich gegebenes Steigen der Geburtenziffern bedingt, ſondern vielmehr auch durch ein künſtlich gezüchtetes Sinken der Sterbeziffer.

Unſere äußere Kultur war ſo groß geworden, daß ſie Lebensdauer und Bevölkerungszahl ſtark zu beeinfluſſen und die natürlichen Regulatoren der großen Seuchen außer Funktion zu ſetzen begann. Wenn wir jetzt wieder in gleicher Richtung arbeiten wollen und ſollen, ſo müſſen wir diesmal auch die Imponderabilien in unſere Rechnung ſtellen, an die wir früher zu wenig gedacht haben. Das Leben iſt innerhalb der materiellen und ideellen Welt, die wir meiſt viel zu ſchematiſch geſondert zu behandeln pflegen, eine Einheit. Deshalb kann eine künſtliche Verlängerung der Lebensdauer und Vergrößerung der Bevölkerungszahl nur dann zum Segen gereichen, wenn ideelle Strömungen zum Ausgleich der dadurch veränderten Lebensbedingungen mit ihnen Hand in Hand gehen. Was uns nottut, iſt eine nicht nur erzwungene oder allenfalls auch durch Einſicht gewonnene, ſondern eine von warmherziger Liebe erfüllte Geſinnung gegenſeitiger Billigkeit und Duldung. Davon iſt aber innen wie außen leider noch immer nicht allzuviel zu ſpüren. Wenn wir nicht alle ohne Unterſchied unter Zurückſtellung eigenſüchtiger Ziele für unſere kranken Brüder arbeiten, wie der Arzt es ein Leben lang tun muß, ſo beſteht keine Ausſicht, die notwendigen Vorausſetzungen der Geneſung zu ſchaffen.

Paul Ernſt hat letzthin geſagt, die von Friedrich I. und II. ſowie von Kant geſchaffene preußiſche Staatsidee ſei nicht haltbar geweſen, weil ſie davon ausgegangen wäre, jeder müſſe ſeine „verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun“. Es habe eben keinen Sinn, wie Friedrich I. hinter den Säumigen mit erhobenem Stock herzulaufen und zu rufen: „Lieben ſollt ihr mich, ihr Schurken, lieben ſollt ihr mich.“ Nun gut, dann muß eben im freien Staat jeder ſeine „geliebte Pflicht und Schuldigkeit tun“. Wenn das ſo kommt, mag es beſſer ſein wie früher, aber kommen muß es, denn getan muß ſie werden, die aufopfernde Pflicht und Schuldigkeit, wenn kranke Menſchen wieder geſund und ſchließlich auch geſunde nicht krank werden ſollen.

Kurz und gut, wir Ärzte können das Sanierungswerk nicht allein beſorgen, das ganze Volk muß helfen. Wir müſſen in ſinngemäßer Umſtellung einiger Worte auf unſere Bücher einen Vers ſchreiben können, den Goethe auf ein dem Schauſpieler Krüger gewidmetes Exemplar ſeiner Iphigenie geſchrieben hat. Dieſer Vers würde lauten:

> Was der Forſcher dieſem Bande ſinnend, hoffend anvertraut,
> Werd' im Kreiſe deutſcher Lande durch des Arztes Wirken laut.
> Wie im Handeln, ſo im Sprechen, liebevoll ertön' es weit:
> Alle menſchlichen Gebrechen heilet reine Menſchlichkeit.

Geheimdiplomatie und Friedensreviſion

Von

V. W. v. Bülow

Die Forderung nach Beſeitigung der Geheimdiplomatie trägt internationalen Charakter. Sie beſchränkt ſich nicht auf die Unterlegenen des Weltkrieges, die etwa durch Schaden klug geworden wären. Auch die ſiegreichen Völker ſind zum großen Teil mit dem prekären Ergebnis unzufrieden, das die Kunſt und Schlauheit ihrer Diplomaten gezeitigt hat. Der erſte der „14 Punkte“ Wilſons forderte bereits die Abſchaffung der Geheimdiplomatie: Es wären alle „geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art“ zu unterſagen. Die „Diplomatie ſoll immer offen und vor aller Welt getrieben werden“. Dies Programm hat ſeinerzeit auf der ganzen Welt Zuſtimmung und Beifall gefunden. Seine Durchführung würde eine politiſche Reform von ungeheurer Tragweite bedeuten.

Die Geheimdiplomatie — alſo die Führung der außenpolitiſchen Geſchäfte unter Ausſchluß der Öffentlichkeit und ohne Befragen der Völker — trägt nach herrſchender Auffaſſung die Schuld ſowohl am Weltkriege wie an den Pariſer Friedensſchlüſſen. Sie wird deshalb verdammt, in den unterlegenen Ländern nahezu allgemein und ohne Einſchränkung, auf der übrigen Welt zur Zeit noch mit einigen Vorbehalten. Mit ihrer Verurteilung iſt aber die Frage ihrer Beſeitigung noch keineswegs gelöſt. Kritik iſt von jeher an der Diplomatie aller Länder geübt worden. Anerkennung fand lediglich der Erfolg. Bereits im alten Griechenland vermeinte ein jeder, die Staatskunſt zu beherrſchen. Auch heute ſind diejenigen ſehr zahlreich, welche „alles beſſer gemacht“ hätten, und welche imſtande ſind, die Fehler der Staatsmänner aufzudecken, namentlich dort, wo inzwiſchen erſchöpfende Veröffentlichungen die wahren Zuſammenhänge offenbart haben. Mit einem vaticinium post eventum kommt man jedoch dem geforderten Syſtemwechſel in der Außenpolitik um keinen Schritt näher.

Die Geheimdiplomatie kann weder durch Geſetze einzelner Länder noch durch zwiſchenſtaatliche Abkommen beſeitigt werden. Selbſt wenn alle Verträge und internationalen Abmachungen öffentlich bekanntgemacht werden, wie dies im Pariſer Völkerbund (Art. 18) vorgeſehen iſt, und wenn in allen Ländern die Parlamente die Kontrolle der auswärtigen Politik übernehmen, kann man Staatsmänner und Diplomaten nicht verhindern, ſich über die Köpfe der Völker hinweg über jene Fragen zu verſtändigen, in denen ihre Völker keinen eigenen Willen kundgetan haben. In der Regel liegt es auch ganz in ihrer Hand, ob und inwieweit ſie die Öffentlichkeit unterrichten und ins Vertrauen ziehen wollen. Sie vermögen ſich alſo weite Gebiete vorzubehalten. Die Völker nehmen aus eigenem Antriebe nur inſoweit zur Politik Stellung, als ſich ihre öffentliche Meinung zu gewiſſen Einzelfragen und einigen Grundtendenzen äußert. Es bleiben demnach ungeheuer viele Fragen übrig, bei denen geheime Verſtändigungen möglich ſind. Verbote, wie die des Völkerbundſtatutes, treffen nur die Form und greifen nicht an die Wurzel des bisherigen Übels. Es ſei an England erinnert, das keine Geheimverträge kannte, und in dem das Parlament eine Krontrolle über die auswärtige Politik auszuüben glaubte. An Stelle der politiſchen Geheimverträge, die dem Parlament nicht vorenthalten werden durften, traten „Gentlemen's agreements" zwiſchen den engliſchen und fremden Staatsmännern und Militärkonventionen zwiſchen den beiderſeitigen Generalſtäben und Admiralſtäben. Mit dieſen Mitteln wurde der Dreiverband England-Frankreich-Rußland zu einem Gebilde von viel größerer Geſchloſſenheit und Einheitlichkeit ausgeſtaltet, als es der mitteleuropäiſche Dreibund geweſen iſt. Durch Verbote allein läßt ſich die Geheimdiplomatie nicht beſeitigen.

Auch vermögen, ſolange die Diplomatie im geheimen arbeitet, Parlamente niemals tatſächlich eine Kontrolle über die auswärtige Politik auszuüben. Die zur Behandlung kommenden Fragen ſind zu zahlreich und zu verwickelt, als daß eine wirkſame Aufſicht techniſch überhaupt möglich wäre. Die Parlamente dienen daher nur inſofern als Sicherheitskoeffizient, als ſie über jene zu Gericht ſitzen, die durch eine verfehlte Politik Schaden angerichtet haben. Der politiſche Erfolg wird aber ſtets durch einen Freiſpruch belohnt, ſelbſt wenn das Vertrauen des Parlamentes mißbraucht und die Beſtimmungen und Gebräuche des Landes mißachtet wurden. Der größte Nutzen der parlamentariſchen Kontrolle liegt darin, daß ſich die Staatsmänner meiſt die Zuſtimmung der Parlamente ſichern, um auf dieſe Weiſe ihre eigene Verantwortung zu verringern. Daß zwiſchen parlamentariſchen Miniſtern und Fachminiſtern auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hier kein Unterſchied beſteht, iſt ſelbſtverſtändlich. Der Parlamentarier zeigt ſich als Miniſter ſogar ganz beſonders beſtrebt, der läſtigen Vormundſchaft der Volksvertretung zu entgehen, und gerade er wird hierbei Erfolg haben. Exempla docent.

Das Verlangen nach Beſeitigung der Geheimdiplomatie geht von der Vorſtellung aus, daß die Völker ihrem Weſen nach friedliebend ſind und daß internationale Verwicklungen meiſt nur durch die Schuld ehrgeiziger Politiker herbeigeführt werden. Dieſe Auffaſſung enthält viel Wahres. Völker in ihrer Geſamtheit ſind ſelten aggreſſiv. Sie beſitzen gar nicht jene Einheitlichkeit des Wollens und Handelns, die die Vorbedingung einer erfolgreichen aggreſſiven Politik wäre. Die breiten Maſſen vermögen auch nicht, hohe und weitgeſteckte Ziele zu erfaſſen, es ſei denn, daß ihnen dieſe durch konkrete Symbole veranſchaulicht werden. Politiſche Pläne ſind von jeher in Amtsſtuben und ſtillen Arbeitszimmern entſtanden, und nicht in Parlamenten und Volksverſammlungen. Das Volk übernimmt auf keinem Gebiet der Politik die Initiative, es ſei denn in Zeiten der Revolution. Der Anſtoß geht ſtets von den politiſchen Führern aus, deren Kunſt eben darin beſteht, den noch latenten Willen der

Menge richtig zu erkennen und zu bewerten. Dies gilt ebenfalls von der auswärtigen Politik, deren Leiter es ſelten wagen wird, zu Maßnahmen zu ſchreiten, von denen er annehmen muß, daß ſie auch im Falle des Erfolges nicht dem Willen ſeines Landes entſprechen würden. Gegen dieſen Willen zu handeln, wird in heutigen Zeiten kein Staatsmann ſich unterfangen.

Für die Frage der Beſeitigung der Geheimdiplomatie gibt es deshalb nur die eine Löſung, das Volk ſelbſt die Grundlinien der Politik, auch der auswärtigen, beſtimmen zu laſſen. Da auf die Initiative der Öffentlichkeit nicht zu rechnen iſt, würde dies bedeuten, daß jedes außenpolitiſche Ziel zunächſt der Allgemeinheit zur Billigung vorzulegen, alſo bekanntzugeben wäre. Die Parlamente hätten dann darüber zu wachen, daß keine anderen und geheimen Ziele verfolgt würden. Dieſer Aufgabe dürfte jede Volksvertretung gewachſen ſein, und die Klärung der Anſichten, die Bildung der Volksmeinung, würde im weſentlichen auf dem Boden der Parlamente vor ſich gehen. Die internationale Politik erhielte alſo ihrem Weſen nach und (im Wege des Völkerbundes — das „Weltparlament“ des deutſchen Entwurfes) vielleicht auch der Form nach parlamentariſchen Charakter. Ziele, Wünſche und Gedanken wären in vollſter Öffentlichkeit zu verfechten. Jedem einzelnen Lande würde dann die Rolle zufallen, die in den Länderparlamenten die politiſche Partei ſpielt. Genau wie in der inneren Politik, würde ſich hinter den Kuliſſen nur gerade ſoviel abſpielen, als die Indolenz der öffentlichen Meinung zuließe.

Ein derartiges Verfahren bedeutet naturgemäß eine gewaltige Erſchwerung und Verlangſamung des politiſchen Geſchäftsbetriebes. Dieſem Nachteil ſtünde aber der ungeheure Vorzug gegenüber, daß der Hauptgrund zum Mißtrauen der Völker fortfiele. Denn nichts hat ſo ſehr die internationale Atmoſphäre vergiftet als die Befürchtung, daß der Nachbar gefährliche Geheimziele verfolge, ſowie die Verdächtigung und Hetze, die ſich hieran anknüpfen ließen. Da jeder Vorgang, der ſich in der Öffentlichkeit abſpielt, heute aller Welt bekannt iſt, würde der Umſtand, daß die Ziele der Politik öffentlich feſtgelegt und vom Volke ſelbſt beſtimmt werden, mehr zur Entgiftung der zwiſchenſtaatlichen Beziehungen beitragen, als ſich durch irgendwelche Konventionen und ſelbſt einen Völkerbund erreichen ließe.

Es bliebe dann freilich noch die Möglichkeit einer mangelhaften Ausführung des Volkswillens beſtehen. Fehler dieſer Art wären aber viel weniger bedenklich und würden ſelten zu internationalen Verwicklungen Anlaß bieten. Nicht die kleinen Ränke ſkrupelloſer Diplomaten haben den Weltfrieden gefährdet, ſondern das Verfolgen großer politiſcher Ziele im geheimen. Das Ziel iſt es, weit mehr noch als die Methode, auf die es bei der auswärtigen Politik ankommt. In den allermeiſten Fällen werden ſich die Mittel dem gedachten Zweck anpaſſen müſſen. Das weſentliche iſt deshalb, daß jedes politiſche Ziel dem Volke in ſeiner wahren Geſtalt vorgeführt werde und daß es Billigung finde. Um dies zu veranſchaulichen, ſei an die deutſche Flottenpolitik erinnert, die die Mehrheit des deutſchen Volkes nicht gebilligt haben würde, wenn ihr bekannt geweſen wäre, welche Folgen daraus für ſeine Beziehungen zu England entſtehen würden; oder an die franzöſiſche Revanchepolitik, der das franzöſiſche Volk ſicherlich nicht gehuldigt hätte, wenn ihm bewußt geweſen wäre, daß ſie zum Weltkrieg führen müßte. Die Mehrheit des engliſchen Volkes hätte ſchließlich die Einkreiſung Deutſchlands nicht gebilligt, wenn offen geſagt worden wäre, daß dieſe Einkreiſung den Zweck habe, den läſtigen Nebenbuhler in einem nahen kriegeriſchen Konflikt zu vernichten.

Vielfach wird geglaubt, daß gewiſſe politiſche Ziele nur im geheimen verfolgt werden könnten. Dies trifft bei anfechtbaren Beſtrebungen auch zu, ſonſt nicht. Vor wem iſt denn bisher das Geheimnis mit Erfolg gehütet worden? In den weitaus meiſten Fällen nur vor den Völkern, und nicht vor den fremden Regierungen. Eine geſunde und vernünftige Politik hat es nicht nötig, ihre Ziele zu verheimlichen. Daß jeder einzelne Schritt an die große Glocke gehängt werde, iſt ebenſowenig erforderlich wie die Volksbefragung in allen Einzel- und Nebenfragen. Denn die auswärtige Politik eines jeden Landes bildet naturnotwendig ein einheitliches Ganzes. Werden die Grundlinien vom Volke feſtgelegt, dann werden auch die Werkmeiſter die Bauſteine auf den richtigen Platz ſetzen. Der Spielraum für Abweichungen iſt ſehr gering, ſobald die Möglichkeit einer eigenmächtigen und geheimen „hohen“ Politik ausgeſchaltet iſt. Dies gilt in erſter Linie von allen machtpolitiſchen Fragen, die in weit höherem Grade als die wirtſchaftlichen und rechtlichen geſtaltungsfähig ſind, da ſie nicht, wie die letzteren, eng an gegebene Vorausſetzungen und feſte Normen gebunden ſind. Die Beſeitigung der Geheimdiplomatie würde übrigens eine erhebliche Verringerung des Kreiſes der „machtpolitiſchen“ Fragen zur Folge haben.

Eine Politik des Volkes, alſo eine Politik, deren Gedanken und Richtlinien von einer wohlunterrichteten öffentlichen Meinung getragen werden, hat es in der Neuzeit kaum gegeben. Die Entwicklung ſchritt aber bereits in der angedeuteten Richtung vor. Seit Jahrzehnten waren die Staatsmänner faſt aller Länder beſtrebt, ſich der Bundesgenoſſenſchaft der öffentlichen Meinung bei ihren Unternehmungen zu ſichern. Das Unheil, das die Geheimdiplomatie angerichtet hat, beſtand aber eben darin, daß die Öffentlichkeit in zahlloſen Fällen über die wahren Ziele getäuſcht und über die Sachlage nur ungenügend unterrichtet wurde. In keinem Lande Europas war vor dem Kriege der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Politik ſo groß als in England. Als Beiſpiel für das Geſagte ſei deshalb an die Art erinnert, in der das engliſche Parlament über die geheimen Abmachungen mit Frankreich und Rußland getäuſcht wurde. Die Möglichkeit einer ſolchen Täuſchung und des Mißbrauchs des Volksvertrauens auszuſchließen, iſt der Kernpunkt der Frage, auf welche Weiſe die Geheimdiplomatie beſeitigt werden ſoll.

Hier nützen weder Verträge noch Geſetze und Beſtimmungen. Der Gebrauch allein, die ewige Wiederholung in Einzelfällen, vermag dieſe politiſche Reform zu verwirklichen. Dazu iſt erforderlich der Entſchluß und Wille des Volkes, daß keine Politik getrieben werde, die es nicht kennt und billigt. Mag manche Gelegenheit dadurch verſäumt werden und Zeit verloren gehen, der Gewinn an Sicherheit vor Kataſtrophen und an Vertrauen der Völker zueinander wiegt alle Nachteile auf.

In keinem Lande liegen die Verhältniſſe für die Einleitung einer derartigen Volkspolitik ſo günſtig als in Deutſchland, denn unſere auswärtige Politik ſteht vor einer Aufgabe, an der alle Kreiſe der Nation und alle Parteien mitzuarbeiten berufen ſind, und deren Notwendigkeit jedem einzelnen Deutſchen gegenwärtig ſein ſollte: die Reviſion des Verſailler Friedens.

Der Volkswille wird um ſo mehr treibende Kraft der deutſchen Reviſionspolitik werden müſſen, als die Regierung bei ihrer innerpolitiſchen Schwäche und ihrer äußeren Gebundenheit gar nicht die Möglichkeit hat, aus eigener Kraft eine energiſche Reviſionspolitik zu führen. Sie wird und muß von der Öffentlichkeit dazu gedrängt und gezwungen werden. Der Kampf um die Reviſion des Verſailler Vertrages ſtellt daher aller Vorausſicht nach das erſte ſchulmäßige Beiſpiel der neuen Volkspolitik im Gegenſatz zur bisherigen Geheimdiplomatie dar.

Es wäre töricht zu glauben, daß die Pariſer Friedensſchlüſſe durch ſchöne Reden von Staatsmännern oder durch politiſche Kunſtſtücke aus der Rüſtkammer der alten Geheimdiplomatie zu Fall gebracht werden könnten. Dieſe Verträge werden aber umgeſtoßen werden durch die Macht der treibenden Kräfte im Völkerleben und zuſammenbrechen unter der Laſt ihrer eigenen Fehler. Reviſionspolitik treiben heißt, dieſen Vorgang beſchleunigen. Sie kann von der Regierung, ihren Behörden und Kommiſſionen nicht mit genügendem Nachdruck geführt werden, ſchon aus dem Grunde, weil die Pariſer Verträge ganz auf die Regierungen der beſiegten Länder geſtellt ſind und dieſen die Mittel zu einem Angriff auf die Verträge ſelbſt entziehen. Der erforderliche Druck kann nur von den organiſierten Intereſſenten ſelbſt ausgeübt werden, den wirtſchaftlichen wie den nationalen und politiſchen Intereſſenten, zu denen, wenn man von Gradunterſchieden abſehen will, jeder einzelne Deutſche gehört.

Es beſtehen aber noch weitere Zuſammenhänge zwiſchen Geheimdiplomatie und Friedensreviſion. Die Beſeitigung der Geheimdiplomatie, wie ſie heute gefordert wird, ſetzt voraus, daß die Völker ihrer Natur nach friedliebend ſind. Dieſe Annahme iſt nicht unbedingt richtig. Sie trifft nur zu bei Völkern, deren nationale Rechte gewahrt ſind, und deren nationale Anſprüche Befriedigung finden. Vorbedingung für eine Befriedigung der Welt durch Beſeitigung der Geheimdiplomatie wäre der Ausgleich in allen nationalen Fragen oder zum mindeſten die Einleitung von Maßnahmen zu ihrer friedlichen Löſung. Die Pariſer Verträge haben, im geraden Gegenſatz zu dieſen Vorausſetzungen, eine lange Reihe von Konfliktsmöglichkeiten neu geſchaffen, zahlloſe nationale Rechte und Anſprüche verletzt und den Zwang, die Wurzel aller Übel, an Stelle des Ausgleichs, des einzigen Mittels zur Befriedung der Welt, geſetzt. Ihre Reviſion iſt daher Vorbedingung für den Erfolg, den die Beſeitigung der Geheimdiplomatie erzielen ſoll. In dieſem Sinne liegt ſie im Intereſſe aller Länder der Erde.

Das deutſche Volk, welches das Joch des Friedensvertrages abſchütteln will, iſt vor die Aufgabe geſtellt, anderen Völkern auf dem Wege der Beſeitigung der Geheimdiplomatie mit dem Beiſpiel voranzugehen. Denn der Vertrag von Verſailles beruht auf der Vorausſetzung, daß eine deutſche Regierung vorhanden ſei, die imſtande iſt, das deutſche Volk zur Erfüllung der Forderungen des Feindbundes, alſo zur Fronarbeit für ſeine Gegner, zu zwingen. Der Feindbund will Deutſchland durch das Mittel ſeiner eigenen Regierung ausbeuten. Dies iſt natürlich nur möglich, wenn in Deutſchland eine genügend ſtarke Regierung vorhanden iſt, um die ungeheuren und weittragenden Forderungen der Gegner bei uns durchzuſetzen. So ſehr auch im Intereſſe der gedeihlichen Entwicklung eines Landes eine Regierung von unbedingter Autorität und großer Geſchloſſenheit zu wünſchen iſt, ſo kann uns Deutſchen dennoch heute eine ſchwache Regierung zur Rettung werden, eine Regierung, die nicht Macht genug beſitzt, um das eigene Volk zur Erfüllung des Verſailler Vertrages zu zwingen. Gegenüber dem Volke ſelbſt iſt ja der Feindbund nahezu machtlos. Er kann es wohl hungern laſſen und drangſalieren, er wird aber niemals imſtande ſein, unſer Land zu verwalten, um es ſelbſt auszubeuten und die ungeheuren Kriegsentſchädigungsforderungen des Verſailler Vertrages beizutreiben. Die Rolle des Fronvogtes vermag nur eine deutſche Regierung zu erfüllen. Dieſer Frieden kann innerhalb der Grenzen Deutſchlands revidiert werden, wenn das deutſche Volk auf ſeine Regierung einen Druck ausübt, der ſtark genug iſt, um den Zwang aufzuheben, den der Feindbund gegen ſie geltend macht. Damit wäre die Frage der Zielſetzung der auswärtigen Politik in einem Beiſpiel von ungeheurer Tragweite gelöſt. Der Kampf um die Reviſion kann auch nur in der Öffentlichkeit geführt werden. Fände das Ringen um die deutſchen Freiheitsrechte unter dem Schleier der Kabinettspolitik und Geheimdiplomatie ſtatt, ſo wäre es ausſichtslos. Unſer Volk ſollte alſo die Geſtaltung ſeiner auswärtigen Politik ſelbſt in die Hand nehmen und ſeine Staatsmänner zwingen, ſeine — des Volkes — Politik zu treiben. Die Reviſion des Verſailler Vertrages durch den Willen des deutſchen Volkes würde den Anfang der Beſeitigung der Geheimdiplomatie darſtellen.

Von den zahlreichen ſchwachen Seiten des Verſailler Friedens iſt ſeine Unſittlichkeit die angreifbarſte. Er wäre niemals in dieſer Form zuſtande gekommen, wenn die Pariſer Konferenz hätte öffentlich tagen und ihre Beweggründe bekanntgeben, alſo der allgemeinen Kritik ausſetzen müſſen. Den Vertrag, ſowohl ſeine Motive wie ſeine einzelnen unſittlichen Beſtimmungen in das Licht der Öffentlichkeit ziehen, heißt, ſeinen Verfall herbeiführen. Denn von der Öffentlichkeit geht ein eigenartiger, heilſamer Zauber aus. Die politiſche Moral iſt ungleich fragwürdiger noch als die bürgerliche Moral, wo dieſe durch vier Wände vor Kritik geſchützt wird. Das Auge und Ohr der Mitwelt, die Öffentlichkeit, ſind die großen Förderer der Moral im menſchlichen, im geſchäftlichen und politiſchen Leben. Die große politiſche Reform, die die Reviſion des Verſailler Vertrages bedeuten würde, iſt dann möglich, wenn die Methoden der Geheimdiplomatie ausgeſchaltet werden.

Nur wenn die Meiſtbeteiligten, alſo das deutſche Volk, den Reviſionskampf ſelbſt aufnehmen, läßt ſich die abſtrakte „Politik", die Arbeit der Geheimdiplomatie, beiſeite ſchieben, gelangen die nüchternen wirtſchaftlichen Erwägungen und einfachen Zweckmäßigkeitsgründe zu Worte. Dann wird der Gang der Welt durch den Zwang der natürlichen Wirtſchaftsgeſetze beſtimmt, und nicht mehr durch den Ehrgeiz einzelner und die Zweckverbände machthungriger Gruppen. Werden dieſe Vorausſetzungen geſchaffen, muß der Verſailler Vertrag in ſich zerfallen.

Dieſe zwei Gedanken liegen den vorſtehenden Ausführungen zugrunde: Die Geheimdiplomatie läßt ſich nur beſeitigen, wenn die Volkspolitik an ihre Stelle geſetzt wird; die politiſche Arbeit zur Reviſion des Verſailler Vertrages iſt weniger die Aufgabe der Regierung als aller — jedes einzelnen — Deutſchen. Die Reviſion des Friedens würde den Anbruch eines neuen Zeitalters bedeuten, in dem Geheimdiplomatie keinen Platz hätte; ohne dieſe politiſche Reformation iſt keine wirkliche Reviſion denkbar. Friedensreviſion und Beſeitigung der Geheimdiplomatie bedingen ſich gegenſeitig.

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Fortſetzung)

Einführung des Rheinbundes

Dem, was ich von meinen Operationen in München geſagt habe, iſt die Bemerkung nachzutragen, daß es beſchloſſen war, von dem Rheinbunde nichts kund werden zu laſſen, als in Regensburg, dem Sitze des Reichstages, ſelbſt. Dort erſt ſollte Deutſchland und die übrige Welt durch eine feierliche Losſagung mehrerer Reichsſtände vom Reichsverbande und Aufkündigung des Gehorſams gegen Kaiſer und Verfaſſung überraſcht werden. Wirklich iſt die Überraſchung gelungen.

Die Geſchäftsordnung, die auch heute noch bei dem Bundestage in Frankfurt fortgeſetzt wird, brachte es mit ſich, daß kein Reichsſtand anders als durch die Perſon ſeines Reichstagsgeſandten Erklärungen an dem Reichstage abgeben konnte oder, wenn dieſe Perſon fehlte, durch Bevollmächtigung eines anderen bereits akkreditierten Reichstagsgeſandten. Ich war alſo meinerſeits nicht befähigt, jenen Akt vorzunehmen, und da der Reichstagsgeſandte v. Türkheim beurlaubt, auch ſein Aufenthaltsort nicht mit Sicherheit bekannt war, ſo hatte man mir eine von Seiner Königlichen Hoheit unterzeichnete Vollmacht in blanco zugeſtellt, in welche ich den Namen desjenigen Geſandten einſchreiben konnte, den ich zur Übernahme des Auftrags bereit finden würde. Wirklich hatte ich in München mit dem Königlich bayeriſchen Reichstagsgeſandten Grafen Rechberg (Vater des jetzigen öſterreichiſchen Diplomaten des Namens) verabredet, daß ich jene Vollmacht auf ihn ausſtellen würde, wenn ich Herrn v. Türkheim nicht in Regensburg fände. Was dieſen anbetrifft, ſo hatte man ihm Stafetten in verſchiedenen Richtungen geſchickt mit dem Befehl, ſich in größter Eile auf ſeinen Poſten zu begeben. Das Warum und Wozu war ihm aber nicht geſagt worden, ſondern nur das, daß er mich an einem beſtimmten Tage dort finden und von mir weitere Aufklärung erhalten würde.

Mein Weg führte mich alſo von München nach Regensburg, und von allen Beteiligten war ich der erſte, der dort eintraf. Ich ſtieg in einem Hauſe ab, wo man mich von einem mehrmonatlichen Aufenthalte her, den ich wenige Jahre früher in demſelben gemacht hatte, wohl kannte. Es war ſchon Abend. Mein erſter Gang war natürlich nach der Wohnung des Herrn v. Türkheim gerichtet, wo ich erfahren mußte, daß er nicht nur nicht angekommen ſei, ſondern auch ſeine Leute ſeit langem nichts von ihm gehört hätten. Hierdurch auf mich ſelbſt reduziert, begab ich mich in die Wohnung des Kanzlers v. Albini, des Präſidenten des Reichstages. Auch dieſen traf ich nicht, er war in Geſellſchaft geladen, ich konnte nur eine Karte abgeben.

Bei dieſer Perſönlichkeit muß ich indes etwas verweilen, bevor ich in der Erzählung fortfahre. Herr v. Albini, der Grund- und Gerichtsherr des Dorfes Meſſel am Arheilger Wald und Beſitzer eines Hauſes in Dieburg war, welches ſeine Schwiegerſöhne v. Uechtritz und v. Varricourt bewohnten, war Reichskammergerichtsaſſeſſor geweſen und ward ſodann erſter Miniſter des Kurfürſten Erthal von Mainz und blieb es während aller Revolutionskriege bis gegen den Lüneviller Frieden hin. Er war ein Mann, der für gelehrt und für einen der erfahrenſten in deutſchen Staatsangelegenheiten galt, zugleich ein geiſtreicher und aufgeklärter Mann, welches letzte er beſonders dadurch bewieſen hat, daß er ſeinen Herrn veranlaßte, in ſeinen Dienſt und an ſeine Univerſität eine Menge ausgezeichneter Leute ohne Rückſicht auf Konfeſſion zu berufen, was der Mainzer Klerus und die dortige Ariſtokratie ihm gar nicht verzeihen wollten. Aber er war auch von ungemeiner Energie. So hat er z. B. einmal einen Landſturm im Odenwalde gegen die Franzoſen organiſiert und angeführt. Sein Hauptquartier war in Fürth. Vom Militärweſen, das läßt ſich denken, verſtand er gar nichts. Die Mainzer Truppen befanden ſich bei der öſterreichiſchen Armee, er hatte eine Zahl von Offizieren und zuſammengeraffte Leute, Reſerven, Depots, Invalidenkompagnie u. dgl. mit ſich und die ſämtliche Bauernſchaft, ſoweit die Waffen reichten. Er wirkte durch ſein Amt, vermöge deſſen er allen gebieten konnte, durch ſein dezidiertes Weſen und ſein Beiſpiel en payant de sa personne. In der Tat gelang es ihm für den Augenblick, den Odenwald vor einem Streifkorps, das eindringen wollte, zu bewahren.

Bei aller Verſchiedenheit der Richtung hat dieſer Charakter viel Ähnlichkeit mit dem des Miniſters Stein, der auch fähig geweſen wäre, Ähnliches zu tun, und gut angeſchrieben bei dem Kaiſer Napoleon mag auch er nicht geweſen ſein, ſo wenig als Stein.

Bekanntlich war der Kurfürſt von Mainz Reichserzkanzler und als ſolcher Vorſitzender des Reichstags; als er nun einen großen Teil ſeiner Lande eingebüßt hatte, ſchickte er Albini als Stellvertreter in jener Würde nach Regensburg, und der Nachfolger Dalberg beließ ihn in dieſer Stellung und zugleich in der eines Miniſters, ſoweit dies für einen Abgeſandten möglich iſt, d. h. er erhielt von allen wichtigen Staatsangelegenheiten Kenntnis und ward darüber konſultiert.

Dies war alſo der Mann, mit dem ich es zu tun hatte. Von der Reiſe ſehr ermüdet, hatte ich mich um 9 Uhr zu Bette gelegt und ſchlief, als ich zwiſchen 11 und 12 durch die Nachricht geweckt wurde, daß der Herr Kanzler aus der Geſellſchaft zurückgekehrt ſei und mich erſuchen laſſe, wenn ich nicht ſchon zu Bette läge, ihn doch ſogleich zu beſuchen. Einem Manne jener Art wollte ich nicht ſagen laſſen, daß ich ſchon ſchlafen gegangen, ich kleidete mich alſo raſch an und begab mich zu ihm. Der Grund ſeiner Eile war einleuchtend. Bei ſeinen Verbindungen konnte es ihm nicht unbekannt geblieben ſein, daß gewiſſe geheime Zuſammenkünfte in München Aufſehen erregt hatten, und er mochte ſich verſprechen, durch eine Unterredung mit mir den Schlüſſel zu dem Rätſel zu erhalten. Wie groß war aber meine Überraſchung und mein Erſtaunen, als ich entdeckte, daß dieſer Geſandte und Miniſter des Kurfürſten, der mit dem Titel „Fürſtprimas“ an die Spitze des Rheinbundes treten ſollte, von allem dem, was vorgegangen war und noch bevorſtand, kaum mehr wußte, als der Gaſtwirt, bei dem ich logierte. Für mich war kein Grund vorhanden, ihm irgend etwas zu verhehlen, er mußte an einem der nächſten Tage die Inſtruktionen ſeines Herrn durch einen Herrn v. Frankenſtein, den dieſer nach München geſchickt hatte, erhalten und von anderen Geſandten dasſelbe erfahren, für ihn aber war es von ſehr großem Werte, durch mich vollſtändig au fait geſetzt zu werden, um ſeine Haltung gegen andere danach zu bemeſſen und nicht auch ihnen gegenüber das Bekenntnis vollſtändiger Unwiſſenheit abzulegen. Es war weit über 1 Uhr in der Nacht, als ich in mein Quartier zurückkehrte. Der Kanzler hatte mich für den folgenden Tag zum Eſſen eingeladen und mir eine Morgenſtunde beſtimmt, in welcher über mein eigentliches Geſchäft, das in dieſer Nacht nicht zu Sprache kam, geredet werden ſollte.

Will man ſich in die Lage dieſes Mannes verſetzen, ſo fühlt man, wie überaus demütigend es bei ſeiner Stellung als Miniſter für ihn war, die erſte Kunde von der wichtigſten Staatshandlung, die ſich denken läßt, aus dem Munde eines Fremden zu erhalten. Wie das Mißtrauen, das ſein Herr ihm hierdurch bewies, ihn tief ſchmerzen mußte, wie er gewiß in ſeinem Innern die

Politik eben dieſes Herrn, die mit ſeiner (Albinis) Lebensgeſchichte in Widerſpruch ſtand, mißbilligte, wie es ihn ferner überraſchen mußte, zu erfahren, daß der ehrenvolle Poſten, den er bekleidete, ſein Ende erreicht habe, wozu noch kam, daß er nach dem, was ihm widerfahren war, kaum daran denken konnte, jenem Herrn ferner noch zu dienen. Faßt man alles dieſes zuſammen, ſo muß man anerkennen, daß alle die Selbſtbeherrſchung und Faſſung, die dieſer Mann beſaß, dazu gehörte, um ſcheinbar wenigſtens die Ruhe zu bewahren. Dies war jedoch der Fall, er blieb kalt, er fragte nur, um ſich zu unterrichten, ohne dabei Urteile zu fällen oder Empfindlichkeit durchblicken zu laſſen, und bewies mir dadurch, daß er des Rufes wert ſei, den er in Deutſchland genoß.

Nachdem ich mich am folgenden Morgen abermals fruchtlos nach Herrn v. Türkheim erkundigt hatte, begab ich mich zu Albini. Es ward Form und Faſſung der Losſagungserklärung beſprochen, und als ich ihm hierauf ſagte, daß ich nun die Ankunft des Grafen Rechberg abwarten würde, um ihn mit Vollmacht zu verſehen, damit er Namens des Großherzogs, meines Herrn, jene Erklärung abgebe, erwiderte er:

„Ah bah! Wozu das? Hat man die . . . .[1]) eingeriſſen, ſo iſt es gleichgültig, wie der Plunder übereinander fällt, Formalitäten gehören nicht mehr dazu. Nehmen Sie die Feder und ſchreiben Sie den Namen „Türkheim", das gilt jetzt ebenſoviel, als wenn er es ſelbſt getan hätte, ich bin ja der einzige, der berechtigt wäre, Sie darüber zur Rede zu ſtellen."

Ich tat, wie er geſagt hatte, und es war damit meine Miſſion beendigt. Wo das Reichstagsarchiv aufbewahrt wird, weiß ich in der Tat nicht, vielleicht in Wien, das aber weiß ich, daß eines ſeiner letzten Blätter durch ein Falſum, eine falſche Namensunterſchrift, beſudelt iſt.

Bei dem Mittageſſen, dem zwölf oder vierzehn Perſonen beiwohnten, unter denen ſich auch der im Laufe des Tages angekommene Abgeſandte ſeines eigenen Herrn befand, hatte Albini die Kontenance, vielleicht gerade wegen der Anweſenheit dieſes Herrn, heiter zu ſcheinen und ſich in Scherzen zu ergießen.

Bei meiner Ankunft in Regensburg war noch alles in Sorgloſigkeit gewiegt, niemand ahnte den harten Schlag, der die arme Stadt treffen ſollte. Am dritten Tage, als die Kunde von dieſem ſich verbreitete, war die Beſtürzung grenzenlos. Mein Wirt war in Verzweiflung, ſeine Frau zerfloß in Tränen und ſo war es überall. Die Stadt iſt oder war wenigſtens keine Handelsſtadt. Alles lebte vom Reichstage, die Hausbeſitzer ſahen ihr Vermögen um zwei Drittel ſchwinden. Es blieb nichts als der Hof des Fürſten Taxis: denn die Reſidenz des Fürſtenprimas daſelbſt iſt eine ſehr vorübergehende geweſen.

Überhaupt haben die Jahre 1803 und 1806 furchtbare Kataſtrophen in Deutſchland mit ſich geführt und die Exiſtenz unzähliger Menſchen erſchüttert, die aus ihren bisherigen Verhältniſſen herausgeworfen wurden. Die Zahl der

---

[1]) Lücke im Original.

Gewinnenden war unendlich kleiner als die der Verlierenden. Alle Reſidenzen des Kurfürſten, die zugleich Sitze der Landesbehörden waren, ſanken zu Landſtädten herab. Wetzlar, der Sitz des Kammergerichts, zum Dorfe. Kleine Hilfsmittel, wie das Einlegen einer Garniſon, der Sitz einer oder der anderen Behörde konnten ihnen nicht wieder aufhelfen. Nur ſehr wenige Orte, unter dieſen auch Darmſtadt, gelangten durch dieſelben Ereigniſſe zur Blüte.

Auf die Kunde deſſen, was geſchehen war, fand ſich Kaiſer Franz bald nachher bewogen, die deutſche Krone niederzulegen. Damit endigte das Heilige Römiſche Reich. Mein Geſchick hat es gewollt, daß auch ich, wenngleich nicht den erſten oder weſentlichen, doch immerhin einen Spatenſtich zur Herrichtung ſeines Grabes tun ſollte. Es war freilich alt und morſch geworden, es hatte ſich, gleich dem heutigen Osmanenreich, überlebt. Zu einer Reſtauration fehlten die Elemente und alle Vorbedingungen, und doch bewahrte es eine gewiſſe Lebenskraft, die auch nach ſeinem Untergange, ja vielleicht heute noch fortwirkt. Was an ſeine Stelle trat, war die Frucht deutſcher Zerfahrenheit und franzöſiſcher Politik und Schlauheit. Es war ein in großer Haſt und Eile und wahrlich nicht in deutſchem Intereſſe aufgeführtes, leichtes Gebäude, das wie alles Widernatürliche den Keim des Einſturzes in ſich trug. Hatte das auf und aus deutſchem Boden erwachſene Reich tauſend Jahre überdauern können, ſo waren dem auf franzöſiſchem Boden gewachſenen Rheinbunde nur acht Jahre vergönnt.

Ich verließ Regensburg betrübt über den Jammer ſeiner Bewohner und ſchlug den Weg nach Stuttgart und Karlsruhe ein, an welche Höfe ich mich zu Beſprechungen und Erkundigungen zu begeben befehligt war. Ich fuhr die Nacht durch, und zwiſchen zwei Stationen hielt mein Wagen an, der Poſtillon wollte mit einem anderen Pferde wechſeln. Ich ließ es geſchehen und hielt es für allzu neugierig und nicht paſſend, von meinem Wagen aus zu fragen, wer ſich in dem anderen befände. Erſt auf der Station fragte ich den Poſtillon, wen er gefahren habe. Den heſſiſchen Reichstagsgeſandten, war die Antwort, der hatte aber gewaltige Eile, er wollte das Wechſeln der Pferde nicht geſtatten, weil ihn das zwei Minuten verlieren ließ, und hat ſich erſt gefügt, als Ihr Poſtillon ihm ſagte, daß auf ſeiner Station keine Pferde mehr zu Hauſe ſeien.

So war alſo das Unheil geſchehen und der Augenblick, wo ich noch eine Unterredung mit Herrn v. Türkheim hätte haben können, unwiederbringlich verloren, was mir wirklich ſehr empfindlich, für ihn aber gewiß noch weit unangenehmer war. Dieſer Mann war viele Jahre hindurch in Nürnberg Geſandter beim fränkiſchen Kreiſe geweſen. Der hieſige Reichstagsgeſandte bezog einen für dieſes Verhältnis ungemein geringen Gehalt, dennoch hatte er dieſen Poſten, da er ein ſehr vermögender Mann war, erſt zwei Jahre früher angenommen, weil ihm dadurch Gelegenheit geboten ward, ſeinem älteſten Sohne, der ſpäter in badiſche Dienſte kam und dort eine ſehr kurze Zeit hindurch Miniſter geweſen iſt, den von ihm bisher bekleideten Poſten zu verſchaffen. Er hatte ſich alſo erſt vor kurzem in Regensburg, wo er ſeine Tage zu beſchließen gedachte, mit Koſten eingerichtet.

Jetzt traf er unvorbereitet in Regensburg ein, um von Fremden zu erfahren, erſtens daß ſeine eilige Reiſe eine ganz nutzloſe, alles abgetan und ihm ſogar die Mühe einer Namensunterſchrift erſpart ſei, zweitens daß der Poſten, auf welchem er ſich eben eingerichtet hatte, und zugleich der, auf welchen er ſeinen Sohn etabliert hatte, beide für immer erloſchen ſeien. So ſpielt das Schickſal mit den Menſchen.

Übrigens werde ich dem Herrn v. Türkheim, wenn ich an die Zeit komme, wo er hier auftrat, ein eigenes Blatt widmen.

Fortſetzung. Der Rheinbund

Der Zweck meines Auftrages, den Rückweg von Regensburg über Stuttgart und Karlsruhe zu nehmen, war der, dort wie in München Rückſprache über den Gebrauch zu nehmen, den die Regierungen von der über ehemalige Reichsſtände und Unmittelbare jetzt erlangten Souveränität machen wollten. In Stuttgart traf ich als Miniſter den Grafen Taube (urſprünglich ſchwediſche Familie), einen jungen Mann, den ſeine angenehmen Formen, wohl mehr als Talent oder Verdienſt zu dieſem Poſten geführt haben, den er auch nicht lange behauptete. In Karlsruhe hatte ich die Schutzreden für die Reichsritterſchaft aus dem Munde meines früheren Bekannten v. Edelsheim zu hören. Unter dem Material, das ich aus dieſen Konferenzen zurückbrachte, waren die bayeriſchen Anſichten über Behandlung der Mediatiſierten dieſen letzteren am günſtigſten, weswegen denn auch die bayeriſche Deklaration bei dem ſpäteren Wiener Kongreſſe als Muſter aufgeſtellt ward. Hier aber ging man ſo viel möglich ſeinen eigenen Weg mit dem Vorſatze, jene Klaſſe neuer Untertanen, ſo viel als nur tunlich war, das Übergewicht ihres neuen Herrn fühlen zu laſſen. Es lag dieſe Tendenz weniger an Herrn v. Lichtenberg perſönlich, als an verſchiedenen Räten in dem Miniſterium, die, mit dem Haß gegen den Adel erfüllt, eine Freude daran hatten, den Leuten dieſer Klaſſe ihr nunmehriges Übergewicht fühlen zu laſſen. Im Honorifiquen jedoch wurden die Standesherren durchaus nicht ungünſtig behandelt, und dies lag wiederum in den perſönlichen Anſichten Ludewigs I. Die Perſonen, die, obgleich nicht Ihm an Rang gleich, doch immerhin noch geſtern Seine Reichsmitſtände geweſen waren, wollte er mit Zartheit und Rückſicht behandeln.

Um kein Mißverſtändnis zu veranlaſſen, will ich gleich jetzt beifügen, daß der Zuſtand, von dem ich rede, nur gerade den Rheinbund überdauert hat, denn als man die Notwendigkeit zu einigem Einlenken fühlte, ſchlug man den Weg der Verhandlungen ein. Der nachherige Miniſter, damalige Kammerrat Hofmann, ward beauftragt, mit Abgeordneten der Standesherren zu verhandeln, und das Produkt dieſer Verhandlungen iſt die ſpätere Deklaration über die Verhältniſſe der Standesherren, welche der Form nach landesherrliches Edikt, dem Weſen nach Vertrag iſt, weswegen auch der ſpätere Bundestag, berufen die Rechte der Standesherren zu ſchützen, uns nie etwas hat anhaben können.

In der Gerichtsbarkeit waren den Standesherren zwei Inſtanzen gelaſſen. Sie errichteten gemeinſchaftliche Juſtiz, die Appellationsinſtanz, gleich den Hofgerichten, bildeten. Jedes Haus tat ſich zu dem Ende zuſammen: Erbach zu Michelſtadt, Solms zu Hungen und nach 1815 Iſenburg in Offenbach. Das Mangelhafte dieſer Einrichtung war ſo in die Augen ſpringend, daß die Berechtigten ſelbſt die Hand zur Auflöſung ihrer Kanzleien boten, die nach etwa zehn bis fünfzehn Jahren ſämtlich verſchwanden und den Hofgerichten einverleibt worden ſind.

Die Reichsritterſchaft ward der altheſſiſchen, bisher landſtändiſchen Ritterſchaft in allen Beziehungen gleichgeſtellt. Es war dies vielen unter ihnen ſchmerzlich. Reklamationen aber haben, ſo viel ich weiß, nicht ſtattgefunden, beiden Klaſſen blieb die Gerichtsbarkeit erſter Inſtanz.

Den Anfang zur Abſchaffung der Kanzleien machte ein Vertrag, den der Miniſter v. Grolman mit den iſenburgiſchen Häuſern unterhandelte. Dieſer Vertrag beſtand darin, daß jenen Häuſern eine bleibende Rente zugeſichert ward, welche den Revenuen gleichkam, die ſie aus der Gerichtsbarkeit bezogen hatten und daß die Angeſtellten übernommen und im großherzoglichen Dienſte verwendet wurden. Das letzte war vorübergehend läſtig für die Staatskaſſe, weil dieſe Diener zum großen Teil beſſer als die großherzoglichen beſoldet waren, wovon ich früher den Grund angegeben habe. Als Nachfolger des oben Genannten bin ich ſtets bemüht geweſen, dieſes Syſtem fortzuſetzen, und zwar iſt man, um den Berechtigten die Sache annehmbar zu machen, bei der Liquidation ihrer bisherigen Gerichtseinnahmen nicht übertrieben ſtreng geweſen. So iſt es mir im Laufe von achtzehn Jahren gelungen, das Unweſen der Patrimonialgerichte faſt ganz auszurotten; das Jahr 1848 hatte nicht viel mehr nachzutragen, es beſtanden im Anfang desſelben, ſo viel ich mich erinnere, nur noch bei den Freiherren von Riedeſel und den erbachiſchen Häuſern, welche beide die zäheſten waren, ſowie in Laubach und Hungen Gerichte dieſer Art. Die Verwaltungsrechte der Standesherren waren ihnen weit weniger als die Gerichtsbarkeit ans Herz gewachſen, und ſie haben auf dieſe viel früher und leichter als auf die letzte durch Verträge verzichtet. Ich führe dies an, um zu zeigen, wie die neueſten Zuſtände ſich aus den früheren entwickelt haben.

Gleich nach meiner Rückkehr von obiger Reiſe, das heißt ſobald man hier im Beſitz der allſeitigen Ratifikationen des Pariſer Rheinbundvertrages war, wurden Kommiſſarien in alle neuerworbenen Landesteile abgeordnet, um Namens Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Beſitz von denſelben zu ergreifen und die Huldigung für Allerhöchſtdieſelben einzunehmen. Mit welchen Gefühlen dieſe Kommiſſarien an manchen Orten empfangen wurden, läßt ſich leicht denken. Die ganze Erſcheinung war ein Blitz aus heiterem Himmel, auf den niemand vorbereitet war. Widerſtand hat nirgends ſtattgefunden, das geſtatteten die damaligen Verhältniſſe nicht.

Zu ſolchen Kommiſſionen bin ich nicht verwendet worden, wohl aber ſind, wie ich anderwärts bereits erzählt habe, alle Verträge zur Verteilung der reichsritterſchaftlichen Beſitzungen und zur Auflöſung der zahlreichen altheſſiſchen Gemeinſchaften, die dem König von Weſtfalen, dem Nachfolger des Kurfürſten, gegenüber nicht fortbeſtehen konnten, von mir teils allein, teils unter Mitwirkung des Herrn v. Türkheim abgeſchloſſen worden.

Dieſe Aufträge hielten mich bis zum Herbſt des Jahres 1807 in Darmſtadt zurück. Da waren die durch den Rheinbund veränderten äußeren Verhältniſſe des Großherzogtums in ihre neue Geſtalt getreten, und ich trat den von der Liberalität Ludewigs I. erhaltenen Urlaub zu einer Reiſe durch einen Teil von Europa an. Von dieſer kehrte ich im Laufe des Jahres 1809 zurück in mein früheres Verhältnis, das ich aber kurz darauf mit einer Hofſtelle (Oberſchenk) vertauſchte. In dieſer Stellung bin ich ſowohl der inneren Verwaltung des Landes, als den äußeren Verhältniſſen fremd geblieben. Nur einige Hofmiſſionen ſind mir zuteil geworden, z. B. an die Kaiſerin Joſephine, als Sie, während des öſterreichiſchen Krieges von 1809, Ihr Hoflager in dem jetzt Großherzoglichen Palais in Mainz hielt; da ſah ich zum erſten Male die jetzige Großherzogin Stephanie von Baden. Dann gehörte ich zum Gefolge des Herrn Erbgroßherzogs Hoheit, als Sie dem Kaiſer Napoleon in Mainz einen Beſuch machen wollten. Aber als Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin ein andermal zu demſelben Zweck in Mainz waren und in der „Stadt Paris“ wohnten, gehörte ich nicht zu Ihrem Gefolge. Ich hielt mich damals in Wiesbaden auf, kam aber täglich nach Mainz und hatte dann die Ehre, an der Tafel der Herrſchaften zu ſpeiſen, wann Sie zu Hauſe aßen.

Unter ſolchen Umſtänden habe ich über das Detail der Staatsgeſchäfte während der ganzen Dauer des Rheinbundes nichts zu erzählen, als daß in denſelben der größte Servilismus gegen den Willen des allgewaltigen Protektors vorherrſchend und maßgebend war. Über die überaus ehrenvollen Feldzüge der großherzoglichen Truppen in dieſer Periode iſt es nicht an mir zu reden, und ich muß mich alſo darauf beſchränken, nur im allgemeinen die Anſchauung von dieſer in Deutſchlands Geſchichte ſchwerwiegenden, noch heute folgenreichen Epoche als Zeitgenoſſe hier wiederzugeben.

*

Daß das Deutſche Reich zerfallen, in ſeinem Weſen erſtorben und nur noch durch äußere Formen zuſammengehalten, mithin einer Erneuerung ſehr bedürftig war, das wird wohl niemand in Abrede ſtellen; aber auch ebenſowenig das, daß bei den Vorurteilen und der Eigenwilligkeit der einen, der Selbſtſucht der anderen, der Verſchiedenheit der Anſichten uſw. und dem Mangel jeden Einklangs und Zuſammenwirkens, an eine Reform oder Beſſerung von innen heraus gar nicht zu denken war. Nur ein Stoß von außen konnte eine Wiedergeburt bewirken, und er kam, dieſer Stoß, und führte eine jener

Umwälzungen herbei, die, wie die Geſchichte aller Zeiten lehrt, nie ausbleiben da, wo alle Zuſtände unter neugebildeten Umſtänden wirklich unhaltbar geworden ſind. Meiſt aber ſind ſolche Revolutionen nur Kriſen nur Übergänge zu anderen Zuſtänden, und das, was ſie in erſter Hand ſchaffen, iſt nicht von Dauer. Eine ſolche Revolution und Kriſis war der Rheinbund. Er würde gar nicht möglich geweſen ſein, hätte das Deutſche Reich noch Lebenskraft bewahrt, und ſo groß ſeine Folgen geweſen ſind, ſo wenig konnte er in ſeiner Geſtalt von Dauer ſein, da er auf ganz unnatürlichen Grundlagen fußte. Kein wohlwollender, kein Deutſchlands Heil erſtrebender Gedanke ſchuf ihn, ſondern lediglich die Selbſtſucht eines übermütigen Eroberers, der klug genug war zu fühlen, daß er ſeine Zwecke raſcher und ſicherer fördern würde, wenn er, ſtatt Fürſtengeſchlechter zu entthronen, die einzelnen Volksſtämmen durch die Geſchichte von Jahrhunderten lieb und teuer geworden, ſich mit dem Detail der Verwaltung ihrer Länder zu belaſten und ſomit Unordnung herbeizuführen, lieber eben dieſen Fürſten ſchmeichle, ihnen Vorteile anbiete und ſich hierdurch mit einer Zahl von Vaſallen umgebe, die ihm ſchon gebildete Heere und die Reſſourcen geregelter und organiſierter Staaten zu Hilfe führten und jedem ſeiner Winke gehorchten.

Dies iſt der Gedanke, der den Rheinbund hervorgerufen hat! Das Sprichwort ſagt: „Es geſchieht nichts Neues unter der Sonne,“ und das iſt wahr. Große Ähnlichkeit hat der Rheinbund mit jenen Zuſtänden in Gallien und Iberien, wo die Scharen der ſogenannten Bundesgenoſſen, das heißt einheimiſche Fürſten, die römiſchen Heere vergrößerten und ihre eigenen Landsleute bekämpften. Könige hießen ſie, eigenen Willen durften ſie nicht haben.

Selbſt der rohe Osmane wußte ſich einſt bis zu jenem napoleoniſchen Gedanken zu erheben. Dies beweiſen uns Moldau, Wallachei, Siebenbürgen zu ſeiner Zeit und manch aſiatiſche Diſtrikte.

Allein wie verwerflich auch die Beweggründe des Stifters waren, ſo iſt doch der Rheinbund der Anfang und die Grundlage ſo umfaſſender Veränderungen in Deutſchland geweſen, daß ſie eine Wiedergeburt genannt werden dürfen, welche ohne ihn gar nicht oder noch lange nicht ſtattgefunden haben würde. Er bildet daher einen hochwichtigen Moment in der Geſchichte Deutſchlands. Nur die Form, unter welcher er auftrat, iſt vorübergehend geweſen, das Weſen in ihm wirkt noch heute in jedem Winkel fort, und es zeigt ſich hier recht deutlich, auf welchen wunderbaren Wegen die Geſchicke der Menſchheit geleitet werden, wie oft das, was Menſchen ohne Rückſicht auf das Naturgemäße, aber doch mit der Meinung und Abſicht ewiger Dauer ſchaffen, nichts als ein notwendiger Übergang zu unerwarteten Zuſtänden iſt. Will man die Folgen, welche ſich an jene wichtigen Staatsakte reihen, näher ins Auge faſſen, ſo wird man zwiſchen den augenblicklichen und vorübergehenden und den bleibenden, noch wirkenden, Folgen unterſcheiden müſſen. Ich beginne mit den letzten.

Zu dieſen gehört, daß die Fürſten an Macht gewannen, ihre Gebiete vergrößerten und abrundeten. Faſt noch wichtiger war es, daß ihnen durch die erlangte Souveränität die Möglichkeit gegeben ward, in ihren Staaten und in ihrer Verwaltung ſolche Reformen eintreten zu laſſen, welche ein aufgeklärterer Zeitgeiſt und die Fortſchritte der Staatswiſſenſchaften angemeſſen und wünſchenswert erſcheinen ließen. Beides dauert fort und bildet die Grundlage der heutigen Geſtaltung. Beides aber wäre nicht möglich geweſen, hätte die Reichsverfaſſung und die Reichsgerichte fortbeſtanden. Letztere, herrliche und wohltätige Inſtitute in ihrem Urſprung, waren doch zu Hemmniſſen mancher vernunftmäßiger Verbeſſerung geworden. Es war ihnen nicht geſtattet, die Dinge mit ſtaatsmänniſchem Blicke zu betrachten, ihre Pflicht war, ſich nur an verbrieftes Recht, an erweisbares Herkommen zu halten und ſomit Verhältniſſe und Einrichtungen, die frühere Jahrhunderte geboren, die aber weder den Anſichten noch den Bedürfniſſen der heutigen Menſchen entſprechen, permanent zu erhalten.

Man glaube aber ja nicht, daß die gegebene Möglichkeit, Verbeſſerungen eintreten zu laſſen, ſogleich benutzt worden ſei. Nur in einer Richtung wirkte die erlangte Souveränität ſogleich, man eilte, alle Steuerprivilegien abzuſchaffen, was ein wahrer Fortſchritt war, und die alten Landſtände zu unterdrücken. Die letzten klebten allerdings ſehr am alten und gaben zu manchem ein Hindernis ab, doch fragte es ſich, ob es nicht beſſer geweſen wäre, an ihre Verjüngung lieber zu denken. Dadurch wäre vielleicht die Notwendigkeit erſpart worden, ſpäter eine ganz exotiſche Pflanze an ihre Stelle zu ſetzen. Ich habe, wie ſchon geſagt, keinen Anteil an Staatsgeſchäften in dieſer Periode gehabt, bin daher nicht genau von den Gründen unterrichtet, welch jene Aufhebung der Landſtände herbeiführten, glaube aber nicht zu irren, wenn ich annehme, daß man, um den Anforderungen Frankreichs genügen zu können, jeden Widerſpruch und jede verzögernde Diskuſſion beſeitigen wollte.

Abgeſehen von der neu erlangten großherzoglichen Würde, den damit verbundenen königlichen Ehren und den hieraus folgenden Änderungen im Zeremoniell und Courtoiſie, waren die oben erwähnten beiden Punkte die erſten Hauptemanationen der errungenen Souveränität. An anderes im Fache der Geſetzgebung und Verwaltung zu denken, war nicht Zeit, der Krieg, das Aufſuchen der Mittel zu deſſen Fortführung, überhaupt die Sorgen, die er brachte, abſorbierten alle Gedanken. Die wohltätige Frucht, welche jene neue Machtvollkommenheit und Unabhängigkeit im Innern gebracht haben, ſind erſt in viel ſpäterer Zeit, ja hauptſächlich nach dem Untergange des Rheinbundes kultiviert und geerntet worden. Immerhin aber war es der Rheinbund, der, indem er die alten Schranken ſtürzte, den Fürſten und ihren Regierungen erſt die Möglichkeit gewährte, Verbeſſerungen in allen Beziehungen eintreten zu laſſen, und ſo trüb die Quelle war, aus welcher er floß, ſo iſt doch in ihm der Anfang und die Grundlage des Aufſchwungs zu ſuchen, den die Nation im Laufe des Jahrhunderts genommen hat.[1]) Im ganzen kann man nicht ſagen, daß die Souveränität mißbraucht worden und in Tyrannei ausgeartet ſei; dazu waren die Fürſten und die, welche ſie umgaben, zu aufgeklärt, einſichtig und umſichtig. (König Friedrich von Württemberg war der, welcher die Zuchtrute am ſchonungsloſeſten ſchwang.) Die Klagen über Tyrannei ſind von den privilegierten Ständen ausgegangen, die, was wohl verzeihlich iſt, die Einbuße manches Vorrechts und Vorteils, wohl auch die Verletzung manches Vorurteils als einen an ihrer Perſon begangenen Raub betrachteten. Von ſeiten des eigentlichen Volks ſind ſolche Beſchwerden weit weniger gehört worden. Es begriff bald, welche Vorteile ihm erwachſen könnten.

---

[1]) Wundern würde ich mich nicht, wenn ein Kritiker mir einwürfe, wie können Sie von Deutſchland und der Nation reden, da jener Bund nur ein Stück von Deutſchland umfaßte? Dieſen Einwand erkenne ich nicht an. Indem der Rheinbund das Reich ſtürzte,

Zum Beleg will ich hier nur einen Punkt hervorheben. Man denke an jene unzähligen kleinen Gebiete, deren Bewohner mit ihrer ganzen Exiſtenz, ja zum Teil mit ihrem geiſtigen Geſichtskreiſe auf eine, zwei oder drei Quadratſtunden beſchränkt waren, einen Wohnort, aber kein Vaterland hatten, die überall, wohin ihre Schritte ſie trugen, Fremde und Ausländer waren, die alle jene Inſtitute entbehrten, die man heute vom Staate fordert und nunmehr plötzlich mit gleichem Rechte in einen größeren Staat eintraten, Anteil an allen ſeinen Inſtituten, Witwen- und Waiſenverſorgung, Brandverſicherung, Hoſpitälern und wie ſie ſonſt heißen mögen, erhielten. Lauter Dinge, die ſie bisher entbehrt hatten. Dazu eine beſſere, ſchnellere und wohlfeilere Rechtspflege, größere perſönliche Sicherheit, beſſeren Schutz nach außen, Befreiung von gar manchen Plackereien und für die Gebildeten ſehr erweiterte Ausſichten zu individuellem Fortkommen. Man fühlt, welchen Einfluß ſchon dieſer Punkt auf die Volksſtimmung haben mußte, ſobald man ſich von dem erſten Schrecken, den der unerwartete Umſturz einflößte, einigermaßen erholt hatte. Denjenigen aber, welche dieſem Staate ſchon angehörten, die ſchon im Beſitze der ebengenannten Vorteile waren, kamen ſpäter alle die Vorteile, in Geſetzgebung und Verwaltung zugut, denen ſich jetzt erſt die Regierungen ohne Hinderniſſe von außen widmen durften.

Bei Aufzählung des Gewinns, den der Rheinbund gebracht haben mag, darf diejenige nicht mit Stillſchweigen übergangen werden, die am teuerſten mit Blut und Geld erkauft wird; ich meine die harte Schule, die Truppenkorps aller dieſer Fürſten ſo ehrenvoll durchgemacht haben. Krieg hatten ſie mit Unterbrechungen ſeit etwa 15 Jahren geführt, neu waren ſie alſo nicht, und doch iſt es gewiß, daß ohne die großen Rheinbundskriege und ohne die, welche ſich

---

äußerte er eine Wirkung auf das geſamte Deutſchland. Dann aber umſchloſſen ſeine Grenzen ein ſehr großes Stück von Deutſchland, und aus dieſem ſind die Verbeſſerungen hervorgegangen, welche anderen zum Muſter dienten! Preußen hat ſehr geeilt, ſo vieles nachzuahmen, was im Rheinbund geſchah, und wenn wir die lobenswerten Anſtrengungen betrachten, welche Öſterreich nach langem Schlafe ſeit 1850 macht, um allmählich ſich ſo vieles zu geben, das wir ſeit 30 und 40 Jahren haben und unſerer Intelligenz und der Freiheit, die der Rheinbund uns gab, verdanken, ſo liegt darin eine Rechtfertigung unſerer Handlungsweiſe nicht nur, ſondern auch der Beweis, daß ich nicht mit Unrecht dem Rheinbunde ein ſo großes Gewicht in der Geſchichte der deutſchen Nation beilege.

in umgekehrter Richtung auf franzöſiſchem Boden daran reihten, die Heere Deutſchlands nicht das ſein würden, was ſie wirklich ſind.

Unwillkürlich erinnert man ſich daran, daß einſt Rom Germanen in ſeinen Sold nahm, ſich eine Kaiſergarde aus ihnen bildete, ſie in der Kriegskunſt unterrichtete, um dann größtenteils durch die Schwerter eben dieſer Germanen zu fallen. Man denke an den Hermann, der auch ein Zögling Roms war. Ganz dasſelbe tat Byzanz mit den Bulgaren.

Ich weiß nicht, ob jemals jemand den Rheinbund aus demſelben Geſichtspunkte wie ich betrachtet hat? Ich meines Orts verlege in das Jahr 1806 den entſchiedenen Wendepunkt, nicht bloß in der politiſchen, ſondern auch in der Kulturgeſchichte des geſamten Deutſchlands. Das Bekenntnis will ich aber ablegen, daß ich den Rheinbund während ſeiner Dauer, und in den nächſtfolgenden Jahren, als ich nur Jammer, Not und Sorgen überall, wohin ich blickte, gewahrte und von Unmut und Widerwillen gegen den fremden Dränger und Mißhandler erfüllt war, keineswegs ebenſo beurteilt habe. Meine heutige Anſchauungsweiſe iſt die Frucht vieljähriger, ſorgfältiger Beobachtung des Entwicklungsganges, den Deutſchland genommen. Es genügt nicht, Erſcheinungen anzuſehen und ſie dem Gedächtniſſe einzuprägen, das Weſentliche beſteht vielmehr darin, die oft ſehr entfernten, ſo oft ſcheinbar geringfügigen oder vielmehr unbeachteten Urſachen der Erſcheinungen zu erforſchen. Nur das iſt Geſchichte!

Habe ich aber in obigem Urteile nicht geirrt, welche Betrachtung bietet ſich denn dar? Eine Betrachtung, die nicht neu iſt, auf welche vielmehr ſo viele Blätter der Geſchichte hindeuten, die nämlich, daß die Menſchen ſo oft handeln, mit Überlegung und Schlauheit handeln, und doch herbeiführen, was ſie nicht bewirken wollten; daß die Vorſehung durch wunderbare Umwege die Menſchheit zu Zielen führt, welche die Werkzeuge, die handeln, nicht einmal ahnen. So iſt es auch hier der Fall. Erſonnen war der Rheinbund im ausſchließlichen Intereſſe Frankreichs, zur Vergrößerung ſeiner Macht und ſeines Einfluſſes, zur planmäßigen Entwürdigung und Unterjochung Deutſchlands, und ſein Stifter glaubte ein Werk geſchaffen zu haben, das Jahrhunderte dauern ſollte — die Form verſchwand, der Kern blieb, und ein Deutſcher darf heute wagen zu ſagen, daß er gerade da die Wiedergeburt Deutſchlands erblicke. Welcher Kontraſt! In der Tat liegt da die Quelle der heutigen, im Vergleich mit den früheren, nicht bloß veränderten, ſondern gewiß verbeſſerten Zuſtände.

Hiermit hätte ich alſo den Geſichtspunkt angegeben, unter welchen ich, wäre ich Geſchichtſchreiber, den Rheinbund ſtellen würde. Verändert man aber den Standpunkt und beſchränkt ſich darauf, nur die unmittelbaren Folgen jenes Bündniſſes ins Auge zu faſſen, wie ſo viele Menſchen tun und wie ſie den Zeitgenoſſen der Epoche fühlbar wurden, ſo erſcheinen freilich die Dinge in ſehr verändertem, das heißt in ſehr trübem Lichte. Allein es iſt nun einmal ſo, ohne Anſtrengung, Kampf und Opfer gelangt der Menſch nicht zum Beſſeren!

Was heute den Deutſchen vor allem gegen den Rheinbund einnimmt, das iſt das verletzte Nationalgefühl. Deutſche Fürſten bekämpften andere deutſche Fürſten, um dem Ehrgeize eines Fremden zu frönen. Die Untertanen der letzteren, die ſich von ihren eigenen Stammgenoſſen angegriffen ſahen, faßten gegen dieſe faſt noch tieferen Haß als gegen die Franzoſen ſelbſt. So ſpaltete ſich die Nation. — Fürſtengeſchlechter, die jahrhundertelang einzelne Volksſtämme regiert hatten, mit ihnen gleichſam zuſammengewachſen waren, wurden entthront; an ihre Stelle traten Franzoſen, teils ohne alles und jedes Verdienſt, wie ein König Hyronimus, teils mit Verdienſten, die im Kampfe gegen Deutſchland erworben waren, wie ein Murat. Länder wurden ihnen gegeben, wie man einem Privatmanne ein Landgut ſchenkt, damit ſie an dem Hofe ihres Lehensherrn zu Paris mit deſto größerer Pracht erſcheinen und zugleich ihre deutſchen Untertanen bereit halten konnten, jedem ſeiner Winke zu gehorchen. — Ganz entbehren konnten dieſe neuen Fürſten deutſche Geſchäftsmänner nicht, dazu waren ſie zu fremd in ihren Ländern, aber volles Vertrauen wollten ſie ihnen auch nicht ſchenken, ſie ſtellten ſie daher in zweite Linie und umgaben ſich in erſter mit einer Schar franzöſiſcher Günſtlinge und Abenteurer, welche die Hauptſtellen einnahmen und mit wenigen Ausnahmen[1] nur damit beſchäftigt waren, die Beutel zu füllen, die ſie ſobald als möglich nach Frankreich zurückzutragen gedachten, denn ſich in dem barbariſchen Deutſchland anzuſiedeln, daran dachte keiner. In ſolchen Händen waren die Geſchicke jener Länder; vor ſolchen Thronen mußten Deutſche ſich beugen.

Alles war auf Plünderung berechnet, Dienſte, die Frankreich geleiſtet waren, wurden nicht mit franzöſiſchen, ſondern mit deutſchen Domänen vergolten. Die Dotationen waren wahrhaft kaiſerlich, wie die Junots in Weſtfalen, die Kellermanns auf dem Johannisberg. Dem Großherzoge von Heſſen war das kurheſſiſche Amt Dorheim überlaſſen, aber die Krone und der Kern desſelben, die Saline Nauheim, war einem franzöſiſchen Marſchall (entweder Lannes oder Bernadotte) geſchenkt.[2]

Dem ehemaligen Kurfürſten von Mainz, nun Fürſtenprimas, war neben ſeinem Fürſtentum Aſchaffenburg Frankfurt, Hanau und Fuld gegeben mit dem Vorbehalte, daß die Hälfte der Domänen der letztgenannten Fürſtentümer

---

[1] Zu den ſeltenen Ausnahmen gehörte in Kaſſel der Juſtizminiſter Siméon, ein kenntnisreicher, ſehr ehrenwerter Mann. Aber dieſer war nur geliehen, um die Juſtizorganiſation auf franzöſiſchem Fuße und den Code einzuführen. Er dachte nie daran, in Deutſchland zu bleiben.

[2] Man hat hier mit jenem Marſchall lang über den Ankauf jener Saline unterhandelt, die Sache ſcheiterte an ſeinen übertriebenen Forderungen, die unſer Angebot um eine Million Franken überſtiegen; dies war ein großes Glück, denn wäre der Kauf zuſtande gekommen, ſo wäre das ganze Kapital verloren geweſen.

Die Saline Theodorshall war der Prinzeſſin Pauline geſchenkt; als ſie an das Großherzogtum gelangte, behauptete jene ihr Eigentumsrecht, den Streit habe ich, als ich zum Miniſterium gelangte, noch fortgeführt. Wir haben nichts gegeben, irre ich nicht in der Erinnerung, ſo hat ihr Preußen einige Abfindung gegeben.

Frankreich zufallen ſolle. Dieſe Hälfte war nun von einem ſogenannten Generalintendanten in aller Eile verſchachert für den franzöſiſchen Staatsſchatz und gewiß nicht ohne ſeinen Privatvorteil. Es iſt möglich, daß der Fürſtprimas ſelbſt hier und da etwas davon zurückgekauft habe; wenigſtens glaube ich es gehört zu haben.

Die Millionen, die aus Deutſchland gezogen wurden, ſind noch niemals berechnet worden, und es würde auch eine ſchwere Aufgabe geweſen ſein, weil die Quellen, aus welchen die erpreßten Gelder floſſen, zahllos ſind; ich glaube aber auch, daß jeder, der zu einer ſolchen Arbeit befähigt war, ſich ſcheute, ſie zu unternehmen, weil er vor dem etwaigen Ergebnis ſchon im voraus erſchrak.

Nichts malt beſſer den Sinn und Geiſt, in welchem Napoleon den Rheinbund ſtiftete, als der Umſtand, daß er Deutſchland nicht geſtattete, Zölle gegen Frankreich zu erheben, ſeinerſeits aber die Grenzen Frankreichs mit Mauthen umgürtete. Dann verfiel er auf das ſogenannte Kontinentalſyſtem, um engliſche Konkurrenz auszuſchalten. Somit machte er Frankreich auf Koſten aller übrigen zum faſt alleinigen Lieferanten für einen großen Teil von Europa.

Allein! abermals wunderbar! Mit dieſen beiden ſelbſtſüchtigen, man könnte ſagen teufliſchen Maßregeln hat er, was er nicht wollte, den Grundſtein zum ſpäteren Aufblühen der deutſchen Induſtrie gelegt. Er hat ſie auf den Weg geſtoßen, den ſie mit Erfolg eingeſchlagen hat.

So viel von Deutſchland im allgemeinen! Ebenſowenig erfreulich ſind die nächſten Folgen und der erſte Einfluß, den der Rheinbund auf den Wohlſtand der einzelnen Länder gehabt hat. Hiervon liegt der Grund in den faſt unaufhörlichen Kriegen. Sie erforderten bedeutende Opfer an Menſchen, die auf manchen Familien ſchwer laſteten; ſchwerer als heute unter ganz gleichen Verhältniſſen der Fall ſein würde, denn damals gab es noch zahlreiche Eximierte, die Konſkription ruhte nur auf einer Klaſſe, in welcher man die Tauglichſten mehr nach Willkür nahm. Die heutige Geſetzgebung, nach welcher jene Laſt auf allen ruht, und die Opfer, welche die bringen, die ſie nicht perſönlich tragen, nicht dem Staate, ſondern Freiwilligen zugut kommen, iſt erſt ſpäter von Frankreich entlehnt worden.

Größer noch waren die Geldopfer, die Koſten waren ſehr groß, doch mußten ſie aufgebracht werden. Anleihen konnten in ſo großem Maßſtabe und bei dem geſunkenen Staatskredit nicht aushelfen, Ludewig I. kam den Staatsfinanzen durch ausgedehnte Verkäufe Seiner neu erworbenen Hausdomänen zu Hilfe, namentlich wurden bedeutende, im Ausland gelegene Domänen veräußert und der Erlös der Staatskaſſe zugewendet. Solche Opfer aber füllten nur momentan die Lücken, und die Steuerlaſt erdrückte das Großherzogtum mehr noch als manches andere Land. Das beruhte nicht allein auf der Größe der erhobenen Steuern, ſondern auch auf der fehlerhaften Art, mit der ſie erhoben wurden. Um dieſen letzten Ausſpruch, der in einer Darlegung heſſiſcher Verhältniſſe eine nicht geringe Bedeutung hat, zu rechtfertigen, muß ich etwas ausführlicher von dem Gegenſtande reden.

Die neuen Lande hatten zum Teil gar keine, die alten ſehr mangelhafte, nur höchſtens bei einem geringen Steuermaße Kataſter. Dies ward ſogleich fühlbar, ſobald die Steuern ſtiegen, und es mußten in Eile und über Bauſch und Bogen proviſoriſche und der Natur der Sache nach mangelhafte Kataſter verfertigt werden, die mithin eine ungleiche Verteilung der Laſt mit ſich führten. Um dies recht anſchaulich zu machen, muß ich auf ein Beiſpiel zurückkommen, das ich im Vorbeigehen ſchon einmal berührt habe. Die Rittergüter, die Kirchen und geiſtlichen wie Schulgüter waren ſteuerfrei in ordinario, aber ſie mußten doch Steuern entrichten als Beiträge zu außerordentlichen Verwilligungen der Stände, dons gratuits genannt.

Mein Gut war ein ſolches Rittergut, eingetragen in dem ſogenannten Ritterlagerbuch, das heißt in dem für ſolche Güter aufgenommenen Kataſter. Mein Vater hatte an ſolchen Steuern 29 Gulden jährlich zu bezahlen, bei mir ſtiegen ſie durch die Kriege gegen Frankreich auf nahe an 90 Gulden jährlich. Nun erfolgte die ganz zweckmäßige Aufhebung der Steuerfreiheit, aber man behielt jenes Lagerbuch als Repartitionsnorm bei, und auf meine Beſchwerde über Steuerprägravation mußten mir für anderthalb Jahre weit über 700 Gulden zu viel bezahlter Steuern zurückgegeben und das Gut in ordinario auf 375 Gulden jährlich geſetzt werden. Hieraus erhellt, welche ungeheure Konfuſion ſtattfand.

Aber dieſes iſt nur eine Seite der Sache, es gibt noch eine andere, nicht minder wichtige. Wir hatten hier einen ausgezeichneten Waſſerbauingenieur, Herrn Krönke, gebürtig aus den Elbgegenden, welcher der Schöpfer unſeres ganzen gegenwärtigen Rheinuferbautenſyſtems und der Lehrer vieler unſerer Waſſerbaumeiſter geweſen iſt.[1]) Der Mann war aber zugleich Kammerrat und hatte in dieſem Kolleg ſeiner Kenntniſſe wegen das Referat in Steuerſachen. Bald erhielt er das geſamte Steuerweſen in ſeine Hand, weil er dem Miniſterio, zu welchem er niemals gehörte, imponierte. Auch in dieſer Beziehung wiegt ſein Name ſchwer in unſerer Geſchichte jenes Zeitabſchnitts.

Wer mit der Literatur der Staatswiſſenſchaften bekannt iſt, erinnert ſich eines franzöſiſchen Nationalökonomiſten namens Quinot,[2]) der vor weit mehr als hundert Jahren eine eigene Schule ſtiftete und in ſeinen Schriften den Satz zu begründen ſuchte, daß die Grundſteuer in einem wohlgeordneten Staate die einzig zuläſſige ſei, weil durch ſie alle Bewohner des Staates, die doch ſämtlich nur von den Produkten des Bodens leben müſſen, verhältnismäßig auf gleiche Weiſe angezogen würden.

---

[1]) Es war eine Freude zu ſehen, wie zu der Zeit, als das linke Rheinufer zu Frankreich gehörte und deſſen Uferbauten ganz vernachläſſigt waren, dieſer Mann es verſtand, den ſorgloſen Franzoſen alljährlich Erde abzuzwacken, ſie herüberzuführen und an dem rechten Ufer zu befeſtigen. Seine Bauten haben in nicht ſehr langem Zeitabſchnitte die Domanialrevenuen des Rentamts Lorſch um 15 000 Gulden jährlich vermehrt. Als durch die Ereigniſſe beide Ufer ihm anvertraut wurden, mußte dieſe Art von Jaunerei aufhören. Er befleißigte ſich, dem geſamten Fluſſe einen regelmäßigen Lauf zu geben und hat den Wormſer Durchſtich ausgeführt.

[2]) Gemeint iſt Quesnay (Anm. d. Herausg.).

In der Tat iſt etwas Wahres an dieſer Behauptung, ſolange von geringen Staatsbedürfniſſen und ganz mäßigen Steuern die Rede iſt, vergeſſen iſt aber dabei, daß der Grundbeſitzer die Steuern für alle vorlegen muß und ſobald dieſe hoch ſind, längſt zum Betteln verarmt ſein kann, bevor ihm der Wiedererſatz zuteil wird, den die Theorie ihm zuſpricht. So geht es mit allen Theorien, die ohne Rückſicht auf das praktiſche Leben geſchmiedet werden. Dieſer Theorie aber huldigte Herr Krönke und hatte das Syſtem mit Scharfſinn ausgeſponnen; es kam im Großherzogtume zur Anwendung in einem Zeitpunkte, wo die Staatsbedürfniſſe hoch geſtiegen waren und eine extraordinäre Steuer der anderen folgte. Oberheſſen namentlich, zumal ſeine Gebirgsgegenden, hat damals ſeinen durch Einfachheit der Lebensweiſe und große Sparſamkeit mühſam erworbenen Wohlſtand zum Teil bis zur Verarmung eingebüßt. In der ganzen Wetterau war damals ein Sprichwort gang und gäbe. Wenn von dem Ankauf eines Stück Landes die Rede war, ſo fragte man: „Ruht der Darmſtädter Segen auf dem Acker?“ Das war der gewöhnliche Ausdruck, auch Mehltau nannte man es, und das ſollte ſagen, liegt das Feld in einer heſſiſchen Gemarkung, ſo kann ich nur ſo viel weniger dafür bieten, als wenn es einem anderen Staate angehörte. Man fürchtete nichts mehr als die heſſiſche Steuer und es herrſchte darüber in den neuen Gebieten Aufregung. Glücklicherweiſe hat der Zuſtand nicht allzulang gedauert.

Um gerecht zu ſein, muß ich jedoch beifügen, daß Herr Krönke es iſt, der die erſte Hand an verbeſſerte Kataſter legte, und in dieſer Beziehung, wie bei den Waſſerbauten, iſt ſeine Tätigkeit noch heute in unſerem Staatsleben fortwirkend; die Blüte aber, die muſterhafte Einrichtung unſeres Kataſterweſens iſt das Ergebnis der vieljährigen Leitung dieſer Arbeiten durch den Geheimen Rat Eckhardt. Sie haben im Laufe der Zeit große Summen gekoſtet, die man aber ein wohlverwendetes Kapital nennen darf.

Das Verdienſt aber, jenes frühere Steuerſyſtem beſeitigt, ein anderes an ſeine Stelle geſetzt zu haben, vermöge deſſen ein bedeutender Teil des Staatsbedürfniſſes durch indirekte Beſteuerung erhoben und damit die Grundſteuer ermäßigt wird, das nehme ich für mich und die Zeit, wo ich Finanzminiſter war, in Anſpruch. Man wird die Achſeln zucken und lächeln ob dem, daß ich es bin, der das ſagt, allein in einem Aufſatze, der ſich damit beſchäftigt, die allmähliche Entwicklung unſerer Staatsverwaltung und den Übergang von früheren Zuſtänden zu neueren zu ſchildern, darf es doch nicht ungeſagt bleiben. Ich bin um ſo mehr ſtolz darauf, als es mich vielen Kampf und Streit gekoſtet hat, um dahin zu gelangen, und ein gewiſſer Mut dazu gehörte, eingewurzelten Vorurteilen zu trotzen. Eine mächtige Stütze in der Ausführung habe ich dabei in Herrn v. Hofmann, dem ſpäteren Miniſter, gefunden. Aber hat dieſer Mann mich bisweilen an Talent und Mitteln übertroffen, ſo iſt es doch wahr, daß ich zuerſt ſeine eigenen Vorurteile überwinden mußte, um ihn auf den Weg zu bringen, den wir verfolgt haben. In dieſer Materie ſowie bei dem Kataſterweſen darf übrigens der Name des Herrn Bierſack nicht ungenannt bleiben, obgleich er damals nicht in höherer Stellung war. Endlich war die dritte Perſon in jenem Finanzminiſterio, welche die ganze frühere Finanzverwaltung von Grund aus umgeſtürzt und das an die Stelle geſetzt hat, was noch heute faſt unverändert beſteht, der Staatsrat Eigenbrod, der Vater. Sein nicht geringes Verdienſt hat ſich hauptſächlich in Ordnung der Domanialverwaltung und des Rechnungsweſens bewährt.

Solange franzöſiſche Heere als Feinde auf unſerem Boden ſtanden, kann man ſie im ganzen nicht gerade großer Grauſamkeiten und Roheiten beſchuldigen; eine gewiſſe Ziviliſation fand ſich ſelbſt in dem gemeinen Soldaten, aber Grundſatz war es, im vollen Sinne des Wortes, auf fremde Koſten zu leben. Kontributionen in Geld, die mit Millionen und Hunderttauſenden ausgeſchrieben waren, Requiſitionen an Lebensmitteln und Fourage, an Tüchern, Leder uſw. ſollten den franzöſiſchen Staatsſchatz erleichtern, ein guter Teil daran floß jedoch jedesmal in Privatbeutel. Damit war es aber nicht genug, auch das Individuum wollte kein Geld für ſeine Privatbedürfniſſe ausgeben, konnte es auch zuweilen nicht, weil der Sold rückſtändig blieb; das führte zu den ſeltſamſten Requiſitionen. In dem Dorfe Langd, das neben meinem Gute liegt, habe ich eine Requiſition von Puder, Pomade und Zopfband erlebt. (Alles, was aus der alten Königlichen Armee abſtammte, war damals noch friſiert, das habe ich vom Marſchall bis zum Unteroffizier geſehen.) Requiſitionen an Rauchtabak waren etwas ganz Gewöhnliches.

Die Wunden, die Deutſchland geſchlagen worden ſind, ſind namenlos, und wenn nicht die ganze Nation zur Bettlerin ward, ſo zeigt das nur, welcher ſolide Wohlſtand ehedem geherrſcht haben muß, welche große innere Hilfsmittel die Länder beſitzen mußten und welche Betriebſamkeit den Privaten beiwohnte, um ſolche Scharten einigermaßen auszuwetzen. Dennoch ſind die Folgen noch heute fühlbar. Auch das will ich erklären. (Fortſetzung folgt)

Der Tſcheche

Eine völkerpſychologiſche Betrachtung

Von

Karl Hans Strobl

Das tſchechiſche Problem zerfällt in drei Fragen: die Raſſenfrage, die politiſche Frage und die kulturelle Frage. Den beiden erſten ſoll an dieſer Stelle ein wenig weiter nachgegangen werden.

Die Raſſenfrage lautet: Was ſind die Tſchechen und wodurch unterſcheiden ſie ſich ihrer Herkunft und ihrem gegenwärtigen Zuſtand nach völkergeſchichtlich und volkskundlich von den Deutſchen?

Raſſenfragen ſind immer ſehr ſchwierige und verwickelte Angelegenheiten. Es gibt Gelehrte, die ihnen eine ungemeine Bedeutung beilegen und Abſtammung und Blutmiſchung an den Beginn einer jeden kulturgeſchichtlichen und politiſchen Betrachtung ſetzen. Andere legen nicht den mindeſten Wert darauf, leugnen wohl gar den Einfluß der Raſſe auf Geſchichte und Entwicklung eines Volkes. Es gibt ſogar nicht wenige Leute von Einſicht und Geiſt, die alle Erörterungen von Raſſenproblemen für eine ausgeſprochen deutſchnationale Veranſtaltung halten, als wäre dieſe Frage von Fanatikern erfunden worden, denen es nur um den Beweis einer Überlegenheit des deutſchen Stammes zu tun iſt.

Es kann indeſſen wohl nicht beſtritten werden, daß zwiſchen einem Neger und einem Kaukaſier, einem Mongolen und einem Auſtralier Unterſchiede walten, himmelweite körperliche und geiſtige Verſchiedenheiten, die durch den Sammelnamen Menſch nicht ohne weiteres zu überbrücken ſind. Aber der Europäer? Aber der Europäer, ſagen die Raſſengegner, der Europäer iſt eine Miſchung verſchiedenſten Blutes. Seit Jahrtauſenden haben ſich auf dem Boden dieſes Erdteiles die mannigfaltigſten Völkerſtämme getroffen, ſind ineinander aufgegangen, haben ſich verſchmolzen, wieder getrennt, zu den alten neue Eigenſchaften gewonnen und ſich in ihrem Weſen völlig gewandelt. Wo ſind die Etrusker hingekommen? Wohin die Illyrier? Was für eine rätſelhafte Geſchichte iſt das mit den Kelten? Warum ſind die Nordgermanen blond und langköpfig und die Südgermanen dunkle Rundköpfe? Warum gelten ſie bei ſolchen Verſchiedenheiten dann für ein Volk? Sind die Preußen nicht viel mehr Slawen als Deutſche?

Dieſe Fragen ſind recht verwirrend. Aber je verwirrender ſie ſind, deſto größer iſt das Verdienſt der Raſſenforſchung, die in dieſe Finſternis Klarheit bringen möchte. Nun muß zugeſtanden werden, daß dieſe Verhältniſſe wohl kaum irgendwo ſo verwickelt liegen wie auf dem Gebiet des heutigen tſchecho-ſlowakiſchen Staates. Denn hier haben ſich nicht etwa Indianer oder Neger mit Indogermanen vermiſcht, ſondern ſehr nahe Verwandte, Deutſche mit Slawen, alſo beides Indogermanen. Es treten ſich nicht etwa zwei leicht unterſcheidbare Hauptraſſen gegenüber, ſondern zwei körperlich und geiſtig ſehr naheſtehende Völker derſelben großen Gruppe. Ausſchlaggebende Verſchiedenheiten der leiblichen Geſtaltung anzugeben, dürfte wohl überhaupt nicht gelingen. Zu dem kommt hier noch eine Durchdringung der Völker wie nirgends anderswo. Es iſt nicht ſo wie in Preußen, wo Slawen, wie in Bayern und Tirol, wo vielleicht Kelten glattweg und durchaus germaniſiert worden ſind. In Böhmen und Mähren haben ſich Slawiſierung und Germaniſierung ausgeglichen und widerſprochen. Es gibt hier nicht bloß germaniſierte Slawen, ſondern auch ſlawiſierte Germanen, ja, es iſt durchaus möglich, daß innerhalb einer Familie im Laufe der Jahrhunderte Slawiſierung und Germaniſierung mehrere Male gewechſelt haben. Die heutigen Verhältniſſe laſſen das klar erkennen. Der eine Zweig derſelben Familie Schneider, der ſeit Jahrhunderten in Eger ſitzt, fühlt ſich kerndeutſch, der andere Zweig, der vor mehreren Generationen nach Caslau abgewandert iſt, nennt ſich Snejdr und fühlt ſich ebenſo ehrlich tſchechiſch. Die Familie Fleiſchl, die vorzeiten in Poděbrad ſeßhaft wurde, ſchreibt ſich heute Flajſl und iſt ſtramm deutſchfeindlich. Es iſt unzweifelhaft, daß Führer des tſchechiſchen Volkes, die ſich Rieger oder Herold nennen (zwei der bekannteſten tſchechiſchen Politiker in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts) einer urſprünglich deutſchen Familie entſproſſen ſein müſſen. Hinwiederum ſind — um nur einige der weiteſt verbreitetſten Namen zu nennen — der Nowotny, Swoboda, Prohaska Legion, die ſich heute trotz ihrer gut tſchechiſchen Namen zum Deutſchtum bekennen. Wenn heute ein guter Deutſcher den Namen Czech führt, ſo hat ſeine Familie ihren Namen vorzeiten irgendwo im deutſchen Gebiete erhalten, wo ſie ſich von den Nachbarn durch tſchechiſche Herkunft und Sprache unterſchied. Und wenn heute ein Tſcheche Němec heißt, ſo ſtammt er von Deutſchen ab, die unter Tſchechen ihren Namen bekamen. Denn Němec iſt ein tſchechiſches Wort und bedeutet der „Stumme", d. i. der der üblichen Sprache nicht Mächtige. Iſt die Familie deutſch geblieben, dann ſchreibt ſie ſich derzeit wohl Nemetz oder Niemetz.

Der deutſche oder tſchechiſche Klang des Namens läßt wohl einen Rückſchluß auf die urſprüngliche Herkunft zu, gibt aber keinen Anhaltspunkt für die Zugehörigkeit des gegenwärtigen Trägers zu dem einen oder anderen Volk. Nirgends iſt der Name ſo ſehr Schall und Rauch wie im tſchechiſch-deutſchen Kampfgebiet. Um das Tohuwabohu zu vermehren, kommt hinzu, daß die Familiennamen auf den Dörfern hauptſächlich zwiſchen dem 15. und 17. Jahrhundert feſtgeſetzt worden ſind. Unter der Herrſchaft der tſchechiſchen Amtsſprache alſo. Den tſchechiſchen Beamten machte es kein Kopfzerbrechen, urſprünglich deutſche Familiennamen ſlawiſch umzuprägen, ja ſie einfach zu überſetzen. So konnte aus einem deutſchen Leinweber auf eins, zwei, drei ein Tkadlec werden. Oder aus einer Schwab, die aus dem Dorf Dörfles ſtammte, in den Büchern der Herrſchaft eine Derflicky. Dieſe Übung erhält ſich bis tief ins 17. Jahrhundert hinein.

Aber auch ſpäterhin, als die Familiennamen ſchon feſtere Formen angenommen hatten, wandelte noch der Gebrauch durch lange Zeiten hin die Schreibung um; oder bisweilen ein eigenmächtiger Pfarrer, der gelegentlich bei der Matrikelführung die bisher übliche Orthographie durch die ihm genehmere ſeines Volkes erſetzte. Da die Geiſtlichen aber zumeiſt — auch in deutſchen Gebieten — Tſchechen ſind, fand in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Korrektur zugunſten der tſchechiſchen Schreibweiſe ſtatt. Die peinlich ängſtliche Gewiſſenhaftigkeit deutſcher Prieſter, Verantwortungsgefühl für die Richtigkeit öffentlicher Urkunden, die ſich auf die Matrikeln gründen, iſt bei den tſchechiſchen Amtsbrüdern weit weniger ausgeprägt. Der nationale Zweck heiligt bei dieſen auch dieſe kleinen Mittelchen.

Man ſollte nicht glauben, was dabei oft für ſpitzfindige Geſchichten vorkommen. Und welche Rolle oft ein Strichlein ſpielt, ein Akzent, ſo dünn wie ein Härlein und ſcheinbar ſo bedeutungslos wie der Punkt auf dem I. Da iſt zum Beiſpiel der Name Nowotny. Tſchechiſch rein geſchrieben hat er ſtatt, des W ein V und überdies ein Längezeichen auf dem Y, einen ſolchen Akzent: alſo Novotný. Dieſen orthographiſchen Federbuſch nennt man ſcherzhaft Feindesabzeichen. Nun hat irgendein ſolcher Novotný auf dem Weg der Germaniſierung das V in ein W gewandelt und das Feindesabzeichen gänzlich abgeworfen. Ein Träger dieſes Namens ſitzt irgendwo im Kampfgebiet als Deutſcher an führender Stelle, als Mitglied eines deutſchen Gemeinderates, Obmann des Turnvereins, Säckelwart des Schulvereins. Ihm wird ein Knäblein geboren. Bei Eintragung in die Taufmatrikel findet ſich unverſehens das Feindesabzeichen wieder ein, der orthographiſche Federbuſch über dem Y, dem der tſchechiſche Herr Pfarrer bei dieſer Gelegenheit wieder ſein Recht geben zu können glaubte. Das Knäblein wächſt heran, muß zur Schule, ein Taufſchein wird behoben, der Name getreu nach der Urkunde in das Schülerregiſter geſchrieben. Das erſte Zeugnis kommt und über dem Y prangt der feindliche Federbuſch. Oder der Lehrer vermahnt den Schüler: „Nowotny, du ſchreibſt deinen Namen nicht richtig, du mußt ein Strichel auf das Y machen.“ Der Vater, Gemeinderat, Obmann des Turnvereins und Säckelwart des Schulvereins, kann unmöglich zugeben, daß ſein Sohn mit einem gebrandmarkten Namen durchs Leben läuft. Er ſchnaubt zum Schuldirektor, der zuckt die Achſeln. Er ſchnaubt zur Pfarrei. Es iſt ein neuer Pfarrer da, der holt die Taufmatrikel, zuckt die Achſeln: „Hier ſteht's.“ Der Vater Nowotny ſchlägt Lärm über die Tſchechiſierung von geiſtlichen Amts wegen, ſetzt die politiſche Maſchine in Bewegung, die macht Blitz und Donner, der Abgeordnete des Bezirks bringt im Reichsrat eine geharniſchte Anfrage ein: „Was gedenkt der Herr Miniſter des Innern zu tun . . .?“ Ein neuer Kampf iſt entbrannt, wild ſchlagen die Flammen nationaler Leidenſchaften über dem Strichlein auf dem Y zuſammen. Und nicht anders, wenn es ſich um irgendeinen Kramarcz oder gar Kramarſch handelt, der von Pfarrers wegen in einen Kramař zurücküberſetzt worden iſt; in welchem Fall es ſich um ein Feindesabzeichen handelt, das den beſonderen Namen „accent Powidl“ führt und wobei überdies bemerkt werde, daß beſagter Kramař überhaupt wohl von Haus aus nur ein tſchechiſierter deutſcher „Krämer“ war.

An ſolchen tragiſchen Verwicklungen iſt zu erſehen, daß in der allgemeinen Wirrnis auch die Namensgebung keine untrüglichen Anhaltspunkte geben kann und daß die Familienforſchung immer wieder vor Sprüngen und Abbrüchen der Entwicklung ſteht.

Es ſcheint ſohin nur ein Merkmal zu geben, nach welchem, wohl nicht die Abſtammung, aber doch die gegenwärtige Zugehörigkeit zu einem der beiden Stämme beurteilt werden kann: die Sprache. Wenn wir eine Sprachenkarte Böhmens und Mährens zur Hand nehmen, ſo ſehen wir heute eine geſchloſſene Maſſe tſchechiſchſprechender Bevölkerung im Innern der beiden Länder angeſiedelt, während die Deutſchen in die Randgebiete gedrängt ſind. Aber auch innerhalb der geſchloſſenen Maſſe des Tſchechentums iſt die Struktur nicht vollkommen gleichmäßig. Sie wird, beſonders in Mähren, von kleinen oder größeren andersfarbigen Flecken unterbrochen, die deutſche „Sprachinſeln“ anzeigen, wie zum Beiſpiel die von Brünn, von Zwittau, die Olmützer, die Wiſchauer, die Iglauer Sprachinſel, der Schönhengſt u. a. Meiſt ſind ſie um den Kern einer deutſchen Stadt geſchloſſen. Die Iglauer Sprachinſel, deren Gebiet mit etwa einem Drittel in Mähren, mit zwei Dritteln in Böhmen liegt, iſt die größte von ihnen. Nach Oſten hin hängt das tſchechiſche Gebiet breit und ununterbrochen über den Wall der weißen Karpathen hin mit den im einſtigen Ungarn ſiedelnden Slowaken zuſammen.

Ein ſolcher Blick auf die Sprachenkarte gibt mit einem Schlag zugleich ein Bild für die Art der Landnahme durch die tſchecho-ſlawiſche Welle. Die Slawen kamen von Südoſten, von der unteren Donau, als Vaſallen- und Hilfsvolk der Awaren und drangen mit dieſen in das Land, das zu Römerzeiten noch von Markomannen, Quaden und jenen Bojern beſetzt war, von denen Böhmen (Bojohemum) ſeinen Namen hat. Dieſe Einwanderung fällt in die Zeit zwiſchen 568 und 625. In Weſtungarn (Pannonien) ſetzten ſich die Awaren feſt, von da unternahmen ſie Beutezüge nach Weſten. Sie waren das Herrenvolk, das für und von Krieg und Jagd lebte. Ihr Sklaven- und Arbeitsvolk, das ſie mitgeſchleppt hatten, die des Ackerbaues kundigen Slawen, ſchoben ſie in die Nachbarländer vor. Dort hatten die Knechte die erſten Püffe aufzufangen, die den Herren galten, dort wuchs in den fruchtbaren Ebenen an March, Elbe, Moldau und Oder das Brot für ſie. Hier vollzog ſich auch die Durchſetzung der ſlawiſchen Stämme mit awariſchem Blut. Wenn die Awaren von ihren Kriegs- und Raubzügen in die Winterlager heimkehrten, ſo nahmen ſie ohne Umſtände die Frauen und Töchter der ſlawiſchen Heloten für ſich in Anſpruch und ſetzten ihre Baſtarde in die fremden Neſter. Ein Umſtand, der oft überſehen wird, der aber ſo manche eigenartigen Züge noch im Weſen der heutigen Tſchechen aufhellt. Übrigens ſei hier bemerkt, daß die Tſchechen keineswegs als einheitlicher Stamm mit den Awaren gezogen kamen, ſondern als ein in viele Stämmchen zerſplitterter Haufen. Der wurde erſt ſpäter durch die etwa in der Mitte Böhmens ſitzenden Tſchechen unterworfen und geeint und bekam deren Namen als Geſamtnamen. Ja, es iſt nicht unmöglich und mit recht guten Gründen belegbar, daß der eigentliche Tſchechenſtamm ſorbiſcher Abkunft war und erſt verhältnismäßig ſpät von Norden her in das Land einwanderte.

Ganz anders ſtellt ſich zu dieſen Fragen der Vorgeſchichte die ſlawiſche Forſchung, und auch dieſe iſt wieder ungemein bezeichnend für den Geiſt dieſes Volkes.

Es herrſcht nämlich keineswegs eine ſolche Einhelligkeit unter den Gelehrten, wie ſich der Laie einbildet, wenn er vom Urteil der Weltgeſchichte redet. Ein und dieſelbe Angelegenheit nimmt ſich da in den Köpfen verſchiedener Urteiler recht verſchieden aus. Es ſoll gerne zugegeben werden, daß ſich die bedeutenderen Gelehrten aller Länder um möglichſte Unparteilichkeit bemühen, aber Herkunft, Stammeszugehörigkeit, Alter, Weltanſchauung ſind Umſtände, die nicht ohne Einfluß bleiben, wenn man ſich ihrer auch nicht immer bewußt wird. Der ſozialiſtiſch gerichtete Geſchichtſchreiber wird die Geſchichte Deutſchlands von ganz anderen Geſichtspunkten aus betrachten wie der ſtreng völkiſch denkende. Wird nicht dieſer Weltkrieg ſich in den Büchern der franzöſiſchen Gelehrten ganz anders ausnehmen als in denen der deutſchen? Ja, ſelbſt weit entlegene Angelegenheiten werden der — vielleicht unbewußten — Färbung durch die Geſinnung des Forſchers unterliegen, ſofern ſie irgendwie noch in die umſtrittene Gegenwart hineinzuragen ſcheinen. Eine ſolche Begebenheit, deren Bedeutung auch für die Gegenwart wichtig ſcheint, iſt die ſlawiſche Landnahme in unſeren Gebieten.

Die ſlawiſche Geſchichtſchreibung iſt nämlich darüber ganz anderer Anſicht. Und man kann den Tſchechen auch in dieſem Punkt nicht übertriebene Beſcheidenheit vorwerfen. Sie gehen auch hier aufs Ganze. Und behaupten fröhlich, daß die Slawen ein mitteleuropäiſches Urvolk ſeien, das ſchon vor den Kelten da war und alſo erſt recht vor den Germanen. Seit der jüngeren Bronzezeit ſollen ſie in ihrem heutigen Verbreitungsgebiet ſitzen, ſeit etwa 1400 v. Chr. Zu dieſer Zeit war beſonders Mähren ungemein dicht beſiedelt, und die Urnenfriedhöfe dieſer Epoche enthalten nach tſchechiſcher Anſicht Reſte ſlawiſcher Völker, ſlawiſch war die ſogenannte „Lauſitzer Kultur“, die ſie hatten.

Aber nicht genug an dem. Die rätſelhaften Illyrier in Südoſteuropa ſeien Slawen geweſen, ſagt die ſlawiſche Forſchung. Auch die Urbevölkerung der Bretagne ſeien Slawen. Noch nicht genug: auch die Veneter in Oberitalien ſind Slawen und Italien ein „ſlawiſcher Friedhof“. Der tſchechiſche Forſcher Šafařik behauptet es, und der größte Hiſtoriker der Tſchechen, Franz Palacky, ſtimmt ihm bei. Zwei kleine Scherze beleuchten recht treffend die ſeeliſche Verfaſſung, die die Grundlage ſolcher Behauptung iſt. Der eine beſagt, die Tſchechen hätten nun endlich auch einwandfrei nachgewieſen, daß auch Rom von den Tſchechen gegründet ſei. Denn bei Livius ſei folgendes zu leſen: Romulus urbem Romam condidit und das heiße, richtig überſetzt: Der „Urböhm“ Romulus gründete Rom. — Der andere Scherz erzählt, die Einwohner der Inſel Guanahani ſeien dem Kolumbus bei ſeiner Landung mit dem Gruß entgegengekommen: „Pĕkĕn útám, pane Kolumbus,“ und demnach ſei auch die Urbevölkerung Amerikas als Tſchechen anzuſprechen. Zwei etwas boshafte Scherze, wie geſagt, aber nicht ohne kulturhiſtoriſch-völkerpſychologiſche Grundlage.

Nicht die Tſchechen ſondern die Germanen wären alſo nach dieſer tſchechiſchen Geſchichtsauffaſſung die Eindringlinge auf dem Gebiet des heutigen tſchecho-ſlowakiſchen Staates. Die Völkerwanderung hätte ſie dann in ihrem weiteren Verlauf wieder von den Germanen befreit. Erſt ſpäter wären dann die Deutſchen wieder gekommen.

Die Przemyſliden, das böhmiſche Königsgeſchlecht, hätten deutſche Bauern und Bürger in das Land gezogen, um den heimiſchen Tſchechen die deutſche

Kultur mitzuteilen. Eben dieſer Koloniſationspolitik wegen ſind die Przemyſliden bei den radikal geſinnten Tſchechen auch keineswegs beſonders beliebt. Sie gelten als ebenſo untſchechiſch, wie man die Hohenſtaufen wegen ihrer Rompolitik undeutſch nennen könnte. Die Huſſitenzeit und die nachfolgende nationale Erſtarkung des Tſchechentums hätte dann das Deutſchtum neuerdings nahezu völlig vertilgt und die Geſchichte des heutigen Deutſchtums in Böhmen und Mähren beginne erſt nach der Schlacht am Weißen Berge und der neuen Germaniſierung durch die Habsburger.

So die tſchechiſche Forſchung. Und die ältere deutſche Geſchichtſchreibung vertrat eine Anſicht, die zwar nicht auf dem Boden der tſchechiſchen ſtand, aber doch den Tſchechen in einem wichtigen Punkt nicht ganz unwillkommen war. Sie hält wohl an der Einwanderung der Slawen mit den Awaren feſt, fährt aber dann fort: Zu dieſer Zeit waren die in jenen Ländern früher ſeßhaft geweſenen Germanenſtämme bereits im Verlauf der Völkerwanderung abgezogen. Die Slawen beſiedelten ein menſchenleeres Land. Demnach hätten ſie herrenloſes Gebiet genommen, nicht ſie wären die Eindringlinge in fremden Beſitz, ſondern die ſpäter ſich einſchiebenden Deutſchen. So haben wir's noch auf der Schule gelernt, denn das war die k. k. öſterreichiſche Geſchichtsauffaſſung. Und dieſer Anſicht folgte auch das ganze 19. Jahrhundert die deutſche Geſchichtſchreibung ganz allgemein, bis ſich in allerjüngſter Zeit eine gegenteilige Meinung mit guten Gründen durchzuſetzen begann. Sie ſtützt ſich darauf, daß bei ſolchen Völkerwanderungen keineswegs die ganze Einwohnerſchaft mit Mann und Maus abmarſchiert, ſondern daß ein guter Teil auch immer noch in ſeinen Sitzen zurückbleibt. Mitzuwandern oder nicht, iſt ja auch wirklich Privatſache des einzelnen, einen Befehl, einen allgemeinen Zwang zum Abzug gibt es der Natur der Sache nach nicht. So ſind auch germaniſche Volksreſte in dieſen Strichen zurückgeblieben, die Slawen haben alſo wohl ein menſchenärmeres, aber kein menſchenleeres Land beſetzt. Vor den Raubzügen der Awaren und ſpäter der Madjaren haben ſich die Germanen wohl etwas in die den Reitermaſſen der Steppenvölker minder zugänglichen Waldgebiete zurückgezogen. Aber ganz wurden ſie auch damals nicht ausgerottet. Sie erhielten ſich an den Rändern und in den Sprachinſeln. Sie erhielten Sprache, Recht und Sitte, und als dann unter den Przemyſliden die große Koloniſationswelle kam, fand ſie an vielen Orten einen Kern bodenſtändiger deutſcher Bevölkerung. Auf das klarſte erweiſt ſich dies aus den Stadtrechten, mit denen Markgrafen und Könige die Siedlungen begnaden. Dieſe Urkunden begründen nicht etwa ein neues Recht, ſondern ſie beſtätigen ein altes, bis in alle Feinheiten und Zugeſpitztheiten durchgebildetes. Sie ſtehen am Ende, nicht am Anfang einer Entwicklung. Jahrhunderte ununterbrochener Übung haben an dieſen Satzungen gebaut, bis ſie endlich zu Papier gebracht und beſtätigt wurden.

Dieſe neuere hiſtoriſche Anſicht der Deutſchen iſt den Tſchechen weit weniger willkommen, aber ihre Richtigkeit wird ſich ſchwerlich ernſthaft beſtreiten laſſen. Sie gibt uns die Grundlinien der heutigen Sprachverteilung. Aber nur die

Grundlinien, die eben noch durch die mannigfachſten Verſchiebungen verändert werden. Durch Heirat, Ortsveränderung, Beamtung, Beruf verlieren Bruchteile der Stämme ihr Volkstum an das andere. Die allgemeine Abwanderung vom Land in die Stadt findet ſich auch hier und übt ihren Einfluß. Wenn auch wohl der deutſche Zuwanderer in tſchechiſcher Umgebung ſeine Art eher aufgibt als der tſchechiſche in deutſcher, ſo gleicht ſich dies vielleicht durch die, abſolut genommen, größere Zahl tſchechiſcher Zuwanderer aus. So war es wenigſtens bis zur beginnenden Verſchärfung des tſchechiſchen Nationalgefühles.

Nun kommt die Bevölkerungsſtatiſtik und verſucht alle dieſe ſo durchaus ſchwankenden Verhältniſſe mit ihren Zahlen zu erfaſſen. Das iſt keineswegs ſo einfach, wie es den Anſchein hat! Denn wonach ſoll ſich dieſe Statiſtik richten? Nach der Umgangsſprache, lautet die erſte Antwort. Aber iſt die Umgangsſprache wirklich geeignet, uns im Verhältnis der Völker zueinander unzweifelhaft klar ſehen zu laſſen? Gibt es nach ſolchen Feſtſtellungen keinen Zweifel mehr? Unter Umgangsſprache kann doch nur die Frage des täglichen Verkehrs verſtanden werden, und die kann für den beſten Deutſchen im rein tſchechiſchen Gebiet wahrheitsgemäß nicht anders als tſchechiſch, für den ſtrammſten Tſchechen im rein deutſchen Gebiet nicht anders als deutſch einbekannt werden. Die Starken werden gegen ſolche Fälſchung aufbegehren, die Lauen und Halben werden ſie ſich gefallen laſſen. Der Fälle, in denen Geſinnung und Zugehörigkeitsgefühl einerſeits der „Umgangsſprache" andererſeits geradezu entgegengeſetzt ſind, werden beſonders in den gemiſchten Bezirken unzählige ſein.

Und wirklich geht jeder ſolchen Volkszählung eine fieberhafte politiſche Aufregung voran. Ein ſolcher Stichtag hat ſeine Wichtigkeit, und jedes Volk iſt bemüht, die Ergebniſſe in ſeinem Sinn zu beeinfluſſen. Man wendet alle Mittel und Mittelchen an, die von Wahlarbeiten her bekannt ſind. Überredung, Beſtechung und auch bisweilen ein klein wenig Zwang. Wirtſchaftliche Abhängigkeit wird mit ſanftem Nachdruck ausgenutzt, um das Bekenntnis der Umgangsſprache zu korrigieren. Der Fabrikant läßt (oder ließ wenigſtens früher) ſeine Arbeiter wiſſen, er würde es ungern ſehen, wenn ſie ſich zu der anderen Nation ſchlügen. Der Kaufmann erwartete von ſeinen Angeſtellten, daß ſie ſich ſeiner Partei anſchließen würden.

Die Umgangsſprache erſcheint ſohin auch als kein vollkommen verläßliches Merkmal für die Zugehörigkeit zu einem der beiden Völker. Man hat alſo vorgeſchlagen, auf die Mutterſprache zurückzugreifen, die eine feſtſtehende Tatſache von entſcheidender Bedeutung ſei. Die Mutterſprache iſt wohl von Wichtigkeit, aber eben in den Kampfgebieten nimmt die ſpätere Entwicklung durch Erziehung, Beruf, Stellung im öffentlichen Leben oft eine Wendung zur anderen Nation. Das Bekenntnis zur Mutterſprache müßte unter Umſtänden den gegenwärtigen Verhältniſſen und ſelbſt Überzeugungen geradenwegs widerſprechen.

Denn die Zugehörigkeit zu einem der beiden Stämme iſt in dieſem Kampfgebiete weniger Sache der Abſtammung und des Blutes als der politiſchen Geſinnung und des kulturellen Zugehörigkeitsgefühles.

Aber eben nach dieſem hat die Volkszählung niemals gefragt. Die Statiſtik bleibt bei der Umgangsſprache und meint, dieſe genüge den Zwecken des Staates. Denn Geſetzgebung und Verwaltung hätten ſich um keine hiſtoriſch-ethnographiſchen Umſtände zu kümmern und die Geſinnung intereſſiere ſie nicht. Sie halte ſich an die tatſächlichen Sprachverhältniſſe und entſcheide nach dieſen als dem einzig brauchbaren Merkmal. Seit der erſten richtigen Volkszählung vom Jahre 1880 dienen alſo dieſe Angaben als Grundlage aller Berechnungen.

Aus ſolchem Material ſcheint ſich alſo nur eine ſehr beiläufige Rohbilanz der Völker ergeben zu können. Dennoch iſt ſie zuverläſſiger, als man wohl meinen ſollte. Ein gewiſſer Freiherr v. Czörnig ließ im Jahre 1857 den erſten Band einer wiſſenſchaftlichen Ethnographie Öſterreichs erſcheinen, der im Vereine mit der ſchon 1855 erſchienenen Karte eine umfangreiche Stoffmenge mit äußerſter Gründlichkeit bearbeitete. Als Direktor der k. k. adminiſtrativen Statiſtik ſtanden ihm Hilfsmittel zu Gebote wie keinem anderen. Ein ungeheurer amtlicher Apparat arbeitete für ihn; mit peinlicher Gewiſſenhaftigkeit wurden die Ergebniſſe zweifach und dreifach überprüft. Dieſe Erhebungen gingen nun nicht von der Sprache aus, ſondern von der ethnographiſchen Zugehörigkeit, die durch Gebrauch einer anderen Sprache nicht aufgehoben werde.

Er kam, obwohl er von der herrſchenden, dem Tſchechentum günſtigen Richtung nicht unbeeinflußt war, auf ein für die Deutſchen recht günſtiges Reſultat. Nach ſeinen Aufſtellungen hat Böhmen 61,2 Prozent Tſchechen, 37 Prozent Deutſche und 1,8 Prozent Juden, die er nach ſeinem rein ethnographiſchen Grundſatz als ſelbſtändiges Volk behandelt.

Und die erſte öffentliche Volkszählung, die von 1880, findet folgende Zahlen: 62,79 Prozent Tſchechen, 37,17 Prozent Deutſche und 0,04 Prozent andere. Die Juden ſind bei dieſer Zählung je nach ihrer Umgangsſprache einer der beiden Gruppen zugeteilt.

Eine höchſt merkwürdige Übereinſtimmung, die den Beweis zu liefern ſcheint, daß unter den vorhandenen Möglichkeiten einer Ermittlung immerhin noch die nach der Umgangsſprache wohl die brauchbarſte iſt, weil ſich die Unrichtigkeiten nach beiden Seiten hin ziemlich ausgleichen.

Die Vergleichung der Zahlen von 1855 und 1880 läßt den Schluß zu, daß ſich die Verhältniſſe in dieſen zweieinhalb Jahrzehnten nicht weſentlich verſchoben haben. Aber von 1880 ab ſprechen die Zahlen von einer ſtarken Angriffsbewegung der Tſchechen auf deutſches Gebiet, deren Beginn ſchon 1880 daran zu erkennen iſt, daß in rein deutſchen Gebieten mehr Gegner ſeßhaft waren: 1,3 Prozent gegen bloß 0,7 Prozent Deutſche in rein tſchechiſchen Gebieten. Nach 1900 läßt dieſer Andrang etwas nach, immerhin aber iſt ein allgemeiner Geſamtverluſt des Deutſchtums deutlich genug. Er ſinkt in der Zeit von 1880 bis 1910 in Böhmen von 37,17 Prozent auf 36,67 Prozent, in Mähren von 29,38 Prozent auf 27,62 Prozent, in Schleſien von 48,91 Prozent auf 43,90 Prozent.

In Mähren iſt übrigens eine Art Befeſtigung des nationalen Beſitzſtandes ſeit dem „Ausgleich“ der beiden Parteien eingetreten. Man hat einen „nationalen Kataſter“ angelegt, ein Grundbuch, in das jeder ſeinem völkiſchen Bekenntnis nach eingetragen iſt und nach dem in gewiſſen Fragen der Verwaltung der Schlüſſel der Machtverteilung berechnet wird.

Wie ſich im neuen tſchecho-ſlowakiſchen Staat dieſe Verhältniſſe geſtalten werden, iſt noch nicht vorauszuſehen. Aber es iſt anzunehmen, daß die nächſten Zahlen einen weiteren ſchweren Rückgang des Deutſchtums zeigen werden. Denn die Tſchechen werden kein Bedenken tragen, ihre Macht zu ihren Gunſten auszunutzen. Und die vielen Schwachen, Halben und Schwankenden, die ſich früher zu den Deutſchen bekannten, werden den neuen Herren zu Gefallen über Nacht ihr tſchechiſches Herz entdeckt haben.

Nach den Zählungen der deutſchpolitiſchen Arbeitsſtelle in der tſchechoſlowakiſchen Republik beſitzt das neue 142500 Quadratkilometer große Staatsgebilde rund 13300000 Einwohner, von denen 6350000 Tſchechen, 3800000 Deutſche, 1200000 Hanaken (nicht ohne weiteres zu den Tſchechen zu rechnen), 1000000 Madjaren, 300000 Polen, 450000 Ruthenen und 200000 ſonſtige ſind. Es ſtehen demnach den 6350000 Tſchechen nicht weniger als 6950000 Nichttſchechen gegenüber, und die babyloniſche Sprachenverwirrung des einſtigen Öſterreich wiederholt ſich in dieſem neuen Staat.

Man wird geſpannt ſein dürfen, wie die Tſchechen mit den Aufgaben fertig werden, die ihnen hier geſtellt ſind. Und ob ſie von der einſtigen Regierung, der ſie nicht genug Übles nachſagen können, wirklich gelernt haben, wie es nicht gemacht werden darf.

Oder ob vielleicht doch der Appetit größer war als der Magen?

*

Die zweite Frage, die bei der Behandlung des tſchechiſchen Problems auftaucht, lautet: „Wie ſind die Tſchechen das geworden, was ſie heute ſind, und worauf richtet ſich ihr Wille?“

Es iſt die politiſche Frage, die ſich jetzt erhebt. Sie wird ſich ohne ein wenig weitere Weltgeſchichte nicht beantworten laſſen.

Weltgeſchichte? Ja, auch in dieſem wenig bekannten Gebiet Mitteleuropas iſt Weltgeſchichte gemacht worden, nicht nur an den Geſtaden des Mittelmeeres, an der Seine und in der Mark Brandenburg. Aber es war mehr Weltgeſchichte von der ſtillen Art. Übrigens war ſie bisweilen doch auch recht lärmend inſtrumentiert. Die Huſſiten haben eine fatale Kriegsmuſik gemacht, und das Konzert, das Anno 1618 in Prag losbrach ... aha, richtig! wird der geneigte Leſer in Erinnerung an leicht verſtaubte Schulkenntniſſe ſagen: in Böhmen iſt ja dieſer leidige, vorletzte Dreißigjährige Weltkrieg angegangen.

Jawohl! Und ich möchte dem geneigten Leſer hier gleich noch etwas verraten, ich glaube, daß auch der letzte Weltkrieg in Böhmen angegangen iſt. Aber davon ſpäter.

Mit des geneigten Leſers Kenntniſſen um die böhmiſche Geſchichte ſieht es alſo nicht eben glänzend aus. Die Huſſiten, der Dreißigjährige Krieg und Schluß! Ja, ich kann an dieſer Stelle einen kleinen Vorwurf gegen meine Stammesbrüder in Deutſchland nicht unterdrücken. Sie haben ſich verdammt wenig um ihren nächſten Nachbarn gekümmert, um den Deutſchen in Böhmen und ſeinen Gegner nicht bloß, ſondern um den Öſterreicher überhaupt. Es iſt ergreifend, wie ahnungslos ſie der Geſchichte und Geographie Öſterreichs gegenüberſtehen. Ja, auch in der Geographie ſind ſie ſehr, ſehr ſchwach. Vom Bruderkampf des Jahres 1866 heißt es, nicht das preußiſche Zündnadelgewehr habe in ihm geſiegt, ſondern der preußiſche Schulmeiſter. Der Offizier, der im Lande Böhmen beſſer Beſcheid wußte als der feindliche öſterreichiſche Kamerad, der Soldat, der von vornherein mit guten geographiſchen Kenntniſſen ausgerüſtet war und aufgeweckt genug, ſie richtig anzuwenden. Wenn das ſtimmt, ſo hat der deutſche Bruder im Reich inzwiſchen viel verlernt und vergeſſen. Ich rede vom Mittel und Durchſchnitt, nicht von der erleuchteten Oberſchichte.

Im Geſpräch mit Leuten aus jenen mittleren Kulturſchichten ſtößt man leider oft auf Haarſträubendes. Ich will nicht glauben, was mir ein Freund als wahr erzählte: daß ihn eine Frau des Mittelſtandes, der er als Öſterreicher vorgeſtellt wurde, ſehr erſtaunt fragte: „Sie ſprechen deutſch?“ — „Ja, warum denn nicht, ich bin doch ein Deutſcher.“ — „Ich denke, Sie ſind ein Öſterreicher.“ — „Ja!“ — „Und da ſprechen Sie nicht öſterreichiſch?“ Und daß es dieſer keineswegs ungebildeten Frau ſehr ſchwer klarzumachen geweſen ſei, daß öſterreichiſch keine Sprache iſt, ſondern daß in Öſterreich etliche anderthalb Dutzend Sprachen durch- und ineinander gewirrt ſind. Dies will ich nicht glauben, wie geſagt.

Aber was ich glauben muß, iſt folgendes; denn es iſt mir ſelbſt begegnet. Zur Zeit meiner Leipziger Siedlung fragte mich eine Frau, wie ich mit meiner Wohnung zufrieden ſei. Ich äußerte mein allerhöchſtes Wohlgefallen. „Aber etwas hoch wohnen Sie,“ meinte die Gute, „immer ſo in den dritten Stock 'raufhupfen!“ — „Ach, das tut nichts,“ antwortete ich, „das bin ich ja gewohnt, in Brünn haben wir ja im vierten Stock gewohnt.“ Da riß die Nachbarin Augen und Ohren auf: „Ach nee, is das meeglich . . . und ich hab' gemeent, in Brünn gibt's bloß Parterre oder heechſtens erſten Stock.“ Die ahnungsloſe Seele hatte ſich Brünn, die Hauptſtadt Mährens, das „öſterreichiſche Mancheſter“, die ſechſtgrößte Stadt der Monarchie, eine Stadt, die mit Halle, Straßburg oder Danzig gleich groß iſt, als eine Art Dorf gedacht!

Solcher Unbekanntſchaft mit den offenkundigſten tatſächlichen Verhältniſſen der Gegenwart begegnet man zu häufig, als daß man ſich übertrieben wundern müßte, wenn minder klare, nicht an der Oberfläche liegende oder durch die Vergangenheit zum Teil verdeckte Dinge nicht eben allgemein geläufig ſind.

Der durchſchnittlichen deutſchen Bildung iſt ſo auch die weltgeſchichtliche Bedeutung der Entwicklung des Tſchechentums bisher entgangen. Aber bei dem recht ſchmerzlichen Merks, das uns die Gegenwart gegeben hat, wird ſich nun wohl das Bedürfnis einſtellen müſſen, ſich mit dieſem Werden ein wenig vertrauter zu machen und es in ſeinem weltgeſchichtlichen Sinn zu erfaſſen.

Mein Gott, ein Volk von bloß ſechseinhalb Millionen! wird vielleicht mancher ſagen. Und wenn man ſchon die Slowaken mit reichlich zwei Millionen dazurechnet, ſind es immerhin erſt im ganzen achteinhalb Millionen! Na, wenn ſchon!

Aber dieſes Volk ſteht nicht für ſich allein. Es iſt ein Vortrupp. Die Vorhut einer unüberſehbaren Maſſe, eines Meeres von ſlawiſchen Völkern, das hinter ihm den Oſten Europas erfüllt. Die große europäiſche Auseinanderſetzung zwiſchen Romanen und Germanen ſcheint ihrem Ende entgegenzugehen. Man wird ſich — von der höheren Warte univerſalhiſtoriſcher Betrachtung aus — durch die Augenblickserfolge Frankreichs und Italiens nicht täuſchen laſſen. Sie ſind uns unangenehm, peinlich und drückend. Aber Frankreichs Rolle iſt doch wohl ausgeſpielt. Sein Triumph von heute iſt nur eine — muſikaliſch geſprochen — Vorhalte vor dem letzten auflöſenden Akkord, der die Disharmonie der Gegenwart beſeitigen muß. Und Italien liegt doch wohl zu ſehr am Rande der Begebenheiten. Daneben aber hat ſchon die nächſte große Auseinanderſetzung begonnen, die zwiſchen Germanentum und Slawentum, und ihr Vorſpiel iſt die zwiſchen uns und den Tſchechen ſchwebende weltgeſchichtliche Angelegenheit. (Fortſetzung folgt)

Aus meinen Berliner Erinnerungen

Von

Baron L. v. Knorring

Am 8. März 1888, als der damalige Prinz Wilhelm von Preußen am Sterbebette ſeines greiſen Großvaters weilte, legte ihm der große Kaiſer, als letztes Vermächtnis, die Pflege guter Beziehungen zu Rußland ans Herz. Und wahrlich, Kaiſer Wilhelm II. hat das Gelöbnis, welches er als Prinz ſeinem ſterbenden Großvater gab, ehrlich und treu gehalten.

Wenn ſeit 1906 die Beziehungen zu Rußland einen anderen Charakter annahmen, ſo war das nicht die Schuld des Deutſchen Kaiſers, ſondern lag vielmehr an der nationaliſtiſch-chauviniſtiſchen Strömung in Rußland,1) welche Regierung und Volk immer mehr Frankreich, ſpäter auch England in die

---

1) Die Hetzarbeit der führenden Zeitung „Nowoje Wremja“ gegen Deutſchland, beſonders die Artikel des Londoner Korreſpondenten dieſes Blattes, der „Argus“ zeichnete.

Arme trieb. Dieſe immer ausgeſprochenere Strömung verhinderte, daß das gute perſönliche Verhältnis der beiden Herrſcher auf die Beziehungen der beiden Staaten eine genügende Rückwirkung hätte ausüben können.

Wie ſehr Kaiſer Wilhelm an einem guten Verhältnis zu Rußland, auch nach der Verabſchiedung des Fürſten v. Bismarck und trotz erfolgter Kündigung des Rückverſicherungsvertrages, hielt, desgleichen auch daran, daß dieſes freundſchaftliche Verhältnis zum ruſſiſchen Kaiſer und zu deſſen großem Reiche auch außerhalb der deutſchen Grenzen als feſte Grundlage für den europäiſchen Frieden betrachtet würde, dafür mögen die folgenden Zeilen einen Beweis liefern. Zugleich zeugen dieſelben dafür, wie ſehr der Kaiſer Nikolaus auch ſeinerſeits beſtrebt war, in allem, was zur Erhaltung des Friedens beitragen konnte, den Wünſchen Kaiſer Wilhelms entgegenzukommen. Dieſe Abſicht hat Kaiſer Nikolaus II. zuletzt, noch vierundzwanzig Stunden vor Ausbruch des Krieges, bewieſen, indem er, um dem Wunſche Kaiſer Wilhelms zu entſprechen, die ruſſiſche Mobilmachung aufhalten wollte. Aus den Akten des Suchomlinowprozeſſes iſt aber erſichtlich, wie dieſe gute Abſicht des ruſſiſchen Monarchen hintertrieben wurde.

*

Die beiden Brüder, Graf Peter und Paul Schuwalow, von denen der erſtere kaiſerlich ruſſiſcher Botſchafter in London, der letztere in Berlin war, galten von jeher als aufrichtige Freunde Deutſchlands und waren ſtets beſtrebt, die beſten Beziehungen zwiſchen den beiden Kaiſerhöfen und den beiden großen Nachbarländern aufrechtzuerhalten. Graf Peter Schuwalow, welcher für den erkrankten Fürſten Gortſchakow Rußland auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 vertrat, war ebenſo, wie nachher auch ſein Bruder Paul, mit dem Fürſten Otto v. Bismarck durch enge perſönliche Freundſchaft verbunden.

Im Jahre 1885 wurde Graf Paul Schuwalow zum kaiſerlich ruſſiſchen Botſchafter am königlich preußiſchen Hofe ernannt. Die faſt zehn Jahre ſeiner Anweſenheit in Berlin waren wohl die glänzendſte Zeit, welche das alte ehrwürdige Palais „Unter den Linden 7“ jemals geſehen hatte. Der Graf Schuwalow und ſeine ſcharmante Gattin, die Gräfin Marie Alexandrowna, eroberten ſich bald alle Herzen der Berliner Geſellſchaft, und nie zuvor und auch nicht nachher hat jemals ein ſo reger und, ich möchte ſagen, zwangloſer Verkehr zwiſchen Deutſchen und Ruſſen ſtattgefunden, als wie beim „Waffenbruder“, dem von allen hochverehrten Botſchafter. Dieſen Namen hatte er ſich bald in deutſchen Offizierskreiſen erworben, ein Umſtand, der deutlich genug dafür ſpricht, daß Graf Schuwalow als Träger dieſes Gedankens angeſehen wurde.

Im Jahre 1894 mußte nach Abgang des Fürſten Imeretinsky der Poſten eines kaiſerlich ruſſiſchen Statthalters für Polen in Warſchau neu beſetzt werden, und der damalige Kriegsminiſter Wannowsky hatte dem Kaiſer Alexander III.

aus verſchiedenen Gründen, unter denen die guten Beziehungen des Grafen zu Deutſchland wohl nicht die letzte Rolle ſpielten, den Grafen Paul Schuwalow als Nachfolger vorgeſchlagen. Durch die ſchwere Erkrankung des Kaiſers Alexander im Herbſt 1894 wurde die Ernennung nicht von ihm vollzogen, ſondern erſt ſpäter von ſeinem Sohn und Nachfolger, Kaiſer Nikolaus II.

Das Gerücht der wahrſcheinlichen Entſendung des Grafen nach Warſchau war aber den Ereigniſſen vorausgeeilt und wurde in den Kreiſen der Geſellſchaft und Beamtenwelt St. Petersburgs und Berlins bereits kolportiert und beſprochen. Es drang auch bis zu Seiner Majeſtät dem Kaiſer Wilhelm, und eines Tages, es dürfte ungefähr Ende November 1894 geweſen ſein, ſuchte mich eine hochgeſtellte Perſönlichkeit[1] auf, die eben von einer Kaiſerjagd, ſei es Letzlingen, Göhrde oder Hubertusſtock — genau weiß ich es nicht mehr —, zurückgekehrt war, und ſagte mir:

„Die höchſt wahrſcheinliche Ernennung des Grafen Paul Schuwalow zum Statthalter von Polen iſt beim Jagddiner beſprochen worden, und ich habe das Gefühl, daß Seine Majeſtät der Kaiſer von derartigen mehr oder weniger begründeten Gerüchten, die zirkulieren, ohne daß er von dem Kaiſer von Rußland in irgendeiner Weiſe über ſeine Abſicht, dem Grafen eine andere Verwendung zu geben, direkt benachrichtigt worden wäre, peinlich berührt geweſen ſei. Es wäre doch gut, wenn Sie verſuchen würden, eine diesbezügliche direkte Benachrichtigung von ſeiten des Kaiſers Nikolaus zu erreichen, damit nicht wieder eines der zahlreichen kleinen Mißverſtändniſſe entſtehe, die ſo oft in den Beziehungen der beiden Herrſcher Verſtimmungen hervorgerufen haben."

Ich war damals wegen Erkrankung des Botſchaftsrats v. Tcharykow und Abweſenheit des erſten Sekretärs, Grafen Pahlen, der rangälteſte Beamte der Botſchaft, zugleich der dem Grafen Schuwalow perſönlich am nächſten ſtehende, „ſein Flügeladjutant", wie er mich ſtets zu benennen liebte. Außerdem war gerade dieſe Arbeit des Beilegens derartiger kleiner Mißverſtändniſſe nachgerade meine Spezialität geworden,[2] und ich ſchrieb in derſelben Nacht noch an den Grafen Schuwalow, der ſich in St. Petersburg befand, einen perſönlichen Brief, den ich am nächſten Morgen durch Feldjäger nach Petersburg ſchickte. In dem Briefe erſuchte ich den Grafen, Seine Majeſtät den Kaiſer Nikolaus II. zu bitten, direkt von ſich aus den Kaiſer Wilhelm von ſeiner bevorſtehenden Abberufung aus Berlin und Ernennung zum Statthalter in Warſchau in Kenntnis zu ſetzen, und zwar ſobald als möglich.

Schon der nächſte Feldjäger, der ungefähr zehn Tage darauf aus Petersburg eintraf, übergab mir außer dem üblichen Paket des Miniſteriums einen kleinen Brief und ſagte mir, er ſei im letzten Moment vor ſeiner Abreiſe aus Petersburg zum Kaiſer in das Anitſchkow-Palais berufen worden und hätte

---

[1] Seine Hoheit Prinz Albert von Sachſen-Altenburg.

[2] Dadurch, daß ich als Neffe des damaligen Chefs des Hauptquartiers Generaladjutant v. Richter auf privatem Wege viel zur Aufklärung ſolcher Mißverſtändniſſe beitragen konnte.

Seine Majeſtät ihm dieſen Brief perſönlich eingehändigt mit dem Befehl, denſelben dem dienſtälteſten Herrn der Botſchaft in Berlin zu übergeben, damit das Schreiben ſofort dem Kaiſer Wilhelm überreicht würde. Auf dem Kuvert des Briefes ſtand von der Hand Seiner Majeſtät geſchrieben:

„A. S. M. l'Empereur Guillaume."

Ich begab mich ſofort zu Herrn v. Tſcharykow, welcher mit ſtarker Influenza zu Bett lag und daher perſönlich keinerlei Schritte unternehmen konnte, und ſagte ihm, daß ich beabſichtige, dieſen Brief, der ſich nicht in dem diplomatiſchen Paket befunden habe, nicht durch das Auswärtige Amt, ſondern direkt an Seine Majeſtät gelangen zu laſſen, und daß ich mich zu dieſem Zwecke zu Seiner Exzellenz v. Hahnke begeben würde, um mit ihm zu beſprechen, wie es am beſten anzuſtellen ſei. Herr v. Tſcharykow erklärte ſich hiermit durchaus einverſtanden.

General v. Hahnke, den ich nachher aufſuchte, hatte die Güte, nach dem Neuen Palais zu telephonieren, und ſagte mir, ich ſollte mich mit dem 12-Uhr-Zug dahin begeben und dem Flügeladjutanten vom Dienſt den Brief einhändigen. Zur angegebenen Stunde fuhr ich nach der Wildparkſtation, wo ich eine Hofequipage vorfand, welche mich ins Neue Palais brachte. Dort meldete ich mich bei dem dienſttuenden Flügeladjutanten, Herrn v. Moltke, dem nachherigen Chef des Generalſtabes. Ich erzählte ihm in kurzen Worten, wie ich zu dieſem Brief gekommen war, und bat ihn, denſelben Seiner Majeſtät dem Kaiſer zu übergeben. Flügeladjutant v. Moltke nahm mir jedoch den Brief nicht ab, ſondern ſagte, er wolle es Seiner Majeſtät dem Kaiſer erſt melden, vielleicht würde Seine Majeſtät wünſchen, mich perſönlich zu ſprechen. Herr v. Moltke kam alsbald zurück und teilte mir mit, daß der Kaiſer mich ſofort zu ſehen wünſche, und gleich darauf wurde ich von Seiner Majeſtät dem Kaiſer empfangen, welcher in den wenigen Augenblicken die Litewka ſeines ruſſiſchen Warſchauer Gardegrenadierregiments König Friedrich Wilhelm III. anzulegen Zeit gefunden hatte.

Mit den Worten: „Was verſchafft mir die Ehre, mein alter Knorring, Sie auch einmal hier bei mir zu ſehen," empfing mich ſcherzend der Kaiſer, und ich hatte die Ehre, ihm perſönlich den Brief meines Herrſchers zu überreichen. Nachdem ich Zeit gehabt hatte, Seiner Majeſtät kurz zu erklären, wie gerade ich zu dieſer hohen Ehre gekommen war, wollte ich mich mit Moltke zurückziehen. Der Kaiſer ließ das jedoch nicht zu und ſagte: „Bleiben Sie hier, es dürfte Sie intereſſieren zu hören, was Ihr Kaiſer mir ſchreibt," worauf Kaiſer Wilhelm ans Fenſter trat und mit angeſpannter Aufmerkſamkeit den Brief ein- oder zweimal mit ſehr ernſter Miene durchlas. Darauf wandte ſich der Kaiſer an mich mit der ihn charakteriſierenden Lebhaftigkeit und ſagte mir:

„Ich freue mich, nunmehr direkte Mitteilung von Ihrem Kaiſer zu erhalten, betreffend Schuwalow. Er ſchreibt mir darin, daß wichtige Gründe adminiſtrativer Natur ihn zwingen, ſeinen Generaladjutanten, Grafen Schuwalow, zum Statthalter von Polen in Warſchau zu ernennen und ſomit von hier abzuberufen.

„Gerade Sie, Knorring, der Sie dem Grafen Schuwalow am nächſten geſtanden haben, werden am beſten verſtehen, was es bedeutet, wenn der Träger, ſozuſagen die Standarte der guten Beziehungen zwiſchen unſeren beiden Häuſern und den beiden Ländern, abberufen wird. Ganz abgeſehen von meinem perſönlichen Bedauern, den Grafen und die Gräfin von hier ſcheiden zu ſehen, kennen Sie ja die Stellung und die Liebe, welche Graf Schuwalow ſich in meiner Armee und in der Berliner Geſellſchaft erworben hatte, und — Knorring! — Feinde haben wir alle, ſowohl Ihr Kaiſer wie ich, und hier meine ich ſpeziell die ihm und mir übelgeſinnte, ſowohl nationale, als auch internationale Preſſe, und daß die Abberufung des Grafen Schuwalow aus Berlin von den uns feindlich geſinnten Blättern nicht anders gedeutet werde, wie es Ihr erhabener Kaiſer in dieſem Briefe mir mitteilt, dafür mache ich Sie, Knorring, verantwortlich.“

Ich erwiderte dem Kaiſer, daß ich den Scharfblick bewunderte, mit welchem Seine Majeſtät ſofort ſozuſagen den Nagel auf den Kopf getroffen hätte, nämlich die Gefahr, daß die übelgeſinnten und mißgönnenden Parteien des Inlandes ſowie die einer deutſch-ruſſiſchen Annäherung feindlich gegenüberſtehenden Mächte in der Abberufung eines ſo überzeugten Anhängers der Notwendigkeit guter Beziehungen zwiſchen Petersburg und Berlin, wie es der Botſchafter Graf Schuwalow geweſen war, einen höchſt erwünſchten Stoff fänden, um das erforderliche Kapital daraus zu ſchlagen. Ich würde mit meinen ſchwachen Kräften verſuchen alles zu tun, um den Wunſch Seiner Majeſtät zu erfüllen. So ganz leicht ſei es jedoch nicht! Der Kaiſer aber wiederholte mir:

„Ich mache Sie dafür verantwortlich und verlaſſe mich auf Sie,“ worauf er mich gnädigſt verabſchiedete.

Ich muß geſtehen, daß die Rückfahrt aus dem Neuen Palais nach Berlin nicht zu den angenehmſten Erinnerungen meines Lebens gehört, da ich alle meine geiſtigen Kräfte im höchſten Maße anzuſpannen verſuchte, um mir einen Plan zurechtzulegen, wie dem Wunſche des Kaiſers am beſten nachzukommen wäre. Denn wie ſollte man dem vorbeugen, ſobald die Abberufung öffentlich bekannt geworden wäre, daß gewiſſe Zeitungen des In- und Auslandes ganze Spalten in unerwünſchtem Sinne über die Abberufung brächten?

Als ich ſo, wie man zu ſagen pflegt, „Blut ſchwitzte“, fiel mir zum Glücke ein, daß Graf Schuwalow mir vor längerer Zeit einmal in vertraulichem Geſpräch geſagt hatte:

„Viel lieber, als alle Andreasorden wäre es mir, falls ich von Berlin weggehen müßte, wenn mein Kaiſer mir ein Reſkript gäbe, in welchem er meine Politik während der faſt zehn Jahre meiner Anweſenheit in Berlin gutheißen und erwähnen würde, daß ich nur in Allerhöchſtem Auftrage ſeines Vaters hier gehandelt habe, damit es mir nicht eines ſchönen Tages ergehe wie einſtmals meinem armen Bruder Peter, der auch auf Anweiſung des Kaiſers Alexander II. auf dem Berliner Kongreß gehandelt, dann aber von der ganzen ruſſiſch-chauviniſtiſchen Preſſe angefallen und faſt in den Schmutz gezogen wurde.“ —

Dieſe Worte fielen mir glücklicherweiſe auf der Rückfahrt aus Potsdam wieder ein, und ich ſagte mir, daß die einzige Möglichkeit, allen unliebſamen Kommentaren vorzubeugen, nur darin beſtehe, den Kaiſer Nikolaus zu veranlaſſen, dem Grafen Schuwalow ein derartiges Reſkript auszuſtellen, in welchem auch geſagt würde, daß die Pflege der guten Beziehungen zu Deutſchland im Intereſſe des allgemeinen Friedens auch Seiner Majeſtät dem Kaiſer Nikolaus am Herzen läge.

Gegen 3 Uhr wieder in Berlin eingetroffen, begab ich mich ſofort zu meinem ſtellvertretenden Chef, Herrn v. Tcharykow, und berichtete ihm über meine Unterredung mit Seiner Majeſtät und über die Art und Weiſe, wie ich dem Wunſche des Kaiſers, meiner Meinung nach, am beſten nachkommen könnte. Herr v. Tcharykow hatte noch höheres Fieber als am Vormittag, ſagte mir, es wäre ihm unmöglich, irgend etwas zu unternehmen, und er überlaſſe mir vollſtändig zu handeln, wie ich es für richtig befände.

Das war gerade das, was ich wollte, denn dadurch hatte ich vollkommen freies Spiel, und ohne Zeit zu verlieren, ſetzte ich mich hin und verfaßte einen ausführlichen Bericht, in dem ich die ganze Unterredung wörtlich wiedergab und zum Schluß ſagte:

„Falls Seine Majeſtät, unſer Kaiſer, die ſehr begründete Auffaſſung des Deutſchen Kaiſers teilt und Ihm auch daran liegt, daß die Abberufung des Grafen Schuwalow nicht anders ausgelegt würde, als Er es ſelbſt in Seinem Briefe an Kaiſer Wilhelm getan hat, ſo erblicke ich die einzige Möglichkeit, einer gegenteiligen Auslegung vorzubeugen, ausſchließlich in der Verleihung eines Reſkripts an den Grafen Schuwalow, in welchem ſeine Politik während des letzten Dezenniums gutgeheißen und die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutſchland als Unterpfand des Friedens betont würde.“

Dieſen Bericht ſandte ich noch am ſelben Abend durch Feldjäger nach Petersburg ab, und zwar in doppelter Ausführung. Das eine Exemplar an Seine Exzellenz Herrn v. Schiſchkin, den damaligen Verweſer des Miniſteriums der Auswärtigen Angelegenheiten, das zweite an den ſich noch in Petersburg aufhaltenden Grafen Schuwalow ſelbſt. Daß letzteres auf günſtigen Boden fallen würde, deſſen war ich ja von vornherein ſicher, und ich hoffte, daß der Graf durch ſeine intimen Beziehungen, ſowohl zum Herrſcher ſelbſt, als auch zu deſſen unmittelbarer Umgebung, wohl imſtande ſein würde, das gewünſchte Reſkript von Seiner Majeſtät zu erhalten. Der Feldjäger muß, wenn ich nicht irre, Anfang Dezember in Petersburg eingetroffen ſein. Bald darauf kehrte der Graf Schuwalow nach Berlin zurück, dankte mir ſehr für meine Handlungsweiſe und ſagte mir, das Reſkript würde in einigen Wochen, zugleich mit der offiziellen Bekanntgabe ſeiner Ernennung zum Statthalter von Polen, erſcheinen, und zwar in einer Redaktion, die dem von mir vorgeſchlagenen Sinne entſprechen dürfte. Der Graf muß, ſoweit ich mich entſinnen kann, gegen Ende Dezember nach Berlin zurückgekehrt ſein, und wenige Tage ſpäter brachte bereits am 3. Januar 1895 das Wolffbureau den Text des Kaiſerlichen Reſkripts an den Grafen Schuwaloff in folgendem Wortlaut:

Petersburg, Donnerstag, 3. Januar.

„Der Regierungsbote" veröffentlicht nachſtehendes kaiſerliches Reſkript an den Grafen Schuwalow:

> „Mein in Gott ruhender Vater hatte Sie in gerechter Würdigung Ihrer glänzenden und hervorragenden militäriſchen Taten, ſowie der Sie auszeichnenden Fähigkeiten im Jahre 1885 zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botſchafter bei Seiner Majeſtät dem Deutſchen Kaiſer, König von Preußen, ernannt. Ihre mehr als neunjährige Tätigkeit in der Diplomatie hat nach jeder Richtung hin das hohe in Sie geſetzte Vertrauen und die Hoffnungen, welche man von Ihnen hegte, gerechtfertigt!
>
> Während dieſer ganzen Zeit haben Sie als treuer und eifriger Ausführer der Pläne Ihres Kaiſers die Bande der Freundſchaft gepflegt, welche Rußland ſeit langer Zeit mit ſeinem mächtigen Nachbarn vereinen, und haben dadurch beigetragen zu dem Erfolge des erhabenen, wohltätigen Werkes der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens, welcher dem Herzen Meines unvergeßlichen Vaters ebenſo teuer war, wie er dem Meinigen iſt.
>
> Indem Ich Sie jetzt zum Wohle des Reiches auf den gleich wichtigen Poſten des Generalgouverneurs von Warſchau und des Kommandeurs der Truppen des Militärbezirks von Warſchau ernenne, will Ich Ihnen meine aufrichtige Anerkennung für Ihre dem Throne und dem Vaterlande geleiſteten glänzenden Dienſte und die ſichere Hoffnung auf die Erſprießlichkeit Ihrer Bemühungen ausſprechen, welche Sie in Zukunft dem Wohle und der Entwicklung des Ihrer Verwaltung anvertrauten Landesteiles widmen werden."

Obgleich ich genau wußte, daß der Text des Reſkripts durch das Auswärtige Amt dem Kaiſer ſofort unterbreitet worden war, ſuchte ich mit Genehmigung des Grafen Schuwalow dennoch Herrn v. Moltke auf und erlaubte mir, ihm das Wolffſche Telegramm zu übergeben, mit der Bitte, Seine Majeſtät darauf aufmerkſam machen zu wollen, daß der Inhalt desſelben die Erfüllung des mir im Neuen Palais Allerhöchſt erteilten Auftrages ſei, was Herr v. Moltke auch freundlichſt übernahm. Das kann am 3. oder 4. Januar geweſen ſein! Am 5. Januar ſchrieb Kaiſer Wilhelm folgenden Brief1) an den Kaiſer Nikolaus, in welchem Seine Majeſtät bereits das Reſkript erwähnt:

Potsdam, den 5. Januar 1895.

Mein lieber Nicky!

Dein freundſchaftlicher Brief, den mir Knorring überreichte, enthielt ſehr intereſſante, aber mich ſehr betrübende Nachrichten. Ich bin Dir ſehr dankbar für Deine Benachrichtigung und verſtehe durchaus die Gründe, die Deine Entſcheidung, betreffend den Grafen Schuwalow, veranlaßten. Gleichzeitig kann ich Dir verſichern, daß ich ſehr traurig bin, den vortrefflichen Paul zu verlieren. Er war der einzige Botſchafter in Berlin, mit dem ich auf wirklich vertrautem Fuße ſtand und der mir ein „ami intime“ war, ſoweit ein Nichtdeutſcher auf dieſe Bezeichnung Anſpruch haben kann. Er wird mir wirklich recht fehlen. Er verdient vollſtändig das Lob, welches Du ihm in Deinem Reſkript erteilſt, denn die engen und intimen Beziehungen unſerer Höfe und Völker waren bei niemand in beſſeren Händen. Ich will hoffen und vertrauen, daß der Nachfolger, den Du ihm wählen wirſt, fähig ſein wird, mit derſelben Aufrichtigkeit und Offenheit des Charakters die Tätigkeit Schuwalows in derſelben Weiſe fortzuführen, *da die Beziehungen zwiſchen unſeren beiden Ländern auf traditionellen Grundlagen ruhen und daher ganz anders als die zu anderen Nationen und von entſcheidendem Einfluß auf die ganze Welt ſind.*

Ich habe Schweinitz auf den ausdrücklichen Wunſch Deines Vaters ſeinerzeit durch Werder erſetzt. Wenn ich gleichzeitig einen Wunſch ausſprechen darf, ſo wäre es, daß Du entweder Pahlen, Richter oder Staal wenn möglich als Nachfolger wählſt.

Nun will ich Dir ein glückliches Neues Jahr an der Seite des lieben Engels *Alix* wünſchen; möchte es Euch ein Jahr des Glücks und des Wohlſeins ſein!

Hoffentlich erfreut Dich mein Weihnachtsgeſchenk. Es iſt ein Album mit Photographien von der Berliner Fahnenweihe.

In der Hoffnung, daß wir uns im Laufe dieſes Jahres irgendwo begegnen mögen, verbleibe ich

Dein Dich herzlich liebender Freund
Willy.

Zu den Hoffeſtlichkeiten war bald darauf das Hoflager aus dem Neuen Palais ins Berliner Schloß verlegt worden, und an einem herrlichen, milden Winternachmittag, um den Geburtstag Seiner Majeſtät des Kaiſers herum,

---

1) Von dieſem Briefe erhielt ich Kenntnis im Jahre 1906, als ich in das Miniſterium des Äußern nach Petersburg berufen wurde.

wollte ich von der Botſchaft in den Tiergarten reiten, als auf dem Pariſer Platz mir Seine Majeſtät der Kaiſer mit ſeiner Suite aus dem Brandenburger Tor entgegengeritten kam. Da ich gerade ein recht unruhiges Pferd des Fürſten Engalitcheff, des damaligen Militärbevollmächtigten, ritt, ſo retirierte ich faſt bis an die franzöſiſche Botſchaft, um dort Front zu machen. Trotzdem erkannte mich aber der Kaiſer und winkte mich an ſeine Seite, reichte mir ſeine Hand herüber und ſagte: „Knorring, ich danke Ihnen! Sie haben Ihre Sache gut gemacht!“, und nahm mich an Seiner Seite die ganzen Linden bis ans Denkmal Friedrichs des Großen mit, wo Seine Majeſtät mich mit nochmaligem Händedruck und Dank gnädigſt zu entlaſſen geruhte.

Alles hier wortgetreu Wiedergegebene iſt ein Beweis, wie ſehr Seine Majeſtät der Kaiſer in der feſten Überzeugung, daß ein gutes Verhältnis zu Rußland und deſſen Herrſcher das beſte Unterpfand für die Erhaltung des Friedens ſei, ſtets beſtrebt war, dieſe Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Denn die Erhaltung des Friedens zum Segen und Gedeihen Deutſchlands war ſtets nur das einzig treibende Motiv bei den Handlungen des Allerhöchſten Herrn.

Baden-Baden, den 27. Januar 1920.

Betriebsräte

Von

Landgerichtsrat W. Kulemann (Braunſchweig)

Das Betriebsrätegeſetz, das nach langen Kämpfen innerhalb und außerhalb des Parlaments am 4. Februar d. J. erlaſſen iſt, bildet den vorläufigen Abſchluß einer in mehrfacher Hinſicht außerordentlich intereſſanten Entwicklung. Die Novemberrevolution war im Gegenſatze zu früheren Vorgängen ähnlicher Art nicht bloß eine politiſche, ſondern zugleich eine ſoziale. Hatten bis dahin die konſervative und die liberale Auffaſſung miteinander um die Herrſchaft gerungen, ſo handelte es ſich jetzt teils um den Gegenſatz zwiſchen Bürgertum und Arbeiterſchaft, teils um denjenigen zwiſchen Ariſtokratie und Demokratie. Aber bald fanden ſich daneben auch Vertreter einer dritten Form der ſtaatlichen Machtverteilung, nämlich der Ochlokratie, d. h. der Verlegung des Schwerpunktes in die unteren Schichten, und mit ihr der Herrſchaft der Straße. Dieſer Gedanke iſt kein Erzeugnis des deutſchen Volksgeiſtes, ſondern er wurde uns zugeführt aus Rußland, aber bald gewann er auch in Deutſchland eine ſtarke Anhängerſchaft. Es beſtätigte ſich das oft betonte geſchichtliche Geſetz, daß ſtets das eine Extrem durch das andere abgelöſt und der verſtändige Mittelweg nur von wenigen betreten wird. Hatten vor der Revolution das Junkertum, der Adel, das Militär, die Bureaukratie, das Agrariertum und der Fabrikfeudalismus, kurz die durch äußere Umſtände begünſtigten oberen und beſitzenden Klaſſen ein einſeitiges Übergewicht beſeſſen und ſich geweigert, den unteren beſitzloſen, insbeſondere den Arbeitern den ihnen gebührenden Anteil einzuräumen, ſo forderte man jetzt nicht nur auf wirtſchaftlichem Gebiete die „Expropriation der Expropriateurs“, ſondern zugleich auf politiſchem die Diktatur des Proletariats.

Überall bildeten ſich Arbeiter- und Soldatenräte, die ſich der Regierung bemächtigten und mit Hilfe der Roten Garde und der Matroſen eine Willkürherrſchaft einrichteten, wie ſie widerwärtiger kaum der franzöſiſche Konvent von 1793 geübt hatte.

Wäre das Bürgertum auf ſeine eigene Kraft angewieſen geweſen, ſo würde es ihm kaum gelungen ſein, dieſer Bewegung Herr zu werden. Glücklicherweiſe ſtieß ſie auch innerhalb der Arbeiterſchaft ſelbſt auf entſchiedenen Widerſtand, und zwar aus einem doppelten Grunde. Zunächſt ſtand ſie im offenbaren Gegenſatze zu dem demokratiſchen Prinzip, denn dieſes fordert Gleichberechtigung aller Bürger und deshalb die Bildung des Staatswillens durch Beſchlüſſe der Mehrheit. Mit ihr iſt die Herrſchaft einer einzelnen Klaſſe unvereinbar, mag dieſe auf der ſozialen Stufenleiter eine höhere oder eine tiefere Stelle einnehmen. Mußte deshalb die Sozialdemokratie als politiſche Partei das Räteſyſtem ablehnen, ſo wurde es noch energiſcher bekämpft von den Gewerkſchaften aller Richtungen. Selbſt ſoweit deren Mitglieder ſich zu dem ſozialiſtiſchen Programm bekannten, hatten ſie doch als Organiſation ſtets den Gedanken vertreten, die Beſſerung der ſozialen Zuſtände mit geſetzlichen Mitteln, und zwar in erſter Linie dadurch zu erreichen, daß die Arbeiterſchaft die ihr gebührende Stellung innerhalb der Volkswirtſchaft ſowie einen ausreichenden Anteil an dem Produktionserlöſe erhalte und in die Lage verſetzt werde, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf dem Boden der Gleichberechtigung ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Sie mußten ſich deshalb der Anwendung brutaler Gewalt nachdrücklich widerſetzen.

Standen mithin innerhalb der Arbeiterſchaft die gemäßigten Elemente dem Rätegedanken nicht allein innerlich ablehnend gegenüber, ſondern ſcheuten ſie ſich auch nicht, ihn offen zu bekämpfen, ſo ſtießen ſie jedoch hierbei auf eine Schwierigkeit von nicht zu unterſchätzender Bedeutung. Sie lag, kurz ausgedrückt, in der politiſchen Atmoſphäre, wie ſie durch die Revolution geſchaffen war. Schon bald nach Ausbruch des Krieges hatte die Verſchiedenheit der Auffaſſung innerhalb der Sozialdemokratie zu einer Spaltung geführt, die ſich dann noch weiter inſofern fortſetzte, als im Kreiſe der Unabhängigen die Spartakiſten oder Kommuniſten einen äußerſten linken Flügel bildeten. Der Streit zwiſchen Rechtsſozialiſten und Linksſozialiſten entbrannte mit einer Heftigkeit, die nicht geringer war als ähnliche Kämpfe unter den bürgerlichen Parteien. Beide Gegner waren darauf angewieſen, die Sympathien der Arbeitermaſſen zu gewinnen, und da in deren Augen kein Vorwurf ſchwerer wiegt als der, bei der Vertretung der Arbeiterintereſſen nicht die erforderliche Energie entfaltet zu haben, ſo liefen die Rechtsſozialiſten und die ihnen naheſtehenden Gewerkſchaften, wenn ſie dem Rätegedanken ſich widerſetzten, Gefahr, einen großen Teil ihrer Anhängerſchaft zu verlieren.

So lagen die Verhältniſſe, als in Weimar die Nationalverſammlung zuſammentrat, um dem Deutſchen Reiche eine neue ſtaatsrechtliche Grundlage zu verſchaffen. Da die Unabhängigen nur über 22, die Mehrheitsſozialiſten dagegen über 165 Stimmen verfügten, ſo wäre es dieſen möglich geweſen, ihren Standpunkt voll zur Geltung zu bringen. Allein dem widerſprach die hervorgehobene taktiſch-politiſche Erwägung, und ſo verfiel man darauf, einen Mittelweg einzuſchlagen, indem man freilich das Räteſyſtem in der Verfaſſung „verankerte“, d. h. theoretiſch anerkannte, aber deſſen praktiſche Ausgeſtaltung einem beſonderen Geſetze vorbehielt.

Die in der Verfaſſung getroffene Regelung iſt kurz ſkizziert die folgende: Zur Wahrung ihrer ſozialen und wirtſchaftlichen Intereſſen ſollen für Arbeiter und Angeſtellte auf geſetzlichem Wege beſondere Organiſationen geſchaffen werden; ſie beſtehen in drei Gruppen, nämlich Betriebsarbeiterräten, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten mit entſprechenden Organiſationen der Unternehmer und der „ſonſtigen beteiligten Volkskreiſe“ zu Bezirkswirtſchaftsräten und einem Reichswirtſchaftsrate zuſammen. Dieſen beiden Inſtanzen ſind im allgemeinen lediglich wirtſchaftliche Aufgaben zugewieſen, die ſie mit ihren eigenen Mitteln zu erfüllen haben. Aber hiervon iſt inſofern eine Ausnahme gemacht, als der Reichswirtſchaftsrat zugleich eine politiſche Stellung erhalten hat. Allerdings iſt ſie auf die Wirtſchafts- und Sozialpolitik beſchränkt, ſo daß die eigentliche Staatspolitik ebenſo ausſcheidet, wie die Gebiete, die man unter dem Sammelnamen Kulturpolitik zuſammenfaßt. Aber in dieſem beſchränkten Rahmen iſt ihm eine bedeutungsvolle Mitwirkung an der Geſetzgebung eingeräumt, indem vorgeſchrieben iſt, daß nicht allein Geſetzentwürfe, welche die Regierung dem Reichstage unterbreiten will, ſofern ſie von grundlegender Bedeutung ſind, vorher dem Reichswirtſchaftsrate zur Begutachtung vorgelegt werden müſſen, ſondern er auch befugt iſt, ſelbſtändig ſolche Vorlagen zu beantragen und zu fordern, daß ſie dem Reichstage zugehen. An deſſen Beratungen darf er ſich durch von ihm beſtellte Vertreter beteiligen.

Nachdem ſo der Streit nach ſeiner prinzipiellen Seite entſchieden war, mußte die Ausführung auf dem Wege der Spezialgeſetzgebung erfolgen, und den erſten Schritt dieſer Art bildet das Betriebsrätegeſetz. Von deſſen Beſtimmungen können hier nur die wichtigſten erwähnt werden, und auch ſie nur in abgekürzter Form.

Die grundlegende Vorſchrift lautet: „Zur Wahrnehmung der gemeinſamen wirtſchaftlichen Intereſſen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angeſtellte) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterſtützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke ſind ... Betriebsräte zu errichten.“ Arbeiter und Angeſtellte erhalten in den Arbeiterräten und Angeſtelltenräten beſondere Vertretungen. Dieſe ſind jedoch in dem Betriebsrate zu einer Geſamtorganiſation vereinigt. Aufgaben der letzteren ſind u. a.: 1. Die Betriebsleitung durch Rat zu unterſtützen, um gemeinſam mit ihr für einen möglichſt hohen Stand und für möglichſte Wirtſchaftlichkeit der Arbeitsleiſtungen zu ſorgen. 2. An der Einführung neuer Betriebsmethoden fördernd mitzuwirken. 3. Den Betrieb vor Erſchütterungen zu bewahren, insbeſondere bei Streitigkeiten eine Einigung anzuſtreben und, falls dieſe mißlingt, den Schlichtungsausſchuß anzurufen. 4. Mit dem Arbeitgeber die Dienſtvorſchriften zu vereinbaren. 5. Das Einvernehmen innerhalb der Arbeiterſchaft und mit dem Arbeitgeber zu fördern. 6. Für Unternehmungen, in denen ein Aufſichtsrat beſteht, ſollen auf Grund eines noch zu erlaſſenden beſonderen Geſetzes die Betriebsräte das Recht erhalten, in ihn Vertreter zu entſenden, um die Intereſſen der Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen. Dieſe Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufſichtsrates Sitz und Stimme. 7. Der Betriebsrat kann verlangen, daß der Arbeitgeber, ſoweit nicht Betriebs- oder Geſchäftsgeheimniſſe gefährdet werden, ihm über alle den Dienſtvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufſchluß gibt, insbeſondere die Lohnbücher vorlegt. 8. Der Arbeitgeber hat vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen, ſowie über die Leiſtungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf dem Betriebsrate Bericht zu erſtatten. 9. In großen Betrieben iſt nach Maßgabe eines noch zu erlaſſenden Geſetzes alljährlich dem Betriebsrate eine Betriebsbilanz und eine Gewinn- und Verluſtrechnung für das verfloſſene Geſchäftsjahr vorzulegen und zu erläutern. 10. Der Betriebsrat hat mit dem Arbeitgeber Richtlinien über die Einſtellung der Arbeitnehmer zu vereinbaren und bei deren Entlaſſung mitzuwirken. Im Rahmen dieſer Richtlinien hat über die Einſtellung der einzelnen Arbeitnehmer der Arbeitgeber allein und ohne Mitwirkung des Betriebsrates zu entſcheiden. Ebenſo liegt die Ausführung der gemeinſam mit der Betriebsleitung gefaßten Beſchlüſſe in deſſen Hand. Ein Eingriff in die Betriebsleitung durch ſelbſtändige Anordnungen ſteht dem Betriebsrate nicht zu. Dagegen kann er bei Verſtößen gegen die Richtlinien Einſpruch erheben und nötigenfalls den Schlichtungsausſchuß anrufen. 11. Über die Vorausſetzungen, unter denen eine Kündigung der Arbeitnehmer ſtattfinden darf, ſind eingehende Beſtimmungen getroffen. Beſteht Streit darüber, ob ſie beobachtet ſind, ſo hat der Betriebsrat eine Einigung mit dem Arbeitgeber zu verſuchen und kann, falls ſie mißlingt, ebenfalls die Entſcheidung des Schlichtungsausſchuſſes herbeiführen. 12. Um die Mitglieder des Betriebsrates gegen Maßregelungen ſeitens des Arbeitgebers zu ſchützen, iſt vorgeſchrieben, daß zu deren Kündigung oder Verſetzung in einen anderen Betrieb die Zuſtimmung des Betriebsrates erforderlich iſt.

Der Schwerpunkt des Geſetzes liegt in ſeiner Stellungnahme zu der Grundfrage aller Sozialreform und Sozialpolitik, nämlich der prinzipiellen Auffaſſung des *Verhältniſſes zwiſchen Arbeitnehmer und Arbeitgeber*. Hier ſtehen ſich die beiden Standpunkte gegenüber, die man kurz als den der *Intereſſenharmonie* und den des *Klaſſenkampfes* bezeichnen kann. Nach der erſteren Auffaſſung ſind die beiderſeitigen Intereſſen identiſch, nach der letzteren ſtehen ſie in einem unverſöhnlichen Gegenſatze. Es ſcheint auf einer Einrichtung der Weltordnung zu beruhen, daß die unendliche Mehrheit der Menſchen im geiſtigen Sinne einäugig iſt, d. h. daß es ihr nicht möglich iſt, einen Gegenſtand oder ein Verhältnis gleichzeitig von zwei Seiten zu betrachten und ſo ein Geſamtbild zu erhalten. Der Gedanke, daß zwei miteinander ſtreitende Gruppen gleichzeitig recht und unrecht haben können, iſt ihnen völlig unfaßbar. Das gilt auch in unſerem Falle. Zweifellos müſſen Arbeiter und Arbeitgeber gemeinſam wünſchen, daß das Unternehmen, in dem ſie tätig ſind, gedeiht, alſo einen möglichſt hohen Ertrag liefert, denn der Kampf um deſſen Verteilung hat erſt dann einen Sinn, wenn es etwas gibt, das verteilt werden kann. Iſt inſoweit der Harmonieſtandpunkt berechtigt, ſo überſieht er jedoch, daß bei der erwähnten Beſtimmung über die Verteilung des Produktionsertrages die beiderſeitigen Intereſſen in Gegenſatz treten. Je höher der Lohn iſt, den der Arbeitgeber zu zahlen hat, und je mehr Koſten durch ſonſtige für die Arbeiter günſtige Einrichtungen erfordert werden, um ſo weniger verbleibt ihm als Gewinn. Da aber im wirtſchaftlichen Leben davon ausgegangen werden muß, daß jeder Menſch einſeitig ſeinen Vorteil im Auge hat, ſo ergibt ſich, daß beide Gruppen ungeachtet des hervorgehobenen gemeinſamen Intereſſes doch gleichzeitig Ziele verfolgen, von denen das eine nur auf Koſten des anderen erreicht werden kann.

Dieſer Doppelcharakter des Arbeitsverhältniſſes findet ſeinen Ausdruck auch in der *Form der Organiſation*. Auf der einen Seite müſſen Einrichtungen beſtehen, die den Zweck haben, das *gemeinſame* Intereſſe durch das Zuſammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern zu fördern, auf der anderen Seite müſſen beide Teile die Möglichkeit haben, getrennt voneinander ihre *eigenen* Intereſſen zur Geltung zu bringen. Dieſe Löſung iſt nicht allein logiſch begründet, ſondern ſie hat auch bereits bei dem Streite zwiſchen den Anhängern der Arbeitskammern und der Arbeiterkammern inſoweit Anerkennung gefunden, als in den wiſſenſchaftlichen Kreiſen heute die Anſicht überwiegt, daß die Arbeitskammern nur dann ihrem Zwecke gerecht werden, wenn in ihrem Rahmen zugleich jede der beiden Gruppen eine ſelbſtändige Organiſation erhält.

Das Betriebsrätegeſetz ſtellt ſich ebenfalls auf dieſen Standpunkt, indem es, wie erwähnt, als Aufgabe der Betriebsräte etwas Doppeltes bezeichnet, nämlich einerſeits „die Wahrnehmung der wirtſchaftlichen Intereſſen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber“ und andererſeits „die Unterſtützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke“. Auch in den übrigen oben wiedergegebenen Beſtimmungen kommt das zum Ausdruck. Aber man wird die Frage aufwerfen dürfen, ob es dem Geſetze gelungen iſt, dieſe widerſtreitenden Zwecke in befriedigender Weiſe zu vereinigen, indem es beide Aufgaben *demſelben Organ* zuwies. Wie der Anwalt, der dazu beſtellt iſt, ſeine Partei zu vertreten, nicht gleichzeitig die Rolle des Richters übernehmen kann, ſo iſt der Betriebsrat, der die Intereſſen der Arbeiter verfolgen ſoll, nicht geeignet, zugleich den Vorteil des Arbeitgebers im Auge zu haben. Die erſtere Aufgabe hatten bisher die *Arbeiterausſchüſſe*, deren Errichtung durch das Hilfsdienſtgeſetz vom 5. Dezember 1916 und die Verordnung vom 23. Dezember 1918 für alle größeren Betriebe vorgeſchrieben war. Dem zweiten Zwecke ſollten die Arbeitskammern dienen, deren geſetzliche Regelung bisher leider vergeblich verſucht iſt. Auch bei den Beratungen des Betriebsrätegeſetzes wurde darauf hingewieſen, daß man für beide Aufgaben getrennte Organe ſchaffen müſſe. Wenn dieſe Beſtrebungen keinen Erfolg gehabt haben, ſo iſt darin ein Mangel des Geſetzes zu finden.

Mit dem Geſagten berühren wir einen zweiten Fehler; Er liegt in dem Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkſchaften. Für die Organiſation der Arbeiter gibt es zwei verſchiedene Wege, nämlich die freiwillige und die mit ſtaatlichen Mitteln erzwungene. Den erſteren Weg haben die Gewerkſchaften eingeſchlagen. Sie ſind private Vereinigungen, an denen teilzunehmen dem Belieben jedes Berufsangehörigen überlaſſen bleibt. Die zweite Form, die in den Handels-, Gewerbe-, Landwirtſchafts-, Ärzte- und Anwaltskammern, den Berufsgenoſſenſchaften und den Zwangsinnungen ihren Ausdruck gefunden hat, iſt bisher den Arbeitern vorenthalten. Ihr Weſen beſteht darin, daß ſie gewiſſe öffentlich-rechtliche Funktionen zu erfüllen haben, und daß demgemäß alle diejenigen, die in den betreffenden Kreis fallen, ihnen kraft Geſetzes angehören. Beide Formen haben ihre Vorzüge und ihre Mängel. Die freien Organiſationen ſtehen ethiſch höher und ſind gleichzeitig praktiſch inſofern günſtiger geſtellt, als ihnen hinſichtlich ihrer Betätigung keine Schranken gezogen ſind. Die Zwangsorganiſationen dagegen haben den Vorteil, daß ſie nicht allein das Gewicht der ihnen anvertrauten Intereſſen geſchloſſen in die Wagſchale werfen, ſondern auch Befugniſſe beſitzen, die einer privaten Vereinigung fehlen. Den deutſchen Gewerkſchaften iſt es in erbitterten Kämpfen gelungen, ſich eine Machtſtellung zu erringen, die ſie zu einem unentbehrlichen Faktor des Wirtſchaftslebens gemacht hat. Die Unternehmer, die ihnen anfangs in ſchroffſter Weiſe entgegentraten, haben ſich ſchließlich gezwungen geſehen, dieſen Widerſtand aufzugeben und in der zwiſchen den großen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffenen Vereinbarung vom 15. November 1918 die Gewerkſchaften ausdrücklich als die berufenen Vertretungen der Arbeiterſchaft anzuerkennen. Es iſt deshalb begreiflich, daß dieſe die ihnen in den Betriebsräten erwachſene Konkurrenz mit wenig freundlichen Augen anſehen. Wenn ihre Vertreter ſchließlich die Schaffung von Betriebsräten nicht mehr grundſätzlich bekämpften, ſondern ſich darauf beſchränkten, eine Regelung des beiderſeitigen Arbeitsgebietes zu fordern, ſo erklärt ſich das lediglich daraus, daß ſie ſich von der Ausſichtsloſigkeit eines Widerſtandes überzeugten.

Aber dieſe Regelung hat das Geſetz zu ſchaffen nicht vermocht, vielmehr hat man bei deſſen Leſen auf Schritt und Tritt den Eindruck, daß der Geſetzgeber die Unlösbarkeit der geſtellten Aufgabe einſah und keinen anderen Ausweg fand, als mit einigen allgemeinen Redewendungen den Gewerkſchaften eine höfliche Verbeugung zu machen, während er ihnen etwas Greifbares nicht zu bieten wußte. Wenn in § 8 geſagt wird: „Die Befugnis der wirtſchaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angeſtellten, die Intereſſen ihrer Mitglieder zu vertreten, wird durch die Vorſchriften dieſes Geſetzes nicht berührt,“ ſo heißt das nichts anderes, als daß man den Dualismus von Gewerkſchaften und Betriebsräten freilich einſah, aber kein Mittel fand, ihn auszugleichen, ſondern es den Gewerkſchaften überließ, ſich mit den geſchaffenen Tatſachen abzufinden.

Aber der Grund, weshalb die Gewerkſchaften der neuen Ordnung keine Sympathie entgegenbringen konnten, lag nur zum Teil in der erwähnten Konkurrenzſtellung. Noch wichtiger iſt ein anderer Geſichtspunkt. Hinſichtlich der Organiſation ſtehen ſich zwei Grundanſchauungen gegenüber: Die zentraliſtiſche und die lokaliſtiſche. Die erſtere, die dahin ſtrebt, innerhalb des ganzen Reichsgebietes alle Berufsgenoſſen zuſammenzufaſſen, iſt zweifellos theoretiſch die vollkommenere und hat ſich gegen den Widerſtand einer anarchiſtiſch-ſyndikaliſtiſchen Richtung bei uns ganz überwiegend durchgeſetzt. Die Betriebsräte verfolgen den entgegengeſetzten Weg. Sie ſind auf den einzelnen Betrieb beſchränkt und machen innerhalb desſelben keinen Unterſchied nach der Art der Beſchäftigung. Damit gehen ſie zurück auf eine längſt überwundene Stufe der Entwicklung, auf der man die Arbeiterſchaft aller Gattungen zu „allgemeinen Arbeitervereinen“ zuſammenfaßte. Sie war in hohem Grade unvollkommen, denn nach einem pſychologiſchen Geſetze iſt das Gemeinſchaftsgefühl ſtärker entwickelt in Vereinigungen, die ſich auf einen beſtimmten Beruf beſchränken, als in ſolchen, die alle Arbeiter ohne Unterſchied der Beſchäftigung umſchließen, und bei denen deshalb nur der allgemeine Klaſſengedanke das die Mitglieder zuſammenhaltende Band bildet. Man muß deshalb anerkennen, daß die Gewerkſchaften bei ihrem Gegenſatze gegen die Betriebsräte in der Tat das beſſere Recht auf ihrer Seite haben.

Aus dem Geſagten ergibt ſich, daß das Geſetz, indem es ihm nicht gelang, das Verhältnis zwiſchen Betriebsräten und Gewerkſchaften zweifelsfrei und in einer beiden Teilen gerecht werdenden Weiſe zu ordnen, den Keim zu Konflikten legte, die ſicher hervortreten werden, ſobald erſt einmal die praktiſche Arbeit im größeren Umfange begonnen haben wird. Das einzige Mittel, ſie abzuwenden, iſt in einer Perſonalunion, alſo darin zu ſehen, daß überall die in den Gewerkſchaften tätigen Perſonen zugleich in die Betriebsräte gewählt werden, ſo daß die Beſchlüſſe der letzteren nur formell das zum Ausdruck bringen, was inhaltlich bereits zuvor von den Gewerkſchaften gebilligt iſt.

Gegen das Geſetz iſt noch eine Reihe anderer Vorwürfe erhoben, aber dieſe wird man nicht als berechtigt anerkennen können. Im Vordergrunde ſtehen die beiden Fragen, die ſowohl in der Nationalverſammlung wie in der Preſſe den Gegenſtand lebhafter Kämpfe bildeten, nämlich die Beteiligung der Arbeiterſchaft an der Leitung des Betriebes und das den Betriebsräten eingeräumte Recht der Kontrolle.

Was den erſteren Punkt betrifft, ſo handelt es ſich bei ihm darum, eine Form der Sozialiſierung zu finden, die einerſeits der Arbeiterſchaft dasjenige Maß von Mitwirkung am Betriebe gewährt, das ihrer Stellung als eines gleichberechtigten Faktors der Produktion entſpricht, das aber andererſeits ſich fernhält von der Utopie, die Produktion in die Hände der Geſellſchaft oder der Arbeiterſchaft zu legen, alſo den Arbeiter zum Unternehmer zu machen. Dieſes Ziel iſt dadurch erreicht, daß man das Recht der Betriebsräte darauf beſchränkt hat, bei Feſtſetzung der Grundrichtung der Verwaltung mitzuwirken, während ſie in deren Einzelheiten nicht eingreifen dürfen. Demgemäß haben ſie, wie oben erwähnt, die für alle Arbeiter maßgebenden allgemeinen Dienſtvorſchriften oder Arbeitsordnungen ſowie Richtlinien für die Einſtellung von Arbeitern mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren. Dagegen iſt in § 69 ausdrücklich geſagt: „Die Ausführung der gemeinſam mit der Betriebsleitung gefaßten Beſchlüſſe übernimmt die Betriebsleitung. Ein Eingriff in die Betriebsleitung durch ſelbſtändige Anordnungen ſteht dem Betriebsrate nicht zu.“ Ebenſo heißt es in § 81: „Im Rahmen der Richtlinien hat über die Einſtellung der einzelnen Arbeitnehmer der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Aufſicht des Arbeiterrats oder Angeſtelltenrats zu entſcheiden.“ Gegen Entlaſſung von Arbeitnehmern kann der Arbeiter- oder Angeſtelltenrat Einſpruch erheben, wenn die im Geſetze bezeichneten Vorausſetzungen nicht vorliegen. Iſt darüber mit dem Arbeitgeber eine Verſtändigung nicht zu erreichen, ſo kann er die Entſcheidung des Schlichtungsausſchuſſes anrufen, die für beide Teile bindend iſt.

Daß den Arbeitern, wenn man ſie als gleichberechtigten Faktor der Produktion anſieht, ein gewiſſes Aufſichtsrecht und damit die Befugnis eingeräumt werden muß, Kenntnis von den wichtigeren Vorgängen im Betriebe ſowie von deſſen finanziellen Ergebniſſen zu erhalten, liegt auf der Hand. Wer das beſtreitet, ſtellt ſich auf den heute allgemein verlaſſenen Standpunkt, daß die Produktion eine ausſchließlich den Unternehmer angehende Angelegenheit ſei, in die niemand das Recht habe, ſich einzumiſchen. Dieſe Auffaſſung, die ihren ſchärfſten Ausdruck gefunden hat in dem Satze, der Unternehmer müſſe „Herr im Hauſe“ bleiben, und die deshalb darauf hinausläuft, daß Betriebe, in denen Tauſende von Arbeitern beſchäftigt werden, ebenſo zu beurteilen ſeien wie ein Privathaushalt, iſt nicht allein in dem Maße unverſtändig, daß ſie einer Widerlegung nicht bedarf, ſondern ſteht auch in einem unlösbaren Gegenſatze zu der von der deutſchen Induſtrie vertretenen Forderung eines ſtaatlichen Schutzes durch Zölle auf ausländiſche Waren, denn wenn die induſtriellen Unternehmungen nichts anderes ſind als Privatangelegenheiten ihrer Inhaber, ſo hat der Staat keinerlei Veranlaſſung, ſich in anderer Weiſe um ſie zu bekümmern, als daß er ihnen den allgemeinen Schutz der Geſetze gewährt. Iſt deshalb das Mitwirkungsrecht der Arbeiter prinzipiell unbeſtreitbar, ſo liegt freilich eine Schwierigkeit darin, es in der Weiſe zur Geltung zu bringen, daß daraus keine Nachteile für den Betrieb erwachſen.

Die bezeichneten Befugniſſe der Betriebsräte, ein Mitglied in den Aufſichtsrat zu entſenden, vierteljährliche Berichte über die Betriebsvorgänge und die Lage des Unternehmens zu fordern ſowie Vorlegung und Erläuterung der Bilanz zu beanſpruchen, ſcheinen einen brauchbaren Mittelweg darzuſtellen und einen befriedigenden Ausgleich der beiderſeitigen Intereſſen zu bieten.

Der ſo geſchaffene Apparat wird allerdings nur dann einigermaßen reibungslos funktionieren, wenn eine Vorbedingung erfüllt iſt, von deren Vorhandenſein es überhaupt abhängt, ob es gelingen wird, unſer Wirtſchaftsleben vor der ihm drohenden völligen Vernichtung zu bewahren. Sie beſteht in der Schaffung eines Vertrauensverhältniſſes zwiſchen Arbeitern und Arbeitgebern, das unentbehrlich iſt, wenn ſie in der von dem Geſetze beabſichtigten Weiſe zuſammenwirken ſollen. Augenblicklich ſind wir hiervon noch ſehr weit entfernt, und zwar hat ſich in dieſer Hinſicht eine eigentümliche Verſchiebung vollzogen. Vor dem Kriege ſcheiterte die Anbahnung eines ſolchen Verhältniſſes an dem Herrenſtandpunkte der Unternehmer. Heute ſind es umgekehrt die Arbeiter, deren Auffaſſung über ihre Stellung ein ſchwerwiegendes Hindernis bildet, da ſie ſich infolge der politiſchen Umwälzung als die Herren der Lage fühlen und deshalb glauben, den Unternehmern die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Jede Ablehnung geſtellter Forderungen wird ſogleich mit Niederlegung der Arbeit beantwortet, und der Streik iſt heute nicht mehr eine Ausnahmeerſcheinung, ſondern faſt zum Normalzuſtande geworden. Die eine Arbeitergruppe überbietet die andere in der Aufſtellung von Lohnforderungen, ohne zu bedenken, daß die Leiſtungsfähigkeit der Unternehmer ihre Grenze findet in der Rückſicht auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande. Daß die wahnſinnige Steigerung der Preiſe es den Arbeitern unmöglich macht, mit ihren früheren Löhnen auszukommen, unterliegt keinem Zweifel, aber der jetzige Zuſtand, daß Preiſe und Löhne unausgeſetzt ſich gegenſeitig in die Höhe treiben, muß notwendig zum Bankrott führen.

Damit berühren wir ein Gebiet, das viel zu umfangreich und ſchwierig iſt, als daß es an dieſer Stelle eingehender erörtert werden könnte. Beſchränken wir uns deshalb darauf, das Ergebnis unſerer Ausführungen über die Betriebsräte kurz zuſammenzufaſſen, ſo können wir folgendes ſagen: Wir haben anzuerkennen, daß das Geſetz vom 4. Februar d. J. ungeachtet erheblicher Mängel doch einen großen ſozialen Fortſchritt darſtellt. Die Nationalverſammlung, die ungeachtet aller Widerſtände es glücklich zuſtande brachte, hat ſich damit ein Verdienſt erworben, deſſen Bedeutung erſt dann voll gewürdigt werden wird, wenn an die Stelle der heutigen erbitterten Kämpfe eine gewiſſe Beruhigung unſeres innerpolitiſchen Lebens getreten iſt.

Literariſche Berichte

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—1871. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Wilh. Schüßler. Stuttgart und Berlin, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geh. M. 40.—, geb. M. 45.—.

Es kann kein Zweifel ſein, daß unter dem Eindruck der Bismarckſchen Löſung der deutſchen Frage auch in der hiſtoriſchen Literatur den Vertretern des großdeutſchen Gedankens nicht volle Gerechtigkeit widerfahren iſt. Für uns heute iſt das Urteil freier; wir vermögen zu erkennen, daß doch auch in ihren Wünſchen überaus wertvolle Tendenzen des geſamtdeutſchen Lebens ſich äußerten. Inſofern allerdings bleibt das alte Urteil beſtehen, daß das Großdeutſchland, wie ſie es planten, bei Weiterbeſtehen des öſterreichiſchen und des preußiſchen Staates in der alten Form eben doch eine Unmöglichkeit war, ſo daß Bismarck mit ſeiner „Blut- und Eiſen“-Methode den einzigen, den Realitäten Rechnung tragenden Weg einſchlug. Aber bei der großen Wichtigkeit, die für uns die Frage beſitzt, ob wir eines Tages die Wiedervereinigung mit Deutſch-Oeſterreich trotz allem erleben werden, iſt es auch von höchſtem aktuellen Intereſſe, ſich genauer mit den Gedankengängen eines der großdeutſchen Führer von damals vertraut zu machen. Als heſſiſcher Miniſter hat Dalwigk einen erbitterten Kampf gegen Bismarck ausgefochten, er iſt einer der Hauptvertreter des Partikularismus der Mittelſtaaten. Wie groß die Gefahr für Deutſchland war, die dieſe Politik mit ſich brachte, zeigen Dalwigks Pläne des Zuſammengehens mit Frankreich. Er ſelbſt war ein guter Reichspatriot, aber im Ueberſchwange ſeines partikulariſtiſchen Fanatismus hat er ſich die notwendigen Folgen nicht klar gemacht, die der Anſchluß der deutſchen Mittelſtaaten an Frankreich haben mußte. Es iſt ein Glück geweſen, daß ein Stärkerer und Weiterblickender der deutſchen Politik den Stempel aufgedrückt hat. W. W.

Geſchichte der deutſchen Literatur. Von Prof. Dr. Max Koch. Erſter Band: Von der älteſten Zeit bis 1748. Zweiter Band: Vom 18. in das 20. Jahrhundert. Achte, neubearbeitete und erweiterte Auflage. (Sammlung Göſchen 31 und 783.) Berlin und Leipzig, G. J. Göſchen. 170 und 175 S.

Unter den kürzeren Grundriſſen der deutſchen Literaturgeſchichte hat der vorliegende die größte Verbreitung gefunden. Er verdient ſie auch. Gelehrſamkeit vereinigt ſich mit klarer und lebhafter Darſtellung. Die neue Auflage bringt wieder vielfache Erweiterung und führt das Werk bis zur unmittelbaren Gegenwart. Mit großem Nachdruck wird bei der Beurteilung der zeitgenöſſiſchen Literatur der Wert vaterländiſchen und volkstümlichen Gehalts betont. Die künſtleriſche Würdigung erſcheint gelegentlich etwas einſeitig. H. Br.

Bismarck-Erinnerungen des Staatsminiſters Freiherrn Lucius v. Ballhauſen. Mit einem Bildnis und einem Fakſimile. Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger. Ladenpreis: Halbleinen geb. M. 42.—, broſch. M. 28.— und 20 % Sortiment-Zuſchlag.

Ein Buch, das in unſere troſtloſe Zeit wieder einmal den Glanz einer ruhmvollen, unwiederbringlichen Vergangenheit fallen läßt; das uns den größten — oder den einzigen? — politiſchen Genius des deutſchen Volkes in ſeinem ſtaatsmänniſchen Wollen und Wirken, im Treiben des Alltags und in geſchichtlich bedeutungsvollſten Tagen ſo anſchaulich, ja greifbar nahe bringt, wie nur ganz wenige der bisher bekannt gewordenen Memoiren, in deren Mittelpunkt Bismarck ſteht. Daß die Erinnerungen des Freiherrn v. Lucius einen ſolch wertvollen Beitrag zur Bismarckliteratur bedeuten, iſt auf mehrere Umſtände zurückzuführen: zwei Jahrzehnte lang (ſeit 1871) hat der Verfaſſer, eines der angeſehenſten Mitglieder der freikonſervativen Partei, von 1879 bis 1892 preußiſcher Landwirtſchaftsminiſter, in immer näherem amtlichem wie perſönlichem Verkehr mit Bismarck geſtanden; und, ein ebenſo vornehmer Charakter wie klare Intelligenz, hat er mit Liebe und Bewunderung, aber auch mit unbeſtechlich ruhiger Unbefangenheit ſich zum Fürſten zu ſtellen, ihn aufzufaſſen verſtanden, mit abſoluter Wahrheitsliebe und geſchmackvollem Sinn für das Weſentliche alles, was ihm bemerkens- und erinnernswert ſchien, aufgezeichnet. Daß er ſelbſt noch vor ſeinem im September 1914 erfolgten Tod ſeine Aufzeichnungen in druckfertige, abſchließende Form brachte und ihnen eine ſtattliche Reihe dokumentariſcher Anlagen beifügte, erhöht die geſchichtliche Bedeutung und den urkundlichen Wert; daß er ſich dabei nicht auf „Bismarck-Erinnerungen“ im engſten Sinn beſchränkte, ſondern den Kreis weiter zog, gibt dem Bildnis des Gewaltigen erſt den rechten Hintergrund und vermehrt die Geſichtspunkte, aus denen wir es erblicken. Bismarck erſcheint in der ganzen Mächtigkeit und Vielſeitigkeit ſeiner dämoniſchen Natur, bald bezaubernd liebenswürdig, bald abſtoßend hart, oft gewaltig, manchmal kleinlich; von körperlichen Leiden gepeinigt, von Widerſtänden der Umwelt — wirklichen und eingebildeten — gereizt; jetzt ſchonungslos im Urteil und rückſichtslos offen in der Ausſprache, jetzt als Künſtler in der Doſierung der Worte und Geſten. In wirklich künſtleriſchem, dabei ganz unbeabſichtigtem Kontraſt ſteht neben dem wie von Wettern umleuchteten Genie die ehrwürdige altersmilde Erſcheinung Wilhelms I., immer Gentleman und immer voll ruhigen, geſunden Menſchenverſtandes. Vom Großvater zum Enkel — welch tragiſcher Abſtand! Und die Tragödie beginnt mit der Erkrankung des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, wir erleben ſie in ſchmerzlicher Spannung mit bis zu dem traurigen Ende, dem 20. März 1890. Für dieſe Jahre iſt das Buch des Herrn v. Lucius ein Quellenwerk erſten Ranges, aber auch viele andere Epiſoden, Kriſen und Wandlungen namentlich der inneren, gelegentlich auch der äußeren Politik vor 1890 werden in Einzelheiten neu aufgehellt; es ſei nur der „Krieg in Sicht"-Alarm von 1875 erwähnt. So klar und nüchtern Lucius berichtet, er iſt doch nichts weniger als trocken; ſo hat er uns mit feinem Sinne ein Wort Bismarcks aufbewahrt, das echte Naturpoeſie iſt: „Wenn ich gut ſchlafe, träume ich von Tannenſchonungen, die friſchgrün im Frühjahr ſtehen, feucht vom Regen lange Triebe machen — dann wache ich ganz erfriſcht auf." G. K.

Wenn die Sonne erliſcht. Von Otto Knapp. Stuttgart, Julius Hoffmann.

Dies iſt kein Buch der lauten, ſich überſtürzenden Ereigniſſe, und dennoch ſchreitet das Schickſal unerbittlich hin über ſich Auflehnende, über ſtumm Ergebene. Im unausgeſetzten Kampfe zerbricht ein Ehepaar einander. Die Frau ganz Gefühl, Süßigkeit ſich ausgebender Liebe für Mann und Kinder, zermürbt an dem ewig wägenden, nüchternen Pedanten. Wohl leidet auch er, aber ihm ward nicht die Gabe, ſein Leid in Worte zu faſſen. Beiden begegnen die ſie tief innerſt Verſtehenden; der Mann im feſtgewurzelten Pflichtgefühl weiſt die zart ſprießende Hoffnung zurück, die Frau erliegt dem Sehnen. Sie ſühnt ſchließlich ihr Vergehen mit dem Tode. Die tiefe Tragik ihres ſich erfüllenden Schickſals will es, daß im Manne gerade jetzt neue Liebe, dämmerndes Verſtehen ihres Weſens erwacht. — Feinfühlig geht der Dichter ſubtilſten Empfindungen nach und legt die geheimnisvolle Mechanik verſchlungenen Seelenlebens kunſtvoll bloß. Die plaſtiſch einfache Darſtellung gibt den mannigfach bewegten Geſtalten pulſierendes Leben. Fr. Sp.

Geſchichte der brandenburgiſchen Finanzen von 1640 bis 1697. Darſtellung und Akten. Von Friedr. Wolters. 2. Band. München, Duncker & Humblot.

Der zweite Band dieſes Werkes, das in den Rahmen der Urkunden und Aktenſtücken zur Geſchichte der inneren Politik des Großen Kurfürſten gehört, behandelt die Zentralverwaltung des Heeres und der Steuern und legt dar, wie allmählich aus den auf Zeit beſtellten Generalkommiſſaren noch unter Georg Wilhelm ein Kriegsrat erwuchs, der aber 1630—1641 eine rein kurmärkiſche Behörde war, und wie dann das Fiasko in dem Krieg gegen Pfalz-Neuburg 1651 den Kurfürſten dazu antrieb, eine ſtändige zentrale Behörde zur Verwaltung aller Provinzen zu ſchaffen. Von welcher Bedeutung das für die Entwicklung des preußiſchen Staats war, leuchtet ein. E.

Oeſterreichs Ende. Von Friedrich Freiherrn v. Wieſer (Männer und Völker). Berlin, Ullſtein & Co. 317 S.

Der Verfaſſer, der in peinlichſter Anpaſſung an die republikaniſche Verfaſſung Oeſterreichs ſeinen auf dem Umſchlage ſchon gedruckt geweſenen Freiherrntitel demokratiſch überkleben ließ, iſt Miniſter im alten Oeſterreich geweſen und außerdem iſt er noch Profeſſor an der Univerſität in Wien. Er kann in ſeinem Buche weder das eine noch das andere verleugnen. Es verrät den öſterreichiſchen Miniſter durch die ängſtliche Behutſamkeit des Ausdrucks, durch die hofrätlich leiſetretende Art, mit der es vermeidet, zu den erörterten Dingen energiſch Stellung zu nehmen und ſie beim rechten Namen zu nennen. Vergeblich wird man darin nach einem kräftigen Verdammungsworte gegen die beiſpielloſe Anarchie und den himmelſchreienden Terrorismus des ſozialdemokratiſch-kommuniſtiſchen Klüngels ſuchen, der heute das unglückliche Oeſterreich beherrſcht und vollends zugrunde richtet; vergeblich ein empörtes Anathema gegen die ungeheuerlichen, aus der Luft gegriffenen Verleumdungen gegen das Haus Habsburg; Aeußerungen, wie man ſie von einem früheren Miniſter dieſes Hauſes zu erwarten das Recht hätte... Soweit der Miniſter. Der Profeſſor aber zeigt ſich darin, daß er, um zum Omega zu gelangen — und das Ende Oeſterreichs iſt doch wohl das Omega des öſterreichiſchen Geſchichtsalphabets — beim Alpha beginnt. Man erwartet — und wir glauben, auch der Verlag hat dies erwartet und gewünſcht — eine packende konkrete Schilderung des tragiſchen Zuſammenbruchs der alten Monarchie, und ſtatt deſſen erhält man eine abſtrakte theoretiſche Philoſophie über die Geſchichte Oeſterreichs vorgeſetzt. Daß ſie geiſtvoll, gut geſchrieben und das Werk eines hochgebildeten Mannes iſt, vermag darüber nicht hinwegzuhelfen, daß ſie doch nur ein Surrogat deſſen iſt, was der Titel verſpricht, und wir glauben darum, daß der Verlag von dieſem Buche kaum weniger enttäuſcht geweſen ſein wird, als es die meiſten Leſer ſein werden.

Th. v. S.

Meine Erinnerungen aus Oſtafrika. Von General v. Lettow-Vorbeck. Mit dem Bilde des Verfaſſers, 20 Vollbildern nach Originalen von W. v. Ruckteſchell, Gefechtsſkizzen uſw. Geh. M. 28.50, geb. M. 35.—. Leipzig, K. F. Köhler.

Zu den Taten, die für alle Zeiten in das Buch der Weltgeſchichte eingeſchrieben ſind, gehört die Verteidigung Deutſch-Oſtafrikas von Lettow-Vorbeck. Wie dieſe von unſerer Schutztruppe durchgeführt wurde, das berichtet in dem vorliegenden Buche ihr Führer ſchlicht und ſachlich als deutſcher Offizier, dem höchſte Pflichterfüllung das Natürliche iſt, mit ſtarker Betonung der Verdienſte ſeiner Mitkämpfer. Wenn wir von den großen Kämpfen bei Tanga leſen, wenn Lettow-Vorbeck die wagehalſigen Unternehmungen einzelner Abteilungen und Patrouillen an der Ugandabahn ſchildert, wenn wir die abenteuerlichen Märſche und Flußübergänge ins Portugieſiſche miterleben, wenn die furchtbaren Strapazen die Helden zu ermatten drohen, wenn nach langen Entbehrungen wieder die Freuden des Lebens winken, dann geht einem das Herz auf. Schlag auf Schlag wird dem Gegner verſetzt; in geeigneten Augenblicken entwiſcht man ihm, um ihn plötzlich unerwarteterweiſe wieder anzugreifen. So bleibt Lettow trotz mancher Enttäuſchungen ſtets Herr der Situation, und es gelingt ihm, die Engländer immer in Atem zu halten und große Truppen zu binden. Für uns Deutſche ſind die Kriegserinnerungen Lettow-Vorbecks ein Geſchenk, um das uns unſere Feinde ewig beneiden werden, denn wer kann auch nur von annähernd großen Leiſtungen berichten. Mit einem ſtolzen Gefühl wird jeder Deutſche dieſes Buch leſen!

Der Held der Erde. Gedichtwerk. Von Alfred Mombert. Leipzig, Inſel-Verlag. Geh. M. 6.—, geb. M. 9.—.

Was einſt der Goethe des Weſtöſtlichen Diwan Hafis zugerufen: „Dein Lied iſt drehend, wie das Sterngewölbe, Anfang und Ende immerdar dasſelbe", das darf man in gewiſſem Sinne auch von der Dichtung Alfred Momberts ſagen. Lange ehe es artiſtiſches Dogma wurde, daß die Wirklichkeit nur durch Deformierung und Zertrümmerung überwunden werden könne, lange bevor, um dieſem Dogma nachzuleben, jeder moderne Lyriker, der auf ſich hält, begann, ſich ein klug arrangiertes Chaos anzulegen, den Kosmos in einen nach erprobten Rezepten hergeſtellten Urbrei zurückzuverwandeln, hat Alfred Mombert aus eingeborener Anlage und innerſtem Müſſen heraus, ein Mythologe auf eigene Fauſt und Demiurg von eigenen Gnaden, ſeine ſeltſam verworrenen, traumhaft plaſtiſchen Schöpfungsträume geträumt, eine uralt-ſich ewig neugebärende Welt ſich geſchaffen und mit Göttern und Dämonen, Verkörperungen der Elementarkräfte, bevölkert. Sein Lied iſt, dem Stoff nach, ſoweit man bei dieſen Sternennebeln und Phantasmagorien von Stoff reden darf, wirklich „immerdar dasſelbe" geblieben, aber der Klang wurde mit den Jahren immer ſonorer und reiner, die unendlichen Weiten ſeines „Reichs ohne Raum" vertieften ſich immer mehr, die Farbenglut und der phantaſtiſche Zauber ſeiner kosmiſchen Bilder und kosmogoniſchen Mythen immer bannender. Aus dem ein wenig ſchrullenhaften Sonderling ſeiner Anfänge hat er ſich zu einem wunderlich wunderbaren Einſiedler emporentwickelt, deſſen Bild am Himmel deutſcher Lyrik in majeſtätiſcher Einſamkeit ſchreitet, wie der von ihm göttlich verehrte Orion am winterlichen Sternhimmel.

G. K.

Die Werke: **Die Jugend Friedrichs des Großen** von Erneſt Laviſſe und **Geſpräche Friedrichs des Großen**, herausgegeben von Friedrich v. Oppeln-Bronikowſki und B. G. Volz, die im Juni-Heft der „Deutſchen Revue" an dieſer Stelle beſprochen wurden, ſind erſchienen im Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 48.

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Amend, Curt, Das alte Syſtem. Ein politiſches Volksbuch. Karlsruhe i. B., Kommiſſionsverlag G. Braunſche Hofbuchdruckerei und Verlag. Steif geh. M. 7.50.

Amalthea-Almanach. Auf das Jahr 1920. Zürich-Leipzig-Wien, Amalthea-Verlag.

Aus den Schreckenstagen der franzöſiſchen Revolution. Berichte von Augenzeugen über die Septembermorde 1792. Ueberſetzt und eingeleitet von Dr. Rudolf Malſch. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. Geb. M. 2.50.

Avenarius, Ferd., Fauſt. Ein Spiel. München, Georg D. W. Callwey. Geh. M. 3.—, geb. M. 5.—.

Bablotte, Arthur, Irrfahrten des Lebens und der Liebe. Roman. Leipzig, Fr. Wilhelm Grunow. Geh. M. 12.—, Geſchenkband M. 14.50.

Bethmann Hollweg, Friedensangebot und U-Boot-Krieg. Wortlaut der Ausſage des früheren Reichskanzlers im Unterſuchungsausſchuß. Berlin SW 61, Reimar Hobbing. M. 1.— und 10% Teuerungszuſchlag.

Bettelheim, Anton, Neue Gänge mit Ludwig Anzengruber. Wien, Prag, Leipzig, Verlag Ed. Strache.

Bleuler, E., Profeſſor der Pſychiatrie in Zürich, Das Autiſtiſch-Undiſziplinierte Denken in der Medizin und ſeine Ueberwindung. Berlin, Verlag von Julius Springer. Geh. M. 14.—.

Bley, Fritz, Von wehrhaftem Raubwilde. 7 Tiergeſchichten mit 16 Tierphotographien nach dem Leben. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.50. Von freiem Hochwaldwilde. 8 Tiergeſchichten. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Bley, Fritz, Am Grabe des deutſchen Volks. Betrachtungen zum Zuſammenbruch. Berlin, Verlag Auguſt Scherl G. m. b. H. Geb. M. 10.—.

Das Bodenſeebuch für das Jahr 1920. Konſtanz, Verlag Reuß & Itta. M. 4.80.

Bräuning-Oktavio, Dr. Hermann, Ein engliſches Beiſpiel zur Bildungsreform. Im Pfeil-Verlag Reuters (Oberheſſen). M. 1.—.

Braun, Prof. Fritz, Die Oſtmark. Eine Landeskunde des deutſchen Nordoſtens. Leipzig, Friedrich Brandſtetter. M. 3.—.

Brinkmann, Dr. Carl, Verſuch einer Geſellſchaftswiſſenſchaft. München und Leipzig, Verlag Duncker & Humblot. Geh. M. 6.—.

Bülow, Margarete v., Novellen einer Frühvollendeten. Leipzig, S. R. Voigtländers Verlag. Geb. M. 6.80.

Cüppers, Joſef Adam, Gudrun. Ein alter Roman von Frauentreue. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geheftet M. 5.40, geb. M. 7.20.

Delbrück, Kurt, Lorenzo von Medici und Savonarola. Roman. Halle (Saale), Richard Mühlmann Verlagsbuchhandlung (Max Groß). Geh. M. 9.50, geb. M. 11.—.

Der Schwäbiſche Bund. Eine Monatsſchrift aus Oberdeutſchland. Dezember 1919. 3. Heft. Stuttgart, Verlag der Schwäbiſche Bund (Strecker & Schröder) G. m. b. H.

Die Bücher des Flemminghauſes. Bittrich, Max, Der Sturz ins Glück. Ein Schwarzwaldroman. Geb. M. 7.50. Brachvogel, Carry, Der Nachfolger. Ein Roman aus Byzanz. Geb. M. 8.50. Brockdorff, Gertrud v., Rahel Delbanco. Roman. Geb. M. 7.50. Siebe, Joſephine, Die Helden von Spatzenbühl. Geb. M. 8.—. Berlin W 50, Verlag Carl Flemming und C. T. Wiskott A.-G.

Döring, Woldemar Oskar, Dr. jur. et phil. Schopenhauer, Vorleſungen gehalten im Auftrag der Oberſchulbehörde zu Lübeck im Winter 1918. Lübeck, Verlag von Charles Colemann. Geb. M. 7.50.

Dreißig Jahre Afrika. Livingſtones Miſſions- und Forſchungsreiſen in Afrika. Berichte aus ſeinen Reiſewerken ausgewählt und zuſammengefaßt von Julius Schäffer. Leipzig, S. R. Voigtländers Verlag. Kart. M. 1.80.

Endres, Franz Carl, osm. Major a. D., Die Ruine des Orients. Türkiſche Städtebilder. München, Duncker & Humblot, Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 8.—, geb. M. 11.—.

Fiſcher, Dr. med. Georg, Roderich von Lehmann, Charakterkomiker. Hannover, Hahnſche Buchhandlung. Geh. M. 3.—.

Fiſcher, Dr. phil. Ludwig, Wirklichkeit, Wahrheit, Wiſſen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 9.—.

Förſter, Richard, Erich Mühſam, Ein „Edelanarchiſt“. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. 75 Pf.

Franke, Hans, Meine Welt. Gedichte. Heilbronn, Verlag Walter Seifert. Geh. M. 3.50, geb. M. 5.—.

Grüner, V., Von der Willkür zum Syſtem. Zum Verſtändnis des lettiſchen Bolſchewismus. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. 75 Pf.

Haarhaus, Julius R., Die da zween Herren dienen. Ein Verlegerroman. Leipzig, Verlag Fr. Wilhelm Grunow. Geh. M. 8.50, in Geſchenkband M. 11.—.

Hundert Briefe Goethes. Briefe der Weisheit und Schönheit. Ausgewählt von Karl Heinemann. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag.

Herbert, M., Das Erbe der Lößlyn. Erzählung. Köln, Verlag J. P. Bachem. Broſch. M. 5.—, geb. M. 6.40.

Herbert, M., Die Römerin. Novelle aus dem vierten chriſtlichen Jahrhundert. Köln, Verlag J. P. Bachem. Broſch. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Hertling, Rittmeiſter Karl Graf v., Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerſchaft meines Vaters. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Kart. M. 12.—.

Hutten, Marie v., Die große Harmonie. Erzählungen. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geb. M. 7.—.

Jaenicke, Geh. Studienrat Dr. Hermann, Weltkrieg, Revolution, Verfaſſung. Berlin, Weidmannſche Buchhandlung. Geh. M. 1.80.

Knod, Willy, Ein Lied verklingt weit in der Ferne. Gedichte. Bildſchmuck von B. Herbert Libiſzewſki. München, Verlag G. Franzſche Buchdruckerei (G. Emil Mayer). Geb. M. 6.—.

Kutzner, Dr. Oskar, Der Weg zur Kultur. Grundfragen zur Pädagogik. Leipzig, Quelle & Meyer. Geh. M. 7.—, geb. M. 9.—.

Lienhard, Prof. Dr. Friedrich, Deutſche Dichtung in ihren geſchichtlichen Grundzügen. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 2.50.

Pohlmann-Hohenaſpe, A., Die Grundbegriffe der Volkswirtſchaft. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. M. 3.25, Kart. M. 4.50.

Reismann-Grone, Dr., Der Erdenkrieg und die Alldeutſchen. Mühlheim-Ruhr, Verlag Jul. Bagel. M. 2.—.

Scharrelmann, Wilhelm, Täler der Jugend. Leipzig, Quelle & Meyer. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Schauwecker, Franz, Der Dolch des Condottiere. Sechs Novellen. Halle (Saale), Verlag Heinrich Diekmann. Geb. M. 7.—.

Schumacher, Prof. Dr. Fritz, Die Kleinwohnung. Studien zur Wohnungsfrage. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 3.—.

Spahn, Martin, Die päpſtliche Friedensvermittlung. Flugſchriften des Tag Nr. 9. Berlin, Verlag Auguſt Scherl G. m. b. H. M. 4.—.

Stüber-Gunther, Fritz, Gottsmann der Egoiſt. Roman. Stuttgart, Adolf Bonz & Co.

Sturm, Auguſt, Neuland. Die Lieder von Gott, die Lieder vom Tode, die Lieder von der Welt und die Lieder vom Vaterland. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag.

Trebitſch, Arthur, Geiſt und Judentum. Eine grundlegende Unterſuchung. Wien, Warnsdorf, Leipzig, Ed. Strache Verlag. Broſch. M. 12.—, geb. M. 13.50.

Walther von der Vogelweide. Minnelieder. In der Urſchrift und in der Nachdichtung Adalbert Schröters. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag.

Wasmann, S. J. Erich, Haeckels Monismus eine Kulturgefahr. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. M. 3.—.

Woermann, Karl, Geſchichte der Kunſt aller Zeiten und Völker. Band IV. Die Kunſt der älteren Neuzeit von 1400 bis 1550. Leipzig und Wien, Bibliographiſches Inſtitut. Geb. M. 28.—.

Wolff, Dr. Richard, Die deutſche Regierung und der Kriegsausbruch. Eine Darſtellung auf Grund der amtlichen deutſchen Vorkriegsakten. Berlin SW 48, Verlag von Reimar Hobbing. M. 4.—.

Zur Reorganiſation des höheren Bildungsweſens, insbeſondere zur Frage „Volksſchullehrer und Univerſität“. Denkſchrift im Auftrag der deutſchen Studentenſchaft verfaßt von cand. phil. Götz v. Selle. Vertretung der deutſchen Studentenſchaft Göttingen.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue“ ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

Bismarcks Kampf mit Alexander von Battenberg und der Kaiſerin Friedrich[1]

Von

E. C. Corti

So mancher gute Deutſche hat in den abgelaufenen Jahren die Ereigniſſe mit dem Stoßſeufzer verfolgt, daß alles anders, ganz anders gekommen wäre, wenn Bismarck oder wenigſtens ein ihm annähernd gleichkommender Mann in Deutſchlands Todesnot unter uns geweilt hätte.

Die Archive, die ſich öffnen, die Papiere der Toten, die jetzt ans Tageslicht kommen, werden dieſen Gedankengang nur feſtigen und vertiefen.

Ganz beſonders ſind die nachgelaſſenen Papiere Alexander von Battenbergs, des erſten Fürſten von Bulgarien, die unter anderen eine höchſt reichhaltige Korreſpondenz mit der Königin Viktoria von England, dem deutſchen Kaiſerhofe, den Königen Milan und Carol enthüllen, geeignet, im Verein mit den in Staatsarchiven vorgefundenen, auf ſeine Regierung und ſeine Perſon bezüglichen Akten, zu zeigen, wie ſehr es Bismarcks ſtetes Beſtreben war, einer großen Koalition, die Deutſchlands mühſam und blutig erſtrittene Einheit und Weltgeltung bedrohte, vorzubeugen und mit Rußland auf einem Standpunkte zu bleiben, der Sicherheit dagegen bot, daß im Falle des ſtets drohenden Kriegs mit Frankreich Deutſchlands Rücken freibleibe.

Mit eiſerner Folgerichtigkeit wußte er allem auszuweichen, was zwiſchen Deutſchland und Rußland Mißtrauen ſäen konnte, mit Schlauheit und Vorſicht ohnegleichen die immer wieder zwiſchen Rußland und Öſterreich-Ungarn auftauchenden Gegenſätze in der Balkanfrage auszugleichen und zu beſänftigen. Bismarck war überzeugt, man könne ſich Rußlands Freundſchaft nur erhalten, wenn man ihm am Balkan und insbeſondere in Konſtantinopel freie Hand laſſe. Dies machte er zum Grundzuge ſeiner Politik, und da er das verbündete Öſterreich-Ungarn dabei auf ſeinem Wege fand, ſo ſuchte er zuerſt auch dieſem durch Abgrenzung der Intereſſenſphären am Balkan — Rußland den Oſten mit Konſtantinopel, Öſterreich-Ungarn den Weſten — gerecht zu werden. Als

---

[1] Aus dem demnächſt im Verlage von L. W. Seidel & Sohn, Wien 1920, erſcheinenden Werke „Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck". Mit zahlreichen Illuſtrationen, Fakſimiles von Briefen gekrönter Häupter und Karten. Von E. C. Corti.

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

dies nicht gelang, ſchloß er mit Rußland allein den geheimen Rückverſicherungsvertrag, in dem er Rußlands beſondere Intereſſen in Bulgarien voll anerkannte und ausdrücklich auf Konſtantinopel zugunſten Rußlands Verzicht leiſtete.

Es entſprach dies nur ſeiner ſeit 1878 konſequent befolgten Politik. Als Alexander von Battenberg nach dem Berliner Kongreß auf den Thron des neugeſchaffenen Bulgarien gelangte, da war Bismarck von vorneherein feſt entſchloſſen, dieſem, obwohl er ein deutſcher Fürſt war, nicht die geringſte diplomatiſche Unterſtützung zu leihen, denn er wußte genau, daß der Zar Bulgarien mehr oder weniger als ſeinen vorgeſchobenen Poſten am Balkan betrachtete und an der vollſtändigen Inbeſitznahme nur durch Englands und in deſſen Gefolge Öſterreich-Ungarns eiferſüchtigen Einſpruch gehindert worden war. Denn damals verfolgte England noch ſeine im 19. Jahrhundert traditionelle Politik, Rußland nicht nach Konſtantinopel zu laſſen und ſeine Stellung am Schwarzen Meere folgerichtig möglichſt zu ſchwächen.

So hat Alexander von Battenberg ſeine Kämpfe mit Rußland und insbeſondere mit dem Zaren Alexander III. ganz ohne werktätige Unterſtützung irgendeiner Großmacht mit bloß moraliſcher Unterſtützung Englands führen müſſen, und er, der als ſelbſtändiger und unabhängiger Fürſt und Mann in einem freien Bulgarien herrſchen wollte, mußte naturgemäß endlich ruſſiſcher Macht und ruſſiſchen Intrigen erliegen.

Am ſchärfſten aber zeigte ſich Bismarcks Stellungnahme, mit der Kaiſer Wilhelm I. und deſſen Enkel Wilhelm völlig übereinſtimmten, gegenüber dem Wunſche Alexanders, die Tochter Viktoria des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (nachmaligen Kaiſers Friedrich) zu heiraten.

Des Battenbergers Idee bei dieſem Heiratsprojekt, das zuerſt im Jahre 1883, alſo während der Regierungszeit des Fürſten in Bulgarien ernſtlicher zur Sprache kam, war ja zweifellos, mit der Hand der Tochter des deutſchen Kronprinzen auch politiſch an Deutſchland eine Gewähr und einen gewiſſen Rückhalt für ſeine unſichere, von Rußland untergrabene Stellung in Bulgarien zu gewinnen.

Eben das wollte Bismarck unter allen Umſtänden verhindern, denn er ſah darin einen Punkt, wo Deutſchland ruſſiſchen Intereſſen entgegentreten müßte, und darin war er raſend empfindlich, das „kreuzte", wie er ſagte, „ſeine politiſchen Kreiſe".

„Denn," erklärte er dem Fürſten Alexander, „Deutſchland hat kein Intereſſe an Bulgarien, unſer Intereſſe iſt: Friede mit Rußland. Ich achte Sie hoch, ich bin aber der Kanzler von 45 Millionen Deutſchen, deren Intereſſen ich nicht jenen eines einzigen Deutſchen opfern kann."

Kaiſer Wilhelm I. war eines Herzens und eines Sinnes mit ſeinem Kanzler, ſchrieb daher an den Fürſten, daß er dieſe Heirat niemals zugeben werde, und verlangte ſeinen endgültigen Verzicht.

Anders aber wurde die Sache am kronprinzlichen Hofe beurteilt. Die Kronprinzeſſin Viktoria, Tochter der Königin Viktoria von England, war ſo wie dieſe für das Heiratsprojekt ihrer Tochter mit dem Battenberger leidenſchaftlich eingenommen.

Bei der engliſchen Königin war's erklärlich, ſie war dem Battenbergiſchen Hauſe verwandtſchaftlich nahe verbunden, und überdies konnte es politiſch nur in Englands Intereſſe liegen, Deutſchland und Rußland durch die Heirat in Gegenſatz zu bringen und dieſes indirekt durch Deutſchland am Balkan in Schach zu halten.

Dies und das Engländertum der Kronprinzeſſin des Deutſchen Reiches und ſpäteren Kaiſerin Friedrich beſtärkte aber gerade Bismarck in ſeinem hartnäckigen Widerſtand.

Da ſtarb der alte Kaiſer und jetzt wollte die Kaiſerin Friedrich mit allen Mitteln noch ſchnell zu Lebzeiten ihres kaiſerlichen Gemahls, dem infolge ſeiner Krankheit nur mehr wenige Monate Lebens- und Regierungszeit zugemeſſen werden konnten, die Heirat durchſetzen.

Das im folgenden abgedruckte letzte Kapitel des Werkes über Alexander von Battenberg und ſeine politiſchen Kämpfe mit dem Zaren und Bismarck ſchildert dieſen Endkampf zwiſchen Kaiſerin und Kanzler und beſpricht auch genau die Stellungnahme des ſeiner Mutter in dieſer Sache ſcharf entgegentretenden Kronprinzen Wilhelm, nachmaligen Kaiſers Wilhelm II.

Kronprinz Friedrich Wilhelm, durch die ſteten Verſprechungen Mackenzies in Hoffnung gewiegt, hatte noch in den letzten Oktobertagen des Jahres 1887 dem Fürſten Alexander geſchrieben, daß ſeine Geneſung wenn auch langſame, ſo doch ſtetige und ſichere Fortſchritte mache. Er wolle an der Riviera überwintern, um danach zu ſtreben, im Frühjahr als Hergeſtellter heimkehren zu können, denn er erachtete die Wiedererlangung ſeiner Geſundheit für den Augenblick als ſeine Hauptpflicht.[1]

Auch in dieſem Briefe ſtand kein Wort von der Prinzeß Viktoria, dagegen hatte Fürſt Alexander mehrere Briefe des Grafen Radolinſki erhalten, aus denen zu erſehen war, wie ſehr die Kronprinzeſſin ſich die ganze Heiratsfrage angelegen ſein ließ, wie ſehr ſeine Braut in unauflöslicher Liebe an ihm feſthalte und ihm von ganzem Herzen innig ergeben ſei.

Die Verſuche, die Heirat unmöglich zu machen, hörten ſeitens der gegen die Kronprinzeſſin und Fürſt Alexander verbündeten mächtigen Parteien, denen ſich nebſt dem alten Kaiſer Wilhelm und Bismarck auch der Bruder der Prinzeß Viktoria und künftige Thronerbe Wilhelm anſchloß, nicht auf. Im Gegenteil, die Bemühungen, die Sache völlig zu erſticken, waren mit Ende des Jahres 1887, je mehr man ſah, daß der alte Kaiſer nicht mehr lange leben könne, mit Energie aufgenommen worden.

---

[1] Brief Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen an Prinz Alexander von Battenberg vom 21. Oktober 1887. Hartenau-Archiv.

Der Erbprinz von Meiningen, der bisher noch ſtets ein wohlwollender Freund des Battenbergers geweſen war, übernahm es, dem Fürſten Alexander neuerdings ins Gewiſſen zu reden. Er war ſeinerzeit ſelbſt für das Projekt eingetreten und hatte es verteidigt, jetzt aber, nachdem er ſich überzeugt hatte, daß die Verwirklichung desſelben unſagbares Unglück in die kaiſerliche Familie bringen würde, hielt er es für ſeine Pflicht, dem Fürſten Alexander die Augen über die Zukunft zu öffnen.

Solange Kaiſer Wilhelm regiere, legte der Erbprinz dar, wäre die Heirat undenkbar, ebenſo wenn Prinz Wilhelm der direkte Nachfolger des Kaiſers würde.

Man rechnete ſchon damals mit dieſer Möglichkeit, weil der Zuſtand des Kronprinzen den eingeweihten Kreiſen in Berlin kein Geheimnis war. Der Erbprinz ſagte weiter, daß ſelbſt eventuell im Teſtament ausgeſprochene Wünſche des Vaters das beſchworene Veto des Prinzen Wilhelm in keiner Weiſe beeinfluſſen würden, und in dieſem Falle würde eine zum Beiſpiel in England geſchloſſene Heirat ſofort als ungeſetzlich erklärt werden. Sollte aber Kronprinz Friedrich Wilhelm die Regierung antreten und die Ehe mit ſeiner Zuſtimmung abgeſchloſſen werden, ſo würde ein längſt vorbereiteter Sturm gegen die jetzige Kronprinzeſſin Viktoria entfeſſelt werden, in der öffentliche Inſulten nicht ausgeſchloſſen wären. Da aber die Geſundheit des Kronprinzen eine längere Regierung faſt ausſchlöſſe, ſo würde der ihm nun folgende Kaiſer mit der Verſtoßung der Schweſter ſofort vorgehen.

Auf dieſe Mitteilungen des Erbprinzen von Meiningen hin entſchloß ſich Fürſt Alexander der Kronprinzeſſin zu ſchreiben. Er übermittelte ihr die eben erzählten Bemerkungen des Erbprinzen, und in tiefer Bitternis über die ſich auftürmenden Schwierigkeiten und Intrigen ſchrieb er ihr, daß er ſich ein Leben fern von der Heimat und den beiderſeitigen Familien und unter mannigfachen Entbehrungen nicht vorſtellen könne und fürchte, daß dieſe Verhältniſſe bald das Glück ihrer Ehe zerſtören und aus Prinzeſſin Viktoria und ihm nur vernichtete Exiſtenzen machen würden. Angeſichts der Sorgen, die er dem Kaiſer in ſeinem hohen Alter, dem Kronprinzen in ſeiner ſchweren Krankheit bereite, der Schädigung, die er der Stellung der Kronprinzeſſin zufüge, endlich der Störung, die er in das ganze kaiſerliche Familienleben brächte, habe er die Überzeugung gewonnen, daß er der Prinzeſſin ſtatt Glück nur Unglück und Verzweiflung in die Ehe mitbringen könnte. „Ich liebe Ihre Tochter treu und wahr,“ ſchrieb der Fürſt der Kronprinzeſſin, „ehrlich habe ich ihr ſeinerzeit meine Hand angeboten, und heute wie vor vier Jahren bin ich jederzeit bereit, mein Wort zu halten; ich hoffte Ihre Tochter glücklich machen zu können, aber nach der Lage der Dinge, die ſo furchtbar ernſt geworden, fühle ich mich gezwungen, Eure kaiſerliche Hoheit zu bitten, mir zu helfen, dieſer Situation ein Ende zu machen. Ich bitte daher Eure kaiſerliche Hoheit, ohne die geringſte Rückſicht auf meine Perſon über das Schickſal Ihrer Prinzeſſin-Tochter zu entſcheiden und überzeugt ſein zu wollen, daß ich bis an mein Lebensende nie vergeſſen werde, wie viel Gutes Sie mir ſtets getan.“ [1])

Dem Fürſten Alexander hatten die ſich auftürmenden Schwierigkeiten politiſcher, dann aber auch perſönlicher und familiärer Art dieſen Brief an die Kronprinzeſſin abgerungen. Es quälte ihn der Gedanke, daß er Urſache von welterſchütternden Ereigniſſen werden könnte, die das Schickſal vieler Tauſende in Blut und Elend tauchen würden. Andererſeits aber ſagte er ſich, daß dieſe Ausſicht vielleicht denn doch zu ſehr ſchwarz in ſchwarz gemalt ſei, und daß dann einer irrigen Anſicht das Glück zweier Menſchen geopfert würde, die ſich nun vier Jahre treu angehörten und die Hoffnung auf Erfüllung ihrer Wünſche in ſich getragen hatten. Es war der alte Zwieſpalt zwiſchen Menſchentum und Fürſtenſtellung. Beides zu vereinen war den wenigſten gegeben, und darum hat die Tragik dieſes Gewiſſenskampfes ſtets das traurigſte Blatt im Daſein jener gebildet, die für die Augen der Allgemeinheit auf den Höhen des Lebens wandelten.

Fürwahr, die europäiſche Lage war danach angetan, ſorgſam jeden Funken zu vermeiden, der in das dürre Gebälk der Beziehungen der einzelnen Großmächte zueinander fallen könnte.

Der Gegenſatz zwiſchen Öſterreich-Ungarn und Rußland hatte an Schärfe nichts eingebüßt. Kálnoky beurteilte dieſen dahin, daß nicht die bulgariſche oder die orientaliſche Frage überhaupt den Zwieſpalt mit Rußland zur Folge habe, ſondern die Eiferſucht ihm zugrunde liege, die Rußland für das Emporſtreben und Erſtarken der beiden Mittelmächte im tiefſten Innern hegte. Er meinte, Rußland fühle, daß ſein Anſehen in Europa dadurch zuſehends verdrängt werde und ſchließlich ganz bedroht werden könnte. Auch für Deutſchland als nichtſlawiſchen Staat habe Rußland nichts übrig, aber es hätte gerne ſeinen Haß für den Augenblick vergeſſen, wenn Deutſchland ſein Bündnis zu Öſterreich-Ungarn geopfert hätte, hätte dies benutzt, um den Orient in ſeine Gewalt zu bekommen, und dann hätte ſich der nach Angliederung aller ſlawiſchen Raſſen rieſengroß angewachſene Panſlawismus mit geſteigertem Haß gegen das Deutſche Reich gewendet, dem im Weſten noch immer der galliſche Feind blieb. Rußland war aber noch nicht kriegsfertig und Frankreich noch nicht ſicher genug. Früher oder ſpäter, ſchrieb Kálnoky, wird doch nur eine Löſung übrigbleiben, nämlich der unausweichliche Zuſammenſtoß der beiden Kaiſermächte mit Rußland und die Entſcheidung durch das Schwert, ob das ſlawiſche Rußland den europäiſchen Kontinent beherrſchen ſoll oder nicht.[2]) Wenn alſo Bismarck ſtets die Anſicht vertrat, Rußland müſſe nicht notwendig der Feind der Zentralmächte ſein, herrſchte in Öſterreich-Ungarn die gegenteilige Auffaſſung. Auch der gemäßigte Staatsmann Kálnoky hatte ſich ihr, wie man ſieht, nicht entziehen können. Es war nur eine Frage der Zeit, meinte man in Öſterreich-Ungarn, wann die endgültige Auseinanderſetzung mit Rußland Tatſache würde.

---

[1]) Nach dem Konzept zu dem Briefe des Fürſten Alexander an die deutſche Kronprinzeſſin vom 20. Dezember 1887, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

[2]) Inſtruktion des Grafen Kálnoky an die unterſtehenden Botſchafter vom 1. Januar 1888.

Aber wie Schuwalow ſchon Oberſtleutnant v. Steininger geſagt hatte, wollte Rußland den Krieg damals nicht. Auch der ruſſiſche Botſchafter in Wien kam mit Vorſchlägen über die Entfernung des Battenbergers aus Bulgarien und über den Plan zur Wiederherſtellung eines beſſeren Verhältniſſes mit Rußland.

In Frankreich war inzwiſchen Boulanger aus dem Kriegsminiſterium entfernt worden, aber damit war die Kriegsgefahr noch nicht beſchworen. In Rußland und Frankreich ſetzten die kriegsbegeiſterten Parteien unter dem Schutze der Nichtamtlichkeit ihre Hetzereien fort. Da beſchloß Bismarck durch Veröffentlichung der Bedingungen, unter denen der Zweibund geſchloſſen worden war, und durch ſeine kraftvolle, weltbekannte und begeiſternde Rede im Deutſchen Reichstage vom 6. Februar den Kriegsluſtigen in der Welt darzulegen, daß Deutſchland und Öſterreich-Ungarn ſich nur zur Verteidigung geeint hätten, daß aber das ſcharfe deutſche Schwert an der Seite des tapferen öſterreichiſch-ungariſchen Bundesgenoſſen willens ſei, gegen jeden Feind, wer immer er ſei, Recht, Geſetz und heimatliche Scholle bis zum äußerſten zu verteidigen. „Wir Deutſche fürchten Gott und ſonſt niemand auf der Welt“, klang es damals vom Hochſitze der deutſchen Volksvertretung.

Bulgarien freilich kam ſchlecht weg.

„Das Ländchen zwiſchen Donau und Balkan,“ rief Bismarck aus, „iſt überhaupt kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konſequenzen zu knüpfen, um ſeinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordſee bis Palermo hin in einen Krieg zu ſtürzen, deſſen Ausgang kein Menſch vorausſehen kann, man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wiſſen, warum man ſich geſchlagen hat.“ Bismarck mußte ſchon deswegen die Bedeutung des Landes verkleinern, weil er es allerdings im geheimen vertragsmäßig Rußland ausgeliefert hatte.

Salisbury war von der Innigkeit der deutſch-öſterreichiſch-ungariſchen Beziehungen nicht ſo ganz überzeugt, denn er wies darauf hin, daß Deutſchland und Öſterreich-Ungarn in der bulgariſchen Frage in verſchiedenen Lagern geweſen ſeien.

Bismarck ließ Salisburys Bedenken dahin zerſtreuen, daß wenn Deutſchland in dieſer Sache mehr zu Rußland geneigt habe, dies nur geſchehen ſei, um es dem Zarenſtaate, der ſich in Bulgarien ſo ſehr verfahren habe, zu erleichtern, womöglich wieder auf gangbare Straßen einzulenken und den Zaren zu verhindern, gänzlich dem Einfluſſe der extremen Kriegspartei im Lande zu verfallen.

Mittlerweile war die Krankheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm ſtetig und gefahrdrohend vorgeſchritten. Selbſt Mackenzie anerkannte endlich, daß es Krebs ſei. Am 9. Februar war an dem Kronprinzen der Kehlkopfſchnitt ausgeführt worden, und er konnte nur mehr durch eine Kanüle atmen.

Da auch des alten Kaiſers Wilhelm Tage gezählt waren, trat angeſichts der Krankheit des Kronprinzen die Abſicht zutage, den Prinzen Wilhelm mit der Stellvertretung zu betrauen. Die Kronprinzeſſin befürchtete, daß der nicht nur der Battenberger Heiratsfrage wegen in ſtändigem Kampfe mit der Mutter lebende Sohn auch über den Tod des alten Kaiſers hinaus eine dauernde Stellvertretung beabſichtige. Sie wandte ſich mit allen Mitteln dagegen und verbreitete gute Nachrichten aus San Remo über die Geſundheit ihres Gemahls, um der Abſicht ihres Sohnes, die gleichzeitig auch jene Bismarcks war, leichter entgegentreten zu können. Verſchiedene, der Kronprinzeſſin feindliche Stimmen machten ſich damals bemerkbar, die behaupteten, Dr. Mackenzie, der berühmteſte Laryngologe Europas, habe den Krebs ebenſo wie die deutſchen Ärzte ſofort erkannt, jedoch auftragsgemäß anders geſprochen, weil der Kronprinz auch bei vorhandener Regierungsunfähigkeit unbedingt ſchon im Intereſſe Englands auf den Thron gebracht werden ſollte.

Am 9. März war der alte Kaiſer Wilhelm I. verſchieden. Seine letzten an Prinz Wilhelm gerichteten Worte lauteten: „Sei ſchonend mit dem Kaiſer von Rußland. Du weißt, wie er iſt. Halte an der Allianz mit Öſterreich feſt, vertraue ihr, denn darin liegt der Hort des Friedens. Trachte ihn zu erhalten, aber ſcheue auch den Krieg nicht, wenn er gerecht iſt.“ [1]

Auf die Todesnachricht war Kronprinz Friedrich Wilhelm, der nunmehrige Kaiſer Friedrich III., von San Remo abgereiſt und traf am 11. März in Schloß Charlottenburg ein.

Sein Zuſtand war ein trauriger. Täglich mußten größere Knorpelſtücke und Gewebsfetzen aus der Wunde entfernt werden, furchtbare Kopfſchmerzen quälten den Kaiſer, und nur ausgiebiger Gebrauch von Morphium konnte ihm Schlaf bringen. Nun machte ſich Friedrich III. über ſeinen Zuſtand keine Illuſionen mehr. Ergeben und heldenmütig arbeitete er mit äußerſter Willenskraft täglich mehrere Stunden teils allein, teils mit Bismarck, dem Chef des Militärkabinetts General Albedyll oder anderen.

Von Zeit zu Zeit verließ ihn mitten in der Arbeit die phyſiſche Kraft, er warf ſich erſchöpft für einige Augenblicke auf ein Ruhebett, um ſich in ſeinem Pflichtgefühl kurz darauf wieder aufzuraffen. Die Kaiſerin, die einſah, daß eine neue Stellvertretung in Frage kommen müſſe, wollte ſelbſt die Regentſchaft übernehmen. Bismarck bekämpfte dieſe Abſicht heftig und fand darin Unterſtützung am nunmehrigen Kronprinzen Wilhelm und ſeinem Bruder Heinrich, die geſagt haben ſollen, das Reich dürfe ſich nicht von einem Weibe leiten laſſen, ſelbſt wenn es ihre Mutter wäre. [2]

---

[1] Nach übereinſtimmenden Ausſagen verſchiedener Ohrenzeugen: Generaladjutant Graf Brandenburg, Oberzeremonienmeiſter Graf Eulenburg. Die Möglichkeit, daß die dem öſterreichiſch-ungariſchen Botſchafter Grafen Széchényi mitgeteilten letzten Worte des Kaiſers für dieſen entſprechend gefärbt waren, liegt vor. Graf Széchényi privat an Graf Kálnoky, 13. März 1888.

[2] Graf Széchényi an Graf Kálnoky, 21. März 1888. Min. d. Äuß.

Fürſt Bismarck ſparte nicht mit klaren Kundgebungen gegen die beabſichtigte Regentſchaft der Kaiſerin, die ſeiner Meinung nach engliſchen Einflüſſen auf die deutſche Politik Tür und Tor öffnen würde. Auch die öffentliche Meinung ſtand gegen die Kaiſerin, und ihre Stellung angeſichts der offenen Feindſeligkeit ihrer drei älteſten Kinder, des Kanzlers, des Großteils der Preſſe und der Meinung des Volkes war gewiß keine leichte.

Aber die Kaiſerin war nicht aus dem Holze geſchnitzt, ſich ſo ſchnell zu fügen. Obwohl am 23. März der Kronprinz Wilhelm mit der Stellvertretung betraut war, wachte ſie eiferſüchtig darüber, daß die Herrſcherrechte ihres Gemahls nicht angetaſtet würden.

Auf den Dezemberbrief des Fürſten Alexander hatte ſie geantwortet, daß ſie an die Aufgabe des Eheprojektes nicht denke, und hatte ihm neue Beweiſe ihrer mütterlichen Zuneigung und neue Hoffnung gegeben.

In dem Augenblick, wo Kaiſer Wilhelm geſtorben war, hatte die nunmehrige Kaiſerin Viktoria ihren Lieblingsgedanken der Heirat wieder aufgenommen und arbeitete unentwegt daran. Sie hatte dem Fürſten Alexander geſchrieben, daß ſie in ihren Gemahl, den Kaiſer, dringen werde, die Sache endlich zur Löſung zu bringen.

Fürſt Alexander verfolgte in größter Aufregung das Vorgehen der Kaiſerin. Er ſchrieb ihr am 12. März nochmals, ſie möge ohne die geringſte Rückſicht auf ihn über das Schickſal ihrer Tochter entſcheiden, denn die Verhältniſſe hätten ſich gründlichſt geändert. Während er vor vier Jahren regierender Fürſt mit einer Million Rente war und die drei älteſten Kinder der damaligen Kronprinzeſſin ihm neutral gegenüberſtanden, hätten ſich die Dinge jetzt weſentlich verändert. Er war nur mehr ein armer, kleiner Prinz und wußte, daß der einſtige Thronerbe ſeine Schweſter verfolgen werde, weil ſie ihn liebe. Dieſe feindliche Geſinnung des Thronerben laſte wie ein Alp auf ihm, nur wenn es gelänge, den jetzigen Kronprinzen zu ſeinen Gunſten umzuſtimmen, könne er eine glückliche Entwirrung ſehen.

In ihrer Antwort forderte die Kaiſerin den Fürſten Alexander auf, dem Kaiſer einen Brief zu ſchreiben und ihn unter irgendeinem Vorwande zu fragen, ob er einmal zu ihm kommen und ſich ihm vorſtellen dürfe. Sie knüpfte daran den Plan, die Sache ſo einzurichten, daß man dabei die Verlobung irgendwie erreichen könnte.

Über ihres Sohnes, des Prinzen Wilhelm, Anſichten über die Heirat konnte ſie aber nichts Günſtiges berichten. Sein Widerſtand war ſchroffer als je.

Fürſt Alexander antwortete ihr, er werde den Kaiſer bitten, ob er ſich bei ihm als General à la suite des Gardekorps perſönlich melden dürfe. Er hielt eine Verlobung vor der Welt ſo kurze Zeit nach dem Tode des Kaiſers für ungünſtig und wünſchte eher, daß der neue Kaiſer zuerſt ſeine Stellung feſtlege, ihm einen Poſten im Heere verleihe und dann dem angeſtellten deutſchen General ſeine Tochter gebe, als jetzt ſchon dem „ſozial und politiſch nicht definierten Exfürſten“.

Fürſt Alexander äußerte die ſchwerſte Beſorgnis über die Folgen der Haltung des Thronfolgers, der ja angeſichts der Krankheit des Kaiſers über kurz oder lang den Thron beſteigen würde. Er müßte ja dann Deutſchland verlaſſen, was ihm ſehr hart wäre, und er ſei ganz und gar nicht geſonnen, nach England zu gehen, wo es ſchon genug ausländiſche Prinzen gäbe. Der Großherzog von Heſſen, ſchrieb er, würde auch nichts für ihn tun und hätte ihm ſchon wiederholt erklärt, daß er die Heirat nicht billige und überhaupt nicht begreife, wie man in eine Familie einheiraten wolle, die bei jeder Gelegenheit ihr Mißfallen darüber ſo deutlich gezeigt habe. Auch aus dieſem Briefe klangen die ernſten Bedenken des Fürſten.[1]

Der Vater des Fürſten Alexander wollte auch ſeine Zuſtimmung ohne jene des Thronerben nicht geben. Er trat nun in der Heiratsangelegenheit ſeines Sohnes energiſcher hervor, ließ ihn zu ſich kommen und ſagte ihm, daß im Falle die Verlobung zuſtande käme, dieſelbe keinesfalls vor Ablauf der ſechsmonatigen Familientrauer ſtattfinden dürfe. Es wäre dies eine Schändung der Erinnerung an Kaiſer Wilhelm, der, wie ja jeder wiſſe, ein ausgeſprochener Feind des Projektes war. Eine jede voreilige Verlobung würde von der großen Maſſe als eine hinterliſtige Überrumplung des ſchwerkranken Kaiſers ausgelegt werden. Er verbot ſeinem Sohne auf das ſtrengſte, irgendeinen Schritt zu tun, auch wollte er nicht, daß ſein Sohn vor Ablauf der Trauerzeit um eine Audienz beim Kaiſer einkomme.

Der Prinz von Heſſen ſtellte ſeinem Sohne vor, er habe ihm ſchon zu verdanken, daß er und ſeine ganze Familie von der ruſſiſchen Kaiſerfamilie in Acht und Bann getan ſei, und habe keine Luſt, ſich gegenüber der deutſchen Kaiſerfamilie in dieſelbe Lage zu verſetzen.

Wenn der Kaiſer den Fürſten Alexander als Schwiegerſohn wolle, ſo ſolle er die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, wolle er es nicht, ſo wäre es eine Anmaßung ſondergleichen, ſich aufdrängen zu wollen. Der Fürſt Alexander gab ſeinem Vater das Wort, zu handeln, wie er es verlangte, denn er teilte ſeine Anſicht. Er ſchrieb die ganze Unterredung mit ſeinem Vater und deſſen Stellungnahme der Kaiſerin Viktoria nach Berlin und ließ in dem Brief an Kaiſer Friedrich die Bitte um perſönliche Vorſtellung weg. Er fügte noch hinzu, daß der einzige Ausweg angeſichts der ſich von allen Seiten auftürmenden Schwierigkeiten nur mehr der offene und direkte Weg zum Herzen des Kaiſers ſei.

Nach Ablauf der Trauer ſollte Prinzeß Viktoria offen mit ihrem Vater ſprechen. Wolle er die Heirat nicht, ſo müßten ſie beide ſich dem Willen des Kaiſers beugen, denn auf einer Verbindung unter anderen Bedingungen würde kein Segen ruhen.

Die Kaiſerin war jedoch nun einmal feſt entſchloſſen, die Angelegenheit zur Löſung zu bringen, obwohl auch Königin Viktoria von England ihr warnend geſchrieben hatte. „Ich kann verſtehen,“ hieß es in dem Briefe der engliſchen Königin an ihre Tochter, „daß Du bei der peinlichen Unſicherheit, die die Geſundheit Fritzens hervorruft, das Beſtreben haſt, alles, was Wichtigkeit hat, zu löſen und zu arrangieren, aber ich bitte Dich, die Dinge nicht zu überſtürzen, insbeſonders in Dingen, welche im direkten Gegenſatz zu den Wünſchen des armen verſtorbenen Kaiſers ſtehen. Ich meine hierbei die projektierte Heirat von Moretta (Prinzeß Viktoria) mit Sandro. Vor allem ziehe einen ſolchen Schritt gar nicht in Betracht ohne die volle Einwilligung Wilhelms. Du mußt mit ihm rechnen, denn er iſt der Kronprinz, und es ginge niemals an, eine Heirat zu ſchließen, der er nicht zuſtimmte. Dies würde nur Elend über Deine Tochter und Sandro bringen, weil es ihnen eine unmögliche und erniedrigende Stellung bereiten würde. Ich finde Deinen Wunſch, den lieben Sandro als Schwiegerſohn zu haben, ſehr natürlich, aber es wäre hart, ſeine ganze Lebensausſichten durch ſolch eine Verheiratung gegen den Willen Deines älteſten Sohnes zugrunde zu richten, und eine Verbindung unter ſolchen Verhältniſſen könnte keine glückliche ſein. Außerdem weiß ich, daß Sandros Vater ſeine Einwilligung nur geben würde, wenn Wilhelm einverſtanden wäre. Es wäre dies dann auch eine ganz andere Sache, aber ich fürchte, daß ſich ſeine Gefühle nicht verändert haben.“ ¹)

---

[1] Konzept des Briefes des Prinzen Alexander von Battenberg an Kaiſerin Viktoria vom 18. März 1888, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

Die Abſchrift dieſes Briefes war dem Fürſten von ſeinem Bruder Heinrich, dem Schwiegerſohn der Königin, mit den Worten geſchickt worden: „Man ſollte meinen, dies wäre ſtark genug und genügend, um Dir aus Deiner fatalen Lage zu helfen.“

Tatſächlich waren die beiden Hauptperſonen an der Verwirklichung des Heiratsplanes nicht mehr ſo aus vollem Herzen beteiligt, wie es früher der Fall war. Privatnachrichten aus Berlin meldeten, daß Prinzeß Viktoria keineswegs die Haltung eines Mädchens zur Schau trage, deſſen teuerſten Hoffnungen faſt unüberwindliche Hinderniſſe im Wege ſtehen. Man war allſeits geneigt zu glauben, daß ſie wohl ſchwer, aber doch für den Verzicht zu gewinnen wäre, wenn ſie nicht immer und immer wieder von ihrer Mutter gedrängt würde, dieſe Herzensſache zu verfolgen.

Die Haltung der Kaiſerin war tatſächlich jene einer Frau, die mehr an der Sache beteiligt iſt als die Braut ſelbſt. Fürſt Alexander von Battenberg hatte in den letzten Monaten ſchon eingeſehen, daß ſeine Abſicht zu Weiterungen führe, die zu keinem guten Ende leiten konnten. Wollte und konnte er auch nicht alles abbrechen, ſo mußte doch ein empfindlicher Leſer aus ſeinen letzten Briefen an die Kaiſerin die Neigung herausfühlen, der hoffnungsloſen Sache ein Ende zu machen.

Nach dem eben mitgeteilten Brief des Prinzen Heinrich muß man auch

---

¹) Brief der Königin Viktoria von England an die Kaiſerin Viktoria von Deutſchland, 21. März 1888. Hartenau-Archiv.

annehmen, daß der letzte Brief der Königin von England an die deutſche Kaiſerin nicht ganz ohne des Fürſten Alexander Wunſch geſchrieben worden war und auch das letzte Auftreten ſeines Vaters im Einverſtändnis mit dem Sohn erfolgte. Es ſteht nun die Frage vor Augen, warum denn die Kaiſerin ſo hartnäckig an einem Eheprojekt feſthielt, das alle Welt gegen ſich und die beiden Nächſtbeteiligten auch nicht mehr in Feuer und Flamme ſah. Die Kaiſerin war eben eine ſtolze, ſelbſtbewußte Natur. Sie hatte urſprünglich die Heirat gewollt, weil ſie die Liebe ihrer Tochter zum männlich-ſchönen Battenberger ſah und ihr, der Tochter der Königin von England und Schwägerin Heinrichs von Battenberg, der in engliſchem Intereſſe von dorther anfangs unterſtützte Plan vorſchwebte, der Verbindung ihrer Schweſter mit einem kleinen deutſchen Prinzen durch die Heirat deſſen Bruders mit einer Prinzeſſin von Preußen eine beſſere Folie zu geben.

Dann waren aber auch noch andere Gründe dazugekommen. Die Kaiſerin lebte in ſtetem Streite mit Bismarck, denn ſie hatte als ſtolze Tochter Albions das Gefühl, daß dieſer Mann zu mächtig ſei und einen inneren Haß gegen das Land ihrer Herkunft hege. Als nun Fürſt Bismarck als einer der erſten ſich gegen die Heirat wandte und ihr damit ein indirektes Zeugnis ſeines Mißtrauens gegen die Engländerin am deutſchen Hofe, gegen die engliſche Anwärterin auf den deutſchen Thron, gab, da regte ſich in dieſer Frau der Widerſpruch, und tief überzeugt, daß ihr Lieblingskind nach wie vor verzweifelt an ihrer Liebe feſthalte, verfolgte ſie hartnäckig ihren Plan, blieb ihm immer eigenſinniger treu und förderte ihn um ſo eifriger, je mehr Widerſtände ſie fand.

Die Kaiſerin erkannte angeſichts der fortſchreitenden Krankheit ihres Gatten bald, daß ſie, wollte ſie nicht ihren Lieblingsplan aufgeben, handeln müſſe, ehe es zu ſpät war.

Sie entſchloß ſich, die entſcheidende Unterredung mit dem Kaiſer herbeizuführen. Kaiſer Friedrich war im Grunde ſeiner Seele nicht ganz für die Heirat eingenommen. Es machte ihn bedenklich, daß er ſich mit der Zulaſſung dieſes Projektes, ſowohl mit ſeinem verewigten Vater als auch mit ſeinem Sohne, dem künftigen Thronerben, dann aber auch mit dem hochbewährten alten Kanzler und Gründer des Reiches in Widerſpruch ſetzen ſolle.

Dem entgegen ſtand der tägliche, ja ſtündliche Einfluß ſeiner Frau und die Bitten ſeiner Tochter, die, von ihrer Mutter gedrängt, ihren Vater beſtürmte. Furchtbar litt der Kaiſer, der ſich zwiſchen zwei Feuern befand, neben ſeiner ſchweren Krankheit an dieſem moraliſchen Zwieſpalte.

Er hatte ſich bisher von jeder Entſcheidung in dieſer Frage fernzuhalten gewußt. Jetzt aber, wo er Kaiſer geworden, ſchien dies nicht mehr angängig. Die Krankheit hinderte ihn, über die Sache ſo zu urteilen, wie er es in geſunden Tagen gekonnt hätte.

Den fortwährenden Bitten der Kaiſerin gab er am 30. März 1888 nach und ſchrieb dem Fürſten Alexander, ob er ihm nicht die Freude machen wolle, am Oſtermontag, den 2. April, nach Charlottenburg zu kommen, wo er ihn endlich einmal wiederſehen wolle.[1])

Es wäre ein trauriges Wiederſehen geweſen, denn des Kaiſers Geſundheit war immer ungünſtiger geworden. Die Kanüle im Kehlkopf des Kranken war von wuchernden Krebsmaſſen umgeben. Atemnot, Kopfſchmerzen und Fieber plagten den Kaiſer. Täglich mußte er ſich die furchtbar ſchmerzhaften Eingriffe mit Wundhaken, Zangen u. dgl. gefallen laſſen. Nichtsdeſtoweniger verſah er ſo gut es ging die Regierungsgeſchäfte. Der Kaiſer konnte faſt gar nicht mehr ſprechen und mußte ſeine Antworten auf kleine Zettel ſchreiben, die er dann dem Vortragenden übergab.

Als am 31. März Fürſt Bismarck ſeinen Vortrag beendet hatte, gab ihm Kaiſer Friedrich einen Zettel, auf dem geſchrieben ſtand:

„Ich habe die Abſicht, dem Prinzen Alexander von Battenberg, der dieſer Tage hierher kommt, um ſich mit meiner Tochter zu verloben, den Orden Pour le mérite zu verleihen, was ſagen Sie dazu?“

Das erſte Wort des erſtaunten Kanzlers ware „Unmöglich!“ Dann entwickelte er dem Kaiſer ſeine Hauptgründe, weshalb er zu dieſer Heirat ſeine Einwilligung nicht geben könnte.

Als erſtes führte er ins Treffen, daß Fürſt Alexander dem Zaren tief verhaßt ſei, daß eine Heirat mit der deutſchen Kaiſertochter vom Zaren als eine beabſichtigte Demonſtration gegen Rußland betrachtet werden würde und ſelbſt wenn der Zar dies nicht ſo ſchwer auffaßte, die Gefahr beſtehe, Fürſt Alexander werde nach Bulgarien zurückkehren wollen und als der Mann einer deutſchen Kaiſertochter auch die Unterſtützung des Deutſchen Reiches für ſeine Regierungspolitik verlangen. Dies wäre aber eine völlige Unmöglichkeit, denn man habe ſich doch im Vertrage von 1887 dahin gebunden, den Fürſten Alexander nie mehr nach Bulgarien zu laſſen, und die Folge dieſes Vertragsbruches wäre der drohende Krieg mit Rußland. Als zweites Argument brachte der Kanzler dem Kaiſer die Nichtebenbürtigkeit des Prinzen vor, der aus einer morganatiſchen Ehe hervorgegangen, Verwandte habe, die, wie jener Onkel des Prinzen Alexander, ihren Fahneneid gebrochen und als Rebellen gekämpft hätten.[2])

Dieſe Gründe waren es vornehmlich, die Bismarck dem Kaiſer Friedrich vorbrachte und für den Fall, als ſie nicht gebilligt wurden, ſeine Entlaſſung verlangte.

Daraufhin ſchrieb der Kaiſer auf einen Zettel:

„Was tun?“

Fürſt Bismarck antwortete nur: „Abtelegraphieren.“ Sofort verfaßte der Monarch das Telegramm, das er ſpäter in einem Briefe, wenn auch ganz allgemein, erläuterte, und übergab dasſelbe dem herbeigerufenen Jäger.

---

[1]) Brief des Kaiſers Friedrich III. an Fürſt Alexander vom 30. März 1888. Original im Hartenau-Archiv.

[2]) Gemeint iſt ein Vetter der Gräfin von Hauke, Gemahlin des Prinzen Alexander von Heſſen, der in dem polniſchen Aufſtande, 1863, die Reihen der ruſſiſchen Armee verließ und unter dem Namen Boſſak auf Seite der Polen kämpfte.

Dies ging lautlos vor ſich. Plötzlich trat die Kaiſerin Viktoria tränenden Auges ins Zimmer. Sie vertrat ihren Standpunkt mit Wärme und gebrauchte dabei die Worte: der Kaiſer könne nicht zugeben, daß der kalten Staatsräſon wegen das Herz ſeiner Tochter gebrochen werde. Der Kaiſer, ſichtlich erſchöpft, winkte ſeiner Gattin wiederholt, ſie ſolle ſich beruhigen. Da dies jedoch nichts fruchtete, ſprang er plötzlich in großer Erregung auf, riß ſein Tuch vom Halſe und verſuchte zu ſprechen, wobei nur das Wort „Alleinlaſſen" verſtändlich war. Nachdem die Kaiſerin das Zimmer verlaſſen hatte und Kaiſer Friedrich ſich etwas beruhigt hatte, ſchrieb er auf ein Zettelchen:

„Battenberg kommt alſo jetzt nicht, Memorandum vorlegen, beſprechen Sie ſich mit meiner Frau."

Schließlich verließ der Kanzler den Kaiſer, ohne daß eine Entſcheidung getroffen war. Für den Augenblick kam die Sache nicht mehr zur Sprache, aber Bismarck hatte doch zugeſtanden, daß trotz aller ſeiner Gründe er nur dann gegen die Heirat ſei, wenn die Verlobung jetzt und in der beabſichtigten Form erfolge. Er bat ſich Bedenkzeit aus und behielt ſich ſeine weitere Haltung vor. Der Kanzler war ſchlau. Feſt entſchloſſen, die Heirat um jeden Preis zu verhindern, gedachte er in Anſehung der ſchweren Krankheit des Kaiſers und der ihm wohlbekannten Anſichten des Kronprinzen Wilhelm, die Entſcheidung aus denſelben Gründen hinauszuſchieben, aus denen ſie die Kaiſerin zu beſchleunigen ſuchte. Nicht nur der Zar und Rußland, deren Abneigung gegen den Fürſten Alexander er damals vor allem anderen betonte, waren es, die ihn zu ſeiner Haltung veranlaßten, ſondern vor allem anderen ſein jahrelanger Gegenſatz zu der Kaiſerin, der engliſchen Königstochter, die nach ſeiner Meinung durch ihre Stellung der engliſchen Politik im Deutſchen Reiche eine ungeheure Stütze bot.

Er ſah in der Heirat vornehmlich eine engliſche Intrige, die dazu erſonnen ſei, Deutſchland gegen Rußland auszuſpielen, dadurch zwei ſtarke Mächte miteinander zu beſchäftigen, um ſelbſt in der Welt freie Hand zu behalten.[1] Darum wies er auch fortwährend darauf hin, daß die Königin von England den Herzensbund ſo ſehr unterſtützte. War dies auch früher der Fall und war die Königin dem Hauſe Battenberg ſchon ihres Schwiegerſohnes Heinrich wegen und aus perſönlicher Sympathie zu Fürſt Alexander gewogen, ſo hatte ſie, wie aus ihrem Schreiben an ihre Tochter, die Kaiſerin, hervorging, angeſichts der Schwierigkeiten den Plan bereits aufgegeben. Bismarcks Ausfälle gegen ſie waren daher damals nicht mehr berechtigt. Er war ſogar ſo weit gegangen, den Lord Salisbury darauf aufmerkſam zu machen, daß die Anſtrengungen der Königin in der Richtung, das Heiratsprojekt zuſtande zu bringen, die deutſche Regierung zwingen könnten, eine ruſſenfreundlichere Richtung dauernd einzunehmen, die ſich England nicht wünſchen könnte. Lord Salisbury nahm dieſe Mitteilung höchſt peinlich berührt entgegen und äußerte ſich dem öſterreichiſch-ungariſchen Botſchafter gegenüber dahin, daß angeſichts deſſen, daß die Königin in Berlin von der Heirat abgeraten, dieſes Vorgehen Bismarcks „very impertinent on his part“ geweſen ſei.[1]

---

[1] Siehe darüber auch Buſch, Tagebuchblätter, Band III, S. 232.

Fürſt Bismarck war auch deshalb abgeneigt, nachzugeben, weil er fühlte und wußte, daß der Kaiſer Friedrich III. bei ſeinem leidenden Zuſtande vor einer ſo tief einſchneidenden Veränderung zurückſchreckte und im Grunde ſelbſt mit den Anſchauungen des Fürſten Bismarck einverſtanden war, andererſeits aber in den langen Stunden des Beiſammenſeins mit ſeiner Gemahlin ſo ſehr beſtürmt wurde, daß der ſieche und ruhebedürftige Monarch ſich ſchließlich des lieben Friedens halber umſtimmen ließ; überdies war der eiſerne Kanzler jedem Einfluſſe einer Frau auf Politik, auch oder ſogar um ſo mehr, wenn ſie eine ſo hohe Stellung im Reiche einnahm, grundſätzlich abgeneigt.

Die Kaiſerin hatte in dieſer Angelegenheit ſowohl in ihrer Familie als auch bei Hofe niemand für ſich, ja ſelbſt die Perſonen ihrer nächſten und vertrauteſten Umgebung nicht. Vor allem anderen aber war ihr Sohn, der Kronprinz, der Heirat am feindlichſten geſinnt.

Die Gründe dafür lagen tiefer. Bei ſeiner Geburt war dem Prinzen Wilhelm die Hand gebrochen worden, und man merkte dies erſt nach einigen Tagen. Die Kronprinzeſſin hatte ſich darüber gekränkt, daß dieſes Kind als Krüppel werde durchs Leben gehen müſſen, und hatte es von allem Anfang an mit weniger Liebe umgeben als die anderen Geſchwiſter. Stets war Prinz Wilhelm von ſeiner Mutter zurückgeſetzt und als Aſchenbrödel behandelt worden. Aber auch die übrigen Geſchwiſter wurden nicht mit derſelben Liebe behandelt wie Prinzeß Viktoria, die das ausgeſprochene Lieblingskind ihrer überhaupt von Natur aus nicht zärtlichen Mutter war. Bei zahlreichen Gelegenheiten kamen dieſe Verhältniſſe zum Ausdruck. So empfing einmal die damalige Kronprinzeſſin Viktoria einen öſterreichiſchen Herrn in Audienz, ſprach ihm von Kaiſer Franz Joſeph und der kaiſerlichen Familie und bemerkte plötzlich: „Sie glauben gar nicht, wie ich Ihren ſchönen, geiſtvollen und eleganten Kronprinzen bewundere, wenn ich daneben meinen ungeſchlachten, vierſchrötigen Sohn Wilhelm betrachte.“ So hatte ſich langſam zwiſchen Mutter und Sohn mit den Jahren wachſender Unmut aufgehäuft, den jeder neu auftauchende Gegenſatz ſchürte.

Da war es dann freilich nicht ſchwer, die Haltung des Prinzen Wilhelm zu erraten, als es galt, zu der von der Kaiſerin ſo heiß verfochtenen Battenberger Heiratsfrage Stellung zu nehmen. Nun, da die Bombe geplatzt war, trat auch Kronprinz Wilhelm hervor, und in einem Brief an Fürſt Alexander vom 4. April 1888[1]) gab er ſeiner Willensmeinung ſo ſcharfen Ausdruck, daß es ein Zurück für ihn nicht mehr geben konnte.

---

[1] Telegramm Fürſt Bismarcks an Graf Hatzfeld, mitgeteilt von Prinz Reuß an Graf Kálnoky, 6. April 1888, und Graf Károlyi aus London an Graf Kálnoky, 25. April 1888. Min. d. Auß.

Er wies darauf hin, daß Kaiſer Wilhelm I. aus politiſchen wie aus dynaſtiſchen Gründen der Heirat „mit Nachdruck für immer“ widerſprochen habe, er geglaubt habe, ſie ſei definitiv und für immer aufgegeben, und in dieſem Gedanken geſtorben ſei. Der Kronprinz halte es für ſeine Pflicht, ſeine Stellung zu dieſer Frage dahin klar feſtzuſtellen, daß ſie den Intereſſen ſeines Hauſes nicht nur, ſondern auch des Staates nachteilig ſein würde.

Dementſprechend ſchloß der Brief mit den Worten: „Ich will Euer Durchlaucht keinen Zweifel darüber laſſen, daß ich jeden, der zu einer ſolchen Verbindung mitwirkt, für alle Zeiten als einen Feind meines Hauſes nicht nur, ſondern auch meines Vaterlandes betrachten und dementſprechend behandeln werde, und hoffe, daß mich Eure Durchlaucht nicht in die Lage bringen wollen, Sie mit in die Kategorie dieſer Betreffenden reihen zu müſſen.“

(Schluß folgt)

Die Ausnutzung der natürlichen Kraftquellen für unſer Nationalvermögen

Von

Regierungs- und Baurat H. D. Krey (Berlin)

Wir ſind arm geworden, bettelarm. Unſeren Reichtum hat der Krieg verzehrt. Unſeren Wohlſtand hat der Friedensvertrag uns genommen, und den Reſt unſerer Habe bringen gewinnſüchtige Schieber und Wucherer über die Grenzen und verſchachern ihn für wertloſes Papiergeld.

Noch ahnt es der Arbeiter kaum, deſſen Lohn faſt täglich in die Höhe geſchraubt wird, um die Teuerung der Lebensmittel und Lebensbedürfniſſe auszugleichen, daß dieſe Lohnerhöhung kein dauerndes Hilfsmittel iſt, ſondern nur ein kurzer Aufſchub der fühlbaren Armut; er ahnt es nicht, daß er dieſe Lohnerhöhung ſelbſt bezahlen muß durch eine weitere Preisſteigerung der Lebensbedürfniſſe.

Noch ahnt es der reiche Spekulant nicht, der ſeinen leicht erworbenen Reichtum leichtſinnig wieder vergeudet und dadurch den Anſchein erweckt, als wäre unſer Volk noch wohlhabend.

Nur der Volkswirt ſchätzt trauernd das Verlorene und ſinnt auf Erſatz.

„Arbeit iſt Geld, Arbeit iſt Reichtum!“ Wenn das Wort für uns Deutſche keine leere Phraſe ſein ſoll, dann ſind wir mit unſeren 20—30 Millionen arbeitsfähigen Männern und Frauen noch nicht mittellos, noch nicht ganz arm; wir brauchen es wenigſtens nicht zu ſein.

---

[1]) Kronprinz Wilhelm von Preußen an Fürſt Alexander von Battenberg, 4. April 1888. Hartenau-Archiv.

Aber Arbeit iſt auch dann Reichtum, wenn ſie nicht von den Menſchen geleiſtet wird, ſondern von der Natur zur Verfügung geſtellt wird. Wir müſſen nur in der Lage ſein, dieſe Arbeit zu faſſen und für uns nutzbar zu machen.

Der Laie macht ſich ſelten einen Begriff davon, welche ungeheuren Energiemengen täglich und ſtündlich aus dem Weltenraum zu uns kommen. Wir wären reich, ſehr reich, wenn wir einen nennenswerten Teil davon faſſen könnten. Dieſes Arbeitsvermögen kommt hauptſächlich zu uns in Geſtalt des Sonnenlichtes und der Sonnenwärme und zum Teil in Geſtalt der unſichtbaren Anziehung der Weltkörper (in erſter Linie Sonne und Mond). Allein die eine Wirkung der Sonnenwärme, die Hebung des Waſſers, welches nachher aus den Wolken als Regen oder Schnee wieder zur Erde fällt, repräſentiert für Deutſchland eine mittlere dauernde Kraftleiſtung von etwa 100 bis 200 Millionen Pferdeſtärken (wenn man die Höhe der Wolken zu etwa 1000 Meter ſchätzt). Leider iſt aber die Energieübertragung aus dem Weltenraum auf die Erde ſo ausgedehnt und weit verteilt, daß es mit unſeren jetzigen Mitteln nicht möglich iſt, ſie unmittelbar abzufangen und für beſondere Zwecke nutzbar zu machen.

Zwar hat man es verſucht, die Sonnenſtrahlen unmittelbar zuſammenzufaſſen und zur Heizung einer Maſchine zu verwenden. In einem Orte Südkaliforniens iſt ſeit reichlich einem Jahrzehnt eine ſolche Sonnenmaſchine in einer Größe von etwa 15 Pferdeſtärken im Betriebe. Die Sonnenſtrahlen werden, durch einen großen Hohlſpiegel vereinigt, auf einen Dampfkeſſel geworfen und ſo unmittelbar zur Keſſelheizung verwandt. Der Hohlſpiegel wird während des Tages, dem Laufe der Sonne folgend, durch ein Uhrwerk ſo gedreht, daß die im Brennpunkt vereinigten Sonnenſtrahlen immer die Heizfläche des Keſſels treffen. Für unſer Klima in Deutſchland würde ſich aber eine ſolche Maſchine nicht lohnen, weil bei uns an den meiſten Tagen die Sonnenſtrahlen durch Wolken und Nebel behindert oder ganz abgeblendet ſind.

Für uns in Deutſchland kommt zurzeit ernſtlich nur die mittelbare Ausnutzung der oben genannten Energiequellen in Betracht, und zwar hauptſächlich in drei Formen, nämlich:

1. in der Kraftausnutzung des ungenutzt in unſeren Flüſſen und Bächen abfließenden Niederſchlagswaſſers;
2. in der Ausnutzung der Kraft des Windes und der Wellen;
3. in der Ebbe und Flut.

Die wichtigſte iſt die erſte dieſer drei Arten:

Die Ausnutzung der Waſſerkräfte

Von der geſamten Regenmenge gelangt nur etwa ein Drittel wieder offen zum Abfluß, die anderen zwei Drittel werden von den Pflanzen und Tieren aufgenommen oder verſickern. Das Grundwaſſer iſt im allgemeinen nur als natürliche Aufſpeicherung anzuſehen. Es kommt entweder in Quellen wieder zutage oder wird durch die Kapillarkraft des Bodens wieder an die Oberfläche befördert zur nachträglichen Aufnahme durch die Pflanzen. Diejenigen Waſſermengen, welche in den ausgedehnten Grundwaſſerbetten bis zum Meere gelangen, ohne wieder an die Oberfläche zu kommen, ſind verhältnismäßig gering, da die Geſchwindigkeit des Grundwaſſerſtromes bei feinem Sandboden außerordentlich klein iſt. Das Geſamtgefälle der abfließenden Waſſermengen von dem Orte des Niederſchlages bis zum Meere bzw. bis zur deutſchen Grenze ſchwankt zwiſchen wenigen Metern bis über 1000 Meter in den Gebirgen. Rechnet man mit einem mittleren Geſamtgefälle von rund 100 bis 200 Meter, ſo würden die offen abfließenden Waſſermengen eine mittlere Leiſtung von etwa 6 bis 12 Millionen Pferdeſtärken darſtellen (oder eine jährliche Geſamtarbeit von 50 bis 100 Milliarden Pferdekraftſtunden bzw. = 40 bis 80 Milliarden Kilowattſtunden).

Die primitivſte Art der Ausnutzung der Kraft des abfließenden Waſſers erfolgte und erfolgt auch vereinzelt noch jetzt durch die ſogenannten Schiffsmühlen. Das ſind verankerte Schiffsgefäße, welche ein Waſſerrad tragen, das durch den Stoß des Waſſers bewegt wird. Es iſt etwa das umgekehrte Prinzip wie beim Raddampfer.

Es dürfte ohne weiteres klar ſein, daß man durch dieſe Art der Ausnutzung keine erheblichen Kraftmengen gewinnen kann, die für das Nationalvermögen von ausſchlaggebender Bedeutung ſind. Denn einerſeits kann man nicht den ganzen Fluß durch ſolche Schiffsmühlen ſperren und andererſeits iſt das ausgenutzte Gefälle nur ſehr gering, und zwar gleich einem Teil der vorhandenen Geſchwindigkeitshöhe des Waſſers. Ausgenutzt wird beiſpielsweiſe bei einer Waſſergeſchwindigkeit von 1 Meter in der Sekunde nur eine Druckhöhe von günſtigſtenfalls 3 bis 4 Zentimeter (bei 2 Meter Stromgeſchwindigkeit höchſtens 15 Zentimeter Druckhöhe). Nach überſchläglicher Schätzung werden bei einer Waſſergeſchwindigkeit von 2 Meter in der Sekunde (die in unſeren Flachlandflüſſen ſchon ſehr ſelten iſt) durch ſolche Schiffsmühlen höchſtens etwa 1—2 Pferdeſtärken für jedes Quadratmeter Fläche einer Schaufel gewonnen, bei 1 Meter Stromſtärke je etwa $^{1}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ Pferdeſtärke. Immerhin iſt auch dieſe Art der Kraftgewinnung für kleine Anlagen nicht ganz von der Hand zu weiſen, weil ſie billig in der Anlage iſt. Für größere Anlagen kommt ſie nicht in Betracht.

In vollkommenerer Weiſe geſchieht die Ausnutzung durch Waſſerräder unter gleichzeitiger Zuſammenfaſſung des Gefälles. Das Waſſer wird durch Werkkanäle den Flüſſen entnommen und weiter unterhalb wieder in den Fluß geleitet oder beſſer, der Fluß wird durch ein Wehr abgeſperrt und der Waſſerſpiegel oberhalb um mehrere Meter angeſtaut. Auf dieſe Weiſe würde man bei genügend großer Anlage die ganze Waſſermenge des Fluſſes und das auf mehrere Kilometer vorhandene Gefälle ausnutzen können, wenn der Waſſerabfluß einigermaßen gleichmäßig wäre. An Stelle der Waſſerräder werden in neuerer Zeit bei größeren Anlagen nur Turbinen verwandt, welche einen

Wirkungsgrad von etwa 80 Prozent und mehr aufweiſen, d. h. welche vier Fünftel der Kraft des durchfließenden Waſſers ausnutzen.

Sehr ungünſtig für die Waſſerkraftnutzung iſt die große Ungleichmäßigkeit des Waſſerabfluſſes. Sie iſt begründet durch den ungleichmäßigen Waſſerverbrauch, der in der Vegetationsperiode um das Vier- bis Fünffache größer iſt als im Winter, und durch die Ungleichmäßigkeit der Niederſchläge. In großen Strömen betragen die Hochwaſſermengen das Dreißig- bis Fünfzigfache der Niedrigwaſſermengen. In kleineren Flüſſen und Bächen iſt das Verhältnis noch viel ungünſtiger. Nun entſpricht aber einer Vergrößerung der Waſſermenge im allgemeinen keine Zunahme der ausgenutzten Waſſerkraft, da der Stau des Oberwaſſers aus wirtſchaftlichen Gründen eingehalten werden muß, während der Waſſerſpiegel unterhalb des Wehres mit der Zunahme der Abflußmenge ſteigt.

Iſt eine Turbinenanlage für eine beſtimmte Waſſermenge (bei voller Beaufſchlagung) gewählt, ſo nimmt die Waſſerkraft der Anlage bei weiterem Steigen des Waſſers ganz erheblich ab. Dieſe Abnahme beträgt bereits etwa 65 Prozent (die Kraft geht auf 35 Prozent herunter), wenn das Unterwaſſer bis zur halben urſprünglichen Stauhöhe anſteigt. Eine beliebige Vergrößerung der Turbinenanlage lediglich zur Ausnutzung des Hochwaſſers lohnt ſich bald nicht mehr, weil die Koſten der Vergrößerung des Baues höher werden als der Wert der dadurch gewonnenen größeren Waſſerkraft. Beſonders ungünſtig wird die Wirtſchaftlichkeit der Waſſerkraft dadurch beeinflußt, wenn bei ſtarkem Hochwaſſer das Gefälle am Wehr ſo gering wird, daß die ausnutzbare Waſſerkraft der Turbinenanlage praktiſch gleich Null wird.

Wenn ſich der Kraftbedarf dieſer ſchwankenden Kraftgewinnung nicht anpaſſen kann, und das wird ſelten der Fall ſein, dann muß eine andere Kraftreſerve (Dampfkraft oder Exploſionsmotoren) in der vollen Höhe der Waſſerkraftanlage hergeſtellt werden, die im Jahre oft nur wenige Tage zu arbeiten hat, die aber durch Verzinſung und Abſchreibung große dauernde Koſten erfordert. Dadurch wird oft der ganze Wert einer Waſſerkraftanlage in Frage geſtellt, zumal auch die anderen Nebenkoſten, welche durch die Herſtellung, Verzinſung und Unterhaltung des Wehres entſtehen, ſo ins Gewicht fallen, daß eine Dampfmaſchinenanlage oft billiger arbeitet als eine Waſſerkraftanlage. Andererſeits wird das Wehr zuweilen für andere Zwecke ohnehin erforderlich und ſcheidet dann aus der Berechnung der Wirtſchaftlichkeit der Kraftanlage aus.

Für landwirtſchaftliche Zwecke iſt eine vor etwa einem Jahrzehnt von Herrn Baurat Abraham erfundene Maſchine, der ſogenannte Hydropulſor, recht empfehlenswert. Die Maſchine iſt gleichzeitig Kraft- und Arbeitsmaſchine. Sie nutzt, wie der hydrauliſche Widder, den Waſſerſtoß zur Hebung des Waſſers aus, arbeitet aber günſtiger als dieſer und iſt für größere Waſſermengen geeignet. Eine derartige Maſchine arbeitet ſeit Jahren zur Zufriedenheit auf dem Rittergute Zoblitz bei Görlitz und fördert dort für Bewäſſerungszwecke bis zu ſekundlich 1000 Liter Waſſer auf 1½—2 Meter Höhe. Gegen die Ungleichmäßigkeit des Gefälles iſt ſie in gleicher Weiſe empfindlich wie die Turbine.

Aus den wenigen oben gemachten Angaben dürfte ſchon hervorgehen, daß der Gedanke der billigen Kraftgewinnung aus den Naturkräften und in erſter Linie aus der Waſſerkraft doch auf erhebliche Schwierigkeiten ſtößt. Beſonders gilt dies für die großen Flüſſe des Flachlandes, da es hier ſchwer möglich iſt, ſo große Gefälle an einer Stauſtufe zuſammenzufaſſen, daß die ausnutzbare Waſſerkraft bei Hochwaſſer nicht weſentlich zurückgeht. Noch ſchwieriger iſt hier die Aufſpeicherung großer Waſſermengen, um die Überſchüſſe des Hochwaſſers für Zeiten geringer Waſſerführung des Fluſſes auszunutzen. Beides iſt aber erforderlich, wenn es darauf ankommt, die Waſſerkraft möglichſt wirtſchaftlich auszunutzen.

Günſtiger liegen die Verhältniſſe am Oberlauf der Flüſſe, obgleich die Waſſermengen dort erheblich geringer ſind, ſoweit es nur möglich iſt, größere Gefälle zu ſchaffen und die Waſſermengen an Talſperren aufzuſpeichern.

Als neuzeitliches Beiſpiel einer ſolchen Anlage kann die unmittelbar vor dem Kriege fertiggeſtellte Hemfurther Talſperre angeführt werden. Bei dem Dorfe Hemfurth iſt die Eder durch eine 47 Meter hohe Staumauer vollkommen abgeſchloſſen; der Waſſerſpiegel iſt um 40 Meter angeſtaut und in dem abgeſchloſſenen Tale ein See von 202 Millionen Kubikmeter Waſſerinhalt geſchaffen. Da der Stauſee eine Oberfläche von etwa 1200 Hektar hat, ſo wird ſich der Stauſpiegel nur um 1—2 Meter ſenken, ſelbſt wenn die ganze Turbinenanlage in einer Größe von 18 000 Pferdeſtärken acht Tage lang lediglich aus dem Staubecken geſpeiſt wird, ohne daß ein Erſatz des Waſſers durch Zufluß erfolgt. Dadurch iſt ein außerordentlicher Ausgleich der Waſſermengen herbeigeführt und die Ausnutzung der verfügbaren Kraft ſehr weit getrieben. Die an ſich recht hohen Baukoſten des Staubeckens einſchließlich des Grunderwerbs betragen, auf die Größe des Stauraumes bezogen, nicht ganz 10 Pfennig für das Kubikmeter aufgeſtautes Waſſer; auf die gewonnene Kraft bezogen über 1100 Mark für die Pferdeſtärke nach Friedenspreiſen.

Der für die Unterhaltung der Anlage, für die Verzinſung und Tilgung der Anlagekoſten aufzuwendende Betrag von vielleicht 1 Pfennig für die Pferdekraftſtunde würde ſchon die Wirtſchaftlichkeit des ſonſt ſehr günſtigen und großzügigen Werkes ſtark belaſtet haben, wenn die ganze Anlage lediglich für Kraftgewinnung ausgeführt wäre. Das iſt aber gar nicht der Fall. Die Anlage iſt in der Hauptſache für die Speiſung des Rhein-Weſer-Kanals gebaut. Die außerordentliche hohe Kraftausnutzung iſt ein ohne weſentliche Mehrkoſten mit erreichter Vorteil.

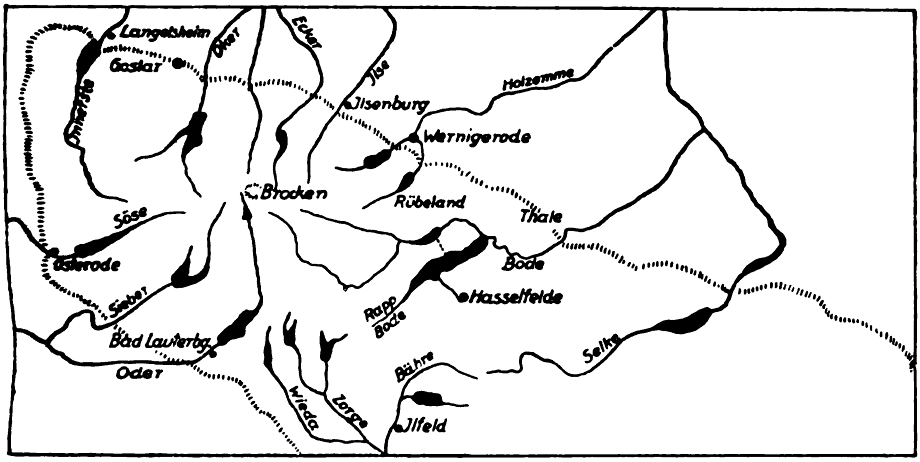
Weitere Vorteile des Werkes ſind: Ausgleich der Waſſerführung der unterhalb liegenden Flußſtrecke, Verminderung der Überſchwemmungen, Vermehrung der Waſſermengen und Erhöhung der Waſſerſtände während der trockenen Zeiten (gleich günſtig für die Landwirtſchaft und für die Schiffahrt), Verbeſſerung aller unterhalb liegenden und etwa noch zu erbauenden Waſſerkraftwerke durch die Erhöhung der Niedrigwaſſermengen. Die Talſperre erſetzt auch für die unterhalb liegenden kleinen Kraftwerke den Stauweiher und macht ſie wirtſchaftlich lebensfähig. Dazu kommt noch in beſonderen Fällen die Möglichkeit der Trinkwaſſer- und Nutzwaſſerbeſchaffung.

Gerade dieſer vielſeitige Nutzen der Talſperren begünſtigt ihre Anlage auch dort, wo eine Intereſſentengruppe allein zur Tragung der Koſten nicht imſtande wäre. Die erſten, wenn auch kleineren, aber bahnbrechenden Anlagen im Ruhrgebiet verdanken ihre Entſtehung zum Teil einer ſolchen Verteilung der Laſten auf mehrere Schultern. Allerdings iſt es nicht leicht, die Koſten annähernd gerecht und billig nach dem vorausſichtlichen Nutzen zu verteilen und es erfordert vorher langwierige und ſchwierige Verhandlungen.

Beſonders fördernd hat in neuerer Zeit auf die Frage der Ausnutzung der Waſſerkräfte die bequeme elektriſche Kraftübertragung gewirkt. An dem Orte der Kraftgewinnung iſt wohl ſelten der Bedarf für die ganze Kraftmenge vorhanden. Durch die elektriſche Kraftübertragung wird der Abnahmekreis bedeutend erweitert. Demgegenüber ſtehen allerdings Kraftverluſte in den Leitungen und recht erhebliche Anlagekoſten der Übertragungsleitungen und der Transformatoren uſw. Gleichzeitig wird durch die Übertragung ein Ausgleich des Bedarfes geſchaffen, beſonders dort, wo ſich die Abnehmer aus ungleichartigen Kreiſen zuſammenſetzen, deren größter Kraftbedarf zeitlich nicht zuſammenfällt. So wirkt ein Zuſammenſchluß mehrerer benachbarter Kraftzentralen durch Verbindungsleitungen in der Regel günſtig. Ein Ausgleich der Bedarfsſchwankungen tritt um ſo leichter ein, je größer und ungleichartiger der Kreis der Teilnehmer iſt. Demgegenüber kann gerade bei ganz kleinen Anlagen der Kraftverbrauch auf die Kraftſchwankungen in gewiſſem Grade Rückſicht nehmen, und dieſer Vorteil der kleinen Anlagen in Verbindung mit der Erſparnis der Leitungsverluſte iſt nicht zu unterſchätzen und wird vorausſichtlich in Zukunft an manchen Stellen kleine ſelbſtändige Kraftanlagen entſtehen laſſen, wo ſie zurzeit noch für unwirtſchaftlich angeſehen werden.

Zurzeit ſind es hauptſächlich größere Talſperranlagen, welche für bauwürdig angeſehen werden und die gleichzeitig oder in erſter Linie den Zweck verfolgen, durch zeitweiſe Waſſeraufſpeicherung die Schiffbarkeit der Flüſſe zu vergrößern. Eingehender ſind davon unter anderem folgende im Entwurf bearbeitet: In Weſtthüringen an den Quellenflüſſen der Werra und Fulda neben dem bereits fertiggeſtellten Eder Staubecken eine Reihe weiterer Stauweiher mit einem Geſamtfaſſungsraum von über 600 Millionen Kubikmeter und einer vorausſichtlichen jährlichen Kraftleiſtung von annähernd 60 Millionen Kilowattſtunden, an der Saale zwei größere Stauſeen mit zuſammen rund 600 Millionen Kubikmeter Faſſungsraum, und im Harz eine größere Anzahl von Staubecken ſehr verſchiedener Größe mit einem geſamten Faſſungsraum von etwa 250 Millionen Kubikmeter und einer jährlichen Kraftleiſtung von etwa 120 Millionen Kilowattſtunden.

Harz-Talsperren.



Auf dem beigegebenen Bildchen ſind die im Harz geplanten Stauweiher ſkizzenhaft dargeſtellt. Sie liegen alle an den oberen Quellflüſſen im Gebirge ſelbſt, wo die Geländeverhältniſſe für die Anlage der Sperren günſtig ſind, und die zuläſſige Stauhöhe im allgemeinen größer iſt als weiter unten am Fluſſe. Infolgedeſſen iſt die ausnutzbare Kraft verhältnismäßig hoch im Vergleich zum Stauraum.

Finanziell weit günſtiger liegen die Verhältniſſe in Süddeutſchland, beſonders in Bayern, für die Ausnutzung der Waſſerkräfte, weil das Gefälle hier durchweg größer iſt und außerdem ſtellenweiſe Seen in hoher Lage als natürliche Waſſerſpeicher zur Verfügung ſtehen. Aber auch hier ſieht man ſich bereits nach weiteren Intereſſenkreiſen um, welche von den notwendigen Anlagen gleichzeitig Vorteil haben oder bei zweckentſprechender Ausgeſtaltung Vorteil haben könnten und daher die Koſten tragen helfen könnten. Man denkt daran, die Zuleitungskanäle für die Schiffahrt nutzbar zu machen. Die bisher in Bayern ausgenutzten Waſſerkräfte liefern etwa 120 000 Pferdeſtärken (darunter die Alzwerke bei Troſtberg mit 11 000 und die Leizachwerke mit 15 000 Pferdeſtärken).

In Bayern iſt die Waſſerkraftausnutzung in neuerer Zeit außerordentlich volkstümlich geworden. Geplant iſt unter anderem der Ausbau des Walchenſee-Kraftwerkes, d. h. die Ausnutzung des rund 200 Meter großen Gefälles zwiſchen Walchen- und Kochelſee unter Heranziehung des Waſſers der oberen Iſar mit einem nutzbaren Gefälle von 50 bis 60 Meter. Es können hier vorausſichtlich etwa 25 000 (Winter) bis 80 000 (Sommer) Pferdeſtärken gewonnen werden, ohne Berückſichtigung der gleichzeitig dadurch erreichten Verbeſſerung der Triebwerke unterhalb des Kochelſees. Der Walchenſee wird als Ausgleichbecken, als natürlicher Stauweiher benutzt und erfährt durch die vermehrte Waſſerabgabe (im Winter) eine Waſſerſpiegelſenkung von 4 bis 6 Meter.

Die Schwankung der verfügbaren Kraftmengen iſt bei den aus dem Hochgebirge ſtammenden Flüſſen gerade umgekehrt als bei den aus den Mittelgebirgen und aus der Ebene geſpeiſten Flüſſen. Sie führen gerade dann die größten Waſſermengen, wenn die anderen Flüſſe infolge teilweiſen Verſiegens der Quellen (im Sommer) Waſſermangel haben. Durch die Verbindung verſchiedenartiger Werke kann infolgedeſſen ein natürlicher Ausgleich der Schwankungen erreicht werden.

Weiter iſt in Bayern die Ausnutzung der Waſſerkraft an der mittleren Iſar in Angriff genommen. Ein Geſamtgefälle von 83 Meter ſoll hier in fünf Stufen von 10 bis 26 Meter genutzt werden, wobei der Waſſerausgleich durch ein Staubecken von 32 Millionen Kubikmeter Inhalt erſtrebt wird. Im ganzen ſoll hier eine dauernde Kraftleiſtung von rund 80 000 Pferdeſtärken gewonnen werden oder eine jährliche Arbeitsmenge von rund 500 Millionen Kilowattſtunden. Eine faſt ebenſo große Kraft kann am oberen Inn gewonnen werden.

In Baden iſt kurz vor dem Kriege und zum Teil während des Krieges ein großzügig angelegtes Werk fertiggeſtellt, nämlich das Murgkraftwerk, welches bei 146 Meter Geſamtgefälle des Waſſers eine Höchſtkraftleiſtung von rund 35 000 Pferdeſtärken entwickelt und etwa 40—50 Millionen Kilowattſtunden abgibt.

Für einen Teil Preußens ohne Rhein- und Weſergebiet und ohne das Flachland aber einſchließlich der angeſchloſſenen kleineren Staaten (zuſammen für eine 91 800 Kilometer große Fläche = rund $^1/_4$ Preußens) hat Geheimrat Keller vor einigen Jahren die im Gebirgs- und Hügellande praktiſch ausnutzbaren bedeutenderen Waſſerkräfte auf rund 1,8 Millionen Pferdeſtärken berechnet. Davon ſind bis jetzt rund 450 000 Pferdeſtärken, das iſt bereits der vierte Teil, ausgenutzt.

Im obigen ſollte kein vollſtändiges Bild des Standes der Waſſerkraftausnutzung in Deutſchland gegeben werden. Aber man erkennt ſchon aus den wenigen Angaben, daß die Frage der Waſſerkraftausnutzung bei uns ſchon weit über die Entwicklung hinaus iſt, wo der Ingenieur taſtend und rechnend die Möglichkeit und Wirtſchaftlichkeit der Waſſerkraftausnutzung unterſucht und nachweiſt. Ein nicht unbedeutender Teil der vorhandenen Waſſerkraftmöglichkeiten iſt bereits erſchloſſen, ein weiterer Teil iſt im Ausbau begriffen bzw. im Entwurf mehr oder weniger eingehend durchgearbeitet. Die Ausſichten ſind für die Ausnutzung des fließenden Waſſers günſtig, und es iſt der Gedanke nicht mehr ganz von der Hand zu weiſen, daß man dereinſt das Waſſer der Bäche und Flüſſe ganz in ſeine Gewalt bekommt und dann auch den größten Teil des ihm innewohnenden Arbeitsvermögens in faßbare Werte umſetzt zugunſten in erſter Linie von Landwirtſchaft und Induſtrie und damit zum Wohle unſeres ganzen Volkes, wenn ſich auch die Arbeiten auf mehrere Generationen erſtrecken werden. Weit entfernt ſind wir aber noch von dieſem Ziel bei der Verwertung der Arbeitskräfte der uns überall umgebenden Flüſſigkeit, der Luft.

Die Ausnutzung des Windes

Die Maſſe der über Deutſchland lagernden Luftmenge beträgt etwa 5 Billionen Gewichtstonnen. Sie befindet ſich nicht in Ruhe, ſondern ſtets in einer unruhigen Wellenbewegung. Gebiete mit barometriſchem Hochdruck verſchieben ſich von einer Gegend zur anderen und wechſeln mit Niederdruckgebieten. Zwiſchen beiden treibt der Druckunterſchied die Luft von einem Gebiet zum anderen (in der bekannten Ablenkung durch die Erddrehung); es herrſcht Wind.

Bei einer Schätzung der in dieſen Schwankungen vorhandenen Energiemengen kommen wir auf ganz gewaltige Zahlen. Legen wir beiſpielsweiſe nur eine mittlere Windgeſchwindigkeit von 1 bis $1^{1}/_{2}$ Meter in der Sekunde zugrunde, ſo ergibt ſich daraus eine Arbeitsmenge von 250 bis 500 Milliarden Tonnenmeter. Das iſt außerordentlich viel mehr als die Geſamtmenge der Waſſerkräfte unſerer Flüſſe. Es iſt ja auch leicht verſtändlich, wenn man bedenkt, daß die Hebung des Waſſers nur eine Wirkung des (bildlich geſprochen) Brodelns der Atmoſphäre iſt. Aber unendlich weit entfernt ſind wir von einer nennenswerten Ausnutzung dieſer Kraftquelle. Die Druckſchwankungen gehen über Deutſchland hinweg, ohne daß wir ſie in irgendeiner Weiſe beeinfluſſen oder praktiſch verwerten können. So groß ſie auch in ihrer Geſamtwirkung für größere Gebiete ſind, ſo klein ſind ſie doch an jedem Orte, ſo daß an eine lohnende Ausnutzung dieſer Druckſchwankungen nicht gedacht werden kann. Wir meſſen ſie nur für wiſſenſchaftliche Zwecke mit dem Barometer.

Praktiſch ausnutzbar und auch ſeit jeher ausgenutzt iſt nur die Bewegung der Atmoſphäre in der Form des Windes durch die bekannten Windmühlen. Aber wie beſcheiden iſt dieſe Ausnutzung im Vergleich zu den vorhandenen Kraftmengen. Bei einer Windgeſchwindigkeit von 4 Meter in der Sekunde liefert eine Windmühle etwa $^{1}/_{20}$ Pferdeſtärke für jeden Quadratmeter der Mühlenkreisfläche. Bei 7 Meter Windgeſchwindigkeit beträgt die Kraftleiſtung etwa $^{1}/_{6}$ Pferdeſtärke je Quadratmeter Mühlenfläche. Eine Windgeſchwindigkeit von 7 Meter in der Sekunde iſt aber auch im Küſtengebiet nur an verhältnismäßig wenig Tagen im Jahre zu erwarten.

Der größte Nachteil der Windkraft iſt eben ihre Unregelmäßigkeit, die ſich nicht vorher überſehen läßt, und damit die Unſicherheit des Betriebes. Kraftanlagen, welche eine beſtimmte Kraft liefern müſſen, ſind daher meiſt gezwungen, neben der Windkraftanlage eine andere Kraftreſerve aufzuſtellen, da eine Kraftaufſpeicherung, etwa durch elektriſche Sammelbatterien, zu große Koſten erfordert, wenn ſie für längere windſtille Zeiten ausreichen ſoll.

Trotzdem iſt die Ausnutzung der Windkraft von gewiſſem wirtſchaftlichem Werte, da es viele Betriebsarten gibt, welche ſich der zeitlich ſchwankenden Kraft einigermaßen anſchmiegen können, ohne große Kraftreſerven zu brauchen. Sie hat auch den Vorteil, daß ſie kleinere ſelbſtändige Kraftwerke ermöglicht; und wieviel dieſer letzte Vorteil wert iſt, das weiß man beſonders jetzt zu ſchätzen, wo alle Zentralen und größeren Werke täglich durch den Vertragbruch der Arbeiter und Angeſtellten ſtillgelegt werden können und auch ſtillgelegt werden.

Auf einer noch weniger günſtigen Entwicklungsſtufe befindet ſich zurzeit die Ausnutzung der Kräfte von Ebbe und Flut.

Die Ausnutzung der Flutkräfte

Die Ebbe und Flut iſt ebenfalls eine Wellenbewegung nämlich der Waſſermaſſen des Meeres. Die Größenanordnung der in ihr aufgeſpeicherten Kräfte bleibt nicht hinter den Kräften des Luftmeeres zurück. Deutſchland wird aber nur auf einer kurzen Strecke ſeiner Küſte zwiſchen der holländiſchen und däniſchen Grenze von einem Flutmeere (der Nordſee) berührt. Die Oſtſee zeigt keine merklichen Fluterſcheinungen.

Die Ausnutzung von Ebbe und Flut hat daher für Deutſchland nicht die Bedeutung wie die Ausnutzung der anderen Kräfte. Die Frage wird hier hauptſächlich deshalb behandelt, weil von vielen nicht techniſchen Kreiſen wiederholt auf dieſe Art der Kraftgewinnung hingewieſen iſt.

Die mittlere Fluthöhe, d. h. der Höhenunterſchied zwiſchen dem mittleren Tide-(Gezeiten-)Hochwaſſer und Niedrigwaſſer beträgt in der Helgoländer Bucht beiderſeits der Weſer und Elbemündung etwa 2,8—3 Meter. Eine Flutwelle, welche das Ufer trifft, hebt und ſenkt dort den Waſſerſtand innerhalb 12¹/₂ Stunden ohne irgendwelche ausnutzbaren Kraftäußerungen. Die Welle wird ohne weſentliche Verluſte zurückgeworfen. Die unmittelbare Ausnutzung der Waſſerſpiegelhebung iſt ebenſowenig praktiſch für Kraftgewinnung auszuführen wie die Ausnutzung des barometriſchen Druckunterſchiedes der Atmoſphäre.

Die in neuerer Zeit mehrfach geplanten und auch vereinzelt ausgeführten Flutwerke arbeiten in der Weiſe, daß bei Hochwaſſer ein abgeſchloſſenes Becken mit Waſſer gefüllt wird, und daß dann in den darauffolgenden Stunden des Niedrigwaſſers unter Ausnutzung des Gefälles (eines Teiles) der Fluthöhe das Waſſer zum Betriebe von Turbinen verwandt wird. Oder es kann auch umgekehrt das Becken bei Niedrigwaſſer entleert und bei Hochwaſſer durch die Turbinen zum Teil wieder gefüllt werden; das letztere iſt nur nicht ſo günſtig, weil bei natürlichen Becken der Faſſungsraum der Becken unten geringer als oben iſt.

Der Betrieb der Anlage iſt nicht ſolchen unüberſehbaren Schwankungen unterworfen wie bei einer Windkraftanlage; vielmehr kann man mit Sicherheit auf eine Wiederkehr der Kraftleiſtung (halbtäglich) alle 12¹/₂ Stunden rechnen. Auch die täglichen und monatlichen (Springtiden—Dowe Tiden) Ungleichmäßigkeiten ſind vorher bekannt. Unbekannt ſind nur die durch Sturm verurſachten Ungleichmäßigkeiten.

In dieſer Beziehung iſt die Flutkraft der Windkraft weit überlegen. Ungünſtig beeinfluſſen nur die großen Anlagekoſten der Flutbecken die Wirtſchaftlichkeit der Anlage. Sie ſind im allgemeinen höher als bei Talſperren in bezug auf ihren Faſſungsraum und wegen des geringen Nutzgefälles noch weit höher in bezug auf die gewonnene Arbeitsmenge.

Es ſind verſchiedene ſolcher Anlagen ausgeführt und geplant, ſo unter anderem in recht zweckmäßiger Weiſe in Hüll an der Oſte.

Hier wird das in Flutbecken zurückgehaltene Waſſer dazu benutzt, mittels eines Abrahamſchen Hydropulſors unmittelbar eine Niederung zu entwäſſern. Die kleine Anlage hat ſich ſo bewährt, daß man die gleiche Maſchine in größerer Ausführung für ähnliche Verhältniſſe in Holland beſtellt hat.

Beſſer zuſammengefaßt iſt die Flutkraft dort, wo die Flut in Flüſſe und Meeresarme eindringt, und an dieſen Stellen auch mehr als deutſcher Wert anzuſehen iſt. Wenn von der geſamten Flutenergie des Meeres auch nur verhältnismäßig geringe Teile in die Flüſſe gelangen, ſo ſind ſie an ſich doch noch nicht unerheblich. Beiſpielsweiſe wandern an der unteren Elbe bei Brunsbüttel in normalen Tiden dauernd etwa 200 000 Pferdeſtärken (= 1—1½ Milliarden Kilowattſtunden jährlich) in der Flutbewegung ungenutzt vorbei, und zwar zum größeren Teile von außen nach innen, zum kleineren Teile (reflektiert) zum Meere zurück. Eine reſtloſe Ausnutzung dieſer Energiemengen iſt aber praktiſch nicht denkbar. Selbſt wenn man die ganze untere Elbe abſchließen und als Flutbecken benutzen könnte, würde man kaum den fünften Teil der vorhandenen Energiemenge gewinnen können. Für eine Kraftgewinnung im großen iſt daher die Flutbewegung nicht zu gebrauchen. Wohl aber kann eine Ausnutzung durch eine größere Anzahl kleinerer Anlagen wirtſchaftlich günſtig ſein. Neben der Anlage zur Benutzung der Waſſerſtandsſchwankungen kann man zur unmittelbaren Ausnutzung der Waſſergeſchwindigkeit in den Tideſtrömen, und zwar ſowohl für Flutſtrom wie für Ebbſtrom auch an Waſſermühlen nach Art der Windmühlen denken, mit denen man bei einer Stromgeſchwindigkeit von 1—1½ Meter in der Sekunde, wie wir ſie in der Unterelbe haben, etwa 1 bis 2 Pferdeſtärken für jeden Quadratmeter der Mühlenkreisfläche gewinnen könnte. Derartige Anlagen ſind aber meines Wiſſens noch nicht ausgeführt.

Die Ausnutzung noch anderer Energiequellen, beiſpielsweiſe der Elektrizität der Atmoſphäre dürfte praktiſch wenigſtens zurzeit noch nicht in Betracht kommen.

Der volkswirtſchaftliche Wert der Kraftgewinnung aus den Naturkräften

Den volkswirtſchaftlichen Wert der Kraftgewinnung in Zahlen zu faſſen, iſt kaum möglich; beſonders jetzt, wo ſich die Begriffe ſo arg verſchoben haben und wo es auch für rein kaufmänniſche Rentabilitätsberechnungen in Deutſchland keinen brauchbaren Wertmeſſer gibt. Denn das ſchöne papierne Zahlungsmittel, mit dem uns unſere Regierung ſo reichlich beglückt hat, und deſſen Wert zeitweiſe den dreißigſten Teil ſeines (goldenen) Nennwertes beträgt, wird wohl kein vernünftiger Mann als Wertmeſſer anſehen wollen. Man hilft ſich gewöhnlich damit, daß man die Werte in „Friedens-“ bzw. „Vorkriegs“-

preiſen angibt. Dieſe Wertberechnung iſt zuverläſſiger als eine Angabe nach den jetzigen Preiſen in Papiermark, welche zahlenmäßig das Zehn- bis Dreißigfache der Friedenspreiſe (in Goldmark) betragen, in Wirklichkeit aber nach dem verhältnismäßigen Kaufwerte der Stoffe und Arbeiten zueinander im allgemeinen gar nicht höher ſind als die Friedenspreiſe. Selbſtverſtändlich muß man dann alles in „Vorkriegs"preiſen abgeben und nicht teilweiſe die jetzigen ſchwankenden Preiſe zugrunde legen.

In dieſer Weiſe kann man die Rentabilitätsberechnungen aufſtellen, indem man die jährlichen Koſten für Verzinſung und Tilgung des Anlagekapitals, für Unterhaltung, Bedienung, Schmierſtoffe und etwaige ſonſtige Betriebsſtoffe ermittelt und zuſammen mit den Koſten anderer Betriebsarten, und zwar in der Hauptſache mit der Dampfkraft vergleicht. Ein ſolcher Vergleich und der Nachweis der Wirtſchaftlichkeit der Kraftgewinnung aus natürlichen Kraftquellen kann nicht allgemein durchgeführt werden, ſondern das Ergebnis wird ſich von Fall zu Fall verſchieden ſtellen. Es würde hier zu weit führen, im einzelnen näher auf die Rentabilitätsberechnungen einzugehen. Es ſoll hier nur darauf hingewieſen werden, daß ſie durchaus nicht immer zugunſten der Naturkraftgewinnung ſprechen, wie im Volke faſt durchweg angenommen wird. Das einzige, was geſpart wird, ſind die Brennſtoffkoſten, bei Dampfkraft etwa ½—1 Kilogramm für jede Pferdekraftſtunde oder rund 5—8 Tonnen Kohlen im Jahre bei Dauerbetrieb, bei zeitweiſe unterbrochenem Betriebe weniger. Außerdem ſind die Koſten der Wartung und Bedienung kleiner. Demgegenüber ſtehen aber die weit höheren Anlagekoſten der Werke zur Ausnutzung der Naturkräfte, in erſter Linie der Waſſerkräfte.

Selbſt bei ganz großen Werken, bei denen die Nebenkoſten (der Stauſtufe und Waſſeraufſpeicherung) ſich auf Tauſende von Pferdeſtärken verteilen und daher im einzelnen nicht ſo ſehr ins Gewicht fallen, iſt der rechneriſche Vorteil nicht ſo ſehr hoch und allein ausſchlaggebend, wenn es ſich lediglich um die Ausnutzung der Waſſerkraft handelt. Erſchwerend kommt noch hinzu, daß für eine größere, örtlich im einſamen Gebirgstale zuſammengefaßte Kraftleiſtung der Kraftbedarf nicht ſofort und nicht in der Nähe vorhanden iſt. Erſt eine größere Fernleitung und Verteilungsleitung und eine Eingewöhnung der Induſtrie und der vielen kleinen Abnehmer an die Kraftquelle bringt den Nutzen der gewonnenen Kraft nach Jahren voll zur Geltung. Dann aber, wenn die Kraft voll ausgenutzt wird, iſt der volkswirtſchaftliche Wert ein höherer, als es die nackte Rechnung ergibt. An Tauſenden von Stellen auf Dörfern und in kleinen Städten laufen Maſchinen, die hier überall die Arbeit eines Mannes erſetzen bzw. ſteigern. Die bequem angebotene Arbeitskraft geſtattet auch an entlegenen Orten eine beſſere Verarbeitung der Stoffe in der Landwirtſchaft und Kleininduſtrie und ſchafft Werte, die ſonſt verloren gehen.

Die Möglichkeit des Kraftbezuges auf dem Lande führt die (Klein-)Induſtrie wieder aus den engen Städten auf das Land und in geſunde Luft und in geſunde Wechſelwirkung mit der Landwirtſchaft, die die überſchüſſige Arbeitskraft während der Anſpannung des Arbeitsbedarfes im Sommer verwenden kann, ohne daß dieſe Arbeitskräfte während des Ruhens der Landarbeit im Winter brachzuliegen brauchen.

Alle dieſe Wirkungen laſſen ſich zahlenmäßig nicht vorher ſchätzen, ſie werden ſich aber um ſo mehr bemerkbar machen, je mehr die Kraftausnutzung ausgebaut und die Kraft gleichmäßig über das ganze Land verteilt wird.

Auf einen ſcheinbaren Einwand muß hier noch näher eingegangen werden, der heute in der Zeit weſenloſer Schlagworte von vielen Seiten ſicher für richtig gehalten wird, nämlich auf den: Brauchen wir überhaupt noch weitere Arbeitskraft? Nach dem verlorenen Kriege haben wir doch bereits für unſere Handarbeiter nicht Arbeit genug, ſo daß wir gezwungen ſind, die Arbeitszeit zu verkürzen, damit die Zahl der Brotloſen verringert wird. Verſchlimmern wir die Sache nicht noch, wenn wir durch Maſchinen noch mehr Arbeiter entbehrlich machen? Es iſt das einer der vielen, ſo ſelbſtverſtändlich ſcheinenden Trugſchlüſſe, die unſere neuen politiſchen Führer ſo oft machen.

Die Erfahrung hat das Gegenteil bewieſen. Je mehr wir unſere Arbeit einſchränken durch künſtliche Hemmungen und durch eigene Arbeitsunluſt, um ſo mehr nimmt naturgemäß die verfügbare Arbeitsgelegenheit ab. Umgekehrt, je intenſiver wir arbeiten, deſto mehr Werte ſchaffen wir; und dieſe Werte ſind nicht tot, ſondern ſie ſetzen ſich wieder in Arbeitsgelegenheit um. Alſo Vermehrung der Arbeit ſchafft mehr Arbeitsgelegenheit, nicht weniger.

Leider haben wir auf dieſe Erfahrung gerade jetzt, wo es uns ſo ſehr not getan hätte, gar keine Rückſicht genommen. Wir haben, ängſtlich beſorgt um die Gunſt der verſtändnisloſen Maſſe, die Arbeit beſchränkt und behindert. Die lediglich zum parteipolitiſchen Stimmenfang angeordnete außerordentlich hohe Beſoldung der Arbeitsloſen (die damals erheblich höher war als die Bezahlung hochwertiger Arbeiter) hat geradezu als Prämie der Arbeitseinſtellung gewirkt. Die Anerkennung des mit dem Streik im allgemeinen verbundenen Vertragsbruches als zuläſſig hat Treu und Glauben im Gewerbe und im Handel untergraben. Die unter dem Druck der Regierung erfolgte Bezahlung (beim Streik) nicht geleiſteter Arbeit hat die Arbeitsunluſt weiter geſteigert, die Arbeitsleiſtung dagegen und damit auch die Arbeitsgelegenheit weiter verringert. Unmittelbar gefahrdrohend für unſere Ernährung iſt die Verringerung der Arbeitsleiſtung und Arbeitsgelegenheit in der Landwirtſchaft. Die früher ſo hohe Produktion unſerer Landwirtſchaft iſt weſentlich zurückgegangen und wird noch weiter zurückgehen, je mehr wir durch verſtändnisloſe Zwangsmaßnahmen die Arbeitsanregungen verringern. Mit Zwangsverfügungen läßt ſich der Acker nicht bearbeiten. Darin iſt eine Umkehr dringend notwendig. Wir brauchen Arbeit, ſowohl die Arbeit der Hände als die Arbeit der Maſchinen.

Man klagt jetzt ſo viel über das Fehlen der Rohſtoffe. Der Landwirtſchaft fehlen vor allem die ſtickſtoffhaltigen Düngemittel. Und dabei haben wir den Hauptbeſtandteil, den Stickſtoff ſelbſt in unerſchöpflichen Mengen in unſerer Luft. Wir brauchen ihn nur auszuſcheiden. Dazu brauchen wir aber Arbeitskraft. Wenn unſere jetzige Not dazu führen ſollte, uns im Verbrauch des Stickſtoffes und der ſtickſtoffhaltigen Düngemittel vom Auslande unabhängig zu machen, dann wollen wir mit dieſer Wirkung des Krieges zufrieden ſein. Für die Stickſtoffgewinnung brauchen wir gerade große Kraftquellen, wie ſie jetzt im Ausbau und zum Teil im Entwurfe bearbeitet ſind.

Weiter kommt als Maſſenerzeugnis für Großkraftquellen Karbid und Aluminium in Betracht, deren Rohſtoffe wir ebenfalls im eigenen Lande haben. Auch hierin können wir uns vom Auslande völlig unabhängig machen.

Schließlich kommen alle Betriebe in Betracht, welche jetzt mit Dampf betrieben werden, unter anderen auch die Eiſenbahn.

Gegen die allgemeine (oder teilweiſe) Elektriſierung der Eiſenbahn wird von manchen Seiten eingewandt, daß es dann noch leichter als jetzt ſein würde, dieſen lebenswichtigen Betrieb zum Schaden des ganzen Volkes lahmzulegen. Dieſer Einwand iſt nicht ganz ſtichhaltig, weil eine Naturkraft durch den Streik der Arbeiter weniger leicht lahmgelegt wird als die Dampfkraft. Außerdem kann man ihm dadurch begegnen, daß man den Betrieb gleichzeitig an mehrere voneinander unabhängige Kraftquellen anſchließt; neben einem Ausgleich der Kraft und einer Verminderung der Betriebsſchwankungen würde dadurch eine größere Betriebsſicherheit erreicht werden. Und ſchließlich darf man doch wohl hoffen, daß die Seuche der politiſchen Drehkrankheit, mit der ſich die deutſche Arbeiterſchaft und noch weitere Kreiſe infiziert haben, endlich einmal wieder abflauen wird und einer geſunden Verſtandesverfaſſung Platz machen wird.

Aber eins können wir als erwieſen anſehen, daß wir nämlich in Deutſchland noch recht vielſeitigen Bedarf für Großkraft haben.

Weniger leicht iſt der Bedarf an Kleinkraft nachzuweiſen und noch weniger leicht iſt die Wirtſchaftlichkeit darzutun, weil die Kleininduſtrie und der Kleinbetrieb in der Landwirtſchaft bisher nicht gerechnet hat. Man kann nur auf die guten und zufriedenſtellenden Ergebniſſe hinweiſen, die der maſchinelle Betrieb im kleinen gebracht hat. Für ſolche Fälle ſind auch die kleineren Kraftausnutzungen (an den Flüſſen des Flachlandes, der Windkraft und der Ebbe- und Flutſtrömung) von großer wirtſchaftlicher Bedeutung, weil ſie kleine ſelbſtändige, von anderen unabhängige Betriebe ermöglichen.

In dieſer Beziehung ſei auf ein ärmeres aber fleißiges (wenigſtens bisher) Nachbarland verwieſen, nämlich Dänemark, das uns in der induſtriellen Entwicklung weit nachſtehend in manchen Beziehungen, ſo auch in der Fürſorge für die kleinbäuerlichen Betriebe und der Ausbildung ihrer Beſitzer überlegen iſt. Auf jedem größeren Bauernhofe finden wir hier Windmühlen zum Betrieb von Pumpen, Häckſelſchneidemaſchinen, Rübenſchneidemaſchinen, Zentrifugen, Buttermaſchinen, Schrotſteinen, Kornreinigern, Dreſchmaſchinen uſw. Die Anlagen arbeiten trotz der ſtarken und unüberſehbaren Kraftſchwankungen deshalb doch ſehr günſtig, weil der kleinbäuerliche Betrieb ſich mit ſeinem Kraftbedarf auf dieſe Schwankungen einrichten kann. Die oft gebrauchten Maſchinen, wie Pumpen und Buttermaſchine, erfordern wenig Kraft und laſſen ſich daher auch bei geringem Winde betreiben. Man erſpart aber durch den Windbetrieb immer eine menſchliche Arbeitskraft. Die größeren Maſchinen, wie Schrotſtein und Dreſchmaſchine, werden aber nur in Betrieb genommen, wenn die Windkraft vorhanden iſt; und das läßt ſich leicht einrichten, da die Arbeit durch den Bauern, ſein ſtändiges Geſinde, eventuell Frau und Kinder ausgeführt wird.

Man vergleiche damit den Betrieb in vielen deutſchen Kleinwirtſchaften. Das Getreide wird bei der Ernte in Diemen zuſammengefahren. Dann wartet man, bis der Dampfdreſcher kommt und alles auf einmal ausdriſcht. Für dieſe Arbeit des Dreſchens reichen die eigenen Leute des Bauern bei weitem nicht aus. Vorher und nachher, beſonders im Winter, hat er für ſeine eigenen Leute nicht genügend nutzbringende Arbeit. In der richtigen gleichmäßigen Ausnutzung der menſchlichen Arbeitskraft beſteht aber gerade die ganze Kunſt der Volkswirtſchaft.

In einigen etwas größeren (Kleinbauern-) Wirtſchaften hat man einen weiteren Ausgleich der Schwankungen durch Einfügung einer kleinen elektriſchen Sammelbatterie erreicht. Die Batterie liefert Licht und Kraft für die meiſten kleineren Maſchinen. Bei geringer Rückſichtnahme auf die Unregelmäßigkeit des Windes hat man dauernd Kraft und Licht zur Verfügung. Allerdings iſt in dieſem Falle ſchon eine kleine Exploſionsmaſchine als Reſerve erwünſcht, um die Sammelbatterie ſicher davor zu bewahren, längere Zeit entladen zu ſtehen.

Eine ähnliche Anlage, mit elektriſchem Sammler, beſteht ſeit etwa zehn Jahren im ſüdlichen Holſtein und hat ſich hier glänzend bewährt, beſonders natürlich während der Kriegsjahre und der noch ſchlimmeren jetzt darauffolgenden Jahre. Während die anderen Höfe in Dunkelheit lagen und Mangel an Arbeitskräften hatten, ſtanden auf dem betreffenden Hofe und dem teilweiſe mitverſorgtem Nachbarhofe ſtets Licht und Kraft genügend zur Verfügung. Die Ergebniſſe wären noch günſtiger geweſen, wenn nicht die Behörden in törichtem Übereifer die Kraftausnutzung zum Teil unterbunden hätten.

Ein ſolches Anpaſſen des Verbrauches an die Schwankungen der Kraftquelle und eine ſo hohe wirtſchaftliche Ausnutzung der Naturkraft iſt nur möglich im kleinen ſelbſtändigen Betriebe, wenn Krafterzeugung und Kraftverbrauch in der gleichen Hand liegt. Ja, man kann ſich dann ſogar ſicherer auf ſeine Kraft verlaſſen bei empfindlichen Einrichtungen (wie beiſpielsweiſe elektriſchen Brutapparaten) als bei größerer Kraftzentrale. Man ſollte daher der Kleinkraftgewinnung aus den Naturkräften vielmehr allgemeine Förderung angedeihen laſſen, als es bisher geſchieht. Der Nutzen für unſere Volkswirtſchaft und unſer Nationalvermögen iſt erheblich größer als die Zahlen der Rentabilitätsberechnung erkennen laſſen.

Allerdings gehört dazu auch ein Beſitzer, der mit ſeinen Maſchinen und ſeiner elektriſchen Anlage umzugehen verſteht, alſo ein erhöhter Grad von Volksbildung. Daß ſich dieſe erhöhte Volksbildung erzielen läßt, das zeigen die beſtehenden Anlagen. Ob unſere modernen Amateurvolksbeglücker mit ihren Phraſen von der Hebung der Volksbildung ſie fördern werden oder gänzlich durch politiſche Verflachung untergraben werden, darüber wird eine ferne Zukunft aburteilen.

Die zahlenmäßige Grundlage der wirtſchaftlichen Beurteilung einer Kraftanlage bildet die Rentabilitätsberechnung. Sie iſt es aber gerade, welche oft der Ausführung wirtſchaftlicher Anlagen hindernd im Wege ſteht. Die Rentabilitätsberechnungen ſind ſelbſtverſtändlich mit größter Vorſicht aufzuſtellen und es ſind nur die Erträge in Rechnung zu ſtellen, welche ſich mit Sicherheit beurteilen laſſen. Nun laſſen ſich aber nicht alle Wirkungen von vorneherein überſehen oder in Zahlen faſſen, wie ſchon bei der Beſprechung der Kleinkraftgewinnung hervorgehoben iſt. Dadurch aber, daß man alle in ihrer Größe unſicheren oder in Geld nicht angebbaren Vorteile bei der Berechnung fortläßt, kann eine geplante Anlage unwirtſchaftlich erſcheinen, die in Wirklichkeit volkswirtſchaftlich außerordentlich günſtig ſein würde.

Zu dieſen meiſt nicht genügend berückſichtigten Vorteilen gehört unter anderem bei Talſperren, wie bereits oben betont iſt, die Erhöhung der Wirtſchaftlichkeit aller unterhalb liegenden kleineren Waſſerkraftanlagen. Dieſer Vorteil läßt ſich zwar noch nach ſeinem Werte in Zahlen angeben, aber es iſt kaum möglich, daraus weſentliche Zuſchüſſe zu den Neubaukoſten der Talſperren von den Waſſerwerksbeſitzern zu erzielen, weil der gewonnene Vorteil von den betreffenden Kraftwerken nicht angeregt iſt, ſondern ihnen ohne ihr Zutun zuteil wird. Trotzdem bleibt vom volkswirtſchaftlichen Standpunkte der volle Vorteil als Zuwachs zu unſerem Nationalvermögen beſtehen und iſt als ſolcher zu berückſichtigen.

Noch weniger läßt ſich die Hebung der Bauwürdigkeit aller unterhalb der Talſperre noch möglichen Waſſerkraftanlagen durch die Staubeckenanlage verwerten, um die Mittel für den Neubau der Talſperre flüſſig zu machen; und jeder Ingenieur wird es ablehnen, dieſe noch nicht beſtehenden Werte in Rechnung zu ſtellen. Trotzdem iſt es ohne Frage eine wertvolle Erhöhung unſeres Nationalvermögens, wenn wir die Möglichkeit weiterer wirtſchaftlicher Kraftausnutzung ſchaffen. Und durch den weiteren Ausgleich der Waſſerführung unſerer Flüſſe wird ſie auch in Zukunft an vielen Stellen geſchaffen werden, wo ſie jetzt noch nicht beſteht oder zu beſtehen ſcheint.

Durch die Waſſerkraftausnutzung mittels Talſperren werden Vorteile geſchaffen, die ſich gegenſeitig wieder beeinfluſſen und den Nutzen der Talſperre mittelbar weiter erhöhen. Auf die Vorteile der durch die Talſperren verurſachten gleichmäßigeren Waſſerführung unſerer Flüſſe für die Landwirtſchaft und Schiffahrt iſt oben bereits hingewieſen. Die gleichmäßigere Waſſerführung wird weitere Waſſerkraftanlagen am Fluſſe begünſtigen und die dafür erforderlichen Wehre werden wieder für eine Vermehrung der Schiffahrtstiefe und im landwirtſchaftlichen Intereſſe für Be- und Entwäſſerungen ausgenutzt werden können. Die Kraft ſelbſt und die Verbeſſerung der Schiffahrt wird Handel und Induſtrie beleben. So wirkt die eine Anlage als Schraube ohne Ende, aber im günſtigen Sinne auf weite Entfernung von ihrem Standorte und ihr wirtſchaftlicher Wert iſt weit größer als die zahlenmäßige Rentabilitätsberechnung ergibt.

Ein weiterer unſicherer Faktor in der Beurteilung der Wirtſchaftlichkeit der geplanten Ausnutzung der Naturkräfte iſt die Verwertung der gewonnenen Kraft, die Kraftabnahme. Es iſt natürlich nicht damit zu rechnen, daß bei Großkraftanlagen ſofort alle gewonnene Kraft verkauft wird und ſogleich eine Verzinſung des Anlagekapitals bringt. Es wird daher die durch den Kraftverkauf noch nicht gedeckte Verzinſung des Anlagekapitals in den erſten Jahren nach der Fertigſtellung die Wirtſchaftlichkeit des Unternehmens belaſten. Erſt wenn die Einnahmen aus dem Kraftverkauf die jährlichen Betriebs- und Unterhaltungskoſten ſowie Zinſen und Tilgungsbeträge erreichen oder überſteigen, wird der Betrieb allgemein als wirtſchaftlich angeſehen. Der Verkaufswert der Kraft iſt rechneriſch der Maßſtab des Wertes der Kraftausnutzung. Vom volkswirtſchaftlichen Standpunkte iſt aber der Wert für das Nationalvermögen erheblich höher, und zwar ſo groß, wie der Wert der Kraft für den Verbraucher iſt, alſo zuzüglich des Verdienſtes des Verbrauchers ſelbſt und des etwaigen Zwiſchenunternehmers (Kreis, Gemeinde uſw.). Ja ſogar die Koſten der Herſtellung, der Kraftverteilungsleitung und ſelbſt der ganzen Kraftgewinnungsanlage bergen die Verdienſte aller an der Herſtellung Beteiligten mit in ſich, ſo daß ſchon der rein als Belaſtung gebuchte Betrag, die Anlagekoſten, volkswirtſchaftlich nicht rein als Belaſtung anzuſehen ſind. In Zahlen läßt ſich dieſer volkswirtſchaftliche Wert ſchwer faſſen. Aber eins iſt ſicher: Selbſt wenn alle oben angeführten unmittelbaren und mittelbaren Vorteile, welche ſich in Zahlen angeben oder ſchätzen laſſen, die rechnungsmäßigen Ausgaben nur aufwiegen, wenn alſo der Ertrag des Kraftgewinnungsunternehmens gleich Null iſt, ſelbſt dann kann der durch die Anlage erzielte Gewinn für das Nationalvermögen noch ein erheblicher ſein. Das angeſtrebte Ziel der Kraftgewinnung ſoll ja doch nicht darin beſtehen, dem Staat eine Geldrente zu verſchaffen, ſondern die Staatsangehörigen mit Kraft zu verſorgen, und danach iſt das ganze Unternehmen volkswirtſchaftlich zu beurteilen. Die (aus dem Verkauf erzielten) Einnahmen dienen nur dazu, den tatſächlichen Vorteil nicht lediglich einzelnen Gegenden oder Bevölkerungsklaſſen zukommen zu laſſen, ſondern ihn zum Teil auf eine größere Einheit (Staat, Reich) zu verteilen entſprechend der Beteiligung an den Baukoſten.

Beſonders wichtig iſt in dieſer Beziehung der Vergleich mit der Dampfkraft, dem größten Nebenbuhler der Waſſerkraft ſowie jeder Naturkraftausnutzung. Eine Kraftanlage wird im allgemeinen nur dann für bauwürdig gehalten, wenn die auf die Einheit der Leiſtung (das iſt eine Pferdekraftſtunde) entfallenden Koſten (einſchließlich aller Nebenkoſten) kleiner ſind als bei der Dampfkraft. Das mag vom kleinlichen kaufmänniſchen Standpunkte eines einzelnen Unternehmers richtig ſein; eine größere Gemeinſchaft, beſonders der Staat und das Reich, darf nicht ſo rechnen. Für die große Gemeinſchaft iſt der Betrieb der günſtigere, welcher der Geſamtheit der Angehörigen die größten Geſamtvorteile bringt; und da ſchneidet die Dampfkraft volkswirtſchaftlich ſehr viel ungünſtiger ab. Die Dampfkraft bringt keine größeren Nebenvorteile mit ſich, weder für die Landwirtſchaft noch für die Schiffahrt, noch auch für die Induſtrie durch gleichzeitige Erhöhung anderer Kraftgewinnungsmöglichkeiten.

Während die Ausnutzung der Naturkräfte neue Werte ſchafft und feſthält, die ſonſt für uns verloren ſein würden, zehrt die Dampfkraft von einem vorhandenen Kapital. Die Kohle, die Grundlage der Dampfkraft, iſt ja gleichſam auch eine in früheren Entwicklungszeiten der Erde aufgeſpeicherte Naturkraft. Aber der Speicher iſt nicht unerſchöpflich und jede Gewichtstonne verbrannter Kohle iſt dem Nationalvermögen verloren. Die Dampfkraft zehrt von dieſem Vermögen, die Naturkraft ſpart dieſes Vermögen und ermöglicht es, dafür andere Werte vom Auslande einzutauſchen.

Und dieſen Wert der Ausnutzung der Naturkräfte wollen wir an den Schluß unſerer Betrachtung ſtellen. Sie bilden eine große Sparkaſſe für unſer Volksvermögen. Und wie ſehr wir es nötig haben, zu ſparen, das ſieht wohl jeder ernſte Mann ein. Nicht heute wird der Wert der Naturkräfte für unſer Volksvermögen voll zur Geltung kommen, ſondern erſt bei unſeren Kindern und Kindeskindern. Aber je eher wir anfangen, unſer Scherflein in dieſe Sparbüchſe zu tun, und je nachhaltiger wir daran arbeiten, um ſo früher wird auch der ſichtbare Erfolg eintreten, und wir werden dereinſt mit Ruhe unſere Augen ſchließen können in der Erwartung, daß auch im zukünftigen Deutſchland für unſere Nachkommen Arbeit und Arbeitsgelegenheit vorhanden ſein wird, ohne daß ein allzu großer Teil durch Not und Mangel gezwungen ſein wird, auszuwandern.

Von deutſcher Theaterkunſt und Bühnenart

(„Götz“ und „Mittſommernachtstraum“ in Graz)

Von

Univerſitätsprofeſſor Dr. Albert Eichler (Graz)

> „Das Unglück iſt geſchehen, das Herz des Volkes iſt in den Kot getreten und keiner edeln Begierde mehr fähig.“
>
> Uſong.

Goethe ſetzte 1771 dieſe troſtlos klingenden Worte vor ſeine „Geſchichte Gottfriedens von Berlichingen“, und doch wurde 1871 die deutſche Einigkeit geſchmiedet. So ſind auch heute in der deutſchen Südmark, aus ſo vielen Wunden auch ihr verſtümmelter Leib bluten mag und ſo nahe wir nun an die Grenze des Slawenlandes herangerückt worden ſind, deutſche Regſamkeit und Gefühlstiefe, die Bürgen des kulturellen Aufbaus, nicht erloſchen, und Uſongs Elendſchilderung gilt gottlob nur von unſeren äußeren Lebensbedingungen. Wir können uns in unſerem Grenzland und ſeiner Hauptſtadt ſogar recht friſcher Lebensanzeichen rühmen. Und es ſcheint uns da ähnlich zu gehen wie dem jungen Götz-Dichter, der aus dem gut deutſchen Leipzig mit damals franzöſiſcher Überfeinerung in das franzöſiſche Straßburg gezogen kam und gerade in dieſem Vorwerk deutſcher Bildung dank Herder der gotiſchen Baukunſt und dem germaniſch empfundenen Shakeſpeare ſein Herz und ſein Weſen erſchloß. War es gleichgültig, daß er gerade im Elſaß ſich dem Volkslied, der Fauſtſage und dem knorrigen Reichsritter mit der eiſernen Hand ſo ganz hingab? So ſtrafte er ſein Geleitwörtlein zu dem ſhakeſpeariſch gefaßten Heldenſtück als Menſch wie als Dichter Lügen, ſo erwies er ſeine und ſeines Volkes Widerſtandskraft gegen fremden Druck. Ähnliches Beſinnen auf ſich ſelber flutet nun auch wieder in ſteiriſchen Köpfen und wird das gemarterte Land heilen und ſegnen.

Unſere jungen Dichter haben ſich über die Niederdrückung aller geiſtigen Regungen bereits erhoben, und die in Deutſchland wie nirgendwo ſonſt ganz von literariſcher Kunſtwelle getragene Dramatik — natürlich nicht die des modiſchen Schundſtückes — ſpricht wieder eindringlich und nachhaltig zu uns. Neues Mühen an alten und jungen Stücken wird von wagemutigen und gewiſſenhaften Bühnenleuten aufgewendet und gibt ſtets neuen Anſtoß zum Wetteifer des gebenden Künſtlers und des nehmenden Genießers.

So iſt in Graz im Sommer 1919 das unerſchöpfliche Sturm- und Drangſtück Goethes, deſſen Geleitſpruch wir auch vor unſere Skizze geſetzt haben, in einer hochbedeutſamen Form über die Bretter gegangen.[1] Julius Grevenberg, dem wir ſo viele gediegene Verkörperungen der Klaſſiker, namentlich des auch in Graz ganz eingedeutſchten Shakeſpeare, verdanken, hat da einen „Götz“ von geſundeſter Lebensfülle und -kraft hingeſtellt und, man darf es rühmend ſagen, Goethes eigene Verſuche, ſeinem rieſenhaften Wurfe die Bühne zu erobern, weit übertroffen. Und zwar dadurch, daß er aus allen Beſſerungen, Änderungen, Kürzungen und Erweiterungen mit nachfühlendem Geſchick und reicher Theatererfahrung Vorteil zog und eine einheitlich anmutende, machtvolle Schöpfung erſtehen ließ.

Er vereinte die hinreißende Gewalt zahlreicher Auftritte (vornehmlich zu Beginn, in der Biographieſzene und bei Adelheids Hinrichtung) des „Urgötz“ (1771) mit dem ſchon reiferen und gedämpfteren Stil des „Götz“ in ſeiner erſten Buchform (1773); überdies baute er aber in dieſen älteren Beſtand auch einige wirkſame und farbenreiche Szenen aus der erſten von Goethe ſelbſt beſorgten Bühnenbearbeitung (1804) mit Glück ein, die den Zauber der richtigen Zeitgebung des Fauſtrechtes ſowie den ſehr ſtarker Szenenwirkungen beiſteuerten. So im 2. Akt die bitter-humorvolle Einführung des vom Würfeln entblößten Selbiz auf dem anheimelnden Jaxthauſen und den für Götz und ſeinen treuherzigen Georg ſo bezeichnenden Überfall auf die Nürnberger Kaufleute mit ſeinem gemütvollen Schluß; ferner im 3. Akt die trotz allem Tändeln doch tragiſche Abrichtung des hoffnungslos vernarrten Franz durch die teufliſche Adelheid, ſowie den mannhaften Auftritt Sickingens und Selbizens; im 5. Akt ſchließlich das erhaben-grauſenvolle Femgericht. Durch die ſtraffe Zuſammenfaſſung der gegenſätzlich gerichteten Stufen der Götzſzenen, beſonders der auf Jaxthauſen ſpielenden, und der Adelheid-Auftritte iſt es Grevenberg gelungen, jenes Doppelſpiel, in welchem der unglückſelige Weislingen befangen iſt und ſich zu ſeinem und Götzens Unheil immer feſter verſtrickt, klar und ohne Riſſe herauszuarbeiten. So wurde dieſe zweite Handlung, die man ja kaum mehr als bloße Nebenhandlung fühlt, immer mehr von der Geſtalt des Haupthelden losgelöſt und trieb in allen ihren Beteiligten einem echt dramatiſchen Abſchluß zu, welcher in Goethes erſten Faſſungen noch nicht erreicht worden war. Mit weiſem Maß behielt Grevenberg vieles Urwüchſigere, Derbere, Grauenhaftere des „Urgötz“ bei (u. a. das berühmte Zitat in vollem Wortlaut, die kraſſe Helfenſteinſzene): dies hielt den theatraliſchen und literariſchen Zugeſtändniſſen von Goethes eigenem ſpäteren Bühnentext die Wage.

---

[1] Erſtaufführung am 7. Juni; noch dreimal gegeben.

Den Untergang wüſten Umſtürzlertums, mächtig in den Bauernkriegbildern vorgeſtellt, empfinden wir auch in dieſer neuen Form des „Götz“ leibhaft. Nicht minder aber ergriff die menſchliche Einfalt und Größe, die biedere Treue des kernfeſten Mannes, der einer Welt von Teufeln zu trotzen auf ſich nimmt, in die äußeren Schlingen der Bruderfeindſchaft fällt und, innerlich frei geblieben, als Gefangener mit dem Willkommgruß an die überirdiſche Freiheit auf den Lippen den letzten Atemzug tut. Schmerzlichſt gemahnte uns der Verlauf dieſes Heldenlebens an den Zuſammenbruch des Jahres 1918, und doch nahm man den Eindruck der Erhebung und Läuterung aus den Aufführungen dieſer dichteriſch beſchwingten Grazer Bearbeitung des „Götz“ heim.

Mit anſcheinend geringen Mitteln hat der feinfühlige Einrichter auch als Spielleiter in ſorgſamſter Kleinarbeit ſeinem Texte vollausſtrömende Bühnenwirkung geſichert. Das für einen heutigen Spielabend zu unförmliche Drama — Goethe ſelbſt hat es einmal ſogar in zwei Ritterſpiele zerlegt aufgeführt! — iſt in 28 Auftritte zuſammengezogen. Hat Goethe ſelber ſeine Szenen in freieſter Nachahmung des damals von ihm vergötterten Shakeſpeare bunt, raſch und leicht wechſeln laſſen, ohne ſich zunächſt viel um die Darſtellungsmöglichkeiten auf dem Theater zu kümmern, ſo war es ein ausgezeichneter Einfall, dieſe Bilderfolge mit Hilfe einer modernen Spielart der ſogenannten „Shakeſpeare-Bühne“ (Typus der „Münchener Reform-Bühne“) flink abrollen zu laſſen. Ein ſteingrauer Einbau unbeſtimmter Art, der bald Zimmerwände, bald Felſenumrahmung, bald Kirchenmauern andeuten konnte, ſtand auf der Vorderbühne an Stelle der Seitenkuliſſen. Hinter ihm ſchloß bei Innenſzenen eine breite Gardine, die nach Bedarf auch als Eingang dienen konnte, den Schauplatz ab, während ſich bei Szenen im Freien ein ſehr hell belichteter Wald-, Wieſen- oder Bergproſpekt vor einer kurzen und etwas erhöhten Hinterbühne zeigte. Möbel und andere Hilfen der Raumvorſtellung waren ſpärlichſt verwendet, ſo daß das Aufſtellen der Szenendekorationen, das „Umbauen“, ſehr behende zu bewerkſtelligen war. So wurde es möglich, das umfängliche Stück mit bloß zwei Pauſen in nicht ganz viereinhalb Stunden abzuwickeln und Spannung und Steigerung ungeſchwächt rege zu erhalten, eine alle Töne des Scherzes, der Behaglichkeit, der gutbürgerlichen Geſinnung, der friſchen Kampfesfreudigkeit, der höfiſchen Niedertracht, der gräßlichſten Seelenqualen voll erklingen laſſende Stimmung anzuſchlagen. Eine erleſene Beſetzung auch der minderen Rollen und rühmlichſte Bereitwilligkeit aller Schauſpieler, ihr Beſtes zu geben, freudige Hingabe des techniſchen Perſonals ermöglichten eine wahrhaft klaſſiſche Wiedergabe der Abſichten dieſes Grazer „Götz“. Nachhaltige Weiheſpielgefühle waren die lebhaften Erinnerungseindrücke dieſer Wiederbelebung von Goethes Jugendwerk.

Nicht ſo erhaben, dafür freundlicher war das Erlebnis bei der mit gewiſſenhaftem Fleiß und phantaſievollſter Kunſt von Heinrich Orell achtmal gebrachten Neueinſtudierung des „Mittſommernachtstraumes“ Shakeſpeares mit Mendelsſohns Muſik,[1] die für das geſunde Theaterempfinden des nicht dem Kriegsgewinnertum angehörenden Publikums und für deſſen doch noch unverdorbenen Geſchmack am Klaſſiſchen beredtes Zeugnis ablegt. Orell ſtellte die Wirkung des ja nicht leicht entwirrbaren Märchenſpieles faſt ganz auf das Traumhafte, Verworrene, Halbdunkle, Schwüle, Unterbewußte ein; die atheniſchen Szenen tauchte er dafür in heitere oder poſſenhaft-trockene Helle und Nüchternheit, wogegen er das Schlußbild wieder eigenartig abdämpfte. Wie Tieck und andere Einrichter zog Orell, der allenthalben eigene wohlabgewogene Ideen verwirklichte, den Szenenbeſtand auf drei Akte mit bloß vier Bildern zuſammen, wobei nur eine kleine Umſtellung erfolgte und die belangloſe letzte Szene des 4. Aktes fiel. — Aus techniſchen Gründen konnte die Regie Anfang und Ende des Stückes leider nicht ſymboliſch durch dieſelbe Dekoration verknüpfen: das Waldbild mußte ſchon hinten fertig gebaut ſtehen, während der 1. Akt ablief, auf den wir hier im einzelnen leider nicht näher eingehen können.

Verweilen wir dafür etwas länger bei dem Glanzpunkt, dem unſagbar ſtimmungsvollen Bild für die Handlung der Akte II bis IV. Ohne zu Auffälligkeiten Zuflucht zu nehmen, hatte Bühneninſpektor Pfundner hier einen echten, rechten Märchenwald vorgetäuſcht: mehrere Bogen hintereinander, nur wenige Verſatzſtücke, im Hintergrunde ſchüttere praktikable Büſche und ein durch Fußrampenlicht gut beſtrahlter, zum Teil durchſcheinender Waldproſpekt. Der ebene Raum im Vordergrunde iſt bloß anderthalb Gaſſen tief und außerdem durch je eine Moosmatratze beiderſeits belebt. Dahinter gehen ſofort zwei breite, gleichmäßig ſteile, praktikable Anſtiege bis knapp vor die wieder ebene hinterſte Bühnenplatte — alles mit weichem Moos überkleidet. Die zwei Anſtiege trennt vorne unſymmetriſch eine ſchwach bebuſchte Einbuchtung vor einem hinten hohlen verwitterten Felsblock: der zentrale Lauſcherpoſten Oberons und Pucks. Links, zwei Schritte hoch im Anſtieg, baut ſich, ſchräg gerichtet, durch Blätter- und Blütenranken (als Gardinen) verſchließbar, die Roſenlaube Titaniens auf, deren Lager vom Mond beſtrahlt werden kann. Ihr etwa gegenüber, aber unterhalb des Anſtieges, klafft ein Felſenſpalt zum Abgang des Pyramus in der Probe. In die deutſch wirkende Waldwelt ſind kühn zwei Palmen, in der Tiefe der Laube, links und rechts hineingeſtellt; ein Baumverſatzſtück in halber Bühnentiefe gliedert den Hintergrund architektoniſch. In das Halbdunkel der Szene flirrt Mondlicht ab und zu binein, namentlich zur Hervorhebung der Mienen und Gebärden der Elfendarſteller.

Im Verklingen des gedämpft-neckiſchen Scherzos rauſcht der Vorhang auf: Puck (Hoſenrolle!) auf dem Felsblock, ſchlenkert mutwillig mit den Beinen. Er iſt in holzfarben geſchecktes Trikot gekleidet und verkörpert auch im groben Sprechton und im grölenden Lachen vortrefflich den derben Poltergeiſt, als den er ſich gleich im hockend vorgebrachten Schabernackbericht charakteriſiert. Alle Elfenſpielerinnen — mit Ausnahme der Diener Zettels — waren Erwachſene: hierdurch verlor bei der vorzüglichen Geſtaltung der Reigen ihr Auftreten nichts an Zartheit, an ſchwebender Flüchtigkeit, gewann aber an Sicherheit und Selbſtändigkeit gegenüber einem noch ſo gut gedrillten Kinderballett. Nur die erſte Elfe und das Mottequartett waren mit Flügeln begabt; Oberon blieb ohne Gefolge, doch begleiteten in den Tanzſzenen Faune in lichten Pelzen das Gaukeln der Elfen im Hintergrunde mit plumpem Haſchen und täppiſchen Sprüngen. Die Elfen huſchten zumeiſt von verſchiedenen Richtungen herein und zogen ihre Tanzgewinde — die herkömmlichen „Tänze“ waren ſtark eingeſchränkt — über die beiden

---

[1] Erſtaufführung am 6. November.

Abſtiege auf und ab, eine der zierlichſten Vortänzerinnen tanzte eigene, unabhängige Figürchen vorne dazwiſchen. Die Elfen kletteten ſich gerne um Titania und ſtoben bei des grollenden Oberon erſtem Hereinſtürmen, deſſen aufſtampfender Eintritt ſie kurz erſtarrt in ihren Poſen ſtecken bleiben ließ, ſofort zu ihr hin, wie um ſie zu ſchützen. Hob ſich die Lichtelfe von Puck in Bewegung und Tracht ſehr günſtig ab, ſo war auch das Herrſcherpaar ähnlich auseinandergehalten: Oberon in glockenförmigem Blättermantel und mit einer Laubkrone, die ihn trefflich dem Wald und Felsblock, ſeinem Standort in allen Lauſchſzenen, anpaßten, ihn in Mimikry „unſichtbar" machten; Titania in hellem, ſilberflitterigem, fließendem Schleiergewand mit zartem, feingetöntem Blütenmantel, die das Ätheriſche, Elfenhafte, Weibliche dem doch etwas grotesken Oberon und ſpäter dem Eſelsungetüm gegenüber lichtvoll betonten. Puck trabt und galoppiert zumeiſt in drolligen Sprüngen und auf plumpen Umwegen laut auf und ab; die liebenden Paare ſind in beſtändiger Unraſt gehalten, ſie ſprechen kaum einen Vers ſtilleſtehend und jagen auf und ab, kreuz und quer über die Bühne. Der ſanfte Schlummerreigen der Elfen verſchwimmt hinter leichten Nebelſchleiern ganz feenhaft. Das Spiel der Menſchen geht in dieſem Waldakt faſt ohne ritardandi vor ſich, drängend, ſich überſtürzend — nur die urſprünglichen zwei Aktſchlüſſe, die ja muſikaliſch ausgefüllt ſind, geben als leicht nebelige lebende Bilder Ruhepunkte der Stimmung ab. Pucks ſchleichendes, lauerndes Spiel ſteigert unheimliche Verwicklungen: ja durch beängſtigendes dumpfes Heulen ſcheint er Hermias Schlangentraum geradezu zu verurſachen. Nach dem haſtigen, quäleriſchen „Intermezzo" trollt er herein, kollert von oben herab, lacht grob auf und rennt den Meiſtern ein kleines Stück neugierig entgegen, verfolgt dann von einer Palme, die er erklettert hat, leiſe grölend die Probe der in Holzſchnittmanier grobſtrichig im Raum ſtehenden Rüpel. Wieder werden treffliche Pointen durch tonvariierende Wiederholung einzelner Textſtellen neu gewonnen oder doch luſtig verſtärkt. Erſt knapp vor Zettels Wiedereintritt hüpft Puck von hinten in den Felſenſpalt, ſo daß die Verzauberung dann als unmittelbarer Einfall wirkt. Das Entſetzen über den Eſelskopf löſt die wirrſte Jagd aus, die Pucks ſtarkes, wildes „Hin und Her" ganz toll geſtaltet. Die Zettel-Titania-Szene ſpielt vorne und ſpricht durch ihre grellen Kontraſte, Zettels hilfloſe Bewegungen und ſein Widerſtreben die Heiterkeit an. Pucks nachgenießender Bericht über die Hetzjagd trägt er dem Oberon wieder, wie anderes oft, vorne kauernd vor. Das ſchwierige bunte Wechſelſpiel der vier beſeſſenen Liebenden geht dank der genialen Farbenwahl der Gewänder gut verfolgbar vor ſich; in der Balgeſzene hält ſich Helena meiſt beherrſchend auf der Böſchung, ſo daß ihre „große Figur" überdeutlich wird. Hermia wird ſchließlich in des Roten Überwurf eingewickelt, der ſie ſo bis zum Abgang der Männer (in komiſchen, mächtigen Parallelſprüngen, Leib an Leib) wirkſam blendet. Die feige Helena läuft mit bedenklich weit emporgeſchürztem Kleid langbeinig ab. Das Irreführen der Freier verheißt Puck mit fegenden Gebärden in zügelloſeſter Hetzluſt und ſetzt dieſes „Hin und Her" in eine wahre Meiſterleiſtung um: überall am Bühnenrande, oben und unten, ſcheint er faſt gleichzeitig zu ſein und zieht ſo mit dumpfen Rufen und verhaltenem Grölen die Mordluſtigen über die ganze Szene, bis die richtige Schlaflagerung der Pärchen erreicht iſt.

Abermals ſenken ſich Schleier und alles vordere Licht erliſcht; während des getragen-ſänftigenden „Notturnos" erkämpft das Morgenrot von hinten her Laubbogen auf Laubbogen und übergießt endlich alles mit roſigem Schein. Die letzte Zettel-Titania-Szene ſpielt ſchon im Morgenlicht; ihr folgte von der fünften Vorſtellung an zugunſten eines weitaus wirkſameren Aktſchluſſes eine kleine Umſtellung: ſofort weckt Puck Zettel mit einem derben Hieb, er reibt ſich die Augen und trollt ſich dann bald. Nun kommt der Waldhörnerruf, Theſeus tritt mit kleinem Gefolge (nicht in Jägertracht!) auf, die Liebenden kollern im Erwachen einander zu und ziehen dann mit dem Herzog gleich ab unter den Klängen der zu Beginn dieſes Auftrittes vorgeſehenen Fanfare.

Dieſer ganze etwa Siebenviertelſtunden beanſpruchende Akt war eine Höchſtleiſtung aller beteiligten Kräfte: eine Offenbarung der in Shakeſpeares Drama ſchlummernden

Theaterhaftigkeit. Er warf überdies eine ebenſo anheimelnde wie leicht unheimliche Stimmung über dieſes Waldweben. Den friſchen und gewandten Einzeldarbietungen — ausgezeichnet war die des Puck — nahm ja die Halbbeleuchtung einiges von der ſorgſam erarbeiteten Vertiefung und Verfeinerung. Dennoch blieb der Traum, das Märchen, und dem alten, für uns ja ganz aufs Wort geſtellten Shakeſpeareſtück waren mit der ſchön nachfühlenden Muſik und allen ſonſtigen modernen Zugaben ungeahnte dramatiſche Neuwirkungen zugeſellt, die ſeinen Dichter in ihrer die Geſamtſeele des Zuſchauers packenden Macht gewiß entzückt hätten.

Auch im Schlußakt hat Orell die an ſich ſtarke Theaterwirkung der Komödie mit kundigem und ſicherem Blick für alles Mimiſche, Muſikaliſche und Poſſenhafte nahezu reſtlos ausgeſchöpft. Wohl ebenſo aufrichtig galt aber der den Schluß jedesmal freudigſt und freigebig ausläutende Beifall der feinſinnig gewobenen Stimmung, die in ſanfter Abtönung über den wirren, zauberiſchen Traum und ſeine Symbolik geworfen war, dem traulichen germaniſchen Elbenweſen im Märchenwalde und an der Herdſtatt. Ob auch alles Tiefere, Reichere, rein Menſchliche bei den vielen Strichen der Mehrheit der Zuſchauer zu Bewußtſein gekommen iſt, möchte man bezweifeln. Dieſe alten Theaterſtriche ſparen wenig Zeit, drücken aber Figuren und Stück unnötig herab. Hat doch auch Shakeſpeare ſelber durch dieſe heute als „literariſch“ verſchrienen Stellen ſein weit naiveres und ebenſo ſchauluſtiges Publikum in ſeinen bretternen Bann gezogen. Alſo weg mit dieſer Tradition der Bequemlichkeit!

Sonſt aber hat die Shakeſpeare-Wiederbelebung wie die Umformung des „Götz“ in Graz entſchieden als eine wahre Großtat deutſchen Wirkens alle geiſtig Strebenden angeeifert, Kunſt und Künſtler neuerdings durch verſtändnisvolles Mitgehen zur Anſpannung aller Kräfte zu begeiſtern, ſich ſelber aber zum verehrungsvollen Genießen zu erziehen und ſich ſo im harten Leben unſeres nebelumhangenen Alltags neu geſtärkt zu finden von deutſcher Art und Kunſt.

Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener

(Fortſetzung)

In dieſer durch die bosniſche Okkupation leidenſchaftlich aufgeregten Zeit wurden die Landtage einberufen. In Böhmen hatten Neuwahlen ſtattgefunden, bei denen ich nunmehr auch in den Landtag gewählt wurde. An der Spitze des Landtags ſtand Fürſt Karl Auersperg, ein Mann von unzweifelhaften Fähigkeiten und feſter Geſinnung, der aber durch ſeine Schroffheit und ſeinen Hochmut der Partei mehr ſchadete als nützte. Er hatte urſprünglich im böhmiſchen Adel die erſte und leitende Stellung beſeſſen, verſtand es aber nicht, ſeine Führung vertrauensvoll zu geſtalten. Im Großgrundbeſitz gab es auch hier eine Anzahl von Mitgliedern, welche keine ſtarke politiſche perſönliche Meinung hatten, ſondern mehr aus geſellſchaftlicher Gewohnheit und Anerkennung der beſtehenden Parteiverhältniſſe zur herrſchenden Verfaſſungspartei hielten. Von dieſen Elementen ſtieß Auersperg durch ſeine Rückſichtsloſigkeit und ſein herrſcheriſches Weſen einen großen Teil ab, der nun zur Gruppe Heinrich Clam und Fürſt Karl Schwarzenberg abſchwenkte, die anfangs ſehr wenig zahlreich war, in der ſie aber das größte Entgegenkommen und freundlichſte Aufnahme fand. Der Sturz Belcredis und ſpäter Hohenwarts verſchob das Verhältnis wieder zu unſeren Gunſten, das ſich durch die Änderung der Beſitzverhältniſſe im Anfang der ſiebziger Jahre noch weiter beſſerte, und ſo errang die verfaſſungstreue Liſte bei den Neuwahlen auch diesmal wieder die Mehrheit. Aber Auersperg tat nichts, um ſeine Anhänger feſtzuhalten; ſo wie er als Miniſterpräſident jedem fremden Argument unzugänglich war, ſo übte er im Landesausſchuß eine unduldſame Herrſchaft, bekämpfte jeden Annäherungsverſuch nach der tſchechiſchen Seite und ſah in der Fortſetzung ſeiner uneingeſchränkten Gewalt die Löſung aller böhmiſchen Schwierigkeiten. Er war ein auffallend ſchöner, vornehm ausſehender Mann, aber im Benehmen unverbindlich und hochmütig. Im Landtag ſprechen die neugewählten Abgeordneten bei ihrem Eintritt in die Verſammlung nicht wie im Abgeordnetenhaus bloß die Angelobungsformel von ihrem Sitz aus, ſondern ſie treten zum Präſidium und legen mittels Handſchlags ihr Gelöbnis in die Hände des Oberſtlandmarſchalls. Als nun zu Beginn der Seſſion die Angelobung der Abgeordneten vorgenommen werden ſollte, zog Fürſt Auersperg einen Handſchuh an die rechte Hand, um nicht all den Abgeordneten die bloße Hand reichen zu müſſen. Sowie ich dies ſah, eilte ich in die Garderobe und brachte aus meinem Überrock gleichfalls einen rotgelben Dogskinhandſchuh, wie man ſie damals trug, und zog ihn demonſtrativ vor dem Präſidium an, um beim Handſchlag ebenſo behandſchuht zu ſein wie der Landmarſchall. Auersperg hat mir dieſe Lektion, die ich ihm gab, niemals vergeſſen. Ein anderes Stückchen ſeines Hochmuts war folgendes. Er gab zu Ehren der Landtagsmitglieder eine Soiree. Seine Frau, die Fürſtin, empfing die Gäſte nicht, wohl aber war in einem Salon ein durchſichtiger Gazevorhang geſpannt, hinter dem die Fürſtin mit ein paar befreundeten Damen ſtand, um ſich die merkwürdige Geſellſchaft anzuſehen, ohne mit ihr in Berührung zu kommen. Ein Neffe Auerspergs, Baron Wilhelm Kotz, ein witziger Querkopf, ſchrieb einen Band Novellen, in denen er die Figur dieſes böhmiſchen Granden mit viel Humor kennzeichnete. In der Kurie des Großgrundbeſitzes ſaßen nicht viele Mitglieder des hohen bömiſchen Adels, einige davon waren ganz vortreffliche Männer, ſo Fürſt Alexander Schönburg, eine feine wohlwollende Natur, der ſtets das gute anſtrebte und mir auch in ſpäteren Jahren eine wahrhaft rührende freundſchaftliche Geſinnung bewies; eine viel ſchärfer ausgeprägte Figur war Graf Oswald Thun, ſehr beſtimmt in ſeinen Sympathien und Antipathien ſowie in ſeinen Anſichten, der im Laufe der Jahre an den meiſten unſerer internen Beratungen teilnahm, politiſch und perſönlich abſolut verläßlich und bis an ſein Ende mit mir befreundet. Dem Landtag gehörte vermöge ſeiner erzbiſchöflichen Würde auch Kardinal Schwarzenberg an, eine imponierende Erſcheinung, deſſen herablaſſende Höflichkeit nicht gerade angenehm berührte, aber es war mehr in ihm als bloße ſelbſtgefällige Hoheitsſucht, ſein Verhältnis zur Güntherſchen Philoſophie, ſeine Haltung auf dem Konzil zeugten von geiſtiger Selbſtändigkeit und freierer Auffaſſung, auch in nationalen Dingen in Böhmen hielt er ſich von allen extremen tſchechiſchen

Tendenzen fern. Im deutſchen Landtagsklub waren damals alle deutſchen Abgeordneten in großer Eintracht vereinigt, Teilfraktionen gab es damals noch nicht. Herbſt hatte einen großen Einfluß, Schmeykal ſtand noch nicht auf der Höhe ſeiner ſpäteren Stellung, genoß aber damals ſchon die allgemeinen Sympathien wegen ſeiner Selbſtloſigkeit, aufopfernden Tätigkeit und unermüdlichen Arbeit für alle deutſchen Anliegen im ganzen Land. Ein großer Teil der Abgeordneten waren Bürgermeiſter kleiner Städte, die alle eine große Erfahrung und Lokalkenntnis beſaßen, immer feſt zur Stange hielten und die guten Eigenſchaften des tüchtigen deutſchböhmiſchen Volkes vollauf beſaßen. Daneben ſaß eine Anzahl von Induſtriellen, wie Wolfrum, Herkner, Meindel, Rotter und andere verſtändige und unabhängige Männer, einige hervorragende Prager Advokaten und Profeſſoren, wie Volkelt, Raudnitz, Wiener, Waldert, Czyhlarz vervollſtändigten die Zuſammenſetzung der Partei in wirkſamer und autoritativer Weiſe.

*

Das Hauptereignis der Seſſion war der Eintritt der tſchechiſchen Abgeordneten, die ſich ſeit 1871 vom Landtag ferngehalten hatten, nur einige wenige Jungtſchechen hatten im Jahre 1874 ihre Plätze eingenommen. Der Wiedereintritt der geſamten tſchechiſchen Partei entſprach einmal dem vielfach geäußerten Wunſch ihrer Wählerſchaften, dann aber auch einem politiſchen Plan der tſchechiſchen Führer. Das Miniſterium Auersperg, das zwar den ungariſchen Ausgleich durchgebracht, aber alles Anſehen und jeden Einfluß im Abgeordnetenhaus verloren hatte, war nicht mehr zu halten, und die Tſchechen wollten in der neuen Situation, die vielleicht einen Syſtemwechſel heraufführen konnte, nicht als ganz ausgeſchaltet erſcheinen, um ſo mehr als ſie wußten, daß die Abſtinenzpolitik immer von der Krone mißbilligt wurde. So traten ſie einſtweilen in den Landtag. Sie gaben in der erſten Sitzung durch Brauner eine ihren Rechtsſtandpunkt wahrende Erklärung ab, die aber diesmal viel zahmer ausfiel als frühere Deklarationen, ſie erneuerte zwar die alten Vorbehalte des böhmiſchen Staatsrechts und die Klagen über die Verkürzung der Autonomie, betonte den Willen zum Frieden mit den Deutſchen und ſprach nur am Schluß den Wunſch aus, Seine Majeſtät möge Männer in ſeinen Rat berufen, die durch unparteiiſche Vermittlung den Frieden zwiſchen beiden Nationen wieder herſtellen. Sie ließen ſich aber mit dieſer Deklaration nicht genügen. Rieger beantragte eine Adreſſe an den Kaiſer, die namentlich die Reform der Wahlordnung forderte, insbeſondere der Beſtimmungen über die Wahl der Großgrundbeſitzer, die mittels Liſtenſkrutinium im Fideikommißkörper 16, im übrigen Großgrundbeſitz 54 Abgeordnete wählten, ſo daß eine Stimme Mehrheit den Sieg einer Partei auf der ganzen Linie entſchied, während in der Wirklichkeit namentlich im Fideikommiß die beiden Parteien faſt gleich ſtark waren; die Adreſſe verlangte die kreisweiſe Wahl, um durch örtliche Zerlegung der Wählerliſte jeder Partei die Möglichkeit eines Erfolges zu bieten.

Rieger ſprach in ſeiner Begründungsrede ſehr wirkſam; obwohl ich damals faſt gar nicht tſchechiſch verſtand, hatte ich doch ſofort die Empfindung, daß ein gewaltiger Redner vor mir ſtand; eine große breitſchultrige kräftige Geſtalt, eine Art Löwenkopf und eine außerordentlich modulationsfähige Baßſtimme, leidenſchaftliche Akzente, dann wieder eine vielleicht etwas gemachte Würde und Ruhe, kurz alle rhetoriſchen Effekte ſtanden zu ſeiner Verfügung. Der Inhalt der Rede war eine der vielen böhmiſchen Gravaminalreden, Klagen über die Zurückſetzung der Tſchechen, über die willkürliche und unwirkſame Verwaltung des deutſchen Landesausſchuſſes, über die Ungerechtigkeit der Wahlordnung, die die Deutſchen und das ſtädtiſche Element bevorzuge. Er brachte zwar hiſtoriſche Rückblicke über die angeblich guten Tendenzen der Fundamentalartikel, führte aber nicht die ſchroffe ſtaatsrechtliche Sprache von 1871 und auch nicht jene der ſpäteren Taaffeſchen Zeit, offenbar deshalb, weil damals das verfaſſungstreue Regime noch feſtſtand und die Tſchechen das Selbſtbewußtſein einer Majoritätsſtellung noch nicht aufbringen konnten. In unſerer Partei war anfangs die Stimmung für glatte Abweiſung des Riegerſchen Adreßantrags, ich trat lebhaft für die Zuweiſung an eine Kommiſſion ein, weil die ſofortige Ablehnung zu verletzend wäre und eine parlamentariſche Körperſchaft ſich einer Debatte nicht aus formellen Gründen entziehen ſolle. Ich war damals und ſpäter immer der Meinung, daß eine Mehrheit auch Pflichten des Entgegenkommens habe und daß es leichter iſt, ſelbſt etwas zu gewähren, als ſich im anderen Fall einen fremden Willen auferlegen zu laſſen. Ich fand Unterſtützung bei Herbſt und ſo ſetzten wir die Zuweiſung an eine Kommiſſion durch. Dort ſprach Rieger zuerſt ſehr verſöhnlich, ich warf die Frage der Reichsratsbeſchickung durch die Tſchechen auf, Rieger ging darauf ein und ſagte, er habe nicht erklärt, daß wenn die Wahlordnung gerecht abgeändert werde, die Tſchechen nicht in den Reichsrat eintreten würden; es ſchien, daß er den Eintritt der Tſchechen vor ſich ſehe, aber eine kleine Erleichterung dieſes Entſchluſſes haben wollte, um nicht bedingungslos die Abſtinenz aufzugeben. Herbſt ſelbſt hielt im Privatgeſpräch die kreisweiſe Wahl im Großgrundbeſitz für diskutabel, ich brachte ihn aber nicht dazu, in der Kommiſſion in eine materielle Diskuſſion der Wahlreformpunkte einzugehen. Schließlich kam es zu einer gereizten Debatte, Dr Ruß, ein ſehr begabter und gewandter Abgeordneter, beantragte als Berichterſtatter eine motivierte Tagesordnung, worin allerdings der Landesausſchuß beauftragt wurde, die verſchiedenen in früheren Seſſionen und „ſeither angeregten“ Reformwünſche in Beratung zu ziehen, mit dem letzteren Worte waren auch die Anregungen der Riegerſchen Adreſſe gemeint. Im letzten Moment kam Sladkowſky, ein jungtſchechiſcher Führer, zu mir ins Hotel mit folgendem Vorſchlag: die Tſchechen ſeien bereit, die Adreſſe fallen zu laſſen, womit natürlich auch unſere Tagesordnung entfiele, und verlangen, daß die Kommiſſion jetzt ſchon über die Grundſätze der Wahlreform berate, die dem Landesausſchuß zur Richtſchnur für die Ausarbeitung der neuen Wahlordnung dienen ſollte. Als Hauptpunkte bezeichnete er Einbeziehung auch der Landesordnung in die Reviſion, kreisweiſe Wahl im Großgrundbeſitz, Übertragung von etwa zehn Mandaten vom Großgrundbeſitz an die Landgemeinden, eventuell Beſeitigung des indirekten Wahlmodus in den letzteren. Ich erklärte ihm, wie ſchon früher, daß ich die kreisweiſe Wahl für diskutabel halte, daß aber heute die überwiegende Mehrheit unſerer Partei entſchieden dagegen ſei, weil ſie von der Neuerung fürchte, in die Minorität zu geraten. Der Schritt Sladkowſkys kam zu ſpät und wurde auch von den Tſchechen nicht mehr unterſtützt. Als die Kommiſſionsanträge bereits angenommen waren, erhoben plötzlich die Großgrundbeſitzer unter dem Einfluß Auerspergs Schwierigkeiten gegen die leiſe Erwähnung des Riegerſchen Adreßantrags in unſerem Tagesordnungsantrag, wir erklärten aber, davon nicht mehr abgehen zu können, da dies eine Illoyalität gegen die Tſchechen wäre, und ſo wurde dieſer Satz unſeres Antrags im Landtag nach einer kurzen Debatte mit unſeren und der Tſchechen Stimmen gegen die Großgrundbeſitzer angenommen. Auersperg hatte ſich nur eine Niederlage geholt.

Kurz vor Eröffnung des Landtags hatte Kronprinz Rudolf ſeinen Aufenthalt in Prag genommen und ich machte ihm meine Aufwartung auf dem Hradſchin. Er ſprach nicht viel über Böhmen, weſentlich nur über die auswärtige Lage, voll Anerkennung für Andráſſy, mißbilligte ſehr ſcharf die ungariſche Agitation gegen die Leitung der auswärtigen Politik. Er war damals noch ſehr jung, noch etwas ſcheu, aber recht liebenswürdig, ich blieb ſeitdem ſtets in Beziehung zu ihm. Es war vielleicht zu früh, ihn ſelbſtändig in Prag reſidieren zu laſſen, er leiſtete allerdings einen militäriſchen Dienſt, war aber durch die Ernennung eines Oberſthofmeiſters ſo wie ein großjähriger Erzherzog geſtellt, obwohl er erſt zwanzig Jahre zählte. Seine erſte Erziehung, die ein etwas beſchränkter General Gondrecourt leitete, war ſehr ſtreng und durch übertriebene Abhärtungsmaßregeln für die Nerven des Kindes direkt ſchädlich. Später hatte er den General Latour, einen klugen und wohlgeſinnten Mann, zum Erzieher, der einen guten Einfluß auf den Jüngling übte, wenn er ihm auch nicht recht imponierte. Es war ſein Verdienſt, daß dem jungen Prinzen ausgezeichnete Lehrer gegeben wurden, vor allen Adolf Exner, der ihm nicht ſo ſehr poſitive juriſtiſche Kenntniſſe, ſondern allgemeine politiſche Bildung beibrachte, ausgewählte Partien des Montesquieu, Rouſſeau und anderer großer Schriftſteller mit ihm las, ebenſo Karl Menger und andere, die ſicher ihr Beſtes leiſteten, nur war alles das zu früh, der jugendliche Geiſt war noch nicht reif für dieſe Dinge, ſo ſteigerten natürliche Nervoſität und oberflächliches Studium nur die geiſtige Haſt und Unruhe. Sein Oberſthofmeiſter Karl Bombelles war ein aufgeklärter und gebildeter Mann, früher Marineoffizier, der große Reiſen gemacht hatte, aber er war ſelbſt oberflächlich und hatte keine wirkliche Autorität. So war der junge Mann ſich ſelbſt überlaſſen ohne ernſte Führung, er hatte wie alle Erzherzöge das Gefühl ſeiner eximierten Stellung, und die Ungebundenheit, die ſich unter dieſen Verhältniſſen von ſelbſt einſtellen mußte, war vielleicht auch eine Reaktion gegen die Strenge ſeiner Kinderjahre. Er begann damals viel mit Franz Lobkowitz zu verkehren, der kein glücklicher Umgang für den unerfahrenen jungen Mann war. Eine wirkliche Freude hatte der Kronprinz an der Natur und am Tierleben, allerdings nahm die Jagdpaſſion damals ſchon einen maßloſen Umfang an und ſteigerte ſich im Laufe der Jahre zu einem Lebensinhalt, der mit ſeiner Stellung kaum verträglich war.

Während meines Aufenthalts in Prag brach ein großes Feuer in den Mühlen oberhalb der Karlsbrücke aus; als wir abends von der Kleinſeite herübergingen, ſtand der große Waſſerturm in Flammen und beleuchtete die Moldau und das ganze Stadtbild in grauſig ſchöner Weiſe.

In Wien war die ſchleichende Miniſterkriſe wieder akut geworden, der Kaiſer hatte die Demiſſion des Kabinetts Auersperg angenommen und verſuchte eine Neubildung; zu dieſem Behuf wurde Herbſt nach Wien berufen (7. Oktober). Vor ſeiner Abreiſe ſprach er ſich uns gegenüber für eine Kombination Pretis aus, er tat dies auch dem Kaiſer gegenüber; allerdings weiß ich nicht, ob er ſeine Unterſtützung unbedingt zuſagte oder, was ſeiner Art eher entſprach, nur dieſe Kombination als eine mögliche bezeichnete, ohne ſich für ſeine Haltung zu binden. Tatſache aber iſt es, daß der Kaiſer den Eindruck hatte, Herbſt habe ihm die Ernennung Pretis' anempfohlen und ſeine Unterſtützung in Ausſicht geſtellt. Herbſt kam ſcheinbar zufrieden nach Prag zurück, allein von Tag zu Tag wurde er ängſtlicher, die Angriffe der Wiener Zeitungen gegen Andráſſy nahmen an Heftigkeit zu und Herbſt ſagte uns, „es werde mit Pretis nicht gehen“, die öffentliche Meinung ſei zu erregt, der Stein des Anſtoßes ſei Andráſſy, dem ſelbſt ein Vormarſch bis über Nowibaſar zuzutrauen ſei, und ähnliches. Wir konnten dieſes Zurückweichen Herbſts aus unſeren täglichen Geſprächen mit ihm deutlich erſehen.

Nach Schluß des Landtags trat der Reichsrat zuſammen (22. Oktober), die Abgeordneten unſerer Partei waren über die Okkupation ſehr erregt und ſuchten eine Form, um die Diskuſſion darüber an das Abgeordnetenhaus vor Einberufung der Delegationen zu ziehen, da ſie dieſem letzteren Körper als allzu regierungsfreundlich mißtrauten. Der Fortſchrittsklub war raſch entſchloſſen und brachte, ohne die anderen Fraktionen vorher zu verſtändigen, gleich in der erſten Sitzung einen Adreßentwurf ein, in welchem Klage darüber geführt, daß man die Okkupation im Widerſpruch mit den ganz anders lautenden wiederholten Erklärungen der Regierung und in der Zeit der Vertagung des Reichsrats vollzogen hatte, und in dem verlangt wurde, ſofort beſtimmte Erklärungen über die Ziele der Politik zu geben und vor jedem weiteren Schritt den Berliner Vertrag der Genehmigung des Reichsrats zu unterziehen. Die von Sturm verfaßte Adreſſe war geſchickt gemacht, ſie ſtellte die konſtitutionellen Beſchwerdepunkte in den Vordergrund und enthielt nichts über die Aufgabe oder zeitliche Beſchränkung der Okkupation, nichts über Annexion, war aber doch ein nicht einflußloſes Vorſpiel zur Konferenz, welche Pretis für denſelben Abend einberufen hatte, um den Vertrauensmännern der Partei Eröffnungen über ſeinen Verſuch einer Kabinettsbildung zu machen. Es waren mit einigen

Herrenhausmitgliedern im ganzen etwa vierzig Perſonen im Finanzminiſterium verſammelt. Pretis teilte mit, er habe vom Kaiſer den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts erhalten, nachdem von hervorragender Seite des Abgeordnetenhauſes (damit war Herbſt gemeint) ſein Name dem Kaiſer in Vorſchlag gebracht worden ſei. Sein Programm umfaſſe drei Punkte, der erſte beziehe ſich auf die Okkupation, die Regierung wolle keine Annexion und die Okkupation werde aufgehoben werden, ſobald Garantien dafür geboten ſeien, daß die Ruhe und Ordnung in den okkupierten Ländern nicht weiter geſtört werde und ſobald die Koſten der Okkupation von dieſen erſetzt ſeien, zweitens die erforderlichen Kreditbewilligungen und endlich die Fortdauer des Wehrgeſetzes für mindeſtens ein Jahr. Über die Steuerreform, die bekanntlich im Ausſchuß wieder begraben lag, ſprach er nur ſehr oberflächlich. Dieſes höchſt beſcheidene und durch die Abſchwörung der Annexion den Anſchauungen der Partei ſehr entgegenkommende Programm fand bei den erſten Rednern, namentlich den Herrenhausmitgliedern, Zuſtimmung, die der Partei die Anerkennung der vollzogenen Tatſache der Okkupation und die Unterſtützung eines Kabinetts Pretis empfahlen. Da erhob ſich plötzlich Herbſt und erklärte mit einer bei ihm nur ſeltenen Heftigkeit, daß eine vollzogene Tatſache nicht dauernd ſein müſſe, daß er für die Finanzen die größten Beſorgniſſe und für die Zukunft das größte Mißtrauen habe, da nicht einmal eine Zuſicherung gegen eine noch weitere Ausdehnung der Okkupation gegeben wurde; eine Beſſerung der Lage ſei überhaupt nur möglich, wenn der gegenwärtige Leiter der auswärtigen Politik zurücktrete; wenn ſich Freiherr v. Pretis mit der Politik des Grafen Andráſſy identifiziere, ſo könne er ihn, obwohl er ihn für die inneren Fragen für vollkommen geeignet halte, nicht unterſtützen. Dieſe brutale Abſage Herbſts verblüffte zuerſt, machte aber bald den Okkupationsgegnern Mut, die nun einer nach dem andern gegen Andráſſy, aber auch gegen Pretis ſprachen, der während der ganzen auswärtigen Verwicklung ſich der Führung Andráſſys unterworfen und außerdem in den ungariſchen Ausgleichsverhandlungen die diesſeitigen Intereſſen nicht wirkſam genug gewahrt habe. Ich ſagte, die Partei müſſe die vollzogene Tatſache der Okkupation anerkennen und deren Konſequenzen auf ſich nehmen, auch die Annexion werde eine ſolche Konſequenz ſein, und es ſei überhaupt mehr als zweifelhaft, ob die vom Finanzminiſter angekündigten Vorausſetzungen für die Aufgabe der Okkupation jemals eintreten werden, man dürfe auch nicht bloß über die ſchlechte Finanzlage klagen, man müſſe die Steuerreform endlich zuſtande bringen und dann ein umfaſſendes Finanzprogramm mit neuen Einnahmen aufſtellen. Außer mir ſprachen nur noch Coronini und Sueß für die Zuſtimmung der Partei zu den Erklärungen von Pretis, die übrigen wetterten gegen Andráſſy und erklärten, eine Zuſtimmung zur Bildung eines Kabinetts Pretis könnte als eine Zuſtimmung zur Politik des Grafen Andráſſy gedeutet werden, was die Partei unter allen Umſtänden vermeiden müſſe. Damit war eigentlich die Kombination Pretis ſchon abgetan. Es war die Rede davon, daß ich in dieſelbe einbezogen werden ſollte, und der mit Pretis befreundete Baron Oppenheimer, der immer zu wohlwollender Vermittlung bereit war, legte mir während des Landtags eine perſönliche Annäherung an Pretis nahe, mit dem ich früher einige unangenehme parlamentariſche Zuſammenſtöße gehabt hatte; ich ging nicht darauf ein, um jeder Mißdeutung vorzubeugen. Aber mit dem Mißerfolg der Konferenz war das Verdikt der Partei über den Verſuch Pretis noch nicht zu Ende, der Fortſchrittsklub richtete ein Schreiben an ihn, das ihm ein ganzes Sündenregiſter vorhielt und ihm jede Unterſtützung verweigerte. Der neue Fortſchrittsklub verurteilte die Okkupation und die Verlängerung des Wehrgeſetzes, erklärte aber zugleich Vertrauen zur Perſon des Freiherrn v. Pretis zu haben. In der Linken trat eine volle Kriſe ein, die Mehrzahl war für die Kombination, aber die Führer, welche alle heftige Okkupationsgegner waren, erhoben Widerſpruch und traten nacheinander aus dem Parteiverband aus, ſo Herbſt, Giskra, Demel, Beer, Kuranda, Neuwirth, Dumba, Peez, Hallwich, Schaup u. a. Wir, die zurückblieben, wollten uns mit dem linken Zentrum zu einer Kundgebung verſtändigen, fanden aber dort auch mehr Gegnerſchaft gegen die Okkupation als wir glaubten, ſchließlich einigte man ſich über eine uns mehr zuſagende Faſſung, obwohl wieder viele von uns das Zuſammengehen mit dem Großgrundbeſitz und die Trennung von den alten Führern ungern ſahen; ſo ſchrumpfte die Linke von 63 auf etwa 38 Mitglieder herab, die ſpöttiſch die „bosniſche Linke“ genannt wurden, wir hatten Sueß, Wolfrum, Carneri, Weeber, Auſpitz und einige andere verläßliche bei uns, die kleineren Leute ertrugen aber die Iſolierung ſehr ſchwer: ſo hatte das Auftreten Herbſts die alte Linke, welche der ſtärkſte Klub des Abgeordnetenhauſes geweſen war, im erſten Anlauf zertrümmert. Aber nicht bloß die Schädigung der Partei an Mitgliederzahl und Anſehen hatte die leidenſchaftliche und unüberlegte Haltung der alten Führer herbeigeführt, auch das Verhältnis zum Kaiſer wurde unwiederbringlich erſchüttert, der ſich durch Pretis an die Partei wenden wollte und geglaubt hatte, ſich auf Herbſt verlaſſen zu können und der ſich nun mit Recht als getäuſcht und beleidigt anſah. Die Triumphartikel der „Neuen Freien Preſſe“ mochten einzelne befriedigen, aber wirkliche Erfüllung ihrer Ziele konnten ſie der oppoſitionellen Richtung nicht ſichern. Dieſe aber wollte in nervöſer Haſt wenigſtens den Augenblick für ſich nützen; als die böhmiſchen Abgeordneten zur Vorwahl für die Delegation zuſammentraten, ſprach Herbſt den Wunſch aus, es mögen nur ſolche Abgeordnete gewählt werden, die gegen die Okkupation und Annexion ſeien; ich kandidierte für die Delegation und fiel bei der Probewahl durch, das war die Strafe für meine annexionsfreundliche Haltung. Nun wurde alles aufgeboten, um die Adreßdebatte noch vor dem Zuſammentritt der Delegationen abzuführen, um auf die Delegierten einen Druck auszuüben. Es ſchien, daß ſich die Fraktionen der Verfaſſungspartei wieder zuſammenfinden wollten, der von einigen erhobene Wunſch, die Adreſſe möge direkt die Entfernung Andráſſys verlangen, wurde fallen gelaſſen; der Adreßausſchuß brachte überhaupt nur unweſentliche und eher noch abſchwächende

Änderungen an dem Sturmſchen Entwurf an, und allen lag daran, die Spaltung der vorangegangenen Tage nicht neuerdings vor der Öffentlichkeit erſcheinen zu laſſen. Inzwiſchen hatte der Budgetausſchuß den Beſchluß gefaßt, über die Regierungsvorlage, die einen Kredit von 25 Millionen für die Deckung der Mehrkoſten der Okkupation verlangte, ſo lange die Beratung auszuſetzen, als nicht der Berliner Vertrag dem Reichsrat zur verfaſſungsmäßigen Behandlung vorgelegt ſei, und nun konnte die Adreßdebatte am 4. November im Plenum beginnen. Hohenwart hielt eine ſehr wirkſame Rede, kritiſierte die rein negative Haltung der Verfaſſungspartei in der auswärtigen Politik und trat für die Anerkennung der Okkupation ein, deren Vollzug er allerdings ſchon früher gewünſcht hätte. Schaup, der in der letzten Delegation Berichterſtatter für den 60-Millionen-Kredit geweſen war, begründete ſeinen Abfall von Andráſſy, Demel hielt eine wirklich politiſche Rede und wiederholte ſeine alte Meinung, daß Öſterreich-Ungarn den Ruſſiſch-Türkiſchen Krieg hätte verhindern können durch eine ſtarke Aufſtellung in Siebenbürgen ſowohl zur Zeit des ruſſiſchen Einmarſches in Rumänien, als zur Zeit, da die Ruſſen vor Plewna feſtgebannt waren, aber unſere Politik habe immer ihre Augen auf Bosnien und nur auf Bosnien gerichtet und habe alles andere geſchehen laſſen. In der Okkupation ſehe er keine Löſung, das europäiſche Mandat ſei eine Quelle von Verlegenheiten und Gefahren. Die übrigen Reden waren weniger bedeutend, bis auf jene des galiziſchen Abgeordneten Hausner, der mit ſeiner kräftigen Stimme in gedrungenen Sätzen eine eindrucksvolle Polemik gegen Hohenwart führte, dann die ganze bosniſche Politik ſchonungslos verurteilte und bei der herrſchenden Stimmung des Hauſes einen ungeheuern Erfolg erzielte, der ihn von dieſem Moment an zu einem der erſten Redner des Hauſes machte. Da meine damaligen engſten Parteigenoſſen wie Eduard Sueß und Wolfrum ſich in der Adreßfrage nicht von der Geſamtpartei trennen wollten, gab ich vor der Abſtimmung eine Erklärung ab, in der ich meinen Standpunkt bezüglich der Okkupation und der Feſtſetzung unſerer Macht in jenen Ländern wiederholte und zugleich meine Stimme für die Adreſſe dahin erläuterte, daß dieſelbe in erſter Linie eine konſtitutionelle Beſchwerde gegen die Art der Durchführung jener Maßregeln ſei, die nicht unberechtigt genannt werden könne. Die Annahme der Adreſſe mit überwiegender Mehrheit war eine ganz hübſche Parteidemonſtration, allein einen praktiſchen Erfolg hatte ſie nicht und ebenſowenig konnte ſie verhindern, daß die ernſtere Diskuſſion der auswärtigen Politik doch in den Delegationen erfolgen mußte. Eine kleine Wirkung hatte die Adreßdebatte doch, inſofern als die Regierung den Text des Berliner Vertrags auf den Tiſch des Hauſes legte, aber nicht als regelmäßige Regierungsvorlage zur Beſchlußfaſſung des Reichsrates, ſondern als eine Art Behelf zu einer erſt ſpäter vorzulegenden Vorlage über die infolge des Berliner Vertrags zu vollziehende Einverleibung von Spizza in die Monarchie.

Auch Ungarn hatte ſeine parlamentariſche Proteſtbewegung gegen die Okkupation. Gleich zu Beginn der Seſſion brachte die äußerſte Linke einen

Antrag auf Verſetzung des Miniſteriums in den Anklageſtand ein, in dem die bosniſche Okkupation als ein politiſcher Fehler, als im Widerſpruch ſtehend mit den früheren offiziellen Erklärungen und als eine Verletzung der verfaſſungsmäßigen Rechte des Reichstages bezeichnet wurde. Aber auch in der Regierungspartei drängte die Unzufriedenheit zu einer Kundgebung; hier war durch den Rücktritt des Finanzminiſters Szell noch ein kritiſches Moment hinzugekommen, weil man annehmen zu können glaubte, daß dieſer Schritt wegen des Widerſpruchs Szells gegen die bosniſche Aktion überhaupt erfolgt ſei, nach ſeinen ſpäteren Erklärungen wollte er nur gegen den Vormarſch in den Sandſchak und darüber hinaus proteſtieren. Wahrſcheinlich war der junge Politiker Szell angeſichts der damaligen ſchlechten Finanzlage Ungarns für ſeinen Ruf als Finanzminiſter beſorgt und wollte die weitere Verantwortung nicht übernehmen, um nicht durch Mißerfolge zu Beginn ſeiner Laufbahn ſeine weitere politiſche Zukunft zu gefährden. In der Partei hielt man es für nötig, nach dem Beiſpiel des öſterreichiſchen Reichsrates gleichfalls eine Adreſſe zu erlaſſen, nun brachte Tiſza und der politiſche Sinn ſeiner Partei das Kunſtſtück zu Wege, in einer Adreſſe die Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch die Okkupationspolitik, die Beſorgniſſe über die neuen finanziellen Laſten zum Ausdruck zu bringen, zugleich aber jede Zuſpitzung zu einem praktiſchen Schlußverlangen auszuſchließen. So war den Unzufriedenen in der Partei ein Ventil zur Erleichterung des Gewiſſens geboten und doch jeder Konflikt mit dem Miniſterium und Andráſſy vermieden, und ſo ſicher war Tiſza ſeiner Sache, daß er zu Beginn der Debatte eine meiſterhafte Rede zur allgemeinen Verteidigung der auswärtigen Politik hielt: ein Krieg mit Rußland hätte die größten Opfer gekoſtet und hätte bei dem günſtigſten Ausgang bald nachher einen Revanchekrieg heraufgeführt, ſo aber habe man Rußland friedlich auf dem Kongreß zurückgedrängt, Bulgarien verkleinert, Bosnien im Einverſtändnis mit allen Mächten, auch der Türkei, beſetzt und die ſtrenge Einhaltung der Berliner Abmachungen werde den allgemeinen Frieden verbürgen, welch letzter Satz dem damals in Budapeſt anweſenden Grafen Schuwalow galt, der Weiterungen in der Durchführung des Berliner Vertrags verſuchte. Die Adreſſe der vereinigten Oppoſition verurteilte die ganze auswärtige Politik, beklagte das Anwachſen des ruſſiſchen Einfluſſes und ſprach den Wunſch aus, es möge das Miniſterium entfernt und die Okkupation möglichſt zeitlich beſchränkt werden. Die Debatte dauerte ſehr lange bis in die Delegationsſeſſion hinein, konnte aber nichts Neues mehr bringen. Viel beachtet wurde eine Rede Szlavys, der alle Argumente gegen die Okkupation in maßvoller Form wieder vorbrachte, aber ſchließlich erklärte, ſich mit der vollzogenen Tatſache abzufinden. Die Majoritätsadreſſe wurde mit geringer Mehrheit angenommen, und ein gewiſſer Bodenſatz an innerer Unzufriedenheit blieb in der Partei zurück.

(Fortſetzung folgt)

Deutſche Bildungsfragen[1]

Von

Karl Bälz

III. Schulausflüge und Schülerwanderungen

Das natürliche Mittelglied zwiſchen Unterricht und Leibesübungen bilden die Schulausflüge, wohl die dankbarſte Aufgabe für den richtigen Lehrer. Sie ſind der ideale Anſchauungsunterricht, weil hier Natur und Menſchenwerk ſelbſt zu den Schülern reden ſtatt der Beſchreibungen und Abbildungen in Büchern; der Lehrer ſoll nur der Pfadfinder und Erläuterer ſein; die ganze große Wirkung ginge verloren, wenn hier geſchulmeiſtert würde. Eine richtige bodenſtändige Heimatkunde kann überhaupt nicht ohne Wanderungen mit den Schülern in der Heimat getrieben werden. Hier wird ſich der Sinn für deutſches Volkstum und die Liebe zur heimiſchen Scholle aus der innigen Berührung mit ihnen zu dauernder Kraft entwickeln; hier kann und ſoll der deutſche Unterricht gepflegt werden, indem die unerſchöpfliche Fülle von Anregungen, die ſich auf Schritt und Tritt bieten, nach Kräften auszuſchöpfen verſucht wird. Dann wirkt man für ſein Deutſchtum beſſer als mit dem Kampf gegen den fremdſprachigen Unterricht, beſonders gegen die alten Sprachen.

Dieſe Wanderungen müſſen überall ſchon in den erſten Schuljahren als Spaziergänge im Schulort ſelbſt und in ſeiner nächſten Umgebung beginnen und dann ihre Kreiſe von hier aus immer weiter ziehen, ſolange dies ohne beſondere Koſten möglich iſt. Auch der kleinſte Schulort hat ſeine Geſchichte; ſelbſt eine Schule in einer Teilgemeinde oder für eine Anzahl von Höfen ſteht auf geſchichtlichem Boden, deſſen Natur die Siedlungen gerade hier und in dieſer Form veranlaßt hat. Wir beſitzen glücklicherweiſe zahlreiche treffliche Orts- und Bezirksbeſchreibungen, bei deren Abfaſſung unſere Lehrer und Geiſtlichen in umfaſſender und ſehr verdienſtlicher Weiſe mitgewirkt haben; bei ihrem Leſen ſtaunen wir immer wieder aufs neue über die Fülle der Erſcheinungen in Natur, Kultur und Geſchichte auf einem kleinen Fleck Erde. Wo es ſolche Beſchreibungen nicht gibt, muß ſich der Lehrer mit dem Ortsgeiſtlichen, dem Ortsvorſteher und anderen ortskundigen Perſönlichkeiten, namentlich mit Angehörigen alteingeſeſſener Familien, zur Stoffſammlung in Verbindung ſetzen. Gleich die ſelbſtverſtändlich rein ſachlich, ohne parteipolitiſche Brille zu behandelnde Frage z. B., ob die Höfe Siedlungen freier Bauern oder herrſchaftliche oder kirchliche Siedlungen waren, wird Kinder aus Familien lebhaft anregen, die manchmal ſchon ſeit Jahrhunderten auf der ererbten Scholle ſitzen; ſie werden ihre Eltern befragen und ſo ein Band zwiſchen Schule und Elternhaus in Kleingemeindeverhältniſſen knüpfen, wo Elternbeiräte nicht viel vermöchten. In allen Schulen müſſen bei dieſen Wanderungen die früheren Unterſcheidungsmerkmale zwiſchen Dorf, Marktflecken und Stadt mit ihrer großen Bedeutung für das Verkehrsleben den Schülern erzählt und, wo die alten Wahrzeichen, wie Stadtmauern, Tortürme, Marktplätze, noch ſichtbar ſind, dieſe gezeigt werden. Die Kirchen müſſen ihnen auch als Baudenkmale erklärt und ihnen die große Rolle, die die Kirchen als Mittelpunkte des geſamten geiſtigen Lebens ſpielten, beſchrieben werden.

---

[1] Vgl. Februar- bis Mai-Heft 1920.

Sind die Orts- und Bezirksbeſchreibungen mit ihrem reichen wiſſenſchaftlichen Stoff für den Lehrer ſehr wertvoll, ſo ſollten die Kinder recht volkstümlich und für ſie leicht faßlich geſchriebene Heimatbücher, je nach dem Gegenſtand mit guten Abbildungen, in die Hand bekommen, aus denen ſie alles Sehens- und Wiſſenswerte in ihrer Heimat erfahren, beſonders auch die faſt an jedem Orte vorhandenen, vielfach ſo poetiſchen Sagen, die ſich an irgendein Mal knüpfen, und alle Dichtung, die mit dem Ort oder der Gegend zuſammenhängt. Ein ſolches richtig geſchriebenes Heimatbuch packt die jugendlichen Gemüter wie ein gutes Märchenbuch; ſein Inhalt bleibt ihnen ihr Leben lang vertraut. Erfahren doch wir Alten täglich an uns ſelbſt, welche Macht die Eindrücke aus der Jugend auf uns ausüben.

Wie nahe liegt oft auch in den Städten die Fülle des Schönen! Gibt es etwas Stimmungsvolleres und das künſtleriſche Gefühl Fördernderes als einen Jahrhunderte alten Friedhof inmitten der Stadt mit ſeiner heiligen Stille gegen das lärmende, haſtende Treiben ringsum? Da ſieht der Schüler, in welcher Geſtalt unſere Altvordern von früheren Jahrhunderten an bis zur Schwelle der Gegenwart ihre Toten geehrt haben, und ohne daß es des Wortes eines Lehrers bedarf, fühlt er, wie jede der früheren Zeiten ihre ausgeprägte Kunſtform gehabt hat, bis von der Mitte des 19. Jahrhunderts an das vielgeprieſene Zeitalter der großen Fortſchritte in der Technik eine Unruhe und eine Geſchmackloſigkeit züchtete, die in ihrem Gegenſatz zu der künſtleriſchen Geſchloſſenheit der vergangenen Zeitabſchnitte auf jeden geſund empfindenden Menſchen geradezu ſchmerzlich wirkt.

Und dann hinaus in Wald und Wieſe, Feld und Flur, Berg und Tal mit unſeren Schülern! Weg und Steg in der Umgebung müſſen ihnen vertraut werden; Bäume und Pflanzen und Steine ſollen ſie kennen und alle Tiere der Heimat, die Vögel nicht nur an Geſtalt und Gefieder, ſondern auch am Geſang; zum Sehen geboren, zum Schauen beſtellt, ſollen ſie mit dem ſcharfen Auge des Jägers und mit ſeinem Sinn für die Erſcheinungen durch die Natur gehen. Die beſondere Schönheit jeder Tageszeit, der farbenreiche Wechſel der Beleuchtung, das wundervolle Spiel der Wolken, das erhabene gewaltige Schauſpiel von Sturm und Gewitter müſſen zu den jungen, empfänglichen Herzen reden. Ihr Wiſſensdurſt muß geweckt werden; ſie müſſen ſelbſt fragen. Die Aufgaben des Lehrers in der Heimatkunde kann man kaum beſſer bezeichnen, als das in einer halbamtlichen Erläuterung zu der württembergiſchen Prüfungsordnung für Kindergärtnerinnen vom 1. Mai 1920 geſchehen iſt.

„Kein Gebiet des allgemeinen Wiſſens iſt als geiſtige Nahrung für das heranwachſende Geſchlecht aber wohl wichtiger als das der Heimatkunde im weiteſten Sinn. Darum ſollen die künftigen Erzieherinnen ſich liebevoll mit ihrer und der Kinder Umwelt beſchäftigen und ihr Schulwiſſen nach dieſer Seite hin ergänzen. Sie ſollen von den Menſchen der Heimat wiſſen, von ihrer Arbeit und ihren Feſten, ihren Sitten und Gebräuchen, ihrer Sprache und Dichtung, ihrer Sage, Geſchichte und Kunſt. Sie ſollen auf der Vögel Stimmen hören, der Pflanzen Wachstum verfolgen, die heimiſche Landſchaft mit ihren Bergen und Wäldern, ihren Flüſſen und Seen, ihrer Schönheit und ihrem Nutzen kennen, um ſelbſt ein inniges Verhältnis zum Heimatboden und zu deutſcher Art und Sitte zu gewinnen und der Kinder Sinn von Jugend an darauf lenken zu können. Keine Gelehrſamkeit ſoll vermittelt werden, aber auch keine oberflächlichen, halbrichtigen Kenntniſſe in romantiſch gefärbter Volks- und Deutſchkunde, ſondern echtes Wiſſen in einfachſter Form.“

So werden die Kinder bodenſtändig werden; die Heimat gräbt ſich in ihr Herz ein, daß ihr Bild in ihm nie verlöſchen wird, daß ſie ſich in der Ferne nach ihr zurückſehnen. Sie müſſen fühlen, daß der Menſch in inniger Berührung mit der Natur bleiben muß, wenn er körperlich und geiſtig geſund ſein will, daß uns die Sprache ſchon ſagt, daß das Natürliche, das aus der Natur Kommende und ihr Gemäße, das Einfache, Wahre und Echte, das Beſte an jedem Menſchen iſt, daß ſich die ewige Wahrheit der wundervollen alten Sage von dem Rieſen Antäus, der aus der Berührung mit der Mutter Erde immer wieder neue Kraft ſog, von ihr geſchieden aber verloren war, täglich zeigt.

Aus dieſem innigen Vertraut- und Verwachſenſein mit der heimiſchen Scholle ſproßt die Heimatliebe mit ihrem ſchmerzensreichen Kinde, dem Heimweh, ein Wort, in dem, wie in „Heimat“ und „Vaterland“, eine Welt von Gefühlen liegt. Daß das Wort „Elend“ die Verbannung aus der Heimat in das Ausland bedeutet, iſt uns leider entſchwunden. Wie auf die Vaterlandsliebe in Schillers „Wilhelm Tell“, ſo beſitzt die deutſche Dichtung in Fontanes wundervoller, von K. Löwe ſo meiſterlich vertonter Ballade „Archibald Douglas“ ein hohes Lied auf die Heimatliebe, wenn auch merkwürdigerweiſe in beiden der Held kein Deutſcher iſt. Wie dieſer ſtolze Graf Douglas nach ſieben Jahren der Verbannung heimkehrt, weil er das Leben in der Fremde nicht mehr tragen, weil er ferne der Heimat nicht mehr leben kann („und wo die Welt am ſchönſten war, da war ſie öd und leer“), jedem Schickſal trotzend, wie er den König Jakob an die alten Zeiten erinnert:

„Denk' lieber zurück an Linlithgow,
An den See und den Vogelherd,
Wo ich dich fiſchen und jagen froh
Und ſchwimmen und ſpringen gelehrt,“

wie der Greis im Sonnenbrand auf ſteilem Wege neben des Königs Pferd herläuft und wie er, der alte Seneſchall, gerne den niedrigſten Knechtsdienſt leiſten will, „nur laß mich atmen wieder aufs neu die Luft im Vaterland", bis er des Königs Herz gerührt hat und dieſer ihn wieder zu Gnaden annimmt: „Der iſt in tiefſter Seele treu, der die Heimat liebt wie du," das packt jedes Herz und ganz beſonders das jugendliche. Dieſe Ballade ſollte jeder Schüler und jede Schülerin bis in die letzte Volksſchule lernen; jedem ſollte man ſagen: „So wie dieſer Douglas ſollteſt auch du in deinem Teil deine Heimat und dein Vaterland lieben."

Aber auch auf einem anderen Gebiete der Erziehung, an der es im Gegenſatz zur Wiſſens- und Könnensſchulung in Deutſchland noch ſehr fehlt, ſind dieſe Schülerwanderungen von größtem Werte, auf dem der Kameradſchaft und des Verhältniſſes zwiſchen Lehrer und Schüler. Auch in jeder nicht ganz kleinen Schulklaſſe kennt ein Teil der Schüler den anderen nur wenig, weil die äußeren Umſtände, wie Wohnungsentfernung u. a., das Nähertreten außerhalb der Schulzeit hindern. Hier, bei den Schulausflügen, ſind ſie alle beiſammen, hier umſchließt ſie das Gefühl der Zuſammengehörigkeit ohne ſtarren Schulzwang. Der Lehrer lernt hier den einzelnen Schüler als Menſchen leichter und genauer als im Schulzimmer kennen. Schon die Umwelt löſt auf Wanderungen dem Schüler, der in der Schule ungefragt zu ſchweigen hat, die Zunge; er tritt aus ſich heraus und gibt ſich wie er iſt, und der Lehrer kann den Schüler, ohne daß er es merkt, erziehen. Ein Rektor beſtätigte mir dies einmal durch ein eigenes Erlebnis. Auf einem Ausflug wurde die Klaſſe eingeregnet. Da ſetzte ſich ein Schüler, den der Rektor bisher für einen ſtumpfſinnigen, döſigen Menſchen gehalten hatte, an das Klavier und ſpielte und ſang und riß die ganze Klaſſe durch ſeinen Witz mit. Von dieſem Tag an ſah der Rektor in dieſem Schüler einen ganz anderen Menſchen. Wie viele ſolcher verkannter Schüler mögen in unſeren Schulen ſitzen! Daher kommt die immer wiederkehrende Erſcheinung, daß Leute, die in der Schule geglänzt hatten, die in ſie geſetzten Erwartungen nicht erfüllten, während gering eingeſchätzte Schüler, deren geiſtige Richtung und Begabung in der Schule nicht erkannt worden war, im Leben Hervorragendes leiſteten.

Die Jugend hat denn auch von jeher das richtige Gefühl für dieſe Wanderungen gehabt. War doch für uns Alte einſt der Tag des großen Schulausflugs ebenſo der Schulfeſttag des Jahres, wie wir es ſpäter an unſeren Kindern erlebt haben. Wenn der Schulausflug in den oberen Klaſſen auf mehrere Tage ausgedehnt werden kann, ſo iſt dies um ſo beſſer, weil die Wirkung mit der Dauer des Zuſammenſeins wächſt. Leider hat die allgemeine Verteuerung eine ſolche Ausdehnung wegen der Koſten ſehr erſchwert, obgleich glücklicherweiſe die Fahrpreisermäßigung für Schülerausflüge jetzt wieder eingeführt iſt, bei der nur zu wünſchen iſt, daß der bureaukratiſche Zopf, ſie auf die dritte Fahrtklaſſe zu beſchränken, ſtatt ſie auf die vierte Klaſſe auszudehnen, auch bald fallen wird. Der hohe Preis des Schuhwerks ſpielt eine geringere Rolle; ein Paar gut genagelter Stiefel hält lange, und dafür, daß kein Nagel fehlt, hat der junge Mann ſelbſt zu ſorgen, denn das Wort „Selbſt iſt der Mann" gilt beſonders für den richtigen Wanderer. Ein Heulager genügt, wo keine Schülerherberge iſt, in der Jugend, und Selbſtverpflegung und Selbſtabkochen ſind auch am Platz.

Um ſolche mehrtägige Schülerausflüge an landſchaftlich, künſtleriſch und geſchichtlich bedeutende Stätten für die Schüler der Oberklaſſen zu ermöglichen, ſind deshalb Stiftungen hierfür dringend erwünſcht. Erfreulicherweiſe iſt der Sinn für dieſe Wanderungen heute geweckter als früher. Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein berühmtes Gymnaſium ſein zweihundertjähriges Beſtehen feierte, wurde von früheren Schülern eine Stiftung für die Jubilarin geplant. Alle möglichen Zwecke wurden genannt, Ausſchmückung, Bücheranſchaffungen, Unterſtützung bedürftiger Schüler u. a. Da ſchlug ein Referendar vor, eine Stiftung zu errichten, aus deren Erträgniſſen alljährlich die Schüler der oberſten Klaſſe vor ihrem Scheiden von dem Gymnaſium einen gemeinſamen mehrtägigen Ausflug machen ſollten, um noch einmal, ehe die Wege ſich trennten, miteinander in Jugendluſt ein ſchönes Stück des deutſchen Vaterlandes zu ſehen. Aber er kam zunächſt ſchlimm an; eine derartige Stiftung anzunehmen, werde man ſich gründlich überlegen müſſen, da man einem Lehrer die Leitung eines ſolchen Ausflugs kaum zumuten könne uſw. Die Jüngeren gaben aber nicht nach und erzielten ſchließlich die Mehrheit. Der erſte Stiftungsausflug, von dem die Zeitungen berichteten, war kaum gemacht, als alles einig war, daß es einen beſſeren Zweck nicht hätte geben können. Als einige Jahrzehnte ſpäter dasſelbe Gymnaſium in einen Neubau umzog und es ſich wieder um eine Gabe der früheren Schüler handelte, da waren dieſe alle ſofort einig, daß es ſich nur um eine Zuſtiftung zu der Jubiläumswanderſtiftung handeln könne, damit kein Teilnehmer mehr aus dem Eigenen zuſchießen müſſe und alle Schüler gleichmäßig teilnehmen könnten. Dieſer Vorgang fand an anderen Anſtalten Nachahmung; ſie iſt ihm in weiteſtem Maße zu wünſchen. Denn dieſe Einrichtung wirkt in hervorragendem Maße ſozial, weil ſich alle Klaſſenkameraden noch einmal ohne jeden Unterſchied des Beſitzes einem edlen, unauslöſchlich im Gedächtnis haftenden Genuß hingeben können. Gerade Schuljubiläen ſollten zu Wanderſtiftungen benutzt werden, ſtatt daß ſich die früheren Schüler beſtimmen laſſen, Mittel zu Dingen aufzuwenden, die der Unterhaltungspflichtige ohnehin zu leiſten hat, ſo daß die Stiftung nur dieſem und nicht, wie es ſein ſollte, einer möglichſt großen Zahl von Schülern zugute kommt.

Ausdrücklich anerkannt muß werden, daß ſolche Schülerausflüge für den Lehrer wegen der Verantwortung auch eine Laſt werden können, wiederum wegen des kleinlichen deutſchen Zuges, für alles und jedes den Staat, in dieſem Fall den Lehrer, verantwortlich zu machen, wo in einem anderen Volk kein Menſch daran dächte. Wie manche Schadenserſatzforderung iſt erhoben worden, weil ein Schüler im Turnen einen Fuß übertrat oder ungeſchickt aufſprang, und ähnliches! Ja, ſchon dann ſollte der Lehrer oder an ſeiner Stelle der Staat angeblich haftbar ſein, wenn eine Schulſtunde zum Rodeln freigegeben war und hier ein Schüler einen Unfall erlitt.

Wie der Sport zum Schulturnen und zu den Schulſpielen, ſo verhalten ſich die eigenen Wanderungen der Schüler ohne Lehrer zu den Schulwanderungen. Sie ſind die freiwilligen Veranſtaltungen meiſt einer kleineren Zahl von Schülern oder eines Schülerverbandes oder einer Vereinigung wie der Wandervogel, die Pfadfinder, Jungdeutſchland u. a. Sie beruhen auf der Selbſtverwaltung und wollen die jungen Leute auf ihren Wanderungen möglichſt unabhängig von Gaſthäuſern machen. Sie werden in verdienſtvollſter Weiſe durch die Hochgebirgs- und Mittelgebirgsvereine gefördert, die überall Schülerherbergen einrichten. So hat denn auch allenthalben eine frohe Wanderluſt unſere Jugend ergriffen, und getroſt laſſen heute die Eltern ihre Söhne und Töchter tagelang über Berg und Tal marſchieren. Dem war nicht immer ſo. Als ich einſt, ein noch nicht fünfzehnjähriger Junge, mit einem Klaſſenkameraden den Schwarzwald vom Nord- bis zum Südende durchwanderte und um den Bodenſee zog, wollten wir einen lieben Freund mitnehmen; deſſen Vater hielt aber dem meinigen vor, wie gefährlich und leichtſinnig ein ſolches Unternehmen ſei; mein Vater erwiderte aber, daß er, was er einſt ſeinen älteren Söhnen ohne jeden Schaden geſtattet habe, ſeinem jüngſten nicht wohl wegen drohender Gefahren verbieten könne.

Nicht zu verkennen iſt, daß ſich bei unſeren jungen Wanderern da und dort gewiſſe Auswüchſe zeigen. Die Wanderkleidung ſoll ganz unter dem Geſichtspunkt der Zweckmäßigkeit unter Wahrung des Anſtandes ſtehen. Nun ſehen wir vielfach bei den einen Phantaſiegewänder, die irgendeine nicht beſtehende Volkstracht darſtellen ſollen, in Wirklichkeit aber wie Theater- oder Zirkuskoſtüme wirken, bei anderen eine Vernachläſſigung des Äußeren, das man kaum anders denn Schlamperei und Schlapperei bezeichnen muß und das namentlich bei der Weiblichkeit, wenn dieſe vollends auf ihre Haartracht nichts hält, recht wenig günſtig wirkt. Bei manchen ſteckt ein geſuchtes Naturburſchentum und eine gekünſtelte Derbheit dahinter, die noch abſtoßender wirken als das geſchleckte Gigerltum, beides Ausflüſſe derſelben Eitelkeit, die auffallen will, während der gebildete Menſch ſich möglichſt unauffällig kleidet und benimmt. Was uns dieſe Vernachläſſigung des äußeren Auftretens namentlich an Plätzen, an denen Fremde zuſammenſtrömen, ſchon geſchadet hat, iſt zu oft erörtert worden, als daß hier nochmals darauf eingegangen werden ſollte. Es muß unſerer deutſchen Jugend in Fleiſch und Blut übergehen, daß ſie auch nach außen etwas auf ſich zu halten hat.

Von dem der gebotenen Gaſtfreundſchaft ſpottenden Benehmen zahlreicher Beſucher können die Hütten des Deutſch-Öſterreichiſchen Alpenvereins ein Lied ſingen. Namentlich ſind es Schneeſchuhfahrer, die manchmal in den gaſtlichen Hütten hauſen, wie ſie es im eigenen Hauſe nie täten, und die die Hütten in ſchmutzigem, unaufgeräumtem Zuſtand verlaſſen. Tief beſchämend für uns Deutſche iſt dabei die Feſtſtellung, daß die gegen die Schweizer Grenze liegenden Hütten von den Schweizer Beſuchern regelmäßig in wohlgeordnetem Zuſtand verlaſſen werden, während dies bei den deutſchen Beſuchern oft nicht der Fall iſt. Hier zeigt ſich an einem beſonders ſchmerzlichen Vergleich, wie ſehr es mancherorts in Deutſchland noch an der Erziehung fehlt und daß all unſer Wiſſen und Können dieſen Mangel nicht auszugleichen vermag. Deshalb muß unſere Jugend von Anfang an ſich an Ordnung und Sauberkeit in ihrem Auftreten an allen Orten gewöhnen.

Zum Schluß ſei noch auf das treffliche Buch „Fröhlich Wandern“, das Prof. Raydt, der Direktor der Leipziger Handelshochſchule, als Geſchäftsführer des Zentralausſchuſſes für Volks- und Jugendſpiele in Deutſchland verfaßt hat (Verlag von Teubner in Leipzig und Berlin), hingewieſen. Dieſe Schrift eines echten Wanderers mit warmem Herzen wird bei Lehrern und Schülern die Luſt zum friſchen, fröhlichen Wandern noch erhöhen.

IV. Vom Singen

Eine Jugendwanderung ohne Lied iſt wie ein Wald ohne Vögel. Der Geſang iſt hier der Ausdruck der frohen ſeeliſchen Stimmung, wie ſie das Wandern durch Gottes freie Natur in jedem natürlich Empfindenden weckt. Der Wandersmann muß aber die Lieder, und zwar gleichermaßen die richtige Melodie und den ganzen Text kennen, wenn er den vollen Genuß davon haben will. Deshalb kann das Lied, beſonders das Volks- und Marſchlied, in unſeren Schulen nicht genug gepflegt werden. Gilt doch das Volkslied überall als der Ausdruck der Volksſeele und wird ein Gedicht doch erſt auf dem Wege des Geſangs zum Volkslied.

Von der Volksſchule wird man ſagen können, daß ſie im großen und ganzen das Ziel, der Geſamtheit der Schüler einen Schatz von Liedern beizubringen, auf einfachem Wege erreicht. Nicht das gleiche gilt für unſere höheren Schulen und wiederum nur, weil hier der Geſangsunterricht nicht in der natürlichen, einfachen Weiſe wie in der Volksſchule, ſondern „wiſſenſchaftlich“ und „gelehrt“ betrieben wird. In der Volksſchule iſt das Singen ſelbſt, die Kenntnis der Melodien, die Hauptſache, die Kenntnis der Noten kommt erſt in zweiter Linie; in den höheren Schulen ſteht dieſe und die Kenntnis der Tonarten im Vordergrund. Wie die Mutter ihrem Kind die Kinderlieder durch Vorſingen beibringt, ſo geigt oder ſpielt der Lehrer in den erſten Schuljahren ſeinen kleinen Schülern die Melodien ins Ohr, die ſie ſpielend auf immer lernen. Allmählich bringt dann die Volksſchule den Kindern die Anfangsgründe der Noten, untere, mittlere, obere, ganze, halbe, Viertelsnoten uſw., Punktierung, Schleifung bei, ſie quält ſie aber nicht mit dem Lernen aller Tonarten und dem Leſen in ihnen, wie dies in den höheren Schulen vielfach geſchieht und die Schüler, die kein Inſtrument ſpielen, langweilt. Daran ſind die Lehrer im ganzen unſchuldig; da ſie Geſangsfachlehrer ſind, verlangt man von ihnen einen „wiſſenſchaftlichen“ Unterricht. Daß dann die Hauptſache, das richtige und kräftige Singenlernen möglichſt vieler Lieder, zu kurz kommen muß, iſt ganz natürlich. Gewiß gibt es an unſeren höheren Schulen Schülerchöre, die aus einer Zahl ausgewählter Schüler beſtehen, wie ja auch die Inſtrumentalmuſik in freiwilligen Schülerorcheſtern in dankenswerter Weiſe gepflegt wird. Aber der Schulgeſang als ſolcher, das Singen der Geſamtheit, kommt zu kurz.

Man muß dieſen Gegenſatz an ſich ſelbſt erlebt haben. In den erſten drei Volksſchuljahren bekamen wir keine Note zu Geſicht; die Lehrer geigten und ſangen uns die geiſtlichen und weltlichen Lieder vor und wir lernten ſie ſo gründlich, daß uns jeder falſche Ton eines Sängers auffiel. In der Latein- und Realſchule hatten wir den Geſangsunterricht alle miteinander bei einem alten Volksſchullehrer, deſſen ich heute noch dankbar gedenke, weil er uns auch neu aufgetauchte Lieder, die er ſelbſt vervielfältigte, lehrte. Bei ihm ſangen wir nach Noten, von denen er uns das wichtigſte erläuterte, es wurde zweiſtimmig geſungen, je eine halbe Stunde Choräle, eine halbe Stunde Lieder. Hier habe ich mehr und beſſer unſere ſchönen Lieder ſingen gelernt, als ich es auf einem großſtädtiſchen Gymnaſium gelernt hätte; ob die Tonart C-Dur oder Fis-Dur, A-Moll oder Cis-Moll war, berührte uns nicht. Was Wunders, daß mich der Geſangsunterricht in dem Gymnaſium, in das ich mit zwölf Jahren kam, mit ſeinem Notenſchreiben und Notenleſen, an das ſich gegen den Schluß der Stunde ein dann recht mattes Singen anſchloß, ordentlich anödete, weil ich die ganze Unnatur dieſes Singunterrichts gegenüber meinen früheren fühlte. Auch auf dieſem frohen Gebiet erdrückte in echt deutſcher Weiſe die Theorie die Praxis. Wen dieſes Urteil zu ſtreng dünkt, der möge einmal einen Verſuch mit einem Wettgeſang zwiſchen einer Volksſchulklaſſe und der gleichalterigen Klaſſe einer höheren Schule in der Großſtadt machen.

Auf den Singunterricht an den höheren Schulen drückt ſodann, wie auf den Turnunterricht, der Umſtand, daß er trotz Notenlehre uſw. dem wiſſenſchaftlichen Unterricht nicht gleichgewertet wird, wofür die Schüler ein feines Gefühl haben, während in der Volksſchule der Singunterricht, regelmäßig von demſelben Lehrer wie die anderen Fächer erteilt, ein dieſen gleichgeachtetes Fach iſt.

Daß Singenkönnen und Notenkennen unabhängig voneinander ſind, zeigen die vielen Fälle der „entdeckten“ notenunkundigen Sänger vom Poſtillon von Lonjumeau an. Unſere im Volk verbreiteſten Muſikinſtrumente, wie Mund- und Handharmonika, Zither, Zupfgeige u. a., werden meiſt von Notenunkundigen lediglich nach dem Gehör geſpielt und dies nicht ſelten meiſterhaft. Wie mancher iſt in der Lage, eine Melodie, die er einmal gehört, richtig nachzuſummen oder nachzupfeifen. Das Pfeifen lernt niemand nach Noten, und doch kann in dieſem mißachteten Muſizieren viel Schönheit und Gefühl liegen, wie dies Sudermann in ſeiner „Frau Sorge“ ſo packend geſchildert hat.

Deshalb auch im Singunterricht an den höheren Schulen vom Gekünſtelten zurück zum Einfachen und Natürlichen wie an den Volksſchulen! Alle Kinder haben eine Freude am Singen, wie ſie ſchon in den erſten Lebensjahren zeigen; man hege und pflege dieſes dankbare Ackerfeld in allen unſeren Schulen, indem man auf ihm einen reichen Schatz von Liedern für das ganze Leben zieht, der die jungen Sänger überall hin, beſonders auch auf ihren Wanderungen, begleitet und ihnen ſpäter manche Stunde erheitern wird.

Die Zweite Deutſche Nordpolarfahrt 1869 und 1870

(Zur 50jährigen Wiederkehr)

Von

Prof. Dr. Otto Münch (Darmſtadt)

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Gotha, bzw. die daſelbſt vorhandene Geographiſche Anſtalt von Juſtus Perthes, für lange Zeit der Mittelpunkt des geſamten geographiſchen Lebens. Die bedeutendſten wiſſenſchaftlichen Kräfte aus allen Kulturſtaaten ſammelten ſich hier um den unermüdlichen neuen Leiter der berühmten Perthesſchen Anſtalt, Dr. Auguſt Petermann, der in den „Geographiſchen Mitteilungen“ die vornehmſte geographiſche Fachzeitſchrift ſchuf. Durch ſeinen langjährigen Aufenthalt in England, wo er ſich lebhaft an der Agitation zur Aufſuchung des unglücklichen Franklin beteiligt hatte, war er in Fühlung mit den führenden engliſchen Geographen und Entdeckungsreiſenden gekommen und hatte zugleich den glühenden Wunſch in ſeine Seele gepflanzt, ſein deutſches Vaterland zu ähnlichen Leiſtungen anzuſpornen. Eine ganze Reihe von Afrikareiſen verdankt ſeinem raſtloſen Bemühen ihre Entſtehung, ſo die Sahara- und Sudanreiſe von Gerhard Rohlfs, die Vorſtöße zur Aufſuchung Eduard Vogels und die Reiſe Karl Mauchs in Transvaal. Noch mehr aber ſetzte ſich der nimmermüde Mann für eine vaterländiſche Polarforſchung ein, obgleich er nie in arktiſchen Gebieten geweilt hatte, und die beiden deutſchen Nordpolarfahrten von 1868 und 1869/70 ſind durchaus das Werk des „Polarpapas“. Schon 1865 war unter der Führung des bekannten Seemannes Reinhold Werner ein in England gemieteter und mit engliſchen Matroſen bemannter Dampfer nach dem Meere zwiſchen Spitzbergen und Nowaja Semlja abgegangen, um die dortigen Eisverhältniſſe zu prüfen. Aber bereits zwölf Stunden nach der Abfahrt hatte die Maſchine wegen ſchwerer Beſchädigung ihren Dienſt verſagt, wohl infolge britiſcher Umtriebe (ſiehe A. Petermann, Spitzbergen und die arktiſche Zentralregion, Geogr. Mitteilungen, Erg.-Heft 16 (1865), S. 14 und 23 ff.), und die Fahrt mußte für dieſes Jahr aufgegeben werden. 1866 verbot der deutſche Krieg eine Wiederholung, und erſt 1868 konnte die erſte deutſche Nordpolarexpedition auf der kleinen Segeljacht „Germania“ unter Führung des Kapitäns Karl Koldewey in das Meer zwiſchen Grönland und Spitzbergen vorſtoßen. Allein undurchdringliches Eis und die vorgeſchrittene Jahreszeit zwangen das ſchwache Schiff trotz mehrfach verſuchter Vorſtöße zur vorzeitigen Umkehr.

Aber Petermann wurde dadurch nur zu neuen Anſtrengungen ermutigt. Schon im Oktober 1868, bei der feſtlichen Begrüßung der glücklich Heimgekehrten in Bremen, legte er einen neuen Expeditionsplan vor und erlebte die Genugtuung, daß er nicht nur gutgeheißen, ſondern in ganz Deutſchland eifrigſt gefördert wurde. Von allen Seiten, ſelbſt von den Deutſchen im Auslande, liefen Beiträge ein, und ſo war das Unternehmen bis zum Frühjahr 1869 geſichert, zumal auch die preußiſche Regierung lebhaftes Intereſſe zeigte. (Siehe „Die Zweite Deutſche Nordpolarfahrt in den Jahren 1869 und 1870“, 2 Bände, Leipzig 1873/74.)

Über Zweck und Ziel der zweiten deutſchen Nordpolarexpedition verbreitet ſich Petermann folgendermaßen: Durch die Fahrt ſollte die Entdeckung und wiſſenſchaftliche Erforſchung der arktiſchen Zentralregion von 75° nördlicher Breite an in Angriff genommen werden, zunächſt auf der Baſis der oſtgrönländiſchen Küſte. „Dieſes Ziel faſſe zwei Aufgaben in ſich (ſiehe „Die Zweite Nordpolarfahrt“, Bd. I, S. 49 ff.): 1. Die Löſung der ſogenannten Polarfrage; 2. die Entdeckung, Aufnahme, *Durchforſchung von Oſtgrönland und der damit nordwärts, gegen die Beringſtraße hin, in Verbindung ſtehenden Länder, Inſeln und Meeresgebiete*, eine Gradmeſſung in Oſtgrönland, Gletſcherfahrten ins Innere des kontinentalen Grönland uſw.“ — „Zur Erforſchung des Nordpolarmeeres und zur Erreichung des Nordpols ſelbſt ſei die *Verfolgung der Küſten geboten, weil erfahrungsgemäß am erſten immer das Land frei von Eis werde*, längs der Küſte ſich das ſogenannte Landwaſſer bilde, die Schiffahrt hier alſo am eheſten in Ausſicht ſtehe, verhältnismäßig ſicher ſei und auch die meiſten Reſultate verſpreche, da ſich belangreiche, wiſſenſchaftliche Entdeckungen kaum ohne die feſte Baſis des Landes denken laſſen.“ Anzuſteuern war deshalb die oſtgrönländiſche Küſte, und zwar unter 74½° nördlicher Breite bei der Sabineinſel, die ſeit 1823 nicht mehr beſucht worden war. Iſt dieſer Punkt erreicht, „ſo iſt ohne jeglichen Aufenhalt, als denjenigen, den die nötigen Beobachtungen und Aufnahmen des neuentdeckten Landes, alſo nördlich 75° 14′ nördlicher Breite, nötig machen, nach Norden vorzudringen, um längs der Küſte ſo weit zu gelangen, als es die Umſtände nur irgend geſtatten“. *Hauptaufgabe* der Expedition iſt nämlich das Eindringen „in den noch unbekannten Zentralkern der Nordpolarregion“, alle anderen Rückſichten ſind der Löſung dieſer Aufgabe unterzuordnen. In anderen Paragraphen waren die Art der wiſſenſchaftlichen Arbeiten, Verhalten der Schiffe, Überwinterung, Gletſcherfahrten uſw. erörtert.

Dieſe Petermannſche Inſtruktion beruhte auf völlig falſchen Vorſtellungen. Es exiſtierte weder eine Landverbindung zwiſchen Grönland und Wrangelland nördlich der Beringſtraße durch das zentrale Eismeer hindurch, noch war das zirkumpolare Meer mit Schiffen befahrbar. Letztere Hypotheſe iſt inſofern beſonders erſtaunlich, als die Schweden noch 1868 von Spitzbergen aus das Gegenteil feſtgeſtellt hatten. Petermann hielt jedoch an den Beobachtungen Parrys und der Ruſſen feſt. So falſch dieſe Anſchauungen Petermanns auch waren, ſo begünſtigten ſie doch die Ausführung des Unternehmens ſehr, weil die Schwierigkeiten verhältnismäßig gering erſchienen. In der Geſchichte der Entdeckungen iſt das ja nichts Neues: Kolumbus oder Magalhães hätten wohl nie ihre denkwürdigen Fahrten angetreten, wenn ſie die wahren Lageverhältniſſe der Kontinente zueinander und die wirklichen Entfernungen gekannt hätten. Die Petermannſchen Vorſtellungen von dem über den Pol ausgedehnten Land und dem offenen Polarmeer unterſtützten alſo das Zuſtandekommen der Expedition, wenn dieſe auch nachher in der Ausführung ſelbſt ſcheiterte. Direkt gefährlich war aber die Annahme einer eisfreien oſtgrönländiſchen Küſte, von der aus man verhältnismäßig leicht, immer mit dem Schiff nach Norden entlang fahrend, in das offene Polarmeer gelangen könne, zumal Oſtgrönland, wie alle Länder am Nordatlantiſchen Ozean, durch den warmen Golfſtrom abnorm erwärmt ſein müßte. Gerade Oſtgrönland iſt durch eine kalte arktiſche Strömung klimatiſch ungünſtig beeinflußt und ſehr ſtark vom Eis beſetzt, ſo daß ein Vordringen an dieſer Küſte entlang nach Norden mit dem Schiff ſo gut wie ausſichtslos erſcheint. Nur mit Schlittenexpeditionen und Schneeſchuhen wäre ein Vorwärtskommen möglich geweſen. Es war gerade ein Hauptergebnis der zweiten deutſchen Nordpolfahrt, dieſe Erkenntnis unumſtößlich erwieſen zu haben, freilich unter ſchwerſten Gefahren.

Nach längerem Schwanken hatte man ſich diesmal für die Bereitſtellung von zwei Schiffen entſchieden. Das eine ſollte das eigentliche Expeditionsſchiff ſein, das zweite mehr als Transportſchiff mitgehen. Erſterem Zweck diente der ganz neue Dampfer „Germania“, Begleitſchiff war der ältere Segler „Hanſa“. Beide waren klein, aber für die bevorſtehenden Eispreſſungen beſonders ſtark gebaut und mit einer feſten Spiekerhaut verſehen. Die Ausrüſtung und Verproviantierung entſprach den höchſten Anforderungen und ſah ein zweijähriges Fernbleiben vor. Der 32jährige Führer der Expedition, Kapitän Karl Koldewey, war für ſeine Aufgabe im Eismeer in Hannover und Göttingen beſonders vorgebildet und außerdem ſchon ſeit 16 Jahren auf auf dem Meere, alſo ein erfahrener Seemann. Seinen Befehlen hatten ſich alle Teilnehmer, insbeſondere auch der Kapitän der „Hanſa“, der 33jährige Paul Hegemann, unbedingt unterzuordnen. Der wiſſenſchaftliche Stab beſtand aus den beiden, ſeither an der Göttinger Univerſität tätigen Aſtronomen Dr. Karl Börgen und Dr. R. Copeland, einem Engländer, dem berühmten Alpiniſten, Topographen und Sportsmann Julius Payer, öſterreichiſchem Oberleutnant, und dem Wiener Geologen Dr. Guſtav Laube, Dozent an der dortigen Univerſität und Techniſchen Hochſchule. Die beiden Ärzte, Dr. med. Adolf Panſch und Dr. med. R. Buchholz, vertraten zugleich die Zoologie, Botanik, Ethnologie und Anthropologie; erſterer iſt ſpäter im Kieler Hafen ertrunken. Die Bemannung der Schiffe bildeten durchweg ſeegewohnte, erfahrene Leute, ſie zählte insgeſamt 25 Köpfe. Am 28. Mai 1869 empfing der ehrwürdige König Wilhelm von Preußen den Expeditionsführer in Babelsberg und ließ ſich genau über die Pläne und Ziele unterrichten. Bis Mitte Juni waren alle Vorbereitungen beendet.

Am 15. Juni 1869, nachmittags 3 Uhr, erfolgte in Gegenwart des Königs von Preußen und ſeiner großen Ratgeber Bismarck, Roon und Moltke die Abfahrt der beiden Schiffe von Bremerhaven, einer ungewiſſen Zukunft entgegen.

Einen Monat ſpäter, nach Paſſierung Jan Mayens, war man ſchon an der Eiskante und ſegelte nun dieſer entlang nach Südweſt, um eine geeignete Einfahrt zu ſuchen. Bei dem an der Eiskante gewöhnlich herrſchenden Nebel und dem häufigen Kreuzen kamen die beiden Schiffe etwas auseinander und blieben vom 20. Juli an infolge eines Mißverſtändniſſes dauernd getrennt. Koldewey ſignaliſierte an dieſem Tage der „Hanſa“: „Come within hail“, um ſich noch einmal zu beraten und wenn möglich, Kohlen zu übernehmen, aber Hegemann verſtand: „Long stay a peak“, ſetzte mehr Segel und verſchwand mit der „Hanſa“ in dem dichten Nebel auf Nimmerwiederſehen. Ihr Schickſal erfüllte ſich bald. Schon Mitte Auguſt, kaum drei Wochen ſpäter, geriet ſie in ſchweres Eis und kam nicht wieder los. Das Land der Sehnſucht winkte ganz nahe im Weſten, und deutlich ſah die Beſatzung einen ziemlich breiten Streifen offenes Waſſer davor, aber das Eis hielt ſie mit eiſernen Klammern feſt. Nach zweimonatigem, hoffnungsloſen Kampf ſank das vom Eiſe ſchon halb zerdrückte Schiff unter Ächzen und Stöhnen in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1869, und zwar unter 70° 52′ nördlicher Breite und 21° weſtlicher Länge, kaum 11 Kilometer von der Liverpoolküſte entfernt. Natürlich hatte die Beſatzung inzwiſchen längſt mit der Ausräumung begonnen und ſich auf dem 13 Kilometer im Umfang meſſenden Eisfelde häuslich eingerichtet. Leider aber gingen die Sammlungen und der photographiſche Apparat ſamt den Photographien verloren, da jeder auf ſeine eigene Rettung bedacht war. Die weiteren Schickſale der „Hanſa“männer ſind bekannt. Es begann die „Trift“ auf der Scholle nach Süden, wobei die 14 Männer beſtändig in Lebensgefahr ſchwebten. Denn das mit einer mittleren Geſchwindigkeit von 4,1 Seemeilen den Tag treibende Eisfeld wurde durch die heftigen Winterſtürme, Reibung und Preſſung immer kleiner, bis es gar mitten unter dem „Hanſahaus“ zerbarſt und die Schiffbrüchigen zwang, in die Boote zu gehen. 1079,5 Seemeilen hatten ſie ſeit dem Herbſt 1869 auf der Scholle zurückgelegt und waren nun im Mai 1870 in die Nähe der Südſpitze Grönlands gekommen, wo ſie Ausſicht auf menſchliche Hilfe erhoffen durften. Zwar werden ſie nochmals vom Eiſe gefangen und müſſen ſich abermals auf einer Scholle häuslich einrichten, aber am 4. Juni gelang die Landung auf der Inſel Illuidlek und am 13. Juni 1870 erreichten die „Hanſa“männer nach achtmonatiger Irrfahrt die Miſſionsſtation Friedrichstal, unweit der Südſpitze Grönlands. Nun war ihre Rückfahrt nach der Heimat geſichert. Ende Juli konnten ſie mit einem däniſchen Schiff über Kopenhagen zurückkehren, und am 3. September 1870, dem Tage, wo ganz Deutſchland und Europa von der überwältigenden Siegeskunde von Sedan widerhallte, betraten ſie in Schleswig wieder deutſchen Boden, überall von Siegesjubel und Feſtesfreude feierlich empfangen.

Kaum acht Tage ſpäter, am 11. September, traf auch die „Germania“ wohlbehalten vor der Weſermündung ein. Sie hatte inzwiſchen ein weit freundlicheres Geſchick gehabt als die „Hanſa“, wenn auch ſie nicht gerade vom Glück begünſtigt war. Nach jener verhängnisvollen Trennung von der „Hanſa“ am 20. Juli 1869 gelang es glücklich, die Eisbarriere zu überwinden und in offenem Küſtenwaſſer die ſchon von Clavering 1823 entdeckten Penduluminſeln an der oſtgrönländiſchen Küſte zu erreichen. Von hier aus drang die „Germania“ noch bis 75½° nördliche Breite, nordöſtlich der Shannoninſel, vor und erreichte damit am 13. Auguſt 1869 ihren nördlichſten Punkt. Hier verſperrte dichtes Eis die Weiterfahrt, und man ſuchte deshalb nach einigen Küſtenfahrten das Winterquartier bei der Sabineinſel auf und unternahm nun von hier aus ziemlich ausgedehnte Schlittenreiſen. Dabei wurde ſchon im Herbſt 1869, am 29. Oktober, von Payer und Copeland der Tiroler Fjord bei der Claveringinſel entdeckt. Kurz vorher war Dr. Copeland von einem Eisbären überfallen worden, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Die nun bald hereinbrechende lange Winternacht verging unter mannigfacher Arbeit und ließ die Langeweile nicht aufkommen. Weihnachten feierte man in fröhlichſter Stimmung, und wie eine Vorahnung erſcholl die „Wacht am Rhein“ über das oſtgrönländiſche Eis. Von wiſſenſchaftlichen Arbeiten ſind beſonders die magnetiſchen und meteorologiſchen Beobachtungen hervorzuheben, die mit großer Gewiſſenhaftigkeit ausgeführt wurden. Am 3. Februar 1870 tauchte die Sonne nach drei Monaten zum erſtenmal wieder empor, und man ging alsbald an die Vorbereitung größerer Schlittenreiſen. Während dieſer Beſchäftigung wurde Dr. Börgen am 6. März auf dem Rückwege von dem nahen Obſervatorium von einem Eisbären angefallen und eine Strecke weit fortgeſchleppt. Er kam zwar mit einigen Bißwunden davon, aber er konnte trotz ſeiner raſchen Wiederherſtellung nicht an der großen Schlittenreiſe teilnehmen, die am 8. März unter Payers Führung begann. Sie führte in ſieben Wochen zur Feſtlegung der Küſte von „König-Wilhelms-Land“ bis über „Kap Bismarck“ hinaus und überchritt gerade den 77. Grad nördliche Breite. Die dabei gemeſſenen Temperaturen waren zwar etwas niedriger wie auf der Sabineinſel, ſanken aber nur einmal unter —25°. Bei weiteren Exkurſionen ſtieß man öfter auf Spuren und Reſte früherer Eskimoſiedelungen, ein deutlicher Beweis, daß dieſes arktiſche Volk auch an der Oſtküſte Grönlands bis weit nach Norden gewohnt hat. Im Juli ging das Eis an der Sabineinſel überall auf, und die „Germania“ dampfte nun, getreu der Petermannſchen Inſtruktion, wiederum nach Norden, um, wenn möglich, das offene Polarmeer zu erreichen. Aber das Beginnen war hoffnungslos, faſt unter derſelben Breite wie ein Jahr vorher mußte das Schiff vor undurchdringlichem Eis umkehren. Man fuhr ſüdwärts. Dabei gelang am 8. Auguſt 1870 die wertvollſte Entdeckung der ganzen Fahrt, man fuhr in den herrlichen, von großartiger Alpenlandſchaft umgebenen Kaiſer-Franz-Joſephs-Fjord und drang bis zur 2200 Meter hohen, nach ihrem Erſtbezwinger ſo getauften, Payerſpitze vor. Von dem Gipfel dieſes Berges aus konnte Payer den tief eindringenden Fjord noch weithin mit dem Auge verfolgen, ohne ein Ende zu entdecken. Im Hintergrunde erblickte er nur deutlich eine beſonders hohe Spitze, die er auf 3500 Meter ſchätzte und Petermannſpitze nannte. (Der tüchtige ſchwediſche Geologe und Spitzbergenforſcher A. G. Nathorſt ſtellte dreißig Jahre ſpäter ihre Höhe auf höchſtens 2800 Meter feſt und nahm den Fjord auf.) Leider mußte hier, wo die bedeutſamſten Entdeckungen bevorſtanden, die Expedition abgebrochen werden: Die Maſchine der „Germania“ verſagte ihren Dienſt und drohte gänzlich unbrauchbar zu werden. Kohlen waren noch genügend da, aber wie ſollte ohne Maſchinenkraft die Eisſchranke durchbrochen werden? Außerdem kam nach der Inſtruktion eine zweite Überwinterung gar nicht in Betracht, es war darin vielmehr die Rückkehr bis ſpäteſtens zum 1. November 1870 vorgeſehen. So wurde die Rückkehr beſchloſſen. Nur mit Mühe gelang es, den Keſſel und die Röhren notdürftig zu flicken und die Maſchine im Gang zu halten. Aber ſie tat noch ihre letzte Pflicht: Mit letzter Kraft brachte ſie das Schiff durch die Eisbarriere, dann arbeitete ſie nicht mehr. Infolgedeſſen mußte die „Germania“ die Heimreiſe unter Segel fortſetzen. An der Grenze des Golf- und Polarſtroms wollte Koldewey noch einige Lotungen und Temperaturmeſſungen vornehmen, doch das Wetter war zu ſtürmiſch. Am 10. September abends wurde Helgoland angelaufen und am nächſten Morgen die Weſermündung angeſteuert. Nirgends ein Schiff! Kein Lotſe! Was war geſchehen? Hatte man falſch geſteuert? Aber es war kein Zweifel möglich, man fuhr in die Weſermündung ein. Endlich ſahen die Polarfahrer denn auch einige deutſche Schiffe und erfuhren nun von dem Krieg gegen Frankreich, den wunderbaren Erfolgen der deutſchen Waffen und der ebenſo wunderbaren Rettung der „Hanſa“männer. Da ertönte brauſendes Hurra über das verödete Fahrwaſſer.

Am Abend des 11. September lief die „Germania“ wohlbehalten in Bremerhaven ein.

Die kühnen Ziele Petermanns waren keineswegs erreicht worden. Nicht einmal das eigentliche Polarbecken hatte die zweite deutſche Nordpolarfahrt berührt, von dem Pol ſelbſt gar nicht zu reden. Aber zum erſten Male war eine deutſche Expedition unter ſchwarz-weiß-roter Flagge zu ernſter wiſſenſchaftlicher Arbeit in eines der wenigſt bekannten Gebiete der Erde vorgedrungen und hatte hier in Oſtgrönland eine neue Baſis für ſpätere arktiſche Entdeckungen geſchaffen. Das eine war augenfällig bewieſen, mit dem Schiff iſt von Oſtgrönland aus ein Vorſtoß nach dem Pol nicht möglich, hier können nur Schlitten oder Flugzeuge Erfolg verſprechen. Infolge der deutſchen Expedition und ihren Erfahrungen dauerte es auch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, bis man die Forſchung hier wieder aufnahm, und zwar mit Erfolg.

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Fortſetzung)

Unſere Gemeindeverwaltung war äußerſt ſchlecht, weder durch Geſetze geregelt, noch von oben beaufſichtigt. Neben den Requiſitionen, die mit Recht auf die Gemeinde fielen, ward auch das, was heute das einzelne Gemeindeglied leiſten muß, teilweiſe auf die Gemeindekaſſe gewälzt. Statt das Erforderliche auszuſchlagen, ward leichtſinnigerweiſe ein Kapital nach dem anderen aufgenommen ohne Kontrolle oder Konſens von oben, ja gewiſſenloſe Ortsvorſtände haben ſogar Vorteil aus dieſen Kapitalaufnahmen gezogen. So hat ſich jene ungeheure Maſſe von Gemeindeſchulden in unſerem und auch wohl anderen Ländern gebildet. Eine mehr als dreißigjährige Friedenszeit, eine gründlich verbeſſerte Geſetzgebung und alle Bemühungen der Behörden haben dieſe Schulden nur vermindern, nicht tilgen können, und die jetzige Generation zahlt daran alljährlich, ohne eigentlich zu wiſſen warum.[1]

Mit dem Rheinbunde, der uns zu Freunden und Bundesgenoſſen Frankreichs machte, mußten natürlich alle Kontributionen und Requiſitionen unterbleiben; aber Napoleon zögerte nicht, uns über den Sinn ſeines Bündniſſes und des Wohlwollens, das er uns widmete, aufzuklären. Nicht bloß, daß in den Zwiſchenräumen der Feldzüge zahlreiche Heere auf deutſchem Boden ſtehen blieben und da ohne allen Erſatz wenigſtens gefüttert werden mußten, nein, der Hauptkunſtgriff beſtand darin, daß die franzöſiſche Armee großenteils auf deutſchem Boden formiert ward, und das hat vorzugsweiſe dieſe Rheingegenden getroffen. Es rückten nämlich die Reſervearmeekorps und auch einzelne Regimenter ein. Sie beſtanden aus bloßen Cadres und verweilten vier bis fünf Monate, wenn die Kriegsereigniſſe ſo viel Zeit geſtatteten. Hier erwarteten ſie die Rekruten, die nach und nach eintrafen, hier wurden dieſe einexerziert, hier wurden ſie gekleidet und armiert, aber durchaus mit franzöſiſchen Stoffen; der deutſche Fabrikant, Kaufmann und Handwerker fand keinen Pfennig dabei zu verdienen, aber ernähren mußte er ſeine Einquartierung, und hin und her fahren mußte der deutſche Bauer in der Fronde jene Stoffe. Solche Mittel waren es, mit welchen es Frankreich möglich geworden, iſt, jene ungeheuren Heere aufzuſtellen und zu unterhalten, die Europa unterjochen ſollten. Man würde daher die wirkliche Macht Frankreichs überſchätzen, wenn man annehmen wollte, daß dieſes Land befähigt ſei, ohne gleich günſtige äußere Verhältniſſe jene ungeheuren Kriege mit Erfolg zu führen, das würde eine Täuſchung ſein, der ſich gleichwohl, ich bin davon überzeugt, gerade in dieſem Augenblick gar mancher in Frankreich hingibt.1)

---

[1] In der Zeit, als ich im Miniſterio des Innern war und jenes Netz von Provinzialſtraßen über das ganze Land gezogen ward, ſind in vielen Gemeinden, je nach ihrer geographiſchen Lage, die Schulden wieder von neuem geſteigert worden. Die Provinz bezahlte die Baukoſten, die Gemeinde mußte den Grund und Boden ſtellen, alſo mindeſtens kaufen. Das war eine bedeutende Sache; in dem Kreiſe Dieburg allein hat es die Gemeinde 250 000 Gulden gekoſtet. Auch der Bau von Schulhäuſern hat hier und da neue Schulden gebracht. Wer möchte das aber tadeln?

Mit dieſer flüchtigen Skizze hätte ich alſo die Anſicht dargelegt, welche ich zuerſt als Augenzeuge der Vorgänge, dann als ſtiller Beobachter der Entwicklung in zwei ſich gerade entgegengeſetzten Richtungen, in erſter und dann in ſpäterer Zeit, von dem Rheinbunde gefaßt habe. Noch manche andere Betrachtungen laſſen ſich hieran reihen.

Ich glaube, Geſchichte ſoll nicht eher geſchrieben werden, als bis die Erde alle deckt, die darin handelten. Die Lebenden ſollen das Material bereiten. Nun wird ein künftiger Geſchichtſchreiber jener Epoche, will er mit Geiſt ſchreiben, nicht vermeiden können, ſich hier eine Frage vorzulegen, die ich hier berühren will.

Wenn er nämlich die namen- und zahlloſen Leiden, die Frankreich ſo eben über Deutſchland gebracht hatte und noch immer ſelbſt als Verbündeter zu bringen fortfuhr, vor ſeinen Augen vorübergehen läßt und ſich dann wieder daran erinnert, daß ſeit anderthalb Jahrhunderten der Franzoſe allen Deutſchen als der Erbfeind und alleinige Gegner ebenſo erſchien, wie mehrere Jahrhunderte früher der Türke allen Europäern Erbfeind war, bei Nennung deſſen Namens man ſchon nach den Waffen griff; wenn er ferner bedenkt, daß alle deutſchen Heere ſoeben und ſeit 15 Jahren in erbittertem Kampfe gegen eben dieſen Gegner gelegen, und nun ſieht, wie eine Zahl deutſcher Fürſten insgeheim, ohne Wiſſen ihrer Untertanen den Entſchluß faßten, mit dem Blute und dem Gelde ihrer Untertanen, ihre eigenen Landsleute, ihre bisherigen Verfaſſungs- und Waffengenoſſen, und zwar im Intereſſe eben jenes Erbfeindes zu bekämpfen; ſo wird er, ſage ich, ſich fragen müſſen, wie iſt das zugegangen? Wie war es

---

1) Es ſcheint mir hier der Ort zu ſein, eine Anekdote einzuſchalten. Die Stadt Darmſtadt hatte, ich habe es ſchon einmal geſagt, für Augereau das Haus „der Erbprinz“ und natürlich auch die Stallungen neu einrichten laſſen. Nach dieſem bezog Marſchall Lefèbre das Haus. Dieſer hatte eben ein Gut in Frankreich gekauft, das einzurichten war; mit ſich hatte er als Ordonnanzoffizier ſeinen Sohn, capitaine de chasseurs, einen ungemein rohen ungeſchlachten Menſchen. Als nun der Marſchall abzog, ließ dieſer Sohn in dem Stalle die neuen Leiterbäume aushängen, in Militärfourgons packen und nach jenem Gute, aber unter dem Namen von Militäreffekten fahren. Oft iſt ein Schluß vom Kleinen auf das Große zuläſſig, und hier iſt dies gewiß der Fall.

möglich, daß jene Fürſten das durchführen konnten, ohne reellen Widerſtand, ja oft ohne nur Mißbilligung von ſeiten ihrer Untertanen zu finden, die doch alle Deutſche und bereits Opfer der Mißhandlungen des Erbfeindes waren?

Iſt der Geſchichtſchreiber ein Ausländer, ſo wird er, wenn er auf jene Frage ſtößt, gleich mit der Antwort fertig ſein: „Das kommt daher, daß dies ein Volk willenloſer Sklaven war.“ So verhält ſich die Sache nicht, freilich aber gehört eine ſchärfere Kenntnis deutſcher Zuſtände und Denkweiſe, als ſie dem Auslande beiwohnt, dazu, um dieſe Frage einigermaßen befriedigend zu beantworten.

Auf das Militär in jenen Ländern kann die Frage gar nicht gerichtet ſein. Die Seele jedes Kriegsweſens iſt der unbedingte Gehorſam, wo dieſer fehlt, da ſteht der Staat am Rande ſeines Unterganges; das zeigt die Geſchichte aller Zeiten, ſowie auch das, daß der Staat gleichfalls untergeht, wenn das Militär der allein herrſchende und befehlende Stand wird. Wenn alſo die Heere jener Fürſten, ohnerachtet gewiß viele in ihren Reihen ſtanden, die lieber gegen als mit Franzoſen gefochten hätten, dennoch dem erhaltenen Befehle gehorchten, ſo iſt da nichts zum Verwundern und nicht zum Bewundern. War aber das Los geworfen, kannten die Männer die neue Beſtimmung, die ihre Kriegsherren ihnen gegeben, ſo tat das militäriſche Ehr- und Pflichtgefühl ſeine Wirkung und die Emulation, die hinter anderen nicht zurückſtehen will. Die Deutſchen fochten daher gegen Deutſche mit eben der Energie und Ausdauer, wie ihre neuen Verbündeten. Das alles macht ſich von ſelbſt.

Daß aber die geſamte Bevölkerung dieſer Länder, die keineswegs denſelben Pflichten wie der Soldat unterlag, die doch durchgängig eine deutſche war, daß dieſe die namenloſen Leiden, die ſie ſoeben von den Franzoſen erduldet hatte, gleichſam vergaß, ihren Fürſten bei ihrem Kampfe gegen Deutſchland keine weſentlichen Hinderniſſe und Schwierigkeiten in den Weg legte, ja ſogar in manchen Beziehungen Partei für dieſelben nahm, das iſt die merkwürdige und wunderbare Erſcheinung, deren Erklärung dem Geſchichtſchreiber obliegt.

Manches iſt dabei zu beachten! Ich habe oben geſagt, das Deutſche Reich ſei längſt erſtorben geweſen und nur durch äußere Formen noch zuſammengehalten. Dies iſt ſo wahr, daß bereits keine Gemeinſamkeit mehr zwiſchen ſeinen Gliedern beſtand. Zum letzten Male war dieſe Gemeinſamkeit und alle alten Traditionen aufgerufen worden in den verſchiedenen Kriegen gegen die franzöſiſche Revolution. Sie wurden ſo unglücklich und ſo ſchlecht geführt; es kam dabei ſo viel Mangel an Einklang und ſo viel Selbſtſucht einzelner zutage, daß es ſelbſt dem Volke einleuchtete, wie das heilige Reich keine Wirklichkeit mehr, ſondern eine Illuſion ſei. Dadurch wurden denn nicht bloß die Fürſten, ſondern auch die Völker nach und nach mit dem Grundſatze „sauve qui peut“ vertraut. Die Abgeſchloſſenheit der einzelnen Territorien war ſo groß, die einzelnen Volksſtämme hatten ſich, wenn der Ausdruck erlaubt iſt, ſo ſehr in ſich ſelbſt hineingelebt, daß z. B. dem hieſigen Untertan ſelbſt der Kurheſſe ein Fremder und Ausländer war. Wie viel mehr mußte ihm als ſolcher ein Hannoveraner oder Preuße erſcheinen. Nicht viel mehr waren ihm dieſe als der Ruſſe oder Pole auch. Den Unterſchied fand er nur darin, daß er ſich mit jenen durch die Sprache verſtändigen konnte, mit dieſen aber nicht; dieſe an ſich allein iſt aber ein ſehr ſchwaches Band. Der Savoyarde, der Belgier, der Waadtländer reden auch franzöſiſch; ſie ſind deswegen nicht Franzoſen, haſſen dieſe vielmehr, zuweilen recht gründlich, ſo gut als der Engländer den Amerikaner, der Mexikaner den Spanier, die doch gleichfalls Sprachgenoſſen ſind. Hierdurch erklärt ſich alſo, wie ein Krieg Deutſcher gegen Deutſche damals nicht all das Abſchreckende hatte, was wohl heute darin gefunden werden würde. Dies iſt die eine Seite der Sache.

Eine andere, für Deutſchland ganz charakteriſtiſche, iſt dieſe: In denjenigen alten Stammlanden, die bei den Territorialverrückungen, welche das Jahr 1803 herbeigeführt hatte, den Fürſten noch verblieben waren, bewahrten die Untertanen noch eine Anhänglichkeit an das Fürſtenhaus, das aus ihrer Mitte herangewachſen war, das ſie als von Gott gegeben betrachteten, mit welchem ſie ſeit Jahrhunderten Schickſal, Freud und Leid und den Glauben geteilt hatten, daß ſie ſich, aller Opfer und Leiden ungeachtet, doch der neuen Würde, des Zuwachſes an Macht und Glanz, welche der Rheinbund ihren Fürſten brachte, recht herzlich freuten, was ſie denn mit jenem Bunde verſöhnte; dazu kam die Schar der Diener, die natürlich zu ihrem Herrn hielten. Dieſe Klaſſe aber hat in mittleren Staaten einen weit größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung als in großen Ländern, und zwar deswegen, weil ſie die Mehrzahl aller Gebildeten in ſich ſchließt.

Freilich nun, mit Ausnahme Sachſens und Thüringens, waren die Rheinbundfürſten nicht mehr auf ihre Stammlande beſchränkt, die Hälfte ihrer Länder beſtand aus den zuſammengeworfenen Reſten ſo vieler ehemaliger Staaten. Bei den Bewohnern dieſer Teile war jene angewohnte Anhänglichkeit nicht zu ſuchen, es ließ ſich vielmehr das Gegenteil erwarten. Sie zerfielen in zwei Klaſſen. Stammten ſie von geiſtlichen Landen her, ſo hatten ſie bereits die Überzeugung gewonnen, daß, was auch immer Unerwartetes in der Welt geſchehen möge, doch an eine Wiederherſtellung geiſtlicher Staaten nie mehr zu denken ſei. Ihren Glauben aber hatte man ihnen unangetaſtet gelaſſen, und an konfeſſionelle Streitigkeiten, die heute, dank ſei es vielen Machinationen, den Frieden Deutſchlands recht ernſtlich bedrohen, dachte damals niemand, ja man hielt ihre Wiederkehr wirklich für unmöglich. Dieſe Klaſſe hatte alſo keinen Grund, ſich dem neuen Herrn nicht aufrichtig anzuſchließen und ſeiner Fahne zu folgen, ſie ſtrebte vielmehr danach, ſich mit den alten Landen zu amalgamieren. Von den anderen Klaſſen aber, den Bewohnern der ſoeben mediatiſierten Länder, habe ich oben geredet und gezeigt, wie dieſe froh waren, ihre Zwingherren zu verlieren, in einen größeren Staat überzugehen, und die Vorteile, die ihnen daraus erwachſen würden, maßen. Alle Klaſſen aber hatten das Gefühl, daß wenn der Kampf ein unglücklicher würde und ihre Fürſten unterlägen, alle bisherigen Zuſtände abermals in Frage geſtellt ſein und neue

Länderzerſtücklungen bevorſtehen würden; man darf ſich alſo nicht wundern, wenn ſie Partei ergriffen. Es waren die Mediatiſierten ſelbſt und ihre Privatdiener, die, weil ſie noch von einer restitutio in integrum träumten, Feuer und Flammen ſpien; ſie wünſchten zwar dem Rheinbunde alles Unheil, waren aber mit einigen anderen Murrenden ſo ſehr in der Minderzahl und fühlten ſo lebhaft, daß hier mit Gewalt nichts auszurichten ſei, daß ihr Widerſpruch ohne Folgen blieb.

So beantworte ich die Frage, wie konnte ein (es läßt ſich nicht leugnen) widernatürliches Bündnis ohne Schwierigkeit durchgeführt werden? Im Laufe desſelben gelang es Napoleon, gleich dem perſiſchen Xerxes, ein Heer aus allen Völkern Europas mit Ausnahme dreier zuſammenzuſetzen und dem Niemen zuzuführen. Ein Heer, an Zahl das größte, das die Welt ſeit den beiden erſten Kreuzzügen geſehen hat, und an innerem Gehalt und Vollendung ein noch nie übertroffenes. Aber der Untergang, den jenes Heer jenſeits des Fluſſes fand, iſt nicht die Urſache der Auflöſung des Rheinbundes, deſſen Anſtrengungen ſich vielmehr verdoppelten, ſondern er war nur der Anfang zu einer Möglichkeit ſeiner Auflöſung.

Der eigentliche Grund dieſer Auflöſung iſt vielmehr darin zu ſuchen, daß nachgerade jede Täuſchung, in der ſo viele befangen waren, ſchwand und an ihre Stelle die Überzeugung und das Bewußtſein trat, daß alle Völker zu blinden Werkzeugen in der Hand eines unerſättlichen Eroberers herabgeſunken ſeien, der nach der Weltherrſchaft ſtrebe. Es war der unerhörte Mißbrauch, den Napoleon von dem Blute und den Kräften der Völker zu ſeinen, nicht zu ihren Zwecken machte, welcher alle entrüſtete und ſie, vom Fürſten bis zum Bauern herab, fühlen ließ, daß länger der Unfug nicht dauern dürfe und der überſpannte Bogen brechen müſſe. In ſolcher Stimmung, bei ſolcher Anſicht, die ſchon ſehr allgemein geworden waren, konnte dann von dem Schlachtfelde bei Leipzig jener elektriſche Schlag ausgehen, welcher den Enthuſiasmus hervorrief, der die Rheinbundlande, die treuen Verbündeten und Mitkämpfer Napoleons, mit allen übrigen Deutſchen, ihren bisherigen Gegnern, in dem Wunſche und dem Beſtreben vereinigte, ihren bisherigen Protektor aus Deutſchland hinauszuwerfen.

Ich habe dieſe Erörterungen für weſentlich gehalten, um das Bild von jener merkwürdigen Epoche, das ich in dieſem Aufſatze zu entwerfen verſucht habe, zu ergänzen und in ſein wahres Licht zu ſtellen.

Darf ich mich nun für einen Augenblick mit politiſchen Ahnungen befaſſen, ſo würde ich ſagen, daß mir ein zweiter Rheinbund unter fremdem Protektorate, mit dem Zwecke, Krieg gegen Deutſche zu führen, als ein höchſt gefährliches Unternehmen erſcheinen würde. Allerdings denkt gegenwärtig niemand an ein ſolches Bündnis, aber unter Umſtänden gehört jener Gedanke keineswegs zu den Unmöglichkeiten, ich kenne ſogar Perſonen, die ihn auffaſſen könnten. Was 1806 leicht gelang, wird heute mißlingen.

Abſolut gehindert an einem ſolchen Bündniſſe ſind deutſche Fürſten nicht. Sie ſind jetzt ſouverän, was ſie damals nicht waren. Die Bundesakte unterſagt ihnen das Bündnis gegen Deutſchland, noch viel mehr tat dies die Reichsverfaſſung, denn da war es Hochverrat am Reiche und Rebellion. Der Bundestag aber, der ſich bis jetzt nicht eben zu viel höherem Rufe als der Reichstag erhoben hat, wird die Schließung eines ſolchen Bündniſſes auch nicht unmöglich machen. Die Wahrſcheinlichkeit des Scheiterns beruht auf dem totalen Umſchwung, den die öffentliche Meinung und die Anſichten erlitten haben.

Gerade jenen hohen Perſönlichkeiten, welche die Vorſehung zu Thronen berufen hat, iſt es am wenigſten geſtattet, die Augen zu verſchließen vor dem, was unterhalb jenen vorgeht. Ihre Aufgabe iſt es vielmehr, die allgemeine Meinung und Stimmung in allen Richtungen und in ihrem wirklichen Geiſte zu erfaſſen, ihr zu folgen, ſogar zu ſchmeicheln, wo ſie zum Guten führt, oder ſie mit Energie und Entſchloſſenheit zu bekämpfen und niederzudrücken, wo ſie verderblich wird. Auf die Fähigkeit, hier das wahrhaft Gute von dem Böſen in jener allgemeinen Meinung und Stimmung zu unterſcheiden, auf den Takt, das eine oder das andere, nachfolgen oder bekämpfen, zu rechter Zeit und mit den rechten Mitteln zu tun, reduziert ſich am Ende jede Regierungskunſt.

Um mich nun über die Veränderungen, die eingetreten ſind, näher zu erklären, will ich nun, Schritt vor Schritt dem folgend, was ich zur Schilderung des Rheinbundes geſagt habe, folgendes erwähnen.

In 1806 ſtand die geſamte Bevölkerung der Rheinbundlande ein für Erhaltung der von ihren Fürſten eben gewonnenen Souveränität. Warum? Deswegen, weil dies in ihrem eigenen Intereſſe lag, indem ſie recht wohl fühlte, daß durch Wegräumung der alten Reichszuſtände ihr eine weite Ausſicht auf Fortſchritte und Beſſerung in inneren Zuſtänden eröffnet ſei, die alle wieder in Frage geſtellt ſein würden, wenn die Reichsverfaſſung zurückkehre. Heute wird dieſelbe Bevölkerung, wenn bloß von der Frage, ob dieſe Souveränität erhalten werden ſoll, die Rede iſt, ſich kaum rühren. Warum? Weil ſie die Frucht jener Souveränität längſt geerntet und von den Zuſtänden, deren Rückkehr damals befürchtet werden konnte, weder Erinnerung noch Begriff hat, überhaupt weil ſie weiß, daß, was auch immer geſchehen möge, doch bei dem jetzigen Stande der Ziviliſation ihr niemand dieſe Frucht rauben werde. Mit anderen Worten, weil ſie nicht mehr dasſelbe Intereſſe bei der Sache hat. Noch ein anderer Grund wird ſpäter berührt werden.

Der Kampf, den damals Deutſche, nicht bloß im eigenen, ſondern auch in fremdem Intereſſe gegen Deutſche führten, wird kaum mehr durchzuführen ſein. Sie ſind ſich nicht mehr, wie damals, fremd, die Kriege 1814 und 1815 haben ſie wieder einmal unter eine Fahne geführt und miteinander bekannt gemacht. Das Jahr 1848 und die folgenden haben die Idee deutſcher Einheit weit verbreitet, und iſt ſie auch von allen Beſonnenen längſt aufgegeben, ſo iſt der Wunſch deutſcher Einigkeit, man darf ſagen, von allen geteilt. Was würde alſo geſchehen im Falle eines zweiten Rheinbundes? Das Militär würde gehorchen, vielleicht mit größerem Widerwillen. Die Mehrzahl der übrigen

Bevölkerung würde widerſtreben in allem, was in ihrer Gewalt ſtünde. Das iſt aber eine Sache, deren Tragweite nicht unterſchätzt werden darf.

Jene Anhänglichkeit aber, die den Charakter deutſcher Volksſtämme einſt zierte, ſie iſt leider verſchwunden, nur einzelne und gewiſſe Klaſſen bewahren ſie noch, nicht die Geſamtheit.

Hieran aber, ſogleich ſei es geſagt, tragen in keiner Weiſe die Fürſten die Schuld, ſie haben ihrer Seite nichts getan, das ſie jenes koſtbaren Gutes berauben müßte. Der Grund davon liegt in jenem falſchen Liberalismus, den verſchiedene Regierungen, an ihrer Spitze aber die badiſche und die altenburgiſche, hegten. Die Sünde, die ſie mit ihren hohlen Theorien an Deutſchland begangen haben, iſt ſehr groß. Sie haben es ſo viele Jahre hindurch geſchehen laſſen, daß alles, das bis dahin für achtbar galt, Thron wie Altar, durch Preſſe und Rede in Kot geſchleift, jede Autorität untergraben ward, ſie haben jene verderblichen Doktrinen heranwachſen laſſen, die 1848 zur Herrſchaft gelangten; und ſie waren es, die zuerſt Strafe für ihre eigenen Lehren traf; ſo war das nur der Finger Gottes, anderen war damit nicht geholfen. Und nun geſchah es gar, daß faſt überall dieſe Doktrinen durch die Organe der Regierungen ſelbſt von oben herunter recht gründlich dem Volk in Fleiſch und Blut eingeimpft wurden. Nun frage man noch, wohin die alte Anhänglichkeit gekommen, oder wodurch die Verwirrung in die Köpfe aller jener zahlloſen Menge von Halb- oder Viertelsgebildeten gekommen, die nicht zu denken, aber doch nachzuſprechen und ſich gerade für das Ungeprüfte zu enthuſiasmieren wiſſen. Nicht bloß ein Teil der mittleren, ſondern ein ſehr großer Teil der jüngeren Generation iſt politiſch und moraliſch verdorben. Die Anhänglichkeit wird zurückkehren, der Schwindel ausdämpfen, aber viel Zeit und Sorgfalt wird dazu gehören, den Schaden zu heilen, womit ich jedoch nicht ſagen will, daß man nicht ſchon den rechten Weg hierzu gefunden habe.

Dieſes ſind die Gründe oder richtiger die Tageserſcheinungen, die mich zu der Äußerung führen, daß es heute nicht mehr ebenſo wie damals in der Macht deutſcher Fürſten ſtehe, einen zweiten Rheinbund zu ſchließen.

Zum Schluſſe möchte ich nun noch eine Betrachtung folgen laſſen, die der bisher beſprochenen Materie nicht fremd iſt. Die Staaten des ſüdlichen Deutſchlands haben alle Rheinbundkriege mitgeführt und die Feldzüge 1814/15 in Frankreich mitgemacht und ſind aufrechtſtehend aus dieſen Kämpfen hervorgegangen, ſo groß und empfindlich auch die gebrachten Opfer waren. Darf nun aus dieſem Vorgange und Beiſpiele gefolgert werden, daß dieſe Staaten aus neuen großen Kriegen ebenſo unbeſchädigt hervorgehen würden? Und zwar habe ich hier natürlich nicht einen neuen Rheinbund vor Augen, ſondern denke ganz einfach an das, was nahe liegt, an einen Krieg alſo, dem die öffentliche Meinung nicht widerſtrebt, bei welchem die Fürſten keine der Schwierigkeiten finden würden, welche ich ſoeben für den Fall eines Bündniſſes mit dem Auslande prophezeien zu müſſen geglaubt habe.

Viele werden bereit ſein, die Frage mit ja zu beantworten, die Vollkommenheit, welche deutſche Heere erlangt haben, wird ihnen dieſes Vertrauen einflößen. Dennoch iſt die Frage eine bedeutungsvolle, die alle Beachtung verdient und über welche ſich manches ſagen läßt, das nicht gerade beim erſten Anblick ſchon von vornherein in die Augen ſpringt. Auch über ſie wird eine Parallele zwiſchen ſonſt und jetzt Licht verbreiten.

Selbſtverſtanden kann auch hier von den Truppen als ſolchen nicht die Rede ſein. Ihre Schlagfertigkeit, Ausdauer und guter Wille werden von niemand in Zweifel gezogen. Ich rede von dem Staatshaushalte.

Das Kontingent, welches die Rheinbundsakte dem Großherzoge auferlegte, beſtand aus 4000 Mann, und nach demſelben Maßſtabe bei anderen, meiſt Infanterie mit angemeſſener Artillerie; auf Kavallerie ward erſt im letzten Augenblick, als die franzöſiſche in Rußland untergegangen war, Wert gelegt. Iſt dieſe Zahl von 4000 in den folgenden Jahren zuweilen überſchritten worden, ſo war es doch nicht in ſehr großem Maße. Eine erſte Ausrüſtung und Verſorgung mit Munition und Beſpannung mußte freilich dieſen Truppen gegeben werden, damit war aber die Sache ſo ziemlich abgetan. Sie lebten auf fremde Koſten, weil ſie ſtets in Feindesland waren und die Staatskaſſe keine Verpflegungskoſten vergütete. Sold erhielt der Soldat ſehr häufig erſt bei der Rückkehr ins Land ausgezahlt. — Wichtiger Umſtand, das Geld bleibt im Lande. War die Munition verbraucht, ſo lieferten die franzöſiſchen Magazine neue, ſie gaben, wenn es die Not erforderte, Schuhe und andere Bedürfniſſe, ſie gaben Fourage und Lebensmittel, wo die Einwohner ſie nicht liefern konnten. Alles ohne Erſatz. Hoſpitalien hatten wir nicht, und doch waren die Verwundeten und Kranken wohl verſorgt uſw. In 1814/15 aber gab ein fremder Boden von vornherein den Kriegsſchauplatz ab.

Wie viel anders ſtehen heute die Dinge! Das Kontingent iſt auf 1½ Prozent der Bevölkerung erhöht, alſo verdoppelt. Die Koſten der erſten Ausrüſtung ſind es alſo gleichfalls, die Unterhaltung der Ausrüſtung und Munition liegt aber jetzt lediglich dem Staatsſchatze ob, der ſie mit barem Gelde zu beſtreiten hat, und ſolange dieſe Truppen auf deutſchem Boden ſtehen, erhält dieſelbe Staatskaſſe eine Rechnung über jede Suppe, jedes Pfund Heu oder Geſcheid Hafer, die ſie verzehrt haben. Denkt man nun nicht an einen Holſteiner oder Badener Feldzug, ſondern an einen ganz großen Krieg, wie dieſes Jahrhundert deren viele geſehen hat, ſo muß man glauben, daß der Aufwand der finanziellen Kräfte aller mittleren Staaten, und nicht von Darmſtadt, ſondern von allen rede ich, bei weitem überwiege und es wird ein Staatsbankrott nach dem anderen zu befürchten ſein. Den Jammer aber, welchen jeder Staatsbankrott im Gefolge hat, will ich hier nicht ausmalen.

Anders freilich ſtellt ſich die Sache dar, wenn man einen von vornherein ſiegreichen Krieg auf fremdem Boden vorausſetzt, aber ſelbſt dann erſcheint ſie nicht in roſigem Lichte, und wer bürgt für jenes?

Der Schluß liegt nahe, daß alle ſich hüten mögen, leichtfertig an Krieg zu denken. Schlimm genug, wenn er einmal nicht vermieden werden kann. Ich wenigſtens wünſche ſehnlich, den Augenblick nicht zu erleben, wo die Frage, ob ich wahr oder unwahr hier geſprochen, praktiſch entſchieden werden wird.

Der Fürſtprimas des Rheinbundes

In den vorigen Blättern habe ich flüchtig die kleinen Geſchäftsmiſſionen berührt, die mir infolge des Rheinbundes in 1806 und 1807 übertragen wurden; deren iſt noch eine nachzutragen. Heſſen hatte in Frankfurt neben der Taxisſchen Reichspoſt eine eigene, ſowohl Fahr- als Briefpoſt. Kurheſſen hatte gleichfalls eine ſolche, das war nichts Ungewöhnliches. Das Übergewicht aller Fürſtenhäuſer über ſolche Reichsſtädte war ſo groß, daß die letzten den erſten kaum etwas abſchlagen durften. Da der Rheinbund nicht in den äußerſten Norden reichte, ſo ſehen wir ja noch heute von jener Zeit her eine däniſche Poſt in Hamburg und Lübeck. — Das großherzogliche Haus beſaß ein angekauftes Palais in Frankfurt, aber daß ein Landgraf von Heſſen ſich der Gerichtsbarkeit der Reichsſtadt unterworfen hätte, daran war nicht zu denken. Man behauptete von da an vollſtändige Exterritorialität, man übte die Gerichtsbarkeit innerhalb dieſer Mauern aus, bezahlte keine Abgaben, kein ſtädtiſcher Beamter durfte amtlich die Schwelle überſchreiten. Der Mann, der das Haus bewohnte, um die Rechte ſeines Herrn zu wahren und zu üben, war unpaſſenderweiſe Reſident betitelt. Ich ſage unpaſſend, weil er nichts von einem diplomatiſchen Charakter an ſich hatte. Somit war alſo ein fremdes Gebiet mitten in der Stadt entſtanden.

Nun ward durch den Rheinbund der Fürſtprimas Souverän von Frankfurt, und die Rheinbundakte hatte alle und jede Servitut, die einem Staate in dem andern zuſtand, ja ſogar derartige Lehenherrlichkeiten abgeſtellt.[1] Jene Berechtigungen mußten alſo aufhören. Abermals ein Beleg dafür, daß die heutigen Zuſtände auf dem Rheinbund ruhen. Um nun die Verhältniſſe zu ordnen und einige Rückſicht für den hohen Beſitzer jener Berechtigungen anzuſprechen, ward ich als Mitglied der Oberpoſtinſpektion (ſo, richtiger geſprochen „Direktion“, denn das war ſie für die inländiſchen Poſten, die andere Benennung und eine andere Beſtimmung erhielt die Behörde erſt bei dem damaligen Übergang aller Poſten an Taxis) an den Hof des Fürſtprimas nach Frankfurt geſchickt, welchem Herrn ich übrigens bereits bekannt war, da ich ihm bei einem Beſuche, den er dem hieſigen Hof abſtattete, als Kammerherr zur Aufwartung zugeteilt geweſen war.

Es wird ganz an ſeinem Orte ſein, hier etwas bei dieſer damals einflußreichen Perſönlichkeit zu verweilen. Der Domherr von Dalberg, Bruder des pfälziſchen Miniſters des Namens in Mannheim, gehörte unbeſtritten durch

---

[1] Der Wiener Kongreß hat nur eine, freilich unvermeidliche Servitut wiederhergeſtellt: die Militärſtraßen nämlich zwiſchen entfernten Gebietsteilen; und jetzt iſt, wie ich ſehe, Bayern eine neue für die Telegraphen eingeräumt worden.

Geiſt und Inſtruktion zu den Ausgezeichnetſten ſeines Standes. Dieſe Eigenſchaften veranlaßten das Domkapitel, nicht aber den Kurfürſten Erthal, ihn zum Koadjutor des letzten zu wählen. Dalberg teilte weder die Prunkſucht noch die Galanterie des Kurfürſten, zog aber dennoch ſo ſehr die allgemeine Aufmerkſamkeit auf ſich, daß jener es nicht für geraten hielt, ihn neben ſich zu dulden. Er ernannte ihn zum Statthalter ſeiner entfernten Beſitzungen Erfurt und Eichsfeld; das heißt mit anderen Worten, er ſchickte ihn in die Verbannung.

Dort widmete ſich Dalberg den Regierungsgeſchäften ſeiner Provinz in dem Sinne und mit all der Tätigkeit und Ausdauer, die man an einem Privatmanne, der den Poſten bekleidet hätte, geprieſen haben würde, doch blieb ihm noch Muße, um ſich auf verſchiedene Weiſe in der Schriftſtellerei zu verſuchen; zugleich waren ſeine liberalen Geſinnungen bekannt, wohlverſtanden im Sinne der damaligen Zeit, liberal wie auch Friedrich der Große es war, der ſich, lebte er noch, mit dem heutigen Liberalismus ganz verwünſcht ſchlecht vertragen würde, liberal wie auch unſer Großherzog Ludewig I. genannt werden darf, das heißt frei von hundert Vorurteilen, die die Zeit noch beherrſchten, und niemals Sklave der alten Traditionen, Dinge, die in Betracht der Zeit und der Verhältniſſe, unter welchen jene Herren gelebt haben, viel ſagen wollen.

Durch alles dieſes hatte ſich Dalberg als ſeltene Erſcheinung in ſeinem Stande einen großen Ruf in ganz Deutſchland geſchaffen und in Betracht der hohen Stellung, zu welcher er früh oder ſpät berufen ſein ſollte, große Erwartungen rege gemacht. — Bemerkbar hat er ſich, als ſeine Zeit kam, allerdings gemacht, ob den Erwartungen entſprechend, iſt eine andere Frage.

Mainz war ſchon verloren, als er an die Regierung gelangte, die Kurlande gingen ſodann in andere Hände über, aber Aſchaffenburg und die Kurwürde blieb ihm und das Fürſtentum Regensburg ward ihm gegeben. Sein Gefühl hatte ihm längſt geſagt, daß das alte Reich einer Ausbeſſerung bedürfe, und ich bin überzeugt, daß er ſich während ſeines Erfurter Exils manchen Plan zu dieſem für die Zukunft entworfen hatte; Pläne aber, die, weil ſie für ganz andere Verhältniſſe berechnet waren, jetzt nicht mehr ausführbar ſein konnten. Doch hielt er ſich vermöge ſeiner Stellung als Reichserzkanzler und vermöge ſeines regen Geiſtes zum Reformator berufen, und der Verſtand ließ ihn einſehen, daß Reform ohne äußere Hilfe jetzt nicht mehr möglich ſei. Das iſt es ohne Zweifel, was ihn in die Arme Napoleons getrieben hat, auch war er wohl, gleich manchem anderen, durch deſſen Geiſt und Stern geblendet. Er iſt nächſt dem Kaiſer ſelbſt der Hauptſtifter des Rheinbundes. Über alle Beſtimmungen der Rheinbundakte iſt er konſultiert worden und hat Einfluß darauf gehabt, wie ſehr er aber das im verborgenen und geheim zu betreiben wußte, das beweiſt mein Zuſammentreffen mit ſeinem Miniſter Albini in Regensburg, wovon ich früher erzählt habe. Sein Werkzeug dabei war ſein Geſandter in Paris v. Eberſtein, mit dem ich einmal vierzehn Tage in dem Pyrenäenbade Baquière verlebt habe. Dieſer war ein überaus einfacher, ſchweigſamer und trockener Mann, der aber, wie es ſcheint, mit Franzoſen gut zurechtzukommen wußte.[1]) Seinem alten Biſchofsſtuhle erhielt er dabei, ſoweit es noch möglich war, den ehemaligen Glanz. Er ſicherte ihm die erſte Kirchenwürde in dem neuen Deutſchland, und das alte Erzkanzellariat, inſofern als er den Vorſitz in dem Rate der Könige des Rheinbundes (in welchem auch die Großherzoge Platz nahmen) erhielt. Sein Titel war „Altesse éminentissime“, eine ganz neue Erfindung Napoleons, die den Vorrang vor den Kardinälen bezeichnen ſollte.

Aber von den beiden der zuerſt Beratenden war der eine, ich will es glauben, in ſeiner Art deutſcher Patriot, der andere war Napoleon; wie verſchieden mögen die urſprünglichen Anſichten und Pläne beider geweſen ſein. Iſt einer getäuſcht worden, ſo war es der Deutſche, der erfahren ſollte, daß wer immer ſich dem Teufel verſchrieben hat, nicht mehr Herr ſeiner Perſon iſt. Wie manches in der Entwicklung des Rheinbundes mag ihn unangenehm berührt und mit bitteren Gefühlen erfüllt haben.[2])

Als Regent widmete ſich der Fürſt der Politik und den inneren Regierungsgeſchäften mit ungemeinem Ernſte und Sorgfalt, den Kirchenangelegenheiten nicht mehr als durchaus nötig war. Bei aller Schlauheit war er doch im Grunde gutmütig und großmütig. Außer einer guten Tafel war ſein Hof ohne allen äußeren Glanz, in der größten Einfachheit. Die Träger der alten Mainzer Oberhofchargen hatte er zum Teil geerbt. Er ſah ſie nicht und erſetzte ſie nicht, wenn ſie eingingen. Für ſeine Perſon hatte er faſt keine Bedürfniſſe, außer etwa die der Wohltätigkeit, und ſeine ganze Lebensweiſe entſprach ganz dem, was einem Kirchenhaupte ziemt und von ihm erwartet werden darf.

Soll ich ein Bild von der Perſon entwerfen, ſo ſage ich, daß es eine große, ſehr derbknochige, mehr hagere Geſtalt war ohne eigentliche Würde in der Haltung, wohl aber gegen jeden ohne Ausnahme von der Höflichkeit eines wohlerzogenen, glatten Privatmannes. Er war ſehr beweglich, geſtikulierte viel, und ich habe immer Anſtoß genommen an den tiefen Reverenzen und Bücklingen, die der Stellung, die dieſer Herr in der Welt einnahm, nicht zu entſprechen ſchienen.

---

[1]) Er hat in Frankreich eine Marquiſe de Broſſer geheiratet, und beide haben nach dem Sturze des Fürſten in großer Zurückgezogenheit in Mainz gelebt, wo ſie auch geſtorben ſind. Zum Miniſter hatte der Fürſt einen jungen Mann, Grafen Benzel-Sternau, dem es an Witz wenigſtens nicht fehlte. Er iſt der Verfaſſer des politiſchen Romans „Das goldene Kalb“. Als gegen 1819 das Einſchreiten gegen die Burſchenſchaftverſchwörungen begann, hielt er ſich in Deutſchland nicht mehr für ſicher, flüchtete in die Schweiz, wo er am Züricher See ein Gut kaufte, auf welchem er fortan lebte. Zum Finanzminiſter gab ſich der Fürſt einen Grafen Beuſt aus Thüringen, der allgemein den Namen „Salz-Beuſt“ hatte, weil er ſechs oder ſieben Salinen, darunter eine jetzt eingegangene, im Großherzogtum, Traiſa an der Horlof, in Pacht hatte. — Von ihm ſagte ſein eigener Herr, er ſei im Beſitz alles Salzes, das attiſche allein fehle ihm noch. Auch v. Gruben, Bruder des hieſigen, Vater des Leutnants, den wir hier ſehen, war in höherer Stelle im Dienſte des Fürſten. Durch den Übergang Aſchaffenburgs an Bayern iſt dieſer nach München gekommen.

[2]) Als Napoleon ſich mit einer Erzherzogin vermählte, genügte ihm der Erzbiſchof von Paris nicht, einen Papſt konnte er nicht zum zweitenmal nach Paris rufen; er beorderte daher den einzigen ſouveränen Kirchenfürſten, der außer jenem noch in Europa war, den Fürſtprimas, nach Paris, um die Trauung zu vollziehen. Ich bezweifle, daß dieſer ſich dadurch geſchmeichelt fand.

Er und der Fürſt von Iſenburg, der letzte ebenſo unbedeutend, als der andere bedeutend war, ſind die einzigen deutſchen Fürſten geweſen, welche 1813 Napoleon über den Rhein folgten und darin ihren politiſchen Untergang fanden. Der Fürſt Iſenburg konnte wohl nicht anders, er trug mit dem Titel „General“ mit der Eigenſchaft eines Werbeoffiziers franzöſiſche Uniform. Der Fürſtprimas glaubte vielleicht an den Stern des Mannes und an ſeine dereinſtige Rückkehr, hatte aber dabei ganz ohne Zweifel das Bewußtſein, daß für ihn, bleibe er in Deutſchland, dort weder Heil noch Verzeihung für die Vergangenheit zu finden ſei. Ich bekenne aber meine Unwiſſenheit, ich verlor ihn im Wirrwarr des Augenblicks aus den Augen und weiß jetzt nicht anzugeben, wann und wo er geſtorben iſt.

*

Jener Fürſt ſchlug ſeine Reſidenz in Frankfurt auf, wo er das Taxisſche Palais mietete, zuweilen war er in Aſchaffenburg, die Schlöſſer aber von Hanau und Fulda hat er nie dauernd bewohnt. Während meiner kurzen Miſſion an ſeinem Hofe zog er mich mehrmals an ſeine Tafel, und es traf ſich dies einmal auf einen Feſt- und Faſttag. Ich gewahrte alsbald, daß auf der faſt überladenen Tafel die Faſtenſpeiſen von denen, die es nicht waren, durch einen verſchiedenfarbigen Rand der Porzellanplatten unterſchieden waren, und nahm mir ſogleich vor, nichts zu berühren, das nicht auch dem Fürſten ſelbſt präſentiert werden würde. Dies führte ich ſtreng durch, und dem Fürſten entging es nicht, da ich die Ehre hatte, ihm zur Seite zu ſitzen. Sobald er ſich von der Tafel erhoben und Kreuze geſchlagen hatte, faßte er mich an meinem Arme und ſtieß mich gleichſam in eine nahe Fenſterbrüſtung hinein.

„Sagen Sie mir, D. T.! Ich habe immer in der Meinung geſtanden, daß Sie Proteſtant ſeien?“

„Jawohl, das bin ich.“

„Aber ums Himmels willen, warum eſſen Sie denn Faſtenſpeiſen?“

„Und warum nicht, Euer Eminenz? Ich habe den Grundſatz, mich ſtets nach dem Herrn zu richten, in deſſen Nähe ich mich zu befinden die Ehre habe.“ [1])

„Aber mein Gott, das iſt ja ganz gegen meine Abſicht. Sehen Sie, Ich habe ebenſoviel proteſtantiſche Untertanen als katholiſche, ſie ſind mir gleich wert und teuer; es vergeht kaum ein Tag, an welchem ich nicht Proteſtanten an meinem Tiſche ſehe, und deswegen laſſe ich ihn, ſo oft es nötig wird, doppelt beſetzen, niemand ſoll ſich nach mir richten, niemand ſoll ſich genieren, jeder nach ſeiner Weiſe handeln. Nein, das ſage ich Ihnen, ſo etwas tun Sie mir nie wieder.“

---

[1]) Er ward auch Hoheit häufig betitelt, das Land hieß Großherzogtum Frankfurt.

Dieſer letzte Befehl war mir übrigens nicht einmal erwünſcht. Mein Motiv war ein anderes geweſen und meine Antwort inſofern eine Unwahrheit, als ich alles, was der Fürſt ſagte, recht wohl wußte, aber die Gelegenheit benützen wollte, um mich durch eigene Erfahrung davon zu überzeugen, auf welche Weiſe Würdenträger der Kirche faſten und ſich kaſteien müßten, und ich geſtehe, daß ich das Experiment ſo wenig abſchreckend fand, daß ich noch immer zum Faſten bereit bin.

Übrigens führe ich den Vorgang an, um zu zeigen, wie aufgeklärt, freiſinnig und billig dieſer Herr dachte. Und jetzt! Wie denken heute die Eminenzen und andere Eminente der katholiſchen Kirche?

*

Habe ich ſagen können, wie ſchlicht und einfach jener Fürſt war und lebte, wie wenig Bedürfniſſe er für ſeine Perſon hatte, ſo kann ich ihn dagegen nicht von jener Sucht freiſprechen, die, zu Rom wie in Deutſchland, faſt ohne Ausnahme die geiſtlichen Fürſten aus alten Geſchlechtern beſeſſen hat, die nämlich, an dem Emporheben der Familie, aus der ſie ſtammen, zu arbeiten. (Am beſten iſt dies einem Biſchof von Paderborn, der ein Herr von Fürſtenberg war, gelungen.)

Hier war nun der Nepote der Sohn ſeines Bruders, der nachherige Duc de Dalberg. Nur einmal habe ich dieſen Mann geſehen und mit ihm verkehrt. Er kam hierher, um Herrn von Moranville zu beſuchen, der wie ſo viele andere Emigranten Zutritt in dem Hauſe ſeiner Mutter gefunden hatte und ihm ein Frühſtück gab, zu welchem ich eingeladen war. Der junge Mann war damals badiſcher Geſandter zu Paris. Ich kann nicht ſagen, daß er mir den Eindruck eines vorzüglich begabten Mannes gemacht habe, er kam mir vielmehr wie ein gewöhnlicher Mann vor. Vielleicht irre ich mich indeſſen. Doch glaube ich, daß ſeine nachherige Frau mehr als er war. In Frankreich heiratete er eine reiche Genueſerin, Brignole,[1] die Palaſtdame der Kaiſerin Joſephine war. Hierdurch erhielt er einen Fuß in Frankreich, er ward Günſtling Talleyrands, das heißt ein Inſtrument in ſeiner Hand, das ihm ſtets zu Willen war, denn zur Intrige muß er nicht unbrauchbar geweſen ſein. Natürlich fiel auf ihn ein Strahl des Glanzes ſeines Oheims. Er verließ den badiſchen Dienſt. Der Onkel verſchaffte ihm eine auf das Fürſtentum Regensburg ordinierte Rente von 40 000 Franken jährlich. (Ob dieſe von Bayern fortbezahlt worden iſt, weiß ich nicht.) Napoleon ernannte ihn zum Senator, mit welcher Würde damals, wenn ich nicht irre, eine Einnahme von 80 000 Franken verbunden war, und erhob ihn zum Duc.[2])

---

[1] So!

[2] Ich für meinen Teil vermeide es, das franzöſiſche Duc, das italieniſche und ſpaniſche Duca mit dem Worte „Herzog" ins Deutſche zu überſetzen, weil wir Deutſche dabei an einen wirklichen Fürſten und Souverän denken. Ebenſo nenne ich den franzöſiſchen Prince, italieniſchen Principe und ruſſiſchen Fürſten zwar Fürſt, weil ich keinen anderen Namen

Wie viel oder wenig an dem Manne geweſen ſein mag, und ich bin nicht in der Lage, mir hierüber eine entſcheidende Meinung zu bilden, ſo viel iſt gewiß, daß er hinreichenden Verſtand beſaß, um zu rechter Zeit umzuſatteln, denn er war nächſt Talleyrand einer der fünfe, die nach oder während der Übergabe von Paris an die verbündeten Monarchen dem Senate den Vorſchlag zur Abſetzung Napoleons machten. Hierdurch hatte er ſich die Bourbonen verpflichtet, noch ehe ſie ihn kannten und bevor ſie in Paris eintrafen. Er hat auch, ich weiß nicht, welche Stelle erhalten. Während der berühmten hundert Tage flüchtete er, ſoviel ich weiß, nach Hernsheim in Deutſchland, kehrte dann zurück; es iſt mir aber nicht bekannt geworden, daß die Bourbonen weiteren Gebrauch von ihm gemacht hätten, auch iſt er ziemlich früh geſtorben.

Außerdem, daß ſeine Beſitzung Hernsheim, wo ſeine Familie ehedem Grundherr des Dorfes geweſen war, unter heſſiſche Hoheit kam, war er auch Vaſall des Großherzogs vermöge einiger Familienbeſitzungen im Odenwalde. Da er nur eine Tochter hatte, ſo wollte er dieſe Beſitzungen allodifizieren. Dies führte einen anderen Dalberg, der ſich als Lehnerben betrachtete, hierher. Dieſer hat jahrelang hier gelebt, um ſeinen Prozeß bei den Gerichten zu betreiben. Des Ausgangs erinnere ich mich nicht mehr.

Die Tochter, nachdem ſie den Sohn des berüchtigten, in Neapel einſt allmächtigen Acton geheiratet und ſomit Italienerin geworden war, hat ſich als Witwe nach England verheiratet. Bekanntlich war Acton der Vater auch geborener Engländer.

Noch etwas über den Rheinbund

Ich habe verſucht, meine allgemeine Auffaſſung des Rheinbundes, des Geiſtes, in welchem er abgeſchloſſen ward, und ſeine Folgen darzulegen. Bevor ich nun zu deſſen Ende, d. h. zur Erzählung der Gründe und der Umſtände übergehe, die das Ausſcheiden unſeres Großherzogs Ludewig I. herbeiführten, muß ich, um hiſtoriſch treu zu ſein, mit noch einigen Worten von zwei Gegenſtänden reden, nämlich von der Stimmung und herrſchenden Geſinnung des hieſigen Hofes während jener Periode und dann von einer Perſon, die im letzten Augenblicke eine Rolle dabei ſpielte.

Die Stimmung des Hofes während der Periode, d. h. die Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs und auch die perſönliche Seines Miniſters war die, dem Kaiſer in allen Stücken zu Wunſch ſein zu wollen, ſich auf das engſte an ihn anzuſchließen, überhaupt ihm die größte Ergebenheit zu beweiſen. Hier-

---

kenne, aber niemals Prinz, wie das täglich in Zeitungen zu finden iſt, weil wir Deutſche mit dieſer Benennung den Nachgeborenen eines wirklichen Fürſtenhauſes bezeichnen. Ebenſo nenne ich den italieniſchen Conte, und von dieſen wimmelt ganz Oberitalien, auch im Deutſchen Conte, denn er iſt nicht der deutſche Graf, der franzöſiſche Comte und engliſche Earl, ſondern ein Edelmann, den wir Herr von oder nach Umſtänden Freiherr nennen würden. Es ſind hauptſächlich die venezianiſchen Nobili und die Patrizierfamilien der kleinen italieniſchen Republiken, die den Titel Conte führen.

aus entſtand denn auch der Form nach, in der Korreſpondenz eine Courtoiſie, die jene Unterwürfigkeit andeutete, welche deutſche Reichsfürſten ehedem in ihrer Korreſpondenz mit ihrem Kaiſer an den Tag zu legen pflegten.[1])

Allerdings hatte der Kaiſer eine bedeutende Vergrößerung des Landes bewirkt und nahm von daher Dankbarkeit in Anſpruch, die ihm um ſo williger gewährt ward, als es nicht darauf ankam, das einmal Errungene durch den Krieg für alle Zukunft zu ſichern, ſondern als auch für den Fall fernerer Siege er neue Vergrößerungen in Ausſicht ſtellte.[2])

Perſönlich hat, ſoviel ich weiß, Ludewig I. den Kaiſer nur einmal geſehen, und zwar in Mainz. Der ehrwürdige Greis imponierte dem Kaiſer und flößte ihm hohe Achtung ein. Der Großherzog ſeinerſeits bewunderte und verehrte in jener Perſon den größten Feldherrn der Zeit. Die Frau Großherzogin Königliche Hoheit begleitete Ihren hohen Gemahl. Sie war und blieb in jeder Periode Ihres Lebens, alt ſo gut wie jung, eine überaus liebenswürdige Fürſtin. Sie gewann den Kaiſer für Sich, der Sie mit Aufmerkſamkeiten überhäufte. Es bildete ſich damals, auch abgeſehen von Politik, eine Art perſönlicher Freundſchaft. Gewiß ſind auch hier wiederholt Ausſichten auf Vergrößerung eröffnet worden.[3])

Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin teilten ganz die Geſinnungen Ihres Herrn Gemahls, ja es hat Augenblicke gegeben, wo das Wort Enthuſiasmus ein nicht zu ſtarker Ausdruck ſein würde. Die wirklich großen Eigenſchaften, die der Kaiſer neben manchen anderen nicht großen beſaß, gewannen ihm die meiſten von denen, die mit ihm in Berührung kamen.

---

[1]) Nach der Reſtauration fand man ſolche Korreſpondenzen in den Archiven des Miniſteriums des Auswärtigen zu Paris vor und verlangte, daß der Großherzog dem Könige in gleichen Formen ſchreiben ſollte, ohne beachten zu wollen, daß jene Courtoiſie auf dem Umſtande beruhe, daß der Kaiſer Protektor des Rheinbundes war, der König aber nicht. Daraus entſtanden Reibungen, über welche ich noch, als ich zum Miniſterio gelangte, Pourparlers, und recht lebhafte, mit Herrn Fenélon gehabt habe.

[2]) Ich habe geſagt, daß und warum ich in jener Zeit den Staatsgeſchäften fremd war, ich vermag daher nicht alles anzugeben, was damals vorging, aber das verbürge ich, daß Ludewig I. einmal geſagt hat: „Ich habe einige Ausſicht, König aller heſſiſchen Lande zu werden.“ Ein ſolches Wort kann nicht aus der Luft gegriffen worden ſein, indeſſen kann doch eine ſolche Ausſicht nur in dem Augenblick eröffnet worden ſein, als zum Rheinbunde geworben ward; denn das war bekannt, daß der Kaiſer dem Herrn Kurfürſten von Heſſen von lange her den Untergang geſchworen hatte. Aber die altheſſiſchen Teile des Kurfürſtentums wurden ſeinem Bruder Hieronymus gegeben. Was waren überhaupt Verſprechungen Napoleons? Als er nach einer Schlacht (1805) ſein famoſes Wort ausrief: „Grande Bavière, petite Autriche“, hatte er dem König Max Joſeph die Ausſicht auf das Erzherzogtum Öſterreich eröffnet, dieſer aber mußte ſich, als die Konvenienz es mit ſich brachte, mit dem Innviertel, Salzburg und Deutſch-Tirol begnügen.

[3]) Ich habe den Kaiſer viermal geſehen. In Paris, in dem Schloſſe Merrec, als er dort die Junta verſammelte und den ſpaniſchen Thronwechſel einleitete, dann in Mainz, endlich in Seligenſtadt, wo ich mich in Geſchäften befand, als er an der Poſt anhielt, Berthier ſaß bei ihm im Wagen. Aber immer habe ich nur ihn geſehen, vorgeſtellt ward ich ihm nie. Doch bewahre ich eine ſehr lebhafte Erinnerung von dem Äußeren der Perſon.

Sehr abweichend von dieſen Anſichten waren die des Herrn Erbgroßherzogs (Ludwig II.). Dieſer Herr, ein Muſter eines ergebenen Sohnes, hatte den Grundſatz, ſich niemals tadelnd über das auszuſprechen, was Sein Herr Vater tat oder unter deſſen Regierung geſchah. Er zog ſich ſtets ins Schweigen zurück und neutraliſierte ſich grundſätzlich. Was Er dachte, kam nicht in Betracht und änderte nichts an den Dingen. Uns anderen aber, die wir dem Mittelpunkte etwas näher ſtanden, waren Seine abweichenden Geſinnungen wohl bekannt: denn dieſer Herr hatte eine ganz eigentümliche, ſehr feine Manier, um erraten zu laſſen, wie ſehr er die obwaltenden politiſchen Konjunkturen beklage, ohne doch jemals ein poſitives Wort zu ſprechen, das dieſe Geſinnung direkt angedeutet hätte. Aber dem Kaiſer Napoleon, der ſich immer wohl zu unterrichten wußte, blieb dieſe Denkweiſe des künftigen Regenten von Heſſen keineswegs unbekannt, ebenſo wie die des Königs Ludwig von Bayern als Kronprinz, die ihm ſtets Mißtrauen einflößte und den er, auch wenn er ſich bei ſeiner Armee befand, z. B. in Warſchau, kalt behandelte.

Zwar entſchloſſen Sich der Herr Erbgroßherzog einmal, d. h. ſtatt Seines kranken Herrn Vaters, zu einem Beſuche bei dem Kaiſer nach Mainz ſich zu begeben, weil er dem nicht auszuweichen wußte. Als Er Sich aber ſpäter zu demſelben Zwecke nach Paris begeben ſollte, weigerte Er ſich deſſen, während Er ſich nachher mit Freude zum Wiener Kongreſſe begab. Dieſe Weigerung gab Anlaß zur Reiſe des Herrn Landgrafen Chriſtian nach Paris, die ungefähr gleichzeitig mit der des Prinzen Wilhelm von Preußen ſtattfand. Der Herr Landgraf war ebenſo wenig Freund oder Verehrer Napoleons, er entſchloß ſich aber zu dieſem ihm bitter ſcheinenden Schritte aus Ergebenheit für ſeinen Herrn Bruder, der es Seinen Intereſſen gemäß erachtete, einen Prinzen Seines Hauſes in Seinem Namen dort auftreten zu laſſen. Es war, wie ich glaube, bei Gelegenheit der Vermählung des Kaiſers: denn zur Taufe des Königs von Rom ward Fürſt Adolf Wittgenſtein als außerordentlicher Geſandter abgeordnet.

Die geſamte Dienerſchaft fügte ſich dem Willen des Herrn, von Intrigen, von irgendeiner Agitation gegen den Rheinbund und ſeinen Protektor war keine Spur zu bemerken. Dennoch teilten manche nicht jene Bewunderung des letzteren. Aber die niedere Dienerſchaft, die zum perſönlichen Dienſte der Herrſchaften beſtimmt war und aus Ihrem Munde nichts als Lob und Freude über das, was dem Kaiſer glückte, vernahm, war ganz elektriſiert, wovon ich ſpäter ein Beiſpiel anführen werde.

Einſtmalen ordnete der Großherzog, ich glaube nach der Schlacht von Jena oder nach einer anderen entſcheidenden Schlacht, an welcher unſere Truppen teilgenommen hatten, einen öffentlichen Dankgottesdienſt an, ein Te Deum laudamus, er fand in der Stadtkirche ſtatt, der Hof wohnte demſelben bei und alle Behörden ex officio. Die Feſtrede war dem Kirchenrate und Hofbibliothekar Wagner übertragen. Dieſer Mann, der die Stimmung der Herrſchaft kannte und vielleicht aus den oben bezeichneten untergeordneten

Quellen ſchöpfte, wollte ſich wahrſcheinlich bei dieſer Gelegenheit das, was man im gemeinen Leben ſehr trivial einen roten Rock nennt, verdienen. Er brach in ſeiner Rede in die ungemeſſenſten Lobeserhebungen des Kaiſers Napoleon aus, den er als einen Sendling der Vorſehung darſtellte und ſozuſagen vergötterte, und das in Ausdrücken, welche die Herrſchaften und das geſamte Auditorium wahrhaft empörten. Seine Königliche Hoheit der Großherzog verließen die Kirche im Zorn und erklärten, daß der Mann nie wieder bei einer ähnlichen Gelegenheit gebraucht werden ſolle.

Die Perſon, mit welcher ich näher bekannt machen wollte, iſt der franzöſiſche Geſandte Mr. de Vendeuil. Ich kenne die Antezedenzien Vendeuils nicht, ſoviel ich weiß, war er in der Diplomatie vorher nicht verwendet. Anhänglichkeit an den Kaiſer und ſein bedeutendes Vermögen mögen ihm zu dem Platz verholfen haben. Er war ein recht hübſcher, verhältnismäßig junger, ſehr wohlerzogener, anſtändiger und in der Geſellſchaft liebenswürdiger Mann, Eigenſchaften, die auch ſeine Frau teilte. Der hieſige Hof war mit dieſer Wahl ſehr zufrieden. Dieſe Leute, die dem ſogenannten Erbprinzen gegenüber das Eckhaus in der Rheinſtraße bewohnten, machten hier ein ſehr angenehmes geſellſchaftliches Haus aus. Ich für meine Perſon habe viel mit ihm verkehrt und ſtand recht gut mit ihm.[1]

---

[1] Einſtmals gab dieſer Geſandte zur Feier des Geburtstags ein offizielles Diner, bei welchem alle in Uniform erſchienen. Mir unterſagte mein Hofdienſt, eine Einladung anzunehmen. Sobald aber die Tafel an Hof aufgehoben war, eilte ich mit dem Obermarſchall v. Perglas in jenes Haus, um der Familie eine Aufmerkſamkeit zu beweiſen. Wir wurden dort Zeugen einer Szene, die uns als Dienern des Großherzogs und in Betracht des Hauſes, in welchem ſie ſtattfand, wahrhaft peinlich war. Als wir in dem Hauſe des Geſandten eintrafen, ſtand man auch da eben vom Tiſche auf und begab ſich in den Salon. Hier war nach franzöſiſcher Sitte in der Mitte des Zimmers ein Halbkreis von Stühlen aufgeſtellt, auf dem mittleren nahm die Frau vom Hauſe Platz, rechts und links von ihr nur Damen, die Herren befanden ſich meiſt hinter dieſen Stühlen, Konverſation zu machen. Nur Herr v. Lichtenberg, angetan mit unſerer Galauniform, hellblau mit Klappen und Aufſchlägen von ſchwarzem Samt, ganz in Gold geſtickt (erſt ſpäter erhielten wir die rote Galauniform sang de boeuf, nach dem Schnitt des Kaiſerhofs und in Silber geſtickt), trat allein in den Halbkreis ein vor den Stuhl der Hausfrau, der er wohl etwas Artiges ſagen mochte, denn er machte viele Bücklinge dabei. Während der Unterredung wollte er ſein Taſchentuch hervorziehen, da er aber in allen Bewegungen etwas Pathetiſches und Gravitätiſches hatte, ſo ging dieſes Hervorziehen überaus langſam und nur ſtoßweiſe vor ſich. Bei jedem Ruck nun, den er an dem Taſchentuche tat, fiel, ihm allein unbemerkt, eine Makrone aus der Taſche, bis deren fünf auf dem Boden lagen, die er bei dem Deſſert eingeſteckt hatte. Ich weiß das Schauſpiel mit nichts anderem zu vergleichen als mit einem Huhne, das nach und nach mehrere Eier legt. Die ganze Geſellſchaft verbiß ſich die Zungen, und bewunderungswürdig waren die Anſtrengungen, welche die Hausfrau, eine ſehr lebhafte und muntere Dame, machte, um nicht zu ſehen, was unter ihren Augen vorging, und ſo einige Kontenance zu bewahren. Das Schauſpiel erreichte aber ſeinen Kulminationspunkt erſt dann, als Herr v. Lichtenberg die Unterredung beendet hatte und einige Schritte rückwärts tat; da zertrat er zwei Makronen, die durch ihren Zucker ſich an den Sohlen der Schuhe anklebten. Er wollte nun ſehen, welcher fremd-

Zur Charakteriſtik des Herrn v. Vendeuil gehört folgende Geſchichte: Unter den Leiblakaien Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin befand ſich ein ſonſt vertrauter und braver Mann, Wörrishofer. Im Jahr 1813 nun, alſo nach der ruſſiſchen Kataſtrophe und während große Anſtrengungen zu neuen Rüſtungen gemacht wurden, begab ſich dieſer Mann, wie gewöhnlich, wenn er nicht den Dienſt hatte, in das Gaſthaus zur Krone, wo ſich immer eine Zahl wohlhabender Bürger der Stadt zu einem Glaſe Wein verſammelte. Es kam die Politik zur Sprache, es ward geſagt, die Lage der Dinge fange an ſehr zweifelhaft zu werden, der Leiblakai lachte darüber, behauptend, der Kaiſer könne nie untergehen. Drei andere dagegen verſicherten, er werde ſich von dem Schlage, den er bekommen, nie vollſtändig erholen und die jetzigen Verhältniſſe ſich früh oder ſpät ändern. Kein Wort deutete darauf hin, daß dieſe Leute beabſichtigten, ſich bei einer Veränderung tätig zu bezeigen, es waren Meinungen, im vertrauten Kreiſe ausgeſprochen. Dem Manne aber ſchien auch eine derartige Meinung ſchon ein Verbrechen, ſo enthuſiaſtiſch war er. Anſtatt nun ſeiner Herrſchaft zu erzählen, was er gehört oder, wenn er eine Denunziation für nötig hielt, einer hieſigen Behörde die Anzeige zu machen, ging in ſeinem Kopfe die Verwirrung der Begriffe ſo weit, daß ihm die franzöſiſche Geſandtſchaft als die Behörde erſchien, welche beauftragt ſei, die Geſinnungen der hieſigen Bürger zu korrigieren, und ich führe die Sache auch als Beleg deſſen an, was ich oben geſagt habe. Der Mann alſo begab ſich, vielleicht auch in der Nebenabſicht, ſich ein Geſchenk zu verſchaffen, zu dem Geſandten, um ihm jenen Vorgang als etwas höchſt Strafwürdiges zu erzählen. Vendeuil antwortete ihm: „Der Kaiſer, mein Lieber, hat mich als Geſandten an den Hof des Großherzogs geſchickt, nicht als Spion; von dem, was Sie mir ſagen, werde ich daher keinen Gebrauch machen.“ [1]

Allerdings mag der Geſandte erwogen haben, daß es zu nichts Erſprießlichem führen werde, wenn er ſich der Sache amtlich annehme, was ihm aber vorzüglich auffallend erſchien, das war die Livree des Mannes. Er erzählte die Geſchichte überall. Hierdurch ward ſie bekannt und kam zur Kenntnis der Herrſchaften. Seine Königliche Hoheit der Großherzog waren in hohem Grade entrüſtet, eben weil der Mann Ihre Livree trug, er erhielt einen derben Verweis. Übrigens habe ich nicht geſehen, daß die Sache ihm in ſeinen Verhältniſſen weſentlichen Nachteil gebracht hätte.

Eben weil ich mit Herrn v. Vendeuil in recht guten Verhältniſſen geſtanden hatte, würde es mir intereſſant geweſen ſein zu erfahren, was aus dem Manne nach ſeiner Entfernung von hier geworden. Ich habe zu dem Ende die ver-

---

artige Körper ihm das Gehen erſchwerte, und entdeckte jetzt erſt, was vorgegangen war. Indeſſen ergriff er die beſte Partie, er tat, als gehe ihn die Sache nichts an, mußte aber deswegen bis zur Beendigung der Geſellſchaft in verzuckerten Schuhen umherwandeln.

[1] Daß übrigens Herr v. Vendeuil auch zu ſpionieren wußte, wird mein nächſtes Blatt erzählen, doch nicht als etwas Ehrenrühriges. In dieſem Falle war er vielmehr innerhalb der Pflichten eines Geſandten.

ſchiedenen Geſandten in Paris angegangen. Keiner hat mir Auskunft zu verſchaffen gewußt. Er iſt ſpurlos verſchwunden. Entweder hat er ſich ſo ſtark als Bonapartiſt kompromittiert, daß die Bourbonen ihn nicht verwenden konnten, oder er hat ihnen nicht dienen wollen und ſich ſogleich in irgendeinen Winkel von Frankreich auf ein Gut zurückgezogen. (Fortſetzung folgt)

Der Tſcheche

Eine völkerpſychologiſche Betrachtung

Von

Karl Hans Strobl

(Fortſetzung)

Man hat bei Einſchätzung des geſamten Slawentums zwiſchen den weſtlichen und den öſtlichen Völkern wohl zu ſcheiden. Die öſtlichen Slawen tragen Aſien in ihrem Blut und ihrem Hirn. Sie ſind noch in aller ihrer Urkraft dumpf und triebmäßig, der Horde noch näher als dem feingegliederten Staat. Daß ſie noch Horde und Herde ſind, gibt ihnen dieſe erſtaunliche Widerſtandskraft gegenüber den zerſtörenden Kräften, von denen ſie jetzt durchtobt werden. Ein wirklich bis ins letzte organiſierter Staat hätte unter dem Wahnwitz des Bolſchewismus längſt zuſammenbrechen müſſen. Es iſt mit den Völkern nicht anders wie mit anderen Lebeweſen. Ein hochſtehendes Tier, das ſeine Glieder zu beſonderer Verwendung ausgebildet hat, wird keines von ihnen miſſen können. Einem Hund wächſt kein abgeſchnittenes Bein wieder nach. Aber nimmſt du einen Regenwurm und ſchneideſt ihn in zwei Stücke, ſo ergänzt das eine den fehlenden Kopf und das andere den fehlenden Hinterteil, und du haſt ſtatt eines Regenwurms zwei. Was auch der Bolſchewismus am Körper des ruſſiſchen Volkes an verbrecheriſchen Verſtümmelungen vornimmt, die Lebenszähigkeit dieſes Körpers iſt groß genug, daß ſich die Wunden ſchließen und das Fehlende ſich erſetzt. Welcher Irrſinn, zu glauben, ein Kulturſtaat, wie etwa Deutſchland, könnte ſolche raſende Zerfleiſchung ertragen, wie dieſe naturwüchſige und triebmäßige Volksmaſſe, deren Staatsleben noch ſo unausgebildet iſt. Nur in einer ſolchen Maſſe, die von ihren ſtaatsbildenden Kräften noch nicht weit über den Zuſtand der Herde emporgeführt iſt, können ſchlimme Ideen ſo verheerend wirken. Sie dürſtet dumpf nach Glauben an irgend etwas. Geſtern an den Zaren, heute an den alleinſeligmachenden Kommunismus. Ein paar Führer ſind da, für deren Verbrechertum das Wort „Ideologie“ eine höchſt mangelhafte Entſchuldigung iſt. Ihnen läuft die Maſſe blind nach. Sie hat ein neues Loſungswort erhalten und hängt ihm nun ebenſo wahllos an wie früher dem alten. Es mangelt ihr an dem Erlebnis der Perſönlichkeit, es fehlt ihr an der geiſtigen Fähigkeit zur Vergleichung, zur Kritik, zur Erfaſſung des Verhältniſſes von Urſache und Wirkung. Die Größe des Oſtſlawentums liegt in ſeiner kosmiſch gewaltigen urtümlichen Glaubenskraft, ſein Verhängnis in dem Mangel an geiſtiger Durchdringung. Glaube aber iſt nicht immer an einen Gottesbegriff geknüpft, ein irregeleiteter Glaube kann auch an Gottes Widerpart glauben. Rußland glaubt heute an Lenin und Trotzki, wie die Mongolen an Dſchingis-Khan und die Hunnen an Attila geglaubt haben. Der Bolſchewismus iſt nichts als die moderne Erneuerung jener Aſiatenſtürme, deren ſchon einige im Verlauf der Weltgeſchichte über Europa hinweggebrauſt ſind. Der Bolſchewismus als Staatsform läßt ſich nur mit den Reichen der Wanderhirten (Hunnen, Avaren, Madjaren, Chagaren, Tataren) vergleichen.

Daß die West- und Südſlawen dieſes neue aſiatiſche Berſerkerweſen nicht mitmachen — und wohl auch aller Vorausſicht nach nicht mitmachen werden —, beſtätigt mehr als alles andere die weſenhaften, grundlegenden Unterſchiede zwiſchen ihnen und den öſtlichen Brüdern. Während der ruſſiſche Block zu neun Zehnteln Aſien iſt, ſind die Weſtſlawen zu neun Zehnteln Europäer. Sie ſind frühe in mit reicher Kultur geſättigte Gebiete vorgeſchoben worden, ihre Geſchichte hat ſie mit den geiſtigen, wirtſchaftlichen und ſittlichen Werten Europas durchſetzt. Ihre ſtaatsbildende Kraft hat ſie wohl bis zur Gegenwart nicht dauernd nach außen hin, aber doch innerlich verſelbſtändigt. Sie waren, ehe ſie ihre neuen Grenzen auf der Landkarte bekamen, ein Staat im Staat, als Volk von einer vorbildlichen Geſchloſſenheit, jedes für ſich eine ungeheure große nationale Freimaurerloge. Über dem in drei Teile zerſtückelten, an drei Herren verteilten Polen ſtand ein Allpolentum, das ſich an Sprache, Sehnſucht und Hoffnung erkannte, ein unſichtbares Reich. Ein unſichtbares Reich war das Tſchechentum Öſterreichs, jeder Tſcheche jedes Volksgenoſſen ſelbſtverſtändlicher Bundesgenoſſe, Gönner und Förderer, alle zuſammengehalten durch gleiche Liebe und vor allem gleichen Haß. Sie waren nicht bloß durch die ſtaatlichen äußeren Organiſationen, denen ſie angehörten, ſondern auch durch ihre eigene innere Organiſation über den Zuſtand der Herde emporgehoben. Sie hatten den Weg zur Perſönlichkeit, zur Kritik gefunden. Darum ſind ſie jetzt widerſtandsfähig gegen die Anſteckung durch die bolſchewiſtiſche Gefahr. (Warum das Kulturland Deutſchland minder widerſtandsfähig war und zum Teil dem Aſiatentum erlag, gehört zu einem anderen Kapitel und muß hier unerörtert bleiben.)

Von den Weſtſlawen haben ſich Polen und Tſchechen am meiſten europäiſiert. Bei den Polen blieb die Kultur mehr an der Oberſchichte, beim Adel und bei der Bürgerſchaft, rührte wenig an die tragende Bauernſchichte. Der Krieg hat erſt ſo recht dem europäiſchen Bewußtſein nahegebracht, welche Kunſtſchätze in den Schlöſſern des polniſchen Adels aufbewahrt wurden — und verloren gingen. Der Krieg hat erſt aufgedeckt, welche Kunſtſtätten Krakau, Lemberg, Warſchau, Wilna ſind.

Bei den Tſchechen drang die Kultur tiefer, durch das Bürgertum hindurch bis in die Bauernſchaft hinein. Es war im Gegenſatz zu der ariſtokratiſchen polniſchen eine demokratiſch gerichtete Kultur. Sie ſah ihre Aufgabe aber nicht darin, die nationale Beſonderheit international zu verwiſchen und kosmopolitiſch zu verwäſſern, ſondern die Stellung des Volkes innerhalb des Europäertums zu befeſtigen. Sie war durchaus national geſtimmt, und da die Beſorgnis vorhanden war, daß ſie, auf ſich allein geſtellt, von der deutſchen Nachbarkultur unterdrückt und aufgeſogen werden könnte, ſah ſie ſich nach einer Stärkung um. Sie ſuchte die Bundesgenoſſenſchaft der ſlawiſchen Brüder. Sie begeiſterte ſich für den Panſlawismus, ſie wurde deſſen Sturmtrupp gegen den Weſten, ſie nahm die große Auseinanderſetzung zwiſchen Germanentum und Slawentum auf und machte die Länder der Wenzelkrone zu deren erſtem Schauplatz. Das iſt die weltgeſchichtliche Bedeutung des tſchechiſchen Problems. Das iſt die große Angelegenheit, die ſeit einigen Jahrhunderten in Schwebe iſt und von der die Deutſchen mehr wiſſen ſollten, als ſie wiſſen.

Der Panſlawismus will das Trennende zwiſchen den ſlawiſchen Stämmen beſeitigen und das Gemeinſame befeſtigen. Des Trennenden iſt mehr als genug. Die grundſätzliche abgründige (erſt nach der Europäiſierung Rußlands zu überbrückende) Verſchiedenheit zwiſchen Oſt- und Weſtſlawen habe ich eben an der Stellung zum Bolſchewismus gezeigt. Es gibt ſolcher Trennungen mehr. Die Sprache iſt eine dieſer Unterſcheidungen. Die ſlawiſchen Sprachen ſind einander unähnlicher, als man glaubt, und ſind einander im Laufe der Zeit immer noch unähnlicher geworden. Die Polen verſtehen das Tſchechiſche vergangener Jahrhunderte beſſer als das heutige. Es gehört zu den Ironien der Weltgeſchichte, daß panſlawiſtiſche Kongreſſe, deren Zweck der gemeinſame Kampf gegen deutſches Weſen war, zur Verhandlungsſprache eben dieſes Deutſche nehmen mußten, weil ſich ſonſt die Teilnehmer untereinander nicht hätten verſtändigen können. Und die Sprache iſt ſymboliſch für vielfachſte Verſchiedenheit im Familien- und öffentlichen Leben, in Wirtſchaft, Kunſt und Weltanſchauung.

Deſſenungeachtet will der Panſlawismus das Gemeinſame alles Slawentums herausheben. Der panſlawiſtiſche Gedanke, deſſen Ahnherr der ſerbiſche Schriftſteller Jurij Kriſchanitſch iſt, ſieht in Rußland die Vormacht des Slawentums. Schon jener Kriſchanitſch, der ſeine zahlreichen Schriften zwiſchen 1660 und 1676 in der Verbannung in Tobolſk verfaßt hat, entwickelt ein ausgeſprochen imperialiſtiſches Programm Rußlands. Schon vor Peter dem Großen iſt aus der Mitte des Slawentums ſelbſt ein Prophet ſeiner Größe unter ruſſiſcher Führung entſtanden. Ein Serbe war es, der Rußland die Aufgabe zuweiſt, alle Macht zwiſchen dem Schwarzen und dem Eismeer, zwiſchen der Oſtſee und dem Stillen Ozean an ſich zu bringen, die Türken aus Europa zu verjagen, alle Slawen zu einigen und die Weltherrſchaft anzutreten. Jurij Kriſchanitſch verdankt ſeine Bildung ſelbſt dem europäiſchen Weſten, aber auch an ihm erweiſt ſich jene typiſche ſlawiſche Undankbarkeit gegen ſeine Kulturträger. Allen Fremden, insbeſondere den Deutſchen, begegnet er mit fanatiſcher Abneigung. Die ausländiſchen Kaufleute in Rußland nennt er eine wahre

Peſt des Landes, wie Heuſchrecken, wie Läuſe nähren ſie ſich von ſeiner Kraft. Wie Bärenführer ziehen ſie dem Volk einen Ring durch die Naſe und führen es herum, ſie ſind Götter, denen das Volk und die Könige zu dienen haben. „Unſer Volk iſt nun einmal mit einem ſolchen Fluch beladen, daß ihm ſtets Fremde auf dem Halſe ſitzen, Deutſche, Juden, Schotten, Zigeuner, Armenier, Griechen, welche uns das Blut ausſaugen.“

Die Gedankenwelt des Panſlawismus iſt ſeit Jurij Kriſchanitſch im weſentlichen unverändert geblieben. Noch immer iſt Mütterchen Rußland als ſlawiſche Vormacht dazu berufen, die kleineren Brüder im Weſten und Süden zu einigen und zu verteidigen, und nach Ausdehnung ſeiner Herrſchaft nach allen Seiten die Geſchicke zweier Erdteile zu entſcheiden. Noch immer geſellt ſich dieſem Willen zur Macht die tiefgründige Abneigung gegen den Fremden, vor allem gegen den Deutſchen.

Bei keinem anderen ſlawiſchen Volk, nicht einmal beim ruſſiſchen ſelbſt, iſt der Glaube an die Heiligkeit der panſlawiſtiſchen Ideale ſo tief mit dem ganzen politiſchen Denken verwurzelt wie bei den Tſchechen. Seine bedeutendſten Männer folgten dem Zug nach dem Oſten, Maſaryk und Kramař haben lange Zeit in Rußland zugebracht, um deſſen Verhältniſſe zu ſtudieren. Das politiſche Programm des Panſlawismus war natürlich im alten Öſterreich, von deſſen Standpunkt aus betrachtet, glatter Hochverrat. Wie hätte ſeine Ideologie verwirklicht werden können ohne Zertrümmerung dieſes Staates, der ihr vor allem im Wege ſtand! Darum wurde vorſichtigerweiſe die kulturpolitiſche Innenſeite des Panſlawismus nach außen gedreht und ſo getan, als laufe es vor allem auf Pflege von Kunſt, Literatur und Wiſſenſchaft der ſlawiſchen Völker hinaus.

Die andere Seite des Panſlawismus, der tiefwurzelnde Deutſchenhaß, bedurfte keiner Maske. Der war im alten Öſterreich zuläſſig und geduldet, ja ſogar an den leitenden Stellen nicht ungern geſehen, weil die Zwietracht der beiden Volksſtämme der Regierung die Möglichkeit gab, ſich je nach Bedarf mit dem einen oder anderen zu verbünden. Die öſterreichiſche Regierungsweisheit richtete ſich nach dem Motto: Divide et impera, d. h. „teile, um zu herrſchen“. Man darf mit Recht annehmen, daß es ihr im Ernſt um eine Verſöhnung der Völker gar nicht zu tun war, weil ſie bei dem ſtändigen Schwanken des politiſchen Gleichgewichtes beſſer auf ihre Rechnung zu kommen glaubte. Glaubte!!

Iſt die Dankbarkeit gegen Lehrer ſchon im Leben des Einzelmenſchen eine äußerſt ſeltene Eigenſchaft, ſo kommt ſie im Völkerleben überhaupt nicht vor. Welche geradezu kindiſche Unfähigkeit der deutſchen offiziellen Völkerpſychologie, zu glauben, die Polen würden für ihre „Befreiung“ von Rußland dankbar ſein! Im Gegenteil: je mehr ein Volk einem anderen verdankt, deſto raſcher wächſt eine Abneigung gegen den Kulturbringer heran. Und die Tſchechen verdanken den Deutſchen ſo viel, daß ihre Feindſchaft ganz beſonders tief geht und ſich ganz beſonders heftig äußert. Hierzu kommt noch der Umſtand, daß unter den Tſchechen ſich ſo viele ſlawiſierte Deutſche befinden; Überläufer und

Renegaten aber ſind allemal die grimmigſten Haſſer ihrer früheren Bluts- und Stammesverwandten geweſen. So, wie ja auch andererſeits die Nowotny, Swoboda und Prochaska zu den ſtrammſten Deutſchen zählen.

Der Deutſchenhaß der Tſchechen beruht vor allem auf einer bodenloſen Angſt davor, ihre Nationalität zu verlieren. Die ganze Geſchichte der Tſchechen wird völlig mißverſtanden, wenn man nicht dieſe Angſt als die allerwichtigſte dieſer treibenden Kräfte erkennt.

Und es muß zugegeben werden, daß dieſe Beſorgnis, ſo pſychopathiſch ſie ſich oft äußert, aus dem Verlauf der tſchechiſchen Geſchichte einige Berechtigung nimmt.

*

Es war nämlich einige Male dieſe Gefahr für ſie wirklich dageweſen. Das erſtemal zur Zeit ihres Überganges vom Heidentum zum Chriſtentum. Mit den Awaren waren die Slawen ins Land gekommen, Knechte des aſiatiſchen Reitervolkes; als aber Karl der Große die deutſchen Waffen gegen die Awaren erhob, da nahmen die ſlawiſchen Fürſten die Gelegenheit wahr, ſich von ihren Bedrückern zu befreien, und ſchloſſen ſich den fränkiſchen Heeren an. Ihr Gebiet wurde zu einem Teil der Oſtmark, die Karl der Große 791 zum Schutze weſtlicher Kultur ſtiftete. Zum erſtenmal gerieten die Tſchechen unter deutſchen Einfluß. So mächtig eindrucksvoll war die Geſtalt des großen deutſchen Königs, daß ſein Name Karl in der ſlawiſchen Zungen leichter ausſprechbaren Verballhornung Kral in den tſchechiſchen Sprachſchatz aufgenommen wurde als Bezeichnung für König ſchlechthin, wie ja auch aus dem Namen Cäſar Kaiſer geworden iſt. Karl teilte die Oſtmark in einen nördlichen und einen ſüdlichen Abſchnitt und ſorgte beſonders im nördlichen Gebiet für eine Stärkung der vorhandenen deutſchen Anſiedlungen durch neue Einwanderer, vornehmlich Bayern, aber auch Franken und Sachſen.

Damit war die erſte große entſcheidende Abtrennung der Weſtſlawen von den im Oſten Europas verbliebenen Brüdern geſchehen, vor allem die Tſchechen waren in den Kulturbereich des deutſchen Reiches einbezogen. Befreit von ihren Unterdrückern waren alle Slawenſtämme auf dem Boden des nachmaligen Öſterreich unter deutſchem Zepter geeinigt. Die Gefahr lag nahe, daß ſie mit ihrer noch weichen, bildſameren Nationalität der Germaniſierung erliegen würden, ebenſo wie die Slawenſtämme auf dem Boden des deutſchen Reiches germaniſiert worden ſind. Mit der Errichtung der Oſtmark begann auch ſogleich die weitere Ausbreitung des Chriſtentums. Man weiß, daß Karl der Große in dieſer Hinſicht keinen Spaß verſtand und wie grauſam er die heidniſchen Sachſen niederrang. Man weiß auch, wie übel es den heidniſchen Preußen erging und daß der deutſche Ritterorden ihre Bekehrung mit Feuer und Schwert vollzog. Da war es nun für die Tſchechen ein Glück, daß ſie, weniger hartnäckig und widerſtandsfähig als Sachſen und Preußen, die neue Lehre willig annahmen. Selbſt die Reſte der Awaren wurden ſchon zu Beginn des 9. Jahrhunderts in den Schoß der Kirche aufgenommen.

Aber das Chriſtentum ſelbſt war nur wieder eine neue Gefahr für das tſchechiſche Volkstum. Die Glaubensboten waren ſelbſtverſtändlich zumeiſt Deutſche, die neuen Sprengel gehörten zum Bereich der bayeriſchen Biſchöfe und, wenn nun auch die Kirchenſprache ſelbſt das Lateiniſche war, ſo ging die Richtung der hierarchiſchen Beſtrebungen auch hier wie überall auf eine Entnationaliſierung des Volkes. Da war es nun für den Beſtand ſlawiſchen Volkstums wieder ein Glück, daß bald nach dem Jahr 860 in Mähren zwei Männer auftauchten, die das Chriſtentum in volkstümlicherem Sinn erneuerten. Es waren die Brüder Kyrillos und Methodios, Söhne des Patriarchen Leo von Theſſalonich (Saloniki), zwei gelehrte und fromme Männer, beide Eiferer für das Wort Gottes, aber doch auch welterfahren genug, um ſich klug in fremden Verhältniſſen zurechtzufinden. Sie hatten ſich beide ſchon ganz ungewöhnliche Verdienſte um das Chriſtentum erworben, Kyrillos durch Bekehrung der wilden Chaſaren im heutigen Südrußland, Methodios durch die des bulgariſchen Königs Boris und ſeines ganzen Volkes. Kyrillos, der die griechiſche, lateiniſche, armeniſche und chaſariſche Sprache und mehrere ſlawiſche Mundarten beherrſchte, kam zu der Überzeugung, daß der neue Glaube im Volke nur ſo ganz echt einwurzeln könne, wenn er ihm in ſeiner eigenen Sprache gepredigt würde. Dazu aber war auch wieder eine Schrift unerläßlich, und ſo erſann er denn ein eigenes Schriftſyſtem, das fähig war, die ganze Mannigfaltigkeit der Laute auszudrücken, für die ſich andere Alphabete minder geeignet zeigten. Dem Schöpfer des erſten ſlawiſchen Alphabetes zu Ehren iſt die heutige „kyrilliſche“ Slawenſchrift benannt, die wohl nicht von ihm erfunden, aber der ſeinen ſehr ähnlich iſt. In dieſer Schrift, und zwar in der von den mazedoniſchen Slawen geſprochenen Sprache begann er die Bibel und die liturgiſchen Bücher zu übertragen. Das iſt der Anfang der ſlawiſchen Literatur.

Da war nun ein Fürſt Raſtislaw von Mähren, der in ſeiner Burg Welehrad (heute Ungariſch Hradiſch) ſich politiſch vom fränkiſchen Reich unabhängig zu machen trachtete. Ihm war ein Chriſtentum, das ſich den nationalen Bedürfniſſen beſſer anzupaſſen ſchien als das deutſch-lateiniſche, ſehr willkommen als Unterſtützung ſeiner Beſtrebungen. Und als er von Kaiſer Michael in Konſtantinopel ſlawiſch-chriſtliche Lehrer erbat, ſandte ihm dieſer die beiden berühmten Glaubensboten ſelbſt ins Land. Dreieinhalb Jahre wirkten dort die Brüder, dann, als Kyrillos geſtorben war, Methodios noch lange Jahre allein im Sinne eines nationalſlawiſchen Chriſtentums. Sie zogen im Lande predigend umher, bauten Gotteshäuſer, verbreiteten die Kenntnis der kyrilliſchen Schrift, begründeten den ſlawiſchen Gottesdienſt. Ihr Wirken fiel in eine kirchlich außerordentlich aufgeregte Zeit. Damals war eben zwiſchen Byzanz und Rom jener Kirchenſtreit entbrannt, der weiterhin zur Trennung der griechiſchen von der römiſchen Kirche führen ſollte. Die Haltung der Brüder war zweideutig. Ihrer nationalſlawiſchen Politik hätte es natürlich beſſer gepaßt, wenn ſich die Tſchechen von dem deutſchen Bistum Regensburg hätten losreißen können. Sie wagten aber doch nicht offen vorzugehen. Nach Rom berufen, wußten die ſchlauen Brüder die Bedenken des Papſtes zu zerſtreuen und ihre Treue unverdächtig zu machen. So kam es trotz aller heimlichen Sehnſüchte nach Byzanz nicht zum offenen Abfall. Freilich wagte der Papſt erſt nach Methodios' Tod (885) wieder die Tſchechen enger an Rom zu binden, indem er ſie den Paſſauer Biſchöfen unterſtellte.

Wenn es alſo auch nicht zum Ausbau einer nationalſlawiſchen Kirchenorganiſation bei den Tſchechen kam, ſo haben Kyrillos und Methodios doch jedenfalls durch ihre Wirkſamkeit eine weitere Entnationaliſierung verhindert. Wenn ſich auch die Schrift und die ſlawiſche Liturgie, die ſie eingeführt hatten, bei den Tſchechen und einem Teil der Südſlawen nicht dauernd behaupteten, ſo haben ſie doch an einem kritiſchen Punkt der Entwicklung zur Erhaltung ſlawiſchen Volkstums weſentlich beigetragen. Später wurde der deutſche Einfluß in der Kirche wieder mächtiger, aber nun war das Volksbewußtſein bereits auch wieder ſtark genug geworden, um erfolgreich Widerſtand zu leiſten.

Und nach wenigen Jahrhunderten war es ſtark genug, um ſeinerſeits zum erſten Angriff überzugehen. Es war gleich ein Angriff ſo voll Wucht und Erbitterung, daß er ſchwere Erſchütterungen für ganz Mitteleuropa zum Gefolge hatte: die Huſſitenſtürme.

Der proteſtantiſche und der verfloſſene k. k. öſterreichiſche Geſchichtsunterricht pflegen dieſe Huſſitenbewegung als ein Vorſpiel zur großen deutſchen Reformation aufzufaſſen. Es ſcheint zu den unausrottbarſten hiſtoriſchen Grundanſchauungen zu gehören, daß Hus als einer der Vorläufer Luthers anzuſehen ſei, der Prophet einer neuen Morgenröte des Geiſtes. So fällt auch auf ihn etwas von der liebevollen Verehrung, die den deutſchen Reformator umgibt; ſo ſteht auch er im Schimmer von deſſen Verklärtheit. An dem Haus, das er zu Konſtanz während des Konzils bewohnte, iſt eine Marmortafel angebracht als Zeichen der Ehrfurcht vor ſeiner Größe. Deutſche neigen ſich vor ſeinem Angedenken, ohne ſich darüber klar zu ſein, daß ſie in ihm einen der grimmigſten Haſſer ihres Volkes ehren, aus deſſen übler Saat eine blutige Ernte aufgegangen iſt. Denn ſoviel iſt gewiß, mag auch die eine der Triebkräfte ſeines Wirkens religiös geweſen ſein, ſo war die ſoziale mindeſtens ebenſo ſtark und am allerſtärkſten die nationalpolitiſche, der Haß gegen die Deutſchen.

Dieſer Johannes Hus aus dem Dorfe Huſſinetz iſt aus keinem anderen Grund zum tſchechiſchen Nationalhelden geworden als aus dieſem. Nicht als Märtyrer für die Reinheit religiöſer Überzeugung feiern ihn ſeine Landsleute, ſondern als Erreger des erſten großen Deutſchenſturmes, ſie pflegen ſein Gedächtnis nicht wegen ſeiner Blutzeugenſchaft für die innere Freiheit des Chriſtenmenſchen, ſondern weil er ſein Volk als das auserwählte pries und ihm das Recht zuſprach, auch gegen Kaiſer und Reich zu den Waffen zu greifen. Eigentlich war er zum geiſtlichen Stand gekommen wie viele Bauernſöhne damals und heute. Um des bequemen und guten Lebens willen, das er in jenem Stand ſah. Nun war das geiſtliche Leben damals freilich ein wenig allzu üppig geworden, ſchamlos ging die hohe und niedere Geiſtlichkeit allen Gelüſten nach.

Dagegen erhoben ſich da und dort in der Chriſtenheit reinere und ſittenſtrengere Männer, und ſchließlich wurde die Überzeugung allgemein, daß der Kirche eine Reform nottue. Hus, der an der Prager Univerſität Magiſter der Philoſophie geworden war, gehörte zunächſt nicht zu jenen Eiferern. Er wurde es erſt, als er durch ſeinen Freund Hieronymus, genannt „Faulfiſch“, die Schriften jenes Oxforder Profeſſors John Wiclif kennen lernte, in denen dieſer im Anſchluß an die Bibel ein reineres Chriſtentum lehrte, als das in der gegenwärtigen Kirche übel verzerrte. Die religiöſe Genialität des Profeſſors Hus war gering, er war keiner von jenen, die, durch eine gewaltige innere Wandlung berührt, zu Propheten werden. Er hat die Lehren Wiclifs kaum irgendwie weſentlich verändert, hat ihnen nichts aus Eigenem hinzugetan, ſeine Bücher ſind im ganzen wenig mehr als wörtliche Überſetzungen der Schriften des Oxforders. Es fehlte ihm das Hinreißende erſchütternden, inbrünſtigen eigenen Erlebens. Die Kritik an Dogma und Kirche hat er einfach übernommen und den heimiſchen Verhältniſſen angepaßt.

Wenn er dennoch ſogleich Einfluß und Anhang gewann, ſo lag das daran, daß er mit ſeiner kirchlichen Kritik von Anbeginn an eine nationaltſchechiſche Geſinnung verband und daß ſich ſein Angriff vor allem gegen das Deutſchtum zu richten ſchien. (Schluß folgt)

Joſef Kohler

Striche zum Bilde einer Perſönlichkeit

Von

Theodor Kappſtein (Charlottenburg-Berlin)

Sein Leben und Wirken ſtand unter dem Glanz und Schutz ſeines Wahlſpruchs: „Wir bannen die öden Schemen und leben in einer Welt unendlicher Mannigfaltigkeit, berauſchende Gaben wirft das Füllhorn der Phantaſie uns zu Füßen. Hier können wir am Born des Lebens trinken; denn die Phantaſie iſt das Schöpferiſche in uns.“

Joſef Kohler, Juriſt und Künſtler, ging vor einem Jahre im Tode von uns; der Krieg und ſeine Wirkungen brachen ſein glühendes Patriotenherz, als er den 70. Geburtstag, ſchon krank, eben erledigt hatte. Für die Menſchheit als Einheit hat er gelebt — an der Menſchheit, die in blutgierige Gegner auseinanderklaffte, iſt er geſtorben. Doch die geiſtige Kraft, die aus ihm ſtrömte, wird ſeine Erdetage weit überdauern.

Wer war Joſef Kohler?

Seine Berliner Studenten nannten ihn mit ſcherzhaftem Kennwort den Großen Kurfürſten. Jeder mußte ſo empfinden, der den weltberühmten akademiſchen Lehrer mit breiten Schritten die Treppe der Univerſität herabſchreiten ſah. Eine ſchwergebaute, wuchtig ausladende Geſtalt, der mächtig entwickelte Kopf herrlich umrahmt von dem weißlich ſchimmernden wallenden Haar, auf dem er das Schermeſſer nicht liebte, über der kräftig eingeſtellten Naſe das ſtolze Stirndach mit den ſchattenden und zuckenden Gedanken, und das alles beſeelt durch zwei ſehensdurſtige Augen, gerichtet auf den

Überfluß dieſer Welt wie auf ihre großen und kleinen Geheimſchätze, vorwärts drängend und romantiſch verſonnen zugleich, ſcharf und gütig, gebietend und hingegeben — ein König und ein Kind. Der weiche, tief in die Stirn gedrückte Kalabreſer und der bequeme Künſtlermantel vervollſtändigten den Eindruck des Ungewöhnlichen bei Kohler, ſo daß man unwillkürlich ſich fragte, wenn man ihn traf: Iſt das ein Dichter oder ein parlamentariſcher Führer aus der alten Zeit?

Als Profeſſor Kohler 1903 zum juriſtiſchen Ehrendoktor der Univerſität Chikago ernannt wurde, reiſte er für ſieben Wochen in die Neue Welt, deren Zauber ihn ſtark umfing. Bevor er Doktormantel und Pergamentdiplom ausgehändigt erhielt, ſprach er über die Bedeutung und Aufgabe eines Univerſitätslehrers. Er iſt, ſo hat Kohler bei jenem feierlichen Akt ausgeführt, ein Forſcher, der unbeirrt der Wahrheit dient. Mag ſie auch von vielen Schleiern umhüllt ſein, es muß uns doch gelingen, ſie zu faſſen — wenn ſie auch, wie Dante ſagt, ſo verborgen iſt wie das Wild in tiefer Höhle. „Von dem erſten Tag, wo ich Profeſſor ward, habe ich geſchworen, keinen Augenblick abzulaſſen, nach Wahrheit zu ringen, und nach Wahrheit werden wir ringen, bis uns der Todesengel von dieſer Welt wegzerrt und die Feder unſeren Händen entfällt.“ Der Profeſſor iſt mit Leib und Seele Lehrer, dem es am wohlſten iſt im Kreiſe ſeiner Schüler, die mit ihm in die Wiſſenſchaft eindringen — doch ſtets ſoll die Forſchung die belebenden Funken in die Vorleſung werfen als Zeugnis beſtändigen Ringens. Und nichts Großes in Kunſt und Wiſſenſchaft bleibe dem akademiſchen Lehrer fern; denn nur von dieſer Warte aus gewinnt er den Weitblick, um die Einzelwiſſenſchaft zu erfaſſen und ihre Stellung in der Bewegung des Menſchengeiſtes zu erkennen. Doch vor allem ſei der Profeſſor ein Charakter! Beim Bankett nach der Promotion bekannte der neue Ehrendoktor: „Ich habe ſeit mehr als 25 Jahren die amerikaniſche Jurisprudenz, vor allem im Gebiete des Erfinderrechts, verfolgt und dankbar erkenne ich an, wie unendlich viel ich daraus gelernt habe. Wenn es mir möglich war, in der Begründung des deutſchen Erfinderrechts ein maßgebendes Wort zu ſprechen, ſo war es mir nur möglich, weil mir die unendliche Fülle der amerikaniſchen Entſcheidungen zu Gebote ſtand.“ Der amerikaniſchen Jurisprudenz fehle noch die ſyſtematiſch-hiſtoriſche Grundlegung — Deutſchland gehe den umgekehrten Weg: von der Vertiefung in die Syſtematik und in die geſchichtlichen Probleme zur Fülle des friſchen Lebens. „Der Baum des Rechts muß in die Gedankenwelt ſeine Wurzeln treiben; er muß aber hier genährt und gekräftigt reichliche Früchte tragen.“ So wollte er die Brücke ſchlagen zwiſchen Deutſchland und Amerika. Er wollte weit mehr.

In Algier wohnte Kohler einſt in der Araberſtadt an der Kasba vor der Moſchee einer Gerichtsſitzung der Mohammedaner bei. Der Kadi läßt dem deutſchen Rechtslehrer den dort gebräuchlichen Kommentar des malekitiſchen Rechtsbuches des Sidbi Khelil bringen; „wie freute ich mich,“ ſchreibt Kohler; „war es doch dieſelbe Ausgabe des Ebn Acem (ſpaniſcher Juriſt des 14. Jahrhunderts), arabiſch mit franzöſiſcher Überſetzung, die ich in Berlin benutze.“ Der greiſe Kadi war angenehm berührt, daß ſein Gaſt ſich mit dem Rechte Maleks nach Ebn Acem vertraut zeigte; ja ſogar den beſonderen Rechtsfall der Vormundſchaft, der juſt verhandelt wurde, hatte Kohler neun Jahre zuvor in ſeiner Zeitſchrift für vergleichende Rechtswiſſenſchaft genau ſo entſchieden, wie hier geſchah.

Wer iſt dieſer weltumſpannende Mann?

Joſef Kohler iſt durch die ſcharfe Logik der Jurisprudenz, ihre faſt dichteriſche Konſtruktion, die Tiefe und Geſtaltungskraft der menſchlichen Vernunft, ihre Begründung auf der feſten Baſis menſchlicher Verhältniſſe zur Rechtswiſſenſchaft gezogen worden; er wollte niemals begreifen, wie man ſie als „trocken“ bezeichnen konnte. Ich ließ ihn einmal an unſerer Berliner Volkshochſchule über das ihm vorgelegte Thema ſprechen: „Die Poeſie im Recht“; ſeine Augen leuchteten, und es wurde eine Weiheſtunde für alle Hörer. Der geborene Badenſer (Offenburg), eines Volksſchullehrers Sohn, hauſte als armer Student in Freiburg und Heidelberg, allwo das römiſche Erbrecht ſeines Lehrers Vangerow und das moderne franzöſiſche Zivilrecht in ſeiner jugendlichen Seele um die Vorherrſchaft ſtritten. Dann kam er in eine angeregte Anwalts- und Richterpraxis in Mannheim hinein. Er ſtand im Betriebe eines mächtigen Handels, der Rheindampfer ſchleppte die Güter, jeder Tag brachte neue Rechtsfragen von aktuellem Reiz und Wert. Da hieß es im Flug auf die Gerichte ſtürzen, am Hafen an einem Augenſchein teilnehmen, ob das amerikaniſche Getreide gut angekommen iſt, in den Kommentaren des franzöſiſchen Rechts herumwühlen. „Darum, als ich das erſte größere Buch ſchrieb, war es nicht, wie ich früher geträumt hatte, eine Auslegung von Papinians Quäſtionen, ſondern ein Lehrbuch des deutſchen Patentrechts, jenes Rechtes, das erſt durch das Patentgeſetz von 1877 für uns eigentlich geſchaffen war. Umgewandelt und neugeboren verließ ich die Stadt und wandte mich dem akademiſchen Berufe mit dem feſten Vorſatze zu, nicht als Epigone, ſondern ſelbſtſchöpferiſch zu wirken.“ 1878 Würzburg, ohne Privatdozent geweſen zu ſein; ſeit 1888 Ordinarius in Berlin.

Reichlich 3000 Nummern wird Joſef Kohlers jetzt vorbereitete Bibliographie ſeiner ſämtlichen Bücher und Aufſätze umfaſſen; die gewiß ſeltene literariſche Leiſtung eines wiſſenſchaftlichen und volkstümlichen Schriftſtellers und Publiziſten in einem halben Jahrhundert! Mit Hilfe ſeiner koſtbaren Bücherei (deren Schätze leider geſchloſſen nach Tokio verkauft wurden, ſtatt Deutſchland zu verbleiben) und aus der abgründlichen Wiſſensfülle wie eigenherrlichen Schöpferkraft heraus hat der nimmermüde, immer junge Liebhaber der Arbeit ſelber eine Kohler-Bibliothek allmählich zuſammengeſchrieben. Nur ein „Polyhiſtor“ wie Kohler ſelber vermöchte dies Lebenswerk lückenlos zu umſpannen und mit Gewicht zu beurteilen. Die Juriſten voran werden ihrem großen Kollegen das Ehrenmal ſeines Namens, an dem er mit Eifer baute, unangetaſtet laſſen, es immergrün mit neidloſem Dank ſchmücken: das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das Prozeßrecht, Konkursrecht, Urheberrecht und Völkerrecht, die geſamte vielſtrebige vergleichende Rechtswiſſenſchaft, dazu die internationale Rechtsgeſchichte wie die von Hegel beſtimmte Rechtsphiloſophie tragen die Züge „Joſef Kohler“ auf ihrer Gedenktafel mit goldenen Lettern. Dem Rechte, das er als Verſöhnung der rationalen Idee mit der Wirklichkeit erfaßte, wollte er zum Siege verhelfen als geſchworener Feind alles ſozialen Unrechts und unbrüderlichen Widerſpruchs, autokratiſcher Überhebung, bureaukratiſcher Beſchränktheit, nationaliſtiſchen Dünkels und ausgeklügelter Luftfechtkunſt. Er träumte von einer überſtaatlichen Rechtsordnung als von einem neuen Naturrecht und ſtetig aus dem Zeitbedürfnis heraus ſich wandelnden Kulturrecht; er horchte und ſpähte in die Jahrhunderte und Jahrtauſende der Völker, deren Sprachen wie Sitten ihm geläufig waren — und zu ſeinen Füßen ſammelten ſich die Rechtsſchüler aus Deutſchland und Amerika, Finnland und Rußland, Ungarn und Italien, China und Japan.

Kohlers Monographien zur vergleichenden Rechtswiſſenſchaft bilden eine kleine Bibliothek für ſich: die Erſcheinungen des Völkerlebens im Recht in ihrer univerſalhiſtoriſchen Entwicklung wollte er erfaſſen und beſchreiben, die einzelnen Rechtsinſtitute verfolgte er durch die Rechte der verſchiedenſten Völker hindurch. So entſtanden aufſchlußreiche rechts- und kulturgeſchichtliche Einzelbilder (neben ſeinen Talmudſtudien und den Rechtsgebilden der europäiſchen Staaten) unter Hindus und Armeniern, Chineſen und Japanern, Koreanern, Birmanen; die Araber vor und unter dem Islam, die Bewohner Ceylons, die Malaien, Auſtralneger und Papuas, die Aſſyrier und Babylonier — deren Geſetzbuch des Hammurabi Kohler nach der Ausgrabung mit höchſtem Eifer begleitete — und die Azteken Mexikos. Doch woher ſchöpfte Kohler ſein überraſchend reiches Material für dieſe Naturgeſchichte des Rechts auf Erden? Keineswegs allein aus den gedruckten Vorgängern. Im Jahre 1896 ließ der Tatenfrohe durch das Auswärtige Amt Fragebogen ausgehen zur Erforſchung der Rechtsverhältniſſe der ſogenannten Naturvölker, namentlich in den deutſchen Kolonialländern; in einhundert Paragraphen gab er den Reiſenden und den Kolonialbeamten Anweiſung zur Beobachtung der Rechtsverhältniſſe und Rechtsſitten draußen. Wer ſo fragen konnte, wie Kohler fragte, verriet den völlig eingeweihten Kenner. Nie verſäumte er, auf die unter der Schwelle des Reinrechtlichen waltenden ſeeliſchen Strömungen aufmerkſam zu machen: Recht, Glaube und naturhafte Erregungsfähigkeit bildeten ihm eine Einheit. Denn das Recht gründet auf eine Idealphiloſophie, die aus der Welt des Unbewußten quillt. Rechtsphiloſophie und Univerſalrechtsgeſchichte in ihrem Verhältnis zu würdigen war für Kohler ein ebenſo lebhaftes Herzensanliegen, wie die Grundbegriffe der Entwicklungsgeſchichte der Menſchheit herauszuſchälen. In ſolchen Aufſätzen zeigte er den Meiſter! Als letztes Ziel aller menſchlichen Entwicklung nannte er die höchſte Entfaltung der Kultur als Beherrſchung der Welt und des geiſtigen Lebens, als Beherrſcher des Alls und als Weſen, die in Kunſt und Religion das Göttliche erfaſſen. „Das Recht gleicht dem Lichte, das glänzt und uns das All enthüllt, das aber zugleich die Wärme ſpendet, welche die ganze Natur in Bewegung ſetzt; es entſpricht dem Weltweſen, das im unendlichen Willen und im unendlichen Intellekte ſchafft. Das Recht iſt göttlich und wird es bleiben. Stets wird der Perſeus erſtehen, der den drohenden Drachen, die kulturfeindlichen Mächte, mit dem Gorgohaupte des Rechts zu Stein verwandelt."

Auf dem Grat zwiſchen Jurisprudenz und Poeſie bewegt ſich eine andere Reihe Kohlerſcher Schriften. Wir wiſſen bereits, daß ſich beide Gebiete bei ihm gegenſeitig bedingen. Ich nenne ſeine ſelbſtändigen Bücher und Abhandlungen über das literariſche und artiſtiſche Kunſtwerk und ſeinen Autorſchutz, über Shakeſpeare vor dem Forum der Jurisprudenz und über die Verbrechertypen in ſeinen Dramen, das juriſtiſche Gutachten über Fauſtens Pakt mit Mephiſto. Überall ſtreut ein genial veranlagter Geiſt von überraſchender Fülle und Weite die fruchtbarſten Anregungen aus. Shakeſpeare, deſſen Richard II. er noch in den letzten Jahren aus dem Original neu überſetzte und für die deutſche Bühne mit feinem Verſtändnis einrichtete, bedeutet ihm den großen Herzenskünder, vor deſſen Geiſt wir uns noch heute nach drei Jahrhunderten beugen und den wir noch heute als den größten poetiſchen Pſychologen verehren. Schon in den jungen Tagen ſeiner Profeſſur in Würzburg begründete Kohler ſeinen Namen mit dem Werk über Shakeſpeares Dramen, das ebenſo leidenſchaftlich befehdet wie begrüßt wurde. Originell iſt die Anlage: „Kaufmann von Venedig und Schuldrecht", „Maß für Maß und die Lehre von der Gnade", „Hamlet und die Blutrache" uſw. Originell iſt die Durchführung auf jedem Druckbogen: Die univerſalhiſtoriſche Deutung der Geſchichte, die dem Neuhegeltum ſeine rechtsphiloſophiſche Grundlagen ſchuf, die Morgenröte der Freirechtsbewegung, die Kohlers Bewertung des Spruches der Porzia, unter munterer Polemik mit dem Antipoden Ihering (der den Zweck im Recht ſtatt der Kulturidee des Geiſtes vertrat) heraufführte. Gewagte Auslegungen drängen veraltetes Recht zurück und ein gerichtliches Gewohnheitsrecht bildet ſich aus, ſobald das unbewußte Rechtsbewußtſein des Richters durch eine an ſich ſophiſtiſche Geſetzesauslegung hindurchbricht. Die Geſetze ſollen im Laufe der Zeit in ihrer Auslegung wechſeln, und neben dem Geſetze tritt das richterliche Urteil als rechtbildende Kraft ans Licht! Ein Menſchenalter liegt zwiſchen der erſten und der erſt bei Kohlers Tode erſcheinenden zweiten Auflage des ſchulebildenden Werkes, das in ſeinen rechtsvergleichenden Studien völlig umgearbeitet werden konnte. Ein ragendes Buch, ein Fanal, ein Wurf! In den „Verbrechertypen", zu denen man die reife Einleitung zu Richard II. vergleichen muß, wird Shakeſpeare als der Dichter des Gewiſſens gefeiert, das Kohler eine ſoziale Naturerſcheinung nennt: „Auch wenn alles überdeckt und überpolſtert iſt, ſo klafft doch ein heftiger Gegenſatz, und das Gefühl dieſes Konflikts liegt tief im Gemüte; es wurzelt nicht nur in der Verſtandesüberzeugung. Wie wir nicht nur dem Verſtande, ſondern auch der Empfindung nach ſoziale Weſen ſind und ein Losreißen von dieſer Welt ins tiefſte Innere dringt, ſo durchzieht dieſer Widerſpruch das ganze Sein. Nicht eitle Furcht bloß iſt es, daß der mühſam verkleiſterte Zwieſpalt hervorbrechen wird, ſondern der ganze Zuſtand des Gegenſatzes erzeugt im Einzelweſen ein Gefühl des Unheils und des Unbehagens, das ſich bis zum Wahnſinn ſteigern kann. Denn das Gewiſſen iſt der furchtbare ſoziale Meiſter, der dem Menſchen ſeine Zugehörigkeit zur Menſchheit erkennbar macht und einen derartigen Widerſpruch zur gewaltigen, gemüterſchütternden Geltung bringt.“ Man erinnert ſich an Nietzſches Bild vom bleichen Verbrecher in der Zarathuſtradichtung: „Ein Bild machte dieſen bleichen Menſchen bleich. Gleichwüchſig war er ſeiner Tat, als er ſie tat; aber ihr Bild ertrug er nicht, als ſie getan war.“ Der Dichterjuriſt unterſcheidet die Verbrecher mit ſozialem Weſen, in denen das Gewiſſen als letztes Bindeglied mit der menſchlichen Geſellſchaft noch nicht vollſtändig ertötet iſt: Macbeth (Leidenſchaftsverbrecher), Richard III. (Staatsſtreichverbrecher), Brutus und Caſſius (Fanatiker), Othello (Gelegenheitsverbrecher); von den moraliſch unheilbaren, gewiſſenloſen Verbrechern: neben Edmund im „König Lear“ noch Jago und der Tuchſcherer Cade (Heinrich VI., zweiter Teil). König Claudius z. B. fehlt dagegen in der Galerie.

Die Verſchreibung der Seele Fauſtens an den Teufel wird aus der altdeutſchen Sage hergeleitet. Um die Teufelverſchreibung und um den geprellten Teufel dreht ſich das Fauſtmyſterium als um ſeine Achſe. Fauſt kann ſein Heil nur ſoweit verſchreiben, als die Gottheit dies zuläßt: ſie überantwortet jedoch den Denker und Forſcher dem Teufel nur auf dieſer Erde — trotz aller Verführung vermag Mephiſto Fauſtens Geiſt nicht dauernd vom rechten Wege abzulenken. Auch Mephiſto mag mit den Toten nichts zu ſchaffen haben, und was er ſonſt denkt, bleibt ſein geheimer Vorbehalt, alſo rechtlich bedeutungslos. Gott wird durch den Pakt nicht erniedrigt, da die Verſuchung ein notwendiges Element menſchlicher Bildung iſt: Ich gebe gern ihm den Geſellen zu, der reizt und wirkt und muß als Teufel ſchaffen. Die Würdigung des Lebens von Fauſt entſcheidet über ſein Schickſal; das Urteil ergeht: er hat immer ſtrebend ſich bemüht, darum iſt er erlöſungsfähig. Der dumme Teufel, der ſich auf ſein blutbeſchriebenes Pergament beruft, täuſcht ſich gründlich. Selbſt wenn die Verſchreibung rechtsgültig wäre, ſo iſt doch die Bedingung durchaus nicht erfüllt, unter der Fauſt ſeine Seele der Hölle verpfändet hätte. Denn indem Fauſt zum Augenblicke ſagen „dürfte“: Verweile, du biſt ſo ſchön, denkt er ſich eine *kommende* Zeit, da ſein Werk vollendet ſein wird — im *Vorgefühl* von ſolchem hohen Glück genießt er den verheißenden Augenblick. Solche glückliche Ruhepauſe läßt ſeine Seele nicht ſcheitern, nie hat er in gemeinem Genuß aufs Faulbett ſich gelegt — angeſichts ſeines Todes durchbebt ihn ja neue fieberhafte Tätigkeit. Der geprellte Teufel hat zum Schaden noch den Spott. Die Gnade des Himmels beſtätigt die ſittliche Weltordnung; das Ewigweibliche zeigt Dantes Spur.

Kohler, deſſen Stil äſthetiſches Empfinden mit weltmänniſcher Gewandtheit, deutſche Gründlichkeit mit galliſcher Eleganz bei biegſamſter Wortkunſt freiheitlich miſcht, war im Lande der Kunſt beheimatet, wie er als leidenſchaftlicher Reiſender aus vier Weltteilen reizvolle Reiſebilder zuſammenſtellte. Immer wieder zog es ihn nach Italien, an deſſen Dichtern und Malern ſein Herz ſonderlich feſthing. Ihn ehrt ſein frühes Verſtändnis für Böcklin und ſeine Treue für Richard Wagner (als juriſtiſcher Jubiläumsdekan der Berliner Univerſität verhalf er Coſima Wagner zum Ehrendoktorhut), wie er in der Welt der frühen Ibſenſchen Symbole lebte — er ſchwelgte in Roſen und erſann Märchen. Die Romantik erſchien ihm eine Kunſtrichtung höherer Ordnung, als reinerer Grad der Vergeiſtigung: ſie lebe dem Weltenquell näher als der Klaſſizismus, der im Bereich des menſchlichen Daſeins ſeine Zelte aufſchlägt. Denn Naturerkenntnis bedeutet Naturüberwindung, alſo Vergeiſtigung. Jede Erfindung, die unſer Leben kompliziert, ſteigert unſere nervöſe Empfindſamkeit, damit unſere geiſtige Empfänglichkeit — der Naturalismus als Unterart des Formalismus ſucht in der Naturform das Weſen der Dinge, während der Geiſt des Daſeins in dieſer Hülle waltet. Romantik war für Kohler die Kunſt der Zukunft. Die Kunſt bedarf einer ebenſo großen Annäherung an die Wirklichkeit wie der Entfernung von ihr; ſie bringt eine wahre Realität zur Geltung, aber nicht in ihren zufälligen Äußerlichkeiten, vielmehr in den geiſtigen Weſenszügen, die der Wirklichkeit innewohnen. Auch das Häßliche gehört zur Kunſt, ſoweit es eine ſeeliſche Stimmung charakteriſiert. Kohler hat ſich in Mußeſtunden mit mehr und minderem Glück auch in der Lyrik und in muſikaliſchen Kompoſitionen verſucht. Wichtiger ſind ſeine ſprachlich ſchmiegſamen Nachdichtungen der Sonette des Petrarca, und ein trotz mancher Anfechtbarkeit ernſtes Kunſtwerk wird ſeine freie Übertragung von Dantes Commedia in Terzinen bleiben. Der Wuſt toter geſchichtlicher Anſpielungen iſt mit geſundem Zugriff abgetan, der Goldgehalt des einzigartigen Weltgedichts wird ausgeprägt. Für meine Heftereihe „Modernes Chriſtentum" verfaßte der verehrte Mann ſeinen geiſtvollen, formſchönen Eſſai: Dante als Prophet. „Dante," ruft er begeiſtert und zur Andacht ſtimmend, „iſt ein Palladium der Idealität, eine Burg des religiöſen, ein Wahrzeichen des ſittlichen Bewußtſeins, er, deſſen Vaterlandsliebe keine Grenzen, deſſen Offenheit und Wahrheit keinen Schleier, deſſen Religion keinen Schatten kennt; er, deſſen Mannesgefühl, deſſen Menſchenliebe ihresgleichen ſucht; Dante iſt der richtige Erzieher der Menſchheit, da er, der größte Dichter, niemals die ſittliche Menſchenkraft dem Idealempfinden der Poeſie aufopfert, ſondern beide in der höchſten Höhe ernſt religiöſen Empfindens vereint."

In ſeiner Religion war Kohler, von Hauſe aus Katholik, ein liberaler Pantheiſt, der der buddhiſtiſchen Weltanſchauung Schopenhauers ſich weſensverwandt fühlte. Als „des Morgenlandes größte Weisheit" übertrug er des chineſiſchen Weltweiſen Laotſe „Taoteking", den Pfad zum Weſen des All, in freie Sinnſprüche, die freilich zuweilen hausbacken ſchmecken, wenn man an den köſtlichen „Schiking" des Viktor v. Strauß und Torney denkt. Ein fauſtiſcher Roman von Kohler wurde ein ganz unzulänglicher Verſuch. Der Künſtler in ihm ging gar nicht ſelten mit dem Gelehrten vieler Grade durch, der gereizte Pegaſus warf den Reiter unſanft ab. Joſef Kohler vertrug keinerlei Anzweifelung ſeiner allſeitigen Größe — dafür gibt es luſtige und auch ärgerliche Beiſpiele.

Doch nehmt alles nur in allem — ihr werdet ſeinesgleichen ſelten ſehen! Joſef Kohler war eine ungewöhnlich reiche, vielſeitig mächtige Renaiſſancenatur als Profeſſor ſeiner zahlloſen Schüler, als Bahnbrecher ſeiner juriſtiſchen Kollegen und der Kulturwelt, als künſtleriſcher Schriftſteller, als hinreißende Perſönlichkeit, als genialer Menſch.

Literariſche Berichte

Der ſinkende Tag. Sechs Erzählungen von **Ernſt Zahn**. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geb. M. 16.—.

Der Titel dieſes neuen Novellenbandes deutet die Stimmung an, die wie ein feiner Hauch die verſchiedenen Töne einigend und zuſammenhaltend über den unter ſich kontraſtierenden farbenreichen Erzählungen liegt. Der reifen Erzählungskunſt des Dichters und jener Innerlichkeit, die allein der künſtleriſchen Technik die wirkliche Eindrucksſtärke gibt, iſt es zu danken, daß die einigende Stimmung nicht als Eintönigkeit, ſondern als Vertiefung empfunden wird, daß die Menſchenſchickſale, die ſich hier vor uns abſpielen, auch dann unſere volle Teilnahme wecken und feſthalten, wenn ſie ohne ſtarke äußere Bewegtheit, ohne gewaltſamen dramatiſchen Abſchluß verlaufen. Allgemeingültiges, wie das Geſchehen im „Hauſe des Witwers", der erſten Novelle des Bandes, die ein ähnliches Motiv, wie J. P. Jacobſens berühmte Novelle „Frau Fönß", in neuer, eigenartig feſſelnder Weiſe behandelt, wird durch die intime Erfaſſung der Charaktere und Zuſtände etwas durchaus Individuelles; oder das Abſtoßende eines oberflächlich eiteln Egoiſten wird durch die Kontraſtierung mit zwei feinen, ſelbſtloſen Menſchen und mit einer zart verklingenden ſchwermütigen Poeſie des Milieus in einen künſtleriſch und menſchlich verſöhnenden Zuſammenklang gehoben („Es iſt lange her";) oder in eine ganz einfache bürgerliche Umwelt wird eine Geſtalt von fremdartigem, ſchickſalsſchwerem Zauber hineingeſtellt („Anna Kaulen"). Der Band erhält noch eine beſondere farbige Belebung durch zwei hiſtoriſche Novellen, von denen die eine uns an den Hof des gealterten Ludwig XIV., die andere in das glänzende, leidenſchaftdurchwühlte Leben eines Fürſtenhofes der italieniſchen Renaiſſance verſetzt.

Ueber Beruf, Berufswahl und Berufsberatung als Erziehungsfragen. Von *Aloys Fiſcher*. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 4.40.

Ausgehend von Zeitfragen wie der des Aufſtiegs der Begabten und von Zeitbedürfniſſen wie dem nach raſchem Erſatz der Lücken im Arbeitsleben des Volkes, die der Krieg geriſſen hat, erörtert der Verfaſſer den Sinn des Berufes und die allgemeinen Vorausſetzungen für Berufswahl und Berufsberatung. Eine Reihe eigener Unterſuchungen bezw. Umfragen über die Berufswahl von Volks- und Fortbildungsſchülern, von ungelernten Arbeiterinnen und von Hochſchulſtudenten gab ihm die Möglichkeit, ſowohl die beſtehenden Zuſtände wie die Wege zur Beſſerung eindringlich zu kennzeichnen. Eine neue Pſychologie der Berufe iſt das wichtigſte und nicht bloß für den Pädagogen, ſondern auch für den Politiker intereſſante Ergebnis der mit kritiſcher Schärfe aufbauende Gedankenarbeit verbindenden Studie.

Hans Zimmer.

Unſer öſterreichiſch-ungariſcher Bundesgenoſſe im Weltkriege. Erinnerungen aus meiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter General beim k. u. k. Armeeoberkommando von *A. v. Cramon*. Mit 5 Skizzen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. 205 S., Preis M. 16.—, geb. M. 20.—.

Um es gleich zu ſagen: ein ganz außerordentlich intereſſantes Buch, beſonders für den öſterreichiſchen Leſer. Knapp, ſachlich, ſchlicht, klar und dabei reichgefüllt mit Einzelheiten von welthiſtoriſcher Bedeutung, die durch ihren perſönlichen Charakter einerſeits packende Lebendigkeit atmen, andererſeits den Eindruck authentiſcher Tatſächlichkeit erwecken. Dabei iſt das Buch — was den öſterreichiſchen Leſer beſonders ſympathiſch berühren muß — frei von jenem geringſchätzigen und ſelbſt im Wohlwollen aufreizend herablaſſenden Tone, den man von norddeutſchen Autoren gewohnt iſt, wenn ſie über öſterreichiſche Verhältniſſe ſchreiben. Generalleutnant v. Cramon kennt dieſe Verhältniſſe wirklich und beurteilt ſie richtig. Ganz freilich kann auch er den Preußen nicht verleugnen. Darin nämlich, daß er *alle* Erfolge der k. u. k. Truppen letzten Endes doch nur auf die deutſche Mithilfe zurückführt. Selbſt wenn dies hinſichtlich des ruſſiſchen und balkaniſchen Kriegsſchauplatzes wirklich zutreffen *ſollte*: für den italieniſchen Kriegsſchauplatz trifft es *nicht* zu, denn die elf (!) ſiegreichen Iſonzoſchlachten hat das k. u. k. Heer *ohne* deutſche Hilfe durchgekämpft. Auf die überaus intereſſanten und hiſtoriſch wichtigen Einzelheiten einzugehen, die der Verfaſſer über Kaiſer Karl und den angeblichen „Verrat" Oeſterreich-Ungarns vorbringt, müſſen wir uns, ſo verlockend es auch wäre, aus Raumrückſichten leider verſagen. Nur an eines ſei der hochgeſchätzte Verfaſſer erinnert: daß Oeſterreich-Ungarns Bevölkerung zur Hälfte aus Slawen beſtand und daß es denn doch naiv war, dieſen 25 Millionen, die zumindeſt keine Freunde Deutſchlands geweſen ſind, zuzumuten, ſie ſollten vier Jahre lang an deſſen Seite für eine Sache kämpfen, die kein Geringerer als der Deutſche Reichskanzler ſelber als den Kampf der Germanen gegen die Slawen bezeichnet hat.

Th. v. Sosnosky.

Sittliche Diktatur. Ein Aufruf an alle Deutſchen von *Karl Scheffler*. Herausgegeben vom Deutſchen Werkbund. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. M. 1.65.

Dieſe Flugſchrift wendet ſich an alle Deutſche, die nach Wegen ſuchen, wie Deutſchland aus dem Elend dieſer Jahre herauskommen könne. Die Rettung iſt nicht von außen, nicht von einem Wunder zu erwarten, ſondern nur von der Selbſtbeſinnung der Nation. Die wirtſchaftlichen Fragen, im Verbrauch und in der Herſtellung, ſind *ſittliche Fragen*, ſind Angelegenheiten der allgemeinen Verantwortung. Und dies mit aller Eindringlichkeit den Deutſchen zum Bewußtſein zu bringen, iſt die Aufgabe dieſer Arbeit von Karl Scheffler; ſie ermahnt uns, durch Freiwilligkeit unſerer Entſchlüſſe dem Zwang der Not die Bürde zu nehmen und ihm ſo zu Würde geben, die *Entſchlüſſe unſeres privaten Lebens* unter den Geſichtspunkt des *allgemeinen Wohles* zu *ſtellen*. Unabhängigkeit vom Ausland in unſeren Verbrauchsgütern, ſoweit immer es möglich iſt, Veredlung der deutſchen Produkte, Zurückgewinnung einer anſtändigen und geiſtigen Einfachheit in den Formen unſeres Gemeinſchaftslebens ... das ſind die Ziele. Der Weg aber liegt im Entſchluß derer, die von der Wahrheit dieſer Notwendigkeit überzeugt ſind. Sie ſollen ſich zuſammenfinden, um in der Gemeinſamkeit ein Beiſpiel zu geben und den anderen Führer zu werden. Wir brauchen eine nationale Uebereinkunft derer, die dieſen Weg gehen wollen. Schefflers Schrift ſoll ſie vorbereiten, ſie iſt heute eine Notwendigkeit.

Theodor Herzls Lehrjahre (1860—1895). Von Leon Kellner. Nach den handſchriftlichen Quellen. Wien-Berlin, R. Löwit Verlag.

Dieſes 160 Seiten ſtarke Buch hat zum Verfaſſer den bekannten Forſcher auf dem Gebiete der engliſchen Sprache und Literatur Leon Kellner, ehemaligen Profeſſor an der durch den Weltkrieg um ihr Deutſchtum gebrachten Univerſität Czernowitz. Kellner war Zeit-, Alters- und Geſinnungsgenoſſe Herzls. Geſinnungsgenoſſe, inſoweit der Zionismus in Betracht kommt, deſſen Hauptkämpe Theodor Herzl war, der Verfaſſer des der zioniſtiſchen Bewegung Richtung gebenden „Judenſtaat". Herzl mußte verhältnismäßig jung — 44jährig —, ein ungekrönter König von Juda, in die Grube fahren. Auch diejenigen, die ſeinen Geſinnungen fernſtanden, konnten nicht umhin, mit Teilnahme bei der anziehenden Figur dieſes Schriftſtellers, der ein Meiſter des Feuilletons war und als ſolcher in den Spalten der „Neuen Freien Preſſe" ſich auslebte, ſtehen zu bleiben. Ehe er ſeine zioniſtiſche Laufbahn einſchlug, hatte er den Ehrgeiz, in der Zeitung und auf der Bühne zu glänzen, und dieſe ſeine literariſchen Lehrjahre ſchildert Leon Kellner in höchſt feſſelnder Weiſe in einem durch viel authentiſches Material fundierten Buche. Herzls Elternhaus, der Weg zur „Neuen Freien Preſſe" und zum Burgtheater, die Pariſer Korreſpondentenzeit, Herzls Gedanken über Geſellſchaft und Judentum finden in Kellner einen warmen, bewundernden, weſensverwandten Schilderer. Das Buch iſt reich geſchmückt mit Abbildungen, die dem intereſſanten Helden desſelben gerecht werden. S. M.

Briefe an Frau Julie Ritter. Von Richard Wagner. München, Fr. Bruckmann. 36 Briefe. 158 Seiten. Geb. M. 13.50.

Schon in Dresden fühlte ſich die Hamburgerin Julie Ritter, Witwe eines in Narwa anſäſſigen deutſchen Kaufmanns, von Wagners Kunſt und Wirkſamkeit (z. B. Durchſetzung der 9. Symphonie Beethovens) angezogen. Nach ſeiner Flucht aus Dresden ſandte ſie ihm 1850 eine namhafte Unterſtützung, die dann in einen Pflichtbetrag überging, der 1852—1859 regelmäßig entrichtet wurde. Es iſt nun anziehend, zu beobachten, wie außergewöhnlich warm ein ſolches Verhältnis, das für beide Teile heikel iſt, von Wagner behandelt uud gehegt wurde. Ein Ton liebevoller Herzlichkeit der faſt zwanzig Jahre älteren Freundin gegenüber durchzieht alle Briefe und hilft auch raſch über die einzige Verſtimmung, die der ſonſt ungetrübten Freundſchaft aus einem Streite erwuchs, der Frau Ritters Sohn Karl mit dem ſonſt ſo überlegenen Liſzt auseinanderbrachte. Wagner wollte auf die Rente verzichten, aber Frau Ritters Muttergefühl beruhigte ſich, und ſie ſpendete dem Künſtler weiter, bis es mißliche Vermögensverhältniſſe verboten. Jener Karl, der übrigens das Verdienſt hat, Wagner 1858 auf Venedig aufmerkſam gemacht zu haben, war lange bei ihm in Zürich. Die Briefe gewähren aber nicht bloß Einblick in äußere Verhältniſſe, ſondern bereichern unſere Kenntnis der Arbeitsweiſe und Denkart des Meiſters. Herausgegeben hat ſie ein Mitglied der Ritterſchen Familie: Siegmund v. Hausegger, der mit der Enkelin von Frau Ritter (Tochter des bekannten Komponiſten Alexander Ritter) vermählt war. Dr. Karl Grunsky.

Rund um Sankt Annen. Neue Pickbalgegeſchichten. Von Wilhelm Scharrelmann. Leipzig, Verlag von Quelle & Meyer. Geb. M. 7.—.

Es iſt eine völlig einheitliche, in ſich geſchloſſene Welt, aus der Wilhelm Scharrelmann dieſen neuen Band humorvoller Erzählungen geſchrieben hat. Eine enge, vom Strom des Großſtadtlebens abſeits liegende Gaſſe, wie wir ſie noch hier und da in den älteſten Stadtteilen unſerer großen Städte finden, Gaſſen, in denen heute ein Kleinbürgertum hauſt, das dem Auge des Beobachters eine Fülle der merkwürdigſten und ergötzlichſten Charaktere bietet. Wilhelm Scharrelmann hat mit dem Auge des Dichters in dieſe enge idylliſche Welt geblickt und mit ſicheren Strichen Geſtalten und Geſchichten daraus feſtgehalten, die ſich dem Leſer mit Eindringlichkeit einprägen, daß man ſie nicht leicht wieder vergißt.

Der Abenteuer-Roman. Band 1: Ker Ali von F. R. Nord. Gebunden M. 15.—; Band 2: Sſir-anuſch von F. R. Nord. Gebunden M. 18.—; Band 3: Die Eſelreiterin von Harry Scheff. Gebunden M. 15.—. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt.

Der Abenteuer-Roman, der ſchon im ſpäten Altertum eine Blütezeit hatte und der ſeit Anbruch der Neuzeit manch wertvolle Gabe zur Weltliteratur beigeſteuert hat, wird heute mit beſonderer Vorliebe von den Autoren kultiviert und vom Publikum ebenſo aufgenommen. Auch die neue Sammlung, von der uns heute die erſten Bände vorgelegt werden, hat es ſich, wie ſchon ihr Titel ankündigt, zur Aufgabe gemacht, den Abenteuer-Roman zu pflegen. Die Werke dieſer Romanreihe ſollen dem Leſer durch reichbewegte, feſſelnde Handlung, faſt durchweg im Rahmen ferner Länder und fremden Volkslebens, eine literariſch wertvolle Lektüre bieten, die ihm neben der augenblicklichen Unterhaltung bleibende Anregungen und feſt haftende farbige Bilder aus der weiten Welt hinterläßt. Es werden darum in erſter Linie ſolche Erzählungen in die Reihe aufgenommen, deren Autoren aus eigener Anſchauung jene Länder und Völker kennen, die ſie ſchildern und in deren Umwelt ſie die Schickſale ihrer Menſchen ſich abſpielen laſſen. Denn auf dieſe Weiſe iſt eine Bürgſchaft gegeben, daß die Handlung ſich nicht ins Unmögliche verliert, und daß das Weltbild, das ſie aufrollen, dem empfänglichen Leſer auch ernſthafte Wirklichkeitswerte vermittelt. Dies Programm erfüllen die drei Bände aufs beſte. Der Verfaſſer von „Ker Ali“ und „Sſir-anuſch“, der ſich unter dem Pſeudonym F. R. Nord verbirgt, iſt durch lange, oft abenteuerliche Reiſen völlig vertraut mit den Gegenden, die er ſchildert; in „Ker Ali“ führt er uns, im weltſtädtiſchen Milieu des größten Berliner Hotels beginnend, auf Kreuz- und Querfahrten von oft atemraubender Spannung übers Meer nach Indien, auf die Höhen des Himalaja und in das „verbotene Land“ Tibet; in „Sſir-anuſch“ von London und Belgien nach Konſtantinopel, dem Kaukaſus, Armenien, deſſen Volk wir in der fürchterlichen Tragödie des Weltkriegs der Vernichtung entgegengehen ſehen. Harry Scheffs „Eſelreiterin“ hingegen ſetzt in den Rocky Mountains ein und lenkt dann wohlbekannten Stätten zu, bis ſich in Wien die vielverſchlungene Handlung befriedigend entwirrt. — Die drei Bände bilden eine Ouvertüre, die für das Ganze Sympathie und die beſten Erwartungen für das Kommende wecken wird.

Kolonialpolitik. Mein politiſches Vermächtnis. Von W. H. Solf. Berlin, R. Hobbing. 99 S. M. 2.40.

Das Werk iſt aus den Reden und Vorträgen entſtanden, die der ehemalige Staatsſekretär des Kolonialamtes 1914 bis 1918 gehalten hat. Wenn auch der Frieden uns unſere Kolonien genommen hat, wenn ſich ſogar Stimmen erheben, die eine grundſätzliche Abkehr Deutſchlands vom kolonialen Gedanken fordern, ſo behält Solfs Buch doch ſeinen Wert als grundſätzliche Auseinanderſetzung über Zweck und Aufgabe alles Koloniſierens. Er faßt dieſe in die Worte zuſammen: „Koloniſieren iſt Miſſionieren“, und in dieſem Sinne will er auch fernerhin für Deutſchland Kolonialbeſitz haben. Das anſprechende Werk ſei jedem empfohlen, dem dieſe Fragen am Herzen liegen. Schn.

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Aus Natur und Geiſteswelt. Nr. 26: Günther, S., Das Zeitalter der Entdeckungen. — Nr. 328: Diez, H., Das Zeitungsweſen. — Nr. 690: Soden, H. Freiherr v., Die Entſtehung der chriſtlichen Kirche (Geſchichte der chriſtlichen Kirche, Bd. I). Nr. 691: Vom Urchriſtentum zum Katholizismus (Geſchichte der chriſtlichen Kirche, Bd. II). Leipzig-Berlin, B. G. Teubner. Preis jeden Bandes kart. M. 2.—, geb. M. 2.65.

Auslandsſtudien an der Univerſität Halle-Wittenberg. II. Reihe. Zehn öffentliche Vorträge über: Das Ausland im Weltkrieg. Heft 5: Salomon, Profeſſor Felix, England. M. 1.40. Heft 6: Günther, Profeſſor Adolf, Frankreich. M. 1.80. Heft 7: Blok, Profeſſor P. J., Holland. M. 1.50. Heft 8: Herre, Profeſſor Paul, Italien. M. 1.50. Heft 9: Freytag-Loringhoven, Axel Freiherr v., Rußland. M. 1.50. Heft 10: Arnheim, Profeſſor Dr. Fritz, Schweden. M. 1.60. Halle a. S., Verlag von Max Niemeyer.

Betke, Bruno, Der kaufmänniſche Stil. Leipzig, Heſſe & Becker Verlag. Preis in Steifdeckel M. 4.50, geb. M. 5.50.

Bibliothek für Volks- und Weltwirtſchaft. Herausgeber Prof. Dr. Franz v. Mammen. Heft 64: Broglie, C., Wiesbaden, Die ſoziale Frage. Ein Verſuch. M. 2.—. Heft 67: Hedler, Major W., Deutſche Kraftquellen. Die Grundlage der deutſchen Volkswirtſchaft. M. 1.80. Dresden und Leipzig, „Globus“ Wiſſenſchaftliche Verlagsanſtalt.

Blätter für Volksbibliotheken. Herausgegeben von Fritz und Richard Oehler. 1. Jahrgang, Heft 1. Leipzig, Otto Harraſſowitz. Preis pro Jahrgang M. 8.— zuzüglich 10% Teuerungszuſchlag.

Das Bildungsweſen. Beiträge zur Neugeſtaltung des geſamten Bildungsweſens in Verbindung mit Fachmännern herausgegeben von Dr. Karl Roller, Direktor der höheren Mädchenſchule und Privatdozent für Pädagogik in Gießen. Heft 1: Roller, Karl, Zur Reform der Volksſchullehrerbildung, Landſchule und Einheitsſchule. Zwei Vorſchläge zur Schulreform. M. 1.80. Heft 2: Friedrich, Lehrer J., Deutſche Volkstumspädagogik. Die Notwendigkeit ihrer Begründung nebſt Bauſteinen und Richtlinien. Eine Anregung zur zeitgemäßen Neugeſtaltung der Erziehungskunde. Gießen, Verlag von Alfred Töpelmann. M. 2.50.

Der neue Merkur. Monatshefte. Herausgeber E. Friſch und W. Hauſenſtein. 3. Jahrgang, Januar 1920. München, Verlag „Der neue Merkur“. M. 2.75.

Der Schwäbiſche Bund. Eine Monatsſchrift aus Oberdeutſchland. Januar bis Juni 1920, 4. bis 9. Heft des 1. Jahrganges. Herausgeber Hans Heinrich Ehrler — Hermann Miſſenharter — Dr. Georg Schmückle. Stuttgart, Verlag Der Schwäbiſche Bund (Strecker & Schröder) G. m. b. H. Pro Heft M. 2.50, vierteljährlich (3 Hefte) M. 6.—.

Dieckmanns Denkwürdigkeiten- und Erinnerungen-Bücherei. Band 1: Engelbrecht, Kurt, Die Liebe im Selbſterlebnis der Menſchen und Zeiten. Geb. M. 7.—. Band 2: Meiſel-Heß, Grete, Die Ehe als Erlebnis. Geb. M. 7.—. Band 3: Rehm, Hermann Siegfried, Der Humor in der Memoirenliteratur. Geb. M. 7.—. Band 4/5: Zell, Dr. Th., Das Tier im Erlebnis des Menſchen. Geb. M. 12.—. Halle a. d. Saale, Heinrich Dieckmanns Verlagsbuchhandlung.

Diplomatiſche Aktenſtücke zur Vorgeſchichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum Oeſterreichiſch-Ungariſchen Rotbuch. II. Teil 24. Juli bis 28. Juli 1914. III. Teil 29. Juli bis 27. Auguſt 1914. Wien I, Verlag der öſterreichiſchen Staatsdruckerei. à Kr. 12.—.

Eiſele, Dr. Hans, Bilder aus dem kommuniſtiſchen Ungarn. Innsbruck, Wien, München, Bozen, Verlagsanſtalt Tyrolia. Geh. M. 3.50.

Ettlinger, Prof. Dr. Max, Literariſcher Ratgeber für die Katholiken Deutſchlands. XVII. Jahrgang, 1919/1920. Kempten und München, Verlag der Joſ. Köſelſchen Buchhandlung. M. 1.50.

Flugſchriften der „Stimmen der Zeit“. Heft 14: Overmans S. J., Jakob, Roman, Theater und Kino im neuen Deutſchland. M. 1.—. Heft 15: Noppel S. J., Conſtantin, Deutſche Auswanderung und Auslandsdeutſchtum. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. 90 Pf.

Fock, Dr. Ernſt, Oberlehrer. Die Einheitsſchule-Bewegung. Mit 22 Skizzen. Berlin W 57, Verlag von Otto Salle. M. 4.50.

Gaupp, Prof. Dr. Robert, Die künftige Stellung des Arztes im Volke. Anſprache an die Studierenden der Medizin der Univerſität Tübingen (23. Oktober 1919). Geh. M. 1.—, zuzüglich 50 % Teuerungszuſchlag. — Das ſexuelle Problem vom pſychologiſchen Standpunkt. Anſprache an die Studentenſchaft der Univerſität Tübingen (2. Dezember 1919). M..1.—. Tübingen, H. Lauppſche Buchhandlung.

Gerechtigkeit. Monatshefte für auswärtige Politik. Heft 12. Dezember 1919. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann.

Got, Dr. Ambroise, L’Allemagne après la débâcle. Impressions d’un Attaché à la Mission Militaire Française à Berlin. Mars-Juillet 1919. Strasbourg, Imprimerie Strasbourgoise.

Großmann, Stefan, Das Tage-Buch. Heft 1 u. folg. Berlin W 35, Ernſt Rowohlt Verlag. Pro Quart. M. 18.—, Einzelheft M. 1.50.

Helmolt, Prof. Dr. Hans F., Ein Vierteljahrhundert Weltgeſchichte 1894—1919. Charlottenburg, Deutſche Verlagsgeſellſchaft für Politik und Geſchichte m. b. H.

Herms, Dr., Lille vergewaltigt? Auf Grund der Akten des Generalquartiermeiſters des Armeeoberkommandos VI, des Gouvernements und der Kommandantur Lille geſammelte Eindrücke über die ſämtlichen Gebiete der deutſchen Verwaltung. Mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrminiſteriums. Oldenburg i. O., Berlin, Verlag von Gerhard Stalling. M. 6.—.

Horſetzky, Ernſt, General der Inf. d. R., Die vier letzten Kriegswochen (24. Oktober bis 21. November 1918). Ein Beitrag zur Geſchichte der Auflöſung der öſterreichiſch-ungariſchen Armee. Mit 2 Skizzen und einer Truppeneinteilung. Wien und Leipzig, Verlag Karl Harbauer. M. 3.—.

Jahrbuch der Deutſchen Landwirtſchafts-Geſellſchaft. Herausgegeben vom Vorſtande. Band 34. 2. Lieferung. Berlin SW 11, Deutſche Landwirtſchafts-Geſellſchaft.

Jenny, Dr. E., Die Errungenſchaften der Revolution. Berlin, Auguſt Scherl G. m. b. H. M. 2.—.

Kaufmann, DDr. Paul, Präſident des Reichsverſicherungsamts, Wiederaufbau und Sozialverſicherung. Vorſchläge zur Aenderung der Reichsverſicherungsordnung. Berlin NW 7, Verlag von Georg Stilke. M. 4.—.

Laubert, Manfred, Eduard Flottwell. Ein Abriß ſeines Lebens. Berlin, Preußiſche Verlagsanſtalt G. m. b. H. M. 7.50.

Lechtape, Heinrich, Die Frage der Steuergerechtigkeit. Grundſätzliches zur Finanzreform auf Grund des Solidaritätsſyſtems von Heinrich Peſch S. J. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. M. 1.50.

Meſchko, Xaver, Das Paradies auf Erden. Der kleine Zigeuner. Zwei Kindergeſchichten. Deutſch von Mina Conrad-Eybesfeld. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geh. M. 3.60, geb. M. 5.40.

Müller, Dr. Auguſt, Staatsſekretär a. D., Gewaltfrieden und Wiederaufbau. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 1.—.

Nemény, Wilhelm, 133 Tage Bolſchewiſtenherrſchaft. Randbemerkungen zu der Geſchichte der ungariſchen Räterepublik. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. 80 Pf.

Obſt, Dr. Erich, Profeſſor an der Univerſität Breslau. Vorwärts zu Einheit und Fortſchritt! Gedanken über Grundſätze und Ziele einer neudeutſchen Politik. Breslau I, Priebatſchs Verlagsbuchhandlung.

Paſtor, Ludwig Freiherr v., Johannes Janſſens Briefe. 1. Band 1847—1873. 2. (Schluß-)Band 1874—1891. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geh. M. 30.—, geb. M. 36.—.

Poske, Geh. Studienrat Dr. Friedrich, Einheitsſchule und Realismus. Denkſchrift im Auftrage des Deutſchen Vereins zur Förderung des mathematiſchen und naturwiſſenſchaftlichen Unterrichts. Berlin W 57, Verlag von Otto Salle. M. 1.50.

Quenzel, Karl, Grundriß der deutſchen Literaturgeſchichte. Leipzig, Heſſe & Becker. M. 1.25.

Reclams Univerſalbibliothek. Dahlmann, Friedrich Chriſtoph, Ein Wort über Verfaſſung. Geh. 25 Pf. — Marx, Karl, Lohnarbeit und Kapital. Zur Judenfrage und andere Schriften aus der Frühzeit. Ausgewählt und eingeleitet von Ernſt Drahn. Geh. 50 Pf. — Pannier, Karl, Die Verfaſſung des Deutſchen Reichs vom 11. Auguſt 1919 nebſt Ergänzungsgeſetzen. Geh. 50 Pf. — Zahn, Ernſt, Stephan der Schmied. Eine Erzählung. Geh. 50 Pf. Leipzig, Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam jun.

Sacher, Dr. Hermann, Herausgeber des Staatslexikons in Freiburg i. Br., Der Bürger im Volksſtaat. Eine Einführung in Staatskunde und Politik. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geh. M. 8.—, geb. M. 11.—.

Schäffer, Julius, Dreißig Jahre Afrika. Livingſtones Miſſions- und Forſchungsreiſen in Afrika. Berichte aus ſeinen Reiſewerken ausgewählt und zuſammengefaßt. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. Kart. M. 1.80.

Schulze-Gaevernitz, Prof. v., Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtſchaft. Offener Brief an die gerecht denkenden Minderheiten in den alliierten und neutralen Ländern. Zürich, Art. Inſtitut Orell Füßli. Fr. 1.50 (M. 3.—).

Trendelenburg, Adolf, Zu Goethes Fauſt. Vorarbeiten für eine erklärende Ausgabe. Berlin und Leipzig, Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Geh. M. 7.—, geb. M. 9.—.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919 zu den Wirtſchaftsbeziehungen zwiſchen dem Deutſchen Reiche und Deutſch-Oeſterreich und zur Sozialiſierungsfrage. Mit einem Nachruf auf Guſtav Schmoller von Heinrich Herkner und einer Gedächtnisrede auf Philippovich von Michael Hainiſch nebſt Berichten von Luſensky, Stolper, Lederer, Vogelſtein, Eulenburg und v. Wieſe. München und Leipzig, Duncker & Humblot. M. 14.— und 10% Teuerungszuſchlag.

Viſcher, Friedrich Theodor, Goethes Fauſt. Zweite erweiterte Auflage mit einem Anhang von Hugo Falkenheim. Stuttgart und Berlin, J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf. Geh. M. 18.—, in Halbl. M. 23.50.

Wiedersheim, Robert, Lebenserinnerungen. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 9.—, in Leinwand geb. M. 12.—.

Wiſſen und Wehr. Zweimonatſchrift. Jahrgang 1920. 1. Heft. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Pro Heft M. 3.50, Jahrgang M. 20.—.

Zillmann, Dr. Friedrich, Theodor Fontane als Dichter. Er und über ihn. Stuttgart und Berlin. J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf. M. 2.20.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue“ ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

Bismarcks Kampf mit Alexander von Battenberg und der Kaiſerin Friedrich

(Schluß)

Um ſeine Politik durch die öffentliche Meinung zu ſtützen, flüchtete Fürſt Bismarck nunmehr in die Öffentlichkeit und ließ ſeinen ganzen Preſſeapparat ſpielen, um die Bevölkerung aufzuſtacheln, auf ſeine Seite zu treten und den Heiratsplan zu verurteilen. In der „Kölniſchen Zeitung" vom 5. April 1888 erſchien ein förmlicher Appell Bismarcks an das deutſche Volk, der ſich letzten Endes direkt gegen die Kaiſerin richtete. Darin wurde ausgeführt, daß ſolange die bulgariſche Frage nicht gelöſt ſei, Fürſt Alexander doch immer der Mann bleibe, auf deſſen Rückkehr die Bulgaren rechnen. In einem Kriege mit Rußland würde er ſich ſchwer der moraliſchen Verpflichtung entziehen können, den Bulgaren als begeiſternder Feldherr zu Hilfe zu kommen. Deutſchland müſſe aber der bulgariſchen Frage gegenüber intereſſelos daſtehen. Es ſei unmöglich, daß der meiſtgehaßte perſönliche Gegner des Zaren der Schwiegerſohn des Deutſchen Kaiſers ſein könne. Jeder Deutſche, der ſein Vaterland liebt, muß erkennen, wo das richtige Urteil liegt, da ein erfolgreiches Verfolgen der Heiratsidee das deutſche Volk um den Deutſchen Reichskanzler bringen werde. Auch in dem „Grenzboten" erſchien ein von Bismarck inſpirierter, von Buſch entworfener Artikel unter dem Titel „Fremde Einflüſſe im Reiche", der alle Vorgänge in ſchonungsloſeſter Weiſe enthüllte und auch die Familie des Fürſten Alexander gehäſſig zergliederte.

In furchtbarſter Aufregung war Fürſt Alexander den Vorgängen in Berlin gefolgt und war nur froh, daß ſie nicht in ſeiner Gegenwart vor ſich gegangen waren. Er ſah darin den Kampf einer geraden und ehrlichen Gewalt, die der Kaiſer darſtellte, gegen eine Koalition von Intrigen. Die Demiſſionsdrohung Bismarcks betrachtete Fürſt Alexander als ein zwiſchen Bismarck und dem Kronprinzen abgekartetes Spiel, das dazu beſtimmt ſei, den Kaiſer in eine Zwangslage zu verſetzen. Der Großherzog von Heſſen hatte ihm geſagt, daß Bismarck ſchon vierundzwanzig Stunden vor ſeinem Vortrage am 31. um den Einladungsbrief des Kaiſers an Fürſt Alexander gewußt habe und mit Prinz Wilhelm und dem Großherzog von Baden verabredete, die Sache zu hintertreiben. Fürſt Alexander meinte auch, daß, hätte man die Sache von Haus aus als eine private Familienangelegenheit dargeſtellt, die mit Politik nichts zu tun hat, der ruſſiſche Kaiſer weiter nichts dabei gefunden hätte, zumal

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

er „das Autokratiſche verſtand und liebte“ und „kein Verſtändnis für allmächtige Miniſter hatte“. Noch hoffte Fürſt Alexander, daß vielleicht doch die Dinge eine gute Löſung finden könnten.[1]

Da erhielt er den Brief des Kronprinzen Wilhelm. Auf die Anfrage des Großherzogs von Heſſen über ſeine Haltung dem gegenüber antwortete Fürſt Alexander, die Stellung des Briefſchreibers verbiete ihm darüber eine Diskuſſion zu eröffnen, er teile die in der „Kölniſchen Zeitung“ von Bismarck ausgeſprochenen Anſichten nicht, ſtehe aber nicht an, zu erklären, daß er, falls die Heirat nur durch Abgang des Reichskanzlers ermöglicht werden könnte, bitte, daß er im Amt bleibe. Dasſelbe ſchrieb er an die Kaiſerin.[2] Fürſt Alexander war auf das tiefſte empört und erbittert über die Art und Weiſe, wie dieſe intimen Familiendinge durch Bismarck in die Zeitungen geſetzt und ſo, wie er ſich ausdrückte, in den Kot der Straße gezerrt wurden. In einem leidenſchaftlichen Briefe an die Kaiſerin brandmarkte er das Vorgehen der Feinde in Berlin, legte aber dar, daß Prinzeß Viktoria und er niemals die Urſache dafür ſein dürften, daß Bismarck abtrete. *Er wolle nicht, ſchrieb er der Kaiſerin, vor dem deutſchen Volke mit ſeiner Frau einſt als die von England gekauften Zertrümmerer des Deutſchen Reiches und ſchließlich Mörder des Kaiſers verſchrien werden. Die Heirat ſei undenkbar, wenn Bismarck darüber fallen ſollte.*

Auch in Öſterreich-Ungarn hatte insbeſondere die Art der öffentlichen Behandlung der intimen Familiendinge des deutſchen Kaiſerhofes Anſtoß erregt, und Graf Kálnoky hatte ſich darüber ausgeſprochen, daß das dynaſtiſche Gefühl und das monarchiſche Prinzip unter dieſem rückſichtsloſen Treiben zu Schaden kommen müſſe. Er befürchtete, daß die Stellung des Kanzlers, dem man es ſeit Jahr und Tag in Deutſchland gewohnheitsgemäß überlaſſen hatte, für das ganze Reich allein zu denken und zu wollen, in all den Kämpfen Schaden leiden könne. Da traf bei Kálnoky eine Mitteilung des Fürſten Bismarck ein, die von Reuß übergeben wurde.

Der Kanzler ſagte darin, das Hauptziel ſeiner Politik ſei ſeit dem Jahre 1871 die Erhaltung des Friedens geweſen und, um dieſes erreichen zu können, bedürfe er eines gewiſſen Spielraumes in der Behandlung der Beziehungen zu Rußland. Wenn jetzt die bei Hofe geplante Auszeichnung Alexanders von Battenberg zuſtande käme, ſo würde dadurch der deutſchen Politik ein fremder Stempel aufgedrückt, deſſen Wirkungen er nicht vertreten könne. Die Pflege des europäiſchen Friedens ſei eine Aufgabe von ſolcher Schwierigkeit, daß nicht nur politiſche Sachkunde, ſondern für den Sachkundigen auch ein gewiſſes Maß freier Bewegung nötig ſei, um den Gefahren, die dem Frieden erwachſen können, rechtzeitig vorzubeugen. Wenn auf Grund von perſönlichen und familiären Intereſſen politiſche Schritte geſchehen, die ein Näherrücken der Kriegsgefahr bedingen, wie dies die geplante Heirat mit ſich brächte, ſo könne Bismarck dieſer Politik nicht folgen. Die Vermählung würde die Feſtſetzung des engliſch-battenbergiſchen Einfluſſes im königlichen Hauſe bedeuten. Wenn der Kaiſer, der den Heiratsplänen nicht geneigt ſei, nachgäbe, ſo würde dies der Beweis ſein, daß fremder Einfluß in Deutſchland ſiege, und einem ſolchen könnte Bismarck nicht dienſtbar werden. Bismarck hoffte, des verſtändnisvollen Vertrauens Kálnokys gewiß ſein zu können, weil deſſen Beſtrebungen und Wünſche im Intereſſe ſeines Landes ebenfalls in erſter Linie auf die Erhaltung des Friedens gerichtet waren.

---

[1] Briefkonzept Fürſt Alexanders an Kaiſerin Viktoria vom 2. April 1888, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

[2] Brief Fürſt Alexanders an die Kaiſerin Viktoria und den Großherzog Ludwig von Heſſen, 7. April 1888, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

Mittlerweile hatte man in Rußland die Entwicklung der Dinge in Berlin mit großem Intereſſe verfolgt. Giers äußerte ſich, daß Kaiſer Alexander die Heirat oder Anſtellung des Exfürſten tatſächlich als einen gegen ihn geführten Schlag anſehe und daraus politiſche Konſequenzen ziehen würde. Insgeheim aber freute man ſich in Rußland der Schwächung des Anſehens des deutſchen Kaiſerhauſes und der Haltung Bismarcks, welche in Rußland als Verbeugung vor ruſſiſcher Macht und Kraft beurteilt wurde. Die panſlawiſtiſche Preſſe aber wünſchte einen Sturz des Kanzlers, weil dadurch auch deſſen Politik der Schmeicheleien für Rußland aufhören und die wirklichen Gefühle zutage träten, die nach deren Meinung ja doch zwiſchen Deutſchland und Rußland feindliche ſeien und bleiben würden.

Fürſt Bismarck war in der Tat über die verſuchte Durchführung des Heiratsprojektes wider ſeinen Rat und Willen aufs höchſte aufgebracht. Der engliſche Botſchafter in Berlin berichtete an ſeine Regierung, der Kanzler ſei in einer derartigen Erregung, daß man der Königin den beabſichtigten Beſuch in Berlin derzeit nicht anraten könne, weil man für Bismarcks Verhalten ihr gegenüber keine Garantien übernehmen könnte. Als Graf Széckény ihn dieſer Tage fragte, wie es ihm gehe, antwortete Bismarck: „Wie ſoll es einem ergehen, wenn man nichts als Galle und Ärger hat.“ Als der Botſchafter weiter fragte, ob er ſein Reiten wieder aufgenommen habe, antwortete er: „Einmal war ich jetzt zu Pferde, aber weniger des Reitens halber, als um in meinem Gaule jemand zu haben, an dem ich meinen Zorn und meine Galle auslaſſen konnte.“

Auf den 1. April 1888, alſo mitten in die kriſenhafte Zeit, fiel der dreiundſiebzigjährige Geburtstag des Reichskanzlers. Er wurde mehr als gewöhnlich, wegen der allgemein gegen die Kaiſerin gerichteten Stimmung gewiſſermaßen demonſtrativ gefeiert. Einer der erſten unter den an der Feier teilnehmenden Perſönlichkeiten war Kronprinz Wilhelm. Er ſtand damals in den beſten Beziehungen zu Bismarck.

Als im Februar in San Remo am damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm die Operation des Luftröhrenſchnittes vollzogen worden war, erſchien Prinz Wilhelm bei Bismarck und ſagte, er käme mit einer großen Bitte.

Bismarck ſolle ihm das Verſprechen geben, wenn er, Prinz Wilhelm, einſt den Thron beſteige, ihm ein ebenſo treuer und ergebener Diener ſein zu wollen, wie er es ſeinem Großvater war. Bismarck erwiderte, er gebe dieſes Verſprechen gerne, aber nur unter der Bedingung, daß der Prinz, wenn er einmal Kaiſer geworden, ſich auch wirklich ſeiner gereiften Erfahrung bediene und ihr folgend aus derſelben Nutzen ziehe. Auf dieſe Worte ergriff der Prinz die Hand des Fürſten, drückte ſie feſt in der ſeinen und der Pakt war geſchloſſen.

Nun erſchien an jenem 1. April Kronprinz Wilhelm mit einem großen Blumenſtrauß in der Hand unangeſagt im Hauſe Bismarcks, lud ſich ſelbſt zur Familientafel ein und erhob ſich dabei zu einer Tiſchrede, in der er ausführte, er erlaube ſich, bei einer ſo erhebenden Gelegenheit ein Bild vorzuführen, wie er ſich das Reich in ſeiner politiſchen und ſozialen Lage und in ſeinen inneren und äußeren Beziehungen im gegenwärtigen Augenblicke vorſtelle. „Ich vergleiche,“ rief er, „unſer Deutſchland einem Armeekorps, das im Felde ſeinen Höchſtkommandierenden[1]) verlor und deſſen erſter Offizier[2]) ſchwer verwundet iſt. In dieſem Augenblicke richten ſich ſechsundvierzig Millionen echter deutſcher Herzen in Angſt und Hoffnung nach der Fahne und deren Träger, von dem alles erwartet wird. Und der Träger dieſer Fahne iſt unſer erlauchter Fürſt, unſer großer Kanzler, er gehe uns voran, ihm folgen wir, er lebe hoch!“

Der Widerhall dieſer Worte in der Welt war ein bedeutender, obwohl ſie abgeſchwächter verbreitet wurden, als ſie tatſächlich gelautet haben ſollen. Das Hinweggehen über den derzeit regierenden Kaiſer, das Betonen, daß man ſich eigentlich um deſſen Meinung nicht mehr zu kümmern brauche und die Unterſtützung des Kanzlers durch den Prinzen gegen ſeine eigene Mutter wurden als Mangel an Feingefühl beurteilt, ſelbſt von jenen Kreiſen, die mit der Politik der Kaiſerin keineswegs einverſtanden waren. Am 10. April feierte auch Prinzeß Viktoria ihren Geburtstag, und in dem Glückwunſchſchreiben des Fürſten Alexander ſtand zu leſen, daß er der Prinzeſſin die Freiheit zurückgebe, damit ſie einzig und allein dem edelſten Gefühle, der Kindesliebe zu ihrem ſchwer kranken Vater, folgen könne.[3])

Am 10. April fand die von Kaiſer Friedrich gewünſchte und angeregte Unterredung der Kaiſerin Viktoria mit dem Reichskanzler ſtatt. Sie dauerte zwei Stunden, und getreu ſeinem Plane, die Frage hinauszuziehen, bis der Regierungswechſel ſich vollziehen werde, ging Bismarck auf alle Fragen der Kaiſerin näher ein und zeigte ſich nicht abgeneigt, eventuell nach einiger Zeit unter beſtimmten Bedingungen das Projekt zuzulaſſen, ohne ſeine Stellung als Reichskanzler zu verlaſſen. Bismarck hatte in der Audienz über die politiſche Frage der eventuellen Rückkehr nach Bulgarien geſprochen und verlangt, daß wenn das Projekt zuſtande käme, Fürſt Alexander ſich dem Kaiſer gegenüber verpflichten müſſe, daß er dem bulgariſchen Throne endgültig entſage und nicht die Abſicht habe, zurückzukehren. Es kam dann auch die Unebenbürtigkeit und die polniſche Abkunft zur Sprache, und es wurde ſchließlich eine eventuelle ſtille Trauung ohne lange Verlobung in Erwägung gezogen. Aber auf bindende Verſprechungen ließ ſich Bismarck nicht ein. Alles in allem hatte Bismarck ſein Ziel erreicht. Die Sache war aufgeſchoben, und die Kaiſerin Friedrich war auch befriedigt, denn ſie hatte durch dieſes Geſpräch neue Hoffnungen geſchöpft und ſchrieb dem Fürſten Alexander in glücklichem Tone, wobei ſie ſchon in die kleinſten Einzelheiten materieller Natur, die bei der künftigen Ehe zu löſen waren, einging. Auch der Königin von England hatte ſie geſchrieben, daß ſie von einer Unterredung mit Bismarck befriedigt ſei und ſie und der Kanzler als Freunde geſchieden wären.

---

[1]) Kaiſer Wilhelm I.

[2]) Kaiſer Friedrich III.

[3]) Briefentwurf an die Prinzeſſin Viktoria von Preußen vom Fürſten Alexander, eigenhändig, 19. April 1888. Hartenau-Archiv.

In England, wo man genau über des Kanzlers Meinung unterrichtet war, konnte man ſich, wie die Schwägerin Beatrice dem Fürſten Alexander ſchrieb, dieſe Worte der Kaiſerin gar nicht erklären. Fürſt Alexander, der ſchon alle Hoffnung aufgegeben hatte und gar nicht mehr mit der Erfüllung rechnete, war durch dieſe Wendung überraſcht und glaubte wirklich, nun könne die Heiratsabſicht wieder aufgenommen werden. Er erklärte ſich mit allen Forderungen bereit und ging auf alle Einzelheiten bezüglich der künftigen Ehe näher ein.[1]

An demſelben Tage, an dem die Kaiſerin mit Bismarck geſprochen hatte, ſchrieb Kaiſer Friedrich III. an Fürſt Alexander, er habe mit Rückſicht auf die ſich kundgebende gewiſſe Aufregung und die in der Preſſe entbrannten Diskuſſionen vorläufig auf die Freude verzichten müſſen, den Fürſten in Charlottenburg zu empfangen. Er verſicherte, ihn zu unterrichten, wenn ſich eine Mitteilung von Wichtigkeit ergeben würde. Jetzt aber möge er ſich die Angriffe, welche leider gemacht würden, nicht zu Herzen nehmen, ſondern ſich des Verſtändniſſes und des Wohlwollens ſeines wohlgeneigten Kaiſers verſichert halten.[2]

Mittlerweile hatte die Krankheit des Kaiſers furchtbare Fortſchritte gemacht. Neue Wucherungen legten ſich vor die Kanüle, und der Kaiſer war dem Erſticken nahe. Mackenzie hatte derart den Kopf verloren, daß nach ſeinem alten Gegner Profeſſor Bergmann geſchickt wurde, der es unternahm, dem Kaiſer, allerdings unter furchtbaren Schmerzen, die Wucherung mittels einer längeren Kanüle zu durchſtoßen und ſo dem Kranken wieder für einige Wochen das Leben zu ſichern. Nur durch Morphiumeinſpritzungen konnte der Kaiſer für Augenblicke über die Schwächeanfälle hinweggebracht werden, doch zeigte ſich ſchon ein bedenklicher Verfall der Kräfte.

In dieſer Zeit erhielt der Kaiſer Bismarcks Memoire, das die Stellung des Fürſten Bismarck gegenüber der Heiratsfrage und die ſchon angeführten

---

[1] Briefkonzept des Fürſten Alexander an Kaiſerin Friedrich vom 12. April 1888, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

[2] Kaiſer Friedrich III. an Fürſt Alexander von Battenberg, 10. April 1888. Hartenau-Archiv.

Gründe des Kanzlers, die gegen dasſelbe ſprachen, gleichzeitig mit der Drohung über ſeine Entlaſſung enthielt.

Aber die Kaiſerin, die den nahen Tod des Kaiſers vor Augen ſah, ließ nicht locker, ſie veranlaßte ihren Gemahl angeſichts ſeiner Krankheit, ſein Teſtament zu machen und in dieſes eine Verfügung aufzunehmen, die ſeinem Nachfolger die Erfüllung der Wünſche bezüglich der Heirat anvertraute. Tatſächlich ließ ſich der Kaiſer dieſes Zugeſtändnis abringen und ſchrieb am 12. April in ſeinem Teſtament an ſeinen Sohn:

„Für den Fall, daß Deine Mutter oder ich unerwartet aus dieſer Zeitlichkeit abberufen würden, will ich hiermit als meine ausdrückliche Willensmeinung erklärt haben, daß ich mit der Vermählung Deiner zweiten Schweſter mit dem ehemaligen Fürſten von Bulgarien, Prinzen Alexander von Battenberg, mich einverſtanden erkläre. Ich lege es Dir als Kindespflicht auf, dieſen meinen Wunſch, den Deine Schweſter Viktoria ſeit ſo vielen Jahren im Herzen trägt, auszuführen. Damit dieſe Angelegenheit jedoch jedes Politiſchen entbehre, auch jeder politiſchen Gefahr vorgebeugt werde, verzichte ich auf den naheliegenden Wunſch, von vornherein dem Prinzen, der meine volle Sympathie beſitzt, eine Stellung in der Armee oder ſonſtige offizielle Auszeichnungen zu verleihen. Ich rechne darauf, daß Du Deine Pflicht als Sohn erfüllſt, indem Du meinen Wünſchen gerecht wirſt und als Bruder Deiner Schweſter Deine Hilfe nicht entziehſt. Dein Dich liebender Vater.“ Charlottenburg, den 12. April 1888.[1]

Neuerdings war Kaiſerin Friedrich in Fürſt Alexander gedrungen, doch ſeinerſeits einen Schritt zur Förderung der Angelegenheit zu unternehmen. Fürſt Alexander antwortete mit dem Hinweis auf ſein wiederholt gegebenes Wort, in dieſer Sache perſönlich nicht hervorzutreten. Er erklärte ſich bereit, unter dem Dache des Kaiſers in aller Stille zu heiraten, aber im Auslande und ohne Zuſtimmung der maßgebenden Perſönlichkeiten nannte er die Heirat undenkbar.[2]

Die fortgeſetzten Operationen und Eingriffe hatten beim Kaiſer Wundfieber hervorgerufen, und ſeit dem 10. April hielt das ſtarke Fieber an. Profeſſor Bergmann wollte Bulletins über das Befinden des Kaiſers herausgeben, aber Mackenzie, von der Kaiſerin unterſtützt, machte ſeinen Einſpruch geltend mit der Begründung, die Bevölkerung ſolle nicht beunruhigt werden. Ja, es wurde ſogar am 21. April eine Ausfahrt des Kaiſers unternommen, um den Kaiſer der Bevölkerung zu zeigen, obwohl Profeſſor Bergmann dringend abriet und die rauhe Luft dem kranken Manne dann auch wirklich beträchtlich ſchadete.

---

[1] Nach einer im Hartenau-Archiv erliegenden, vom Oberſthofmarſchall der Kaiſerin Friedrich, Grafen Radolinſki geſchriebenen Kopie der betreffenden Stelle des Teſtaments. Hartenau-Archiv.

[2] Briefkonzept Fürſt Alexanders von Battenberg an Kaiſerin Friedrich vom 16. April 1888, eigenhändig. Hartenau-Archiv.

Gegen Ende April, als ſich die erſte Aufregung über die Heiratsfrage gelegt hatte, verwirklichte die Königin von England ihre Reiſe nach Berlin. Über die wahre Lage der Dinge orientiert, verhielt ſie ſich in der Sache ſehr zurückhaltend, riet der Kaiſerin ab, ſich noch weiter allzuſehr zu exponieren und ſprach mit Bismarck, dem ſie verſicherte, daß das Gewicht Englands in die Wagſchale derjenigen Seite fallen werde, welche für die Erhaltung des Friedens in Europa Bürge ſei.

Die Königin verbarg aber nicht, daß ſie einige Beſorgnis über die Richtung der künftigen Politik des Kronprinzen Wilhelm hege. Bismarck verſuchte ſie zu überzeugen, daß der Kronprinz keine Händel ſuchen und ſelbſt, wenn dieſe ihm aufgedrungen würden, mit Beſonnenheit und Klugheit handeln würde. Die Königin quittierte dieſe Verſicherung damit, daß ſie den Prinzen Wilhelm, der bei ſeinem letzten Beſuch in London ſo wenig herzlich aufgenommen worden war, daß er förmlich auf ſeine Großmutter erbittert von dort zurückgekehrt war, mit größter Auszeichnung behandelte und ſich bemühte, zwiſchen der Kaiſerin als Mutter und dem Thronerben als Sohn ausgleichend und verſöhnend einzuwirken.

Fürſt Alexander ſchrieb im Mai und Juni noch mehrmals an die Kaiſerin. Er ſprach darin ſeinen Schmerz über die Lage der Dinge, die geringe Hoffnung auf eine Ehe im ſtillen, aber auch die Überzeugung aus, daß der Kaiſer im Grunde ſeiner Seele die Heirat auch nicht wolle. „Sie hoffen noch,“ ſchrieb er am 1. Juni, „ich nicht mehr, ich habe die Abſicht, ſobald Sie mich frei erklärt haben, meinen Namen abzulegen, einen bürgerlichen Namen zu führen und mein Vaterland gänzlich zu verlaſſen.“

Die Kaiſerin befand ſich in einer furchtbaren Lage. Sie war nicht imſtande, auf ihren Lieblingsgedanken zu verzichten, auf den ſie jahrelang die ganze Kraft ihres Herzens, ihre ganze leidenſchaftliche Energie verwandt hatte. In den todkranken Kaiſer, den duldenden Märtyrer weiter zu dringen, war ihr nicht möglich, denn ſie wäre durch die Aufregungen, die ſie ihrem Gemahl verurſacht hätte, vor ſich ſelbſt und noch vielmehr vor dem deutſchen Volke als die Mörderin des Kaiſers, oder zumindeſt als eine Frau, die ſein Ende beſchleunigt habe, bezeichnet worden.

So verbrachte ſie Wochen der Verzweiflung, Stunden der tiefſten Herzensqual und ſelbſtzerfleiſchender Kämpfe. Kalt und nüchtern betrachtete Bismarck dieſen Zwieſpalt. Er ſah ſeinen Plan reifen und, wie ſtets, die Dinge ſo kommen, wie er es voraus berechnet und geahnt. Sein Scharfblick hatte ihn auch diesmal nicht getäuſcht. In Dingen, die einmal für ſein Volk als recht erkannte Politik betrafen, kannte er freilich auch kein Gefühl.

Da ſtarb am 15. Juni der kaiſerliche Dulder. Tags zuvor hatte Graf Herbert Bismarck bei einem von ihm gegebenen kleinen Damendiner ſich in befriedigtem Tone geäußert: „Demnächſt wird unſere Zeit nun wieder beginnen.“ [1]

---

[1] Graf Széchényi an Graf Kálnoky, 26. Juni 1888. Min. d. Äuß.

Wie Bismarck vorausgeſehen, war der Kaiſer geſtorben, ehe die Entſcheidung über die Heirat gefallen war, aber die Kaiſerin hoffte noch immer, diesmal auf einen Stimmungsumſchwung ihres Sohnes, des nunmehrigen Kaiſers Wilhelm II.

Zwei Tage nach dem Tode des Kaiſers Friedrich ſchrieb Kaiſer Wilhelm II. neuerdings an Fürſt Alexander, weil dieſer ihn durch Prinzeſſin Viktoria von Battenberg hatte erſuchen laſſen, ihm im Falle des Ablebens des Kaiſers Friedrich III. eine neue Willensäußerung über das Heiratsprojekt zugehen zu laſſen.

Der Kaiſer erklärte darin, daß er nach Rückſprache mit dem oberſten Ratgeber ſeiner Regierung ſich nicht von dem bisher von ſeinem hochſeligen Herrn Großvater und Vater innegehabten Standpunkt entfernen könne und hiermit erkläre, daß er aus politiſchen, ſowohl als aus Familienrückſichten, die Verbindung zuzugeben nicht in der Lage ſei.[1])

In ſeinen Kondolenzbriefen an die Kaiſerin und Prinzeß Viktoria ſchrieb Fürſt Alexander, daß er der Prinzeſſin zwar noch treu, aber gekränkt und verletzt ſei bis ins innerſte Mark. Den Brief des Kaiſers könne er nur dahin deuten, daß das Teſtament Kaiſer Friedrichs zur Zeit der Abfaſſung noch nicht eröffnet geweſen ſei, darum antwortete er dem Kaiſer, daß ihm Kaiſerin Friedrich von dem Teſtamente des verſtorbenen Kaiſers Mitteilung gemacht habe und in dieſem Briefe die Schweſter des nunmehrigen Kaiſers als „die Braut des Fürſten Alexander bezeichnete, die der ſterbende Vater ihm anvertraut“.

Daraufhin teilte der preußiſche Geſandte in Darmſtadt Freiherr v. Thielemann dem Fürſten Alexander mit, daß er ihm im Allerhöchſten Auftrage zu ſagen habe, daß Seine Majeſtät den Brief vom 28. v. M. empfangen habe und daß dieſer Brief Seiner Majeſtät keinen Anlaß gebe, dem Allerhöchſten Handſchreiben vom 17. etwas hinzuzufügen.[2])

Auf dieſe Mitteilungen hin ſchrieb Fürſt Alexander an die Kaiſerin-Witwe Viktoria und ihre Tochter Abſchiedsbriefe. Er legte darin dar, Kaiſer Friedrich hätte es in der Hand gehabt, ihn und Prinzeß Viktoria zuſammenzugeben, tat es aber nicht, weil er es nicht wollte und legte die Erfüllung in die Hände desjenigen, von dem er wußte, daß er es nie tun würde. Solange Kaiſer Wilhelm I. regierte, habe Abwarten einen Sinn gehabt, jetzt aber am Grabe Friedrichs III. habe es keinen Zweck mehr. Er entſagte daher allen Träumen ſeiner Jugend und ſagte ſeiner Braut mit ſchmerzlichen Worten Lebewohl. Fürſt Alexander ſandte die Geſchenke zurück und wies darauf hin, daß es ihm angeſichts der Haltung des Kaiſers unmöglich ſei, die Korreſpondenz weiter aufrechtzuerhalten. Die Kaiſerin Viktoria gab aber die Sache noch immer nicht verloren und ſchrieb dem Fürſten, er ſolle nicht ſo raſch verzweifeln. Kaiſer

---

[1]) Brief Kaiſer Wilhelms II. an Fürſt Alexander vom 17. Juni 1888. Hartenau-Archiv.

[2]) Abſchrift der Mitteilung des Freiherrn von Thielemann, vom Fürſten eigenhändig. Hartenau-Archiv.

Wilhelm II. habe ihr geſagt, er werde ſich die Sache noch einmal überlegen, und dies bedeute, wie ſie ihren Sohn kenne, einen verſchleierten Rückzug von ſeiner Oppoſition.

Auch Graf Radolinſki meinte, es ſei noch nicht vorbei und ſchrieb dem Fürſten mit Bezug auf Kaiſer Wilhelm II.: „Hoheit kennen die Menſchen ſo gut wie ich. Erſt wollen ſie nicht, daß man ſich etwas von ihnen wünſcht, und dann ſind ſie ebenſo empört, wenn man ihnen ſchließlich ſtolz den Rücken kehrt. In ſolcher Lage iſt es immer am beſten, ſich tot zu ſtellen.“ Aber Kaiſerin und Graf Radolinſki irrten ſich. Kaiſer Wilhelm II. dachte nicht daran von ſeiner Abſicht abzugehen, und ſo ſcheiterte der Heiratsplan, der ſo viel Staub aufgewirbelt, endgültig, und die Kaiſerin zog ſich, tief verwundet, von der ganzen Sache zurück.

Obwohl ſich Fürſt Alexander ebenfalls ganz in Stille und Einſamkeit zurückgezogen hatte, blieb die politiſche Spannung, die ſich an ſeinen Namen und an ſein Heiratsprojekt geknüpft hatte, doch noch immer in der Luft. Niemand vertraute darauf, daß nun die Dinge wirklich zu Ende ſeien, daß eine Rückkehr des Fürſten nach Bulgarien nun gänzlich ausgeſchloſſen ſei und ſein Heiratsplan auf immer fallengelaſſen wäre. Fürſt Alexander hatte nach all den entſetzlichen Erfahrungen in Bulgarien, den furchtbaren Aufregungen und Kämpfen in Berlin, den politiſchen Anfechtungen aller Art, die auch die Beziehungen zu ſeiner Familie vergifteten, nur mehr das eine Beſtreben, Ruhe und Frieden zu ſuchen und in einſamem, häuslichem Glücke, frei von allen hochfliegenden Wünſchen, Ruhe und Vergeſſenheit zu finden. Er fürchtete aber die Einſamkeit, die nicht tröſtet, ſondern nur Gelegenheit gibt, über das Vergangene nachzudenken und die Nerven, die doch ausruhen ſollen, neuerdings zu martern. So ſuchte er eine Frau, die ihm das häusliche Glück geben konnte, die nur für ihn lebte und ihm ſein Schickſal mittragen half.

Etwa ein Jahr, nachdem die Hauptkämpfe in Berlin ausgefochten worden waren, vermählte er ſich mit einer bürgerlichen Künſtlerin, einem anmutigen und geiſtvollen Mitglied des Darmſtädter Hoftheaters, die er in dieſer Stadt kennen und lieben gelernt hatte und legte gleichzeitig den Namen Battenberg ab, um ſich von dem Großherzog von Heſſen zu erbitten, nach einer kleinen battenbergiſchen Beſitzung den Namen eines Grafen von Hartenau führen zu dürfen. Zugleich bat er den Kaiſer von Öſterreich um eine Stelle in der öſterreichiſch-ungariſchen Armee. Dieſer Schritt des Fürſten wirkte auf die Politik wie eine Erlöſung.

Erſt von dieſem Zeitpunkte an war vor den Augen der Welt der Heiratsgedanke mit der preußiſchen Prinzeſſin wirklich zu Grabe getragen, und auch die Rückkehr nach Bulgarien wurde nach den wiederholten Erklärungen des nunmehrigen Grafen von Hartenau [1] nicht mehr ſo ſehr in Rechnung geſtellt.

---

[1] Graf Hartenau, der einſtige Fürſt von Bulgarien, ſtarb unerwartet und plötzlich nach faſt fünfjähriger glücklicher Ehe in Graz am 17. November 1893, wurde ſodann nach Sofia überführt und dort prunkvoll als Bulgarenfürſt begraben.

Neben dem Zaren waren Kaiſer Wilhelm II. und Bismarck von dieſer Geſtaltung der Dinge am meiſten befriedigt, denn alles, was dem unerquicklichen Zuſtande Europas Beruhigung bieten konnte, war ihnen damals aufrichtig willkommen. Bismarck verglich die damalige Lage Europas mit dem unbehaglichen Gefühle eines Mannes, der fortwährend an ihm unerklärlichen Schmerzen leidet. Solche Übel kehrten oftmals im Tage oder in der Woche wieder und vergingen mit oder ohne Anwendung von Mitteln anfangs ziemlich ſchnell und gefahrlos, doch eines ſchönen Tages helfen die alten Mittel nicht mehr, und die gefährliche Krankheit kommt plötzlich und unerwartet zum Ausbruch. Auf ähnliche Weiſe erwartete er, daß Europa einſtmals, vielleicht in einem Augenblicke, wo man es am wenigſten vermute, am Vorabend eines großen Krieges ſtehen werde.[1])

Der Kanzler zeichnete damit den Zuſtand der Spannung, der ſeit dem Berliner Kongreß bis zum Ausbruche des Weltkrieges, alſo faſt ſechsunddreißig Jahre, andauerte und deſſen Länge auch die Furchtbarkeit und Dauer des Krankheitsausbruches im Weltkriege entſprach. Bismarck ſtand, ſeine ganze Kanzlerſchaft hindurch, angeſichts der ewigen Feindſchaft Frankreichs, vornehmlich unter dem Einfluß der Beſorgnis vor ruſſiſcher Macht, die hinter jedem Worte des Zaren, aber auch hinter jedem Ausſpruche und Verhalten ſeiner Miniſter, Geſandten und Generale, den ehernen Tritt der ruſſiſchen Millionenheere erſchallen und verſpüren ließ. Demgegenüber vertrat die Kaiſerin Friedrich in ihrer Parteinahme für den Battenberger die Anlehnung Deutſchlands an England. Dieſe beiden grundlegenden Anſchauungen über Deutſchlands Politik waren in der Heiratsfrage zuſammengeprallt.

Als Kaiſer Wilhelm II. 1890 den Kanzler fallen ließ, den Rückverſicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuerte und damit Bismarcks nach Rußland geſpannten Draht lockerte, hatte er nicht die Abſicht, gleichzeitig jenen nach England zu feſtigen. Wie Wilhelm II. ſich mit ſeiner Mutter, der engliſchen Königstochter, nicht verſtand, ebenſo hatte man in England kein Verſtändnis für den Kaiſer. Inzwiſchen aber führte er Deutſchland in unermüdlicher Arbeit, Sorge und heiliger Begeiſterung zu nie dageweſener Größe und Blüte empor, ſtellte in ſeine großdeutſche Politik die von Bismarck zugunſten eines guten Verhältniſſes zu Rußland ausdrücklich abgeſchworene, durch die Städte Konſtantinopel und Bagdad gekennzeichnete Intereſſenſphäre wieder ein und fügte ſo der nie verlöſchten Feindſchaft Frankreichs die Eiferſucht Rußlands und Englands hinzu.

So kam es, daß auch die aus der Veröffentlichung der Briefe Kaiſer Wilhelms II. an den Zaren bekanntgewordenen Verſuche, auf perſönlichem Wege von Herrſcher zu Herrſcher zu einem neuen Bündnis mit Rußland zu gelangen, fehlſchlugen, im entſcheidenden Augenblick beide Drähte riſſen und der Weltkrieg Deutſchland mit wenigen Verbündeten einer Weltkoalition gegenüberſtellte

---

[1]) Herr v. Eiſenſtein an Graf Kálnoky, 17. November 1888. Min. d. Äuß.

Die ſchwerſten Befürchtungen Bismarcks verwirklichten ſich; was er mit ſo viel Sorge und hoher Kunſt zu vermeiden gewußt hatte, trat ein und vernichtete das ſtolze Lebenswerk des größten deutſchen Staatsmannes, der je gelebt.

Parteiendämmerung

Vom

Geſandten v. Scheller-Steinwartz

Wie für gute und große Menſchen, die ſich zeitweiſe verirrt haben, das Schickſal meiſt eine Gelegenheit bringt, die Fehler wieder gutzumachen, ſo kommt auch für große Bewegungen, die in Verkennung ihrer wahren Zwecke irregeleitet wurden, der Augenblick, wo ſie das Verfehlte ſühnen und ihre guten und wahren Ziele erreichen können. Verkennen ſie dieſen Augenblick, weil die Führer zu ſtarrſinnig ſind, um ihre Verirrungen einzuſehen, oder zu eitel, um ſie einzugeſtehen, ſo iſt es mit ihnen zu Ende und die Ausſicht auf Erreichung ihrer Ziele geht unwiederbringlich verloren. Es ſcheint faſt, daß ein ſolcher Augenblick für die Mehrheitsſozialdemokratie gekommen iſt.

Seit den fünf Jahrzehnten ihres öffentlichen Beſtehens hat ſie ununterbrochen die Rolle des Anklägers geſpielt: gegen den Staat wie gegen die bürgerliche Geſellſchaft, gegen den Kapitalismus wie gegen das Nationalgefühl, und die Angegriffenen haben ſich begnügt, in der Verteidigung zu verharren oder ihre Angriffe doch nur auf die Theorie zu richten und mit der Theorie zu begründen. Und doch hätte es an Anklagepunkten nicht gefehlt. Ja, man kann ſagen, daß die Sozialdemokratie manche große tragiſche Schuld auf ſich geladen hat, deren Sühne vielleicht die ſchweren Erfahrungen bilden, die ſie jetzt macht. Sie hat das Streben nach ſozialem Ausgleich, nach Verbeſſerung der Lage der arbeitenden Klaſſe, nach dem Aufſtieg der unteren Schichten, das in unſerem Volke lebte und leicht ſchon früher zu umfaſſender Betätigung hätte geführt werden können, ohne das ganze Volk zu erſchüttern, ſchwer gedrückt und gehemmt, indem ſie es von vornherein mit dem Umſturzgedanken verquickte und es ſo allen verleidete, die einen ruhigen Aufſtieg unſeres Volkes für ſittlich und wirtſchaftlich richtiger hielten. Sie hat aber vor allem den ſchweren Fehler begangen, ſich ſelbſt und ihr edles Streben mit dem Marxismus zu identifizieren und deſſen Irrlehren ſo ſehr in Fleiſch und Blut der geſamten Arbeiterſchaft überzuführen, daß Marxismus und Sozialdemokratie kaum mehr zu trennen ſind. Wenn die Sozialdemokratie jetzt vor ihrem Bankrott ſteht, ſo iſt das tatſächlich nur der Bankrott des Marxismus, der ſie mit in den Abgrund reißt. Denn ein gutes Teil der wirtſchaftlichen und ſeeliſchen Not unſeres Volkes liegt daran, daß die Arbeiterſchaft mit Hilfe der erlangten Gewalt ſich in Geſtalt der hohen Löhne den Teil des Arbeitswertes verſchaffen wollte, den ſie ſich bisher durch den Kapitaliſten vorenthalten glaubte. Es zeigt ſich nun, daß der vermeintliche Mehrwert kaum vorhanden war und, ſoweit er vorhanden war, für die Aufrechterhaltung der Geſamtproduktion unentbehrlich iſt. Es zeigt ſich auch, daß die erwartete Steigerung der Produktion nicht eintritt und nicht eintreten kann, wenn Arbeitszeit und Arbeitsintenſität vermindert wird, während das Entgelt für die Arbeit ihren Anteil an dem geſchaffenen Wert weit überſteigt. Der Verſuch, durch Erpreſſung höherer Löhne die geſteigerten Koſten der Lebenshaltung wettzumachen, gleicht dem Münchhauſens, ſich ſelbſt beim Schopf aus dem Sumpf zu ziehen: er iſt im Begriff, die ganze Produktionsmöglichkeit völlig lahmzulegen. Die angeblich wirtſchaftspolitiſch ſo geſchulte Arbeiterſchaft ſieht das nicht ein und ſägt den Aſt ab, auf dem das ganze Volk ſitzt. Es mag für die Führer eine herbe Enttäuſchung ſein, zu ſehen, wie wenig ihre Ideale in ihren Anhängern lebendig geblieben ſind. Schon 1862 ſchrieb Treitſchke, in den „ſozialiſtiſchen Ideen ſei jederzeit der verwegenſte Idealismus mit dem begehrlichſten Materialismus zuſammengetroffen". Wer die alten großen Führer, Bebel, Liebknecht Vater, Vollmar und andere mehr gekannt hat, hat von dieſem Idealismus einen ſtarken Hauch verſpürt. Aber bei den Maſſen iſt er vielfach mißbraucht worden, um den begehrlichen Materialismus zu verhüllen. Gerade jetzt, wo die Führer poſitiv ſchaffen und aufbauen möchten und wo der ſozialdemokratiſche Arbeiter zeigen ſollte, daß er auch ohne die kapitaliſtiſche Hungerpeitſche arbeitet, verſagen die Maſſen völlig und wandern zum großen Teil ab, dorthin, wo der Begehrlichkeit mehr in Ausſicht geſtellt wird. Der ganze ſoziale Geiſt, der Kern des erſten, reinen Sozialismus iſt verloren gegangen und hat dem kraſſeſten Individualismus Platz gemacht. Heißt der kategoriſche Imperativ des wahren Sozialismus: „Handle ſtets ſo, daß ein möglichſt großer Teil deiner Arbeit der Allgemeinheit zugute kommt," ſo ſcheint er heute für viele zu lauten: „Handle ſtets ſo, daß du für möglichſt wenig Arbeit der Allgemeinheit möglichſt hohe Laſten auflegſt."

Und die dritte Schuld, die gebüßt wird, liegt darin, daß der Sozialismus von Anfang an mit dem Internationalismus verquickt worden iſt und keine Enttäuſchung, die durch die mangelnde Gegenſeitigkeit bereitet wurde, imſtande war, die ſozialiſtiſche Theorie davon abzubringen. Soeben noch iſt der Kosmopolitismus im Reichstag von einem der bedeutendſten Führer der mehrheitsſozialiſtiſchen Partei in einem Sinne verkündet worden, der offenbar nicht nur die von jedem vernünftigen Politiker angeſtrebte Freundſchaft und Solidarität der Völker untereinander meint, ſondern die Aufhebung des Begriffs und des Gefühls der Nationalität. Nicht nur der Hurrapatriot muß das bedauern, ſondern vor allem der Realpolitiker: auch der echte Demokrat, denn die deutſche Demokratie wird national ſein oder ſie wird nicht ſein, weil das deutſche Volk nicht mehr ſein würde, wenn es ſich in Atome auflöſte, während alle anderen Völker ſich um ſo feſter in ſich ſelbſt und dann erſt miteinander zuſammenſchließen. Nur ſtarke Individuen können eine ſtarke Geſellſchaft bilden und nur ſtarke Völkerindividuen einen ſtarken Völkerbund: denn Individualismus und Sozialismus ſind nicht Gegenſätze, ſondern Momente einer höheren Einheit, Entwicklungsſtadien in dem Aufſtieg des Menſchengeſchlechts.

Die Zeit und Gelegenheit iſt da, die Irrungen zu ſühnen. Je weniger die ſozialiſtiſchen Führer ſich ſtarr hinter die veralteten Theorien verſchanzen, je weniger ſie ſich vom Geiſte der Maſſen leiten laſſen, anſtatt ihn zu führen, je williger ſie jetzt mit Hand anlegen bei der Wiederaufrichtung der deutſchen Wirtſchaft, die zugleich die Wohlfahrt der Maſſen bedeutet, deſto wirkſamer werden ſie den wahrhaft ſozialen Geiſt fördern und verbreiten helfen, der in allen Schichten unſeres Volkes lebendig iſt und nach Betätigung drängt.

Eingeweihte wiſſen, daß die alten Führer, Bebel an der Spitze, von der „Kladderadatſchtheorie“ längſt im ſtillen abgekommen waren; die Revolution kam gegen ihren Willen, und wenn ſie ſich dennoch an ihre Spitze ſetzten, ſo haben ſie das ſchlafende Bürgertum davor bewahrt, vom Spartakismus überrumpelt und erſchlagen zu werden. Das ſollte das Bürgertum nicht vergeſſen. Es ſollte auch nicht vergeſſen, daß es ſelbſt der Herrſchaft der Theorien in den Geiſtern Vorſchub geleiſtet hat.

Mag z. B. die deutſche Wiſſenſchaft an ihre Bruſt ſchlagen, die zum großen Teil noch immer faſziniert in das Licht von Marx ſtarrt, bei ihm nach verborgen-goldenem Schatze ſucht und nicht merkt, daß ſie nur ſchauerliche Kohlen fortträgt. Daß die Entwicklung der Dinge alles widerlegt hat, was Marx mittels Hegelſcher Dialektik auf den ganz abnormen Arbeiterverhältniſſen des England der dreißiger Jahre, wie ſie Engels ſchilderte, nur ſcheinbar induktiv, aufgebaut hat: die Verelendungstheorie, die Kriſentheorie, das eherne Lohngeſetz und nun auch die Mehrwertslehre. Daß dieſes ganze Gebäude als reine Deduktion auf ſchwankendem Grunde ruht, hätte längſt nicht „ein ökonomiſcher Julian“, aber ein ökonomiſcher Luther den Gemütern einhämmern ſollen; ſtatt deſſen wird noch heute der Jugend gelehrt, Marx ſei der größte Geiſt aller Zeiten, „mit dem man ringen müſſe, bis er einen ſegnet“. Kein Wunder, daß die Maſſen dann glauben, ihre Begehrlichkeit werde durch Wiſſenſchaft und Idealismus geheiligt, und guten Glaubens mehr als nur die Bilder des Kapitalismus ſtürmen, der tatſächlich ihr beſter Freund iſt, weil er die Erhöhung der Gütererzeugung mit immer geringerer Handarbeit ermöglichte.

Wir ſind allzumal Sünder und wollen auch ein Übermaß von Begehrlichkeit denen verzeihen, die ſo viel von der Begehrlichkeit der anderen Stände ſahen. Denn überall iſt dieſe die ſtärkſte Triebkraft geweſen und wenige Klaſſen ſind davon ganz frei geblieben.

Auch wenige Parteien, denn auch ſie waren Intereſſenvertretungen und Träger der Theorien. Das ſtarre Feſthalten an überlebten Parteidoktrinen und Parteipraktiken ſteht einer geſunden Entwicklung unſeres freiheitlichen Lebens ebenſo im Wege, wie die Überſchätzung der Maſſen gegenüber den Männern. Wie können überhaupt dieſelben Parteien, die fünfzig Jahre lang auf Kritik eingeſtellt waren, gegeneinander und gegen eine ihnen gegenüberſtehende Regierung, plötzlich ein ſchöpferiſches, allein handelndes, ſelbſt regierendes

Parlament bilden? Die Weltanſchauungsetikette, die ſie ſich zum Teil aufgeklebt haben, deckt nicht den Mangel wirklicher politiſcher Orientierung und großer gemeinſamer politiſcher Ziele.

Wir können unſere alten Parteien nicht in den Schmelztiegel werfen; manches Gute an Geiſt würde dabei verdampfen. Aber der Verſchiedenheit der Anſchauungen über die Wege könnten bei einer Gemeinſamkeit des Ziels zwei große Gruppen gerecht werden, deren Schöpfung auch der Mechanik des Parlamentarismus ebenſo zugute käme, wie der Ökonomie der politiſchen Kräfte der Nation. Denn bisher ſtanden die Kräfte der Parteien öfters in einem Subtraktionsverhältnis als einem Additionsverhältnis, indem drei Viertel davon im Kampfe gegeneinander aufgebraucht wurden. Mögen innerhalb dieſer Gruppen Schattierungen beſtehen und reges geiſtiges Leben auch zu ſcharfem Wetteifer führen: das gemeinſame Ziel, das gemeinſame Denken muß überwiegen. Mögen die beiden Parteien der Zukunft liberal und demokratiſch, weiß und rot, föderaliſtiſch und unitariſch oder ſonſtwie heißen: ihr Programm darf nicht ſo im einzelnen vorbeſtimmt ſein, daß der Führer wie der Anhänger bei jeder neuen politiſchen Frage nur in dem Parteihandbuch nachzuſehen braucht, wie er zu denken hat. In England und Amerika, wo der Parteidualismus ſeit mehr als hundert Jahren das Parlament beherrſcht und ſtark gemacht hat, ſind vielfach die Parteiprinzipien ineinander übergefloſſen und die Parteien bilden nur die Rahmen, in die ſich die Anhänger der verſchiedenen Löſungen bei jeder großen politiſchen Frage einfügen können. So ſoll ein ſtändiges Werben um die Stimmen der Einſichtigen die Parteien lebendig erhalten; aber nicht durch das Schlechtmachen des Gegners ſollen die Stimmen gewonnen werden, ſondern durch die Kraft der eigenen Ziele.

In ſolchem Geiſte wird alles Wertvolle der jetzigen Parteien zu ſeinem Rechte kommen, wie immer die Partei auch arithmetiſch gemeſſen aus den Wahlen hervorgegangen ſein mag: die ſittliche Kraft ihres Wollens und Könnens wird alle Gelegenheit zur Betätigung haben und einen unendlich viel beſſeren Maßſtab für ihren Wert abgeben als die tote Zahl der Anhänger oder Mitläufer. Es wird dann nicht nötig ſein, daß ſo manche auf der linken Seite über den Ausfall der Wahl greinen, als ob auch für ſie das Wort gelte:

„Und der Demos abſolut,
Wenn er unſern Willen tut.“

Demokratie iſt der Mut, ſich überſtimmen zu laſſen, d. h. auch dann freudig zum Wohle des Ganzen mitzuarbeiten, wenn die große Reſultante eine etwas andere Richtung zeigt, als die eigene Komponente.

Zu dieſer Zuſammenarbeit auf wahrhaft demokratiſcher Grundlage braucht es keiner Parteikoalitionen, keiner im Wege des Kuhhandels oder der Konzeſſionen in der Ämterbeſetzung erreichten Kompromiſſe; aber es bedarf der Männer, ſtatt der Programme, und der Erkenntnis, daß dem ſchöpferiſchen Staatsmann andere Aufgaben und Ziele geſetzt ſind, als dem Parteitaktiker.

Gerade die Sozialdemokratie iſt durch ihre Organiſation und den feſten Griff, mit dem ſie die Maſſen faſſen kann, beſonders imſtande, eine der wichtigſten und ſchwierigſten Aufgaben auch weiter zu erfüllen, die ſich in einer neuen Demokratie bieten und von deren Löſung ihr Gedeihen einzig abhängt: den Ausſchluß des Pöbels von der Herrſchaft und die Überleitung der Gewalt auf das wahre „Volk“, d. h. an den Inbegriff des körperlich und geiſtig ſchaffenden, der Allgemeinheit nützenden Bürgertums. Wenn ſie das Werk, das ſie mit Ausbruch der Revolution begann, Deutſchland vor der Pöbelherrſchaft zu ſchützen, zu dauerndem Erfolg führen und ſich dauernd zur wahren Vertreterin der Arbeit machen will, ſo muß ſie von ihren Theorien auch den Haß gegen das Unternehmertum und den Kapitalismus aufgeben, ſoweit man unter jenen die geiſtige Führung der Induſtrie verſteht, in dieſem einen der drei Grundpfeiler der wahrhaft wirtſchaftlichen Produktionsweiſe erblicken kann: Handarbeit, Geiſtesarbeit, Kapital. Immer mehr wird ſich auch der Arbeiter deſſen bewußt werden, daß nicht Niederreißen nottut, ſondern Aufbauen, und das ganze deutſche Wirtſchaftsleben nur geſunden kann durch die ungehemmte Mitarbeit der ſachverſtändigen Leiter und Organiſatoren, die es groß und fruchtbar gemacht haben. Die vielgeſchmähten und aller Verbrechen, ſelbſt der Kriegsanſtiftung und Kriegsverlängerung angeklagten Führer der Induſtrie, des Handels und Verkehrs ſind es vor allem, die der Arbeiter als ſeine Verbündeten betrachten lernen muß, anſtatt ſie wie Feinde des Volkes zu bekämpfen. Mögen auch ſie nicht ohne Schuld ſein — wer iſt es heutzutage? —, es iſt Zeit, die Schuldfrage zurückſtehen zu laſſen gegenüber der Frage: wer kann uns aus der Not helfen? Nichts iſt unſinniger als das ewige Beſtreben aller Parteien, aller Bevölkerungsſchichten, aller Stände, den anderen die Schuld am Zuſammenbruch zuzuſchieben, anſtatt ſich von der einzigen Frage leiten zu laſſen: Wie können wir die Not überwinden? Die Antwort muß ſein: nur dadurch, daß ſich das geſamte werktätige Volk zuſammenſchließt, ohne Rückſicht auf Partei und ſoziale Schichtung, daß endlich das Solidaritätsgefühl zur Herrſchaft kommt zwiſchen Arbeiter und Unternehmer, daß von jenem die Bedeutung des letzteren endlich rückhaltlos anerkannt wird als unentbehrliches Moment der Gütererzeugung. Denn drei Dinge ſind es, die zur intenſiven Gütererzeugung und richtigen Güterverteilung unentbehrlich ſind, die organiſch verbunden werden müſſen: Handarbeit, Kopfarbeit und Kapital; die beiden letzteren ausſchalten zu wollen, hieße zum primitivſten Zuſtand zurückkehren, hieße aber auch damit die geſamte Volksgemeinſchaft der Verelendung preisgeben, die aufbauenden Kräfte vernichten zugunſten der zerſtörenden, die ſchaffenden zugunſten der verzehrenden. Je freimütiger und ehrlicher die Arbeiterſchaft dieſen Zuſammenhang der Dinge, d. h. die wahren Grundlagen des Wohlergehens des Einzelnen wie des Ganzen erkennt, deſto ſicherer wird ſie auch die Errungenſchaft der Umwälzung zu einem bleibenden Gewinn geſtalten: die gerechtere Bewertung des Anteils der Handarbeit an der Gütererzeugung und damit den Anſpruch auf erhöhten Anteil an der Gütererzeugung ſowie die tätige Mitwirkung an der Leitung des Ganzen, ſoweit es ihre Intereſſen betrifft und im Bereich ihrer Urteilsfähigkeit liegt.

In dieſer Erkenntnis der Solidarität der Kopf- und Handarbeit vorauszugehen, wäre eine neue Kulturtat Deutſchlands und daran mitzuwirken nützlicher und ehrenvoller für den deutſchen Arbeiter und Unternehmer, als die gegenſeitige Befehdung. Noch fehlt bei der Mehrheit der Bürgerlichen viel zu dem vollkommenen Verſtändnis für die ſozialen Forderungen der Gegenwart; Parteirückſichten haben das zum großen Teil verſchuldet, und mit ihnen würde manches Vorurteil fallen, das auch auf der Rechten häufig nur Begehrlichkeit bemäntelt.

Die allgemeine Gleichheit, die das Ideal jedes denkenden und fühlenden Menſchen ſein muß, ſoll und kann nur in der Gleichheit der Möglichkeiten beſtehen. Mag die größere Zugänglichkeit der Bildung die zu ſchöpferiſcher und leitender Tätigkeit geeigneten Elemente aus der Arbeiterſchaft aufkommen laſſen, mögen die vermeintlich höheren Stände zur Einſicht gebracht werden, daß es nützlicher und ehrenvoller iſt, ein guter Eiſendreher zu ſein als ein ſchlechter Arzt; mag eine Umſchaltung der Schichten ſich vollziehen; eine Umwertung der Werte der geiſtigen Arbeit, der leitenden ſchöpferiſchen Tätigkeit im Verhältnis zur geleiteten mechaniſchen, muß ihre Grenze da finden, wo die Kraft des geſamten Syſtems der Erzeugung und Verteilung zu leiden anfängt. Hier die Grenze zu finden, iſt Sache von Männern, nicht von Theorien. Und es wäre Zeit, daß im deutſchen Hauſe der Herr Verſtand wieder die Hoſen anhätte und nicht die Frau Theorie, und daß das Gefühl der Solidarität aller Deutſchen den Parteigeiſt von den Schlacken befreie, die ihm aus dem deutſchen Erbübel der Zwietracht noch immer anhaften.

Vom Militarismus und Sozialismus

Von

Generalleutnant Georg Graf Walderſee[1])

Im erſten Jahre des Weltkrieges, als Italien noch den Zuſchauer machte, trafen ſich dort zwei alte Bekannte, ruhige ernſte Leute, ein Deutſcher und ein Franzoſe. Sie ſuchten ſich sine ira et studio über die Urſachen des gigantiſchen Kampfes zu unterhalten.

Im Laufe des Geſpräches ſagte der Franzoſe: „Wir Verbündeten alle fechten gegen Sie, weil uns Ihre Art zu leben und zu wirken nicht paßt.

---

[1]) Anm. der Red. Wir geben die von vaterländiſchem Geiſt getragenen Ausführungen des Herrn Verfaſſers wieder, ohne uns mit allen Einzelheiten einverſtanden erklären zu können.

Sie, die Deutſchen, arbeiten zwölf Stunden, ruhen wenig und haben noch weniger Zeit zum Genießen. Wir wollen acht Stunden arbeiten, acht Stunden ruhen und acht Stunden des Tages genießen. Uns paſſen Ihre Manieren nicht, und da Sie mit dieſen hochkommen und da die Gefahr droht, daß Sie uns ſo oder ſo Ihre Praktiken aufzwingen, ſo führen wir gegen Sie Krieg und werden Sie beſiegen!“

Dieſer Mann ſprach ruhig und offen aus, was alle führenden Leute unſerer Feinde dachten, als ſie von langer Hand den Vernichtungskrieg gegen Deutſchland vorbereiteten und ihn endlich ins Werk ſetzten.

Sie zogen zu Felde gegen Deutſchlands Kraft, Fleiß, Ordnung und Pflichtauffaſſung, durch die unſer Vaterland groß und blühend geworden war, gegen preußiſche Organiſation und Staatsidee.

Heute können ſie jubeln, denn ſie ſehen die deutſche Wehrmacht zu Lande und zu Waſſer zerſchlagen. Sie erdroſſeln uns wirtſchaftlich und hoffen, daß der „militäriſche“ Geiſt aus unſerem Volkskörper entflohen ſei. Aber etwas Sorge miſcht ſich bereits dieſen Freudengefühlen bei.

Im Innern ſteht das deutſche Volk mehr und mehr vor Ruinen; ein Abgrund droht ſich aufzutun, der die Reſte verſchlinge; die Radikalen, Kommuniſten und Syndikaliſten wie die Bolſchewiſten reiben ſich noch die Hände. Sie glauben ihren Weizen blühen zu ſehen. Freilich überlegen ſie nicht, daß er keine Früchte tragen kann. Kommunismus iſt ein naturwidriger Unſinn, ſeine Herrſchaft kann nicht lange dauern. Allerdings, er legt, bis er beſeitigt iſt, noch vieles in Trümmer.

Und der Sozialismus? Die Sozialdemokraten? Sie ahnen ihren Bankerott im Anzuge, ſie haben mit dem Militarismus ihre beſte Kraft, die Diſziplin, erſchlagen. In der Oppoſition hatten ſie gut kämpfen und ſtreiten; daß Regieren und Aufbauen ihre Kraft überſteigt, wird ihnen täglich vor Augen geführt. Mit dem ſchönen Erfurter Programm iſt der ſozialiſtiſche Staat noch längſt nicht fertig, und die Träume von der Solidarität der Sozialiſten aller Länder ſind ausgeträumt. Der bolſchewiſtiſche Kommunismus grinſt die Sozialdemokratie drohend an.

*

Sieht man einmal zunächſt davon ab, die Wehrmacht als ſolche und den rein militäriſchen Schutz, den ſie dem deutſchen Lande gewährte, zu betrachten, ſo wird man bei näherem Zuſehen erkennen, wie unendlich viel der Geiſt, der ſich in der Armee verkörperte, für unſer Volk bedeutet hat.

Die Preußenkönige hatten erfaßt, daß für ihr Land, ſchon ſeiner geographiſchen Lage wegen, ein tüchtiges Heer eine Lebensnotwendigkeit ſei. Sie wußten eben wie noch heute jeder, der Menſchen, Geſchichte und Leben kennt, daß ein Staat ohne Macht nichts, ja daß, wie die Natur lehrt, Macht Recht ſei.

Daß ein Heer ohne ſtrenge Diſziplin ein lächerliches Unding iſt, war vor ihnen für verſtändige Leute klar und iſt nach ihnen noch den Herren Clémenceau und Lloyd George klar geweſen. Während wir nämlich im Kriege auf Drängen zielbewußter Radikaler und weltfremder Phantaſten die Diſziplin im kritiſchen Moment milderten, führten jene klugen Staatsmänner in ihren Heeren eiſerne Zucht und rigoroſe Strafen ein.

Das rein militäriſche Gebiet war durchaus nicht in Preußen das ausſchließliche der Regentenbetätigung. Die gute, ſparſame Verwaltung des Landes und die Förderung der Produktion und des Wohlſtandes ſtanden mehr oder minder immer voran.

Der Geiſt der Arbeit, der Pflichterfüllung und des Dienſtes für das Ganze, das Aufgehen in der Staatsidee iſt dem Volke anerzogen worden. Und dieſer Geiſt iſt ſo ſtark geblieben, daß er trotz gelegentlicher ſchwerer Mißgriffe, trotz Kataſtrophen ſich immer wieder zur Geltung gebracht hat und die Kraft fand, das übrige Deutſchland mehr und mehr zu durchdringen. Bis zu Kaiſer Wilhelms I. Zeiten wußte man auch bei uns, daß das Regieren an leitenden Stellen im Staate nicht nur gelernt ſein will, nicht nur eine Kunſt iſt, ſondern daß auch biologiſche Einflüſſe beim Zuſtandekommen der Fähigkeiten mitwirken. Solche Erwägungen beeinflußten das Heranziehen, die Bildung und Auswahl der Perſönlichkeiten.

Erſt in den letzten Dezennien haben Umſtände und Perſonen dahin gewirkt, einmal die guten Eigenſchaften der preußiſchen Staatsauffaſſung zu mindern und zum anderen die Ecken und Kanten, die dem preußiſchen Weſen anhafteten, ſchroffer hervortreten zu laſſen.

Die Feinde aller Art aber vergaßen nicht einen Augenblick, was für ſie der deutſche Militarismus bedeute. Sie haben die Grundzüge unſerer Einrichtung nachgeahmt, wohl nicht alle allein, um ſich in der Armee ein Kampfinſtrument zu ſchaffen. Den Vorſprung, den wir hatten, konnte man bisher nicht einholen, es fehlte der Unterbau der preußiſchen Organiſation von Scharnhorſt her, es fehlte die Gründlichkeit und die Bildung.

Es iſt nicht überflüſſig, hier einen kurzen Überblick über den ungeheueren Nutzen, den die Erziehung in der Armee unſerem Volke gebracht hat, zu geben. Die Vorteile ſtehen turmhoch über den vermeintlichen Nachteilen; ſie wurden von allen vernünftigen Volksſchichten anerkannt.

Die erdrückende Mehrzahl der in das Heer eingeſtellten jungen Leute profitierte für ihr Leben in jeder Richtung. Die Meinung gewiſſer Kreiſe, daß durch die militäriſche Dienſtzeit jahrelang die tüchtigſten Kräfte der Volkswirtſchaft zu deren Schaden entzogen würden, iſt längſt und häufig als ein arger Rechenfehler erkannt worden. Militäriſcher Dienſt und Unterricht weckten den Geiſt, lehrten die Leute den richtigen Gebrauch ihrer Glieder und ſtärkten Mut und Selbſtvertrauen.

Den Soldaten ließ man, ſchon um der Armee ſelbſt willen, eine rationelle Körperpflege angedeihen, und man hielt ſie zu Ordnung und Sauberkeit an, lehrte ſie auch — und das iſt gewiß nicht zu unterſchätzen — Sparſamkeit und Einteilung der Geldmittel. Welche ſtaunenswerten Verwandlungen gingen da jährlich bei Tauſenden junger Männer vor ſich! Hinzukam, daß durch die militäriſche Zucht in gewiſſem Grade in kritiſchen Jahren die jungen Leute vor Ausſchweifungen gehütet oder zum mindeſten ſehr im Zaum gehalten wurden.

Daß „Kaſernenhofroheiten“ vorkamen, liegt in der menſchlichen Natur, es ſei aber hier hervorgehoben, daß Mißhandlungen Untergebener ſeltener und in der Form weniger ſcharf waren als Gewalttaten der Mannſchaften untereinander. Statiſtiken weiſen nach, daß in bezug auf Vorkommen von Brutalitäten in den Armeen die unſerige bei weitem am günſtigſten daſtand.

Vor allen Dingen lernten die Soldaten die Vorteile tüchtiger Leiſtungen und guter Haltung für ſie ſelbſt erkennen, ſie lernten Sinn für Unterordnung, die Anerkennung der Autorität und den Wert der Kameradſchaft. Zudem brachte ſie das militäriſche Leben im Lande herum und gab Gelegenheit, Neues zu ſehen und zu lernen und Verbindungen aufzunehmen.

Die Folgen dieſer Erziehung ſind im Volke überall, in Stadt und Land, in der Fabrik und auf dem Acker, im Kontor und an der Schiffsmaſchine, in öffentlichen und privaten Betrieben ſichtbar und ſegensreich geweſen, haben Spannkraft, Fertigkeit und Zuſammenarbeit erhöht und damit den Wert der volkswirtſchaftlichen Leiſtungen in nicht zu berechnender Weiſe geſteigert.

Die aus dem Dienſt ſcheidenden Unteroffiziere ſind unbeſtreitbar als tüchtige Beamte im ſtaatlichen, kommunalen und privaten Leben geradezu unentbehrlich geweſen und waren dementſprechend geſucht.

Der Träger der Armee und ihres Geiſtes war das aktive Offizierkorps. Es iſt wahrlich anders geweſen als der „Simpliziſſimus“ und ihm verwandte Seelen es darzuſtellen beliebten.

Hier iſt nicht der Ort, dem Offizierkorps eine Lobrede zu ſchreiben, ſeine Taten ſprechen für ſich.

Wie ſchon oben angedeutet, gab es auch unwürdige Perſönlichkeiten unter den Offizieren; der Geiſt, der ſich bei der rapiden Entwicklung des Wohlſtandes und der damit verbundenen Zunahme der luxuriöſen Lebenshaltung und der Verweichlichung gewiſſer Kreiſe breit machte, konnte nicht alle Offiziere unberührt laſſen. Und gewiſſe fehlerhafte, nicht ſelten törichte Maßnahmen der Stelle, die in Preußen in letzter Zeit die Perſonalfragen ſouverän behandelte, haben in mancher Hinſicht nicht gut gewirkt, das ſoll nicht beſchönigt werden.

Aber es bleibt dabei, daß mit den in alter Tradition und in ernſter Auffaſſung erzogenen Offizieren, und nur durch ſie, die Armee ſo Gewaltiges für unſer Volk geleiſtet hat.

Wer das nicht anerkennt, der ſchändet das Andenken der Blüte des aktiven deutſchen Offizierkorps, die ihr Leben für das Vaterland gelaſſen hat. Es iſt traurig zu ſagen, daß in öffentlicher Parteiverſammlung das Dulce et decorum est pro patria mori in zyniſcher Weiſe herabgewürdigt und beſpöttelt worden iſt.

Es kann als ſicher gelten, daß die Mehrzahl der Reſerveoffiziere aus ihrer militäriſchen Erziehung und ihrer Zugehörigkeit zum Heere für ſich und für die Allgemeinheit Nutzen gezogen haben. Auch ſie lernten Diſziplin und Haltung und gewannen durch die körperliche Übung und die Förderung männlicher Tugenden. Dies letztere fiel bei uns in Deutſchland und namentlich in dem ärmeren Preußen bis vor noch gar nicht langer Zeit um ſo mehr ins Gewicht, als weder Zeit noch Geld für koſtſpielige Sportveranſtaltungen allgemein vorhanden waren, wie ſie in England und Amerika im Schwange ſind. Für die Reſerveoffiziere kam als nützlich weiter hinzu, daß ſie in manchen Seiten des Lebens am Offizierkorps einen gewiſſen Halt fanden. Wenn auch wie z. B. in Ehrenſachen die Art der Behandlung und Auffaſſung nicht immer ganz der Entwicklung der Dinge gefolgt war, Schutz und Unterſtützung, ja Rettung hat ſo mancher dort gefunden. Das Heilighalten der perſönlichen Ehre wird immer ein Poſtulat aller Anſtändigen ſein. Endlich iſt für die Perſonen des Beurlaubtenſtandes der nahe Verkehr mit der Mannſchaft während ihrer Dienſtzeit zweifellos ein Segen geweſen.

Normalerweiſe lernt ein jeder Offizier die Seele des einfachen Mannes ungleich beſſer kennen und einſchätzen als der Verwaltungsbeamte. Für einen ruhigen Beobachter iſt es eine augenfällige Tatſache, daß man ceteris paribus, bei Offizieren ſehr viel mehr Menſchenkenntnis antrifft als bei Verwaltungsbeamten, bei Richtern und in den gelehrten Berufen.

Alles in allem: Wenn auch manche Reſerveoffiziere über die ſtörenden Dienſtleiſtungen geklagt und über gewiſſe Feſſeln, die ihnen der bunte Rock aufzwang, geſtöhnt haben, wenn auch etliche zartbeſaitete Naturen ſich abgeſtoßen gefühlt haben mögen — von gewiſſen prinzipiellen Gegnern ſei hier geſchwiegen —, ſo iſt auch dieſer Zweig der militäriſchen Einrichtungen der Allgemeinheit unſeres Volkes von großem Nutzen geweſen.

*

Wie es natürlich war, da es ſich um einen Stamm aus derſelben Wurzel handelt, hat in der preußiſchen und ſpäterhin unter gewiſſen Abſtufungen in der deutſchen Beamtenſchaft aller Grade derſelbe Geiſt geherrſcht wie in der Armee. Der hat auch dort das erzeugt, was unſere Feinde alleſamt als Militarismus bewunderten, uns neideten, fürchteten und bis zur Vernichtung bekämpften.

Jeder Beamte war in ſeiner Sphäre angemeſſen, zum Teil hoch gebildet, jeder wußte, daß er dem Staate diente, begnügte ſich mit knappem Gehalt, ſann nicht dabei auf perſönlichen Erwerb und arbeitete fleißig an der Stelle des großen Räderwerkes, auf die er geſtellt war.

Dies war die Grundlage, auf der die Verwaltungstätigkeit in Staat und Kommunen ſich aufbaute. Ihr ſind zu großem Teil die Erfolge und Blüte unſeres Vaterlandes zu verdanken.

Wie ſehr auch die neuzeitliche Entwicklung an manchem genagt hat, unwiderlegt bleibt, daß die Verwaltung in Preußen-Deutſchland, die der Staaten wie die ſonſt nirgendwo in der Weiſe entwickelte Selbſtverwaltung, unerreicht in der Welt dageſtanden hat.

Das beweiſt ein Blick auf die großen öffentlichen Betriebe.

Die preußiſch-heſſiſche Eiſenbahnverwaltung war das größte Betriebsunternehmen der Welt. In bezug auf die Sicherheit, Pünktlichkeit, Frequenz der Züge, Ordnung im Dienſt, Zuverläſſigkeit des Perſonals, Bequemlichkeit im ganzen genommen, Wohlfeilheit und Rentabilität iſt ſie nicht erreicht worden. Gelegentliche Klagen über grobe Schaffner, unkulante Kartenausgabe und Mangel einiger, vielleicht in etlichen Auslandszügen vorhandenen Luxuseinrichtungen, können da keine Rolle ſpielen. Das Lob der deutſchen Eiſenbahnen ſtammte in erſter Linie aus dem Munde ausländiſcher Weltreiſender. Ähnlich lagen die Dinge im deutſchen Poſtweſen.

In Zoll- und Steuerverwaltung war ebenſo wie in den anderen Zweigen Beſtechlichkeit eine jedesmal empörungerregende Ausnahme. Wie ſtolz konnte man ſprechen, wenn man von ruſſiſchen Zollbeamten und italieniſchen Eiſenbahnbedienſteten redete.

Der fabelhafte Aufſchwung der deutſchen Reederei und der Ruhm, den unſere Paſſagierdampfer ernteten, baſierte auf der von militäriſchem Geiſt durchtränkten Organiſation und Verwaltung. Herr Ballin wußte ſehr wohl, was er an ihm hatte.

Und zur Vervollſtändigung des Bildes ſei an unſere ſtädtiſchen Verwaltungen erinnert. Von weit und breit kamen die Kommiſſionen, um ihren Apparat zu ſtudieren.

Mögen in mehreren anderen Dingen des Lebens die Städte des Auslandes uns überflügelt haben — wer fremde Großſtädte kennt, muß zugeben, daß an Ordnung, Sicherheit, Reinlichkeit und Hygiene die deutſchen an der Spitze ſtanden.

Der Zwang der Idee, daß ein jeder für alle zu arbeiten habe, war freilich vorhanden.

Wer wollte überſehen, daß unter dem Einfluß des militäriſchen Geiſtes etliche Formen und Auffaſſungen ſich in gewiſſer Einſeitigkeit entwickelt haben und daß bei den deutſchen Anlagen, bei der überſtürzt ſchnellen Entfaltung des allgemeinen Wohlſtandes mitunter verletzende Disharmonien zutage traten. Es hat dem Deutſchen an *Zeit und Anleitung* von oben gefehlt, ſich in die neueren Verhältniſſe einzuleben, ſich abzuſchleifen und das richtige Maß des Selbſtgefühls zu finden. Selbſtgefällige Pedanterie, dies mehr im Norden, Servilität vor den Ausländern, dies mehr im Süden gefunden, und plötzlich in der Welt erworbene Poſition brachten es mit ſich, daß ſich beim Durchſchnittsdeutſchen ein übel anmutendes, parvenümäßiges Auftreten bemerkbar machte, bei dem Protzentum und würdeloſe Unterwürfigkeit nebeneinander in die Erſcheinung traten. In der großen Welt erregte dies Anſtoß und nicht ſelten verächtliches Lächeln. Verſchärft wurden dieſe Dinge noch durch den Umſtand, daß unter dem Namen „Deutſcher“ gewiſſe kosmopolitiſche Elemente ihr Weſen trieben.

So ſehr dieſe Umſtände dazu beitrugen, den Deutſchen im Auslande zu ſchaden, ſo wenig ſind ſie es geweſen, welche unſere Feinde zu Haß und Kampf gegen uns anſtachelten, ſondern das waren Furcht und Eiferſucht auf die Ordnung und den Fleiß, auf den „militariſtiſchen“ Geiſt, den auch der deutſche Kaufmann mit Erfolg auf dem ganzen Erdenrund betätigte. Alles dies wird von unzähligen Stimmen vorurteilsloſer neutraler, ja ſelbſt feindlicher Beurteiler beſtätigt.

*

Und jetzt nur ein kurzes Wort über die deutſche Wehrmacht als Schutz des Landes und Volkes.

Daß die deutſche Armee, ſo wie ſie war, auf Grund ihrer langen Erziehung in preußiſchem Geiſt und in der preußiſchen Organiſation als Volksheer das beſte Inſtrument dieſer Art in der Welt war, iſt über jeden Zweifel erhaben. Das bezeugt die Furcht der Feinde und das beweiſen die unerreichten Taten auf unzähligen Schlachtfeldern des Weltkrieges. Von äußeren Feinden iſt unſer Heer nicht beſiegt worden. An Erziehung, Ordnung, Fleiß, Bildung, Zuſammenarbeit und Kameradſchaft, an innerlicher Geſundheit und Leiſtungsfähigkeit war es allen überlegen.

*

Die Urſachen des inneren Zuſammenbruches, der einen Teil des Heeres betraf und die Auflöſung herbeiführte, ſind zahlreiche, vielfältig miteinander verwobene und zum Teil ſchwer auffindbare. Es wird viel Arbeit dazu nötig ſein, das komplizierte Netz zu entwirren.

Hier ſollen nur einige Schlaglichter auf die Gründe geworfen werden, die der Armee den inneren Halt nahmen. Die Preisgabe der Armee als Ganzes kommt auf das Konto derer, die den Waffenſtillſtand, ſo wie geſchehen, abſchloſſen. Die Flotte iſt aus ähnlichen, wenn auch nicht ganz analogen Gründen, verderbt worden.

Die ſchier rätſelhaft anmutende Plötzlichkeit, mit der der Zerfall eintrat, hat in der Allgemeinheit, zum Teil auch Leute in führenden Stellen, überraſcht und verblüfft. Und doch, daß längſt große Gefahren die ſtaatliche Struktur und Geiſt wie Organiſation der Wehrmacht umlauerten, war einſichtigen Beobachtern nicht entgangen. Es hat lange vor dem Kriege ſchon an Warnungen nicht gefehlt, und während dieſes ſelbſt ſind bedenkliche Symptome aufgezeigt worden. Weshalb nicht ſeit Dezennien, weshalb nicht im Kriege von ſeiten der Verantwortlichen Mittel gegen die Zerſetzung ergriffen worden ſind, das zu erörtern gehört in ein beſonderes, ſehr trauriges Kapitel.

Nicht unintereſſant iſt unter vielen ſehr ähnlichen Betrachtungen in den Aufzeichnungen des verſtorbenen Feldmarſchalls Grafen Alfred Walderſee folgende unter dem 4. Juni 1896 niedergelegte Bemerkung: „Unlängſt hat der engliſche Botſchafter bei ſeinem Abſchiedsdiner in Paris geſagt, die Welt gleiche einem großen Heerlager und lebe in unerträglicher Spannung. Man hat ihn darüber ſehr verläſtert, findet ihn boshaft, geſchmacklos und ich weiß nicht was noch.

Er hat nur öffentlich ausgeſprochen, was ich hundertmal ſchon zum Ausdruck gebracht habe; neu iſt nur, daß den europäiſchen Mächten ſich nun auch Japan und China zugeſellen und die Vereinigten Staaten, wenigſtens mit maritimen Rüſtungen, vorgehen.

Wer wollte denn auch leugnen, daß wir in einem Zuſtande der Spannung leben, der nicht lange anhalten kann, und er beſteht nicht nur in dem Verhältnis der Mächte zueinander, ſondern noch viel mehr in den immer unhaltbarer werdenden inneren Zuſtänden.

Wo es zuerſt krachen wird, weiß Gott allein. Der Kommunismus iſt barer Unſinn, an ihn glauben auch nur ſehr törichte Leute. Verſuche, ihn durchzuführen, können wohl gemacht werden, ſie müſſen aber verunglücken. Bis dies erreicht iſt, kann es aber viel Ruinen geben, und die nächſten Dezennien haben alle Ausſicht, große Kataſtrophen zu erleben."

Ratſchläge, die auf Grund ſolcher Erwägungen erteilt worden ſind, wurden überhört.

So iſt es weiter gegangen während des Krieges.

Nicht nur bei uns ſah man Bedenken in den inneren Verhältniſſen. Im erſten Kriegsjahre ſagte ein hochſtehender weitſichtiger Brite in einer Rede vor einem Auditorium von Kaufleuten und Induſtriellen — Name, Ort und Zeit können leider nicht mehr angegeben werden —: die Dinge lägen ſchon längſt ſo, daß der Krieg, wenn er länger dauere, überall in der Welt Hunger, Elend und Umſturz hervorbringen werde. Noch haben ſich die energiſch geführten ſiegreichen Völker von der Revolution freigehalten.

Da bei uns ſeit Bismarcks Abgang klarer Blick, Stetigkeit, Einheitlichkeit und Energie gefehlt hatten, konnten parteipolitiſche Beſtrebungen, anarchiſtiſche Wühlarbeit und feindliche Propaganda um ſo ungehemmter wirken, als die Armee gegen eine erdrückende Übermacht zu fechten hatte und mit dem Volke Hunger und zermürbende Entbehrungen litt.

In den erſten großen Kämpfen war die Mehrzahl der aktiven Offiziere gefallen oder zerſchoſſen, ebenſo ſah es bei den Unteroffizieren aus, und der Kern der geſchulten Mannſchaft war dezimiert.

Die gewaltigen Neuaufſtellungen, bei denen alles ohne Ausleſe eingereiht werden mußte, verwäſſerten die Kraft der Truppe. In faſt alle Stufen der militäriſchen Hierarchie drangen ungeeignete Elemente ein, natürlich auch wohl unſaubere. Das innere Gefüge litt, es litt der Verkehrston, es litt an manchen Stellen das unentbehrliche Vertrauen zu den Führern.

Es darf nicht bemäntelt werden, daß die Auswahl der Perſonen für die höchſten Kommandoſtellen ſeit einem Jahrzehnt vielfach ohne hinreichende

Überlegung, teils ſogar nach Gunſt und höfiſchen Kriterien erfolgt iſt. Streberei und mit ihr verbundene Grobheit wurden für wahren Gehorſam und Charakterſtärke oder Schneid angeſehen. Streberei führt zu egoiſtiſcher Konkurrenz und letzten Endes zu unnützem Blutvergießen. Grobheit eines kommandierenden Generals ſetzt ſich bei den Nachgeordneten in geometriſcher Progreſſion nach unten fort. Es iſt nicht nötig, dies auszumalen, aber es ſei darauf hingewieſen, wie verhängnisvoll ſolche Dinge wirken müſſen, namentlich im Kriege und gegenüber der Truppe, die nur noch einen kleinen Teil von Berufsſoldaten barg, dafür aber eine ſehr große Zahl älterer Männer neben einem zuſammengeſtoppelten, vielfach militäriſch, häufig geſellſchaftlich und moraliſch noch nicht erzogenen Offizierkorps.

Zu dieſen eben geſchilderten, aus der allgemeinen Lage entſtandenen Verhältniſſen kam das im Kriege weiter beobachtete Verſagen der für Perſonalfragen zuſtehenden Behörde, die ohne Fühlung mit der Truppe dahinlebte und damit der feindlichen und anarchiſtiſchen Propaganda eine günſtige Einbruchsſtelle bot.

Eine weitere lieferte das durch unſelige Kompromiſſe zweckwidrig geſtaltete Hilfsdienſtgeſetz. Es brachte falſche Begriffe in bezug auf die Pflichten gegen den Staat, Verärgerung hinſichtlich der Entlohnung, damit Verbitterung und Zwietracht unter denen, die für unſer Vaterland kämpfen und arbeiten ſollten, und verderbte daheim die Jugend.

Die Radikalen in Deutſchland wußten ſehr wohl, was ſie taten, als ſie die Reichsleitung zwangen, das Geſetz in dieſer Form zu ſchlucken. Herr v. Bethmann hat ſich den Warnern zäh verſchloſſen.

Dann kam die Revolution in Rußland und die dieſer gegenüber von A bis Z falſche Haltung der Reichsleitung. Nur kurz das Weſentliche: Durch unſere eigenen Soldaten ließen wir die noch kaiſertreuen ruſſiſchen Militärs auffordern, ihren Zaren zu verjagen und ihre Reihen aufzulöſen. Das genügt! Der Pfeil iſt auf uns ſelbſt zurückgefallen.

Und dann der Kühlmann-Czerninſche Brotfriede! Man okkupierte unendliche Landſtriche, um Lebensmittel und Rohſtoffe herauszuziehen, täuſchte ſich aber trotz aller Warnungen über die Konſequenzen dieſer Unternehmung. Die jüdiſchen Händler hätten uns viel mehr herangeholt, als wir tatſächlich erhielten; das hätte nur eine, vielleicht auch zwei Milliarden mehr gekoſtet! Aber was bedeutete das gegenüber den ſpäteren Einbußen!

Wir verzettelten die Mannſchaft über ungeheuere Flächen in kleinen Manipeln und gaben ſie der bolſchewiſtiſchen Propaganda und ihren eigenen böſen Inſtinkten unkontrolliert preis. Im beſetzten Gebiet des Oberbefehlshabers Oſt befand ſich ſchließlich auf je 18 Quadratkilometern ein deutſcher Mann! Die Gewohnheiten und Gebräuche des Oſtens verwirrten die Begriffe. Der Krieg wurde in Rußland und nun gar in Rumänien zu einem Handelsgeſchäft unter der böſen Zutat, daß die Einhandelnden ſich als die Stärkeren gerieren konnten. An allen Stellen ſind die Exiſtenzen zu Bruch gegangen, und vor gewiſſen Händlern und Vermittlern in Offizierskleidern konnte irgendein Reſpekt nicht beſtehen. Der Kampf, den die vielen, Gott ſei Dank guten Elemente dagegen führten, ward ſchließlich zu einem Ritt gegen Windmühlen.

Unſere Politik litt dort im Oſten an Zwieſpältigkeit. Nach links war man im Norden, nach rechts im Süden orientiert. Das Paktieren mit den Sowjets und ihrem Trotzki ſchuf überall Verwirrung. Um allem die Krone aufzuſetzen, legitimierte unſere Regierung gewiſſermaßen die unheilvolle bolſchewiſtiſche Propaganda, indem ſie Herrn Joffe in der ruſſiſchen Botſchaft zu Berlin inſtallierte, die ein geiſtreicher Warner nunmehr mit dem trojaniſchen Pferde verglich. Wie ſkrupellos und offenkundig die radikalen Sozialiſten neben unſeren äußeren Feinden die Zerſetzung der Front-, Etappen- und Heimattruppen durch Verleiten zur Deſertion, Aufhetzen, Verächtlichmachung aller Autorität und Appell an die Feigheit und andere niedrige Inſtinkte bewirkt haben, iſt ſattſam bekannt und von den Ihrigen rühmend bekundet worden.

Dieſe Entwicklung brachte Fäulnis, und aus dieſer erklärt ſich das kataſtrophale Umſichgreifen des Brandes, den eine kleine Flamme der Kieler Matroſen entzündete.

Es iſt hier nicht zu unterſuchen, wie es kam, daß man, was recht wohl möglich war, den Brand nicht lokaliſierte, auch nicht, wie und warum ſich die Auflöſung des Heeres, beſonders des doch überwiegenden intakt gebliebenen Teiles, vollzog.

Ebenſo wie wir es in Rußland ſahen, trat neben der zerſtörenden Seuche des Bolſchewismus eine Krankheit in Form von Apathie und Hypnoſe der bürgerlichen Kreiſe auch bei uns ein. Die Tatſache, daß ſie auch viele hohe Offiziere ergriff, gehört zu der Summe von Erſcheinungen, die den einſtweiligen Untergang des deutſchen Heeres erklären. War auch vielleicht der Mechanismus in der preußiſchen Armee ſo überfeinert, daß das Räderwerk ſtill ſtand, als ein Hauptteil nach Holland verbracht und in der ratloſen Umgebung ein Hilfserſatz nicht zu finden war? Oder waren vom Militärkabinett ein ſchädlicher Kadavergehorſam und ein verkehrter Glaube an die Unfehlbarkeit dieſer Stelle gezüchtet?

So iſt ſie denn dahingegangen, die tapfere ſtrahlende deutſche Armee, die über ein halbes Jahrhundert der Stolz und Schutz ihres Vaterlandes, die Bewunderung des Auslandes, der Schrecken der Feinde, der Hort des Friedens und in vielem Sinne der gute Geiſt des deutſchen Volkes geweſen iſt.

Dahingeſunken iſt ſie unter dem Druck weitaus an Zahl und Material überlegener Feinde, unter dem zermürbenden Einfluß der Entbehrungen des Volkes, verlaſſen von den Bundesgenoſſen, entkräftet durch das von eigenen Volksgenoſſen verbreitete Gift.

*

Mit dem 9. November 1918 ging die Führung des Deutſchen Reiches in die Hände der ſozialdemokratiſchen Machthaber über. Nach kurzer Kriſe bildete ſich die ſozialiſtiſche Regierung heraus, die wir im weſentlichen heute noch haben. Daß Mitglieder des ſchwarzen Zentrums und der roſenroten Demokratie in ihrem Schoße aufgenommen wurden, ändert an dem roten Geſamtbilde wenig. Der Charakter der Regierungen Deutſchlands und ſeiner Einzelſtaaten iſt ein ſozialdemokratiſcher.[1]

Eine Kritik der Regierung iſt hier nicht beabſichtigt; über vieles, ſo auch über die perſönliche Haltung der einzelnen Regierenden, ſieht man noch nicht klar. Die Dinge kochen und brodeln, wohin es gehen wird, iſt nicht abzuſehen. Sicher iſt nur, daß es mit dieſer Art ſozialiſtiſchen Regierens nur eine gewiſſe Spanne Zeit dauern kann. Sie iſt zum Bankrott prädeſtiniert. Um ſich dies klarzumachen, genügt es, die Verhältniſſe, wie ſie heute liegen, zu betrachten. Dann mag ein jeder ſeine Schlüſſe ziehen.

Die ſozialiſtiſche Regierung übernahm die Führung in der Tat. Sie ſuchte wohl alle Schuld auf die abgetretene kaiſerliche Regierung zu wälzen, immerhin nahm ſie die Erbſchaft an, traute ſich alſo zu, ſie verwalten zu können.

Mit der Abbürdung des Odiums war es ſchon ein eigen Ding. Denn ſeit den berühmten Julitagen 1917 waren die Herren Scheidemann, Haaſe, Erzberger und v. Payer ſchon Leiter der deutſchen Politik; jedenfalls tanzte die Reichsleitung nach ihrer Flöte. Die Kriegführung mußte dadurch beeinflußt werden, denn der Mangel an Einheitlichkeit zwiſchen Politik und Kriegführung wurde noch ärger als es je war. Es kam nicht dahin, wenigſtens auf Grund einer der gegeneinanderſtehenden Auffaſſungen von der Geſamtlage nunmehr ein beſtimmtes Ziel zu verfolgen.

Noch tobt der Streit darüber, wo die richtige Erkenntnis der Situation gelegen hat.

*

Die mit dem Segen der Mehrheit, die jetzt regiert, verfolgte Politik, die den Waffenſtillſtand ſchloß, hat den Gedanken an einen Appell ans Volk zu einem letzten Entſcheidungskampf beiſeite gelegt. Die alte Mehrheit und die neue Revolutionsregierung ſind dazu verſchritten, ſich nicht nur jeden Kampfes zu enthalten, nicht nur ruhmlos unterzugehen, ſondern das einzige Inſtrument, das noch etwas Macht darzuſtellen vermochte, zu zertrümmern und von ſich zu werfen, zum Erſtaunen der ganzen Welt.

Mit der Auflöſung des Heeres war auch die Autorität der Regierung im Innern dahin. Wenn ſie noch mühſam gegen Spartakiſten und Kommuniſten herausgehauen wurde, ſo hat ſie es den Trümmern des ehemaligen Heeres und feſten, uneigennützigen patriotiſchen Offizieren zu verdanken.

---

[1] Der Aufſatz iſt vor dem Zuſtandekommen der heutigen Regierung geſchrieben. (Anm. der Red.)

Daß man ohne Macht nicht regieren kann und daß ohne ſtraffe Leitung Chaos und Anarchie kommen müſſen, die auch den ſozialiſtiſchen Staat der Herren Scheidemann, Erzberger und Hirſch vernichten, beginnt zu dämmern und wohl auch die Einſicht, daß es ohne diſziplinierte Truppen, ohne Unterordnung und ohne hierarchiſche Gliederung in einer Armee nicht abgeht.

Der Sozialismus wird ſehen, wie er mit ſeinen Prinzipien auch in dieſen Dingen Schiffbruch erlitten hat, wenn er ſich erzählen läßt, wie in Rußland Offizierskompagnien, die doch alſo nur eine um ihre Exiſtenz kämpfende Mannſchaft enthielten, ſobald es ernſt wurde, auseinanderſtoben, weil ein jeder die Kriegführung beſſer verſtehen wollte als der andere, ſich alſo nicht unterordnete, und wie andererſeits die Herren Lenin und Trotzki in ihrer roten Armee drakoniſche Strafen und eine bisher unerhört ſcharfe Diſziplin eingeführt haben. Iſt doch unwiderſprochen in der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, daß in der ruſſiſchen Sowjetarmee Kapitäne füſiliert worden ſind, nur weil ſie nicht imſtande geweſen ſeien, ihren Befehlen Geltung zu verſchaffen.

Wie der Traum des Völkerfriedens bei unſeren Paziſiſten bald verraucht ſein wird, ſo wird auch der von der Brauchbarkeit des Milizheeres, das man mit Genugtuung ſich von unſeren Feinden aufzwingen ließ, einem ſchauernden Erwachen Platz machen. Was dem Schweizerländchen taugte, taugt noch lange nicht für Deutſchland.

*

Wohl nur wenigen iſt es verborgen, wie es mit Ordnung und Sicherheit in unſerem Lande ausſieht. Raub, Mord, Diebſtahl und Betrug herrſchen in einem entſetzlichen Umfange. Mit der Autorität iſt es zu Ende, und was wir erleben, iſt die Folge davon, daß niemand mehr die Furcht hat, ohne die eben nun einmal in dieſer natürlichen Welt nichts geleiſtet wird. Mögen wir vor dem Zuſtande bewahrt bleiben, daß die Diebe keine Furcht mehr vor den Gerichten, die Gerichte ihrerſeits aber Furcht vor den Dieben haben.

Man beginnt ſchon wahrzunehmen, welche Folgen die Beſeitigung des Heeres in bezug auf die Volkserziehung hat. In München ſogar hörte man die Marktfrauen ſagen: „Wäre doch nur erſt wieder Militär da, um dieſe halbwüchſigen Burſchen einzuſtellen und ihnen Mores zu lehren.“

Dieſe Kategorie freier Staatsbürger iſt zu einer Landplage geworden; man ſieht nicht, daß ſozialiſtiſche Volkswirte ſie zur Arbeit in ihrem Staate heranziehen; ihre in der Oppoſition laut erhobene Anklage, daß die Armee die beſten Kräfte für ſich verſchlinge, iſt alſo als haltlos dargetan. Und daß Zuchtloſigkeit innerhalb der Jugend aller Stände ſich immer mehr verbreitet, iſt eine ſchmerzliche Tatſache.

Wir erkennen jetzt, daß mit der Autorität der Sinn für das Allgemeine verſchwunden iſt und einem ſchrankenloſen Individualismus (?) Platz gemacht hat. Der führt um ſo eher dazu, uns politiſch und wirtſchaftlich zugrunde zu richten, als neben ihm noch die utopiſtiſche Art zu ſozialiſieren einherläuft.

Sowenig es in der Armee mit den Soldatenräten geht, ſowenig kann es in allen Zweigen unſeres wirtſchaftlichen Lebens in Land- und Fabrikarbeit mit dieſem Räteſyſtem gehen, das ſich unſere Sozialiſten durch die Angſt vor der Straße aufzwingen ließen, und das ſeinerſeits dazu mitwirken muß, den Bankrott des heutigen Sozialismus perfekt zu machen.

Und wie hat ſich nun, gleichlaufend mit der Deſtruktion der Armee, auch eine troſtloſe Erſchütterung in der Haltung eines Teiles der Beamtenſchaft gezeigt! Die uns beſchämenden Erſcheinungen ſind durchaus nicht allein aus der moraliſchen Peſt, die in der Welt hauſt, nicht nur aus der „Zermürbung“ durch die Blockade, nicht aus der Verwilderung zu erklären, die Kriege immer mit ſich bringen. Gewiß tragen ihr Anteil Schuld manche Maßnahmen der früheren Regierung mit ihren unendlich zahlreichen, vielfach nicht ausführbaren Verordnungen auf wirtſchaftlichem Gebiet, die nicht ſelten Hohn, Umgehung, ja Verachtung herausforderten. Aber waren denn nicht dieſe an ſich ſchon unter dem Druck und der kritikloſen Anwendung ſozialiſtiſcher Forderungen der Reichstagsmehrheit entſtanden?

In der Tat liegen die Urſachen des auch in der Beamtenſchaft wie in Kreiſen privater Angeſtellter beobachteten Verfalles in der Zerſtörung des Geiſtes, der „militariſtiſch“ war. Treu und Glauben ſind erſchüttert, ebenſo wie Autoritäts- und Solidaritätsgefühl.

Und um dies zu erkennen, genügt ein Blick auf die verſchiedenen Zweige der ſtaatlichen und kommunalen Verwaltungen. Was geht im Zolldienſt, was im Eiſenbahnbetriebe vor ſich? Betrug, Schiebungen und Faulenzereien in unerhörtem Umfange! In den Reichsämtern arbeiten die alten Geheimräte 14 bis 15 Stunden täglich, um einigermaßen der Geſchäfte Herr zu werden. Die untere Beamtenſchaft will oder darf nicht über acht Stunden arbeiten, und, obwohl reichlich vermehrt, leiſtet ſie nicht annähernd das, was in Friedenszeiten ſelbſtverſtändlich war.

Recht viele ſehnen ſich heute nach den angeblich groben Schutzleuten zurück gegenüber der heutigen Erſcheinung, daß gewiſſe Elemente der Polizei ſich ängſtlich zurückziehen oder gar gemeinſame Sache mit Verbrechern machen, nach den zopfigen, aber ſicher arbeitenden Beamten gegenüber denen, die überaus dringende Arbeiten für den Staat wie lebenswichtige Dinge für Einzelperſonen Monate, ja Halbjahre lang dickfellig in ihrem Schubfach unerledigt liegen laſſen!

Und wie ſieht es in unſeren großen Staatsunternehmen aus? Empörend und kläglich. Sie legen ein Zeugnis über die Leitung unſerer Volkswirtſchaft ab, wie es vernichtender gar nicht geſchehen kann.

Die preußiſchen Eiſenbahnen warfen vor dem Kriege 500 Millionen Reingewinn im Jahre ab. Das Jahr 1919 verzeichnet bei ihnen nach offiziellen Angaben ein Defizit von $2^1/_4$ Milliarden!

Der Zugverkehr iſt auf das Äußerſte zurückgeſchraubt, zeitweiſe für Perſonenbeförderung ausgeſchaltet worden, das Reiſen eine Qual. Dafür ſind die Fahrpreiſe faſt auf das Vierfache der früheren geſtiegen und ſollen noch erhöht werden.

Der Güterverkehr iſt unregelmäßig, verteuert und unſicher, die Arbeitsleiſtung des Perſonals erſchreckend geſunken. Was man über Diebſtähle und Schiebungen im Betriebe hört, ſchreit zum Himmel. Nicht die Abgabe des Materials iſt an dieſen Dingen hauptſächlich ſchuld, ſondern das ſozialiſtiſche Syſtem, das mit ſeinen unbedachten Verſprechungen, um das Volk zu fangen, begonnen hat, und dem Kraft und Verſtändnis fehlen, zu leiten, zu organiſieren und den Staat, ſeinen ſozialiſtiſchen Staat, vorwärts zu bringen. Die früher nicht genug über Verkehrsfeindlichkeit zetern konnten, ſind des Verkehrs ſchnödeſte Feinde geworden!

Sieht es in den anderen Zweigen anders aus? Die Poſt iſt außerſtande, auch nur beſcheidenen Anſprüchen zu genügen, dabei ſind alle Poſttaxen zum mindeſten verdoppelt.

Die ſozialiſtiſche Regierung hat den „Militarismus“ erſchlagen, damit aber auch die Diſziplin, ohne die auch ein ſozialiſtiſcher Staat nicht gedeihen kann. So kommt er ins Wanken!

Die Entwicklung dieſes einen Jahres hat uns dies vor Augen geführt. Wie war es denn bei den unaufhörlichen Streiks? Sie haben unſer Elend noch unſäglich erhöht und drohen unſere notdürftigſte Verſorgung ganz in Frage zu ſtellen. Das aufgepeitſchte, mit Verſprechungen überfütterte Volk iſt enttäuſcht, dabei ſtumpf und noch habgieriger geworden. Es folgt nicht mehr den ſozialiſtiſchen Führern, ſondern den radikalſten, oft nicht deutſchen Predigern des Umſturzes. Verwirrt, abſichtlich irregeführt und verblendet, ſtreikt es ſich ſelbſt zu Tode. Die Regierenden ſitzen in der kneifenden Zwickmühle feſt: keine Produktion, die Werte ſchafft gegenüber den vernichtenden Preiſen, und dieſen zufolge bald unerſchwinglichen Löhnen.

So ſtehen wir denn annähernd vor einem Chaos, vor unentwirrbaren Widerſprüchen, vor Abhängigkeiten ringsum, von innen heraus und von außen her.

Ohne daß eine Autorität ihn meiſterte, daß Moral ihn nötigte, daß Gemeinſinn ihn bändigte, tut ein jeder das, was im Augenblick ihm zu frommen ſcheint. Und zufrieden iſt niemand, es ſeien denn die „Schieber“ aller Art und Volksfremde, die dem deutſchen Volk kaltherzig den letzten Blutstropfen ausſaugen.

Der ſozialiſtiſchen Regierung folgt auch die eigene Wählermaſſe nicht mehr, denn die eigene militariſtiſche Organiſation iſt in die Brüche gegangen. Die Phraſen ziehen nicht mehr und mit Taten iſt nicht aufzuwarten.

Die nicht mehr gezügelten, verhetzten und enttäuſchten Scharen ſammeln ſich, wie geſagt, um die Agitatoren, die das Heil von der Diktatur des Proletariats verſprechen. Hat gegen ſie in ihrer Reichswehr die ſozialiſtiſche

Regierung eine Stütze? Gewiſſe im Zentrum verkörperte Kreiſe haben dem Erfurter Sozialismus Vorſpann geleiſtet, um ihren ſeit einem Luſtrum gehegten Plan, das proteſtantiſche Preußen zu zerſchlagen, durchzuführen. Wie lange dieſe Gefolgſchaft dauern werde, iſt nicht zu ſagen, auf ewig ſicherlich nicht. Und die Herren Demokraten? Sie wiſſen nicht, was ſie wollen, geſchweige denn, was ſie nicht wollen.

Daß jedes Land im Deutſchen Reich ſeine eigenen Wege ſucht, ja daß wir auch in dieſer Hinſicht einem Wirrwarr entgegentreiben, iſt Einſichtigen leider klar. Der regierende Sozialismus wird auch dieſe Dinge nicht meiſtern, es fehlt ihm der Geiſt, das durchzuführen, was ſich die Führer und ihre illuſioniſtiſchen Ratgeber erträumten. Was iſt's mit dem ſüddeutſchen Kaiſertum, was mit den Aſpirationen in Hannover, was mit dem Los von Berlin? Und wenn heute unter dem dröhnenden Beifall ſeiner Bayern Dr. Heim über den preußiſchen Sauſtall eifert, dann meint er Dinge, die in Berlin von den ſüddeutſchen Herren Erzberger, Fehrenbach, Gröber, Braun, Sinzheimer e tutti quanti angerichtet worden ſind. Es iſt ein vollkommenes Satyrſpiel, dieſe Sachen auf dem Konto Preußen figurieren zu ſehen.

Auch hierin wird der Bankrott unſerem armen Vaterlande die Augen öffnen!

*

Die ſchon lange in der Welt bis aufs ſchärfſte geſpannte Lage hat durch Zuſammenwirken vieler Faktoren die unerhörte Kataſtrophe über uns hereinbrechen laſſen. Wir ſind die Unterlegenen und vorderhand einmal die am ſchwerſten Betroffenen. Gewiß ſind auch bei uns Fehler und Sünden zu verzeichnen, und ſeit über drei Dezennien haben in Deutſchland nicht Männer an entſcheidenden Stellen geſtanden, deren Fähigkeiten und Energie der Lage gewachſen waren.

Wie die unwürdigen Selbſtbezichtigungen verächtlich und unſerem Volke bis zum letzten Arbeiter ungemein ſchädlich ſind, ſo iſt die Annahme verkehrt und unheilvoll, daß der Geiſt und die Staatsauffaſſung, die von Preußen aus großgezogen ſind, ſo verderblich ſeien, daß ſie ausgetrieben werden müßten. Ohne dieſen Geiſt iſt nicht auszukommen, wenn er auch einen anders geformten Körper zu beſeelen haben wird.

Was man bis zu Kaiſer Wilhelms I. und Bismarcks Zeiten bei uns wußte, was in den großen Republiken bis in die Neuzeit und auch in dem demokratiſchen England bekannt und bewährt iſt, daß nämlich das Regieren eine Kunſt iſt und daß nur das Aufwachſen in gewiſſen Sphären — Ausnahmen beſtätigen auch hier die Regel — die Fähigkeit gewährt, die Dinge vom höheren Standpunkt aus zu betrachten, ja daß das richtige „Befehlenkönnen“ bis zu einem gewiſſen Grade im Blut liegt, das werden die heute bei uns Regierenden einſt erkennen, wenn ſie es ſich nicht ſchon in ihrem ſtillen Kämmerlein ſelbſt geſagt haben. Die noch ſo gute Bewährung in Parteifunktionen kann ebenſowenig helfen wie die Ratſchläge einer gewiſſen Kategorie von Routiniers innerhalb der einzelnen Reſſorts es können.

Werden die Männer, die ohne den Geiſt der Ordnung und des Gemeinſinns auszukommen meinen, die mit unerwiderten Völkerbeglückungswünſchen arbeiten, die das Reale, Naturgegebene vor Fraktionsdoktrinen nicht ſehen, die im Innern vor Links und Rechts zittern, denen die ſtützende Autorität ſchwindet und über die der finanzielle Ruin täglich hereinbrechen kann, werden dieſe Männer in der heutigen noch viel kritiſcheren Lage, als ſie je vor und im Kriege war, den auswärtigen Staatslenkern gewachſen ſein?

Die Situation fordert für uns Geſchicklichkeit und Mut, Vorſicht und Geduld der Leitenden, im Volke Ordnung, Pflichtbewußtſein und Arbeit, ſie fordert Staatsgeſinnung, die jener Militarismus hervorgebracht und der Sozialismus vertrieben hat, der Sozialismus, der durch jenen ſich groß machte und der eine neue Staatsgeſinnung zu erziehen die Fähigkeiten nicht hat.

*

Was jener offenherzige Franzoſe ſeinem Lande und deſſen Verbündeten gewünſcht hat, iſt nun eingetreten. Deutſchland liegt zerſchlagen und gefeſſelt am Boden.

In ſeinen discorsi ſagt Machiavelli: „Von allen unglücklichen Staaten iſt jener am unglücklichſten, der es dahin gebracht hat, weder Frieden machen noch den Krieg fortſetzen zu können. Dahin gelangt ein Staat, wenn ihn die Friedensbedingungen allzuſehr ſchädigen oder wenn er beim Fortſetzen des Kampfes notwendig die Beute ſeines Verbündeten oder ſeines Gegners werden muß. In ſolche Lagen bringen ihn ſchlechte Politik, ſchlechte Verträge und falſche Einſchätzung ſeiner Kräfte.“

Dieſe Worte kennzeichnen auch unſere heutige Lage. Nur ahnt unſer Volk noch annähernd nicht, was uns die Verträge von Spa und Verſailles bedeuten.

Schlechte Politik hat wohl ſchon in der Ära Caprivi begonnen, und mit ihr hat ſich die Volksvertretung durch falſche Einſchätzung der Kräfte verſündigt. Dann iſt es weiter gegangen mit der ausſchlaggebenden Verzichtmehrheit, und den Gipfel erſtieg die Politik der ſeit dem 9. November Regierenden.

Die Kräfte, phyſiſche wie moraliſche, ſind in verſchiedenſtem Sinn falſch eingeſchätzt worden, nicht zuletzt die angeblich werbenden Kräfte des Sozialismus und des ihm ergebenen unglücklichen Pazifismus gegenüber Herrn Wilſon und den großen Realpolitikern unſerer Feinde.

Die Kraft des wahren und guten Militarismus, den die Gegner ſcharf erkannten, iſt von den heutigen Machthabern falſch eingeſchätzt worden. Und dieſe „ſchlechte“ Politik vermehrt unſer Unglück ins Ungeheure.

Wir ſollten uns auf das Gute, das heute noch in unſerem Volke ſchlummert, beſinnen, Ordnung und Gemeinſinn wiederherſtellen; dann kann nach harter, langer Arbeit aus den Zuſammenbrüchen ein neues, beſſeres Gebäude entſtehen, dem die innere Einrichtung angemeſſen zu geſtalten ſein wird.

Fort mit unwürdigem, kläglichem „Vergeſſen“.

Nicht vergeſſen wollen wir das, wodurch wir zuſammengeſunken ſind, denn wir müſſen aus unſeren Fehlern lernen.

Nicht vergeſſen den Geiſt und die Männer, die uns groß gemacht haben.

Auch nie vergeſſen, was unſere Feinde alle uns angetan haben.

Wir müſſen wieder ſelbſtlos ein jeder an ſeiner Stelle arbeiten; unſer dahintaumelndes Volk, faſt in allen ſeinen Schichten, glaubt jetzt noch über alles Maß hinaus genießen zu können. Es betäubt damit klägliche Furcht und Hoffnungsloſigkeit. Darin liegt eine grauenhafte Gefahr.

Was wir zunächſt erarbeiten, werden der Engländer und Franzoſe genießen, wie es jener Mann in ſeinem Geſpräche erſehnte. Wie lange ihnen das vergönnt ſein wird, ſteht dahin.

Ihr eigenes Sprichwort kann ihnen bald in den Ohren dröhnen:

Qui trop embrasse, mal étreint.

Arbeiten und wirken wir im preußiſch-deutſchen Geiſte, der von gutem und echtem Sozialismus ſoviel in ſich trägt, ſo wird, will's Gott, die Zeit kommen, in der unſere Kinder Ruhe, Ordnung und vernünftigen Wohlſtand genießen.

Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener

(Fortſetzung)

In der öſterreichiſchen Delegation ſollte nun der große Streich gegen Andráſſy geführt werden, gegen den ſich unſere Herren in einen perſönlichen Haß hineingeredet hatten. Der erſte Angriff gelang, Herbſt beantragte, über die Kreditvorlage bezüglich der Mehrkoſten der Okkupation für 1878 zur Tagesordnung überzugehen, weil die Vorlage nur oberflächlich begründet ſei und es ſich dabei eigentlich nicht um die Bewilligung eines Kredits, ſondern um die Indemnität für ſchon verausgabte Beträge handele, weil ferner der Berliner Vertrag noch nicht vom Reichsrat genehmigt ſei und ein Kreditvotum die Billigung des Okkupationsunternehmens bedeuten würde. Da die Oppoſition im Budgetausſchuß die Mehrheit hatte, wurde dort der Antrag angenommen, obwohl Andráſſy Einſprache erhoben hatte. Der Druck der Wiener Preſſe und der perſönliche Einfluß von Herbſt machte es angeſichts der ſchwankenden Haltung einiger Herrenhausmitglieder und auch einiger polniſcher Abgeordneten nicht unwahrſcheinlich, daß ſich das Plenum der Delegation dem Ausſchußantrag anſchließen würde; um dieſe Niederlage abzuwenden, entſchloß ſich die Regierung nach einigem Schwanken, die Vorlage zurückzuziehen. Darüber war begreiflicherweiſe großer Triumph in den Kreiſen der Oppoſition, aber ſie ſetzte ihre Stoßtaktik nicht gleichmäßig fort. In der nächſten Ausſchußſitzung hielt Andráſſy ſein lange angekündigtes Exposé über ſeine ganze Politik, das ſorgfältig vorbereitet war und mehr den Eindruck einer Denkſchrift als einer Rede machte. Er trug diesmal ſeine Ausführungen zum größten Teil frei vor und ſoll, wie man mir erzählte (denn ich gehörte jener Delegation nicht an), redneriſch eine beſſere Wirkung erzielt haben als ſonſt. Die etwas künſtliche Beweisführung war aufgebaut auf drei Leitſätzen: einmal wurde behauptet und angeblich bewieſen, daß die Okkupation niemals das Ziel der auswärtigen Politik geweſen ſei, dann daß ſie erſt durch die Ereigniſſe unabweislich wurde, und ſchließlich, daß ſie nicht früher und nicht ſpäter als zu dem tatſächlich gewählten Zeitpunkt erfolgen durfte. Der erſte Satz war ſehr ſchwach begründet, die rein diplomatiſche Reformaktion, die Ablehnung der Sumarokowſchen Vorſchläge, das fortgeſetzte Streben, die Türkei ſo lange als möglich im Beſitz jener Provinzen zu erhalten, ſeien alles Beweiſe für die Abſichten der Regierung, die Okkupation zu vermeiden, dabei verſchwieg der Miniſter natürlich die Reichſtadter Abmachungen und die beiden geheimen Verträge mit Rußland, in denen die Okkupation Bosniens durch Öſterreich-Ungarn lange vor dem Frieden von San Stefano vorgeſehen wurde. Die Okkupation wurde aber nach ſeiner Ausführung in der Delegation erſt unausweichlich durch jenen Frieden, der die Türkei auf einen kleinen europäiſchen Beſitz zurückdrängte, Serbien und Montenegro vergrößerte und ſo den Beſitz dieſer Länder für die Pforte unmöglich machte; da wir dieſe aber nicht in den Beſitz von Serbien, Montenegro oder einer ſüdſlawiſchen Konföderation geraten laſſen durften, wenn wir nicht den Beſitz von Dalmatien gefährden wollten, ſo mußten wir die Hand darauf legen. Nun waren aber dieſes Argument und dieſe Situation ſchon lange vor dem Frieden von San Stefano gegeben, und alle Leute meiner Richtung hatten dieſe Notwendigkeit ſchon 1876 und 1877 vorausgeſehen und erkannt und als Richtſchnur für unſere auswärtige Politik gefordert. Die wiederholte Beteuerung Andraſſys, die Okkupation ſei nie Zweck geweſen, ſondern durch die Entwicklung der Ereigniſſe notwendig geworden, erinnerte etwas an den alten Philoſophenſtreit über die Causa finalis; wenn die Entwicklungsreihe notwendig zu dieſem Reſultat führte, ſo mußte das politiſche Denken von Anfang an dieſe Vorſtellung und dieſes Verlangen haben, ſonſt mußte Andráſſy zugeben, daß er das Gegenteil von dem, was geſchehen, gewollt habe und daß ihm die Maßregel gegen ſeinen Willen durch die Ereigniſſe aufgezwungen wurde: das entſprach allerdings dem wirklichen Hergang, das wollte er aber wiederum nicht öffentlich eingeſtehen. In der Geſchichte gewinnt jener Staatsmann das höchſte Lob, der ein beſtimmtes Ziel gewollt und auch tatſächlich erreicht hat; das Verhängnis Andráſſys war, daß er zwei Jahre hindurch zwei verſchiedene, ja entgegengeſetzte politiſche Tendenzen verfolgte, ohne den vollen Nutzen von auch nur einer derſelben zu haben. Schloß er ſich der kaiſerlichen Politik, der Erwerbung Bosniens an, dann hatte er recht, Reichſtadt und die geheimen Verträge abzuſchließen, dann mußte er aber bei dieſer Politik der mit Rußland einverſtändlichen Parallelaktion und Kompenſation bleiben und trachten, bei Rußland möglichſt viel für Öſterreich-Ungarn herauszuſchlagen. Oder er mißbilligte dieſe bosniſche Politik und ſah das Hauptziel in der Hemmung und Zurückdrängung Rußlands, dann durfte er jene Verträge nicht abſchließen, ſondern mußte von Anfang an offen gegen Rußland Stellung nehmen und trachten, Rumänien und England mit ſich fortzureißen. So aber trieb er bald die eine, bald die andere Politik. Den Beweis für die Richtigkeit des Zeitpunktes der Okkupation machte ſich das miniſterielle Expoſé ziemlich leicht, dieſe ſei mit Recht erſt infolge eines europäiſchen Mandats, mit Zuſtimmung aller Mächte, einſchließlich der Türkei erfolgt; das Mandat war früher nicht zu haben und wir konnten es auf dem Kongreß nicht ablehnen — als ob es Öſterreich-Ungarn von den Mächten gewiſſermaßen auferlegt worden ſei, während ſelbſt damals jedermann wußte, daß der Antrag Lord Salisburys auf Verlangen und Anregung der Wiener Regierung geſtellt wurde; und ebenſo verſchwieg Andráſſy die Konvention mit der Pforte vom 13. Juli, in der die Souveränität des Sultans anerkannt und die Okkupation als proviſoriſche Maßregel bezeichnet wurde. Am Schluß ſeiner Rechtfertigung zog Andráſſy die Summe ſeiner Orientpolitik, die er als durchwegs befriedigend und erfolgreich bezeichnete; der europäiſche Friede ſei erhalten worden, die Türkei werde in ihrem verkleinerten Beſitzſtand lebensfähig werden, Rußland ſei in Bulgarien zurückgewichen, Serbien und Montenegro wurden zwar vergrößert, aber der Sandſchak ſei breiter geworden und öſterreichiſcher Beſatzung unterworfen.

In der darauf folgenden Ausſchußdebatte brachten die Okkupationsgegner ihre Vorwürfe und Kritiken gegen Andráſſy in der heftigſten und gehäſſigſten Weiſe vor, unterließen jedoch jeden Antrag auf Ablehnung des Budgets des Miniſteriums des Äußern oder auch nur des Dispoſitionsfonds zu ſtellen, ſo daß zur allgemeinen Überraſchung die Regierung dieſe beiden Poſten in Sicherheit brachte, auch bei dem Kredit für die Militärauslagen in Bosnien für 1879 beantragten ſie nicht, wie bei jenem für 1878, den Übergang zur Tagesordnung und minderten ihn nur auf 15 Millionen herab, die übrigens im Plenum auf 20 Millionen wieder erhöht wurden. Damit war aber der ganze prinzipielle Standpunkt, Okkupationskredite vor Genehmigung des Berliner Vertrags durch den Reichsrat nicht zu bewilligen, preisgegeben, das verfaſſungsmäßige Kompetenzbedenken fallen gelaſſen und ſchließlich die angefochtene Okkupation anerkannt. Dieſe Taktik enttäuſchte allgemein und wurde mit Recht als ein ſchwächliches Zurückweichen und als eine unverſtändliche Halbheit angeſehen; die Oppoſition war ſich offenbar bewußt, daß im Plenum radikale Anträge von der dortigen Regierungsmehrheit niedergeſtimmt worden wären, wodurch das Miniſterium ein Vertrauensvotum erhalten hätte. Die Oppoſition hatte die Partie ſchon verloren, aber ſie verſuchte hinterher noch einen verzweifelten Angriff. Der Berichterſtatter Schaup legte nach jenen für die Regierung günſtigen Abſtimmungen plötzlich einen langen politiſchen Bericht über das

Miniſterium des Äußern vor, der eine Anklageſchrift gegen Andráſſy war, und der Ausſchuß, in dem die Oppoſition die Mehrheit hatte, nahm den Text dieſes Berichtes an, der eigentlich nichts war als eine Wiederholung der in der Ausſchußdebatte gegen den Miniſter vorgebrachten Angriffe. Im Plenum der Delegation war dieſer Bericht geſchäftsordnungsmäßig kein Gegenſtand der Abſtimmung, die dortige Mehrheit hatte übrigens auch nicht den Mut zu einem Tadelsvotum gegen den Schaupſchen Bericht, ſondern demonſtrierte nur dadurch für Andráſſy, daß alle ihre Mitglieder ſich als Redner gegen den Bericht eintragen ließen, was auch nur eine ſchwache Kundgebung war. Die Debatte brachte nicht viel neues, die Oppoſitionsredner ſchloſſen faſt alle ihre Ausführungen mit dem Verlangen nach einem möglichſt baldigen Ende der Okkupation und nach der Entfernung Andráſſys. Dieſer war in ſeinem Schlußwort ſehr geſchickt, machte das Aufhören der Okkupation von der Bedingung abhängig, daß die Türkei ſo erſtarke, um in jenen Ländern jeden inneren Zwiſt zu beſeitigen und Öſterreich-Ungarn die aufgelaufenen Koſten zu erſetzen, was eigentlich ironiſch nichts anderes bedeutete als die Ankündigung der fortdauernden Okkupation in infinitum. So endete der mit ſo viel Emphaſe angekündigte Sturm der öſterreichiſchen Delegation mit einer Schlappe der Oppoſition und einem ſachlichen Erfolg des Grafen Andráſſy.

Wenn die Heftigkeit der öſterreichiſchen Delegationsoppoſition gegen die Okkupationspolitik das Maß der in der diesſeitigen Bevölkerung beſtandenen Unzufriedenheit weit überbot, ſo blieb dafür die Haltung der ungariſchen Oppoſition in der Delegation erheblich hinter der Erregung und dem Unwillen ihres Landes zurück. Die Okkupation wurde als eine Teilungs- und Kompenſationspolitik bezeichnet und getadelt, Andráſſy der Vorwurf gemacht, die Delegationen abſichtlich in Unklarheit über ſeine Pläne gelaſſen zu haben, die künftige ſtaatsrechtliche Schwierigkeit einer Angliederung betont, aber alle dieſe Vorwürfe und Angriffe erreichten nicht den Grad von Gehäſſigkeit und Feindſeligkeit, der in den Reden der öſterreichiſchen Delegierten zum Ausdruck kam. Andráſſy antwortete in einer langen Rede, die meines Erachtens noch viel beſſer war als jene in der öſterreichiſchen Delegation, wohl weil er in ſeiner Mutterſprache frei und ſicherer ſprach und weil ihn hier nicht die Atmoſphäre des perſönlichen Haſſes umgab, die den Redner immer ungünſtig beeinflußt, ſei es, daß ſie ihn zu unüberlegten Äußerungen reizt oder im ruhigen Gedankengang hemmt.

Ende Dezember 1878 trat das öſterreichiſche Abgeordnetenhaus wieder zuſammen, das Wehrgeſetz, das die Kriegsſtärke auf 800 000 Mann feſtſtellte, war abgelaufen und die Regierung verlangte zunächſt deſſen Verlängerung auf ein Jahr. Das Abgeordnetenhaus ging nur widerwillig in die Beratung ein, da in der Verfaſſungspartei die Herabſetzung jener Ziffer auf 600 000 Mann lebhaft verlangt wurde. Schließlich wurde die Regierungsvorlage für 1879 doch beſchloſſen, aber mit einer Reſolution begleitet, welche die Regierung aufforderte, bei der Vorlage behufs weiterer Feſtſtellung der Kriegsſtärke darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Herabminderung des Heeresaufwandes ermöglicht und ſomit der Finanzlage des Reiches in gebührender Weiſe Rechnung getragen werde. Die Reſolution wurde mit allen Stimmen des Hauſes gegen 19 angenommen, damit legte ſich unſere Partei neuerdings in ihrer Haltung gegenüber der Armee und dem Heeresaufwand feſt, die ihr in der Folge nur Schwierigkeiten und Gegnerſchaften bereitete.

Die Okkupationsgegner, die Andráſſy in der Delegation nicht zu ſtürzen vermocht, ihm vielmehr durch ihre ungeſchickte Taktik dort einen Erfolg verſchafft hatten, verſuchten nun im Abgeordnetenhaus an der Hand des Berliner Vertrags noch einen Anſturm. In dem zur Vorberatung des Staatsvertrags eingeſetzten Ausſchuß vertrat die Regierung durch Miniſter Unger die Rechtsanſchauung, daß der Vertrag nur zum Behuf der Ausführung der ſtipulierten Einverleibung des Gebiets von Spizza, nicht aber zu ſeiner Gültigkeit überhaupt der Zuſtimmung des Reichsrates bedürfe. Scharſchmid ſtellte den Antrag, einfach dem Vertrag die verfaſſungsmäßige Zuſtimmung zu erteilen, und knüpfte daran noch eine Reſolution, daß aus der verſpäteten Vorlage des Vertrags kein Präjudiz gegen die verfaſſungsmäßigen Rechte des Reichsrats gefolgert werden dürfe. Sturm ſprach ſich in erſter Linie für die Verwerfung des Vertrags aus, ſollte er aber genehmigt werden, ſo müßte wenigſtens die Forderung der zeitlichen Beſchränkung der Okkupation und ein entſchiedener Proteſt gegen die Annexion ausgeſprochen werden. Herbſt wiederholte ſeine finanziellen Bedenken und verlangte, daß ein Urteil über die bisher befolgte Politik gefällt werde. Ich erwiderte ihm, daß man von ihm nicht gehört habe, welches Urteil er über die Vergangenheit und Zukunft abgeben wolle; wenn man gegen die Okkupation ſei, ſo müſſe man klare Forderungen aufſtellen und verlangen, daß dieſelbe rückgängig gemacht werde, ich täuſche mich auch nicht über die finanziellen Schwierigkeiten, aber die Teilung der Türkei habe begonnen, und wir können nicht paſſiv bleiben, Öſterreich würde im Falle der Verwerfung des Berliner Vertrags aus dem europäiſchen Konzert ausſcheiden. Die meiſten Oppoſitionsredner wehklagten über die Okkupation, ohne aber zu einem poſitiven Reſultat zu kommen. In der nächſten Sitzung ſtellte Herbſt endlich den Antrag, daß das Abgeordnetenhaus, indem es unter den gegebenen Verhältniſſen dem Vertrag die Zuſtimmung erteile, ſich für verpflichtet halte zu erklären, daß es, feſthaltend an den in der Adreſſe vom November niedergelegten Anſchauungen, nicht vermöge, eine Politik als den wahren Intereſſen der Monarchie entſprechend zu erkennen, welche ſchon bisher unverhältnismäßige Opfer erheiſche und in ihrer Durchführung und weiteren Entwicklung eine ernſte Gefährdung der Staatsfinanzen und eine dauernde Verwirrung der ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe der Monarchie nach ſich ziehen müſſe. Bei der Abſtimmung wurde zuerſt der Antrag auf Verwerfung des Vertrags, dann der Antrag Herbſt ſowie alle anderen Zuſatzanträge abgelehnt und der Vertrag mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen und Eduard Sueß zum Berichterſtatter gewählt.

Die Oppoſition war alſo wieder eine parlamentariſche Staffel heruntergeglitten, es blieb ihr nur noch als letzter Kampfplatz die Plenardebatte über den Berliner Vertrag (15. bis 27. Januar 1879), die, wenn ſie auch post festum kam, nicht des parlamentariſchen Intereſſes entbehrte, indem ſie noch einmal alle Gegenſätze der letzten Jahre aufrollte und unſere Partei in beklagenswerter Weiſe ſpaltete und ſchwächte. Herbſt als Minoritätsberichterſtatter legte in ſeiner Eingangsrede das Hauptgewicht darauf, daß die einfache Genehmigung des Vertrags ein Widerſpruch gegen die vom Haus im November beſchloſſene Adreſſe ſei, die eine Verurteilung der auswärtigen Politik, wenn auch in maßvoller Form, enthielt, während der Majoritätsberichterſtatter Sueß in ſeinem Bericht behauptete, daß jene Adreſſe vielmehr ein weſentliches Gewicht auf die Methode der parlamentariſchen Behandlung der Angelegenheit legte, ſo daß ſogar von einer Seite im Abgeordnetenhaus die Erklärung abgegeben wurde, daß dieſelbe nur aus dieſem Grunde der Adreſſe zuſtimme (damit war meine Erklärung vor der Abſtimmung über die Adreſſe gemeint); dieſen Bedenken ſei nunmehr durch die Vorlage des Berliner Vertrages Rechnung getragen, was Herbſt nicht gelten laſſen wollte, obwohl gerade er in der Delegation das Hauptgewicht ſeiner dortigen Kompetenzbedenken auf die damals noch nicht ſtattgefundene Beratung des Berliner Vertrags gelegt hatte. Wenn er das Haus aufforderte, ſeiner Meinung, die es in der Adreſſe ausgedrückt habe, treu zu bleiben, ſo überſah er, daß ſich ſeit jenem Beſchluß die Dinge doch erheblich geändert hatten, der erſte Unwille über die Okkupation war bei vielen in der Partei vorüber, die ſich mit der Adreſſe ihre bedrängte Bruſt erleichtert hatten und die nach Andráſſys geſchickter Verteidigung ſeiner Politik und der höchſt ungeſchickten Taktik ſeiner Gegner in der Delegation endlich einmal mit der bosniſchen Kriſe fertig werden wollten. Dieſem Gedankengang gaben unſere Redner Scharſchmid, Pirquet, Kübeck, Auguſt Weeber und beſonders Carneri wirkſamen Ausdruck, Auſpitz verdarb ſich ſeine gute Rede durch einen ungeſchickten perſönlichen Angriff gegen Herbſt, Weiß von der Rechten erzielte einen Erfolg durch ſeine Kritik Herbſts und der Oppoſitionstaktik in der Delegation. Von der anderen Seite waren es Walterskirchen und Schaup, die früher Andráſſy unterſtützt hatten und ihm jetzt Irreführung und Unaufrichtigkeit vorwarfen. Peez ſprach ſehr intereſſant über Handelspolitik und beklagte ſich bitter darüber, daß Ungarn den Bahnbau Siſſek-Novi vereitelt habe, um den Verkehr über Belgrad zu leiten. Am heftigſten ſprach vielleicht Neuwirth, der alle möglichen Argumente gegen die Okkupation mit maßloſen Übertreibungen wieder vorbrachte. Mir waren dieſe immer wiederkehrenden unfruchtbaren Rekriminationen der Okkupationsgegner, die, bis auf ſehr wenige, doch nicht den Mut hatten, die Rückberufung der Truppen aus Bosnien zu verlangen, höchſt widerwärtig, und ich griff dieſe Redner auf der ganzen Linie an. Zunächſt wendete ich mich gegen Herbſt, der ein Tadelsvotum gegen die bisherige auswärtige Politik beantragt hatte, aber dafür nur finanzielle und ſtaatsrechtliche Gründe anführte. Ich entwarf eine kurze Geſchichte der orientaliſchen Wirren ſeit 1875 und fragte, ob es überhaupt möglich war, paſſiv zu bleiben; hätten wir andererſeits den Kampf gegen

Rußland angenommen, ſo hätten wir den Krieg für die türkiſche Mißwirtſchaft führen oder im günſtigſten Fall die Reorganiſation der ganzen europäiſchen Türkei unternehmen müſſen, eine Aufgabe, der gegenüber die bosniſche Okkupation ein Kinderſpiel ſei. Waren die ruſſiſchen Siege nicht zu vermeiden, ſo mußten auch gewiſſe Früchte dieſer Siege anerkannt werden; nun wird in der Geſchichte der Berliner Kongreß immer die erſte Teilung der Türkei bedeuten, und wenn wir von dort Bosnien nicht zurückgebracht hätten, ſo wäre unter dem Namen einer Autonomie an unſerer Grenze ein ſüdſlawiſcher Staat entſtanden, was für uns nur eine Gefahr bedeutet hätte. Ich erinnerte daran, daß ich die Beſetzung dieſer Provinzen ſchon im Jahre 1876 empfohlen hatte, und mein Tadel betraf nur die verſpätete und durch das europäiſche Mandat beſchwerte Durchführung dieſes Gedankens. Der Tadel aber, den die Oppoſition ausſprechen will, trifft nur die vergangene auswärtige Politik, jetzt aber handelt es ſich um eine neue Aktion und um den durch die Okkupation geſchaffenen neuen Zuſtand. Wenn man dieſen Zuſtand verurteilt, dann genügt nicht ein nach rückwärts gekehrter Tadel, dann muß man eine Adreſſe an die Krone richten um Rückberufung der Truppen, dann mußte die Oppoſition alle militäriſchen Kredite für Bosnien verweigern, die Herren aber brandmarken fortwährend die Okkupation, bewilligen aber doch die Mittel dafür. Wenn wir den Vertrag einfach annehmen, ſo drücken wir dadurch unſere poſitive Meinung aus, daß wir die Okkupation unter den gegebenen Verhältniſſen als eine Notwendigkeit anſehen. Die finanziellen Bedenken ſchätzte ich ſelbſt nicht gering, ich nahm die Koſten damals mit 140 Millionen Gulden an (nach den Schlußrechnungen waren ſie etwas geringer, 136 Millionen), die Zinſenlaſt für Öſterreich allein betrage rund 5,5 Millionen, wozu allerdings in der Folge die jährlichen Mehrausgaben für die Okkupationstruppen mit anfänglich 5,4, dann mit 4,3 Millionen für Öſterreich hinzukamen. Dieſe Laſten ſeien hoch, aber nicht unerſchwinglich, wenn die Steuerreform bald ins Werk geſetzt werde. Die lächerlichen Berechnungen Neuwirths, der durch eine künſtliche Zinſeszinsrechnung für die Zukunft zu abenteuerlichen Ziffern kam, widerlegte ich ſehr leicht. Meine ganze Rede war getragen von einem ſtarken patriotiſchen Gefühl, das ſich gegen die ſchwächliche und verzagte Geſinnung der Gegner aufbäumte. Wir haben, fügte ich mit einem Horazſchen Vers hinzu, einen Beruf zu herrſchen und uns nach außen zu betätigen, wir wollen nicht bloß kleinliche Heimatspolitik betreiben, wir ſtellen uns höhere Aufgaben, wir wollen auch etwas in der Welt bedeuten und uns nicht immer von Fremden und Gegnern beiſeite ſchieben laſſen, ein geſundes politiſches Selbſtgefühl identifiziert ſich mit dem eigenen Staat, hält auf ſeine Machtſtellung und erhebt ſich an den Waffentaten der eigenen Armee. Statt all der jämmerlichen Klagen, ſchloß ich, ſollte man ſich mit der Zukunft jener Länder beſchäftigen und verſuchen, die Tatſachen zu beherrſchen und zum Wohl des Reiches auszunützen.[1])

---

[1]) Reden, S. 96—113.

Neben der Okkupation Bosniens und der auswärtigen Politik überhaupt nahm in der Debatte noch die ſtaatsrechtliche Frage, ob der Berliner Vertrag zu ſeiner Gültigkeit der Genehmigung des Reichsrates bedürfe, einen großen Platz ein. Die Regierung hatte, wie ſchon erwähnt, im Anfang den Vertrag dem Reichsrat nur zur Kenntnisnahme vorgelegt, und meinte für die Eingliederung des Gebiets von Spizza in Dalmatien durch ein Geſetz die formell richtige Vorſorge zu treffen. Die Verfaſſungspartei, die urſprünglich nicht an eine Verwerfung des Berliner Vertrages dachte, wollte ſich aber das verfaſſungsmäßige Recht eines Beſchluſſes über dieſen Gegenſtand nicht entwinden laſſen und nahm die ordnungsmäßige Vorberatung des Vertrags im Ausſchuß vor, der mit allen gegen eine Stimme ſich dahin ausſprach, daß dieſer Staatsvertrag zur Gültigkeit der Zuſtimmung des Reichsrates bedürfe. In der Plenardebatte wurde von polniſcher Seite (Dunajewſki) der Antrag auf bloße Kenntnisnahme geſtellt, aber juriſtiſch gar nicht ſchlüſſig begründet. Dieſen Standpunkt vertrat nun Miniſter Unger in einer langen ſcharfſinnigen Rechtsausführung; er argumentierte, daß Verträge, welche der Kaiſer vermöge ſeiner monarchiſchen Prärogative abſchließt, wie Friedensverträge und alle, welche die auswärtige Politik betreffen, nicht der Genehmigung des Reichsrates unterliegen, der nur jene Verträge zu genehmigen habe, welche Gegenſtände der Geſetzgebung betreffen. Dabei überſah er den klaren Wortlaut der Verfaſſung, die alle Verträge, welche eine Belaſtung enthalten, der verfaſſungsmäßigen Beſchlußfaſſung unterwirft. Seine künſtliche Konſtruktion, die direkt eine Aberkennung einer bisher allgemein als beſtehend angeſehenen verfaſſungsmäßigen Gerechtſame bedeutete, erregte begreiflicherweiſe den allgemeinen Widerſpruch. Selbſt ein ſo treuer Regierungsmann wie Baron Scharſchmid widerlegte in klarer, unanfechtbarer Weiſe die Ausführungen Ungers und wies nach, wie unzweifelhaft aus der Okkupation Laſten für die Monarchie entſtehen, welche das Requiſit für die verfaſſungsmäßige Beſchlußfaſſung bildeten. Die Debatte hob ſich zuſehends im weiteren Verlauf, eine wuchtige Widerlegung Dunajewſkis und Ungers bot die glänzende Rede Hausners, der dieſe Rechtsfrage eingehend behandelte und dann die ganze Orientpolitik Andráſſys verurteilte, die einzelnen Beſtimmungen des Berliner Vertrags kritiſierte und durch die Kraft ſeines Vortrags einen großen redneriſchen Erfolg erzielte. Selbſt Coronini, der für die Politik Andráſſys warm eintrat, nahm für den Reichsrat das Recht der Beſchlußfaſſung über den Vertrag vollauf in Anſpruch. Am ſchonungsloſeſten traf den Miniſter Dr Sturm, deſſen großes Talent ſich an jenem Tage beſonders zur Geltung brachte, er verurteilte die Okkupationspolitik und die Argumentation Ungers und zerſchnitt das Tiſchtuch zwiſchen Partei und Regierung, die er nicht mehr als ein verfaſſungstreues Miniſterium anſehen könne, ſondern als Verfaſſungsgegner bezeichnete. Seine ſcharfe, oft grauſame Sprache, die nie in grobe Ausdrucksweiſe verfiel, entfeſſelte einen Sturm des Beifalls, ſo daß ſelbſt Herbſt am Schluß es ſchwer hatte, noch etwas Neues und Wirkſames zu ſagen, aber es war nicht zu leugnen, daß auch ſeine Rede, von ſeinem Standpunkt aus gemeſſen, eine bedeutende Leiſtung war. Profeſſor Sueß ſprach als Majoritätsberichterſtatter zuletzt mit dem ganzen Aufgebot ſeiner weiten Geſichtspunkte und ſeiner patriotiſchen Geſinnung. Wenn auch die Debatte an den Tatſachen nichts mehr ändern konnte, ſo lieferte ſie doch ein glänzendes Bild parlamentariſcher Beredſamkeit, wie es im Rahmen von einigen Tagen nicht oft geboten wird. Nun kam die Abſtimmung, der Antrag auf bloße Kenntnisnahme wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dann kam das Minoritätsvotum Herbſt zur Abſtimmung, dies fiel auch, nun ſtand die Frage einfach auf Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Berliner Vertrags, und hier beging die Oppoſition den unverantwortlichen Fehler, gegen den Vertrag überhaupt zu ſtimmen; ſie vereinigte für ihr Votum zwar 112 Stimmen, während 154 für die Genehmigung des Vertrags abgegeben wurden, ſie ſchädigte aber durch dieſe Abſtimmung, welche zu unmöglichen Konſequenzen hätte führen müſſen, für immer ihr politiſches Preſtige, lieferte dem Kaiſer den Schein des Beweiſes, daß mit der Verfaſſungspartei nicht zu regieren ſei, und hat ſich von dieſem Schlag, den ſie ſich ſelbſt zufügte, niemals mehr ganz erholt. Nach der Annahme des Vertrags ſtand noch eine Reſolution zur Abſtimmung, die mit einer ſchwächlichen Erinnerung an die Adreſſe die finanziellen und anderen Beſorgniſſe ausdrücken ſollte, um manchen Mitgliedern der Partei das Votum für den Vertrag annehmbarer zu machen, aber davon wurde nur der erſte nichtsſagende Teil angenommen, der zweite fiel auch; ſo blieb als Schlußergebnis nichts aufrecht als die glatte Genehmigung des Berliner Vertrags, ein Sieg Andráſſys, gegen den die Oppoſition nach ihrem Mißerfolg in der Delegation noch dieſen letzten Kampf im Abgeordnetenhaus aufgeboten hatte, der nun mit ihrer definitiven Niederlage endete. In Ungarn war die Okkupation auch unpopulär geweſen, die dortige liberale Partei machte ihrer Unzufriedenheit zwar auch durch eine Adreſſe Luft, zog aber weiter keine Konſequenzen, nahm die vollzogene Tatſache hin, inartikulierte den Berliner Vertrag und bewies, daß die Monarchie in kritiſcher Zeit keine Abweiſung von ihr erfahre.

Kapitel VII.

In der zweiten Hälfte Januar hatte ich eine lange Unterredung mit Andráſſy, der mich zu ſich hatte bitten laſſen. Er ſprach erſt lange über ſeine Orientpolitik, ſtellte den Einmarſch bis nach Nowibaſar in Ausſicht, ſowie ſeine Abſicht, über Albanien eine Art Protektorat zu übernehmen. Er nahm die Oppoſition des größten Teils der Verfaſſungspartei gegen ſich gar nicht leicht, beklagte das feindſelige Verhältnis, da er trotz allem immer von der Notwendigkeit eines verfaſſungstreuen Regimes überzeugt ſei. Wir kamen auf die ſchleppende öſterreichiſche Miniſterkriſe zu ſprechen, wobei er ſich gegen ein proviſoriſches Miniſterium ausſprach, weil die Gefahr beſtünde, daß während deſſen einſtweiliger Geſchäftsführung wieder eine Kombination Hohenwart vorbereitet werden könnte, wir beſprachen die für uns annehmbaren möglichen

Kandidaten, konſtatierten aber beide, daß augenblicklich leider kein guter verfaſſungstreuer Miniſterpräſident zu finden ſei. Am 1. Februar kam Calice aus dem Miniſterium des Äußern im Namen Andráſſys zu mir, um mir anzukündigen, daß am nächſten Tag Graf Taaffe wegen der Kabinettsbildung zu mir kommen werde und Andráſſy mich bitte, Taaffe vertrauensvoll zu empfangen. Calice betonte übrigens ausdrücklich, daß das neue Miniſterium kein Beamtenkabinett ſein ſolle. Am Tag darauf erſchien Taaffe bei meinem Vater, mit dem er von früher, als ſie Miniſterkollegen waren, gute Beziehungen hatte, und legte ihm folgende Liſte vor: Statthalter Poſſinger Inneres, Finanzen Senatspräſident des Verwaltungsgerichtshofs Fierlinger, Handel ich, Ackerbau Coronini, Juſtiz Stremayr, Unterricht noch offen, Landesverteidigung Horſt. Taaffe erſuchte meinen Vater, mich vorzubereiten und mir zu empfehlen, mich einſtweilen mit dem Handelsminiſterium zu befriedigen. Nach einer Stunde kam er zu mir und verſicherte mir, daß ſein Miniſterium verfaſſungstreu ſein und zunächſt die bevorſtehenden großen Aufgaben löſen ſolle. Ich erwiderte, daß das neue Miniſterium nicht vor dem alten Haus mehr erſcheinen ſolle, damit man es nicht bloß für ein proviſoriſches Kabinett zur Abwicklung der Geſchäfte halte, es müſſe vor dem neuen Haus als definitives Miniſterium erſcheinen und dort die große Aufgabe der Herſtellung der Finanzen unternehmen und dafür ein feſtes Programm haben; Erſparungen ſeien auch im Armeebudget notwendig durch Herabſetzung des im Jahr 1872 erhöhten Präſenzſtandes, dann könne man auch mit neuen Steuern kommen. Um ſolche große Maßregeln durchzuſetzen, bedürfe es aber einer ſtärkeren Vertretung des parlamentariſchen Elements, Coronini und ich vertreten nur eine kleine Fraktion, die ſich noch außerdem in der letzten großen Frage von dem Gros der Verfaſſungspartei getrennt habe, Taaffe möge daher Demel und Sueß, womöglich auch Sturm und Dunajewſki für die polniſche Seite in die Kombination ziehen. Ich ſelbſt müſſe auf Übernahme des Finanzminiſteriums beſtehen, da ich bei Fierlinger, bei all ſeiner juriſtiſchen Begabung, auf ein energiſches Finanzprogramm nicht rechnen könne. Taaffe meinte, dieſer Tauſch ließe ſich leicht vollziehen, und ſprach ſich mehr gegen die von mir angeratene liberale Verſtärkung aus, er war im ganzen ſchwach informiert und legte auf die finanziellen Aufgaben geringes Gewicht. Am darauffolgenden Tag (3. Februar) kam Coronini zu mir, den Taaffe nach mir beſucht hatte, er teilte im ganzen meinen Standpunkt, beſtand ſehr energiſch auf Erſparungen auch bei der Armee, perſönlich war er mit dem Ackerbau unzufrieden und hätte lieber das Innere erhalten, ihm ſchiene, daß wir beide nur ein parlamentariſcher Aufputz für ein Beamtenminiſterium ſein ſollten. Graf Coronini war ein Mann von Talent und höchſt ehrenhaftem Charakter, ſein Urteil war vielleicht nicht immer ganz zutreffend und ſicher, und darum haftete ihm auch eine etwas ſchwankende Haltung an, in der Frage der Erſparungen im Militärbudget aber hielt er feſt an ſeiner Meinung, die durch den Einfluß des mit ihm ſehr befreundeten Baron Walterskirchen beſtärkt wurde. Coronini war ein Jugendgeſpiele des Kaiſers geweſen, deſſen Erzieher ſein Vater war, aber dieſe früheren Beziehungen hatten ſich im Laufe der Jahre nicht mehr rege erhalten, während zum Beiſpiel umgekehrt der Kaiſer dem Grafen Taaffe aus ihrer Jugendzeit eine warme Sympathie und großes Vertrauen bewahrt hatte. Um mich zu einer mehr entgegenkommenden Haltung zu beſtimmen, traten Schmerling und Fürſt Metternich bei mir ſehr lebhaft für meine Annahme der Taaffeſchen Einladung ein. Es folgten dann noch weitere Beſprechungen mit Taaffe, der geneigt ſchien, Coronini das Innere zu geben, worauf dieſer in mich drängte, mich mit dem Handelsminiſterium zu befreunden, dagegen hielt er ſeine Forderung, den Präſenzſtand auf die Ziffer vor 1872, und zwar ſchon vom 1. Juli 1879 an, herabzuſetzen, aufrecht, ich verharrte auf meinem Standpunkt. Die Verhandlung ſchien erfolglos zu bleiben, als Taaffe am 6. bei mir erſchien, um mich aufzufordern, zum Kaiſer zu kommen, der mit mir ſprechen wolle, der übrigens keine Preſſion üben, ſondern nur meine Meinung über die allgemeine Lage hören wolle. In der unmittelbar darauf folgenden Audienz wies ich zunächſt auf die nachteilige Stellung des neuen Miniſteriums hin, wenn es noch vor dem alten Reichsrat erſcheinen müßte, ſchilderte dann den Ernſt der Finanzlage und erklärte, daß es zur Votierung neuer Steuern und zur Erhaltung der bisherigen Kriegsſtärke notwendig ſei, dem Abgeordnetenhaus mit einer anſehnlichen Erſparung entgegenzukommen, daher ſei der Präſenzſtand herabzuſetzen und eventuell weitere Erſparungsmaßregeln vorzunehmen. Seine Majeſtät wies auf die Schwierigkeiten hin, an der Organiſation der Armee zu rütteln, das Militärbudget ſei ohnedies auf das kargſte bemeſſen, und wies mich nach einer längeren Unterhaltung über die Ausſichten der neuen Regierung und über Bosnien an General Horſt, der mir die techniſchen Schwierigkeiten der von mir empfohlenen Maßregeln darſtellen würde; von der Frage der einzelnen Portefeuilles war keine Rede. Unmittelbar nach mir wurde Coronini empfangen, der dem Kaiſer ungefähr dasſelbe wie ich ſagte. Am 7. Februar kamen Taaffe und Coronini zu mir und luden mich im Auftrag Seiner Majeſtät zu einer Unterredung mit General Horſt ein, die bald darauf ſtattfand. Horſt gab zu, daß wirkſam nur bei der Präſenzziffer geſpart werden könne, eventuell könnte ein kleiner Abſtrich von einer halben Million durch Reduktion der Übungstage der Reſerviſten auf das Ausmaß der Landwehr erzielt werden. Coronini teilte mir mit, daß er Tomaszczuk für die Juſtiz und Sueß für den Handel empfohlen habe, was ich ſofort bei Taaffe brieflich unterſtützte,[1] unterdeſſen erhielten wir die Nachricht, daß Taaffe Stremayr das Juſtizminiſterium und die Leitung des Unterrichtsminiſteriums bereits zugeſichert habe. Taaffe teilte mir mit, mich für eine Beſprechung mit dem Kriegsminiſter bereitzuhalten, dieſe wurde aber zweimal abgeſagt, und am 10. wurden wir beide zu Taaffe gebeten, der uns erklärte, er verzichte überhaupt auf ſeine Miſſion der Kabinettsbildung.

So endete dieſe Epiſode, von der ich nicht weiß, ob ſie ganz ernſt gemeint war. Taaffe war überhaupt vom Kaiſer ſchon für die Zukunft in Ausſicht genommen und der Gedanke, Coronini und mich in die Kombination zu ziehen, ging offenbar von Andráſſy aus. Unſer Verlangen nach Erſparungen im Militärbudget war allerdings eine von uns erhobene Schwierigkeit, aber einmal war es unſere Überzeugung, daß die Wiederherſtellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt die erſte Aufgabe des neuen Miniſteriums und des neuen Abgeordnetenhauſes ſei, dann hatte ſich die Verfaſſungspartei bezüglich der Herabminderung des Heeresaufwandes durch ſo viele Beſchlüſſe und Kundgebungen feſtgelegt, daß wir, wenn wir nur einigermaßen auf ihre Unterſtützung rechnen wollten, ihr ein Entgegenkommen in dieſer Richtung zeigen mußten. Es wäre eine nicht allzu verſchwenderiſche Morgengabe für das neue Miniſterium geweſen, wenn es mit einer größeren Erſparungsziffer hätte debütieren können; daß es ſich dabei um das Ausmaß dieſer Ziffer gehandelt hätte, iſt allerdings richtig, daß aber ein nicht unbedeutender Abſtrich vom militäriſchen Standpunkt doch nicht für ganz unzuläſſig erkannt werden konnte, beweiſt der Umſtand, daß, als das ſpätere Miniſterium Taaffe im Amt war, das Kriegsminiſterium im Budget für 1880 eine Herabminderung des Ordinariums um mehr als 4 Millionen durch vorübergehende Verminderung des Präſenzſtandes bei der Infanterie und durch Abkürzung der Dauer der Waffenübungen den Delegationen vorlegte, ein Betrag, den man mir gegenüber als unzuläſſig bezeichnet hatte. Man kann ſich dabei an den Erfolg des Grafen Belcredi im Jahre 1865 erinnern, der den vom damaligen Abgeordnetenhaus verlangten, vom Miniſterium Schmerling aber auf Wunſch des Kriegsminiſters bekämpften Abſtrich ſofort gewährte, um ſich gut vor der Öffentlichkeit einzuführen. Die Frage iſt ſpäter oft an mich gerichtet worden, ob es klug war, jenen Verſuch der Kabinettsbildung an dieſer finanziellen Frage ſcheitern zu laſſen und damit die letzte Möglichkeit eines parlamentariſchen Einſchlags aus der Verfaſſungspartei in die neue Taaffeſche Regierung vereitelt zu haben; Taaffe ſei damals noch auf der Verfaſſungsſeite geſtanden und ſei erſt, nachdem ihm bewieſen wurde, daß er ſelbſt mit dem der auswärtigen Politik zuſtimmenden Flügel der Verfaſſungspartei nichts zuſtande bringe, zur Rechten abgeſchwenkt. Dieſe Meinung iſt meines Erachtens nicht richtig, es iſt wohl vielmehr anzunehmen, daß er infolge der Anregung Andráſſys uns zum Eintritt ins Kabinett einlud, um zunächſt für den Reſt der Seſſion das verfaſſungstreue Regime nach außen fortſetzen zu können; wäre es ihm aber wirklich um die dauernde Forterhaltung dieſes Regimes zu tun geweſen, ſo hätte, ganz abgeſehen von ſpäteren Entſchließungen und Handlungen, ſeine Haltung bei den Reichsratswahlen des Sommers eine andere ſein müſſen, damals war der Bruch mit der Verfaſſungspartei noch nicht vollzogen, wohl aber das Beſtreben des Miniſters des Innern, der die Wahlen leitete, deutlich darauf gerichtet, die deutſchliberale Partei um eine beträchtliche Anzahl von Mandaten zugunſten ihrer Gegner zu verkürzen und eine Majorität gegen ſie im neuen Abgeordnetenhaus zu ſchaffen. Der Kaiſer, deſſen alte Abneigung gegen die

---

[1] E. Sueß, Erinnerungen, S. 295.

Verfaſſungspartei durch ihre törichte Haltung in der Okkupationsfrage nur noch gewachſen war, nahm wahrſcheinlich ſchon im Februar die Wendung der Politik in Ausſicht, und es iſt wenig zweifelhaft, daß Taaffe dieſe Tendenzen bei den Wahlen auch verfolgt hätte, wenn Coronini und ich im Kabinett geſeſſen hätten, wir wären dann ausgetreten, aber die weiteren Dinge hätten wahrſcheinlich denſelben Verlauf genommen, wie es ſpäter der Fall war.

Graf Taaffe hatte zwar die Kabinettsbildung aufgegeben und war nach Innsbruck abgereiſt, doch in wenigen Tagen darauf erſchienen die kaiſerlichen Handſchreiben, durch die der Rücktritt Auerspergs und Ungers angenommen, die Wiederberufung der übrigen Miniſter verfügt und ihnen Graf Taaffe als Miniſter des Innern zugeſellt wurde.[1]) Das neue Miniſterium bezeichnete ſich ausdrücklich als ein bloßes Geſchäftsminiſterium, das die reſtlichen Aufgaben der Seſſion, insbeſondere das Budget noch zu erledigen habe. Viele waren kurzſichtig genug, in dieſer Umgeſtaltung eine gute Löſung zu finden, während die Einſichtigeren die Erwartung hatten, daß dieſem Miniſterium bald ein anderes Kabinett mit der Richtung nach rechts nachfolgen werde. Die Gegner des Berliner Vertrags kümmerten ſich aber weniger um die heranrückende neue Wendung der inneren Politik, als um eine Fortſetzung ihrer Gegnerſchaft gegen die Okkupationspolitik. Eine Verſammlung der 112, die gegen den Berliner Vertrag geſtimmt hatten, wurde einberufen. Sturm, der eigentliche Führer dieſer Bewegung, konſtatierte, daß weitaus der größte Teil der Verfaſſungspartei in ihrem Lager ſtehe, nur die Großgrundbeſitzer und 16 ſtädtiſche und ländliche Abgeordnete der Partei hätten für den Berliner Vertrag geſtimmt, ein Komitee ſollte eingeſetzt werden zur Beratung der bosniſchen Angelegenheiten. Tomaszczuk meinte, man ſolle doch nicht die Tendenz haben, die diſſentierenden Kollegen zu boykottieren, worauf Herbſt erklärte, er wolle nur jene in der Vereinigung ſehen, die die Okkupation für verhängnisvoll halten. Schließlich lud man doch die Großgrundbeſitzer und unſere zuſammengeſchmolzene Linke ein, das Komitee auch zu beſchicken, was wir beide ſelbſtverſtändlich ablehnten. Zunächſt erreichte die neue Organiſation nicht viel, da die alten Fraktionen fortbeſtehen blieben, nur eine Reſolution wurde gefaßt, wonach ſtaatliche Verwaltungsauslagen für Bosnien unzuläſſig ſeien, ſolange der Reichsrat nicht Erfordernis und Bedeckung genehmigt habe; als die Herren dieſe ziemlich unbedeutende Reſolution dem Miniſter Stremayr überbrachten, mußten ſie ſich noch das ironiſche Kompliment dafür gefallen laſſen, daß nunmehr auch ſie auf dem Boden des Berliner Vertrags ſtehen. Die im März wieder aufgenommene Delegationsſeſſion ging glatt vonſtatten, Herbſt und Giskra nahmen nicht mehr daran teil, Sturm verſuchte noch, Schwierigkeiten zu machen, allein ſchließlich wurde der ganze bosniſche Kredit für 1878 nach dem Antrag der Regierung bewilligt und an jenem für 1879 nur ein Abſtrich von 5,4 Millionen vorgenommen. (Fortſetzung folgt)

---

[1]) Miniſter Laſſer war ſchon im Sommer 1878 wegen Krankheit ausgeſchieden.

Der Kampf um Perſien

Von

Profeſſor Dr. Otto Münch (Darmſtadt)

Das auf allen Seiten von hohen Gebirgen umrahmte, im Durchſchnitt etwa 1200 Meter hohe Hochland von Iran hat ſchon im Altertum eine große Rolle in der Geſchichte geſpielt. Jedem Gebildeten ſind die Eroberungszüge des Cyrus und die damit verbundene Gründung des großperſiſchen Reiches in der Mitte des 6. Jahrhunderts v. Chr. bekannt. Dieſes Großreich erreichte um 500 v. Chr. unter Darius Hyſtaspis ſeine größte Ausdehnung und umfaßte damals ganz Vorderaſien vom Indus bis zum Ägäiſchen Meer, ja darüber hinaus Thrakien und Makedonien in Europa und Ägypten und Libyen in Afrika. Dem weiteren Vordringen der perſiſchen Macht nach Weſten ſetzten damals die Griechen erfolgreichen Widerſtand entgegen und gingen ſogar zum Angriff gegen das bald von inneren Wirren zermürbte Reich über. Alexander der Große, der jugendliche Vorkämpfer des Hellenismus, konnte dann in unaufhaltſamem Vorſtoß das weite Reich bis Indien durchziehen und ein makedoniſches Großreich an ſeine Stelle ſetzen. Nach deſſen raſchem Zerfall gehörte Iran kurze Zeit zu dem Diadochenreich der Seleukiden, bis die Parther von Oſten her das ganze Hochland unterwarfen und nun nahezu ein halbes Jahrtauſend beherrſchten. Mit dem römiſchen Reich wurden in dieſer Zeit erbitterte Kämpfe am Euphrat und Tigris und in Syrien ausgefochten, und es gelang den Römern nicht, in dieſen alten Kulturländern am Weſtfuße Irans dauernd Fuß zu faſſen, geſchweige, das Hochland ſelbſt zu betreten. Dieſe Kämpfe fanden nach dem Sturz der Parther durch das neue perſiſche Reich der Saſſaniden mit erneuter Heftigkeit ihre Fortſetzung und nahmen erſt im Jahre 651 n. Chr. mit dem Ausſterben der Saſſaniden ein Ende. Ein neuer, ſtärkerer Feind warf allen Widerſtand vor ſich nieder und machte dem zweiten perſiſchen Reich in kürzeſter Zeit ein Ende: die durch den Iſlam fanatiſierten Araber unter den Kalifen. Mit unglaublicher Schnelligkeit war der Weg nach Indien geöffnet und auch dieſes großenteils erobert, und ſchon 50 Jahre ſpäter erſchienen die Wüſtenſöhne an den Säulen des Herakles und betraten in Spanien den europäiſchen Boden. Die politiſche Rolle Perſiens und Irans war nun für 850 Jahre ausgeſpielt, wenn auch meiſt einheimiſche Dynaſtien das Land beherrſchten und die Herrſchaft der Kalifen nur eine nominelle war. Dagegen haben perſiſche Sprache, Kunſt und vor allem Literatur einen großen Einfluß auf die Eroberer erlangt und bis auf die neueſte Zeit eine ähnliche Stellung im Orient eingenommen wie die franzöſiſche Kultur ſeit Ludwig XIV. im Abendland. Auch die türkiſchen und mongoliſchen Eroberer bedienten ſich des Neuperſiſchen, das ſeit der Kalifenherrſchaft viele arabiſche Wörter und auch die arabiſche Schrift angenommen hatte, zum Teil als Hofſprache. War doch infolge der Mongolenherrſchaft das Neuperſiſche im nördlichen Indien bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Sprache der Diplomatie, der vornehmen Geſellſchaft und der Gerichtshöfe.

Die Zeit der Fremdherrſchaft wich erſt wieder mit dem Jahre 1501 durch die Gründung des neuperſiſchen Reiches unter Vernichtung der Turkmenenherrſchaft. In wechſelnden Kämpfen, namentlich gegen die Türken, nahm Neuperſien unter ſeinem großen Schah Abbas I. (1586—1628) einen glänzenden Aufſtieg und gewann Armenien, das Irak und Meſopotamien ſamt Basra und Bagdad im Weſten, Hormus von den Portugieſen im Süden, das ſüdweſtliche Afghaniſtan mit Kandahar und Choraſſan im Oſten und machte ſich Georgien im Nordweſten wieder zinspflichtig. Nach dem Tode des großen Abbas ging jedoch durch innere Wirren ein Teil dieſer Eroberungen verloren und am Anfang des 18. Jahrhunderts verfiel das Reich derart in Schwäche, daß Rußland unter Peter dem Großen ſich zum erſtenmal entſcheidend einmiſchte und Derbend, Baku und Reſcht am Kaſpiſchen Meer beſetzte. Peters Tod vereitelte aber alle weiteren ruſſiſchen Pläne, und unter dem tüchtigen Nadir Schah (1736—1747) wurden die ruſſiſchen Eroberungen und auch das an die Türken verloren gegangene Armenien und Georgien wieder gewonnen. Nadir fiel 1739 ſogar in Indien ein, eroberte Delhi und zwang den Großmogul zur Abtretung einiger Provinzen am Indus und zur Zahlung eines hohen Tributs. Nadirs Ermordung ſtürzte aber das Reich von neuem in ſchwere Unruhen, in deren Verlauf Afghaniſtan endgültig verloren ging und ſeitdem ſelbſtändig blieb. Georgien ſuchte und fand unter dem Fürſten Heraklius II., demſelben, der den Wachtmeiſter Werner in Leſſings „Minna von Barnhelm“ mit neuer Kriegsluſt erfüllte, den Anſchluß an Rußland, verlor 1796 an dieſes ſeine Selbſtändigkeit und wurde 1802 unter Alexander I. als ruſſiſche Provinz erklärt. Derbend, Kuba und Baku gingen ebenfalls an Rußland verloren.

Damit hatte der ſcharfe Kampf um Perſien zwiſchen Rußland, England und Frankreich eingeſetzt, der unter Ausſcheiden Frankreichs heute noch fortdauert und augenblicklich infolge der neuentdeckten außerordentlichen wirtſchaftlichen Werte des Landes zur Entſcheidung drängt. (Vgl. zum folgenden beſonders die zahlreichen einſchlägigen Aufſätze in der Zeitſchrift „Der Neue Orient“, Jahrgang 1917 und 1918, die im gleichen Verlag in Berlin erſchienenen „Engliſchen Dokumente zur Erdroſſelung Perſiens“ und Jäger, „Perſien und die perſiſche Frage“, Weimar 1916.)

Das Intereſſe der Engländer an Perſien iſt ſchon recht alt und datiert faſt von dem Tage an, wo ſie ſich in Indien feſtſetzten, alſo ſeit drei Jahrhunderten. (S. „Neuer Orient“, 1918, S. 199.) Mit dem ihnen eigenen weiten politiſchen Blick erkannten ſie ſchon damals die Bedeutung des iraniſchen Hochlandes und des Perſiſchen Golfes als Zugang zu dem wertvollen Indien und ſuchten die Feſtſetzung einer europäiſchen Macht in dieſen Gebieten energiſch zu verhindern. Deshalb halfen ſie ſchon 1622 dem großen Schah Abbas bei der

Vertreibung der Portugieſen von der Inſel Hormus, die dieſe ſeit mehr als hundert Jahren, von 1507 ab, innehatten, in der Hoffnung, dieſe den Eingang zum Perſiſchen Golf beherrſchende Inſel damit in ihre Gewalt zu bringen. Abbas I. zeigte aber kein Verſtändnis für dieſen Wunſch. Als jedoch Peter der Große an der Weſtküſte des Kaſpiſchen Meeres nach Süden vorſtieß, wurden die Engländer in Südperſien ſofort nervös und bemächtigten ſich einiger Inſeln an der Südküſte und im Perſiſchen Golf, um ein Gegengewicht zu ſchaffen. So geriet die kleine Republik Koweit unter engliſche Schutzherrſchaft, und ebenſo wurden die Bahrein-Inſeln britiſch. Der eigentliche Kampf um Perſien beginnt aber erſt, wie oben erwähnt, um 1800, im Zuſammenhang mit den Plänen Napoleons I. Bekanntlich ſah der große Korſe in England ſeinen Hauptfeind und ſuchte es an ſeinen verwundbarſten Stellen, vor allem in Indien, zu treffen. Dieſes Ziel hatte er ſchon mit der ägyptiſchen Expedition verfolgt, und nach deren Scheitern plante er im Jahre 1800 mit ruſſiſcher und perſiſcher Hilfe einen Einfall in Indien. Um dieſem gefährlichen Schlag zu begegnen, ſchloß die britiſch-indiſche Regierung ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Schah. Schon waren ruſſiſche Truppen im Anmarſch, da unterbrach die Ermordung Pauls I. die Operationen. Aber Napoleon behielt Perſien im Auge und ſchickte 1807, als Alexander I. von Rußland in Kaukaſien vordrang, 70 franzöſiſche Offiziere und Unteroffiziere unter General Gardane nach Perſien, um die Armee des Schah nach europäiſcher Weiſe zu bewaffnen und auszubilden. In einem zu Finkenſtein am 4. Mai 1807, nach der Schlacht bei Preußiſch-Eylau, abgeſchloſſenen Vertrag verpflichtete ſich Napoleon, die Ruſſen, die damals ſeine Feinde waren, aus Georgien und den anderen perſiſchen Provinzen des Kaukaſus zu vertreiben, wogegen Fath-Ali Schah das Bündnis mit England aufgeben und der napoleoniſchen Armee den Durchzug durch Perſien nach Indien geſtatten ſollte. Es kam nicht ſo weit. Schon im Juli 1807 wurde der Friede von Tilſit mit Rußland geſchloſſen und die kaum begonnene Tätigkeit der franzöſiſchen Militärmiſſion in Perſien fand ein frühzeitiges Ende. Nun traten die Engländer mit großem Eifer in die Lücke, Napoleon hatte ihnen den Weg gezeigt. Schon 1808 erſchien ein britiſcher Sondergeſandter am Hofe des Schahs und ſchloß mit ihm einen Vertrag ab, wonach England jährlich 160 000 Toman (über 1 Million Mark) Subſidien zahlte und Inſtrukteure für die perſiſche Armee ſchickte. Die perſiſchen Soldaten werden nun nach europäiſchem Muſter ausgebildet, mit engliſchen Gewehren bewaffnet und mit Geſchützen verſehen. Die Indien drohende Gefahr war abgewendet. Damit endete zugleich die kurze Epoche, in der Frankreich an den Kämpfen um das iraniſche Reich führend teilnahm.

Rußland und England waren fortan allein. Auch die Türkei hatte keine Angriffskraft mehr. Trotz der engliſchen Unterſtützung verlor Perſien, das 1811 von Napoleon in den Krieg gehetzt wurde, an Rußland im Frieden von Guliſtan 1813 nicht nur endgültig Georgien, Imeretien und Mingrelien, ſondern auch den ganzen öſtlichen Kaukaſus und das Kuratal (Dagheſtan, Schirwan, Schekki, Gandſcha, Karabagh und den Norden von Taliſch). Zugleich mußte es die demütigende Bedingung eingehen, in Zukunft keine Kriegsſchiffe mehr unter eigener Flagge auf dem Kaſpiſchen Meere fahren zu laſſen. Rußland hatte einen großen Erfolg erzielt und damit gegen Perſien nahezu die Grenze erreicht, wie ſie heute noch auf den Karten angegeben wird. Trotzdem gelang es auch den Engländern, ſchon im Jahre 1814 mit Perſien einen neuen Vertrag abzuſchließen, deſſen erſter Paragraph kurz lautet: „Die perſiſche Regierung verpflichtet ſich, vom Tage der Unterzeichnung dieſes Vertrages ab, alle Bündniſſe mit europäiſchen Völkern, die mit England im Kriegszuſtande ſind, für null und nichtig zu betrachten und jeder europäiſchen Armee, die nach Indien marſchieren möchte, den Übergang über die perſiſchen Grenzen zu verbieten“ (ſ. Jäger, S. 13). Hier iſt die Grundlage aller engliſchen Politik Perſien gegenüber feſtgelegt: Perſien iſt für England ein Schutzſtaat von Indien. Für dieſen Vertrag gewährte England dem Schah weiter Unterſtützung an Geld, Waffen uſw. und verſprach ausdrücklich, ſich von jeder Einmiſchung in die perſiſche Selbſtändigkeit fernzuhalten. So ſah es auch ruhig zu, als das unglückliche Land nach einem neuen, ſelbſtändig geführten Krieg mit Rußland in dem Frieden von Turkmantſchai zwei weitere Provinzen, Eriwan und Nachitſchewan, verlor und der Aras (Araxes) fortab die Grenze gegen Rußland im Nordweſten bildete. Die Wut des gequälten Volkes über dieſe Niederlage machte ſich damals in der Ermordung des ruſſiſchen Geſandten Luft, und es gelang dem Schah nur mit großer Mühe, einen neuen Krieg zu verhindern und Rußland zu beſänftigen.

Perſien hatte nun einige Jahre Ruhe. England und Rußland lagen auf der Lauer, um ſich im geeigneten Augenblick auf die Beute zu ſtürzen, und beobachteten mit eiferſüchtigem Mißtrauen jede Bewegung des Nebenbuhlers. Im allgemeinen hat Rußland in den nächſten Jahrzehnten die Vormachtſtellung, während England ſich nur gelegentlich einmiſchte. Reſcht und Aſtrabad am Kaſpiſchen Meer gingen an Rußland verloren. Als aber der Schah mit eifriger Unterſtützung Rußlands gegen Afghaniſtan vorging und Herat eroberte (1852 und 1855), erſchien ſofort eine engliſche Flotte im Perſiſchen Golf und zwang durch Beſetzung Abuſchehrs den Schah zum Rückzug. Im übrigen blieb der Kampf latent bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, alſo bis zu der Zeit, wo infolge der Fortſchritte in Induſtrie und Technik die wirtſchaftlichen Momente den entſcheidenden Einfluß gewinnen. Durch den Bau der erſten Eiſenbahn im Jahre 1888 und die von England betriebene Schiffbarmachung des Karunfluſſes rückte das Land wieder in den Vordergrund britiſch-indiſchen Intereſſes, namentlich als das Projekt der Bagdadbahn auftauchte und nun die Möglichkeit einer raſchen Landverbindung mit Indien von Europa aus beſtand. Zugleich erſtrebte Rußland in ſchärfſtem Gegenſatz gegen England die Ausdehnung ſeiner Macht bis zum Perſiſchen Golf und zum Arabiſchen Meer. Damit ſetzt die letzte Phaſe des erbitterten Zweikampfes ein, in den auch Deutſchland durch die Förderung der Bagdadbahn eingriff, man kann ſie kurz als die Zeit der Konzeſſionen bezeichnen. Beide Schutzmächte Perſiens, Rußland und England, gewähren dem finanziell zerrütteten Staat fortgeſetzt Anleihen und laſſen ſich dafür wichtige Rechte zuſprechen, ſo daß ſchließlich das Telegraphenweſen, die wichtigſten Bergwerke und Petroleumquellen, Fiſcherei und Schiffahrt im Kaſpiſchen Meer, die Landſtraßen uſw. in ihre Hand übergehen. Einzelheiten können übergangen werden, es iſt immer derſelbe Vorgang. Das Land gerät dabei in immer größere Schulden und wird in verſchiedene Parteien, eine nationalperſiſche, eine ruſſiſche und eine engliſche, geſpalten, die fortgeſetzt Unruhen anzetteln und gewaltſames Eingreifen der „Schutz"mächte hervorrufen. Nur das Wichtigſte ſei herausgegriffen.

Im Auguſt 1906 gewährt Muzaffer-ud-din Schah ſeinem Volke eine Verfaſſung und eine Vertretung (Medſchlis). Aber ſein Sohn und Nachfolger Mohammed Ali, der als Kronprinz in Täbris Gouverneur von Aſerbeidſchan geweſen war und ganz unter ruſſiſchem Einfluß ſtand, ſtürzt die feierlich beſchworene Verfaſſung wieder, eifrig unterſtützt von der ruſſiſchen Koſakenbrigade unter Liakhoff und der ruſſiſchen Bank. Trotzdem ſiegt das perſiſche Volk und zwingt nach der Einnahme der Hauptſtadt Teheran den Schah, übrigens ein ganz verworfenes Subjekt, unter ruſſiſcher und engliſcher Bedeckung das Land zu verlaſſen. Die neugewählte Medſchlis wird im November 1909 eröffnet. Aber ſchon 1911 macht der elende Mohammed Ali mit ruſſiſcher und auch engliſcher Hilfe den Verſuch, die Gewalt an ſich zu reißen, wird jedoch wieder vertrieben, indeſſen nicht, ohne daß die perſiſche Regierung neue finanzielle Opfer bringen muß. Inzwiſchen hatten ſich England und Rußland längſt geeinigt und Perſien durch den Petersburger Vertrag vom 31. Auguſt 1907 in zwei Intereſſenſphären geteilt, eine nördliche ruſſiſche und eine ſüdliche engliſche (ſ. Jäger, S. 113 ff.). Der ganze Norden bis zur Linie Kaſr-i-Schirin, Isfahan, Jezd, Kakh nach dem Schnittpunkt der perſiſchen, afghaniſchen und ruſſiſchen Grenze am Herirud wurde Rußland überwieſen. Dann folgte eine neutrale Zone, und der kleine ſüdöſtliche Teil von Belutſchiſtan bis zum Perſiſchen Golf, Kirman und Birchan, blieb England vorbehalten. Ohne nur gefragt zu werden, war Perſien damit aufgeteilt, und kein anderer Staat erhob Einſpruch. Deutſchland hat durch den Potsdamer Vertrag vom 19. Auguſt 1911 den Vertrag, wenigſtens für Rußland, anerkannt, um ſich den Ausbau der Bagdadbahn zu ſichern. Daß dieſe Politik England ſofort auf den Plan rufen mußte, iſt klar, und jedermann weiß, welche Schwierigkeiten ſich alsbald dieſem Plan entgegenſtellten.

Inzwiſchen hatte ſich die perſiſche Regierung an die Vereinigten Staaten gewandt, um aus ihren finanziellen Nöten herauszukommen. Dieſe ſchickten den hervorragend tüchtigen W. Morgan-Shuſter, der im Mai 1911 eintraf und alsbald eine großartige Tätigkeit als Finanzminiſter entfaltete. Das paßte natürlich Rußland nicht, und als Morgan-Shuſter energiſch gegen widerſpenſtige Steuerzahler und ruſſiſche Schützlinge einſchritt, erzwang es Ende 1911 die Entlaſſung des unbequemen Organiſators und verpflichtete die perſiſche Regierung, „keinen Ausländer in perſiſchen Dienſt einzuſtellen, ohne vorher die Zuſtimmung der ruſſiſchen und britiſchen Geſandtſchaft eingeholt zu haben“ (ſ. Jäger, S. 35). England hielt ſich in dieſem Streit zurück. Ähnlich wie in dem Falle Morgan-Shuſter ging es mit den ſchwediſchen Offizieren, die zur Organiſierung einer Gendarmerie ins Land gerufen wurden, um der herrſchenden Unſicherheit zu ſteuern; auch ſie wurden nach kurzer Zeit, im März 1915, wegen angeblichen Geldmangels großenteils entlaſſen. Das war alſo ſchon im Weltkrieg, und damit iſt die Zeit der ruſſiſchen Übergriffe ziemlich abgeſchloſſen; Perſien begann als neutrale Macht wieder etwas aufzuatmen. Deutſche Verſuche, auf dieſem Wege Indien zu bedrohen, ſind bekanntlich geſcheitert. Nun ging England energiſcher gegen das verwahrloſte Land vor, aber es wendete dabei nicht die brutalen ruſſiſchen Kampfmittel an, ſondern gebrauchte mehr wirtſchaftliche Maßnahmen, die ſchon vor dem Kriege geſchickt eingefädelt waren. Seit 1917 iſt es faſt unumſchränkter Alleinherrſcher, denn Rußland zog nach dem Vertrag von Breſt-Litowſk ſeine Truppen aus Perſien heraus, und die Türken in Meſopotamien wurden völlig geſchlagen, ſo daß auch die Bagdadbahn dem britiſchen Einfluß ausgeliefert war.

Man wird fragen, warum England und Rußland ſo erbitterte Kämpfe um das öde, verwahrloſte Land geführt haben und noch führen. Iſt denn dort ſo viel zu holen, daß es ſich der aufgewendeten Zeit und Arbeit wirklich lohnt? Das Land iſt doch großenteils Wüſte (die berüchtigte Kevir und Daſcht-i-Lut im Oſten) und hat trotz ſeiner Größe (1 645 000 Quadratkilometer) nur 10 Millionen, nach anderer Schätzung gar nur 4 Millionen, meiſt bettelarmer Bewohner. Wozu da all die Anſtrengungen? Die Antwort darauf geben am beſten die Angaben der „Anglo-Perſian Oil Company“, die 1909 von der „Burmah Oil Co.“ aus mit einem Kapital von 2 Millionen Pfund begründet wurde. Nach dem Bericht ihres Präſidenten, Charles Greenway, ſind nämlich die ſchon ſeit längerer Zeit bekannten Petroleumquellen Südperſiens bei Schuſchter allein bedeutender als die Ölfelder Rumäniens und Galiziens zuſammen und können jährlich bis zu 4 Millionen Tonnen liefern! Die anglo-perſiſche Ölgeſellſchaft hat ſchon Verträge über 12 bis 15 Millionen Tonnen Brennöl übernommen, und bei der wachſenden Bedeutung des Petroleums als Heizmaterial für Schiffe, Motoreninduſtrie und Luftſchiffahrt und den ungeheuren Vorräten Perſiens erſcheint allerdings die Zukunft des Landes in höchſt verheißungsvollem Lichte. Schon hat die indiſche Regierung beſchloſſen, auf ihrem weſtlichen Eiſenbahnnetz Öl ſtatt der Kohlen als Heizſtoff einzuführen, und wenn erſt genügend Raffinerien am Karunfluß und auf Abbadan an der Mündung des Schatt-el-Arab errichtet ſind, wird die Produktion der perſiſchen Ölfelder ſelbſt die der Vereinigten Staaten überſteigen. Schon jetzt iſt die Friedensproduktion Rumäniens und Galiziens überſchritten. Das perſiſche Rohöl iſt zudem ſehr hochwertig und enthält einen hohen Prozentſatz von Gaſolin, Keroſin, beſtem Leucht- und Heizöl und Paraffinwachs, und außerdem ſind die Anlagen weniger koſtſpielig wie anderswo, weil das Öl ohne großen Druck in mächtigen Wellen hervorſtrömt. Die Naphthaquellen von Maidan-i-Naphtun bei Schuſchter ſind aber nur ein kleiner Teil der großen meſopotamiſch-perſiſchen Ölzone, die ſich von der Provinz Moſul über Schuſchter bis nach Bender Abbas an der Straße von Hormus, entlang dem Weſtfuße der Zagrosketten, erſtreckt. Gayara (Kijara), Kerkuk und Mendeli in Meſopotamien, Kaſr-i-Schirin und Maidan-i-Naphtun in Perſien ſtellen die wichtigſten Punkte dieſes ölreichen Gebietes dar. Am günſtigſten gelegen iſt darunter Maidan-i-Naphtun, da in nächſter Nähe der in ſeinem Unterlaufe ſchiffbare Karunfluß vorbeifließt, der bei dem unter engliſchem Einfluß mächtig aufblühenden Hafen Mohammerah in den Schatt-el-Arab mündet. Die Entfernung bis zum Perſiſchen Golf beträgt nur etwa 230 Kilometer, es war alſo möglich, nach der Küſte mehrere Röhrenleitungen, ſogenannte Pipelines, zu legen, die das Rohöl in die auf der Inſel Abbadan errichteten Raffinerien pumpen. Für die Ausfuhr ſtanden der engliſchen Geſellſchaft ſchon während des Krieges 22 Tankſchiffe zur Verfügung, und die Zahl iſt inzwiſchen ſicher erheblich geſtiegen. Die engliſche Regierung iſt an der „Anglo-Perſian Oil Co." ſeit 1914 entſcheidend beteiligt, und es iſt intereſſant, daß zwiſchen den verſchiedenen engliſchen Petroleumgeſellſchaften in Birma, Indien, Perſien uſw. unter Führung der Regierung ein Zuſammenſchluß im Werk iſt, der England von dem amerikaniſchen Öltruſt (Rockefellers Standard Oil Co.) vollſtändig freimachen wird (ſ. „Technik und Wirtſchaft", 1920, 7. Heft, S. 461). Die Grundlage für dieſe zukunftsreiche perſiſche Ölinduſtrie ſchuf im Jahre 1901 der auſtraliſche Unternehmer W. Knox D'Arcy, indem er von der perſiſchen Regierung eine Ölkonzeſſion für 60 Jahre auf ganz Perſien, mit Ausnahme der unter ruſſiſchem Einfluß ſtehenden, ebenfalls petroleumreichen Provinzen am Südufer des Kaſpiſchen Meeres, erwirkte (vgl. „Der Neue Orient", Bd. I, 1917, S. 23 ff.). Eifrigſter und mächtigſter Förderer war der damalige Vizekönig von Indien, Lord Curzon, der heutige britiſche Außenminiſter, der 1899 auch den Vertrag mit Koweit geſchloſſen hatte. Da England durch den Weltkrieg auch Irak und Meſopotamien in ſeine Gewalt gebracht hat, verfügt es jetzt ungehindert über den ganzen Öldiſtrikt und hat ſich damit eine neue Quelle gewaltigen Reichtums und politiſcher Macht erſchloſſen, die ihm niemand ſo leicht ſtreitig machen kann. Der Kampf um Perſien iſt, zum mindeſten im Süden und Südweſten zugunſten Englands entſchieden, und daran werden auch die von Batum, Baku und Turkeſtan aus nach Süden vorrückenden bolſchewiſtiſchen Truppen nichts ändern. Die ſüdperſiſche Ölausfuhr wird auch für Mitteleuropa von Bedeutung ſein, wenn erſt die Bagdadbahn ganz fertig iſt oder das perſiſche Eiſenbahnnetz nach Nordweſten über Täbris und Djulfa den Anſchluß an Baku, Tiflis und Batum am Schwarzen Meer gewinnt, von wo aus dann die direkte Verſchiffung über das Schwarze Meer und die Donau aufwärts erfolgen kann. Vorläufig iſt der Seeweg durch den Perſiſchen Golf die einzige Verfrachtungsmöglichkeit und wird es auch noch lange bleiben.

Aber die Bedeutung Perſiens liegt durchaus nicht nur in der Petroleumfrage. Seit langem vermutet man mit großer Wahrſcheinlichkeit noch gewaltige ſonſtige Erdſchätze, wie vor allem Kupfer, Eiſenerz und Blei. Bei Teheran, an den Hängen des 5670 Meter hohen Vulkans Demawend im Elburs, wurden ſchon etwa zwanzig Kupferlager feſtgeſtellt. Ebenſo ſoll die Gegend von Kaswin und Sendjen ſehr kupferreich ſein. Störend iſt nur das Fehlen jeglicher Transport- und Fördermittel. Am leichteſten wird die Ausbeute der Kupfervorkommen im Karadagh ſüdlich vom Araxes ſein, weil hier die Täbris-Djulfaer Bahn vorbeiführt. Reiche Eiſenerzlager wurden an der Grenze gegen Ruſſiſch-Turkeſtan in Alla Dag, am Kaſpiſchen Meer bei Aſterabad und bei Boſtam in Choraſſan entdeckt. Außerdem gibt es an zahlreichen Stellen in der Nähe des Kaſpiſchen Meeres Petroleum. Blei fand man nordöſtlich von Kirman bei Gudar-i-Barut. Weitere Funde ſind ſicher zu erwarten.

Perſien hat aber auch große Zukunft als Baumwoll- und Zuckerrohrgebiet. Baumwolle wird in faſt allen beſiedelten Gegenden des Landes mit Ausnahme der Golfküſte angebaut und wurde ſchon in Friedenszeiten ſtark ausgeführt. Der Anbau von Zuckerrohr iſt an dem regenreichen Südufer des Kaſpiſchen Meeres weit verbreitet und könnte noch ſehr erweitert werden. Weiter kommen bei der Ausfuhr beſonders in Betracht die Seidenproduktion, Teppichweberei und leider auch die Opiumgewinnung. Öl- und Südfrüchte gedeihen natürlich in dem ſubtropiſchen Hochlande bei genügender Bewäſſerung vorzüglich.

Nicht zu vergeſſen iſt auch das Vorkommen von Steinkohle bei Teheran und an anderen Orten. Es ſollen noch große Lager vorhanden ſein.

Man ſieht, das alte, ſtolze Kulturland hat eine glänzende Zukunft vor ſich, und man begreift, warum die Engländer und Ruſſen ſo hartnäckig um ſeinen Beſitz gerungen haben und noch ringen. Der Kampf iſt noch nicht ganz zu Ende. Zwar iſt England im Süden in beherrſchender Stellung, aber die nationale, englandfeindliche Bewegung der Jungperſer wächſt zuſehends, und die Bolſchewiki haben vom Kaukaſus aus ſchon in Perſien Fuß gefaßt. Auch Afghaniſtan ſucht in Moskau neuen Rückhalt gegen das übermächtige britiſch-indiſche Reich. Jedenfalls muß mit neuen kriegeriſchen Verwicklungen gerechnet werden. Doch darf man dieſe Gefahren, die der britiſchen Machtſtellung in Vorderaſien drohen, nicht zu hoch einſchätzen. Englands wirtſchaftspolitiſche Machtmittel ſind zu groß und ſeine Mühlen mahlen langſam aber ſicher. Zudem hat die perſiſche Regierung nur materiellen Gewinn von der wirtſchaftlichen Erſchließung ihres Landes durch die Engländer. Bezieht ſie doch 16 Prozent des ſehr beträchtlichen jährlichen Reingewinns der „Anglo-Perſian Oil Co.“ und ihrer Tochtergeſellſchaft, der „Bachtiari Oil Co.“ Solche materiellen Bande ſind gewöhnlich ſehr haltbar. Freilich wird es noch viel Zeit und Geld koſten, bis das reiche und doch ſo arme Land wirklich produktiv wird. Es fehlt vor allem an Verkehrswegen, Straßen und Eiſenbahnen, um die troſtloſe Unwegſamkeit zu überwinden. Ein großzügiges Bahnnetz iſt ja ſchon lange geplant, aber bis zur Ausführung iſt im Orient ein weiter Weg, denn die Trägheit und Arbeitsunluſt des Orientalen bilden auch hier ein ſchwer zu überwindendes Hindernis. Und ob die Engländer in dieſem Punkte gerade vorbildlich und erziehend wirken, ſei dahingeſtellt, ſie laſſen bekanntlich gern andere für ſich arbeiten. Immerhin haben ſie in dem nahen Indien eine Fülle von Arbeitskräften, die auch dem erſchlaffenden Klima die nötige Gewöhnung und Widerſtandskraft entgegenbringen. Bei der Fertigſtellung der Bagdadbahn werden ja auch vorwiegend indiſche Arbeiter verwendet. Das Klima des iraniſchen Hochlandes hat jedoch im Gegenſatz zu Meſopotamien eine auch für indiſche Arbeiter recht unangenehme Eigenſchaft, das ſind die extremen und plötzlichen Temperaturſchwankungen. Es iſt durchaus nichts Seltenes, daß an einem und demſelben Tage das Thermometer um mehr als 30 Grad differiert, ähnlich wie in Nordamerika. Deshalb iſt ein Aufſtieg des Landes nur möglich unter Mitarbeit der einheimiſchen Bewohner. Die nötige Intelligenz iſt zweifellos vorhanden, einſtimmig wird die ſchnelle Faſſungskraft des Perſers gerühmt, die ſich z. B., ähnlich wie bei dem Armenier, in der erſtaunlich raſchen Erlernung fremder Sprachen äußert. Für die Erziehung zur Mitarbeit ſind aber weiter techniſche Hilfsmittel, techniſch geſchulte Kräfte und induſtrielle Erzeugniſſe aller Art notwendig, um dem perſiſchen Volke den Weg zum Aufſtieg zu zeigen. Es iſt zu hoffen, daß dem gequälten Volke nun endlich bald Ruhe beſchieden iſt, damit es im Frieden die reichen Kräfte ſeines Landes mit fremder Hilfe entwickeln lernt.

Der Tſcheche

Eine völkerpſychologiſche Betrachtung

Von

Karl Hans Strobl

(Schluß)

Damals waren die Tſchechen eben wieder in großer Angſt um die Erhaltung ihres Volkstums. Die glänzende Epoche der Przemysliden war nicht vorübergegangen, ohne ihnen bedeutſame nationale Einbußen zu bringen. War Przemysl Ottokar II. nicht Herzog von Öſterreich geweſen? Hatte er nicht zum erſtenmal jene Verbindung zwiſchen Böhmen und Wien hergeſtellt, die von den Tſchechen als ſchreckliche Gefahr ſeit jeher gefürchtet wurde? Und hatten jene weſtlich gerichteten Fürſten nicht das deutſche Bürgertum in den Städten, das deutſche Weſen im Lande überhaupt ſo überaus gekräftigt? Wahrlich nicht aus Liebe zum Deutſchtum als ſolchem, ſondern weil ſie einſahen, daß ihren Ländern eine Hebung des Kulturzuſtandes dringend nottue und daß ſie dadurch ertragreicher und ſteuerkräftiger würden. Und dann die Luxemburger. Vor allem jener Karl IV., der die innere Politik der Przemysliden in größtem Maßſtab fortſetzte, ganz Böhmen mit deutſchem Geiſt erfüllte; der vor allem Prag zu einem Kulturmittelpunkt Europas zu machen beſtrebt war und der Stadt jene ſo urtümlich deutſchen Züge in das ſteinerne Antlitz prägte, die den Tſchechen trotz heißen Bemühens bis heute noch nicht zu verwiſchen gelungen iſt.

Gegen dieſes Überwiegen des deutſchen Geiſtes ſchien die Tätigkeit des Profeſſors Hus Waffen zu geben. Richtete ſich die Forderung evangeliſcher Einfachheit nicht vor allem gegen den üppig dahinlebenden zumeiſt deutſchen Klerus? Das gewann ihr ſogleich die tſchechiſche Geiſtlichkeit und Bürgerſchaft, aber auch den nationaltſchechiſchen, beſonders den niederen Adel. Den Bauern predigten Hus und Hieronymus unter freiem Himmel. War das nicht wie eine Erneuerung der Bergpredigt? War das nicht eine Ermunterung, im Zeichen reineren Chriſtentums auch mit den ſozialen Mißſtänden aufzuräumen, den Adel zum Teufel zu jagen und die brüderliche Gleichheit auch in weltlichen Dingen zu fordern? Aber auch an der Univerſität Prag, deren Dekan Johannes Hus 1401, deren Rektor er 1402 wurde, entfachte er den nationalen Kampf. Gemäß dem Gründungsſtatut Karls IV. von 1348 bildeten Lehrer und Studenten eine einzige große Gemeinſchaft, die ſich ſelbſt regierte und Recht ſprach. Sie zerfiel zu dieſem Zweck in die vier „Nationen", richtiger Landsmannſchaften, denn über die Zugehörigkeit entſchied nicht die Sprache, ſondern das Gebiet, aus dem man ſtammte. Dieſer Nationen waren vier: die bayeriſche, die ſächſiſche, die polniſche und die böhmiſche. Die böhmiſche „Nation" umfaßte bloß ein Fünftel der Studierenden, die Anzahl der Tſchechen ſelbſt war aber natürlich noch weit geringer, da außer ihnen auch die Deutſchen Böhmens und die Studenten aus Ungarn hier inbegriffen waren. An der Prager Univerſität nun wurde die Angelegenheit des Magiſters Hus ſogleich und mit allem Nachdruck national ausgedeutet und ausgenutzt. Längſt ſchon ſprachen die Tſchechen — genau im Sinne des ſpäteren Panſlawiſten Kriſchanitſch — von den Deutſchen als von „Fremdlingen" und „läſtigen Einwanderern". Nun ſchieden ſich die Geiſter aufs deutlichſte, je nachdem, ob ſie zu Hus oder gegen ihn ſtanden. Die Tſchechen ſcharten ſich um ihn, die Deutſchen bekannten ſich zu den von ihm angefochtenen Grundſätzen der Kirche.

Johannes Hus hatte aber nicht bloß die tſchechiſche Geiſtlichkeit, den Adel, die Bürgerſchaft, die Bauern und Studenten ſeiner Nation hinter ſich, ſondern auch ſeinen allermächtigſten Rückhalt am Hofe des Königs. Die Königin Sophia, deren Beichtvater er war, ſtand ganz auf ſeiner Seite, ja, der König Wenzel ſelbſt war ihm überaus wohlgeſinnt. Längſt ſchon gegen die Deutſchen, die ihn im Jahre 1400 als Kaiſer abgeſetzt hatten, erbittert, verdroß ihn jetzt ihr Widerſtand gegen die von ihm ſelbſt geduldete neue Lehre ſo ſehr, daß er das Statut der Univerſität gänzlich umſtieß. In dem damals entbrannten Kirchenſtreit zwiſchen zwei Päpſten ſtellte ſich die Univerſität mit der Mehrheit von drei

Nationen, der zwei deutſchen und der polniſchen, gegen die böhmiſche auf die Seite jenes Papſtes, den Wenzel nicht anerkennen wollte. Empörender Ungehorſam! Der erboſte König verfügte, daß künftighin die böhmiſche Nation drei Stimmen, die drei übrigen Nationen zuſammen nur eine haben ſollten. Ein etwas gewaltſamer nationaler Ausgleich, den ſich die deutſchen Studenten und Lehrer nicht gefallen laſſen wollten. Sie ſchnürten ihre Bündel und wanderten, 1409, aus. Nach Leipzig, wo eine neue Univerſität gegründet wurde, die bald mächtig emporblühte. Die Prager Univerſität aber, die in den ſiebziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts etwa 10 000 Studierende beherbergt hatte, verödete und verfiel.

Es war ein Triumph des Magiſters Hus und der nationaltſchechiſchen Sache, zu deren Wortführer er ſich nun immer uneingeſchränkter aufſchwang. Als im Jahre 1412 der Papſt einen Ablaß in Prag verkünden ließ, predigten Hus und ſeine Jünger gegen ihn und reizten ihren Anhang ſo auf, daß der Bote des Papſtes verhöhnt und die Bullen öffentlich verbrannt wurden. Nun ſah ſich Wenzel doch gezwungen, einzuſchreiten und drei der Rädelsführer hinrichten zu laſſen. Die fanatiſierte Menge ſah ſogleich in den drei Enthaupteten Märtyrer ihrer Nation und begrub ſie feierlich unter vielem Gepränge in jener Bethlehemskirche, an der Hus ſeine tſchechiſchen Predigten hielt. Mit ingrimmigem Haß verfolgte ſie die deutſchen Richter, die jene drei verurteilt hatten, den deutſchen Magiſtrat, der das Urteil vollzogen hatte, ja alle Deutſchen Prags, deren Wohlſtand und bürgerliche Geſinnung ihr ſchon längſt ein Dorn im Auge war. Und Hus ſelbſt ſchürte nur noch dieſen Haß, indem er behauptete, daß alle Angriffe gegen ihn und ſeine Lehre nur ein Werk der wegen der Vorgänge an der Univerſität empörten Deutſchen ſeien.

Sein Anhang vergrößerte ſich von Tag zu Tag; der Bann, mit dem er belegt worden war, machte ſo wenig Eindruck, daß ſich das Konzil zu Konſtanz, das im Jahre 1414 zuſammengetreten war, genötigt ſah, die Sache irgendwie aus der Welt zu ſchaffen. Es war zuſammenberufen worden, um in die gänzlich zerfahrenen Kirchenverhältniſſe Ordnung zu bringen. Dazu gehörte aber auch, daß die peinliche Angelegenheit in Böhmen beigelegt werde. Man lud Hus vor das Konzil und hatte von Anfang an die beſte Abſicht, alles mit Güte ins reine zu bringen. Wenn nun der Prozeß mit der Verbrennung des Hus ausging, ſo hatte er dies nur ſeiner eigenen ſeltſamen und widerſpruchsvollen Haltung zu danken.

Seltſam und zweideutig in der Tat!

Die Schriften des John Wiclif waren ſchon im Jahre 1382 mit dem Bann belegt worden. Man hätte alſo bloß nachzuweiſen brauchen, daß die Lehrmeinungen des Hus mit denen des Oxforders nahezu wortwörtlich übereinſtimmten, um ihn als Ketzer zu überführen. Deſſenungeachtet ging man in die Debatte ein. Und nun kommt das Zweideutige ſeiner Verteidigung: Hus beteuert bei jeder Verhandlung die Übereinſtimmung ſeiner Anſichten mit den Lehren der Kirche. Die Sätze Wiclifs, die man aus ſeinen Schriften ausgezogen hat, beweiſen aber das Gegenteil. Er verbreite ja gar nicht die Anſichten Wiclifs, ſagt Hus. Aber hier ſtehe es ja ſchwarz auf weiß, entgegnet man ihm. Hier ſtehe es wohl, aber das ſei gar nicht ſo gemeint, ſondern —. Ja, wenn er es nicht ſo gemeint habe und mit der Kirche übereinſtimme, dann könne er ja die angefochtenen Sätze widerrufen und brauche bloß ſich zu verpflichten, daß er ſich in Wort und Schrift der Kirchenlehre anpaſſen wolle. Er habe aber nichts zu widerrufen und würde ſich durch Abſchwören nur zu Irrtümern bekennen, die er nicht begangen habe.

Kein Wunder, wenn angeſichts dieſer Haltung die von vornherein durchaus günſtige Stimmung in ihr Gegenteil umſchlägt. Kaiſer Sigismund, der Hus anfangs wohlwollend geſinnt iſt, zieht ſich zurück, die kirchliche Reformpartei läßt ihn fallen. Iſt das nicht ſonderbar, immer zu behaupten, daß man mit den Lehren der Kirche in Übereinſtimmung ſtehe, und doch jede Bürgſchaft dafür zu verweigern? Iſt das nicht, was man gemeinhin eine „Dreh“ nennt? Hus verſucht ſich durch juriſtiſche Winkelzüge zu retten, man hat den Eindruck, daß er allerlei dialektiſche Fechterkünſte aufwende. Schwachmütigkeit verſchwiſtert ſich mit Eigenſinn. Keine Spur der ſittlichen Größe und Überzeugungstreue, die Luther einer Welt von Feinden ins Geſicht ſagen läßt: „Hier ſtehe ich, ich kann nicht anders.“ Hus ſpielt mit dem Konzil Verſtecken, es fehlt ihm zum offenen Bekenntnis ſeines Abfalles der Mut. Keine heldenhaft inbrünſtige Apotheoſe der Wahrheit verklärt ſeinen Fall, ſein Märtyrertum iſt Dickköpfigkeit, leiſe angehaucht von Drückebergerei.

Nicht auf ſich allein und ſein Verhältnis zu Gott ſtützt ſich dieſer Märtyrer, er ſchielt auch nebenher auf die Wirkung daheim. Bei ſeiner letzten Weigerung des Widerrufes, ſchon angeſichts des Scheiterhaufens, erklärt er, er könne es nicht tun, denn es würde auch dem Volk daheim und ſeinen Anhängern Ärgernis geben.

Man wird dieſe Haltung vermerken müſſen. Sie hat nichts von wirklichem inneren Adel. Sie ſtammt aus einer Knechtsſeele. Und ſie wirft Licht auf manches im Weſen auch noch des heutigen Tſchechen.

Am 6. Juli 1415 wird er verbrannt.

Aber die nationale Erweckung der Tſchechen iſt durch dieſes Ereignis nur noch beſchleunigt worden. An der Flamme des Konſtanzer Scheiterhaufens hat ſich, wie man poetiſch zu ſagen pflegt, ein verheerender Brand entzündet. Kaum war Hus verbrannt, ſo brach die Erregung los, man verjagte die katholiſchen Prieſter, erſetzte ſie durch huſſitiſche, das Bistum Leitomiſchl, deſſen geiſtlicher Herr ſich unter den Gegnern Huſens beſonders hervorgetan hatte, wurde verwüſtet. Jetzt erſt wurde die nicht von Hus, ſondern vom Magiſter Jakob von Mies aufgeſtellte Lehre des Abendmahles unter beiderlei Geſtalt zum unterſcheidenden Merkmal ſeiner Anhänger. Der Kelch wurde ihr Symbol, Hus aber wurde vom „Generalſtudium“ der Prager Univerſität zum heiligen Märtyrer ernannt. Immerhin blieb das Land noch halbwegs in Ordnung. Erſt als Wenzel im Jahre 1419 einen verſpäteten Verſuch zur Unterdrückung der Bewegung machte, ging der Tanz an. Und nun geſchah, was mit weltgeſchichtlicher Geſetzmäßigkeit immer bei Revolutionen zu geſchehen pflegt: nicht die gemäßigte Partei der Kalixtiner oder Utraquiſten kam ans Ruder, ſondern der äußerſte radikale Flügel, die Taboriten.

Bald ſtand das ganze Land unter Waffen. Die wildeſten Inſtinkte der Beſtie Menſch waren entfeſſelt. Eine Orgie des Deutſchenhaſſes tobte durch Böhmen. Und wie immer bei ſolchen Ausbrüchen fanatiſierter Maſſen tauchte auch ſogleich der kommuniſtiſche Gedanke auf. Die Taboriten kamen zu faſt wortwörtlich demſelben Programm wie die Bolſchewiken von heute. Alle Macht liege beim Volke, abſolute Gleichheit ſollte herrſchen, Rang, Vermögen, Bildung machten keine Unterſchiede mehr, Prieſter und Laien wären zu denſelben Aufgaben berufen, alles ſolle allen gehören. Alle Achtung vor der höheren geiſtigen Leiſtung und vor der Kultur wurde abgetan. Bis ins kleinſte gehen die Ähnlichkeiten mit den Vorgängen von heute, die Sozialiſierung, die Emanzipation der Frau, zu der in ſeltſamem Widerſpruch die von einzelnen, wie z. B. von den Adamiten geforderte Vergemeinſchaftung des Weibes ſteht. Die ganze bisherige Entwicklung der Menſchheit war dieſen Fanatikern ein verbrecheriſcher Irrweg; was nicht aus der Bibel nachweisbar war, ſollte der Vernichtung verfallen. Die Wiederkehr des Reiches Gottes wäre nahe. Aber Gott ſollte, wenn er wiederkam, nur wahre Chriſten finden, daher mußten die Lügenchriſten, insbeſondere die Deutſchen und ihre Schöpfung, die Kultur, ausgerottet werden. So kam man von der religiöſen wie von der ſozialen Seite her zu demſelben Schluß: Tod und Vernichtung dem Deutſchtum. Mit Raub, Mord und Brand begann man den Krieg zu Ehren Gottes und des reinen Chriſtentums. Es war ein ſchwerer Rückfall ins Aſiatiſche des Slawentums.

Und wie heute Europa, ſoweit es ſich ſeiner Sendung bewußt iſt, gegen den Bolſchewismus kämpfen muß, ſo mußte ſich das damalige Europa gegen die huſſitiſchen Mordbrennerbanden zur Wehre ſetzen. Kreuzzüge wurden gepredigt. Aber die Kreuzheere, die den Huſſiten an Zahl übrigens weitaus nachſtanden, wurden geſchlagen, ſie liefen ſpäter, nachdem ſie einmal die Kampfeswut des Feindes kennen gelernt hatten, wohl auch ohne ernſtlichen Widerſtand vor ihnen davon. Die mit beſtialiſcher Grauſamkeit gepaarte Genialität des Ziska von Trocnow hatte eine Taktik ſeiner Scharen erſonnen, die ſie unwiderſtehlich machte. Es ſchien keine Macht mehr zu geben, die der Raſerei hätte ſteuern können. Städte flammten auf, herrlichſte Denkmäler der Kunſt ſanken dahin, mit viehiſcher Mordgier wurden alle Deutſchen geſchlachtet, hinter den Schwärmen der Huſſiten blieben rauchende Trümmer und Leichenhaufen zurück. Und wieder dasſelbe Bild wie in Rußland, in Ungarn, in München: kein Menſch dachte an Arbeit, der Ackerbau und das Gewerbe im eigenen Land waren vernichtet. Da wälzte ſich die Sturmflut der Mordbrenner in die Nachbarländer. Schleſien, Mähren, Meißen, Sachſen, Thüringen wurden heimgeſucht und verheert. Bis über Danzig einerſeits, nach Ungarn andererſeits erſtreckten ſich die Raubzüge.

Solche Raſereien menſchlichen Irrſinns müſſen naturgeſetzlich in ſich ſelbſt zuſammenbrechen. Auch das Huſſitentum entging ſeinem Schickſal nicht. Die Partei der Gemäßigten erhob ſich gegen die Ultraradikalen und griff, da dieſe durchaus nicht Vernunft annehmen wollten, zu den Waffen. Bei Lipan, zwiſchen Kolin und Böhmiſch-Brod, kam es zum Entſcheidungskampf, es gelang, die Taboriten durch eine Kriegsliſt aus ihrer Wagenburg herauszulocken, in fürchterlichem Gemetzel büßten von 18 000 Streitern der Taboriten 13 000 ihr Leben ein. Unter den Gefallenen lagen auch die beiden Prokope, die nach Ziskas Tod die Führer der Huſſiten geweſen waren. Nun war an ein Vertragen zu denken, die Baſler Kompaktaten ſchufen die Grundlagen eines Friedens, der 1436 in der böhmiſch-mähriſchen Grenzſtadt Iglau — einer der wenigen deutſchen Städte, die dem großen Brand unverſehrt entgangen waren — beſchworen wurde.

Siebzehn Jahre lang hatten die Kämpfe gedauert, Böhmen und ſeine Nachbarländer waren zur Wüſte geworden, Kultur des Geiſtes und blühender Wohlſtand waren auf lange Zeit vernichtet, aber mit Mord und Brand war eine Tſchechiſierung erreicht worden, die den Slawen in den folgenden Jahrhunderten die unumſtrittene Vorherrſchaft brachte. Nur langſam erholten ſich die von der huſſitiſchen Furie heimgeſuchten Länder, bis ſie im 16. Jahrhundert wieder, in der Vereinigung mit der habsburgiſchen Herrſchaft, europäiſche Geltung gewannen. Aber am Beginn des 17. Jahrhunderts ſollte ein neuer verheerender Krieg in ihnen entzündet werden, der abermals ſie ſelbſt und Deutſchland an den Rand des Abgrunds brachte.

Die deutſche Reformation hatte in dem an den „großen Erinnerungen" der Huſſitenzeit hängenden Böhmen ſehr bald bedeutenden Anhang gewonnen. Sie erſchien den Tſchechen vor allem als eine Fortſetzung der von Hus begonnenen religiöſen Umwälzung; und wenn diesmal wohl auch die deutſchen Landsleute an der geiſtigen Umwälzung teilnahmen, ſo war ſie den Tſchechen doch vor allem als ſtändige Drohung und als Mittel der Behauptung nationaler Selbſtändigkeit gegen die katholiſchen Habsburger willkommen. Auch in dieſer religiöſen Bewegung iſt der nationale Zug unverkennbar. Mit ihm vereinigten ſich Unabhängigkeitsgelüſte des vornehmlich tſchechiſchen Adels. War der Huſſitenſturm eine Umwälzung von unten geweſen, eine Revolution des kommuniſtiſch geſtimmten Proletariats in den Städten und auf dem Lande, ſo war die evangeliſche Bewegung in Böhmen, die von Rudolf II. im Jahre 1609 den Majeſtätsbrief ertrotzte, eine Umwälzung von oben. Eine Revolution des Adels, der mit der Regierung unzufrieden war. Allerlei ſelbſtſüchtige Motive ſpielten mit hinein. Weiß man doch von einem der Häupter des Aufſtandes, Heinrich Mathias, Grafen von Thurn, daß er deshalb ſo beſonders erbittert gegen den Statthalter Jaroslaw von Martiniz war, weil er dieſem das einträgliche Amt eines Burggrafen von Karlſtein hatte abtreten müſſen.

Daß man den Zuſammenhang der neuen Bewegung mit jener alten Huſſitengeſchichte dazumal ſehr deutlich empfand, zeigt ein wenig beachteter, aber ſehr bedeutſamer Umſtand: daß Rudolf II. an dem Entwurf des Majeſtätsbriefes ein einziges Wort zu verändern fand, indem er ſtatt „evangeliſch" „utraquiſtiſch" ſetzte. Die nationale Note war jedenfalls auch diesmal ſtark betont. Wenn ein Teil der Herren, die den Aufſtand ins Leben riefen, auch der Abſtammung und Sprache nach deutſch waren, ſo ſtanden ſie doch in der nationalen Geſinnung auf ſeiten der tſchechiſchen Standesgenoſſen. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der tſchechiſchen Geſchichte, daß der deutſche Adel in Böhmen der Tſchechiſierung mit unheimlicher Raſchheit erliegt und ſie auf ſeinen Gütern mit Nachdruck betreibt. In der Gegenwart iſt wohl der nationale Umfall eines Geſchlechtes mit dem urdeutſchen Namen Schwarzenberg das bekannteſte Beiſpiel. Die Slawiſierung der Güter iſt nirgends mit ſo fanatiſchem Eifer betrieben worden, wie von dieſen Herren. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der eigene Vorteil will es. Denn die Spannung zwiſchen dem Gutsherrn und den minder kultivierten tſchechiſchen Gutsinſaſſen iſt weit größer als die zwiſchen Herrn und deutſchem Bauern und Bedienſteten. Ein weit umfaſſenderes Herrengefühl, eine viel weiter reichende Machtvollkommenheit iſt der Lohn. Die deutſchen Herren ſahen es ſo auf den Gütern der tſchechiſchen Genoſſen, beneideten ſie darum und ſchlugen den ſlawiſchen Kurs ein, um auch daran teilzuhaben.

Ein Geſetz, das übrigens leider für den ganzen Oſten, auch für Ungarn und Polen gilt: Überordnung der Standesvorteile über die nationale Pflicht durch den Adel.

So waren unter den Aufrührern des Jahres 1618 wohl auch einige Adlige deutſchen Namens, aber auch die ebenſo national geſinnt wie die tſchechiſchen Genoſſen. Übrigens jene Herren, die an dem verhängnisvollen 23. Mai 1618 die Statthalter Martiniz und Slawata und den Sekretär Fabrizius aus den Fenſtern des Prager Schloſſes ſtürzten, waren der überwältigenden Mehrzahl nach echte Tſchechen. Daß die drei bei dem Sturz in den 18 Meter tiefen Burggraben nicht wirklich den Kragen brachen, lag weniger am mangelnden guten Willen dieſer Herren als an dem Umſtand, daß ein Miſthaufen unter dem Fenſter lag, oder, wie myſtiſch geſtimmte Seelen behaupteten, an dem perſönlichen Eingreifen der Jungfrau Maria.

Man weiß, wie es dann weiter kam. Die kurze Herrlichkeit des „Winterkönigs" Friedrich von der Pfalz endete mit der Schlacht am Weißen Berge. In einer kurzen Schlachtſtunde entſchied ſich das Schickſal Böhmens, weil ſein Adel trotz aller Begeiſterung jene rückſichtsloſe Opferwilligkeit nicht aufzubringen vermocht hatte, die zu nachdrücklichem Erfolg nötig iſt. Hatten die Taboriten von Raub und Plünderung gelebt, ſo verwirtſchaftete die revolutionäre Regierung des Adels nicht minder ſinnlos die erpreßten und konfiszierten Gelder. Aufzubauen und zu organiſieren vermochten weder die proletariſchen noch die ariſtokratiſchen Empörer.

Ein furchtbares Strafgericht ging über Böhmen nieder. Der Altſtädter Ring ſah an einem einzigen Tage die Hinrichtung von 24 der vornehmſten

Männer des Landes, faſt ein Drittel der Güter des böhmiſchen Adels im Werte von rund 100 Millionen Mark wurde zugunſten des Kaiſers eingezogen. Die minder Schuldigen ſollten freilich eine Entſchädigung in der Höhe von einem Drittel oder einem Viertel des Wertes erhalten, aber man gab ihnen die Ablöſung in verſchlechterter, minderwertiger Münze. Der Kaiſer war nun Herr des größten Teiles von Böhmen. Aber er brauchte Geld und ſo verſchleuderte er ſeinen Beſitz wieder an fremde Standesherren, Deutſche zumeiſt, aber auch Spanier und Italiener. Ein neuer, landesfremder Adel entſtand, willige Werkzeuge Wiens, bis auch er jenem oben dargeſtellten ſozialen Geſetz der Tſchechiſierung zum größten Teil erlag.

Die gewaltſame Katholiſierung wurde mit allem Eifer betrieben. Kein Mittel der Gewalt und Bedrückung blieb unangewendet; die Liechtenſteinſchen Dragoner als „Seligmacher“ einzuquartieren, war eines der beliebteſten. Die Proteſtanten mußten ſich unterwerfen oder das Land verlaſſen. Der größte Teil verließ lieber ſeine Heimat als den Glauben, und die Bevölkerung Böhmens ſank nach tſchechiſcher Schätzung von 4 Millionen auf 700000 bis 800000, die Bauernſchaft insbeſondere von 150 000 auf 50 000. Selbſt in Mähren, wo man nicht ſo unerbittlich grauſam vorgegangen war, ſoll die Zahl der Bauern von 90 000 auf 30 000 gefallen ſein.

Gegen dieſe Zahlen wird freilich neueſtens der Einwand erhoben, daß dieſes Hin- und Herwogen nur den Rand der Sprachgebiete betroffen habe, aber eine bedeutſame Herabminderung der Einwohnerzahl iſt doch wohl unbeſtreitbar.

Wien hatte über Prag geſiegt, aber es hatte ſeinen Sieg durch blindes Wüten gegen die Kräfte des Landes befleckt. Das iſt es, was die Tſchechen den Habsburgern nicht vergeſſen können und was ſie zu deren erbittertſten Feinden gemacht hat.

Eine neue Periode der Germaniſierung begann, Deutſche waren die Träger der Gegenreformation, Deutſche waren dann im folgenden Jahrhundert des aufgeklärten Abſolutismus die Träger der Zentraliſation; als Helfer der Habsburger luden die Deutſchen zu dem alten, noch nicht erloſchenen, neuen Haß auf ſich.

Wieder erſtand die alte Angſt der Tſchechen vor der Entnationaliſierung. Aus ihr erhob ſich dann zu Ende des 18. Jahrhunderts der Wille zur nationalen Wiedergeburt in Kultur und Sprache. Aus ihr entſchied ſich der Eintritt der Tſchechen in den panſlawiſtiſchen Gedankenkreis mit dem Mütterchen Rußland als Vormacht und Schützerin. Dieſe zur Hyſterie gewordene Angſt hat dann die tſchechiſchen Umtriebe hervorgerufen, die zum Weltkrieg und zur Zertrümmerung Öſterreichs geführt haben. Noch weiß man nichts Aktenmäßiges über die Vereinbarungen zwiſchen den tſchechiſchen Sendboten und der ruſſiſchen Regierung. Aber es iſt unzweifelhaft, daß Rußland nicht den Weltkrieg mit ſolcher Zuverſicht vorbereitet und begonnen hätte, wenn es nicht an treue Bundesgenoſſenſchaft in Öſterreich ſelbſt mit aller Gewißheit geglaubt hätte.

So hat auch diesmal wieder ein großer, verheerender Krieg ſeinen Urſpruug in Böhmen genommen.

Wer will angeſichts ſolcher Verwicklungen von „Schuld“ ſprechen? Daß die Tſchechen ein Recht auf Wahrung ihres Volkstums haben, wird ihnen wohl von Deutſchen am allerwenigſten beſtritten werden. Daß die Deutſchen andererſeits als Träger und Hüter des öſterreichiſchen Reichsgedankens dieſes Volkstum nicht auf Koſten des eigenen und des Reiches fördern wollten und konnten, iſt ebenſo klar. Sie waren oft genug gezwungen, Regierungen, deren Unfähigkeit und Ungeſchicklichkeit ihnen ſelbſt peinlich war, zu ſtützen, Maßnahmen hinzunehmen, zu denen ſie ſelbſt nur mit Verleugnung beſſerer Einſicht ja ſagen konnten.

Das iſt weltgeſchichtliche Tragik, aber keine Schuld!

Eine Fahrt durch die deutſchen Ausgrabungsſtätten in Kleinaſien

Eine Erinnerung an die Vorkriegszeit

Von

Kurt Paechter

Die Ausſicht, vierzehn Tage unter freiem Himmel ſchlafen zu müſſen und alle übrigen Gepflogenheiten dieſem primitiven Zuſtande anpaſſen zu ſollen, kann wohl nur durch ganz beſondere Verheißungen lockend wirken, und es werden den Durchſchnittseuropäer große Hoffnungen reizen, wenn er verſchimmelten Käſe und Kamelfleiſch als Nahrung und Moskitos und kleinaſiatiſche Türken zur Geſellſchaft wählt.

Aber wir ſollten die alten Wunderſtädte Priene, Milet und Didyma ſehen …

In Smyrna hatten wir das große Glück gehabt, den ungekrönten König jenes Landes, Profeſſor Wiegand (jetzt Direktor der antiken Abteilung am alten Muſeum in Berlin), zu treffen. Gerade er war wohl der einzige Menſch, der uns eine Reiſe durch dieſe Gegenden möglich — das heißt gleichſam bequem machen konnte. Jung und alt kennt und liebt ihn dort und faſt jede Möglichkeit des Landes iſt für ihn bereit. Nicht nur durch ſeine gewinnende Liebenswürdigkeit, ſondern noch beſonders als Leiter der deutſchen Forſchungen iſt er Herr der Situation dort. Damit ſtehen ihm natürlich auch unſere Ausgrabungshäuſer in Priene, Milet und Didyma zur Verfügung. Dieſe wurden gebaut, um den Ausgrabenden in jenen drei Orten zur Wohnung zu dienen, da die einheimiſchen Siedlungen dort nur aus wenigen Hütten beſtehen, die dazu noch in fiebergefährlichen Niederungen liegen, während die deutſchen Häuſer ſämtlich hoch, in geſunder Lage und mit freiem Blick gebaut ſind. Der Gelehrte gab uns mit großer Freundlichkeit und bereitwilligſt die Erlaubnis, in jenen drei Orten dieſe Ausgrabungshäuſer als Nachtquartier zu beziehen.

So war die erſte Frage für dieſe Fahrt glücklich entſchieden und die zweite, gewiß nicht minder wichtige Sorge der Verproviantierung mußte abgewälzt werden. Nachdem wir ſo gut wie möglich dem Verkäufer die Vorteile einer europäiſchen Beköſtigung klar gemacht hatten, zeigten wir uns dennoch mit einigen Würſten und Zwiebäcken in gewiß recht appetitlichen — Büchſen ſehr zufrieden. Am nächſten Morgen beſtiegen wir den von außen ſehr eleganten „Ottoman Expreß“. Nach kleinaſiatiſchen Begriffen aufgefaßt, macht dieſer Zug ſeinem ſtolzen Namen: Expreß, wahrſcheinlich volle Ehre. — Nach beinahe zehn Stunden langſamer, rüttelnder Fahrt erreichten wir Sokia, die letzte Bahnſtation dieſer Linie. Hier waren wir bis zur Fahrt nach Priene, am nächſten Tag, ſehr gut aufgehoben und erbauten uns durch ein langes Geſpräch mit unſerem deutſchfreundlichen Wirt und an einem ſchönen Bild unſeres Kaiſers.

Um fünf Uhr früh fuhr unſere Reiſekutſche vor. Es war ein breit ausladender Wagen, deſſen Solidität mehr vertrauenerweckend als komfortabel war. Ein unendlich ſchwarzer Kutſcher, deſſen vollſtändigſtes Kleidungsſtück ein noch unendlicherer, ſehr bunter Schal um die Hüften war, und ein Paar gutmütige kleine Pferde vervollſtändigten dies Bild ſeltener Eleganz. Trotz der drückenden Hitze — es war Anfang Juli — wird mir dieſe Fahrt durch die — an ſich wenig intereſſante — Steppe als eine der ſchönſten meines Lebens unvergeßlich bleiben. Der Weg folgt zumeiſt dem Laufe des Mäanders, welcher angenehmerweiſe gerade hier wenig mit dem zeitraubenden antiken Muſter zu tun hat. In breitem, träg dahinziehendem Laufe durchſchneidet er dies Land, welches er ſelber in unaufhörlicher Arbeit anſchwemmt und in ſolcher Weiſe das Meer ſtetig weiter hinausſchiebt. So berichten antike Geographen, daß dies Land zwiſchen Priene und Milet noch zur Zeit von Chriſti Geburt offenes Meer war und die hier liegenden Städte meiſt Kriegshäfen. Wenn auch die weiten Flächen der Landſchaft im ganzen einen etwas eintönigen Charakter geben, ſo ſorgen doch die häufigen großen Strecken ſchönen Weidelandes wie auch die oftmals zu Alleen anwachſenden Büſche großer und dichter Palmen für willkommene Belebung. Den ſchönſten Anblick boten große Sträucher blühender Aloe. In dichten Maſſen ſtanden ſie viele Meter weit längs der Straße, an vielen Stellen drängten ſie ſich ſogar quer über den Weg, ſo daß der Wagen mitten durch ſie hindurchfahren mußte. — Wenn dies auch nicht der berühmte Berg war, durch welchen der Weg in das Schlaraffenland führt, ſo glich es doch ſicherlich einer verzauberten Stadt, welche in einen Wald verwandelt war und in ſolch einſamer Gegend den Wanderer hemmt und bezaubert.

Gegen Abend erreichten wir Priene, dankbar, nicht in dem beſonders türkiſchen — das heißt beſonders wenig einladenden Dorfe — übernachten zu müſſen. Und trotzdem wir es ja erwartet hatten, waren wir dennoch durchaus freudig erſtaunt, in dieſer Wildnis, ſo weit entfernt von den letzten Spuren ziviliſierten Verkehrs ein ſo freundliches deutſches Heim zu finden. Der — ſicher nur unter dem Einfluß ſeiner griechiſchen Umgebung — ſo zerberusartige Hüter dieſes modernen Hauſes und des Zugangs zur antiken Stadt ſorgte mit ebenſo ausdauernder Liebe für die Unterkunft unſeres klaſſiſchen Geſpanns wie für die ſehr modernen Eß- und Schlafbedürfniſſe neuerer Reiſender.

Der nächſte Tag brachte uns einen Spaziergang durch eine griechiſche Landſtadt des vierten Jahrhunderts vor Chriſti Geburt. Breite, marmorgepflaſterte Straßen ziehen ſich den Berg hinan. Terraſſenförmig übereinander geſchichtet, in höchſt regelmäßiger Einteilung liegen die Wohnhäuſer und die öffentlichen Gebäude da.[1] Vorzüglich iſt in dieſem ſandigen, bergigen Terrain für die Waſſerab- und -zufuhr, für öffentliche Brunnen, für freie Plätze und Gärten und ganz beſonders für die Nivellierung dieſes ſteilen und ſchwierigen Bodens geſorgt. Und dann die einzelnen Gebäude: das Theater, das Gymnaſion und die Tempel! — Von den vielen Heiligtümern der Stadt ſind zwar wenig mehr als die Grundmauern oder höchſtens noch vereinzelte Säulen zu ſehen. Doch dieſe Reſte genügen, um den Beſchauer zu erfreuen, aber auch um das Gefühl einer Beſchämung zu verſtärken, daß uns beim Anblick dieſer einfachen, ruhigen und darum natürlichen Stadtanlage beſchleicht. Dieſelbe Freiheit und Einfachheit der Anlage iſt es, die uns zur Bewunderung und zur Freude am Bau des Theaters zwingt. Die ſehr gute Akuſtik in jedem Winkel dieſes gut berechneten halbrunden Baus, der faſt ſchwebende Bühnenbau mit den darunterliegenden Räumen für den Chor, die von allen Seiten bequem zu erreichenden Zuſchauerſitze, kurzum die ſpielende Überwindung der techniſchen Schwierigkeiten konnte in allen dieſen Bauten die Schönheit hervorragender als die Arbeit erſcheinen laſſen. Das Gymnaſion aus helleniſtiſcher Zeit liegt am Eingange des Stadions, am höchſten Punkte der Stadt. Man hat von dort eine ſchöne Ausſicht auf die Straßen und Plätze und auf die Umgebung der Stadt. Die ausgezeichnet ſchön ſkulpierten Reſte der Waſch-, Schwimm- und Heizanlagen hier wie jene der marmornen Bänke des Theaters ſind ſchöne Zeugen veredeltſter Zweckmäßigkeit.

Die Fahrt nach Milet (jenſeits der Mäander) geſtaltete ſich zu einem ſehr vollkommenen Sonnenbade, ſo daß den Anhängern phyſikaliſch-diätetiſcher Kuren zu raten wäre, auf jenen weiten Flächen ein Sanatorium zu bauen. Die Lichtfülle über der großen Ebene ließ Gegenſtände in mehreren hundert Meter Entfernung deutlich erkennen. In all dieſem Sonnengeflimmer boten allein die Herden der ganz eminent gleichgültigen Kamele den ruhenden Punkt.

Es war Abend, als wir Akkiö erreichten, das kleine türkiſche Dorf oberhalb des malariaverſeuchten Milet. Gleich heimkehrenden Fürſten, zum Staunen der Menge fuhren wir vor das lange vereinſamte, im Garten belegene Ausgrabungshaus. Nach einer durch wunderbaren Sternenhimmel und durch deutſche Betten ausgezeichneten Nacht ſtiegen wir hinab in die verſunkene Märchenſtadt Milet.

---

[1] Abbildungen im: „6. und 7. vorläufigen Bericht über die von den königlichen Muſeen Berlin unternommenen Ausgrabungen in Milet und Didyma“, herausgegeben von Th. Wiegand, ferner „Priene“, herausgegeben von Th. Wiegand.

Bei ſolchem Anblick mag man es kaum glauben, was alle Geſchichtſchreiber berichten, daß dies feenhafte Märchen einſt lebendige Wirklichkeit war, daß dieſe Straßen, die Tempel und ſo weiter einſt von geſchäftigen Menſchen wimmelten, daß von hier aus alle Meere befahren waren und daß die politiſchen und merkantilen Einflüſſe dieſer Stadt im größten Teil der damaligen Welt gefühlt wurden. Nur noch die Pracht der Trümmer predigt von ſolch ſtolzer Zeit. Das andere alles iſt untergegangen, untergegangen im wahrſten Sinne des Wortes. Oft 10 Meter ſteht das Waſſer des alles überſchwemmenden Mäander in den Häuſern und Straßen. Der Anblick jener ſchweigenden Herrlichkeit, welche mit vielen glänzenden Türmen und Kuppeln aus der dunklen Waſſerfläche herausragt, iſt traurig und bezaubernd ſchön zugleich. Wenige Dämme ermöglichen wenigſtens von oben herab die meiſten dieſer Schönheiten zu ſehen. Die Tempel, das Forum und das gewaltig große Theater, zum größten Teil aber die einzelnen Säulen, Frieſe und Giebel geben ein gutes Bild von dem Glanz und von der — hier damit verbundenen — Schönheit dieſer Stadt.

Der Weg nach Didyma (Jeronda) führt zum größten Teil an der Meeresküſte entlang. Hier ging auch die antike Straße, deren Spuren man ſtellenweiſe begegnet. Faſt während des ganzen Weges genießt man die herrliche Ausſicht auf das Ägäiſche Meer und auf mehrere der vorgelagerten Inſeln,1) deren von der Seeluft verklärte Formen ſo eigentümlich zu locken pflegen. Schon von weitem erkennt man die rieſigen Säulen des Tempels von Didyma, das wir nach dreiſtündiger Fahrt erreichten. In flottem Trab geht's durch einen hübſchen Garten, und mit einem vornehmen Ruck halten wir an der Pforte des deutſchen Ausgrabungshauſes. Herr Profeſſor Knackfuß und Herr v. Gerkan waren uns hier die liebenswürdigſten Wirte, und wir genoſſen dankbarſt einige ſchöne Tage echt deutſcher Gemütlichkeit und heimatlicher Pflege.

Staunen und Bewunderung ſind wohl die einzigen Ausdrucksmöglichkeiten nach einer Wanderung durch die Ruinen von Didyma. Staunen und Bewunderung nicht allein vor den Offenbarungen eines ganz eminent großen Könnens, ſondern auch vor der Begeiſterung und Opferwilligkeit, welche dieſe Schätze zuſammentrug. Noch iſt die antike Stadt, welche ſich um den heiligen Bezirk angebaut hatte, unter einer ſechs Meter tiefen Erdſchicht verborgen, aber der unermüdliche Fleiß und das ſachgemäße Vorgehen der deutſchen Ausgrabungen wird auch dieſes Stück der alten Welt der Bewunderung der neuen Welt wiedergeben. Doch der größte Teil des großen Wunderwerkes, der Tempel von Didyma, iſt bereits wieder ſichtbar. Noch zwar liegen in einem Umkreis von 20 Metern die rieſigen Frieſe, Kapitelle und Säulentrommeln und die herrliche Freitreppe, welche in das Innere führte, iſt nur mit dem Riſiko einiger Beinbrüche zu erreichen. Aber die Schönheit des Aufgedeckten läßt

---

1) Von hier aus beſchoſſen — eine Kulturtat! — franzöſiſche Kriegsſchiffe die deutſche Kolonie.

alle dieſe Schwierigkeiten ſchnell und gründlichſt vergeſſen. Die ſchönen Frieſe und namentlich die — vorbildlos — ſchön und reich ſkulpierten Säulenſchäfte geben dieſem Tempel eine beſondere Stelle unter den Denkmälern antiker Architektur. Die zahlreichen hohen Säulen des äußeren Umganges ſind es wohl beſonders, die dieſem Bauwerk die bewunderte Stellung unter den antiken Monumenten ſichern. In doppeltem Ringe umgaben 108 Säulen dies Heiligtum und 84 davon waren je 19 Meter hoch. So muß ſchon im Altertum dies wundertätige Heiligtum des Apollo ein weithin ſichtbares Symbol der Frömmigkeit geweſen ſein, deſſen rieſige Proportionen den Nahenden Ehrfurcht und Scheu einflößten. Noch heute, obgleich allein zwei dieſer Säulen unter unendlichen Trümmern von der verſchwundenen Pracht zeugen, wirkt der Anblick ehrfurchtgebietend.

Hier hat ſich deutſche Arbeit und deutſche Ausdauer, die dieſe Schätze erſchloß und zugänglich gemacht hat, bei der ganzen Welt beſondere Achtung und beſonderen Dank verdient.

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Fortſetzung)

Ende des Rheinbundes

Nach den Ereigniſſen in Rußland zu Ende 1812 waren mehrere Kontingente in die Heimat zurückgekehrt, um ſich neu zu formieren, namentlich das bayeriſche und württembergiſche, und Bayern hatte ſogar ſeine Landwehr mit aufgeboten, um ſeine Grenzen gegen das ſeit kurzem feindliche Öſterreich zu ſchützen. Dieſem gegenüber ſtand zu gleichem Zwecke des Grenzſchutzes in umgekehrter Richtung ein öſterreichiſches Korps, eigentlich eine ſtarke Diviſion unter Feldmarſchalleutnant Frenel. Die großherzoglichen Truppen, was davon noch übrig war, blieben in der franzöſiſchen Armee. Man beſchäftigte ſich im Jahr 1813 mit ihrer Ergänzung, beſonders auch, ſoviel man vermochte, durch Nachſendung von Kavallerie.

Der Scharfblick König Maximilian Joſephs und ſeines Miniſters Montgelas, die 1805 die erſten geweſen waren, Napoleon die Hand zu reichen und ſeine deutſche Politik zu fördern, ließ ſie erraten, daß der Stern zu bleichen beginne und daß es Zeit ſei, auf entgegengeſetztem Wege das zu erhalten, was ſo mühſam errungen war. Sie näherten ſich Öſterreich oder ſie nahmen die von Öſterreich ausgegangenen Vorſchläge günſtig auf, um ſich, ſolange dieſe Annäherung noch ein wirkliches und preiswürdiges Verdienſt ſein würde, gute

Bedingungen zu ſichern. Kurz, während Napoleon durch die Aufſtellung einer bayeriſchen Armee im Innviertel vor Öſterreich gegen jede Diverſion in Süddeutſchland ſich geſichert glaubte, kam die famoſe im Feldlager geſchloſſene Konvention von Ried zuſtande. Durch dieſe geheime Konvention trat Bayern der Allianz bei, die zwiſchen Öſterreich, Rußland und Preußen beſtand, und verſprach, ſeine Streitkräfte mit den ihrigen zu vereinigen. Dagegen erhielt es die Garantie ſeines Territorialbeſtandes inſofern, als ihm vollſtändige Entſchädigung für die öſterreichiſchen Provinzen, die es ſich anheiſchig machte, dereinſt zurückzugeben, zugeſichert ward.[1] Auch ward verabredet, daß man ſich mit denjenigen Rheinbundsgliedern, welche ſich rechtzeitig von dem Kaiſer losſagen würden, vertragen werde.

Der König Friedrich von Württemberg, der im erſten Augenblicke benachrichtigt ward, trat dieſer Konvention ſogleich bei und ſicherte ſich dadurch ſeine ganze bisherige Stellung.

Um Bayern und beſonders ſeinem Feldherrn, welcher der Unterhändler des Vertrags war, zu ſchmeicheln und es zu gewinnen, willigte Öſterreich ein, daß Feldmarſchall Wrede das Kommando der Südarmee führe, das ihm entgegenſtehende öſterreichiſche Korps rückte daher in ſeine Reihen ein und deſſen Chef Frenel unterwarf ſich ſeinem Oberbefehl. Auf ſeinem Marſche ſchloß ſich auch das württembergiſche Korps jenem Heere an.[2]

---

[1] Dieſer Punkt hat auf dem Wiener Kongreß große Schwierigkeiten erregt und Bayern viel Mißvergnügen verurſacht. Es hatte ſich eine Entſchädigung auf Koſten ſeiner Nachbarn verſprochen und ward ſtatt deſſen über den Rhein geſchoben. Nicht an Bevölkerung oder Einnahmen verlor es, aber es büßte in der europäiſchen Politik die gebietende Stellung ein, die der Beſitz von Salzburg, Deutſchtirol und des Innviertels ihm gewährte, und bildete überdies einen unzuſammenhängenden Staat.

[2] In dem Augenblicke, in welchem der König die neue Allianz einging und ſeine Truppen, wie oben geſagt, verwendete, befanden ſich noch zwei württembergiſche Kavallerieregimenter bei der franzöſiſchen Armee. General v. Normann, der ſie führte, ging mit ihnen zum Feind über. Dasſelbe tat General v. Hammerſtein mit mehreren weſtfäliſchen Kavallerieregimentern. Man hätte glauben ſollen, Herr v. Normann habe nur die Gedanken ſeines Herrn erraten, allein einen Befehl hatte er nicht. Der König, dem er unter den Umſtänden, wie ſie waren, den großen Dienſt erzeigte, ihm durch die Übergabe zwei Regimenter zu erhalten, betrachtete die Sache als ein Verbrechen gegen die Diſziplin, er ſtellte ihn vor ein Kriegsgericht und ließ ihn mit Entehrung als Überläufer kaſſieren. Anders ging es in Sachſen, wo während der Schlacht von Leipzig die ganze Armee überging, freilich war der König ein Gefangener und ſein Land adminiſtriert, er alſo ganz unmächtig. Herr v. Langenau, den wir ſo lange als Präſident der Frankfurter Militärkommiſſion und als eine ſehr tätige politiſche Perſon auch hier geſehen haben (er ambitionierte, Bundespräſidialgeſandter zu werden), iſt nicht bei dieſer Gelegenheit zum Feind übergegangen, ſondern weit früher, von Torgau aus, ganz allein, als er im ſächſiſchen Generalſtab ganz jung Obriſtleutnant war. Er avancierte in Öſterreich ſo ſchnell, daß ich ihn ſchon im Jahre 1814 als General im Generalſtab der großen Armee, deſſen Chef Radetzky war, in Frankfurt traf.

Da hier ſoeben die Schlacht von Leipzig erwähnt ward, ſo will ich eine Tatſache aufbewahren, für die ich ſonſt vielleicht keine paſſende Stelle finden würde.

Während dieſer Schlacht befand ſich der König von Sachſen in der Stadt, ent-

Erſt durch die Bildung und das Vorrücken dieſer Armee erhielt Napoleon Kenntnis von dem Abfall einiger Verbündeten. Jene Konvention fand vor der Leipziger Schlacht ſtatt, der Erfolg hat ſie gerechtfertigt, aber ſie war ein gefahrvoller Schritt. Noch hatte Napoleon, Garniſonen eingerechnet, 200 000 Mann in Norddeutſchland. Nimmt man an, die Schlacht bei Leipzig hätte einen anderen Ausgang gehabt, was würde dann aus Bayern und Württemberg geworden ſein?

Auch die Regierungen des weſtlichen Deutſchlands erfuhren erſt durch die Nachricht von dem Anmarſche einer Armee, was vorgegangen ſei, und wurden dadurch in Schrecken geſetzt. In der Tat war namentlich die hieſige Lage eine überaus bedenkliche. Zu uns kam jene Armee als Feind, jedenfalls behandelte ſie das Land als Feindesland, und jeder weiß, was das ſagen will, und vielleicht war das das geringere Übel: denn es konnte auch, wenn Napoleon nicht Sieger blieb, der Beſtand des ganzen Staates in Frage geſtellt ſein. Auf der anderen Seite war es, wenn auch die natürlichen Neigungen des Großherzogs (was nicht der Fall war) dahin gegangen wären, höchſt gefährlich, ſich den Alliierten in die Arme zu werfen. Schützen konnte uns Frankreich zwar momentan nicht, denn es war keine Armee vorhanden, aber mißhandeln konnte es uns auf jede Weiſe, ſobald man ihm Verdacht einflößte: denn wir hatten im Rücken Mainz mit ſeiner Garniſon, vor uns die Garniſon der Zitadelle von Würzburg und in allen Teilen des Rheinlandes eine Menge Depots der verſchiedenſten Korps, die nur da waren, um auf deutſche Koſten gefüttert zu werden. Der Großherzog hatte nicht über 300 Mann zu verfügen. Sein ganzes Korps nebſt einem

---

ſchloſſen, wie es ſcheint, auch bei etwaigem ungünſtigem Ausgang doch nicht mit der franzöſiſchen Armee zu flüchten. Als nun das Gewühl der Schlacht ſich der Stadt ſelbſt näherte, ließ er zu ſeiner Sicherheit vor dem Hauſe, welches er in der Hauptſtraße bewohnte, ein Bataillon ſeiner Grenadiergarde aufſtellen. Kommandiert war dasſelbe von dem Prinzen Bernhard von Weimar, damals Major. Nachdem das eine Stadttor erſtürmt war, zog ſich ein Teil der franzöſiſchen Armee durch dieſe Straße fechtend zurück, die verbündeten Truppen folgten ebenſo. Beide Teile zogen vorüber, ohne dieſes Bataillon, das unter dem Gewehre ſtand, zu berühren, es blieb mit vollſtändiger Neutralität Zeuge des mörderiſchen Kampfes. Es iſt dies wohl ein Vorgang einzig in ſeiner Art in der Militärgeſchichte, und was ich ſchreibe, habe ich aus dem Munde des Prinzen ſelbſt, der nicht lange nachher, damals noch in der ſächſiſchen roten Uniform, hierher kam, um ſeinem Herrn Onkel aufzuwarten. Wäre ich in neuerer Zeit in die Nähe des Prinzen gekommen, ſo würde ich mir erlaubt haben, Ihn nach Wahrheit oder Unwahrheit einer anderen Tatſache zu fragen. Ich wohnte im Jahre 1846 zu Oſtende unter einem Dache mit dem belgiſchen Generalleutnant Glump, Kommandanten in der Provinz Brabant. Dieſer Mann, der nach Auflöſung des Kaiſerreichs als geborener Belgier in niederländiſche Dienſte kam, wo er dem Herzog Bernhard nahe ſtand, war früher Hauptmann in der ſogenannten alten Garde Napoleons geweſen und erzählte mir, in der Schlacht von Wagram ſeien die ſächſiſchen Truppen in der Nähe jener Garde dem Andrang der Öſterreicher in Unordnung gewichen und geflohen; in dieſem Augenblick ſei jener damals ſehr junge Prinz bei ſeinem Regiment erſchienen und habe ſich bei ſeiner, des Erzählers, Kompagnie zwiſchen die gemeinen Soldaten geſtellt, ſagend: „Mit Euch will ich gehen, damit niemand ſagen könne, auch ich ſei geflohen.“

Prinzen des Hauſes befand ſich bei der franzöſiſchen Armee, d. h. in den Händen Napoleons. Man muß ſich dieſe Verhältniſſe lebhaft in das Gedächtnis rufen, um das Kritiſche der Lage richtig aufzufaſſen. Bei dem einen wie bei dem anderen Beſchluſſe, den man faßte, ſpielte man um einen Thron. Ludewig I. ſuchte ſich mit großer Klugheit durchzuwinden.

Wie und wann die erſte Nachricht von dem, was in Ried vorgegangen war, hierher gelangte, weiß ich nicht, daß ſie aber dunkel und unvollſtändig war, wird ſich gleich zeigen. Ebenſowenig hatte ich vermöge meiner Dienſtſtellung teilzunehmen an den Beratungen, welche die Lage der Dinge hervorgerufen haben mag. Das erſte, was mir zukam, beſtand darin, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog Ihren Adjutanten Falk zu mir ſchickten und mir ſagen ließen, Sie hätten beſchloſſen, der auſtro-bayeriſchen Armee, von der man eben noch nicht wiſſe, wo ſie dermalen ſtehe, jemand entgegenzuſenden, und mich hierzu auserſehen. Die Sache müßte in das tiefſte Geheimnis gehüllt bleiben, Inſtruktionen würden Sie mir durch Herrn v. Lichtenberg zugehen laſſen und dieſe Benachrichtigung diene nur dazu, mir Zeit zu geben, um im ſtillen Reiſevorbereitungen zu treffen.

Der Zufall wollte, daß ich für den folgenden Tag ein Treibjagen in Spitzaltheim angeordnet und die Frau Großherzogin Königliche Hoheit ſchon um die Erlaubnis gebeten hatte, an jenem Tage bei Ihrer Tafel nicht erſcheinen zu dürfen. Dieſen Umſtand benutzte ich, um Bekannten, auf die ich ſtieß, und namentlich dem Obermarſchall zu ſagen, daß ich für mehrere Tage Urlaub genommen, um meine Jagden abzutun. In der Tat verließ ich auch Darmſtadt, um jenem Vorwande treu zu bleiben, in meiner eigenen Kaleſche und mit meinen Pferden, erſt in Dieburg nahm ich Poſtpferde.

Bei Herrn v. Lichtenberg konnte ich mich überzeugen, wie wenig genau man unterrichtet war: denn der Zweck meiner Sendung war der, erſt zu erfahren, welche Abſichten die Verbündeten gegen die Rheinbundsfürſten hegten, und dann nach Umſtänden einen Übertritt zu ihnen in Ausſicht zu ſtellen. Zu ſolchem Ende ward mir ein Schreiben des Großherzogs ſelbſt an den Marſchall Wrede eingehändigt. Dieſes Schreiben war ein eigentliches Kreditiv inſofern, als Seine Königliche Hoheit ſagten, Sie ordneten an ihn einen Ihrer Diener ab, dem er, der Marſchall, nicht nur in allen Stücken Glauben, ſondern auch in ſeinen Gegenäußerungen volles Vertrauen ſchenken dürfe. Weiter aber war geſagt, der Großherzog könne nicht glauben, daß Sein Herr Schwager, der König, feindſelige Abſichten gegen ihn hege, und in dieſer Vorausſetzung dürfe Er auch hoffen, daß der Herr Marſchall geneigt ſein werde, Seinem Abgeordneten Kenntnis zu geben von den Abſichten der Verbündeten gegen Ihn und überhaupt von allem dem, was Seine Königliche Hoheit in Ihren Entſchlüſſen leiten könne. Eine Zuſage irgendeiner Art enthielt aber das Schreiben nicht.

Ich ließ mir nun zwei Päſſe ausfertigen, einen deutſchen, der ſagte, daß ich von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Heſſen an den Marſchall Wrede geſchickt ſei, dann einen in franzöſiſcher Sprache, der ſagte, daß ich in

Privatangelegenheiten reiſe. In meiner Kaleſche ließ ich oben am Verdeck die Tuchbekleidung an zwei Stellen öffnen und verbarg dahin dieſe Papiere, um ſie nach Umſtänden gebrauchen zu können. Am folgenden Morgen früh zwiſchen 7 und 8 Uhr begab ich mich ins Schloß, um die letzten Befehle Seiner Königlichen Hoheit einzuholen, Allerhöchſtwelche ich in dem wohl bekannten etwas ſehr tiefen Neglige fand. Dieſer Moment war allerdings für mich ein folgenreicher, denn gleich bei meinem Eintritt ſagte der Herr: „Ihre Aufträge kennen Sie, heute morgen aber bin ich durch eine Staffette geweckt worden, die Mir die Nachricht bringt, daß der Kaiſer in der Gegend von Leipzig eine Schlacht verloren hat und daß Mein Sohn und Meine Truppen gefangen ſind. Hierdurch bin ich der Zweifel und der großen Sorgen, die Mir von daher kamen, überhoben. Nunmehr bin ich entſchloſſen, das zu tun, was Mein Schwager auch getan hat. Reiſen Sie mit Gott und ſehen Sie, wie Sie durchkommen.“

Die Audienz war ſehr kurz. Unmittelbar darauf ſtieg ich in den Wagen.

Reiſe zu Marſchall Wrede

Schon der Vorwand, den ich zur Beſchönigung meiner Reiſe gewählt hatte, wies mich auf das linke Mainufer, dem ich fürs erſte zu folgen beſchloß. Beim Umſpannen in Obernburg erfuhr ich, daß kaum zehn Minuten früher eine ſtarke Patrouille franzöſiſcher Küraſſiere, ohne Zweifel zu einem Depot gehörig, ſich in der Stadt befunden, um ſich nach Neuigkeiten zu erkundigen. Mit meinem Paſſe und als Diener des Großherzogs hatte ich von franzöſiſchen Truppen perſönliche Unannehmlichkeiten durchaus nicht zu beſorgen, meine große Furcht beſtand aber darin, daß ich es nicht für unmöglich hielt, daß ſie mich unter dem Vorwande des Anmarſches einer feindlichen Armee am Weiterreiſen verhindern möchten, denn ſelbſt wenn ſie gegen mich nicht Verdacht hegten, lag es in ihrem Intereſſe, zu verhindern, daß ein Reiſender auf Befragen nicht ausſagen möge, daß die ganze Gegend von Truppen entblößt ſei. Ich war daher froh, dieſen Leuten entgangen zu ſein.

Die bald einbrechende Nacht war eine der dunkelſten, die man ſehen kann, die Wege durch langen Regen grundlos, die Chauſſeen mit Schlamm überzogen. Um 11 Uhr näherte ich mich Miltenberg. In der Entfernung ſah man zwei Laternen auf der Chauſſee und hörte viel Geſchrei und lautes Reden. Ich fragte meinen Bedienten, ob er zu unterſcheiden vermöge, welche Sprache die Leute redeten. „Ja,“ ſagte er, „ſie ſprechen Franzöſiſch.“ Hierauf ſuchte ich meinen franzöſiſchen Paß hervor, ſtieg aus und ging auf den Menſchenhaufen zu. Sobald ich aber bei dem Schimmer jener Laternen etwas unterſcheiden konnte, überzeugte ich mich, daß ich ungariſche Grenadiere vor mir hatte, und freute mich deſſen nicht wenig. Ihre Sprache hatte der Bediente franzöſiſch genannt, weil ſie nicht die deutſche war. Ich kam ganz unbemerkt unter ſie und entdeckte ſogleich den Grund des Stillſtehens der Truppe. Eine ſchlechte Kaleſche, die ohne Zweifel dem Offiziere gehörte, war wider einen der Abweisſteine[1] der Chauſſee in dieſer Dunkelheit gefahren, und der Stein hatte ſich ſo feſt zwiſchen Rad und Wagen eingeklemmt, daß zwanzig Mann nicht vermochten, den Wagen freizumachen. Ich trat, ohne zu grüßen, zu dem Offizier hin, der die Sache leitete, und ſagte: „Sie können ſich leicht helfen, mein Herr. Laſſen Sie das Rad herausnehmen, die Achſe wird ſich leicht über den Stein hinausheben laſſen, wenn Sie dann das Rad wieder einſetzen laſſen, ſo wird Ihr Wagen wieder flott ſein.“ — „Ach,“ ſagte er, „das wollen wir probieren.“ Die Operation gelang vollkommen. „Das war wahrhaftig ein guter Gedanke,“ ſagte der Mann, „und ich bin Ihnen ſehr dankbar.“ Dieſes ging vor, ohne daß er fragte: „Wer ſind Sie? Woher kommen Sie?“ Ich ſagte nun: „Sie könnten mir aber auch einen Dienſt erweiſen, wenn Sie mir ſagen wollten, wo ich das Hauptquartier des Marſchalls finden kann, denn das ſuche ich.“ — „Ja, das vermag ich nicht, ich weiß davon nichts, aber in der Poſt zu Miltenberg hat der General Deroy ſein Quartier, der kommandiert dieſes Korps und der wird es wohl wiſſen.“ Ich bat nun, meinen Wagen durchzulaſſen, und er ließ ſeine Leute auseinandertreten. Es mochten dies ungefähr 200 Mann ſein.

---

[1] So!

Das alſo war die Spitze der Armee, und ich konnte mich nicht genug über die Sorgloſigkeit wundern, nicht eine Patrouille von Infanterie oder Kavallerie ging dieſer kleinen Kolonne voraus. Ohne Zweifel beruhte das auf der Überzeugung, daß kein Feind gegenüberſtehe, indeſſen waren doch noch reichlich genug franzöſiſche Truppen in dieſer Gegend, um eine iſoliert und ohne alle Vorſicht marſchierende Kolonne zu überfallen und zu vernichten.

In Miltenberg frug ich nach dem General Deroy. Es war Mitternacht und er lag zu Bette; ich konnte jedoch eines Adjutanten habhaft werden, der ſich auf die Erklärung, die ich ihm gab, zu dem General verfügte. Dieſer ließ mir ſagen, die Hauptarmee, bei welcher der Marſchall ſich befinde, marſchiere auf dem rechten Mainufer, zuletzt habe ſich das Hauptquartier in Würzburg befunden;[1]) er bezweifle aber ſehr, daß dies jetzt noch der Fall ſei, und laſſe mir raten, bei Wertheim den Fluß zu überſchreiten, dort würde ich wohl Mittel finden, mich zu orientieren. Natürlich folgte ich dem Rate, rückte aber in der finſteren Nacht nur ſehr langſam vor. Bald nach Anbruch des Tages ſtieß ich auf zwei bayeriſche Kavallerieregimenter, die im Marſch begriffen waren; ſie ließen mich an ſich vorbeifahren, ohne die mindeſte Notiz von mir zu nehmen. In Wertheim fand ich keine Truppen, zum Glück aber einen Kriegskommiſſär, der mir ſagte, er habe Urſache zu glauben, daß das Hauptquartier im Laufe des Tages in Aſchaffenburg eintreffen werde. Dieſe Richtung ſchlug ich daher ein, und als ich zwiſchen 10 und 11 Uhr in der Nacht dort anlangte, begab ich mich ſogleich in das Schloß, wo der Marſchall logierte. In einem Vorzimmer traf ich den Adjutanten, der die Nachtwache hatte, Rittmeiſter v. Beſſerer.[1] Von ihm erfuhr ich, daß der Marſchall ſich ſchon zur Ruhe begeben. „Das bedauere ich ſehr,“ ſagte ich, „weil mein Auftrag ein eilender iſt, ich hoffe aber, daß Sie mir morgen ſo frühe als es ſein kann, Zutritt verſchaffen werden.“ — „Oh,“ erwiderte er, „wenn Sie ſagen, Eile zu haben, ſo wecke ich den Marſchall, das verſteht ſich von ſelbſt.“ Er ging und führte mich gleich darauf in das Schlafzimmer des Marſchalls, das nur durch eine Nachtlampe erleuchtet war.

---

[1]) Der Marſchall hatte ſich einen Tag in Würzburg aufgehalten, um das Schloß zur Übergabe aufzufordern, und als dies fruchtlos blieb, die Blockade anzuordnen, darauf zog er weiter. Die Garniſon, die nicht verproviantiert war, mußte nach vierzehn Tagen kapitulieren.

Nachdem dieſer das Schreiben des Großherzogs geleſen, ſagte er, er wolle dem Wunſche dieſes Herrn entſprechen, indem er mich davon in Kenntnis ſetze, daß die Verbündeten inſofern keine feindſeligen Abſichten gegen die Bundesfürſten hegten, als ſie bereit ſeien, diejenigen unter ihnen, welche ſich ſogleich vom Rheinbunde und der Allianz mit Frankreich förmlich losſagen und ihre Streitkräfte mit denen der Verbündeten vereinigen würden, in die Allianz aufzunehmen. In ſeinem Hauptquartier befinde ſich daher ein öſterreichiſcher Geſandter, welcher Vollmacht habe, gemeinſchaftlich mit ihm Verträge ſolcher Art im Namen aller Alliierten abzuſchließen. „Und,“ fügte er bei, „ich bin bereit, morgen früh einen ſolchen Vertrag mit Ihnen abzuſchließen, wenn Sie mit hinreichender Vollmacht zu einem ſolchen Abſchluſſe verſehen ſind.“

Ich erwiderte, daß er ſich nicht wundern dürfe darüber, daß ich mit einer ſolchen nicht verſehen ſei, denn Vollmachten zu einem ſo wichtigen Akte fertige man doch nicht eher aus, als bis man wiſſe, welche Gegenbedingungen man zu erwarten habe. Um dieſe zu erfahren, ſei ich abgeſchickt worden. „Nun, ſo holen Sie ſich eine Vollmacht.“ — „Und wo kann ich Eure Exzellenz (er war noch nicht Fürſt) wiederfinden?“ — „Von morgen abend an finden Sie mich im Schloſſe zu Hanau, dort werde ich meine Armee aufſtellen, den Kaiſer erwarten und, ſo es Gott gefällt, ſchlagen.“ — „Ich werde ſobald als möglich dort erſcheinen,“ fuhr ich fort, „aber es kann nicht fehlen, daß einzelne Truppenkörper Ihrer Armee ſchon morgen das Großherzogtum betreten, und Eure Exzellenz werden mich doch in den Stand ſetzen, dem Großherzoge die Beruhigung zu bringen, daß ſein Land als Freundesland werde behandelt werden. Erlaſſen Sie einen Armeebefehl, der dies allen Truppen vorſchreibt.“

„Nein,“ erwiderte er, „das kann ich nicht. Ich geſtehe Ihnen zwar, daß ich von meinem König den Befehl habe, Seinem Herrn Schwager möglichſt entgegenzukommen, aber durch ein öffentliches Wort kann ich mich nicht kompromittieren, bevor ich es ſchwarz auf weiß habe, daß der Großherzog der Allianz beigetreten iſt.“ — Nach einigem Nachdenken hub er dann wieder an: „Nun, ich will es tun, wenn Sie imſtande ſind, mir Ihr Ehrenwort zu geben darauf, daß der Großherzog der Allianz beitreten werde.“ — „Ja, das kann ich,“ erwiderte ich (und mein Mut dazu beruhte auf den angeführten letzten Worten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs). „Die Hand darauf,“

---

[1] Denſelben Mann ſah ich im Jahre 1834 als General wieder in Brückenau, wo er als Kavalier der Königin fungierte und mich bei Ihrer Majeſtät einführte.

ſagte der Marſchall, indem er die ſeinige unter der Bettdecke hervorzog, und ich ſchlug ein.

Der Befehl iſt erlaſſen und ihm vollſtändig Folge geleiſtet worden. „Werden Sie die Nacht hier zubringen?“ ſagte der Marſchall noch. „Nein, gewiß nicht, ehe ſie abgelaufen iſt, hoffe ich in Darmſtadt zu ſein.“ — „Dann ſagen Sie Ihrer Königlichen Hoheit meine Reſpektsverſicherung und Sie möchten Ihre Reſidenz nicht verlaſſen.“

So entfernte ich mich, und es war gerade 5 Uhr morgens, als ich in Darmſtadt anlangte. Ohne mein Haus zu berühren, ſtieg ich aus und begab mich in die Wohnung des Herrn v. Lichtenberg, obgleich ich nicht erwarten konnte, daß er ſchon aufgeſtanden ſein würde. Welches war aber mein Erſtaunen, als ich in dem Hofe auf einen beſpannten Marſtallswagen ſtieß, der über und über mit Koffern und Kiſten bepackt war, und ich von den Leuten erfuhr, daß der Herr Miniſter im Begriffe ſei, nach Mannheim zu reiſen, wohin Seine Königliche Hoheit Sich mit dem ganzen Hofe bereits geſtern begeben hätten. Als ich bei dem Miniſter eintrat, rief er mir entgegen: „Alles iſt verändert, neue Entſchließungen ſind gefaßt.“ Man kann ſich denken, wie dieſe Worte mir, der ich vor wenig Stunden das Gegenteil mit meinem Ehrenworte bekräftigt hatte, auf die Nerven fallen mußten. Unmut über ſolchen Wankelmut war der erſte Eindruck, den ich empfand. Ich blieb jedoch ruhig, erzählte ſehr ſummariſch, was vorgekommen, und fügte bei, daß ich mich alsbald in Mannheim einfinden würde. Als ich ihm ſagte, welches Verſprechen ich in Aſchaffenburg abgegeben, zuckte er die Achſeln und ſchüttelte den Kopf.

Erſt jetzt begab ich mich in mein Haus, um wenigſtens meiner Frau zu ſagen, daß ich noch lebte und einige Kleidungsſtücke einzupacken. Ich ſchickte in den Marſtall, um mir einen Wagen und Pferde auszubitten, die auch ſogleich vor meiner Türe waren. Wohl ein Dritteil des ganzen Marſtalls war in Lorſch als Relais aufgeſtellt, denn alle Wagen vermieden die große Landſtraße. Schon um 6 Uhr fuhr ich weiter.

Ich muß nun einſchalten, was ich damals und ſpäter über den Gang der Dinge in Darmſtadt nach meiner Abreiſe erfahren habe.

Ungefähr gleichzeitig mit dem Hofe hatte auch Vendeuil Nachrichten über die Schlacht bei Leipzig erfahren, und von dem Anmarſche einer Mainarmee gingen, nicht ſowohl durch Zeitungen als durch Gerüchte, Nachrichten im Publikum um. Er ſchickte auch in mein Haus, weil er gehört hatte, ich ſei abweſend. Der Vorwand einer Jagd flößte ihm Verdacht ein. Er begab ſich zu Herrn v. Lichtenberg, um zu fragen, ob der Hof ſich unter dieſen Umſtänden nicht entfernen werde. Dies verneinte der Miniſter, indem noch keine Gefahr vorhanden ſei. Er fragte ferner, wohin ich gereiſt ſei. Der andere erwiderte, daß er von einer Reiſe nichts wiſſe, aber habe ſagen hören, daß ich irgendwohin zur Jagd gegangen ſei. Vendeuil bat ſofort um eine Audienz bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge und ſchickte einen Mann nach Spitzaltheim, zu fragen, ob ich mich dort befinde, indem er auf dieſe Weiſe erproben wollte, ob Herr v. Lichtenberg ihn täuſche oder nicht.

Seiner Königlichen Hoheit ſtellte der Geſandte vor, wie ſehr Ihre eigene Perſon jetzt in Gefahr ſei und wie nötig es erſcheine, ſich nach Mainz in Sicherheit zu begeben. Da nun der Herr erklärte, noch zur Zeit keine Gefahr für Sich zu ſehen, ſo gab Vendeuil zu verſtehen, daß der Kaiſer in dieſer Ruhe und Sicherheit nur einen Beweis davon erblicken könne, daß man ſchon in Verbindungen ſtehe, welche das Bewußtſein gäben, daß man von den Verbündeten nichts zu fürchten habe. Auf dieſe Bemerkung hin zeigte ſich der Großherzog überzeugt und erklärte, daß Er ſeine Reſidenz verlaſſen wolle, wozu denn auch ſogleich die Befehle gegeben wurden. Vendeuil ſeinerſeits gab kund, daß er ſeine Frau und Sachen nach Mainz bringen, ſich aber nach dieſem wieder auf ſeinem Poſten bei dem Hofe einfinden werde.

Ich muß noch erwähnen, daß ich in der Unterredung am Morgen den Herrn v. Lichtenberg gebeten hatte, die Behörden wiſſen zu laſſen, daß Herr v. Wrede verſprochen habe, das Land nicht feindlich zu behandeln. Dies lehnte er aber beſtimmt ab, weil dies, wenn es je bekannt würde, den Franzoſen die vorgekommene[1] verraten würde. Demzufolge mußte denn auch ich verſchweigen, wo ich geweſen ſei, und das Publikum in der herrſchenden Angſt und Beſorgnis zurücklaſſen.

Als ich nun allein, in meinem Wagen ſitzend dahinfuhr, und ruhig die Dinge, die vorgekommen waren, überdachte, verſchwand der Unmut, den ich im erſten Augenblicke ob jener Flucht des Hofes nach Mannheim empfunden hatte, ich ſah die Klugheit, welche den Herrn führte, vollkommen ein. Was war Seine Lage? Daß Napoleon nach dem Abfalle der beiden erſten Bundesfürſten Mißtrauen gegen alle hegte, das war ganz natürlich, ſagte nun deſſen Geſandte bei einem ſtürmiſchen Andrang,[2] daß ſein Hof das Verbleiben des Großherzogs in ſeiner Reſidenz als den Beweis betrachten werde, daß ein Einverſtändnis mit dem Feinde obwalte, ſo mußte der Herr den Schein wahren, ſonſt konnte Er der Rache Napoleons, wenn dieſer Meiſter bliebe, verſichert ſein, und der Herr durfte ſich dieſer um ſo weniger ausſetzen, als Sein Sendling in das feindliche Hauptquartier noch nicht zurück war, Er alſo noch gar nicht wußte, ob und was von den Alliierten zu erwarten ſei. Er hatte alſo ganz recht, wenn Er nichts tun wollte, das Ihn mit dem Kaiſer entzweite. Aber ebenſo klug und weiſe handelte Er, indem Er die Zumutung des Geſandten, ſich nach Mainz zu begeben, mit Entſchiedenheit zurückwies: denn damit hätte Er ſich in die Hände und die Gewalt Napoleons begeben, ſich mithin der Freiheit Seiner Entſchließungen beraubt, und was ebenſo wichtig iſt, Er würde durch eine ſolche Demonſtration die Verbündeten in der Meinung beſtärkt haben, daß Er ſich der Politik des Kaiſers anſchließe, was traurige Folgen gehabt haben würde. Der Großherzog hatte alſo den rechten Mittelweg gewählt, indem Er der Armee der Verbündeten auswich und doch den Rhein nicht überſchritt. Dieſe Betrachtungen verſöhnten mich ganz mit dem gefaßten Entſchluſſe, und ich hatte nur noch über meine eigene perſönliche Lage nachzudenken, die allerdings eine kritiſche geworden war. Vorzuwerfen hatte ich mir nichts: denn was ich in Aſchaffenburg getan, war keine Unvorſichtigkeit, ich war dazu getrieben durch die Worte, die der Großherzog mit aller Beſtimmtheit geſprochen hatte, und mein Zweck war gewiß ein patriotiſcher, ich wollte dem Lande eine feindliche Behandlung abwenden.

---

[1] Lücke im Original.

[2] So!

Gleich hinter Lorſch holte ich den ſchweren Wagen des Herrn v. Lichtenberg ein, der ſich im Sande langſam bewegte. Er ſetzte ſich zu mir in den meinigen und erzählte mir das, was während meiner Abweſenheit in Darmſtadt vorgegangen war. Ich ſagte ihm nun folgendes: „In Mannheim werde ich nun hören, ob Seine Königliche Hoheit entſchloſſen ſind, in der franzöſiſchen Allianz zu verharren? Iſt das, ſo iſt mein Entſchluß gefaßt, mich ſogleich nach Hanau zu begeben, dem Herrn v. Wrede, den ich zu einer wichtigen Maßregel verleitet habe, zu ſagen, daß ich außerſtande ſei, das Ehrenwort, das ich ihm gegeben, zu erfüllen, mich ihm daher übergäbe, um über mich zu verfügen, was immer er für angemeſſen halte. Das bin ich mir und meiner Ehre ſchuldig.“

„Oh, das iſt groß,“ ſagte Herr v. Lichtenberg, er dachte aber dabei, davon bin ich überzeugt, was immer aus Dir werden möge, das iſt kein Grund für uns, unſere Maßregeln zu ändern, und die Wahrheit zu geſtehen, wenn er es dachte, hatte er nicht ganz unrecht. Obgleich er ſich nicht mit Beſtimmtheit ausdrückte, glaubte ich doch aus ſeinen Äußerungen ſchließen zu müſſen, daß er mehr zum Verharren im Rheinbunde neige.

Wir fanden den Hof in Mannheim in einem Gaſthaus zweiten Rangs, dem Pfauen, wenn ich nicht irre, und zwar deswegen, weil man da das ganze Haus mit Ausſchluß aller Fremden hatte in Beſchlag nehmen können. Der Tafel der Herrſchaften konnten wir noch beiwohnen.

Ich hatte nun drei Tage und zwei lange Herbſtnächte hindurch gefahren, ohne einen Augenblick zu ſchlafen. Die ernſten Gedanken, die ſich in meinem Kopfe durchkreuzten, die Notwendigkeit, ſtets auf alles, was um mich her vorging, zu achten, hätten das unmöglich gemacht, und was war nicht alles noch während des Reſtes dieſes Tages zu beſprechen und zu verhandeln! Man wird mir daher wohl glauben, daß ich herzlich froh war, als ich abends 11 Uhr wieder einmal zu einem Bette gelangte.

Aufenthalt in Mannheim. — Reiſe nach Hanau

Nach der Tafel ließ ſich der Großherzog alle Einzelheiten meiner Exkurſion erzählen. Seine Königliche Hoheit äußerten keine Mißbilligung meines Benehmens in Aſchaffenburg. Später fand Beratung ſtatt. Anteil an dieſer nahmen die beiden Königlichen Hoheiten, Herr v. Lichtenberg, der Adjutant v. Falk und ich. Alle übrigen Perſonen des Hofes blieben ganz unbeteiligt.

Meinerſeits ſprach ich die Meinung aus, daß die Macht Napoleons in Deutſchland gebrochen, daß der Großherzog Sich vor allem Seinem Lande ſchuldig ſei, und dieſes ſowohl als Sich ſelbſt der größten Gefahr ausſetze, wenn Er zögere, Sich den Alliierten anzuſchließen, eine Gefahr, gegen welche Napoleon, was immer auch der letzte Ausgang ſein möge, Ihn wenigſtens augenblicklich nicht zu ſchützen vermöge. — Dem ward entgegengeſetzt, daß der Augenblick nicht allein entſcheide, ſondern die Chancen der Zukunft, in welcher ſich von dem außerordentlichen Manne, der dermalen zu unterliegen ſchiene, noch ſehr viel erwarten laſſe. So ward das Pro und Kontra hin und her erwogen und diskutiert. Wer mir gefiel in dieſer Beſprechung, das war die Frau Großherzogin Königliche Hoheit. Dieſe Fürſtin war perſönlich Napoleon ſehr geneigt, brachte aber dieſe Geſinnung nicht im mindeſten in Anſchlag, ſondern nur das Intereſſe Ihres Herrn Gemahls. Wer mir dagegen, das leugne ich nicht, ſehr mißfiel, das war Herr v. Lichtenberg. Er hörte jeden Vorſchlag an, ohne ſich ihm poſitiv zu widerſetzen, brachte aber dann nachträglich einige Bedenklichkeiten, oft ganz gegründete, gegen denſelben vor, ohne jedoch den Vorſchlag poſitiv zu verwerfen oder ſeinerſeits einen anderen zu machen. Man hätte blind ſein müſſen, um nicht zu ſehen, daß er manövrierte, um ſich in die Lage zu bringen, dereinſt, wenn die Sachen ſchlecht gingen, ſagen zu können: „Ich bin nicht derjenige, der den unglücklichen Rat erteilt hat,“ oder wenn alles gut ging, ſeinen Anteil von dem Verdienſt zu vindizieren.

Solche Handlungsweiſe war dem Charakter des Mannes ganz entſprechend, ich glaube aber, daß das Manöver dem Großherzog ſo wenig als mir entging.

Die Beratung führte übrigens zu keinem Beſchluſſe, indem Seine Königliche Hoheit erklärten, die Sache noch ruhig bei Sich überlegen zu wollen. Am folgenden Morgen erklärten Sie, daß Sie beſchloſſen hätten, auf dem einmal betretenen Wege fortzugehen, d. h. auf den Rheinbund zu verzichten, was jedoch ſolange als möglich ein Geheimnis bleiben ſolle. Mir kündigte der Herr an, daß ich mich noch heute in das Hauptquartier zurückzubegeben hätte, um einen definitiven Beitrittsvertrag abzuſchließen, wenn ich dadurch die Anerkennung der Großherzoglichen Würde und die Garantie für den Beſtand Seiner Länder erhalten könne. Den Herrn v. Lichtenberg forderte Er auf, die Vollmacht auszufertigen, welcher dieſer auch noch eine ſchriftliche Inſtruktion beifügte.

Während man hieran arbeitete, machte ich Seine Königliche Hoheit darauf aufmerkſam, daß ich unfehlbar auf den Kriegsſchauplatz kommen würde, und daß bei dem Wirrwarr, der da ſtattfinde, auf ein Fortkommen mit Poſtpferden durchaus nicht zu rechnen ſei. Demnach bat ich, mir eine Equipage aus dem Marſtall zur Verfügung zu ſtellen, die ich immer bei mir behalten könne. Die Sache war ſo einleuchtend, daß Seine Königliche Hoheit auf der Stelle durch Herrn v. Falk an den Oberſtallmeiſter ſchreiben ließen, und befahlen, daß mir ein Coupé mit vier Pferden gegeben werden ſolle. Der Zufall hat gewollt, daß, da der ganze Marſtall zerſplittert war, ſich zu jenem Ende nichts mehr disponibel hier fand als der Leibpoſtillon des Herrn mit ſeinem Viergeſpann, der mir mithin zugeteilt ward. Ich nahm ferner einen Kanzliſten des Auswärtigen in meinen Wagen, den man als einen ſehr zuverläſſigen Mann nach Mannheim mitgenommen hatte. Er hieß, wie ich glaube, Herrmann und hatte Herrn v. Barkhaus und mich ehedem ſchon nach Regensburg begleitet. Der Arme ſollte in Hanau, wiewohl auf andere Weiſe, nicht minder unglücklich werden als er es in Regensburg geweſen war. Damals nämlich hatte er ſich, ſelbſt nicht mehr jung, drei Tage vor der Abreiſe in zweiter Ehe mit einem jungen Mädchen verheiratet, und die Notwendigkeit, dieſe ſich ſelbſt zu überlaſſen, brachte ihn ſo in Verzweiflung, daß er am Ende faſt unbrauchbar ward.

Ich ward in Mannheim ſo lange aufgehalten, daß ich erſt am Abend hier eintraf, daher, um nicht mitten in der Nacht anzukommen, hier verweilen mußte. Ich ſetzte mich jedoch längſt vor Tag auf den direkten Weg über Meſſel in Bewegung und langte um 8 Uhr morgens vor dem Gaſthauſe zum Rieſen in Hanau an. Perſönliche Aufnahme fand ich in dieſem Hauſe, es ſollten aber ſogleich die großen Schwierigkeiten beginnen, die mir noch bevorſtanden. Die Stadt war dergeſtalt mit Truppen überfüllt, daß an das Unterbringen von vier Pferden nicht zu denken war, nach langer Verhandlung blieb mir nichts übrig, als Wagen und Pferde in das Schloß von Steinheim zurückzuſenden. Mit großem Widerſtreben entſchloß ich mich dazu, ich glaube eine Ahnung davon gehabt zu haben, wie verhängnisvoll der Schritt für mich werden werde. Aber damit nicht genug, der Poſtillon wünſchte, bevor er weiterfuhr, den Pferden Brot zu geben, und ein Laib Brot war nicht aufzutreiben, d. h. die Leute wollten zu ſolchem Zweck keins verkaufen, aus Furcht, von den Soldaten mißhandelt zu werden, wenn es an Brot fehle.

Durch alles dieſes aufgehalten, gelangte ich erſt um 9 Uhr in das Schloß. Der Marſchall empfing mich ſogleich. Um zu ſeinem Zimmer zu gelangen, mußte man eine ganze Enfilade anderer durchſchreiten. Er war ganz allein, vollſtändig gekleidet, ſchon mit dem Degen an der Seite. „Nun, ſind Sie endlich da,“ rief er mir entgegen, „was bringen Sie?“ — „Die Vollmacht, die Sie verlangt haben.“ Wir ſetzten uns, ich gab ihm die Vollmacht zu leſen, er fand nichts dabei zu erinnern. „Sie müſſen jetzt auch die Bekanntſchaft des Bevollmächtigten der Alliierten machen,“ ſagte er. „Ich habe ihm ſchon von Ihnen geſprochen. Wir bringen dann die Sache heute noch ins reine.“ Dann fuhr er fort: „Sie ſehen mich noch immer in Erwartung der franzöſiſchen Armee. Einmal muß ſie doch irgendwo zum Vorſchein kommen.“ Indem er dieſe Worte ſprach, trat ein Kavallerieoffizier mit einer ſchriftlichen Meldung ins Zimmer. Der Marſchall las und ſagte ihm: „Laſſen Sie meine Pferde vorführen.“ Zu mir gewandt, ſprach er: „Nehmen Sie nicht übel, wenn ich mich einen Augenblick entferne. Ich muß nachſehen, was da draußen vorgeht; in zehn Minuten bin ich wieder hier. Verlaſſen Sie alſo das Zimmer ja nicht, wir müſſen doch noch weiter ſprechen.“

Damit ging er, die Flügeltüren aller Zimmer ſtanden offen, kein Menſch, auch kein Bedienter, war zu ſehen. Unter ſolchen Umſtänden fand ich es nicht angemeſſen, in einem Zimmer zu bleiben, deſſen Tiſch mit einer ganzen Maſſe von offenen Papieren bedeckt war. Ich ſtand alſo auf, um mich in einem der folgenden leeren Zimmer an ein Fenſter zu ſetzen. Da vernahm ich die erſten Kanonenſchüſſe, die ſich während einer halben Stunde ſehr vermehrten. Unter dieſen Umſtänden konnte ich mir leicht denken, daß der Marſchall die angekündigten zehn Minuten, die ohnehin ſchon dreimal abgelaufen waren, nicht einhalten werde. Ich verließ alſo das Schloß, um meine Zeit nicht fruchtlos zu verlieren, und begab mich zu dem öſterreichiſchen Bevollmächtigten. Dieſer war Herr v. H'Ruby, ein Böhme und verhältnismäßig junger Mann. Da ich ihm angekündigt war, ſo machten wir bald Bekanntſchaft, beſprachen meine Angelegenheit zu meiner Zufriedenheit, und ich ließ ihn meine vom Großherzog unterzeichnete Vollmacht leſen. Ein großes Glück war es für mich, daß ich Gelegenheit gefunden hatte, den beiden Hauptperſonen meine Vollmacht zu zeigen.1)

Schlacht bei Hanau

Während ich mit Herrn v. H'Ruby konferierte, verſtärkte und näherte ſich die Kanonade. Er machte mir den Vorſchlag, einen Turm zu beſteigen, um zu ſehen, was vorgehe. Einen unglücklichen Ausgang erwartete er ebenſowenig als der Marſchall ſelbſt, und wäre ich nicht durch ſeine Zuverſicht getäuſcht worden, ſo hätte ich jetzt noch Zeit gehabt, meinen Wagen herbeizuſchaffen.

Hanau war inſoweit eine Feſtung, als es damals noch einen Wall hatte, nahe an demſelben ſteht das Schloß und vor dieſem, durch einen ſchmalen Platz getrennt, eine Kirche, neben welcher ſich einige Zehntſcheuern, maſſive Gebäude, befinden. Den Turm dieſer Kirche beſtiegen wir und genoſſen von da die ausgezeichnetſte Ausſicht über die große Ebene bis zu den Bergen. Wir ſahen die ganze Aufſtellung der deutſchen Armee (etwas über 30 000 Mann) und konnten jede Bewegung ebenſo beobachten, wie man vom Fenſter herabſieht, was in der Straße vor ſich geht.

Bevor ich aber weitergehe, muß ich einige Notizen einſchalten. In der Beſorgnis, daß die bei Leipzig geſchlagene Armee ſich in verſchiedenen Korps zurückziehen und eines derſelben den Weg durch den Speſſart nehmen möchte, hatte Marſchall Wrede, deſſen Aufgabe es war, den Franzoſen den Rückzug über den Main und Rhein abzuſchneiden, das ganze württembergiſche Korps

---

1) Dieſer Mann iſt der erſte öſterreichiſche Geſandte am Kaſſeler Hofe nach der Reſtauration des Kurfürſten geworden. Er hatte eine ſehr hübſche und ſehr anſtändig ausſehende Frau geheiratet, die aber in dem Rufe ſtand, die Mätreſſe eines Königs (M. J.) geweſen zu ſein und von daher bei ihrer Heirat eine bedeutende Ausſteuer erhalten zu haben. Dieſes Gerücht erſchwerte ihre Aufnahme in der Kaſſeler Geſellſchaft, was dem Manne den Aufenthalt verleidete. Er ließ ſich nach Hamburg verſetzen, weil da kein Hof iſt. Nachher habe ich ihn aus den Augen verloren, indem ich unter den ſpäteren öſterreichiſchen Diplomaten ſeinen Namen nicht mehr gefunden.

bei Aſchaffenburg zurückgelaſſen. Dieſe 11 000 Mann blieben am heutigen Tage untätig und gingen der Wredeſchen Armee, die eigentlich 45 000 Mann ſtark geweſen ſein würde, ab. Nicht minder hat Blücher, der eifrigſte Verfolger, ſich getäuſcht, indem er ſich in den Vogelsberg verirrte. Ob Wrede beſſer getan haben würde, das Defilee, welches dieſer Ebene vorangeht, mit ganzer Macht beſetzt zu halten, darüber habe ich als Laie kein Urteil. Soviel iſt aber gewiß, daß er ſich die franzöſiſche Armee nicht in der Stärke dachte, die ſie wirklich hatte. Der Kaiſer hatte das, was ihm von Truppen blieb, nicht geteilt, er hielt alles in einer Maſſe vereint, ſeine Armee zählte noch 80 000 Mann, ihr Vorbeimarſch an Hanau erforderte 24 Stunden.

Was wir von unſerem Turme herab, wo wir bald nach 10 Uhr eintrafen, ſehen konnten, war dieſes: In einiger Entfernung von dem Ausgange des Defilees war die deutſche Armee in Schlachtordnung aufgeſtellt, quer über die Landſtraße, auf welcher die Franzoſen marſchierten. Dieſe, die eingeengt durch die Schlucht, nicht raſch deployieren konnten, bildeten nach und nach eine breite dichte Kolonne, die wie eine ſchwarze Maſſe auf die Bayern losging. Der Marſchall, der vorausſah, daß ſeine Linie durchbrochen, ſein Korps durch dieſe Maſſe in zwei Hälften geſchnitten werden würde, zog nun ſeinen linken Flügel in Eile zurück, ſo eilig, daß die Truppen zuweilen liefen, und nahm eine neue Stellung längs der Straße, der die Gegner folgten. Die erſte breite franzöſiſche Kolonne marſchierte gerade zu, ohne ſich mit Feuern aufzuhalten, blieb aber dem Feuern der deutſchen Linie ausgeſetzt und muß in einer halben Stunde ſehr großen Menſchenverluſt gehabt haben. Wir ſahen, daß ſie ſich bei mehreren Kavallerieangriffen von deutſcher Seite ſtellte und dieſe abſchlug, ſo daß ſie dadurch nicht lange in ihrem Marſche aufgehalten ward. So drang ſie in die Ebene ein. Im Verlaufe einer Stunde etwa waren aber aus dem Defilee ſo viel Truppen, die in gedrängten Haufen marſchierten, herausgekommen und hatten ſich in der Ebene entwickelt, daß der Kommandierende (wer, weiß ich nicht, der Kaiſer aber war es nicht: denn er paſſierte erſt am folgenden Tage bei Hanau vorbei) ſich ſtark genug fand, um eine Frontveränderung vorzunehmen, auch eine Schlachtlinie zu bilden und einen allgemeinen Angriff auf das deutſche Heer zu machen, wobei er von zehn zu zehn Minuten durch neue Regimenter, die aus dem Defilee heraustraten, verſtärkt ward. — Das war die eigentliche Schlacht bei Hanau.

Selbſt mir, der ich nicht Soldat bin und von einem Turm aus das alles mit anſah, wie die Züge auf einem Schachbrett, ward es einleuchtend, daß es dem franzöſiſchen Feldherrn nicht um einen Sieg zu tun war, den er in der jetzigen Lage nicht benutzen konnte, ſondern daß es darum galt, die vereinigte Armee von der Straße weg hinter Hanau zu drängen und dort im Schach zu halten, um den nachfolgenden Truppen, bei denen ſich auch der Kaiſer befand, einen ungehinderten Vorbeimarſch nach Frankreich[1] und Mainz zu ſichern.

---

[1] So! Wohl verſchrieben für Frankfurt.

Wrede hielt lange ſtand, das Feuer war ein ganz ununterbrochenes. An Zahl waren ihm die Franzoſen bei weitem überlegen, er ward von der von Nord nach Süd ziehenden Landſtraße, die er dem Feinde ſtreitig machte, weggedrückt. Den linken, an die Stadt gelehnten Flügel bildeten die Bayern, die mir alſo am nächſten waren, ich ſah da ein Schauſpiel ſich mehrmal wiederholen, das mich in Erſtaunen verſetzte. Indem die Truppen dem Andrang weichen mußten, liefen ſie, regimenterweiſe, in heller Flucht und aus Leibeskräften, aber nur etwa 200 Schritte weit, dann ſtanden ſie augenblicklich wieder in Linie wie auf dem Paradeplatz und begannen von neuem zu feuern. Das habe ich dreimal geſehen. — Um 2 Uhr nachmittag ungefähr war die Armee ſoweit zurückgedrängt, daß ſie nicht mehr vor, ſondern nördlich neben der Stadt ſtand. Da ich mich am ſüdlichen Ende derſelben befand, ſo raubten mir die Häuſermaſſe und Bäume die Ausſicht auf das Detail des Gefechts. Zugleich leuchtete mir ein, daß die Franzoſen den Zweck erreicht hätten, ſich freie Paſſage zu ſichern. Eine Deroute der deutſchen Armee hat niemals ſtattgefunden, dennoch war es Zeit, daran zu denken, was man tun wolle. Ich verließ den Turm, unten auf dem Platze fand ich Herrn v. H'Ruby wieder, der früher als ich herabgeſtiegen war. Er war im Geſpräch mit dem öſterreichiſchen Hauptmann, der die Wache des Hauptquartiers kommandierte. Von dieſem erfuhr ich, daß der Marſchall den Befehl gegeben habe, ſeine Effekten und Papiere aus dem Schloſſe zu ſchaffen, das von nun an dem Feuer der Franzoſen zunächſt ausgeſetzt war. Das deutete ſchon auf einen Rückzug. „Sie werden alſo jetzt auch abziehen?" ſagte ich dem Offizier. „Dazu habe ich noch keinen Befehl," war die Antwort. „Dann werden Sie am Ende gefangen werden." — „Das iſt gar wohl möglich, wenn man mich vergißt, aber mag's ſein, wir Soldaten bewegen uns nicht ohne Befehl." Dabei lachte er, und in demſelben Augenblick ſchlugen faſt gleichzeitig zwei Kanonenkugeln in das Dach der Zehntſcheuer, und ein Hagel von Scherben fiel auf unſere Köpfe. Wir entfernten uns etwas von der Mauer. Ich fragte H'Ruby, was er tun werde. „Ich ſchließe mich natürlich dem Hauptquartiere an und das müſſen Sie auch tun, ob das hier bleibt oder weiter geht, weiß ich nicht."

Ich hatte den ganzen Tag durch meinen Bedienten, einen ganz jungen Menſchen, bei mir behalten, dieſem befahl ich nun, nach Steinheim zu laufen und den Wagen herbeizuſchaffen. Ich verweilte noch ein wenig bei jenem Herrn, und hätten die Dinge nicht Stoff zum Nachdenken gegeben, ſo würde ich Stoff zum Lachen gefunden haben. Ein junger bayeriſcher Chevauxlegeroffizier trat zu uns, er war an der Hand oder dem Unterarm verwundet und ſoeben verbunden worden. Der Hauptmann, der ihn kannte, drückte ihm ſein Bedauern aus und fragte nach ſeinen Wunden. Darauf ging er nicht ein, ſondern antwortete: „Aber mein armer Fuchs, der iſt mir unter dem Leibe erſchoſſen worden," und nun ging er umher, beſtändig wiederholend, „mein armer Fuchs, mein lieber Fuchs," kurz, er lamentierte ganz ſo wie ein Vater, der eben ein Kind verloren hat, und dachte dabei nicht im mindeſten an ſich ſelbſt.

— Ich trat nun den Weg nach meiner Wohnung an. Fünf öſterreichiſche Banathuſaren (das Regiment hieß Barco, die Uniform war dunkelblau) eilten in geſtrecktem Trabe an mir vorbei und hatten in ihrer Mitte einen franzöſiſchen General, dem ſie den Degen gelaſſen hatten; ein Huſar hielt die Trenſe, der andere den Stangenzügel des Pferdes in der Hand. Der Mann, der ſo ohne Zügel dahintrabte, ſchien überdies ein ſchlechter Reiter zu ſein, er war ganz vorgebeugt und ſtellte die komiſchſte Figur dar, die man nur denken kann.

Im Gaſthaus ſuchte ich den Kanzliſten auf, der arme Mann hatte ſein Zimmer nicht verlaſſen. Aber gleich darauf kehrte der Bediente zurück und meldete, auf dem Wege nach Steinheim, der anfangs zwiſchen Gärten läuft, ſtünden auf der einen Seite bayeriſche Jäger hinter den Hecken und Mauern und ſchöſſen über die Straße hin nach den hinter den entgegenſtehenden Hecken ſich befindenden Franzoſen, und „ich komme, um zu fragen,“ fügte er hinzu, „ob Sie verlangen, daß ich da zwiſchendurch gehen ſoll?“

Ich will aber gleich hier einſchalten, daß dieſer Zuſtand nicht lange dauerte, die Bayern warfen die Franzoſen wieder zurück und behaupteten das Feld auf der ganzen öſtlichen Seite der Stadt. Ein Angriff auf letztere ward gar nicht verſucht. Das Gefecht wurde noch vor dem völligen Eintritte der Dunkelheit beiderſeits abgebrochen. Die Franzoſen biwakierten auf den Feldern nördlich von der Stadt nach dem Lambeauwalde zu. Aber nicht alle Truppen, die an der Schlacht teilgenommen, blieben da ſtehen, vielmehr marſchierte ein großer Teil derſelben noch während der Nacht ab, und dieſe ward hauptſächlich dazu benutzt, das Fuhrwerk der Armee bei Hanau vorbei auf die Frankfurter Straße zu bringen. Es war den Franzoſen nur um das Entkommen zu tun. Der vollſtändigſte Sieg über die Bayern würde ja nur Unheil gebracht haben, weil er Zeit geraubt hätte und man wohl wußte, daß ein Teil der verbündeten Heere von Leipzig aus der franzöſiſchen Armee auf dem Fuße folge, ſo daß dieſe, eilte ſie nicht, ſich einer neuen Schlacht, die nicht in ihrer Abſicht lag, ausgeſetzt haben würde.

Seinerſeits benutzte Wrede die Nacht, um das württembergiſche Korps an ſich zu ziehen, und um ſich während des folgenden Morgens mit dieſem vereinigen zu können, beſchloß er ſich zurückzuziehen.

Nach der böſen Nachricht, die mein Bedienter gebracht hatte, ging ich in der Stadt umher, um zu ſehen, was vorgehe. Mir galt es hauptſächlich darum, den Marſchall zu finden. Endlich erſcholl das Gerücht, er ſei in die Stadt zurückgekehrt, aber wo er abgeſtiegen ſei, wußte niemand zu ſagen. Ich dachte nun, daß die Einquartierungsbehörde auf dem Rathauſe davon unterrichtet ſein müßte, und begab mich dahin. Indem ich die Treppe dieſes Gebäudes hinaufging, ſtieß ich auf den Offizier, dem ich vor Miltenberg den Wagen freigemacht hatte. Wir erkannten uns wechſelſeitig. Auf meine Frage nach dem Marſchall ſagte der Mann: „Ich weiß, wo er ſich befindet, und will Sie führen,“ und er brachte mich an eines der äußerſten Häuſer auf der Oſtſeite.

Es gibt Lagen, wo Formalitäten und Komplimente wegfallen müſſen. Beim Eintreten in das Haus ſah ich Leute mit Schüſſeln aus der Küche kommen, dieſen ging ich nach, ohne zu fragen, und gelangte in einen ſchmalen Saal, wo etwa 40 Offiziere an einer Tafel ſaßen; ich muſterte die Perſonen, bis ich den Marſchall herausfand, zu welchem ich hintrat. „Ach, ſind Sie da,“ ſagte er, als er mich erblickte, „es iſt Zeit, daß Sie ſich bereit machen, mit uns zu gehen. Ich verlege mein Hauptquartier für die Nacht nach Großauheim und werde dafür ſorgen, daß Sie dort einquartiert werden, ſo gut es ſein kann.“ — „Ich wünſche nichts mehr, als Ihnen zu folgen,“ ſagte ich, „aber ich bin von meinem Wagen getrennt und muß erſt ſehen, wie ich dazu gelange.“

Die Konverſation an dieſen Tiſchen war lebhaft und auch heiter, namentlich ſchien der Marſchall guter Dinge zu ſein, auch fügte er den obigen Worten bei: „Morgen komme ich wieder hierher.“ Ich wendete mich nun an einen Adjutanten, der nicht am Tiſche ſaß, ſondern umherging. Ich ſetzte ihm die Lage auseinander, ſagte, daß ich im Gaſthauſe vergeblich einen Boten geſucht hätte, der nach Steinheim gehe, niemand habe den Mut dazu, weswegen ich ihn bäte, mir eine Reiterordonnanz zu dieſem Zwecke zu geben, die ich anſtändig belohnen wolle. Dies ſchlug er mir rund ab. Er ſagte, nach einem Tage wie den heutigen, wo weder Mann noch Pferd die mindeſte Nahrung erhalten habe, könne man den Leuten nicht zumuten, noch umher zu reiten.

Hierauf faßte ich den Entſchluß, zu Fuß nach Steinheim zu gehen, um von dort aus nach Großauheim zu fahren. Ich holte im Gaſthauſe meine beiden Leute ab und wir traten den Weg an. Die Nacht war dunkel. Vor der Stadt ſah ich eine Menge einzelner Feuer, die Leute kochten ab. Die meiſten lagen auf der Erde, ſogleich wurden wir von einer Schildwache angehalten, die einen Offizier herbeirief. Dieſer fuhr uns ſehr barſch an und wollte uns als Spione feſtnehmen. Auf meine Erwiderungen beſänftigte er ſich, ſagte aber: „Dieſen Gedanken geben Sie auf, wollte ich Sie auch weiter gehen laſſen, ſo werden Sie noch hundertmal angehalten und kommen doch nicht durch.“ Hiermit war alſo mein Schickſal entſchieden. Ich mußte in Hanau übernachten. Betrübt ging ich zurück und legte mich bald zu Bette.

Die Feuer, die ich nach Steinheim zu geſehen hatte, waren zum Abkochen beſtimmt, nicht zu einem Biwak, obgleich ich nicht bezweifle, daß ſie zur Täuſchung des Feindes die Nacht durch mögen unterhalten worden ſein. Die Truppen ſelbſt brachen, nachdem ſie abgekocht hatten, wieder auf, gingen rückwärts und verließen ganz die nächſte Umgebung Hanaus. Nur blieb in der Stadt ein öſterreichiſches Infanterieregiment zurück. Dieſes Regiment aber, das nicht einquartiert, ſondern auf dem Walle aufgeſtellt war, zog nach Mitternacht ohne Sang und Klang in ſolcher Stille ab, daß die große Mehrzahl der Bewohner nichts davon bemerkte. Aber ſo wenig mir und vielen tauſend anderen in unſeren Betten bekannt ward, daß von nun an die Stadt ganz verlaſſen ſei, ebenſowenig ward den Franzoſen vor der Stadt Kunde davon, was beweiſt, daß kein Bewohner des Orts für ſie ſpionieren wollte. Die Nacht verfloß mithin in vollſtändiger Ruhe. (Fortſetzung folgt)

Ein Ausnahmegericht

Von

H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.

Der Artikel 105 der Verfaſſung des Deutſchen Reichs lautet: „Ausnahmegerichte ſind unſtatthaft. Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden.“ Eine gleiche Beſtimmung enthält auch der Entwurf einer Verfaſſung des Deutſchen Reichs aus dem Jahre 1849, welche inſofern etwas abweicht, als ſie betont, daß Ausnahmegerichte nie ſtattfinden ſollen (§ 175). Die Vorſchrift iſt nicht neu. Sie findet ſich, wenn nicht in allen, ſo doch in den meiſten Verfaſſungen der einzelnen deutſchen Staaten. In der preußiſchen Verfaſſung vom 31. Januar 1850 ſteht ſie unter der Rubrik: Von den Rechten der Preußen. Man ſah ſie als eine Art Grundrecht an. Sie lautet hier (Artikel 17): „Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommiſſionen ſind unſtatthaft.“

Wegen ihrer allgemeinen Anerkennung war die Vorſchrift zu einer Art Gemeinplatz geworden. Man las ſie und dachte ſich kaum etwas dabei, weil ſie ſelbſtverſtändlich war. Sie wurde als eine Art Dekoration angeſehen, die da ſein mußte, um den Schein einer Lücke zu vermeiden. Über den Charakter der Vorſchrift war man ſich z. B. bei der Beratung des Entwurfs des Gerichtsverfaſſungsgeſetzes im preußiſchen Juſtizminiſterium klar. Im dem § 16 dieſes Geſetzes heißt es: „Ausnahmegerichte ſind unſtatthaft. Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden. Die geſetzlichen Beſtimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden hiervon nicht berührt.“ Eine gleiche Beſtimmung fand ſich in dem erſten Entwurf, der der Beratung zugrunde gelegt wurde. Bei den Verhandlungen wurde der Vorſchlag gemacht, die Beſtimmung zu ſtreichen, da ſie in dem Gerichtsverfaſſungsgeſetz ſinnlos ſei, denn ohne Reichsgeſetz könne ohnehin ein beſonderes Gericht nicht errichtet werden. Eine derartige ausdrückliche Vorſchrift habe nur einen Sinn in einer Verfaſſung, wo ſie beſonders garantiert und ihre Abänderung erſchwert ſei. Der Vorſchlag erregte eine Art Entſetzen. Man wandte ein, wenn die Beſtimmung fehle, ſo würde man im Reichstag reaktionäre Gelüſte wittern und die Vertreter der Regierung müßten dann donnernde Philippiken voll von hochtönenden Phraſen über ſich ergehen laſſen. Dem ließe ſich durch die Beibehaltung der Beſtimmung ohne irgendwelches Bedenken vorbeugen, denn, wenn die Beſtimmung auch überflüſſig ſei, ſo könne ſie nicht ſchädlich ſein. Da auch derjenige, welcher den Vorſchlag gemacht hatte, nicht imſtande war, eine Gefährlichkeit der Beſtimmung zu behaupten, ſo entſchied der Juſtizminiſter, daß ſie aufgenommen werden ſollte. Man war ſich klar darüber, daß die Beſtimmung überflüſſig ſei, nicht bloß formell, ſondern auch materiell, da nach der Entwicklung der neueren deutſchen Politik jeder Gedanke an die Einführung von Ausnahmegerichten ausgeſchloſſen ſei.

Die Verfemung der Ausnahmegerichte ſtammt aus dem franzöſiſchen Recht. Zwar verzichteten die revolutionären Regierungen und Napoleon nicht auf die Einführung ſolcher Gerichte. In dem Artikel 204 der Verfaſſung vom 22. Auguſt 1795 z. B. heißt es nur: Nul ne peut être distrait des juges que la loi lui assigne, par aucune commission, ni par d'autres attributions que celles qui sont déterminées par une loi antérieure. Die Einführung von Ausnahmegerichten iſt nicht weiter beſchränkt, als daß hierzu ein einfaches Geſetz, nicht eine Abänderung der Verfaſſung erforderlich iſt. Hätte man die Beſtimmung verfaſſungsrechtlich garantiert, ſo wären derartige Gerichte unmöglich geweſen, denn eine Änderung der Konſtitution war an Vorausſetzungen geknüpft, die ſie tatſächlich unausführbar machten.

Im Jahre 1814, nach der Niederlage, war in Frankreich eine Antipathie gegen einen ſolchen Abſolutismus, wie er zur Zeit des Kaiſerreichs beſtanden hatte, trotz des damit verbundenen Glanzes und Wohlſtands emporgewachſen, nicht weniger war man damals aber auch, vielleicht reichlich ſpät, zu der Einſicht gelangt, daß eine ſolche Herrſchaft, wie ſie früher nach der Revolution im Namen des Volks ausgeübt war, nur eine verkleidete Form des Abſolutismus oder Deſpotismus einzelner Parteiführer ſei. Benjamin Conſtant bemerkt in ſeinen „Réflexions sur les Constitutions et les Garanties" aus dem Jahre 1814: Le dogme de la souveraineté du peuple devint un instrument de tyrannie et durant quelque temps le peuple se laissa opprimer au nom de sa souveraineté ... Le prestige des mots est brisé. Conſtant ſchlug in einem Entwurf einer Konſtitution folgende Beſtimmung vor: Toute création de tribunaux extraordinaires, toute suspension ou abréviation des formes sont des actes inconstitutionnels et punissables. Die Charte von 1814 nahm die Beſtimmung in etwas anderer Form auf. Sie lautet: Nul ne pourra être distrait de ses juges naturels. Il ne pourra en conséquence être créé de commissions et de tribunaux extraordinaires. Die Charte von 1830 enthielt eine gleiche Vorſchrift. Sie hatte noch den Zuſatz: à quelque titre et sous quelque dénomination que ce puisse être. Die Beſtimmung iſt auch in die Konſtitution vom 4. November 1848 übernommen.

Die Mißſtände, welche mit der Errichtung von Ausnahmegerichten verbunden ſind und die einen ſo allgemeinen Widerwillen gegen ſie hervorgerufen haben, liegen in zwei Richtungen. Das Ausnahmegericht wird geſchaffen, um eine ſchnelle und ſummariſche Aburteilung vor einem Gericht, von welchem man eine größere Übereinſtimmung mit den Anſchauungen der Regierung erwartet, als von den gewöhnlichen, herbeizuführen. Es fehlen für den Angeklagten die Garantien des ordentlichen Verfahrens. Außerdem erwartet man von dem Ausnahmegericht eine beſonders ſtrenge Beſtrafung, wie denn mitunter auch dabei außergewöhnliche Strafvorſchriften getroffen werden. In bezug auf den erſten Punkt bemerkt Conſtant, daß es ſich dabei eigentlich um eine petitio principii handele. Diejenigen, welche vor ein Ausnahmegericht geſtellt werden ſollten, würden ſchon vorher ohne Unterſuchung und ohne Urteil in gewiſſer Weiſe als der ſtrafbaren Handlung überführt behandelt. Das erklärt ſich regelmäßig aus dem Zweck des Ausnahmegerichts. Es ſoll niemand von den Schuldigen der verdienten Strafe entgehen, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß auch Unſchuldige beſtraft werden. Der Geſichtspunkt, daß kein Schuldiger unbeſtraft bleiben ſoll, dominiert.

Der der Nationalverſammlung von der Regierung vorgelegte Entwurf einer Verfaſſung enthielt keine Beſtimmung gegen die Ausnahmegerichte, trotzdem daß ſowohl der Verfaſſungsentwurf von 1849 wie das Gerichtsverfaſſungsgeſetz und die preußiſche Verfaſſung von 1850 hierauf hinwieſen. Es ſcheint, daß die damalige Regierung der Anſicht war, daß die durch die Revolution geſchaffenen Verhältniſſe Ausnahmegerichte unentbehrlich erſcheinen laſſen könnten. Erſt in der Beratung des Ausſchuſſes der Nationalverſammlung iſt die Vorſchrift des Artikel 105 geſchaffen.

In der Tat hat man ſchon bald zur Einführung von Ausnahmegerichten greifen zu müſſen geglaubt. Das Geſetz vom 18. Dezember 1919 erklärt das Reichsgericht ausſchließlich zuſtändig für die Aburteilung von Verbrechen oder Vergehen, die ein Deutſcher im In- oder Ausland während des Krieges gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat. Der Zweck der Beſtimmung war, die Beſtrafung der in dem Artikel 228 des Friedensvertrags erwähnten Perſonen, nämlich derjenigen, welche ſich eines Verſtoßes gegen die Geſetze und Gebräuche des Krieges ſchuldig gemacht haben ſollten, herbeizuführen. Um jede Möglichkeit auszuſchließen, daß einer von ſolchen Angeſchuldigten entwiſche, iſt die Vorſchrift auch auf Beſchuldigte ausgedehnt, die mit dem Kriege nichts zu tun gehabt haben, denen aber zum Vorwurf gemacht wird, während der Dauer des Krieges irgendwelche ſtrafbare Handlungen im In- oder Ausland gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vrrmögen begangen zu haben. Wer alſo während des Krieges in einem einem feindlichen Staat gehörigen Geſandtſchaftshotel Fenſterſcheiben eingeworfen haben ſollte, könnte wegen dieſer Tat vor das Reichsgericht geſtellt werden (nach dem Geſetz vom 24. März ſelbſt dann, wenn er früher von der Beſchuldigung freigeſprochen iſt). Sonſt würden, da es ſich hauptſächlich um Militärperſonen handelt, die Militärgerichte und, ſoweit dies nicht der Fall iſt, die gewöhnlichen bürgerlichen Strafgerichte zuſtändig ſein.

Das Geſetz iſt aus der Initiative der Regierung hervorgegangen und von der Nationalverſammlung einſtimmig, alſo auch von den beiden Rechtsparteien, der Deutſchen Volkspartei und der Deutſchnationalen, genehmigt.

Nicht genug hiermit. Man hat eine Ergänzung in einem Geſetz vom 24. März 1920 vorgenommen, die allen ſeither ſowohl im Inland wie im Ausland herrſchenden Rechtsanſchauungen Hohn ſpricht. Es ſoll danach das Verfahren vor dem Reichsgericht auch gegen ſolche Perſonen ſtattfinden, die durch Gewährung von Straffreiheit, die Verjährung der Strafverfolgung oder durch ein freiſprechendes Urteil ſtraffrei geworden ſind. Ja ſelbſt ſolche, die früher rechtskräftig verurteilt ſind und ihre Strafe verbüßt haben, ſollen ſich hierauf nicht berufen können, ſondern ſich ein neues Verfahren vor dem Reichsgericht gefallen laſſen. Beide Geſetze ſind in wenig Tagen von der Nationalverſammlung erledigt. Man wollte ſich beeilen, möglichſt raſch eine Beſtrafung der ſogenannten Kriegsverbrecher herbeizuführen. Die Antipathie gegen dieſe in der Nationalverſammlung war allgemein, ſie beſtand nicht bloß bei den drei Parteien, die das Regiment in Händen hatten und auf deren Betreiben die Geſetzgebung in Gang geſetzt wurde, ſondern auch bei den beiden rechtsſtehenden, ſonſt in der Oppoſition befindlichen Parteien.

Berichterſtatter des Ausſchuſſes bei der Verhandlung über das Geſetz vom 18. Dezember v. J. war ein Angehöriger der Deutſchen Volkspartei, der Profeſſor der Rechte an der Univerſität Königsberg, Graf zu Dohna, und bei dem zweiten Geſetz war ebenfalls ein Mitglied der Deutſchen Volkspartei, der Geheime Juſtizrat Profeſſor Dr. Kahl von der Berliner Univerſität, Berichterſtatter des Ausſchuſſes, ja man kann wohl ſagen, der letztere betrieb mit beſonderem Eifer die Annahme des Geſetzes. Die Deutſchnationale Partei hatte dem Geſetz vom 18. Dezember ohne Anſtand zugeſtimmt. Bei dem Geſetz vom 24. März äußerte ſie in einem Punkt Bedenken, nämlich ſie nahm Anſtoß daran, daß auch Perſonen, die bereits rechtskräftig abgeurteilt ſeien, ohne daß neue Tatſachen oder neue Verdachtsgründe gegen ſie vorgebracht werden konnten, zur abermaligen Aburteilung gelangen ſollten. Über den Hund war man glücklich gekommen, vor dem Schwanz ſtockte man. Bei den Verhandlungen hierüber erklärte der Abgeordnete Dr. Düringer, früher badiſcher Juſtizminiſter, namens ſeiner, der Deutſchnationalen, Partei mit großer Offenheit, daß es ihnen fern liege, die „Kriegsverbrecher“ vor dem Unrecht, das die Regierung und die anderen Parteien ihnen antun wollten, zu ſchützen. „Wir wollten uns nicht ſchützend vor die Kriegsverbrecher ſtellen.“ Dies bezog ſich auf das Geſetz vom 18. Dezember 1919. Sie hatten gegen das Geſetz keinen Widerſpruch erhoben, weil auch ſie in Übereinſtimmung mit der Regierung und den anderen Parteien die ſogenannten Kriegsverbrecher einem Ausnahmegericht hatten überantworten wollen.

Wir finden auch hier die von Benjamin Conſtant hervorgehobene petitio principii. Es wird nicht beachtet, daß es ſich bei der Einführung des Ausnahmegerichts nur um Beſchuldigte, nicht um Überführte handelte. Außerdem hat man, wie bereits erwähnt iſt, auch den Geſchäftskreis des Ausnahmegerichts noch über die ſogenannten Kriegsverbrecher ausgedehnt. Düringer iſt lange Zeit Mitglied des Reichsgerichts geweſen. Es iſt ihm bekannt, daß in allen Ententeſtaaten, insbeſondere in Frankreich und in Belgien, Ausnahmegerichte verpönt ſind, und daß es namentlich auch in den feindlichen Ländern mit der Würde des höchſten Gerichtshofs unverträglich iſt, ihn als Ausnahmegericht zu ſtatuieren. Alle dieſe Bedenken traten zurück.

Die Antipathie gegen die ſogenannten Kriegsverbrecher zeigt ſich bereits in den Gegenvorſchlägen, die die deutſche Friedensdelegation auf den von den feindlichen Regierungen vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags abgab. Es heißt darin, es gehöre zu den vornehmſten Aufgaben des Friedensſchluſſes, die durch den gegenſeitigen Vorwurf des Völkerrechtsbruchs erregten Leidenſchaften damit zu beruhigen, daß da, wo tatſächlich Unrecht begangen worden ſei, dem gekränkten Rechtsgefühl Genugtuung — durch Beſtrafung der Schuldigen — verſchafft werde. Früher pflegte in derartigen Fällen eine gegenſeitige Amneſtie ausbedungen zu werden. Namentlich ſuchte jeder kriegführende Staat die Angehörigen des feindlichen Staates, die ihm während des Krieges Dienſte geleiſtet oder Unterſtützung gewährt hatten, vor der Strafgerichtsbarkeit des Feindes durch eine derartige Klauſel zu ſichern. Unſere Friedensdelegation nahm einen anderen Standpunkt ein. Sie wünſchte Beſtrafung aller völkerrechtswidrigen Handlungen, von wem ſie auch begangen ſein mochten, und mußte deshalb von jedem Verſuch abſehen, die feindlichen Staatsangehörigen, die den deutſchen Truppen und der deutſchen Verwaltung im Feindesland eine gewiſſe Hilfe gewährt hatten, vor der ſtrafrechtlichen Verfolgung in ihrem Heimatſtaat zu ſichern. Wir ſehen denn ja auch, daß in ſolchen Fällen in Frankreich und in Belgien harte Strafen erkannt werden. Iſt es denn nicht ein nobile officium des Staates, diejenigen feindlichen Untertanen, deren Unterſtützung er während der Feindſeligkeiten angenommen oder vielleicht ſogar gewünſcht oder verlangt hat, auch für die Zeit nach dem Friedensſchluß vor der Rache, insbeſondere auch vor der Beſtrafung in ihrem Heimatland zu ſchützen?

Was nun die Strafe anlangt, die das Reichsgericht als Ausnahmegericht verhängen ſoll, ſo enthält das Geſetz keine Verſchärfung der allgemeinen Strafbeſtimmungen. Indeſſen geben die Geſetze auch nach dieſer Richtung zu einem ſchweren Bedenken Anlaß. Es iſt eine allgemein anerkannte Regel des Völkerrechts, daß Verletzungen des Völkerrechts von ſeiten einer kriegführenden Partei mit Maßnahmen, die gegen das Völkerrecht verſtoßen, vergolten werden dürfen. Die einzelnen Beſtimmungen hierüber ſind zweifelhaft und unſicher, der Grundſatz ſelbſt iſt aber allgemein anerkannt. Auf Grund dieſer Regel wird behauptet, daß Ausſchreitungen über die Kriegsgeſetze und Kriegsgebräuche von unſerer Seite gegenüber der völkerrechtswidrigen Blockade gerechtfertigt oder entſchuldigt ſeien. Wie das Reichsgericht ſich zu dieſer Frage ſtellen ſoll, darüber fehlt in dem Geſetz eine Beſtimmung oder auch nur eine Andeutung. Man kann dasſelbe ſo auslegen, daß es nur auf die objektiv begangenen Verletzungen der Kriegsgeſetze und -gebräuche ankommen und alſo die Berufung auf die Zuläſſigkeit der Vergeltung ausgeſchloſſen ſein ſoll, es ſcheint aber auch möglich, das Geſetz anders auszulegen. Man hat bei den Verhandlungen in der Nationalverſammlung jede Äußerung hierüber vermieden. Allem Anſchein nach hat man die Zuläſſigkeit des Einwands der Retorſion nicht anerkennen wollen, aber andererſeits nicht gewagt, dieſen Einwand ausdrücklich für unſtatthaft zu erklären. Wie man auch über die Retorſion denken mag, ſo ſcheint es doch, als ob Handlungen, die mit dem Völkerrecht in Widerſpruch ſtehen, ſelbſt dann nicht wohl beſtraft werden können, wenn die Vorausſetzungen für eine Retorſion tatſächlich nicht vorgelegen haben, der Täter ſich aber in einem Irrtum hierüber befunden und angenommen hat, daß er auf Grund dieſer Regel zu der Überſchreitung der Kriegsgeſetze oder -gebräuche berechtigt ſei.

Um die Geſetze dem Publikum ſchmackhaft zu machen, hat man bekanntlich auf ein Auslieferungsverlangen und Auslieferungsanträge von ſeiten der Entente in mehr oder weniger beſtimmter Weiſe hingewieſen, und es hat nicht an Andeutungen gefehlt, als ob ſolche Anträge auf den Artikel 228 des Friedensvertrags geſtützt werden könnten. Dies iſt aber nicht der Fall. Der Artikel beſtimmt nur, daß die deutſche Regierung den alliierten Mächten die Perſonen auszuliefern habe, gegen die wegen Vergehens gegen die Geſetze und Gebräuche des Krieges vor einem Militärgericht eines feindlichen Staats Anklage erhoben iſt. Es muß alſo ein feindliches Militärgericht für die Aburteilung der Handlung zuſtändig ſein. Die Geſetze in den feindlichen Staaten, welche die Zuſtändigkeit der Militärgerichte regeln, müſſen mit dem Völkerrecht in Übereinſtimmung ſtehen, wenigſtens im großen und ganzen. Kein Staat kann ſich offen über die Regeln des Völkerrechts hinwegſetzen. Nun iſt es in einem im Völkerrecht bekannten Fall aus dem Jahre 1837 durch Verhandlungen zwiſchen England und Nordamerika anerkannt, daß, ſelbſt wenn in Friedenszeiten ein feindlicher Einbruch auf ein fremdes Gebiet und eine damit verbundene Verletzung von Leben und Eigentum ſtattfindet, und die Regierung des Angreifers dieſen Einbruch genehmigt und für eine in ihrem Sinn vorgenommene Handlung erklärt, die Gerichte des Staats, in deſſen Gebiet der Einbruch ſtattgefunden hat, zur Aburteilung der Übeltäter nicht zuſtändig ſind, daß vielmehr der geſchädigte Staat ſich nur an den anderen Staat halten kann.[1]) Daß ſolches für Verletzungen des Völkerrechts während eines Krieges von den zu einer kriegführenden Armee gehörenden Perſonen gelte, wurde als ſelbſtverſtändlich vorausgeſetzt. Ausſchreitungen unſeres Militärs im Dienſte würden danach, auch wenn ſie in Feindesland begangen ſind, vor einem feindlichen Militärgericht nicht zur Aburteilung gelangen können. Es iſt denn auch nach den in den feindlichen Staaten beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften über die Zuſtändigkeit der Militärgerichte nicht anzunehmen, daß Fälle, in denen eine derartige Auslieferung von ſogenannten Kriegsverbrechern verlangt werden kann, überhaupt oder wenigſtens in größerer Anzahl vorkommen werden. Die Bedeutung des Artikels 228 liegt darin, daß auch die Auslieferung an Militärgerichte verlangt werden kann, während ſolches ſonſt, wenigſtens nicht allgemein für zuläſſig gilt. Dann enthält der Artikel inſofern eine Demütigung für Deutſchland, als die Auslieferung auch ſtattfinden ſoll, wenn ein inländiſches Gericht für die Handlung zuſtändig iſt, vielleicht ſogar ein Verfahren eingeleitet hat. Es iſt Regel, daß eine Auslieferung nicht ſtattfindet, falls die inkriminierte Handlung im Gebiet des requirierten Staates ſelbſt zur ſtrafrechtlichen Verfolgung gelangen kann. Abgeſehen hiervon muß die Beſtimmung als kränkend für Deutſchland angeſehen werden, weil nicht die Gegenſeitigkeit gewährt wird, wie es ſonſt in ſolchen Fällen geſchieht.

Nun hat unſere Regierung allerdings eine große Auslieferungsliſte von den Ententemächten erhalten. Welchen Zweck man urſprünglich mit dieſer Liſte verfolgt hat, liegt im Dunkeln, wir haben darüber keine Aufklärung erhalten. Es iſt klar, daß die Liſte einen Antrag auf Auslieferung nicht enthält. Sie hat jetzt nach dem Zugeſtändnis unſerer Regierung an die Entente die praktiſche Bedeutung, daß alle in der Liſte aufgeführten Perſonen vor das Reichsgericht zur ſtrafrechtlichen Verfolgung gezogen werden ſollen. Was das Geſetz vom 24. März d. J. anlangt, ſo beſtimmt ein franzöſiſches Geſetz von 1903: Aucune poursuite ne peut être dirigée contre un étranger pour crime ou délit commis en France, si l'inculpé justifie qu'il a été jugé définitivement à l'étranger et en cas de condamnation qu'il a subi ou prescrit sa peine ou obtenu sa grâce. Es kann alſo nicht davon die Rede ſein, daß auch in ſolchen Fällen eine Auslieferung verlangt werden könnte.

Über die Frage, ob die Geſetze mit der Verfaſſung in Übereinſtimmung ſtehen, haben die Regierung und die Nationalverſammlung ſich nicht den Kopf zerbrochen. Die Regierung hat irgendwelche Motivierung nach dieſer Richtung nicht gegeben. Indeſſen bemerkt eine offiziöſe Erläuterung zu dem Geſetz vom 18. Dezember v. J. in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“: Durch die Annahme des Geſetzentwurfs iſt das Reichsgericht für die Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen im Sinne der Reichsverfaſſung (Artikel 105) der „geſetzliche Richter“. Damit erledigt ſich die Frage, ob der Geſetzentwurf etwa ein Ausnahmegericht herſtellt, was nach Artikel 105 der Reichsverfaſſung und § 16 des Gerichtsverfaſſungsgeſetzes unſtatthaft wäre. — Die Begründung wird hier durch die einfache Behauptung, daß es ſich nicht um ein Ausnahmegericht handle, erſetzt. Der Verfaſſer hat ſo wenig juriſtiſche Kenntnis, daß er den Unterſchied, welcher zwiſchen der Bedeutung des Artikels 105 der Verfaſſung und dem § 16 des Gerichtsverfaſſungsgeſetzes beſteht, gar nicht erkannt hat. Das Gerichtsverfaſſungsgeſetz ſtand der Einführung des Ausnahmegerichts nicht im Wege, denn es konnte durch einfaches Geſetz wieder abgeändert werden. Dagegen konnte nach Artikel 105 der Reichsverfaſſung die Einführung eines Ausnahmegerichts nur im Wege einer Verfaſſungsänderung mit der nach Artikel 76 hierfür erforderlichen Majorität der Stimmen in dem Reichsrat und in der Nationalverſammlung erfolgen. Trotzdem hat man ſich in der Nationalverſammlung bei den Verhandlungen über das Geſetz vom 18. Dezember v. J. bei dieſer Begründung beruhigt. Der Berichterſtatter des Ausſchuſſes, Graf zu Dohna hat mit keiner Silbe die Frage, ob das Geſetz verfaſſungsmäßig ſei, geſtreift. Später ſcheint man doch auch in der Nationalverſammlung zu der Anſicht gekommen zu ſein, daß eine ſolche ſummariſche Behandlung der Verfaſſungsfrage gerade in dieſer Sache auf das Publikum einen ſchlechten Eindruck machen müſſe. Der Abgeordnete Kahl iſt in der Sitzung vom 5. März d. J. in die Breſche geſprungen und erklärte: „Zweifellos werden Grundſätze der Verfaſſung verletzt, namentlich ſoweit ſie in dem Abſchnitt der Verfaſſung über die Rechtspflege ſtehen.“ Hier wird alſo kurzer Prozeß mit den Ausführungen in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ gemacht. Kahl fügte aber hinzu, daß die Einführung des Ausnahmegerichts durch den Friedensvertrag verlangt werde, und daß dieſer der Verfaſſung vorgehe. Die erſtere Behauptung muß ich beſtreiten. Es mag ſein, daß ſich an irgendeiner mir entgangenen Stelle des ausführlichen Inſtruments eine Beſtimmung findet, auf welche allenfalls im Wege der Auslegung Kahl ſich mit einem gewiſſen Schein berufen könnte, aber ich muß die Richtigkeit einer derartigen Auslegung beſtreiten, da das Verlangen, ein Ausnahmegericht einzuführen, mit den tief eingewurzelten Rechtsanſchauungen der Ententeſtaaten in ſchroffem Widerſpruch ſtehen würde.

---

[1] Vgl. Tradition vom 6. März 1920, Heft 49, S. 1549.

Leipzig, Ende Juni 1920.

Literariſche Berichte

Geſchehenes, Geſehenes, Erlebtes. Von **P. Metternich-Sandor.** Wien und Berlin. Wiener Literariſche Anſtalt. Geb. M. 10.—

Als Kind hat die Frau, deren Namen dies Buch trägt, das „Syſtem Metternich“ zuſammenbrechen ſehen; als Greiſin mußte ſie noch den Todeskampf und Untergang der öſterreichiſchen Monarchie mitanſehen. Der Mann, der das „Syſtem Metternich“ in ſich verkörperte, war ihr Großvater, ihr Vater der als Reiter berühmte ungariſche Graf Sandor, ihr Gatte Richard Metternich, des Fürſten Klemens Sohn, von 1859 bis 1870 öſterreichiſcher Geſandter am Hofe Napoleons III. So gehört die Fürſtin Pauline Metternich zu den bekannteſten Frauen der öſterreichiſchen Ariſtokratie, der Wiener Geſellſchaft; und wenn man ihre Aufzeichnungen lieſt, dieſe ſo anſpruchslos und mit ſo viel Friſche und anmutiger Natürlichkeit hingeſchriebenen Erinnerungen an ihren Großvater und Vater, an Richard Wagner (mit deſſen Biographie ſie durch die Pariſer „Tannhäuſer“-Aufführung von 1863 immer rühmlich verknüpft bleibt), an Franz Liſzt, an den ſächſiſchen Königshof und an ſo viele berühmte, bekannte und unbekannte Zeitgenoſſen, dann ahnt man etwas von dem unverlierbaren „Charme“, der dieſe Frau umgab und der ihr bis heute treu geblieben iſt. Ihre Aufzeichnungen, lange vor der heutigen Kataſtrophe geſchrieben, ſind ohne alle Sentimentalität, voll geſunder und echter Empfindung, mit viel Sinn für alles Charakteriſtiſche, Humorvolle und Komiſche; ſie geben in hellen, meiſt fröhlichen Farben Bilder einer Welt, auf der wir heute die letzten Lichter des Abends und die Schatten des Untergangs ruhen ſehen. Das verleiht manchmal dem Buche einen ſozuſagen tragiſchen Reiz; „die Metternich“ aber wird in ihm fortleben als eine „Natur“ im Goetheſchen Sinn, als Typus einer bei allen Mängeln in ſich vollkommenen Menſchenklaſſe: des alten öſterreichiſchen Adels. y—

Eine Flüchtlingsreiſe durch die Ukraine. Von Friedrich Schrader. Tübingen 1919. M. 3.—.

Die Mehrzahl der Deutſchen, die nach dem Zuſammenbruch Konſtantinopel verlaſſen mußten, hat den Heimtransport durch die Sieger vorgezogen. Der Verfaſſer hat noch die letzte Fahrgelegenheit benutzt, um als freier Mann das liebgewordene neue Vaterland verlaſſen zu können. Sehr anſchaulich, klug und ſympathiſch ſchildert er ſeine Erlebniſſe und Leiden, die er auf der Fahrt nach Odeſſa und dann weiter durch die Ukraine durchzumachen gehabt hat. W. W.

Hegel und der Staat. Von Franz Roſenzweig. Gedruckt mit Unterſtützung der Heidelberger Akademie der Wiſſenſchaften. 1. Band. Lebensſtationen (1770—1806). München und Berlin, R. Oldenbourg. Geh. M. 20.—, geb. M. 24.—.

Es iſt eine vornehme Feſt- und Gedenkgabe, die mit dem vorliegenden Buch zum 150. Geburtstag Hegels (27. Auguſt 1920) dargebracht wird. Ein ſtreng philoſophiſcher geſchulter und echt hiſtoriſch gebildeter Geiſt hat ſich die Aufgabe geſetzt, nach Roſenkranz, Rudolf Haym und Dilthey das Werden Hegels und ſeine Gedankenwelt aufs neue und unter neuen Geſichtspunkten darzuſtellen, und hat ein Werk geſchaffen, das ſich jenen würdig anſchließt, für das Verſtändnis des Philoſophen und ſeine Einreihung in die Geſchichte des rein geiſtigen und des ſtaatlichen Denkens in mancher Hinſicht einen wichtigen Fortſchritt über jene gewiß bedeutenden Vorgänger hinaus bezeichnet und auch an und für ſich durch hohe Auffaſſung und edle Form, herangereift aus gründlichſter Verſenkung und liebevoller Einfühlung in den Stoff, eine ſchöne, impoſante Leiſtung auf dem Gebiete der Geiſtesbiographie bedeutet. Schon die Faſſung des Titels und die Hölderlinſchen Verſe, die das Titelblatt als Motto ſchmücken, deuten an, unter welcher Perſpektive das perſönliche Erleben und die Entwicklung des jungen Hegel geſehen und dargelegt ſind. Mit den beſten Erwartungen dürfen wir dem Schlußbande entgegenſehen, der uns den reifen Hegel zeigen ſoll und nach deſſen Erſcheinen wir auf das ganze Werk eingehender zurückkommen werden. —r.

Die drei Kriſen. Unterſuchungen über den gegenwärtigen Weltzuſtand. Von J. J. Ruedorffer. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geh. M. 8.—.

Hinter dem Pſeudonym J. J. Ruedorffer verbirgt ſich einer unſerer geiſtvollſten Diplomaten und Politiker. Gleich ſeinem Buche „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart“ wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort zu jenem gedacht iſt, berechtigtes Aufſehen erregen. Sie iſt der Verſuch, in dem Wirrwarr des Geſchehens den Geſamtzuſammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu ſchaffen, das nicht von den Dingen gemeiſtert wird, ſondern ſie meiſtern will. Drei Kriſen, vielfach ineinander geſchlungen, ſcheinen dem Verfaſſer das Zeitalter zu erſchüttern. Eine außenpolitiſche Kriſe der internationalen Organiſation der Welt, inſonderheit Europas, eine innenpolitiſche der Staaten und Staatsformen und eine Kriſe der Geſellſchaft. Jede dieſer Kriſen hat ihre wirtſchaftliche Seite. Aber während die wirtſchaftlichen Wirkungen ſchließlich jedem offenkundig ſind, bleiben die politiſchen Urſachen vom Streit der Nationen und Parteien verdunkelt. Ihren tieferen Zuſammenhang zu umreißen und das Nachdenken zu fördern, iſt der Zweck dieſer Unterſuchungen.

Der Statthalter. Ein Kolonialroman von Max Ludwig. München, Muſarion-Verlag. Geh. M. 9.—, geb. M. 12.—.

Der Roman iſt im Jahre 1911 entſtanden. Damals hatte Deutſchland noch Kolonien, und dieſe Kolonien waren in ſtolzem Aufblühen begriffen. Allerlei Kinderkrankheiten der deutſchen Verwaltung waren ganz oder nahezu überwunden, Rückfälle und neue Fehler natürlich nicht ausgeſchloſſen. Als M. Ludwig ſein Buch ſchrieb, war gewiß ſein künſtleriſches Schaffen auch von der Abſicht mitbeſtimmt, vor ſolchen möglichen Fehlern zu warnen; aber dieſe politiſche Abſicht wurde ſogleich ins Künſtleriſche gewandt, indem die Fehlermöglichkeit, das Nachäffen der „britiſchen Methode“ in den Charakter einer Perſönlichkeit hineinverlegt, aus dieſem heraus entwickelt wurde. Und das hat dem Buch ſeinen literariſchen Wert, ſeine ethiſche Bedeutung gerettet. Die

Warnungen, die es enthält, können wir heute (und wie lange noch?) nicht mehr beherzigen; die Figur des „Statthalters“ bleibt lebendig als eine glänzende Charakterſtudie. Die Handlung, die ſich aus der pathologiſchen Verblendung und den lächerlich-tragiſchen Mißgriffen dieſes von romantiſchem Cäſarenwahnſinn befallenen Bürokraten entwickelt, feſſelt in ihrem ſtreng logiſchen Fortgang, in ihrer erſchütternden Folgerichtigkeit den Leſer mit zwingender Kraft. Möchte der Dichter ſeine eigenartige Begabung, politiſche Stoffe künſtleriſch zu bändigen, auch einem der Probleme zuwenden, die durch Weltkrieg und Revolution in unſerem armen Vaterland herangereift ſind! Als Geſtalter und als Mahner würde er uns Tiefbedeutendes zu ſagen haben. —y—

Der Atheismus und ſeine Geſchichte im Abendlande. Von Fritz Mauthner. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Erſter Band. Geh. M. 52.—, geb. M. 65.—.

Fritz Mauthner, der Weiſe von Meersburg, der im vorigen Jahre ſeinen ſiebzigſten Geburtstag gefeiert hat, hat uns als Philoſoph bereits zwei grundlegende Werke geſchenkt: Die Kritik der Sprache und das Wörterbuch der Philoſophie. Nun iſt er damit beſchäftigt, ſeine wiſſenſchaftliche Lebensarbeit durch ein drittes monumentales Werk zu krönen, deſſen erſter Band uns jetzt vorliegt. Das Werk bietet uns eine Geſchichte des Gottesbegriffes (und des von ihm faſt untrennbaren Teufelsbegriffes) bis zum Ende des Mittelalters und der fortgeſetzten, oft nur ſchüchternen und taſtenden Bemühungen einzelner Wahrheitsſucher, ſich von dieſem Begriffe zu befreien. Bis zum ausgeſprochenen Atheismus ſind dieſe Denker in dem hier behandelten Zeitraum nicht vorgedrungen; aber wie auch heute die Zahl der wirklichen Atheiſten weit größer iſt als die Zahl derer, die ſich offen zum Atheismus bekennen, ſo liegt bei vielen Ketzern des Mittelalters und der Renaiſſance doch unter ſcholaſtiſchem Geſtrüpp die extreme Verneinung verborgen. Nach einer Einleitung, in der der Gottesbegriff und ſeine Auflöſung durch die Philoſophie im katechismusloſen Altertum behandelt wird, gibt uns Mauthner eine eingehende Geſchichte der mittelalterlichen Scholaſtik. Die arabiſchen Ariſtoteliker treten auf, das legendenhafte Buch von den drei Betrügern wird beſprochen, und der deutſche Myſtizismus, beſonders aber Occam und der Nominalismus, finden eine liebevolle Würdigung; kann man doch Mauthner ſelbſt als einen modernen Nominaliſten bezeichnen, da ſeine Sprachkritik völlig auf dieſer Grundlage beruht. Mit der Renaiſſance und der Reformation ſchließt der erſte Band ab. Bei den Schlußkapiteln kann man bei aller Bewunderung von Mauthners lichtvoller Darſtellung doch wohl die Frage aufwerfen, ob er die Denkfreiheit der italieniſchen Renaiſſancemenſchen nicht überſchätzt hat. Auch unter den heutigen Italienern, die es für pedantiſch halten, einen Gedanken bis zum Ende zu denken, und die ihre Denkfaulheit und -feigheit mit dem ſtolzen Namen Skeptizismus belegen, gibt es ja eine Menge „klerikaler Atheiſten“! Auf der anderen Seite unterſchätzt wohl Mauthner, ebenſo wie Nietzſche, die heilſamen Wirkungen der deutſchen Reformation. Aber mag Mauthners Buch in ſolch einzelnen Punkten zum Widerſpruch herausfordern, es iſt ein Werk von höchſter Bedeutung, und, wie ſich bei ihm von ſelbſt verſteht, ſo glänzend geſchrieben, daß das Leſen auch einen wahren künſtleriſchen Genuß bietet. D.

Mozart. Von Hermann Abert. Als 5. Ausgabe von Otto Jahns Mozart. Bd. I. Breitkopf und Härtel, 1919. XXV und 1035 Seiten. Mit 9 Bildniſſen und 4 Fakſimiles. Geh. M. 35.—.

Die nicht ganz unbedenkliche Verlegerſitte, neuen Werken mit Hilfe alter Namen zum ſofortigen Durchbruch zu verhelfen, hat uns in vorliegendem Fall etwas ſo Gutes und dauernd Brauchbares beſchert, daß der Name Jahns nicht mißbraucht erſcheint. Die vierte Auflage der klaſſiſchen Mozartbiographie hatte Deiters 1905 herausgegeben. Nun läßt uns Profeſſor Dr. Hermann Abert, der Kenner griechiſcher Muſik, der langjährige Lehrer an der Haller Hochſchule, der Herausgeber des Gluckjahrbuchs, die Geſtalt, das Leben und die Werke Mozarts in neuer Auffaſſung erſtehen. Verſchwunden iſt Jahns törichter Wagnerhaß und ſo manche veraltete Anſchauung, geblieben iſt Jahns Gründlichkeit, Vorſicht und deutſche Geſinnung. Es handelt ſich, damit es der Leſer deutlich wiſſe, um einen vollſtändigen Neubau; die Beſitzer der früheren Auflagen Jahns können das neue Buch nicht entbehren. Abert hat nicht bloß die ſtark vorgeſchrittene Mozartforſchung des letzten Menſchenalters berückſichtigt, ſondern iſt auch den gewandelten Anſchauungen auf dem Gebiete der Geſchichtſchreibung gerecht geworden, jedoch ohne im Eifer die Beſonnenheit zu verlieren, alſo ohne die draufgängeriſche und umſtürzleriſche Art Schurigs. Man leſe nur einmal den an die Entführung anknüpfenden (letzten) Abſchnitt über Verlobung, Braut- und Eheſtand: Gerechtigkeit, Vorſicht und Wahrheitsliebe vereinigen ſich hier mit eindringendem ſeeliſchem Feingefühl, um uns ein Bild von Mozart zu entwerfen, das weder verhimmelt noch verleidet. Die ſprachliche Darſtellungsweiſe hat ſich Jahns Klarheit mit beſtem Erfolg zum Vorbild genommen. Dr. Karl Grunsky.

Eynars Töchter. Roman von Georg Speck. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geh. M. 9.—, geb. M. 14.—.

Ein Roman-Idyll von ganz eigenem Zauber, das all die guten und gewinnenden Eigenſchaften der früheren Werke des gleichen Verfaſſers geſteigert und vertieft aufweiſt. Die Schickſale der drei Töchter des Arztes Eynar, unter ſich ſo verſchieden wie die Charaktere der Mädchen ſelbſt, bewegen ſich auf dem Hintergrund einer prächtig gelegenen, altertümlichen Kleinſtadt der deutſchen Schweiz. Die maleriſchen Gaſſen, die alten Häuſer und Gärten der kleinen Stadt, ihr enges, eintöniges Leben bilden eine ſeltſam ſuggeſtive Atmoſphäre, die die Umriſſe dämpft und doch nicht auflöſt; vielmehr ſind alle Menſchen, die drei Doktorsmädchen wie ihre Eltern, ihre Verehrer und Ehemänner, aber auch all die vielen Nebenfiguren, außerordentlich friſch und individuell geſtaltet, und wo die Idylle einen elegiſchen Beiklang bekommt, leidet doch nie die ſchlichte Natürlichkeit der Anſchauung und Darſtellung darunter. Georg Speck gehört zu den heute beſonders ſeltenen Dichtern, die ihre Gaben langſam in der Stille ſich heranbilden laſſen und die Früchte nicht vom Baum ſchütteln, ehe ſie die rechte, köſtliche Reife erlangt haben; deſto Beſſeres hat er uns dann zu bieten.

Geſchichte der Kunſt aller Zeiten und Völker. Von Karl Woermann. Zweite Auflage. Mit vielen Illuſtrationen. 6 Bände. Bd. IV. Die Kunſt der älteren Neuzeit von 1400 bis 1550. Geb. M. 28.—. Verlag des Bibliographiſchen Inſtituts in Leipzig.

Woermanns Geſchichte der Kunſt bedarf keiner Empfehlung mehr, es darf genügen, auf das Erſcheinen der Neuauflage des IV. Bandes hinzuweiſen. Dieſer Band iſt gegenwärtig von beſonderem Intereſſe, handelt er doch von den Werken, die unſere räuberiſchen Gegner uns und Oeſterreich nehmen möchten, die hundert und mehr Bilder, die Italien aus Wien ſich bereits geholt hat, und die ferner dort und im Reiche „ins Auge gefaßt“ ſind, darunter Edelſteine wie der Genter Altar der Brüder van Eyck, der Löwener Altar von Dirk Bouts und nicht zuletzt Matthias Grünewalds Iſenheimer Altar, das großartigſte und ſeelenvollſte Werk der ganzen deutſchen Malerei des 15. und 16. Jahrhunderts, das ſich erhalten hat. Die Ausſtattung iſt im Hinblick auf die jetzigen ſchwierigen Verhältniſſe durchaus vortrefflich.

Die deutſche Aeſthetik der Gegenwart. Von Paul Moos. Verlegt bei Schuſter & Löffler in Berlin. 484 Seiten Großoktav. Geh. M. 43.75, geb. M. 56.25.

Der Verfaſſer hat ſich als Muſikäſthetiker eingeführt mit den Werken (des gleichen Verlags): „Richard Wagner als Aeſthetiker“ (1906) und „Moderne Muſikäſthetik in Deutſchland“ (1902); letzteres Buch erlebt demnächſt die zweite Auflage als „Die Philoſophie der Muſik“ von Kant bis Eduard von Hartmann.“ Wenn er ſich nun in vorliegendem umfangreichen Werke mit dem ganzen Gebiete der Aeſthetik befaßt, ſo befähigt ihn hierzu der philoſophiſche Drang, über die Grenzen der Muſik hinaus zu einem Ueberblick und Urteil über die zeitgenöſſiſchen Leiſtungen der Berufsäſthetiker zu gelangen. In dieſer Rechenſchaft ſteckt eine Fülle von Arbeit. Der Reihe nach erſcheinen die Anſichten von Groos, Müller-Freienfels, Külpe, Witáſek, Lipps, Deſſoir, Konrad Lange, Meumann, Volkelt und wie ſie alle heißen, der Kenntnis und Beurteilung unterbreitet. Der Leſer findet aber mehr als die bloße fleißige Zuſammenſtellung eines mannigfach verſtreuten Stoffes. Paul Moos verbindet mit einer ſachlichen Darſtellung eigene Bemerkungen, welche Urteilskraft und innere Teilnahme verraten. Beſonders ſympathiſch berührt ſeine Achtung vor dem geſchichtlichen Werdegang der deutſchen Aeſthetik; das Buch iſt keineswegs eine Verhimmelung des Modernen (man leſe nur den Abſchnitt über Konrad Lange!), ſondern ſucht Fühlung und Zuſammenhang mit der Aeſthetik, die unſere großen Geiſter vor hundert Jahren darboten, wieder aufzunehmen.

Dr. Karl Grunsky.

Jahrbuch der angewandten Naturwiſſenſchaften 1914—1919. Dreißigſter Jahrgang. Unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben von Dr. Joſeph Plaßmann. Geh. M. 22.—, geb. M. 26.—. Herderſche Verlagshandlung in Freiburg i. B.

Das allſeitig geſchätzte und während des Krieges ſehr entbehrte Buch erſcheint nach fünfjähriger Unterbrechung wieder. Es zeigt eine grundlegende Aenderung: Die Theorie hat der Praxis weichen müſſen. Wir vermiſſen wohl das eine oder andere Kapitel, werden aber durch die an ihre Stelle getretenen Abſchnitte reichlich entſchädigt. Beſonders reich ſind jetzt „Technik“ und „Chemiſche Technologie“ bedacht, neu aufgenommen die Gebiete „Bergbau und Hüttenweſen“, „Tierheilkunde“ und

„Kriegstechnik". Zumal die letzte bringt eine abſchließende Darſtellung des im Weltkrieg erreichten Höchſtſtandes der militäriſchen Anwendung der Naturwiſſenſchaften. Die vielen Freunde des Buches werden erfreut ſein, den alten liebgewordenen Bekannten wieder zu haben. H.

Deutſch-Oſtafrika im Weltkriege. Wie wir lebten und kämpften. Von Gouverneur Dr. Heinrich Schnee. Mit vielen Abbildungen, Karten uſw. Geh. M. 15.—, geb. M. 20.—. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig.

Der letzte Gouverneur von Deutſch-Oſtafrika erzählt in ſeinem Buche von der heldenhaften Verteidigung des Landes durch eine Handvoll Deutſche und eine Schar treuergebener Eingeborener, und berichtet von den abenteuerreichen Kreuz- und Querzügen durch die Kolonie, durch Portugieſiſch-Afrika und Rhodeſia unter Lettow-Vorbecks genialer Führung. Im Mittelpunkt ſeines Intereſſes ſteht aber dem Gouverneur das ihm anvertraute Land, deſſen Hebung und Erſchließung ſeiner vornehmſten Sorge gewidmet war. Eingehend ſchildert er den Charakter des Landes, ſeine wirtſchaftlichen und ſanitären Verhältniſſe, die Straßen und Bahnbauten, die Beziehungen zu der farbigen Bevölkerung ſowie die Hauptaufgaben der Verwaltung. Auch über Verkehr, Handel und Pflanzungen gibt er wertvolle Aufſchlüſſe. In dem Schlußteil des Buches geht der Verfaſſer ausführlich auf die Tätigkeit der Engländer in dem eroberten Deutſch-Oſtafrika ein und beleuchtet auch die engliſchen Behauptungen über die deutſche Unfähigkeit zum Koloniſieren, die den Vorwand für die Wegnahme unſerer Kolonien bildeten, ſowie die dringende Notwendigkeit für uns, wieder in den Beſitz der Kolonien zu gelangen. Das Buch iſt als eine hervorragende Erſcheinung zu bezeichnen.

Johannes Janſſens Briefe. Herausgegeben von Ludwig Freiherrn v. Paſtor. Zwei Bände. Geh. M. 30.—, geb. M. 36.—. Herderſche Verlagshandlung in Freiburg i. B.

Die Briefe Janſſens, von der Gymnaſialzeit bis zu ſeinem Tode reichend, ſind zugleich eine Art von Selbſtbiographie. In eindringlicher Klarheit ſchildern ſie den Entwicklungsgang des Geſchichtſchreibers, ſeine Arbeiten, deren Bekämpfung und deren Erfolg. Die Korreſpondenz enthält viele intereſſante Mitteilungen zur Zeitgeſchichte, namentlich zur Geſchichte der katholiſchen Bewegung in Deutſchland. Zahlreiche Noten des Herausgebers erläutern die Korreſpondenz, und ein genaues Inhaltsverzeichnis ſowie ein Perſonenregiſter erleichtern ihre Benutzung. H.

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Anemüller, Ernſt, Schiller und die Schweſtern von Lengefeld. Detmold, Meyerſche Hofbuchhandlung. Gebunden M. 4.—.

Auer, Dr. Paul v., Das Pariſer Völkerbundabkommen. Vorgeſchichte, Text, Kritik und Kommentar. Wien und Leipzig, Manzſche Verlags- und Univerſitäts-Buchhandlung. Kr. 12.— (M. 6.—).

Beckmann, Pfarrer Heinz, Das lebendige Wort. Eine neue Bibelerklärung. I. Bd. Das Alte Teſtament. II. Bd. Das Neue Teſtament. Wiesbaden, Hofbuchhandlung Heinrich Staadt. Subſkriptionspreis M. 6.— pro Lieferung, zuzüglich 10% Teuerungszuſchlag.

Bonn, Prof. Dr. M. J., Völkerbund und auswärtige Politik. Gotha, Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. M. 1.60.

Bücher und Autographen, wertvolle Aetz- und Probedrucke uſw. von Daniel Chodowiecki, ſowie eine Anzahl ältere und neuere graphiſche Seltenheiten. Berlin-Friedenau, Buch- und Kunſtantiquariat Oskar Rauthe. M. 4.—.

Cohnitz, Juſtizrat Ernſt, Die internationalen Rechtsbeziehungen hinſichtlich abhanden gekommener Inhaberpapiere. Berlin und Leipzig, Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Geh. M. 9.—.

Deutſcher Volksrat. Zeitſchrift für deutſches Volkstum und deutſche Kultur im Oſten. 1. Jahrgang. Danzig, Verlag Deutſcher Volksrat. Pro Nummer 20 Pf., vierteljährlich M. 1.35.

Dreyhaus, Dr. Hermann, Die Außenpolitik. Schriftenfolge zur Förderung des politiſchen Denkens im deutſchen Volke. Heft 1: Die engliſche Weltherrſchaft. Berlin-Friedenau, Richard Fouquet, Verlag. M. 3.50, zuzüglich 20% Teuerungszuſchlag.

Ehrlich, Prof. Dr. Eugen, Bismarck und der Weltkrieg. Zürich, Art. Inſtitut Orell Füßli. M. 2.—.

Eulenburg, Franz, Arten und Stufen der Sozialiſierung. München, Duncker & Humblot. Geh. M. 3.50.

Fehlinger, Hans, Deutſche in der Fremde. Eine Ueberſicht nach Abſchluß des Weltkrieges. Leipzig, Dieterichſche Verlagsbuchhandlung. M. 2.50.

Ferdinand Kürnberger. Briefe eines politiſchen Flüchtlings. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Otto Erich Deutſch. Leipzig-Wien, E. P. Tal & Co.

Gibt es einen perſönlichen Gott? Wirklichkeit und Phantaſie. Kritik unſerer Vorſtellung vom Wirken unſichtbarer Kräfte als die Urſache einer perſönlichen Kraft nebſt einer Betrachtung des Weltalls von einem Landwirt (Autodidakt). Leipzig, Bruno Volger. Geh. M. 8.—, geb. M. 10.—.

Heilberg, Geh. Juſtizrat Dr. Adolf, Die privatrechtlichen Beſtimmungen des Friedensvertrages. Syſtematiſche Darſtellung für das deutſche Zivilrecht. Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter & Co. Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger. Geh. M. 8.—.

Herbert, M., Das Erbe der Lößlyn. Erzählung. Broſch. M. 5.—, geb. M. 6.40. — Die Römerin. Novelle aus dem vierten chriſtlichen Jahrhundert. Köln, J. P. Bachem.

Kemſies, Prof. Dr. Ferdinand, Pſychologie und Hygiene der Einheitsſchule. Mit einem Geleitwort von Univerſitätsprofeſſor Dr. A. Czerny, Geh. Medizinalrat. Berlin W 57, Verlag von Otto Salle. M. 4.—.

Literariſcher Jahresbericht des Dürerbundes. Begründet von Ferdinand Avenarius. München, Verlag D. W. Callwey. Geh. M. 6.50, geb. M. 9.—.

Meinecke, Friedrich, Nach der Revolution. Geſchichtliche Betrachtungen über unſere Lage. München und Berlin, R. Oldenbourg. Kart. M. 4.85.

Nicolai, W., Oberſtleutnant, Nachrichtendienſt, Preſſe und Volksſtimmung im Weltkrieg. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 13.50, geb. M. 18.50.

Plaßmann, Dr. Joſeph, Jahrbuch der angewandten Naturwiſſenſchaft 1919. Dreißigſter Jahrgang. Mit 253 Bildern auf 33 Tafeln und im Text. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geh. M. 22.—, geb. M. 26.—.

Plenge. Staatswiſſenſchaftliche Muſterbücher I. Die Stammformen der vergleichenden Wirtſchaftstheorie. Bearbeitet vom Herausgeber. Eſſen a. d. R., G. D. Baedeker Verlagshandlung. M. 5.30.

Rauße, Hubert, Geſchichte des deutſchen Mittelalters. Regensburg, Verlag Joſef Habbel. Geh. M. 7.50, geb. M. 10.—.

Richter, Prof. Dr. Otto, Lebensfreuden eines Arbeiterkindes. Jugenderinnerungen. Mit 13 Federzeichnungen aus Alt-Meißen und Buchſchmuck von Rolf Beer. Dresden, Oskar Laube Verlag. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Runkel, Ferdinand, Das rote Brevier. Ein myſtiſcher Roman. Leipzig, Ferdinand Grunow. Geh. M. 7.50, in Geſchenkband M. 10.—.

Schätzel, Dr. Walter, Probleme des Völkerbundes. Berlin W 15, Verlag Hans Robert Engelmann. M. 2.— zuzüglich 20% Teuerungszuſchlag.

Schidlof, Dr. B., Die Stellung der Frau in der Kommuniſtengemeinde. Tatſachen und Beiſpiele. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. 80 Pf.

Schulze-Smidt, Bernhardine, Die Romfahrten des Franz Deſolatis. Eine Mannesjugend. Stuttgart und Berlin, J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf. Geh. M. 9.50, in Halbl. geb. M. 14.50.

Thießen, Dr. Johannes, Der preußiſche Militarismus. Flugſchriften des „Tag“, Nr. 13. Berlin, Verlag Auguſt Scherl G. m. b. H. M. 2.50.

Vitenſe, Otto, Geſchichte von Mecklenburg. Gotha, Friedrich Andreas Perthes A.-G. Geh. M. 30.—, geb. M. 34.—.

Wehberg, Dr. Hans, Die Pariſer Völkerbundsakte nebſt den Urkunden über die Pariſer Verhandlungen, dem Haager Schiedsgerichtsabkommen uſw. Berlin und Leipzig, Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Geh. M. 7.—.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue“ ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

Ngl. No. 2 52

Deutſche Revue

Eine Monatſchrift

Herausgegeben von

Richard Fleiſcher

Fünfundvierzigſter Jahrgang. Vierter Band
Oktober bis Dezember 1920

Stuttgart und Leipzig 1920 Deutſche Verlags-Anſtalt

Inhalt

des

Vierten Quartal-Bandes des Jahrgangs XLV

(Oktober bis Dezember 1920)

Seite

Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Roux (Halle a. S.): Über Profeſſor Steinachs künſtliche Verjüngung 1

Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener (Schluß) 4

Dr. Max v. Szczepanski, Oberſtleutnant a. D.: Hans Delbrück und Karl v. Clauſewitz 14

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil. Herausgegeben von Profeſſor H. Ulmann .. 21. 145. 265

Albert Freiherr v. Margutti, Feldmarſchalleutnant a. D.: Die Kaiſer Franz Joſeph I. und Wilhelm II. Perſönliche Erinnerungen 34. 157

G. Klehmet: Zum Novemberſturm von 1908 42

Dr. Alfred Hillebrandt, Deutſch-Liſſa bei Breslau: Indiens Lehren für „Kulturpolitiker" 50

Freiherr v. Grieſinger, Geſandter z. D.: Die kritiſchen Tage in Serbien. Erinnerungen 60

Dr. Butterſack, Generaloberarzt: Menſchen, Völker, Welten. Verſuch einer Erweiterung des biologiſchen Denkens 75

E. K.: Das Schlagwort vom Staatsbankrott 90

Prof. Dr. R. F. Kaindl (Graz): Bismarck und der Anſchluß Öſterreichs an Deutſchland 97

Fried. Noack: Von König Humbert zu Viktor Emanuel III. Lebenserinnerungen eines Zeitungsſchreibers 100. 230

Friedrich v. Duhn: Die Sixtiniſche Madonna 113

Guſtav Mayer: Briefe von Friedrich Engels an Mutter und Geſchwiſter 126. 218

Dr. Jettel-Ettenach (Wien): Das Donaurecht und ſeine geſchichtliche Entwicklung 139

Dr. Heinrich Kanner (Wien): Das Problem des ſozialiſtiſchen Weltboykotts 155

Seite
Prof. Dr. Polis, Direktor des Meteorologiſchen Obſervatoriums Aachen: Der Wind und ſeine Bedeutung für das wirtſchaftliche Leben. Mit 6 Abbildungen 168
C. v. Weizſäcker: Zur elſaß-lothringiſchen Frage 193
Prof. Dr. Ch. Bäumler, Wirkl. Geh. Rat: Der Achtſtundenarbeitstag. Vom wiſſenſchaftlich-ärztlichen Standpunkt aus betrachtet 202
Alexander Baumann, Profeſſor an der Techniſchen Hochſchule, Stuttgart: Der Luftverkehr 240
Dr. Fritz Endres: Deutſche Geſchichte in deutſchen Geſchichten 274
E. K.: Die neueſte Entwicklungstendenz in der deutſchen Induſtrie .. 277

Kleine Revuen

Literariſche Berichte 92. 182. 280
Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes 95. 190. 287

Über Profeſſor Steinachs künſtliche Verjüngung

Von

Geheimen Rat Prof. Dr. Wilhelm Roux (Halle a. S.)

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ihrem Erſuchen um einen Bericht über Wahrheit und Dichtung von Steinachs Verjüngung des Menſchen kann zur Zeit noch nicht entſprochen werden. Denn die Wahrheit liegt noch in der Zukunft verborgen; daher iſt auch noch nicht zu ſagen, wieviel von unſeren jetzt gehegten Hoffnungen ſich als Dichtung erweiſen wird.

Gleichwohl glaube ich Ihren Leſern durch Aufklärung der Sachlage etwas nützen zu können.

Steinachs zur Verjüngung von Männern angewandte Methode beſteht in der Unterbindung der Samenwege an einer beſtimmten Stelle. Er und ſein Arzt, Dr. Lichtenſtern in Wien, haben dieſe Methode zur Zeit der Abfaſſung ſeines Buches[1] nur erſt an drei Menſchen mit allerdings ſehr gutem Erfolg angewandt; wie oft die Anwendung ohne ſolchen Erfolg geſchehen iſt, iſt nicht mitgeteilt. Bei den ausgeprägt altersſchwachen, aber „geſunden" Verſuchstieren (Ratten) ergab dieſe Methode dagegen ausnahmslos hochgradige körperliche und ſeeliſche Verjüngung. Letztere bekundete ſich in wiedererwachtem Intereſſe für die Umgebung, in Kampfesluſt und in Begierden. Körperlich wurden die vorher ſehr abgemagerten, ſchwachen, leicht ermüdenden Tiere wieder muskelſtark, ausdauernd und fett; das Fell wurde wieder dicht und glänzend, das müde, trübe Auge wieder hell, der Blick lebhaft. Die Geſchlechtsorgane glichen wieder an Größe und Leiſtungsfähigkeit denen jugendlicher Individuen. Da alles dieſes leicht und ſicher feſtſtellbar iſt, liegt keine Veranlaſſung vor, an der Richtigkeit dieſer überraſchenden Ergebniſſe zu zweifeln. Demnach ſind nicht nur die Geſchlechtsorgane verjüngt, wie von gegneriſcher Seite irrtümlich behauptet wird, ſondern faſt alle Organe, und es iſt der ſonſt ſtetig fortſchreitende Prozeß des Alterns nicht bloß aufgehalten, ſondern direkte Verjüngung hat ſtattgefunden. Bei

---

[1] Eugen Steinach, Verjüngung durch experimentelle Neubelebung der alternden Pubertätsdrüſe. Sonderdruck aus dem Archiv für Entwickelungsmechanik, Band 46, Heft 4. Berlin 1920, Julius Springer.

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

dieſen Ratten fand zugleich eine Verlängerung des Lebens um ein Viertel der normalen Lebenszeit ſtatt.

Bei der großen Ähnlichkeit des Lebenslaufes und der allgemeinen Lebensvorgänge der Säugetiere mit denen des Menſchen darf man die „Vermutung“ hegen, daß beim Menſchen der gleiche Eingriff ähnliche Folgen haben werde. Ich bezeichnete daher Steinachs Methode für geſunde Menſchengreiſe am Anfang der Seneſzenz als verjüngungverheißend. Wie weit ſich dieſe Verheißung als richtig erweiſen wird, kann natürlich, wie bei jeder neuen Methode, nur die Erfahrung lehren. Eine erhebliche Einſchränkung liegt von vornherein darin, daß nur wenig Menſchengreiſe ganz geſund ſind; auch kann bei der Diagnoſe dieſer Geſundheit ein vielleicht den Erfolg beeinträchtigender Irrtum vorkommen. Die Erfahrung wird zeigen, ob alle geſunden, am Beginne der Seneſzenz operierten Greiſe erheblich körperlich und geiſtig verjüngt werden, in welchem Maße dies der Fall iſt, wie lange der Erfolg anhält, um wieviel bei ſchon vorgeſchrittener Senilität der Erfolg geringer iſt, und wie danach das Ende des Lebens verlaufen wird.

Chirurgiſch iſt der nur ein paar Tage kliniſchen Aufenthalts erfordernde Eingriff ein leichter. Auf einen möglichen Fehler bei der Ausführung habe ich geeigneten Orts hingewieſen.[1] Durch zunächſt nur einſeitige Ausführung kann eventuelle, noch unbekannte nachteilige Folge abgeſchwächt oder vermieden werden.

Von den drei mit gutem Verjüngungserfolg behandelten Menſchen war der eine ſehr vorzeitig, ſchon im 42. Jahre, von hochgradiger Seneſzenz befallen. Aber auch die beiden anderen waren nicht ganz geſund. Letzteres unterdrückte ich im Referat, um nicht gleich zu weitgehende Hoffnungen bei vielen Kranken zu erregen. Der Fall von der geheilten vorzeitigen Altersſchwäche wirkte aber ſchon ſo, daß täglich bei Steinach, und ſogar bei mir, einem Anatomen, der alſo überhaupt lebende Menſchen nicht behandelt, viele Geſuche, durch Krankheit oder Laſter Geſchwächter um Behandlung eingeben.

Die nächſten fünf Jahre werden lehren, bei welchen Krankheiten die Steinachoperation etwas nützt, was ſie nützt und ob ſie bei manchen Krankheiten ſchadet. Letzterem wird wohl wieder durch zunächſt nur einſeitige Unterbindung vorgebeugt werden können.

Es ſind bereits zweierlei Einwendungen gegen die Methode erhoben worden. Erſtens von Theoretikern, welche die Richtigkeit der gedanklich von Bouin, Ancel, J. Tandler-Harms ſtammenden Theorie, auf Grund deren Steinach experimentierte, bezweifeln. Solche theoretiſchen Zweifel haben aber keine praktiſche Bedeutung; denn auch auf Grund unrichtiger Theorien können für den Menſchen nützliche Ergebniſſe gewonnen werden.

Viel ſchwerer wiegen die Einwendungen der Chirurgen. Letztere haben nach der ſchon ſeit vielen Jahren geübten Ausſchneidung der abnorm vergrößerten Proſtata allmählichen Narbenverſchluß der Samengefäße, aber nur manchmal Auffriſchung der Lebenskräfte beobachtet. Der große Chirurg *Erwin Payer* berichtete jüngſt auf Grund ſeiner reichen Erfahrung ſogar von einigen Fällen ſehr nachteiliger ſeeliſcher Folgen dieſer Operation. Hier zeigt ſich ein großer Widerſpruch, den nur weitere Erfahrungen aufklären können. Ich dachte mir, daß dieſe Verſchiedenheit der Ergebniſſe außer von Verſchiedenheit der Operierten auch von der Verſchiedenheit der Operationen herrühre. Steinach unterband die Samengefäße zwiſchen Hoden und Nebenhoden, wobei außer der plötzlichen Stauung des Samens im Hoden noch Abtrennung beider Organe voneinander ſtattfindet. Durch dieſe Trennung könnten vielleicht noch unbekannte Wechſelbeziehungen zwiſchen beiden Organen unterbrochen werden. Der Nebenhoden hat ganz eigenartiges Epithel, welches wohl auch eine nach Ausſchneidung der Proſtata oder einige eigenartige uns noch nicht bekannte Funktionen hat. Bei Steinachs Unterbindung kann ferner das Sekret dieſer Drüſe noch abfließen. Bei dem Verſchluß wurden die Samengefäße aber an weiter abwärts gelegener Stelle verſchloſſen; dadurch wurde das Sekret *beider* Drüſen allmählich geſtaut, der Hoden aber nicht vom Nebenhoden getrennt.

---

[1] Deutſche Mediziniſche Wochenſchrift Nr. 32, S. 891.

Ob dieſer Unterſchied der Operationen Miturſache der verſchiedenen Erfolge iſt, iſt zur Zeit nicht zu ſagen. Es liegen noch große Rätſel vor.

Um die jetzigen Widerſprüche der Ergebniſſe aufzuklären, müſſen, außer beſondere Statiſtik über die Arten der Behandlungen, über die Ergebniſſe derſelben bei „geſunden“ Greiſen und bei den verſchiedenen, ſehr genau zu ermittelnden Krankheiten der anderen Operierten gemacht werden.

Bezüglich der Verjüngung der *Frauen* erklärt Steinach zwei Methoden für vorausſichtlich wirkſam: die Röntgenbeſtrahlung mittleren Grades der Eierſtöcke und die Einpflanzung von Eierſtöcken jugendlicher Mädchen. Die Röntgenbeſtrahlung der inneren weiblichen Geſchlechtsorgane iſt aber gleichfalls ſchon ſeit Jahren mit Erfolg zu Heilzwecken vorgenommen worden, hat aber nur ſelten ſo gewirkt, daß man von Verjüngung reden konnte. Ob die Wirkung bei „geſunden“ Frauen eine mehr verjüngende ſein wird, kann wieder nur die Erfahrung lehren.

Letzteres gilt auch für die Wirkung eingepflanzter lebender Eierſtöcke junger Mädchen, die aber wohl nur kurz dauernden Effekt haben wird, denn eingepflanzte menſchliche Organe erhalten ſich nur eine Anzahl Monate in einem anderen Menſchen. Ob die Wirkung der Übertragung dieſe Zeit erheblich überdauert, iſt aber zu bezweifeln. Die Überpflanzung würde wohl in der Weiſe geſchehen, daß man einem lebenden Mädchen nur einen Eierſtock abkauft oder von den Eltern eines ſoeben an einer rein lokalen Affektion verſtorbenen, im übrigen ganz (!) geſunden Mädchens beide Ovarien erwirbt und in Stücken unter die Haut oder unter die Bauchmuskeln überpflanzt. Vielleicht wirken auch ſchon die Eierſtöcke noch nicht geſchlechtsreifer Mädchen.

Es meldeten ſich auch bereits geſunde Damen, die ſchon vor dem Eintritt der erſten ſichtbaren Zeichen des Alters aus Eitelkeit oder aus Berufsgründen (Schauſpielerinnen, Sängerinnen) behandelt zu werden wünſchen, um nicht erſt zu „altern“. Auch hier iſt der gute, negative oder eventuell ſchädliche Erfolg erſt auszuprobieren. Die Röntgenbeſtrahlung wäre wohl gleich der Unterbindung beim Manne zunächſt nur auf einer Seite auszuführen und erſt nach günſtigem Erfolg auch auf den anderen Eierſtock anzuwenden.

Für den Menſchen liegt alſo aller Erfolg noch im Schoße der Zukunft. Aber eine verheißungsvolle Ausſicht iſt durch Steinach eröffnet, wenigſtens für geſunde Greiſe und Greiſinnen vom Anfang der Senilität.

Schließlich ſei noch erwähnt, daß die Art der Veröffentlichung von Steinachs Werk bei den Ärzten eine nicht unberechtigte Mißſtimmung hervorgerufen hat. Dies beruht darauf, daß die vom Autor veranlaßte Voranzeige ſeines Buches in den Zeitungen nicht, wie beabſichtigt war, nur ein paar Tage, ſondern mehrere Wochen vor dem Erſcheinen des Buches erfolgt iſt, ſo daß das Publikum viel eher vom Allgemeinen benachrichtigt wurde, als die Ärzte Genaueres erfuhren. Daran waren die mißlichen Zeitumſtände ſchuld, welche die Fertigſtellung des Buches in nicht vorhergeſehener Weiſe verzögerten.

Halle a. S., den 19. Auguſt 1920. W. Roux.

Erinnerungen von Ernſt Freiherrn v. Plener

(Schluß)

Die unangenehmen Verhältniſſe in der Partei hielten mich nicht ab, zu einer deutſchböhmiſchen Parteiverſammlung am 9. April nach Prag zu gehen, die ſich mit der Vorbereitung der bevorſtehenden Reichsratswahlen beſchäftigte, und in der übrigens nicht verſucht wurde, die Gegenſätze der jüngſten Vergangenheit dorthin zu verpflanzen. Man wies einige Leitſätze einem zur Ausarbeitung eines Programms eingeſetzten Komitee zu, in denen eine ziemlich nichtsſagende Bemerkung über die Okkupation enthalten war, und ſprach den Wunſch nach einer Verſtändigung mit den Tſchechen aus. Ich ging von dort nach Eger zu meinen Wählern, vor denen ich meine Haltung in der bosniſchen Angelegenheit und in jener des Berliner Vertrags rechtfertigte, und fand zu meiner großen Freude die Zuſtimmung meiner Wähler. In Wien lief eine langweilige und langwierige Budgetdebatte, in der eine große Anzahl von Abgeordneten ſich vor Schluß der Wahlperiode noch hören laſſen wollten, ich nahm daran gar keinen Anteil. Ende April ſtarb Baron Kellersperg, der bekanntlich Statthalter in Böhmen geweſen war und in den letzten Jahren dem Abgeordnetenhaus angehört hatte, ein Mann von ſelbſtändiger politiſcher Überzeugung, ſchroff und anders als die meiſten unſerer hohen Beamten. Er war ein großer Gegner Herbſts und trat auch wegen eines Konflikts mit dieſem von der Prager Statthalterei zurück, nach dem Sturz Hohenwarts verſuchte Andráſſy ihn für das Miniſterpräſidium zu gewinnen, allein ſeine unnachgiebige Haltung gegen die Wünſche der Polen vereitelte die Kombination. Laſſer war geſchickter und brachte dann die galiziſche Reſolution durch taktiſche Manöver ohne Konflikt zum Scheitern. Um dieſe Zeit ſtarb auch der Chefredakteur der „Neuen Freien Preſſe“, Michael Etienne, ein Mann, der durch ſeine Leidenſchaft und Unduldſamkeit die bedauerliche Haltung unſerer Partei in der bosniſchen Frage weſentlich beeinflußt hatte. Er hatte ſich in einen perſönlichen Haß gegen Andráſſy verrannt, ſuchte jede Annäherung der Partei an den Miniſter zu hindern, unbekümmert um die Folgen für die innere Politik; ſeine politiſche Geſinnung waren eigentlich die Ideen von 1848, in der letzten Zeit war er für einen Ausgleich mit den Tſchechen tätig und an den mißlungenen Verhandlungen Fiſchhofs und Riegers beteiligt. Herbſt hatte ſich der geplanten Zuſammenkunft mit Rieger entzogen, worüber Etienne ſich in einem Brief an den Journaliſten Scharf, der eine Mittelsperſon war, in den verletzendſten Ausdrücken beklagte.[1] Hätte Herbſt dieſen Brief gekannt, ſo hätte er wohl die Trauerrede am Grabe Etiennes nicht gehalten. Ende April fand der glänzende vom Maler Makart geleitete Feſtzug zur Feier der ſilbernen Hochzeit des Kaiſerpaares ſtatt, eine großartige Schauſtellung, ſehr reich und prunkvoll ausgeſtattet, die einen großen Fremdenſtrom nach Wien zog.

Einen intereſſanten Nachtrag zum Berliner Vertrag bildete die mit der Türkei am 21. April 1879 abgeſchloſſene Konvention über Bosnien und den Sandſchak, die am 13. Mai veröffentlicht wurde. Während der langen Verhandlungen, die den ganzen Winter dauerten, hatte Karatheodory-Paſcha, der noch vom Berliner Kongreß her eine Revanche an Andráſſy zu nehmen hatte, eine große Zähigkeit und wenig Entgegenkommen an den Tag gelegt und das Ergebnis war in der Tat wenigſtens äußerlich ein Erfolg der Türkei. Im Eingang der Konvention wurden die Souveränitätsrechte des Sultans über Bosnien und die Herzegowina ausdrücklich anerkannt, der Gebrauch türkiſcher Fahnen auf den Minaretts, der Umlauf türkiſcher Geldmünzen geſtattet, die Freiheit der Religionsübung den Mohammedanern zugeſichert, nur gelang es der Türkei nicht, auch den proviſoriſchen Charakter unſerer Okkupation in die Konvention aufzunehmen, wie er in der geheimen Deklaration von Berlin vom 13. Juli 1878 ausgeſprochen war. Bezüglich der Beſetzung des Sandſchaks wurde vereinbart, daß der Einmarſch der öſterreichiſch-ungariſchen Truppen im Einvernehmen mit der Türkei erfolgen ſolle und der Türkei nach ihrem Ermeſſen eine gleichzeitige Beſetzung des von uns okkupierten Gebietes freiſtehe; in einem Zuſatzartikel wurde ausgeſprochen, daß unſere Monarchie zunächſt nur die drei Plätze Priboj, Prepolje und Bielopolje im oberen Limgebiet beſetzen wolle, die Beſetzung weiterer Punkte ſolle im Einvernehmen der beiderſeitigen

---

[1] S. über dieſe Verhandlungen Charmatz, Adolf Fiſchhof, S. 333, und die Veröffentlichung in der „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ vom 1. Januar 1912.

Behörden erfolgen, für den Fall jedoch der Abſicht der Beſetzung von Punkten des Balkans von Ragosna ſei eine neuerliche beſondere Verſtändigung mit der Pforte notwendig. Der Eindruck der Veröffentlichung dieſer Konvention war nicht günſtig, die Gegner höhnten darüber, daß man jetzt endlich gezwungen war, einzuſehen, daß ein Einvernehmen mit der Türkei der ganzen Okkupationspolitik voranzugehen hatte, die Annexioniſten waren über die Anerkennung der türkiſchen Souveränität unzufrieden, und die wenig aufrichtige Sprache der Offiziöſen, die dieſe Zugeſtändniſſe nur als „akademiſch und platoniſch“ bezeichneten, überzeugte niemand und konnte auch die daraus im Annexionsjahr entſtandenen Schwierigkeiten für die Zukunft nicht bannen. Für die damalige Gegenwart aber waren die Beſtimmungen über den Sandſchak praktiſch wichtiger, Andráſſy hatte immer mit Recht ein großes Gewicht auf unſere Beſetzung des Sandſchaks gelegt, um die Verbindung zwiſchen Serbien und Montenegro zu hindern und um unſer Ausfallstor nach Mitrowitza, von wo die Linie nach Saloniki führt, offenzuhalten. In der Konvention erreichte er aber von dieſem Plan nur einen kleinen Teil, er begnügte ſich zunächſt mit der Beſetzung des oberen Limgebietes, von dort aber war es noch ein gutes Stück Weg nach Sjenica und noch weiter nach Nowibaſar; deſſen Beſitz wird aber erſt durch die ſüdlich davon liegenden Höhen des Ragosnabalkans geſichert, welche das Defilee von Mitrowitza beherrſchen, und für die Beſetzung dieſer Poſition war eine neue Konvention nötig. Dieſer zaghafte Vormarſch in den Sandſchak von Nowibaſar hatte außer den Einwendungen der türkiſchen Regierung weſentlich noch den Grund, daß Andráſſy nach den bei der Okkupation Bosniens gemachten Erfahrungen bei einem weiteren Vordringen möglichſt ſicher gehen und große militäriſche Opfer vermeiden wollte, das einverſtändliche Vorgehen mit der Pforte ſollte namentlich eine Bürgſchaft gegen den etwaigen Widerſtand der kriegeriſchen Albaneſen im Gebiet von Nowibaſar bieten. Auch der maßloſe Widerſpruch in Öſterreich und Ungarn gegen jede weitere Ausdehnung der Okkupation mag ihn zur Einſchränkung ſeines urſprünglichen Programms vermocht haben. Tatſächlich war durch die Beſetzung des Limgebiets wenig erreicht; wäre er wenigſtens bis Sjenica gegangen, wo ſich Serbien und Montenegro noch immer die Hand reichen konnten, ſo hätte er nicht bloß eine beſſere militäriſche Stellung gewonnen, ſondern auch die Annäherung gegen Mitrowitza vorbereitet. Gegen dieſe letztere mögen auch die Zweifel der Eiſenbahnfachkreiſe über die techniſche und finanzielle Ausführbarkeit einer Eiſenbahnverbindung von Bosnien nach Mitrowitza mitgewirkt haben, der gegenüber die Linie über Serbien als die kürzere und leichter ausführbare angeſehen wurde; ſelbſt Ingenieur Preſſel, der größte Kenner aller dieſer Balkantraſſen, ſchwankte in dieſer Beziehung, und Andráſſy war nicht Fachmann genug und konnte oder wollte ſich nicht für die Linie Bosnien-Mitrowitza-Saloniki ganz einſetzen, da die ungariſchen Eiſenbahnpolitiker die Verbindung über Serbien vorzogen. So hatte die Sandſchakaktion einen ſchwächlichen Beginn, und aus dem ſtufenweiſen Vordringen, wie es Tiſza bei Verteidigung der Konvention im ungariſchen Reichstag in Ausſicht ſtellte, iſt auch ſpäter nichts geworden, bis Aehrenthal im Januar 1908 das Projekt der Sandſchakbahn plötzlich aufwarf, ohne es vorbereitet zu haben und ohne es nachdrücklich zu verfolgen und bis endlich derſelbe Miniſter im Zuſammenhang mit der Annexion Bosniens (Oktober 1908) den Sandſchak aufgab, ein ſchwerwiegender verhängnisvoller Schritt, der vielleicht auf ältere vertragsmäßige Verbindlichkeiten gegenüber Italien zurückzuführen war, der aber unſere militäriſche und politiſche Poſition auf dem Balkan ſchädigte und deſſen Unterlaſſung vielleicht den ganzen erſten Balkankrieg hätte abwenden können.

Obwohl der Reichsrat noch verſammelt war, begannen die Vorbereitungen für die Neuwahlen ſchon im Mai. Zuerſt erſchien ein Aufruf der 112, die gegen den Berliner Vertrag geſtimmt hatten, aus der Feder Sturms, der ein langatmiges, zum großen Teil ſelbſtverſtändliches Programm brachte und eine übrigens nicht ſehr ſcharfe Spitze gegen das Inſtitut der Delegationen und eine Verwahrung gegen die weitere Ausdehnung der bosniſchen Okkupation ſowie das Verlangen nach einer Herabminderung des Heeresaufwandes enthielt. Die Abſicht der Urhebers dieſes Manifeſts war die Bildung einer Geſamtpartei auf Grundlage dieſes Programms, das zugleich ein Appell an die Wähler ſein ſollte, die Okkupationsgegner wieder vollzählig in das Abgeordnetenhaus zu entſenden nach Analogie der 363 franzöſiſchen Abgeordneten, die am 19. Juni 1877 gegen das Miniſterium Broglie geſtimmt hatten und deren Wiederwahl den republikaniſchen Wählern zur Pflicht gemacht wurde. Ebenſo beſtand der weitere Gedanke, jene Abgeordneten, welche für den Berliner Vertrag geſtimmt hatten, durch Okkupationsgegner zu erſetzen; dieſe Proſkriptionsabſicht wurde aber vom Gros der eigenen Anhänger nicht geteilt und die einzelnen Verſuche zur Verdrängung unſerer Gruppe mißlangen im Lauf des Wahlfeldzugs faſt alle. Auch unſer kleiner Rumpfklub der Linken fand ſich veranlaßt, einen Rechenſchaftsbericht zu erlaſſen, der auch etwas lang und umſtändlich ausfiel, unſere Haltung in der bosniſchen Frage rechtfertigte, den Austritt der früheren Mitglieder beklagte und alle Spaltungen in der Verfaſſungspartei verurteilte. Der Gedanke Sturms, aus den 112 eine geſchloſſene einheitliche Partei zu machen, wurde ſofort durch eine Sonderkundgebung des Fortſchrittsklubs ſelbſt widerlegt, die viel ſchärfer und oppoſitioneller klang als ſein Aufruf, und im weiteren Verlauf erließen die verſchiedenen provinziellen Fraktionen eine Reihe von Kundgebungen, die weit voneinander abwichen. Am 1. und 2. Juni fand in Eger die Wanderverſammlung des Vereins für Geſchichte der Deutſchen in Böhmen ſtatt, die angeſichts der Wahlbewegung und vermöge der ſtarken Teilnahme von Abgeordneten ſich ganz wie ein deutſchböhmiſcher Parteitag anließ; das Hauptereignis war eine Rede Dr. Schmeykals, des Obmanns des Prager Parteikomitees, der für die Einigkeit der Partei, gegen die Nörgelei und den Oſtrazismus, gegen den Glauben an die eigene Unfehlbarkeit und gegen den verbitternden Peſſimismus ſprach und für ſtaatliche Machtſtellung und ſtaatliches Geſamtbewußtſein eintrat, worin viele eine

Spitze gegen die Haltung Herbſts erkennen wollten. Schmeykal war überhaupt ein gemäßigter Politiker und mit der Oppoſition gegen das Miniſterium Auersperg in Sachen des ungariſchen Ausgleichs und gegen Andráſſy nicht einverſtanden. Ich ſprach einige doktrinäre Sätze über den Zuſammenhang von Geſchichtſchreibung und Politik, dann ebenfalls für die Erhaltung der Einigkeit der Deutſchböhmen im bevorſtehenden Wahlkampf, alle Redner ſprachen ſich ſehr erfreut über den bevorſtehenden Eintritt der tſchechiſchen Abgeordneten in den Reichsrat aus, ſowie damals überhaupt unter den Deutſchen in Böhmen eine ſehr verſöhnliche Stimme gegenüber dem anderen Volksſtamm herrſchte. Während der Egerer Verſammlung traf dort die Nachricht vom Tod Giskras ein, die um ſo mehr Teilnahme erregte, als man in Böhmen von ſeiner Erkrankung nichts gewußt hatte. Trotz ſeiner Fehler und Taktloſigkeiten war Giskra doch eine der erſten parlamentariſchen Figuren Öſterreichs. Aus kleinen Anfängen hatte er ſich durch Talent, ſtürmiſches Temperament und große Rednergabe zu einer hervorragenden Stellung emporgearbeitet. Seine Fähigkeiten waren groß, ſeine Leiſtungen nicht immer tief und gründlich, aber immer wirkſam und eindrucksvoll, ſein Geſichtskreis bewegte ſich in den Ideen des Jahres 1848, die ſein ſtärkſter Jugendeindruck geweſen waren, zum beſonnenen Parteiführer und Miniſter gebrach es ihm an vielen Eigenſchaften, er verletzte durch ſeine Heftigkeit nicht bloß die Gegner, ſondern auch die Parteigenoſſen und machte ſich beim Kaiſer durch ſeine Manierloſigkeit unmöglich. Ein großer Teil ſeiner Fehler war auf ſeine nervöſe Reizbarkeit und wahrſcheinlich auf phyſiſche Urſachen zurückzuführen, er war kein herzloſer Menſch; wenn auch ſelbſtgefällig und ſelbſtbewußt, hatte er keinen Zug von Böswilligkeit, auch war er kein Intrigant, ſein Ungeſtüm gab ſich mit kleinen Machenſchaften nicht ab. Sein Mißgeſchick war, daß er ſich in gewiſſe Ideen verrannte, ſo in den Kampf gegen das Militärbudget, in dem er in den ſechziger Jahren ſeine Sporen verdient hatte und den er als eine Lebensaufgabe anſah, damit zog er ſich die Gegnerſchaft des Kaiſers und des Erzherzogs Albrecht zu, die nicht bloß auf ihn beſchränkt blieb, ſondern ſich auf die ganze Partei ausdehnte. Die Vorwürfe, die man ihm wegen Gründungen und Eiſenbahnkonzeſſionen machte, waren meines Erachtens übertrieben und ungerecht, er tat nicht mehr als viele andere damals taten, um ein Vermögen zu erwerben, eine unehrenhafte Handlung aus gewinnſüchtiger Abſicht konnte ihm nie nachgewieſen werden, er ſprach nur ungeſchickterweiſe über dieſe Dinge in einer Art, die ſeine Gegner leicht zu ſeinen Ungunſten ausbeuten konnten. Dieſe Agitation gegen ihn traf ihn ſchwer, ſo daß er in den Jahren 1873 bis 1879, in denen ich mit ihm im Reichsrat ſaß, nicht mehr das perſönliche Anſehen hatte wie früher, nur manchmal erwachte wieder der alte glänzende Redner der ſechziger Jahre, und dann ergoß ſich ſeine freie und mächtige Rede mit der Gewalt eines Bergſtroms über die Zuhörer, das waren die Momente, in denen er glaubte, ſeine alte Kraft wieder gewonnen zu haben und in denen der lebhafte Beifall des Hauſes ihn über viel Ungemach und Bitterkeit tröſtete. Seine Figur wird in der Geſchichte der öſterreichiſchen parlamentariſchen Beredſamkeit immer obenan ſtehen und wenige werden ſeine redneriſche Kraft und ſeinen Schwung erreicht haben.

Von den Wahlprogrammen der einzelnen Landeskomitees war der Aufruf der ſteieriſchen Fortſchrittspartei der radikalſte, außer einigen unklaren Reformwünſchen verlangte er die Beſeitigung der Intereſſenvertretung und der Delegationen ſowie eine Umgeſtaltung des ſtaatsrechtlichen und wirtſchaftlichen Verhältniſſes zu Ungarn, alſo eine weitgehende Abänderung der Verfaſſung. Vergebens warnte der Veteran der ſteieriſchen Politiker, Herr v. Kaiſerfeld, in einem ausgezeichneten Artikel der „Neuen Freien Preſſe" vor dieſem unreifen Radikalismus und vor gedankenloſen Schlagworten, deren Durchführung entweder unmöglich oder nur ſchädlich wäre, vergebens deckte er den Widerſinn auf, der einmal die Perſonalunion mit Ungarn und die Zolltrennung und dann die Ausdehnung unſerer wirtſchaftlichen Betätigung nach allen Seiten in Ausſicht nahm. Der Grazer Parteitag, auf dem leider Baron Walterskirchen das Programm gegen Kaiſerfeld verteidigte, nahm dasſelbe einſtimmig an, auch der Parteitag der niederöſterreichiſchen Fortſchrittspartei in St. Pölten ſprach ſich gegen die Intereſſenvertretung aus, und ähnliche Stimmen erhoben ſich in anderen Provinzen. Damit kam ein Zug des Radikalismus in die Partei, der alle ſpäteren Spaltungen vorbereitete und ihr Anſehen auf die Dauer gefährdete. Aber eine unmittelbare, beſonders ſchädliche Wirkung hatten die radikalen Angriffe gegen den Großgrundbeſitz, welche zunächſt der Ranküne der Führer der Fortſchrittspartei wegen deſſen Haltung in den Fragen des ungariſchen Ausgleichs und der bosniſchen Okkupation entſprangen, ſonſt aber ganz unbegründet waren, da der verfaſſungstreue Großgrundbeſitz in allen Fragen der Staatseinheit unbedingt verläßlich war. Es war begreiflich, daß dieſe ungerechten und oft auch gehäſſigen Angriffe in den Kreiſen des Großgrundbeſitzes eine große Mißſtimmung erregten, und an dieſe knüpfte nun Taaffe mit großem Geſchick an, um in Böhmen und anderen Ländern Wahlkompromiſſe zwiſchen dem verfaſſungstreuen und dem konſervativen Großgrundbeſitz zuſtande zu bringen. Die erhaltenden Elemente, hieß es, ſollten ſich zur Abwehr der radikalen Beſtrebungen zuſammenſchließen, zugleich wurde ausgegeben, daß eine ſolche Annäherung der direkte Wunſch des Kaiſers ſei. Fürſt Auersperg, der ſich leicht erboſen konnte und über die Radikalen beſonders ärgerlich war, entſchloß ſich ſehr raſch, ohne eine Parteiverſammlung einzuberufen, dem konſervativen oder, wie man ihn auch nannte, dem feudalen böhmiſchen Großgrundbeſitz zehn Mandate unter der Bedingung zu überlaſſen, daß die Gewählten in den Reichsrat auch wirklich eintreten. Urſprünglich wollte Heinrich Clam auf eine ſolche einfache, vorbehaltloſe Eintrittserklärung nicht eingehen, und ſo ergab, wie aus einer ſpäter von Auersperg im Herrenhaus (24. Mai 1882) gemachten Mitteilung hervorgeht, die weitere Verhandlung die Zuſtimmung ſeinerſeits zu einer Erklärung der Feudalen, welche „die bisherige Paſſivität und deren Rückzug decken ſollte". Daß Auersperg eigenmächtig zehn Mandate (von 23) der Gruppe Clam überließ, war überhaupt ein Schritt, der mit ſeiner bisherigen ſchroffen Gegnerſchaft gegen die Feudalen ganz unvereinbar war; wenn er aber in einem Anflug übler Laune und dynaſtiſcher Loyalität dieſen Entſchluß faßte, ſo war es doch dringend geboten, ſich über die Durchführung des Kompromiſſes volle Sicherheit zu verſchaffen, er mußte, wenn er nur einige Vorſicht walten laſſen wollte, die Eintrittserklärung einvernehmlich und bindend feſtlegen und darauf dringen, daß die feudale Gruppe ſich im Abgeordnetenhaus nicht dem tſchechiſchen Klub anſchließen werde, um die Wahlparole des Zuſammenwirkens der beiden Großgrundbeſitzgruppen zu ermöglichen. Er verabſäumte aber alle Sicherungsmaßregeln und war dann durch die von den Feudalen gemeinſchaftlich mit den Tſchechen bei ihrem Eintritt ins Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung, welche ſich auf alle früheren böhmiſchen ſtaatsrechtlichen Verwahrungen berief und an die Sprache der Fundamentalartikel erinnerte, und deren Bedeutung durch die ausdrückliche Anführung der Rechtsüberzeugung der böhmiſchen Abgeordneten in der Thronrede noch erhöht wurde, bitter enttäuſcht. Hatte er ſo leichtſinnig und unvorſichtig gehandelt, ſo trifft die andere Seite der Vorwurf der Unaufrichtigkeit, indem ſie den Mangel einer feſten Vereinbarung benützte, um hinterher eine Erklärung abzugeben, die im vollen Widerſpruch gegen die Vorausſetzung ſtand, unter der die Verfaſſungspartei ihr die zehn Mandate überlaſſen hatte. Für Taaffe war das böhmiſche Wahlkompromiß ein großer Erfolg, die Konſervativen, die immer die ſchärfſte ſtaatsrechtliche Oppoſition getrieben hatten und die eigentlichen Führer der Abſtinenzpolitik geweſen waren, erklärten ſich nun bereit, den Reichsrat zu beſchicken, den ſie ſeit 17 Jahren gemieden hatten, und dieſe ihre Bereitwilligkeit beſeitigte zugleich den letzten Widerſtand, den Rieger und eine kleine Gruppe um ihn noch während der Wahlbewegung gegen die von der überwiegenden Mehrzahl der tſchechiſchen Wahlbezirke gewünſchte Beſchickung des Reichsrates erhoben hatten. Taaffe war es nicht darum zu tun, den Radikalen einige Sitze zu entreißen, um das gemäßigte Element der Verfaſſungspartei zu verſtärken, er wollte zunächſt vor dem Kaiſer und der Öffentlichkeit den Triumph haben, endlich wieder einen vollzähligen Reichsrat zuſtande gebracht zu haben, dann lag ihm daran, die Zahl der verfaſſungstreuen Abgeordneten überhaupt zu vermindern, um den bis dahin vorherrſchenden Einfluß der Linken zu brechen, und ſo wurde der verfaſſungstreue Großgrundbeſitz dazu auserſehen, die Koſten beider dieſer Erfolge zu tragen; nichts war ungerechter als dieſe Wahlpolitik, die angeſichts der radikalen Angriffe gegen den Großgrundbeſitz nun auch von Regierungs wegen dieſe Gruppe erſchütterte, die den Staatsnotwendigkeiten zu jeder Zeit ihre patriotiſche Unterſtützung gewährt hatte. In Mähren führten die Kompromißverhandlungen ſchließlich dazu, daß bei der Wahl die verfaſſungstreue Liſte vollſtändig geworfen wurde; die niederöſterreichiſchen Großgrundbeſitzer wehrten ſich ſtandhaft gegen ihre politiſche Enteignung und ließen nur zwei Kompromißkandidaten durch. Der Verluſt unſerer Partei im Großgrundbeſitz betrug im ganzen 21 Sitze, in den Landgemeinden 20 und in den Städten 8 Sitze, Geſamtverluſt 49 Sitze. Der

Stand der Geſamtpartei wurde unmittelbar nach den Wahlen auf etwas unter die Hälfte der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauſes veranſchlagt — die Majorität war alſo verloren.

Anfangs Auguſt ſpeiſte ich ganz allein bei Andráſſy im Stöckelgebäude in Schönbrunn, wo er mir ſeine Abſicht, zu demiſſionieren, mitteilte. Er ſei müde, krank, habe ſich von ſeiner Lungenentzündung nicht erholt, ſpucke noch immer Blut. Im weiteren Verlauf erklärte er mir ſeine Verſtimmung über die Wendung der inneren Politik, Taaffe hätte urſprünglich ein verfaſſungstreues Miniſterium bilden ſollen, und ein ſolches hätte er nach Kräften unterſtützt. Nun ſei aber die ganze Richtung eine andere geworden, die bevorſtehende Ernennung Taaffes, der bis dahin nur Miniſter des Innern geweſen war, zum Miniſterpräſidenten habe nunmehr die Bedeutung einer Schwenkung nach rechts und insbeſondere nach der Seite der Feudalen und der Tſchechen, er ſei über dieſe Wendung gar nicht befragt worden, die er für gefährlich und ſchädlich halte, allein er könne den Kampf dagegen nicht mehr aufnehmen wie im Jahre 1871, weil die Verfaſſungspartei auch noch während der Wahlbewegung ihre unverſöhnliche Haltung ihm gegenüber fortgeſetzt habe, ſo daß ein Zuſammenwirken mit ihr unmöglich geworden ſei. Er beklage dieſe ungerechtfertigte und ſinnloſe Oppoſition, die ihn auch in der Fortführung der auswärtigen Politik fortwährend hindere, aber er könne daran nichts ändern.[1] Als einen weiteren Grund ſeiner Rücktrittsabſichten bezeichnete er die Reibungen mit der Militärpartei, die mit der Aprilkonvention über den Sandſchak unzufrieden ſei und in der Frage der Beſetzung des Gebiets von Nowibaſar mehr Energie wünſche. Ich war durch dieſe Eröffnung ſehr beſtürzt und redete ihm zu, die Sache noch zu überlegen. Er meinte, es ſei beſſer, beizeiten zu gehen als ſich aufreiben zu laſſen, ſein Nachfolger (Károlyi oder Haymerle) werde übrigens ſeine Politik weiter führen und er werde immer in der Lage ſein, ſeinen Rat in die Wagſchale der Entſcheidungen zu legen und ſchließlich würde er leichter zurückkommen, wenn ſich die Agitation gegen ſeine Perſon mit ſeinem Rücktritt erſchöpft und der jetzt gegen ihn herrſchende Haß ſich in ſeiner Abweſenheit verflüchtigt haben würde. Ich erwiderte ihm, daß er ſich über die Leichtigkeit der Rückkehr täuſche; wenn er einmal entfernt ſei, ſo könne es auch für immer ſein, und die Fälle ſolcher Wiederkehr ſeien bei uns ſehr ſelten. Dieſe Erwartung jedoch ſchien er, trotz ſeiner allgemeinen ernſten Stimmung, mit einem gewiſſen Optimismus feſtzuhalten, er glaubte an ſeine Wiederauferſtehung und hielt eine Pauſe von ein oder zwei Jahren für ſich nur für vorteilhaft. Ich konnte ihn nicht vom Gegenteil überzeugen und ſchied mit aufrichtigem Bedauern von ihm; wenn ich auch mit vielen Phaſen ſeiner Politik nicht einverſtanden geweſen war, ſo hatte ich doch immer eine große Meinung von ſeiner Perſönlichkeit und ſeinen Fähigkeiten und konnte ſeinen Rücktritt in einem Zeitpunkt nur beklagen, in dem ich gegen ſeine auswärtige Politik nicht mehr viel einzuwenden hatte. Die Folge zeigte übrigens, wie recht ich mit meiner Warnung des „les absents ont tort“ hatte und wie ſehr ſich Andráſſy irrte, wenn er glaubte, nach verhältnismäßig kurzer Friſt wieder berufen zu werden und wie er ſich auch darin täuſchte, wenn er meinte, als Privatmann einen fortlaufenden Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ausüben zu können.

---

[1] Vgl. darüber auch Wertheimer, III, S. 207.

Eine objektive Beurteilung der Politik des Grafen Andráſſy wird ſich immer die großen Hemmungen gegenwärtig halten müſſen, die ſich ihm entgegenſtellten. Er wollte, womöglich auf friedlichem Wege, den Einfluß der Monarchie im Orient kräftigen und die ruſſiſche Vorherrſchaft nicht aufkommen laſſen, ſcheute aber in letzter Linie nicht vor einem Konflikt mit Rußland zurück. Auf der anderen Seite ſtand die Politik des Kaiſers und die Militärkanzlei, die eine Verſtändigung mit Rußland und keinen Krieg mit dieſer Macht wollten, die ſich mit der Annexion Bosniens begnügen und höchſtens unter Umſtänden noch ein Stück darüber hinausgehen wollten. Die andere und ſtarke Hemmung fand Andráſſy an Bismarck, der jeden ernſten Konflikt zwiſchen Öſterreich-Ungarn und Rußland vermeiden wollte und darum immer auf eine einvernehmliche Ordnung der Dinge drang. Hatten dieſe beiden hemmenden Tendenzen doch einen eigenen poſitiven Inhalt, ſo war die Oppoſition der Verfaſſungspartei gegen jede aktive Orientpolitik und gegen jede Machtausdehnung der Monarchie ganz unbeſtimmt und negativ, lähmte aber die öffentliche Meinung im Sinn der abſoluten Neutralität. In Ungarn war die reizbare populäre Strömung nur von Ruſſenhaß und Türkenliebe erfüllt, war aber dabei nicht nachhaltig genug, um eine bloß kriegeriſche Politik zu tragen. Daß gegenüber ſolchen ſich durchkreuzenden Tendenzen der Miniſter des Äußern oft zu einer ſchwankenden und widerſpruchsvollen Haltung vermocht wurde, iſt begreiflich; ſo ſahen wir bald die eine Richtung der Verſtändigung mit Rußland in Reichſtadt und bei Abſchluß der geheimen Konventionen, bald wieder die antiruſſiſche Linie zur Geltung kommen. Aber es iſt ungerecht, angeſichts der verſchiedenen entgegengeſetzten einflußreichen Strömungen Andráſſy allein des Mangels an Folgerichtigkeit zu zeihen; kein Staatsmann kann auf längere Dauer eine feſte geradlinige Politik führen, wenn er des feſten Halts und der ausgiebigen Unterſtützung im eigenen Land entbehrt. Bismarck hatte im Jahr 1866 auch die öffentliche Meinung nicht auf ſeiner Seite, aber der König und die hohen Militärs ſtanden zu ihm und er wußte, daß an der Hand preußiſcher Siege der nationale Gedanke der Vereinigung aller deutſchen Stämme unter Preußens Führung erwachen und ihm eine ungeheuere volkstümliche Kraft zur Unterſtützung an ſeine Seite führen würde. Andráſſy hätte die öffentliche Meinung für ſeine Politik erziehen müſſen, er verabſäumte dies, aber ſelbſt wenn es ihm gelungen wäre, ſo hätte er die maßgebenden militäriſchen Kreiſe nicht gewonnen, und war darum in einer weit ſchwierigeren Lage als Bismarck im Jahre 1866. Eine bloß antiruſſiſche Politik hätte auch die Hilfe Englands gebraucht, die engliſchen Miniſter waren aber ganz unzuverläſſig, einmal waren ſie für die

Türkei, als ſie das Berliner Memorandum verwarfen, dann drückten ſie die Pforte auf der Konſtantinopler Konferenz ärger als die Ruſſen es taten, dann führten ſie wieder in öffentlichen Reden drohende Worte gegen Rußland im Mund, um gleich darauf vor der Gladſtoneſchen Agitation einzuknicken, und nach einem ſcheinbar energiſchen Anlauf gegen den Frieden von San Stefano ſchloſſen ſie ein geheimes Separatübereinkommen mit Rußland, das vor dem Berliner Kongreß der Entſcheidung der übrigen Mächte präjudizierte.

Im Inland hatte Andráſſy keine Freunde, die öſterreichiſche Regierung war zu ſchwach und zu unpolitiſch, um ſich je für den Inhalt ſeiner Politik warm und mutig einzuſetzen, ſie begnügte ſich mit formellen Erklärungen, ohne die Politik des Miniſters des Äußern auch für ſich aufzunehmen oder ſie vor der Öffentlichkeit unter eigener Verantwortung zu vertreten. Die Deutſchliberalen hatten ſich in eine törichte perſönliche Gehäſſigkeit gegen Andráſſy verrannt, dem Wiener Adel, der damals noch voll Voreingenommenheit gegen Ungarn war, mißfiel ſeine revolutionäre Vorgeſchichte, der konſervative böhmiſche Adel war ihm direkt feindlich geſinnt wegen ſeines Eingriffs gegen die Fundamentalartikel im Jahre 1871. In Ungarn hatte er die alte Popularität verloren, dort warf man ihm wieder vor, daß er in Wien höfiſchen Einflüſſen zugänglich ſei und die Ziele einer ungariſch-nationalen auswärtigen Politik aus dem Auge verloren habe. So hatte er auch in ſeinem eigenen Land keine wirkliche Anhängerſchaft, wenn ihn auch Tiſza mit ungewöhnlichem Geſchick verteidigte und die ſtrenge Parteidiſziplin in entſcheidenden Momenten zu ſeiner Unterſtützung anrief, aber es war dann doch immer mehr die innerpolitiſche Erwägung der liberalen Regierungspartei, die ihr Votum für Andráſſy abgab, als die eigene lebendige Übereinſtimmung mit ſeinem Vorgehen.

Läßt ſich ſo mancher Widerſpruch und Mißerfolg erklären, ſo muß doch jeder Unbefangene zugeben, daß Andráſſy das Anſehen der Monarchie gehoben und ihre Stellung in Europa gekräftigt hat. Schließlich hat doch er Bosnien dem Beſitzſtand der Monarchie eingefügt, wenn er ſich auch urſprünglich dieſe Erwerbung in einem anderen Zuſammenhang vorgeſtellt hatte, er hat der Monarchie das Recht und die Macht verſchafft, in die Balkanpolitik einzugreifen, und wahrſcheinlich hätte er ein enges Verhältnis mit dem vom ruſſiſchen Einfluß emanzipierten Bulgarien hergeſtellt, woraus ſich unſer Einfluß auf die weſtliche Hälfte des Balkans von ſelbſt ergeben hätte. Er war nicht kleinmütig und verzagt angeſichts der inneren Schwierigkeiten und Zwieſpältigkeiten der Monarchie. Obwohl nicht aufgezogen in den Traditionen des alten Reiches, nahm er im reifen Mannesalter und im Bewußtſein der hohen Aufgaben ſeines Amtes den Gedanken der Macht und des Anſehens der Monarchie in ſich auf, auch für ihn galt der Satz Rankes: „Es gibt einen Ehrgeiz der Macht, der auf der Vergangenheit eines Staates beruht und die Vertreter desſelben unwillkürlich beherrſcht."[1] Er wollte der Monarchie wieder ihre alte

---

[1] Ranke, Wallenſtein, S. 356.

Stellung in Europa geben; von ſolchen ſtolzen Gedanken war er erfüllt, weil er eine bedeutende Perſönlichkeit war, weil er Temperament hatte und die Politik nicht als ein Syſtem kleiner Argumente und Schachzüge auffaßte, und daß er weitblickend für die Zukunft zu ſorgen verſtand, beweiſt ſeine ruhmreichſte Tat, der Abſchluß des Bündniſſes mit Deutſchland, das er, als ſchon demiſſionierter Miniſter, unter den ſchwierigſten und heikelſten Umſtänden mit bewunderungswürdigem Geſchick und unvergleichlicher Zähigkeit zuſtande brachte und womit er für die Monarchie die Grundlage ihrer weiteren auswärtigen Politik geſchaffen hat.[1]

Hans Delbrück und Karl v. Clauſewitz

Von

Dr. Max v. Szczepanski, Oberſtleutnant a. D.

Hans Delbrück hat ſeine „Geſchichte der Kriegskunſt im Rahmen der politiſchen Geſchichte“ um einen vierten Band bereichert, der, die Neuzeit bis zu Napoleon I. und deſſen Zeitgenoſſen behandelnd, zugleich der letzte ſein ſoll. Die Weiterführung dieſes wichtigen Werkes überläßt der greiſe Gelehrte den Späteren. Doch erhält es durch ihn einen gewiſſen Abſchluß in dem Sinne, daß eine Lücke, die der General Karl v. Clauſewitz in ſeinem berühmten Werke „Vom Kriege“ gelaſſen habe, an dieſem Punkte der Delbrückſchen Darſtellung nunmehr ausgefüllt ſein ſoll. Es iſt der Begriff der Strategie, um den es ſich dabei handelt. Glücklicherweiſe bietet Delbrück, der auch jetzt wieder dem Generalſtabe vorwirft, bei der Beurteilung der Feldzüge König Friedrichs des Großen von einer falſchen Grundanſchauung ausgegangen zu ſein, nun noch einmal die Handhabe, ſeine eigene Grundanſchauung kritiſch zu prüfen, da er der „Geſchichte des Strategieſtreites“ in einem Anhang zu dem Kapitel „Friedrich als Stratege“ mehrere Seiten gewidmet hat.

Bekanntlich hat ſich Delbrück für ſeine kriegshiſtoriſche Betrachtungsweiſe den Begriff einer doppelpoligen Strategie zurechtgemacht, die einerſeits dem Schlachtpol, andererſeits dem Manöverpol zuneige. Er nennt ſie „Ermattungsſtrategie“, und zwar, wie er ſchreibt, als Gegenſtück zu dem Clauſewitzſchen Ausdruck „Niederwerfungsſtrategie“ — wozu aber gleich angemerkt ſein mag, daß dieſe Wortbildung ſich in dem grundlegenden Werke „Vom Kriege“ nirgends findet. Hierin alſo liegt ſchon zum mindeſten eine Ungenauigkeit, wenn auch zugegeben werden darf, daß dieſer letztere Ausdruck dem Sinne der Clauſewitzſchen Theorie vom ſtrategiſchen Ziel entſpricht. Wir wiſſen nun allerdings, daß dieſer Schriftſteller ſein großes Werk durchaus nicht für abgeſchloſſen hielt und noch einer Durcharbeitung in ganz beſtimmter Richtung es unterziehen wollte. Auf Grund einer „Nachricht“ darüber vom Jahr 1827, die der Buchausgabe des Werkes „Vom Kriege“ vorangeſtellt iſt, meint nun Delbrück zur Rechtfertigung ſeiner eigenen Anſchauung: als der eigentliche Entdecker der Wahrheit, daß es zwei verſchiedene Grundformen der Strategie gibt, ſei Clauſewitz anzuſehen — und ſchreibt ſich ſelbſt das Verdienſt zu, „in ſeiner Eigenſchaft als Hiſtoriker Clauſewitz’, des Kriegsphiloſophen, Andeutungen mit den zur Hand liegenden geſchichtlichen Tatſachen in der Richtung ausgebaut zu haben, wie ſie Clauſewitz unzweifelhaft ſelbſt im Auge gehabt habe“.

---

[1] Über die Geſchichte dieſer Verhandlungen vgl. die höchſt intereſſante Schilderung von Wertheimer, III, 9. und 10. Kap.

Sehen wir nun zu, auf welche Momente ſolche Sicherheit ſich gründet. Zunächſt ſchon lieſt man in der von Delbrück angeführten Belegſtelle zwar von einer *doppelten Art des Krieges*, nicht jedoch der Strategie. Die Stelle der „Nachricht“ lautet: „Dieſe doppelte Art des Krieges iſt nämlich diejenige, wo der Zweck das *Niederwerfen des Gegners* iſt, ſei es, daß man ihn politiſch vernichten oder bloß wehrlos machen und alſo zu jedem beliebigen Frieden zwingen will — und diejenige, wo man *bloß an den Grenzen ſeines Reiches einige Eroberungen machen will*, ſei es, um ſie zu behalten oder um ſie als nützliches Tauſchmittel beim Frieden geltend zu machen.“ Bei der künftigen Durcharbeitung der erſten ſechs Bücher ſollte nun „die ganz verſchiedene Natur dieſer beiden Beſtrebungen überall durchgreifen und das Unverträgliche voneinander ſondern“. Die ſchärferen Umriſſe dieſer Auffaſſung ſind aber bereits in den Skizzen zum achten Buch des Werkes „Vom Kriege“ niedergelegt. Dort wird zuerſt von dem abſoluten Kriege geſprochen, bei dem Niederwerfung des Feindes das kriegeriſche Ziel iſt; das natürliche Weſen dieſer Art wird alſo durch den politiſchen Vernichtungswillen beſtimmt. Ferner iſt die Rede von einem beſchränkten Ziel des Krieges, das gekennzeichnet wird durch den bloßen Eroberungswillen oder Erhaltungswillen (nämlich des beſtehenden oder des eroberten Beſitzes), wobei ſich von ſelbſt die Scheidung in politiſchen Angriffskrieg und politiſchen Verteidigungskrieg ergibt. Denn der Krieg iſt doch eben nur eine gewaltſame Fortſetzung der Politik, er iſt „ein Inſtrument der Politik, er muß notwendig ihren Charakter tragen, er muß mit ihrem Maße meſſen; die Führung des Krieges in ſeinen Hauptumriſſen iſt daher die Politik ſelbſt, welche die Feder mit dem Degen vertauſcht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Geſetzen zu denken“.

Wohl im Ausbau dieſer Sätze des großen Kriegsphiloſophen hat der Hiſtoriker die ſprachliche und begriffliche Gleichſetzung von Kriegführung und Strategie vollzogen. Dann aber hätte er die letztere dreifach auslegen müſſen: als Niederwerfungsſtrategie, Eroberungsſtrategie, Erhaltungsſtrategie. Wenn wir ferner im Auge behalten, daß bei dieſer Handlung im Verkehr der Völker der politiſche und der kriegeriſche Gedanke inſofern dem gleichen Ziele zuſtreben, als der ſtaatsmänniſche Zweck dem kriegeriſchen Akt das poſitive Ziel weiſt, ſo iſt es allerdings klar, daß die Kriegführung Friedrichs des Großen nur aus ſeinem Königswillen erklärt und verſtanden werden kann. Dies aber führt uns dann notwendig zu der Erkenntnis, daß König Friedrich nur Eroberungs- und Erhaltungskriege geführt hat und nimmer als Vertreter einer ſogenannten Niederwerfungsſtrategie in Anſpruch genommen werden dürfte, ſondern in der Tat eher als typiſches Beiſpiel für deren von Delbrück behauptetes und geſuchtes Gegenſtück gelten könnte.

Sind nun aber Kriegführung und Strategie durchaus identiſche oder auch nur ſolche Begriffe, die folgerichtige Schlüſſe auf gleiche Grundformen gebieteriſch verlangen? Waren ſie das für Clauſewitz? Wären ſie von ihm bei der Durcharbeitung ſeines Werkes vermiſcht oder ſchärfer voneinander geſondert worden? — Strategie iſt nach ihm die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges; an anderer Stelle ſagt er: „Sie iſt der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges“. Die ſogenannte Strategie, wie wieder an anderer Stelle zu leſen, iſt die Theorie des großen Krieges, alſo gewiſſermaßen ein Teil der Kriegslehre; da ſie ja aber ebenfalls Ausführung ſein ſoll, ſo iſt ſie auch ein Teil der Kriegskunſt im eigentlichen Sinne, und dieſe bezeichnet Clauſewitz mit dem Namen der Kriegführung. In beiden Reihen ſteht ſie in begrifflichem Gegenſatz zur Taktik. Während dieſe den Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht lehrt bzw. berufen iſt, die einzelnen Gefechte in ſich anzuordnen und zu führen, erſtreckt ſich die ſtrategiſche Tätigkeit im Rahmen der Kriegführung darauf, die einzelnen Gefechte zum Zweck des Krieges zu gebrauchen ſowie unter ſich zu verbinden. Soweit erſcheint die Geſtaltung und Gliederung der Begriffe eigentlich klar. Möglicherweiſe jedoch — ich wage kein „unzweifelhaft“ — würde ſich Clauſewitz entſchloſſen haben, alle dieſe Begriffe in der Weiſe ſchärfer auseinanderzuhalten, daß er innerhalb der Kriegführung die niedere Tätigkeit Truppen- oder Gefechtsführung, ihre theoretiſche Lehre Taktik nannte; daß er die höhere Aufgabe der Verbindung operativen und taktiſchen Handelns als Heerführung, deren theoretiſche Betrachtung als Strategie bezeichnete und die praktiſche Bewältigung des Geſamtgebietes der aller Theorien und Methoden ſpottenden Feldherrnkunſt vorbehielt. Laſſen wir es aber in dem Beſtreben, die vorliegende Streitfrage zu entwirren, ruhig bei der von Delbrück zugrunde gelegten Gleichſetzung von Strategie und Kriegführung, alſo des Teiles mit dem Ganzen: die Strategie bleibt dann immer noch Gefechtsgebrauch zum Zwecke des Krieges.

Aus dieſem durchaus poſitiven und eindeutigen Satz, den ja auch Delbrück ändern zu wollen keine Neigung oder Veranlaſſung gezeigt hat, geht doch ſchon hervor, daß bei dieſem Handeln niemals zwiſchen zwei Polen geſchwankt werden kann, von welchen der eine als Schlachtpol zu benennen ſei. Denn die Schlacht iſt ja das entſcheidende Mittel zum Zweck, auf welches die Kriegführung gar nicht verzichten kann, gleichviel ob ſie, politiſch gedacht, niederwerfen, erobern oder erhalten ſoll. Selbſt im Verteidigungskrieg, wo die eigene Schwäche zur „ſtrategiſchen Paſſivität“ führen kann, ſoll nach Clauſewitz der kriegeriſche

Akt des poſitiven Ziels nicht entbehren: er erſtrebt dann ſtatt der „Erſchütterung des Schwerpunktes beim Gegner durch den Stoß“ — und eben dies bedeutet bei jenem Schriftſteller das Wort Niederwerfung ſowohl im politiſchen wie im ſtrategiſchen Sinne — die durch den Rückſtoß. Eine Strategie, die nicht ſchlagen will, iſt begrifflich gar nicht denkbar, und eben darum hat König Friedrich trotz der beſchränkten Ziele ſeiner Kriegführung das Suchen der Schlacht einer ſtrategiſchen Paſſivität vorgezogen. „Die Strategie hat urſprünglich den Sieg, d. h. den taktiſchen Erfolg, und in letzter Inſtanz die Gegenſtände, welche unmittelbar zum Frieden führen ſollten, zum Zweck.“ Genau im Sinne dieſer Clauſewitzſchen Äußerung ſchreibt König Friedrich in den Projets de campagne von 1775: „Liefert niemals eine Schlacht, nur um den Feind zu beſiegen, ſondern um Pläne zu verfolgen, die ohne dieſe Entſcheidung verhindert ſein würden.“ Delbrück, der nur den erſten Teil dieſer Mahnung im Sperrdruck wiedergibt, ſchließt, daß der König auch mit dieſem Gedanken innerhalb der Polarität der Ermattungsſtrategie bleibe. Dabei überſieht er offenbar, daß der beſtimmende Ton in jenem Satz vom Jahre 1775 auf dem Wörtchen „nur“ ſowie auf dem anderen, bedeutungsvolleren Worte „Entſcheidung“ liegt. König Friedrich will hiernach den Zeitpunkt zur Schlacht wählen nach dem Zweck des Krieges; er will gar nicht immer bataillieren, wie ſein Bruder Heinrich ihm vorgeworfen hat. Darum kennt ſeine Kriegführung auch das „Abwarten“, darum enthält ſie auch das Manöver. Dieſe wie die Märſche ſind Mittel, um die Gefechte zu verbinden oder zu vermeiden bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verhältniſſe das Suchen der Entſcheidung geſtatten, für welche die Feldherrnkunſt eben die günſtigſten Bedingungen ſich wird ſchaffen wollen. Die Anwendung jener Mittel für die Beurteilung des Charakters der Kriegführung iſt eben deshalb nicht ſo ſehr an dem Maße des militäriſchen wie an dem des politiſchen Zieles zu meſſen. Jenes bleibt immer die Niederwerfung; dieſes geſtattet oder bedingt gar ein Abwarten, vor allem, wenn die verfügbaren Kräfte oder andere Umſtände auf eine, ſei es auch nur vorläufige Beſchränkung des Zieles hinweiſen. Wir haben es alſo höchſtens mit Gradunterſchieden, nicht aber mit einem Weſensunterſchied in der Strategie zu tun.

„Ein Fürſt oder Feldherr, welcher ſeinen Krieg genau nach ſeinen Zwecken und Mitteln einzurichten weiß, nicht zuviel und nicht zuwenig tut, gibt dadurch den größten Beweis ſeines Genies. Aber die Wirkungen ſeiner Genialität zeigen ſich nicht ſowohl in neuerfundenen Formen des Handelns, welche ſogleich in die Augen fallen würden, als in dem glücklichen Endreſultat des Ganzen. Es iſt das richtige Zutreffen der ſtillen Vorausſetzungen, es iſt die geräuſchloſe Harmonie des ganzen Handelns, welche wir bewundern ſollten, und die ſich erſt in dem Geſamterfolge verkündet. Derjenige Forſcher, welcher von dieſem Geſamterfolg aus jener Harmonie nicht auf die Spur kommt, ſucht ſolche Genialität leicht da, wo ſie nicht iſt und ſein kann.“ So Clauſewitz.

Hans Delbrück glaubt nun nicht nur, Clauſewitz fortgeſetzt, ſondern mit ſeiner Theorie von der doppelten Strategie auch eine Ehrenrettung König Friedrichs gegen deſſen Freundesfeind, den preußiſchen Generalſtab, durchgeſetzt zu haben. Er ſieht den König in beſtimmten Momenten über den Rahmen der Ermattungsſtrategie hinausgehen und zu dem Grundſatz der Niederwerfungsſtrategie genialiſch ſich erheben, während der Generalſtab jenem eine Niederwerfungstheorie unterlege, hinter der er als Feldherr praktiſch doch faſt immer zurückbleibe. Delbrück wertet alſo die Meiſterſchaft, die in der Beſchränkung ſich zeigt, geringer als das hohe Wagen; andererſeits glaubt er doch auch ein faſt uneingeſchränktes Eingehen des Generalſtabes auf ſeine eigenen Anſchauungen, und zwar im Heft 27 der „Kriegsgeſchichtlichen Einzelſchriften“ feſtſtellen zu können, das Friedrich des Großen Anſchauungen vom Kriege in ihrer Entwicklung von 1745 bis 1756 behandelt. Allerdings wird dort ausgeſprochen, daß Friedrich noch im Jahre 1746 die Schlacht mit Mißtrauen anſah, aber mit dem von Delbrück nicht wiedergegebenen Hinzufügen: „und jede Waffenentſcheidung beſonders ſichern zu müſſen glaubte“. Er will ſie alſo nicht etwa vermeiden, er verzichtet keineswegs auf die Niederwerfung des Gegners zugunſten ſeiner etwa anzuſtrebenden Ermattung. Er ſuchte zunächſt, „geſtützt auf die Güte ſeines Heeres, allgemeine taktiſche Grundſätze auf, die ihm in allen Schlachten, die er ſchlägt, an und für ſich ein Übergewicht verſchaffen ſollen“. Damals „ſteht er noch auf dem Standpunkt, die Schlachten müßten nicht infolge eines Grundſatzes, ſondern bei günſtiger Gelegenheit geſchlagen werden“. Von dieſem Standpunkt aus gibt es aber eine Weiterentwicklung. Es iſt nicht genau, wenn Delbrück angibt, der Generalſtab ſtelle ausdrücklich feſt, „daß Friedrich es beſtimmt und bewußt abgelehnt habe, einen Weg zu gehen, den fünfzig Jahre ſpäter Napoleon gehen ſollte“. Die Generalſtabsſchrift ſagt vielmehr in ihrem zuſammenfaſſenden Schlußwort: er „hatte“ es abgelehnt, nämlich noch 1746, und erweiſt dann, daß in der folgenden Zeit der Sammlung der königliche Feldherr, dem der ſtrategiſche Grundgedanke, die Entſcheidung des Krieges durch die Schlacht zu ſuchen, nie fremd geweſen iſt, ſich zu der Erkenntnis durchringt, daß er dem im eigentlichen Intereſſe ſeines Staates liegenden „leidenſchaftlichen Sehnen nach raſcher Entſcheidung Feſſeln anlegen“, daß er, um es theoretiſch mit einem Wort auszudrücken, auf den Niederwerfungskrieg verzichten müſſe. Als poſitives Ziel des kriegeriſchen Aktes hat er das Niederwerfen des Gegners durch Stoß oder Rückſtoß ſtets im Auge behalten; es hat weder bei ihm eine Polarität der ſtrategiſchen Anſichten gegeben noch der Generalſtab dies zugeſtanden, mit der Wendung, daß die Anſichten des Königs unter ſich im Streite gelegen hätten. Auch hier iſt Delbrück ungenau. Die Generalſtabsſchrift erwähnt vielmehr, daß der König grundſätzlich für den ſtrategiſchen Angriff und im Kriege gegen mehrere gleichzeitig auftretende Gegner für das Operieren auf der inneren Linie ſich entſchieden habe. Dann aber heißt es weiter: „Mit dieſer gänzlich neuen Art des Krieges, deren große Züge der König ſich in einſamem Nachdenken zurechtlegt, liegt in den Jahren von 1746 bis 1756 die Einſicht im Streite, daß ein rückſichtsloſes Suchen des Sieges zur Zeit unendlich ſchwierig und nicht ohne Gefahr für das eigene Kriegswerkzeug ſei“.

Es iſt dies der Zwieſpalt, der ſich von ſelbſt ergibt, wenn man die abſolute Geſtalt des Krieges und die eine oder andere ſeiner Erſcheinungsformen ſich vor Augen hält, wobei nach Clauſewitz die erſte Vorſtellungsart ihre Wahrheit aus der Natur der Dinge ſchöpft, die der zweiten in der Geſchichte zu finden iſt. Eben dieſen Zwieſpalt will Delbrück durch die Einführung des Begriffes der Ermattungsſtrategie löſen, den er aber nicht nur für die hiſtoriſche Betrachtung anwendet, ſondern zugleich für die Theorie fordert. Nun beklagt er ſich aber auch, daß dieſer ſein Begriff von allen Kritikern immer wieder mißverſtanden worden ſei, nicht nur vom Generalſtabe, ſondern auch von Männern wie Colmar Freiherr v. d. Goltz, Theodor v. Bernhardi, Reinhold Koſer und neuerdings wieder von Otto Hintze. Dann aber liegt doch eigentlich die Vermutung nahe, daß die Quelle dieſes ewigen Mißverſtehens wohl weniger in der mangelnden Intelligenz der Gegner Delbrücks als in der Geſuchtheit, ja der Unhaltbarkeit des von ihm geprägten Begriffs, der von ihm verlangten Deutung zu ſuchen ſein wird.

In Wahrheit iſt der ganze Strategieſtreit ſchon zwei Jahrzehnte, bevor er ausbrach, entſchieden und damit die anſcheinende Lücke im Buch von Clauſewitz ausgefüllt worden, nämlich durch den aus dem Jahr 1871 ſtammenden Satz des Feldmarſchalls Moltke: „Die Strategie iſt ein Syſtem der Aushilfen“ — wobei die Kriegführung, aber im Rahmen der politiſchen Zwecke, dem kriegeriſchen Akt doch jedesmal das höchſte Ziel, die Niederwerfung des Gegners ſetzt. Dieſe nun iſt nur durch eine Entſcheidungsſchlacht zu erreichen; die alſo kann allein das große Ziel der Strategie ſein; ſie ſucht die Kunſt des Feldherrn wie in der Theorie des abſoluten Krieges, ſo auch im wirklichen Kriege, und zwar mit Rückſichtsloſigkeit, wenn man politiſch wehrlos machen oder vernichten, mit der gebotenen Vorſicht, wenn man erobern oder lediglich erhalten will. Heeresbewegungen und Märſche — alſo die Operationen oder, nach dem alten Stil, die Manöver — ſind Mittel zum Zweck; ſie ſollen den günſtigen Ort und die günſtige Stunde für die Entſcheidung gewinnen helfen, um dieſe nach Raum und Zeit glücklich einzuleiten. Delbrück ſelbſt betont ja, daß auch Friedrichs Gegner keineswegs als „Methodiker der alten Schule“ gelten dürfen, da ja auch ſie die Schlacht — die iſt das Niederwerfen des Gegners — mehrfach geſucht hätten. Dies beweiſt doch nur, daß hier die Grundform der Strategie liegt und daß die Abweichungen von ihr als Aushilfen gelten müſſen, die ſchon dadurch notwendig werden, daß dem Feldherrn im wirklichen Kriege der lebendige Wille des Feindes, und noch dazu in einer nie vorherzuſehenden, höchſtens vorauszuahnenden, im Nebel der Ungewißheit verhüllten Form gegenüberſteht. Dieſe Aushilfen des Abwartens, des Ausweichens u. dgl. mehr, die zwar den Erfolg, nicht aber das Grundziel des Zermürbens, des Ermattens, des Zerſtörens haben können, werden um ſo häufiger in die Er-

ische Loge
BERLIN

ſcheinung treten, je unvollkommener das Kriegswerkzeug, das Heer, iſt; ſie werden um ſo raſcher dem Suchen nach Entſcheidung Platz machen, je überlegener der eine Gegner ſich fühlt oder je größere Maſſen von beiden Seiten in das Feld geführt werden können. Wachſen dieſe ins Ungeheure, ſo wird unter Umſtänden die Raumfrage hemmend auf die Bewegungsmöglichkeiten einwirken, während zu allen Zeiten der Stand des Verpflegungs- und Verkehrsweſens die Geſtaltung des wirklichen Krieges gegenüber der Natur des abſoluten beeinfluſſen wird.

Strategie in dem auch von Delbrück gebrauchten und durch ihre Lehre erläuterten Sinne des geſchichtlichen Vorganges iſt eben ein Können, iſt die Kunſt des Feldherrn, und als ſolche mehr Wille als Wahl. Bei ihrer Ausübung gilt es nicht zu wählen zwiſchen feſtſtehenden Regeln oder gegebenen Methoden, ſondern im abwägenden und doch wieder intuitiven Durchſchauen der Lage gelangt der Feldherr zu einem Entſchluß, der aushelfen oder entſcheiden ſoll. Die Feldherrnkunſt kennt kein Schema der Kriegführung und keine ſtrategiſchen Methoden: ſie kennt nur eine höchſte Regel, und das iſt die, welche den Feind ſchlägt. Dieſe aber kann nicht gelehrt werden, weil die Grundbedingungen für ihr Auffinden neben dem Scharfſinn moraliſche Potenzen, nämlich Kühnheit und Willensſtärke, demnach Ausfluß der Perſönlichkeit ſind. Auch Delbrück weiß dies ſehr gut und bringt es in ſeinen Bemerkungen zum Strategieſtreit deutlich zum Ausdruck. Um ſo verwunderlicher iſt es, daß er mit rechthaberiſcher Hartnäckigkeit an dem Verſuch feſthält, Ideen zu Begriffen herabzudrücken. So iſt denn die Strategie als Wiſſenſchaft auch nicht Lehre, ſondern Betrachtung: ſie kann nicht mit Schlagworten erklärt, noch weniger als Kunſt nach ſolchen ausgeübt werden. Ihre Ergebniſſe zwar kann man werten, ihre Wege aber begrifflich nie voll und rein erforſchen, noch erfaſſen. Deshalb hat Delbrück mit ſeiner Theorie von einer zweiten Grundform der Strategie eher Verwirrung angeſtiftet, als eine Lücke ausgefüllt. In den Skizzen zum achten Buche des Werkes „Vom Kriege“ finden wir jenen ſchärferen Sinn, jene beſtimmte Richtung, jene nähere Anwendung aller Ideen, die den erſten ſechs Büchern zu fehlen ſcheint und für deren Umarbeitung vorbehalten war. Sie enthalten auch bereits den Verzicht auf weitere kriegsphiloſophiſche Ausdeutung, und zwar im dritten Kapitel, das vom inneren Zuſammenhang des Krieges handelt. Danach kennt die Strategie nur ein Ziel, den Enderfolg, der im Niederwerfen des Gegners beſteht. Das iſt die Grundvorſtellung; die Theorie fordert, daß ſie überall zugrunde gelegt und jede andere Vorſtellungsart nur „als Modifikation“ gebraucht werde, welche durch die Umſtände gerechtfertigt wird. Dieſe Umſtände aber ſind, wie wir wiſſen, ſo mannigfaltige, daß ſich die durch ſie herbeigeführten Modifikationen nicht auf einen gemeinſamen Nenner bringen laſſen. Sie erfordern vielmehr ſtets neue, ſtets anders geartete Aushilfen auf dem Wege zum Endziel. Das Weſen der Strategie iſt immer nur eines, ihrer Erſcheinungsformen ſind viele, je nachdem der Feldherr ſich die Umſtände zunutze zu machen weiß. „Wie ein Obelisk, auf den zu die Hauptſtraßen eines Ortes geführt ſind, ſteht in der Mitte der Kriegskunſt gebieteriſch hervorragend der feſte Wille eines ſtolzen Geiſtes.“

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Fortſetzung)

Der zweite Tag in Hanau

Beim erſten Anbruch des Tages ward ich durch eine ſehr nahe Kanonade geweckt und ſtand ſogleich auf. Die Franzoſen begannen die Stadt zu beſchießen. Hierdurch geriet die Stadt diesſeits der Kinzig in Brand, und etwa 30 Gebäude brannten ab. In dem Augenblicke, wo ich ans Fenſter trat, um zu ſehen, was vorgehe, fiel eine Granate auf das Straßenpflaſter und platzte unter meinen Augen, ſo daß die Splitter an der Mauer anprallten.

Es iſt damals geſagt worden und war die allgemeine Meinung, daß der Kaiſer in jener frühen Morgenſtunde bei Hanau eingetroffen ſei und daß er den Befehl zum Beſchießen der Stadt im Vorbeifahren erteilt habe, und zwar zur Strafe dafür, daß die Bevölkerung die alliierten Truppen bei ihrem Einmarſche mit Jubel begrüßt habe. Übrigens muß ich als Augenzeuge verſichern, daß nachher die franzöſiſchen Truppen ſich in der Stadt, ausgenommen, daß ſie gierig nach Lebensmitteln forſchten, keinerlei Gewalttätigkeiten erlaubten.

Es war ½7 Uhr, als ich unter meinem Fenſter eine Trommel ſchlagen hörte, als ich es öffnete, fand ich ungefähr 20 franzöſiſche Infanteriſten mit einem Offizier und dem Tambour voran in der Straße marſchieren. Das war der erſte Beweis davon, daß die Alliierten die Stadt verlaſſen hatten, den ich erhielt. Zu gleicher Zeit ſchwiegen die Kanonen. Es iſt höchſt wahrſcheinlich, daß die Franzoſen erſt dadurch, daß ihr Feuer nicht erwidert ward und keine Truppen ſich zeigten, auf die Vermutung gerieten, daß die Stadt verlaſſen ſein könne. Das Eindringen geſchah durch die Vorſtadt und über die Kinzigbrücke.

Als ich dieſe kleine Truppe in vollkommener Ruhe, das Gewehr geſchultert, dahinziehen ſah, konnte ich mir leicht denken, daß der Feind ſchon im Beſitze der Stadt ſei. Ich erwartete nun nichts anderes, als daß, ſobald er ſich würde feſtgeſetzt haben, eine Viſitation vorzüglich der Gaſthäuſer vorgenommen werden würde, und dabei mußte ich mir ſagen, in welchem Grade der Großherzog, deſſen Land noch immer den Mißhandlungen der Franzoſen ausgeſetzt ſein konnte, kompromittiert ſein würde, wenn man bei mir Seine Vollmacht, eine Inſtruktion und einen Paß fände, der auf das Hauptquartier der Verbündeten lautete. Ich nahm daher dieſe drei Aktenſtücke aus meinem Portefeuille und warf ſie in den Ofen, der eben geheizt ward. Nur den franzöſiſchen Paß, den ich ſchon auf der früheren Reiſe gehabt hatte, behielt ich.

Nachdem dies geſchehen war, begab ich mich in das Gaſtzimmer des Hauſes, das ſich im Erdgeſchoß befindet, und wo ich faſt ununterbrochen den ganzen Morgen zubrachte, um zu beobachten, was vorgehe. Der Wirt des Hauſes vertraute mir an, daß in einer Kammer des oberen Stockes der ſchwer verwundete bayeriſche General Stork verborgen ſei. Er war von Geburt ein Irländer und iſt einige Tage ſpäter zu Würzburg an ſeinen Wunden geſtorben. Ferner, daß auf dem zweiten Speicher des Hauſes zwei gleichfalls ſchwer verwundete öſterreichiſche Subalternoffiziere verſteckt ſeien. Ich ließ mir von ihm die ſtets verſchloſſene Kammer des Generals öffnen. Dieſem ſagte ich, wer ich ſei und wie ſehr es mich freuen werde, wenn ich ihm in ſeiner jetzigen Lage irgendeinen Dienſt leiſten könnte. Er möge daher über mich disponieren. Es ward mir aber ſogleich ſichtbar, daß ich dem Mann einen großen Schrecken einflößte, indem er in meiner Perſon einen Spion witterte, der ihn den Franzoſen verraten werde. Seine lakoniſchen Antworten veranlaßten mich, ihn bald zu verlaſſen. Der unfreundliche Empfang, den ich hier gefunden, hielt mich von dem Beſuche ab, den ich den armen Offizieren zugedacht hatte.

Ich hätte aber gleich darauf in große Verlegenheit geraten können. Ein franzöſiſcher Stabsoffizier kam in den Hof des Hauſes und ſah da eine ganz neue, mit Ledervorhängen feſt verſchloſſene Kaleſche ſtehen, er wollte wiſſen, wem ſie gehöre. Der Wirt wußte ſich nicht anders zu helfen, als daß er mich nannte und für den Eigentümer ausgab. Zum großen Glücke ſtand ich nicht dabei, um auch meinerſeits befragt zu werden, und hatte auch wohl der Offizier nicht Zeit, ſich auf eine Viſitation einzulaſſen. Sonſt hätte dieſe den General, dem ſie gehörte, verraten, er hätte mindeſtens ſeinen Wagen eingebüßt, und ich wie der Wirt, wir würden auf ſehr unangenehme Weiſe in die Geſchichte verwickelt worden ſein.

Der Aufenthalt in dem Gaſtzimmer wurde übrigens ſehr unterhaltend. Die zuerſt eingerückten Truppen durchzogen bloß die Stadt und ſtellten ſich jenſeits auf, wohl ſehr verwundert, auf keine Feinde zu ſtoßen. In der Stadt blieb eine ſehr ſchwache Garniſon, die ſich einquartieren ließ. Die, welche unſer Gaſtzimmer von 10 oder 11 Uhr an belebten, waren ganz andere Leute. Es waren lauter Stabsoffiziere, überhaupt berittene Perſonen, deren Korps an der Stadt vorbeimarſchierten, die ſie verließen, um ſich heißhungrig auf einige Speiſen zu werfen, ſie mußten dann eilen, um ihre Truppe wieder einzuholen, hatten alſo weder Zeit noch Luſt, ſich umzuſehen oder um etwas zu bekümmern. Dieſem nach wechſelte das Perſonal im Zimmer jeden Augenblick. Die Leute waren meiſt ſehr ernſt und ließen ſich mit mir oder anderen auf keine Konverſation ein, die ich auch weit entfernt war, provozieren zu wollen.

Um 1 Uhr begann die gewöhnliche Table d'hote, wir waren ungefähr acht Perſonen, darunter kein Franzoſe. Gegen das Ende des Eſſens traten noch zwei Stabsoffiziere in den Saal. Der eine war, ſeinen Epauletten nach, ein Obriſter. Sie ſetzten ſich, fern von der Geſellſchaft, ganz unten an den Tiſch, den Rücken der Tür zugekehrt, und aßen mit Begierde. Kaum aber hatten ſie begonnen, ſo öffnete ſich die Tür und drei öſterreichiſche Grenadiere traten ein. Das Raſſeln der Gewehre ließ den Obriſten umblicken, er wollte aufſtehen, ward aber, ſo wie der andere auch, mit ſolcher Gewalt an einem Epaulette gefaßt, daß er beinahe vom Stuhl auf den Boden fiel. Alles das erforderte nicht 30 Sekunden, und Grenadiere wie Offiziere waren aus dem Saal verſchwunden. Die Tſchakos blieben liegen, vielleicht haben ſie dem Wirte das unbezahlte Eſſen vergütet.

Man kann ſich unſer Erſtaunen denken! Wir wußten nichts von dem neuen Anmarſche der alliierten Armee, alles ſtürzte nach den Fenſtern. Man ſchlug ſich in allen Straßen, aber es waren nur Vorpoſtengefechte, man hörte ſehr ſelten ein Pelotonfeuer, lauter einzelne Schüſſe, aber in ſehr großer Zahl. An das Fenſter, an welchem ich ſtand, kam ſehr bald ein öſterreichiſcher General und forderte, ich weiß nicht mehr, ob ein Glas Waſſer oder Wein. Der Wirt brachte es, während er trank, ſprach er mit uns und nannte ſeinen Namen. Gebſattel, eine alte fränkiſche Familie, Generalmajor. Er war am Arm verwundet. Fern ſei es von mir, die Bravour dieſes Mannes in Zweifel ziehen zu wollen, für ihn ſpricht ſeine ganz friſche Verwundung und noch viel mehr der Umſtand, daß er ſich, einer der erſten, mitten in der Stadt befand, aber etwas fiel mir ungemein auf, bei jedem Schuſſe, der fiel, ſchreckte der Mann zuſammen, gerade ſo, wie man es bei vielen Frauenzimmern zu ſehen gewohnt iſt, wenn ein Gewehr abgebrannt wird. Es mag ſein, daß das Folge des Wundfiebers war. Sobald er getrunken hatte, eilte er weiter, um das Gefecht zu leiten.

Die Franzoſen hatten ſich in der Vorſtadt konzentriert und die Kinzigbrücke ſehr ſtark beſetzt. Sie zu ſprengen, mag wohl bei der Überraſchung die Zeit nicht geſtattet haben. Es war ſchon gegen 3 Uhr, als der Marſchall ſelbſt mit ſtärkeren Maſſen in der Stadt anlangte. Er befahl, die Brücke mit Sturm zu nehmen, und um das öſterreichiſche Bataillon, das hierzu beſtimmt war, vorwärts zu bringen, ſetzte er ſich ſelbſt an die Spitze. Bei dieſer Gelegenheit erhielt er einen Musketenſchuß in die Bruſt und ſtürzte vom Pferde. Die Brücke ward genommen, die Vorſtadt geſäubert. Das Armeekommando ging an Frenel über, und jenſeits der Vorſtadt, auf beiden Seiten der Frankfurter Chauſſee entſpann ſich nun ein ſehr lebhaftes Gefecht, das bis in die Nacht fortdauerte.

Von dieſem Gefechte habe ich nichts geſehen, mich bewegte ein anderer Gedanke als der, einen Turm zu beſteigen. Nämlich ich beſchloß den Augenblick zu benutzen, um zu Fuß nach Steinheim zu gehen. Nur von meinem Bedienten begleitet, trat ich den Weg an und kam ohne Hindernis, indem ich dem Flußufer folgte, an die Steinheimer Fähre. Während dieſes Ganges ſahen wir in nicht großer Entfernung mehrere Kavallerieſcharmützel mit an. Die Franzoſen hatten die nördliche Seite der Stadt noch nicht ganz verlaſſen und wollten wahrſcheinlich das Vorrücken der deutſchen Reiterei erſchweren. Was wir ſahen, war nichts Entſcheidendes. Die Chargen wurden ſchwadrons- oder diviſionsweiſe gemacht, mit verſchiedenem Erfolge. Gerade in dem Augenblicke, als wir in die Fähre ſtiegen, war ein Trupp bayeriſche Chevauxlegers geworfen worden. Die Leute kamen in großer Unordnung bis an das Mainufer geſprengt und die verfolgenden franzöſiſchen Chaſſeurs kamen ſo nahe, daß wir deutlich ihre Uniformen unterſcheiden konnten.

In Steinheim beeilte ich das Anſpannen des Wagens, und gewitzigt durch die Erfahrung des vorhergehenden Tages, wies ich den Poſtillon an, ſoviel Hafer, als unterzubringen ſei, von dem herrſchaftlichen Speicher mitzunehmen. Vom Schloſſe aus konnte man ſehen, daß während dieſer Stunde alle Franzoſen aus der Umgebung verſchwunden waren. Ich trat alſo den Rückweg an und war um 7 Uhr wieder in Hanau, wo dieſes Mal das Unterbringen der Pferde keine Schwierigkeit fand.

Den Marſchall zu ſehen machte ich natürlich keinen Verſuch. Er hat ſich, ſobald es möglich war, nach Frankfurt transportieren laſſen. Dort habe ich ihn, etwa vier Wochen ſpäter, an ſeinem Bette beſucht. Nach ſeiner Herſtellung erſchien er am hieſigen Hofe. Ich war aber ſo glücklich, Herrn v. H'Ruby, der ſein altes Quartier bezogen hatte, zu finden. Wir verabredeten vorläufig unſeren Vertrag. Nach demſelben ſollte Friede geſchloſſen ſein, der Großherzog der Allianz der Verbündeten beitreten, Seine Streitkräfte mit den ihrigen vereinigen. Dafür ward Ihm die Anerkennung Seiner Würde und die Garantie Seiner Staaten inſoweit zugeſagt, daß, wenn die künftige Geſtaltung Deutſchlands einige Gebietsveränderung nötig machen ſollte, Ihm eine vollſtändige Entſchädigung für die abzutretenden Teile werden ſolle. Dieſer letzten Klauſel hatte ſich bekanntlich auch Bayern in dem Rieder Vertrag unterwerfen müſſen.

Herr v. H'Ruby ſagte mir weiter, er bringe die Nacht in der Stadt zu, werde am folgenden Morgen den General wahrſcheinlich in dem Dorfe Dörnigheim treffen, wo dieſer ſeine ganze Armee konzentrieren wolle, weil es immer noch möglich ſei, daß die franzöſiſche Armee ſich noch einmal aufſtelle. Somit konnte ich mich heute mit größerer Beruhigung hinſichtlich meines Geſchäftes als geſtern zu Bett begeben. Dieſelbe Nacht brachte Napoleon in Frankfurt zu in dem Gartenhauſe des Herrn v. Bethmann vor dem Friedberger Tor.

Schon Wrede hatte längſt vor ſeinem Angriffe auf Hanau eine Diviſion, bei welcher ſich Prinz Karl von Bayern befand, auf das linke Mainufer überſetzen laſſen, welche über Offenbach marſchierte und wahrſcheinlich die Beſtimmung hatte, ſich Frankfurts zu bemächtigen, ſomit dem letzten Teile des franzöſiſchen Heeres den Weg zu verlegen und ihm, Wrede, Zeit zu geben, dieſen Reſt aufzureiben.

Es gelang nicht; die Franzoſen, ſo etwas vorausſehend, hatten den Holzteil der Frankfurter Brücke abgeworfen. Die bayeriſche Diviſion langte in der Nacht in Sachſenhauſen an und begann, da ſie nicht übergehen konnte, die

Stadt zu beſchießen. Dadurch geriet namentlich die Mühle, welche auf der Brücke ſteht, in Brand. Ich hörte nachher, daß Herr v. Bethmann ſich zu dem Kaiſer, dem er ohnehin bekannt war, begeben und ihn beſchworen habe, der Stadt, welche er ja ohnehin nicht zu behaupten beabſichtige, den Jammer eines nutzloſen Bombardements zu erſparen; daß der Kaiſer ihm wirklich Gehör geſchenkt und den Abmarſch der Truppen noch in der Nacht anbefohlen habe; hierauf hätten die Frankfurter den Bayern Kunde hiervon gegeben, und daraufhin ſei das Feuer eingeſtellt worden.

Am folgenden Morgen ſetzte ich mich ſchon früh in Bewegung. Mein Weg führte mich nicht über das Hauptſchlachtfeld des vorgeſtrigen Tages, wohl aber über den Schauplatz des Gefechts geſtrigen Nachmittags. Die Verwüſtung war groß, von Saaten und Gewächſen in den Feldern nichts zu ſehen, alles war in den Boden getreten, zerſchoſſen Alleen und Obſtbäume. Von menſchlichen Leichen ſah ich ſehr wenig, ohne Zweifel waren ſie, und die Verwundeten ohnehin, ſchon weggeſchafft; dies war namentlich an der Brücke und in der Vorſtadt, wo ſehr viele umgekommen ſind, der Fall. Dann lag eine bedeutende Zahl toter Pferde in den Feldern zerſtreut; ſie waren aber alle ſchon ihres Sattelzeuges und der Zäumung entkleidet, wahrſcheinlich durch den Hanauer Pöbel. Dann lagen manche zerbrochene Trainwagen in den Feldern, und hart an der Chauſſee ſah ich eine Kanone liegen, der ein Rad abgeſchoſſen war. Auf der Straße und umher ſah man viele Menſchen, teils Neugierige, die das Schlachtfeld ſehen wollten, teils wohl auch ſolche, die etwas zu erbeuten hofften.

Von einem Seitenwege her ſah man eine ſehr lange Kavallerielinie in die Chauſſee einlenken, es waren zwei Regimenter, die, da ſie nur zwei Mann hoch marſchierten, eine große Strecke ausfüllten. Plötzlich erſcholl unter den umſtehenden Menſchen der Ruf: „Das ſind Koſaken.“ Alsbald hielt der Poſtillon an und ließ mir durch den Bedienten ſagen, daß er nicht weiterfahren könne. Es waren dies die erſten Koſaken, die ſich jemals in dieſen Gegenden gezeigt haben. Sie gehörten natürlich nicht zu der Wredeſchen Armee, vielmehr bildeten ſie die Spitze derjenigen Armee, welche von Leipzig an die franzöſiſche verfolgt hatte, und da ſie an dieſem Fleck zuerſt auf andere verbündete Truppen ſtießen, ſo ſchloſſen ſie ſich an.

Von dem ruſſiſchen Feldzuge her, wo alle Zeitungen voll von den Taten der Koſaken waren, deren Wirkſamkeit ſich jedoch erſt dann geltend gemacht hatte, als die franzöſiſche Armee bereits in der Auflöſung begriffen war, waren in unſere Gegenden ſolche Begriffe von jenen Leuten im Volke verbreitet, daß die Benennungen Koſak und Teufel ganz gleichbedeutend ſchienen. Darauf beruhte die Weigerung des Poſtillons und ſeine Äußerung: wir würden unter die Koſaken kommen. Der Mann wollte ſich und mir eine große Gefahr erſparen.

Ich mußte, da ich natürlich große Eile hatte, ihm peremtoriſch ſagen, daß er zufahren ſolle. Ich bin aber überzeugt, daß derſelbe, als wir an der langen Reihe vorbeigetrabt waren, ſich darüber wunderte, daß ihm der Hals nicht abgeſchnitten war.

Abſchluß des Vertrags und Rückreiſe

In Dörnigheim langte ich gegen 9 Uhr an. General Frenel fand ſich da und H'Ruby bei ihm. Jenen ſah ich zum erſten Male und habe ihm nie wieder begegnet. Er weilte in dem Haus des Schultheißen und nahm in dieſer Bauernwohnung das Staatszimmer im zweiten Stocke ein. Das Haus war rein ausgeplündert, von wem, weiß ich nicht: denn nach dergleichen zu fragen war nicht Zeit. Was ſich von Möbeln noch unzerſchlagen daſelbſt befand, war zur Ausſtattung des Zimmers verwendet. Es beſtand dies aus einer Bettlade, in welcher ſelbſt der Strohſack fehlte, in einem kleinen Tiſchchen und dem einzigen Holzſtuhle, der noch vorhanden war. Um den Gegenſtand zu beſprechen, ſaßen wir, der General, der Geſandte und ich, auf dem ſcharfen Brette, das die Wand der Bettlade bildete, ſo unbequem wie möglich. Das Tiſchchen und der einzige Stuhl ward dem Kanzliſten eingeräumt. Sein portatives Schreibzeug hatte er bei ſich. Ihm ward nun von uns jeder beſprochene Artikel des kurzen Vertrags diktiert, und als dieſes Konzept revidiert war, ihm aufgetragen, zwei Originale abzuſchreiben. Während er hiermit beſchäftigt war, öffnete der General wieder die Türe, die er verſchloſſen hatte. Alsbald verwandelte ſich das kleine Zimmer in einen Taubenſchlag. Offiziere kamen und gingen, der Lärm war groß. Die Reinſchriften des Kanzliſten fielen ſehr mittelmäßig aus, der Mann zitterte unter dieſer Umgebung am ganzen Leibe. Sobald er fertig war, ſchloß der General die Türe, wir bedienten uns abwechſelnd des Stuhles, um zu unterzeichnen, und der General ſtieg unmittelbar darauf zu Pferd. Ich hatte nicht ausſpannen laſſen, folgte ihm daher ſo nahe auf dem Fuße, daß ich ihn lange im Geſicht behielt. So rückte man langſam vorwärts, ſtets inmitten von ganzen Maſſen von Truppen.

Wer aber war froher als ich in dem Augenblicke, wo ich jenes Papier in mein Portefeuille legen und mir ſagen konnte, meinen Auftrag vollzogen zu haben. Die Abenteuer, die ich beſtanden, waren vergeſſen. Ich war damals jung, überdies ſehr abgehärtet, dagegen freute ich mich, ſo manches geſehen zu haben, was viele, die nicht Soldaten ſind, in ihrem Leben nicht zu ſehen bekommen. Der ganze Hergang war übrigens merkwürdig genug! Ich glaube zwar, daß ſchon manche Kapitulation im Felde unter ähnlichen oder noch ſchlimmeren Verhältniſſen abgeſchloſſen worden ſein mag, aber daß ein wirklicher Staatsvertrag, der über die Stellung eines Fürſtenhauſes und eines ganzen Landes entſcheiden ſoll, unter ſolchen Umſtänden zuſtande komme, das gehört gewiß zu den allerſeltenſten Fällen.

Noch eine andere Merkwürdigkeit tritt hier hervor. Bei allen Staatsverträgen in der Welt wird damit begonnen, Vollmachten zu prüfen und auszutauſchen, ich aber hatte die meinige ins Feuer geworfen. Welches Glück war es nicht, daß der Geſandte ſie ſchon einmal in Händen gehabt und geleſen hatte, und daß ich den General auf Ehre verſichern konnte, daß ſein Vorgänger im Kommando ſie auch geleſen und gebilligt habe. Beide waren vernünftig genug, den abnormen Umſtänden Rechnung zu tragen und über dieſe Anomalie hinauszuſehen.

In Frankfurt traf ich gegen 2 Uhr gleichzeitig mit General Frenel ein. Die Pferde wurden im Großherzoglichen Palais eingeſtellt, ich begab mich ſehr hungrig in den „Weidenbuſch", da fand ich im großen Saale wenigſtens 200 Offiziere aller Grade am Tiſch. Mit Mühe verſchaffte ich mir ein Kuvert, dabei blieb es aber auch: denn außer einem Teller mit Linſenſuppe und einem Stückchen Wurſt gelangte ich zu nichts. Was auf den Tiſch kam, ward von jenen ganz ausgehungerten Menſchen verſchlungen.

Sobald die Pferde gefüttert waren, fuhr ich weiter. Noch dampfte der Schutt der Brückenmühle gewaltig. In Neu-Iſenburg ſtieß ich auf einen Gendarmerieoffizier, der mit 15 oder 16 ſeiner Leute da aufgeſtellt war, und machte ihn zu ſeinem Benehmen damit bekannt, daß der Friede mit den Alliierten geſchloſſen ſei. Als ich in die Mitte der Baierseich kam, ſprengte ein Chevauxlegeroffizier, den ich für den Rittmeiſter v. Boyneburg nahm, in Karriere an meinem Wagen vorüber. Ich rief ihm zu, er aber hörte oder wollte nicht hören. Ich ward jedoch ſogleich aufgeklärt dadurch, daß hinter ihm her drei Koſaken, gleichfalls in Karriere, an mir vorbei kamen. Am Ende des Waldes gaben ſie die Verfolgung auf, meinen Wagen ließen ſie ungeſtört. Jener Offizier war in Leipzig nicht gefangen worden, er hatte von da bis Frankfurt den Rückzug der franzöſiſchen Armee mitgemacht, ſich aber am letzten Orte 24 Stunden lang im Darmſtädter Hof verſteckt, und wollte jetzt, nachdem die Franzoſen abgezogen, nach Haus reiten, wobei er auf die Koſakenpatrouille ſtieß, die ihn auffangen wollte.

Um nicht mitten in der Nacht in Mannheim anzukommen, hielt ich mich einige Stunden in Darmſtadt auf, was ohnehin nötig war, um die Behörden von dem abgeſchloſſenen Frieden in Kenntnis zu ſetzen, damit ſie ihr Benehmen danach einrichten könnten. Ich erregte große Freude, denn die Bevölkerung war unendlich beſorgt um die Dinge, die kommen konnten. Wirklich traf ſchon am folgenden Tage der General Orloff (jüngerer Bruder des wohlbekannten Generaladjutanten) mit 1500 Mann Reitern, meiſt Koſaken, hier ein. Es war eine Rekognoſzierung, nach zwei Stunden zog er wieder ab, ohne daß irgendetwas Unregelmäßiges vorgekommen wäre. Am Abend ſetzte ich meinen Weg fort und fuhr die Nacht durch. In Mannheim traf ich zwiſchen 6 und 7 Uhr des Morgens ein. Alles ſchlief noch, nur der Herr war ſchon aufgeſtanden, und durch mein Anfahren vor dem Hauſe benachrichtigt, ließen mich Seine Königliche Hoheit in der Kleidung, in der ich gereiſt war, vor Sich kommen. Sehr ausführlich mußte ich meine Erlebniſſe erzählen, und das Reſultat der Reiſe befriedigte Sie, ſo daß Sie den Entſchluß zu erkennen gaben, am folgenden Tage in Ihre Reſidenz zurückkehren zu wollen.

Nachdem alles aufgeſtanden war und gefrühſtückt hatte, begannen neue Beratungen. In dem Charakter und der Denkweiſe des Herrn lag es nicht, Sich verſtohlenerweiſe oder insgeheim von Seinen bisherigen Alliierten zu trennen.

Der Großherzog erklärte alſo, daß Er nur[1] an den Kaiſer ſchreiben, ihm den Übergang zu den Verbündeten anzeigen und die Gründe, die Ihn hierzu vermocht hätten, auseinanderſetzen, ihm aber auch zugleich verſichern wolle, daß Seine bisherigen Geſinnungen gegen die Perſon des Kaiſers unverändert dieſelben bleiben würden.

Dieſem Vorhaben widerſetzte ſich Herr v. Lichtenberg ſtandhaft, und ich ſage das nicht, um ihn anzuklagen, denn er hatte ganz vernünftige Gründe. Er ſtellte vor, daß wenn ein ſolcher Schritt, den er ohnehin für ganz unnötig hielt, jemals bekannt werde, der Großherzog, der ſich eben den Alliierten anſchlöſſe, in ihren Augen kompromittiert ſei und die Folgen davon ſchwer empfinden werde. Daß aber ein Bekanntwerden des Schritts im Reiche des Möglichen liege, das konnte niemand, der franzöſiſche Prozeduren kennt, in Abrede ſtellen. Man durfte befürchten, daß das Schreiben, obgleich ein vertrauliches, nach wenig Wochen im „Moniteur" abgedruckt zu leſen ſein würde. Der Großherzog indeſſen beharrte darauf, daß Er auf andere Weiſe Sich von Napoleon nicht trennen könne. Allein Herr v. Lichtenberg weigerte ſich, ein ſolches Schreiben zu entwerfen; ich ſagte hierauf Seiner Königlichen Hoheit, daß wenn Sie mir eine Stunde Zeit gewähren wollten, ich den Verſuch zu einem ſolchen Entwurfe machen würde, und begab mich in mein Zimmer. Wirklich brachte ich ein Konzept zuſtande, das ſo ſehr die Billigung des Herrn erhielt, daß Seine Königliche Hoheit befahlen, es ſolle ſogleich ausgefertigt werden. Glücklicherweiſe iſt dieſes auch ohne nachteilige Folgen geblieben.

Ein großer Teil des Tages war darüber hingegangen. Ein Adjutant, ich glaube, daß es Herr von Ammerongen, der jetzige General, war, ward mit dem Schreiben auf dem linken Rheinufer nach Mainz abgeordnet, nicht in Miſſion, ſondern nur als Kurier, der nur für die richtige Abgabe zu ſorgen hatte.

Rückkehr von Mannheim

Am folgenden Morgen frühe ließ Herr v. Vendeuil melden, daß er in der Nacht mit einem Auftrage des Kaiſers eingetroffen ſei und daher eine baldige Audienz erbitte. Ich will gleich bemerken, daß dieſe Sendung nicht eine Folge des Großherzoglichen Schreibens, mit welchem ſie ſich vielmehr kreuzte, ſondern eine ganz ſelbſtändige war, welche der Kaiſer, nachdem er in Mainz den Aufenthalt des Hofes durch Vendeuil erfahren hatte, anordnete.

Seine Königliche Hoheit kleideten ſich daher früher als gewöhnlich an, die Frau Großherzogin blieben im Negligé. Die bei Audienzen gewöhnlichen Formen hielt man, der Umſtände und der frühen Stunden wegen (es war 9 Uhr), nicht für paſſend, und die Frau Großherzogin wollte unter dem Vorwande, einen alten Bekannten zu begrüßen, gegenwärtig bleiben, um in Ihrer Eigenſchaft als Dame Einfluß auf eine Unterredung zu gewinnen, die in der damaligen Lage der Sache eine ſehr ſtürmiſche werden konnte. Noch ſehe ich dieſe Fürſtin auf einem Sofa ſitzen, wo Sie, vor der Ankunft des Geſandten, zu uns ſagte: „Vous verrez que l'Empereur fera dire au Grand Duc que sous les circonstances actuelles il lui conseille de s'arranger avec les alliés, mais qu'il n'en compte pas moins sur son amitié pour l'avenir.“ Ich antwortete auf der Stelle: „Son caractère au contraire n'est pas capable d'une telle équité ou générosité et je prie Votre Altesse royale de se préparer à voir le contraire.“ Darin täuſchte ich mich nicht.

---

[1] So!

Die Herrſchaften empfingen Vendeuil in einem Kabinette, die Tür des Nebenzimmers aber war geöffnet, und in dieſem befanden ſich Lichtenberg, Falk und ich. Ich war dem Geſandten entgegengegangen, um ihn einzuführen. Er ſagte dem Herrn: der Kaiſer ſende ihn, um Seiner Königlichen Hoheit die Befriedigung auszudrücken, die Er darüber empfinde, daß Sie ſich den Händen der Verbündeten entzogen und Ihre Staaten verlaſſen hätten. Er erblicke darin einen neuen Beweis der Anhänglichkeit des Großherzogs, auf welche Er großen Wert lege. Seine Majeſtät hätten ihn (Vendeuil) beauftragt, Seine Königliche Hoheit einzuladen, Sich nunmehr ohne den mindeſten Verzug nach Frankreich zu begeben, um dort ganz nach Ihrem Gutfinden einen Aufenthaltsort zu wählen. Hinſichtlich Ihres und Ihres Hofes Unterhalts möchten Sie ganz unbeſorgt ſein. Der Kaiſer mache ſich verbindlich, auf das reichlichſte dafür zu ſorgen. Ebenſowenig möchten Sie fürchten, Ihre Staaten einzubüßen, der Kaiſer werde ſchon im nächſten Frühjahr mit noch größerer Macht in Deutſchland erſcheinen, es würde nicht bloß das Großherzogtum wieder erobert werden, ſondern auch in Anerkenntnis der bewieſenen Ergebenheit ſehr bedeutend vergrößert werden.[1]

Der Großherzog erwiderte, wie Er in dem gemachten Anerbieten die Sorgfalt des Kaiſers dankbar anerkenne, daß es aber nicht allein auf Seine Perſon ankomme, ſondern daß Er vor allem Sein Land zu berückſichtigen habe, welches Er durch ein Überſiedeln nach Frankreich der ganzen Rache der Verbündeten ausſetzen würde.

„Wenn das die Meinung Eurer Königlichen Hoheit iſt,“ ſagte der Geſandte, „ſo bin ich von dem Kaiſer beauftragt, Sie einzuladen, Sich auf neutralen Boden in die Schweiz zu begeben, und bin erbötig, in Seinem Namen auf das feierlichſte die Verbindlichkeit zu übernehmen, auch dort für den Unterhalt des Hofes reichlich zu ſorgen.“

„Auch das vermag Ich nicht,“ antworteten Seine Königliche Hoheit. „Ich bin vor allem Mich Meinem Lande ſchuldig, Ich trenne Mich von demſelben nicht und will vielmehr in Meine Reſidenz zurückkehren. Auch der Kaiſer würde ſich von Frankreich nicht trennen wollen, wird alſo Meine Denkungsart nicht mißbilligen. Auf Meine perſönlichen Geſinnungen gegen Ihn hat das gar keinen Einfluß. Dies bitte Ich Ihm ſagen zu wollen.“ Dies letzte beſtätigten die Frau Großherzogin ſehr lebhaft.

---

[1] Ich habe früher ſchon angeführt, wie Fürſt Primas und Iſenburg es büßten, ſolchen Lockungen Gehör geſchenkt zu haben.

„Dann muß ich glauben," ſagte der Geſandte, „daß ſchon eine Annäherung an den Feind ſtattgefunden habe." — „So iſt es auch," erwiderte der Großherzog. Bei dieſen Worten brach Vendeuil in ungemeſſenen Zorn aus.[1]) Der Großherzog fuhr fort: Er habe in dieſer Beziehung getan, was die Pflichten, die Er für Sein Land habe, Ihm auferlegten, habe aber auch nicht geſäumt, Seine Handlungsweiſe dem Kaiſer in einem Schreiben darzulegen, welches ſich jetzt ſchon in den Händen Seiner Majeſtät befinden werde.

Noch verſuchte der Geſandte zu remonſtrieren. Er ſagte, bis dahin habe der Großherzog vielleicht den Kaiſer für überwunden gehalten und danach Seine Maßregeln getroffen. Jetzt aber wiſſe Er, daß der Kaiſer ſelbſt ſich nichts weniger als für geſchlagen halte, daß er zurückkehren und bewieſene Treue auf das glänzendſte lohnen werde. Das verändere die Sache. Noch ſei es Zeit, zurückzutreten, ein Schritt über die Brücke führe auf franzöſiſchen Boden und befreie aus den Händen der Alliierten.

Der Großherzog erwiderte: die Sache hänge gar nicht mehr von Ihm ab. Erſt geſtern habe Er einen Vertrag mit den Alliierten genehmigt, Er könne alſo nicht heute Sein Wort brechen. Er ſei aber auch überzeugt, daß der Kaiſer ſelbſt, bei ruhiger Erwägung der Lage, Seine Handlungsweiſe nicht mißbilligen werde.

„Nun denn," ſagte Vendeuil, „in dieſem Falle bin ich genötigt, Eurer Königlichen Hoheit auch den dritten Auftrag auszurichten, den der Kaiſer mir erteilt hat. Er läßt Ihnen ſagen, daß Er, wie ſchon geſagt, nach wenig Monaten nach Deutſchland zurückkehre, daß Er Ihr Land ſo verwüſten werde, daß kein Stein auf dem anderen bleiben, daß Er gegen Sie und die Ihrigen alles tun werde, was die Entrüſtung über Verrat und gebrochene Treue Ihm eingibt."

Je heftiger und ausgelaſſener der Mann ward, deſto mehr männliche Faſſung und Ruhe gewann der Großherzog. Nie iſt mir Ludewig I. größer und würdevoller erſchienen als in dieſem Augenblicke. Es handelte ſich, das läßt ſich nicht leugnen, um Sein oder Nichtſein. Denn wer hätte damals mit Gewißheit den Ausgang der großen Kriſis vorherſagen können. Aber Ludewig ließ ſich nicht einſchüchtern. Er erwiderte: „Wenn der Kaiſer es mit Seinem Gewiſſen vereinigen kann, ſo zu handeln, wie Sie ſagen, ſo werde Ich mit Meinen Untertanen zugleich untergehen. Ich mit ihnen, ſie gewiß nicht ohne Mich. Wie es kommen ſoll, überlaſſe ich der Vorſehung Gottes."

So endigte, barſch und kurz abgebrochen, dieſe merkwürdige Audienz. Empört über das, was ich mitangehört, unterließ ich die gewöhnliche Höflichkeit, den Geſandten, den ich eingeführt hatte, einige Schritte zurück zu begleiten. Er ging allein die Treppe hinab. Auf der Hausflur ſtieß er auf den Wirt, der von dem, was vorgegangen, nichts wiſſen konnte, und ihn, nach gewohnter Wirtsmanier, an den Wagen begleitete. Dieſer Mann kam aber gleich darauf wieder herauf und erzählte uns anderen: Vendeuil habe ſchon mit beiden Füßen auf den Tritten ſeines Wagens geſtanden, als er ſich beſonnen, den einen Fuß wieder auf das Pflaſter geſetzt und ſich umgedreht habe, um mit geballter Fauſt nach dem Fenſter des Großherzogs hinauf zu rufen: „Tu me le payeras, mon prince!“

---

[1]) Dieſe Leidenſchaftlichkeit konnte auf ſeinen Anſichten und Geſinnungen beruhen, ich möchte aber glauben, daß ſie noch einen anderen Grund hatte, den nämlich, daß der Kaiſer ihn nach ſeiner gewöhnlichen Manier für den Erfolg der Sendung verantwortlich gemacht haben mag.

Dieſe Zahlung iſt ausgeblieben; daß es aber an dem guten Willen dazu nicht gefehlt habe, beweiſt jenes Wort.

Durch dieſes erſchütternde Intermezzo ward die Abreiſe des Hofes etwas verzögert. Sie fand aber am folgenden Tage ſtatt, und es wurden die Herrſchaften in Darmſtadt als eine Bürgſchaft der Ruhe und Sicherheit mit großer Freude empfangen. Damit endigten für den Augenblick auch meine Kreuz- und Querfahrten.

*

Da ich nun bisher den Gang der Operationen der kombinierten Wredeſchen Armee von Würzburg bis Frankfurt ſkizziert habe, ſo will ich nun noch einige Worte über das Ende des Feldzugs beifügen. Das letzte Gefecht auf damals deutſchem Boden hat nicht die genannte Armee beſtanden. Es waren in den nächſten Tagen die verbündeten Monarchen, wenigſtens einer oder der andere derſelben, in Frankfurt eingetroffen, und vorher die öſterreichiſche Armee mit ruſſiſchen leichten Truppen, welche allein, von Leipzig aus, die franzöſiſche Armee unmittelbar und auf derſelben Straße verfolgt hatte. Die Franzoſen hielten noch die Höhen von Hochheim beſetzt und hatten ſich dort verſchanzt. Der Auftrag, ſie von dort zu vertreiben und ſie nach Kaſtel zurückzuwerfen, ward dem Prinzen Philipp von Homburg und ſeiner Diviſion zuteil. Er griff ſie dort an, nahm die Verſchanzungen, die hauptſächlich die Kirche umgaben, mit Sturm und ſäuberte damit den deutſchen Boden bis auf Kaſtel.

Frankfurt ward damals ſehr belebt, ſo viele vornehme und ausgezeichnete Gäſte zu feiern, beſtrebte ſich Jeder. Auch an dem Tage jenes Gefechtes war eine große Soiree angeſetzt und jener Prinz dazu geladen. Nach Beendigung jener Affäre war er nach Frankfurt zurückgefahren und erſchien in der Geſellſchaft, das Ergebnis des Tages zu erzählen. Auf dieſe Kunde hin wußten ſich die Damen in der Geſchwindigkeit ſo viele Lorbeerzweige zu verſchaffen, daß jede ihm einen ſolchen überreichen konnte.

Die Ideenverbindung läßt mich hier noch etwas anderes erzählen. Demſelben Prinzen iſt bei Leipzig etwas ganz Ähnliches widerfahren, wie Wrede bei Hanau. Nach der Niederlage, als die franzöſiſche Armee von drei Seiten in der Stadt eingeſchloſſen war, hatte der Prinz den Auftrag erhalten, ſich mit ſeiner Diviſion vor einem der weſtlichen Tore Leipzigs aufzuſtellen, um den Ausgang zu hindern. Gerade dieſes Tor hatte der Kaiſer zum Ausgangspunkt der Hauptarmee gewählt und dasſelbe Manöver angeordnet, das ſich bei Hanau wiederholt hat.

Es brach eine dichtgedrängte Kolonne aus, die, ohne zu feuern und ganz unbekümmert darum, wieviele der Ihrigen durch das feindliche Feuer auf dem Platze liegen bleiben würden, immer geradeaus marſchierte. Ich habe die Erzählung aus dem Munde des Prinzen ſelbſt. Folgendes ſind ſeine Worte: „Es war vergebliches Streben, dem Strom einen Damm ſetzen zu wollen, meine Diviſion ward weggedrückt. Es war nicht anders, als würden wir mit dem Beſen von der Straße weggekehrt.“

Das iſt auch dasſelbe Manöver, das man vom General Mack bei Ulm verlangte und deſſen Unterlaſſung ihm die Kaſſation gebracht hat.

Sendung in das Hauptquartier der Monarchen

Der Vertrag von Dörnigheim, und was damit zuſammenhängt, beförderte mich vom Oberſchenken zum Hofmarſchall und verſchaffte mir als Geheimem Referendär eine Stelle im Miniſterio, beides ohne mein Zutun ganz aus freiem Antriebe Seiner Königlichen Hoheit, die mir damit einen Beweis Ihrer Zufriedenheit geben wollten. Bevor ich ſpäter der Finanzſektion des noch ungetrennten Miniſteriums zugeteilt ward, ſo erhielt ich doch anfangs eine andere Beſtimmung, nämlich das Referat über die Kriegskoſten, d. h. die Verpflegung der fremden Truppen, die Bildung der Magazine uſw., ein nichts weniger als anziehendes Geſchäft.

Bevor ich aber in dieſen Wirkungskreis eintreten konnte, ward ich abermals für ungefähr zwei Monate von hier entfernt. In Frankfurt befanden ſich die Monarchen von Öſterreich, Rußland und Preußen. Dorthin ward ich geſendet, um in allen Beziehungen das Intereſſe des Landes zu wahren. Ich bewohnte im Großherzoglichen Palais die unteren Zimmer rechts vom Eingange. Das übrige Gebäude war Seiner Majeſtät dem Könige von Preußen angeboten worden, konnte aber nicht deſſen ganzes Gefolge faſſen, namentlich wohnte der Kronprinz (der jetzige König) nicht da.

Alle dieſe Monarchen hatten auch ihre Miniſter bei ſich, man ſtudierte noch daran, wie man die Rheinbundfürſten für ihr bisheriges Benehmen auf halbanſtändige Weiſe wolle büßen laſſen. Man verfiel darauf, ſie Obligationen über bedeutende Summen, als Beitrag zu den Kriegsoperationen, ausſtellen zu laſſen und mit dieſem Papier die Verpflegung der Truppen zu bezahlen. Die Sache iſt in dieſer Form nicht zur Ausführung gekommen, hat aber doch viel Hin- und Herreden verurſacht und dahin geführt, daß wir für unſere Leiſtungen faſt nichts erhielten, wie wir auch von Frankreich nichts erhalten hatten.

Meine Geſchäfte führten mich zu dem Fürſten Schwarzenberg,[1] dem Kommandierenden aller Heere. Dieſer verwies mich nach einer allgemeinen Unterredung an Radetzky, der damals Chef ſeines Generalſtabs war. Ich kam in Verhandlung mit dem Fürſten Metternich, den ich da zum erſten Male ſah. Ferner mit dem Miniſter Stein, der voll Gift gegen alles, was dem Rheinbund angehörte, war. Ohne die Verdienſte zu mißkennen, die er ſich um Preußen und zum Teile Europa erworben hat, muß ich doch bekennen, daß ſeine Perſönlichkeit mich mehr abſtieß als anzog. Er bot das Schauſpiel dar, das man unter polniſchen und ungariſchen Magnaten geſehen hat, er war ein eingefleiſchter Ariſtokrat und der enthuſiaſtiſchſte Reichsritter, dabei ein Revolutionär.

---

[1] Später habe ich den Fürſten in Karlsbad wieder geſehen, er war aber, von einem Schlaganfall erſtanden, nicht mehr derſelbe Mann.

Ferner bekam ich zu tun mit den preußiſchen Geſchäftsmännern Wilhelm v. Humboldt, den ich ſchon in Rom geſehen hatte, und Staatsrat Ancillon, dem nachherigen Miniſter. Eine große Rolle ſpielte Herr v. Anſtett, Kabinettsſekretär des Kaiſers Alexander, mehr als Intrigant, denn vermöge ſeines Amtes.[1]

Aber noch einen muß ich nennen, den Lord Aberdeen, der ſpäter zweimal Miniſter des Auswärtigen war und heute, 1853, an der Spitze des britiſchen Miniſteriums ſteht. Er war damals Geſandter in dem großen Hauptquartier, und was mich zu ihm führte, war der Auftrag, engliſche Subſidien für den bevorſtehenden Feldzug in Frankreich zu erhalten. Er ſchlug mir dieſes Anſinnen nicht gerade ab, entſchuldigte ſich aber damit, daß er keinerlei Aufträge oder Vollmachten in dieſer Beziehung habe. Täuſcht mich mein Gedächtnis nicht, ſo iſt, jedoch weit ſpäter, eine Subvention erlangt worden durch ein Arrangement, das der Generalleutnant v. Schäffer (der Vater) traf, der zu dieſem Ende nach Brüſſel geſendet ward.

Als ich bei dem Lord, der ſich allein in ſeinem Zimmer befand, eingeführt ward, war ich ganz verdutzt, und ehe ich redete, fragte ich ihn, ob ich die Ehre hätte Lord Aberdeen zu ſehen, was er bejahte; und warum? Weil ich einen zwar bildſchönen, aber ſo blutjungen Mann vor mir ſah, daß ich es mir nicht als möglich dachte, daß das der Stellvertreter Großbritanniens in ſo ernſten und wichtigen Geſchäften ſein könne. Ich erwartete gar nichts anderes, als daß er mir ſagen würde, der Lord ſei verhindert, mich zu empfangen, und habe ihn, einen Attaché der Geſandtſchaft, damit beauftragt. Das kann ich verſichern, daß ich auf deutſchen Univerſitäten hundert und hundert Studenten geſehen habe, die älter ſchienen und auch waren als dieſer Mann. Es bleibt eine eigentümliche Erſcheinung. Die engliſche Ariſtokratie hält ſich für hohe Staatsämter geboren, ſie erachtet ſich von Rechts wegen dazu berufen, ſie einzunehmen, ſobald die Kinderſchuhe ausgetreten ſind, und ſie erhält ſolche Ämter durch Familienverbindung und Gunſt. Es iſt mir in der Folge noch ein anderes ſo jugendliches Exemplar „Seymour“ vorgekommen.

---

[1] Die Fata dieſes Mannes ſind wunderbar. Er war Elſäſſer von Geburt, ziemlich niederer Herkunft, Unteroffizier oder Kadett, beim Ausbruch der Revolution emigrierte er. Durch den famoſen Grafen von Naſſau kam er in ruſſiſche Dienſte, machte die Seeſchlacht im Schwarzen Meere mit, in welcher die türkiſche Flotte vernichtet ward, und wurde dabei verwundet. Wie er ſich von da, wo er Leutnant war, in das Kabinett des Kaiſers geſchlichen, weiß ich nicht. Er war ein geſcheiter und ſehr talentvoller Mann, ſchrieb ſehr gut und gewann ſo großen Einfluß auf den Geiſt ſeines Herrn, daß man ihm wohl zu jenem Geſandtſchaftspoſten verhalf, um ihn von der Allerhöchſten Perſon zu entfernen. Wunderbarerweiſe war dieſer geiſtreiche Mann einer der größten Gourmands, die man ſehen kann. Seine Gedanken waren mindeſtens der Küche ebenſo wie der Politik zugewendet. Er ſpeiſte regelmäßig einmal in der Woche bei Herrn v. Rothſchild, der ſich doch nicht wenig auf ſeine Diners zugute tat; aber Anſtett nahm die Einladung nur unter der Bedingung an, daß ſein Koch in Rothſchilds Hauſe kochen werde, damit das Eſſen erträglicher würde. Einſt erhielt Rothſchild bei Gelegenheit einer Kurierreiſe einige Schildkröten und verehrte die eine Herrn v. Anſtett. Sie ward zu einer Suppe verwendet. Als aber Herr v. Anſtett an einem der folgenden Tage bei Rothſchild eine ebenfalls von ſeinem Koche präparierte Schildkrötenſuppe aß, fand er dieſe bei weitem beſſer, nahm den Koch vor und ſchmähte ihn ſeiner Nachläſſigkeit wegen. „Es iſt nicht meine Schuld," ſagte der Mann, „Ihnen hat Herr v. Rothſchild eine krepierte Schildkröte geſchenkt und die lebende für ſich behalten, daher kommt der Unterſchied." Hierüber geriet Anſtett in ſolchen Zorn, daß er alle Verbindung mit dem anderen abbrach und dieſer über ein Jahr lang ſollizitieren mußte, ehe er ihn wieder an ſeinem Tiſch ſah.

Wahr iſt es, daß dieſe Leute eine ſehr gründliche Schulbildung erhalten und ſchon im väterlichen Hauſe mit den Traditionen engliſcher Politik vertraut gemacht werden; auch zeigt die Geſchichte, daß dabei die Dinge vorwärts gehen. Ob ſie aber in anderen Händen nicht noch beſſer gehen würden, das läßt ſich doch wohl fragen. Der berühmte Lord Londonderry, Miniſter des Äußern in jener Epoche, der Mann, der England auf allen europäiſchen Kongreſſen vertreten hat, der beide Pariſer Frieden unterhandelte und überall vermöge der Stellung, die ſein Monarch durch den Krieg erworben hatte, die entſcheidende Stimme führte, hat oft in den Konferenzen auffallende Unwiſſenheit gezeigt. Ohnerachtet ſein König Kurfürſt von Hannover war, bewährte ſich ſeine Unkenntnis deutſcher Verhältniſſe und Geographie auf ſo auffallende Weiſe, daß ſie ſeinen Kollegen Lächeln abnötigte. Er verwechſelte oft ganze Fürſtenhäuſer und ganze Länder miteinander. (Schluß folgt)

Die Kaiſer Franz Joſeph I. und Wilhelm II.

Perſönliche Erinnerungen

von

Feldmarſchalleutnant a. D. Albert Freiherr v. Margutti

An einem nebelgrauen Frühmorgen des Oktobers 1888 beugte ich mich neugierig aus einem Fenſter des oberſten Stockwerkes der im ungemein belebten Wiener Bezirke Mariahilf gelegenen Stiftskaſerne; in dieſer befand ſich damals die Techniſche Militärakademie, deren Zögling der Genie-Abteilung ich zurzeit war. Sinnend ſah ich auf die Gaſſe hinab, welche ein vom alltäglichen geſchäftigen Arbeitsverkehre gänzlich verſchiedenes Bild bot. Ungezählte vornehme Wagen fuhren hin und her, eine feſtlich gekleidete Menſchenmenge bewegte ſich auf und nieder, darunter Offiziere und Mannſchaften im Paradeanzuge, die Häuſer trugen farbenreiche Beflaggung, mehrere Balkone waren mit Blumen und Teppichen prächtig geſchmückt; alles wies auf einen außergewöhnlich feſtlichen Anlaß hin.

Derſelbe blieb mir nicht fremd: Wilhelm II., ſeit vier Monaten Deutſcher Kaiſer, ſtattete dem Kaiſer Franz Joſeph, ſeinem Bundesgenoſſen, den erſten Beſuch in Wien ab.

Wenn es mir nur möglich geweſen wäre, Wilhelm II. zu ſehen!

Leider ein unerfüllbarer Wunſch, denn der Akademie ſtrenge Hausregeln verwehrten mir an Wochentagen das Verlaſſen des Anſtaltsgebäudes. Als ich mich am nächſten Sonntag nachmittags in die innere Stadt begab, war jedoch der Deutſche Kaiſer bereits weggereiſt und Wien zeigte nüchtern das gewöhnliche Ausſehen.

In mir aber blieb die lebhafte Sehnſucht wach, einmal Wilhelm II. zu begegnen, ihn zu ſprechen, daraus unmittelbare und daher zutreffende Eindrücke von ihm zu empfangen.

Dieſe ſtille Hoffnung begleitete mich viele, viele Jahre. Sie ſchien aber — wie alles, wonach man im menſchlichen Leben trachtet — gar nie erfüllt werden zu wollen, denn meine militäriſche Laufbahn führte mich, wenigſtens in ihren Anfängen, nur an des einſtigen Öſterreich-Ungarns Peripherie, vom Weſten zum Oſten, vom äußerſten Süden zum entlegenſten Norden. Während dieſer langen Zeit hörte und las ich jedoch manches über Wilhelm II., vernahm von ſeinen ungewöhnlichen Fähigkeiten, ſeinen mehrſeitig ausgebreiteten Kenntniſſen und ſeiner mit verehrungsvoller Anhänglichkeit gepaarten treuen Zuneigung für den Kaiſer Franz Joſeph.

Als Hauptmann des Generalſtabes erlangte ich endlich im Operationsbureau Verwendung in Wien; hier verfaßte ich bald ein beſcheidenes Buch über die ſtrategiſche Rückwirkung der Meeresbeherrſchung auf die Landoperationen, deſſen Veröffentlichung mir Gelegenheit bieten ſollte, Kaiſer Wilhelm II. kennen zu lernen. Sein wachſames Auge blieb nämlich auch auf meiner anſpruchsloſen Schrift haften; dem folgte gleich eine Einladung nach Kiel, dem Mittelpunkt der deutſchen Kriegsmacht zur See.

Überglücklich kam ich der mich außerordentlich auszeichnenden Aufforderung nach. Bei der Vereidigung der Marinerekruten in der großen Exerzierhalle der Kieler Werfte erſtattete ich am 24. November 1900 dem Deutſchen Kaiſer meine Vorſtellungsmeldung. Mit auffallendem Ernſte mich von Kopf zu Füßen muſternd, nahm Wilhelm II. dieſelbe entgegen, dann reichte er mir aber lächelnd die Hand und ſagte leutſelig: „Willkommen! Und vor allem, wie geht es dem Kaiſer? Iſt er immer wohlauf und guter Dinge? Haben Sie ihn vor Ihrer Abreiſe geſehen?“

Erſteres bejahte ich; letzteres mußte ich leider verneinen. Zwei Monate waren bereits vergangen, ſeitdem ich den Kaiſer Franz Joſeph bei den großen galiziſchen Manövern in Jaslo geſehen und kurz darauf, anläßlich meiner Zuteilung zu der ihm des Königs Viktor Emanuel III. Thronbeſteigung notifizierenden italieniſchen Militärmiſſion, in Schönbrunn auch geſprochen hatte. Vor meiner Wegfahrt nach Kiel wurde mir keine Audienz gewährt, da der Monarch damals von Wien abweſend war und ſich auf ſeinem ungariſchen Schloſſe Gödöllö aufhielt.

Nach einigen weiteren huldreichen Worten an mich widmete ſich Wilhelm II. ausſchließlich der Eidesleiſtungszeremonie. Dieſe gipfelte in einer ſchwungvollen Anſprache, welche der Kaiſer, von einer erhöhten Eſtrade aus, an die jungen Seeleute richtete. Mit Stolz und Befriedigung wies er dabei in vielſagenden Wendungen auf die letzten Leiſtungen der deutſchen Marine in China hin und ließ ſeine Rede ausklingen mit dem beim erbitterten Kampfe um die Takuforts engliſcherſeits gegebenen und geſchichtlich gewordenen entſcheidenden Befehle: „Germans to the front!"

Ich hatte alſo endlich Wilhelm II. geſehen und geſprochen! Das Bild, das ich im Geiſte mir von ihm gemacht, ſchien durch die Wirklichkeit noch bei weitem übertroffen.

„Das iſt ein ganzer, ein großer Mann," dachte ich nun, von ihm ſofort begeiſtert, „ein gewaltiger Herrſcher, von dem ſein Volk Vieles und Bedeutendes erwarten darf!"

In Kaiſer Wilhelms Nähe ſaß ich bei dem am gleichen Tage im Kieler Offiziersſpeiſehauſe ſtattgehabten Feſteſſen; hier hielt der Kaiſer einen inhaltsreichen Trinkſpruch, ebenfalls auf die Ereigniſſe im fernen Oſten anſpielend. — Nach der Tafel verabſchiedete er mich mit kräftigem Händedrucke und dem Auftrage: „Viele herzliche Grüße von mir dem Kaiſer, ſobald Sie von ihm empfangen werden, und meine beſten Wünſche für ſein ſtetes Wohlergehen! Melden Sie ihm, daß ich mich auf ein baldiges Wiederſehen ungemein freue! Es war zu lieb vom Kaiſer, im Mai nach Berlin zu kommen;[1]) ich werde es ihm nie vergeſſen!"

Von Kiel kehrte ich über Berlin, wo ich einige Wochen weilte, nach Wien zurück und trat gleich meinen neuen Dienſt in des Kaiſers Generaladjutantur an, der ich — was ich niemals vorausgeſehen hätte — volle ſiebzehn Jahre angehören ſollte.

Wenige Tage nachher wurde ich zur Audienz beim Kaiſer Franz Joſeph — es war dies meine erſte — befohlen, dem ich dabei über meinen Aufenthalt in Deutſchland Bericht erſtattete. Aufmerkſam hörte mich der bejahrte Herrſcher an; er ſtellte keine Zwiſchenfragen und nahm die mir vom Deutſchen Kaiſer überantwortete Botſchaft lediglich mit einem förmlichen Danke entgegen, ohne auf dieſelbe irgendwie näher einzugehen. Aufrichtig geſtanden, gewann ich kaum den Eindruck, daß meine Schilderungen überhaupt des Herrſchers beſonderes Intereſſe erweckten.

Als ich damit zu Ende war, ſagte der Kaiſer, anſcheinend ſo nebenbei und auf den Boden ſchauend: „Alſo in Kiel hat der Deutſche Kaiſer, wie Sie mir ſoeben meldeten, zwei Reden gehalten; was war deren Inhalt?“ — Ich legte denſelben mit einigen Worten dar; jene an die Rekruten befaßte ſich vornehmlich mit dem Fahneneide, der Trinkſpruch im Offiziersſpeiſehauſe betonte hingegen in längerer Ausführung den Umſtand, daß durch den im Zuge befindlichen rapiden Ausbau der deutſchen Kriegsmarine die Seeoffiziere ungeahnt raſch in höhere Chargen und verantwortungsreiche Stellungen vorrücken würden, für welche ſie ſich aber auch aus eigenem Antriebe in eifrigem Selbſtſtudium vorzubereiten verpflichtet wären.

---

[1]) Zu der feierlichen Volljährigkeitserklärung des Deutſchen Kronprinzen.

„Demnach,“ unterbrach mich Kaiſer Franz Joſeph, „hatten die Anſprachen keinerlei politiſchen Hintergrund, enthielten auch nicht bezügliche Anſpielungen?“ — Uneingeſchränkt konnte ich das verneinen; aus der Rede in der Exerzierhalle vermochte man höchſtens zu entnehmen, wie ſehr Kaiſer Wilhelm über die Wertſchätzung erfreut war, welche in Oſtaſien deutſche Matroſen und Marineinfanteriſten bei ihren fremdländiſchen Kameraden gefunden. „Kaiſer Wilhelm war offenbar von dieſem einträchtigen Zuſammengehen befriedigt?“ ergänzte Kaiſer Franz Joſeph meine Ausführungen. „Gewiß!“ entgegnete ich, „der Deutſche Kaiſer hob es rühmend hervor.“ — „Sehr gut!“ erwiderte mein Souverän, „das wäre neuerdings ein Beweis, wie ſehr dem Kaiſer Wilhelm alles am Herzen liegt, was zur dauernden Erhaltung des Friedens unter den europäiſchen Staaten beitragen könnte. Und fiel dabei auch keine Bemerkung über die „gelbe“ Gefahr?“ ſetzte lächelnd Kaiſer Franz Joſeph hinzu. — „Meines Wiſſens nicht oder nur inſofern, als der Deutſche Kaiſer dieſelbe als vorläufig gebannt betrachtet,“ antwortete ich. — „Hiermit dürfte doch wohl nur China gemeint geweſen ſein,“ ſchloß der greiſe Monarch die Erörterung und entließ mich.

Ich konnte nicht umhin, darüber zu grübeln, daß Kaiſer Franz Joſeph nicht eine einzige, des Deutſchen Kaiſers Perſon direkt betreffende Frage an mich gerichtet und ſich ſo ganz und gar nicht nach ihm erkundigt hatte, was in auffallendem Gegenſatze zu Kaiſer Wilhelms Verhalten in dieſer Hinſicht ſtand. Lediglich auf ſeines Freundes und Bundesgenoſſen Reden legte Kaiſer Franz Joſeph Gewicht. Es kam mir beinahe vor, als ob er jederzeit in dieſen eine Gefahr witterte und erſt beruhigt ſchien, als meine Äußerungen einwandfrei beſtätigten, daß Kaiſer Wilhelm II. nur im Sinne des Friedens geſprochen. Das war das Moment, ſo glaubte ich zu erkennen, welchem Kaiſer Franz Joſeph eine ausſchlaggebende Rolle zuſprach.

Erſt viel ſpäter, als ich den alten Kaiſer näher kennen lernte, fand ich die vollkommen zutreffende Erklärung für ſein, mich doch einigermaßen befremdendes Vorgehen bei dieſer, meiner erſten Audienz. Der greiſe Monarch befliß ſich nämlich immer, bei jeder Gelegenheit und unter jeder Bedingung, vollkommen unperſönlich zu ſein; ihm war es ſtets bloß um die Sache zu tun, gleichgültig wer auch immer anſonſt in Frage kam. Sicherlich eine unter Umſtänden hervorragende, ſogar bewunderungswürdige Herrſchereigenſchaft!

Aber kurz darauf fand ich auch Gelegenheit, einen richtigeren Einblick in die Geſinnungen und Gefühle zu erlangen, von denen Kaiſer Franz Joſeph für Kaiſer Wilhelm II. beſeelt war.

Damals wurde die deutſche Marine von einem ſchweren Unglück heimgeſucht. Im Hafen von Malaga ging das Schulſchiff „Charlotte“, mit den Seekadetten an Bord, plötzlich unter; viele derſelben kamen dabei auf tragiſche Weiſe ums Leben. Auf die erſte Kunde hiervon erhielt ich den Auftrag, eine „beſonders warm gehaltene“ Beileidsdepeſche des Kaiſers Franz Joſeph an Kaiſer Wilhelm zu entwerfen und meinem Kaiſer eheſtens zur Genehmigung vorzulegen. In ſolchen Arbeiten noch ganz ungeübt, brachte ich, wie ich es eben vermochte, einen derartigen Telegrammtext zu Papier und händigte ihn dem Monarchen ein. Nachdem dieſer ihn geleſen, meinte er kopfſchüttelnd: „In jedem anderen Falle wäre ſo etwas recht gut und brauchbar. Aber für Kaiſer Wilhelm muß das viel, viel inniger und herzlicher verfaßt ſein. Wir zwei ſtehen einander wirklich nahe und der Deutſche Kaiſer mit ſeinem zartbeſaiteten Gemüte empfindet das herbe Ungemach, das jetzt ſeine Flotte getroffen, doppelt ſchwer.“

Das Kriterium einer ungewöhnlichen Wärme und aufrichtigen Liebenswürdigkeit wollte Kaiſer Franz Joſeph bei allen ſchriftlichen und telegraphiſchen Kundgebungen an den Deutſchen Kaiſer unentwegt beobachtet wiſſen, und das hatte für mich ein für allemal als Richtſchnur zu dienen. In meinen Bemühungen, mich gewiſſenhaft daran zu halten, mußte ich jedoch merkwürdigerweiſe bald und gerade an einem außergewöhnlichen Beiſpiele die Erfahrung machen, daß dem doch nicht immer ſo ſein könne.

Während des Sommeraufenthalts des alten Kaiſers in Iſchl kam im Juli 1901 dahin die Nachricht vom Tode der Kaiſerin Friedrich. Eine Unmenge Beileidsdepeſchen waren da zu beſorgen. Als ich ſie fertiggeſtellt, legte ich ſie dem Kaiſer vor. Zu oberſt jene an den Deutſchen Kaiſer, den älteſten Sohn der Verblichenen. Naturgemäß war das Telegramm ziemlich lang und in Worten tiefſter Ergriffenheit abgefaßt; deſſenungeachtet ſagte es dem Kaiſer Franz Joſeph keineswegs zu. „Nein, nein, das ſtimmt nicht,“ ſagte er ernſt und traurig, „Sie dürften auch wiſſen, daß Kaiſer Wilhelm leider mit ſeiner Mutter nicht gut ſtand, ja, daß er beinahe in Unfrieden mit ihr lebte. Sehr bedauerlich, aber wahr! Zu ſchade, daß der Deutſche Kaiſer bei ſeiner opferfreudigen, grenzenloſen Liebe zu ſeiner Familie, die ich nie genug bewundern kann und worum ich ihn immer beneidete, ſich gerade mit ſeiner Mutter derart überwarf! Aber dem muß auch, ſo ſehr es mich betrübt, hier Rechnung getragen werden; daher wenige Worte und keiner der anſonſt in ſolchem Falle üblichen Hinweiſe!“ Hierauf ſchilderte Kaiſer Franz Joſeph in beredter Weiſe *das vorbildliche Familienleben Kaiſer Wilhelms*, und nur zu deutlich erkannte ich, wie der allverehrte Greis auch dieſes bei ſeinem Freunde hoch bewertete. Dasſelbe ſpielte — neben der Friedensliebe — in dem Charakterbilde, das anſcheinend Kaiſer Franz Joſeph von ſeinem Bundesgenoſſen vor Augen hatte, entſchieden die Hauptrolle.

Vielleicht ſtellte aber der alte Kaiſer die Friedensgewährleiſtung doch allem anderen voran.

Dieſen Eindruck hatte ich gleich urſprünglich gewonnen, und es währte nicht lange, daß ſeine Richtigkeit mir auch unmittelbar beſtätigt wurde.

Im Frühjahre 1901 hatte ſich Kaiſer Franz Joſeph für mehrere Wochen nach Budapeſt und Gödöllö begeben. In dieſem Schloſſe nahm der Kaiſer ſowohl das Mittagsfrühſtück als auch die Hauptmahlzeit am Abende gemeinſam mit ſeinem kleinen Gefolge ein, dem auch ich als jüngſtes Mitglied angehörte. Mein Tiſchplatz war da immer dem Kaiſer gegenüber, weshalb mir kein Wort von dem entging, was er ſagte. Und einmal kam dabei die Sprache auf den kürzlich in Südafrika beendeten Krieg. In der Tafelrunde wurde eine Bemerkung laut über Kaiſer Wilhelms vielerörterte Depeſche an den Transvaalpräſidenten Krüger, aus welcher am Ende eine Herausforderung Englands hätte erwachſen können. „So war dieſes Telegramm nicht gemeint,“ warf Kaiſer Franz Joſeph erregt in die Wechſelrede ein; „es bedeutete zweifellos nur eine vom menſchlichen Standpunkte aus vollkommen begreifliche Anerkennung für die unvergleichlich tapferen holländiſchen Buren. Eine andere Auffaſſung kann ich nicht zulaſſen, weil ich nur zu gut weiß, daß der Deutſche Kaiſer immer und immer bloß auf des Friedens Erhaltung bedacht iſt; das rechne ich ihm hoch an.“ Damit gab alſo Kaiſer Franz Joſeph unmittelbar zu erkennen, daß er in der Friedensliebe jene Eigenſchaft Wilhelms II. erblickte, die er als bedeutungsvollſt über alles ſchätzte. Sie erſchien dem greiſen Beherrſcher der Donaumonarchie als der verläßlichſte Anker, mit welchem für die Geſchicke des Habsburgerſtaates ebenfalls unverrückbar feſter Grund gewonnen wurde.

Geraume Zeit kam Wilhelm II. nicht nach Wien; Kaiſer Franz Joſeph erwähnte auch kaum mehr ſeiner, wenigſtens nicht in meiner Gegenwart.

Hingegen bot ſich mir anderswo zum erſtenmal die erwünſchte Gelegenheit bei einer Begegnung der zwei Kaiſer anweſend zu ſein und mich mit eigenen Augen zu überzeugen, von welch ſeltener Herzlichkeit und Innigkeit die Beziehungen waren, welche ſie miteinander verbanden.

Ende Juni 1902 ſtarb König Albert von Sachſen, des Kaiſers Franz Joſeph Altersgenoſſe und bewährter Freund. — Letzterer verfügte ſich ohne Zögern zur Leichenfeier nach Dresden; ſeine letzte Reiſe ins Ausland. In des Kaiſers kleinem Gefolge hierbei war auch ich eingeteilt. Am Beiſetzungstage kamen wir in Dresden frühmorgens an; der Deutſche Kaiſer traf hingegen erſt abends, knapp vor der Beſtattung ein. Im königlichen Palais erwartete Kaiſer Franz Joſeph den Kaiſer Wilhelm. Wie die beiden Herrſcher einander anſichtig wurden, eilten ſie ſich zu, umarmten und küßten ſich wiederholt, ſprachen lange, freudig erregt und ſich an beiden Händen feſthaltend, miteinander; man erkannte ſogleich, daß ſie tatſächlich ob ihres Wiederſehens unendlich beglückt waren. Daran konnte für jeden, der zugegen, kein Zweifel mehr vorwalten; es rührte mich, ſolch einer ergreifenden Begrüßung beigewohnt zu haben. Deren Eindruck wirkte bei mir um ſo nachhaltiger, als ich während der vorhergegangenen Stunden wahrgenommen, wie wenig ſich eigentlich Kaiſer Franz Joſeph um alle anderen zur Beiſetzung erſchienenen Fürſtlichkeiten kümmerte, denen er bloß die gebotene Höflichkeit und nichts darüber erwies. Während des ganzen Verlaufes der weiteren Leichenfeierlichkeit wich Kaiſer Franz Joſeph nicht von des Deutſchen Kaiſers Seite, und beim Abſchiede wiederholten ſich in einem beredten Lebewohl dieſe Kundgebungen treueſter Anhänglichkeit. Es war beinahe ſo, als ob Vater und Sohn ſich trennen würden, zumal Kaiſer Wilhelm ſich dem Kaiſer Franz Joſeph gegenüber einer geradezu zärtlichen, mit liebevollſten Aufmerkſamkeiten verbundenen Zuvorkommenheit befliß, wie ſie für den Verkehr eines jüngeren mit einem älteren Freunde wahrhaft vorbildlich genannt werden mußte. Kein Wunder, daß Kaiſer Franz Joſeph mit einer, bei ſeiner ſonſtigen Zurückhaltung und ſeinem immerhin eher verſchloſſenen Naturell, eine ſeltene Ausnahme bedingenden, warmen und vorbehaltsloſen Zuneigung an Kaiſer Wilhelm hing, an dem er gegebenenfalls eine nie verſagende und ſtets willkommener werdende Stütze zu finden ſicher ſein konnte.

Während der folgenden Monate nahmen den alten Monarchen Staatsgeſchäfte vollauf in Anſpruch; vor allem Angelegenheiten Ungarns, wo wieder einmal auch die Armeefragen aufgeworfen wurden, welche den Kaiſer Franz Joſeph mit begreiflichem Unmute erfüllten. Auch damals kamen ſie jedoch zu keiner gedeihlichen Löſung, obwohl es der greiſe Kaiſer an unermüdlichen perſönlichen Bemühungen dieſerhalb nicht fehlen ließ. — Mitten in dieſe innerpolitiſch bewegte Ära fällt der erſte Beſuch König Eduards VII. in Wien anfangs September 1903.

Kaum hatte, nach viertägigem Aufenthalte, der König die Hofburg verlaſſen, als in des Kaiſers Umgebung Gerüchte dahin auftauchten, daß der mit beſonderem ſtaatsmänniſchem Scharfblicke begabte Britenherrſcher es darauf anlege, die Donaumonarchie von ihrem Bundesverhältniſſe zu Deutſchland abzubringen.

War daran etwas Wahres? — Vielleicht doch, denn zwei Wochen nachher erſchien Kaiſer Wilhelm plötzlich mit großem Gefolge gleichfalls in Wien, wurde da vom Kaiſer Franz Joſeph ſowie von der hauptſtädtiſchen Bevölkerung ungemein gefeiert, und beim Feſtmahle am Abende ſeines Ankunftstages gelangte in den Trinkſprüchen der beiden Kaiſer die bereits überlieferungsgemäß feſtbegründete Allianz der zwei Reiche in ungewöhnlich ſcharfgeprägter, ja oſtentativer Weiſe zu allgemeinſter Kenntnis.

Der mit mir befreundete Militärattaché bei der Wiener deutſchen Botſchaft, Major v. Bülow, ſagte im Laufe dieſes Kaiſerbeſuches einmal zu mir: „Wir gehen großen Zeiten entgegen, die von heute auf morgen unſererſeits weittragende Entſchlüſſe erheiſchen könnten. Deshalb war wohl meines Kaiſers Hieherkunft notwendig, um durch perſönliche Rückſprache mit dem Ihrigen dafür zu ſorgen, daß den maßgebenden Faktoren Öſterreich-

Ungarns das Rückgrat geſteift werde und ſie nötigenfalls auch bei der Stange bleiben.“

Dieſer Hinweis entbehrte nicht der Richtigkeit, denn eine Woche ſpäter traf Kaiſer Nikolaus II. von Rußland in Schönbrunn ein und begab ſich von dort mit dem Kaiſer Franz Joſeph nach Mürzſteg, wo das hiſtoriſch gewordene und wenigſtens theoretiſch die ſchwebenden Orientfragen für den Augenblick regelnde Übereinkommen geſchloſſen wurde.

Dieſes ließ die Erinnerung an des Deutſchen Kaiſers Beſuch im September 1903 einigermaßen verblaſſen.

Bei einer Hoftafel, welche mehrere Wochen nachher ſtattfand, hörte ich den Kaiſer Franz Joſeph bloß die Bemerkung machen, daß der verfloſſene Herbſt ungemein ereignisreich geweſen, da nacheinander der König von England, der Deutſche Kaiſer, der Kaiſer von Rußland, der König der Belgier und jener der Hellenen bei ihm vorgeſprochen. „Aber auch der Sommer war es nicht minder,“ ſetzte der alte Kaiſer hinzu, „denn da ſtarb der große Papſt Leo XIII.; ein ſchwerer Verluſt für mich und noch mehr für Kaiſer Wilhelm! Er hing ſo am Heiligen Vater, der für ihn ein wahrer Freund geweſen; deſſen Tod geht dem Deutſchen Kaiſer ungemein nahe, wie er ſelbſt es mir letzthin wiederholt ſagte. Überhaupt verſtand er ſich wunderbar mit dem Papſte Leo XIII.; vielleicht erſcheint dem Kaiſer Wilhelm die katholiſche Kirche überhaupt ſympathiſcher als die evangeliſche. Sie entſpricht mehr ſeinem ganzen Weſen, vor allem ſeiner herzinnigen Frömmigkeit!“ Einer der Tiſchgäſte — welcher es war, tut nichts zur Sache; nomina sunt odiosa — warf hierauf ſcherzend ein: „Das könnte man kaum glauben, da Kaiſer Wilhelm viel auf ſeine Würde als lutheriſcher Summus Episcopus hält!“ Dieſe Feſtſtellung entſprach offenbar nicht dem Geſchmacke des Kaiſers Franz Joſeph, denn er entgegnete mit erhobener Stimme: „Ich rede im Ernſte! Des Kaiſers Wilhelm tiefgläubige Überzeugung iſt über jeden Zweifel erhaben! Religion geht ihm über Konfeſſion! Das preiſe ich ungemein beim Deutſchen Kaiſer.“

Auch die aufrichtige Frömmigkeit Kaiſer Wilhelms wurde alſo von Franz Joſeph beſonders hochgeſchätzt.

(Schluß folgt)

Zum Novemberſturm von 1908

Von

G. Klehmet

Letzthin erſchienene Denkwürdigkeiten und Rückblicke haben auch die Daily-Telegraph-Kriſis des Jahres 1908 von neuem an das Licht gezogen. Eine eingehende Darſtellung gibt Exzellenz Hammann in ſeiner Schrift „Um den Kaiſer“ (bei Reimar Hobbing, Berlin 1919) S. 66 ff. Über die Beteiligung meines im November 1915 als Kaiſerlicher Geſandter a. D. verſtorbenen Bruders, des damaligen vortragenden Rates im Auswärtigen Amte und Wirklichen Geheimen Legationsrats Reinhold Klehmet, ſagt Hammann S. 67 folgendes:

> Im Auswärtigen Amt kam das Schriftſtück an den Geheimen Legationsrat Klehmet, einen ſehr gewiſſenhaften Beamten, der in enger, zu enger Beſchränkung ſeines Auftrags auf etwaige tatſächliche Irrtümer den Artikel Zeile für Zeile durchlas, einige Ungenauigkeiten notierte und, weil es ſich um eine geheime Kaiſerſache handelte, keinen Kollegen beteiligte, etwa den engliſchen Referenten, damals Freiherrn v. d. Buſſche-Haddenhauſen, oder den Preſſereferenten, der ſich aber in den kritiſchen Tagen gerade auf dem Lande befand.

Hammann, der den Novemberſturm von 1908 aus nächſter Nähe und mithandelnd erlebt hat, deſſen Darſtellung daher vielen als wichtige Quelle gelten wird, hält hiernach an der amtlich vertretenen Auffaſſung feſt, daß mein verſtorbener Bruder für die Veröffentlichung der Kaiſergeſpräche mindeſtens mitverantwortlich geweſen ſei. Dieſe Auffaſſung wurde bekundet in einer halbamtlichen Erklärung der „Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung“ vom 1. November 1908:

> Der Kaiſer ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuſkript dem Auswärtigen Amt mit der Weiſung überwies, dasſelbe einer ſorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des Auswärtigen Amts Bedenken nicht erhoben worden waren, iſt die Veröffentlichung erfolgt,

ſowie in der Reichstagsrede des Fürſten v. Bülow vom 10. November 1908; ſie fand für die große Öffentlichkeit darin deutlichſten Ausdruck, daß mein Bruder veranlaßt wurde, auf ſeine bedeutſame Stellung in der politiſchen Abteilung des Auswärtigen Amts zu verzichten und ſich auf den nicht entfernt gleichwertigen Poſten eines Generalkonſuls in Athen verſetzen zu laſſen. Daß daraufhin die Tagespreſſe, der nicht die Akten, ſondern allenfalls Mitteilungen aus amtlichen Kreiſen zu Gebote ſtanden, ſich ganz überwiegend die amtliche Auffaſſung aneignete, kann nicht wundernehmen. Auffallen muß dagegen, daß auch Jahrbücher von ernſter wiſſenſchaftlicher Art die offizielle Lesart ohne weiteres übernahmen. So heißt es in der „Politiſchen Jahresüberſicht für 1908“ von Gottlob Egelhaaf (Stuttgart, Carl Krabbe Verlag, Erich Gußmann) S. 20:

> Dieſe Äußerungen hatte der Geheime Rat im Auswärtigen Amt Klehmet, nachdem der Kaiſer ein Gutachten über die Statthaftigkeit der Veröffentlichung erlangt hatte, für unanfechtbar angeſehen, und ſo war die Druckerlaubnis erteilt worden; die im Urlaub befindlichen höchſten Beamten, der Reichskanzler Fürſt Bülow und der Staatsſekretär v. Schön, nahmen von dem unglaublichen Schriftſtück keine Einſicht.

G. Roloff in Schultheß' Europäiſchem Geſchichtskalender, Neue Folge, 24. Jahrgang 1908 (München 1909, C. H. Beck) bemerkt zwar S. 156 ſachlich richtig:

> Geheimer Rat Klehmet im Auswärtigen Amt nimmt ſeine Entlaſſung. Ihm wird vorgeworfen, die Veröffentlichung des Kaiſerinterviews verſchuldet zu haben.

Unmittelbar vorher wird aber aus den Zeitungen lediglich ein Bericht des „Berliner Tageblatts“ wiedergegeben, in dem es heißt:

> ... und das Manuſkript geriet an einen Beamten, der ſich der Wichtigkeit dieſer Sendung erſichtlich nicht bewußt war. Dieſer Herr las zwar das Manuſkript (ſo erklärt er wenigſtens), fand aber ſeinen Inhalt durchaus nicht welterſchütternd. Er berichtete in dieſem Sinne nach Norderney, ſchrieb, daß ſeiner Anſicht nach eine Veröffentlichung unbedenklich ſein würde, und das Manuſkript wanderte mit einem entſprechenden Begleitſchreiben des Reichskanzlers, zu Herrn v. Jeniſch zurück.

Mein verſtorbener Bruder hat bis zuletzt die Überzeugung vertreten, nicht nur, daß es in formaler Hinſicht ein grober Verſtoß gegen anerkannte Grundſätze des Beamtenrechts war, wenn man den Referenten, der durch die Unterſchrift des vorgeſetzten Unterſtaatsſekretärs und Stellvertreters des abweſenden Staatsſekretärs gedeckt war, und zwar von allen vier Beteiligten nur ihn, für unvorherſehbare politiſche Folgen verantwortlich machte, ſondern vor allem auch, daß ihm und dem Auswärtigen Amt ein Verſchulden irgendwelcher Art nicht zur Laſt falle. Er erachtete ſich, ſolange eine Wiederaufnahme der Erörterung über die Novembervorgänge politiſch ſchaden konnte und ſolange er noch auf eine volle Wiederherſtellung ſeiner amtlichen Ehre ſeitens der Reichsregierung hoffen durfte, für verpflichtet, zu ſchweigen, behielt ſich aber vor, erforderlichenfalls ſpäter in der Öffentlichkeit das Wort zu ſeiner Rechtfertigung zu nehmen. Als er durch ſeinen Übertritt in den Ruheſtand freie Hand erhielt, war der Weltkrieg ausgebrochen und der Burgfrieden verbot ein ſolches Vorgehen. Jetzt ſtehen meines Erachtens einer Klarſtellung, die für mich eine Pflicht der

Pietät iſt, Hinderniſſe nicht mehr im Wege. Seine Majeſtät der Kaiſer hat den Thron verloren, die übrigen Beteiligten ſind aus dem Dienſte geſchieden oder geſtorben. Auch von ſo manchen anderen Staatsgeheimniſſen der letzten Jahrzehnte iſt inzwiſchen der Schleier hinweggezogen worden.

Hinſichtlich der Frage der formellen Verantwortlichkeit liegt der Tatbeſtand ſo klar, daß es überflüſſig iſt, dazu weiteres zu bemerken. Für eine unbefangene Prüfung des Schuldpunktes kommt alles darauf an, welchen Auftrag das Auswärtige Amt vom Reichskanzler erhalten hatte. Hiernach iſt in der Reichstagsſitzung vom 10./11. November 1908 dreimal — von den Abgeordneten Dr. v. Heydebrand, Freiherrn v. Hertling und Haußmann — ausdrücklich gefragt worden, ohne daß man am Regierungstiſch eine Antwort für nötig befunden hätte.[1] Dieſe offenſichtliche Lücke bemühte ſich, ebenſo wie ſchon das „Berliner Tagblatt" in dem bei Schultheß wiedergegebenen Bericht, insbeſondere die politiſchen Kreiſen nicht fernſtehende „Neue Geſellſchaftliche Korreſpondenz" in Berlin auszufüllen, indem ſie, als die Novembererörterungen 1909 nach der Verabſchiedung des Fürſten v. Bülow wieder auflebten, folgendes ſchrieb:

> In dieſem Erlaß wird dem Amt folgendes zur Pflicht gemacht: Das Manuſkript ſei auf das ſorgfältigſte zu prüfen, ob es ſich zur Veröffentlichung eigne oder nicht. Zum Schluß forderte der Reichskanzler einen ausführlichen Bericht.
>
> Dieſen Bericht fertigte der Wirkliche Geheime Legationsrat Klehmet, unterzeichnete ihn und ſandte ihn nach Norderney. Dort legte der Geſandte v. Müller ihn vor. Der Bericht enthielt keinerlei Gutachten, ſondern nur die Bemerkung, ein Konſul, von dem im Bericht die Rede ſei, heiße nicht Vaſſel, ſondern anders.
>
> Es iſt alſo unwahr, wenn jetzt in der „Märkiſchen Volkszeitung" behauptet wird, das Auswärtige Amt habe den Inhalt geprüft und richtig befunden.

Dieſe an den geſperrten Stellen unbedingt aktenwidrige, aber auch ſonſt äußerſt anfechtbare Darſtellung gab meinem damals auf der Reiſe nach Athen befindlichen Bruder Anlaß, durch Vermittlung des Geſandten Freiherrn v. Wangenheim das Auswärtige Amt um Schutz gegen derartige Entſtellungen zu bitten. Der Staatsſekretär ließ ihm darauf ſagen, „daß ſeine Vorgeſetzten ein wohlwollendes Verſtändnis für die ſchwierige Lage beſäßen, in welche er durch die Veröffentlichung in der „Neuen Geſellſchaftlichen Korreſpondenz" verſetzt ſei. Die Angelegenheit habe ſich inzwiſchen dadurch kompliziert, daß auch von anderen Beteiligten Einwendungen erhoben worden ſeien, was die Kaiſerliche Regierung zu ganz beſonderer Vorſicht nötige". Die Verlegenheit war offenbar groß, weil die Wahrheit nicht geſagt werden ſollte!

---

[1] Vgl. übrigens auch Delbrück in den „Preußiſchen Jahrbüchern" 1908, S. 572.

Noch ein zweiter Punkt iſt für den Verlauf der Dinge von der größten Bedeutung geweſen. Der engliſche Oberſt Stuart Wortley wollte die Kaiſergeſpräche lediglich auf eigene Verantwortung hin bekannt geben, die Voranfrage in Deutſchland ſollte ſtrenges Geheimnis bleiben. Dann war es möglich, die Veröffentlichung, falls ſie nicht den Erwartungen entſprechend aufgenommen wurde, als unmaßgeblich zu behandeln oder doch Richtigſtellungen, wie ſie z. B. demnächſt die Reichstagsrede des Kanzlers brachte, mit voller Wirkung vorzunehmen. Entgegen der urſprünglichen Abſicht wurde aber der engliſche Bericht unmittelbar nach ſeinem Erſcheinen hier in halbamtlicher Form bekannt gegeben und damit als echt anerkannt.

Nunmehr laſſe ich die eigene Darſtellung meines Bruders folgen, die einer von ihm unter dem 31. Auguſt 1910 an den Staatsſekretär v. Kiderlen-Waechter gerichteten Eingabe entnommen iſt:

„Der mit der Schreibmaſchine geſchriebene Entwurf des Daily-Telegraph-Artikels iſt im Oktober 1908 dem Auswärtigen Amte, alſo nicht etwa mir perſönlich, lediglich mit folgendem, von der Hand des Fürſten Bülow mit Blauſtift geſchriebenen Zettel zugegangen:

> Ich bitte den anliegenden Artikel ſorgſam zu prüfen, den Artikel ſodann auf gebrochenem Bogen mit Kanzleihand oder noch beſſer mit Schreibmaſchine abſchreiben und die wünſchenswerten Korrekturen, Zuſätze und Weglaſſungen mit derſelben Handſchrift am Rande eintragen zu laſſen. Ferner ſoll eine Abſchrift mit dem veränderten Text zurückbehalten werden. Ich bitte um ſtrengſte Geheimhaltung und möglichſte Beſchleunigung der Überſendung an mich."

Dieſe mir vom Unterſtaatsſekretär Stemrich übertragene Prüfung wurde von mir mit aller Sorgfalt nach folgenden Geſichtspunkten ausgeführt:

1. Die Verfügung ſpricht nur von Korrekturen, Zuſätzen und Weglaſſungen, die in dem Artikel auszuführen wären. Die Frage nach der Opportunität der Veröffentlichung überhaupt war alſo nicht geſtellt, vielmehr, wie angenommen werden mußte, ſchon im voraus bejahend beantwortet. Dieſe auf den Wortlaut gegründete Auslegung fand eine weitere Stütze in dem der Sendung beigefügten, von S. D. mit vielen Strichen und Zeichen verſehenen, folglich von ihm geleſenen Brief des Geſandten Freiherrn v. Rücker-Jeniſch. In dieſem Briefe war auf die Wichtigkeit der Sache hingewieſen und zugleich mitgeteilt, daß Seine Majeſtät der Kaiſer auf der Veröffentlichung entſchieden beſtehe und mit der vorherigen Mitteilung an den Reichskanzler perſönlich nur bezwecke, zu etwa dem letzteren erwünſchten Abänderungen einzelner Stellen die Möglichkeit zu bieten. Ferner war darin ausdrücklich geſagt, daß Seine Majeſtät nicht wünſche, daß das Auswärtige Amt überhaupt mit der Sache befaßt werde. Über die Opportunität der Veröffentlichung überhaupt konnte in der Tat das Auswärtige Amt dem ſeit Wochen abweſenden und dem Vernehmen nach von Norderney aus direkt mit Graf Metternich und engliſchen Staats-

männern verhandelnden Kanzler nichts Sachliches ſagen, was nicht bereits aus dem obenerwähnten Briefe des Freiherrn v. Jeniſch und dem gleichfalls der Sendung nach Berlin beigefügten Briefe des engliſchen Oberſten Stuart Wortley an Seine Majeſtät zu entnehmen war. Daß der Kanzler vom Auswärtigen Amt nur allgemeine Redewendungen erwarten ſollte, die er beſſer nach eigenem Geſchmack formulieren konnte, war nach meiner langjährigen Erfahrung mit ihm doch nicht anzunehmen.

2. In dem eben erwähnten Briefe von Stuart Wortley war ausdrücklich garantiert, daß die Befragung deutſcher amtlicher Stellen abſolut geheim bleiben würde. Dieſe abſolute Geheimhaltung war ich alſo berechtigt als weſentliche Vorausſetzung meiner Bearbeitung anzunehmen.

3. Die in dem Artikelsentwurfe dem Kaiſer zugeſchriebenen Äußerungen erwieſen ſich bei näherer Prüfung als eine einzige einheitliche, ſtreng logiſche Deduktion, aus der nicht rätlich war, erheblichere Stücke herauszunehmen oder umzumodeln, ohne damit die als kaiſerlich hingeſtellte Argumentation zu zerſtören und ſo etwa das Auswärtige Amt dem Vorwurfe auszuſetzen, daß dadurch die vom Kaiſer und dem Oberſten Wortley, alſo berufeneren Kennern der engliſchen Volksſtimmung, als ſicher vorausgeſagte gute Wirkung vereitelt oder doch weſentlich beeinträchtigt worden ſei. Es war als ſicher anzunehmen, daß der Entwurf des Artikels ſich noch anderweit in engliſchen Händen befand. Eine dadurch mögliche Vergleichung unſeres amendierten Textes mit dem engliſchen Originaltext hätte ſomit eine für uns, und zumal für den Kaiſer, äußerſt unerwünſchte Situation herbeigeführt.

4. Daß mehrere Stellen des Artikels Aufſehen erregen könnten, war mir natürlich nicht entgangen. Aus den vorſtehenden Erwägungen ergab ſich aber, daß gegenüber der obenerwähnten beſtimmten Willensmeinung Seiner Majeſtät nach dem Brief von Rücker-Jeniſch das Auswärtige Amt ſeinerſeits mit Änderungsvorſchlägen ſparſam ſein mußte und damit nur inſoweit hervortreten durfte, als es dafür klare und unwiderlegliche Gründe beibringen konnte. Das aber war gerade bei den markanteſten tatſächlichen Angaben, über den Burenkrieg und über die Vereitelung der ruſſiſcherſeits vorgeſchlagenen Intervention nicht der Fall, denn dieſe Angaben waren im weſentlichen bereits im September-Heft der „Deutſchen Revue“ in dem Artikel „Eines Wiſſenden“ veröffentlicht worden.

Zu einer Zuziehung des Referenten für England und des Vertreters des beurlaubten Preſſereferenten hielt ich mich wegen der befohlenen ſtrengen Geheimhaltung und Beſchleunigung nicht befugt, zumal ich noch k. H. feſtgeſtellt hatte, daß auch an dieſen beiden Stellen näheres über die Geſichtspunkte des Kanzlers und über den damaligen Stand ſeiner Englandpolitik nicht bekannt war.

5. Über die vorausſichtlichen, aber bekanntlich von niemand bei uns vorausgeſehenen innerpolitiſchen Wirkungen der Publikation mich auszuſprechen, gehörte nicht zu meiner Kompetenz. —

Von dieſen Geſichtspunkten aus gelangte ich nach eingehender mehrtägiger Prüfung der Akten des Auswärtigen Amts zu folgenden Abänderungsvorſchlägen, über deren verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung ich mir natürlich nicht im unklaren war:

1. Abſchwächung einer angeblichen Äußerung Seiner Majeſtät über eine in Deutſchland herrſchende englandfeindliche Stimmung.

2. Korrektur der den Akten nicht entſprechenden Angaben über die Haltung des Konſuls Vaſſel in Marokko.

3. Richtigſtellung der Seiner Majeſtät in den Mund gelegten Darſtellung über unſere Behandlung der ruſſiſch-franzöſiſchen Anregung zur Intervention im Burenkriege an der Hand der Akten.

Die in dieſer Form unwahrſcheinliche oder mindeſtens mißverſtändliche Erzählung über die Lieferung eines ſogenannten Feldzugsplans an England ließ ich ſtehen, weil ich einmal kein Mittel beſaß, ſie zu kontrollieren, ferner höchſtens eine Neutralitätsverletzung gegenüber einem inzwiſchen untergegangenen Staate vorlag und weil ſie endlich als Höhepunkt der ganzen kaiſerlichen Argumentation nicht zu entbehren war. War es ferner der Zweck des Kanzlers, durch die Publikation auf die gerade damals infolge unſerer ablehnenden Haltung in der Frage der Rüſtungsbeſchränkung ſtark erregte Stimmung in England beruhigend einzuwirken, ſo ließ es ſich doch wohl verſtehen, wenn der Kanzler dieſem dominierenden Zwecke zuliebe nach altem Bismarckſchem Prinzip Nebenrückſichten auf dritte Staaten einſtweilen hintanſtellte. Aus dieſen Erwägungen fand ich auch keinen hinreichenden Grund, die Ausführungen über die Nützlichkeit einer ſtarken deutſchen Flotte für den Fall eines künftigen Konflikts in Oſtaſien zu ſtreichen. Bei der Beurteilung aller dieſer damals von mir angeſtellten Erwägungen darf nicht überſehen werden, daß nach dem Anerbieten Stuart Wortleys der Artikel anonym, ohne Erkennbarmachung einer amtlichen Sanktion erſcheinen ſollte, mithin unbequeme Stellen, wenn nicht beſtritten, ſo doch wenigſtens als nicht beglaubigt und problematiſch behandelt werden konnten.

Mein Berichtsentwurf wurde, vom Unterſtaatsſekretär Stemrich unterzeichnet, der vorgeſchriebenen Eile halber gleich ohne Anfertigung einer Reinſchrift unter Beifügung der befohlenen Schreibmaſchinenkopien nach Norderney geſandt. Nur ſo konnte es geſchehen, daß der Kanzler auf mich als den Verantwortlichen verfiel, während ich meinerſeits meine Verantwortlichkeit ihm gegenüber als durch die Unterſchrift des Unterſtaatsſekretärs degagiert erachten durfte, der ſeine Stelle ſeit faſt einem Jahre verſah und ſomit von mir als völlig kompetenter Vorgeſetzter anzuſehen war.

Muß ich hiernach dabei bleiben, daß meinerſeits kein Verſehen begangen, ſondern korrekt und ſachgemäß unter Berückſichtigung aller mir damals bekannten Umſtände gearbeitet worden iſt, ſo begannen nun in Norderney die Fehler, die erſt zu der Kataſtrophe führten.

1. Zunächſt wurde vollkommen überſehen, daß mein Berichtsentwurf ſich über die Frage der Opportunität der Veröffentlichung überhaupt nicht ausſprach. Wurde meine grundlegende Annahme, daß eine Äußerung dazu nicht verlangt war, nicht gebilligt, ſo hätte eine ergänzende Äußerung, eventuell auf telegraphiſchem Wege, eingefordert werden müſſen. Das geſchah aber nicht, vielmehr wurde meine ſachliche Äußerung einfach inſeriert in eine Antwort des Kanzlers an den Freiherrn v. Jeniſch, dabei aber zugleich meiner Äußerung eine in Norderney verfaßte Einleitung vorangeſtellt, aus der dann allerdings der Kaiſer entnehmen konnte, daß der Reichskanzler gegen die Publikation nichts einwende. Zu dieſer Einleitung bot meine Äußerung keine Baſis.

2. Daß die Reinſchrift des Briefes an Herrn v. Jeniſch dann unter die gleichgültigen Sachen geriet und ſo von Seiner Durchlaucht, wie nachträglich geſagt wurde, ungeprüft unterzeichnet worden iſt, fällt wiederum nicht mir zur Laſt.

3. Der Artikel des „Daily Telegraph“ wurde gegen mein Votum im „Wolff“ und in der „Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt, damit alſo der urſprünglichen Intention zuwider als authentiſch anerkannt.

4. Die Mitarbeiterſchaft des Auswärtigen Amtes wurde ausdrücklich und öffentlich zugegeben, was entſchieden dem oben angeführten Angebote von Stuart Wortley widerſprach, von dem doch meinerſeits ausgegangen werden mußte. Es liegt auf der Hand, daß, hätte ich dies vorausgeſehen, der Artikelsentwurf von mir ganz anders behandelt worden wäre.

Gleich am nächſten Tage nach der Publikation in „Wolff“ ließ mich der Kanzler rufen und machte mir in Gegenwart des Staatsſekretärs v. Schön Vorhaltungen, wie ich den Artikel hätte paſſieren laſſen können. Bei der augenſcheinlich ſehr erregten Stimmung des Fürſten ſah ich zu längeren Darlegungen keine Möglichkeit und konnte nur antworten, ich hätte annehmen müſſen, daß der Kanzler der von Seiner Majeſtät verlangten Publikation nicht entgegen ſei und es ſich für mich nur um Prüfung der aktenmäßigen Richtigkeit gehandelt habe. Der Kanzler erwiderte zu meiner Überraſchung, er habe den Artikel ja gar nicht geleſen, weil er darin nur Gleichgültiges vermutet habe.

Nach der oben wiedergegebenen Verfügung mußte ich das Gegenteil annehmen, mindeſtens aber, daß der Kanzler aus den von ihm geleſenen Briefen von Jeniſch und Wortley im allgemeinen Beſcheid wußte.

Seitdem habe ich den Kanzler nicht mehr geſehen. Wenige Tage danach ſagte mir Exzellenz v. Schön im ausdrücklichen Auftrage des Kanzlers, ich ſolle mich nicht beunruhigen, der Fürſt werde mich auf meinem Poſten halten. Nachdem dann durch die nach Schuldigen ſuchende Preſſe der Kreis immer enger gezogen, Geheimrat Hammann, Legationsrat Eſternaux und Baron Busſche durch offiziöſe Preſſeerklärungen eliminiert, auch bereits mein Name neben v. Müller, Rücker-Jeniſch, Stemrich genannt war (zuerſt in der „Neuen Geſellſchaftlichen Korreſpondenz“), ſagten mir Herr v. Löbell, Herr v. Flotow und dann auch (augenſcheinlich auf Veranlaſſung des Geheimrats Hammann)

Herr v. Huhn, daß es im Intereſſe und in den Wünſchen des Kanzlers läge, wenn ich meine Stellung zur Dispoſition anböte. Wahrſcheinlich werde der Kanzler das Anerbieten nicht annehmen. Der ſo auf mich ausgeübten Preſſion habe ich mich — leider — gefügt, nachdem auch Exzellenz v. Schön ſich einverſtanden zeigte. Zuvor aber brachte mir Herr v. Flotow die von mir zur Bedingung gemachte ſchriftliche Verfügung des Kanzlers, daß meinen, von Herrn v. Flotow regiſtrierten Wünſchen nach einer meinem bisherigen Range entſprechenden weiteren Verwendung tunlichſt entſprochen werden ſolle. Herr v. Flotow bemerkte dazu, daß ich durch meine Willfährigkeit meine Ausſichten verbeſſern würde. Meine ausdrückliche Vorausſetzung, daß ich nicht allein preisgegeben werden dürfe, wurde von ihm als berechtigt anerkannt. Über dieſe Vorausſetzung iſt dann bekanntlich zu meinen Ungunſten hinweggegangen worden. In der Tagespreſſe, in Witzblättern, im Reichstag — im letzteren allerdings ohne Nennung meines Namens — bin ich allein als der Sündenbock hingeſtellt und dagegen von der Regierung ohne Schutz gelaſſen worden.

... Der Poſten des Generalkonſuls in Athen zählt als ſolcher zu der dritten Rangklaſſe, während ich mich bis dahin in der erſten Rangklaſſe befand. Meine Verſetzung hat außerdem eine Verminderung meines etatsmäßigen perſönlichen Gehalts zur Folge gehabt. Es lag alſo materiell und jedenfalls nach außen hin eine ſcharfe Diſziplinarmaßregel vor (Entfernung aus dem Amte durch Strafverſetzung, § 75 des Reichsbeamtengeſetzes), obwohl ein förmliches Verfahren, wie es nach § 84 des Reichsbeamtengeſetzes der Entfernung aus dem Amte vorangehen muß, nicht ſtattgefunden hatte. In meiner Zwangslage habe ich mich der Verſetzung einſtweilen gefügt.“ —

Soviel aus der eigenen Darſtellung meines Bruders. Im Februar 1911 wurde ihm durch Allerhöchſte Order der Titel eines außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſters verliehen und ihm zugleich vom Reichskanzler der Poſten des deutſchen Delegierten bei der internationalen Finanzkommiſſion in Athen übertragen. Als er ſich bald darauf bei Seiner Majeſtät in Korfu meldete, wurde er außerordentlich gnädig empfangen und zur Allerhöchſten Tafel gezogen. Er konnte daraus entnehmen, daß Seine Majeſtät ihm kein Verſchulden an den Novemberereigniſſen beimeſſen wollte. In der Tat hat der Kaiſer, ſobald er erfuhr, daß mein Bruder als der Schuldige genannt wurde, vor ſeiner Umgebung ſeinem Bedauern und zugleich ſeiner Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Schuld nicht meinen Bruder, ſondern einen ganz anderen träfe. Seine Majeſtät hat dann die Akten vom Auswärtigen Amt einfordern laſſen und aus dieſen ſeine Vermutung beſtätigt gefunden, daß mein Bruder für den Fürſten Bülow geopfert worden ſei.

Ich gebe mich nicht dem Wahne hin, als werde die vorſtehende Darſtellung unter den jetzigen Verhältniſſen in weiteren Kreiſen irgendwelche Beachtung finden. Dazu iſt das öffentliche Intereſſe viel zu ſehr durch andere Dinge in Anſpruch genommen und das Gedächtnis der Mitwelt ein viel zu kurzes. Wohl aber hoffe ich, daß die zahlreichen Freunde, die ſich mein Bruder zu erwerben wußte, für den vorliegenden Bericht auch jetzt noch eine gewiſſe Anteilnahme übrig haben und die Rückſichten der Pietät, von denen ich eingangs ſprach, würdigen werden. Aber auch ſonſt ſcheint mir jede weitere Aufklärung über den Novemberſturm von 1908 von Wert. Die damaligen Vorgänge bieten meines Erachtens dem Politiker wie dem Hiſtoriker und dem Pſychologen feſſelnden Stoff dar; unter anderem kann man daraus lernen, wie ein gewiſſenhafter Beamter, der das Unglück hat, in den Kampf großer politiſcher Mächte hineingezogen zu werden, dabei durch eine merkwürdige Verkettung von Umſtänden an Ehre und auch Leben zu Schaden kommen kann.

Indiens Lehren für „Kulturpolitiker“

Von

Dr. Alfred Hillebrandt, Deutſch-Liſſa bei Breslau

In den ſchweren Jahren des Krieges war unſere Aufmerkſamkeit den großen Ereigniſſen an unſeren Grenzen zugewandt; der Orient mit der Fülle ſeiner religiöſen und philoſophiſchen Ideen blieb dem weſtlichen Denken fern und konnte es nur, ſoweit jetzt politiſche Beweggründe in Betracht kamen, feſſeln. Die großen Entdeckungen, welche europäiſchen Forſchern, Ruſſen, Engländern und Deutſchen vor dem Kriege in der Nähe des Tarimbeckens in Turkeſtan, im Süden der Wüſte Taklamakan und im Süden des Himmelsgebirges gelangen und in England an den Namen von Aurel Stein, in Deutſchland an die Namen von Grünwedel und von Le Coq anknüpfen, haben mit den durch ſie veranlaßten ſchönen und großen Arbeiten die Beachtung nicht gefunden, die ſie in weiteren Kreiſen verdient hätten; ihre Reſultate ſind in einzelnen Reden und Vorträgen von indologiſcher Seite angedeutet worden; dieſe haben aber infolge der Zeitläufte und ihrer ſtreng gelehrten Herkunft, ſoweit ich ſehe, für ſie kein allgemeines Intereſſe zu erwecken vermocht. Zu nennen ſind in erſter Linie W. Geigers Rektorrede, Die archäologiſchen und literariſchen Funde in Chineſiſch-Turkeſtan,[1] und H. Lüders' Vortrag vor der Berliner Akademie,[2] die beide vortrefflich über den neueſten Stand der Forſchung Aufſchluß geben; ich darf meine aus älterer Zeit ſtammende Rektorrede vom Jahr 1901 anſchließen: „Alt-Indien und die Kultur des Oſtens,[3] die ſich das Ziel ſteckte, über die Bedeutung Indiens für den ganzen Oſten zu orientieren, und ebenfalls auf dieſe damals noch in ihrer erſten Entwicklung befindlichen Forſchungen Rückſicht nahm.

---

[1] Erlangen 1912.

[2] 29. Januar 1914.

[3] Breslau 1901. Außerdem Ernſt Kuhns unten genannte Schrift.

Der unmittelbare Zweck dieſes Aufſatzes iſt es nicht, jene Berichte fortzuführen oder zu ergänzen, ſondern unter Bezugnahme darauf einige allgemeine politiſche Betrachtungen an die Schickſale Indiens zu knüpfen, deſſen Kultur den ganzen Oſten mit ſeinem Licht erfüllt und mit ſeiner alten heiligen Sprache, dem Sanskrit, dieſelbe Sendung erfüllt hat, die Lateiniſch und Griechiſch für den Weſten ausgeübt haben.

Georg Brandes hat in ſeinen „Hauptſtrömungen der Literatur“ die Meinung geäußert, dieſes große, dunkle, traumreiche und gedankenvolle Deutſchland ſei in Wirklichkeit ein modernes Indien, gleichwie Frankreich ein modernes Hellas ſei. Er hätte den Vergleich noch weiter führen und die Gemeinſamkeit ihrer Mängel hervorheben können, an denen auch Hellas ſeinen reichlichen Anteil hat. Der von Brandes gezogene Vergleich iſt von A. K. Viator in ſeiner, wie es ſcheint, pſeudonymen Schrift „Deutſchlands Anteil an Indiens Schickſal“,[1] die ſich nicht an gelehrte Kreiſe wendet, auch nicht in die Tiefe geht, aber durch Inhalt und Form feſſelt, weiter ausgeführt worden. Er widmet ein Kapitel der Ähnlichkeit der deutſchen und indiſchen Geſchicke und vergleicht den Bericht des Megaſthenes über die Inder mit dem einſt von Tacitus den Germanen ausgeſtellten Zeugnis; er weiſt auf die Ähnlichkeit im Niedergange beider Völker hin. „In beiden Reichen,“ heißt es, „wird das gleiche Endſchickſal durch die gleichen Urſachen mitbeſtimmt: religiöſe und politiſche Spaltungen, tiefgreifende Unterſchiede in Dialekten, Sitten und Gebräuchen, Vielgeſtaltigkeit kleiner und kleinſter, ſämtlich unabhängiger und ſich oftmals gegenſeitig befehdender Gemeinweſen. Sie im weſentlichen haben das Heraufkommen der Fremdherrſchaft in Indien wie in Deutſchland verſchuldet. Und wie die Engländer Indien nur dadurch unter ihr Joch zu beugen vermochten, daß ein Teil des Volkes mit den Fremden gemeinſame Sache machte, ſo wurde Franzoſen und Schweden und nachher dem korſiſchen Eroberer die Bezwingung Deutſchlands nur möglich durch die Hilfe von Deutſchen ſelbſt, die unter ſeinen Fahnen gegen die eigenen Volksgenoſſen fochten.“

Die Vergleiche ließen ſich fortſetzen; man könnte nicht nur auf die religiöſen, ſondern auf die reichen philoſophiſchen Anlagen verweiſen, die Indien nicht zu ſeinem Vorteil ebenſo wie Deutſchland ſo oft von der Wirklichkeit abgeführt haben und ſich bei uns in der prinzipiellen Erfaſſung vieler Fragen oder grundſätzlicher Verſtiegenheit ſelbſt ſeitens der unteren Schichten äußern; auf die Neigung, über der Metaphyſik die Welt zu vergeſſen, die Abkehr vom Machtwillen, die zur Unterwerfung des Landes unter einen fremden Willen führt; auf die Erſetzung des Staatsgedankens durch die Kaſte dort, die dem Hindu höher ſteht als Landsmann und Vaterland, durch die bis zur Blindheit ſich ſteigernde Parteileidenſchaft hier, und in dieſem Debet gegenüber die gewaltigen Leiſtungen des Geiſtes auf nahezu allen Gebieten mit Ausnahme der ſtaatserhaltenden Kraft! Dennoch wird man dem Hindu nicht nachſagen können, daß es ihm an politiſchen Geiſtern gefehlt habe. Das wiedergefundene Lehrbuch des Kautilya mit der Schar ſeiner Vorgänger, die Darlegungen oder Vorträge Bhiſchmas vor dem aus ſeinem Reich vertriebenen König Judhiſchthira im 12. Buch des Mahabharata zeigen pſychologiſches Verſtändnis der indiſchen Geiſter für politiſches Denken, nur daß es ſich als ſchwächer denn die philoſophiſche und religiöſe Neigung erwieſen und damit den Beweis gebracht hat, wie wenig geiſtige, kulturelle Leiſtungen, ſagen wir „moraliſche Eroberungen“ oder „Kulturpolitik“ imſtande ſind, die Unabhängigkeit und Macht eines Landes, und ſelbſt die Dauerhaftigkeit jener Leiſtungen zu begründen.

---

[1] Leipzig, Otto Weigand, 1918.

In unvordenklichen Zeiten drangen ariſche Stämme in verſchiedenen Wellen durch die Päſſe des Hindukuſch und Suleimangebirges in Indien ein, unterwarfen die eingeborenen Völker und breiteten allmählich ihre Sitze bis an die Oſtküſte aus. Im Gefolge der Könige und Ritter kamen ihre geiſtlichen Berater, die Bewahrer ihrer religiöſen Lieder und Pfleger des Opferkultes, des Zauberers, der die Schlachten gewinnen half; ſie wurden die Schöpfer von Kunſt und Wiſſenſchaft, die ſich unter brahmaniſcher Pflege im Norden ausbreiteten, und ſchließlich den Süden umſpannen. Ob die Eingeborenen eine eigene Kultur beſaßen, wiſſen wir nicht; ſie wurde jedenfalls von der der Arier unterdrückt. Hermann Jacobi hat den allmählichen Siegeszug des Brahmanentums nach dem ſüdlichen Indien anſprechend geſchildert, der nach dem Ausweis epigraphiſcher und archäologiſcher Funde ſchon um die Mitte des dritten vorchriſtlichen Jahrhunderts abgeſchloſſen geweſen ſein muß.[1] Man nimmt im allgemeinen an, daß er auf friedlichem Wege vor ſich gegangen ſei. Aus Gründen, die allerdings mehr auf allgemeinen Erwägungen als ſpeziellen Tatſachen beruhen, iſt es ſchwer, ſich dieſer Anſicht anzuſchließen. Nicht nur die Inſchriften ſpäterer indiſcher Herrſcher, wie der Guptadynaſtie, die vom 4. bis ins 7. Jahrhundert regierten, erzählen von ihrer Waffenluſt, ſondern der fromm gewordene Aſoka von Magadha im 3. Jahrhundert vor unſerer Zeit hatte nach Süden einen Kriegszug unternommen, deſſen Greuel ihm nahegingen und zur Um- und Einkehr führten; es wird nicht der einzige Vorſtoß geweſen ſein, den indiſche Fürſten nach dem frucht- und ſchätzereichen Lande unternahmen. Das indiſche Epos hallt wider von dem Klange kriegeriſcher Taten und erblickt in dem Kampf ein ſelbſtverſtändliches Mittel der Fürſten zur Erweiterung ihrer Macht, ebenſo wie die alten politiſchen Schriften ihn als ultima ratio regum vorſahen. Der indiſche Einfluß ſprang über die Meerenge nach Ceylon und ſanskritiſierte nicht nur deſſen einheimiſche Sprache, ſondern brachte im 3. Jahrhundert v. Chr. durch die Bekehrung der Inſel zum Buddhismus durch Mahinda ſie noch tiefer unter den Einfluß der indiſchen Ideenwelt. In den erſten Jahrhunderten unſerer Zeit ſehen wir indiſche Kolonien in Hinterindien, wir begegnen den Namen indiſcher Fürſtengeſchlechter in einer großen Reihe im Stil der indiſchen Kunſtpoeſie verfaßter Inſchriften und wiſſen von dem gewaltigen

---

[1] „Internationale Wochenſchrift“, 1. April 1911 (5. Jahrg. Nr. 13).

Tempel von Angkor-Vat, deſſen großartige Maße und bilderreiche Ornamente mit der Darſtellung von Szenen aus indiſchen Epen auf alle Kenner den tiefſten Eindruck machen.[1] Den einwandernden Kriegern folgten Indiens Sitten; das alte Recht, Eherecht, Erbrecht verrät noch ſeinen brahmaniſchen Urſprung, und das Mahabharata wurde in Tempeln rezitiert. In ſpäterer Zeit kam der ſüdliche Buddhismus von Ceylon herüber und breitete ſeinen dort noch heute maßgebenden Einfluß aus. Über Malakka hin nahm der indiſche Geiſt ſeinen Zug nach der malaiiſchen Inſelwelt und gelangt auf Java zu beſonderer Blüte. Ein chineſiſcher Reiſender berichtet, daß ſchon im 5. Jahrhundert verſchiedene Arten des Irrtums und der Brahmanismus dort blühten. Die einheimiſchen Dichter entnehmen indiſchen Schriften und Sagen ihre Stoffe, die noch heute in modernen javaniſchen Puppenſpielen fortwirken. Grammatiſche und metriſche Werke ſowie Sanskritinſchriften bezeugen den Einfluß der indiſchen Anſiedler. Schon Wilhelm von Humboldt behandelt in ſeiner berühmten Schrift „Über die Verſchiedenheit des menſchlichen Sprachbaues" die Kawiſprache, die eine Bezeichnung des ganz mit Sanskritworten durchſetzten Altjavaniſchen und die Sprache der Literatur geworden iſt. Neben dem Götterkreis und der Literatur brahmaniſchen Gepräges tritt der Buddhismus in mannigfachen Lebenszeichen hervor und bekundet ſeine einſtige Macht, vor allem in gewaltigen, noch erhaltenen Tempelbauten, von denen der berühmteſte der dem 9. Jahrhundert angehörige Tempel von Boro-Budur iſt, der Gegenſtand der Bewunderung aller Beſucher von Java. Bei näherer Betrachtung, ſo äußert ſich Dahlmann in ſeiner enthuſiaſtiſchen Schilderung, verſchmelzen Architektur und Skulptur zu einem herrlichen Ganzen. Was jeden aufmerkſamen Beſucher ſofort überraſcht und entzückt, das iſt das Ebenmaß, mit dem der Architekt die Steinmaße gliedert, die Leichtigkeit, mit der ſeine Kunſt die breiten Flächen aufgelöſt, die Harmonie, mit welcher er alle architektoniſchen Linien zu einem geſchloſſenen Ganzen verband. Galerie türmt ſich auf Galerie, die Mauerwände der Galerien ſchmückt plaſtiſcher Schmuck in Bilderzyklen. „Der Meißel des Steinmetzen ſpielt mit dem Stein und formt den harten Trachyt wie Wachs in lebensfriſche Geſtalten aller Art um. Wie da alles in flüſſigem Leben zuſammenwirkt, die Vögel auf den Äſten der Bäume, die Rehe im Walde, die Edelleute in koſtbarem Waffenſchmucke vor dem König, die Frauen im Dienſte der Fürſtin ... Von den Fürſtengeſchlechtern, die es errichteten, nicht die leiſeſte Spur. Nur eine vom höchſten Enthuſiasmus getragene Freigebigkeit konnte dieſes Denkmal errichten!" Der Java um 1468 erobernde Mohammedanismus vermochte den indiſchen Charakter der javaniſchen Kultur und ihre Tempel nicht zu vernichten; aber ihre eigentliche Zuflucht bildete die kleine öſtlich von Java liegende Inſel Bali.

---

[1] Ernſt Kuhn, Der Einfluß des ariſchen Indiens auf die Nachbarländer im Süden und Oſten, München 1903. Eine Beſchreibung des Tempels findet ſich bei Joſ. Dahlmann, S. J., Indiſche Fahrten, Freiburg i. Br. 1908, Bd. I.

Wie Java, wurde Sumatra eine Heimat des Hindutums. Die chineſiſchen Wallfahrer, welche nach Indien zogen, um die heiligen Stätten des Buddhismus zu beſuchen, pflegten ſich hier auf ihrer Reiſe aufzuhalten, und einer von ihnen erzählt, daß er ſechs Monate dort blieb, um Sanskrit zu ſtudieren. Von dieſen Inſeln breitete ſich der indiſche Einfluß weiter über den Archipel aus und äußert ſich in mannigfachen mythologiſchen Vorſtellungen und Lehnwörtern, die noch jetzt in der mohammedaniſchen Bevölkerung ihre Rolle ſpielen und ſelbſt zu den Philippinen und nach Madagaskar gewandert ſind.

Damit iſt der Kreis der Einwirkungen indiſchen Geiſtes nicht erſchöpft; ich kann Tibet und Nepal übergehen, deren Kultur ganz unter dem Einfluß des Gangeslandes ſteht, und will auf die viel größeren Länder im Norden und Oſten verweiſen, die Indiens kulturgeſchichtlichen Ruhm verkünden: das iſt China und das nördlich des Himalaja liegende Turkeſtan. Es iſt längſt und nicht nur in Fachkreiſen bekannt, daß der Einfluß Indiens auf China ſich ſchon im 1. Jahrhundert unſerer Zeitrechnung bemerkbar macht, ſeit Kaiſer Ming-ti Geſandte nach Indien ſchickte, um Bücher, Lehrer, Bilder aus Indien in ſein Reich zu holen. Seit jener Zeit hat der aus religiöſem Bedürfnis erwachſene Verkehr zwiſchen beiden Ländern ſich jahrhundertelang fortgeſetzt. Während man in Hinterindien, Java auf die Namen indiſcher Herrſcher ſtößt und wohl auf kriegeriſche Begebenheiten ſchließen darf, handelt es ſich China gegenüber nicht um den Anſturm indiſcher Kämpfer, ſondern um das Vordringen einer rein geiſtigen Bewegung, einer „moraliſchen Eroberung“, die ſich bis an die Küſte des Gelben Meeres fühlbar machte. Edkins berichtet, daß an einem Paß in der Nähe von Peking, durch den die Straße nach der Mongolei führt, eine Inſchrift in ſechs Sprachen dem Wanderer Heil wünſcht und eine der ſechs Sprachen Sanskrit iſt. Der buddhiſtiſche Kanon hat ſeinen Weg nach China gefunden, und er wie andere Werke indiſcher Herkunft haben in das Chineſiſche überſetzt dort die Grundlage des nach China eingeführten Buddhismus gebildet. Im 4. Jahrhundert überſetzt ein in China geborener Inder mit einer Reihe von Gelehrten 300 Bände buddhiſtiſcher Schriften ins Chineſiſche, tritt ein chineſiſcher Reiſender eine Wallfahrt nach Indien an, als wie es ſcheint der erſte einer großen Reihe, die nach dem heiligen Lande ihres Glaubens zogen und von dort indiſche Texte mit nach der Heimat brachten. Die Zahl der buddhiſtiſchen Werke, die nach China wanderten, darf nach Hunderten, ja nach Tauſenden zählen; es wird berichtet, daß während der Jahre 589 bis 619 unter der Suidynaſtie 1950 buddhiſtiſche Schriften aus dem Indiſchen übertragen wurden; der Katalog der chineſiſchen Überſetzung des Tripitaka, der 1883 auf Veranlaſſung des engliſchen Staatsſekretärs verfaßt worden iſt, zählt 1662 Nummern.[1] Die auf dieſem Wege nach China gelangte Literatur iſt jetzt rückwirkend von großer Bedeutung für die Beurteilung und Geſtaltung indiſcher Texte; iſt doch mancherlei, z. B. ein Werk des berühmten nordbuddhiſtiſchen Gelehrten und Dichters Asvaghoſcha nur noch in der chineſiſchen Überſetzung erhalten. Das älteſte, uns vollkommen erhaltene Werk der Sankhyaphiloſophie, auf welche wichtige Grundſätze der buddhiſtiſchen Lehre zurückgehen, die Sankhyakarikas, hat verſchiedene Erklärer gefunden, deren älteſter im Original verloren gegangen, aber in einer chineſiſchen Überſetzung erhalten und aus dieſer von einem gelehrten Japaner für das Studium jenes Werkes vor kurzer Zeit fruchtbar gemacht worden iſt.[1])

---

[1] Max Müller, On Sanscrit texts discovered in Japan, London 1880.

Man ſtudierte damals die alte Sprache Indiens wie in China, ſo in Japan. Es war eine nicht geringe Überraſchung für die Indologen, als es der Umſicht und Unermüdlichkeit Max Müllers mit Hilfe zweier japaniſcher Schüler und ſeiner mannigfachen japaniſchen Beziehungen gelang, auch in japaniſchen Klöſtern alte Handſchriften zu entdecken, die dem 7. Jahrhundert angehörten und die älteſten waren, die damals von einem indiſchen Texte erhalten waren. Es iſt hier nicht der Ort, über dieſen Erfolg des deutſch-engliſchen Gelehrten zu berichten; es ſollte nur gezeigt werden, wie auch in Japan, das von Korea aus zum Buddhismus bekehrt worden war, ſich der ehemalige Einfluß des indiſchen Geiſtes zur Geltung gebracht hat. Freilich, größer noch war die Überraſchung, als einige Jahrzehnte ſpäter auf einem ganz anderen Boden Zeichen altindiſchen Lebens in noch umfangreicherem Maße zutage traten. Wir verdanken ſie den wiederholten Forſchungsreiſen ruſſiſcher, engliſcher und deutſcher Gelehrter, die an den Rändern der Wüſte von Oſt-Turkeſtan epochemachende Ausgrabungen veranſtalteten und eine ganze Welt verſunkener Kulturen wieder an das Tageslicht brachten. Seit meine oben angeführte akademiſche Rede einen flüchtigen Überblick über dieſe Dinge gab, haben dank Männern, wie Stein, Grünwedel, von Le Coq, Huth, ſo wichtige und nahezu unerſchöpfliche Funde die Welt überraſcht, daß es ſcheint, als ob den großen Forſchern nicht der Dank und Ruhm zuteil geworden wäre, der ihnen gebührt und ſich leider nur auf die engſten Kreiſe beſchränkt. Die erwähnte Univerſitätsrede Geigers ſowie die Akademierede Lüders' ſind vortrefflich imſtande, weiteren Kreiſen einen Überblick über dieſe Funde zu geben. Mit Recht ſagt Lüders, daß kein anderes Unternehmen der letzten zwanzig Jahre ſo befruchtend auf den verſchiedenſten Gebieten der indiſchen, der romaniſchen und der oſtaſiatiſchen Altertumswiſſenſchaft gewirkt habe, dem Auge des Forſchers ſo ungeahnte Welten erſchloſſen und ſo tiefe Einblicke in die Zuſammenhänge zwiſchen Oſt und Weſt eröffnet habe, wie die archäologiſche Erforſchung Zentralaſiens.

Dem Verfaſſer dieſer Zeilen iſt es in dieſem Zuſammenhange nicht um die großen religionsgeſchichtlichen oder ſprachlichen Fragen und Aufklärungen, welche ſich aus den Funden ergeben und noch auf Jahrzehnte hinaus die Forſcher beſchäftigen werden, zu tun, ſondern um die Tatſache, daß auch hier Indien mit ſeiner Sprache und Schrift, mit ſeiner Religion und Kultur einen wichtigen Einſchlag im Leben jener dort zuſammentreffenden Völker gebildet hat.

---

[1]) Garbe, Die Sankhyaphiloſophie, S. 85.

Städtiſche Leſe… BERL… Mohr…

Wie natürlich, behaupten die buddhiſtiſchen Schriften unter der Fülle von Dokumenten indiſchen Urſprungs einen beſonderen Vorrang. Sie ſind vor allem dadurch wichtig, daß ſie die Überlieferung einer beſonderen Schule darſtellen und nicht Überſetzungen des Palikanons ſind, ſondern unabhängig von dieſem und mit dieſem auf eine gemeinſame Überlieferung zurückgehen, ſo daß die Lehre Buddhas, wie ſie in den erſten vorchriſtlichen Jahrhunderten beſtand, ſich in gewiſſem Umfange wiedergewinnen läßt. Abgeſehen davon erweiſen Funde anderer Art die Bedeutſamkeit indiſchen Einfluſſes auf Zentralaſien: aus offiziellen und privaten Schriftſtücken, Verfügungen und weiteren juriſtiſchen Dokumenten erſchließt man die Anweſenheit einer indiſchen Bevölkerung im 3. Jahrhundert unſerer Zeit in Chotam. Von einem Intereſſe, das weit über dieſe Tatſache hinausgeht, ſind die Bruchſtücke indiſcher Dramen, welche von der Turfanexpedition mitgebracht und von Lüders entziffert ſind. Eines davon gehört dem großen Lehrer des nördlichen Buddhismus, dem genannten Aſvaghoaſcha, an, der im 2. Jahrhundert unſerer Zeit lebte, und beweiſt, daß Kalidaſa nicht der erſte Dramatiker Indiens war, ſondern ſchon Jahrhunderte vor ihm das Drama in denſelben Formen, in denen wir es ſpäter kennen lernen, beſtanden hat.

Der flüchtige Überblick, der hier gegeben iſt, ſoll nur die Einwirkung des indiſchen Geiſtes auf die an Indien angrenzenden und darüber hinausliegenden Länder andeuten und zu dem Gedanken anregen, ob durch noch ſo große, rein kulturelle Eroberungen Größe und Anſehen eines Landes in dem Grade, daß ſie ſeine Selbſtändigkeit verbürgen, gewahrt werden kann.

Man hat uns darauf verwieſen, daß wir Kulturpolitik treiben und moraliſche Eroberungen machen ſollen. Der Philoſoph Graf Hermann Keyſerling will dem Deutſchen andere Wege und ſeine wahre politiſche Miſſion zeigen. Er hofft auf eine Zeit, wo Politik überhaupt als ſubalterne Tätigkeit erſcheinen, politiſche Befähigung keinen Titel zur Höchſtſtellung konſtituieren würde, und führt das Zeugnis eines ſüdindiſchen Brahmanen an, der die engliſchen Beherrſcher keineswegs fortwünſcht; zu dem, was die Engländer dort tun, „ſeien die Inder zu tief, zu vornehm, zu fein, den Engländern mache ihre Schutzmannstätigkeit ſogar Freude“![1] Ich weiß nicht, ob ein Inder dem Europäer die Geheimniſſe ſeines Herzens ſo ganz offen anvertraut hat; das bekannte Lied bande mátaram in Verbindung mit den Beſtrebungen der indiſchen Nationalpartei weiſt jedenfalls in anderer Richtung; aber wenn er es auch getan hätte, ſo würde er ſo unrecht wie Graf Keyſerling mit ſeinem Vorſchlage haben, weil mit dem Aufhören der politiſchen Selbſtändigkeit und des ſtaatlichen Machtwillens der Verfall geiſtiger Wirkſamkeit und das Nachlaſſen moraliſcher Eroberungen beginnt. Dafür iſt Indien der beſte Zeuge. Die Zeiten, wo ſein Licht den ganzen Oſten beſtrahlte, waren die der eigenen ſelbſtändigen Königreiche. Vom 4. bis 7. Jahrhundert unſerer Zeit regierten die

---

[1] Deutſchlands wahre politiſche Miſſion, S. 18, 19.

„die Erde erobernden" Könige der einheimiſchen Guptadynaſtie über ein großes, weithin ſich erſtreckendes Reich, in deſſen Grenzen Kunſt und Wiſſenſchaft blühte und einer ſeiner größten Dichter, Kalidaſa, ſeine unſterblichen Werke ſchuf. Viele Jahrhunderte vorher herrſchte in Magadha König Aſoka, der nach kriegeriſchen Erfahrungen ſich dem Buddhismus zuwendete und durch die Ausſendung von Miſſionaren zur Ausbreitung dieſes Glaubens in der buddhiſtiſchen Welt zu großer Berühmtheit gelangt iſt. Wiederum erblühte im 7. Jahrhundert ein neues ſtarkes Hindureich unter König Harſcha, der von 606 bis 648 lebte und in Verwaltung wie Unterrichtsweſen ſein Land ſorgſam förderte. Er war ein Schutzpatron der Gelehrſamkeit und ſelbſt ein dramatiſcher Schriftſteller von noch heute nicht erloſchenem Ruhm. An ſeinem Hofe lebte Bana, der eine poetiſche Beſchreibung von Harſchas Leben gab und ſelbſt einer der Dichter war, die jene Zeit ſchmückten. Aber Indiens Stern erblich, als ſeine Selbſtändigkeit dahinſank; es hörte auf, eine Lehrmeiſterin des Oſtens zu ſein und ſeine eigene Kultur zu leben, als fremde Eroberer eindrangen, es überwältigten und ſeine Eigenart ſtörten. Trotz mancher hervorragender Namen fing es an, von der Vergangenheit zu zehren und ſozuſagen ein antiquariſches Daſein zu führen. Eine neue, aber nicht glückliche Periode ſeiner Geſchichte leitete der Einbruch der Bekenner Mohammeds ein, die den Norden verwüſteten und ſeine Schätze raubten, die keinen Reſpekt vor der Geiſtigkeit Indiens hatten, ſondern nach ſeinen Reichtümern verlangten. Mit Mahmud von Ghazni, Ende des 10. Jahrhunderts, begann die Schar dieſer Eroberer, die endloſe Beutezüge nach Indien machten, die Götterbilder zerſtörten und Indiens Kultur verwüſteten; ſie gründeten neue Fürſtentümer und erhoben Delhi, den alten heiligen Boden des Hindulandes voll poetiſcher Erinnerungen, zu ihrer Reſidenz; eine Dynaſtie folgte der anderen; Kampf und Streit durchzitterte den Norden und machte ſich bis weit in den Süden auf Koſten indiſcher Art fühlbar. Zuletzt (1526—1759) kam die Zeit der großen Mogulkaiſer, die ihre indiſchen Sitze Delhi und Agra mit Wunderbauten ſchmückten, der größte unter ihnen, ein hochgeſinnter Herrſcher, Kaiſer Akbar, welcher mit Perſern, Hindus, Dſchainas und Chriſten in Verbindung trat und Religionsfreiheit verkündete, ein großer Feldherr und zugleich ein großer Regent, der eine muſterhafte Ordnung nach allen Seiten anſtrebte und auch ſchuf. Aber wir hören nichts mehr von geiſtiger Blüte Indiens. Sie war mit ſeinem Eigenleben zerſtört.

Eine neue Periode in der Geſchichte des Landes hatte ſich inzwiſchen angekündigt, als am 20. Mai 1498 Vasco da Gama vom Deck ſeines Schiffes die Ghats von Indien ſichtete und den Seeweg nach Indien entdeckte, der mohammedaniſchen Welt die Gewalt über den Indiſchen Ozean entriß und die Herrſchaft des Abendlandes brachte. Erſt kamen die Portugieſen, Almeidas, Albuquerques Namen dringen an unſer Ohr. So rühmlich wie die Geſinnung Xaviers, des Apoſtels von Indien, ſo unrühmlich war die ſeiner Landsleute; „kein Greuel, mit dem ſie ſich nicht befleckt hätten," es kamen die Holländer, die Franzoſen, die Engländer; an der Oſtküſte Indiens donnerten die Kanonen der engliſchen Schiffe gegen die Franzoſen, eingeborene Fürſten und Truppen kämpften gegeneinander unter engliſcher und franzöſiſcher Führung: das Feld behaupteten die Engländer, ſie wurden die Herren des Landes und wateten durch indiſches Blut. Sie waren nicht dahin gegangen, um dem Genius Indiens zu huldigen und von ſeiner Geiſtigkeit zu lernen, ſie kamen um des Handels willen und behielten es darum. Indiens große Kultur, ſeine Leiſtungen auf allen Gebieten der Wiſſenſchaft, die noch heute fruchtbringend für viele unſerer Arbeiten ſind und reiche Anregungen geben, hatten es nicht davor bewahrt, der Fremdherrſchaft zu verfallen.

Man wird nicht blind ſein für die Vorteile, die Indien von dieſer Herrſchaft empfängt; denn ſie verbürgt ihm Landfrieden und allgemeine Sicherheit, ſie hat ein großes Wegnetz geſchaffen, Eiſenbahnen und befruchtende Kanäle gebaut, alle Zwiſchenzölle abgeſchafft, ſie bedeutet die Einfügung in ein gewaltiges Reich und den Anſchluß an ein europäiſches Land mit ſeinen Hilfsmitteln — Kalkutta war vor 200 Jahren ein elendes Fiſcherdorf und iſt heute eine glänzende Stadt —, aber ſie zerſtört auch die Blütenkrone des Eigenlebens, in dem ein Staat oder Land allein ſein Höchſtes zu leiſten und zu geben, ſeine eigenen Vorzüge zu entfalten vermag: im Leben der Völker ſowie im Leben des einzelnen. Nur als freier Mann vermag der einzelne ſeine Gaben zu entwickeln, ſeine Fähigkeit dem Ganzen dienſtbar zu machen; als freies, von keiner fremden Hand geleitetes Land kann ein Volk Kulturdienſte leiſten; Fremdherrſchaft hält die Kronen der Bäume, die nach oben ſtreben, mag ſie noch ſo wohlwollend ſein, nieder, ſie kommt um eigenen Intereſſes willen, behält die höchſten Ämter für ſich, bringt auch unwillkürlich ihren Geiſt zur Geltung und wirkt mit ihm auf die Untergebenen, die nach der neuen Sonne zu ſchauen ſich bewogen fühlen und fühlen müſſen. Er ſpricht ſich in Handel und Wandel aus, zwingt zur Erlernung der Sprache der neuen Herren und Beſchäftigung mit deren Anſchauungen und macht ſich in der Geſtaltung des Unterrichts fühlbar. Als Lord Macaulay einſt den hochmütigen Ausſpruch tat, daß „eine einzige Bücherreihe einer europäiſchen Bibliothek mehr wert ſei als die geſamte Literatur Indiens und Arabiens“, zeigte ſich die Geringſchätzung indiſcher Kultur und der allmählich eingeſchlagene falſche Weg für die Ausgeſtaltung des indiſchen Unterrichts. Tatſächlich hat ein fremdes Zepter kein Intereſſe an dem, was die Unterworfenen bewegt, ſoweit es nicht ſeinem eigenen Nutzen dient. Von den Einkünften Indiens von etwa 1600 Millionen Mark fallen nur etwa 80 auf die Förderung des einheimiſchen Unterrichts von 300 Millionen Untertanen. Nach dem Maßſtab Preußens gemeſſen, das 1914 für ſeine 40 Millionen Einwohner 303 Millionen Mark, abgeſehen von den reichen Aufwendungen der Kommunen, ausgab, müßten es etwa ſiebenmal mehr, alſo ſtatt 80 rund 560 Millionen ſein. Die Zahl der Analphabeten iſt darum hoch: von der männlichen Bevölkerung können etwa 11 Prozent, von der weiblichen 1 Prozent leſen und ſchreiben, während in den einheimiſchen

Staaten unter dem Schirm ihrer eigenen Fürſten das Verhältnis viel beſſer, wenn auch nicht befriedigend iſt. Unmittelbarer aber als im niederen zeigt ſich die Einwirkung noch im höheren Unterricht.

Wir wollen, daß unſere Kinder im deutſchen Geiſt, nicht in franzöſiſchem oder engliſchem erzogen werden; dennoch iſt der Abſtand zwiſchen dieſen Völkern im Verhältnis zu dem, der in Indien zwiſchen Herrſchern und Beherrſchten beſteht, gering; denn die Söhne brahmaniſcher Kultur leben in einem ganz anderen Vorſtellungskreis; ſie haben ihre eigenen großen, aus ihrem eigenen Geiſt entſprungenen philoſophiſchen Syſteme und werden nun angehalten, Mill und Locke zu ſtudieren, ſie beſitzen ihre großen Epen und Dramatiker und müſſen mit Shakeſpeare ſich vertraut machen. Dies Syſtem befruchtet nicht den indiſchen Geiſt, der aus einheimiſchen Quellen allein geſpeiſt werden kann, ſondern zerſtört ihn und ſeine Eigenart, und ſelbſt ein ſo wohlwollender Beurteiler wie Konow ſagt in ſeinem „Indien“, S. 77: „Nur zu oft können wir beobachten, daß das Reſultat der ganzen [heutigen] höheren Bildung der Inder ein Zerrbild der europäiſchen Kultur iſt, wobei jede harmoniſche Grundlage fehlt.“ Schon vor Jahren klagte ein Bengale in der „India“ vom September[1]) 1892: „Wir haben tatſächlich die Regeln und Geſetze der University of London nach Indien verpflanzt und dürfen nicht überraſcht ſein, wenn das ausländiſche Gewächs ſich unter uns als ein Giftbaum erweiſt. Wir empfangen eine große Maſſe unverdauten Wiſſens in einer Sprache, die nicht die unſere iſt, die wir nicht zu unſerem Nutzen verwenden können, und die uns nur Anſtellungen in dieſem oder jenem Dienſt ſichert. Dieſes unverdaute Wiſſen koſtet uns unſere Geſundheit, unſere Manneskraft und den geſunden, wohltätigen Einfluß unſerer alten Familieneinrichtungen; es macht uns ungeeignet für den Wettkampf des Lebens, beſchwert unſer Gedächtnis und unſeren Verſtand.“ Und ein anderer, den der genannte „Viator“ anführt, äußert mit gleicher Schärfe im Jahre 1916 über das Erziehungsſyſtem, „daß es bei der weitaus größten Zahl derer, die ſich ihm unterwerfen, jede Fähigkeit für die Würdigung indiſcher Kultur zerſtört. Sprich mit dem Durchſchnittstyp des Inders, der an einer indiſchen Univerſität promoviert hat, oder mit einem Studenten von Ceylon von den Idealen des Mahabharata, und er wird nichts Eiligeres zu tun haben, als ſeine Kenntniſſe von Shakeſpeare zu demonſtrieren; bringe das Geſpräch auf Religionsphiloſophie und es ſtellt ſich heraus, daß er ein plumper Atheiſt von der ungeſchliffenen Sorte, wie ſie vor einer Generation in Europa Mode war, daß er nicht nur keine Religion beſitzt, ſondern daß er ſo wenig philoſophiſches Bedürfnis und Intereſſe hat, wie der Durchſchnittsengländer ...“ Unter der Fremdherrſchaft verſinkt die einheimiſche, nationale Kultur.

De te, Germane, fabula narratur.

Man ſage nicht, daß die Deutſchen doch etwas anderes als die Inder ſeien. Die Inder hatten ſchon ihre zweite Blüte hinter ſich, ehe die Zeit Karls des

---

[1]) Hillebrandt, Alt-Indien, Breslau 1899, S. 27.

Großen einſetzte; ſie waren tapfere Krieger, wie manche Seite ihrer Geſchichte bis in die neuere Zeit uns lehrt, ganz wie wir. Aber ſeine Kraft und ſeine Kultur konnten nur blühen, ſolange einheimiſche Fürſten ihre Hand über das Land zu halten und das Erdreich zu behüten vermochten, in dem allein ein Volksſtamm ſich zu Anſehen unter den Völkern erhebt und kulturpolitiſche Aufgaben erfüllen kann. 1846 hatten Kant und Goethe ſchon gelebt. Dennoch konnte Fallmerayer ſchreiben, die Deutſchen ſeien in der öffentlichen Meinung Europas auf Null geſunken und im großen Wechſelſpiel der Weltgeſchichte von niemand mehr in Rechnung gebracht,[1] 1859 läßt Friedrich Hebbel den aus Amerika heimkehrenden Tiſchler gegen Chriſtian mit bitteren Worten den Tod des Schmiedes beklagen:

„Und wir Deutſche beſonders, wir müſſen uns ducken und drücken
Wie die Hunde bei uns! Denn wäre der Schmied nur ein Franzmann
Oder ein Beefſteakfreſſer, ſo würden ſchon ganze Armeen
Über die See geſchickt, doch auf der Leiche des Deutſchen
Legt der Mörder ſich ſchlafen und keiner ſtört ihm die Ruhe.“

Da kam die ſtarke politiſche Hand, ſie trug das ſchwarzweiße Banner und ſchuf die Kaiſerkrone, die die deutſche Kultur über Land und Meere ſchützte. Seit dem 9. November 1918 wieder „legt auf der Leiche des Deutſchen der Mörder ſich ſchlafen und keiner ſtört ihm die Ruhe“.

Ich ſchließe mit einem Worte des ſchon genannten „Viator“, der von Deutſchen und Indern ſagt: „Beide Völker aber werden immer eingedenk ſein müſſen, daß der Ruhm, das Vaterland Dürers, Kants, Goethes und Schillers zu ſein, Deutſchland ſo wenig von dem Elend fremder Knechtſchaft (1806) bewahrt hat, wie der Glanz, der Buddha, Valmiki, Schankara und Kalidaſa umleuchtet, vermocht hat, Indien vor der Unterjochung durch die Fremden zu behüten. Beide, Deutſche wie Inder, müſſen ſie erkennen, daß im Leben der Völker politiſche Tugenden den Ausſchlag geben.“

Die kritiſchen Tage in Serbien

Erinnerungen von

Freiherrn v. Grieſinger, Geſandter z. D.

Im Zuſammenhang mit den Veröffentlichungen, die ſich in jüngſter Zeit mit dem Ausbruch des Weltkriegs beſchäftigten, iſt mir wiederholt die Frage vorgelegt worden, wie ſich denn die Ereigniſſe an dem Ort abgeſpielt haben, an dem der Funke aufſprang. Die leidenſchaftliche Erregung, die ſich beim Bekanntwerden des öſterreichiſch-ungariſchen Ultimatums an Serbien aller Teile Europas bemächtigte, hatte mit einem Schlage die gewaltigen Gegenſätze unter den Großmächten in die Erſcheinung treten laſſen. Was ſich an Unzufriedenheit und Mißgunſt, insbeſondere gegenüber dem emporgewachſenen Deutſchland aufgeſpeichert hatte, brach elementar hervor. Der öſterreichiſch-ungariſche Schritt als Sühne für zweifellos erlittene Unbill und als Zukunftsſicherung gedacht, war mit ſo wenig ſtaatsmänniſcher Überlegung und einem ſolch rückſichtsloſen Draufgehen erfolgt, daß ihm von vornherein die Sympathien der Welt fehlen mußten. Kein Wunder, wenn es ſo leicht gelang, das Ultimatum als brutalen Gewaltakt der übermächtigen Großmacht gegen den ſchwachen Nachbarn darzuſtellen, die beutegierig ihre Hand nach ſerbiſchem Beſitz ausſtreckte. Der öſterreichiſch-ungariſch-ſerbiſche Konflikt war nur noch äußerer Anlaß, ſeine Lokaliſierung eine Unmöglichkeit geworden. Es mag daher angeſichts des verlorenen Kriegs müßig erſcheinen, die Frage aufzuwerfen, ob nicht vielleicht bei geringerer Rückſichtnahme auf die Großmachtempfindlichkeit des Bundesgenoſſen ein geſchicktes Dazwiſchentreten in zwölfter Stunde die Kataſtrophe hätte vermeiden laſſen. Immerhin will ich verſuchen, auf Grund meiner Erinnerungen möglichſt getreu die einzelnen Momente in den kritiſchen Tagen zu erzählen.

---

[1] Hillebrandt, Fürſt Bismarck. Breslau 1915, W. G. Korn.

I.

Es war am Sonnabend, den 25. Juli 1914. Ich hatte eben meinem öſterreichiſch-ungariſchen Kollegen, der die auf das Ultimatum erteilte Antwort Serbiens für unbefriedigend erklärt hatte, das Geleite zur Bahn gegeben. Die Straßen dahin waren voll zahlreicher Menſchengruppen, die ſich lebhaft geſtikulierend hin und her ſchoben, und auf dem Bahnhof ſelbſt hatte ich manchen den Zug beſteigen ſehen, der ſich früher nicht genug in Serbophilie hatte leiſten können und jetzt vorzog, dem bedrohten Lande den Rücken zu kehren. Die Stimmung war eine unruhige, zugleich aber unverkennbar gedrückte. Das Ultimatum der Donaumonarchie war wie eine Bombe eingeſchlagen; nichts war vorbereitet, und die Abreiſe des Geſandten galt der Bevölkerung als der Auftakt für den ſofortigen Einmarſch der öſterreichiſch-ungariſchen Armee. Noch war der Wortlaut der ſerbiſchen Antwort nicht veröffentlicht, aber man wußte, daß ſie nach ſerbiſchen Begriffen bis an die Grenze des Möglichen gegangen war. Als ich in die deutſche Geſandtſchaft zurückgekehrt war, fand ich verſchiedene meiner Kollegen dort vor. Die ſerbiſche Regierung hatte uns wiſſen laſſen, daß ſie mit Rückſicht auf die exponierte Lage der Landeshauptſtadt an der Landesgrenze die ſofortige Verlegung des Regierungsſitzes nach Niſch beſchloſſen hatte, und ſchon auf dem Bahnhof hatte ich einen Zug mit geheizter Lokomotive bereit ſtehen ſehen, der die Miniſter im Laufe der Nacht nach Niſch bringen ſollte. Das diplomatiſche Korps hatte die Aufforderung erhalten, die Regierung nach Niſch zu begleiten, und war eingeladen worden, noch vor Mitternacht, für welche Zeit der Beginn der ſerbiſchen Mobiliſierung angeſagt war, ſich zur Fahrt dahin bereit zu machen.

Im Kreis der bei mir verſammelten Kollegen herrſchte, als wir eingehend und in Ruhe die ſerbiſche Antwort beſprachen, übereinſtimmend die Anſicht, daß Baron Giesl ſeine Abreiſe übereilt habe. Uns allen ſchien das Entgegenkommen Serbiens ein ſehr weites, und die Friſt, die ſich unſer öſterreichiſch-ungariſcher Kollege zum Studium und der Überprüfung der ihm gegebenen Antwort genommen hatte, eine unverhältnismäßig kurze. Wir waren alle der Meinung, daß wir dazu länger gebraucht hätten, und wir konnten uns ſchon damals des Eindruckes nicht erwehren, daß er von vornherein dahin inſtruiert war, einfach abzureiſen, wenn das Ultimatum nicht ſozuſagen glatt geſchluckt würde. Die mittlerweile erfolgten Veröffentlichungen beſtätigen auch die Richtigkeit unſerer Auffaſſung.

Dagegen war die Täuſchung, der wir uns mit unſeren Annahmen nach anderer Richtung hingaben, um ſo vollſtändiger. Nahezu vier Wochen waren ſeit dem verabſcheuungswürdigen Attentat von Sarajevo vergangen. Nichts war in dieſer Zeit aus Wien verlautet über die Genugtuung, die man ſich zu verſchaffen gedachte. Da war plötzlich das Ultimatum eingetroffen, das mit einer Gründlichkeit und Schärfe Bedingungen formulierte, an deren glatte, widerſtandsloſe Annahme ſelbſt das naivſte Gemüt nicht zu glauben vermochte. So erſchien es uns nahezu ſelbſtverſtändlich, daß gleichzeitig mit der Vorbereitung des diplomatiſchen Schrittes in nicht minder gründlicher Weiſe der zu deſſen Durchſetzung beſtimmte militäriſche vorgeſehen ſein mußte. Erſt vor kurzem hatte der öſterreichiſche Militärattaché in Belgrad, der zu den bosniſchen Manövern befohlen war, von deren glänzendem Verlauf begeiſterte Schilderungen entworfen. Dort ſtand alſo eine geſchulte Truppenmacht bereit, und dieſe zuſammen mit den anderen Truppenkörpern an der ſerbiſchen Grenze konnte nach unſerem Laienverſtand doch genügen, um ſich das erforderliche Fauſtpfand zu ſichern und dadurch Serbien zur Gewährung der geforderten Genugtuung zu zwingen. Wer den Zweck wollte, der mußte die nötigen Mittel zu ſeiner Erreichung bereithalten. Aus dieſen Erwägungen heraus nahmen wir den alsbaldigen Einmarſch der Öſterreicher in ſichere Ausſicht, zumal dieſe ja wiſſen mußten, daß Serbien unvorbereitet und ungerüſtet war. Dementſprechend traf ich meine Maßnahmen; ich beſchloß, mit der Regierung, die für 11 Uhr abends dem diplomatiſchen Korps einen Extrazug nach Niſch angeboten hatte, dorthin in Begleitung des Militärattachés und des Dragomans zu fahren. Legationsſekretär, Konſul und Kanzleibeamte mit ihren Familien blieben in Belgrad, ebenſo meine Frau. Nun galt es noch vor Abgang des Zugs nach Niſch die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutze der deutſchen und öſterreichiſch-ungariſchen Kolonie zu treffen, deren Intereſſen mir nach Abreiſe der öſterreichiſch-ungariſchen Vertretung übertragen waren — übrigens das einzige informative Lebenszeichen, das mir in der ganzen Zeit vom Sarajevo-Attentat bis zu meiner Abreiſe aus Serbien von meiner Regierung zuging. Es erſchien einerſeits nicht ausgeſchloſſen, daß bei Beginn der Feindſeligkeiten ſich Ausſchreitungen der Belgrader Bevölkerung gegen die Staatsangehörigen der

Zentralmächte ereignen könnten, andererſeits beſtand im Falle einer Beſchießung der Stadt durch die öſterreichiſchen Donaumonitore Lebensgefahr für unſere verſtreut an den Flußufern der Donau und Save und auf dem Höhenrücken der Stadt wohnenden Landsleute. Glücklicherweiſe befanden ſich die beiden Geſandtſchaften der Zentralmächte in unmittelbarer Nachbarſchaft und war öſterreichiſcherſeits allgemein bekannt, daß ihre Lage durch eine hohe, weithin ſichtbare Pappel gekennzeichnet war. So war zu hoffen, daß bei Belegen der Stadt mit ſchwerem Feuer dieſer Teil ſchonende Berückſichtigung finden würde. Ich vereinbarte daher mit den zurückbleibenden Beamten, daß für den Fall eines Bombardements die deutſchen und öſterreichiſch-ungariſchen Staatsangehörigen nach Möglichkeit in den beiden Geſandtſchaften und den dazu gehörigen Gebäulichkeiten untergebracht werden ſollten. Auch ſtanden für die äußerſte Not die beiden großen Gärten zur Verfügung, da wir uns ja mitten im Sommer befanden. Dieſe Maßnahme hat ſich als durchaus zweckmäßig erwieſen, wenngleich die Durchführung in der Folge zu allerhand unerquicklichen Begleiterſcheinungen geführt hat. Man hatte eben bei allem, was man vorauszubeſtimmen und vorzukehren hatte, immer mit einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit gerechnet. Man erwartete den öſterreichiſchen Einmarſch, der uns angeſichts der bereits ſo weit getriebenen Aktion als das einzig mögliche erſchien, und dies bot mir die beruhigende Gewähr, die mir anvertrauten Intereſſen alsdann in Sicherheit zu wiſſen.

Wie hatte es aber in Wirklichkeit ausgeſehen? Nichts war vorgeſehen, nichts war vorbereitet, nichts gerüſtet. In Semlin, am Sitze eines Brigadeſtabs, befanden ſich am 25. Juli — ſage und ſchreibe! — zwei Kompagnien Infanterie mit ein paar Maſchinengewehren und eine Eskadron Kavallerie. Die Donauflottille lag in Neuſatz an der ungariſch-ſlowakiſchen Grenze.

Bald nach 10 Uhr fuhr ich zur Bahn. In den Straßen herrſchte dichtes Gedränge; der Platz vor dem Bahnhof ſchwarz von Menſchen, durch die ſich der Wagen mit Mühe ſeinen Weg bahnte. Nur langſam gelang es mir und meinen Begleitern, auf den Bahnſteig zu gelangen. Und dort welcher Anblick! Männer, Frauen, Kinder, alles wirr durcheinander, bepackt mit allem denkbaren Hausgerät vom einfachen Teppich bis zum Vogelbauer mit dem unvermeidlichen Kanarienvogel darin, Hunde, Katzen, Hühner, Badewannen, Koffer, Kiſten, Tragſäcke, Bettſtücke, an denen man ſich vorſichtig vorbeiquetſchte. Kurz, das Bild der panikartigen Flucht einer kopfloſen Bevölkerung! Als der für das diplomatiſche Korps beſtimmte Zug in die Halle fuhr, war er plötzlich von den verängſteten Menſchen geſtürmt, die bereits die Öſterreicher und die ihnen ſo wenig grünen Ungarn im Nacken fühlten. Nur mit äußerſter Anſtrengung und dank dem vermittelnden Eingreifen des Handelsminiſters gelang es mir und ſechs Kollegen, in einem Abteil zweiter Klaſſe Unterkunft zu bekommen in der Weiſe, daß zunächſt mein Diener von uns hoch gehoben durch das Fenſter in das Abteil kletterte, wir ihm unſer Gepäck nachreichten, und dann einer nach dem anderen denſelben Weg einſchlug.

Gegen Mitternacht endlich ſetzte ſich unter den verwünſchenden Zurufen der Zurückbleibenden der Zug in Bewegung, vollbeſetzt bis auf die Puffer der Lokomotive und die Trittbretter und Dächer der Waggons. Zu neunt ſaßen wir in unſerem Abteil zuſammengepfercht mit hochgezogenen Beinen; die Zwiſchenräume zwiſchen den Sitzen waren mit Gepäck ausgefüllt. Friedlich ſchlummerten im Laufe der Nacht müde Häupter auf den Schultern ſpäterer Feinde.

II.

Um 8 Uhr früh trafen wir mit völlig zerſchlagenen Gliedern in Niſch ein. Der Zug mußte ſofort geräumt werden. Das Gepäck wurde einfach auf den Bahnſteig geſtellt, der ſich wie eine Auswandererhalle ausnahm. Mit der Geſtellung des Zuges war die Fürſorge der ſerbiſchen Regierung für das diplomatiſche Korps erſchöpft. Man hatte uns nach Niſch gebracht, nun mochte jeder ſehen, wo er unterkam. Niſch war natürlich auf einen derart ſtarken Fremdenzuzug nicht gefaßt, und die wenigen, halbwegs beziehbaren Gaſthäuſer waren in einem Nu beſetzt. Vorſichtigerweiſe hatte ich noch am Vorabend an den Verweſer des öſterreichiſch-ungariſchen Konſulats telegraphiert und ihn um Quartier gebeten. Das Telegramm war zwar nicht angekommen, aber als ich mich mit meinen zwei Begleitern auf dem Konſulat einſtellte, fanden wir dort gaſtliche Aufnahme. Ich übernahm ſofort Wohnung und Geſchäfte von dem Konſul, und im Laufe des folgenden Tages verließ er mit ſeiner Frau Serbien, nachdem es unſeren vereinten Bemühungen gelungen war, noch für eine Anzahl öſterreichiſch-ungariſcher Staatsangehöriger die Erlaubnis zur Ausreiſe zu erwirken. Nicht ſo gut wie uns Deutſchen war es meinen Kollegen ergangen. Soweit ihre Staaten keine konſulariſche Vertretung in Niſch beſaßen, hatten ſie ſich auf die Suche nach Unterkunft begeben müſſen, und nur ein Teil war im Gaſthauſe untergekommen. Ganz erſchöpft erſchien gegen Mittag mein italieniſcher Kollege bei mir und bat um Unterſtand, der ihm auch gewährt werden konnte. Bis zu meinem Weggang aus Niſch haben wir friedlich und ſchiedlich zuſammengehauſt, und in einer ſentimentalen Anwandlung hat er bedauernd eines Tages verſichert: „Moi, je ne fais pas la politique de mon pays.“ Der Grieche fand Unterſchlupf bei einem Apotheker, der Türke bei einem Arzt. England und Frankreich allein kamen im Hotel unter. Nur für den ruſſiſchen Geſchäftsträger hatte die ſerbiſche Regierung Räumlichkeiten im alten Schloß zur Verfügung geſtellt, aber ſehr komfortabel war es nicht. Denn Herr v. Strandtman gab uns am zweiten Tage bereits eine draſtiſche Schilderung über den geſunden Appetit der zahlreichen Ratten, die ſich in der vergangenen Nacht mit ſeinen Stiefeln beſchäftigt hatten.

Die befeſtigte Stadt Niſch liegt in einer weiten Ebene, umkränzt von hohen kahlen Bergen. Nach Oſten, Bulgarien zu, ſind dieſe mit modernen Forts verſehen, während nach der Nordweſtſeite, von der der Angriff der Öſterreicher erwartet wurde, die Stadt nur ungenügend durch die alte Feſtung geſchützt iſt. In der Stadt herrſchte am Sonntag, den 26. Juli, dem Tag unſerer

Ankunft, ein lebhaftes Treiben. Der Bevölkerung war der Gedanke, daß der Krieg vor der Türe ſtehe, noch nicht zum Bewußtſein gekommen. Überall ſah man geputzte Menſchen. Die Wirtshäuſer und Cafés waren voll. Zigeuner fiedelten an allen Orten und Enden, und ſogar ein wirkliches Theater neben einem Kino ſpielte uns abends im Garten des Hotel Europa eine chauviniſtiſche Komitadſchikomödie vor, deren Text aus der Feder des Herrſchers der Schwarzen Berge ſtammen ſollte.

III.

Auf Montag, den 27., war die Eröffnung der Skupſchtina im Saale des Militärkaſinos anberaumt. Als ich mich zu Fuß dahin begab, begegnete ich unterwegs dem ſtellvertretenden Miniſterpräſidenten und Finanzminiſter Patſchu, einem körperlich ſchwerfälligen, geiſtig aber um ſo regeren Mann, der wie Clémenceau in ſeiner Jugend die Ärztepraxis mit der Politik vertauſcht hatte und mit dem ich ſtets beſonders gute Beziehungen unterhalten hatte. Er forderte mich auf, in ſeinen Wagen zu ſteigen, und ließ dieſen einen längeren Umweg fahren, um ſo ungeſtört unter vier Augen die augenblickliche Lage mit mir zu beſprechen. Er leitete das Geſpräch mit der Verſicherung ein, daß Serbien in ſeiner Antwort bis an die äußerſte Grenze des Möglichen gegangen ſei und nahezu in allen Punkten weiteſtes Entgegenkommen bewieſen habe, und polemiſierte dann ſehr ſcharf gegen das öſterreichiſche Vorgehen. Mein öſterreichiſcher Kollege habe einfach „Nein“ geſagt und durch ſeine Abreiſe den Faden abgeriſſen, ohne daß man jetzt wiſſe, wo man ihn wieder anknüpfen könne. Das kategoriſche Nein der Öſterreicher ſtehe der eingehend formulierten ſerbiſchen Antwort gegenüber, die nach ſeiner Anſicht einen durchaus geeigneten Ausgangspunkt zu einer Verſtändigung biete. So wie die Dinge jetzt liegen, ſei es an Öſterreich-Ungarn, klar zu ſagen, welcher Teil der Antwort nicht befriedigt habe, und erneute Forderungen zu ſtellen. Im Zuſammenhang damit ſtellte er mir die Frage: „Ob ich denn keine Inſtruktionen zum Verhandeln habe?“

Ich beſtärkte meinerſeits den Miniſter in ſeinem Vorſatz, mit neuen Vorſchlägen hervorzutreten, und wies ihn darauf hin, daß die Lage doch eine zu ernſte ſei, um ſich durch formale Bedenken beeinfluſſen zu laſſen. Ich ſei zwar ohne Weiſung, zweifle aber keinen Augenblick, daß meine Regierung, wenn ſie darum angegangen würde, ihre guten Dienſte und ihren Rat gerne gewähren würde. Das würde nur dem Haager Protokoll entſprechen. Gleichzeitig erklärte ich mich bereit, jederzeit Vorſchläge der ſerbiſchen Regierung meiner Regierung zu übermitteln. Herr Patſchu dankte mir für mein Anerbieten und erwiderte, er würde ſofort mit Paſitſch reden.

Es iſt mir zweifelhaft, ob Patſchu damals ſchon die Antwort des Zaren auf das Telegramm des Thronfolgers Alexander vom 24. Juli kannte. Bekanntlich hatte der Prinzregent nach Überreichung des Ultimatums im ſelben Augenblick, als ſein Miniſterpräſident die engliſche Intervention angerufen hatte, an den Zaren eine flehentliche Depeſche gerichtet, Serbien ſo ſchnell als möglich zu Hilfe zu kommen. Dabei hatte er verſprochen, nicht nur alle mit der Stellung eines ſouveränen Staats vereinbarten Bedingungen Öſterreich-Ungarns anzunehmen, ſondern darüber hinaus auch diejenigen, deren Annahme der Zar Serbien anrate. In ſeiner Antwort hatte der Zar geſagt: „Solange noch die geringſte Hoffnung beſteht, ein Blutvergießen zu verhindern, ſollten alle unſere Anſtrengungen auf dieſen Teil gerichtet ſein. Wenn wir trotz unſeres aufrichtigen Wunſches erfolglos bleiben, kann Eure Hoheit ſicher ſein, daß Rußland ſich in keinem Fall an dem Schickſal Serbiens desintereſſieren wird.“

Jedenfalls würde die Anregung Patſchus eher dafür ſprechen, daß das berühmte, an die ſerbiſche Regierung zu gleicher Zeit gerichtete ruſſiſche Telegramm der viertauſend Ziffern, das übrigens meines Wiſſens bis heute nicht in ſeinem authentiſchen Wortlaut veröffentlicht iſt, keine ſofortige aktive Teilnahme Rußlands an einem öſterreichiſch-ungariſch-ſerbiſchen Krieg zugeſichert, ſondern nur in ſtark verklauſulierter Form eine allgemeine Unterſtützung in Ausſicht geſtellt hat. Deshalb wollte der vorſichtige Patſchu alle Mittel erſchöpfen, ehe er es zum Krieg kommen ließ, und rechnete, wohl aus den Erinnerungen der Annexionskriſis heraus, nicht ganz ſo ſicher mit der ſofortigen Hilfe Rußlands, wie die um den Thronfolger verſammelte Militärpartei. Der inbrünſtige Dank, den Prinz Alexander an den Zaren auf deſſen Antworttelegramm richtete, zeigt deutlich, daß auch auf ſerbiſcher Seite diejenigen die Oberhand behielten, die einer friedlichen Beilegung die Entſcheidung durch das Schwert vorzogen.

Dieſes mein Geſpräch mit Patſchu fiel ungefähr in dieſelbe Zeit, als von Berlin aus in Wien mit ziemlich energiſchen Worten die Frage geſtellt wurde, wohin eigentlich die Reiſe ginge, da man nicht Luſt habe, ſich ohne weiteres in einen europäiſchen Konflikt hineintreiben zu laſſen. Wäre es nun ſo illoyal oder inkorrekt geweſen, gleichzeitig die ſerbiſche Regierung zu ſondieren, ob und nach welcher Richtung ſie weiteres Entgegenkommen zu zeigen bereit ſei? Daß der Boden für einen derartigen Schritt, der immerhin im Rahmen einer Vorfrage für den Fall des Angebots guter Dienſte in Gemäßheit des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 gehalten werden konnte, kein unfruchtbarer war, erweiſt die Haltung des Herrn Patſchu. Wenn an maßgebender Stelle in Berlin die Anſicht vorherrſchte, die Serben ſeien in ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den öſterreichiſch-ungariſchen Forderungen ſo weit gegangen, daß über den Reſt der letzteren eine Verſtändigung nicht ausgeſchloſſen erſcheine, war es doch zu viel des Zartgefühls, wenn man, wo ſo viel auf dem Spiele ſtand, mit allen Mitteln die Lokaliſierung des Konflikts durchzuſetzen zögerte. Es iſt ja verſchieden die Anſchauung hervorgetreten, daß es ſogar den Öſterreichern gar nicht ſo fatal geweſen wäre, wenn ſie einem leichten Druck hätten weichen müſſen. Denn die Eingeweihten und Einſichtsvollen unter ihnen mußten ſich doch vergegenwärtigen, daß mit den Mitteln, die ſie Serbien gegenüber zur praktiſchen Durchſetzung der öſterreichiſchen Forderungen bereitgeſtellt hatten, für das öſterreichiſche Preſtige nichts zu erreichen war.

Leider iſt es bei dieſer einen Unterredung mit Herrn Patſchu geblieben, und die gute Abſicht des einſichtsvollen Mannes iſt durch die ſich überſtürzenden Ereigniſſe der nächſten 24 Stunden vereitelt worden.

Als wir im Kaſino ankamen, ſtellte ſich heraus, daß wegen der durch die Mobiliſierung unterbrochenen Bahnverbindungen das quorum nicht zuſammengebracht werden konnte. So mußten wir, nachdem wir noch mit verſchiedenen Abgeordneten geſprochen hatten, unverrichteter Dinge wieder abziehen. Überall — das war nicht zu leugnen — herrſchte an dieſem Tag große Niedergeſchlagenheit. Allgemein war für die Nacht vom Sonntag auf Montag der Sturm der Öſterreicher auf Belgrad und deſſen Einnahme erwartet worden, namentlich fürchtete man ſich vor den Madjaren, denen alles denkbar Schlechte nachgeſagt wurde. Keine der zahllos ausgeſprengten Nachrichten war töricht genug, um nicht Gläubige zu finden. Am Abend des Montag wurde der Vorſchlag der Botſchaftskonferenz bekanntgegeben, wovon uns der Miniſterpräſident Paſitſch ſchon nachmittags andeutungsweiſe und offenbar erleichtert in Kenntnis geſetzt hatte. Trotzdem blieb die Stimmung eine gedrückte, da mittlerweile Nachrichten eingelaufen waren, daß die Bulgaren unter türkiſcher Konnivenz die Bevölkerung in den neuſerbiſchen Landesteilen zu inſurgieren ſuchten. Man erinnerte ſich der Vorgänge im Frühjahr 1914, als ein ganzes Regiment dort den Fahneneid auf König Peter zu leiſten ſich geweigert hatte, und fürchtete für den Gang der Mobiliſierung — eine Beſorgnis, die ſich hinterher als unbegründet herausſtellte.

IV.

Der Dienstagmorgen (28. Juli) verlief verhältnismäßig ruhig; es meldeten ſich wiederholt öſterreichiſch-ungariſche und reichsdeutſche Staatsangehörige, um meinen Schutz bzw. die Erwirkung der Erlaubnis zur Heimreiſe über Bulgarien oder Mazedonien von mir zu erbitten. Soweit Reichsdeutſche in Betracht kamen, iſt dieſen bis zum Tage meiner Abreiſe — und ich glaube auch noch kurze Zeit nachher — die Abreiſe in die Heimat anſtandslos gewährt worden. Dagegen erklärte mir die ſerbiſche Regierung auf wiederholtes dringendes Erſuchen, ſie ſei nicht imſtande, den öſterreichiſch-ungariſchen Staatsangehörigen das Verlaſſen des ſerbiſchen Staatsgebiets zu geſtatten, da die öſterreichiſch-ungariſche Regierung ihrerſeits den ſerbiſchen Staatsangehörigen die Rückreiſe nach Serbien verbiete. Um dieſen meinen Schutzbefohlenen, namentlich den Heerespflichtigen, in der Folge Weiterungen und Unannehmlichkeiten zu erſparen, wurde mit jedem einzelnen, der ſich auf der Geſandtſchaft in Niſch meldete, ein Protokoll aufgenommen, worin der Grund ſeiner Nichtgeſtellung angegeben wurde. Dieſe ſämtlichen Protokolle habe ich ſpäter bei meiner Durchreiſe durch Sofia der dortigen öſterreichiſch-ungariſchen Vertretung übergeben und bei dieſer Gelegenheit auch die Übermittlung von Geldbeträgen nach Niſch zur Unterſtützung der bedürftigen Öſterreicher und Ungarn angeregt.

Am Nachmittag des Dienstag wurden plötzlich Gerüchte laut von einem bei Paſitſch eingetroffenen Telegramm des Grafen Berchtold, wonach Öſterreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt habe. Um uns über die Richtigkeit dieſer Gerüchte zu orientieren, gingen mein italieniſcher Kollege und ich in die Präfektur, in der der Miniſterrat ſeine Sitzungen abhielt. Kaum war ich Herrn Paſitſch gemeldet worden, als er mich in den Miniſterrat bitten ließ und mir mit den Worten: „Iſt Ihnen hierüber etwas bekannt?“ eine franzöſiſche Depeſche aus Wien, aufgegeben vormittags 11 Uhr 10, angekommen Niſch 12 Uhr 30 nachmittags, zum Leſen gab. Sie enthielt die mittlerweile durch die verſchiedenen Staatsveröffentlichungen allgemein bekanntgewordene Kriegserklärung. Auf meine verneinende Antwort meinte Herr Paſitſch, er finde die Form der Kriegserklärung mittels Telegramm ſo ungewöhnlich, daß er faſt an eine Myſtifikation zu glauben geneigt ſei. Die direkte telegraphiſche Verbindung mit Öſterreich-Ungarn über Serbien ſei zerſtört; jedenfalls müſſe erſt nachgeforſcht werden, wie und auf welchem Wege das Telegramm hergekommen ſei — zumal im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Mediation im Gange ſei. An den Geſichtern der um den Tiſch ſitzenden übrigen Miniſter merkte ich indes, daß ſie keinen Zweifel an der Echtheit des Telegramms hatten und daß ſie ſich über den Ernſt der Situation vollſtändig klar waren. Es brauchte in der Tat auch nicht lange, bis die Authentizität des Telegramms feſtgeſtellt war und die Regierung ſich entſchloß, dem Volk die Kriegserklärung offiziell kundzutun. Dies geſchah durch ein von allen Miniſtern unterzeichnetes Manifeſt, das mit den Worten ſchloß: „Verteidigt mit aller Kraft Euren Herd und Euer Vaterland!“

Nun ſetzte ein fieberhaftes Rüſten ein. Zwar bangte Heer und Volk ſchwer vor der gefahrvollen Zukunft; man war ſich ſeiner Unzulänglichkeit ſowohl nach der Seite der Zahl als nach der der Vorbereitung und Ausbildung voll bewußt. Niſch ſelbſt verwandelte ſich immer mehr zu einem Heerlager. Unaufhörlich ſtrömten die einberufenen Soldaten in die Feſtung. Teilweiſe brachten ſie ihre Familienangehörigen mit, die auf den freien Plätzen und in den Straßen kampierten. Ihr Nachtquartier ſchlugen dieſe mit Vorliebe auf den Treppenſtufen der Hauseingänge auf, und nur mit vorſichtigem Wegſteigen über Männlein und Weiblein gelangten wir des Nachts in unſere Wohnung. Pferde und Zugvieh wurden zuſammengetrieben, Vorrat für die Truppen und Futter herbeigeſchafft und in der Feſtung aufgehäuft. Täglich zogen zuſammengeſtellte Formationen ins Feld, und ſpaßhaft war es anzuſehen, wenn dem einzelnen Truppenteil die merkwürdigſten Geſpanne, mitunter von Hunden gezogen und von kreiſchenden Weibern getrieben, als Train nachfolgten.

Je mehr die Mobiliſierung voranſchritt, um ſo mehr hob ſich der Mut. Jeder Tag, den der ſerbiſche Boden frei von öſterreichiſchen Truppen blieb, wurde als Gewinn regiſtriert und vermehrte die Begeiſterung, gegen den verhaßten „Schwaba“ zu ziehen. Ich war mit dem Militärattaché in der Feſtung ſpazierengegangen, wo ſich uns ein jüngerer ſerbiſcher Offizier anſchloß. Der erklärte uns ſein größtes Erſtaunen, daß die Öſterreicher noch nicht in Niſch ſeien: „Wir ſind jetzt mit unſerer Mobiliſation fertig; nun mögen ſie kommen, wir erwarten ſie und werden Sieger ſein.“ Drei Tage vorher hätte der junge Mann nicht ſo geſprochen.

Am Mittwoch früh trafen die erſten Nachrichten aus Belgrad ein. Die Eiſenbahnbrücke über die Save war von den Serben in der Nacht geſprengt worden. Von den Öſterreichern hörte man nur, daß ſie mit ihren Donaumonitoren Teile der Stadt Belgrad beſchoſſen, ſonſt ſich aber eher rückwärts konzentriert haben ſollten. Jedenfalls von einem energiſchen Zugriff war keine Rede.

Die Serben, die anfänglich die Stadt von Truppen ganz entblößt hatten, begannen ſolche wieder in ſtärkeren Maſſen heranzuziehen, befeſtigten die umgebenden Hügel und erwiderten von der Feſtung aus kräftig das feindliche Feuer.

Skrupellos, aber mit beſonderer Fertigkeit arbeitete der ſerbiſche Preſſedienſt unter Leitung des bekannten Hiſtorikers und Parteipolitikers Stefanowitſch-Wilowſki. Mit Flugblättern und inſpirierten Leitartikeln in den zahlreichen, in Niſch erſcheinenden Zeitungen wurde die zögernde Haltung Öſterreich-Ungarns verhöhnt und offen als Furcht vor den ſiegreichen Helden des Balkankriegs ausgelegt. Gleichzeitig wurde die Nachricht von der Mobiliſierung ganz Rußlands verbreitet. Dies wirkte mächtig auf die Phantaſie des Serben, und überall wurde offen von dem Siegeszug durch Ungarn geſprochen, den man ſich anzutreten anſchickte, um in Budapeſt den ruſſiſchen Brüdern die Hand zu reichen. Mit einer geradezu verblüffenden Schnelligkeit war infolge der kraftloſen Haltung Öſterreichs die gedrückte Stimmung ins Gegenteil umgeſchlagen.

V.

Es war nunmehr gelungen, die Skupſchtina zuſammenzubringen, und am Morgen des Mittwoch verlas der Thronfolger Alexander die Thronrede. Sie begann mit dem Hinweis auf die Feſtung Niſch als den Ort der Einberufung. Darin liege ſchon der deutlichſte Beweis für die Bedeutung der gegenwärtigen Ereigniſſe. Hieran ſchloß ſich die Erwähnung des Ultimatums und der Antwort Serbiens. Die Regierung habe ſich bemüht, alles zur Vermeidung des Kriegs zu tun, was irgendwie mit der Würde eines ſouveränen Staats verträglich ſei. Zum Lohne dafür werde das kleine Serbien von dem mächtigeren Nachbar überfallen. Serbien ſtehe übrigens in ſeinem Kampfe nicht allein. Nicht bloß, daß ſich ſofort das ſtammverwandte Brudervolk der Montenegriner an ſeine Seite geſtellt habe; ſeine Sache erfreue ſich auch der Sympathien Frankreichs und Englands, und vor allem beſitze es die Zuſage des mächtigen Rußlands, das Serbien in keinem Falle im Stiche laſſen werde. Wurde ſchon die Erwähnung der erſten beiden Großmächte von der Verſammlung mit lebhaften Akklamationen begrüßt, ſo durchbrauſten wahrhaft frenetiſche Ziviorufe den Saal, ſo oft der Name des Zaren und Rußlands genannt wurde. Die Begeiſterung kannte keine Grenzen mehr und der ruſſiſche Geſchäftsträger konnte ſich kaum retten vor den Händedrücken und Umarmungen der ſerbiſchen Volksvertreter.

Wenn man von den bramarbaſierenden Wendungen, die nun einmal unzertrennlich von der ſerbiſchen Pſyche ſind, abſieht, ſo läßt ſich den verſchiedenen Kundgebungen der ſerbiſchen Regierung in der kritiſchen Zeit und ſchon vorher eine große Geſchicklichkeit der Redaktion nicht abſprechen. Sie haben weder nach innen noch außen ihre Wirkung verfehlt.

Während bis zur Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die ſerbiſchen Sympathien beſtändig zwiſchen Öſterreich und Rußland hin und her geſchwankt hatten, war es der zielbewußten und energiſchen panſlawiſtiſchen Politik, welche die ruſſiſchen Vertreter in Belgrad zuſammen mit der radikalen Partei und deren Führer Paſitſch trieben, gelungen, Serbien vollſtändig in das ruſſiſche Fahrwaſſer zu bringen und zur ruſſiſchen Vormacht auf dem Balkan zu machen. Der geſchickteſte, aber auch der ſkrupelloſeſte Exponent dieſer Politik war Herr v. Hartwig. Er beſaß als früherer Direktor des aſiatiſchen Departements im ruſſiſchen Miniſterium des Äußern eine geradezu ſtaunenswerte Kenntnis der Balkanfragen und aller — auch der dunkelſten Perſönlichkeiten, die in ihnen eine Rolle ſpielten. Später längere Zeit in Perſien tätig, hatte er dort gewiſſe Satrapengewohnheiten angenommen, die er mit Erfolg in Serbien fortſetzte. Unbeſchränkt in den Geldmitteln, die ihm ſeine Regierung aufs freigebigſte zur Verfügung ſtellte, wußte er ſich bald eine völlig gefügige Preſſe zu ſchaffen, und wenn König, Miniſter und Diplomaten noch ſo ſchonungslos in den Blättern angepöbelt wurden, vor Herrn v. Hartwig machte man Halt. Mit dem Mann der offenen Hand durfte man es nicht verderben. Neben der Preſſe war er eifrig bemüht, die Offiziere und Beamten auf ſeine Seite zu ziehen. Dies erreichte er dadurch, daß er mit ruſſiſchen Geldern ein großes, ungemein reich aſſortiertes Warenhaus ins Leben rief, worin jene bei mäßigen Preiſen alle ihre Bedürfniſſe befriedigen konnten. Wer nicht bar bezahlte, dem wurde in großzügiger Weiſe kreditiert — und war der Kredit erſchöpft, ſo blieb ein Gang zu Herrn v. Hartwig ſelten erfolglos. Dazu ſchmeichelte Herr v. Hartwig der ſerbiſchen Eitelkeit in jeder Weiſe, weisſagte den ſerbiſchen Abgeordneten und ſeinen Balkankollegen ganz offen den bevorſtehenden Zuſammenbruch der Donaumonarchie und verteilte dieſe unter die einzelnen Liebhaber. Kein Wunder, daß Herr v. Hartwig allmählich einen alles andere in den Schatten ſtellenden Einfluß gewann, dem die Donaumonarchie und ihre Vertreter nichts entgegenzuſetzen verſtanden. Vielmehr trieben ſie mit ihrer kleinlichen Politik des Paßzwangs und der veterinärpolizeilichen Maßnahmen bei der Serbien ſo lebensnotwendigen Schweineausfuhr nur Waſſer auf die Mühlen Herrn v. Hartwigs, und durch die Erbitterung, die ſie mit ihren Grenzvorkehrungen erzeugten, unterſtützten ſie ſelbſt die panſlawiſtiſche Hetze. Willig lieh man den Sirenentönen des ruſſiſchen Verführers ſein Ohr: „Ihr habt das mächtige Rußland hinter Euch; Ihr könnt Euch alles erlauben!“ Trotzdem glaube ich, daß Herrn v. Hartwig die Entwicklung der Dinge verfrüht gekommen iſt. Nicht bloß ſein Ausruf: „Espérons que ce ne sera pas un Serbe“, als ihm das Sarajevoer Attentat gemeldet wurde, beſtärkt mich in dieſer Auffaſſung, ſondern noch mehr die Tatſache, daß die Vorbereitungen, zu denen er die Serben mittelbar und unmittelbar antrieb, nicht in der Weiſe fortgeſchritten waren, wie ſie ſeinen Wünſchen und Zielen entſprachen. Das Projekt der Donau-Adria-Bahn, das ihn beſonders lebhaft beſchäftigte, lag noch in den Windeln. Die Erbauung der Donaubrücke mit dem großen Umſchlagshafen in Prachowo, wodurch die direkte Verbindung Serbiens mit Rumänien hergeſtellt wurde, war eben erſt vertragsmäßig vereinbart; die Bahn, die vom rumäniſchen Ufer direkt bis zur ruſſiſchen Grenze weitergeführt werden ſollte, war noch nicht über die Traſſierung hinaus. Ebenſo ſtand es am anderen Ende dieſer ſtrategiſchen Umgehungsbahn. Die Arbeiten der Fortſetzung von Üsküb-Monaſtir bis zur albaniſchen Grenze waren kaum vergeben. Auf den zu wählenden Adriahafen vermochte man ſich nicht zu einigen; einer war ſo ſchlecht und ungeeignet wie der andere. Dadurch entfiel die Möglichkeit, im Kriegsfall mit der Donaumonarchie ruſſiſche Truppen zur ſofortigen Unterſtützung nach Serbien zu werfen. Auch war man ja mit Rumänien noch nicht ſo weit, wo der goldene Eſel des ruſſiſchen Kollegen des Herrn v. Hartwig noch nicht genügend vorgearbeitet hatte, um auf ſichere Mitwirkung zählen zu können. So war es ein ſchwerer Schlag für die Serben, als mitten in dieſen kritiſchen Tagen der ſchon lange ſchwer herzleidende Herr v. Hartwig einem plötzlichen Schlaganfall erlag. Natürlich knüpften ſich an ſeinen Tod die tollſten Gerüchte, an denen jedoch kein Wort wahr iſt. Ich habe den Toten zehn Minuten nach ſeinem Verſcheiden in Gegenwart des Leibarztes des Königs Peter, Dr. Simonowitſch, geſehen, der mir ſagte, er habe bei der Entartung des Herzmuskels dieſes Ende ſchon ſeit längerer Zeit befürchtet. Wie groß die Verehrung für Herrn v. Hartwig war, wie ſehr er ſich das Vertrauen der Serben aller Kreiſe zu erwerben verſtanden hatte, bewies ſein Begräbnis. Einem Nationalheiligen gleich wurde er zu Grabe gebracht, und Ehrungen, die keinem ſerbiſchen Woiwoden oder Fürſten je dargebracht worden waren, wurden ihm zuteil.

Auch ich habe perſönlich aufrichtige Bewunderung für Herrn v. Hartwigs ſtaatsmänniſche Eigenſchaften, ſeine Energie und ſein Zielbewußtſein empfunden. Seine Beſtrebungen aber, die auf Schwächung bzw. Zertrümmerung der Donaumonarchie abzielten, mußten von dem ſeiner Verantwortung bewußten deutſchen Vertreter entſchloſſen bekämpft werden, ſolange die auf dem Dreibund begründete Bundesgenoſſenſchaft beſtand. Denn letzten Endes ging es um deutſche Intereſſen. Bei der Unzuverläſſigkeit Italiens war nach dem Zerfall Öſterreich-Ungarns die Einkreiſung vollendet. Wie geſagt, hatte ſich die ſerbiſche Politik derart mit Herrn v. Hartwig identifiziert, daß jede Ablehnung ihm gegenüber beinahe wie eine unfreundliche Haltung Serbien gegenüber erſchien. Soweit ſerbiſche Velleitäten auf Koſten der Donaumonarchie nicht in Frage kamen, hat Deutſchland und ſeine Vertretung in Belgrad allen Wünſchen der ſerbiſchen Regierung das weiteſte Verſtändnis und Entgegenkommen gezeigt. Als ſich im Jahre 1913 die letztere bei der

Aſſimilierung und wirtſchaftlichen Erſchließung der in den Balkankriegen eroberten mazedoniſchen Provinzen um Unterſtützung an uns wandte, wurden ſofort drei bewährte Sachverſtändige von den zuſtändigen deutſchen Behörden mit größter Sorgfalt ausgewählt, einer für landwirtſchaftliche Fragen allgemeiner Art, einer für Viehzucht ſowie einer für Forſtwirtſchaft, und der ſerbiſchen Regierung zur Verfügung geſtellt. Sie hatten anerkanntermaßen durch ausgezeichnete Fachberichte und praktiſche Ratſchläge der ſerbiſchen Regierung wertvolle Dienſte geleiſtet. Ebenſo war die Errichtung einer Zentralſtelle für die Landwirtſchaft unter Leitung eines deutſchen Landwirts (aus Schleswig-Holſtein) in die Wege geleitet, als der Krieg ausbrach. Daneben war die Reform des ſerbiſchen Poſt-, Telegraphen- und Telephonweſens durch einen erfahrenen deutſchen Poſtbeamten geplant.

Nach dieſer Abſchweifung, die als Beleuchtung der ſerbiſchen Politik und unſerer Stellung zu ihr vielleicht nicht ohne Intereſſe ſein dürfte, kehre ich zur Darſtellung der Ereigniſſe zurück, wie ſie ſich nach der Skupſchtinaeröffnung weiter entwickelt haben.

VI.

Aus Belgrad kamen keine beſonders alarmierenden Nachrichten. Man ſchoß weiter über Donau und Save herüber und hinüber, die mittlerweile von Neuſatz herbeorderte Donauflottille auch in die Stadt hinein. Einer der erſten Schüſſe hatte die Rückwand des in der Nähe der Feſtung gelegenen Konſtantinowitſchſchen Hauſes, das die engliſche Geſandtſchaft gemietet hatte, eingeſchlagen. Infolgedeſſen bat der dort zurückgebliebene Sekretär, in das Kutſcherhaus der deutſchen Geſandtſchaft überſiedeln zu dürfen, was ihm auch gewährt wurde. Menſchenleben wurden bei dem Bombardement weniger gefährdet, dagegen wurde um ſo mehr Materialſchaden, namentlich am Bahnhof und den zahlreichen Fabrikgebäuden an der Save ſowie auf der Theraſia, dem auf der Höhe der Stadt gelegenen freien Platz, auf dem das aus ruſſiſchem Kapital errichtete Hotel Moskwa ſteht, angerichtet. Alltäglich des Nachmittags erſchien bei den in der deutſchen Geſandtſchaft verſammelten Damen und Herren, zu denen ſich ſogar Serben geſellt hatten, Prinz Georg zu Beſuch, und berichtete bei Kaffee und Zigaretten über die neueſten Vorkommniſſe und Nachrichten.

Von einem Eindringen der Öſterreicher auf ſerbiſchen Boden war nirgends etwas zu ſpüren. Was hatte alſo die unausgeſetzte Betonung der öſterreichiſchen Vertreter im Ausland und den Bundesgenoſſen gegenüber für einen Sinn, man müſſe die begonnene Aktion vollſtändig durchführen und Serbien eine ernſthafte Lektion erteilen, die eine gewiſſe Gewähr für die Zukunft bieten könnte, wenn nichts vorbereitet war und man ſich zu keiner energiſchen Handlung aufraffen konnte? Nur ein ſofort und wuchtig geführter Schlag konnte das ſchwer gefährdete Preſtige der Donaumonarchie heben, nicht aber eine drei Wochen dauernde Mobiliſierung der geſamten Streitkräfte. Es mutet hinterher merkwürdig an, wenn Sir Edward Grey in dieſen Tagen dem deutſchen Botſchafter ſagte, er ſehe nicht ein, wie Rußland zu einer Unterbrechung der militäriſchen Maßnahmen bewogen werden könne, „wenn Öſterreich-Ungarn dem Vorrücken ſeiner Truppen in Serbien nicht irgendeine Grenze ſetze". Die Grenze war damals immer noch die alte Landgrenze, und nach Abſicht der Zerſchmetterung Serbiens, von der Saſſonow an den ruſſiſchen Botſchafter nach London telegraphierte, ſah die — man möchte faſt ſagen — gemütlich betriebene Beſchießung der ſerbiſchen Landeshauptſtadt wirklich nicht aus. Wer ſo vorging, der dachte unmöglich an den Erwerb einer „dominierenden Stellung", ſondern ſpielte vielmehr die Rolle eines Mannes, der froh iſt, wenn er ſich ſeiner Haut wehren kann. In dieſer Weiſe hatte auch der gelehrige Schüler des Herrn v. Hartwig, Herr Spalaikowitſch, dem erſterer zum Dank für die ihm in Belgrad ſtets bezeugte Willfährigkeit den Petersburger Geſandtenpoſten verſchafft hatte, die Öſterreicher eingeſchätzt, wenn er bei ſeiner Mitteilung der öſterreichiſchen Kriegserklärung an Saſſonow beifügte: „Dieſer Akt breche den Frieden Europas und empöre ſein Gewiſſen. Es ſei daher zu hoffen, daß Öſterreich-Ungarn von der Kulturwelt und von Rußland, der Schützerin Serbiens, ſtreng beſtraft werde." Herr Spalaikowitſch drehte einfach den Spieß um: nicht mehr ſollte Serbien für ſeine intellektuelle Mitſchuld am Attentat zu Sarajevo Buße leiſten, ſondern Öſterreich-Ungarn, weil es ſolche in Anſpruch nahm. Bei einer ſolchen Denkweiſe, die durch die zögernde Haltung Öſterreichs auch in Niſch immer mehr Anhänger gewann, gab es natürlich keinen Raum für die deutſche und öſterreichiſche Auffaſſung, wonach die Kriegserklärung nichts an der Möglichkeit ändere, daß Wien in Petersburg Zweck und Umfang des öſterreichiſchen Vorgehens in Serbien in unanfechtbarer und befriedigender Weiſe darlege. Der Kamm war den Serben bereits allzuſehr geſchwollen, und niemand wollte mehr etwas von Verhandeln hören. Herr Patſchu kam mir gegenüber nicht bloß nicht mehr auf ſeinen Vermittlungsvorſchlag zurück, ſondern bezeichnete mit tiefer Entrüſtung das Bombardement Belgrads gegen wehrloſe Weiber und Kinder als eine Schmach und Völkerrechtsverletzung, und rief emphatiſch aus: „Wir werden zugrunde gehen, aber die Rächer werden uns nicht fehlen!" In dem Augenblick, als man des ruſſiſchen Schutzes ſicher war und der Zar wie Saſſonow Serbien hatten wiſſen laſſen, daß ſerbiſche Intereſſen ruſſiſche Intereſſen ſeien, war es auch eine reine Formalität, wenn Paſitſch Sir Edward Grey dafür danken ließ, daß er in ſeiner Rede im Unterhaus die ſerbiſche Antwort als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet habe. Denn damals waren die Dinge ſchon ſo weit gediehen, daß der überwiegende, jedenfalls aber der ausſchlaggebende Teil der Serben nur noch an kriegeriſche Auseinanderſetzung dachte. Mochte Europa in Flammen aufgehen, wenn nur der ſerbiſche Expanſionsdrang dabei ſeine Rechnung fand.

Über die folgenden Tage kann ich nur wenig Intereſſantes berichten. Infolge der Kriegserklärungen Deutſchlands an Rußland und Frankreich wurde der Verkehr mit den Kollegen dieſer Länder begreiflicherweiſe abgebrochen. Ebenſo vermieden natürlich die anderen Kollegen, die über die Stellungnahme ihrer Länder nicht recht Beſcheid wußten, längere Ausſprachen. Ich ſaß mit meinen beiden Herren in Niſch gleichſam in der Mauſefalle. Ausländiſche Zeitungen gab es kaum, und was darin ſtand, war längſt durch die Ereigniſſe überholt. Was die ſerbiſche Preſſe brachte, war unzuverläſſig und jedenfalls einſeitig gefärbt. Die ſerbiſche Regierung, die bis zur öſterreichiſchen Kriegserklärung uns gegenüber eine korrekte Haltung bewahrt hatte, fing immer mehr an, mir die kalte Schulter zu zeigen. Man erfand alle möglichen Vorwände, um mir die telephoniſche und telegraphiſche Verbindung mit Belgrad zu erſchweren und zu ſperren. Nur durch die freundſchaftliche Vermittlung des engliſchen Geſchäftsträgers gelang es mir, wenigſtens von Zeit zu Zeit ſpärliche Nachrichten über die Inſaſſen der deutſchen Geſandtſchaft in Belgrad zu bekommen. Über die dortigen Vorgänge im einzelnen gibt übrigens ein von dem Legationsrat v. Scharfenberg ſorgfältig geführtes Tagebuch intereſſante Auskunft. Offene und ſelbſt chiffrierte Telegramme wurden von dem Telegraphenamt zwar anſtandslos angenommen, wie ſich ſpäter aber herausſtellte, ſamt und ſonders nicht befördert. Was für mich eintraf, wurde mir nicht ausgefolgt. In dieſe Zeit fällt auch der ſchnöde Scherz eines ſerbiſchen Journaliſten, der in die Welt die Nachricht von meiner Ermordung hinaustelegraphiert hatte. Dabei war weder mir noch einem der Herren meiner Begleitung je ein Haar gekrümmt worden, und ich muß es zur Ehre der Serben bekennen, daß mit Ausnahme meiner Abreiſe mir nie eine rückſichtsloſe oder verletzende Behandlung von ſerbiſcher Seite zuteil wurde.

Ich ſah, daß es mit meinem Bleiben in Niſch zu Ende ging. Aus Berlin ging nach wie vor nichts ein außer Aufträgen, unſere Kriegserklärungen der ſerbiſchen Regierung bekanntzugeben. Dieſe nahm von Tag zu Tag eine immer unfreundlichere Haltung ein. Herr Paſitſch war entweder nicht da, wenn ich ihn zu ſprechen wünſchte, oder ließ ſich verleugnen. Nur der erwähnte Preſſechef war ſtets auf ſeinem Poſten und regalierte mich mit phantaſievollen Erzählungen. So kam der 6. Auguſt heran, an dem mir von einem Sekretär des auswärtigen Miniſteriums ein Schreiben überbracht wurde, worin die ſerbiſche Regierung mir mitteilte, ſie ſtehe auf der Seite Rußlands und ſeiner Alliierten, und damit ſei meine Miſſion in Serbien beendet. Der folgende Freitag, der 7., wurde mir zur Abreiſe über die bulgariſche Grenze beſtimmt. Gleichzeitig erhielt ich die Erlaubnis, die nötigen Weiſungen nach Belgrad wegen Abreiſe der dort zurückgebliebenen Geſandtſchafts- und Konſulatsmitglieder zu erteilen. Meine Bitte, deren Ankunft in Niſch abwarten und mit ihnen gemeinſchaftlich das Land verlaſſen zu dürfen, wurde abſchlägig beſchieden. Genau zur feſtgeſetzten Stunde am Freitag nachmittag trat ich mit meiner Frau, die zwei Tage zuvor unter dem Schutze des engliſchen Legationsſekretärs in Niſch eingetroffen war, dem Militärattaché und dem Dragoman die Abreiſe nach Sofia an — bis an die ſerbiſche Landesgrenze geleitet von dem früheren ſerbiſchen Geſchäftsträger in Berlin, Dr. Boghitſchewitſch — in einem an einen endloſen Güterzug angehängten Perſonenwagen. Als praktiſche Leute hatten uns die Serben das Schnellzugfahrgeld erſter Klaſſe bis Zaribrod abverlangt. Verſchiedene deutſche Staatsangehörige durften ſich uns anſchließen. Nach einer wunderſchönen, freilich ſattſam langſamen Fahrt durch das reichgeſegnete Land kamen wir gegen 8 Uhr abends an der bulgariſchen Grenze an, wo uns ein von der bulgariſchen Regierung geſtellter Extrazug erwartete. Was uns allen auffiel, war, daß man von Krieg oder Kriegsvorbereitung auf den einzelnen Stationen nahezu nichts merkte. Freilich, Serbien ſtand ſeit zwei Jahren unausgeſetzt im Krieg. Um ſo erſtaunlicher war, wie wenig es darunter gelitten hatte; denn überall an allen Haltepunkten boten uns ſerbiſche Bäuerinnen zwei hartgeſottene Eier, ein großes, gutgebackenes Weißbrot und das ſo teure Salz für zuſammen 25 Para — etwa 20 Pfennig — an.

In Sofia erwarteten wir die Mitglieder der Geſandtſchaft und des Konſulats aus Belgrad ſowie die übrigen dort zurückgebliebenen Reichsdeutſchen mit ihren Familien. Sie waren in Niſch bei ihrer Durchreiſe freundlich im Auftrag des Herrn Paſitſch von einem Mitglied des auswärtigen Miniſteriums begrüßt worden. Sogar zu einer entſchuldigenden Erklärung wegen der brüsken Art und Weiſe, in der meine Abreiſe in Szene geſetzt worden war, hatte man ſich noch aufgerafft, und mir danken laſſen für das, was ich während des Balkankriegs im ſerbiſchen Intereſſe getan hatte.

Damit kann ich meine Erinnerungen an die kritiſchen Tage in Serbien beſchließen. Sechs Jahre ſind ſeitdem verfloſſen. Wilder als über irgendein anderes Land iſt der Kriegsſturm über Serbien dahingebrauſt, und jahrelang war die Hauptſtadt des Landes in fremden Händen. Aber treu und zäh hatten Regierung und Volk an ihrer gegen die Mittelmächte gerichteten Bündnispolitik feſtgehalten und, als dieſe zuſammenbrachen, haben ſich die ſerbiſchen Wünſche in einer Weiſe erfüllt, wie ich ſie je kaum von den leidenſchaftlichſten Panſlawiſten äußern hörte. Das Ideal der Serben, die Errichtung eines großſerbiſchen Reichs im Umfange desjenigen, das Stefan Duſchan, der Große genannt, um die Mitte des 14. Jahrhunderts beherrſcht hatte, iſt erreicht. Werden ſie es zuſammenhalten, werden ſie es behaupten können?

Menſchen, Völker, Welten

Verſuch einer Erweiterung des biologiſchen Denkens

Von

Generaloberarzt Dr. Butterſack

Die Studien an freilebenden Zellen haben uns gelehrt, ſie als Weſen mit einem wohlcharakteriſierten Eigenleben, als Individuen anzuerkennen, wenn auch von einer niederen Ordnung. Nur ein kleiner Schritt weiter iſt es, wenn von da aus auch auf die Zellen, welche unſeren Körper zuſammenſetzen, der Rang eines Individuums, einer Perſon (Virchow), übertragen wird. Aber je emſiger das Studium dieſer kleinſten Perſonen betrieben wurde, um ſo weniger kam der Gedanke auf, ob es nicht auch über den Menſchen hinaus noch höhere Einheiten gäbe, zu denen ſich die einzelnen Menſchenindividuen verhielten wie die einzelnen Zellindividuen zum Menſchen.

Zwar drängen ſich neuerdings Begriffe wie Maſſenſeele, Kollektivpſychoſe faſt mit Gewalt auf. Allein die Mehrzahl der Zeitgenoſſen folgt nicht gern auf ein Gebiet, in welchem es nichts zu ſehen, hören, meſſen, wägen gibt. Darin kommen die Nachteile der Vorzüge der naturwiſſenſchaftlichen Forſchung der letzten Epoche zum Ausdruck. Nicht als ob gegen deren Methode an ſich etwas einzuwenden wäre: det Irrtum liegt nur darin, ſie für die allein richtige anzuſprechen und alle anderen Betrachtungsweiſen von vornherein abzulehnen.

Indeſſen, was mit den ſogenannten exakten Methoden erreichbar und was nicht erreichbar iſt, läßt ſich nachgerade annähernd überſehen. Das überindividuelle Gebiet bleibt ihnen verſchloſſen. Aber der menſchliche Geiſt kann unmöglich auf die Beantwortung von Weltanſchauungsfragen verzichten, weil eine beſtimmte Methode verſagt.

Zur rechten Zeit erſcheint da ein Philoſoph, *William Stern* in *Hamburg*, auf dem Plan mit einem neuen Weg in dieſes, im erſten Morgengrauen der Erkenntnis auftauchende Gebiet.[1]

Stern ſetzt an die Stelle des uralten Gegenſatzpaares Körper—Geiſt das andere: Perſon—Sache. Eine *Perſon* iſt nach ihm eine Unitas multiplex, eine — trotz aller Verſchiedenheit der Teile — reale, eigenartige und eigenwertige Einheit mit einer — trotz der Vielheit der Teilfunktionen einheitlich zielſtrebigen Selbſttätigkeit, ein ſelbſtzweckliches und ſelbſttätiges, ſinnvolles Ganzes, während eine *Sache* nur eine mechaniſche Summe ohne Selbſtzweck, ohne einheitliche, zielſtrebige Selbſttätigkeit iſt und keine eigenartige Einheit bildet.

Dieſer Gegenſatz Perſon—Sache enthält kein phyſiſches und kein pſychiſches Element, iſt alſo pſychophyſiſch neutral. Damit iſt die Möglichkeit gegeben, den uralten Gegenſatz Körper—Geiſt zu überbrücken. Nur muß man ſich an die oben gegebene Definition halten und darf nicht dieſen neuen Perſonbegriff mit jenem vulgären verwechſeln, welcher unter Perſon ein nach der menſchlichen Erſcheinung geformtes Weſen verſteht. Es war ein überlegener Geiſt, der in die zehn Gebote den Satz einfügte: „Du ſollſt dir kein Bildnis deines Gottes machen,“ und der gleiche tiefe Sinn ließ in den erſten Jahrhunderten der chriſtlichen Kirche die Synoden und die angeſehenſten Kirchenväter gegen Abbildungen des höchſten Weſens eifern. Vermutlich verkörpert ſich zahlloſen Menſchen die Idee Gottes unter einem Gott-Vater-Bild *Michel-*

---

[1] *William Stern*, Grundgedanken der perſonaliſtiſchen Philoſophie. Philoſophiſche Vorträge der Kant-Geſellſchaft Nr. 20. Berlin, Reuther & Reichard, 1918.

angelos, wie in analoger Weiſe Homer und Heſiod den Griechen ihre Götter geſchenkt haben.

Solch ein Syſtem von einheitlichen, zielſtrebigen, ſelbſttätigen Ganzheiten kann aus phyſiſchen oder pſychiſchen oder gemiſchten Beſtandteilen zuſammengeſetzt ſein: immer repräſentiert es eine Perſon. In ähnlicher Weiſe wie die Menſchen eine Verbindung von phyſiſchem Subſtrat und pſychiſchen Elementen darſtellen, haben wir in dem hochorganiſierten Gebilde eines Atoms eine Verbindung von poſitiv geladenem Kern, negativ geladenen Elektronen und körperloſen, nicht-wahrnehmbaren Richtkräften, welche das Ganze zuſammenhalten.

*

Bei der Zelle, bei welcher wir vorläufig noch einen Aufbau aus unbelebten Molekül- und Atomgruppen annehmen, bereitet dieſe Vorſtellung der Zuſammenſetzung der Perſon aus Sachen nach mechaniſchen Geſichtspunkten anſcheinend keine Schwierigkeit. Die Zelle iſt eben die zielſtrebige Verknüpfung der Atome, in denen wir nach der herrſchenden Auffaſſung keine ſelbſtzweckliche und ſelbſttätige, ſinnvolle Ganzheit erblicken. Allein weil wir einerſeits wiſſen, daß die Atome kleine Planetenſyſteme darſtellen, und weil uns andererſeits die Lehre vom Stoffwechſel geläufig iſt, ſo ſehen wir leicht ein, daß die Zellperſon weder einfach noch ſtarr iſt. Wir erinnern uns dabei der Definition des Lebens durch Cuvier als un tourbillon rapide.

Schwieriger wird das Verſtehen, wenn wir eine Anzahl von Zellen zu einem Tier oder Menſchen zuſammentreten laſſen. Dieſe bilden in ſich auch Perſonen, aber von höherer Ordnung; auch ſie haben ihre Eigenziele der Selbſterhaltung, Entfaltung, Geſtaltung wie jene. Aber es leuchtet ein, daß die beiderſeitigen Ziele oft genug miteinander zuſammenſtoßen müſſen. Dieſe Schwierigkeit wird dadurch umgangen, daß die Perſon niederer Ordnung die Ziele derjenigen der höheren Ordnung annimmt bzw. von dieſer beeinflußt wird etwa nach Analogie der magnetiſchen und elektriſchen Kraftfelder. Stern nennt das Introzeption. Setzt ſich die höhere Einheit durch, dann reſultiert das harmoniſche Spiel, die Geſundheit, ihre Erhaltung. Tut ſie das nicht, ſo gibt es Störungen: die Krebsgeſchwulſt auf körperlichem Gebiet, die unerſättliche Habgier auf dem pſychiſchen mögen Illuſtrationen hierfür ſein.

In dem Moment, in welchem die Einzelzellen zu einem Tier zuſammentreten, begeben ſie ſich ihrer Selbſtzwecklichkeit und werden damit zu einer Sache in fremdzwecklichem Dienſt. Nichts hindert uns, in analoger Weiſe die Menſchen ihres Perſonencharakters zu entkleiden und ſie als Sachen, Teile einer höheren Einheit (der Familie, einer Kaſte, des Volkes) zu betrachten. Dieſe Gebilde kann man freilich mit unſerem optiſchen Apparat nicht ſehen, wohl aber ſind ihre Wirkungen an der Introzeption zu erkennen. Die Begeiſterung, mit welcher die Blüte unſerer Nation auf den verſchiedenen

Schlachtfeldern Europas ihre Geſundheit und ihr Leben geopfert hat, iſt wohl der großartigſte Beweis des Sieges der Ziele der höheren (Volks-)Einheit über die Selbſterhaltungs- und Entfaltungstriebe und -ziele der niederen. Bis in die Tage der Thermopylen reiht ſich Beiſpiel an Beiſpiel, und was Stern Introzeption nennt, nannte Schiller in der Vorrede zur Geſchichte des Malteſerordens „die Willigkeit des Gemütes, ſich von überſinnlichen Triebfedern leiten zu laſſen“.

Aber noch höhere Perſonen im Sinne der Ausgangsdefinition laſſen ſich denken: die Perſonen der einzelnen Völker treten zu der einheitlichen Perſon der Menſchheit zuſammen, und ſchließlich erſcheint im Fernpunkt unſerer Phantaſie als Schlußglied dieſer Hierarchie die Allperſon oder Sterns Weltidee.

Wenn Haeckel vor einem halben Jahrhundert die Relativität des Individualitätsbegriffs erkannte und die zuſammengeſetzten Organismen als einen Stufenbau von Individuen ſehr verſchiedener Individualitätsſtufen begriff (E. v. Hartmann), ſo haben wir bei Stern eine großartige Weiterführung dieſes Gedankens vor uns. Er iſt uns von Leibniz her vertraut, dem die Welt nicht nur zweckmäßig erſchien, ſondern auch harmoniſch, weil jedes Einzelne nicht bloß ſeiner eigenen Beſtimmung, ſondern auch der aller anderen angepaßt ſei.

Der Aufbau iſt logiſch. Wie weit der Einzelne ihm folgen will, bleibt ihm überlaſſen. Immerhin wird jeder ſoviel erkennen, daß wir keineswegs alle ſo unbedingt ſelbſtherrliche Geſchöpfe ſind, ſondern in weit höherem Maße Teile höherer Perſonaleinheiten.

Man kann jedoch den Gedankengang herumdrehen und anſtatt von den niederen zu den höheren Perſonen von dieſen zu jenen herabſteigen. Dann leuchtet noch viel mehr ein, wie wir in erſter Linie Teile, Sachen darſtellen, und daß unſere Selbſtzwecklichkeit, Selbſttätigkeit, Zielſtrebigkeit nur in begrenztem Rahmen ſich bewegt.

Bei dieſer Betrachtungsweiſe wird Sterns Introzeption noch verſtändlicher. So ganz neu iſt dieſer Begriff jedoch nicht. Wir brauchen bloß um hundert Jahre zurückzugehen, ſo finden wir in unſerer klaſſiſchen Zeit bei Leſſing, Herder, Kant, Hegel, Goethe uſw. immer wieder die Vorſtellung des Hereinragens höherer Einheiten in das menſchliche Leben. Kant hörte in ſeinem kategoriſchen Imperativ „eine himmliſche Stimme“, und Hegel ſuchte im geſchichtlichen Leben die vernünftigen Ideen und triebkräftigen Ideale zu enthüllen, in denen eine weltregierende Vernunft ihre Zwecke zu jeder Zeit und in jedem Volk durchſetze, und zwar ſo, daß jedes relative Ideal allemal wieder als bloßes Mittel zu einem noch höheren Zwecke aufgehoben werde (Pfleiderer).

Goethe betrachtete den Menſchen als Werkzeug einer höheren Weltregierung, als würdig befundenes Gefäß zur Aufnahme eines göttlichen Einfluſſes, und ganz in unſerem Sinne verlangte Fichte, daß der Einzelne ſterben wollen müſſe, um die Nation zu retten, damit dieſe lebe und er in ihr lebe, das einzige Leben, das er von jeher gemocht habe.

Schleiermacher ſah in Anlehnung an Herder im Gefühl die tiefſte Wurzel alles Seelenlebens, die urſprüngliche Einheit oder Indifferenz des Denkens und Wollens, mithin eine Art von Brücke zum Unendlichen; und wenn nach Schopenhauer die Abſonderung des Individualwillens vom Allwillen ſchon deshalb unmöglich erſcheint, weil der letztere als vielheitsloſes Subjekt des Wollens in jedem individuell eingeſchränkten Subjekt ganz und ungeteilt gegenwärtig iſt, ſo klingt da der gleiche Gedanke durch.

„In den metaphyſiſchen Abgründen unſeres eigenen Weſens ſprudelt der göttliche Quell des kategoriſchen Imperativ“ (Deußen). Aus ihnen erſchallt jene himmliſche Stimme, in welcher der Menſch als Ding an ſich dem Menſchen als Erſcheinung — in dieſer Antitheſe bringt Kant die Gegenüberſtellung von Sterns Perſon und Sache — ſeine Weiſungen erteilt. Die Analogie mit Experimenten in der Hypnoſe liegt auf der Hand. Die Erinnerung an Sokrates-Platos *δαιμόνιον, μανία* wird wachgerufen.

Ich möchte übrigens dieſe Berührungspunkte der zielſtrebigen Selbſttätigkeit der höheren Perſonaleinheit mit derjenigen der niederen nicht mit Abgründen vergleichen, ſondern lieber mit dem Himmel, der ſich gleichmäßig über uns allen wölbt, und möchte die tiefſten Quellen unſeres Seins und Handelns in einem Überbewußtſein anſtatt im Unterbewußtſein ſuchen. Aus ſolchem Überbewußtſein differenziert ſich erſt allmählich unſer menſchliches Bewußtſein heraus. Sehr anſchaulich und poetiſch ſchildert M. Müller dieſen Prozeß in den erſten Erinnerungen ſeiner „deutſchen Liebe“: „Ganz zuerſt da wußten wir nicht, wo wir waren und wer wir waren —— da war die ganze Welt unſer und wir gehörten der ganzen Welt.“ Und dem fügt ſich auf der Höhe des Lebens der Satz von Ranke an: „Dann erſt lebt man, wenn man von ſich ſelbſt nichts weiß.“

Damit berührt ſich wiederum Schleiermacher, welchen ein feſter Glaube an ein Ganzes der Menſchheit durchdrang, das in jeder Seele gegenwärtig iſt und das Leben des Einzelnen trägt. Dieſem kommt dabei nur die Aufgabe zu, innerhalb des Ganzen ſeine beſondere Art zu entwickeln. In unſerer Zeit poſtulierte Simmel jenſeits der individuellen Subjektivität und des logiſch-objektiven Denkens als Wurzelboden der Philoſophie eine eigentümliche Schicht typiſcher Geiſtigkeit, welche, in dem Überindividuellen der Seele wurzelnd, in den Individuen zu Worte kommt. Kant, Hegel, Ranke ſuchten die Urſachen der Ereigniſſe in tranſzendenten, von außen herantretenden Ideen. Daß die hier ſkizzierte Betrachtungsweiſe die zielſtrebige Selbſttätigkeit der Perſonen auf immanente, unlöslich mit ihnen verbundene Urſachen bezieht, bedarf wohl kaum langer Erörterung.

*

Dürfen wir auf der einen Seite ſtolz ſein, Anteil an unfaßbar großen Perſonen zu haben, ſo muß uns das auf der anderen Seite mit Beſcheidenheit erfüllen. Denn ſo viel wird jeder einſehen, daß weder der Einzelne noch eine Mehrheit von Perſonen niederer Ordnung imſtande ſind, die Zielſtrebigkeit der höheren Einheit zu beeinfluſſen. Die geſamte Arbeiterſchaft der Erde vermöchte nicht, unſeren Planeten aus ſeiner Bahn zu bringen; und ähnlich liegen die Dinge bei der hiſtoriſchen Entwicklung. Hier haben wir den letzten Grund für die Beharrung im Wechſel bzw. für die organiſche Entfaltung, ſei es im kleinen Rahmen der Perſon oder im größeren der Geſchichte.

Einflüſſe jedweder Art und wie tief ſie die zielſtrebige Einheit eines Organismus erſchüttern, können niemals ſeine immanente Zielſtrebigkeit ändern; ſie mögen ihn zur Auflöſung, aber nicht aus ſeiner Richtung bringen. Nach dieſen Verhältniſſen regeln ſich die Grenzen der ärztlichen Kunſt. Wie gern möchte man ein ſchwächliches Nervenſyſtem, eine Diatheſe verändern, wie gern eine Wunde zu ſchnellerer Heilung bringen! Aber das ſind Teile, Ausſtrahlungen einer höheren Einheit, des Geſamtorganismus, und dieſer läßt ſich nur in kleinem Rahmen beeinfluſſen. Andererſeits kommt uns dieſe immanente Zielſtrebigkeit oft genug zu Hilfe, wenn es gilt, eine ungeheuerliche Erſchütterung des Syſtems oder eine Reihenfolge von großen oder kleinen Schädigungen zu überwinden.

Ebenſo verhält es ſich im Leben der Völker mit den Revolutionen. Solche Erſchütterungen bringen den Volksorganismus aus dem Gleichgewicht, aber immer pendelt er wieder in die alte Bahn zurück, vorausgeſetzt, daß der Umſturz nicht zur Auflöſung, zum Chaos führte. Geſchichtsunkundige und unphiloſophiſche Köpfe, welche ihre eigenen, kleinen Ziele der größeren Einheit, der höheren Perſon aufzwingen wollen, hat es immer gegeben. Die Leiſtungen und Wirkungen der Aufklärer des 18. Jahrhunderts ſind allbekannt. Aber die Geſchichte, die höhere Zielſtrebigkeit ging in gleicher Weiſe über das „Naturrecht“ und über die „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, wie über die epileptiſchen Anwandlungen der Revolutionen und andere Weltverbeſſerungen hinweg. Andererſeits hat ſie ſich aber auch nicht von denjenigen aufhalten laſſen, die eine beſtimmte Phaſe über Gebühr lang feſthalten oder gar eine vergangene zurückführen wollten.

Die Einheit der Perſon über die wechſelnden, ſich ablöſenden, vergänglichen Teile, Träger, Sachen hinweg erſcheint als Vererbung, Beharrung, Konſtanz, organiſche Entwicklung, oder — nach Adam Müller — als „die erhabene Gemeinſchaft einer langen Reihe vergangener, jetzt lebender und künftiger Generationen, die alle in einem großen, innigen Bündnis auf Leben und Tod zuſammenhängen“. Bei ſolcher Betrachtung wird der ſcheinbar paradoxe Satz von Le Bon: „Les morts sont les seuls vrais maîtres des vivants“ leicht verſtändlich.

An der Überwindung der Umſtürzler — denen jedoch keineswegs ein, wenn auch negatives, Verdienſt abgeſprochen werden ſoll — erkennen wir erſt richtig, wie das Gros des Volkes vor dem Winde ſeiner höheren Einheit treibt.

*

Wenn wir den Gedanken feſthalten, daß die höhere Perſonaleinheit für ihre eigene Zielſtrebigkeit die niedereren Perſonen ſchafft, dann leuchtet ſofort ein, daß wir alle zunächſt nur dienendes Werkzeug, göttliche Wunderwerke (Plato) dieſer Zielſtrebigkeit ſind. Jeder einzelne hat gewiſſermaßen ſeine hiſtoriſche Aufgabe zu erfüllen; manche davon ſind größer: dann ragen deren Träger als ſogenannte große Männer aus der Gemeinſchaft hervor. So war Robert Koch die hiſtoriſche Aufgabe zugefallen, die Mikroorganismen als Krankheitsurſachen klarzuſtellen; dem Grafen Zeppelin, dem verläſterten Gedanken vom lenkbaren Luftſchiff zum Siege zu verhelfen; dem Fürſten Bismarck, die deutſchen Stämme zu einem einheitlichen Reich zuſammenzuſchmieden uſw. In ähnlicher Weiſe hatte ſchon Plato im Menon, Jon, Phaedrus den Lykurg und Solon „und viele andere Männer anderwärts unter Hellenen und Barbaren, welche viele ſchöne Werke vollbrachten“, als mehr oder weniger unbewußt ausführende Organe, Diener einer göttlichen Idee aufgefaßt, und in dem indiſchen Lehrgedicht „Bhagavad-gîta“ heißt es ganz präzis: Nur die irdiſch Verblendeten ſetzen den Grund ihrer Handlungen in ſich; der beſcheidene Weiſe hält nie ſich für den Täter. — Häufig genug iſt zu beobachten, daß mit der Löſung ihrer Aufgabe die Leiſtungsfähigkeit erliſcht, wie manchen Dichtern nur ein einziges Gedicht, nur ein einziges Werk gelingt. Alles, was darüber hinaus in Angriff genommen wird, bleibt im Mittelmäßigen ſtecken.

Allerdings gibt es Perſonaleinheiten, in welchen — wie Mommſen ſich ausdrückte — höchſte Normalität und höchſte Individualität verſchmelzen. Solche mag Ranke im Auge gehabt haben bei dieſem Satze in ſeiner engliſchen Geſchichte: „Das Größte, was dem Menſchen begegnen kann, iſt es wohl, in der eigenen Sache die allgemeine zu verteidigen. Dann erweitert ſich das perſönliche Daſein zu einem welthiſtoriſchen Moment.“ Die kombinierten Zielſtrebigkeiten der niederen und der höheren Perſoneneinheiten liefern jedesmal welthiſtoriſche Ergebniſſe. Allein es iſt nicht geſagt, daß die Zeitgenoſſen ſolche Größen und Großtaten ſofort richtig einſchätzen. Sie ſpenden den Lorbeer nach ihrem Ermeſſen, d. h. dem, der ihre engen Intereſſen zu fördern ſcheint. Weil jene den welthiſtoriſchen Maßſtab nicht kennen, bleiben gar viele unbeachtet, welche tatſächlich wichtige Entfaltungen der höheren Perſonaleinheit darſtellen. Daß Franz Schubert und Robert Mayer gerade noch der Vergeſſenheit entriſſen wurden, mag als Illuſtration dienen. Auf dem Friedhof der Geſchichte ſchlummert eine große Zahl erlauchter Geiſter unbekannt und unbeweint, neben denen manche Größe der Jetzt- und der Vorzeit verblaſſen müßte.

Indeſſen, ob mit, ob ohne Ruhm bei den Menſchen: wir alle ſind nichts anderes als Organe der höheren Einheit bzw. Einheiten, denen wir angehören. Die Geſchichte gleicht da einem rieſenhaften dramatiſchen Gedicht, in welchem jede Szene und Perſon durch den zweckvollen Plan des Ganzen beſtimmt iſt (Pfleiderer). In dieſem Drama hat — wie bereits erörtert — ein jeder ſeine Aufgabe; nur ſind dieſe Aufgaben verſchieden nach Zeiten und Individualitäten. Das Ziel, die Selbſterhaltung und Entfaltung, bleibt das gleiche für alle; nur fällt jedem einzelnen eine andere, beſondere Rolle zu. Ja, es kann vorkommen, iſt ſogar notwendig, daß zwei oder mehr Perſonen oder Gruppen ſcheinbar gegeneinander wirken: in der höheren Einheit entpuppt ſich das als harmoniſches Zuſammenſpielen. Wie verſchieden ſind nicht Mann und Weib in ihrer körperlichen und geiſtigen Konſtitution! Und doch bilden ſie eine Einheit. Nirgends deutlicher als hier kann man ſehen, wie eine höhere Macht die Aufgaben teilte, aber dem Auseinanderfallen das Sehnen nach Vereinigung, die Liebe, ihre ſtärkſte Kraft, entgegenſetzte. „Denn wo die Lieb' erwachet, ſtirbt das Ich, der dunkele Deſpot“ (Perſiſch. Dſchelabeddin Rumi). Zugleich iſt an dieſem Beiſpiel aber auch zu ſehen, wie wenig der höheren Einheit an dem ſogenannten Glück der Bruchſtücke liegt. Hat ſie zuerſt einmal für ihre eigene Erhaltung geſorgt, dann bleiben die Individuen ſich ſelbſt überlaſſen. Deren perſönliches Glücklichſein — inſofern es nicht im Dienſte des übergeordneten Ganzen gefunden wird: patriae inserviendo consumor (Bismarck) — gehört nicht zu den Zwecken und Zielen der höheren Perſonaleinheit.

„Die Natur liebt es nicht, alle wünſchenswerten Eigenſchaften in einem Menſchen zu vereinigen. Für die Geſchichte iſt das Gegeneinanderſtreben oder das Zuſammenwirken von verſchiedenen Standpunkten aus nicht ſelten förderlich geweſen“ (Ranke). So bildeten Luther und Melanchthon, Blücher und Gneiſenau, Stein und Hardenberg als Zuſammenſpieler eine Einheit. Das anſchaulichſte Beiſpiel in größtem Maßſtab bietet das deutſche Heer im Weltkrieg 1914/18. Von der oberſten Leitung bis zum einzelnen Mann waren alle und fühlten ſich alle als Glieder der gleichen Idee, des gleichen Zweckes; daher die Unbeſieglichkeit einer Welt von Feinden gegenüber.

Auch die Höhepunkte in der Geſchichte: die Zeitalter von Perikles, Dürer-Michelangelo, Newton-Leibniz, Goethe, Bismarck erſcheinen bei ſolcher Betrachtung nicht mehr wie ein zufälliges Zuſammengewürfeltſein hervorragender Köpfe, ſondern wie Spektren eines höheren, überindividuellen Geiſtes mit verſchiedenen Ausſtrahlungen oder — wie Luther in der derberen Weiſe ſeiner Zeit ſich ausdrückte — wie Platzregen des Wortes Gottes.

„Wie die Teile und Glieder eines Baues oder die Figuren eines Gemäldes ſtehen auch die Situationen und Charaktere eines Dramas in der Wechſelwirkung von Spannung und Gegenſpannung, des Vor- und Zurücktreibens, der Überſchneidung und Verbindung.“ In dieſen, ſich gegenſeitig tragenden Beziehungen ſieht A. Riehl in Anlehnung an Goethe und Herder das Weſentliche des Kunſtwerks. Und in der uns umgebenden Natur iſt es ebenſo.

Allein noch weiter können wir dieſen Gedanken führen: Nicht bloß die Zuſammenſpieler, ſondern auch die Gegenſpieler gehören zuſammen und bilden von einer höheren Warte aus eine Einheit. Welche Gegenſätze immer in der

Geſchichte aufeinandergeprallt ſind: ob Idealiſten und Materialiſten, Vitaliſten und Mechaniſten, Kaiſerliche und Päpſtliche, Konſervative und Liberale, Monotheiſten und Pantheiſten: bei genauerem Zuſehen erkennen wir, daß ſie alle letzten Endes der gleichen Idee dienen als verſchieden große und verſchieden wertige Teile ihrer Entfaltung. Wir werden uns nicht mehr mit dem Schlachtruf: Hie Welfen, hie Waiblinger! auf Andersdenkende ſtürzen, ſondern jeden verſtehen, weil wir beide begreifen. Die Aufgabe iſt nicht die, in den Streitfragen des Tages dieſem oder jenem recht zu geben, ſondern die höhere Einheit zu finden, der ſie beide angehören, gemäß dem Leibnizſchen Prinzip der Gleichberechtigung aller Standpunkte oder dem Bhagavad-Gita-Spruch:

„Nur wer, als in Einheit daſtehend der Geſchöpfe geteiltes Sein
Und verbreitet von da, ſchauet, der erhebet zur Gottheit ſich."

Die Energie, mit welcher die einzelnen Individuen und Zeiten ihre Meinungen verfochten haben, hat etwas Dämoniſches, etwas vom *δαιμόνιον* des Sokrates an ſich. Beide ſind blind oder ermangeln wenigſtens jener höchſten geiſtigen Klarheit. Sonſt würden ſie die Berechtigung anderer Standpunkte erkennen. Aber eben dieſe Verblendung, dieſe Täuſchung des Urteils, daß ſie für richtig bzw. für falſch halten, was in Wahrheit rechts und links iſt, bildet das Mittel, mit welchem die höhere Einheit ſie den Zwecken ihrer Selbſtentfaltung dienſtbar macht. Rückſichtslos opfert ſie dieſen das Wohlergehen, die ungeſtörte Entwicklung der niederen Perſonen, ſeien es Individuen, ſeien es Völker; und während die niedere Einheit ihren Untergang betrauert, fügt ſich ihr individueller Beſtandteil willig der höheren Notwendigkeit.

•

Iſt auf der einen Seite der einzelne eine notwendige Sache, ein unentbehrlicher Teil für das größere ſelbſtzweckliche Ganze, ſo iſt andererſeits dieſes bzw. das zielſtrebige, einheitliche Zuſammenwirken mit den anderen Teilen eine Notwendigkeit für den einzelnen. Zahlloſe Unterſuchungen ſind angeſtellt worden über das Zuſtandekommen der Sprache. Durch die Literatur über Sprachſtörungen und Sprachverluſt windet man ſich nur mit Mühe hindurch. Aber dem Korrelat des Sprechens, dem Verſtehen, iſt noch wenig Aufmerkſamkeit geſchenkt worden. Woher kommt es, daß der andere und der zehnte und der tauſendſte die Sätze ebenſo verſteht, wie ſie gemeint waren? Was für ein Diapſychikum — nach Analogie von Faradays Dielektrikum — hat das ſinnvolle Verſtändnis vermittelt? Die Antwort liegt eben darin, daß wir alle der gleichen größeren Perſonaleinheit angehören und demgemäß von den gleichen Reizen in der gleichen Weiſe bewegt werden, daß es eine ſeeliſche Reſonanz gibt, gleichgültig, wie die Übertragungsform im einzelnen iſt.

Die Sprache iſt alſo eine der Formen, durch welche wir untereinander zu einem höheren Ganzen organiſch verbunden ſind; ſie läßt uns an dieſem ebenſo Anteil nehmen wie geben. Weſſen Verbindungsfäden unterbrochen ſind, der friſtet als Perſon niederer Ordnung ſein Daſein, iſt aber aus dem überindividuellen Zuſammenhang herausgelöſt und kein lebendiges Glied davon. Der Stumme und der Taube ſind Beiſpiele dafür.

In der gleichen Weiſe kann ſich auch der einzelne ſeeliſch von der größeren Gemeinſamkeit loslöſen und ſeine niedere Zielſtrebigkeit über die größere ſtellen. Damit gehen ihm die Stützen verloren, welche die einzelnen Teile einer höheren Einheit einander gewähren, und wenn dann eine Erſchütterung kommt, iſt es kein Wunder, wenn er ihr erliegt. Der Eindruck drängt ſich auf, daß in der dermaligen Phaſe allzu viele dieſe Loslöſung vollzogen haben. Ohne Freunde, ja häufig genug ohne ſeeliſche Anlehnung an die Lebensgefährtin, ſtehen ſie der Umgebung ebenſo fremd gegenüber, wie dieſe ihnen. Von gegenſeitigem Stützen iſt da keine Rede. Dieſe Verhältniſſe mögen bei den vielen nervöſen Zuſammenbrüchen eine bedeutungsvolle Rolle ſpielen. Sie ſcheinen um ſo mehr zuzunehmen, je mehr der Begriff: Freundſchaft verblaßt.

Die Emanzipation der Individuen mit ihrer Anarchie der Meinungen und Leidenſchaften, wovon wir dermalen Zeugen ſind, erinnert an jenes Stadium, welches Fichte „die vollendete Sündhaftigkeit“ nannte.

Andererſeits hat das Abbrechen der Fäden zu den Ereigniſſen der nächſten räumlichen und zeitlichen Umwelt auch ſein Gutes. Man pflegt das Altern als einen Abſtieg, als eine rückläufige Bewegung zu beurteilen; vom Standpunkt der menſchlichen Phyſiologie offenbar mit Recht. Vom Standpunkt einer höheren Perſonaleinheit kann man aber die Loslöſung von den ephemeren Beziehungen begrüßen im Intereſſe einer ungeteilteren Hingabe an deren übergeordnete Ziele. Das Wegfallen des Hunger- und Liebemotivs macht den Geiſt freier und erweitert den Horizont. Darin liegt der Grund, weshalb den Leiſtungen des Alters etwas Abgeklärtes, ein Hauch des Überperſönlichen innewohnt und weshalb ſeit den älteſten Zeiten dem Alter inſtinktiv eine beſondere Verehrung gezollt worden iſt. Erſt mit dem Verkennen dieſer Zuſammenhänge, mit dem einſeitigen Bewerten der flüchtigen Gegenwart, mit der abſtruſen Idee der Gleichheit aller (leider nur der gerade Lebenden einſchließlich allerlei Geiſteskranker und Verbrecher) hat das Alter an Wertſchätzung verloren.

Aber nicht bloß unter ſich oder mit ihrem Volk gehören die Lebeweſen zuſammen, ſondern mit der geſamten Umgebung. Erſt neuerdings iſt zur Erkenntnis gekommen, wie die Tier- und Pflanzenwelt gegenſeitig voneinander abhängig, aufeinander eingeſtellt iſt. Nimmt man die Einzelweſen heraus, ſo verkommen ſie oder verlieren gerade ihre tüchtigſten Eigenſchaften. Die Tiere in der Gefangenſchaft bieten genug Beiſpiele dafür. Iſt erſt einmal der Blick dafür geſchärft, ſo ergeben ſich die überraſchendſten Zuſammenhänge. Ihnen nachſpürend, gelangt man ebenſo zu einer anderen Naturgeſchichte, wie die Weltgeſchichte im ſtrengen Sinne etwas anderes iſt, als das Neben- und Nacheinander der Geſchichte der einzelnen Völker. Und vollends die Biographien einzelner Individuen ſtellen demgegenüber nur kleine Moſaikſteinchen dar.

Erweitern wir den Blick über unſeren Planeten hinaus, ſo treffen wir auch da mit größerer oder geringerer Erkenntnis auf gegenſeitige Abhängigkeiten, Bedingtheiten der Weltkörper. Sie bilden immer höhere geſchloſſene Einheiten, die alle zuſammen jeweils noch höhere bilden. Die Stufenleiter des Ahnens führt uns ſchließlich zu jenem All-Einen, das — ſeit es denkende Menſchen gibt — das Ziel des Suchens ihrer Religionen und ihrer Philoſophien geweſen iſt. Bleibt auch der einzelne bei der Unzulänglichkeit ſeiner Mittel ewig von der vollen Erkenntnis entfernt, ſo ſieht er doch wenigſtens einen Weg zur letzten Einheit vor ſich, und dieſe entſchwebt nicht mehr unfaßbar in nebelhafte Regionen, mit denen keinerlei Verbindung beſteht.

*

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß jemals in einer Perſon oder Sache — auf welcher Stufe der Hierarchie ſie auch ſtehen mögen — Ruhe herrſche. Zwar die Einheit des Syſtems bleibt durch die gleichbleibende Zielſtrebigkeit, Rankes göttliche Ordnung der Dinge, immer gewahrt. Allein die konſtituierenden Elemente wechſeln dauernd; drum wechſelt auch das innere Gefüge der Perſon. So kennen wir von einer Anzahl der Zellen unſeres Körpers die Lebensdauer. Daß im Laufe des individuellen Lebens die einzelnen Organe, Funktionen, pſychiſchen Fähigkeiten nacheinander einen gewiſſen Vorrang haben, iſt den Anatomen, Phyſiologen und Pädagogen wohl bekannt. Nichts iſt deshalb einleuchtender als die Verſchiedenheit der Lebensäußerungen zu verſchiedenen Zeiten.

Ebenſo iſt es in der Geſchichte. Wir ſehen — wie Ranke von Papſt Paul III. und Wallenſtein ſchreibt — Männer von Talent und Geiſt, durchdringender Klugheit, an den höchſten Stellen auftreten. Aber wie unbedeutend erſcheint auch ein mächtiger Sterblicher der Weltgeſchichte gegenüber dem allgemeinen Leben, das die Jahrhunderte in ununterbrochener Strömung erfüllt! Sie treten auf beinahe als der Ausdruck einer, auch außer ihnen vorhandenen allgemeinen Tendenz und gehören doch auch wieder einer moraliſchen Weltordnung, einer hinter den Erſcheinungen tätigen Lebensquelle an.

Und wie die großen Führer, ſo ſehen wir in noch höheren Maßſtäben einzelne Nationen in dem großen Drama der Weltgeſchichte kommen und gehen, ohne daß wir Heutige den inneren Zuſammenhang und das Ziel des Dramas zu erfaſſen imſtande ſind.

Alſo Bewegung überall! Iſt erſt einmal das komplizierte Getriebe in Bewegung geſetzt, ſo löſt jede Änderung neue Änderungen im ganzen Syſtem aus. In der Phyſiologie iſt der Begriff der Reaktion geläufig als die Auslöſung von Aktionen auf einen Reiz. Auch Stern führt ihn in ſeiner Studie ein. Man operiert dabei mit zwei getrennten Dingen: mit dem Reiz und mit dem Reagenten, d. h. mit einem Syſtem reizbarer Potentialitäten. Indeſſen, es iſt vielleicht gar nicht nötig, den Reagenten und die Umwelt mit ihren Reizen als verſchiedene Exiſtenzen einander gegenüberzuſtellen. Von einer höheren Warte aus betrachtet gehören ſie zuſammen. Der Reagent iſt — wie E. Mach ſich ſelbſt aufgefaßt hat — nur die vorübergehende Verknotung eines unabſehbar weit zurückreichenden Lebens- und Denkzuſammenhanges, ſteht alſo durch die räumliche und zeitliche Umwelt hindurch mit Vor- und Nachwelt in Beziehung, bildet einen Teil von beiden. „Auch das größte individuelle Leben iſt doch nur ein Moment in der Verflechtung des allgemeinen Lebens.“ (Ranke.) Wir können dieſe Verknotung natürlich nach Belieben trennen und einzelne Teile daraus machen. Aber wir müſſen uns bewußt bleiben, daß ſolch eine Trennung nur eine Gedankenmanipulation iſt, daß ſie in Wahrheit aber nicht exiſtiert, daß vielmehr alles im engſten Zuſammenhang in ſich ſteht, auch wenn wir dieſen nicht erkennen. Von ſolchem Standpunkt aus iſt die bittere Kritik erklärlich, welche Goethe an Newton übte.

Innerhalb der von uns abgeteilten Trennungsſtücke erſcheinen jene Potentialitäten als ein Syſtem von Bedingungen, welche ſich dauernd verſchieben, um ſich dauernd im Gleichgewicht zu halten.

Verändert ſich eine der Bedingungen ſchnell, ſo muß auch die Neueinſtellung ſchnell erfolgen. Wir haben dann das, was man gewöhnlich eine Reaktion nennt, den Lidſchluß bei grellem Licht, die Abwehrbewegung bei Schmerzreizen. Das erinnert an die Funkenentladung der Elektrizität.

Für gewöhnlich ſind es ſogenannte äußere Reize, welche die Reaktion auslöſen. Allein die Reize können auch im Syſtem ſelbſt liegen: wir wachen des Morgens von ſelbſt, ohne Weckeruhr, auf, wenn der Neuaufbau des Nervenſyſtems vollendet iſt, und wir machen Bewegungen mit den Muskeln, welche bei längerer Ruhelage ein Zuviel an motoriſcher Kraft aufgeſpeichert hatten. Indeſſen, die Reaktionsvorgänge können tief unter der Schwelle unſeres Bemerkens liegen. Dann haben wir das, was in der Elektrizität die unmerklichen Entladungen ſind, Vorgänge, welche an ſich im verborgenen bleiben und uns nur etwa in Stimmungen, Trieben zum Bewußtſein kommen.

Die Vermehrung eines Volkes über die Grenze der Ertragsfähigkeit des Bodens hinaus hat ſchon manche Wanderung veranlaßt, und die Entwicklung der katholiſchen Kirche drängte — auch ohne Luther — von innen heraus zu Reformen. Der Niedergang ganzer Völker iſt deshalb mit äußeren Mitteln nicht aufzuhalten, weil die Urſachen im Inneren liegen.

Allein im allgemeinen ſind es — wie geſagt — Veränderungen in den ſogenannten äußeren Komponenten des Syſtems, welche Reaktionen zeitigen. Zumeiſt erfolgt der Ausgleich raſch. Dann ſetzt die Geſchichte ihren früheren Lauf wieder fort. Die Veränderungen in den äußeren Bedingungen können aber auch nachhaltig auf den Reagenten wirken. Wohl jedem iſt in ſeinem Leben eine Perſönlichkeit begegnet, welche ihn für immer beeinflußt hat. Dahin gehört auch alles, was man unter dem Begriff Offenbarung zuſammenzufaſſen pflegt.

In größeren Verhältniſſen war beſonders die Entdeckung Amerikas von nachhaltigſter Wirkung. Sie verſchob mit einem Schlag die Stellung Europas in jeglicher Hinſicht; es ſcheint faſt, als ob die dadurch bedingte Erſchütterung bis heute noch nicht zu Ruhe gekommen ſei.

Aber — und dies muß ſcharf betont werden — die Reaktionen fallen verſchieden aus, je nach der momentanen Konfiguration des Syſtems. Ein kaltes Bad bei Fiebernden wirkt morgens anders als abends; ein Trunk Quellwaſſer ſchmeckt bei heißer Jahreszeit anders als bei kühler; ein Wortwechſel, welcher des Abends die heftigſten Formen angenommen hatte, erſcheint am anderen Morgen kaum der Rede wert.

Luther brachte mit ſeinem Auftreten die ganze damalige Welt in Bewegung. Hundert Jahre früher hatte ſich keine Hand gerührt, Huß und Wiclifs Gebeine dem Scheiterhaufen zu entreißen.

Dampfboot und Telegraph, ohne welche wir Heutige uns das Leben gar nicht vorſtellen können, wurden ſogar von einem Manne wie Napoleon I. abgelehnt. Die erſte Entdeckung Amerikas — fünfhundert Jahre vor Kolumbus — hat gar keinen Eindruck auf die europäiſche Welt gemacht.

*

Ebenſo wie wir von den uns geläufigen Perſonen: Menſch und Zelle zu der höheren Perſonaleinheit: Nation weitergeſchritten ſind, ebenſo können wir nach der andern Seite von der Zelle zu den einzelnen, ſie zuſammenſetzenden Molekül- und Atomgruppe weitergehen und auch in dieſen: Perſonen der Sternſchen Definition erkennen. Auch dieſe Gebilde funktionieren ja in der Richtung auf Ziele, welche ihnen als Ganzem innewohnen; auch ſie ſind auf Erhaltung im Wechſel, Entfaltung, Geſtaltung eingeſtellt.

Die neuere Chemie ſieht in den Atomen Miniaturplanetenſyſteme. Von ihnen aus können wir den Perſonbegriff auch auf die — für unſere Sinne unvergleichlich viel größeren — Sonnen- und Weltſyſteme übertragen: auch ſie weiſen die angeführten Kriterien der Perſon auf. So ſah ſchon Plato in der Sonne, den Sternen und dem Weltgebäude beſtimmte göttliche Weſen, ζῶα, in deren nähere Beſchaffenheit uns Menſchen freilich keine Einſicht vergönnt ſei. Gleichgültig, welche Vorgänge ſich in dem kleinen Planetenſyſtem eines Atoms und in dem großen von Weltkörpern und Sonnenſyſtemen abſpielen; immer haben ſie die gleiche Urſache und das gleiche Ziel: die Selbſterhaltung. Wir ſehen alſo das, was Ariſtoteles Entelechie nannte, die causa finalis, wieder aufleben; wir erkennen oder ahnen wenigſtens mit Kant, daß im Geſamtgeſchehen eine Finalität, ein Zweck, ein τέλος exiſtiert, welchem die einzelnen Teile dienen. Der Unterſchied von der vulgären, mit Recht abzulehnenden Teleologie beruht darin, daß bei dieſer jedem einzelnen Vorgang ein äußerer Zweck untergeſchoben wird, während bei unſerer Auffaſſung der Zweck im Innern, in der Selbſterhaltung liegt. Freilich ſind wir oft genug nicht in der Lage, mit unſerem Verſtand das Zweckmäßige im

Ineinandergreifen der Vorgänge lückenlos zu überſehen und reſtlos zu begreifen. Beſcheidenheit iſt von jeher eine Eigenſchaft großer Forſcher geweſen als Beweis, daß ihr Blick durch die oberflächliche Erſcheinung der Dinge hindurchſtrebte, daß ſie die landläufigen Meinungen, Platos δόξα, von der abſoluten, denknotwendigen Erkenntnis, *ἐπιστήμη*, zu unterſcheiden wußten.

Es iſt klar, daß die jeweiligen Fähigkeiten und körperlichen und geiſtigen Hilfsmittel nur auf den nächſten Zweck, die Erhaltung der jeweiligen Perſon zugeſchnitten ſind und nicht auf die Erhaltung einer anderen, höheren oder niedereren Einheit oder auf Erreichung außermenſchlicher Zwecke. Wenigſtens kommen deren Ziele nur mittelbar zum Ausdruck. Ebenſo wie Hand und Fuß, Auge und Ohr ſind auch unſere Begriffe von Raum, Zeit, Kauſalität, Bewußtſein uſw. nur auf unſere Perſonalzwecke und -bedürfniſſe eingeſtellt. Wechſeln deren Bedeutungen ſchon unter den einzelnen Menſchen je nach ihren verſchiedenen Konſtitutionen, ſo verlieren ſie bei anderen Perſonenſyſtemen vollkommen jeden Wert, noch viel mehr als z. B. die Zeitvorſtellungen einer Eintagsfliege für den ſogenannten homo sapiens. Und wie ſich beim Zerfall der Perſon Hand und Fuß, Auge und Ohr auflöſen, ebenſo geſchieht das mit allen anderen Hilfsmitteln, welche für die Zeit unſerer Exiſtenz entwickelt; entfaltet worden ſind; auch mit dem Bewußtſein. Nach Stern unterſcheidet dieſes das Ich von der Umgebung und zwar um ſo ſchärfer, je mehr die engeren Selbſtzwecke der menſchlichen Perſon und die Fremdzwecke der höheren Perſoneinheit in Konflikt geraten. Wo beide zuſammenfallen, iſt keine Sonderung vonnöten. Die religiöſen Literaturen ſind voll von dem Glück des Aufgehens der niederen Menſchenperſon in der höheren Gottallperſon; und wie die Hingabe an höhere Zwecke, an höhere Perſoneinheiten die einzelnen über die Widrigkeiten des individuellen Daſeins hinwegträgt und ihnen ihre Lage gar nicht zum Bewußtſein kommen läßt, das lehrt die Geſchichte zur Genüge.

Wenn nun auch mit dem Tode der Perſon ihr Selbſtzweck und die dieſem angepaßten Einrichtungen ſich auflöſen, ſo lebt ſie doch in der höheren Perſonaleinheit, welcher ſie als Sache angehörte, weiter. Es gibt ſomit für jede Perſönlichkeit ſo viele Unſterblichkeiten, als es höhere Lebensperſonaleinheiten gibt, deren Ziele ſie ſich durch Introzeption aneignet und in deren Leben ihr Sein und Tun eingeht (Stern) oder nach der hier vorgeſchlagenen Auffaſſung: von welchen ſie Ausſtrahlungen, Werkzeuge darſtellt. Aber dieſe Unſterblichkeit ſetzt nicht erſt mit dem Erlöſchen des individuellen Lebens ein, ſondern begleitet die Perſon von Anbeginn an, da ſie ja dauernd größerer oder kleinerer Teil höherer Einheiten iſt. Und weil ſchließlich jede Einheit ein Teil der hierarchiſchen Spitze, der Allperſon iſt, ſo müſſen logiſcherweiſe alle Teilſtücke Anteil an der Unſterblichkeit haben. Solcher Erkenntnis begegnen wir bereits am Anfang der Philoſophie, in der Brihadâranyaka-Upanishad, wo der weiſe Yajñavalkya ſpricht: „Nach dem Tode iſt kein Bewußtſein, ſo ſage ich ... denn wo eine Zweiheit gleichſam iſt, da ſieht einer den anderen, hört einer den anderen, erkennt einer den anderen. Wo aber einem alles zum eigenen Selbſt geworden iſt, wie ſollte er da irgendwen ſehen, irgendwen hören, irgendwen erkennen, wie ſollte er wohl den Erkenner erkennen? Wie ein Salzblock, im Waſſer aufgelöſt, dieſes in allen ſeinen Teilen ſalzig macht, ſo durchdringt jenes große, uferloſe, nur aus Erkenntnis beſtehende Weſen das ganze Univerſum. Es erhebt ſich aus dieſen Kreaturen und geht wieder mit ihnen zugrunde“ (Deußen).

Bei ſolcher Betrachtung wird die einzelne menſchliche Perſönlichkeit und das Volk, denen all unſer Mühen und Sorgen gilt, aus ihrer zentralen Stellung herausgehoben und nicht, wie im zoologiſchen Syſtem, als Meiſterſtück, als Krone der Schöpfung bewertet, ſondern als eine Form der Entfaltung der Allperſon. Schon einmal, in der Stoa, iſt die Anſchauung entwickelt worden, daß das ganze Weltall einen einzigen, einheitlich-vernünftigen Lebenszuſammenhang, ein *πολιτικὸν σύστημα*, bilde, worin jeder einzelne ein notwendiges Glied iſt (*μέρος*), und daß alle beſonderen Dinge die aus dem Ganzen beſtimmten Geſtaltungen einer, in ewiger Tätigkeit befindlichen göttlichen Urkraft ſeien (Windelband).

Gegenüber den analytiſchen Beſtrebungen, welche in immer feineren Differenzierungen maulwurfsartig ſich zu verlieren drohen oder nach Art der Maler des Quattrocento ſich in Einzelheiten nicht genug tun können, iſt es an der Zeit, wieder zuſammenfaſſend zu denken. Wir haben uns mit unſerem Verſtand allenthalben Schranken errichtet und bewegen uns in dieſem Labyrinth wie Gefangene, ohne es zu wiſſen oder auch nur zu ahnen. Wir wähnen, daß in unſerem Bewußtſein das Univerſum ſich ungetrübt ſpiegele, und überſehen die vielen brechenden Medien, welche dazwiſchen gelagert ſind.

Mit unſerem menſchlich-endlichen, nur auf irdiſche Bedürfniſſe eingeſtellten Verſtand werden wir weder die Analyſe noch die Syntheſe je zu Ende führen. Wir haben das unendlich dunkle Bewußtſein der Weltharmonie aufgegeben, ohne das unendlich klare Bewußtſein davon zu erreichen (Leibniz).

Indeſſen, dieſe Einſicht darf uns nicht lähmen. Mit Buddhas reſigniertem: „Danach zu fragen hat der Meiſter verboten“, kommen wir nicht weiter. Vielleicht behält Grieſinger recht mit ſeinem Satze: Wir Menſchen könnten das All gar nicht begreifen, ſelbſt wenn Gott einen Engel mit der Erklärung herabſchickte; vielleicht, ja wahrſcheinlich geht das als *μειζον ῇ καϑ' ἡμᾶς* (Plato) über unſere Kraft. Allein die Aufgabe bleibt beſtehen, die Bedeutung der einzelnen Erſcheinungen im Ablauf der Dinge wiſſend oder ahnend zu ergründen. Denn immer erſtrebt und nie gelöſt iſt ſie es in Wahrheit, die uns mit dem Unendlichen verbindet.

Das Schlagwort vom Staatsbankrott

Kein Todeskandidat will etwas vom Tode hören. Dieſe pſychologiſche Feſtſtellung kann jeder machen. Um ſo merkwürdiger iſt es, daß in dem Todeskampf, in dem ſich unſere ganze Finanzwirtſchaft befindet, das Wort vom Staatsbankrott, das doch für den Fiskus etwas ähnliches wie der Tod bedeutet, von jedermann im Munde geführt wird. Es liegt darin etwas wie Selbſtgeißelung, wie Sadismus. Mit einem gewiſſen Schauer wünſcht jeder, namentlich aber wünſchen Angehörige der einfachen Volksklaſſen etwas Sachliches vom Staatsbankrott zu hören. Das iſt nun an und für ſich begreiflich und wünſchenswert. Denn ſelten iſt ein Wort derartig zum Schlagwort mißbraucht worden wie dieſes. Wenn zwei ſich über die troſtloſen Verhältniſſe bei uns unterhalten, ſo ſchließt die gewöhnlich recht fruchtloſe Unterhaltung mit dem Ergebnis, daß wir demnächſt einen Staatsbankrott machen müſſen. Das iſt dann ſo etwas ähnliches wie die Götterdämmerung. Niemand weiß recht, was da geſchieht und was danach kommt. Man ſtellt ſich höchſtens ganz vage ein allgemeines Chaos vor. Und wenn jemand beſonders ſcharf denken kann, ſo ſtellt er ſich vor, daß die Noten keinen Wert mehr haben und auf die Kriegsanleihen keine Zinſen mehr bezahlt werden. In Wahrheit iſt das mit dem Staatsbankrott doch ganz anders. Das braucht an und für ſich weder etwas Gewaltſames, alles Vernichtendes und Zerſtörendes, noch aber etwas plötzlich und unvermittelt Kommendes zu ſein. Ja, noch mehr, es wird ernſthafte Leute geben, die auf dem Standpunkt ſtehen, daß Deutſchland längſt im Staatsbankrott ſich befindet. Denn der Staatsbankrott iſt ein ſo weitgehender Begriff, er kann ſo harmlos ſein, daß er für alle jene ſadiſtiſch Veranlagten faſt des Intereſſes entbehrt. Und weiter kann man ohne allzu große Übertreibung ſagen, daß der Staatsbankrott im Leben der Staaten faſt zur Regel geworden iſt, daß es, wenn man nur ein wenig hiſtoriſch die Dinge betrachtet, nur ganz wenige Länder gibt, die nicht zum mindeſten einmal, in der Regel aber erheblich öfter ſo etwas wie einen Staatsbankrott gemacht haben. Darunter iſt das ſolide Altpreußen ebenſowohl wie Frankreich zu rubrizieren, ganz zu ſchweigen von Ländern wie Öſterreich, Spanien uſw., die ſich ſehr oft dieſen Luxus geleiſtet haben. Wie definieren wir den Staatsbankrott? Er iſt die zeitweiſe oder dauernde Einſtellung oder Verkürzung der den Gläubigern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen auf Zins- oder Kapitalzahlung. Sieht man ſich dieſe Definierung näher an, ſo ahnt man gleich die zahlloſen Variationen. Tatſächlich beginnt der Staatsbankrott, wenn man von ſeinen verſchiedenen Stufen und Möglichkeiten ſpricht, mit der Verkürzung des Zinsſatzes. Wer dächte da nicht an den Umſtand, daß das Deutſche Reich ſeit geraumer Zeit auf ſeine Reichsanleihen nur mehr 4½ ſtatt 5 Prozent Zinſen auszahlt? Freilich werden Formaliſten mit einem gewiſſen Recht hier die Vorbedingungen eines Staatsbankrotts entſchieden abſtreiten, denn jener zehnprozentige Abzug erfolgt ja auf jegliche Art von Kapitalertrag. Immerhin iſt der bei weitem größte Poſten, der alles andere in den Schatten ſtellt, der Ertrag aus fundierten und unfundierten Staatspapieren. Allein aus dieſem Teil der Kapitalertragſteuer muß heute über eine Milliarde dem Fiskus zufließen. Schon erheblicher wird der Grad des Staatsbankrotts, wenn die Zinszahlung zeitweiſe überhaupt unterbleibt und ſtatt der baren Auszahlung Gutſcheine oder Scrips, wie der Fachausdruck lautet, entrichtet werden. Namentlich die ſüdafrikaniſchen Staaten lieben dieſe Art. Es werden gewiſſermaßen ſtatt Zinſen neue Anleihen ausgegeben, auf die im Falle einer Kräftigung des Staates ebenfalls Zinſen bezahlt werden. Man nennt dieſe Art von Obligationen Funding Loans. Eine weitere Form des Staatsbankrotts beſteht darin, fällige Kapitalien nicht zurückzuzahlen, ſondern ſich in irgendwelcher Weiſe ſtunden zu laſſen. Alles das ſind verhältnismäßig harmloſe Formen des Staatsbankrotts. Erheblich radikaler wird die Sache, wenn man ſich entſchließt, gleichzeitig Zins und Kapital erheblich zu reduzieren, oder gar — und das iſt die alleräußerſte Form — Zins- und Kapitalverpflichtungen für alle Zukunft nicht mehr einzulöſen. Damit ſind wir auf die im bolſchewiſtiſchen Rußland beliebte Art gekommen, eine Form, die namentlich im Anfang der Revolution auch in Deutſchland eine große Rolle in der ſpartakiſtiſchen Bewegung geſpielt hat und die einem Teil unſerer Arbeiter recht eingeleuchtet hat, allerdings nur ſolange als man ihnen nicht die Gefahr für ihr eigenes Sparkaſſenbuch vor Augen geführt hat. Aber auch über dieſen Appell an den Egoismus hinaus leuchtete jedem Arbeiter ſchnell ein, daß eine Kanzellierung der Staatspapiere das ganze Bankſyſtem und dadurch auch die ganze Induſtrie und damit die Brotgeber lahmlegen mußte. Und ſo hört man denn heute, obwohl die Lage inzwiſchen viel verzweifelter geworden iſt, erheblich weniger von dieſer Forderung — und das iſt ja das Schlimme an unſerer Lage, daß Deutſchland weniger als andere Staaten mit übler Finanzlage ſich den Luxus eines Staatsbankrotts leiſten kann, weil die Gläubiger zum großen Teil im eigenen Lande ſitzen. Der Sinn und Zweck eines Staatsbankrotts wird ja eigentlich erſt erreicht, wenn man gegenüber Ausländern Erſparniſſe auf dieſem Wege erzielen kann, denn der Inländer kann ja zum mindeſten theoretiſch in dem Maße, in dem man ihm Zinſen ausbezahlt, ſteuerlich erfaßt werden. Leider zeigt die Praxis der letzten zwei Jahre, daß dieſe Steuereinhebungen in Wahrheit unvergleichlich ſchwieriger ſind, als man geahnt hatte.

Wie wird nun der Staatsbankrott erreicht und ſich vollziehen? Denn daß wir ſo nicht weiterwurſteln können, iſt klar. Man könnte ſich ja faſt ſchon den Tag ausrechnen, an dem Papier ſo teuer wird, daß ſeine Bedruckung für Geldzwecke ſich nicht mehr rentiert. Und irgendwie muß doch wohl ein Ende kommen. Vielleicht beginnt es bei den Städten, deren Steuerrechte ja ſtark eingeſchränkt ſind, deren Ausgaben aber um ſo luſtiger ſteigen. Nun, das Reich wird vermutlich die verſchiedenſten Formen des Staatsbankrotts verſuchen. Man wird vielleicht in der Zinsreduktion weiterfahren und ſtatt $4\frac{1}{2}$ nur mehr 4 oder gar $3\frac{1}{2}$ Prozent auf die Kriegsanleihe auszahlen, man wird vielleicht die Verpflichtungen in der Weiſe zuſammenlegen, daß man eine Devalvation vornimmt, das heißt alſo Banknoten, aber auch die anderen Verpflichtungen abſtempelt und zuſammenlegt. Man wird ſich überlegen müſſen, ob die Zwangsanleihe, von der jetzt ſo viel geſprochen wird, zu einer wirklich radikalen Zwangsanleihe wird, das heißt nicht etwa ſo, wie man anſcheinend jetzt plant, ein Darlehen des Reiches mit einer guten Verzinſung, ſondern mit einer ſehr geringen, kurzum, es wird eine mannigfache Form von zwangsweiſen Eingriffen in das ganze Finanzgebaren verſucht werden. Das aber ſind nur äußere Merkmale. In der Hauptſache handelt es ſich doch wohl darum, nicht den Staatsbankrott zu erklären oder zu vermeiden, ſondern den Wirtſchaftsbankrott, in den wir ebenfalls längſt geraten ſind, auf eine anſtändige Weiſe zu akkordieren. Und da gibt es nur drei Wege, die zum Ende führen: Sparen, mehr produzieren und auswandern. Das beſte, was der Staatsbankrott bringen kann, iſt eine Entleerung der überfüllten Amtsſtuben und Werkſtätten in Reich, Staat und Kommune. Hier ſtecken die Elemente, die überflüſſig ſind, die ſo recht eigentlich den Staatsbankrott mit herbeigeführt haben. Dieſe Leute aber werden nur zum geringſten Teil Unterkunft finden in den wirklich produktiven Stätten unſeres deutſchen Vaterlandes, ſondern ſie oder eine ihrer Zahl entſprechende Menge der Menſchen muß auswandern, denn wir haben auf dieſem engen und armen Stückchen Erde zu viele Menſchen. Freilich die Frage, wohin mit dieſen Leuten, iſt äußerſt ſchwierig. Aber dieſes Problem iſt keineswegs ſo unlösbar, wie man gerne behauptet.

E. K.

Literariſche Berichte

Rußland und Europa. Eine Unterſuchung über die kulturellen und politiſchen Beziehungen der ſlawiſchen zur germaniſch-romaniſchen Welt. Von N. J. Danilewſky. Ueberſetzt von K. Nötzel. Stuttgart-Berlin, Deutſche Verlags-Anſtalt.

Es iſt ein glücklicher Gedanke geweſen, die wichtigſten Teile von Danilewſkys berühmtem Buche, der zuerſt 1867 erſchienenen ſogenannten Bibel des Panſlawismus, durch neue Ueberſetzung weiteren Kreiſen bekannt zu machen. Auf der Grundlage breiteſter Allgemeinbildung, unter Heranziehung zahlreicher Analogien aus der Naturwiſſenſchaft führt Danilewſky den Beweis, daß Rußland und Europa getrennte Welten ſind und daß die Auseinanderſetzung zwiſchen ihnen im Kampf erfolgen muß. Den ungeheuren Erfolg, den Spenglers „Untergang des Abendlandes“ gefunden hat, weiſt darauf hin, daß auch für Danilewſkys Gedankengänge ein höchſt aufnahmefähiger Boden vorhanden iſt, denn die Aehnlichkeiten zwiſchen beiden ſind ganz unverkennbar.

Danilewſkys Theſe iſt, daß in dem ſlawiſchen Kulturtypus die Ueberwindung der bisherigen immer nur einſeitig ausgebildeten Kulturtypen gegeben iſt; in ihm findet ſich die Syntheſe aller Seiten der Kulturtätigkeit. Aber höchſte Entfaltung der Ziviliſation ſetzt niemals ein und iſt nie von Dauer ohne politiſche Selbſtändigkeit. Rußland muß ſich alſo politiſch freimachen von Europa, und es kann das nur, wenn ihm nicht allein ſeine eigenen, ſondern die Kräfte des geſamten Slawentums zur Verfügung ſtehen. Der allſlawiſche Bund unter ruſſiſcher Hegemonie wird die Verwirklichung des neuen Kulturideals ſein. Ueber die orientaliſche Frage wird es zum Kampf zwiſchen Europa und dem Slawentum kommen, und dabei wird ſich entſcheiden, ob dieſer höchſte Kulturtypus der Weltgeſchichte zur vollen Entfaltung gelangen oder ob das Slawentum nur zur nebenſächlichen Bedeutung eines Vaſallenſtammes verurteilt wird. Heute wo zweifellos die weltgeſchichtliche Entwicklung durch die neuen Ideen aus dem Oſten neue Impulſe, wenn auch in ganz anderer Richtung als Danilewſky meinte, gewonnen hat, iſt es von höchſtem Intereſſe, ſich mit ſeinen Gedanken auseinanderzuſetzen. W. W.

Die Georgine. Roman von Helene Raff. Stuttgart, J. Engelhorns Nachf.

Der neue Roman der Münchner Dichterin iſt nach demſelben Gedicht Hermann v. Gilms betitelt, durch das einſt Marie von Ebner-Eſchenbach zu einer zarten Novelle angeregt wurde. „Ob früh, ob ſpät, es iſt dasſelbe Entzücken — und derſelbe Schmerz“: Entzücken und Schmerz der frühen, einer erſten Liebe in der Ebnerſchen Novelle; der ſpäten, letzten Liebe in dem Roman. Wir ſehen die leidenſchaftliche Neigung einer berühmten Sängerin, einer reifen, mütterlichen Frau, zu einem jungen Mann von ſtarker dichteriſcher Begabung in ſchmerzlicher, faſt den Kern des Lebens treffender Enttäuſchung und Entſagung enden — an ſich kein neues Thema, aber mit mancherlei neuen Motiven und Zügen, mit pſychologiſcher Feinheit und ſchönem künſtleriſchem Takt durchgeführt. Nicht der Unterſchied der Jahre allein, auch der Gegenſatz der „Milieus“, der berechtigte Egoismus des in dem jungen Mann nach freier Betätigung drängenden Dichterberufs laſſen das ſchon faſt geſichert erſcheinende Glück der Sängerin im letzten Augenblick ſcheitern; aber gereift und verklärt geht der Charakter der Frau aus dieſer ſchweren Kriſe hervor, und die ſchmerzlichen Diſſonanzen werden in einen reinen, verſöhnenden Akkord aufgelöſt, der in der Seele des empfänglichen Leſers nicht ſo raſch verklingt. — ss —

Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben. Von Albert Hauck. Teubner, Leipzig, 113 Seiten.

Die Volkshochſchulen haben die erfreuliche Nebenerſcheinung gezeitigt, daß ſonſt allzu „wiſſenſchaftlich“, das heißt für die Allgemeinheit unverſtändlich behandelte Stoffe weiteren Kreiſen zugänglich geworden ſind. Hier werden ſechs ſolcher Volkshochſchulvorträge dargeboten: Die Reformation und die Frömmigkeit; Die ſittlichen Anſchauungen; Die Kirche; Der Staat; Der Gottesdienſt und das Kulturleben. Klar und flüſſig iſt die Sprache, und Fachausdrücke und Fremdwörter ſind möglichſt ganz vermieden. „Niemals hat das deutſche Volk ſo ausſchließlich in der Gegenwart gelebt wie heutigen Tages.“ Wir ſind in der Gefahr, geſchichtslos zu werden. Aber wir würden verarmen, wenn wir die Höhenpunkte unſerer Geſchichte vergäßen und gerade der inneren, gewaltigen Geſchichte, die in der Zeit äußerlichen Zerfalls Deutſchland damals hoch unter den Völkern erhob. „Luther hatte in ſeltenem Maße das Gefühl für die Wirklichkeit, das Auge für das Tatſächliche im Leben.“ Das hat ihm auch ſolche Einwirkung auf alle Gebiete des Kulturlebens ermöglicht. Und er hat nicht nur „proteſtiert und negiert“. „Luther war deshalb groß, weil er ſtets neben das Nein ein Ja zu ſtellen wußte.“ Das wird für die verſchiedenen oben genannten Gebiete ausgeführt in großzügigen Ueberblicken, aber auch in Einzelfragen hinein.

Lic. Dr. Werdermann.

Rußland. II: Geſchichte, Staat, Kultur. Von Arthur Luther. („Aus Natur und Geiſteswelt“, Bd. 563.) Leipzig, B. G. Teubner.

Zu dem Wallrothſchen Bändchen über Land, Volk und Wirtſchaft Rußlands in der Teubnerſchen Sammlung iſt dieſe fleißige und kenntnisreiche Arbeit eine willkommene Ergänzung. Ein gewaltiger Stoff (Geſchichte, Staatseinrichtungen, Auswärtige Politik, Sprache, Volkskunde, Religion, Wiſſenſchaft, Literatur, Muſik, Theater uſf.) mußte auf engem Raum zuſammengedrängt werden, aber dank der ſchlichten und klaren Darſtellungsweiſe Luthers iſt dies ganz vorzüglich gelungen.

J.

Bismarck im eigenen Urteil. Pſychologiſche Studien von Karl Groos. Stuttgart, J. G. Cotta Nachf. Geh. M. 12.—, geb. M. 20.—.

Kurz nach den „Bismarck-Erinnerungen“ des Herrn v. Lucius erſchienen, bildet dies Buch eine nicht minder wertvolle, dabei aber völlig andersartige Bereicherung der Literatur über Bismarck. Dort ein Bild des Kanzlers, aus lauter Einzelzügen, wie ein Verehrer und Arbeitsgenoſſe ſie beobachtet hat, in der chronologiſchen Reihenfolge des Erlebens zu einer durchaus überzeugend und naturwahr wirkenden Einheit zuſammengeſetzt, hier eine pſychologiſche Syntheſe, gewonnen ebenfalls aus unzähligen Einzelzügen, vor allem aus Äußerungen Bismarcks über ſich ſelbſt, aber auch aus Berichten andrer, und aus dem methodiſch wiſſenſchaftlichen Denken des Pſychologen von Fach. Es iſt ein beſonderer Vorzug der Betrachtung und Darſtellung, daß ſie induktiv, nicht deduktiv verfährt; daß ſie nicht zunächſt eine Idealfigur „des“ Staatsmannes, „des“ großen Menſchen aufſtellt und dieſe Idealfigur dann mit den Moſaikſteinchen der einzelnen Äußerungen farbig auszufüllen ſucht, ſondern daß ſie uns, faſt überwiegend mit Bismarcks eignen Worten, ſeine Eigenſchaften und Anſchauungen in ihrer oft ſcheinbar, oft tatſächlich ſich widerſprechenden Vielfältigkeit und -farbigkeit vor Augen führt, um dann die äußeren Widerſprüche und die tieferen Antinomien zur gewaltig einheitlichen, ſtrahlend lebensvollen Perſönlichkeit zuſammenwachſen, in dieſer „Entelechie“ aufgehen zu laſſen. Mit erſtaunlicher Hingabe und Energie hat Groos ſich in die wahrhaftig ſchon recht umfangreiche Bismarck-Literatur eingearbeitet, mit dem Scharfblick des Gelehrten und mit künſtleriſcher Freude die Worte geſammelt, in denen Bismarck, bewußt und unbewußt, ſich ſelbſt charakteriſiert hat. Zu ihrer vollen Größe und Daſeinsfülle aufgerichtet ſteht zuletzt die eherne und doch lebenatmende Geſtalt des Mannes vor uns, deſſen Werk nie ganz untergehen wird, weil es ein Stück ſeines Lebens und Weſens iſt, und der doch ſein Werk überleben wird, weil nur die Perſönlichkeit, „geprägte Form, die lebend ſich entwickelt, von keiner Macht und keiner Zeit zerſtückelt“ werden kann.

—y—

Der Gutshof Jakimow. Erlebniſſe einer deutſchen Frau in Sowjet-Rußland. Von Annemarie Kruſe von Jakimow. Mit einem Geleitwort von Gabriele Reuter. Verlag von Ullſtein & Co. in Berlin. Geh. M. 5.50, geb. M. 7.50.

Die Verfaſſerin, Tochter des Berliner Bildhauers Max Kruſe, hatte einen ruſſiſchen Künſtler geheiratet und lebte in der Nähe Münchens. Da kam der Krieg. Sie mußte mit ihrem Gatten, der ruſſiſcher Offizier iſt, in die feindliche Ferne. Drei Jahre nun verwaltete ſie einen öden Gutshof im ruſſiſchen Gouvernement Rjäſan, das Eigentum der Familie Jakimow. Dann kam die Revolution. An Leib und Leben wird die Deutſche bedroht, ihre Habe wird geplündert, das Gut wird ihr weggenommen. Aber ſie erhält ſich aufrecht, bis ihr und den Ihrigen im November 1918 die Rückkehr nach Deutſchland möglich wird. Dieſe ihre Erlebniſſe ſchildert ſie lebendig und packend und gibt uns ein Buch, das ſeinen Wert behalten wird, auch wenn man von Krieg und Kriegselend nichts mehr hören mag.

Im Lande meiner Modelle. Von Wilhelm Kuhnert. Mit Steinzeichnungen, farbigen Tafeln und Federzeichnungen. Verlag von Klinkhardt & Biermann in Leipzig. Geb. M. 30.—.

Wir haben Wilhelm Kuhnert ſchon längſt als einen hervorragenden Tiermaler geſchätzt. Heute müſſen wir ihn auch als einen ganz vortrefflichen Schriftſteller ſchätzen. In dem vorliegenden Buche läßt er uns einen Blick in ſeine „Werkſtatt“ tun und macht uns mit ſeinen Modellen bekannt. Da wird denn zunächſt dasjenige beſtätigt, was wir vor den Gemälden des Künſtlers immer wieder empfinden mußten, daß ſie angeſichts der freien Natur und nicht in zoologiſchen Gärten entſtanden ſind. Die vielen Skizzen in dem Buche, die Kuhnert in der Wildnis von Afrika gezeichnet hat, ſind wundervoll und ſehr intereſſant, ſie legen auch zugleich ein Zeugnis davon ab, mit welcher Unerſchrockenheit der Künſtler an ſeine Modelle herangegangen iſt. Kuhnert erzählt uns, wie er das Leben der Natur in der Wildnis belauſcht hat, wie er die Tiere beſchlichen und beobachtet, wie er auf gefährliche Jagdabenteuer ausgezogen iſt und wie er die Wunder des gewaltigen Kilimandjaro entdeckt hat. Wir lauſchen ihm mit Spannung und müſſen bekennen, daß uns nur ſelten ein Buch aus dem Innern Afrikas ſo ſehr gefeſſelt hat als das Kuhnertſche. Iſt ja auch kein Wunder, Kuhnert hat alles mit dem Auge des Künſtlers geſehen und ſchildert alles mit einer Plaſtik wie es eben nur der Künſtler vermag. H.

Edda. Uebertragen von Felix Genzmer. Mit Einleitungen und Anmerkungen von Andreas Heusler. 1. Band: Heldendichtung. 2. Band: Götterdichtung und Spruchdichtung. (Thule. Altnordiſche Dichtung und Proſa, 1, 2.) Jena, Eugen Diederichs.

In der großangelegten verdienſtvollen Sammlung „Thule“ iſt kürzlich, acht Jahre nach dem Erſcheinen des erſten Bandes, der zweite (Schluß-)Band der Genzmerſchen Edda-Uebertragung herausgekommen und damit ein Werk vollſtändig geworden, das zu den Taten, zu den „Eroberungen“ deutſcher Ueberſetzungskunſt gehört. Ob im geiſtigen Eigentum und Leben des deutſchen Volkes künftig Genzmers Edda neben der Bibel Luthers, der Voſſiſchen Odyſſee von 1781, der Schlegel-Tieckſchen Shakeſpeare-Ueberſetzung beſtehen und fortwirken wird, das hängt nur davon ab, wie weit dies deutſche Volk, heute in einer ſchweren ſeeliſchen Kriſe verſunken, überhaupt noch fähig ſein wird, hohe geiſtige Güter in ſich aufzunehmen und innerlich zu verarbeiten; nicht aber hängt es ab von dem Werte der Urdichtungen und der Gleichwertigkeit der Uebertragung, denn dieſe ſtehen über allem Zweifel. Aelteſte Schätze germaniſchen Schauens und Sinnens, Träumens und Geſtaltens, durch eine feſtgeſchloſſene, in der Form manchmal traditionell erſtarrte oder verkünſtelte, in der Stimmung manchmal ſeltſam „modern“ anmutende Kunſtübung im hohen Norden vor dem Untergang gerettet, bewahrt uns die Edda. Das barbariſch Kraftvolle, das heldenhaft Monumentale, das naturvoll Eigenartige und Innige dieſer Dichtungen harrte eines überſetzeriſchen Genius — und, der war z. B. Simrock gewiß nicht —, um ſich uns Deutſchen von heute in ſeiner ganzen Größe und Fülle zu offenbaren, und fand dieſen Ueberſetzer in einem Augenblick, da wir mit dürſtender Seele und empfänglichſtem Sinn alles aufnehmen ſollen, was in germaniſchem Weſen und Schaffen unvergänglich und erhebend iſt. Genzmer iſt an ſeine gewaltige Aufgabe herangetreten mit derſelben Gabe und Stimmung, wie die Meiſter der vorhin genannten Ueberſetzungen an die ihre: auch ihm iſt wie in kongenialer Erleuchtung der Rhythmus — das vielmißbrauchte Wort einmal wieder im wörtlichſten und im tiefſten Sinn zugleich verſtanden — der Urdichtung aufgegangen, hat ſeine Nachbildung im großen Wurf und bis in die letzten Einzelheiten durchdrungen, hat Stabreim und Metrum mit waffenklirrender Wucht und dem Wohllaut innerlicher Beſeelung erfüllt. — Auch in dieſer Meiſterüberſetzung iſt die Edda keine „leichte Lektüre“ und ſoll es nicht ſein; daß aber der Leſer nie an ſachlichen Schwierigkeiten hängen bleibt, auch der verſchleierten Beziehungen und Schönheiten der Gedichte ſich bewußt, über die mythologiſchen und kulturgeſchichtlichen Grundlagen und Zuſammenhänge ſich klar wird, iſt das große, dankenswerte Verdienſt der meiſterhaft knapp und allgemeinverſtändlich gehaltenen Einleitungen und Anmerkungen Andreas Heuslers. — Endlich haben wir alſo eine Nachdichtung der Edda, die des Urbildes würdig iſt; erweiſe ſich nun die deutſche Leſerſchaft, das deutſche Volk der Nachdichtung und des Urbildes würdig! G. K.

Erlebniſſe im Weltkrieg. Von Reichsfinanzminiſter a. D. M. Erzberger. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. In Halbleinen gebunden M. 38.—.

Mit lebhaftem Intereſſe hat die geſamte politiſche Welt des In- und Auslandes dem Erſcheinen der „Erlebniſſe im Weltkrieg“ von Reichsfinanzminiſter a. D. Erzberger entgegengeſehen. Wer nun das Buch zur Hand nimmt, wird es voll Spannung durchleſen, um dann immer wieder die großen Probleme des Weltkriegs zu ſtudieren, wie ſie Erzberger in klarer, volkstümlicher Sprache der Oeffentlichkeit ſchildert. Kein Hiſtoriker und kein Parlamentarier, kein Politiker und kein Staatsmann kann an dieſem Buch vorbeigehen. Auch die internationale Oeffentlichkeit wird ſich mit ihm befaſſen, zumal der Verfaſſer im weiteſten Umfang bisher ganz unbekanntes Material in 25 Kapiteln, jedes für ſich abgeſchloſſen, hiſtoriſch geordnet, darbietet und hierdurch viele politiſche Vorgänge, die bisher in Dunkel gehüllt waren, erhellt. Beim Leſen des Buchs erlebt man die politiſche Hochſpannung des Kriegs aufs neue mit. Kein politiſches Kriegsereignis bleibt unbeachtet; natürlich tritt das Militäriſche angeſichts der Stellung des Verfaſſers in den Hintergrund. — Wohltuend berührt der ſachliche, vornehme Ton und die lebenswarme, von ſtarkem patriotiſchem Empfinden getragene Auffaſſung der politiſchen Vorgänge. Dabei hält ſich Erzberger ſtark zurück. Er läßt die Tatſachen, die er erlebt hat, für ſich ſelber ſprechen, auch wo er als der Haupthandelnde auftritt und die Oeffentlichkeit zum erſtenmal den Hergang der Dinge erfährt. Es ſei nur an die geradezu erſchütternden Kapitel: Die päpſtliche Friedensvermittlung, Der Gang nach Compiègne, Der Waffenſtillſtand, Der Kampf um den Friedensſchluß u. a. erinnert.

Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit den Zaren und Bismarck. Nach des erſten Fürſten von Bulgarien nachgelaſſenen Papieren und ſonſtigen ungedruckten Quellen von E. C. Corti. Mit 5 Abbildungen, 3 Brief-Fakſimiles und 8 Karten. — Wien, L. W. Seidel & Sohn.

Vielen der Leſer, die in unſerer Zeitſchrift eines der intereſſanteſten und dramatiſch bewegteſten Kapitel dieſes Buches ſchon im Vorabdruck kennen gelernt haben, wird der Hinweis willkommen ſein, daß das ganze Werk nunmehr vorliegt und daß es durchaus den Erwartungen entſpricht, die jene Probe wecken durfte. Das Schickſal des „Battenbergers“ wird als ein klaſſiſches Beiſpiel für die ruſſiſche Expanſionspolitik (die im Grunde unter Trotzki und Lenin die gleiche geblieben iſt wie unter dem Zarentum) in ihrer anſteckenden Korrumpiertheit und tatariſchen Skrupelloſigkeit in der Geſchichte weiterleben. Dieſes Typiſche wahrt darum auch der an ſich ſo kurzen und heute eher etwas nebenſächlich erſcheinenden Epiſode Alexanders von Bulgarien ihre hiſtoriſche Bedeutung. Was aber das Buch noch dazu wertvoll und anziehend macht, iſt die wahrhaft ſympathiſche, vornehm ritterliche Perſönlichkeit ſeines Helden, der viel zu gut war für die Umwelt, in die er ſich als Balkanfürſt hineingeſtellt fand, und nicht minder die objektive, von aller einſeitigen Vorliebe auf der einen und aller ungerechten Verbitterung auf der anderen Seite freie Auffaſſung und Behandlung des Stoffes durch den Verfaſſer, Grafen Corti, der das überaus reiche und intime Material, das ihm zur Verfügung ſtand, ſachlich aufs beſte zu verwerten und auch ſchriftſtelleriſch ſehr anziehend zu geſtalten verſtanden hat. D. R.

Einheitsſchule und humaniſtiſche Bildung. Von Studienrat Friedrich Rommel. Berlin, Weidmannſche Buchhandlung. M. 1.—.

Der Verfaſſer ſteht auf dem Standpunkt, daß humaniſtiſche Bildung in weiterem Sinne alle deutſchen Schulen übermitteln können und ſollen, daß alle die Aufgabe haben, das Menſchliche zu pflegen, und daß dies nicht ein Vorrecht der gymnaſialen Bildungsanſtalt iſt. Mit dieſem Gedanken iſt die vielumſtrittene Frage der Einheitsſchule in eine neue Beleuchtung gerückt, zugleich aber auch die Frage nach einer Umgeſtaltung des alten Gymnaſiums.

H. Z

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Apel, Dr. Max, Wie ſtudiert man Philoſophie? Eine Anleitung zum Studium und zum Selbſtſtudium der Philoſophie, zugleich eine Einführung in die philoſophiſchen Probleme. Stuttgart, Verlag von Wilhelm Violet. Geh. M. 4.50.

Beiträge zur Sexual-Reform von bekannten Zeitgenoſſen. Berlin W 50, Reform-Verlag Futuria.

Birkenbihl, Michael, Dämoniſche Novellen. München, J. Michael Müller Verlag. Geh. M. 11.—, geb. M. 13.—.

Bode, Paſtor Julius, Wodan und Jeſus. Ein Büchlein von chriſtlichem Deutſchtum. Verlag Frei-Deutſchland Sontra in Heſſen.

Der Briefwechſel Spinozas. Ein Menſchenbild. Zweiter Teil. Vom Verfaſſer des Spinoza Redivivus und Auguſtinus Redivivus. (Der Philoſophiſchen Weltbibliothek vierter Band, zweiter Teil.) Halle a. S., Weltphiloſophiſcher Verlag. Geheftet M. 18.—.

Der kleine Roman. Illuſtrierte Wochenſchrift. Berlin SW 19, Verlag von S. H. Hermann & Co. Preis pro Heft 80 Pf., vierteljährlich M. 10.—.

Des Generaloberſten Freih. v. Hauſen Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914. Mit einer einleitenden kritiſchen Studie herausgegeben von Friedrich M. Kircheiſen. Leipzig, K. F. Koehler, Verlag. Geb. M. 20.—.

Die Edda, Heldenlieder. Uebertragen von Rudolf John Gorsleben. München-Paſing, Verlag Die Heimkehr.

Die Silbergäule. Eine radikale Bücherreihe. Olaf. Der bekränzte Silen. Verſe des antiken Eros. — Weinrich, Franz, Himmliſches Manifeſt. Ein Gedicht. Hannover, Paul Steegemann, Verlag. à M. 3.—.

Dix, Arthur, Wirtſchaftskrieg und Kriegswirtſchaft. Zur Geſchichte des deutſchen Zuſammenbruchs. Berlin SW, E. und S. Mittler & Sohn. Geh. M. 18.—, geb. M. 21.—.

Emmel, Felix, Der Tod des Abendlandes. Gegen Oswald Spenglers ſkeptiſche Philoſophie. Berlin, Verlag von Hans Robert Engelmann. M. 1.20.

Goetz, Walter, Profeſſor der Geſchichte an der Univerſität Leipzig, Die deutſche Geſchichtsſchreibung des letzten Jahrhunderts und die Nation. Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 25. Januar 1919. Leipzig und Dresden, B. G. Teubner. Geh. M. 1.20.

Hellinghaus, Prof. Dr. Otto, Geh. Studienrat, Gymnaſialdirektor a. D. Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten. Bd. 5. Beethoven. Seine Perſönlichkeit in den Aufzeichnungen ſeiner Zeitgenoſſen, ſeinen Briefen und Tagebüchern. Geh. M. 7.20, geb. M. 9.20. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Herzog, Rudolf, Germaniens Götter. Mit 6 Bildertafeln von Prof. Engels. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 6.—.

Heuß, Theodor, Geſtalten und Geſtalter. Lebensgeſchichtliche Bilder von Friedrich Naumann. Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter & Co. Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Heyh, Dr. Otto, Zur Valutafrage. Vortrag, gehalten zu Nürnberg im Oktober 1919. München, Leipzig, Duncker & Humblot. Geh. M. 2.80.

Hoffmann, Dr. Karl, Die akademiſche Jugend und die Parteien. Leipzig und Berlin, Verlag von K. F. Koehler. M. 1.50.

Kuhl, Dr. phil. H. v., General der Infanterie z. D., Der deutſche Generalſtab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. Berlin, Ernſt Siegfried Mittler & Sohn. Geh. M. 15.—, geb. M. 18.—.

Melchior, Dr. Carl, Deutſchlands finanzielle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage. Berlin, Hans Robert Engelmann. M. 1.30.

Röder, Adam, Der deutſche Konſervatismus und die Revolution. Gotha, Friedrich Andreas Perthes A.-G. M. 5.—.

Rothfels, Hans, Carl von Clauſewitz. Politik und Krieg. Eine ideengeſchichtliche Studie. Berlin, Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 18.—, geb. M. 21.—.

Schlöß, Dr. Heinrich, Einführung in die Pſychiatrie für weitere Kreiſe. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung. Geh. M. 6.50, geb. M. 8.50.

Schmidt, Prof. Dr. Max, Grundriß der ethnologiſchen Volkswirtſchaftslehre. Zwei Bände. 1. Band: Die ſoziale Organiſation der menſchlichen Wirtſchaft. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke. Geh. M. 18.—.

Schrott-Fiechtl, Hans, Der Bauernſegen. Ein Tiroler Roman aus der Gegenwart. Berlin SW 68, C. B. Groß. Broſch. M. 8.—, geb. M. 10.—.

Schubart, Walter, Das Ideal der Weltzerſtörung. Leipzig, Bruno Volger Verlagsbuchhandlung. M. 1.50.

Spengler, Oswald, Preußentum und Sozialismus. München, C. H. Beckſche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck. Geh. M. 4.—.

Strecker, Reinhard, Deutſchlands Zuſammenbruch und Weltberuf. Das neue Reich. Perthes Schriften zum Weltkrieg. Neue Folge. 9. Heft. Gotha, Friedrich Andreas Perthes A.-G. M. 1.60.

Walther, Paul, Fregattenkapitän z. D., Yankees und Deutſchtum in Amerika. Berlin, Verlag von R. Eiſenſchmidt. Geh. M. 3.—.

Zimmermann S. J., Otto, Das Daſein Gottes. Erſtes Bändchen: Der immergleiche Gott. Geh. M. 5.20, geb. M. 7.20. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue" ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

Bismarck und der Anſchluß Öſterreichs an Deutſchland

Von

Prof. Dr. R. F. Kaindl (Graz)

Bismarck hat dem kleindeutſchen Gedanken zum Siege verholfen und deshalb überſieht man in der Regel, wie ſehr er ſich nach 1866 allmählich dem großdeutſchen Ideenkreiſe näherte und für den engen Anſchluß Öſterreichs (der Donaumonarchie) an Deutſchland eintrat.

Man halte nur feſt, was der Kern der großdeutſchen Forderungen von 1848/49 war:[1] Zuſammenſchluß Deutſchlands und der Habsburgermonarchie, um dem deutſchen Volke den Weg zu den Donaumündungen offen zu halten und die Geſamtkriegsmacht der Donauländer in deutſchem Intereſſe zur Verfügung zu haben. Dadurch ſollte auch das Deutſchtum in dieſen Gebieten erhalten bleiben. Die Form des Zuſammenſchluſſes war verſchieden gedacht, jedenfalls ſollte ſie aber möglichſt innig ſein. Selbſt jene Öſterreicher, die nur ein völkerrechtliches Bündnis Geſamtöſterreichs mit Deutſchland wollten, nahmen für dieſes eine große Fülle in Anſpruch. „Wir ſind weit entfernt, daran zu glauben, daß nur ein Schutz- und Trutzbündnis, nur militäriſche und politiſche Zwecke, nicht vielmehr auch ökonomiſche, kommerzielle und nationale Zwecke erreicht werden ſollten.“ Die ſtreng großdeutſch Geſinnten wollten aber bekanntlich den ſtaatsrechtlichen Anſchluß der deutſchöſterreichiſchen Erbländer an Deutſchland und einen weiteren Föderativverband mit den nichtdeutſchen Ländern. Die Donaumonarchie ſollte daher in einen Bundesſtaat umgewandelt werden. Schließlich iſt noch zu erinnern, daß die Großdeutſchen auf den Beſitz der Adria Gewicht legten und daher die italieniſchen Forderungen auf Südtirol und öſterreichiſche Küſtengebiete zurückwieſen.

Man weiß, daß Bismarck, ſolange er ſich im Kampfe mit Öſterreich befand, dieſe Forderungen gänzlich außer acht ließ. Darüber ſoll hier nicht geſprochen werden.

Um ſo bemerkenswerter iſt es, daß er, ſobald ſein engeres Ziel erreicht war, in die Bahnen der Großdeutſchen lenkte. Es iſt dies der beſte Beweis für die Bedeutung der großdeutſchen Beſtrebungen.

---

[1] Vgl. dazu meine Schrift „1848/49 — 1866 — 1918/19. Des deutſchen Volkes Weg zur Kataſtrophe und ſeine Rettung“. München 1920.

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Vor allem ſorgte er dafür, daß Öſterreich ungeſchmälert erhalten bleibe. Das Begehren ſeines Königs nach öſterreichiſchem Beſitz wies er zurück. Zum franzöſiſchen Botſchafter Benedetti äußerte er am 19. Juli 1866 über dieſe ſeine Stellung: „Ich will, daß wir ganz Öſterreich bekommen, Sie verſtehen mich, zum Freunde in künftigen Tagen, und darum iſt es geſund, das Naſchen zu laſſen.“ Und ſchon von Paris aus begann er die weiteren Fäden mit Öſterreich-Ungarn anzuſpinnen, die zum Bündnis von 1879 führten. Er wollte ein ſtaatsrechtliches Bündnis „mit pragmatiſchen Einrichtungen, ſei es auf dem Zollgebiet, ſei es auf anderem Gebiet“, herſtellen.[1] Wir ſehen, daß Bismarck ſich ganz den großdeutſchen Ideen näherte und ein Bündnis mit möglichſt großer Fülle wünſchte; zuſtande kam aus verſchiedenen Gründen nur das magere Bündnis von 1879. Bemerkenswert iſt, daß Bismarck von dieſem Bündniſſe — wie die Großdeutſchen taten — rühmt, daß Deutſchland unter Umſtänden über die geſamte Heeresmacht der Donauländer verfügen könnte.[2] Aber er ging noch weiter, er lenkte ganz und gar in die großdeutſchen Spuren ein: er wollte, daß Öſterreich auch die Balkanländer in ein Bündnis ziehe, und zwar nach dem Muſter der deutſchen Reichsverfaſſung. Dadurch ſollte Öſterreich eine Verſöhnung der politiſchen und nationalen Intereſſen erreichen, die zwiſchen der Oſtgrenze des rumäniſchen Volkes und der Bucht von Cattaro vorhanden ſind.[3] Es war alſo kein leeres Wort, wenn Bismarck Öſterreich auf den Oſten verwies. Es handelte ſich um bundesſtaatlichen Ausbau bis an die Donaumündungen ganz im Sinne des oben dargelegten großdeutſchen Programms. Kaum zweifelhaft, daß ſich Bismarck daraus wie die Großdeutſchen einen Gewinn für Deutſchland verſprach, wenn er auch für dieſe Zwecke keine direkte Hilfe leiſten wollte, weil er nach ſeiner Anſchauung mit Rückſicht auf die franzöſiſche Gefahr und auf das Verhältnis zu Rußland, im Orient nicht aktiv eingreifen konnte. Und ebenſo entſprach es ganz großdeutſchen Anſchauungen, wenn Bismarck ſagte: „Wer an Trieſt rührt, rührt an die Spitze des deutſchen Schwertes.“ Bismarck wollte alſo die Monarchie erhalten und wies ihr wichtige Zukunftsaufgaben zu.

Schon dieſe Anſicht Bismarcks, ebenſo einige ſeiner Reden aus der Zeit nach 1890[4] legen die völlige Widerſinnigkeit jener Anſchauung dar, daß Bismarck ſein Verhältnis zu Öſterreich jemals geändert hätte, daß er das Bündnis von 1879 als überlebt betrachtet habe, und daß eine Teilung Öſterreich-Ungarns zwiſchen Deutſchland und Rußland das Richtige geweſen wäre und was dergleichen mehr geſagt wird. Es ſind dies daher ganz gegen den Bismarckſchen Geiſt verſtoßende Behauptungen. Bismarck hat vielmehr, ſoweit es ſeine Rückſichtnahme auf die Revanchepolitik Frankreichs und die dadurch bedingte Rückſichtnahme auf Rußland geſtatteten, die *Deutſchen durchaus auf das alte großdeutſche Ziel gewieſen, auf die Notwendigkeit des Zuſammenhaltens aller Länder bis an die Donaumündungen*. Wer anderes behauptet, der iſt nicht von Bismarckſchem Geiſte erfüllt, ſondern läßt ſich von Kleinmut leiten. Und alle, die Bismarcks Gedanken entſtellt haben, haben auch dazu beigetragen, daß der Wille zum Anſchluß da und dort ſo viel zu wünſchen übrig läßt! Sie haben das Bismarckſche Vermächtnis, *daß trotz 1866 Deutſchland und die Donaumonarchie eng zuſammengehören, verdunkelt und verfälſcht!*

---

[1] Buſch, Unſer Reichskanzler (1884), S. 451; Bd. II, S. 566; „Politiſche Reden“, 14. März 1885.

[2] „Politiſche Reden“, Bd. XIII, S. 114.

[3] „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II (Volksausgabe, Stuttgart 1905), S. 281.

[4] Vgl. „Deutſche Revue“, Bd. XLV, April-Heft und meine Schrift „1848/49 — 1866—1918/19“.

Und wie Bismarck hat der theoretiſche Vorkämpfer des Kleindeutſchtums Treitſchke im Grunde genommen dieſelben Gedanken vertreten. Es iſt bekannt, daß er 1865 den Deutſchen Öſterreichs die Aufgabe ſtellte, das ſubgermaniſche Europa unſerer Kultur zu gewinnen. 1871 ſchrieb er: „Bräche dereinſt das Unglück der Zerſtörung über Öſterreich herein — und es wäre ein Unglück auch für Deutſchland — *dann muß unſer Reich bereit und fertig ſein*, den Stürmen des Geſchicks zu trotzen, *das Deutſchtum an der Donau aus den Trümmern zu erretten. Reif ſein* (d. h. bereit ſein) *iſt alles — ſagt das Dichterwort.*“[1]

Auch Treitſchke hat alſo wie Bismarck Öſterreich auf den Oſten verwieſen und ihm zugleich auch im Intereſſe Deutſchlands eine möglichſt lange Erhaltung gewünſcht. Im Falle aber, daß es durch beſondere Umſtände auseinanderfiele, ſollte die Rettung (Angliederung) der Deutſchen ſofort erfolgen.

Daß der großdeutſche Gedanke zur Zeit Bismarcks trotzdem keinen größeren Erfolg hatte und auch der von ihm gewünſchte engere Zuſammenſchluß keine Fortſchritte machte, ſondern Öſterreichs Gefüge ſogar gelockert wurde und im Südoſten andere Mächte Überhand gewannen, iſt ein tragiſches Moment in ſeiner Politik. Dieſes iſt dadurch bedingt, daß Öſterreich ſeit 1866 ein bis ins Mark verwundeter Stamm war und Bismarck Rußland und Italien als Bundesgenoſſen gegen Frankreich warm erhalten wollte und daher Öſterreich und damit gemeindeutſche Intereſſen an der Adria und im Südoſten nicht zu unterſtützen wagte.[2] Erſt als die deutſchen Kaufleute und Fabrikanten ſeit dem Anfang des 20. Jahrhunderts zum Südoſten ſtärkere Beziehungen eingingen und als man ſich in Berlin überzeugte, daß die Beſtrebungen Rußlands und ſeiner Verbündeten über Wien gegen Berlin gerichtet ſeien, iſt auch die deutſche Regierung 1908 aus ihrer Reſerve herausgetreten — leider zu ſpät. Der Streit um die Berechtigung dieſes Schrittes der Berliner Regierung beweiſt, daß man im Deutſchen Reich kein volles Verſtändnis für die Lage hatte und die wiederholten Mahnungen Bismarcks für die Erhaltung Öſterreich-Ungarns unter jeder Bedingung Sorge zu tragen, vergeſſen hatte.

---

[1] Haſſe, Deutſche Grenzpolitik (München 1906), S. 129.

[2] Näheres in meiner Abhandlung im „Handbuch der Politik“, 3. Aufl. Berlin 1920, Bd. II.

Infolge der Entfremdung ſeit 1866 iſt auch Deutſchland, als Öſterreich 1918 zuſammenbrach, nicht — wie Treitſchke wollte — bereit geweſen, Deutſchöſterreich zu retten, ſonſt hätte es ſogleich zugegriffen und nicht erſt das Verbot des Vielverbandes abgewartet.

Möge die Erinnerung an Bismarcks Anſchauungen dazu beitragen, den Anſchlußgedanken volkstümlicher zu machen. „Denn wir gehören doch zueinander, wir im Norden und die Süddeutſchen mit Einſchluß unſerer Landsleute in Öſterreich,“ ſo ſagte Bismarck am 1. Juli 1894.

Die Anſchlußfrage gewinnt mit jedem Tage größeres Intereſſe. Südſlawiſche Stimmen erklären, daß ſie die innigſten Beziehungen zu Deutſchland ſuchen und dieſer Wunſch am beſten durch gemeinſame Grenzen in Erfüllung gehen würde. Andererſeits ſind Vereinbarungen der Nachbarſtaaten Öſterreichs im Wege, die, wenn ſie ohne uns geſchehen, unſer Intereſſe gewiß nicht wahren werden. Es iſt daher an der Zeit, daß man in Deutſchland dieſen Fragen die größte Aufmerkſamkeit entgegenbringt.

Von König Humbert zu Viktor Emanuel III.

Lebenserinnerungen eines Zeitungsſchreibers

Von

Fried. Noack[1]

Monarchie und Hof

Ich war 1891 nach Rom während der ſogenannten Sauregurkenzeit gekommen, die dort im öffentlichen Leben noch viel deutlicher ſich fühlbar macht als in anderen Hauptſtädten; Rom lag in einem Sommerſchlaf, der bis tief in den Herbſt hinein dauerte. Das Parlament, die Miniſter, die Diplomaten pflegten der Ferienruhe, und der Hof blieb vier bis fünf Monate der Hauptſtadt fern. Das Königspaar nahm in der Regel ſeinen Sommeraufenthalt im Schloß zu Monza; von dort aus pflegte König Humbert auf einige Tage zur Steinbock- und Gemſenjagd nach Valſavaranche im Gebiet des Gran Paradiſo zu gehen, während Margherita einige Wochen bei ihrer Mutter, der Herzogin von Genua, Tochter des Königs Johann von Sachſen, in Streſa am Lago Maggiore und eine gewiſſe Zeit in Greſſoney zuzubringen gewohnt war, um von da Alpenausflüge im Monte-Roſa-Gebiet zu machen.

---

[1] Wir bieten im folgenden einige Bruchſtücke aus den noch ungedruckten Lebenserinnerungen von Dr. Fried. Noack, der 1891—1902 und 1905—1913 politiſcher Vertreter der „Kölniſchen Zeitung“ in Rom geweſen iſt.

Im November kehrten die Majeſtäten nach Rom zurück. Ich konnte jetzt ſelbſt beobachten, wie wenig ſich die Bevölkerung der Hauptſtadt aus dem Staatsoberhaupt machte. Täglich bei gutem Wetter fuhren der König und die Königin ſpazieren, meiſt den römiſchen Paradeweg über den Korſo zum Pincio oder zur Villa Borgheſe, und in der Regel getrennt. Manche wollten daraus auf einen Mangel an gutem Einvernehmen zwiſchen den Gatten ſchließen, und tatſächlich war ziemlich allgemein bekannt, daß Humbert eine Geliebte in Mailand wohnen hatte; andere erklärten die gewohnheitsmäßig getrennte Ausfahrt mit der Abſicht, dem Volk doppelte Gelegenheit zur Begrüßung der Herrſchaften zu geben. Wenn letztere Abſicht wirklich beſtanden haben ſollte, ſo muß man ſagen, daß ſie ihren Zweck nicht recht erreichte; denn wenn auch da, wo die Königin mit den ſcharlachroten Röcken ihrer Diener erſchien, immer ein kleiner Auflauf entſtand und lebhaft gegrüßt wurde, ſo blieb der Wagen des Königs, den er im bürgerlichen Anzug und mit dem Zylinderhut auf dem Haupt meiſt ſelbſt lenkte, oft ganz unbeachtet, ein großer Teil der Begegnenden ging ohne Gruß vorüber, und man hatte manchmal den Eindruck, als ob der König, der in regelmäßigen kurzen Pauſen den Hut lüftete, ſeine Untertanen zuerſt grüßte. Es lag dem König offenbar nicht, ſich bei ſeinem Volk beliebt zu machen, obſchon er mit ſeinem guten Herzen ſtets bei der Hand war, Leiden zu mildern und zu helfen, wo er konnte. In der monarchiſchen Preſſe wurde „il cuore del Re" (das gute Herz des Königs) zu einer ſtehenden Redewendung, und es ereignete ſich kein Unglücksfall, ſelbſt unbedeutende Schadenfeuer in der Stadt, bei denen Humbert nicht perſönlich erſchienen wäre, um ſeine Teilnahme zu bekunden. Es half ihm nichts, das Volk im ganzen blieb gegen ihn immer kühl, während Margherita auch durch die äußere Bezeugung ihrer Frömmigkeit, wie z. B. bei den öſterlichen Beſuchen der „Sepolcri", der Gräber des Heilands in den verſchiedenen Kirchen, lebhafte Kundgebungen der Verehrung von ſeiten der Weiber aus dem Volke erntete. Vereint ſah ich das Königspaar zum erſtenmal in der Öffentlichkeit, als es zur Einweihung der Margherita-Brücke im Spätherbſt 1891 erſchien. Es war ein regneriſcher Nachmittag, was die Majeſtäten nicht abhielt, aus dem Wagen zu ſteigen und zu Fuß die neue Brücke zu beſchreiten, nachdem ſie die Begrüßungsrede des baumlangen Bürgermeiſters von Rom, des Herzogs von Sermoneta, über ſich hatten ergehen laſſen, dem ein in die römiſchen Farben gekleideter Kapitolsdiener mühſam den Regenſchirm über das erhabene Haupt hielt. Der König erweckte bei ſolchen Anläſſen den Eindruck eines Opferlamms, welches geduldig und ſchweigend alles geſchehen läßt, was es nicht vermeiden kann. Er redete gewöhnlich gar nichts und ſah ſich nur mit ſeinen eigentümlich ſtarren Augen nervös um, ſo daß man hätte meinen können, was ſicher falſch war, er fürchte irgend etwas Übles von links oder rechts. Auch auf Feſtlichkeiten in geſchloſſenen Räumen war ſein Verhalten dasſelbe: ſtumme Begrüßungen, höchſtens die Formel, wie ſie durch die Tageszeit geboten war, Händedruck und mechaniſches Wenden des Kopfes von einer zur anderen Seite. So konnte ich ihn bei den Feſtlichkeiten der Eröffnung der Nationalausſtellung in Palermo im November desſelben Jahres beobachten, während die Königin mit der größten Lebendigkeit und gewinnendem Lächeln ſich nach allen Seiten zu unterhalten wußte. Vom kleinen Kronprinzen, der damals noch Oberſt eines Infanterieregiments war, erhielt man bei ſolchen Anläſſen einen ungünſtigen Eindruck; er ſchlich mit ſcheuer und verlegener Miene hinter den Majeſtäten her, hatte eine nervöſe Kopfbewegung an ſich und ſchien der Bevölkerung ganz gleichgültig zu ſein. Gerade bei der amtlichen Eröffnungsfeier der übrigens noch ganz unfertigen Ausſtellung war dies zu bemerken; aus dem anweſenden Publikum heraus wurden zuerſt Hochrufe auf den König und die Königin ausgebracht und fanden einen kurzen Widerhall, als dagegen ein einzelner Verehrer des Hauſes Savoyen ausrief: Evviva il Principe di Napoli!, da ſtimmte kein Menſch ein. Das Schweigen war ſo auffallend, daß es mich als fremden Zuſchauer peinlich berührte. Wenn der Kronprinz bei anderen höfiſchen oder amtlichen Veranſtaltungen neben ſeinen Vettern, den Söhnen des verſtorbenen Herzogs Amadeo von Aoſta, ehemaligen Königs von Spanien, erſchien, ſo fiel er neben dieſen ſtattlichen und friſchen jungen Leuten äußerlich ſehr ab.

Um von dem Leben und Treiben des Hofes, von den Angehörigen der Königsfamilie und den um den Thron geſcharten wichtigſten Perſonen ein perſönliches Bild zu gewinnen, auch Beziehungen zu hervorragenden Männern anzuknüpfen oder zu erhalten, war es nützlich, wohl auch notwendig, die Hofbälle zu beſuchen. Da ich bald durch ältere Journaliſten erfuhr, daß Einladungen dazu unſchwer zu erlangen ſeien und daß z. B. alle römiſchen Blätter, bedeutende wie unbedeutende, ſolche erhielten, ſo tat ich ſchon im erſten Winter ebenfalls Schritte zu dieſem Zweck. Aber wie ſchon bei einer früheren Gelegenheit mußte ich wieder wahrnehmen, daß die „Kölniſche Zeitung“ weniger Berückſichtigung fand als das letzte Klatſchblättchen Roms. Zum Teil lag das an dem ablehnenden Verhalten unſerer eigenen Botſchaft gegen die deutſchen Preſſevertreter in der italieniſchen Hauptſtadt. Unſere Botſchaft gab ſich nicht die geringſte Mühe, um den Italienern die Bedeutung der deutſchen Preſſe begreiflich zu machen, eher tat ſie das Gegenteil. Ein perſönlicher Beſuch beim deutſchen Militärbevollmächtigten Major v. Engelbrecht hatte aber den Erfolg, daß er mir verſprach, mir eine Einladung zum nächſten Hofball zu beſchaffen, ich ſollte nur meine Karte bei dem Oberzeremonienmeiſter und nachmaligen Palaſtpräfekten Grafen Ceſare Gianotti abgeben. Das geſchah; aber der Tag des Hofballs kam, und die Einladung kam nicht. Am Spätnachmittag ging ich noch zum Militärbevollmächtigten und machte ihm davon Mitteilung. Er war ſehr erſtaunt und erklärte mir, ich ſei tatſächlich eingeladen, nur ſei wohl die Zuſendung der Karte, die zum Eintritt ins Schloß unerläßlich ſei, verbummelt worden. Auf einen telephoniſchen Anruf des Majors beim

Hofmarſchallamt erhielt ich in der Tat noch am Abend die Einladungskarte und konnte um 10 Uhr in meinem vor der Abreiſe von Köln für Rom gebauten Frackanzug zum Quirinalpalaſt fahren. Dieſe Ballfeſte ſpielten ſich in dem erſten Stock des Palaſtes in allen um den großen Hof herum gelegenen Räumen ab; es mögen etwa zwanzig größere und kleinere Säle geweſen ſein. Der Tanzſaal lag an der Langſeite des Rechtecks nach dem Garten, die Speiſeſäle an der gegenüberliegenden Langſeite nach dem Quirinalsplatz, Tee- und Speiſebüfetts waren an verſchiedenen Stellen verteilt, der Eintrittsraum mit Kleiderablage befand ſich in dem weiträumigen Schweizerſaal, auf den die Haupttreppe mündete, ſo genannt, weil hier zu päpſtlichen Zeiten die Schweizerwache den Eingang behütete. Dieſe Sala degli Svizzeri lag an der Schmalſeite des Hauptbaues an Via del Quirinale und zeigte noch Malereien aus der Zeit des Borgheſepapſtes, der den Palaſt ausgebaut hatte. Auch in verſchiedenen anderen Räumen waren neben der neuzeitlichen Ausſchmückung noch vornehme alte Reſte künſtleriſcher Dekoration vorhanden, wie z. B. in einem der Säle nach dem Platz die von dem Tiroler Schor gemalten bibliſchen Darſtellungen aus der Regierungszeit Alexanders VII. Als beſonders eigenartig ſind mir in Erinnerung geblieben der glänzende Spiegelſaal neben dem Ballſaal und ein kleinerer Raum, der mit Gobelins geſchmückt war, welche Bilder zu Cervantes' Don Quichotte enthielten. Auch ſonſt ſah man wie in allen römiſchen Adelspaläſten manche prächtige Arazzi. Der Vornehmheit der Einrichtung entſprach nun keineswegs durchweg die Beſchaffenheit der geladenen Geſellſchaft; denn einerſeits die Zurückhaltung des ſchwarzen Adels gegenüber den neuen Herren und andererſeits der demokratiſche Zug, der das italieniſche Königtum kennzeichnet, brachten es mit ſich, daß bei ſolchen Feſten die Säle mit einer Menge von Leuten gefüllt wurden, die ihrer Erziehung nach nicht recht dahin paßten. Das gilt jedenfalls von der Männerwelt, während in der Auswahl der Damen die etwas ſtrengeren Anſchauungen der Königin entſchieden; die Königin ſah ſcharf darauf, daß niemand vom zarten Geſchlecht erſchien, die nicht die Prüfung einer vorausgehenden perſönlichen Vorſtellung beſtanden hatte, und erinnerte ſich genau, wen ſie kannte und wen nicht. So iſt es einmal der Gattin eines deutſchen Zeitungsſchreibers, einer übrigens hochachtbaren und gebildeten Dame, die auf eine Journaliſteneinladung mit ihrem Gemahl zu einem Hofball kam, begegnet, daß die Königin ihre etwas auffallende Phyſiognomie bemerkte, dem Zeremonienmeiſter erklärte, die Dame ſei ihr nicht vorgeſtellt worden, worauf ein Hofbeamter dieſelbe zum Verlaſſen des Schloſſes auffordern mußte. Von Italienern trieb ſich bei den Hofbällen aber manches im Quirinal herum, was ſich auf dem Parkett nicht im entfernteſten zu bewegen wußte, Abgeordnete, Beamte, wohlhabende Bürgersleute, auch Offiziere, denen die gute Lebensart noch nicht anerzogen war. Ich habe ſelbſt zu meinem lebhafteſten Erſtaunen auf einem meiner erſten Hofbälle mitangeſehen, wie ein Leutnant ganz ungeſcheut auf den ſchönen roten Plüſchteppich ſpuckte, als ſei er im Pferdeſtall. Seinerzeit hatte ich mich gewundert, daß in dem Hotel d'Allemagne, wo wir die erſten römiſchen Tage zubrachten, ein gedruckter Anſchlag den Gäſten ans Herz legte, nicht auf die Teppiche zu ſpucken; jetzt begriff ich die Notwendigkeit derartiger Ermahnungen. Eine große Zahl der Hofballgäſte konnte die Probe auf ihren Wohlanſtand am Büfett nicht beſtehen. Da ging es gewöhnlich recht abſtoßend her; kurz vor Mitternacht drängten ſich die Herren mit und ohne hohe Orden, in Uniform und Zivil, an den Flügeltüren des Büfettſaales wie die hungrigen Armen vor der Küche eines Pariſer Reſtaurants, das ſeine Speiſeabfälle verſchenkt. In dem Augenblick, wenn die Türen ſich öffneten, ſtürmte die gierige Maſſe im Wettlauf hinein, um den beſten Platz und die beſten Stücke zu erwiſchen, und es wurde da eine rückſichtsloſe Unbeſcheidenheit entwickelt, die jeden Wohlerzogenen anwiderte. Übrigens gab es auch unter den deutſchen Gäſten manche, die ſich nicht um ein Haar beſſer betrugen.

Zum Hofball zurückkehrend, erinnere ich mich, mit welchem Eifer ich beſonders die erſten Male den Einzug der Majeſtäten beobachtete, die meiſt erſt um 11 Uhr unter dem Vortritt der Zeremonienmeiſter aus ihren Privatgemächern in die Feſträume herüberkamen und mit der Marcia Reale begrüßt wurden, einer friſchen, aufmunternden Weiſe, die ich immer gern gehört habe. Dem glänzenden Zug voran ſchritt der Conte Gianotti, damals noch eine ſtattliche Erſcheinung und, wie die böſen Zungen behaupteten, ein „donnajolo" (Schürzenjäger) vom Typus Stiefelfreier; er war Adjutant des Kronprinzen Humbert geweſen und durch gemeinſame Kriegsgefahren 1866 deſſen Freund geworden. Ich habe im Lauf der Jahre manchmal mit ihm beruflich zu tun gehabt, wenn der Deutſche Kaiſer zu Beſuch beim italieniſchen Hof war, und habe ihn ſtets ſehr entgegenkommend und bereitwillig gefunden. Aus dem männlichen Gefolge der Majeſtäten ragte die martialiſche Geſtalt des Generaladjutanten Ponzio-Vaglia, ſpäteren Miniſters des königlichen Hauſes, hervor, während die Damen des Hofes alleſamt durch die anmutige Königin überſtrahlt wurden, die ſich bis zum Tod ihres Gatten immer noch eine jugendliche Schönheit bewahrt hat. Sie war auch immer ein Muſter von Eleganz, ihre Roben und ihr Schmuck bildeten ein Meiſterſtück von Pracht und gutem Geſchmack.

Im Glanz der großen Hoftoilette konnte man die ſchöne Königin Margherita auch einige Male auf Feſten ſehen, die der Botſchafter Solms gab; ſonſt war es nicht allzu ſchwer, ſie in der Nähe zu beobachten, wenn man die wiſſenſchaftlichen Vorträge im Collegio Romano, die Konzerte der Akademie S. Cecilia oder in der Sala Umberto beſuchte, wobei die Königin nie zu fehlen pflegte. Auch ſonſt erſchien ſie überall gerne, wo irgendein künſtleriſches oder geiſtiges Intereſſe vorlag, auf Kunſtausſtellungen und in den Werkſtätten bedeutender Künſtler ſah man ſie oft. König Humbert hatte geringe Teilnahme für dergleichen; er liebte die Jagd, hatte Freude an einem großen Marſtall und ſoll ſich perſönlich viel um ſeine Pferde bekümmert haben; auch war er ein Blumenfreund und begoß morgens ſelber den Blütenſchmuck vor ſeinen Fenſtern. Die meiſte Zeit verbrachte er, wie behauptet wurde, mit dem Leſen franzöſiſcher

Romane, ſoweit es die Regierungsgeſchäfte zuließen. Das Franzöſiſche war ihm wie den meiſten gebildeten Piemonteſen ſo geläufig wie die heimiſche Mundart, dagegen ſoll er das Schriftitalieniſche nicht zum beſten geſprochen haben und war jedenfalls in der klaſſiſchen und zeitgenöſſiſchen Literatur ſeines Landes nicht ſo gut bewandert wie ſeine Gattin, die überdies von ihrer Mutter her eine große Vertrautheit mit dem Deutſchen und unſerem Schrifttum beſaß. Von dem König Humbert iſt in der zeitgenöſſiſchen Preſſe, ſoweit ſie ihm wohlwollend war, oft gerühmt worden, daß er äußerſt gewiſſenhaft konſtitutionell geweſen ſei und ſich nie weiter in die Regierung ſeines Volkes eingemiſcht habe, als es ihm durch die ſtrengen Grenzen der Verfaſſung geſtattet war. Man tut dem König gewiß nicht unrecht, wenn man dieſe Zurückhaltung noch auf einen anderen Grund zurückführt, nämlich auf die Scheu, an Dinge zu rühren, denen er ſich nicht gewachſen fühlte. Im italieniſchen Volk hat es nie an einſichtigen Männern gefehlt, die ein mehr perſönliches Eingreifen des Herrſchers gewünſcht hätten und es ihm verdachten, daß er die Dinge gehen ließ, wie ſie eben gingen.

Rudinis Ende und Giolittis Aufſtieg

Die Dinge gingen um die Zeit, als ich meine Tätigkeit in Rom begann, für Italien nichts weniger als gut. Unter ſchweren Bedrängniſſen mußte das Miniſterium Rudini-Nicotera die Staatsgeſchicke leiten, Bedrängniſſen, die teils unmittelbar durch die Feindſeligkeit Frankreichs gegen das mit Deutſchland verbündete lateiniſche Nachbarreich, teils durch die Megalomania und Finanza allegra, die Großmannsſucht und leichtſinnige Finanzwirtſchaft, der Criſpiſchen Regierung verſchuldet waren. Die entſchiedenſten Dreibundsgegner, die Parteien der äußerſten Linken, die mit ihren demagogiſchen Kampfmitteln den großen Haufen an ſich zu feſſeln wußten, machten für alle Leiden, für die wirtſchaftliche und Finanznot, für den Steuerdruck und die Militärlaſten ausſchließlich die Dreibundspolitik verantwortlich und fanden in dieſem Treiben die bereitwilligſte und weiteſtgehende Unterſtützung bei ihren Geſinnungsgenoſſen in der Schweſternation. Die gedrückte Stimmung, die in allen Kreiſen herrſchte, verſchaffte ihrer Wühlarbeit Gehör und Erfolge auch in Kreiſen, die politiſch ihnen fernſtanden, und da die zu gemeinſamem Handeln verbündeten Sozialiſten, Republikaner und Radikalen in der Deputiertenkammer die einzig aktiven und rührigen Volksvertreter waren, während die liberalen und konſervativen Onorevoli ihre parlamentariſche Wirkſamkeit teils in Kirchturmspolitik und Günſtlingswirtſchaft erſchöpften, teils dem Grundſatz des Gehenlaſſens und der Bequemlichkeit huldigten, ſo wurde die äußerſte Linke, die zeitweilig nur ein Zehntel der Kammer ausmachte, trotz ihrer zahlenmäßigen Minderheit doch ein beſtimmender und oft entſcheidender Faktor im politiſchen Leben Italiens. Mit ihrer Hilfe hatte Rudini, der ſizilianiſche Marcheſe und Großgrundbeſitzer, das Kabinett Criſpi geſtürzt, auf ihre Unterſtützung war er parlamentariſch angewieſen, er hatte ſich dieſen Gegnern der Monarchie und des Dreibunds gefangen gegeben. Darin beſtand von vornherein die unheilbare Krankheit ſeiner Regierung. Was ſie von ihm verlangten, das konnte er ihnen nicht leiſten, aber er konnte ihren Anmaßungen auch nicht mit der nötigen Tatkraft entgegentreten. So kam es, daß der Marcheſe Di Rudini, der als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten im Sommer 1891 den Dreibundsvertrag erneuert hat, doch der Volksvertretung gegenüber dieſe Politik nur ſchwächlich und ohne Nachdruck verfocht und mit ſeinem ganzen Verhalten um Entſchuldigung dafür zu bitten ſchien, daß er das Bündnis um einige Jahre verlängert hatte. Wie eine Ironie des Schickſals nimmt ſich daneben die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Miniſterpräſidenten Rudini aus, als er im Frühjahr 1892 den Handelsvertrag mit Deutſchland im italieniſchen Parlament zur Annahme gebracht hatte. Während die einen in dem Wunſch nach Wiederherſtellung der alten vorteilhaften Beziehungen mit Frankreich liebäugelten, waren andere, die durch die feindliche Wirtſchaftspolitik der Schweſternation zu leiden hatten, voll Groll gegen dieſe. Ich habe das in dem apuliſchen Weinland erfahren, welches ich nach dem Abſchluß des Handelsvertrags mit Deutſchland beſuchen mußte, um über die Ausſichten der Weinausfuhr nach Deutſchland zu berichten. Auch der Weinhandel der drei apuliſchen Provinzen hatte durch den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich ſchwer gelitten. Im allgemeinen wurde die durch den Abbruch der Handelsbeziehungen mit Frankreich in Apulien hervorgerufene Not von der äußerſten Linken gegen den Dreibund ausgebeutet. Die Demagogen (Arruffapopoli nennt ſie der Italiener ſehr bezeichnend) haben es dort verſtanden, die auswärtige Politik der Regierungen, beſonders Criſpis, der dem Verhältnis zu Frankreich eine gewiſſe Schärfe gegeben hatte, für alle Leiden verantwortlich zu machen, die damals das Volk heimſuchten, und die Wahl des wütigen Irredentiſten Matteo Renato Imbriani, der über geringen politiſchen Verſtand, aber über eine Donnerſtimme und einen unerſchöpflichen Phraſenreichtum verfügte, zum Abgeordneten von Corato hatte ihren Grund nur in der Notlage der apuliſchen Landwirtſchaft. Dieſe Leute von der äußerſten Linken hatten es nicht ſchwer, das unverſtändige Volk von Analphabeten gegen die Regierung, deren auswärtige Politik und gegen die Krone ſelbſt aufzuhetzen. Neben den wirtſchaftlichen Klagen wußten ſie noch ein anderes ergiebiges Element auszubeuten, den Haß gegen den hiſtoriſchen Feind Öſterreich und in Verbindung damit die Schwärmerei für den Volkshelden Giuſeppe Garibaldi und deſſen Mitkämpfer. Der Volksheld wurde von dieſen Parteien und der mit ihnen verbrüderten Freimaurerei, die mit den franzöſiſchen Logen in einer engen Verbindung ſtand, die man ſchon eher eine Abhängigkeit nennen konnte, planmäßig gegen die Monarchie und gegen die Regierung ausgeſpielt, und die Führer der ganzen Unternehmung konnten ſicher ſein, für alle ihre Kundgebungen dieſer Art ſtets lebhaften Beifall bei der großen Maſſe des Volkes und Duldung bei den königlichen Behörden zu finden, denn niemand hätte gewagt, irgend etwas zu tun, was als ein Mangel an Achtung und Bewunderung für Garibaldi ausgelegt werden konnte. Mit den Kampfgenoſſen des Volkshelden wurde ein abgöttiſcher Kultus getrieben; „Uno dei Mille“, einer der

Tauſend von Marſala, geweſen zu ſein, das ſicherte jedem Tagedieb die Hochachtung und Bewunderung ſeiner Zeitgenoſſen. Da die Zahl von dieſen aber immer geringer wurde, ſo wandte ſich die nationale Eitelkeit auf die ſpäteren Garibaldiner, und es genügte, daß einer in den Vogeſen gegen die Deutſchen mitgekämpft hatte, um ihn zu den Heroen zu rechnen. Mit der Verherrlichung dieſer Garibaldinerepigonen war denn immer auch ein feindlicher Hieb gegen das Deutſche Reich und eine ehrfürchtige Verbeugung vor Frankreich verbunden. An die Rockſchöße der „Reduci delle patrie battaglie“, der Veteranen der Befreiungskämpfe, hingen ſich gefliſſentlich alle Demagogen, Irredentiſten und Francophilen, die keine Gelegenheit vorübergehen ließen, um vor dem Palazzo Venezia und der Wohnung des öſterreichiſchen Botſchafters im Palazzo Chigi zu pfeifen oder noch deutlichere Beweiſe ihrer unverſöhnlichen Feindſchaft gegen das Haus Habsburg von ſich zu geben. In der Öffentlichkeit redeten ſie immer nur von der Pflicht, die unter öſterreichiſcher Herrſchaft ſtehenden Länder italieniſcher Zunge zu erlöſen; kam man aber in ihren Stammſitz, der ſich im Erdgeſchoß eines alten päpſtlichen Nepotenpalaſtes an Piazza Navona, dem Palazzo Orſini-Lancelotti, befand, ſo entdeckte man dort nicht ohne Staunen, daß der Hauptſaal mit den Wappen ſämtlicher unter fremder Herrſchaft ſtehenden italieniſch redenden Provinzen geſchmückt war, und daß da weder Malta, noch Korſika, Nizza und Savoyen fehlten. Ich habe ſchon im erſten Jahr meines Aufenthalts in Rom eine Verſammlung der Reduci daſelbſt mitgemacht, worin Vorbereitungen für die zehnjährige Gedenkfeier des Todestages Garibaldis getroffen wurden, und habe dann dieſer Feier am Grabe des Helden auf Caprera am 2. Juni 1892 beigewohnt. Einige tauſend Menſchen aus allen Teilen der Halbinſel und von den Inſeln ſtrömten dazu auf dem kleinen Felseiland an der Nordküſte Sardiniens zuſammen; wir Römer fuhren von Civitavecchia auf einem von der „Navigazione Generale“ geſtellten Ozeandampfer, der zum Teil indiſche Bemannung hatte, in einer mondhellen Sommernacht hinüber. Unſer Schiff war überfüllt, Garibaldiner, andere Veteranen, Abgeordnete verſchiedener Parteien, patriotiſche Vereine, Zeitungsſchreiber, Photographen uſw. drängten ſich auf Deck und in den Salons, auch der Bildhauer Luigi Biſtolfi, deſſen Koloſſalbüſte des Helden vor ſeinem Wohnhaus auf Caprera damals enthüllt wurde, war zugegen. Es ging hoch her während der Überfahrt, und wir von der Preſſe wurden freigiebig traktiert; die Reduci delle patrie battaglie machten ihrem Spottnamen „Reduci delle patrie bottiglie“ (Überlebende von den vaterländiſchen Flaſchen) alle Ehre. Die Abgeordneten Cavallotti und Barzilai führten das große Wort, es wurde unendlich viel geredet und wenig geſchlafen in jener Nacht. Die Gedenkfeier am folgenden Tag an Garibaldis Haus und Grab machte auch auf mich, den Fremden, einen tiefen Eindruck; wie mußte ſie erſt auf die Landsleute und Mitkämpfer des Volkshelden wirken! Der Schauplatz an ſich hatte ſchon etwas Zauberhaftes: unter ſtrahlender Sommerſonne das Fels- und Klippengewirre in dem blau und grün ſchimmernden Meer, über der Inſel ein berauſchender Duft von würzigen Blüten, die zwiſchen den Granitfelſen wuchſen, unter Pinien, Öl- und Lorbeerbäumen um das hiſtoriſche Haus herum ein flammendroter dichter Kranz von Geranien, der weite Umblick nach Norden durch die in zartem Duft ſtehenden Gebirge Korſikas, nach Süden durch die ſchroffe, phantaſtiſch geformte Felsküſte Sardiniens abgeſchloſſen. Auf dieſem maleriſchen Hintergrund ſpielte ſich die Erinnerungsfeier ab; der Zug der Rothemden und der vaterländiſchen Vereine mit fliegenden Fahnen von der Inſel Maddalena herüber zwiſchen Granitfelſen und wilden Myrten unter den erregenden Klängen der Garibaldihymne wirkte mächtig und unvergeßlich. Gerade weil alles Parademäßige und Gezwungene fehlte, weil alles ſo ganz von ſelbſt aus der inneren Teilnahme heraus ſich entwickelte, war der Eindruck mächtig.

Das unnatürliche Bündnis der Rechten unter Rudinis Führung mit der äußerſten Linken konnte keinen Beſtand haben; dieſelben Freunde, die den ſizilianiſchen Marcheſe gegen Criſpi hochgebracht haben, waren auch beſtimmt, ihn wieder zu ſtürzen, ſobald ſich ein bequemer Anlaß oder Vorwand fand. Er war nur zu bald durch die finanziellen Schwierigkeiten des Staates geboten worden. Rudini und ſein Schatzminiſter Luigi Luzzatti glaubten, dem Staatsſchatz mit Erſparniſſen und kleinlichen Steuerprojekten helfen zu können. Die von der äußerſten Linken verlangte Erſparung durch Abſchaffung zweier Armeekorps und weitere Einſchränkung der Heeresausgaben konnten ſie nicht gewähren, wenn Italien eine Großmacht bleiben ſollte. Luzzatti, der mehr ein eitler Profeſſor als ein zielbewußter Politiker war, brachte mit dem Finanzminiſter Colombo im Frühjahr 1892 eine Vorlage ein, die mit völlig unzureichenden, ſchwächlichen Mitteln dem Fehlbetrag im Staatshaushalt zu Leibe gehen wollte. Gegen den kläglichen Steuergeſetzentwurf (Omnibus nannte die Preſſe ein ſolches Gemenge verſchiedener kleiner Steuerprojekte), der im Mai 1892 zur Erörterung in der Kammer gelangte, richtete nicht nur der Preſſewitz ſeine erbarmungsloſen Pfeile, ſondern die Abgeordneten ſelber ließen kein gutes Haar daran. Das Kabinett Rudini hat es damit den Gegnern recht leicht gemacht, ihm den Todesſtoß zu geben; am 5. Mai fiel es über ſeinen Steueromnibus mit 193 gegneriſchen gegen 185 freundliche Stimmen. Die entſcheidende ſachliche Kritik an der Vorlage hatte der Abgeordnete Giolitti geübt und ſich dadurch als den kommenden Mann in den Vordergrund geſtellt.

Im Ausland war Giovanni Giolitti bis dahin ſo gut wie unbekannt; man wußte von ihm nur, daß er im letzten Miniſterium Criſpi einmal das Schatzamt verwaltet hatte und ausgeſchieden war, weil er über die Ausgaben für neue Eiſenbahnbauten mit dem Arbeitsminiſter Finali und dem Miniſterpräſidenten in Streit geraten war. Danach war man in Deutſchland geneigt, ihn für einen läſtigen Nörgler zu halten, wie jeden, der dem großen Criſpi, deſſen Geſtalt alle anderen Politiker Italiens in den Schatten ſtellte, zuwider geweſen war. In Wirklichkeit hat Giolitti damals im Herbſt 1890 gegenüber der Finanza allegra Criſpis die Grundſätze einer geſunden und vernünftigen Staatshaushaltung vertreten. Ich hatte von ihm ſtets und von Anfang an einen günſtigen Eindruck als eines ernſthaften, nüchternen und zielbewußten Mannes, der ohne äußeren Aufputz und Blendwerk ſicher ſeinen Weg geht. Er galt mir als Piemonteſe und ehemaliger Beamter im Gegenſatz zu den zahlreichen Berufs- und Geſchäftspolitikern des mittleren und ſüdlichen Italiens für einen zuverläſſigen Leiter der italieniſchen Geſchicke. Ich erinnere mich, meine hohe Meinung von ihm in der erſten Unterredung, die ich 1892 mit ihm gehabt habe, ihm ganz offen etwa mit den Worten ausgeſprochen zu haben, daß nach meiner Überzeugung die Geſchicke des Landes für geraume Zeit an den Namen Giolitti geknüpft ſein würden. Ebenſo erinnere ich mich, daß er dies von mir ganz ehrlich gemeinte Lob ſehr kühl und gleichmütig aufgenommen hat. Es iſt ſeltſam, daß ich mit meiner geringen Menſchenkenntnis und noch geringeren politiſchen Begabung von Anfang an dieſen Mann richtiger beurteilt habe als die meiſten in Deutſchland, die Redaktion meiner Zeitung nicht ausgenommen. Angefeindet, geſchmäht, verfolgt und verleumdet, dann wieder geprieſen, umſchmeichelt und in den Himmel erhoben, zum Teil von denſelben Menſchen und Organen der öffentlichen Meinung je nach den wechſelnden politiſchen Umſtänden, muß Giolitti mit der Zeit ein Maß von Menſchenverachtung erworben haben, welches es ihm erleichterte, ohne jeglichen Skrupel die paſſendſten Mittel zu ergreifen, die ihn zu dem gewollten Ziele führen konnten. In einem Lande, wo der Geſchäftsparlamentarismus, die Parteiſucht und der Eigennutz der Berufspolitiker die üppigſten Blüten treiben, wo die Unredlichkeit und Intrige als roter Faden das parlamentariſche Treiben durchziehen, wo es den meiſten Volksvertretern nicht darauf ankommt, *wie* regiert wird, ſondern *wer* regiert, da kann der Redliche, der das Beſte des Landes will und über die mannigfachen böswilligen Hemmniſſe Herr werden will, nicht immer wähleriſch und peinlich in bezug auf die Kampfmittel ſein; er würde ſonſt unfehlbar bald unter die Räder kommen. Der Haß und die üble Nachrede, womit Giolitti jahrelang verfolgt worden iſt und die ſeine Beurteilung auch in Deutſchland ungünſtig beeinflußt haben, erklären ſich zum guten Teil daraus, daß er nicht zur Freimaurerei gehörte und vielmehr die dunkeln Wege dieſer mächtigen, gegen die ſavoyiſche Monarchie im geheimen arbeitenden Geſellſchaft mehr als einmal ſcharf durchkreuzt hat. Umgekehrt erfreute ſich Criſpi, der ſelbſt der Maſſoneria angehörte, wenn nicht ihrer Unterſtützung, ſo doch ihrer nachſichtigen Duldung. Was das bedeutet, haben wir in der grellſten Weiſe beleuchtet geſehen im Jahre 1914, als es der Maſſoneria gelang, die geſamte öffentliche Meinung Italiens binnen weniger Monate für den Krieg gegen ſeine Bundesgenoſſen zu gewinnen.

Als Giovanni Giolitti im Mai 1892 die Regierung übernahm, war die nächſte dringende Aufgabe die Beſeitigung des Fehlbetrags im Staatshaushalt; hier waren die Sünden der Vorgänger wieder gutzumachen. Erſchwert wurde dieſe Aufgabe durch die allgemeine wirtſchaftliche Notlage. Giolitti, der ſeit 1869 im Finanzminiſterium als Beamter gearbeitet hatte, kannte und erkannte die Schwächen des italieniſchen Finanz- und Steuerweſens; er ſah ein, daß die ungerechte Verteilung der Laſten, die Schonung der Beſitzenden und

Bedrückung der Unbemittelten eines der charakteriſtiſchen Merkmale des italieniſchen Steuerſyſtems war. Er pflegte zu ſagen, die Beſteuerung ſei progreſſiv „a rovescio", im umgekehrten Sinne, indem einer deſto mehr verhältnismäßig beſteuert werde, je weniger er beſitze. Sein Ziel auf dieſem Gebiet war daher die Einführung der progreſſiven Einkommenſteuer, die gerade um jene Zeit in Preußen ſich glänzend zu bewähren begann. Daß es zur Durchführung einer ſolchen Reform, die ihr ſchwerſtes Hindernis in der Selbſtſucht der herrſchenden Klaſſen fand, vor allem einer durchaus gefügigen Kammer bedurfte, verhehlte ſich Giolitti nicht im geringſten, ebenſowenig, wie er ſich einer Täuſchung darüber hingab, daß er mit der auf Criſpi eingeſchworenen und doch von dieſem abgefallenen Volksvertretung nicht weit kommen würde, auch wenn er ſich auf das beſcheidenſte Regierungsprogramm beſchränkte. Eine irgendwie gedeihliche geſetzgeberiſche Arbeit erſchien überhaupt unmöglich, ſolange die äußerſte Linke trotz ihrer ziffermäßigen Schwäche imſtande war, durch ihre unruhige Oppoſition um jeden Preis die parlamentariſchen Wäſſer zu trüben. Er nahm daher den Auftrag zur Kabinettsbildung nur an mit der Zuſtimmung der Krone zu Neuwahlen. Als er am 26. Mai ein Vertrauensvotum mit nur 169 gegen 160 Stimmen erhalten hatte, war es ohnedies ſonnenklar, daß auf die Kammer, die in anderthalb Jahren ſchon zwei Miniſterien geſtürzt hatte, kein Verlaß ſein konnte. Er verlangte daher von ihr die Bewilligung eines vorläufigen Budgets für ſechs Monate und kündigte ihr damit die nahe Auflöſung und Neuwahlen an. Bei dieſen Neuwahlen, die mit Ende des Herbſtes 1892 ſtattfanden, ſuchte er mit Rückſicht auf die Zuſammenſetzung ſeines Kabinetts eine einheitliche Mehrheit von der liberalen Linken zu erhalten und die Ruheſtörer der äußerſten Linken nach Möglichkeit auszuſchließen, wenigſtens ihre gefährlichſten Häupter zu beſeitigen. Zugleich wollte er aber mit der Betonung des linksliberalen Charakters ſeiner Regierung diejenigen Elemente der radikalen Gruppen, die dazu geneigt ſein mochten, auf den Boden der konſtitutionellen Monarchie hinüberzutreten, an ſich ziehen. Die Aufreibung der antimonarchiſchen, dreibundfeindlichen und irredentiſtiſchen Gruppen der Kammer war das Ziel, worauf er mit Bewußtſein und Tatkraft hinſtrebte. Er hat ſich in den erſten Monaten mir gegenüber einmal offen und klar darüber ausgeſprochen, indem er mit der ihm eigenen nüchternen Knappheit der Ausdrucksweiſe erklärte, es käme ihm darauf an, durch ſeine geſamte Politik möglichſt viele von den noch widerſtrebenden und ſchmollenden Elementen der Linken mit der Monarchie auszuſöhnen. Dieſes Programm in innerpolitiſcher Hinſicht, welches er von da an, ſo oft er an die Regierung kam, nie aus dem Auge verloren hat, rechtfertigt allein ſchon das Vertrauen, das ihm König Humbert wie deſſen Sohn entgegengebracht haben. Auch auf der rechten Seite der Kammer ſuchte Giolitti ſich ſkrupelloſer Nörgler und Quertreiber in den Neuwahlen zu entledigen, wie z. B. des vielgenannten Bonghi, der durch ſein andauerndes Liebäugeln mit Frankreich wie durch ſein auf Augenblickserfolge abzielendes, von feſten Grundſätzen freies parlamentariſches Auftreten den revolutionären

Parteien willkommenen Vorſchub leiſtete. Bei den Neuwahlen wurde natürlich auch die auswärtige Politik, die Zugehörigkeit Italiens zum deutſch-öſterreichiſchen Bündnis in die Erörterung gezogen; in den vorausgehenden Monaten waren auf dieſem Gebiet zwei größere öffentliche Kundgebungen erfolgt: der Beſuch des italieniſchen Königspaars in Berlin am Ende Juni und gewiſſermaßen als Antwort der Schweſterrepublik darauf der Beſuch eines franzöſiſchen Geſchwaders zur Kolumbusfeier in Genua zu Anfang September. Die im Vorjahr durch das Miniſterium Rudini erfolgte Erneuerung des Dreibunds wurde von der äußerſten Linken während des Wahlkampfs arg getadelt, und zur Verblüffung aller Verehrer Criſpis nördlich der Alpen leiſtete dieſer ſelbſt ihnen Beihilfe, indem er vor ſeinen Wählern in Palermo am 20. November die durch Rudini vollzogene Verlängerung des Bündniſſes als überſtürzt tadelte und die in ſeinem Munde recht ſeltſam klingende Erklärung abgab, Italien ſei das Land, welches unter dem Dreibund am meiſten leide. Das war der Mann der „ſicheren Beziehungen"! Die Neuwahlen verſchafften dem Miniſterium Giolitti, und damit auch der auswärtigen Politik, eine ſtarke Mehrheit in der Kammer und verſchloſſen einigen hervorragend unbequemen Widerſachern von der äußerſten Linken den Rückweg nach Montecitorio, wenigſtens bis zu den ſpäteren Erſatzwahlen: ſowohl Imbriani als Cavallotti fielen in ihren Wahlkreiſen gegen Regierungskandidaten durch, was einſtweilen etwas mehr Ruhe in die Verhandlungen der Deputiertenkammer brachte, aber auch dem verantwortlichen Leiter dieſer für die Radikalen nahezu vernichtenden Neuwahlen den unverſöhnlichen Haß aller von der Niederlage Betroffenen eintrug. So bildete ſich ſofort nach dieſer für die Regierung erfolgreichen Neuwahl eine erbitterte Gegnerſchaft gegen den Miniſterpräſidenten, die mit zunehmender Heftigkeit unter Anwendung aller erdenklichen Mittel den Kampf gegen ihn führte, in der Preſſe, in Verſammlungen wie im Parlament. Die äußerſte Linke warf ihm eine ſkrupelloſe Wahlmache vor, was in Italien die Unterlegenen immer zu tun pflegen, obſchon ſie alle in der Anwendung der Mittel im Wahlkampf keinerlei Bedenken kannten. Sie ſuchten auch dadurch das Anſehen Giolittis herabzuſetzen, daß ſie daran erinnerten, er habe als junger Mann, ſtatt die Waffen für die Befreiung des Vaterlandes zu ergreifen, hinter dem Ofen geſeſſen und nur an ſein Vorankommen in der Beamtenlaufbahn gedacht; ſein Hervorgehen aus der Verwaltung war für viele Berufs- und Geſchäftspolitiker allein ſchon ein Grund zur Abneigung gegen ihn, um ſo mehr, als er mit ſeinen ſtrengen, im Staatsdienſt erworbenen Grundſätzen der parlamentariſchen Günſtlingswirtſchaft, wie ſie vornehmlich von den Meridionalen, den Abgeordneten des Südens, zum Syſtem erhoben worden war, keine Zugeſtändniſſe zu machen geneigt war. Der Anhang Criſpis war ihm zum großen Teil von vornherein feindlich, weil er nicht mit Unrecht fürchtete, daß dieſer neue Mann der Wiederkehr ihres Herrn und Meiſters den Weg verſperren möchte. Obgleich Giolitti in den parlamentariſchen Verhandlungen mit kräftigen Worten für die Dreibundspolitik eintrat, wozu Rudini aus

Rückſichten auf die Radikalen nicht den Mut gefunden hatte, fand er doch bei den Criſpinern keine Unterſtützung, eine Erſcheinung, die durch die oben erwähnte Rede Criſpis grell beleuchtet wird. Vielen Volksvertretern kam es eben nicht darauf an, wie regiert wurde, ſondern wer regierte; es mußte jemand ſein, deſſen Freundſchaft und Wohlwollen ſich ausmünzen ließ. Für die auf den Schein ſehenden Politiker fehlte dem neuen Miniſterpräſidenten auch etwas Weſentliches, was ihn augenfällig von Criſpi unterſchied: er war in allem einfach und nüchtern, liebte weder die großen blendenden Worte, noch ſonſtigen Prunk im Auftreten, wie man es von Criſpi her gewohnt war, der aus ſeiner ſizilianiſchen Heimat einen ſtarken Hang zum „Spagnolismo“, zum großartigen Auftreten, mitgebracht hatte. Wie Giolitti ſelber in ſeinem Äußeren und ſeinen Lebensgewohnheiten die verkörperte Schlichtheit war (die Witzpreſſe pflegte ihn wegen ſeines langen ſchwarzen Überrocks als „palamidone“ zu verſpotten), ſo machte ſein geſamtes Kabinett einen einfachen bürgerlichen Eindruck. Wenn man dieſe Miniſter in ihren Wohnungen beſuchte, ſtaunte man über die an Dürftigkeit grenzende Nüchternheit der Umgebung, in der ſie lebten und arbeiteten. Ich ſehe noch den früh verſtorbenen Finanzminiſter Elena vor mir, einen um den Handelsvertrag mit Deutſchland ſehr verdienten Mann, der als einer der wenigen italieniſchen Politiker deutſche Verhältniſſe kannte, wie er in ſeiner beſcheidenen Erdgeſchoßwohnung, in die kein Sonnenſtrahl hineindrang, mich empfing; nach ſeinem ſchlichten grauen Rock und dem ſchwarzen Hauskäppchen hätte man ihn für einen Volksſchullehrer halten können. Ein einfacher, verſtändiger Mann, der ſich anſpruchslos gab, wie er war, iſt auch der Miniſter des Auswärtigen, Benedetto Brin, geweſen, der ſich zuvor um die italieniſche Flotte hervorragende Verdienſte erworben hatte. Brin hatte einen Kabinettschef, der gleich ihm ein warmer Freund Deutſchlands war, den Commendatore Pavarino, der in Erlangen ſtudiert hatte, das Deutſche vollkommen beherrſchte, das Münchener Bier trotz einem Eingeborenen liebte und mir jahrelang ſtets mit ausnehmender Freundlichkeit, hinter der kein Falſch ſteckte, entgegengekommen iſt. Pavarino war daher auch auf der deutſchen Botſchaft ſehr gerne geſehen und freute ſich immer, wenn er dort geladen war und mit uns deutſch plaudern konnte. Mit ſolchen Männern an der Spitze und in der Umgebung der Miniſter mußten wir in Rom tätigen deutſchen Journaliſten die feſte Überzeugung gewinnen, daß der Bund mit Italien auf abſehbare Zeit befeſtigt und geſichert war. (Schluß folgt)

Die Sixtiniſche Madonna

Von

Friedrich v. Duhn

Platz da für den großen Raffael!“ rief Auguſt III. und ſtieß mit eigener Hand den eigenen Thronſeſſel zur Seite, damit die neuerworbene Sixtiniſche Madonna einen ihrer würdigen Platz und rechtes Licht erhielte. Ein königliches Wort, das dem oft getadelten Fürſten nicht vergeſſen werden ſoll. Eine ganze Galerie anderer Gemälde hätte dieſe Erwerbung nicht aufwiegen können. Mit ihr begann für das Verſtändnis reiner hoher Kunſt auch im franzöſierten Deutſchland ein neues Zeitalter. Edle Einfalt und ſtille Größe, jene von Winckelmann ſo vorahnend bezeichneten Grundeigenſchaften der antiken Kunſt, ſie fand er wieder in jenem erſten Werke von Raffaels Hand, auf dem das ſchönheitsdurſtende Auge des armen märkiſchen Schuſterſohnes ruhen durfte. In ſeinen Gedanken über die Nachahmung griechiſcher Werke in der Malerei und Bildhauerkunſt, der feurigen noch in Dresden verfaßten Erſtlingsſchrift, mit der Winckelmann dem entarteten wilden und dabei gänzlich unſelbſtändig gewordenen Zeitgeſchmack den Handſchuh hinwarf, predigt er als der erſte Deutſche das Lob des neuerworbenen Raffael mit Worten, ſo weihevoll, wie er ſie ſonſt nur den höchſten Meiſterwerken antiker Kunſt zu widmen pflegt. Und ſeit Winckelmanns Tagen iſt ſolches Lob nicht verſtummt. Stiller oder lauter klingt es wieder im Herzen eines jeden empfänglichen Beſuchers der Dresdener Galerie. Selbſt der Verzicht auf den Reiz der Farbe ſchädigt die Freude an dieſem Gemälde für denjenigen, dem das Bild nicht in ganz friſcher Erinnerung iſt, ſcheinbar weniger, als bei vielen anderen Werken. Ein guter Stich, eine der großen Photographien ſetzt uns, ſo glauben wir wenigſtens gerne, gerade bei dieſem Bilde leichter in den Stand, die Stimmung an uns nachzuempfinden, die das Herz des Künſtlers im Schaffen durchzitterte, zu der den Beſchauer ſeines Werkes zu erheben ſein inſtinktiver Wunſch ſein mußte.

„Er machte für die ſchwarzen Mönche von S. Siſto in Piacenza das Gemälde des Hauptaltars, mit Darſtellung der Mutter Gottes mit dem heiligen Sixtus und der heiligen Barbara, ein in der Tat ungemein hervorragendes und einzigartiges Werk.“ Dieſe Worte Vaſaris ſind die einzige Nachricht über die Entſtehung der Sixtiniſchen Madonna, die auf uns gekommen iſt. Keine Zahlungsanweiſung oder Quittung klärt uns auf über die näheren Umſtände oder über den Zeitpunkt dieſer Schöpfung, keine noch ſo flüchtige Handzeichnung weiſt uns den Weg, auf welchem Raffael zur endgültigen Geſtaltung ſeines Werkes gekommen iſt. Es ſteht in großem Schweigen vor uns. Wir müſſen es ſelbſt zum Reden bringen.

Die dem heiligen Papſt Sixtus, d. h. wohl dem zweiten ſeines Namens, geweihte Benediktinerkirche in Piacenza iſt der letzte große öffentliche Bau, von Vignolas unvollendet gebliebenem Herzogspalaſt der Farneſe abgeſehen, der ſich in Piacenza erhob, einer im Mittelalter blühenden und bauluſtigen Stadt, die jedoch beim Beginn der neuen Zeit bereits anfing, langſam zurückzugehen. Um die Zeit, wo die letzte große Erweiterung von S. Siſto begonnen wurde, waren die Piacentiner jedoch jeder baulichen oder ſonſtigen künſtleriſchen Hebung ihrer Stadt noch ſehr zugetan. Hegten ſie doch ſogar den Wunſch, ihrem prachtliebenden Nachbarn, dem Herzog Lodovico Sforza, genannt il Moro von Mailand, keinen geringeren als Lionardo da Vinci zeitweilig abſpenſtig zu machen, um ein großes öffentliches Denkmal von dieſem damals unbeſtritten erſten Künſtler Italiens errichten zu laſſen. Wir beſitzen noch einen originellen Brief Lionardos, worin er mit ſelbſtbewußten Worten den Piacentinern ihren Koſtenanſchlag derartig zurechtrückt, daß aus dem ſchönen Plan nichts werden konnte. Was ihnen mit dem Größten der Großen, mit Lionardo, nicht glückte, das erreichten ſie in anderer Geſtalt von Raffael. Bis 1753 war Piacenza ein regelmäßiger Halteplatz aller künſtleriſch empfänglichen Welſchlandpilger, welche kamen, jenes Altargemälde in S. Siſto zu bewundern. 1499—1511 wurde an der Erweiterung der Kirche gebaut, wahrſcheinlich unter Leitung Bernardo Zuccagnis. Eine gewiſſe Ähnlichkeit mit Mailänder Bauten jener Zeit, namentlich mit der zur Grabkirche der Sforzas von Bramante erweiterten Kirche S. Maria delle Grazie iſt vorhanden, ſo daß die Tradition vielleicht recht haben kann, welche ihn, den großen Landsmann und Gönner Raffaels, der bis zu jener Zeit im benachbarten Mailand weilte, mit gewiſſen Bauideen in S. Siſto in Verbindung bringt. Beſonders an die klaſſiſchen harmoniſchen Verhältniſſe Bramantiſcher Bauten wird man im ſchönen Chor von S. Siſto erinnert, einem rechteckigen Raum, in feinem, noch keuſchen Renaiſſanceſtil ausgeziert, wie er würdiger nicht gedacht werden kann, um den Hochaltar mit Raffaels Madonna zu umſchließen. Reichliches Licht fällt durch die Fenſter der Nordſeite auf den Altar, das Licht, auf welches die Sixtina berechnet, für das ſie gemalt iſt. Somit gehört noch heute Piacenza und die Kirche von S. Siſto zu den Orten, an welchen jeder Verehrer Raffaels Halt machen ſollte. Leider hat im Jahre 1698 der Benediktinerabt Proſpero Cremoneſi ſich an Raffael arg verſündigt, indem er den alten einfach ſchönen Renaiſſancerahmen des Gemäldes durch eine gutgemeinte, aber üppig überladene, übermäßig breite und hohe vergoldete Barockumrahmung erſetzte, die das Bild erdrückte. Überdies ſcheint das Gemälde bei dieſer Gelegenheit oben umgeſchlagen zu ſein, um ſo beſſer in den neuen Rahmen zu paſſen und wurde überhöht durch einen lünettenartigen Abſchluß mit zwei ſchwebenden Engeln. Auch wurde es bei der Umhängung vom Altar weg an die Abſchlußwand des Chors bedeutend mehr in die Höhe gerückt — früher ſtand es dicht über dem Altar —, ſo daß es verhältnismäßig klein erſcheinen mußte. So ſtellt es ſich wenigſtens heutzutage dar in der braven, in der Originalgröße 25 Jahre früher ausgeführten Kopie Avanzinis, welche König Auguſt in Piacenza ſelbſt durch ſeinen Unterhändler Bianconi erwerben und vertragsmäßig am alten Platz aufſtellen ließ, bevor er das Originalgemälde für den Preis von 12 000 Zechinen = 24000 Scudi romani, d. h. 50 000 Mark ſein eigen nennen durfte. Der ſchuldige Abt Caracciolo, dem Namen nach ein Neapolitaner, erhielt ein Extradouceur von 1000 Zechinen. Papſt Benedikt XIV. erlaubte den Mönchen den Verkauf. An dieſer Tatſache zerſchellte der Widerſpruch des warm empfindenden trefflichen Preſidente del Conſiglio, des Conte Alberto Scribani Roſſi, ja auch derjenige des Landesherrn ſelbſt, des Herzogs Philipp von Parma, der zuerſt die Ausfuhr verweigerte, ſich jedoch erneuten Vorſtellungen Auguſts fügte. Der Landesherr verlangte vom Grafen Roſſi eine Preisſchätzung des Bildes. Der Graf antwortete: „Circa il valore dell' istessa tavola io non saprei altra cosa dire, se non che la si vale tanto quanto si vuole, purchè siavi chi volendo la possa pagare. Insomma non ha prezzo alcuno . . . Il prezzo è apporentemente grandioso, ma sempre inferiore ed inadeguato alla marcate qualità della somma rarità dell' opera dell' autore.“ Zerſchellen würde ebenſo an dieſen Rechtstatſachen der originelle Gedanke einiger italieniſcher Annexioniſten, die Sixtiniſche Madonna als einſtigen „Kunſtraub“ nunmehr Italien zurückzugewinnen.

Der Umbau der Kirche war 1511 vollendet. Nunmehr handelte es ſich um ihre Ausſchmückung. Der vornehmſte und zugleich für den Kultus weſentlichſte Schmuck war das Gemälde für den Hauptaltar, auf dem der heilige Schutzpatron der Kirche, S. Sixtus, und die mit ihm in derſelben Kirche verehrte heilige Barbara zur Darſtellung kommen mußten: waren ſie doch an dieſer Stätte die naturgemäßen Vertreter der irdiſchen Gläubigen bei der Gottesmutter und ihrem Sohn. Einige Jahre mögen über Ausführung des von Raffael übernommenen Auftrages vergangen ſein. Denn bis 1515 hat er ſeine Tafelgemälde ausſchließlich auf Holz gemalt. Erſt um jenes Jahr und in der Folgezeit verwendet er auch Leinwand als Untergrund, zuerſt über Holz geſpannt, alsdann auch frei. Der Weltruhm von Raffaels Gemälden hatte begonnen: die Leinwand erleichterte die Verſendungsmöglichkeit. So iſt datierbar eines der erſten das Porträt des mit Raffael befreundeten urbinatiſchen Hofmanns Baldaſſare Caſtiglione, jetzt im Louvre. Ein köſtliches Bild, durch ſeine leichte feine Farbenbehandlung und den ſilbergrauen Grundton der Sixtina beſonders nahe verwandt. In dieſen Jahren, vielleicht auch etwas ſpäter, muß auch die Sixtina entſtanden ſein. Damals war Raffael auf der Höhe ſeines Ruhmes. Von den Monumentalmalereien im Vatikan waren die Stanza della Segnatura und di Eliodoro vollendet, ebenſo die Kartons zu den Teppichen. Fürſtliche und private Aufträge drängten ſich derartig, daß die hervorragendſten Fürſten jahrelang warten mußten, ſchließlich mitunter nichts erhielten. Nur durch Zuhilfenahme zahlreicher jüngerer Maler wurde in eben dieſen Jahren ihm nicht bloß die Ausführung ſolcher privater Aufträge, ſondern ſelbſt der Arbeiten für ſeinen unmittelbaren Arbeitsherrn, den Papſt, möglich. Schon in der Stanza di Eliodoro und bei den Teppichkartons, mehr noch in dem ſchon im Sommer 1514 begonnenen Speiſeſaal des Papſtes, der

Stanza dell' Incendio, und den Loggien zeigen ſich überall die hilfreichen, aber untergeordneten Schülerhände. Seit Sommer 1514 war Raffael tatſächlich, ſeit Auguſt 1515 auch der Form nach Bramantes Nachfolger als Baumeiſter von S. Peter — damals keine Sinekure! Wir begreifen, weshalb Raffael in ſeinen ganzen römiſchen Jahren nur zweimal, von Piacenza abgeſehen, dazu kam, für auswärtige Kirchen Altarbilder zu malen, nämlich für Neapel die Madonna mit dem Fiſch, für Palermo die Kreuztragung, beide Gemälde jetzt in Madrid. Und am zweiten dieſer Bilder, 1516 entſtanden, hat Schülerhand die Ausführung zum weſentlichen beſorgen müſſen. Die Sixtina dagegen, darin ſtimmen alle Sachverſtändigen überein, iſt ganz und ausſchließlich von des Meiſters eigener Hand gemalt. Welches gnödige Geſchick mag den Mönchen des fernen von Raffael nie geſehenen Piacenza ſolch ein Glück in den Schoß geſpielt haben? Gerne wüßten wir's. Wiſſen können wir es aber nicht mehr. Hätte Vaſari, 30 Jahre nachher und perſönlich in Piacenza geweſen, etwas darüber erfahren können, ſicher hätte er es uns verraten. Ebenſowenig vermochte der ſorgſame Lokalhiſtoriker Paſſero gegen Ende des Jahrhunderts noch etwas über den Auftrag und Erwerb feſtzuſtellen. Vielleicht hat Bramante den Mönchen Mut gemacht, ſich an ſeinen jüngeren Landsmann zu wenden. Ihm, dem er all ſein römiſches Glück verdankte, konnte Raffael nicht leicht eine fürſprechende Bitte abſchlagen. Vielleicht war es der Bologneſer Kardinal del Monte, Kardinal von S. Siſto und nachweislich mit Raffael befreundet — wir tappen im Dunkeln und ſuchen beſſer nicht weiter, um nicht zu ſtraucheln. Genug, daß Raffael, vom Gegenſtand hingeriſſen, mit raſchem Pinſel dem Fluge ſeines Gedankens folgend, uns ein Meiſterwerk geſchaffen hat, das alle Kunſtmoden, Sezeſſionen und Wiedervereinigungen, Impreſſioniſten und Expreſſioniſten überleben wird, das allen Herzen, nicht bloß italieniſchen, verſtändlich iſt, zu allen ſeine eigene hohe Sprache noch heute redet und noch nach Jahrhunderten reden wird und die Menſchheit erheben über das vergängliche Alltagstreiben des Heute und Morgen, über alles Leid, alle Not der Gegenwart, ſie nötigen wird, ſtille zu ſtehen und die großen ernſten Kinderaugen des Stifters unſerer Religion auf ſich ruhen zu laſſen, jene Augen, die immer wieder mit ſtummer Frage ſtumme Antwort heiſchen.

Der Vorhang hinter dem Altar iſt zurückgezogen. Geöffnet iſt dem gläubig Anbetenden der Himmel, aus deſſen goldigem Glanz ſie hervorſchreitet, die ſchönſte aller Mütter, mit leichtem Tritt die Wolken nur berührend. Überirdiſch iſt ihre Erſcheinung. Denn ſie trägt ein himmliſches Kind. Aber ſie tritt hinein in die Wirklichkeit dieſer Welt, deren Licht ſie beſcheint, deren von unten herauf wehende Lüfte ihre Gewandung unten umſchlagen oder zurücktreiben, ihren Schleier oben bauſchen. Es iſt, als ob eine leichte Wendung nach vorne unmittelbar vorhergegangen wäre, und die Mutter, die eben den rechten Fuß vorſetzt, nunmehr auch das vom Mantel umſchlungene göttliche Kind etwas nach vorn nähme, um es der Welt zu zeigen. Volles, von links oben kommendes Licht fällt auf das Kind, auf Bruſt und Antlitz der Mutter, von der das gebauſchte Gewand zurückweicht, um durch den tiefen Schatten das Hervortreten des beleuchteten Oberkörpers noch wirkſamer zu betonen und durch das Kind auf der einen Seite der anderen ein optiſches Gegengewicht zu verleihen. Auch in der unteren Körperhälfte drückt ſich das leichte Streben nach links aus, als Folge einer vorhergegangenen Bewegung der ganzen Geſtalt von rechts hervor. Entſprechend dem vorgeſetzten rechten Standbein weicht der vom Kleid niederfallende Mantel leicht nach links aus, der linke Oberſchenkel ihres nachgezogenen linken Beines nähert ſich dem rechten Bein. Dieſe Annäherung wird, der leichten Schrittbewegung entſprechend, begleitet von einer Vorwärtsſchiebung, ſo daß helles volles Licht gerade dieſe und faſt ausſchließlich dieſe Partie des Unterkörpers trifft, wodurch dieſelbe noch mehr ins Auge fällt, nicht ohne feine und beſondere Abſicht, wie wir ſogleich gewahren werden. Das bis jetzt geſchilderte Bewegungsmotiv klingt aus in dem rechts niederfallenden und von der Kniehöhe abwärts durch den Luftzug leicht aufgetriebenen Mantel, deſſen Umriß und ſchwerer Farbenton vortrefflich benutzt iſt zur optiſchen Vervollſtändigung eines harmoniſchen Ganzen auch der unteren Körperhälfte. Wollte man das ganze Gemälde durch eine Vertikallinie in zwei gleiche Hälften zerlegen, ſo würde ſolches Lot genau durch das vorgeſetzte, ſcharf beleuchtete linke Knie der Madonna gehen und bis zum Schoß der hell markierten Linie des linken Oberſchenkels folgen, alsdann aufwärts gehend das Antlitz noch faſt ganz der vom Beſchauer aus linken Seite zuweiſen, indem die Linie durch den äußeren Winkel des linken Auges geht. Andererſeits, vom linken Knie abwärts, ſchneidet ſie durch den vorgeſetzten rechten Fuß, den ſie an der Spitze der großen Zehe verläßt. Zwiſchen der ſteifen unbeweglichen Ruhe ſo mancher früherer Geſtalten und der vielfach übermäßig bewegten ſpäteren Madonnen hält ſomit auch das Bewegungsmotiv der Raffaeliſchen Madonna die richtige Mitte. Durch die Schrittſtellung und die einſeitige Belaſtung wird eine Abweichung von der Vertikale in völlig ungezwungener Weiſe herbeigeführt und eine Leichtigkeit und Natürlichkeit des Standes erzielt, wie in der antiken Kunſt etwa der Hermes des Praxiteles ihn ſo vorgeführt hat. Einen beſonderen Reiz verleiht noch dem Aufbau und Bewegungsmotiv der Madonna die leichte Wendung aus der bis dahin von ihr befolgten Richtung von rechts her in die Frontſtellung, eine Viertelsdrehung um ihre eigene Achſe, die gleichzeitig einer Verlangſamung ihres Schrittes, ja einem freilich nur ganz momentanen Innehalten die natürlichſte Möglichkeit zu bieten ſcheint. Einlenken muß ſie gewiſſermaßen in den ſchmalen, ihr zum Durchpaſſieren gebliebenen Zwiſchenraum zwiſchen Papſt und Barbara, da in der Geſtalt des knienden Papſtes ſich ihrem Fortſchreiten in der früheren Richtung ein Hindernis in den Weg ſtellt. Während ſie ſomit im Begriff war, die Mittellinie im Gemälde nach links hin zu überſchreiten, näherte ſie ſich dem Papſt, der als ihres göttlichen Kindes Stellvertreter auf Erden am erſten das Recht hat, ihr in den Weg zu treten und demutsvoll kniend ſein Anliegen vorzubringen, die ſeiner einſtigen irdiſchen Obhut unterſtellten Gläubigen ihrem himmliſchen Schutze zu empfehlen.

Auf früheren Altarbildern ähnlichen Gegenſtandes, darunter auch manchen von Raffaels Hand, finden wir die Gottesmutter in irdiſche Umgebung herabgerückt. Sie thront einer irdiſchen Fürſtin vergleichbar auf einem Prachtſeſſel, darüber wohl ein Baldachin. Die Heiligen, darunter auch Päpſte oder Äbte mit ihren Kronen und Mitren auf dem Haupte, ihren Krummſtäben in der Hand, umgeben ſie wie der Hofſtaat eine Königin, ſelten nur ihr zugewandt, meiſt ſei es miteinander im Geſpräch, ſei es den Beſchauer anblickend. Trotz allem Bemühen vieler bedeutender Maler durch Zutat muſizierender Engel, durch Vertiefung und Vergeiſtigung des Ausdrucks der umgebenden Geſtalten dieſe Gemälde zu beleben, bleibt das Zeremonielle, Repräſentative dieſen Madonnen eigen. Man wird immer wieder an den Urſprung ſolcher Schöpfungen aus der Analogie irdiſcher, fürſtlicher Aufmachung erinnert, empfindet dieſen fürſtlichen Aufputz als unwahr, weil mit der bibliſchen Einfalt der Zimmermannsgattin aus Nazareth, mit der Kindlichkeit ihres Söhnchens, nicht im Einklang. Noch peinlicher wird die Empfindung, wenn das Kind altklug die Hand zum Segen erhebt und ein Zug wie von Blaſiertheit eines jungen Prinzchens über ihn kommt. Ja, eine Art Mitleid mit der ſteifen, zur Darſtellung zwangsmäßiger Würde verurteilten Gruppe von Mutter und Kind bemächtigt ſich des Beſchauers. Denn wenn auch eine irdiſch-menſchliche Annäherung zwiſchen beiden von natürlich empfindenden Künſtlern vielfach angeſtrebt wird, ſo verbietet doch das Äußere der Umgebung jenes Bild inniger Herzlichkeit, das nun einmal zu Thronſeſſel und Baldachin nicht paßt. Tritt nun gar noch, wie z. B. auf Raffaels Bild für die Nonnen von S. Antonio in Perugia, der kleine Johannesknabe hinzu, um dem einſamen Chriſtusknäbchen einen Spielgenoſſen zu ſchaffen, dann wird der auf hohem Sockel ſich erhebende Thron völlig läſtig, und man fürchtet unwillkürlich die gefährlichen Folgen einer Begrüßung oder gar gemeinſamen Spiels für das Gleichgewicht der Gruppe auf ſo hohem Gerüſt.

Was war da naheliegender, als die Madonna, doch einmal durch die irdiſche Umgebung ihrem himmliſchen Reiche ſo gründlich entrückt, nunmehr ganz von ihrem Thron herabſteigen zu laſſen und ſie mit ihrem Kinde und ſeinem Spielgenoſſen etwa auf eine grüne Wieſe zu verſetzen! Dieſen Schritt tat Raffael in ſeinen Florentiner Jugendtagen. Seine Madonnen im Grünen und ihre zahlreichen Verwandten, bis in die römiſche Zeit hinein, laſſen ſich ſo gern durch das kindliche Spiel der beiden Knaben in der Lektüre ihres Andachtsbuches unterbrechen, ſpielen ſelbſt mit, ergeben ſich der ſtillen Freude über das eben vom Schlaf erwachte Kind, drücken es herzend an ſich, freuen ſich ihres vollen hellen Mutterglücks. Aus dem zeremoniellen Andachtsbild, das auf brennende Altarkerzen, auf inbrünſtige Beter und Beterinnen herabſchaut, war in der fröhlichen heiteren Luft von Florenz ein Familienſtück, ein Genrebild, geworden. Mit der wirklich porträthaften Wiedergabe eines wenn auch veredelten Modells war dann der letzte Schritt getan: die himmliſche Jungfrau wandelte wieder völlig auf Erden, nicht in Bethlehem oder

Nazareth, ſondern auf den Frühlingswieſen und Hügeln des lachenden Arnotals.

Solche Schöpfungen waren natürlich zunächſt nicht für Kirchenaltäre beſtimmt. Aber manchen Hausaltar mochten ſie in ähnlicher Weiſe ſchmücken, wie früher die liebenswürdigen farbigen Reliefs der Robbia oder anderer Florentiner Bildner. Im Innern des Privathauſes mochten auch die Heiligen ſich leichter zu Hauſe fühlen. Aber nicht vergeſſen war die gewaltige Bewegung Savonarolas und ſeine ernſte Lehre. Auch Raffael erkannte und ehrte das Große in ihr und huldigte noch in Rom dem fanatiſchen Prediger in der Wüſte durch Einfügung ſeines Bildes in die Heiligen der Diſputa. Noch in ſeiner letzten Florentiner Zeit entſtanden für Kirchen beſtimmte Altarbilder von ihm, aufgebaut wie die früheren. Aber der neue Geiſt läßt ſich nicht mehr unterdrücken. Mochten manche die weltliche Art derſelben tadeln, mochte der Künſtler ſelbſt den Widerſpruch empfinden: überall ſchaut ſie doch hindurch. Die Zeit jener Zeremonienbilder war vorüber. Gerade das Immer-ſeltener-werden der Nachzügler zeigt das.

In Rom wurde Raffael Haus- und Hofmaler des Papſtes. Wie alle, die mit der Santa Bottega in Beziehung traten, wurde auch er ihren Zwecken dienſtbar und mußte das empfinden, empfinden natürlich, wie ein Raffael empfindet. Trotz aller Weltlichkeiten links und rechts war Julius II. doch ein großer Papſt. Seine hohe Auffaſſung von der Majeſtät des Papſttums, nicht der Perſon, ſondern der Einrichtung als ſolcher, mußte ſich jedem mitteilen, der unter dem unmittelbaren Bann ſeiner Perſönlichkeit ſtand. Die Madonnen im Grünen und andere mehr genrehaften Darſtellungen der heiligen Familie wurden ſeltener, traten zurück, wie die Florentiner Jugenderinnerungen und Jugendzeiten überhaupt. Das ſchmale, noch mädchenhafte zartkolorierte Madonnenideal ſeiner Florentiner Periode weicht dem vollen plaſtiſchen, kräftig getönten römiſchen Frauenbildnis, wie die Anmut der Florentiner Hügellandſchaft der großartigen weitumgrenzten Majeſtät der Campagna Roms. Die Mutter Chriſti erhebt ſich wieder vom Boden der blumigen Wieſe. Ein Seſſel nimmt ſie wieder auf, aber einer, wie auch Alltagsmenſchen ihn benutzen. Nicht mehr bloß ſich ſelbſt und ihrem Kinde lebt ſie, ſondern zur Freude und Andacht der Beſchauer iſt ſie geſchaffen, die, vor ſie tretend, ihr Herz mit der Empfindung füllen ſollen, in ihr und ihrem Kinde Urbilder ſchönſter Menſchlichkeit, wie nur Gott ſie ſchaffen kann, vor Augen zu haben, Urbilder aber, die nicht unnahbar ſtreng dem gequälten Menſchenherzen gegenüberſtehen, ſondern es vertrauensvoll ſich nahen laſſen, ihre göttliche Hilfe durch Blick und Gebärde ihm zuſichern. So tritt an Stelle der Madonnen im Grünen die Madonna della Sedia, an Stelle der Madonna Anſidei die Madonna in Madrid, welche dem vor ihr ſein Knie beugenden Tobias Heilung ſeines Vaters verheißt.

Unter den Mauern von Vatikan und St. Peter vollzog ſich dieſe Wandlung im Verhältnis des Künſtlers gegenüber dem Lieblingsgegenſtande ſeiner

Malerei. Es war ein völlig in der Richtung dieſer Bewegung liegender Schritt, wenn er ſich entſchloß, Mutter und Kind noch mehr über die irdiſche Sphäre emporzuheben, indem er dem Auge des Gläubigen den Zutritt zum Himmel ſelbſt öffnete. So zeigt uns die 1512 oder 1513 beendete Madonna di Foligno zum erſtenmal die Mutter mit dem Kinde in den Wolken, ſchützend ſchwebend über der Stadt Foligno und insbeſondere dem Hauſe des Stifters Sigismondo Conti, der im Vordergrunde inbrünſtig dankend kniet, während Hieronymus, Franziskus und Johannes in Erfüllung ihres Heiligenberufs jene Vermittlung zwiſchen Himmel und Erde tatſächlich übernehmen, die wir auf den früheren Andachtsbildern, den Sante Converſazioni, wo ſie zu beiden Seiten des Madonnenthrons ſich gruppieren, nur ſtillſchweigend vorausſetzen.

Noch einen Schritt weiter führt uns die Sixtiniſche Madonna. Die Erde iſt ganz verſchwunden, unter uns hinabgeſunken, ſo daß wir, ſelbſt gewiſſermaßen verſetzt in das wogende All des Wolkenmeeres, nicht mehr mit ſuchendem, ſehnendem Auge zum Himmel emporzuſchauen brauchen, ſondern unmittelbar in ihn hineinzublicken wähnen, uns ſelbſt in die erhabene Gottesnähe emporgerückt und daher auch innerlich gehoben erſcheinen. Das iſt das Viſionäre im Weſen der Sixtiniſchen Madonna, oft betont, aber nicht immer klar verſtanden. Nur wie eine Erinnerung an das Vorhandenſein, an die Nähe der Erde iſt im Vordergrunde eine einfache, nur als Leiſte behandelte Brüſtung ſichtbar. Auf ihr hat der Papſt — und damit komme ich auf die durch unſeren hiſtoriſchen Rückblick unterbrochene Beſchreibung zurück — ſeine dreifache Krone zurückgelaſſen. Ohne dieſelbe wäre er dem Beſchauer nicht als der heilige Papſt kenntlich geweſen, der Jungfrau und dem göttlichen Kinde gegenüber bedurfte es für ihn dieſes Kennzeichens nicht, die wußten von vornherein, wer er war. Entblößten Hauptes mußte auch der Papſt denen, die noch höher waren, als er, ſich nahen. Demutsvoll kniet er vor der Gottesmutter, erhebt ſeinen Blick zu ihr, offen, glaubensſtark, legt die Linke aufs Herz, zur Bezeugung der Inbrunſt ſeiner Empfindung, während die mit kühner, einzigartiger Bewegung ſeitwärts aus dem Bilde herausgeſtreckte Rechte, der ſprechende Zeigefinger, bekräftigen, daß er nicht für ſeine eigene Perſon die Segnung der Himmliſchen in Anſpruch nimmt, ſondern für die gläubige Gemeinde, zu deren Fürſprecher bei der göttlichen Mutter er von Amts wegen beſtellt iſt. Auch heiliggeſprochen, ſelbſt der großen himmliſchen Gemeinde angegliedert, vergißt er nicht der Verpflichtung gegenüber den Seinigen, die ſeine einſtmalige irdiſche Würde ihm auferlegt. „Selig ſind, die geiſtig arm ſind, denn das Himmelreich iſt ihrer" kann man auch von ihm ſagen. Eine gewiſſe Beſchränktheit in ſeinen Zügen verträgt ſich ganz gut mit der feſten Glaubenszuverſicht, die ſich in ihnen ſpiegelt: ein Gegenſatz, wie er wirkungsvoller nicht gedacht werden kann. Dies keineswegs ſchöne, etwas ſtruppige, aber durch den Ausdruck hingebender Zuverſicht verklärte Alltagsprofil des Papſtes, vom Licht getroffen eigentlich nur auf Glatze und Bart, und das ebenmäßige ernſte, aber noch von keinen Stürmen berührte Antlitz der Madonna, die himmliſch ruhige Schönheit des Kindes, deſſen von je einem Lichtblitz getroffene weitgeöffnete Augen feſten Willen und tiefes geiſtiges Leben verraten, das hinter der hochgewölbten Stirn dem Erwachen entgegenſchlummert: das iſt ein Gegenſatz von größter Macht und Wirkung. Die Gottesmutter hat ſich dem bittenden Papſt genähert, ſie wird durch ihn zu jener leichten Schwenkung, jenem Verzögern ihres Schrittes vielleicht veranlaßt. Dies Verhältnis genügt, um die Wechſelwirkung, welche in dieſem Augenblick zwiſchen ihr und dem Papſt obwaltet, zu erkennen. Kein Wink, kein Blick von ihrem Auge braucht noch anzudeuten, daß ſie die Bitte des Papſtes vernommen hat, daß ſie ſie erhören wird. Denn ihre tatſächliche Gegenwart in der Kirche von S. Siſto zu Piacenza, ihr Vortreten mit dem Kinde auf dem Arm, vorüber am knienden Papſt, beweiſt durch die Tat, daß ſeine Bitte, kaum ausgeſprochen, ſchon erhört iſt.

Dem Papſt gegenüber erſteigt auch die heilige Barbara, die zweite Heiligengeſtalt, welche Wohnrecht in S. Siſto hat, die Höhe des Wolkenpfades, den Maria beſchreitet. Sie ſteigt in die Wolken, wie in einer nachgiebigen Maſſe, wie man etwa durch vulkaniſche Aſche, durch ein Schneefeld emporſteigt. Ein ſchönes, ſehr glückliches Gegenbild zur Papſtfigur, deren Anweſenheit das Geſetz ſymmetriſcher Kompoſition gebieteriſch erforderte. Das eigentümlich kontraſtierende Bewegungsmotiv, die ſich abſichtsvoll kreuzenden Gewandzüge, auch die Farbenabſtimmung erinnern ſo ſtark an Lionardos Art, ſeine Geſtalten aufzubauen, daß jener Übergang von der umbriſchen Freude an reinlicher zeichneriſch und flächig empfundener Kompoſitionsweiſe zur Tiefenvorſtellung, den Raffaels Florentiner Jahre einleiten, in denen ſich in Porträts und Madonnenkompoſitionen der Einfluß des großen Neuerers Lionardo bei Raffael ſo vielfach greifen läßt, auch hier noch in ſeiner unmittelbaren Nachwirkung geſpürt wird. Auch koloriſtiſch ſtehen ſich die beiden Geſtalten ſehr wirkungsvoll gegenüber. Der Papſt iſt graubärtig, in weißem Untergewande, mit ſchwerem rotgefüttertem gelb gemaltem Goldmantel, Barbara trägt ein am Halſe ausgeſchnittenes graues Kleid mit orangefarbenen Puffärmeln, denen ein himmelblaues Mittelſtück eingeſetzt iſt; dazu ein grünes Manteltuch, das ſie, von ihrer rechten Schulter getragen, ſchräg herabfallend umſchließt, und ein leichtes durchſichtiges Schleiertuch, das ſie, von der Linken feſtgehalten, loſe umgibt. Ihr Haar, blond, wird von einem Diadem zuſammengehalten.

Gegenüber den leichteren lichten Farbentönen dieſer beiden Nebenfiguren hebt ſich Maria mit dem Kinde von dem goldigen Hintergrunde, der ſie umfließt, ſchwer und kräftig ab: koloriſtiſch ein vortrefflicher, feſt zuſammenhaltender Mittelpunkt. In ſatten dunklen Tönen iſt ihre Gewandung gehalten: blau der Mantel, hochkarminrot das Untergewand, über dem ein durchſichtiges, leicht gemuſtertes Bruſttuch liegt, während der vom Kopf niederfallende geblähte Schleier braun iſt. Der Goldton des Hintergrundes geht gegen den Rand zu über in ein reines Himmelblau, aus der klarer noch als aus der Goldſtrahlung die vielen lichten Engelköpfchen ſich abheben, welche, ein großes unzählbares Gefolge, das königliche Himmelskind und ſeine Mutter geleiten: nach ſchönem ſinnigem Volksglauben die auf Erden ungeboren oder totgeboren dahingegangenen Kinderchen, denen als Erſatz für ungenoſſenes Erdenglück die himmliſche Gnade verliehen wird, in der Nähe der Gottesmutter und ihres Kindchens zu weilen, ſie zu geleiten. Der tiefgrüne Vorhang endlich ſchließt mit kräftigem Ton einrahmend ab; daß er rechts etwas voller und faltenreicher herabhängt — ſelbſt die Tragſtange muß der ſtärkeren Belaſtung etwas mehr nachgeben —, iſt eine Folge jener leichten Abrückung der Madonna von der ſtrengen Mittellinie, dem Papſte zu, deren etwas aſymmetriſche Wirkung dadurch für das Auge wieder aufgehoben werden ſollte.

Doch kehren wir noch einen Augenblick zur Barbara zurück! Hinter ihr wird der Turm ſichtbar, ihr Wahr- und Kennzeichen, in dem ſie, eine Nikomediſche Märtyrerin, von ihrem Vater eingeſchloſſen, hatte verſchmachten müſſen. Dieſe ihre Verbindung mit dem Turm trug ihr bekanntlich die Ehre ein, die Schutzheilige der Artillerie zu werden. Sie will und verlangt nichts anderes, als der Himmelskönigin nahe zu ſein. Dieſe Nähe beſeligt ſie. Die linke Hand liegt auf der Bruſt, das Haupt iſt zur Seite gewendet, aber die Augen ſcheinen wie geſchloſſen; die niedergeſchlagenen Lider laſſen einen Zweifel aufkommen, ob die Augen wirklich geſchloſſen ſind, oder ob der Blick nur ſtark geſenkt iſt. In dieſem wahrſcheinlicheren Fall würden auch ihre Gedanken auf der Erde weilen, die ſie verlaſſen hat, in liebender Sorge derer gedenkend, welchen das beſeligende Glück ſolcher Gottesnähe noch nicht zuteil geworden iſt.

Eine ganz beſonders reizvolle Zutat ſind ſchließlich jene berühmten beiden Engelknaben, die von Barbaras Blick ebenfalls getroffen werden. Auch ſie haben ihren beſonderen Vorläufer in dem Engel, der im Vordergrunde der Madonna di Foligno auf der Erde ſteht und eine Tafel vor ſich hält. Losgelöſt von den himmliſchen Heerſchaaren, iſt er auf die Erde niedergeſtiegen und beſtätigt, indem er ſelber die Widmungstafel aufnimmt, daß das Gebet des Sigismondo Conti erhört werden wird. Zugleich ſchafft der Engel zwiſchen den Seitengruppen eine vortreffliche räumliche Ausfüllung des Vordergrundes und lenkt, indem er ſich unmittelbar an den Beſchauer des Bildes wendet, deſſen Auge wieder abwärts, nachdem ſein Blick durch die himmliſche Erſcheinung der Maria, durch die emporgerichteten Blicke und Gebärden Contis und der drei Heiligen intenſiv in die Höhe gezogen worden iſt. Erſt durch den Engel wird das Auge gewiſſermaßen zu einem Kreislauf veranlaßt und genötigt, ſchließlich das Bild in ſeiner Ganzheit zu erfaſſen. Und demſelben Zweck dienen die köſtlichen ſchalkhaften Engelsjungen der Sixtina. Auch ſie haben den großen himmliſchen Reigen für einen Augenblick verlaſſen, ſind den Schritten der Mutter Gottes, die auch ſie mitumflatterten, vorangeeilt und freuen ſich, an jener Brüſtung, an der der freie Himmelsraum aufhört, die Erde anfängt, für kurze Zeit ausruhen zu können. Ihre Flügelchen arbeiten noch, um das Gleichgewicht zu halten, da die Füße im leeren All keinen Stützpunkt finden. Der linke Flügel des Engels zur Linken iſt zwar unſichtbar geblieben, weil die Anordnung der beiden weſentlich und zweifellos ungünſtig hätte verändert werden müſſen, wenn er hätte zur Anſchauung gebracht werden ſollen. Denn ſchöner, reizvoller hätte die Anordnung nicht ſein können. Der jüngere reicht gerade über die Brüſtung, hat die beiden geſunden Kinderärmchen ſo recht behaglich übereinandergeſchlagen und ſein Kinn darauf geſtützt, während der ältere Bruder ſchon höher emporragt und wie ein ſchon verſtändiger Beobachter der himmliſchen Dinge ſein Kinn in die linke Hand ſchmiegt, den Ellbogen aufſtützt. Beider Augen ſind emporgerichtet und zwingen auch den Beſchauer, ihrem Blick zu folgen. Iſt die Madonna in der Höhe in ihrem Geſichtsfeld erſchienen, ſo werden auch ſie ihren Ruheplatz wieder zu verlaſſen, der Herrin ſich wieder anzuſchließen haben. Kein Wunder, daß Barbaras Augen — war ſie doch auch ein Weib, wenn auch keine Mutter — wohlgefällig zu ruhen ſcheinen auf dieſen beiden himmliſchen Prachtbuben. So ſchließt ſich der Kreislauf der optiſchen Vorſtellung in der anmutigſten und wohlabgerundetſten Weiſe.

Ich habe mich bemüht, den Aufbau, die Kompoſition des Bildes ſo klar zu machen, wie es mir möglich iſt. Denn nur eine Betrachtungsweiſe, welche ſich bemüht, alle formalen Motive nach ihrer künſtleriſchen und inhaltlichen Begründung zu verſtehen, die überall bei dieſer durch und durch gereiften Schöpfung nach dem Warum frägt, iſt fruchtbar und führt uns zum Verſtändnis deſſen, was an dieſem einzigartigen Werke neu und groß iſt. Nur durch eine ſolche Betrachtung können wir verſuchen, trotz des bedauernswerten Mangels aller Handzeichnungen und Vorſtudien dem Genius Raffaels einigermaßen gerecht zu werden. Auch Lionardo hat auf das Kunſtvollſte komponiert, aber wir merken die Kunſt, die Mühe, das Zurechtgearbeitete, im Florentiner Epiphaniasbilde ſo gut wie in der Pariſer und Londoner Madonna in der Grotte und im Abendmahl. Raffaels harmoniſcher Geiſt hat es verſtanden, uns den Einblick in den Schweiß der Arbeit zu erſparen. Uns nur den reinen Genuß an der formvollendeten fertigen Schöpfung zu gewähren, war ſein hohes Streben:

Schlank und leicht wie aus dem Nichts entſprungen
Steht das Bild vor dem entzückten Blick.

Das hat er tatſächlich erreicht. Verteilung der Figuren und ihr Aufbau, ihre Bewegung, ihr Ausdruck — alles erſcheint ſo ſelbſtverſtändlich, als könnte es gar nicht anders ſein. Harmonie und Rhythmus ſind ſo vollendet, daß wir an eine intuitive Fähigkeit glauben möchten, die ihm innegewohnt habe, ſtets, beim erſten Anbeginn der Arbeit, das Richtige mühelos zu finden. Und vielleicht bei keinem Raffaeliſchen Gemälde möchten wir mehr geneigt ſein, uns dieſer bequemen aber grundverkehrten Meinung hinzugeben, als bei der Madonna della Sedia und der Sixtiniſchen Madonna, jenen beiden Gemälden, die eine Sprache reden, welche noch heute jeder Gebildete verſteht, ohne Unterſchied der Nation oder Konfeſſion, wohl noch auf lange hinaus verſtehen wird, trotz aller durch den Weltkrieg heraufbeſchworenen Geiſtesverwirrung, Gemälde, für die daher das ſo viel gemißbrauchte Wort „klaſſiſch“, wenn er „gemeingültig“ beſagen ſoll, wirklich einmal anwendbar iſt.

Ich komme noch einmal zurück auf die ganz beſonders weihevolle Hingabe an ſeinen hohen Gegenſtand, die wir dem Künſtler gerade bei dieſem Bilde in hervorragendem Grade glauben nachempfinden zu können. Es muß etwas Beſonderes, Perſönliches geweſen ſein, was in jenen ſo überbeſchäftigten Jahren dem Pinſel Raffaels einen ſo hohen eigenartigen Schwung verliehen hat. Gewiß waren es nicht die ihm fernſtehenden ſchwarzen Mönche von Piacenza, gewiß nicht Rückſicht auf die ihm unbekannte Stadt und Kirche. Weder der wahre Dichter noch der wahre Künſtler dichtet oder malt für andere, für die Welt. Das Beſte, was er denkt und tut, tut er um ſeiner ſelbſt willen, weil ihn der Geiſt treibt, er nicht anders kann, weil er Vorſtellungen und Gedankenkreiſe in eine feſte Form bringen muß, um die Seele zu befreien von der Unruhe, welche ſie ihr auferlegen.

Wer war das Modell der Sixtina, wer war das Weib, das der große Raffael für würdig hielt, zu einer ſolchen Himmelskönigin und Gottesmutter erhoben zu werden? Und eine war es. Es war keine „certa idea“, von der Raffael einmal ſpielend ſchreibt an den Grafen Caſtiglione, als dieſer ihm wegen ſeiner Galatea Komplimente gemacht hatte und Raffael die Frage nach dem Modell abſchnitt mit der Bemerkung, ſo ſchöne Weiber ſeien rar, und fände man keine, ſo müſſe man eben ein Phantaſiebild malen. Das Urbild der Sixtina war kein Phantaſiebild! Es atmete und lebte, Raffael nahe, ihm lieb und ergeben. Zum hohen Lohn für ihre Treue erhob er ſie in den Himmel, verklärte ſie, wie nur ein dankbarer Künſtler verklären kann, legte ihr, die ſelbſt kein Kind hatte wiegen dürfen, ein Kind in dem Arm von anderer höherer Art, wie andere Kinder. Das beſcheidene römiſche Mädchen, es wurde unter Raffaels Hand „der Mütter Urbild, Königin der Frauen“. Woher wiſſen wir das alles? Woher kennen wir Raffaels Herzensgeheimniſſe? Es wäre vielleicht unberechtigte indiskrete Neugier, jenem Urbild nachzuforſchen, hätte nicht Raffael ſelbſt uns dazu gewiſſermaßen aufgefordert durch mehrfache Wiederholung derſelben ſchönen, ruhig lieblichen Züge. Zunächſt ſei der Magdalena gedacht, der ſchönen, den Beſchauer mit ihren großen Augen gerade anblickenden Geſtalt rechts auf dem Bologneſer Cäcilienbilde, das um 1515 zur Aufſtellung gelangte und ebenfalls auf Leinwand gemalt iſt. Schärfer, härter umriſſen, irdiſcher, möchte ich ſagen, ſind auf jenem Gemälde noch die Züge der Geliebten, als in der Madonna di San Siſto. Die Magdalena iſt ein ſchönes, aber menſchliches Modell in Heiligenmaske, die Sixtina iſt eine Madonna, welche, um menſchlichem Auge verſtändlich zu werden, von menſchlich ſchöner Geſtalt die äußere Form, die Züge entnehmen mußte. Aber wir brauchen uns gar nicht ſo zwiſchen Himmel und Erde zu bewegen. Wir beſitzen im Palazzo Pitti das köſtliche Originalporträt jenes Mädchens in Geſtalt der ſogenannten Donna velata, auf Leinwand gemalt. Längſt vermutete man, das Bild ſei von Raffael und ſtellte das Urbild der Sixtina, vielleicht Raffaels Geliebte, dar. Aber wir wiſſen es nun auch, ſchon ſeit geraumer Zeit. Als Raffael ſein frühes Ende herannahen ſpürte, übergab er die Sorge um das geliebte Mädchen, welches ihm die letzten ſechs bis ſieben Lebensjahre durch ſeine ſtets treue hingebende Gegenwart verſchönt hatte, ſeinem Schüler Baviera, „jenes Mädchen,“ ſo ſagt Vaſari, „welches Raffael liebte bis zu ſeinem Tode. Und von dieſem Mädchen fertigte er ein ſehr ſchönes Porträt, welches das Leben ſelbſt erſchien. Dies Gemälde iſt jetzt (d. h. um 1550) in Florenz bei Matteo Botti, einem Florentiner Kaufmann“. Soweit Vaſari. In den Händen der Bottiſchen Erben wurde das Bild mehrfach geſehen, erwähnt, geprieſen, bis zum Jahre 1619, wo es durch Teſtament des letzten Botti an Großherzog Coſimo II. von Toskana überging. Das iſt die Donna velata des Palazzo Pitti. Ein in der Tat anmutvolles ſchönes Frauenbild, deſſen dunkle Glühaugen und dunkles Haar zur blaſſen Farbe des Antlitzes einen echt ſüdlichen Gegenſatz bilden, der noch gehoben wird durch die lichte Farbe des Seidenkleides und den hellen Schleier über dem Haupt. Dieſe Augen durften auf denen eines Raffael ruhen. Und wie ſie auf ihm ruhten, ihn mit ihrer vollen ſtillen hingebenden Liebe gefangen hielten, ſo wollte er, daß ihre Augen noch ruhen ſollten auf ſpäten Geſchlechtern. „So wie die Sixtiniſche Madonna vor ſich hinblickt, ſo mag das arme römiſche Mädchen dreingeſchaut haben, als der göttliche, allbewunderte Raffael ihr ſeine erſte Huldigung darbrachte“ (Thauſing). Keiner der Späteren, die ihre Madonnen in den himmliſchen Sphären wandeln ließen und damit Raffaels Bahnen folgten, ich erinnere vor allen an Murillo, hat jenen wunderbaren Zauber wirklicher ungemachter Natur, jene Einfachheit des Sinnes und Innerlichkeit des Empfindens zu erreichen vermocht, die uns aus den über das Wunder ihrer eigenen Erſcheinung, ihrer Mutterſchaft eines ſolchen Kindes erſtaunten Augen der Mutter entgegenſpricht, oder jenen Ausdruck großen Zielen noch unbewußt Entgegengehens in den willensſtarken Augen des göttlichen Kindes auch nur annähernd ähnlich darzuſtellen verſtanden.

Selbſt Schopenhauers Peſſimismus findet ſich zurecht mit dieſem einzigartigen Bilde, mit dieſen Augen:

„Sie trägt zur Welt ihn und er ſchaut entſetzt
In ihrer Greuel chaotiſche Verwirrung,
In ihres Tobens wilde Raſerei,
In ihres Treibens nie geheilte Torheit,
In ihrer Qualen nie geſtillten Schmerz —
Entſetzt! Doch ſtrahlet Ruh' und Zuverſicht
Und Siegesglanz ſein Aug', verkündigend
Schon der Erlöſung ewige Gewißheit.“

Briefe von Friedr. Engels an Mutter und Geſchwiſter

Mitgeteilt von

Guſtav Mayer

Vorbemerkung

Am 28. November begeht die Welt ſeiner Verehrer den hundertſten Geburtstag des Mannes, der gemeinſam mit Karl Marx der ſozialdemokratiſchen Bewegung nicht nur Deutſchlands Richtung und Ziel geſetzt hat. Man weiß, daß Engels einer alteingeſeſſenen, von pietiſtiſcher Tradition erfüllten, begüterten, durchaus bürgerlich geſinnten Fabrikantenfamilie entſtammte. Sie mußte die revolutionäre Wirkſamkeit ihres begabteſten Sproſſes mit gemiſchten Gefühlen anſehen. Als dann gar der jugendliche Redakteur der rebelliſchen „Neuen Rheiniſchen Zeitung“ im Mai 1849 die ſchwarz-rot-goldene Erhebung des heimatlichen Wuppertals zu einer roten ſteigern wollte, da geriet er mit ſeinem ſtramm konſervativ geſinnten Vater in einen ſchweren Konflikt, der ſpäter zwar äußerlich beigelegt, aber vom Sohne niemals völlig überwunden worden iſt. Inniger blieb wie von Anfang an ſo auch in der Folge das Verhältnis des ſo aus der Art geſchlagenen jungen Mannes zur Mutter und zu den zahlreichen jüngeren Geſchwiſtern, denn er war der Älteſte. Die urſprüngliche Wärme dieſer Beziehungen haben die politiſchen Meinungsverſchiedenheiten, die beſtehen blieben, nicht gemindert. Das bezeugen Engels' Briefe an ſeine Angehörigen, mit deren Veröffentlichung hier begonnen wird. Sie ſind mir von den Kindern und Enkeln der Adreſſaten mit dankenswerter Bereitwilligkeit zur Verfügung geſtellt worden. Der früheſte Brief, der zum Abdruck kommen wird, entſtammt dem Jahre 1838, der ſpäteſte dem Jahre 1895, dem Todesjahre des Schreibers. Sie umfaſſen alſo Engels ganze Lebenszeit und können ſo vollgültiges Zeugnis dafür ablegen, wie echtes Familiengefühl, das ſich zur Toleranz durchringt, die tiefſten weltanſchaulichen und politiſchen Gegenſätze nicht überwinden, aber doch überbrücken kann.

Die erſten zwölf Briefe, die die Publikation eröffnen, ſchrieb Friedrich Engels während ſeiner kaufmänniſchen Lehrjahre in Bremen und ſeines militäriſchen Dienſtjahres in Berlin ſeiner älteſten Schweſter Marie, die ſeinem Herzen beſonders naheſtand. Schon bricht aus dem ſo unbekümmerten liebenswürdigen Geplauder des Jünglings an einigen Stellen das Feuer des erwachenden Kämpfers hervor. Den biographiſchen Hintergrund, von dem dieſe Briefe an die Schweſter ſich abheben, hat der Herausgeber in dem vor kurzem bei Julius Springer in Berlin erſchienenen erſten Band ſeiner ausführlichen Engelsbiographie gezeichnet. Ebendort erſchien eine Sammlung unbekannter Briefe und Schriften aus Engels' Frühzeit, mit denen die hier mitgeteilten Briefe in einem engen Zuſammenhang ſtehen.

Marie Engels (1824—1901) heiratete 1845 einen Landsmann Karl Emil Blank, den Friedrich Engels zeitweiſe als einen Geſinnungsgenoſſen angeſehen zu haben ſcheint. Kurz vor ihrer Hochzeit war Friedrich, weil er ſich öffentlich kommuniſtiſch betätigt hatte, der Boden der Heimat, den er von nun ab nur noch vorübergehend betreten hat, zum erſtenmal zu heiß geworden. Er hatte ſich damals (vgl. die Biographie Kap. VIII bis X) nach Brüſſel begeben, wo er von nun an mit Marx an der Geſtaltung und Herausarbeitung der von dieſem konzipierten neuen Geſchichtsauffaſſung und ihrer auf dieſe ſich gründenden gemeinſamen ſozialen und politiſchen Zielſetzung arbeitete. Der Brief vom 31. Mai 1845, der dieſen erſten Abſchnitt unſerer Publikation abſchließt, erging kurz nachdem Engels in Belgien eingetroffen war.

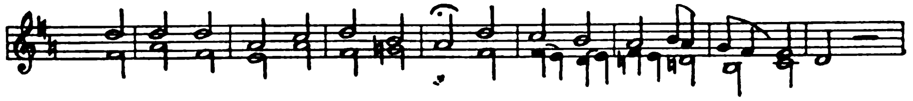
Briefe von Friedrich Engels an ſeine Schweſter Marie

[Bremen. Ohne Datum] wohl Weihnachten 1838.

Liebe Marie!

Nun Du machſt auch was rechts her mit Deinem Krankſein, alle Augenblicke liegſt Du Spinte im Bett, das mußt Du Dir abgewöhnen. Daß Du mir nur ja wieder auf biſt, wenn Du dieſen Brief kriegſt, hörſt Du? Für die ſchöne Zigarrenbüchſe danke ich Dir und kann Dir verſichern, daß ſie den kompletteſten Beifall ſowohl in Wahl des Muſters als auch in der Ausführung bei dem ſtrengſten aller Rezenſenten, d. h. G. W. Feiſtkorn Maler gefunden hat. Die Marie Tr.[eviranus] hatte mir auch eine geſtickt, ſie hat ſie aber wieder zurückgenommen, und die geht jetzt nach Münſter am Stein bei Kreuznach zum Herrn Paſtor Heſſel, dem Marie auch eine verſprochen hatte. Sie macht mir ein Zigarrenkörbchen dafür. Die Frau Paſtorin hat mir einen Geldbeutel gehäkelt. Auch Leupolds Jungen haben eine Flinte für Zündhütchen bekommen, auch Säbel, und der Alte nennt ſie nicht anders als: Du Kriegsknecht! Du Kaſchube! Was das für ein Rätſel iſt mit dem Teich, begreife ich nicht, aber ich will Dir eins aufgeben, weißt Du, was ein Ledſchiak iſt? (Ich weiß es ſelbſt nicht, es iſt ein Schimpfwort, welches der Alte ſehr oft gebraucht.) Das iſt die Auflöſung, wenn Du es nicht raten kannſt, ſo halte es gegen den Spiegel, da kannſt Du es leſen. Eben höre ich, daß die Familie Leupold durch ein kleines Mädchen einen Zuwachs bekommen hat. —

Ich will Dir doch auch erzählen, daß ich jetzt am Komponieren bin, und zwar mache ich Choräle. Es iſt aber entſetzlich ſchwer, der Takt und die Kreuzer und die Akkorde machen einem ſehr viel zu ſchaffen. Bis jetzt habe ich es noch nicht weit gebracht, aber ich will Dir doch eine Probe herſetzen. Es ſind die beiden erſten Zeilen von: Ein' feſte Burg iſt unſer Gott.



Weiter hab' ich's noch nicht bringen können als zweiſtimmig, vierſtimmig iſt noch zu ſchwer. Ich hoffe, ich werde keinen Schreibfehler gemacht haben, und ſo probier' Du einmal, das Ding zu ſpielen.

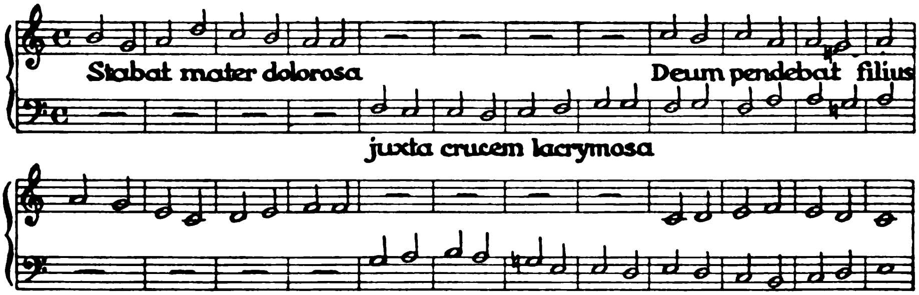
Adieu, liebe Marie, Dein Bruder Friedrich.

*

d. 7. Jan. 39.

Liebe Marie!

Hoffentlich haſt Du den Zahn jetzt ausgezogen oder haſt es gar nicht nötig. — Das Rätſel von dem Teich iſt ſehr ſchön, Du mußt es aber aus dem Kopfe löſen können. Hör' einmal, das Komponieren iſt eine ſchwere Sache, da muß man auf ſo vielerlei acht geben, auf Harmonie der Akkorde und richtige Fortſchreitung, das macht viel Mühe, ich will aber mal ſehen, ob ich Dir nächſtens nicht wieder was ſchicke. Ich bin jetzt dran, einen andern Choral zu komponieren, da wechſelt in der Singſtimme Baß und Sopran ab. Paß mal auf.



Die Begleitung fehlt noch, wahrſcheinlich werde ich auch noch Einzelnes verändern. Daß das meiſte, ausgenommen die vierte Zeile, aus dem Geſangbuch geſtohlen iſt, iſt klar. Der Text iſt das bekannte lateiniſche Stabat mater dolorosa juxta crucem lacrymosa Deum pendebat filius.

Heute mittag hat der Herr Paſtor ein Schwein geſchlachtet, im Waſchhaus, die Frau Paſtorin wollte zuerſt von dem Schnack nichts wiſſen, er aber ſagte, er wollte es ihr ſchenken, und da mußte ſie es wohl nehmen. Es hat auch gar nicht geſchrien. Als es tot war, kam die ganze weibliche Familie herein. Die alte Großmama aber ließ ſich das Blutrühren gar nicht nehmen, das ſah ganz komiſch aus; morgen werden die Würſte gemacht, das iſt auch recht ihr Leben.

Du ſagſt, Du hätteſt einen Affen geſehen, und das ſeiſt Du geweſen; weißt Du wohl, daß auf der Oblate, mit der Du Dein Briefchen zugemacht hatteſt, ſtand:

Je dis la vérité?

Auch ein Spiegel iſt drauf abgemalt.

Sage der Mutter, ſie ſollte nicht mehr ſchreiben: Treviranus, ſie kann den Herrn Paſtor auch ganz von der Adreſſe laſſen, der Briefträger weiß doch, wo ich wohne, da ich alle Tage die Briefe an der Poſt hole; auch kommt er ſonſt wohl in Verſuchung, ſie mir nicht ans Kontor zu bringen, ſondern nach Treviranus, und da bekomme ich ſie erſt ein paar Stunden ſpäter, wenn ich nach Hauſe gehe.

Der Strücker hat mir geſchrieben, der Hermann[1]) hätte den Sonntag vor Neujahr allerlei aufgeführt, einen Kellner uſw., er ſoll mir doch was davon ſchreiben. — Der Strücker lobte ſeine Gewandtheit dabei ſehr, er hätte den Kellner ſo ſchön gemacht, als wäre er drei Jahre in einem Wirtshaus geweſen. Er iſt wohl ſtark am Wachſen?

Die Mutter ſoll das Komponierte dem Schornſtein[2]) nicht zeigen, ſonſt ſagt er wieder: Nu hört allens uf. Ich erfahre doch alles, was paſſiert; nächſtens wenn ich wieder in Barmen bin, will ich bremiſcher Konſul werden wie der Alte.

A Dios mi hermana

Dein Friedrich.

*

Br., 23. Mai 1839.

Liebe Marie!

Ich reite Dir jetzt alle Sonntage mit R. Roth[3]) in die weite Welt, vorigen Montag waren wir in Vegeſack und Blumenthal, und wie wir eben die berühmte Bremer Schweiz beſehen wollten (das iſt ein ganz kleiner Strich Land mit kleinen Sandhügeln), kam ein ganz ungeheurer Heerrauch wie eine Wolke heran, und in fünf Minuten war es faſt ganz dunkel, daß wir die ſogenannte ſchöne Ausſicht gar nicht genießen konnten. — Aber am zweiten Pfingſten, dann iſt hier ein Leben! All das Volk geht heraus, in Bremen iſt es totenſtill, aber vor den Toren Zug an Zug, Wagen, Reiter und Fußgänger, und ein Staub, das iſt was Entſetzliches. Denn die Chauſſeen liegen alle voll Sand, wohl eine halbe Elle hoch, und der geht natürlich all' in die Höhe. Eben kommt ein Makler herein, der heißt Jan Krußbecker, den will ich Dir malen. [Hier folgt eine Federzeichnung des Maklers.]

So ſieht er präzis aus, hat Augen wie Raketen, ein immer ganz wehmütiglächelndes Air — Adieu.

Dein Bruder
Friedrich..

*

Br.[emen], 28. Sept. 1839.

Liebe Marie!

Es war hoch an der Zeit, daß Ew. Gnaden mir einmal ſchrieben, es hat lang genug gedauert, Mamſell! Doch ich will Dir Deine ſchweren Verbrechen vergeben, und Dir was erzählen. Morgen werden es 14 Tage, da ritten wir nach Delmenhorſt. Dieſes iſt ein oldenburgiſches Landſtädtchen mit einem Tiergarten, der ſo heißt, weil die Bremer und Oldenburger immer hineingehen, und als wir dageweſen waren, ritten wir wieder um — und kamen nach Hauſe, denkſt Du? Jawohl, aber nach manchen Abenteuern. Erſt ſaß ich den halben Weg im Cabriolet, und als wir an die Stelle kamen, wo ich mein Pferd wiederhaben ſollte, waren die Ritter noch nicht da, und wir mußten einkehren, ſchlechtes Bier trinken und ſchlechte Zigarren rauchen. Endlich kamen die Ritter an, da war es 8 Uhr und ſtockdunkel. Als ich mein Pferd gefunden hatte, ritten wir weiter, bezahlten Torſperre und ritten durch die Neuſtadt. Da kamen acht Trommelſchläger, die den Zapfenſtreich ſchlugen, um die Ecke in einer Reihe gerade auf uns los geſchwenkt, und die Pferde ſprangen kreuz und quer durcheinander, die Tambours ſchlugen immer ſtärker, die edelmütige Bremer Straßenjugend ſchrie, ſo daß wir bald voneinander kamen. R. Roth und ich fanden uns am erſten wieder zuſammen und ritten fort, zum andern Ende der Stadt heraus, wo wir wieder Sperre bezahlen mußten; denn der Pferdephiliſter wohnt vor dem Tor. Bei dieſem trafen wir die andern an, denen die Pferde durchgegangen waren; wir marſchierten nun nach Hauſe, und mußten zum drittenmal Torſperre bezahlen. Iſt das nicht eine intereſſante Geſchichte? Das wirſt Du nicht leugnen können, am wenigſten, wenn Du erfährſt, daß ich darauf, nachdem es zum Zuhauſeeſſen zu ſpät war, in die Union ging, Beafſteak mit Eiern aß, und ein ſehr unterhaltendes Geſpräch anhörte, welches in meiner Nähe geführt wurde, und von jungen Hunden und toten Katzen handelte. Indeed, very interesting! very amusing! Ich bin jetzt nämlich in der Union, welche dasſelbe iſt, was in Barmen die Concordia oder Verbeſſerungsanſtalt bedeutet. Das Beſte, was da iſt, ſind die vielen Zeitungen, holländiſche, engliſche, amerikaniſche, franzöſiſche, deutſche, türkiſche und japaniſche. Bei der Gelegenheit hab' ich Türkiſch und Japaniſch gelernt und verſtehe ſomit 25 Sprachen. Dieſes iſt wieder höchſt intereſſant zu wiſſen für eine junge Dame, welche nach Mannheim in Penſion will. Auch war der Jacob Schmitt hier, er wird nächſte Woche wiederkommen und mit mir in den Weinkeller gehen. Dieſer iſt unleugbar das beſte Inſtitut in Bremen. Auch haben wir wieder ein Theater, ich bin aber noch nicht dageweſen.

---

[1]) Hermann Engels.

[2]) Muſikdirektor in Barmen.

[3]) Richard Roth aus Barmen war ebenfalls in Bremen kaufmänniſch tätig.

Farewell, my dear, yours for ever!

Friedrich.

*

[Bremen] 4. Aug. 1840.

Liebe Marie!

Ich muß Dir nur gleich ſagen, daß ich mir für die Zukunft alle guten Lehren aus Deiner Feder verbitte. Du mußt ja nicht glauben, mein teuerſtes Gänschen, daß Du jetzt in der Penſion ſchon einmal probieren könnteſt, weiſe zu ſein, und außerdem kann ich, wenn ich Luſt haben ſollte, vom Paſtor eine Unmaſſe Bücher voll guter Lehren kriegen. Das Bier auf unſrem Comptoir bleibt doch ſtehen, bis es ausgetrunken wird, und ſeit Du dagegen räſoniert haſt, hat ſich unſer Bierkommers nur noch vervollkommnet, denn wir haben erſtens Braunbier und zweitens Weißbier. Das kommt dabei heraus, wenn ſich die naſeweiſen Penſionsfräulein[1]) in die Sache ihrer Herren Brüder miſchen.

Ich werde alſo meine Briefe nicht frankieren. Die Adreſſe mache bloß Herrn F. E. in Bremen, das iſt genug, den Pfaffen laß mir aber von der Adreſſe weg. Neulich am 27. bis 30. Juli haben wir die Julirevolution gefeiert, die vor zehn Jahren in Paris losging; wir waren einen Abend im Ratskeller und die andern auf Richard Roth ſeiner Kneipe. Der Kerl iſt noch immer nicht wieder da. Da haben wir den ſchönſten Laubenheimer von der Welt getrunken und Zigarren geraucht — wenn Du die geſehen hätteſt, hätteſt Du bloß um ihretwillen das Rauchen gelernt. Meine Zigarrentaſche iſt noch immer nicht wieder da. Auch iſt ein Bekannter von mir wiedergekommen, der in Pinſelfanien und Kaltermoria geweſen iſt, und den Miſter Sippy (ſoll heißen Pennſylvanien, Baltimore und Miſſiſſippi) geſehen hat. Dieſer Kerl iſt ein Solinger, und die Solinger ſind die unglücklichſten Menſchen von der Welt, denn ſie können ihr Solinger Deutſch nicht los werden. Der Bengel ſagt noch immer: im Sohmer is es ſehr ſchön Wätter, und für Karoline ſagt er fortwährend Kalinah.

Es iſt betrübt, ich habe faſt keinen Groten mehr in der Taſche und eine Maſſe Schulden, ſowohl eigne als Zigarrengeſchäftsſchulden. Da plagt mich der, von dem ich zuletzt Katharinenpflaumen für Euch kaufte, die ich noch nicht bezahlt habe, da iſt der Buchbinder noch nicht bezahlt, da ſind die drei Monate, nach denen ich die gekauften Zigarren bezahlen muß, längſt verſtrichen und der Strücker ſchickt keine Wechſel, und der Paſtor iſt verreiſt und kann mir kein Geld geben. Morgen kommt er aber wieder und dann ſteck' ich ſechs Louisdor in den Goldbeutel, und wenn ich in einem Caféhaus für drei Grote ein Stück Kuchen gegeſſen habe, ſo werf' ich eine doppelte Piſtole auf die Zahlbank: „Können Sie wechſeln?“ Und dann heißt's „leider Gottes nein“, dann ſuch' ich in allen Taſchen die drei Grote zuſammen und geh' ſtolz auf meine doppelten Piſtolen zur Türe hinaus. Wenn ich dann wieder auf dem Comptoir bin, ſchmeiß' ich dem rotlockigen Jüngſten eine Piſtole aufs Pult: „Deckhiem, ſehen Sie, ob Sie kein Kleingeld kriegen können,“ und dann iſt der Kerl äußerſt glücklich, denn er hat dann Veranlaſſung, eine Stunde vom Comptoir zu bleiben und herumzuſchwänzen, welches unſchuldige Vergnügen er ſehr liebt, denn das kleine Geld iſt hier ſehr rar, und wer fünf Taler Kleingeld in der Taſche hat, iſt ungeheuer zufrieden. —

Neulich fiel hier ein koſtbarer Witz vor. In der Zeitung wurde eine Köchin geſucht. So kommt ein robuſtes Mädel ins Verlagsbureau und ſagt: „Hört ſe mol, do hebb ick in der Zeitung leſen, dat ſe 'ne Kökſche ſökt.“ — „Jawol,“ ſagt der Kommis, „wat mot de wol können?“ fragt die Dirne. „Jo, de mot

---

[1]) Die Schweſter war mittlerweile nach Mannheim in Penſion gekommen.

Kloveer ſpeelen un danzen un franzöſch, un ſingen, un neien un ſticken — dat mot ſe all können." „Donnerſlag," ſagt die Dirne, „dat kann eck nit." Wie ſie aber das ganze Comptoir lachen ſieht, fragt ſie: „Se wet (wollen) mek wol tom beſten hebben? Donnerſlag, ick lote mi nich mokeeren!" Und damit ſpringt ſie auf den Kommis los und will ihn abprügeln; ſie wurde natürlich gelinde vor die Tür geſetzt. Neulich hat der Alte einen Fuhrmann zur Türe herausgeworfen. Der Kerl hatte preußiſches Gold zu fordern und wollte die Louisdor zu $5\,^{5}/_{12}$ Taler nicht annehmen. Da ſchalten wir uns mit ihm herum, als der Alte kam. „Was iſt das hier für eine Wirtſchaft, ſoll doch das Donnerwetter dreinſchlagen," und packte den Kerl bei der Bruſt und warf ihn in die Goſſe. Darauf kam der Fuhrmann ruhig wieder und ſagte: „So wer et nich meent (gemeint), jetz will eck de Lujedor voll nehmen." [Der Schluß des Briefes fehlt.]

*

Br.[emen], 20. Aug. 40.

Meine ſehr teure Sœur!

Ich habe ſoeben Deinen Brief bekommen und da ich eben nichts zu tun habe, will ich Dir einige Zeilen ſudeln. Unſer Comptoir hat eine weſentliche Verbeſſerung erhalten. Es war nämlich bisher immer ſehr langweilig, nach dem Eſſen gleich ans Pult zu ſtürzen, wenn man noch ſo ſchauderhaft faul iſt, und da haben wir, um dieſem Übelſtande abzuhelfen, auf dem Packhausſoller zwei ſehr ſchöne Hängematten errichtet, in welchem wir uns nach Tiſche, eine Zigarre rauchend, ſchaukeln, und zuweilen auch einen kleinen Duſel halten. Ich bin überzeugt, Du wirſt dieſe Einrichtung ſehr zweckmäßig finden. Vom Roth habe ich heute morgen auch einen Brief erhalten, er kommt nächſten Sonntag nach einer Abweſenheit von vier Monaten wieder. Damit Du es weißt: 1700 Mark Banko ſind zu 137 Prozent 776 Taler 24 Grote Louisdor. Ich hab' es eben doppelt gerechnet, es iſt ganz richtig. — Hierbei ein Kupfer. [Hier folgen zwei Karikaturen.] Ein alter Weinkenner, der ſauren Wein zu trinken kriegt. Der daneben iſt der Handlungsreiſende, von dem er den ſauren Wein gekauft hat. Auch will ich Dir hermalen, wie ſich die jungen Herren hier friſieren. [Hier folgen zwei Köpfe, Profil und en face.] Die Kerls ſehen aus wie die Kälber.

Verdammt! Als ich dies geſchrieben hatte, ging ich nach Hauſe und aß, und als ich wiederkam, ſteckte ich mir eine Zigarre an, um mich in die Hängematte zu legen. Sie brach aber gleich unter mir zuſammen, und als ich ging, neue Nägel einzuſchlagen, rief mich der infame Derkhiem; und jetzt kann ich aus dem Comptoir nicht wieder loskommen.

Gottlob! Ich habe meine Mittagsruhe doch gehalten! Ich ſtahl mich aus dem Copmtoir und nahm Zigarren und Streichhölzchen mit und beſtellte Bier; dann ſchob ich auf den oberſten Packhausſoller und legte mich in die Hängematte und ſchaukelte mich äußerſt ſanft. Sodann ging ich auf den mittelſten Packhausboden und packte zwei Kiſten Platillas ein, wobei ich eine Zigarre und eine Flaſche Bier verzehrte und ſtark ſchwitzte. Denn es iſt heute ſo warm, daß ich trotz eines kaum losgewordenen Schnupfens wieder in die Weſer will. Neulich badete ich und ließ einen Kerl hinter mir herrudern, da ſchwamm ich in einem Zuge viermal über die Weſer, was mir ſo leicht keiner in Bremen nachtun wird.

Verdammt! Aus zwei Gründen, erſtens regnet's und zweitens will mein liebenswürdiger junger Prinzipal das Comptoir gar nicht verlaſſen und ſo muß ich meine Zigarre wieder ausgehen laſſen. Aber ich will ihn ſchon wegjagen. Weißt Du, wie ich das mache? Ich geh' in die Küche und rufe ganz laut: Kriſtine, en Proppentrecker! Dann mache ich eine Flaſche Bier auf und ſchenke mir ein Glas ein. Wenn er dann nur für einen halben Groten Ehre im Leibe hat, ſo muß er ſich ſchieben, denn das heißt ſo viel als: Pack dich, Don Guillermo!

Alſo Du ſprichſt jetzt ſo famos engliſch? Na wart', wenn Du wieder nach Hauſe kommſt, ſo lehre ich Dir Däniſch oder Spaniſch, daß Du mit mir in einer Sprache ſprechen kannſt, die die andern nicht verſtehen. Danske Sprag fagre Sprag, y el Español es Lengua muy hermosa. Oder willſt Du lieber Portugieſiſch? O portugues, he huma lingua muito graçosa, e os Portuguezes saõ nação muito respeitavel. Da Du jetzt aber noch nicht ſo weit biſt, will ich Dich damit verſchonen. [Hier zeichnet er ſich in einer Hängematte liegend.] Hier iſt zu ſehen meine Hängematte, enthaltend mich ſelbſt, wie ich eine Zigarre rauche.

Soeben höre ich, daß wieder 500 Kiſten Zucker, alſo 250 000 Pfund verkauft ſind; damit kann manche Taſſe Kaffee ſüß gemacht werden! Wer weiß, ob Du nicht den Zucker in Deiner Taſſe aus derſelben Kiſte kriegſt, aus der ich habe Probe ziehen müſſen! Aber Euer Zucker am Rhein kommt all von Holland, wo er aus Lumpen gemacht wird, keine Kattun-Lumpen, ſondern Lumpenzucker.

Nächſtens iſt in Falkenburg, drei Stunden von hier, großes Manöver, wo die Bremer, Hamburger, Lübecker und Oldenburger Truppen, zuſammen ein ganzes Regiment ſtark, ihre Kunſtſtücke machen. Es ſind rührende Trupfen, drei davon haben zuſammen nicht ſo viel Schnurrbart wie ich, wenn ich mich drei Tage nicht hab' ſcheren laſſen, an ihren Röcken kann man jeden Faden zählen, und Säbel haben ſie nicht, ſondern Speckääle. Ein Speckaal iſt nämlich ein geräucherter Aal, aber bei den Soldaten iſt es die Lederſcheide für das Bajonett, die ſie ſtatt des Säbels tragen. Dieſe Unglücklichen riskieren nämlich, einer dem andern beim Marſchieren das Bajonett durch die Fratze zu jagen, wenn ſie es an der Flinte haben, darum ſind ſie ſo vernünftig, es auf dem Rücken zu tragen. Es ſind jammervolle Patrone, Kaſchuben und Ledſchaken.

Mir iſt, weiß Gott, der Stoff all' aufgegangen,
Ich weiß nicht, was noch mehr zu ſchreiben wäre,
Doch will ich dieſe Seite noch, auf Ehre,

Vollſchreiben, zög' ich's auch herbei mit Zangen.
Und da kann man in Verſen wenig ſagen,
Und wenig Stoff ſo recht ins Breite ſchlagen,
So ſchließ' ich dieſen Brief mit ſchlechten Reimen;
Doch fürcht' ich, daß ſich Pegaſus wird bäumen,
Und mich gewaltſam werfen auf den Sand.
Die Sonne ſinkt, rings dunkel wird das Land,
Und nur im Weſten dringt durch Wolkenſchleier
Des Abendrotes heiß entflammter Brand.
Es iſt ein ernſt und ein geheiligt' Feuer,
Das auf dem Grabe eines Tages glüht,
Der manches uns gebracht, was lieb und teuer.
Jetzt ſtarb er hin und ihren Mantel zieht
Die dunkle Nacht mit hellen Sternenblicken
Leis über unſer irdiſches Gebiet.
Und alles ſtill; in ihre Neſter drücken
Die Vögel ſich und ins Gebüſch die Tiere,
Und ausgetanzt auch haben ſchon die Mücken.
Verſchloſſen iſt des Lebens heitre Türe,
Wie einſt noch an dem dritten Schöpfungstage,
Wo nur der Baum geſchaffen, daß er ziere
Die Erde, und noch nicht im grünen Hage
Die Tiere weideten — ſo iſt es wieder,
Nur in den Zweigen rauſcht des Windes Sage;
Das iſt der Geiſt des Herrn, gewalt'ge Lieder
Brauſt er hernieder im gewalt'gen Schwunge,
Und Wolken ſcheucht hinfort des Sturms Gefieder.
Und ewig weht er ſo, der ewig junge,
Mir aber geht zum Reimen aus die Lunge.

Punktum. Wenn Du's verſtehſt, ſo biſt Du gebildet und kannſt ein Wort mitſprechen. Adios Dein **Friedrich**.

Der Roth iſt vorgeſtern wieder angeſtiegen.

*

[Bremen] den 18. Sept. 1840.

Meine Allerwerteſte!

Augenblicklich iſt der Äquinoktialſturm los auf eine furchtbare Weiſe; in unſrem Hauſe iſt dieſe Nacht ein Fenſter eingeweht worden, und die Bäume krachen ganz gotteserbärmlich. Morgen und übermorgen werden was Nachrichten von geſcheiterten Schiffen einlaufen. Der Alte ſteht am Fenſter und macht ein kraus Geſicht, denn vorgeſtern iſt ein Schiff in See gegangen, worin er für 3000 Taler Leinen hat und die ſind nicht verſichert. Du ſchreibſt ja nichts über den Brief an Ida, den ich meinem vorigen Brief beilegte, oder ſollte ich vergeſſen haben, ihn hineinzutun? — Ich bleibe jetzt wirklich bis Oſtern hier, welches mir aus diverſen Gründen äußerſt gepfiffen iſt. Alſo die Ida iſt nun weg, das wird Dir ſehr fatal ſein.

Wir haben hier auch ein tüchtiges Lager, das beinahe 3000 Mann ſtark iſt. Oldenburger, Bremer, Lübecker und Hamburger Trupfen. Neulich war ich da, es war ein enormer Witz. Gleich vorn im Zelt (da hat ein Kneipeninhaber ein großes Eßzelt gebaut) ſaß ein Franzoſe, der war ganz knüll und konnte nicht mehr auf den Beinen ſtehen. Die Kellner hingen ihm einen großen Kranz um und nun fing er an zu brüllen: Bekrenſt mit Laup ten libehn vollehn Beker. Nachher ſchleppten ſie ihn auf die Totenkammer, d. h. den Heuboden, da blieb er liegen und ſchlief. Als er wieder nüchtern war, lieh er von einem andern ein Pferd, ſetzte ſich drauf und galoppierte in einem fort am Lager auf und ab. Er war immer nah dran, aufs angenehmſte herunterzufallen. Wir haben dort äußerſt viel Jokus genoſſen und beſonders ſchönen Wein. Vorigen Sonntag ritt ich nach Vegeſack, bei welcher Tour ich das Vergnügen hatte, viermal durch naß geregnet zu werden, und ich hatte doch ſo viel innere Glut in mir, daß ich immer gleich wieder trocken werde. Ich hatte aber auch ein abſcheuliches Roß, das furchtbar hart trabte, ſo daß das infame Schmeißen einem durch Mark und Bein ging. — Soeben werden wieder ſechs Flaſchen Bier für uns angeſchleppt, welche ſogleich in den Entzündungsprozeß — ich dachte an Zigarren — es muß heißen in den Ausleerungsprozeß übergehen ſollen. — Eine Flaſche hab' ich ſchon beinahe verzehrt und einen Brand dabei verraucht, ſogleich geht unſer Don Guillermo, der junge Prinzipal, nochmals weg und dann wird von neuem angefangen.

den 19. Sept. 1840.

Ihr habt doch ein langweiligeres Leben als wir. Geſtern nachmittag waren keine Arbeiten mehr zu tun und der Alte war weg und Wilhelm L.[1] ließ ſich auch ſelten ſehen. So ſteckt' ich mir eine Zigarre an, ſchrieb erſt das Vorſtehende an Dich, ſodann nahm ich Lenaus Fauſt aus dem Pulte und las darin. Nachher trank ich noch eine Flaſche Bier und ging um ½8 zum Roth; wir ſchoben in die Union, ich las Raumers Geſchichte der Hohenſtaufen und aß dann ein Beafſteak und Gurkenſalat. Um ½11 ging ich nach Hauſe, las Diez' Grammatik der romaniſchen Sprachen, bis ich ſchläfrig wurde. Dazu iſt morgen wieder Sonntag und am Mittwoch Bremiſcher Buß- und Bettag, und ſo kramt man ſich allmählich bis in den Winter hinein. Dieſen Winter werd' ich mit Eberlein Tanzſtunde nehmen, um meine ſteifen Beine an ein wenig Grazie zu gewöhnen. — [Hier folgt wieder eine größere Zeichnung.] Hier haſt Du eine Szene von der Schlachte, d. h. der Straße, die an der einen Seite die Weſer hat, und wo die Waren ausgeladen werden. Der Kerl mit der Peitſche iſt der Fuhrmann, der die Kaffeeſäcke, die dahinter liegen, eben wegfahren will. Der Kerl mit dem Sack rechts iſt der Schlachtkaper, der ſie auſladet. Neben ihm ein Küper, der eben eine Probe gezogen hat und noch in der Hand hält, und daneben der Kahnſchiffer, aus deſſen Kahn die Säcke geladen wurden. Du wirſt nicht leugnen können, daß dieſe Geſtalten ſehr intereſſant ſind. Wenn der Fuhrmann fährt, ſo ſetzt er ſich ohne Sattel, Bügel und Sporen aufs Pferd und hackt ihm die Ferſen fortwährend in die Rippen, ſo: [Hier folgt eine Zeichnung].

---

[1] Leupoldt, der junge Chef, den Engels eben Don Guillermo nannte.

Jetzt regnet es wieder ganz ungebührlich für einen Sonnabend abend, es ſollte eigentlich nur in der Woche regnen, aber von Sonnabend mittag an ſchönes Wetter ſein. Weißt Du, was ſuperfein mittelgut ordinärer Domingokaffee iſt? Das iſt wieder einer von den tiefen Begriffen, die in der Philoſophie des Kaufmannsſtandes vorkommen, und die Eure Geiſteskräfte nicht verſtehen können. Superfein mittelgut ordinärer Domingokaffee iſt Kaffee von der Inſel Hayti, der einen leiſen Anflug von grüner Farbe hat, im übrigen grau iſt, und wo man zu zehn guten Bohnen vier ſchlechte Bohnen, ſechs Steinchen und ein viertel Lot Dreck, Staub uſw. in den Kauf bekommt. Jetzt haſt Du's wohl begriffen. Davon koſtet das Pfund jetzt $9\,^{1}/_{2}$ Groten, das ſind 4 Silbergroſchen $8\,^{123}/_{127}$ Pfennige. Solche Handelsgeheimniſſe dürfte ich eigentlich nicht verraten, da man nicht aus der Schule ſchwatzen ſoll. Aber weil Du es biſt, ſo will ich eine Ausnahme machen. — Eben ſagt unſer Arbeitsmann: Herr Derkhiem, wann Se ſek met de Jungens gemein mokt, ſo met Se ſek en beten mehr en Reſpekt hohlen, ſons krigt Se dat Volk ganz unner de Föte, Heinrich dat es en ſlimmen Jung, do hebb' ick manch 'en Tuck met har'd, Se met nich ſo veel domet ſpeelen, Se möt ſe gliks wat achter de Ohren geven, anners helpt nich, un wann ſe no'n Ohlen geht, de dait de Jungens ok nix, de ſegt man blot: Laßt mir den Kerl vom Halſe. Da kannſt Du Dich ein wenig in unſrem Plattdeutſch üben. Im übrigen bin ich Dein ganz ergebenſter

Friedrich.

*

[Bremen, 29. Oktober 40.]

Liebe Marie!

Schreib' mir nächſtens nicht wieder über Barmen, die Mutter läßt die Briefe immer ſo lange liegen, bis ſie ſelbſt ſchreibt, und das dauert oft ſehr lange. Aber was ich Dir ſchreiben wollte, Du darfſt's aber nicht nach Hauſe ſchreiben, denn ich will ſie nächſtes Frühjahr damit überraſchen, ich trage jetzt einen ungeheuren Schnurrbart, und werde mir nächſtens einen Henriquatre und Ziegenbart zulegen. Die Mutter wird ſich wundern, wenn auf einmal ſo ein langer ſchwarzbärtiger Kerl über die Bleiche kommt. Nächſtes Jahr, wenn ich nach Italien gehe, muß ich doch auch wie ein Italiener ausſehen. [Hier folgt der Namenszug von kindlicher Handſchrift: Sophie Leupold.] Dies hat die kleine Sophie Leupold geſchrieben, die mich eben auf dem Comptoir beſuchte, während der Alte und Eberlein, der hier im Hauſe ißt, bei einem großen Mittageſſen ſind. Oh, ich könnte Dir intereſſante Dinge erzählen von dieſem Mittageſſen, von noch nicht öffentlichen Verlobungen und verſtohlnen Küſſen, aber das iſt nichts für ein Mädchen in Penſion. Das erfährſt Du noch früh genug, wenn wir wieder zu Hauſe ſind. Dann ſetz' ich mich in den Garten, und Du bringſt mir einen großen Krug Bier und Butterbrot mit Wurſt heraus und dann ſag' ich: Sieh, meine liebe Schweſter, weil Du mir jetzt das Bier herausgebracht haſt, und weil es ſo ein ſchöner Sommerabend iſt, ſo will ich Dir auch erzählen von dem großen Mittageſſen, was anno 1840 am 29. des Monats Oktober in Bremen, Martini Numero elf im Königlich ſächſiſchen Konſulat gefeiert wurde. Jetzt aber kann ich Dir nur ſo viel ſagen, daß an Madeira, Portwein, Pouillak, Haut Sauternes und Rheinwein heut mittag ganz ungeheure Quantitäten werden vertrunken werden. Denn obwohl nur fünf Herren da ſind, ſo trinken ſie alle doch ſehr gut, faſt ſo gut wie ich. — Augenblicklich haben wir Freimarkt, und wenn ich auch nicht die Ehre habe, Ihrer königlichen Hoheit einer Großherzogin und vielen allerdurchlauchtigſten Prinzeſſinnen vorgeſtellt zu werden, ſo haben wir doch auch Spaß. Ich bin glücklicherweiſe ſo kurzſichtig, daß ich gar nicht weiß, wie die paar hohen, höchſten und allerhöchſten Perſonen, die die Ehre gehabt haben, an mir vorbeizufahren, ausſehen. Wenn Dir nächſtens wieder ſo eine Allergnädigſte vorgeſtellt wird, ſo ſchreib mir doch, ob ſie hübſch iſt, ſonſt intereſſieren mich ſolche Perſönlichkeiten gar nicht. Unſer edler Ratskeller iſt jetzt ſo ſchön eingerichtet, wie er nur ſein kann, man ſitzt ſo recht ſchön zwiſchen den Fäſſern. Vorigen Sonntag hatten wir einen Schnurrbartkommers drin. Ich habe nämlich ein Zirkulär ausgehen laſſen an alle ſchnurrbartsfähigen jungen Leute, daß es endlich Zeit wäre, all die Philiſter zu perhorreſzieren und daß das nicht beſſer geſchehen könnte, als daß wir Schnurrbärte trügen. Wer alſo Courage genug hätte, der Philiſterei zu trotzen und einen Schnurrbart zu tragen, der ſollte ſich unterſchreiben. Gleich hatt' ich ein Dutzend Schnurrbärte zuſammen, und nun wurde der 25. Oktober, als an welchem Tage unſre Schnurrbärte einen Monat alt wurden, zu einem gemeinſchaftlichen Schnurrbartsjubiläum angeſetzt. Ich dachte mir aber wohl, wie es kommen würde, kaufte ein wenig Schnurrbartwichſe und nahm ſie mit hin; da fand ſich denn, daß der eine zwar einen ſehr ſchönen, aber leider ganz weißen Bart hatte, der andre aber von ſeinem Prinzipal die Weiſung bekommen hatte, das verbrecheriſche Ding wegzuhacken. Genug, heut abend mußten wir wenigſtens welche haben und wer keinen hatte, mußte ſich einen malen. Dann ſtand ich auf und brachte folgende Geſundheit aus:

Einen Schnurrbart trugen jederzeit
Alle tapfern Männer weit und breit,
Und die fürs Vaterland ſchwangen das Schwert,
Trugen alle ſchwarz und braune Schnurrbärt'.
Drum ſollen in dieſen kriegeriſchen Tagen
Wir all' einen ſtolzen Schnurrbart tragen.

Die Philiſter freilich haben's nicht gelitten
Und ſich die Schnurrbärte weggeſchnitten,
Wir aber ſind keine Philiſter nicht,
Drum laſſen wir wachſen den Schnurrbart dicht,
Hoch lebe jeder gute Chriſt,
Der mit einem Schnurrbart behaftet iſt,
Und alle Philiſter pereant,
Die die Schnurrbärt haben verpönt und verbannt.

Auf dieſe Knüttelverſe wurde mit großem Enthuſiasmus angeſtoßen und dann trat ein andrer auf. Dieſem wollte ſein Prinzipal keinen Hausſchlüſſel geben, und ſo mußte er um 10 Uhr zu Hauſe ſein, ſonſt wurde das Haus zugeſchloſſen und ſie ließen ihn nicht mehr ein. Es geht hier manchem armen Teufel ſo. Dieſer ſagte:

Pereant alle
Prinzipale,
Die nicht hergeben den Hausſchlüſſel!
Haare und Fliegen mögen ſie finden
Beim Abendeſſen in der Schüſſel,
Und ſich ſchlaflos im Bette winden!

Darauf wurde wieder angeſtoßen. So ging's fort bis um 10 Uhr, da mußten die Hausſchlüſſelloſen nach Hauſe, wir Glücklichen aber, die wir Hausſchlüſſel haben, blieben ſitzen und aßen Auſtern. Ich hab' acht Stück gegeſſen, mehr aber konnt' ich nicht, ich kann bis jetzt das Zeug nicht goutieren.

Da Du ſo gern Rechnungen haſt und mich ſogar dafür mit dem gelben Kuvertorden belohnen willſt, ſo will ich die Gnade haben, Dich mit der Bemerkung zu regaliſieren, daß Kurant jetzt 106½% ſteht, während es vor einem Jahre 114 ſtand. Die Louisdors fallen ſo, daß derjenige, der hier in Bremen eine Million Taler vor einem Jahre hatte, jetzt nur noch 900000, alſo 100000 Taler weniger hat. Iſt das nicht enorm?

Du ſchreibſt mir noch immer nichts von dem Wiſch für Ida, haſt Du ihn gekriegt und abgegeben oder nicht? Es wäre mir fatal, wenn ich ihn nicht abgeſchickt hätte und er hier liegen geblieben und dem Alten in die Hände gekommen wäre. Schreib' mir alſo und zwar den langen ſechsſeitigen Brief, den Du mir verſprochen haſt, ich werde mich zu revanchieren [Hier bricht der Brief ab]. (Schluß folgt)

Das Donaurecht und ſeine geſchichtliche Entwicklung

Von

Dr. Zettel-Ettenach (Wien)

In den „Gedanken und Erinnerungen“ bemerkt Bismarck an einer Stelle, die Klauſel rebus sic stantibus ſei bei Staatsverträgen, die Leiſtungen bedingen, ſtillſchweigend angenommen. Bismarck hatte dabei zunächſt Bündnisverträge im Auge, allein ſeine Bemerkung trifft in erhöhtem Maße bei Friedensverträgen zu. Sie ſind doch nur der Ausdruck, das Bild der augenblicklichen Machtverhältniſſe: ändern ſich dieſe, ſo verlieren auch die Beſtimmungen der Friedensverträge ihre Kraft als Richtſchnur und Geſetz. Die Ereigniſſe des letzten Jahrzehnts legen dafür Zeugnis ab.

Die Wandelbarkeit zwiſchenſtaatlicher Vereinbarungen ſpiegelt ſich auch wider in der Geſchichte des Donaurechtes. Zwei Grundſätze liegen hier ſeit jeher im Kampfe miteinander: das Prinzip der Internationaliſierung und das der Nationaliſierung, der vollkommenen Freiheit und Gleichſtellung aller Nationen oder der bevorzugten Stellung der Uferſtaaten. Bald vermochte das eine, bald das andere Prinzip die Oberhand zu gewinnen.

Als Quelle des Grundſatzes der freien Schiffahrt aller Völker auf internationalen Flüſſen wird in der Regel eine Verfügung aus der Zeit der Franzöſiſchen Revolution angeſehen. Allein das Dekret des Conseil exécutif vom 16. November 1792 bezeichnet es bloß als eine Ungerechtigkeit, wenn eine Nation für ſich allein das Recht in Anſpruch nimmt, eine Waſſerſtraße zu benützen und benachbarte Völker, die am *Oberlaufe* ſitzen, davon auszuſchließen. Das Dekret hatte alſo nur die Uferſtaaten im Auge. Es bezog ſich ferner zunächſt auf die Schelde, deren Unterlauf in holländiſchem Beſitze ſich befand. Auch war es kein bloßer Zufall, daß wenige Tage nach Erlaſſung dieſes Dekretes eine franzöſiſche Armee unter Dumouriez in Belgien einmarſchierte. Es dürften alſo wohl auch egoiſtiſche Beweggründe im Spiele geweſen ſein. Der Grundſatz der freien Schiffahrt auf internationalen Flüſſen tauchte dann wieder auf beim Raſtatter Kongreß und im Frieden von Lüneville, er fand ſeinen Platz im erſten Pariſer Frieden von 1814, um ſchließlich auf dem Wiener Kongreſſe in einer Faſſung ſanktioniert zu werden, die bis auf den heutigen Tag maßgebend blieb: Auf Flüſſen, die mehrere Staaten trennen oder durchfließen, heißt es im Artikel 108, ſoll die Schiffahrt von dem Punkte der Schiffbarkeit an bis zur Mündung völlig frei ſein, und *in bezug auf den Handel* niemand davon ausgeſchloſſen werden können. Noch während des Kongreſſes erfolgte der Abſchluß eines Separatabkommens über die Schiffahrt auf dem Rhein, dem Neckar, dem Main, der Moſel, Maas und Schelde, das ſich auf dieſes Prinzip ſtützte. Von der Donau war nicht die Rede. Das hatte darin ſeinen Grund, daß die Türkei, die damals noch über einen großen Teil des Unterlaufes und Mündungsgebietes der Donau herrſchte, auf dem Wiener Kongreß nicht vertreten und überhaupt in die europäiſche Völkergemeinſchaft noch nicht aufgenommen war. Wohl aber ſchloß Öſterreich im Jahre 1840 mit Rußland eine Vereinbarung ab, wonach die öſterreichiſchen Handelsſchiffe wie die jeder anderen Nation, die das Recht hat, das Schwarze Meer zu befahren und *mit Rußland im Frieden lebt*, in die Donaumündungen frei einfahren können. Rußland verpflichtete ſich ferner, die Mündungen — hauptſächlich die Sulinamündung — in ſchiffbarem Zuſtande zu erhalten. Aus derſelben Zeit ſtammt ferner ein Abkommen mit Bayern über die Donauſchiffahrt (1851), wonach zur Schiffahrt aus einem der kontrahierenden Staaten in den anderen *nur ihre eigenen Untertanen* berechtigt ſein ſollten. Öſterreich verpflichtete ſich zugleich, bei Rußland dahin zu wirken, daß den Schiffen und Waren, die von der oberen Donau kommen, dieſelben Begünſtigungen eingeräumt werden, welche öſterreichiſche Schiffe und Waren genießen. Tatſächlich kam auch bald darauf eine Vereinbarung zwiſchen Rußland und Bayern zuſtande, die die gleiche Verpflichtung hinſichtlich der Schiffbarerhaltung der Donau enthielt wie der Vertrag mit Öſterreich.

Allein Rußland kam allen dieſen wiederholt eingegangenen Verbindlichkeiten nur in höchſt ungenügendem Maße nach. Es hatte ja auch kein Intereſſe daran, die Ausfuhr von Bodenprodukten aus den Häfen der unteren Donauländer zu fördern, die eine gefährliche Konkurrenz für Odeſſa bildete. Solange die Mündungen der Donau türkiſch waren, ſo erklärte um dieſe Zeit Lord Palmerſton, ſei der Waſſerſtand an der Barre auf einer Tiefe von 16 Fuß erhalten worden. Seither ſei er durch die Nachläſſigkeit der ruſſiſchen Behörden auf 11 Fuß geſunken und die fahrbare Rinne ſei durch Sandbänke und verſenkte Fahrzeuge derart verengt, daß man ſie nur bei ruhigem Wetter und mit einem geſchickten Lotſen paſſieren könne.

Der für Rußland ungünſtige Ausgang des Krimkrieges bot die Gelegenheit, dieſem Übelſtande ein Ende zu bereiten. Der Pariſer Frieden von 1856 verdrängte nicht nur Rußland vom Mündungsgebiete der Donau, er ſchuf auch ein internationales Verwaltungsorgan, das für die Bezeichnung und Ausführung jener Arbeiten zu ſorgen hatte, die nötig waren, um die Donau von Iſaktſcha bis zu den Mündungen von den die Paſſage hemmenden Hinderniſſen zu befreien. Es war dies die Europäiſche Donaukommiſſion. Der Pariſer Kongreß beſchloß ferner die Anwendung der Grundſätze des Wiener Kongreſſes auf die Donau und erklärte die betreffenden Beſtimmungen als einen Teil des europäiſchen öffentlichen Rechtes, die unter der Garantie der Signatarmächte ſtehen ſollen. In der Kommiſſion ſollten nur die kontrahierenden Staaten vertreten ſein: Öſterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen (ſpäter das Deutſche Reich), Rußland, Sardinien (ſpäter Italien) und die Türkei. Die Europäiſche Donaukommiſſion hat während der Zeit ihres Beſtandes höchſt Verdienſtvolles für die Donauſchiffahrt geleiſtet, nicht bloß in techniſcher

Beziehung durch gründliche Ausbaggerung — die in und vor den Mündungen angeſammelten Sandmaſſen beliefen ſich auf Millionen Kubikmeter —, durch Herſtellung von Dämmen, Schaffung von Kanälen zur Abkürzung des Weges, ſondern auch durch Ausarbeitung muſtergültiger Entwürfe für die nötigen Schiffahrts- und Polizeireglements. Der Wirkungskreis der Europäiſchen Kommiſſion wurde auf dem Berliner Kongreſſe bis Galatz und durch den Londoner Vertrag von 1883 bis Braila ausgedehnt, ihr Mandat, das urſprünglich ſich auf zwei Jahre beſchränken ſollte, vorerſt bis 1871, dann bis 1883 und zuletzt bis 1904 erſtreckt, von welchem Jahre an die Vollmachten der Kommiſſion von drei zu drei Jahren automatiſch weiter in Kraft bleiben ſollten. Auf dem Berliner Kongreſſe wurde überdies, und zwar auf Antrag Öſterreich-Ungarns, die Aufnahme Rumäniens in die Reihe jener Staaten beſchloſſen, welche in der Europäiſchen Donaukommiſſion vertreten ſein ſollten.

Neben der Europäiſchen Donaukommiſſion hat der Pariſer Vertrag von 1856 eine zweite Verwaltungsbehörde für die Donau geſchaffen: die Uferſtaatenkommiſſion. Sie ſollte nach Beendigung der Arbeiten der Europäiſchen Kommiſſion an deren Stelle treten und aus Repräſentanten von Öſterreich, Bayern, der Türkei, Württembergs und der drei Donaufürſtentümer Serbien, Moldau und Walachei beſtehen. Ihre Aufgabe ſollte ſein die Ausarbeitung der Schiffahrts- und Strompolizeivorſchriften, die Beſeitigung der Schiffahrtshinderniſſe, die Ausführung der nötigen Arbeiten und die Sorge für die Aufrechthaltung der Schiffbarkeit der Mündungen und der angrenzenden Teile des Meeres. Schon im folgenden Jahre arbeitete dieſe Kommiſſion den Entwurf einer Donauakte aus, der am 7. November 1857 in Wien unterzeichnet wurde, aber nicht die Billigung der Signatarmächte fand, weil danach der Verkehr von einem Donauhafen zum anderen ausſchließlich den Uferſtaaten vorbehalten war. Deſſenungeachtet wurde die Donauakte von den Uferſtaaten ratifiziert und amtlich kundgemacht. Mit der Ausarbeitung dieſes Entwurfes war die Tätigkeit der Uferſtaatenkommiſſion erſchöpft; die ihr zugedachten Arbeiten übernahm die Europäiſche Kommiſſion. Nach Artikel 55 des Londoner Vertrages von 1883 ſollte jedoch eine aus den Mitgliedern der Europäiſchen Kommiſſion und aus Vertretern der Uferſtaaten beſtehende gemiſchte Kommiſſion die Reglements für die Schiffahrt, Flußpolizei und Aufſicht auf der Strecke vom Eiſernen Tor bis Galatz ausarbeiten. Allein auch der von dieſer erweiterten Kommiſſion erſtellte Entwurf ſtieß auf Schwierigkeiten. Rumänien proteſtierte mit großer Entſchiedenheit gegen die Öſterreich-Ungarn darin zugedachte privilegierte Stellung, und änderte ſeine Haltung auch nicht, nachdem der franzöſiſche Vertreter Barrère eine den rumäniſchen Wünſchen Rechnung tragende Abänderung vorgeſchlagen hatte. In dieſer veränderten Form ſollte nun das Reglement der Londoner Botſchafterkonferenz vorgelegt werden. Es entſpann ſich nun über die Frage, ob Rumänien dieſer Konferenz bloß als Zuhörer beizuziehen ſei oder sur le même pied wie die übrigen Mächte, eine langwierige diplomatiſche Korreſpondenz, und ſie bildete überdies den Gegenſtand einer lebhaften wiſſenſchaftlichen Polemik, an der ſich vor allem hervorragende deutſche Gelehrte beteiligten. Allein die Mächte ſchloſſen ſich der Auffaſſung Deutſchlands an, daß die Londoner Konferenzen nur die Fortſetzung des Berliner Kongreſſes ſeien und deshalb nur die dort vertreten geweſenen Mächte daran teilzunehmen hätten. So wurde denn am 10. März 1883 in London ein Vertrag unterzeichnet, der u. a. die Genehmigung des von der gemiſchten Kommiſſion ausgearbeiteten Reglements für die Strecke Eiſernes Tor—Braila ausſprach. Der Londoner Vertrag wurde von den Signatarmächten ratifiziert, allein Rumänien erklärte ſofort, daß es ſich dadurch nicht für gebunden erachte. Infolgedeſſen hat das Abkommen, inſoweit es ſich auf die Strecke Eiſernes Tor—Braila bezog, niemals praktiſche Geltung erlangt. So herrſchen denn auf dieſer Strecke keinerlei völkerrechtlich geregelte Verhältniſſe. Dagegen ſetzte die Europäiſche Donaukommiſſion ſelbſt nach Ausbruch des Weltkrieges zunächſt ihre Tätigkeit fort, indem ſie ſich auf die ihr in den Verträgen zugeſicherte Neutralität berief. Erſt nachdem auch Rumänien in den Krieg eingetreten war, ſtellte ſie ihre Arbeiten ein. Dazu kam, daß inzwiſchen die Donau ſelbſt zum Schauplatze kriegeriſcher Operationen geworden war.

Die militäriſche Niederlage Rumäniens bot den Mittelmächten die Gelegenheit, das Königreich auch in der Donaufrage zu weitgehenden Zugeſtändniſſen zu vermögen. Im Bukareſter Friedensvertrage verpflichtete ſich Rumänien, mit Deutſchland, Öſterreich-Ungarn und der Türkei eine neue Donauſchiffahrtsakte abzuſchließen, und zwar auf folgender Grundlage: Für die Strecke von Braila abwärts ſollte die Europäiſche Donaukommiſſion unter dem Namen Donaumündungskommiſſion als dauernde Einrichtung mit allen bisherigen Befugniſſen aufrechterhalten werden; ſie ſollte aber nur aus Vertretern jener Staaten beſtehen, die an der Donau oder an der Küſte des Schwarzen Meeres gelegen ſind. Eine Vertretung Frankreichs, Englands und Italiens ſollte alſo ausgeſchloſſen ſein. Die Wirkſamkeit der Kommiſſion hätte ſich ferner auf alle Arme und Mündungen des Stromes erſtrecken ſollen, demnach auch auf die im Londoner Vertrage Rußland, bzw. dieſer Macht und Rumänien vorbehaltenen Strecken. Die im Berliner Vertrage Öſterreich-Ungarn für die Regulierungsarbeiten am Eiſernen Tor eingeräumten Rechte ſollten künftighin auf die ganze Strecke von O-Moldova bis Turn-Severin ausgedehnt werden. Abgeſehen von dieſen für Rumänien beſonders drückenden Beſtimmungen enthielt der Bukareſter Frieden noch eine Klauſel, welche in weitgehendem Maße jene Grundſätze verleugnete, die bisher für den Verkehr auf der Donau in Geltung geſtanden waren. Sie war wohl durch die Erfahrungen diktiert, welche Öſterreich-Ungarn während des bisherigen Verlaufes des Krieges gemacht hatte. Nach Artikel 26 ſollten nämlich Deutſchland, Öſterreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei und Rumänien (alſo weder Rußland noch Serbien, die man von der Donau abzudrängen dachte) das

Recht haben, auf der Donau Kriegsſchiffe zu halten. Dieſe ſollten ſtromabwärts bis zum Meere, ſtromaufwärts bis zur Grenze des eigenen Staatsgebietes fahren dürfen, an einem fremden Hafen aber nur mit Zuſtimmung des betreffenden Staates anlegen. Das Zugeſtändnis hatte alſo für die am Oberlaufe gelegenen Staaten einen größeren praktiſchen Wert als für die am Unterlaufe gelegenen.

Die Beſtimmungen des Bukareſter Friedens ſollten nicht in Kraft treten. Das Kriegsglück wendete ſich, und die Mittelmächte mußten auf die errungenen Vorteile verzichten. Sofort nach Unterzeichnung des Waffenſtillſtandes übernahm eine interalliierte Donaukommiſſion, welche dem Oberſten Wirtſchaftsrate in Paris unterſtellt war, und in der der engliſche Admiral Troubridge den Vorſitz führte, proviſoriſch die Verwaltung des Donaudienſtes. Daß man England die Führung überließ, erſcheint begreiflich, wenn man berückſichtigt, welches Intereſſe England an der Donau ſeit jeher zeigte, und das aus einer Statiſtik des Verkehrs klar hervorgeht. Es paſſierten im letzten Friedensjahre 1913 die Sulinamündung 278 engliſche, 158 öſterreichiſch-ungariſche, 118 italieniſche, 112 griechiſche und 66 ruſſiſche Schiffe.

Seither ſind die Verträge von Verſailles, Saint-Germain und Trianon in Kraft getreten. Sie enthalten die Grundzüge einer künftigen Ordnung des Donaurechtes. Der erſte Artikel des der Donau gewidmeten Abſchnittes (Artikel 291 des Vertrages von Saint-Germain) erklärt die Donau von Ulm abwärts als international, ebenſo alle ſchiffbaren Teile ihres Flußgebietes, die mehr als einem Staate als Zugang zum Meere dienen (eine neue Formel), ſchließlich den Rhein-Donau-Kanal. Im folgenden Artikel wird die Behandlung der Waren und Flaggen aller Nationen auf dem Fuße vollkommener Gleichheit feſtgeſetzt. Daran ſchließt ſich eine Beſtimmung, die dem Prinzipe der Gleichberechtigung, für das England in früheren Zeiten ſo warm eingetreten war, direkt ins Geſicht ſchlägt: Öſterreichiſchen Schiffen iſt die Beförderung von Reiſenden und Gütern zwiſchen den Häfen einer alliierten oder aſſoziierten Macht nur mit deren beſonderer Erlaubnis geſtattet. Einen Bruch mit dem bisher ſtets hochgehaltenen Grundſatze der Einheit und Gleichheit der Schiffahrtsgebühren bedeutet ferner der nächſte Artikel, wonach die Abgaben auf den verſchiedenen Flußteilen verſchieden bemeſſen werden dürfen. Die öſterreichiſche Friedensdelegation erhob gegen die Ausſchließung Öſterreichs von der Kabotage in ihrer Note vom 12. Juli 1919 entſchiedene Einſprache, die aber keinen Erfolg hatte. Dasſelbe Schickſal war der Reklamation dagegen beſchieden, daß im Artikel 291 wohl vom Rhein-Donau-Kanal, nicht aber vom Donau-Oder-Kanal die Rede iſt. Dieſe Übergehung hatte ihren guten Grund. Der franzöſiſche Admiral Fatou ſprach ſich gelegentlich ſeiner Anweſenheit in Budapeſt ganz offen über das lebhafte Intereſſe aus, das Frankreich an der Schaffung des Rhein-Donau-Kanals nimmt, und das ihm die Möglichkeit bieten ſoll, franzöſiſche Waren auf dem billigen Waſſerwege nach den Donauſtationen zu bringen. Welchen Wert Frankreich dieſer

Beſtimmung beilegt, erhellt auch aus der im Vertrage von Verſailles enthaltenen Klauſel, wonach für den Fall, als Deutſchland mit den Arbeiten am Kanal ſäumig wäre, die Zentralkommiſſion für den Rhein berechtigt ſein ſoll, ſie auszuführen. Es folgen nun mehrere Artikel, die im weſentlichen mit früheren Vereinbarungen übereinſtimmen, ſo über den freien Tranſitverkehr, über das Verbot, andere als die im Vertrag feſtgeſetzten Abgaben zu erheben, über die Verpflichtung der Uferſtaaten zur Beſeitigung aller Schiffahrtshinderniſſe auf ihrem Gebiete. Kommt ein Staat dieſer letzteren Verbindlichkeit nicht nach, ſo kann jeder davon berührte Staat ſich an den vom Völkerbund einzuſetzenden Gerichtshof wenden, ebenſo wenn ein Uferſtaat Arbeiten unternimmt, die der Schiffahrt in dem internationalen Abſchnitte Abbruch tun.

Die folgenden Artikel definieren jene Autoritäten, denen künftighin die Verwaltung der Schiffahrtsintereſſen anvertraut ſein ſoll. Obenan ſteht die Erklärung, daß die Europäiſche Donaukommiſſion von neuem die Befugniſſe ausüben ſoll, die ſie vor dem Kriege beſaß. Vorläufig ſollen aber nur Frankreich, Großbritannien, Italien und Rumänien darin vertreten ſein, alſo nur *ein* Uferſtaat. Dies gilt für das eigentliche Mündungsgebiet von Braila abwärts. Für das ſtromaufwärts liegende Flußgebiet ſoll die Verwaltung in den Händen eines internationalen Ausſchuſſes liegen, dem außer den Uferſtaaten (Württemberg, Bayern, Öſterreich, Tſchechoſlowakei, Ungarn, Jugoſlawien, Bulgarien und Rumänien) je ein Vertreter der künftighin in der Europäiſchen Kommiſſion vertretenen Nichtuferſtaaten angehören ſollen. Dieſe Verwaltungsbehörde entſpricht alſo ungefähr der im Londoner Vertrage vorgeſehen geweſenen gemiſchten Kommiſſion. Die internationale Kommiſſion hat bereits in den erſten Auguſttagen in Paris ihre Verhandlungen begonnen, wurde aber nach der dritten Sitzung vertagt, um den Vertretern die Möglichkeit zu bieten, weitere Inſtruktionen einzuholen.

Die Friedensverträge enthalten noch eine Reihe anderer drückender Beſtimmungen. Abgeſehen von der Aufhebung des im Berliner Vertrage Öſterreich-Ungarn übertragenen Mandates zur Ausführung der Arbeiten am Eiſernen Tor und von der Verpflichtung, falls die Tſchechoſlowakei, Jugoſlawien oder Rumänien irgendwelche Arbeiten im Flußgebiete übernehmen ſollten, ihr Recht anzuerkennen, auch außerhalb ihres Gebietes gelegene Teile des Flußbettes in Anſpruch zu nehmen, wurde Öſterreich durch Artikel 300 verpflichtet, an die beteiligten alliierten und aſſoziierten Mächte einen Teil der in öſterreichiſchen Häfen eingetragenen Donauſchiffe und Schlepper abzutreten. Wenn man bedenkt, eine wie große Anzahl von Fahrzeugen während des Krieges und ſelbſt noch nach Abſchluß des Waffenſtillſtandes unſerem altbewährten Verkehrsinſtitute, der Donaudampfſchiffahrtsgeſellſchaft, einfach weggenommen wurde (es ſind im ganzen etwa 150 Dampfer und 300 Schlepper), ſo ſieht ſich dieſe Beſtimmung geradezu grotesk an. Sie iſt offenbar dem Wunſchzettel der Jugoſlawen, vor allem aber des jüngſten Donauſtaates, der

Tſchechoſlowakei, entnommen, die ſo auf die einfachſte Art zu einer Donauflotte kommen ſollen.

Auf den bevorſtehenden Pariſer Konferenzen werden hoffentlich die Rechte und Intereſſen Öſterreichs, das vor neunzig Jahren als erſte Macht einen regelmäßigen Perſonen- und Warenverkehr auf der Donau geſchaffen hat, entſprechende Berückſichtigung finden. Es muß uns vor allem daran gelegen ſein, daß die zu treffenden Vereinbarungen die *wahre Freiheit* der Schiffahrt verbürgen, von der vorläufig noch recht wenig zu merken iſt, und daß der im Vertrage von Saint-Germain neuerdings aufgeſtellte Grundſatz der Gleichberechtigung aller Nationen nicht bloß für die alliierten und aſſoziierten Mächte Geltung erlange, ſondern auch für uns.

Wien im Auguſt 1920.

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Fortſetzung)

Durch den Aufenthalt dreier Monarchen und dadurch, daß der Zentralpunkt aller verbündeten Heere ſich hier befand, gewann Frankfurt eine Lebhaftigkeit und ein Menſchengewühl, wie es dort noch nie geſehen worden iſt und, wie ich wünſche, nie wieder geſehen werden wird. Aber freilich, jenen Glanz, jene Pracht, die dort bei Kaiſerkrönungen entwickelt zu werden pflegte, ſah man nicht. Die Zeitverhältniſſe mahnten jeden zur Beſcheidenheit und Mäßigung. Der ernſte König von Preußen entzog ſich der Geſellſchaft nicht, er tat aber auch nicht mehr, als nötig war. Kaiſer Alexander, der eleganteſte Fürſt ſeiner Zeit, war dagegen auch hier in der Damenwelt ganz in ſeinem Elemente. Der einfachſte und zurückgezogenſte war, wie immer, Kaiſer Franz. Er bewohnte das Taxisſche Palais. Während an ſeinem Wiener Hofe noch die altſpaniſche Etikette vorwaltete, war hier ſein Lagerhof der einfachſte von allen. Er zeigte ſich wenig öffentlich. An ſeiner Tafel ſpeiſte alles, was zu ſeinem Hauſe gehörte, bis zu den Hofſekretären; von Hoffähigkeit war da nicht die Rede, es war ein Familientiſch. Der Kaiſer hatte ſich, aber lediglich für die Dauer des Kriegs, eine böhmiſche Nobelgarde von etwa 40 bis 50 Mann gebildet. Dieſe tat den Dienſt bei ſeiner Perſon und iſt mit dem Frieden wieder eingegangen. Nicht prunkvoll wie die ungariſche war dieſe Garde ausgeſtattet, ſie war weiß nach Dragonerart uniformiert. Und ſelbſt dieſe jungen Leute, das heißt, wenn ſie für den Tag im Dienſte waren und nicht gerade Schildwache ſtanden, ſpeiſten an des Kaiſers Tafel.

Sehr viele Fürſten fanden ſich in Frankfurt ein. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin begaben Sich zum Beſuche bei den Monarchen hin, aber nur **en visite**, da Sie Ihres eigenen Palais beraubt waren. Es erſchien König Max von Bayern, König Friedrich von Württemberg, der einzige, welcher es darauf angelegt hatte, mit großem Glanz und Pomp aufzutreten, und manche andere mehr. Ob der König von Sachſen darunter war, weiß ich jetzt nicht mehr mit Beſtimmtheit zu ſagen, wohl aber das, daß Sein zweiter Herr Bruder da war und im „Römiſchen Kaiſer“ wohnte, denn ich ſehe noch deutlich die beiden jungen Prinzen, den heutigen König und Seinen Herrn Bruder Johann, in einem Koſtüme, das in dieſem Teile Deutſchlands infolge der Revolution ſchon längſt obſolet geworden war. Sie waren à la Louis XV. gekleidet, in dem geſtickten **habit habillé à la guéridon** friſiert und gepudert, mit kleinen weißen Degenchen, den Haarbeutel nicht zu vergeſſen. Der jüngere beſonders ſah ſehr komiſch aus.

Kaiſer Franz kam nicht nach Darmſtadt, wohl aber machte der König von Preußen einen Beſuch am hieſigen Hofe und wohnte einem Balle im Weißen Saale bei. Ebenſo der Kaiſer Alexander. Der letzte auch zum zweiten Male zu einem Frühſtücke, als Seine Garden hier durchmarſchierten. Hier übergehe ich, als bekannt, den Vorgang, wie die Frau Fürſtin Taxis damals die Büſte Napoleons in dem Bette verbarg.

Es verfloſſen ſo nahe an zwei Monate. Mit den erſten Tagen des Januars 1814 war der ruſſiſche General St. Prieſt, ein Emigrant, der erſte, der bei Koblenz den Rhein überſchritt, und gleiches taten bald darauf die übrigen Armeen an verſchiedenen Punkten. Die Monarchen verließen Frankfurt, und wenig Tage vorher endigte meine Miſſion. Ich kehrte zurück, um in mein neues Amt einzutreten.

Intereſſant, ja lehrreich war dieſer Frankfurter Aufenthalt gewiß. Durch die Berührung, in die ich mit ſo vielen Staatsmännern kam, hatte ich reichlich Gelegenheit, die herrſchende Stimmung, die Pläne, die man hatte, die Mittel, auf welche man zählte, näher kennen zu lernen. Ich gewahrte das Mißtrauen, um nicht zu ſagen, den Groll, der noch immer gegen die Rheinbundfürſten, mit Ausnahme Bayerns, beſtand; ich konnte aus einzelnen Äußerungen das Schickſal vorausſehen, das ſpäter die an Frankreich haltenden Fürſten, Primas und Iſenburg, wirklich betroffen hat; ich konnte in dieſem Zentralpunkte den Enthuſiasmus beobachten, der alle ergriffen hatte, konnte hören, wie ſich nach preußiſchem Muſter die zahlreichen Korps Freiwilliger bildeten. Der Art waren die Eindrücke, die ich von Frankfurt mitnahm, und ich muß ſagen, daß ich davon nicht erbaut war. Dabei wußte ich, daß meine arme Frau, die allein mit ihren Leuten war, nicht weniger als 19 Perſonen in ihrem kleinen Hauſe zu beherbergen und zu verpflegen hatte.

Als ich mich wieder bei dem Herrn meldete, entſpann ſich eine lange Unterredung über alles das, was vorgekommen, auch über die Rheinübergänge.

„Das alles dient zu nichts," ſagten Seine Königliche Hoheit, „gar bald wird Er ſie wieder herübergeworfen haben."

„Ich glaube kaum," erwiderte ich, „indeſſen möchte ich es auch nicht widerſprechen. Doch davon bin ich überzeugt, daß Er in Deutſchland niemals wieder zu dem ehemaligen Anſehen und der alten Macht gelangen werde."

„Er ſchlägt ſie," fuhr der Herr fort, „keiner von allen iſt Ihm im mindeſten gewachſen. Seine Leute werden Ihm nicht zum zweiten Male erfrieren, und dann bleibt Er Sieger."

„Ja," entgegnete ich, „Schlachten kann Er gewinnen, aber nicht Sieger bleiben. Er hat bisher mit Königen und ihren Heeren Kriege geführt, jeden einzelnen hat Er beſiegt, von nun an führt Er mit Nationen Krieg, und zwar mit allen vereint. Er wird ſich behaupten, ich glaube es, aber nie wieder herſtellen, was war. Wie dem aber ſein möge, ſo bitte und beſchwöre ich Eure Königliche Hoheit, laſſen Sie dergleichen Anſichten nicht laut werden. Sie ſetzen Sich und Ihr Haus ſonſt großen Gefahren aus."

Hierauf gab der Herr gar keine Antwort, ſondern verabſchiedete mich ſogleich. Das war die erſte Andeutung, die ich von dem erhielt, was in dem innerſten Innern des Herrn vorging. Ich werde, um hiſtoriſch treu zu ſein, noch einmal darauf zurückkommen und verbreite mich jetzt über einen Gegenſtand, der eine Privatangelegenheit zu ſein ſcheint, weil die Sache wirklich mehr als das iſt.

Durch meine gewiß in ſehr guter Abſicht geſprochenen Worte ward ich in die ſonderbarſte Lage verſetzt, die ich erſt nach und nach bemerken konnte. Ich war in Ungnade gefallen, die ſich aber nur dadurch äußerte, daß der Herr mich ignorierte. Zuleid hat mir der Herr nichts getan, keinerlei Kränkung mir zugefügt. In dem Miniſterio ſuchte ich meine Arbeiten, ſo gut ich vermochte, zu beſorgen, aber die dortige Stelle brachte mich nicht in unmittelbare Beziehung zu der Allerhöchſten Perſon. Kaum mehr war das bei dem Hofmarſchall der Fall: denn der Herr hatte einen Hof für Seine Frau Gemahlin, überhaupt des Anſtandes und der Schicklichkeit wegen, durchaus aber nicht für Seine Perſon. Aber es konnte doch nicht fehlen, daß Er jeden Augenblick auf mich ſtieß, z. B. im Theater, wo Er oft drei- und viermal durch unſere Loge kam. Dann ſah Er mich nicht, ſprach wenigſtens nicht mit mir. Auf die Frau Großherzogin dagegen hatte die Sache gar keinen Einfluß, Sie blieb gleich gnädig und freundlich gegen mich, bemerkten auch vielleicht nicht einmal die ganze Ausdehnung der Sache. Hierauf beruhte es denn, daß mir meine Lage nicht ſo verbittert ward, daß ich mich derſelben hätte entziehen müſſen. Ohnehin war meine Frau Palaſtdame, und doppelte Bande knüpften mich an den Hof.

Worauf nun beruhte das? Bloß darauf, weil ich eine Meinung geäußert hatte, die von der des Herrn abwich? Das gewiß nicht, denn ein ſo erleuchteter Herr, wie Ludewig I. war, gehört gewiß nicht zu denen, die nicht geſtatten wollen, daß jemand eine andere Meinung habe. Er wollte im Gegenteil Meinungen hören, um ſie zu prüfen und darunter zu wählen, und merkwürdigerweiſe hat Er den Rat, den meine letzten Worte enthielten, befolgt. Es war alſo, davon bin ich überzeugt, etwas ganz anderes, das dem zugrunde lag.

Dieſer Herr hatte mich, wie meine bisherigen Angaben beweiſen, mit vielfältigen Aufträgen beehrt, ich hatte ſie mehr oder weniger zu Seiner Zufriedenheit erledigt, Er erblickte in mir einen Diener, der Ihm unter gewiſſen Eventualitäten, an die Er glaubte, recht nützlich werden könne, und hörte mich nun Dinge ſagen, die Ihn ſchließen ließen, daß ich entweder ein Parteimann, angeſteckt von dem in Frankfurt herrſchenden Hauptquartiersfieber, oder ein Dummkopf ſei, der nicht in die Zukunft zu ſehen vermöge, oder beides zugleich. Jedenfalls ſchloß der Herr daraus, daß ich nicht die Perſon ſei, auf die ſich bei den Plänen, die im Hintergrunde lagen, zählen laſſe, und das Gefühl, ſich in mir getäuſcht zu haben, war es, das jene üble Laune hervorrief.

Dieſer Zuſtand hat nahe an zwei Jahre unverändert beſtanden. Nun trat die erſte Abſetzung Napoleons ein, es ſammelte ſich der Wiener Kongreß. Wie ſehr die hieſige Regierung wegen Steuerüberbürdung verrufen war, habe ich an anderem Orte angeführt. Dies benutzten unſere Feinde und ſtellten es als Kalamität dar, der heſſiſchen Hoheit unterworfen zu werden. Das Vorurteil war herrſchend, es legte Herrn v. Türkheim in Wien manche Schwierigkeiten in den Weg. Dies veranlaßte mich, eine Broſchüre zu ſchreiben, die darlegen ſollte, wie die Sache ſich wirklich verhalte und was bei jenen Vorurteilen der Lüge, der Übertreibung und der Gehäſſigkeit zuzuſchreiben ſei. Heute, unter vollſtändig veränderten Verhältniſſen, hat jenes Schriftchen nicht den allermindeſten Wert, damals tat es ſeine Wirkung. Es ward auf Staatskoſten gedruckt, in zahlreichen Exemplaren an Herrn v. Türkheim geſchickt, der es verteilte und ſich des Erfolgs in ſeinen Berichten belobte.

Auch das ignorierten Seine Königliche Hoheit, wenn Sie mich ſahen, etwa fünf oder ſechs Monate lang, bis daß ein Geburts- oder Neujahrstag uns alle zur Gratulation in Ihr Appartement führte. Der Herr ging auf mich zu und reichte mir die Hand, ſagend: „Ich habe Ihnen noch nicht gedankt für Ihre Schrift, die iſt recht gut ausgefallen.“

Von dieſem Augenblicke an war alles im früherem Geleiſe, und wie es ſpäter geworden, iſt ſchon in anderen Blättern geſagt.

Der Zollverein

Wenn von dem Gange hieſiger Angelegenheiten und auch meiner amtlichen Tätigkeit die Rede ſein ſoll, ſo darf der Zollverein nicht mit Stillſchweigen übergangen werden. Darf ich einigermaßen ſtolz darauf ſein, einen großen Anteil an der Entſtehung jener Verbindung gehabt zu haben, ſo liefert ſie noch weit mehr einen redenden Beweis von den klaren und feſten Anſichten, welche Großherzog Ludewig I. von ſtaatswiſſenſchaftlichen Dingen hatte.

Außer Öſterreich hatte bisher kein deutſcher Staat ein geſchloſſenes Zollſyſtem, wohl aber Verbrauchsſteuern der verſchiedenſten Art und von der alten Reichsgeſetzgebung her Binnenzölle. Öſterreich hatte uns wenig berührt, als aber im Jahre 1818 Preußen ein Grenzzollſyſtem für die geſamte Monarchie einführte, war dies ein Donnerſchlag für viele Nachbarn, und am allerempfindlichſten war Oberheſſen, insbeſondere das Hinterland, davon betroffen. Biedenkopf, Gladenbach uſw., von der Natur kärglich behandelt, war faſt nur mit Gewerbsleuten bevölkert. Grobe Tücher, Teppiche und Wollenware aller Art wurden dort, nicht in Fabriken, ſondern von einzelnen Meiſtern und Frauen, verfertigt und fanden Abſatz in Weſtfalen und anderen, ſoeben dem preußiſchen Zepter unterworfenen Diſtrikten. Mit dem Schließen jener Gebiete verloren jene Menſchen allen Abſatz, denn da ſie nicht Kaufleute, ſondern Handwerker waren, ſo ging ihnen auch die Fähigkeit ab, durch auswärtige Verbindungen etwa neue Wege zum Abſatz ihrer Produkte auszumitteln. Von recht ſolidem Wohlſtande ſanken jene Ämter in kurzem faſt zum Bettelſtab herab. Etwas minder, aber auch ſehr hart, ward die Linneninduſtrie von Alsfeld und Lauterbach durch denſelben Anlaß betroffen. — Ich ſage minder, weil dort zwar keine Fabriken, aber doch einige Handelshäuſer beſtanden, die die Produkte der einzelnen Familien in Maſſe nach außen förderten.[1])

Solche Kataſtrophen gaben Stoff zum Nachdenken, und ich beſchäftigte mich in meinen Gedanken häufig mit Betrachtungen über die Inferiorität, in welcher ſich Deutſchland vermöge der Zerſtückelung ſeiner Gebiete und der Selbſtändigkeit derſelben, anderen weit weniger bedeutenden Nationen gegenüber, in Beziehung auf materielle Vorteile befinde. —

So kam ich Ende 1819 nach Wien. Im Anfang des folgenden Jahres fanden ſich dort Abgeordnete des Kaufmannsſtandes verſchiedener Länder: Bayern, Württemberg und einigen anderen ein, und ſchilderten, von einer Geſandtſchaft zur anderen wandelnd, die ſchrecklichen Folgen, welche das preußiſche Zollſyſtem, indem es Deutſchland in der Mitte durchſchneide, für Süddeutſchland habe. Sie baten, dem Übel eine Vereinigung unter anderen Regierungen entgegenzuſetzen, aber ſie predigten tauben Ohren. Man ſagte ihnen, Frankfurt ſei der Ort, wo man von Art. 19 der Bundesakte reden könne, nicht Wien.

Ich meinerſeits war mit dem Gedanken, den die Leute anregten, ſo ſehr vertraut, daß er mich nicht überraſchte. Ich ſchrieb nach Darmſtadt und bat um die Erlaubnis, mich jener Sache annehmen zu dürfen. Man gab mir Carte blanche. Ich verſuchte nun der Reihe nach meine Kollegen, mit Ausnahme der öſterreichiſchen, preußiſchen und norddeutſchen, für jene Ideen zu ſtimmen.

---

[1]) Ich will hier eine Tatſache konſequieren (So! wahrſcheinlich konſignieren), an welche wohl niemand denkt. Der durch die Revolution und die Kriege mit Frankreich bewirkte Untergang der ſpaniſchen Flotte hat einen empfindlichen Rückſchlag auf Alsfeld, Homberg, Lauterbach uſw. gebracht. Segeltuch und Linnen ging von Alsfeld nach Cadix zum Verbrauch der Marine und der transatlantiſchen Kolonien. Ein Verkehr, der ſeitdem gänzlich aufgehört hat.

Es gelang mir aber vorderhand nur, den Badenſer v. Berſtett und den Naſſauer v. Marſchall zu gewinnen.

Wir drei unterzeichneten im April 1820 in meiner Wohnung eine Punktation, beſagend, daß, vorbehaltlich der künftigen Genehmigung der Regierungen, zwiſchen ihnen 1. alle Binnenzölle aufgehoben, 2. Weg- und Waſſerzölle möglichſt gleichgeſtellt, 3. Zollinien um die vereinten Gebiete gemeinſchaftlich gezogen und beſetzt, ſowie 4. die Einnahmen nach Maßgabe der Bevölkerung geteilt werden ſollten.

Dieſes Aktenſtück iſt der erſte, rohe Anfang aller deutſchen Zollvereine. Es enthält aber bereits die Gedanken, die die Hauptzüge des jetzigen deutſchen Zollvereins bilden. Als nun jene vorläufige Punktation in Wien bekannt ward, verlangte der weimariſche Miniſter Fritſch ſie nachträglich zu unterzeichnen, und zuletzt auch der bayeriſche v. Zentner.

(Der letzte gewiß weniger um der Sache willen, als um zu verhüten, daß in Süddeutſchland nichts verhandelt werde, wobei Bayern nicht die Hände im Spiel habe.)

Im Mai 1820 kam man überein, daß in Darmſtadt ein Kongreß eröffnet werden ſollte, um über die Ausführung jener Hauptgrundſätze zu beraten, und auch Württemberg verſprach, jenen Kongreß zu beſchicken. — Wirklich trat auch dieſer Kongreß am 13. September 1820 in Darmſtadt zuſammen und dauerte bis in das folgende Jahr, wo denn Kurheſſen, Hohenzollern, Waldeck und Reuß ſich entſchloſſen, gleichfalls Anteil daran zu nehmen. Diesſeits ward natürlich ich zum Großherzoglichen Bevollmächtigten ernannt und der Ober-Appellationsgerichtsrat Herff, damals noch Kammerrat, zum Protokollführer.1)

Vermöge des Partikularismus, von dem deutſche Regierungen ſich ſo ſchwer losſagen, ja, ich möchte ſagen, vermöge des Fluches, der auf deutſchen Angelegenheiten ruht, brachte auch dieſe Konferenz keine gedeihlichen Früchte. Über die Sätze, die meine Wiener Punktation enthält, waren zwar alle Regierungen im allgemeinen einverſtanden, ſonſt würden ſie den Kongreß nicht beſchickt haben. Es galt aber nun, jene Gedanken im Detail auszuführen, vor allem, die Frage zu erörtern, wie ſoll der Verein, der künftig ein Ganzes bildet, regiert werden? Mit anderen Worten, wie ſollen bei der gemeinſchaftlichen Verwaltung die Stimmen verteilt werden? Da trat nun Bayern auf und

---

1) Dieſer Kongreß hat auch einen Beitrag zur Beſtätigung des Vorurteils geliefert, das über die Zahl 13 an einem Tiſche herrſcht. Bei einem Mittageſſen, das ich den Konferenzmitgliedern gab, hatte ich auf 14 Perſonen gerechnet, nicht um meinetwillen, denn ich glaube nicht an jenes Gerücht. Gerade zur Eſſenszeit ließ einer der Geladenen abſagen. Wir ſetzten uns zu 13 nieder. Herr Herff ſchien das zuerſt zu bemerken; er ſchützte Unwohlſein vor und verließ den Tiſch. Das muß jedoch zu ſpät geſchehen ſein, denn nach Verlauf von zwei Monaten ſtarb einer der Gäſte, der bayeriſche Bundestagsgeſandte v. Aretin. Die Sache machte Aufſehen und es ward damals viel davon geſprochen.

nahm als ſelbſtverſtanden an, daß die Verteilung nach Maßgabe der Bevölkerung eintreten müßte, etwa eine Stimme für 5000 Seelen. Dabei wäre die obere Verwaltungsbehörde nahebei ein bayeriſches Kollegium geworden, indem dieſer Regierung mehr Stimmen zugefallen wären, als den übrigen Teilnehmern zuſammen. Das war ein allzu naiver Verſuch.

Als man nun die Frage von der Organiſation und dem Tarif verhandelte, waren die Anſichten ſo verſchieden faſt als die Perſonen, nach gewohnter deutſcher Manier hielt jeder die ſeinige für die unfehlbare, und doch gründete ſich dieſe oft nicht etwa auf allgemeine ſtaatswiſſenſchaftliche Wahrheiten, ſondern auf das Privatintereſſe irgendeines dem Wortführer befreundeten Krämers oder Kaufmanns oder auf die verkehrte Anſicht eines nur juridiſch gebildeten Miniſterialreferenten. Wieder andere ſpekulierten, gleich Bayern, auf zu erringende beſondere Vorteile, ſo z. B. der badiſche Staatsrat Nebenius. Als nämlich die Sprache von Entrepots, Lagerhäuſern für unverſteuerte Waren war, verlangte Baden und beharrte darauf, daß Lagerhäuſer nur an den Ufern der ſchiffbaren Grenzſtröme errichtet werden ſollten. Das hieß mit anderen Worten, den Speditionshandel für ganz Süddeutſchland in die Hände der badiſchen Kaufleute niederlegen. Wir würden dabei, wegen Mainz, etwa Gernsheim, aber auch Naſſau, die Sache erträglich haben finden können, für alle rückwärts liegenden Staaten war der Vorſchlag unannehmbar.[1]

Sodann kamen einige, die ſchon ein Zollſyſtem hatten, auf den Gedanken, ein Präzipuum in den Einnahmen inſoweit anzuſprechen, daß ſie jedenfalls an den bisherigen Einnahmen nichts einbüßen würden.

Ich kann beteuern, daß Großherzog Ludewig I. die Angelegenheit von höherem Standpunkte aus aufgefaßt hatte, von dem der allgemeinen Wohlfahrt Deutſchlands nämlich. Wollte Er Seinen Untertanen eine Wohltat (wahrlich eine ſehr große) erzeigen, ſo war Ihm doch der Gedanke fern, dies auf Koſten eines anderen zu erkaufen, nur Gleichheit der Rechte aller erſtrebte Er, und in dieſem Sinne habe ich, Sein Bevollmächtigter, ſtets gehandelt. Aber wer ſchwingt ſich in Deutſchland mit Redlichkeit auf dieſen Standpunkt? Das ſind geſcheite, einſichtsvolle Männer, die den Ausſchlag geben, aber ſie wollen ſich nicht zu jener Anſchauung erheben, ſie halten ſich für verpflichtet, ſtets das partikulare Intereſſe dem allgemeinen voranzuſtellen, und halten es für ein nicht zu rechtfertigendes Opfer, wenn auf einen kleinen Vorteil, ja auf ein Vorurteil oder ein Hergebrachtes verzichtet werden ſoll.

---

[1] In jener Zeit kam der Großherzog von Weimar, der den Gedanken einer Zollvereinigung mit Wärme aufgenommen hatte, hierher, um ſich näher mit der Sache bekannt zu machen. Dieſer Herr war bei ſeinem Herrn Schwager, Landgraf Chriſtian Durchlaucht abgeſtiegen und ließ mich rufen. Seine Königliche Hoheit eröffneten die Unterredung mit der Aufforderung, Ihnen begreiflich zu machen, wie man Ihnen zumuten könne, in den oben erwähnten Vorſchlag der Lagerhäuſer einzugehen? Ich erwiderte, zwar müßte ich bekennen, daß der Zollverein wegen dieſes ſpeziellen Punktes an uns in Heſſen nicht ſcheitern werde, da wir aber nicht die Erfinder desſelben ſeien, ſo ſei ich nicht berufen, weder ihn zu verteidigen, noch zu deſſen Annahme zu überreden. Wollten aber Seine Königliche Hoheit die Gründe, welche man für den Vorſchlag anführe, aus ſehr beredtem Munde vernehmen, ſo würden Sie wohl tun, Herrn Nebenius zu ſich beſcheiden zu laſſen. „Mit dem will ich nichts zu tun haben,“ war die kurze Antwort.

Ich ſpreche aus Erfahrung und werde, wenn von dem Wiener Kongreſſe von 1834 die Rede kommt, noch Gelegenheit finden, andere Belege für meine Behauptung, oder vielmehr Klage, beizubringen. Nun, bei allem guten Willen geht es doch nicht, ſich mit offenen Augen düpieren zu laſſen und den Imbezillen zu ſpielen. Der Kongreß trennte ſich daher, d. h. er vertagte ſich, um nach fünf Monaten, abermals in Darmſtadt und abermals fruchtlos, zuſammen zu treten.

*

Ich war inmittelſt Finanzminiſter geworden. Schon zweimal habe ich erwähnt, daß das Großherzogtum unter dem unglücklichen phyſiokratiſchen Syſtem ſeufzte, unter der Methode, alle Staatsbedürfniſſe neben dem Ertrage der Domäne durch direkte Steuern zu beſchaffen. Ich hatte daher jenen Poſten mit dem feſten Entſchluſſe angetreten, dieſes Syſtem umzuſtoßen und durch Herbeiſchaffung anderer Mittel eine Herabſetzung der Grundſteuer zu ermöglichen. Zu dieſem Ende hatten nun ſeither die Verſuche ſtattgefunden, zu einer Zollvereinigung zu gelangen, aber drei Jahre waren über ſolchen Verſuchen verloren gegangen und die Ausſicht auf Gelingen geſchwunden. Nun galt es, einen neuen Entſchluß zu faſſen.

In dem Finanzminiſterio waren die Staatsräte Hofmann und Eigenbrodt angeſtellt. In einer Sitzung eröffnete ich dieſen, daß ich nachgerade zu dem Entſchluß gekommen ſei, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge eine allgemeine Verbrauchsſteuer und zu deren Sicherung eine Zollinie an allen Grenzen in Vorſchlag zu bringen. Beide Herren erſchraken wahrhaft ob dieſes Gedankens; ſie ſetzten mir die Schwierigkeit einer wirkſamen Grenzbewachung in einem geographiſch ſo wie das Großherzogtum geſtalteten Lande entgegen, und die Koſtſpieligkeit desſelben, die jeden Ertrag verſchlingen werde; dann ferner den üblen Eindruck, den die unausbleiblichen Plackereien in einem Lande, das überall aus Grenzbezirken zuſammengeſetzt ſei, auf das Publikum machen würden uſw. Ich entgegnete ihnen, daß ſie mir über die großen Schwierigkeiten, die meinem Vorſchlage entgegenſtünden, nichts Neues ſagen könnten, ich hätte ſie wohl erwogen, ſei aber dabei zu der Überzeugung gelangt, daß wir in unſerer Lage notwendig in dieſen ſauren Apfel beißen müßten. Eine Veränderung unſeres Steuerſyſtems müßte herbeigeführt werden. Sie ſelbſt, die Herren, hätten ja gegen erkleckliche Verbrauchsſteuern bisher nichts eingewendet, da ſie die Verhandlungen über Zollvereinigung mit Vergnügen geſehen; dieſe hätten aber zu keinem Ziele geführt und wir ſtünden nun offenbar gegen alle Nachbarn im Nachteile. Dieſe, Baden, Württemberg, Bayern, Preußen, hätten ſich indeſſen geſchloſſene Zollſyſteme gegeben, ſie erhöben alſo Abgaben von allen Produkten des Großherzogtums, die bei ihnen eingingen, während die Produkte ihrer Länder unverſteuert zu uns gelangten. Dies ſei eine unerträgliche Stellung. Jene würden Toren ſein, wenn ſie mit uns in Handelsverträge eingingen, denn ſie würden ja dadurch nur auf eine höchſt günſtige Stellung verzichten. Erſt wenn wir ein Zollſyſtem geſchaffen hätten, würden wir unſeren Nachbarn gleichſtehen. Wir würden dann etwas zu bieten haben, um für die Untertanen des Großherzogs dieſe oder jene Zollbegünſtigung in fremdem Gebiete zu erringen.

Staatsrat Hofmann befreundete ſich bald mit dieſer Anſicht und trat meiner Meinung bei, nach langer Erörterung auch das andere Mitglied, und ſo kam ein entſprechender Antrag bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von ſeiten des Finanzminiſteriums zuſtande. Ich wiederhole dabei ganz ausdrücklich, daß ich nie einen Augenblick geglaubt habe, daß ein iſoliertes Zollſyſtem zum Heile des Großherzogtums gereichen könne (wie mir vielleicht mancher zugetraut hat), aber ich wollte um jeden Preis ein Inſtrument ſchaffen, das, als Maſſe[1]) gegen andere benützt, zur Erreichung höherer Zwecke führen könne.

Bevor jedoch den Ständen jenes Projekt übergeben ward, erging von der hieſigen Regierung nochmals eine Erklärung an die übrigen Konferenzmitglieder, beſagend, daß man nicht länger in Ungewißheit über den Erfolg der bisherigen Verhandlungen bleiben könne, indem man im Begriff ſtehe, ſelbſtändige Maßregeln zu ergreifen. Dies hatte, da zugleich ein württembergiſcher Vermittlungsvorſchlag eintraf, einen abermaligen Zuſammentritt, wenigſtens der Hauptteilnehmer, in Frankfurt zur Folge. Das dort Verhandelte ward den Abweſenden mitgeteilt und blieb ohne Antwort; worauf die Großherzogliche Regierung in einer Zirkularnote vom 3. Juli 1823 erklärte, daß ſie vorderhand an weiteren Verhandlungen keinen Anteil mehr nehmen werde, und legte darauf im Auguſt desſelben Jahres den oben erwähnten Entwurf eines Zollgeſetzes den Ständen vor.

Wie vorauszuſehen war, fand dieſes Geſetz heftigen Widerſpruch, es war einleuchtend, daß bei der Geſtaltung der Provinzen jedermann eine Maut ganz nahe vor ſich haben, alſo in ſeinem Verkehr ſehr beengt ſein werde, und da die Menſchen gewöhnlich mehr an ſich als an Staatswohl denken, ſo war der Widerwille erklärlich. Indeſſen ſetzte die Regierung doch mittels einer geringen Majorität ihren Entwurf durch.[2])

---

[1]) So! Etwa Waffe.

[2]) Geheimrat Balſer von Gießen, der wohl ein ſehr geſcheiter Mann ſein mußte, da er eines großen Rufes als Arzt genoß, war einer der Hauptopponenten, und er ging in ſeiner Leidenſchaftlichkeit ſo weit, daß — als ein anderes Miniſterium, das des Innern, eine Vermehrung der Gendarmerie um 25 Mann verlangte, die Notwendigkeit derſelben auf das evidenteſte nachwies und erklärte, daß es ohne dieſe Bewilligung für die öffentliche Sicherheit nicht einſtehen könnte — er dagegen gegen dieſelben ſtimmte und als Grund angab, daß die Regierung, wenn man ihr die Gendarmerie verwillige, ſie ſogleich als Grenzzollwächter verwenden werde (um ſo lächerlicher, als das Finanzminiſterium über die Gendarmerie nicht verfügt).

Nun fand in dieſer Zeit bei dem Miniſter v. Grolman eine große Geſellſchaft ſtatt, Herr Balſer ſprach mir von jener Oppoſition gegen Regierungsvorſchläge und ſagte, ich

Sobald das neue Geſetz, das zugleich die Aufhebung aller Binnenzölle, die im Lande zerſtreut waren und nach Abzug der Koſten kaum 80 000 Gulden eintrugen, verfügte, verkündet war, richtete der diesſeitige Kommiſſär eine Note an die bisherigen Konferenzbevollmächtigten, mittels deren er ihnen jenes Geſetz zur Kenntnisnahme mitteilte und hinzufügte, Seine Königliche Hoheit der Großherzog hätten zwar dieſe Maßregel im Intereſſe Ihrer Staaten erachtet, aber damit nicht den Wunſch verbunden, die Zollſchranken in Deutſchland abermals um eine zu vermehren, vielmehr ſeien Allerhöchſt Dieſelben ſtets bereit, in neue Verhandlungen einzugehen, die den Zweck hätten, den inneren Verkehr in Deutſchland zu erleichtern.

Der erſte, der die Sache wieder aufnahm, war König Wilhelm von Württemberg, der einen abermaligen Kongreß in Stuttgart einleitete, bei welchem Herr v. Hofmann das Großherzogtum vertrat. Auch dieſe Verſammlung trennte ſich ohne Reſultat.

Unſere neue Ordnung trat mit dem 1. April 1824 ins Leben. Die Behauptung, daß die Zölle mehr koſten als einbringen würden, widerlegte ſich ſehr bald, aber für das Publikum war die nahe Zollwache unbequem, und der Gewinn, den der Schmuggelhandel bringen konnte, zog viele Taugenichtſe von aller ſoliden Arbeit ab. Das waren die ſchlimmen Seiten! Indeſſen ging die Sache und man gewöhnte ſich allmählich an den Zuſtand.

Daß ich hinſichtlich der Wirkung der Maßregel nicht falſch gerechnet hatte, ſchien ſich alsbald zu beſtätigen, denn kaum war die Einrichtung getroffen, ſo erbot ſich die badiſche Regierung zu einem Zollerleichterungsvertrage, deſſen Sinn der war, daß die eigenen Produkte jedes der beiden Staaten auf den Grund von Urſprungsſcheinen zollfrei die Grenzen des anderen überſchreiten dürften. Das war eine bedeutende Erleichterung für die beiderſeitigen Untertanen und ward mit Dank aufgenommen.

Glücklicherweiſe hatten wir aber dieſen Vertrag nur auf ſechsmonatliche Aufkündigung geſchloſſen, denn wir fanden uns nach Ablauf der erſten Monate bewogen, ihn aufzukündigen, ſo daß er nur ein Jahr beſtanden hat. Während nämlich die Großherzogliche Regierung ihren Beamten die äußerſte Gewiſſen-

---

dürfe ihm das nicht übelnehmen, es gründe ſich auf Überzeugung. „Wir andere (nämlich Deputierte) ſind nun einmal die Schildwachen, welche das Land zu ſeiner Sicherheit ausſtellt.“ — „Von Übelnehmen,“ erwiderte ich, „kann nicht die Rede ſein, erlauben Sie mir aber, Herr Geheimrat, daß ich mit einem Gleichnis antworte: Geſetzt, es ſtehe vor einem Hauſe, z. B. eines Generals, eine Schildwache, die die Weiſung habe, nach 11 Uhr nachts niemand mehr einzulaſſen. Nun wird der General krank, ſchickt nach dem Arzt. Dieſer kommt, wird aber nicht eingelaſſen. Vergebens ſtellt er vor, der General habe ihn rufen laſſen, habe ihn nötig. Die Schildwache ſagt, ſie habe ſich an nichts als ihre Order zu halten. Mir will ſcheinen, daß auch Sie zuweilen in dieſem Sinne Schildwache vor dem Lande ſtehen.“ Der Mann nahm die Sache ſo übel, daß wir auf jenem Landtage nichts mehr miteinander geſprochen haben.

Übrigens hatte der Darmſtädter Volkswitz die grün uniformierte Grenzwache, die unter dem Finanzkammerpräſidenten v. Kopp ſtand, „das Regiment royal Kopp“ betitelt.

haftigkeit bei Erteilung von Urſprungsſcheinen zur ſtrengen Pflicht gemacht hatte, ſah dabei die badiſche Regierung auf wenig ehrenvolle Weiſe durch die Finger. Es kaufte z. B. ein Badenſer Schlachtvieh in Württemberg und ſtellte es zwei oder drei Tage in ſeinen Stall, worauf ſein Beamter, dem die Ochſen vorgezeigt wurden, es vermied, ihrem Urſprung näher nachzuforſchen, ſondern ein Atteſt ausſtellte, daß ſie bei dem N. N. erzogen und gemäſtet ſeien. So in anderen Fällen auch. Wir wurden deſſen bald inne und beſchwerten uns, natürlich erfolgte Mißbilligung und ſchöne Zuſicherung, da wir aber ſahen, daß die Atteſtausſteller nicht geſtraft wurden, ſo kündigten wir den Vertrag auf. Einen ganz ähnlichen Vertrag ſchloſſen damals Bayern und Württemberg unter ſich ab, und es ſcheint dabei redlicher gehandelt worden zu ſein.

(Schluß folgt)

Das Problem des ſozialiſtiſchen Weltboykotts

Von

Dr. Heinrich Kanner (Wien)

Der vom internationalen Gewerkſchaftsbund über Ungarn verhängte Weltboykott war von ſeinen Urhebern als eine neue gewaltige Waffe im internationalen politiſchen Kampf angekündigt worden. Er ſollte gewiſſermaßen ein Erſatz für den Krieg werden, aber dieſem techniſch überlegen, weil er mit weniger Kraftaufwand mehr erreichen ſollte. Denn der Weltboykott ſollte ein Krieg mit unblutigen Mitteln ſein und über die Wirkungen eines Krieges inſofern hinausgehen, als er die innerpolitiſchen, die ſozialen Verhältniſſe des bekämpften Staates ändern und verbeſſern ſollte, die der bisherigen Art von Kriegen weder Urſache noch Zweck waren. So urteilten die ſozialdemokratiſchen Urheber des Krieges, und ihre hohe Einſchätzung des Weltboykotts fand auch in pazifiſtiſchen Kreiſen Anklang. Nun, da der Weltboykott nach ſiebenwöchentlicher Dauer zuſammengebrochen iſt, kann man an der Hand der Tatſachen den Wert dieſes neuen internationalen Kampfmittels überprüfen.

Der Weltboykott hatte den Zweck, die ungariſche Regierung zu zwingen, den Arbeiterorganiſationen Ungarns Freiheit zu ihrer Betätigung zu gewähren. Der Zweck iſt nicht erreicht worden. Der Boykott iſt Ungarn und der ungariſchen Regierung nicht empfindlich fühlbar geworden. Warum? Die Veranſtalter des Boykotts geben uns eine Erklärung dafür. Die Idee des Boykotts war, daß die Verkehrsarbeiter der Welt den ganzen nach Ungarn beſtimmten Waren-, Poſt-, Telephon- und Telegraphenverkehr zum Stillſtand bringen, Ungarn ſo vom Verkehr mit der Welt vollſtändig abſchneiden und dadurch dem Willen der Urheber des Boykotts gefügig machen ſollten. Die Arbeiter Öſterreichs haben ſich ſtreng an dieſe Vorſchrift des Internationalen Gewerkſchaftsbundes in Amſterdam gehalten, und die öſterreichiſche Regierung, die eigentlich über Eiſenbahnen, Poſt, Telephon und Telegraph zu gebieten hätte, hat ſie gewähren und den von der ungariſchen Regierung über Öſterreich verhängten Gegenboykott über ſich und über die auf ungariſche Agrarprodukte angewieſenen Öſterreicher ergehen laſſen. Aber die Arbeiter der anderen Nachbarländer haben ihr Wort nicht gehalten und den Boykott nicht mitgemacht. Deutſchland hat ſogar die Gelegenheit benützt, das infolge des Gegenboykotts von Öſterreich nicht bezogene Obſt für ſich zu erwerben und es über Öſterreich ſich zuführen zu laſſen — wobei es zu Konflikten mit der öſterreichiſchen Arbeiterſchaft gekommen iſt. Die jugoſlawiſchen Arbeiter ſind noch weiter gegangen, indem ſie den Ungarn Getreide aus Trieſt, das für das hungernde Öſterreich beſtimmt war, zugeführt haben.

Die Urheber des Boykotts ſagen deswegen, die internationale Gewerkſchaftsorganiſation ſei noch nicht ſtark genug, um einen ſolchen Boykott wirkungsvoll durchzuführen. Das hätten ſie freilich ſchon vorher wiſſen müſſen. Aber wäre, ſelbſt wenn die Arbeiter der ganzen Welt ernſtlich und ehrlich mitgetan hätten, der Boykott gelungen? Hat ein ſolcher Boykott auch nur in der Zukunft, wenn die internationale Gewerkſchaftsorganiſation genügend ſtark ſein wird, Ausſicht auf Erfolg? Dieſe prinzipielle Frage haben die Veranſtalter des Weltboykotts nicht geſtellt und nicht beantwortet, und gerade ſie iſt für die Beurteilung dieſes neuen internationalen Kampfmittels von ausſchlaggebender Bedeutung. Man muß da eine Unterſcheidung machen, welche die Veranſtalter des Weltboykotts überſehen haben, obzwar ſie ſo primitiv iſt, man muß zwiſchen Induſtrie- und Agrarſtaaten unterſcheiden. Einen Induſtrieſtaat kann man durch einen Weltboykott möglicherweiſe aushungern und ſo auf die Knie zwingen, einen Agrarſtaat wie Ungarn aber nicht. Denn an Lebensmitteln hat er aus ſeiner eigenen Produktion genug, und die Unterbindung der Zufuhr von Induſtrieprodukten und Rohmaterialien kann man ſchließlich einige Wochen lang aushalten — und länger kann ein ſolcher Boykott gar nicht dauern, weil die Nachbarländer des boykottierten Staates, die ihrerſeits auf deſſen Agrarprodukte angewieſen ſind, den Gegenboykott nicht länger aushalten, wie es ſich im vorliegenden Fall an Öſterreich gezeigt hat. Was bezweckt nun aber der Weltboykott der Gewerkſchaften? Die Verbeſſerung der Lebensbedingungen der induſtriellen Arbeiterſchaft in Ländern, in denen dieſe noch nicht ſtark genug iſt, um ſich ſelbſt zu helfen. Das ſind die wirtſchaftlich rückſtändigen, die ganz oder noch überwiegend agrariſchen Länder wie Ungarn eines iſt. Gerade gegen dieſe Länder erweiſt ſich, wie gezeigt, der Weltboykott als unwirkſam. Gegen die anderen, die Induſtrieländer, wäre er aber überflüſſig, da deren Arbeiter ohnedies mächtiger ſind und mehr Bewegungsfreiheit genießen als die anderer Länder, und unmöglich, da ja doch die Arbeiter der Induſtrieländer naturgemäß die boykottierenden ſind und dieſe ſomit nicht auch die Objekte des Boykotts ſein können. Der Weltboykott der Gewerkſchaftsorganiſationen zu ſozialpolitiſchen Zwecken iſt alſo ein wirtſchaftliches Unding, und deswegen ſollte der internationale Gewerkſchaftsbund auch für die Zukunft, wo die Gewerkſchaftsorganiſation ſtärker ſein wird, an derartige Boykotts nicht denken, ſondern ſich an dem einen Mißerfolg in Ungarn genug ſein laſſen, den man auch leicht hätte vorausſehen können, wenn man nicht nach dem falſchen Satz gehandelt hätte: „Vor getan und nach bedacht“.

Die Kaiſer Franz Joſeph I. und Wilhelm II.

Perſönliche Erinnerungen

von

Feldmarſchalleutnant a. D. Albert Freiherr v. Margutti

(Schluß)

Bis zu des Deutſchen Kaiſers nächſtem Wiener Aufenthalte vergingen wieder nahezu drei Jahre; erſt im Juni 1906 kehrte er neuerdings in der Hofburg ein.

Inzwiſchen hatte der Ruſſiſch-Japaniſche Krieg getobt und ungezählte aktuelle Fragen der Weltpolitik mittelbar aufgerollt. — Im Auguſt 1905 war König Eduard VII. in Iſchl, um dort — wie ich aus der Königs Umgebung, mit welcher ich mich, dank meiner Beherrſchung der engliſchen Sprache, in ungezwungener Weiſe öfters zu unterhalten vermochte, nahezu mit Beſtimmtheit erfahren — dem Kaiſer Franz Joſeph ſchon greifbare Vorſchläge zum Zwecke einer Loslöſung von Deutſchland zu machen. Begreiflich, weil Ende Oktober 1904 bei den Kaiſern Wilhelm II. und Nikolaus II. der Gedanke einer Entente zwiſchen Rußland, Deutſchland und Frankreich gegen etwaige Übergriffe und Anmaßungen Englands und Japans erwogen worden. Auf dieshin ließ Frankreich ſogar den Verfechter der engliſch-franzöſiſchen Allianz, Delcaſſé, plötzlich fallen, wodurch der Deutſche Kaiſer und der Zar das Projekt der Schließung eines kontinentalen Ringes gegen England bereits als weitgediehen anzuſehen ſich für befugt erachteten. Eduard VII. ſetzte jetzt ſeinerſeits mit Bemühungen zur Einkreiſung Deutſchlands zielbewußt ein und begann dieſerwegen wieder beim greiſen Kaiſer Franz Joſeph den Hebel anzulegen. Ohne Erfolg; immerhin hatte andererſeits der König im folgenden Winter Frankreich dazugebracht, den Eintritt in eine deutſch-ruſſiſche Koalition abzulehnen, und damit zugleich Rußland bewogen, ſich von Deutſchland wegzuwenden und den Weſtmächten anzuſchließen. Das gab in Wien zu denken. Naturgemäß erwartete nun Kaiſer Franz Joſeph ein Eingreifen Kaiſer Wilhelms und damit eine Klärung der gewitterſchwülen Luft. Der alte Beherrſcher Öſterreich-Ungarns bedurfte überdies — ſage man, was man wolle — der direkten Stütze ſeines Bundesgenoſſen, um allenfallſigen weiteren Zumutungen Eduards VII. mit entſprechendem Nachdrucke zu begegnen.

Deshalb gab auch der Junibeſuch 1906, bei welchem Wilhelm II. in Wien wieder ein glänzender Empfang bereitet wurde, vor allem der Öffentlichkeit in nicht mißzuverſtehender Weiſe die Feſtigkeit des Bündniſſes zwiſchen Deutſchland und der Donaumonarchie kund.

Wie ſehr Kaiſer Franz Joſeph das würdigte, geht aus einem Geſpräche hervor, welches er kurz darauf bei einer Familientafel in Iſchl mit ſeiner Tochter, der Prinzeſſin Giſela von Bayern, führte und wobei er unter anderem ſagte: „Es hat mir wohlgetan, kürzlich dem Kaiſer Wilhelm wieder einmal die Hand drücken zu können; in den gegenwärtigen ſcheinbar ruhigen, aber im Hintergrunde immer arg bewegten Zeiten vermag man gar nicht oft genug zuſammenzukommen, um einander, Aug' im Auge, zu verſichern, wie aufrichtig wir beide nur den Frieden wollen und nichts anderes als den Frieden! In dieſem Beſtreben dürfen wir gegenſeitig fürwahr auf unſere Treue bauen. Er würde mich ebenſowenig jemals im Stiche laſſen wie ich ihn! Das iſt für uns und unſere Völker ein großes Glück! Ich danke es dem Deutſchen Kaiſer aus ganzem Herzen!“

Kaiſer Wilhelms Treue war es nun auch, die der greiſe Kaiſer Franz Joſeph an ihm ſo hoch ſchätzte.

Eine Woche nachher kam die hochbetagte ehemalige Kaiſerin der Franzoſen, Eugenie, nach Iſchl, wo ſie als des Kaiſers Gaſt mehrere Tage weilte. Man raunte ſich zu, daß ſie von Eduard VII. inſtruiert ſei, um ſeine Pläne durch unmittelbare Einflußnahme auf den Kaiſer Franz Joſeph zu fördern. Der die Kaiſerin ſtets begleitende Haushofmeiſter Franceſchini Pietri ſtellte zwar, von mir dieſerhalb befragt, eine ſolche Zumutung aufs entſchiedenſte in Abrede; deſſenungeachtet war es gewiß nur vom Vorteile, daß Kaiſer Wilhelm kurz vorher den Kaiſer Franz Joſeph geſprochen. Letzterer vermochte deswegen, über Gedanken, Abſichten und Zukunftsanſchauungen ſeines Bundesfreundes vollkommen unterrichtet, eventuellen Inſinuationen der Kaiſerin Eugenie von vornherein jede Spitze abzubrechen.

Von den großen Manövern bei Teſchen im September 1906 kehrte Kaiſer Franz Joſeph mit einem ſchweren Bronchialkatarrh heim, welcher, da mit bedenklichen Fiebererſcheinungen verbunden, dem alten Monarchen die größte Schonung auferlegte und ihn ſogar bewog — was bei ihm anſonſt kaum denkbar geweſen wäre —, den zu Ende des gleichen Monats in Dalmatien ſtattfindenden Übungen des Heeres und der Flotte, bei denen ſeine Gegenwart vorausgeſetzt geweſen, fernezubleiben. Es war dies die erſte Erkrankung des Kaiſers, die auch der Allgemeinheit zur Kenntnis gebracht werden mußte; der Begriff, daß der greiſe Herrſcher aus Rückſichten für ſeine Geſundheit auch nur eine ſeiner vielfachen Pflichten hintanzuſtellen gezwungen ſei, kam bisher noch niemand geläufig vor. Daher war allenthalben darob die Sorge eine ungeheure. — Auch da zeigte ſich in beredteſter Weiſe des Deutſchen Kaiſers innige Anhänglichkeit an ſeinen alten Freund. Tagtäglich zog Kaiſer Wilhelm telegraphiſch — oft auch telephoniſch — Erkundigungen nach des Kaiſers Franz Joſeph Befinden ein, ſtellte Ärzte und Medikamente zur Verfügung (welche Angebote zwar dankend abgelehnt wurden), und die Art, in welcher all das geſchah, zeigte deutlich, daß der Deutſche Kaiſer perſönlich die Informationen mit geſpannteſtem Intereſſe einholte und daß dieſelben durchaus nicht Sache der Form und Höflichkeit waren, ſondern tatſächlich tiefen Gefühlen entſprangen. Das bezeugten auch die rührenden Wünſche für des alten Kaiſers Geneſung und die bezüglichen Fürbitten zum Allmächtigen, welche Kaiſer Wilhelm gläubig ſeinen Anfragen beifügte. Als Kaiſer Franz Joſeph endlich des bedrohlichen Übels — welches ſich in den folgenden Jahren leider hartnäckig wiederholte[1]) — endlich Herr geworden, da war Wilhelms II. Freude darüber ſo aufrichtig und echt, daß ſelbſt der ſonſt ungemein zurückhaltende Kaiſer Franz Joſeph kaum die genügenden Worte fand, um ſeiner unbegrenzten Dankbarkeit hiefür gebührend Ausdruck zu verleihen. Auch des alten Kaiſers Umgebung war von dieſer Herzlichkeit des Deutſchen Kaiſers in ſolchen Tagen des Bangens unſäglich ergriffen, und Graf Paar, des Kaiſers Franz Joſeph langjährig bewährter Generaladjutant und wahrhaft ein Vorbild ritterlicher Geſinnung und vornehmer Denkungsart, ſagte da einmal dieſerhalb zu mir: „An Kaiſer Wilhelm könnten ſich viele von unſeres Kaiſers Familie ein Beiſpiel nehmen! Der Deutſche Kaiſer hat faktiſch Mitgefühl für unſeren und erfleht von Gott ſeine Geſundung; möge er erhört werden!“.

Im Auguſt 1907 kam Eduard VII. abermals zum Kaiſer Franz Joſeph nach Iſchl; um dieſe Zeit war bereits der deutſch-britiſche Wettbewerb zur See zum Brennpunkte der engliſchen Politik geworden. Auch hatte ſich Englands Lage im Sinne der Einkreiſungsprojekte des Königs gegenüber dem Vorjahre grundlegend gebeſſert, weil die zentralaſiatiſchen Gegenſätze zwiſchen England und Rußland gerade durch das Auguſtabkommen von 1907 ausgeglichen erſchienen. Und damit war die letzte Vorausſetzung für Deutſchlands Einkreiſung geſchaffen; zu deren vollſtändiger Verwirklichung fehlte nur mehr die Einbeziehung Öſterreich-Ungarns. Eduard VII. ſchlug jetzt in der Richtung wahrſcheinlich ſchärfere Töne bei Kaiſer Franz Joſeph an. Der alte Kaiſer ſah während des königlichen Beſuches auffallend niedergebrochen aus; ein Beweis für den ſchweren Stand, den er in den Wechſelreden mit dem König, vielleicht dem gewiegteſten Politiker unſerer Tage, hatte. Aber Franz Joſeph hielt tapfer durch; er ließ ſich von Deutſchland nicht abwendig machen. Nach des Königs Abreiſe ſpielte unabläſſig der Telegraph zwiſchen Iſchl, Wien und Berlin, und ſelbſt der geringe Einblick, der mir da zu Gebote ſtand, ließ unzweifelhaft erkennen, welch vollſtes Einvernehmen bei den verbündeten Mittelmächten in Allem und Jedem vorwaltete.

---

[1]) So insbeſonders im September 1907 nach des Kaiſers Franz Joſeph Rückkunft von den Kärntner Manöver.

Und im Frühjahre 1908 brachte Wilhelm II. dem Kaiſer Franz Joſeph zum ſechzigſten Regierungsjahre eine ſo ſinnige und beredte Huldigung dar, wie ſie ihresgleichen kaum je gefunden.

Am ſonnigen Vormittage des 7. Mai 1908 erſchien Wilhelm II. an der Spitze aller deutſchen Bundesfürſten[1] und des Hamburger Bürgermeiſters im Schönbrunner Schloſſe, um dem Kaiſer Franz Joſeph zum diamantenen Herrſcherjubiläum Deutſchlands Glückwünſche auszuſprechen. — Es war das für Kaiſer Franz Joſeph einer der ſchönſten Augenblicke in ſeinem langen Leben; eine größere Freude hätte Wilhelm II. ſeinem bejahrten Bundesgenoſſen in vornehmerer Art wohl nicht bereiten können! Noch lange, viele Jahre nachher, gedachte Kaiſer Franz Joſeph dankerfüllt dieſer erhebenden Stunde. Selbſt mitten im Weltkriege, als Generalfeldmarſchall v. Mackenſen im September 1915, auf der Reiſe nach Serbien, in Wien weilte und ihm zu Ehren in Schönbrunn ein Frühſtück ſtattfand, dem auch ich beigezogen war, erwähnte Kaiſer Franz Joſeph dieſer Huldigung in Worten augenfälliger Rührung: „Es war ein herrlicher Moment, vielleicht der ſchönſte meines Daſeins! Jedenfalls der letzte glückliche! Denn nachher kam nur Schlimmes über uns! Verklärt in bleibender Erinnerung bewahre ich getreu die in leuchtenden Farben erglänzende Vorſtellung dieſer erhebenden Minuten, für welche ich dem Kaiſer Wilhelm ſtets und immerdar aus ganzem Herzen erkenntlich bleiben werde.“

Nach dieſer von Wilhelm II. in vollendeter Weiſe angeregten und verwirklichten Glückwunſchhuldigung der deutſchen Fürſten, welche, wie einſt die Kaiſerproklamation in Verſailles, der Deutſchen feſten Zuſammenſchluß unzweifelhaft der Welt kundtat, begannen für den Kaiſer Franz Joſeph jene ſchweren Tage, die ihn dann, beinahe ohne Unterbrechung, bis an ſein Lebensende begleiteten.

Schon am 9. Juni 1908 kamen Eduard VII. und Nikolaus II. in Reval zuſammen, um Englands und Rußlands Eintracht in den Balkanfragen feſtzulegen. Dieſe mußte zum Schlage gegen Deutſchland führen; der um dieſes vom Britenherrſcher gelegte Ring war nun geſchloſſen. Ob Öſterreich-Ungarn ebenfalls in denſelben einbezogen ſein wollte, überließ der politiſch weitdenkende Eduard VII. noch der Entſcheidung des Kaiſers Franz Joſeph. — Im Auguſt 1908 kam er — zum letzten Male — neuerdings nach Iſchl und ſtellte es nun kategoriſch dem greiſen Kaiſer anheim, ſich für oder gegen England zu erklären. Franz Joſeph blieb dem Bunde mit Deutſchland unbeirrt treu.

Was das bedeutete, fühlte man in der Donaumonarchie gleich darauf; die Annexion Bosniens und der Herzogowina beſchwor im Herbſte 1908 die erſte jener ebenſo ſchweren als gefährlichen Kriſen herauf, deren letzte ſechs Jahre nachher leider nur im Weltkriege eine gewaltſame Löſung zu finden vermochte.

Aber ſchon 1908 erwies ſich der Rückhalt an Deutſchland als des Habsburgerſtaates feſteſte und einzig verläßliche Stütze. In ungezählten Beziehungen zwiſchen den verbündeten Völkern offenbarte ſie ſich, während ſie im gegenſeitigen vorbehaltsloſen Vertrauen, in der unverbrüchlichen Freundſchaft der Kaiſer Franz Joſeph und Wilhelm kulminierte. Dies geht aus der umfangreichen Korreſpondenz hervor, welche die beiden Herrſcher im darauffolgenden Winter und Frühjahre miteinander führten und die im Mai 1909, als dank der Bemühungen der zwei Kaiſer der politiſche Horizont Europas ſich wieder einigermaßen erhellte, in einer perſönlichen Ausſprache zwiſchen ihnen gipfelte.

---

[1] Nur der Großherzog von Heſſen fehlte.

Wie dann Wilhelm II., von der Kaiſerin Auguſta Viktoria begleitet, in der Wiener Hofburg erſchien, wurde er nicht nur wie immer von ſeinem bejahrten Freunde und Bundesgenoſſen, ſondern auch von der geſamten Bevölkerung Wiens mit einer kaum je dageweſenen Herzlichkeit, ja geradezu mit Enthuſiasmus willkommen geheißen.

Unſäglich ſchmerzte das Scheiden Kaiſer Wilhelms den alten und jetzt auch anſonſt recht einſam gewordenen Kaiſer Franz Joſeph; er fand nur einigen Troſt in der Hoffnung, ſeines bewährten Bundesgenoſſen Hand bald wieder drücken zu dürfen, bei den großen Manövern in Mähren, an denen teilzunehmen der Deutſche Kaiſer zugeſagt hatte.

Und tatſächlich traf Wilhelm II. in den erſten Septembertagen 1909 mit glänzendem militäriſchem Gefolge im Harrachſchen Schloſſe zu Groß-Meſeritſch, dem Manöverhauptquartiere, ein, wo Kaiſer Franz Joſeph ſeinen Gaſt freudigſt bewegt erwartete. Einige Tage waren hier die beiden Kaiſer beiſammen, auf dem Manöverfelde, bei den Mahlzeiten und — zu längeren perſönlichen Ausſprachen — im Arbeitsraume des greiſen Herrſchers der Donaumonarchie.

Es waren das die letzten Manöver, denen Franz Joſeph überhaupt anwohnte; der alte Kaiſer mochte dies ahnen.

Auch die Übungen wurden nach einer neuen, nicht genügend erprobten und noch weniger eingelebten, etwas an geniale Zerfahrenheit erinnernden und in vielleicht allzu idealer Weiſe die Erzielung kriegsmäßiger Verhältniſſe anſtrebenden Weiſe durchgeführt und boten kaum beſonders lehrreiche, hie und da ſogar unerquickliche Bilder.

Das verſtimmte den alten Kaiſer, zumal auch das Zuſammentreffen des Todestages der Kaiſerin Eliſabeth — 10. September — mit der kurzen Manöverepoche ebenfalls traurige Erinnerungen bei ihm zu erwecken geeignet ſchien.

So war ſeine Laune durchaus keine fröhliche, insbeſonders nicht am obenerwähnten traurigen Gedenktage. In aller Frühe wurde im Schloſſe zu Groß-Meſeritſch, in Kaiſer Franz Joſephs Gegenwart, eine Seelenmeſſe geleſen; Kaiſer Wilhelm hatte ſich inzwiſchen mit ſeinem Stabe aufs Manöverfeld vorausbegeben, wohin Kaiſer Franz Joſeph ihm nach dieſem Gottesdienſte zu folgen hatte.

Nachdem die gemeinſame Mahlzeit im Hofſpeiſezelte erſt für den ſpäteren Nachmittag anberaumt war, wurde für den Kaiſer Wilhelm und ſein Gefolge im Übungsgelände ein ausgiebigeres warmes Frühſtück von der Hofküche beigeſtellt. Dem Kaiſer Franz Joſeph, welcher bei ſeinen Truppen ſtets bloß als Souverän und Soldat, nie an ſich denkend, erſcheinen wollte, behagte dieſe Verfügung keineswegs und trug leider noch dazu bei, ſeine Mißſtimmung zu verſchärfen.

Die beiden Kaiſer trafen einander im Manöverterrain und weilten lange beiſammen, als auf einmal mehrere Fourgons der Hofküche in der Nähe erſchienen und auszupacken begannen, ein Zelt aufgeſchlagen und in dieſem eine kleine wohlgedeckte Tafel hergerichtet wurde. Sobald Kaiſer Franz Joſeph dies bemerkte, verabſchiedete er ſich eiligſt vom Kaiſer Wilhelm und ritt mit ſeinem Stabe, dem auch ich angehörte, weg. Außer Hörweite der Umwelt gelangt, ſagte der alte Kaiſer, ganz gegen ſeine Gewohnheit, ziemlich unwirſch zu uns: „Schauen wir, daß wir weiterkommen; wir haben hier beim Gelage nichts zu ſuchen!“ Und fort ging es im Galopp über Stoppelfelder und Sturzäcker.

An dieſem Tage ſahen ſich die beiden Herrſcher erſt bei der Nachmittagstafel wieder; auch da ſaß Kaiſer Franz Joſeph wortkarg und ernſt da und nahm an den Geſprächen beinahe gar nicht teil. Es tat mir leid, eine ſolche Diſſonanz wegen einer eigentlich mehr als unſchuldigen und für jedermann ſonſt harmloſen Sache beobachten zu müſſen; aber tags darauf zeigte ſich Kaiſer Franz Joſeph ſchon froheren Mutes, und als ſich von ihm vor Manöverſchluß Wilhelm II. verabſchiedete, war auch die gewohnte Herzlichkeit wieder da und der alte Kaiſer rief noch ſeinem ſchon wegfahrenden Freunde einige Male feuchten Auges nach: „Auf Wiederſehen bald, recht bald!“

Letzteres ergab ſich auch in Jahresfriſt, da Kaiſer Franz Joſeph am 18. Auguſt 1910 ſeinen achtzigſten Geburtstag feierte; um ihn hiezu zu beglückwünſchen, traf Kaiſer Wilhelm mit der Kaiſerin und zweien ſeiner Söhne am 20. September 1910 in Schönbrunn ein. Zum letztenmal in offizieller Form. Da gab es der feſtlichen Kundgebungen gar viele und man ſah es dem Kaiſer Franz Joſeph an, wie ſehr es ihn glücklich machte, ſeinen Bundesgenoſſen neuerdings bei ſich zu haben.

Eine der bemerkenswerteſten Veranſtaltungen aus dieſem Anlaſſe war die dem Deutſchen Kaiſer im Wiener Rathauſe vom Gemeinderate der Hauptſtadt bereitete feierliche Huldigung. Als dabei dem Kaiſer ein Willkommentrunk kredenzt wurde, hielt Wilhelm II. jene berühmte Rede, in der er auf die allſeits drohenden Gefahren durch die ſeither zum geflügelten Worte gewordene Anſpielung auf die „ſchimmernde Wehr“ hinwies. Ganz Wien war hiervon begeiſtert.

Nur Kaiſer Franz Joſeph teilte dieſe allgemeine beifällige Anſchauung nicht; des Kaiſers Wilhelm Anſprache war keineswegs nach ſeinem Sinne geweſen. Mehrere Monate ſpäter hörte ich ihn in kleinem Kreiſe ſich dahin äußern: „Wenn nur dem Deutſchen Kaiſer nicht noch einmal ſein Temperament durchgeht! Er iſt zwar, genau ſo wie ich, einzig und allein auf die Erhaltung des Friedens bedacht, aber in dieſer oſtentativen Hervorhebung der Schärfe des deutſchen Schwertes erblicke ich eine Gefahr. Sie kann nur zu leicht dort, wo man uns nicht gut geſinnt iſt — und das dürfte beinahe allüberall der Fall ſein —, mißverſtanden oder abſichtlich falſch gedeutet werden. Das ganze Europa gleicht ja heute einem Pulverfaſſe; da heißt es vorſichtig ſein und darf man nicht einmal unabſichtlich hie und da Funken ſprühen laſſen. Sie könnten doch irgendwo zünden, am Ende auch zur ungelegenſten Zeit!“

Darin wurzelte eben der große Unterſchied zwiſchen dieſen zwei Monarchen. Franz Joſeph vorſichtig, gemeſſen, nie aus ſich heraustretend, einſam, von hoher, vielleicht gar zu weltentrückter Warte aus, den Lauf der Zeiten beobachtend und kaum je deſſen Erſcheinungen unmittelbar ſich zunutze machend; Wilhelm II. impulſiv, initiativ, ſelbſttätig, vieles, möglicherweiſe zu vieles allein und aus ſich ſelbſt lenken wollend, ſtets ſeine eigene Perſönlichkeit als vollwertigſtes Gewicht ohne Vorbehalt in die Wagſchale werfend. — Theoretiſch genommen, käme man zu dem Schluſſe, daß Franz Joſeph I. und Wilhelm II. ſich eigentlich in idealer Weiſe hätten ergänzen müſſen, daß der feſte, vertrauensvolle Zuſammenſchluß dieſer zwei Regenten — wie er ja faktiſch vorhanden — für den europäiſchen Kontinent die verläßlichſte Gewähr ruhigen, von keinerlei gewaltſamen Erſchütterungen getrübten Fortſchrittes zu bieten geradezu berufen erſchien. In der Praxis zeigten ſich die Konſequenzen als diametral den eben angedeuteten Vorausſetzungen entgegengeſetzte: die Kaiſer Franz Joſeph und Wilhelm führten ihre Reiche in den gigantiſchen Weltkrieg hinein, aus welchem das eine bleibend niedergeworfen und gedemütigt, das andere überhaupt nicht mehr hervorging, ſondern an ſeine Stelle nur eine Trümmerſtätte zurückließ. Warum? — Über dieſe Frage legte ich mir mehr gefühlsmäßig als auf Grund forſchender Erwägung die folgende Antwort zurecht: Franz Joſeph I. hatte die habsburgiſche Monarchie ſtets als den in des vergangenen Jahrhunderts fünfziger Jahren oder in der Metternichſchen Ära, Zentraleuropa beherrſchenden deutſchen Großſtaat vor Augen, welcher ſie nicht mehr war, während Wilhelm II. in Deutſchland immer die gewaltige Vormacht des alten Kontinents, vielleicht ſogar der Welt erblickte, welche es noch nicht ſein konnte.

Franz Joſephs lange und an ebenſo ſchmerzlichen als vielſeitigen Erfahrungen überreiche Regierungstätigkeit befähigte ihn jedoch zur Ahnung, daß möglicherweiſe Kaiſer Wilhelm in ſeiner Auffaſſung zu weit gehen und damit jene Gefahr heraufbeſchwören dürfte, welche nicht nur des letzteren, ſondern auch ſeine, des alten Herrſchers Fiktion in Brüche gehen laſſen könnte. Daher auch Kaiſer Franz Joſephs ziemlich unverhüllte Mißbilligung von Wilhelms II. zündender Rede im Wiener Rathauſe, von der man, ebenſo wie überhaupt vom glänzend verlaufenen Beſuche des Deutſchen Kaiſers im September 1910, in der öſterreichiſchen Hauptſtadt noch lange in freudigſter Erregung ſprach.

Darüber vergingen Herbſt und Winter und im Frühjahre 1911 verfügte ſich der alte Kaiſer wieder einmal in ſein ungariſches Schloß Gödöllö — ſein letzter Aufenthalt daſelbſt —, wo er abermals an einem Bronchialkatarrh ernſtlich erkrankte. Diesmal verſchlimmerte ſich jedoch des Kaiſers Befinden derart raſch, daß man ſchon ſein Leben für gefährdet anſehen mußte; nur nach und nach gelang es den Bemühungen hervorragender Ärzte, des Herrſchers Geſundheit langſam wieder herzuſtellen. Auch jetzt gab Kaiſer Wilhelm ſeine innige Teilnahme für den Kaiſer Franz Joſeph in wahrhaft rührenden Beweiſen treueſter Liebe und Anhänglichkeit kund.

Nach dieſer Krankheit, welche beim greiſen Kaiſer bleibende Spuren des Leidens zurückließ, begann man ihn endlich, ſoweit es nur irgendwie angängig war, mit ſchonenden Rückſichten zu umgeben, um ſein für die Völker der Donaumonarchie koſtbares Leben ſolange als möglich zu erhalten.

Kaiſer Wilhelm war der erſte, welcher ſpontan und bereitwillig dieſem Standpunkte vollauf bei ſeinen nächſten Beſuchen in Schönbrunn (1911 und 1912) Rechnung trug; mit allem Nachdruck drang er darauf, daß hiebei jedes offizielle Gepränge peinlichſt vermieden werde, um den Kaiſer Franz Joſeph unter keiner Bedingung irgendwelcher Ermüdung oder gar einer Schädigung ſeiner Geſundheit auszuſetzen. Des Deutſchen Kaiſers Aufenthalte in Wien waren dementſprechend nur mehr ganz kurz, trugen ausſchließlich privaten Charakter und wurden von jeder Art prunkvollen Veranſtaltung entkleidet. Dies auf ausdrücklichen Wunſch des Kaiſers Wilhelm, welcher denſelben treffend dahin motivierte, daß er bloß nach Schönbrunn kommen wolle, um dem Kaiſer Franz Joſeph wieder einmal einen „Guten Morgen!“ zu ſagen, und ſonſt nichts begehre. Doppelt erfreute auf dieſe Art des Deutſchen Kaiſers Anweſenheit ſeinen alten Freund und Bundesgenoſſen, zumal ſich ihm dadurch die für ihn immer willkommener werdende Gelegenheit zu längeren Ausſprachen mit dem Kaiſer Wilhelm bot. Deren bedurfte der Kaiſer Franz Joſeph um ſo mehr, als ſich die politiſche Situation fortan ſtetig umdüſterte und von Jahr zu Jahr gefahrdrohender wurde; der tripolitaniſche Krieg Italiens hatte durch ſeine Ausſtrahlungen im öſtlichen Mittelmeere alle böſen Gewalten entfeſſelt und zu den zwei Balkankriegen den Anſtoß gegeben, deren rieſenhaften Schlußakt das titaniſche Weltenringen bilden ſollte.

In dieſer immer ſchwerer werdenden Zeit ernſteſter Prüfungen ſtanden die beiden Kaiſer unentwegt und unerſchrocken zueinander; ihr ſchriftlicher und telegraphiſcher Verkehr, ebenſo rege als vertrauensvoll, bewies ſozuſagen mit jedem Worte, daß die „Nibelungentreue“ doch kein leerer Wahn geweſen. Und als am 25. Juli 1914 die Schickſalsſtunde für die Donaumonarchie ſchlug, da zeigte es ſich vor aller Welt, wie ſehr Kaiſer Franz Joſeph wohlgetan hatte, vorbehaltslos auf Wilhelm II. zu bauen. Rücken an Rücken ſchickten ſich die zwei mitteleuropäiſchen Großmächte an, ſich heldenhaft der auf ſie von allen Seiten anſtürmenden übergewaltigen Feinde zu erwehren.

Ende November 1915 eilte Wilhelm II. nach Schönbrunn, um ſeinem alten Bundesfreunde wieder einmal die Hand zu drücken.

Es war dies des Deutſchen Kaiſers erſter Beſuch in Wien während der

Kriegszeit, gleichzeitig aber auch ſeine letzte Begegnung mit dem ihm ſo aufrichtig zugetanen, wirklich väterlich geſinnten und anhänglichen Kaiſer Franz Joſeph.

Entſprechend dem ſchon in den früheren Jahren beobachteten Vorgange und dem Ernſte der Zeit gemäß war dieſer Aufenthalt des Kaiſers Wilhelm in Schönbrunn ein ausſchließlich privater, bei welchem jedwede zeremonielle Förmlichkeit und feſtliche Veranſtaltung von vornherein ausgeſchaltet erſchien.

Nur flüchtig ſah ich den Deutſchen Kaiſer bei dieſem Anlaſſe; er kam mir lebhaft, aufgeräumt und guter Dinge vor, wenngleich auffallend gealtert. Geſprochen habe ich Wilhelm II. nicht.

Generaladjutant Graf Paar erzählte mir jedoch nach der zu Ehren Kaiſer Wilhelms in kleinem Kreiſe ſtattgehabten Hoftafel, welcher bloß das engſte Gefolge der beiden Monarchen beigezogen worden war, daß er den Deutſchen Kaiſer weſentlich verändert gefunden habe. „Schon ſo lange kenne ich den Kaiſer Wilhelm,“ ſagte Graf Paar; „aber diesmal war er nicht derſelbe. Er befand ſich nicht mehr in ſeinem Elemente; es kam mir vor — vielleicht irre ich mich, aber ich kann mir da nicht helfen —, daß all ſein lebhaftes Reden, ſeine zeitweiſe Fröhlichkeit und ſein zuverſichtliches Gehaben nur gemacht ſeien und letzten Endes doch nur ſeine ſorgenvoll nachdenkliche, um nicht zu ſagen traurige Stimmung zu verbergen hätten. Beide Kaiſer erweckten in mir, was ſonſt nie der Fall, den Eindruck einer gewiſſen Verlegenheit im gegenſeitigen Verkehre; begreiflich, denn beide wollten immer und immer nur die Erhaltung des Friedens, traten jederzeit, unbeirrt durch alle Nebenumſtände, voll und ganz dafür ein und nun trafen ſie zuſammen mit dem Gefühle des ſchrecklichſten Bankrotts aller ihrer ehrlichen Beſtrebungen, mitten im greuelhaften Weltkriege, dem furchtbarſten, den je die Welt geſehen, und vielleicht mit dem peinigenden Bewußtſein, wenn auch ungewollt, doch die unſeligen Anſtifter dieſes europäiſchen Brandes geweſen zu ſein. Daraus vermag ich mir die Beklommenheit im Geſpräche der zwei Kaiſer miteinander zu erklären, welche erſt allmählich der alten Vertraulichkeit wich.“ „Wenn mich nicht alles trügt,“ ſo fuhr der von mir hochverehrte Generaladjutant fort, „erſcheint mir Kaiſer Wilhelm ſeiner Sache durchaus nicht ganz ſicher. Er ſieht in der Zukunft doch bedeutende Gefahren; deswegen redet er nicht viel darüber und vermeidet es, über dieſelbe nähere Ausblicke vorauszuſagen. Das gefällt mir von ihm; auch da zeigt er ſich als der ernſte und gediegene Mann, der er immer geweſen. Ich bin überzeugt, daß der Deutſche Kaiſer, ebenſo wie unſerer, dem Kriege je eher je lieber ein Ziel ſetzen und denſelben raſcheſtens beendigen möchte, ſelbſt um den Preis etwaiger Opfer. Vielleicht bin ich da auf falſcher Fährte, aber ich kann mich dieſer Empfindung nicht erwehren.“ Die gleiche charakteriſtiſche Auffaſſung wiederholte Graf Paar auch ſpäterhin einigemal; ſie beruhte alſo zweifellos nicht auf ſubjektiven flüchtigen Wahrnehmungen, ſondern ſtellte ſich dar als das Ergebnis reiflichen Nachdenkens über die von ihm während des letzten Aufenthaltes des Deutſchen Kaiſers in Schönbrunn geſammelten Beobachtungen.

Kaiſer Franz Joſeph ſah ſeinen treuen Freund und Verbündeten nicht wieder; der gewaltige Krieg nahm ungehemmt ſeinen Fortgang, und im Frühjahre 1916 reihten ſich den bisherigen Erfolgen der Mittelmächte im Norden und Südoſten auch ſolche des öſterreichiſch-ungariſchen Heeres im Südweſten an, die jedoch allzubald durch ſchwere Mißgeſchicke an der ruſſiſchen Front leider übertönt wurden. Auch da zeigte ſich aber wieder Kaiſer Wilhelms hilfsbereite Hand; deutſche Kräfte ſtellten mit der ihnen eigenen Tüchtigkeit und Energie das Gleichgewicht im Nordoſten wieder her, und der greiſe Herrſcher in Schönbrunn dankte zu wiederholten Malen neuerdings dem Kaiſer Wilhelm für ſeinen ſtets zu Schirm und Abwehr bereiten wehrhaften Arm, auf welchen man unter allen Umſtänden in der Donaumonarchie zu rechnen befugt war. Und immer und immer wieder ſann Kaiſer Franz Joſeph auf die Möglichkeit einer Erreichung des Friedens; in ſeiner unausgeſetzt regen Korreſpondenz mit dem Deutſchen Kaiſer gelangte dies ebenfalls zum Ausdrucke und fand ſicherlich beim Kaiſer Wilhelm verſtändnisvollen Widerhall. Daß hievon auch Kaiſer Franz Joſeph überzeugt war, bewies mir einmal eine leiſe bezügliche Andeutung aus ſeinem eigenen Munde.

Anfangs Juli 1916 wurde Wiener-Neuſtadt von einem furchtbaren Zyklon heimgeſucht, welcher arge Verwüſtungen anrichtete und dem beklagenswerterweiſe auch Menſchen zum Opfer fielen. Sobald das der alte Kaiſer erfuhr, ſandte er mich dahin, um an Ort und Stelle Erhebungen über den Umfang des Unglückes zu pflegen und ihm darüber zu berichten. Von dieſer Miſſion aus Wiener-Neuſtadt zurückgekehrt, erſtattete ich dem Kaiſer über meine dortigen Wahrnehmungen Meldung; daran knüpfte der Monarch einige Bemerkungen über die letzten ungünſtigen Nachrichten vom öſtlichen Kriegsſchauplatze, wo die Ruſſen die öſterreichiſch-ungariſchen Kräfte in verluſtreichen Kämpfen weit zurückgeworfen ſowie einen Teil der Bukowina mit der Hauptſtadt Czernowitz neuerdings erobert hatten. Über dieſe mißliche Wendung der Dinge zeigte ſich der alte Kaiſer außerordentlich betrübt und niedergeſchlagen. Nach einer Pauſe in ſtiller Überlegung ſetzte er, tief aufſeufzend, das Geſpräch mit den Worten fort: „Wer weiß, wozu ſolche Fügung Gottes doch gut iſt! Vielleicht bringt ſie uns irgendwie dem Frieden näher! Dieſen möchte ich noch erleben; das allein liegt mir am Herzen! Und ich weiß, daß der Deutſche Kaiſer auch gar nicht anders denkt! Möge uns nur bald, recht bald die Vorſehung den Weg zum Kriegsabſchluſſe weiſen!“

Die Erfüllung dieſes ſeines ſehnlichſten, einzigen Wunſches blieb dem Kaiſer Franz Joſeph verſagt. Der Allmächtige hatte es anders gewollt und es dabei ſicherlich mit ihm gut gemeint. Denn für die Donaumonarchie gab es keinen Frieden mehr; er bedeutete nur ihren Untergang.

Um die Oktobermitte trat beim greiſen Souverän wieder ein ſtarker, diesmal beſonders heftiger Katarrh auf, dem ſich dann eine Lungenentzündung hinzugeſellte, die einen ſchleichenden Verlauf nahm, ſich durch keinerlei Mittel mehr bannen ließ und gegen welche des Kaiſers Franz Joſeph eiſerne, wirklich bewundernswerte Körperkonſtitution lange aufs hartnäckigſte ankämpfte; vergebens! — Am 21. November 1916 ſchloß der allverehrte Herrſcher Öſterreich-Ungarns, bis zum letzten Augenblicke in heroiſcher Selbſtüberwindung ſeinen Regentenpflichten aufs gewiſſenhafteſte nachkommend, die Augen für immer.

Nur ſelbſtverſtändlich erſcheint es, daß auch während der Todeskrankheit des Kaiſers Franz Joſeph jederzeit Kaiſer Wilhelm im Geiſte bei ihm weilte; nicht nur mittels Kundgebungen rührendſter Teilnahme, ſondern auch durch ſolche aufrichtenden tröſtlichen Zuſpruches. Letzterer bot dem alten Kaiſer wirklich ſeeliſche Schmerzenslinderung, und noch an ſeinem Sterbetage gab er ausdrücklichen Auftrag, daß dem Deutſchen Kaiſer ſein innigſter Dank übermittelt werde für alles, was er in ſeiner Herzensgüte für den Kaiſer Franz Joſeph jetzt und früher getan und wofür ihn bloß der Himmel lohnen könne. Es war zugleich Franz Joſephs Abſchied vom treueſten ſeiner Freunde, ſein letztes Lebewohl!

Der Leichenfeier für den altbewährten väterlichen Freund und Bundesgenoſſen blieb Kaiſer Wilhelm II. ferne. Ein Unwohlſein verhinderte ihn, daran teilzunehmen; der Deutſche Kronprinz vertrat ihn hiebei. Die Wiener haben nie mehr Wilhelm II. in ihrer Kaiſerſtadt beherbergt . . .

Die gegenſeitigen Beziehungen der Kaiſer Franz Joſeph I. und Wilhelm II. habe ich, inſoweit dieſelben für mich überhaupt einigermaßen feſtſtellbar geweſen, mit meiner ſchwachen Feder wiederzugeben verſucht. Ich konnte nur ein mangelhaftes, unvollſtändiges und mehr als flüchtiges Bild entwerfen, deſſen verſchwommene Umriſſe eine deutlichere Schärfe nur hinſichtlich der Bewertung von Kaiſer Wilhelms Friedensliebe, Familienſinn, Gottesglauben und Treue durch ſeinen greiſen Freund und Verbündeten aufweiſen; da vermochte ich kräftigere Striche zu führen, weil ich ſelbſt es hörte, wie Kaiſer Franz Joſeph gerade dieſe Eigenſchaften des Deutſchen Kaiſers preiſend hervorhob.

Welch' ſonſtige Meinung der alte Monarch vom Kaiſer Wilhelm II. hatte, wie er über deſſen Herrſcherfähigkeiten, Geiſtesgaben und Vorgangsweiſe dachte, vermochte ich hingegen nie zu ergründen. Das gelang mir nicht; vielleicht anderen ebenſowenig.

Denn in dem Beſtreben, auch darüber einige Anhaltspunkte zu gewinnen, richtete ich einmal — es war dies Ende November 1915, unmittelbar nach des Deutſchen Kaiſers letztem Beſuche in Wien — direkt an den Generaladjutanten Grafen Paar eine bezügliche Frage. Graf Paar kam ſeit mehr als einem Vierteljahrhundert tagtäglich mit dem Kaiſer Franz Joſeph zuſammen, war verdientermaßen des Herrſchers Vertrauter und mußte demnach dieſerhalb wohl Beſcheid wiſſen.

Nachdenklich antwortete mir der vortreffliche alte Generaladjutant: „Nicht zum erſten Male wird dieſe Frage an mich geſtellt; oft und oft ſah ich mich derſelben gegenüber. Und ſtets mußte ich die Erwiderung darauf ſchuldig bleiben. So auch jetzt. Denn über die Wahrnehmung des Wohlgefallens unſeres

Kaiſers an des Kaiſers Wilhelm Religioſität, Familienleben, Friedenswillen und Charakterfeſtigkeit bin ich ebenfalls nicht hinausgekommen. — Was ſonſt Kaiſer Franz Joſeph vom Deutſchen Kaiſer hält, blieb auch mir unbekannt. Denn er ſprach ſich niemals über Kaiſer Wilhelms Tüchtigkeit, über deſſen Denkweiſe, über ſeiner Pläne und Abſichten Richtigkeit irgendwie aus. Hat man aber von unſerem Herrſcher je gehört, daß er ſein Urteil über irgendeine Perſon offen kundgetan hätte? — Kaum; ich wenigſtens vernahm nie ein ſolches aus Kaiſer Franz Joſephs Mund. — Dieſe abſolute Zurückhaltung erachtet unſer Kaiſer als eine der vornehmſten Regentenpflichten und er ſetzt ſich in keinem Falle und unter keiner Bedingung über ſie hinweg. Am allerwenigſten, wenn es ſich, wie hier, um des Kaiſers Franz Joſeph bewährteſten Bundesgenoſſen und — daran iſt kein Zweifel — auch beſten Freund handelt. — Eines ſteht jedoch feſt: Kaiſer Franz Joſeph iſt dem Kaiſer Wilhelm viel, viel inniger zugetan, als jedem anderen Souverän, mit dem er je Verkehr gepflogen, und weiters kann ich mit allem Nachdrucke noch behaupten, daß unſer Kaiſer dem Deutſchen Kaiſer voll und ganz vertraut. Das will aber gerade beim Kaiſer Franz Joſeph genug, ſogar ſehr viel ſagen!"

Daß Wilhelm II. dieſe Gefühle des alten Kaiſers aufrichtigſt und rückhaltslos erwiderte, bewies er der ganzen Welt, den Zeitgenoſſen und Nachfahren, durch Taten, welche die Geſchichte mit ehernem Griffel für alle kommenden Jahrhunderte auf einem ihrer unvergänglichſten Blätter verzeichnete.

Und ſo glaube ich am ſinnfälligſten das Verhältnis dieſer zwei bedeutenden Herrſcher zueinander mit dem altwürttembergiſchen Wappenſpruche kurz kennzeichnen zu dürfen:

In Treue feſt.

Der Wind und ſeine Bedeutung für das wirtſchaftliche Leben

Von

Prof. Dr. Polis, Direktor des Meteorologiſchen Obſervatoriums Aachen

In dem letzten Jahrzehnt hat ſich das Intereſſe für das Studium der Luftbewegung außerordentlich geſteigert, hat man doch bei allen Fragen der Luftfahrt Meſſungen der Richtung und Geſchwindigkeit des Windes ſowohl in den erdnahen Schichten als in der freien Atmoſphäre notwendig. Daher wird auch die in Entwicklung begriffene Verkehrsluftfahrt ſich die verſchiedenen Methoden der meteorologiſchen Höhenforſchung nutzbar machen müſſen.[1] So hat man bei der Luftfahrt bereits die Atmoſphäredichtigkeit wie Bewegung vollends ausgenutzt, in der Ausnutzung der Windkräfte zu techniſchen Zwecken befindet man ſich noch im Anfangsſtadium. Wohl wird in den windreicheren Gebieten Norddeutſchlands durch Mühlen und Windmotoren Kraft gewonnen, aber im Vergleich zu der tatſächlichen Energie des Windes iſt dieſe verſchwindend; ſie beträgt etwa im Durchſchnitt kaum 5 Prozent des Möglichen. Hier verſpricht eine eingehendere Ausnutzung der Windkräfte — die überall vorhanden ſind — einen nicht zu unterſchätzenden Nutzen für unſer geſamtes Erwerbsleben, vor allem ſeine Übertragung in elektriſche Energie eine bedeutende Erſparnis an Licht, Kohle und Kraft. Die Schwierigkeiten, die der Windverwertung ſich entgegenſtellen, liegen indes in der Unregelmäßigkeit der Windſtärke, der ſogenannten „Turbulenz“.

In der nachfolgenden Niederſchrift ſollen nun einige Geſichtspunkte über Entſtehung und Meſſung des Windes ſowie die geographiſche Verteilung der Windſtärke und ihre Ausnutzung gegeben werden.

1. Entſtehung des Windes

Werden irgendwelche Stellen der Erdoberfläche ſtärker erwärmt, ſo nehmen die über dieſem Gebiete liegenden Luftmaſſen an der Erwärmung teil; ſie erhalten damit gegen ihre weitere Umgebung einen Wärmeüberſchuß, werden leichter und ſteigen in die Höhe; in der Höhe fließen dieſe Luftmaſſen ab — der Luftdruck vermindert ſich —, wodurch über der erwärmten Stelle eine Gleichgewichtsſtörung entſteht. Um dieſe auszugleichen, ſetzen ſich von allen Seiten Luftmaſſen gegen die erwärmte Stelle in Bewegung: ſo entſtehen Strömungen, die man als Wind empfindet. Dieſe Luftſtrömungen verlaufen jedoch nicht gradlinig, ſondern ablenkende Kräfte bewirken eine mehr oder weniger große Ablenkung der Luftſtrömungen von der geraden Richtung; es entſtehen Wirbelbewegungen, und zwar fließt die Luft in ſpiralförmigen Linien um die Gebiete hohen und niederen Druckes (Fig. 1). Dieſe Windſyſteme beſtimmen nicht nur die Richtung des Windes, ſondern auch ſeine Geſchwindigkeit; denn je größer die Luftdruckgegenſätze — gemeſſen durch die barometriſchen Unterſchiede —, um ſo ſchneller erfolgt auch die Bewegung der Luftmaſſen (Fig. 1).

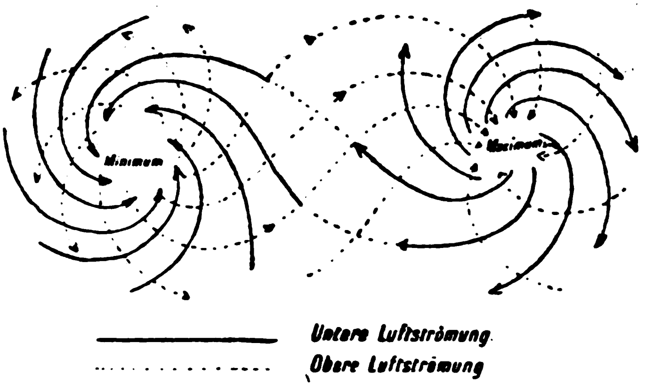


Fig. 1. Strömungen der Luft in den Tief- und Hochdruckgebieten

Außer dieſen als Wind empfundenen, meiſt horizontal verlaufenden Bewegungen treten in der Atmoſphäre Vertikalbewegungen auf. Schon beim

Überſchreiten eines Gebirgszuges werden die Luftmaſſen gezwungen, auf- und abwärts gerichtete Bewegungen anzunehmen. In den größeren atmoſphäriſchen Wirbeln kommen ebenfalls Vertikalbewegungen vor, und zwar

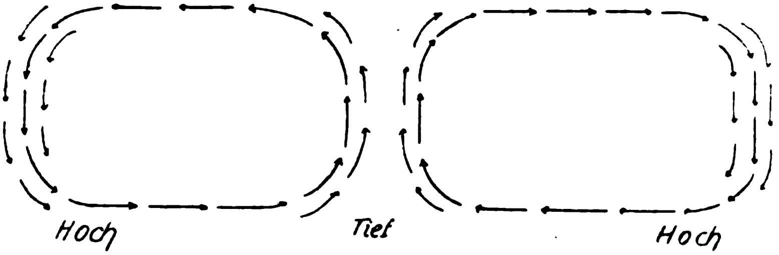


Fig. 2. Vertikalbewegung im Hoch- und Tiefdruckgebiet

im Tiefdruckgebiete aufſteigende, im Hochdruckgebiete niederſinkende Luftſtrömungen (Fig. 2). Dieſe Strömungen gehen meiſt ſehr langſam vor ſich, im Höchſtfalle bis zu 4 Meter per Sekunde, rufen jedoch eine Reihe von Witterungserſcheinungen hervor.

Aber auch neben- und übereinanderliegende Luftmaſſen von verſchiedener Temperatur werden Strömungen und Wirbelbewegungen verurſachen, da die ungleiche Erwärmung und damit das ungleiche Gewicht Veranlaſſung zu Gleichgewichtsſtörungen geben. Im Gleichgewicht iſt die Luft in der Atmoſphäre nur dann, wenn die Wärmeabnahme den Wert von einem Grad für 101 Meter Höhenunterſchied nicht überſchreitet. Liegen indes kältere Luftmaſſen über wärmeren, ſo bilden ſich Vertikalbewegungen, die kälteren und ſchweren ſtürzen herunter; beim Herunterſtürzen der kälteren Luftmaſſen treten ebenfalls Wirbelbewegungen auf.

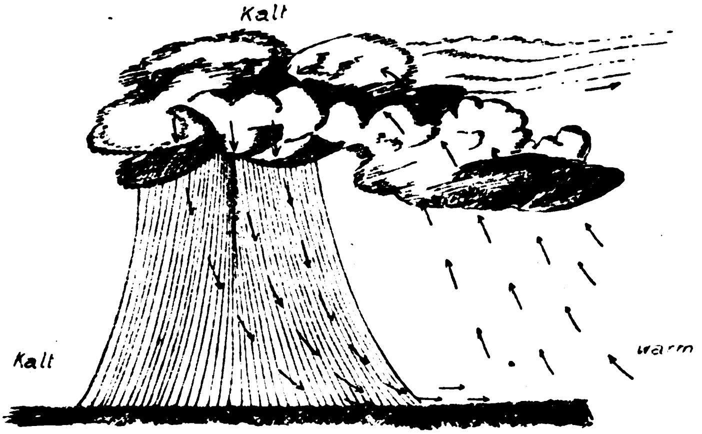


Fig. 3. Windbewegung in einer Böenwolke

Man unterſcheidet Wirbelbewegungen, die ſich um eine horizontale Achſe — Böen, Gewitterböen — ſowie ſolche, die ſich um eine vertikale drehen, in welche Tornados, Tromben uſw. einzureihen ſind. Gewitter und Böen ſind meteorologiſch als die gleiche Störungsart zu bezeichnen, ſie unterſcheiden ſich nur dadurch, daß erſtere von elektriſchen Entladungen begleitet ſind. Böen ziehen in großen Fronten von geringer Tiefe; eine Böenwolke hat das Ausſehen einer langen Walze. Auf der Vorderſeite ſteigen die wärmeren Luftmaſſen auf, wobei es zur Verdichtung des in der Atmoſphäre enthaltenen Waſſerdampfes kommt, während auf der Rückſeite kältere Luftmaſſen herunterſteigen, ſo daß die ganze Erſcheinung ſich als eine fortſchreitende Wirbelbewegung um eine horizontale Achſe darſtellt (Fig. 3). Dementſprechend zeichnen die Regiſtrierungen von Luftdruck und Temperatur ganz typiſche Kurven auf, Druckſtufe — Gewitternaſe — und Temperaturſturz (Fig. 4). Aus der Wetterkarte erkennt man ſie aus den ſchroffen Ausbuchtungen der Iſobaren, die auf der Vorderſeite von ſüdlichen Winden, auf der Rückſeite von weſtlichen und nordweſtlichen Winden begleitet ſind.

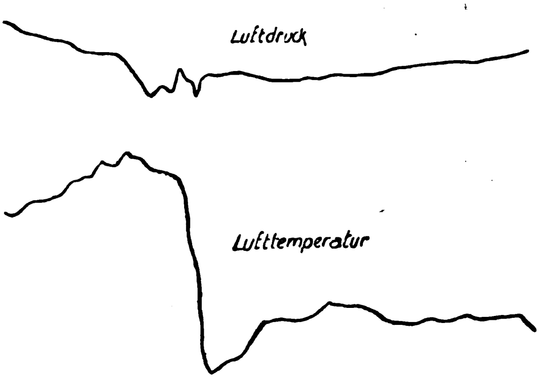


Fig. 4. Luftdruck und Temperatur-Regiſtrierung bei einer Gewitterböe

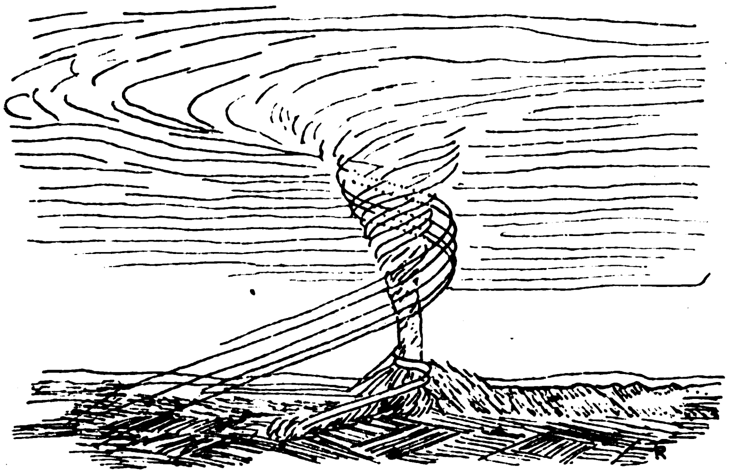


Fig. 5. Luftbewegung in einem Tornado

Ganz anders verhält ſich die Mechanik bei „Tromben“, „Tornados“, die Wirbelbewegungen um eine vertikale Achſe bilden mit einem intenſiv aufſteigenden Luftſtrome geringen Durchmeſſers, oft nur von hundert Meter, die jedoch in unſeren Gegenden zu den größten Seltenheiten gehören (Fig. 5). Die Regiſtrierung des Luftdrucks zeichnet alsdann einen nahezu ſenkrechten Strich (Fig. 6).

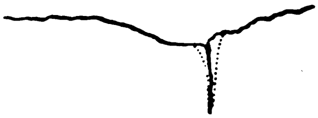


Fig. 6. Luftregiſtrierung bei Tromben

Außer den durch die Verteilung des Luftdrucks (und der Wärme) entſtehenden Luftbewegungen werden auch durch die Geſtaltung und Beſchaffenheit des Erdbodens Strömungen hervorgerufen. Durch die Bodenbeſchaffenheit deswegen, weil je nach der Wärmeaufnahmefähigkeit des Bodens die Luft ſtärker aufſteigt und damit durch Störung des Gleichgewichtes wieder Luftbewegungen ausgelöſt werden, durch die Bodengeſtaltung, indem den Luftbahnen Hinderniſſe in den Weg gelegt werden, welche ſie zwingen, Vertikalbewegungen anzunehmen. In der Nähe der Erdoberfläche werden die Luftbahnen meiſt nicht geradlinig, ſondern mehr oder weniger zur Erdoberfläche geneigt, in Wellenlinien verlaufen. So iſt in der Nähe der Erdoberfläche die Luftbewegung beſonders unſtetig, ihrer Richtung und Stärke nach ſchnell wechſelnd, die ſogenannte „Turbulenz“. Die Luftbewegung ſetzt ſich aus vielen Einzelſtößen zuſammen, welche die mittlere Bewegung überlagern. Ferner werden dieſe pulſatoriſchen Bewegungen um ſo größer ſein, je größer die Windgeſchwindigkeit iſt. Ungleichmäßige Verteilung von Waſſer und Land, Berg und Tal, auch meteorologiſche Einflüſſe, wie Sonnenſtrahlung, ſtark wechſelnde Bewölkung uſw. werden dieſe Bewegungserſcheinungen nur begünſtigen. Die Höhe, bis zu welcher dieſe Unruhe der Luft hinaufreicht, hängt von der Bewegung ſelbſt, den Geländeverhältniſſen, den meteorologiſchen Einflüſſen uſw. ab; bei ruhiger Luft, glattem Boden iſt ſie am geringſten, vor Bergen hingegen infolge der Stauung der Luft, welche auch eine Vermehrung der Niederſchläge hervorrufen, am größten, da hierdurch die Luft vor den Berggeländen zum Aufſtieg gezwungen wird. Auch vor Wäldern, die ein ſtarkes Hindernis bilden, wird eine Stauwirkung eintreten, damit ein aufſteigender, hinter dem Walde ein abſteigender Luftſtrom einſetzen.

Man kann folgende Bewegungsformen unterſcheiden: 1. Windſprünge, größere Veränderungen in der Windgeſchwindigkeit bei nahe übereinanderliegenden Schichten, die ſogenannten Luftlöcher der Flieger; 2. Böen, thermiſche Fallböen und Gebirgsböen; dieſe ſtellen Vertikalbewegungen dar, welche durch Wärmeunterſchiede in der Vertikalen oder durch die Bodengeſtaltung hervorgerufen werden.

Für die Entwicklung örtlicher thermiſcher Böen gewährt die Golzheimer Heide bei Düſſeldorf ein treffendes Beiſpiel. Die größere Erwärmung der Luft über dem Sandboden der Golzheimer Heide in Verbindung mit den relativ kälteren Luftſchichten über dem Rheinſtrom (letzterer umfließt die Golzheimer Heide halbinſelartig), bedingen Luftſtrömungen, welche in der Sommerzeit vom kälteren Rheinſtrome nach der Golzheimer Heide wehen. Dieſe treten von der allgemeinen Wetterlage unabhängig auf und bedingen Strömungen mit ſtärkerer Bewegung in den wärmſten Tagesſtunden, ähnlich dem Vorgange von Land- und Seewinden.

Bei horizontal und vertikal auftretenden größeren Wärmeunterſchieden (alſo ſchneller Erwärmung der unteren Luftſchichten, ſtarker Wärmeabnahme nach oben) wird der Eintritt eines labilen Gleichgewichtszuſtandes begünſtigt und damit die Neigung zu Vertikalbewegungen, welche Veranlaſſung zu plötzlich auftretenden Windſtößen (Böen) geben.

Periodiſche Wechſel der Richtung und Stärke des Windes treten an den Küſten und in den Gebirgen auf; ſie ſind für die Küſtengebiete auf die ungleiche

Erwärmung von Waſſer und Land zurückzuführen. So entſteht infolge der ſtärkeren Erwärmung eine Windbewegung, die in den unteren Luftſchichten vom kälteren zum wärmeren Gebiet führt, d. h. bei Tage Seewind, bei Nacht Landwind. Über den großen Kontinenten, wie Aſien, Nordamerika, Auſtralien, entwickelt ſich hier eine periodiſche Änderung der Luftdruck- und Windverteilung zwiſchen warmer und kalter Jahreszeit. Im Winter entſtehen Hochdruckgebiete, die aus dem Kontinent herauswehende, im Sommer hingegen Tiefdruckgebiete, die einſtrömende Winde erzeugen; dieſe bezeichnet man als Monſune (z. B. Südoſtküſte Aſiens Sommer Südweſt-, Winter Nordoſtwinde). Eine ähnliche Erſcheinung bedingen abgeſchloſſene Seebecken (Kaſpiſches Meer), nur daß hier der Monſum umgekehrt verläuft, da in der wärmeren Jahreszeit die See kälter — abfließende Luftmaſſen bedingt —, in der kälteren Jahreszeit hingegen wärmer — einſtrömende Luftmaſſen erzeugt — iſt. Einen ähnlichen regelmäßigen Windwechſel findet man in Gebirgstälern, wo am Tage aufwärtsfließende, bei Nacht abwärtsſtrömende Luftmaſſen eintreten (z. B. im Oberengadin das Malojatal).

2. Meſſung des Windes

Die Beobachtung des Windes bezieht ſich auf Richtung und Stärke ſowie Meſſung der Geſchwindigkeit ausgedrückt in Sekundenmetern. Als Richtung des Windes bezeichnet man diejenige, aus welcher der Wind weht; die Stärke wird meiſt ſchätzungsweiſe nach einer zwölfteiligen Skala (Beaufortſkala) beſtimmt. Zur abſoluten Meſſung der Geſchwindigkeit bedient man ſich der Anemometer. Am verbreitetſten iſt das Robinſonſche Schalenkreuz, Rotationsanemometer, welches geſtattet, Richtung und Geſchwindigkeit fortwährend aufzuzeichnen, indes nur Mittelwerte liefert, zur Ableitung mittlerer Werte für klimatiſche Zwecke daher beſonders wichtig iſt. Derartige Inſtrumente beruhen auf dem Prinzip, den Windweg zu ermitteln, der alsdann in Sekundenmeter ausgedrückt wird. In neuerer Zeit hat man indes, der Entwicklung der Luftfahrt entſprechend, auch Inſtrumente gebaut, welche es geſtatten, die Einzelſtöße des Windes aufzuzeichnen (ſogenannte hydroſtatiſche Windmeſſer, regiſtrierende Böenmeſſer), um hierdurch auch plötzliche Änderungen der Windgeſchwindigkeit zu ermitteln. Im weſentlichen beruhen derartige Apparate auf Druck- und Saugwirkung, indem man eine mit Waſſer gefüllte, U-förmig gebogene Glasröhre in den Luftſtrom bringt und das Abſinken und Anſteigen der Waſſerſäule mißt; die Größe des Abſtandes beider Flüſſigkeitsſpiegel iſt abhängig von der Windgeſchwindigkeit. Eine derartige Meſſung ergibt auf paſſend gewähltem Regiſtrierpapier bei geeigneten Zeitintervallen für jeden einzelnen Windſtoß ſeine Richtung und Geſchwindigkeit.

Der Wind wird nicht allein in der Nähe der Erdoberfläche gemeſſen, ſondern auch in der freien Atmoſphäre, einmal indem Anemometer bei Feſſelballonen und Drachenaufſtiegen verwendet werden, um ſomit in den verſchiedenen Höhen Richtung und Geſchwindigkeit der Luftbewegung aufzuzeichnen.

Eine verhältnismäßig einfache Methode iſt die mittels Pilotballone. Ein Kautſchukballon mit Waſſerſtoffgas gefüllt, dehnt ſich gleichmäßig aus und beſitzt dadurch eine gleichmäßige Steiggeſchwindigkeit; Vorausſetzung iſt dabei, daß keine ſtärkeren vertikalen Luftbewegungen vorhanden ſind. Ein ſolcher Ballon, den Luftſtrömungen überlaſſen, wird mittelſt Theodoliten angeſchnitten, Höhen- und Seitenwinkel in beſtimmten Zeitintervallen beſtimmt, und hieraus unter Berückſichtigung ſeiner Höhe die Flugbahn ermittelt; und aus dieſer Richtung und Geſchwindigkeit des Windes in den einzelnen Höhen. Genauere Reſultate gibt die Doppelviſierung mittels Theodoliten von zwei Standpunkten, aus dem Unterſchied zwiſchen beiden Meßreſultaten auch die Größe etwa auftretenden Vertikalbewegungen. Dieſe Methode hat ſich beſonders bei der Luftfahrt eingebürgert, und während des Weltkrieges ſind von allen kriegsführenden Armeen bei ihrem Heereswetterdienſt derartige Windmeſſungen in ſehr großer Zahl angeſtellt worden.

3. Geographiſche Verteilung des Windes in Deutſchland

Scheinbar regellos gehen die Veränderungen in der Luftdruckverteilung von Tag zu Tag vor ſich, die meiſt durch den Vorüberzug der vom Atlantiſchen Ozean nach Europa ziehenden Tiefdruckgebiete bedingt werden. Indes ergeben ſich bei tieferem Studium der täglichen Wetterkarten, namentlich bei eingehenderem Betrachten der Luftdruckverteilung über die Nordhemiſphäre, allgemeine Richtlinien; denn Richtung und Stärke des Windes iſt von der Verteilung des Luftdruckes abhängig. Drei große Aktionszentren wirken beſtimmend auf die Luftdruckverteilung und damit auch auf die Windverhältniſſe von Europa ein; nämlich die Hochdruckgebiete über dem Atlantiſchen Ozean (Azorenhoch) und dem aſiatiſchen Kontinent ſowie das große zwiſchen Grönland und Island über dem Nordatlantiſchen Ozean auftretende Tiefdruckgebiet. Je nach der Jahreszeit, dem Ausbreiten und Vorherrſchen eines dieſer Windſyſteme entſtehen auch für den mitteleuropäiſchen Kontinent große Veränderungen in der Windverteilung. In der wärmeren Jahreszeit, namentlich vom Mai bis September, übt das Azorenhoch einen beſtimmenden Einfluß auf die Wind- und Witterungsverhältniſſe des weſtlichen und mittleren Europa aus. Die von dieſem Hoch abfließenden Luftmaſſen bedingen auch für Deutſchland eine mehr weſtliche und nordweſtliche Luftſtrömung, die in den Häufigkeitswerten der Windverteilung zum Ausdruck kommt. In den Herbſtmonaten wölbt ſich das aſiatiſche Hochdruckgebiet mehr und mehr auf; es erreicht ſeine größte Mächtigkeit in den eigentlichen Wintermonaten, breitet ſich alsdann nach dem öſtlichen Europa aus und damit beginnt das Auftreten kontinentaler, von dieſem Hochdruckgebiet abfließenden Luftmaſſen, Winde aus nordöſtlicher und öſtlicher Richtung. Das dritte große Aktionszentrum, das Tief bei Island, von welchem namentlich in der kälteren Jahreszeit ſtärkere Wirbel in öſtlicher und ſüdöſtlicher Richtung nach dem europäiſchen Kontinent ziehen, bedingt ſüdweſtliche und weſtliche Winde und vor allem eine regelmäßige Winddrehung. Hier machen ſich in den Häufigkeitswerten die Höchſtwerte der ſüdweſtlichen Luftſtrömungen beſonders in der kälteren Jahreszeit bemerkbar. Je nach der Zugrichtung der Tiefdruckgebiete verlaufen die Windwechſel ſchneller oder langſamer, auch können bei ſüdlich eingeſchlagenen Bahnen der Gebiete niedrigen Druckes nördliche und nordöſtliche Luftſtrömungen auftreten. So werden ſich zwiſchen dem mehr ozeaniſchen Klima des weſtlichen — namentlich nordweſtlichen — Deutſchlands zu dem kontinentaleren des öſtlichen — beſonders ſüdöſtlichen — Deutſchlands auch größere Gegenſätze der Windverteilung ausprägen müſſen. Auch die Geſchwindigkeit der Luftbewegung wird durch die Verteilung des Luftdrucks bedingt, indem je nach der Größe der Druckunterſchiede (meiſt in Tiefdrucklagen) ſtärkere Luftbewegung eintritt. Ferner übt auch die Gliederung des Geländes auf Richtung und Geſchwindigkeit der Luftſtrömungen einen großen Einfluß aus, was ebenfalls bei allen techniſchen Fragen beſonders erörtert und beachtet werden muß.

Tabelle I enthält eine Überſicht der Windverteilung nach geographiſchen Gruppen in Prozenten, und zwar für das Jahr ſowie für die Winter- und Sommermonate.

Das Gebiet iſt nach folgenden geographiſchen Gruppen unter Berückſichtigung orographiſch-hydrographiſcher Geſichtspunkte eingeteilt:

1. Nordſeeküſte.
2. Oſtſeeküſte.
3. Nordweſtdeutſchland — Binnenland — zwiſchen Maas, Niederrhein und Weſer.
4. Nördliches Mitteldeutſchland, Niederung zwiſchen Weſer und Oder.
5. Südliches Mitteldeutſchland, Bergland und die zwiſchen den Zuflüſſen von Weſer und Oder begrenzten Niederungen; ſüdliche Grenze bildet der Main.
6. Oſtdeutſchland — Binnenland — öſtlich der Oder in der Hauptſache das Weichſelgebiet.
7. Nordoſtdeutſchland, Oſtpreußen.
2. Südoſtdeutſchland, Schleſien.
9. Südweſtdeutſchland, das obere Mittelrheingebiet.
10. Süddeutſchland in der Hauptſache Bayern, Württemberg ſowie der öſtliche Teil des badiſchen Schwarzwaldes.

Dieſe Zuſammenſtellung zeigt vor allem eine größere Verſchiedenheit zwiſchen den Stationen der Niederung und den Höhenſtationen, bei welch letzteren die weſtliche Komponente bedeutend zunimmt. Ferner treten größere Gegenſätze in der Windverteilung zwiſchen dem weſtlichen und öſtlichen, insbeſondere zwiſchen dem nordweſtlichen und ſüdöſtlichen Deutſchland auf. So hat Weſtdeutſchland und die Nordſeeküſte an 26,6 bzw. 19,6 Prozent Südweſtwinde, Oſtdeutſchland hingegen 18,6 und Südoſtdeutſchland 16,5 Prozent Südweſtwinde. Dahingegen ſind im öſtlichen Deutſchland die Häufigkeits-

Tabelle I.

Windverteilung nach geographiſchen Gruppen in Prozenten:

		N	NO	O	SO	S	SW	W	NW
Nordſeeküſte	Winter	5,2	8,9	12,1	12,2	8,9	24,4	14,9	10,0
	Sommer	10,7	7,9	6,8	6,5	5,7	16,6	19,0	23,5.
	Jahr	8,3	9,1	10,2	10,2	7,5	19,6	15,4	15,9
Oſtſeeküſte	Winter	5,8	7,4	9,6	15,3	17,1	18,1	13,5	9,5
	Sommer	10,2	10,9	7,1	6,7	8,8	13,5	21,7	16,3
	Jahr	8,0	10,9	9,6	11,7	19,5	14,9	15,9	11,7
Weſtdeutſches Binnenland	Winter	6,4	9,8	8,6	6,3	9,4	30,5	14,4	7,8
	Sommer	9,0	8,2	5,2	4,5	6,5	24,7	18,6	17,6
	Jahr	8,0	10,3	7,1	5,8	8,7	26,6	15,5	12,2
Nördl. Mitteldeutſchland	Winter	3,8	6,2	12,9	12,0	9,7	18,6	22,4	10,5
	Sommer	6,1	7,4	8,2	7,7	6,0	15,4	26,0	18,5
	Jahr	5,1	7,3	11,5	10,7	7,8	16,5	22,0	13,9
Südl. Mitteldeutſchland	Winter	6,4	5,9	8,6	10,6	17,6	17,1	20,2	9,3
	Sommer	9,2	5,3	6,1	6,6	10,8	16,6	24,1	15,3
	Jahr	8,7	6,3	8,3	8,9	13,8	16,3	20,5	11,9
Oſtdeutſchland	Winter	5,6	10,7	14,0	8,4	6,3	21,7	21,4	8,8
	Sommer	8,9	10,2	8,0	4,7	5,1	17,0	25,6	15,3
	Jahr	7,3	11,6	11,8	7,3	6,0	18,6	21,8	11,1
Süddeutſchland	Winter	4,5	19,3	6,1	6,1	3,5	27,1	19,6	7,2
	Sommer	4,7	19,4	5,9	4,7	3,1	22,0	23,0	11,5
	Jahr	4,9	20,3	6,6	5,6	3,5	23,3	20,7	9,3
Südoſtdeutſchland	Winter	4,6	4,2	7,2	14,7	13,6	20,8	19,0	12,9
	Sommer	6,4	5,6	5,5	10,4	9,6	13,6	22,2	22,3
	Jahr	5,8	5,4	7,3	13,2	12,1	16,5	19,1	17,0
Südweſtdeutſchland	Winter	8,4	12,1	10,2	6,3	12,0	21,7	11,6	5,7
	Sommer	10,5	9,0	6,9	6,5	9,6	24,8	13,7	6,9
	Jahr	10,1	11,1	8,9	6,6	10,4	24,7	12,2	7,7

werte der öſtlichen Winde zahlreicher als im weſtlichen Deutſchland. Die weiteren Einzelheiten ſind aus der Tabelle ſelbſt erſichtlich.

Tabelle II gibt eine Überſicht über die Geſchwindigkeit des Windes; es ſind in dieſer die Jahresmittel der prozentariſchen Häufigkeit nach Schwellenwerten geordnet, angegeben. Hierbei wurden folgende Gruppen der Windgeſchwindigkeit gebildet. Die Werte beziehen ſich auf Meter in der Sekunde.

1. Windſtille und ganz ſchwache Winde, entſprechend den Windgeſchwindigkeiten von 0 bis 2 Sekundenmeter.
2. Mäßige Winde von mehr als 2 bis 5 Sekundenmeter.
3. Friſche Winde von mehr als 5 bis 10 Sekundenmeter.
4. Steife und ſtarke Winde von 10 bis 15 Sekundenmeter.
5. Stürmiſche Winde von mehr als 15 Sekundenmeter Geſchwindigkeit.

Die geringſte mittlere Windgeſchwindigkeit hat Süd- (78 Prozent) und Südoſtdeutſchland (80 Prozent), von Norddeutſchland iſt Mitteldeutſchland am meiſten durch ſchwache Winde gekennzeichnet, und zwar der ſüdliche Teil mit 76 Prozent, der nördliche mit 73 Prozent. Die wenigſten ſchwachen Winde weiſt Nordoſt- und Oſtdeutſchland auf.

Friſche Winde von 5 bis 10 Meter per Sekunde finden ſich am meiſten in Nordoſtdeutſchland mit 27 Prozent, an zweiter Stelle ſteht die Nordſeeküſte mit 26 Prozent, dann die Oſtſeeküſte mit 25 Prozent; die wenigſten friſchen Winde haben Süd- (17 Prozent) und Südweſtdeutſchland mit 16 Prozent. Die meiſten friſchen Winde hat Freiberg in Sachſen mit 51 Prozent, eine Folge des Auftretens von Berg- und Talwinden des Erzgebirges, die wenigſten Celle mit 5 Prozent. Starke und ſteife Winde (10 bis 15 Meter per Sekunde) treten am häufigſten auf in Nordoſt- (11 Prozent) und Oſtdeutſchland (9 Prozent), dann an der Oſt- und Nordſeeküſte (8 Prozent), am wenigſten im nördlichen Mitteldeutſchland (3,5 Prozent) und in Südoſtdeutſchland (2,5 Prozent). Die meiſten ſtarken Winde haben Hela mit 14 Prozent und Altſtadt mit 13 Prozent, die wenigſten Bad Elſter und Leipzig mit 0,8 Prozent.

Die meiſten ſtürmiſchen Winde (von mehr als 15 Meter per Sekunde) haben die Oſtſeeküſte (2,8 Prozent) und Oſtdeutſchland; es folgen alsdann Weſtdeutſchland mit 2,1 und die Nordſeeküſte mit 1,4, während die wenigſten in Mittel- (0,7) und Süddeutſchland (0,2) vorkommen. Hela an der Oſtſeeküſte hat 9,4, Leipzig hingegen 0 Prozent ſtürmiſche Winde.

Die letzte Spalte der Tabelle gibt den Windweg in Meter an, bezogen auf die Zeit von 100 Sekunden; man erhält dieſen Wert durch Multiplikation der prozentariſchen Häufigkeit mit dem mittleren Schwellenwert und Summierung der Produkte.

Ein Jahr von 365 Tagen hat 31 536 000 Sekunden, durch Multiplikation mit 315 360 erhält man den Windweg in Kilometer für das Jahr und durch Diviſion durch 100 die mittlere Geſchwindigkeit für eine Sekunde. So erhielte man beiſpielsweiſe für die Nordſeeküſte folgende Windwege:

In den Stufen:	unter 5 m (2,5)	5 bis 10 m (7,5)	10 bis 15 m (12,5)	über 15 m (17,5)	Summe
Für 100 Sekunden:	164,0	192,8	95,0	24,5	476,3 Meter
Jahr:	51 719	60 786	29 959	7726	150 190 Kilometer

Für allerlei techniſche Fragen kann man daher den mittleren Windweg für irgendein beliebiges Gebiet in einer gewiſſen Zeit, z. B. für die Sommermonate (Juni bis Auguſt = 92 Tage · 3600 + 24 = 7 948 800 Sekunden), berechnen, um hiermit beiſpielsweiſe die Nutzwirkung eines Windmotors in einer gewiſſen Zeit zu ermitteln. Die Einzelheiten über die Windwege in den verſchiedenen Gebieten ſind aus Tabelle II erſichtlich.

Während bei Anlagen von Luftſchiffhäfen Orte mit ſchwachen Winden beſonders zu berückſichtigen und ſolche mit ſtarken bzw. ſtürmiſchen Winden zu vermeiden wären, wird man bei Ausnutzung der Windkräfte gerade die

Tabelle II.

Jahresmittel der prozentariſchen Häufigkeit der Windgeſchwindigkeit

Geographiſche Bezirke	mittl. Seehöhe	unter 5 m	5 bis 10 m	10 bis 15 m	über 15 m	Windweg für 100 Sek. in m
Nordſeeküſte	20	65,6	25,7	7,6	1,4	475,4
Oſtſeeküſte	13	64,5	24,6	8,0	2,8	501,3
Weſtdeutſchland	131	71,5	20,2	6,3	2,1	445,3
Nördliches Mitteldeutſchland	43	73,1	22,7	3,5	0,7	408,2
Südliches Mitteldeutſchland	268	76,0	19,2	4,1	0,7	397,2
Oſtdeutſchland	49	62,4	25,6	9,4	2,5	509,7
Nordoſtdeutſchland	175	60,7	27,3	10,7	1,3	489,6
Südoſtdeutſchland	168	80,2	16,5	2,5	0,2	360,0
Südweſtdeutſchland	232	76,0	17,6	4,8	1,5	410,4
Süddeutſchland	493	77,7	16,6	5,0	0,9	395,7
Mittel aller Gruppen	186	71,8	21,0	5,8	1,4	433,7
Höhenſtationen, Einzelwerte						
Brocken	1140	29,1	32,8	23,7	14,4	866,9
Schneekoppe	1603	36,2	24,7	23,0	16,1	696,4
Großer Belchen (Vogeſen)	1394	57,3	26,7	11,1	4,7	489,3
Dobel	687	76,7	17,7	5,1	0,5	464,7
Höchenſchwand (bad. Schwarzw.)	1005	81,6	14,5	2,5	1,4	364,5
Geſamtmittel der Höhenſtationen	956	63,3	23,2	9,5	3,9	507,4

Die Tabellen und Zuſammenſtellung ſind der Arbeit R. Aßmann: „Die Winde in Deutſchland“, entnommen. Braunſchweig, Verlag von Fr. Vieweg & Sohn.

windreichſten Gebiete in Betracht ziehen. Solche Gegenden werden ſich beſonders eignen, wo der Wind im mittleren Durchſchnitt eine größere Geſchwindigkeit und gleichmäßige Stärke beſitzt. Gebiete, an denen öfters ſtürmiſche, namentlich böige Luftbewegungen auftreten, wie Teile der Oſtſeeküſte, ſo die Umgebung der Danziger Bucht, wären nicht geeignet, auch Gegenden, in denen viele Flauten vorkommen, ſind für die Aufſtellung von Windmotoren unbrauchbar. Anbei einige Beiſpiele windreicher und windſchwacher Orte.

Windreiche Orte

	Seehöhe	unter m	5 bis 10 m	10 bis 15 m	über 15 m p. Sek.	Windweg
Borkum	4	61,9	26,8	8,9	2,4	508,8
Schwerin	57	50,0	40,7	7,6	1,7	554,9
Hela	5	51,0	25,6	14,0	9,4	691,7
Poſen	58	56,0	28,7	1,6	3,7	564,7
Altſtadt	190	54,0	31,6	13,2	1,5	563,7

Windſchwache Orte

	Seehöhe	unter m	5 bis 10 m	10 bis 15 m	über 15 m p. Sek.	Windweg
Celle	37	93,6	5,2	1,1	0,1	288,4
Kaſſel	202	88,9	8,7	2,2	0,2	318,5
Leipzig	117	88,8	10,4	0,8	0,0	310,3
Bad Elſter	500	90,6	8,5	0,8	0,1	302,0
München	528	89,0	9,0	1,8	0,3	317,6

Die Windgeſchwindigkeit nimmt mit der Höhe raſch zu, beſonders in der freien Atmoſphäre (ſ. ſpäter), aber auch in Berglagen herrſcht eine größere Windgeſchwindigkeit als in den Niederungen. Der untere Teil der Tabelle II enthält einige Werte der Windſtärke in höheren Lagen. So haben Brocken und Schneekoppe weſentlich höhere Werte als die Niederungen, die Anzahl der ſchwachen Winde tritt ganz weſentlich zurück (Brocken nur 29 Prozent); dahingegen haben die Höhenlagen der ſüddeutſchen Gebirge weit ſchwächere Luftbewegung und die Hochfläche des Schwarzwaldes (ſ. Höchenſchwand, ſchwache Winde 82 Prozent) weiſt ähnliche Verhältniſſe wie die Stationen der Niederungen in Süddeutſchland auf. Wichtig iſt auch die Windverteilung in den einzelnen Jahreszeiten. Es würde jedoch eine Betrachtung dieſer Werte zu weit führen und muß daher auf die einzelnen Monographien, in denen ſolche niedergelegt ſind, hingewieſen werden.

Der tägliche Gang der Windgeſchwindigkeit kann nur durch regiſtrierende Inſtrumente, ſogenannte Anemometer, ermittelt werden. Die mittleren Stundenwerte für einen zehnjährigen Zeitraum, wie ſie an dem Meteorologiſchen Obſervatorium Aachen ermittelt wurden, ſind nachſtehend angegebene:

12—1	1—2	2—3	3—4	4—5	5—6	6—7	7—8	8—9	9—10	10—11	11—12	vorm.
4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,2	4,2	4,4	4,5	4,7	5,0	5,2	
5,2	5,2	5,1	5,0	4,8	4,6	4,4	4,3	4,2	4,2	4,1	4,1	nachm.

Sie zeigen, daß die windreichſte Zeit bei Tage, und zwar 12 bis 4 Uhr nachmittags, die windſchwächſte auf die Nachtzeiten fällt. Die tägliche Periode des Windes kehrt ſich allerdings ſchon in mäßigen Höhenlagen um, eine Folge von Vertikalbewegungen; namentlich in der freien Atmoſphäre nimmt die Windſtärke in den wärmſten Tagesſtunden gerade ab.

4. Der Wind in der Vertikalen

Schon in dem vorausgegangenen Abſchnitt ſind einige Bemerkungen über die Verteilung der Windrichtung und Geſchwindigkeit an Hand der Höhenſtationen gemacht worden. Tabelle II enthält auch die Jahresmittel der prozentariſchen Häufigkeit der Windgeſchwindigkeit für einige Höhenorte. Indes gewähren dieſe Werte ohne weiteres kein Bild über die Windverhältniſſe in der freien Atmoſphäre, da dieſe durch die Unterlage beeinflußt werden. Erſt durch die

Schaffung von geeigneten Methoden — die Meſſung des Windes bei Drachenaufſtiegen ſowie durch Pilotballone — war es möglich, auch Zahlenwerte für die einzelnen Höhengruppen in der freien Atmoſphäre abzuleiten. Für techniſche Fragen der Windausnutzung kommen nur die unterſten Schichten der freien Atmoſphäre in Betracht; für die Forſchung hingegen haben die geſamten, aus der freien Atmoſphäre hergeleiteten Werte äußerſt wichtige Reſultate gezeitigt. So erreicht in einer Höhe von etwa 500 Meter die Windſtärke bereits den doppelten Wert wie in der Nähe des Erdbodens, darüber hinaus nimmt die Windſtärke hingegen nur ſehr langſam zu. In einer Höhe von 2 bis 3 Kilometer verringert ſich die Windgeſchwindigkeit, da in dieſen Schichten ſtärkere Vertikalbewegungen und damit Kondenſationsprozeſſe, wie Bildung von Wolken und Niederſchlägen auftreten. Eine Überſicht der bisherigen Ergebniſſe über die mittlere Geſchwindigkeit in der freien Atmoſphäre in den einzelnen Höhen wie ſie aus Drachenaufſtiegen zu Lindenberg und Hamburg-Großborſtel gewonnen wurden, iſt in nachfolgender Zuſammenſtellung niedergelegt.

Mittlere Windgeſchwindigkeit

		Lindenberg (Aeronautiſches Obſervatorium)				
Höhe	Boden	500	1000	2000	3000	4000
(122 m)	5,2	9,3	9,6	10,0	11,0	12,0
		Großborſtel-Hamburg (Drachenſtation)				
(40 m)	5,2	10,9	11,7	12,6	14,9	
		Derbyſhire (England)				
(335 m)	5,0	8,5	11,8	13,6		

Dieſe Werte ergeben vor allem das eingangs erwähnte Reſultat, die außerordentlich ſchnelle Zunahme der Windgeſchwindigkeit in den unterſten Höhenſchichten; in der kälteren Jahreszeit iſt die Zunahme der Windſtärke in den unteren Schichten größer als in der wärmeren. In den letzten Jahren ſind auf den Türmen der Großfunkenſtationen in Nauen und Eilveſe von Hellmann und Köppen Windmeßapparate in den verſchiedenſten Höhen (bis etwa 125 Meter) aufgeſtellt worden, um auf dieſe Weiſe die Windverhältniſſe in den dem Erdboden nahen Schichten zu unterſuchen. Aus dieſen Ergebniſſen laſſen ſich vor allem auch für die Aufſtellung von Windturbinen und damit für die Ausnutzung der Windkräfte wertvolle Anhaltspunkte finden. Hieraus läßt ſich die Frage klären, in welchen Höhen über der Erdoberfläche der erforderliche „Betriebswind“ zum Betreiben der Windmotore erreicht wird. Die ſchlanken und hohen Stahlrohrtürme der modernen Großfunkenſtationen eignen ſich beſonders zur Aufſtellung von Windmeßapparaten. Auf Grund der zu Nauen und Eilveſe gewonnenen Windmeſſungen konnte das Geſetz über die Windverteilung in den unterſten Schichten abgeleitet werden. Die Ergebniſſe für die Windbeobachtungen zu Eilveſe und Nauen hat Peppler[1] wie folgt zuſammengeſtellt:

---

[1] Peppler: „Das Geſetz der Windzunahme mit der Höhe und die Aufſtellung von Windturbinen“. Das Wetter 1920, Heft 5/6.

Windzunahme mit der Höhe in Zentimeter für 1 Meter Erhebung

Boden — 2	2—9	9—16	16—124 m
116	12	6	2 cm.

Dieſe Werte ergeben eine viermalige Abſtufung; bis zu 2 Meter Höhe eine ſehr große Windzunahme von 116 Zentimeter für 1 Meter Erhebung; eine zweite Schicht von 2 bis 10 Meter Höhe in der die Windzunahme für 1 Meter $^1/_{10}$, eine dritte von 10 bis 16 Meter in der dieſelbe $^1/_{20}$, und eine vierte oberhalb 16 Meter, in welcher ſie $^1/_{60}$ des Betrages der unterſten Bodenſchicht erreicht.

Dementſprechend iſt alſo für Aufſtellung der Windmotoren die günſtigſte Höhe etwa 16 Meter über dem Erdboden, da jede weitere Erhebung nur wenig Gewinn an Wind, hingegen für die Aufſtellung der Motoren erhebliche Mehrkoſten bringen würde.

Der Windgewinn mit zunehmender Erhebung wird durch nachſtehende Zuſammenſtellung veranſchaulicht.

Windgewinn mit zunehmender Höhe in Prozenten des Windes in 2 Meter Höhe

Höhe	5	10	15	20	30	40 m
Eilveſe	18	29	35	40	46	50 %

Bis zu 15 Meter Höhe werden 17 %, von 15 bis 40 Meter hingegen 15 % Wind gewonnen. Dieſes Geſetz über die Windzunahme iſt indes nur für die norddeutſche Tiefebene gültig, kann daher auf das ſtark gegliederte und hügelige Gelände der deutſchen Mittelgebirge ſowie in Süddeutſchland keine Anwendung finden; hier müſſen weitere Unterſuchungen noch Aufklärung bringen. Auch über die Luftbewegung der dem Erdboden unmittelbar aufruhenden Schichten ſind eingehendere Verſuche an einem eigens dazu eingerichteten Windmeßverſuchsfeld auf den Nuthewieſen am Potsdamer Obſervatorium angeſtellt worden. Die Anemometer, die in verſchiedenen Höhen von 5 Zentimeter bis zu 2 Meter über der Erdoberfläche aufgeſtellt wurden, zeigen vor allem eine Zunahme der Windſtärke nach oben, die in 2 Meter Höhe zweieinhalbmal ſo groß iſt wie am Erdboden in 5 Zentimeter Höhe. Die mittleren Geſchwindigkeiten für die einzelnen Höhen verteilen ſich wie folgt:

0,05	0,25	0,50	1,0	2,0 m
1,0	1,6	2.0	2,4	2,7 m p. Sek.

Hellmann: „Über die Bewegung der Luft in den unterſten Schichten der Atmoſphäre". Sitzungsberichte der Preuß. Akademie der Wiſſenſchaften, 1919, XXII.

Die Ausnutzung der Windkräfte iſt eine der erſten Forderungen, um der großen Kohlenknappheit zu begegnen; die Übertragung der Windkräfte in elektriſche Energie zu Heizungs- und Beleuchtungszwecken wird man beſonders in den *windreicheren* Gebieten anzuſtreben haben. Die Aufſtellung von

Windmotoren würde nach den neuen Unterſuchungen über die Windverhältniſſe für die norddeutſche Tiefebene in einer Höhe von etwa 16 Meter zu erfolgen haben, da in dieſer Höhe die Höchſtwerte der Windzunahme bereits erreicht iſt und die weitere Windverſtärkung nach oben nur langſam erfolgt. In der kälteren Jahreszeit würden die Windräder zur Herſtellung von Licht und Wärme, in der wärmeren zu anderen nützlichen Zwecken wie Betreibung von kleineren Motoren, zu induſtriellen und landwirtſchaftlichen Zwecken benutzt werden, um ſomit die Betriebskoſten einzubringen. Bei der Aufſtellung von Windrädern wird man die Windverhältniſſe in den verſchiedenen Gebieten, ihre Richtung und Geſchwindigkeit, bei ihrer Nutzwirkung für Heizzwecke auch die Wärmeverhältniſſe in Betracht zu ziehen haben.

Literariſche Berichte

Kurd von Schlözer. Jugendbriefe. 1841—1856. Herausgegeben von L. v. Schlözer. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Gebunden M. 25.—.

Als vor Jahren aus dem Nachlaß Kurd von Schlözers, des ehemaligen preußiſchen Geſandten am Vatikan, der von pietätvoller Hand zuſammengeſtellte Band „Römiſche Briefe“ erſchien, war man ſich einig, daß damit der reiche Schatz deutſcher Briefliteratur um ein köſtliches Kleinod reicher geworden ſei, und die dann folgenden „Mexikaniſchen Briefe“, die ſich zeitlich an die „Römiſchen Briefe“ anſchließen, konnten das Urteil über den Briefſchreiber Schlözer nur beſtätigen. Nun liegt ein neuer Band Briefe aus Schlözers Feder vor, von denen eine Anzahl der intereſſanteſten den Leſern der „Deutſchen Revue“ ſchon durch den Vorabdruck in unſerer Zeitſchrift bekannt ſind; ſie gewähren uns Einblick in den Familien- und Freundeskreis, in dem der feine, hochbegabte Mann wurzelte, in die Jahre ſeiner Entwicklung vom Hiſtoriker zum Diplomaten und in das geſellſchaftliche Leben, wie die landſchaftlichen und hiſtoriſchen Hintergründe all der ſchönen und berühmten Stätten, an die ihn ſeine Lehr- und Wanderjahre führten. Nicht in Sturm und Drang vollzieht ſich der Werdegang des jungen, durch Abſtammung aus einer alten geiſtig hochkultivierten Familie und durch eigene Anlage vornehmen Gelehrten und Weltmanns; dieſer feine, immer regſame, für alles Echte empfängliche Geiſt bedurfte nicht gewaltſamer Aufrüttlungen und Stöße des Schickſals, um ſich ſeiner inneren Beſtimmung bewußt und über die Wege, die er gehen mußte, klar zu werden. Aber in den Briefen des Jünglings kündigen ſich ſchon an und treten immer deutlicher hervor jene Eigenſchaften, die das Leſen ſeiner ſpäteren Briefe ſo genußreich machen: die Sicherheit des Blicks und Freiheit des Urteils, die lächelnde und doch innerlich oft recht ernſthafte Skepſis gegenüber allem, was ſich ſelbſt zu feierlich und wichtig nimmt, der geſchichtliche Sinn, der ſich gern in die Vergangenheit verſenkt und zur Gegenwart ſchon hiſtoriſche Diſtanz zu nehmen verſteht. Dazu kommt die pietätvolle Verehrung für die Eltern, die herzliche Anhänglichkeit an Geſchwiſter und Freunde, wodurch die Briefe einen Ton menſchlicher Wärme bekommen, der ſie beſonders anziehend macht. Das Buch umfaßt im weſentlichen die Jahre 1841—56 und führt uns unter anderem nach Göttingen, Bonn, Berlin, die großen belgiſchen Städte, Paris uſw., endlich nach Petersburg, wo mit dem Antritt ſeiner erſten diplomatiſchen Stellung die Jugendbriefe abſchließen. So ſind es geſchichtlich bedeutſame Zeiten, vielfach wechſelnde, bald idylliſche, bald glänzende Orte, die uns in den Briefen wieder lebendig werden, geſehen durch ein Temperament, das auf die Außenwelt in ſeiner eigenſten Weiſe reagiert und die empfangenen Eindrücke lebensvoll geſtaltet.

Die Technik des Altertums. Von Dr. Albert Neuburger. Mit 676 Abbildungen. Geh. M. 24.—, geb. M. 30.—. R. Voigtländers Verlag in Leipzig.

So viel wir ſonſt über das Altertum wiſſen, ſo wenig iſt uns über die Technik im Altertum bekannt, und doch iſt dieſes Gebiet für uns von großem Intereſſe. Der Grund liegt wohl darin, daß die Philologen, die ſich mit der Erforſchung des Altertums befaßten, nicht genügend vorgebildet waren, um das Gebiet der Technik erſchöpfend zu behandeln, während den Technikern vielfach die nötigen Sprachkenntniſſe mangelten oder die Gelegenheit, tiefer in die ſprachwiſſenſchaftliche Seite der alten techniſchen Fachausdrücke einzudringen. Erſt in neuerer Zeit iſt erſt ein ziemlich umfaſſender Einblick in die techniſche Entwicklung des Altertums gewonnen worden. Aber ein zuſammenfaſſendes Werk gab es bisher nicht. Da iſt es dankbar zu begrüßen, daß Dr. Albert Neuburger, der ſich durch lange Jahre eingehend mit der Technik des Altertums befaßte, es unternommen hat, das ganze Gebiet in möglichſt weitem Umfange zuſammenfaſſend zu behandeln. Das Werk, das er uns darbietet, iſt in jeder Beziehung wundervoll, wir konnten gar nicht wieder von ihm loskommen, ſo hat es uns gefeſſelt, und wir machen unſere Leſer dringend auf das auch in der Ausſtattung ſchöne Buch aufmerkſam. Es findet jeder etwas für ihn Intereſſantes darin. H.

Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi. Erinnerungen von Julius v. Eckardt. Leipzig, S. Hirzel. Preis M. 8.—, gebunden M. 14.—.

Im Jahre 1910 erſchienen die „Lebenserinnerungen“ J. v. Eckardts, des Deutſchruſſen, der durch vorzüglich orientierende Schriften über die Zuſtände ſeiner engeren Heimat, wie über Geſellſchaft und Politik des offiziellen Rußland in Deutſchland bekannt geworden, ſeit den ſiebziger Jahren, zuerſt als hamburgiſcher Senatsſekretär, dann auf verſchiedenen Poſten als deutſcher Generalkonſul ſeine ebenſo breit angelegte wie tiefe Bildung, ſeinen vornehmen, aufrechten Charakter in den Dienſt des damals noch neuen, kraft- und ruhmvollen Reichs ſtellte. Seine Erinnerungen darf man kühnlich zu dem Allerbeſten der neueren deutſchen Memoirenliteratur zählen: vollendet in der literariſchen Form, voll kluger, künſtleriſch geformter Beobachtungen von Menſchen und Zuſtänden, außer mit tief empfundenen, farbenreichen Naturſchilderungen auch mit manch köſtlichen anekdotiſchen Zügen die Darſtellung belebend. An dies Buch werden wir erinnert durch die jetzt veröffentlichte Schrift, die eigentlich ſeinen Schlußteil bildete, der aber damals aus perſönlichen und politiſchen Gründen zurückgeſtellt wurde. Man kann heute dieſe Gründe nachfühlen und würdigen, aber doch zugleich die Tatſache bedauern. Wir ſehen aus dieſen Kapiteln wieder, was ſchon ſeine Schrift „Berlin, Wien, Rom“ (1892) erkennen ließ, daß Eckardt in dem Kampfe, der nach der Entlaſſung Bismarcks entbrannte, ſich ganz auf die Seite des Kaiſers und Caprivis ſtellte. Ohne der hiſtoriſchen Größe ſeiner Leiſtungen und ſeines Werks Bewunderung und Dank zu verſagen, ſteht er dem Groll des zu Tatloſigkeit verdammten Genius der Tat kühl und verſtändnislos, der tiefen und freilich oft auch recht lauten Entrüſtung und Erbitterung aller patriotiſch empfindenden Deutſchen, zu denen ſich damals wohl auch manch zweifelhafte Perſönlichkeiten geſellten, verurteilend gegenüber. Um dieſe Stellung ganz zu verſtehen, muß man die Perſönlichkeit Eckardts aus jenen beiden Bänden her lebhaft in Erinnerung und Anſchauung haben; auch dann jedoch wird man z. B. das völlige Hinweggehen über den Wiener „Uriasbrief“ nicht recht begreifen. Aber ſicher ſcheint mir, daß Eckardt kaum mit derſelben loyalen Wärme für den Kaiſer eingetreten wäre, wenn er alles gewußt hätte, was wir ſeitdem erfahren haben. Und wenn er die ſchlimmen politiſchen Folgen der Entlaſſung Bismarcks damals gewiß viel zu niedrig einſchätzte, ſo entgeht doch ſeinem klaren Blick und ſittlich verfeinerten Empfinden nicht, wie Mittelmäßigkeit und Dilettantismus emporwucherten, als die große Eiche gefällt war. Allzu gläubig gegen allerlei Klatſcherei und Nörgelei der Bureaux, die noch nachträglich gegen Bismarcks „Gewaltherrſchaft“ ſich auflehnen, legt er doch durch ſein richtiges Gefühl Zeugnis dafür ab, daß vieles anders geweſen ſein muß: wie charakteriſtiſch für beide Teile, daß derjenige Mann des Auswärtigen Amtes, mit dem er menſchlich und beruflich am beſten auskommt, der heutige Geſandte a. D. Raſchdau, allezeit einer der treueſten Anhänger und verſtändnisvollſten Bewunderer Bismarcks geweſen und geblieben iſt! Im übrigen kann hier eine ſachliche Nachprüfung der einzelnen Beſchwerden gegen den Fürſten und Herbert Bismarck nicht unternommen werden; es ſei nur noch einmal der poſitive Gehalt auch dieſer Nachtragskapitel hervorgehoben, der durch die ſchriftſtelleriſchen und menſchlichen Tugenden, die dem Verfaſſer der „Lebenserinnerungen“ nachzurühmen ſind, gegeben und verbürgt iſt. Möge bald einmal eine neue Auflage der jetzt vergriffenen Erinnerungen erſcheinen und dann der heute von ihnen getrennte Schluß mit ihnen vereinigt ſich noch klarer ſo darſtellen, wie er geſehen und beurteilt werden muß.

G. K.

Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen. Von Prof. Lederer, Heidelberg. Leipzig, Der Neue Geiſt-Verlag. 40 Seiten. M. 1.20.

Verfaſſer geht in ſeiner Studie von dem Gedanken aus, die Revolution ſei die Ueberwindung einer in ſich widerſpruchsvollen Lage, die erſt möglich ſei, wenn die Gewalt der herrſchenden Mächte zwar noch über einen vollſtändigen und ausreichenden Machtapparat verfüge, dieſe Gewalt aber nicht mehr innerlich anerkannt wurde. Revolution ſei alſo der Durchbruch einer neuen Idee zur Wirklichkeit. Hieran anknüpfend unterſucht Verfaſſer dann die ſoziologiſchen Grundlagen, die zur Verwirklichung vorhanden ſein müſſen. Sie hängt ſeiner Anſicht nach davon ab, daß zunächſt die Intellektuellen für den neuen Gedanken gewonnen werden. Um aber zur Handlung zu werden, müſſen die Maſſen die Träger des revolutionären Gedankens werden. Dazu muß aber die Idee ſich mit konkreten Forderungen verbinden, die die Maſſen in Bewegung ſetzen können; dies ſind aber in der Gegenwart die organiſchen geſellſchaftlichen Klaſſen.

Auch über den Zuſammenhang zwiſchen Revolution und Krieg weiß Verfaſſer manches zu ſagen. Dieſe ungemein lehrreiche Schrift kann alſo jedem empfohlen werden, der ſich von höheren Geſichtspunkten aus über die Möglichkeit einer Umwälzung unterrichten will. Schn.

Bewußtſein und Unſterblichkeit. Von Carl Ludwig Schleich. Vorträge, gehalten an der Leſſing-Hochſchule zu Berlin. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Gebunden M. 12.—.

C. L. Schleich gehört zu den eigenartigſten und ausgeprägteſten Gelehrtenperſönlichkeiten unſerer Tage. In ihm vereinigen ſich der Tatſachenſinn und der Forſchertrieb des Fachgelehrten mit der Abſtraktionsfähigkeit des philoſophiſchen Denkers und der formenden Phantaſie des Künſtlers. Dem Philoſophen wuchſen lichtgebende Erkenntniſſe aus den Erfahrungen des praktiſchen Mediziners zu, und das mikroſkopiſch Winzige, das unfaßbar Abſtrakte wurde zu anſchaulichen Bildern und plaſtiſchen Geſtalten vor dem Auge des Dichters. Dieſer Mannigfaltigkeit der Anlagen, die durch die ſtrenge wiſſenſchaftliche Schulung und die Diſziplin der ärztlichen Praxis vor dem Zerflattern und Sichzerſplittern bewahrt blieb, verdanken wir es, daß Schleich ſeine oft ſo völlig neuartigen und darum zunächſt auch fremdartigen Anſchauungen über das Weſen des Bewußtſeins, des Ichs, der Seele uſw. ſo überzeugend klar zum Ausdruck bringen konnte. Alles Weſentliche ſeiner wiſſenſchaftlichen Forſchungsreſultate und philoſophiſchen Erkenntniſſe iſt nun in den ſechs Vorträgen zuſammengefaßt, die in dem vorliegenden Band vereinigt ſind. Die Form der Vorträge bedingte eine beſonders klare, lebendige, allgemein verſtändliche Darſtellungsweiſe, die der Verbreitung ſeiner Gedanken in hohem Maße zugute kommen wird. Und dem metaphyſiſchen Bedürfnis, das heute beſonders ſtark iſt, wird hier Genüge getan nicht durch okkultiſtiſch-obſkurantiſtiſche Phantasmagorien, ſondern auf der feſten Grundlage wiſſenſchaftlich erforſchter Tatſachen, die aus einem großen, man darf ſagen religiöſen Weltgefühl heraus betrachtet ſind.

Schleiermacher. Von Lic. theol. Muhlert. 1918. 64 Seiten. Tübingen, Mohr.

Ulrich Zwingli und die Reformation in der Schweiz. Von D. Dr. Köhler. 1919. 100 Seiten. Tübingen, Mohr.

Die kirchengeſchichtliche Reihe der religionsgeſchichtlichen Volksbücher iſt durch die vorliegenden Hefte um zwei bedeutende Erſcheinungen vermehrt worden. Seit Diltheys unvollendet gebliebener Lebensbeſchreibung Schleiermachers iſt kaum etwas getan, um der heutigen Generation dieſen bedeutſamen Theologen, Philoſophen und Pädagogen verſtändlich zu machen und nahezubringen, der in die Reihe der großen Deutſchen vor hundert Jahren unbedingt mit hineingehört: D. F. Schleiermacher. Und es ſollten nicht nur Theologen von ihm wiſſen, der durch ſeine „Glaubenslehre“ der religiöſen Entwicklung des vorigen Jahrhunderts neue Bahnen gewieſen hat: Religion iſt nicht Wiſſen, Religion iſt auch nicht Wollen. Religion iſt das „Gefühl der ſchlechthinnigen Abhängigkeit“. Der Glaube hat ſein eigenes Gebiet im Seelenleben, das ihm keine Wiſſenſchaft rauben kann. Man ſollte heute wieder ſeine „Monologen“ leſen, das „Bekenntnis des Glaubens an ein höheres Leben inmitten des eitlen Treibens“, in dem die meiſten aufgehen. Wir müſſen hören auf den Prediger, der 1807 darüber predigte, daß die Gegenwart nicht ſchlechter ſei als die Vergangenheit, wenn aus dem Zuſammenbruch deſſen, was morſch war, geſundes neues Leben hervorgehe. Seine Reden über die Religion haben jetzt wieder Gebildeten und Ungebildeten unter ihren Verächtern etwas zu ſagen. Es iſt ſchwer, in Schleiermachers Gedanken einzudringen, und auch das vorliegende Heft iſt zum Teil noch ſchwierig zu leſen; aber für jeden lohnt ſich die Mühe eines Durcharbeitens reichlich.

Zwingli war in letzter Zeit hinter der Calvin- und Lutherforſchung etwas zurückgetreten. Da hat ſich der Züricher Kirchenhiſtoriker ein Verdienſt mit ſeiner gründlichen Arbeit erworben, die ſowohl ein vorzügliches Volksbuch als ein wiſſenſchaftlich gründliches Werk geworden iſt. Seine Werdezeit, die Durchführung der Reformation in Zürich und ihre innerpolitiſchen Gegner, die Gegenſätze auf dem Gebiet der äußeren Politik und die Kataſtrophe werden abgehandelt, das Verhältnis zu Erasmus und Luther wird beſonders klar herausgearbeitet. Und zwar iſt nicht nur der geläufige Stoff dargeſtellt, ſondern manches neue Ergebnis wird beigebracht, manches Ereignis ganz neu beleuchtet. Von demſelben Verfaſſer iſt im gleichen Verlage ein Vortrag „Die deutſche Reformation und die Studenten“ erſchienen. Wie lohnend iſt eine Betrachtung der Reformationszeit unter dieſem Geſichtswinkel: Jugend und Genie. „Wenn ſie ſich finden, hebt das Köſtlichſte an, was es für die Geiſtesarbeit gibt: Geben und Nehmen. Die Jugend empfängt und trägt und ſtützt doch wieder, das Genie ſpendet und wird doch wieder befruchtet von jugendlichem Heiſchen.

Lic. Dr. Werdermann.

Friedrich Engels. Eine Biographie. Von Guſtav Mayer. 1. Band: Friedrich Engels in ſeiner Frühzeit 1820—1851. Mit einem Bildnis. Dazu der Ergänzungsband:

Friedrich Engels. Schriften der Frühzeit. Aufſätze, Korreſpondenzen, Briefe, Dichtungen aus den Jahren 1838 bis 1844, nebſt einigen Karikaturen und einem unbekannten Jugendbildnis des Verfaſſers. Geſammelt und herausgegeben von Guſtav Mayer. Berlin, J. Springer.

Im Anſchluß an die Jugendbriefe von Friedrich Engels, die der Leſer in dem vorliegenden Hefte der „Deutſchen Revue“ als eine Gabe zu Engels' hundertſtem Geburtstag findet, ſei heute nur kurz, aber nachdrücklich auf die nach Anlage des Werks und Auffaſſung des Gegenſtands monumental zu nennende Biographie von Guſtav Mayer hingewieſen, deren erſter Band vor kurzem erſchienen iſt und zu dem jetzt eine wertvolle dokumentariſche Illuſtrierung und Ergänzung hinzukommt in Geſtalt des Bandes, der die Schriften aus Engels' Frühzeit enthält. Mayers Biographie iſt aus langer, gründlicher Forſcherarbeit hervorgegangen, die, woran der Ergänzungsband in manchen ſeiner wertvollſten Stücke erinnert, durch wohlverdientes Finderglück begünſtigt wurde. Wie Engels, der ſpätere Kommuniſt und Verbündete von Karl Marx, aus einer durchaus konſervativ gerichteten, wohlhabenden bergiſchen Familie hervor- und hinauswuchs, das iſt ein menſchlich und ſozialpſychologiſch gleich bedeutſamer Vorgang, der in ſeiner ſeeliſchen Kompliziertheit und in ſeinen geſchichtlichen Folgen die Ausführlichkeit vollauf rechtfertigt, mit der G. Mayer in dieſem erſten Band die Frühzeit, die Lehr- und Wanderjahre ſeines Helden darſtellt. Auch wirkt dieſe Ausführlichkeit nie ermüdend, denn einerſeits ſchreibt der Verfaſſer ebenſo würdig und vornehm wie feſſelnd, andererſeits iſt das Dargeſtellte ſelbſt alles andere als langweilig. Zeigen die Briefe an die Schweſter, die der Leſer in unſerer Zeitſchrift findet, den Schreibenden noch im erſten Jünglingsalter und faſt knabenhafter Ungebundenheit, ſo iſt ihm die Friſche dieſer Zeit auch weiterhin treu geblieben, aber durch die raſch und reich ſich entfaltende Entwicklung ſeiner Geiſtesgaben und ſeiner Bildung vertieft und gehaltvoller geworden. Die menſchlichen und die literariſch-politiſchen Urkunden der Frühzeit ſind die farbige Illuſtration und beſtätigende Dokumentierung der Mayerſchen Darſtellung; beides zuſammen wird den Mitbegründer der deutſchen Sozialdemokratie auch demjenigen menſchlich näher bringen und geſchichtlich noch bedeutſamer erſcheinen laſſen, der über die letzten Folgen der ſozialdemokratiſchen Bewegung für Gegenwart und Zukunft unſeres von äußeren Feinden und inneren Kämpfen dem Untergang nahe gebrachten Vaterlands ſehr ſkeptiſch und peſſimiſtiſch denkt. — Wir werden auf das hochbedeutſame Werk, in ſeiner Art (die eine ganz andere iſt) ein würdiges Gegenſtück zu der klaſſiſchen Laſſalle-Biographie von Oncken, bei ſeinem weiteren Fortgang noch ausführlicher zurückkommen. —r.

Minnelieder. Von Walther von der Vogelweide. In der Urſchrift und in der Nachdichtung Adalbert Schröters. C. F. Amelangs Verlag in Leipzig. Geb. M. 3.—.

Walthers Gedichte ſind dem deutſchen Volke lange nicht ſo bekannt, wie ſie es ſein ſollten und auch verdienen. Mit der vorliegenden Auswahl und Ausgabe wird ein neuer Verſuch gemacht, den Dichter ſeinem Volke wieder näher zu bringen. Es wird in dieſer Ausgabe der Urſchrift die im Jahre 1881 erſchienene Nachdichtung Schröters gegenübergeſtellt. Schröter hatte ſich für ſeine Nachdichtung folgendes Ziel geſtellt: Volle Aufnahme des dichteriſchen Gehaltes der geſchilderten Situation in Anſchauung und Gemüt, dann aber freie Wiedergabe dieſes Empfindens in den Formen und in der Sprache, in denen wir die analoge Stimmung heute ausgedrückt zu finden gewohnt ſind. Dieſes Ziel hat Schröter erreicht, und wir können deshalb die vorliegende Auswahl warm empfehlen. Deutſchland darf den alten deutſchen Dichter nicht vergeſſen! H.

Kindheitserinnerungen. Von Karl Lamprecht. Perthes, Gotha. M. 3.—.

Die als Beginn einer Darſtellung ſeines ganzen Lebens gedachten Kindheitserinnerungen des verſtorbenen Hiſtorikers wurden von ſeinen Töchtern herausgegeben. In liebevoller Kleinmalerei werden das Leben und die Zuſtände des Städtchens Jeſſen an der Schwarzen Elſter geſchildert. Es war Lamprechts Abſicht, gerade an der Darſtellung des Kleinſten die wahren Grundſätze hiſtoriſchen Denkens und geſchichtlicher Vergegenwärtigung zu erproben.

W. W.

Abenteurer. Wunderliche Lebensläufe und Charaktere. Von Valerian Tornius. Mit 10 Künſtlerſteinzeichnungen. Verlag von Klinkhardt & Biermann in Leipzig. Geb. M. 15.—.

Das Buch, aus deſſen Inhalt wir die Kapitel über Don Quichotte, Caglioſtro, Münchhauſen, von der Trenck und Raſputin nennen, handelt von Menſchen, die von der Torheit ihrer Zeitgenoſſen lebten, oder die aus ihrer Tollkühnheit ein Geſchäft machten. Dieſe Menſchen haben alle irgendeinen moraliſchen Defekt, aber gerade um dieſes Fehlers willen ſchenken wir ihnen unſer Intereſſe. Scheinen ſie in dem Triebe, der ihr Daſein beherrſcht, auffallend einander zu ähneln, ſo ſind ſie im Weſen doch grundverſchieden, je nachdem, ob ſie die Rolle eines Landfahrers, Glücksritters, Schwindlers, Wundertäters oder politiſchen Waghalſes ſpielten. H.

Die ruſſiſche Mobilmachung und der Kriegsausbruch. Beiträge zur Schuldfrage am Weltkriege. Von Oberſtleutnant v. Eggeling. Oldenburg, G. Stalling. 54 Seiten. M. 2.—.

Etwa gleichzeitig mit der Schrift des deutſchen Botſchafters in St. Petersburg Grafen Pourtalès: „Am Scheideweg zwiſchen Krieg und Frieden“ iſt dieſe Schrift des deutſchen Militärattachés erſchienen, die einen anſchaulichen Bericht über die letzten Tage in Petersburg vor dem Kriegsausbruch gibt. Da der Verfaſſer die Ereigniſſe auf dem wichtigſten Poſten miterlebte — war er es doch, dem der ruſſiſche Generalſtabschef Januſchkewitſch ſein Ehrenwort gab, daß noch keine Mobilmachung befohlen ſei —, ſo vermag er beſonders deutlich den Anteil darzulegen, den die ruſſiſche Militärpartei an dem tatſächlichen Ausbruch des Krieges gehabt hat.

Schn.

Das Bildnis. Eine Novelle von Nikolai Gogol. Deutſch von Alexander Eliasberg. Mit Zeichnungen von W. Masjutin. Stuttgart, Julius Hoffmann. Geh. M. 12.—, geb. M. 16.—, Halbl. M. 20.—.

Auf dem Büchermarkt, Abteilung für Belletriſtik, iſt heute „Überſinnliches“ ſehr gefragt, und der Nachfrage entſpricht das Angebot. Die Produktion in Geſpenſtergeſchichten hat einen Umfang angenommen, wie etwa vor dem Krieg die Schuhinduſtrie, und es haben ſich, dank der Hauſſe des Grauſigen, in dieſer Literaturbranche Regeln und Rezepte herausgebildet, die auch den Minderbegabten inſtand ſetzen, eine handfeſte, haarſträubende Schauermär im kalten Verfahren herzuſtellen. Von dieſem fabrikmäßigen Großbetrieb wendet ſich der, der ihn durchſchaut hat, gerne zu den großen Schriftſtellern zurück, denen es mit dem Dichten und dem Grauſen noch ernſt war, zu den E. Th. A. Hoffmann, E. A. Poe, Gogol; er läßt ſich gerne durch einen äußeren Anlaß, wie das Erſcheinen einer neuen illuſtrierten Ausgabe, dazu verführen, etwa Gogols wahrhaft dämoniſche Novelle „Das Bildnis“ wieder zu leſen, und um ſo lieber, wenn die Ueberſetzung ſo lesbar (wenn auch nicht gerade ideal) wie die von Eliasberg iſt und die Illuſtrationen Masjutins, im Jahre 1918 entſtanden, die Möglichkeit geben, einen Einblick in die ruſſiſche Kunſt zu gewinnen, wie ſie heute unter dem neuen Zartum, Bolſchewismus genannt, in dem Lande blüht, dem der Dichter des „Bildniſſes“ einſt die furchtbar prophetiſchen Worte zugerufen: „O mein ruſſiſches Volk, du liebſt es nicht, eines natürlichen Todes zu ſterben!“ Masjutins Zeichnungen wirken, für ſich betrachtet, infolge von allerlei „expreſſioniſtiſchen“ Aeußerlichkeiten, wie den unmotiviert in der Luft herumhängenden Strichlagen, zunächſt etwas fragwürdig; aber im Zuſammenhang mit dem Text gewinnen ſie großenteils ein ſtarkes inneres Leben, vermehren das Grauſen und damit die tiefe ethiſche Erſchütterung, die noch heute die Geſchichte vom Bild des Böſen im Leſer hervorbringt. —y—

Von freiem Hochlandwilde. Acht Tiergeſchichten. Von Fritz Bley. Mit photographiſchen Abbildungen. R. Voigtländers Verlag in Leipzig. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Es liegt ja nahe, Fritz Bley mit Hermann Löns zu vergleichen, aber das wäre müßig. Jeder der beiden hat ſeine Eigenart und jeder iſt auf ſeinem Gebiete ein ganzer Mann. Das heißt, Löns hat ja bekanntlich ſein Leben dem Vaterlande zum Opfer gebracht. Bley iſt uns geblieben, freuen wir uns, daß wir ihn haben! — Bley hat die Jagdluſt hinausgezogen ins Weite, er kennt alle vier Weltteile — vom fünften, wo die Säugetiere Schnäbel haben, will er nichts wiſſen — aber unſer Hochgebirge ſcheint er doch am beſten zu kennen und jedenfalls am meiſten zu lieben. Wie er es ſchildert, das iſt meiſterhaft, es geht uns bei ſeinen Geſchichten das Herz auf. Man leſe nur die drei Kapitel ſeines neuen Buches „Bartgams“, „Orko“ und „Adler, Tiroler Adler“. In dieſen dreien hat man Bley ſchon in ſeiner ganzen Eigenart als

Jäger und als Menſch. Wie der bei den Scharfſchützen im Felde ſtehende Lahnhofer in dem letztgenannten Kapitel, nachdem er die Nachricht erhalten hat, daß ſein Sohn gefallen iſt, um ſeinen Schmerz niederzukämpfen, auf die Wand hinaufſteigt und angeſichts der Feinde, der „Katzelmacher“, und von dieſen beſchoſſen, einen Gamsbock erlegt und glücklich mit ſeiner Beute zu ſeinen Leuten zurückkehrt, das iſt erſchütternd! Man ſoll dieſe ausgezeichneten Geſchichten leſen. H. H.

Freiheit. Roman von Hans Wilhelm. Verlag der „Täglichen Rundſchau“ in Berlin. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.50.

Der Roman iſt ein Heroldsruf jungdeutſchen Sturms und Dranges. Mit entſeeltem Literatentum und vertrockneter Wiſſenſchaft kämpfend, ſchafft ſich der Held ein eigenes Weltbild, das der Zukunft, und wird zu einem Führer der Erwachenden. Das Buch iſt ein Werk der Jugend, von einem Vierundzwanzigjährigen geſchrieben, und verrät das auf jeder Seite. Wer ſich in ſeinem Glauben an unſer Volk kräftigen will, der verſenke ſich in dieſen Freiheitsroman.

Glückhafft Schiff. Jahrbuch lübeckiſcher Dichter, herausgegeben von Kurt Zieſenitz. Erſter Jahrgang. Bad Naſſau (Lahn), Zentralſtelle zur Verbreitung guter deutſcher Literatur. Broſch. M. 4.50.

Vierzehn lübeckiſche Dichter, unter ihnen Ida Boy-Ed, J. Havemann und Joh. Wilda, haben ſich hier zu einem Bande Novellen, Skizzen und Gedichte vereinigt. Ihre Stoffe ſind nicht auf die alte Hanſeſtadt und ihre engere Umgebung beſchränkt, ſondern ſie greifen ſogar bis zum Baltenland und nach Schweden über. Sie bieten gar manches Treffliche in Poeſie und Proſa und verdienen als Ausfluß der Heimatkunſt volle Beachtung. E. M.

Der Völkerbundsgedanke. Materialienſammlung zuſammengeſtellt im Auftrage des Vereins „Auslandkunde“ von Profeſſor Rühlmann. Berlin, H. R. Engelmann. 230 Seiten.

Trotzdem der Völkerbund, ſo wie er den deutſchen Idealiſten vorſchwebte, vorläufig nicht zuſtande kommen wird und auch die geplante Vereinigung, beſſer G. m. b. H. zur Unterdrückung Deutſchlands genannt, ein totgeborenes Kind zu ſein ſcheint, ſo iſt der Gedanke ſelbſt doch „des Schweißes der Edeln wert“. Deshalb hat der Herausgeber in überaus dankenswerter Weiſe die wichtigſten Abhandlungen, Reden und Preſſeäußerungen zuſammengeſtellt, eine Arbeit, aus der ſich nicht nur ein Bild der geſchichtlichen Entwicklung des Gedankens und der Stellung der Haager Konferenzen dazu, ſondern auch des gegenwärtigen Standes der Frage gewinnen läßt. Von Kant an, der ſchon 1795 als erſter in ſeiner Schrift: „Zum ewigen Frieden“ die hauptſächlichſten Satzungen eines Völkerbundes aufgeſtellt hat, ſind bis Ende 1918 alle beachtenswerten Aeußerungen in Europa und Amerika, ſoweit ſie ſich mit der geſchichtlichen, völkerrechtlichen, wirtſchaftlichen und politiſchen Seite dieſer Angelegenheit befaſſen, wiedergegeben, ſo daß der Leſer ſich über jede einzelne Frage und den bedeutſamſten Aeußerungen darüber unterrichten kann. Der Zweck dieſer wertvollen Arbeit iſt denn auch nicht der, ſyſtematiſches und fertiges Urteil zu geben, ſondern Anſtöße zum ſelbſtändigen Durchdenken dieſes ſo bedeutenden Gegenſtandes. Und dafür ſei dem Herausgeber hier nochmals gedankt. Schn.

Geſchichte der deutſchen Muſik. Von Hans Joachim Moſer. In zwei Bänden. Bd. I. J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf. Stuttgart und Berlin 1920. XVI und 519 Seiten Großoktav. Viele Notenbeiſpiele. Geh. M. 50.—, geb. M. 60.—.

Der erſte Band dieſes bedeutenden Unternehmens umfaßt die deutſche Muſik von den Anfängen bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Der Verfaſſer, Privatdozent in Halle, glaubt mit Recht, ein Gegenſtück zu Dietrich Schäfers Deutſcher Geſchichte, oder zu Dehios Geſchichte der deutſchen Kunſt geſchaffen zu haben. Die Kenntnisnahme des angenehm ausgeſtatteten Werkes (einladend iſt ſchon die deutſche Schrift!) beſtätigt den beabſichtigten hohen Wert der ungemein fleißigen Arbeit. Sie iſt aber nicht bloß für die Forſcher oder die Wiſſenden beſtimmt, ſondern endlich einmal wieder für die gebildeten, d. h. ſuchenden Kreiſe, denen Muſik weit mehr als ein Mittel zur Befriedigung der Eitelkeit iſt. Wenn man das, was über entlegene Zeiten (bis etwa 1500) von Vertretern der Wiſſenſchaft ſonſt geboten wird, mit dem vergleicht, was Hans Joachim Moſer hier zuweggebracht, ſo meint man, aus Dämmer und Dunkel in helles Licht zu treten und die Gegenſtände, die man betaſten mußte, erſt richtig zu ſehen. Zugleich lehrt ſie der Verfaſſer aneignen als koſtbares Gut deutſchen Geiſtes, deſſen Vorhandenſein und Wirken er von allem Anfang an aufzuzeigen weiß. Er beginnt mit der Tonkunſt der Wälder (bis 800), der Klöſter (500—1500), geht dann zu den Schlöſſern und Burgen über (1150—1420), vergißt nicht die deutſchen Dörfer (1350 bis 1550), die mittelalterliche Stadt (1400 bis 1520), betrachtet die Tonkunſt in

Kirche, Schule und Haus und ſchließt mit der Muſik an Fürſtenhöfen (beides 1517 bis 1618). Man ſieht ſchon aus dieſer Einteilung, wie das Kulturgeſchichtliche in den Vordergrund tritt. Möge der zweite Band bald nachfolgen!

Dr. Karl Grunsky.

Deutſches Volk und Chriſtusglaube. Vorträge. Von A. Worlitſcheck. Freiburg. 284 Seiten. M. 4.—.

Der bekannte Münchener Stadtpfarrprediger veröffentlicht hier dreiundzwanzig Vorträge, deren Grundgedanke die enge Verbindung von Deutſchtum und Chriſtentum iſt. Jedoch handelt es ſich keineswegs um hiſtoriſche Unterſuchungen, ſondern um Gegenwartsbetrachtungen, die in klarer, packender Sprache dargeboten werden. Deutſche Selbſtprüfung und deutſche Ehre, deutſche Schule und deutſcher Familienſinn, deutſcher Lebenswille und deutſche Ziele ſind einige der Themata. Ein Schlußabſchnitt gilt Bayerns Schutzfrau. Ein ſtarker, reiner Geiſt ſpricht aus allem und überträgt ſich auf den Leſer. Seit Erſcheinen des Buches iſt der Krieg verloren worden und eine andere Stimmung lagert über unſeren Seelen. Aber des Verfaſſers Grundgedanke iſt doch zugleich ein Zukunftsprogramm. Denn die deutſche Eiche wird nur dann wieder grünen können, wenn beide Wurzeln, Deutſchtum und Chriſtentum, ſie tragen und nähren. Und darin finden die meiſten Vorträge ihre beſte Bewährung, daß ſie trotz allem noch gelten und wirken. „Das deutſche Volk iſt nicht gewillt, vor dem Tod zu kapitulieren“, ſo heißt es einmal; und wir fahren fort: „Und ob die Welt voll Teufel wär und wollt uns gar verſchlingen, ſo fürchten wir uns nicht ſo ſehr; es muß uns doch gelingen.“ Denn: „Ein' feſte Burg iſt unſer Gott!“

Dr. W.

Der Dom. Bücher der deutſchen Myſtik. In Verbindung mit anderen herausgegeben von Dr. Hans Kayſer. Band 1.: Der Frankfurter. Eine deutſche Theologie. Übertragen und eingeleitet von Joſeph Bernhart. Band 2.: G. Th. Fechner, Zend-Aveſta. Gedanken über die Dinge des Himmels und des Jenſeits vom Standpunkte der Naturbetrachtung. Frei bearbeitet und verkürzt herausgegeben von Max Fiſcher. Leipzig, Inſel-Verlag. Preis: Band 1 geheftet M. 6.50, in Halbleinen M. 12.—, in Halbpergament M. 42.—. Band 2 M. 8.—, bzw. M. 14.— und M. 46.—.

Eine ſtarke Strömung reißt in unſern Tagen die Geiſter von der wiſſenſchaftlichen Weltbetrachtung, von Kritizismus und Skeptizismus, von der „Tagſeite“ hinüber nach der „Nachtſeite“, der Romantik, dem Glaubensbedürfnis, dem Reich der Ahnungen und Wunder. Wäre die Strömung ſo rein, wie ſie ſtark iſt, ſie müßte auf die angewandte Ethik des täglichen Lebens, auf den ganzen ſittlichen und geiſtigen Zuſtand unſers Volkes fördernder und heilſamer wirken, als es tatſächlich der Fall iſt. Wer aber mit dem Geiſtes- und Seelenleben der Gegenwart in Zuſammenhang bleiben will, wird ſich der Strömung nicht ſchlechthin ablehnend entgegenſtemmen, noch ſich widerſtandslos von ihr forttreiben laſſen. Unda fert nec regitur — dieſer Grundſatz Bismarckſcher Staatsweisheit gilt auch hier; wir können nicht die Wellen lenken, ſondern nur unſer Schiff. Die Sammlung „Der Dom“ bedeutet, nach dem Proſpekt und den vorliegenden beiden erſten Bänden zu urteilen, einen Verſuch, der religiöſen Renaiſſance, dem Drange zur Myſtik entgegenzukommen und ſie zu poſitiven Zielen zu leiten, indem ſie die beſten Schätze echter, deutſcher Myſtik der Gegenwart nahebringen und lebendig machen will. Kein Paktieren mit dem oft ſo klug vermummten Obſkurantentum von heute, kein Kokettieren mit Spiritismus oder Anthropoſophie, mit Alchimie und Aſtrologie, mit Kabbala und Roſenkreuzerei! Die Stimmen, die ſich in dieſem Dom erheben ſollen, gehören nicht wirren Schwarmgeiſtern oder betrogenen Betrügern an, ſondern kommen aus reinem Herzen und tiefem Erleben. In den beiden erſten Bänden liegt ein Programm, wie die Einleitung zum erſten, der „Deutſchen Theologie“ ein wiſſenſchaftlich orientierendes und ſeeliſche Stimmung vorbereitendes Präludium zur ganzen Sammlung gibt, indem ſie in großen Umriſſen, von Namen, Begriff und Zeugniſſen, außerchriſtlichen und chriſtlichen, der Myſtik ausgehend, ein klares Bild der Myſtik des Mittelalters gibt und ſo die „Deutſche Theologie“ in ihre geſchichtlichen Zuſammenhänge ſtellt. Ausklang und Zuſammenfaſſung der mittelalterlichen Myſtik, Übergang zu Luther, dem in entſcheidenden Entwicklungsjahren das kleine Buch des Frankfurter Deutſchherren tröſtliches Erlebnis und befreiende Erhebung wurde, iſt die „Deutſche Theologie“ eine unbeabſichtigte und darum löbliche Populariſierung der oft ſchweren und dunkeln Sprache und Gedanken der großen deutſchen Myſtiker, in ihrer Innigkeit und ihrer von krankhaftem Überſchwang freien Gefühlstiefe doch das Problematiſche der Myſtik (wie den Quietismus und ſittlichen Indifferentismus) nicht verhehlend. Auch in Fechner ſteckt ein ſtark problematiſches Element: der exakt beobachtende, ſtreng logiſch folgernde Gelehrte und der von tiefer Religioſität und innigſtem

Naturgefühl beſeelte dichteriſche Menſch ſind wohl in ſeiner Perſönlichkeit, nicht aber in ſeiner Gedankenwelt eine volle, harmoniſche Einheit geworden. Aber gerade weil in „Zend-Aveſta“ der Gelehrte dem religiöſen Seher nicht ſo unbedingt die Zügel überläßt wie etwa in dem bisher viel bekannteren „Büchlein vom Leben nach dem Tod“, eben darum wirkt der Fechnerſche Panpſychismus in „Zend-Aveſta“ noch viel reiner, dichteriſch erhebender, auch auf den nicht an dieſe Allbeſeelung Glaubenden. Das Vorwort und die ſtark, aber mit Überlegung und Pietät kürzende Bearbeitung M. Fiſchers wird ſicher der Wirkung und Verbreitung dieſer neuen Ausgabe des „Zend-Aveſta“ zugute kommen wie die vornehm einfache Ausſtattung der ganzen Sammlung, deren weiteren Bänden wir mit freudiger Erwartung entgegenſehen. —y—

Hundert Briefe Goethes. Briefe der Weisheit und Schönheit. Ausgewählt von Karl Heinemann. C. F. Amelangs Verlag in Leipzig. Geb. M. 3.—.

Es gibt viele Ausgaben von Goethes Briefen, aber die vorliegende hat einen beſonderen Vorzug, wegen deſſen ſie hier beſonders empfohlen werden ſoll. Nicht jeder iſt in der Lage, die 16000 Briefe zu leſen, die Goethe uns hinterlaſſen hat, und auch Auszüge, die ſechs oder acht Bände umfaſſen, ſind zu umfangreich. Da war es ein verdienſtliches Unternehmen des bekannten Goetheforſchers, diejenigen Briefe Goethes auszuwählen, die nach Inhalt und Form Juwelen der Weisheit und Schönheit darſtellen und von Ewigkeitswert ſind. Sie ſind in dem vorliegenden Bande zuſammengefaßt, mögen ſie recht viele dankbare Leſer finden. H. H.

Das Religionsbekenntnis der Beamten Preußens. Bd. II. Die höheren Gemeindebeamten. Heft 1. Rheinprovinz. Von Dr. A. Grunenberg. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 164 S.

Die vorliegende Arbeit iſt eine Fortſetzung des 1914 im gleichen Verlage herausgegebenen erſten Bandes über das Religionsbekenntnis der höheren ſtaatlichen Beamten. Mit großem Fleiß iſt ein reichhaltiges Zahlenmaterial zuſammengetragen und ſtatiſtiſch-wiſſenſchaftlich verarbeitet. Tatſächlich handelt es ſich um ein kulturhiſtoriſch intereſſantes Problem, deſſen Bedeutung durch die Umwälzungen ſeit Abfaſſung des Buches nicht herabgemindert iſt, wenn ſich auch die Frageſtellung ſeither weſentlich verſchoben haben dürfte. Das objektive Ergebnis iſt ein ſtarkes Zurücktreten des katholiſchen und ein ſtarkes Hervortreten des evangeliſchen Elementes in den höheren kommunalen, beſoldeten wie unbeſoldeten Stellen, beſonders bei Heranziehung der prozentualen Verteilung der Geſamtbevölkerung. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Nur bedürfte die Frage, wie die an ſich auffällige Tatſache zu erklären iſt, einer gründlicheren und ausführlicheren Unterſuchung, als in dem erſten Band und dem kurzen Schlußwort des zweiten geſchehen iſt, ob es ſich nämlich um bewußtes äußeres Zurückſetzen handelt und nicht vielmehr um tiefere, innere kulturgeſchichtliche Begründungen und Zuſammenhänge. Dr. W.

Neuland. Die Lieder von Gott, die Lieder vom Tode, die Lieder von der Welt und die Lieder vom Vaterland. Von Auguſt Sturm. C. F. Amelangs Verlag in Leipzig. Geb. M. 3.—.

Auguſt Sturm, der Sohn des bekannten geiſtlichen Liederſängers Julius Sturm, hat ſich als Lyriker ſchon längſt einen guten Namen gemacht. Sein neueſter Band „Neuland“ birgt wieder eine Fülle von tiefempfundenen, formvollendeten Dichtungen, er wird bei den vielen Freunden des Dichters warme Aufnahme finden.

Theodor Storm. Ausgewählte Novellen. Mit einer Einführung und Anmerkungen herausgegeben von Profeſſor D. Otto Hellinghaus. Zwei Bände. Geb. M. 16.—. Herderſche Verlagshandlung in Freiburg i. B.

Theodor Storm gehört zu unſeren hervorragendſten Erzählern, und ſeine Novellen verdienen deshalb ebenſo wie ſeine Gedichte, Eigentum des deutſchen Volkes zu werden, weit mehr, als dies bis jetzt der Fall iſt. Die vorliegende Ausgabe enthält fünfzehn Novellen und iſt eine Auswahl des Beſten, was Storm geſchrieben hat. Wer es nicht vorzieht, ſich den ganzen Storm anzuſchaffen, der mag nach dieſer Auswahl greifen, die namentlich für breitere Kreiſe geeignet iſt. Die Einführung unterrichtet über das Leben, die Perſönlichkeit und die Bedeutung des Dichters. H.

Zur Geſchichte der k. k. öſterreichiſchen Miniſterien 1861 bis 1916. Nach den Erinnerungen von Alois (Freiherrn von) Czedik. III. und IV. Band, 438 und 588 Seiten. Teſchen, Wien, Leipzig, Karl Prochaſka.

Das umfangreiche, vier Folianten umfaſſende Werk Czediks iſt nun vollendet, und man kann den bald neunzigjährigen Verfaſſer nur aufrichtig hierzu beglückwünſchen; nicht nur, daß ihm dieſe gewaltige Arbeitsleiſtung überhaupt gelungen iſt, zumal in ſo hohem Alter, ſondern daß er damit ein hiſtoriſches Handbuch geſchaffen hat, das in ſeiner Reichhaltigkeit, Perſonal-

und Sachkenntnis ein literariſches Unikum und für Hiſtoriker und Staatsmänner einen verläßlichen, gediegenen Wegweiſer und Ratgeber darſtellt. Die beliebte „Waſchzettel“-Phraſe „dieſes Buch ſollte in keinem deutſchen Hauſe fehlen“ trifft, entſprechend angepaßt, bei dieſem Werke ausnahmsweiſe wirklich zu: es ſollte jedem zur Hand ſein, der über öſterreichiſche Politik und Geſchichte mitſprechen will. Es iſt nur ein Hand- und Nachſchlagewerk, kein Buch zum Leſen, und darum kann, ſchon mit Rückſicht auf den eng beſchränkten Raum, der uns zur Verfügung ſteht, auch nicht entfernt an eine Erörterung ſeines reichen Inhalts gedacht werden, den von A bis Z zu leſen allein ſchon einige Monate in Anſpruch nehmen würde, wofern man nicht in der beneidenswerten Lage wäre, ſeine ganze Zeit dem Studium dieſes Werkes widmen zu können. Was dieſem einen beſonderen Wert verleiht, iſt der Umſtand, daß der Verfaſſer faſt alle die darin vorkommenden Perſönlichkeiten ſelber mehr oder weniger gut gekannt hat und daß er, den größten Teil ſeines langen Lebens mitten im politiſchen Treiben ſtehend, zu den erörterten Dingen ein perſönliches Verhältnis hat, das ihm ein viel ſichereres Urteil ermöglicht als dem Hiſtoriker, der ſeinen Stoff bloß ſachlich kennt. Die reiche Erfahrung eines ungewöhnlich langen Lebens und die von leidenſchaftlichen Schlacken gereinigte Abgeklärtheit des hohen Alters bürgen anderſeits für die Objektivität des Werkes. Schade iſt, daß dieſes ſo unvermittelt abbricht, was gerade in Anbetracht ſeines gewaltigen Umfangs peinlich fühlbar wird. Ein abwägender und reſümierender Rückblick auf dieſe 55 Jahre öſterreichiſcher Miniſterialgeſchichte wäre ſehr angezeigt geweſen. Th. v. S.

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Amend, Kurt, Das alte Syſtem. Ein politiſches Volksbuch. Karlsruhe i. B., Kommiſſionsverlag G. Braunſche Hofbuchdruckerei.

Avenarius, Ferd., Baal. Ein Spiel. München, Georg D. W. Callwey.

Aſanger, Florian und Karl d’Eſter. Um Main und Donau. Ein Heimatbuch. Mit Zeichnungen von Hans Oertle. Geb. M. 12.—. Leipzig, Verlag von Friedrich Brandſtetter.

Beetz, Max, Baue Dir ſelbſt. Der billigſte Weg zum eigenen Heim. Mit Abbildungen. M. 3.50. Wiesbaden, Heimkulturverlag G. m. b. H.

Belgiſche Landesverteidigung und Bürgerwacht (garde civique) 1914. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Bernhard Oberſt Schwertfeger. Berlin SW 48, Verlag von Reimar Hobbing. M. 5.—.

Berichte, Die politiſchen des Fürſten Bismarck aus Petersburg und Paris. (1859—1862.) Mit 8 Bildtafeln. Herausgegeben von L. Raſchdau, Geſandter a. D. 2 Bde. Berlin, Reimar Hobbing. Geb. M. 50.—.

Bettauer, Hugo, Fauſtrecht. Roman. Wien-Prag-Leipzig, Verlag Ed. Strache. Broſch. M. 5.—, geb. M. 6.50.

Bolſchewiki, Die Geſetzgebung der. Ueberſetzt und bearbeitet von Klibanſki. (Oſteuropa-Inſtitut in Breslau: „Quellen und Studien“. 2. Heft.) Leipzig, B. G. Teubner. Geh. M. 6.—.

Braun, Fritz. Die Oſtmark. Ein Heimatbuch. Mit Zeichnungen und Buchſchmuck. Leipzig, Friedrich Brandſtetter. Geb. M. 12.—.

Das Tagebuch, Jahrgang 1, Heft 1, 2, 4 und 9. Herausgeber Stephan Großmann. Einzelheft M. 1.50. Vierteljährl. M. 18.—. Berlin W 35, Verlag Ernſt Rowohlt.

Der Schwäbiſche Bund, Eine Monatsſchrift aus Oberdeutſchland. 1. Jahrgang, 8. Heft. Mai 1920. Herausgeber: Hans Heinrich Ehrler, Hermann Miſſenharter, Dr. Georg Schmückle. Stuttgart, Verlag Der Schwäbiſche Bund (Strecker & Schröder) G. m. b. H.

Deutſches Leben. Bd. 3: Friedr. Stromer-Reichenbach, Was wird? Vorausberechnung der deutſchen Revolutions-Entwickelung. Bd. 4: Friedr. Stromer-Reichenbach, Was iſt Weltgeſchichte? Zukunftsgedanken. Ludwigshafen am Bodenſee, Hans Lhotzky Verlag.

Deutſche Liga für Völkerbund. Heft 11: Wehberg, Dr. Hans, Der Völkerbund-Vorſchlag der deutſchen Regierung. Heft 12: Manes, Prof. Dr. Alfred, Der deutſche Regierungsentwurf für ein Welt-Arbeiterrecht. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann.

Die Meiſter. Herausgegeben vom Deutſch-Meiſter-Bunde. 1. Jahrgang. Heft 1. Mai 1920. Einzelheft im Buchhandel M. 1.50. Barmen und München, Deutſch-Meiſter-Verlag.

Eberl, O. S. B., Hartmann. Im Kloſtergarten. Friedliche Religionsgeſpräche. Geh. M. 3.80, geb. M. 5.—. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Ecclesia Orans. Herausgegeben von Dr. Ildefons Herwegen, Abt von Maria Laach. 1. Bändchen: Vom Geiſt der Liturgie von Dr. Romano Guardini. M. 2.80. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung, 1920.

Fell, Hauptmann Hans Wilhelm, Soldatenräte oder Vertrauensleute? Ein Beitrag zum Aufbau unſeres neuen Heeres. Leipzig, K. F. Koehler Verlag. M. 2.50.

Feſtgabe für Dr. jur. h. c. **Otto Liebmann,** den Begründer, Verleger, Schriftleiter und Herausgeber der Deutſchen Juriſten-Zeitung. Zum 25. Jahrgange gewidmet von Freunden des Blattes. Sonderausgabe der I. Abteilung: Kriegsrecht — Friedensvertrag. Berlin, Verlag von Otto Liebmann. Broſch. M. 11.—, Preis des vollſtändigen Werkes geh. M. 25.—, geb. M. 30.—.

Finnland im Anfang des XX. Jahrhunderts. Herausgegeben im Auftrag des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten. Mit 102 Abbildungen und einer Karte. Leipzig, Otto Harraſſowitz, Druckerei der Finniſchen Literaturgeſellſchaft Helſingfors. Broſch. M. 36.—.

Fiſcher, Dr. Otto, o. Profeſſor der Rechte in Breslau, Einführung in die Wiſſenſchaft von Recht und Staat. Für Gebildete aller Berufe. München, C. H. Beckſche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck. Geh. M. 17.—, geb. M. 24.—.

Flugſchriften der „Stimmen der Zeit". 16. Heft: Hugger, Viktor, S. J., Die Seele der Schularbeit. Broſch. M. 1.—. 17. Heft: Kreitmaier, Joſef, S. J., Der Kampf um die neue Kunſt. Broſch. M. 1.50. 18. Heft: Pribilla, Max, S. J., Wirkungen und Lehren der Revolution. Broſch. M. 1.50. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Flake, Otto, Die fünf Hefte. Erſtes Heft. Ein Heft M. 3.—, fünf Hefte M. 12.50. München, Roland-Verlag Dr. Albert Mundt.

Gegenſeite, Die. Stimmen des Auslandes zu Krieg und Frieden. Heft 1: Der Irrtum des Marſchall Foch. Mit Vor- und Nachwort von Oberſt B. Schwertfeger. Berlin, Reimar Hobbing. Kart. M. 3.—.

Groos, Karl, Bismarck im eigenen Urteil. Pſychologiſche Studien. Stuttgart und Berlin, Verlag J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf. Geh. M. 12.—, Halbleinen M. 20.—.

Hörmann, Georg, Alldeutſcher Narrenſpiegel. Ein Vademekum für zukünftige Wahlen. Berlin W 15, Verlag Hans Robert Engelmann.

Howald, Ernſt, Profeſſor an der Univerſität Zürich. Friedrich Nietzſche und die klaſſiſche Philologie. M. 3.—. Gotha, Verlag von Friedrich Andreas Perthes A.-G.

Jentſch, Karl, Volkswirtſchaftslehre. Grundbegriffe und Grundſätze der Volkswirtſchaft. Leipzig, Verlag Fr. Wilh. Grunow.

Küntzel, G., und **M. Haß,** Die politiſchen Teſtamente der Hohenzollern. Bd. 1 und 2 (Quellenſammlung zur Deutſchen Geſchichte). Leipzig, B. G. Teubner. Bd. 1 M. 2.20, Bd. 2 M. 4.—.

Literariſcher Handweiſer, Nr. 4, 5, 6. Herausgegeben von Dr. Guſtav Keckeis. Jährlich 12 Nummern M. 12.—. Freiburg i. Br., Herder & Co.

Litt, Theodor, Individuum und Gemeinſchaft. Grundfragen der ſozialen Theorie und Ethik. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 9.—.

Lueders, Marie-Eliſabeth, M. d. R., Dr., Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege. Geh. M. 3.—. München und Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot.

Lukas, Joſeph, Dr., Profeſſor an der Univerſität Münſter, Die organiſatoriſchen Grundgedanken der neuen Reichsverfaſſung. M. 3.—, zuzüglich 50% Verlagsteuerungszuſchlag. Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Mitteilungen des Vereins zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften. Herausgeber Direktor W. Scheffen, Berlin W 35. Nummer 3. Mai 1920. Berlin W 35. Verlag der Feierſtunden G. m. b. H.

Moos, Paul, Die deutſche Aeſthetik der Gegenwart. Geh. M. 43.75, geb. M. 56.25. Berlin und Leipzig, Verlag Schuſter & Löffler.

Müller, Friedrich, Konſtitution und Individualität. Rektorat-Antrittsrede, gehalten im Winterſemeſter 1919 an der Univerſität München. München, J. Lindauerſche Univ.-Buchhandlung (Schöpping). M. 1.20.

Pohle, Ludwig, Prof. Dr., Die Entwicklung des deutſchen Wirtſchaftslebens im letzten Jahrhundert. Kart. M. 2.80, geb. M. 3.50. Leipzig und Berlin, Verlag von B. G. Teubner.

Quellenſammlung für den geſchichtlichen Unterricht an höheren Schulen. Herausgegeben von Geh. Reg.-Rat G. Lambeck u. a. Reihe II, Heft 4: „Demoſthenes und Philipp" von Dr. W. Kranz. Heft 58: „Anfänge des modernen Staates im ausgehenden Mittelalter" von Dr. Dentzer. Heft 61: „Der Große Kurfürſt" von

Direktor Dr. F. Reinhold. Heſt 73: „Die nationale Bewegung von 1815/1849“ von Paul Joachimſen. Heſt 75: „Der Krieg von 1866 und der Norddeutſche Bund“ von Dr. Julius Koch. Heſt 80: „Moltke und Roon“ von W. Ebe. Heſt 84: „Das deutſche Handwerk“ von Dr. Siegfried Sieber. Leipzig, B. G. Teubner. Geh. je M. —.60.

Ramm, Dr. E., Dr. N. Caro, Dr. F. Haber und E. Sohn, Aus Luſt durch Kohle zum Stickſtoffdünger; vom Stickſtoffdünger zu Brot und reichlicher Nahrung. M. 2.— und 20% Teuerungszuſchlag. Oldenburg i. O. und Berlin, Verlag von Gerhard Stalling.

Rauecker, Dr. Bruno, Verſittlichung des Arbeitslebens. Wege zur Wiedererwekkung der Berufsfreude und der Arbeitsluſt. Geh. M. 2.—. München und Leipzig, Verlag Duncker & Humblot.

Reimers, Franz, Aus Ruckſack und Mappe. Buchſchmuck von Profeſſor Fr. Kallmorgen. M. 3.60. Bad Naſſau (Lahn) und Winnenden-Stuttgart, Zentralſtelle zur Verbreitung guter deutſcher Literatur.

Roſenthal, Friedrich, Schauſpieler aus deutſcher Vergangenheit. Geh. M. 4.50, geb. M. 6.50. Zürich, Leipzig, Wien, Amalthea-Verlag.

Roſenzweig, Franz, Hegel und der Staat. 1. Band: Lebensſtationen (1770—1906). Geh. M. 20.—, geb. M. 24.—. München und Berlin, Verlagsbuchhandlung R. Oldenbourg.

Schneider, Arnold, Rachel Drama. Schwerin i. M., Druck der Bärenſprungſchen Hofbuchdruckerei.

Schrempf, Chriſtoph, Prof. Dr., Vom öffentlichen Geheimnis des Lebens. Broſch. M. 11.—, geb. M. 14.—, zuzüglich 20% Sortimentszuſchlag. Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag (H. Kurtz).

Seelenleben des Soldaten an der Front. Hinterlaſſene Aufzeichnungen des im Kriege gefallenen Nervenarztes Dr. Ludwig Scholz. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.50, zuzüglich 50% Teuerungszuſchlag. Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr, (Paul Siebeck).

Tappen, Generalleutnant z. D., Bis zur Marne 1914. Beiträge zur Beurteilung der Kriegführung bis zum Abſchluß der Marneſchlacht. M. 3.80. Oldenburg i. O. und Berlin, Verlag von Gerhard Stalling.

Tönnies, Prof. Dr. Ferdinand, Die Entwicklung der ſozialen Frage bis zum Weltkriege. M. 1.60, zuzüglich 50% Teuerungszuſchlag. Berlin und Leipzig, Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger, Walter de Gruyter & Co.

Trendelenburg, Adolf, Zu Goethes Fauſt. Vorarbeiten für eine erklärende Ausgabe. Berlin und Leipzig, Vereinigung wiſſenſchaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co.

Verkade O. S. B., Willibrord, Die Unruhe zu Gott. Erinnerungen eines Maler-Mönches. Mit einem Bildnis. Kart. M. 5.80 und Zuſchläge. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Weber, Simon, Doktor der Theologie, Domkapitular und Wirklicher Geiſtlicher Rat zu Freiburg i. Br., Evangelium und Arbeit. Eine Apologie der Arbeitslehre des Neuen Teſtaments. Geh. M. 12.80, geb. M. 15.80 und Zuſchläge. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Wiſſen und Wehr, Zweimonatſchrift, Jahrgang 1920, 2. und 3. Heſt. Jährl. M. 25.—, Einzelheſt M. 5.—. Berlin SW 68, Verlag E. S. Mittler & Sohn.

Wolpert, Leo, Die einzige Seele. Sonntagsleſungen. Geh. M. 7.20, geb. M. 9.50 und Zuſchläge. Freiburg i. Br., Herderſche Verlagshandlung.

Zeitſchrift für Buddhismus, 2. Jahrgang, Heſt 1, 2, 3/4. Jährlich M. 12.—. München-Neubiberg, Verlag Oskar Schloß.

Zeitſchrift des Weſtpreußiſchen Geſchichtsvereins. Heſt 60. M. 12.—. Danzig, Kommiſſionsverlag von A. W. Kafemann G. m. b. H.

Zieſché, K., Univ.-Prof., Vom Expreſſionismus. Eine Gewiſſenserforſchung. M. 2.—. Leipzig, Vier-Quellen-Verlag, G. m. b. H.

Zimmermann, Paul, Lieder eines Erwachten. M. 1.—. Berlin N 4, Verlag von Waltenberg & Graetz.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue“ ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

Zur elſaß-lothringiſchen Frage im Weltkrieg

Von

C. v. Weizſäcker.

Reichsfinanzminiſter a. D. Erzberger hat in ſeiner Schilderung von Erlebniſſen im Weltkrieg auch die elſaß-lothringiſche Frage beſprochen, dabei die damalige württembergiſche Haltung erwähnt. Wenn Erzberger in dieſem Zuſammenhang ſagt, ich habe ihm wiederholt bei Erörterung der betreffenden bekannten bayeriſchen territorialen Wünſche erklärt, nur über meine Leiche gehe der Weg zur Aufteilung der Reichslande, ſo mögen derartige Äußerungen gefallen ſein. Nur wäre mitten im Weltkrieg eine Miniſterleiche keine ſehr tragiſche Sache geweſen. Es wird mir zweckmäßig erſchienen ſein, den einflußreichen Zentrumsabgeordneten, der für Bayern eintrat, über meine Stellungnahme rechtzeitig offen zu orientieren. Was ich vor allem verhüten wollte, war der Verſuch einer Löſung der Teilungsfrage in einem Moment, der mir abſolut ungeeignet erſchien. Im Jahr 1871 iſt bekanntlich die Teilung der Reichslande zwiſchen Preußen, Bayern und Baden an den Bedenken des Großherzogs von Baden geſcheitert. In ſpäterer Zeit, zwei Jahre vor dem Weltkrieg, iſt der Teilungsplan in der Wilhelmsſtraße wieder aufgenommen, aber in den erſten Stadien wieder zurückgeſtellt worden, da man ſeine Ausführung in „normalen Zeiten" als nicht möglich erkannte. Damals, im April 1912, hat mir der bayeriſche Miniſterpräſident geſagt, eine Teilung zwiſchen Preußen, Bayern und Baden werde nun wohl nicht mehr tunlich ſein, ſo daß ich erſtmals auf dieſe zarte Andeutung hin für alle Fälle zugunſten Württembergs eine Reſerve ausſprechen mußte. Als Frankreich um den Beſitz des deutſchen Grenzlandes Europa in Flammen geſetzt hatte, waren meines Erachtens zwar anormale, aber auch keine geeigneten Zeiten eingetreten, der Frieden war abzuwarten. Nun hat das Schickſal gegen uns entſchieden. Es handelt ſich um eine abgeſchloſſene Angelegenheit des alten Deutſchen Reichs im Weltkrieg von inner- und außenpolitiſcher Bedeutung. Ein kurzer einſchlägiger Beitrag vom ſchwäbiſchen, weſentlich innerpolitiſchen Geſichtspunkt aus wird, wie ich annehme, eines gewiſſen Intereſſes nicht entbehren. Daß ich bei amtlichem Eingreifen in der Sache ſtets nur nach Einholen der Stellungnahme und im Einverſtändniſſe meines Landesherrn gehandelt, verſteht ſich von ſelbſt.

Copyright 1920 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Elſaß-Lothringen war bei Ausbruch des Krieges ein dem Kaiſer zu landesherrlicher Obhut als Reichsland überlaſſenes, im gemeinſamen Beſitz der verbündeten Regierungen ſtehendes Gebiet. Seine Teilung mußte dahin führen, daß mindeſtens ein Hauptteil dem preußiſchen Staat zufiel, es war dies ſelbſtverſtändlich. Der Gedanke der Einverleibung des ganzen Reichslands in Preußen hat in der Kriegszeit manche Köpfe beſchäftigt. Aber war der Gedanke durchführbar? Der Reichskanzler v. Bethmann hat gelegentlich ausgeſprochen, die deutſchen Bundesſtaaten müßten, wenn er auf dieſe Idee eingehen ſolle, zuſammen Preußen dazu auffordern. Daß es dazu nicht kommen werde, war ſehr bald klar. Denn Graf Hertling hat als bayeriſcher Miniſterpräſident im April 1915 bei einer Beſprechung mit den mittelſtaatlichen leitenden Miniſtern ſich dagegen aufs Entſchiedenſte erklärt. Meines Erinnerns ging ſeine amtliche Äußerung kurz und rund dahin, der Überlaſſung des ganzen Reichslands an Preußen würde Bayern ſtarken Widerſtand leiſten. Das war für den, der die bayeriſche Geſamtpolitik ins Auge faßte, nicht überraſchend. Und daß der Reichskanzler v. Bethmann dieſen Widerſtand nicht hervorrufen wollte, mußte einleuchtend erſcheinen, wenngleich militäriſcherſeits eine ſolche einfache Löſung gerne geſehen worden wäre. Der Reichskanzler hatte die politiſche Pflicht, einen tiefen Gegenſatz zu dem zweitgrößten Bundesſtaat zu vermeiden. So war er auch, um dieſe Variante der verſchiedenen aufgetauchten Pläne vorauszunehmen, der Idee nicht zugeneigt: Lothringen an Preußen, das Elſaß an einen preußiſchen Prinzen. Das wäre eine verkappte, aus mancherlei Gründen unzweckmäßige Geſamtüberlaſſung an die deutſche Vormacht geweſen. Es war erklärlich, daß, nachdem die elſaß-lothringiſche Frage aufgetaucht, der Reichskanzler ihre eingehende Prüfung nicht von ſich wies. Schon in den Jahren vor dem Krieg hatte ihm das Grenzland viele Schwierigkeiten bereitet. Die Folgen des Kriegs- und Belagerungszuſtands ſollen hier nicht weiter geſchildert werden; ſie mußten von den verſchiedenſten Seiten aus bedauert werden. Aber das iſt doch zu ſagen: ein Irland war Elſaß-Lothringen ganz und gar nicht, vielmehr ein zum weitaus größten Teil deutſches, unter deutſcher Leitung wie nie zuvor aufblühendes, freilich von den früheren Fremdherrſchern, zumal in ſeinen oberen Schichten, zum Teil ſchwer verhetztes Land. Der in dieſem Jahrhundert eingetretene ſchlechte Gang der deutſchen Außenpolitik verfehlte ſeine beſondere ungünſtige Wirkung in unſerem Grenzland nicht. Noch im Jahr 1904 ſchilderte mir, um eine meiner Erinnerungen herauszugreifen, der ſo zuverläſſige Statthalter Fürſt von Hohenlohe-Langenburg den ſehr zufriedenſtellenden Gang der Dinge — trotz ſeines ihm mit nicht ſeltenem Berliner Ungeſchick aufgenötigten politiſchen Adlatus, des für den Süden ſo wenig paſſenden Staatsſekretärs. Und im Jahr 1915 hörte ich aus beſonders zuverläſſiger militäriſcher Quelle, daß weitaus der größte Teil der elſaß-lothringiſchen Soldaten ſich ſehr tapfer gegen Deutſchlands Feinde geſchlagen. Die Erkundigung, die ich über Tauſende in Württemberg untergebrachte, vor den

Franzoſen geflüchtete Elſäſſer einzog, lautete überwiegend ſehr gut. Mit voller Überzeugung habe ich die Theſe beſtritten, „es kann ſo nicht bleiben,“ vielmehr dem Reichskanzler und meinen Kollegen aus den Mittelſtaaten gegenüber die Anſicht vertreten: die Beſorgniſſe werden nach dem Krieg, nach einem die Revancheausſichten zerſtörenden Krieg unter einer gerechten, aber zugleich im Bedürfnisfall ſtrengen Verwaltung ſich zerſtreuen. Ich erachtete alsdann im Blick auf die reichsländiſche Bevölkerung ſelbſt ihr künftiges völliges Aufgehen im Deutſchen Reich für geſichert. Es hat mir zur Genugtuung gereicht, daß ſich im Laufe der Zeit aus genaueſter Kenntnis der Verhältniſſe heraus von Parteianſchauungen nicht beeinflußte deutſche Beurteiler erſten Rangs gegen die Änderung der ſtaatsrechtlichen Grundlagen im Reichsland erhoben, ſo vor allem Laband. Er votierte: Elſaß-Lothringen bleibt Reichsland, und gab ein weiſes Zukunftsprogramm künftiger Verwaltung mit der Deviſe „suaviter in modo, fortiter in re.“ Wichtig war mir nicht minder, daß der aus Württemberg ſtammende, durch ſeine langjährige Straßburger Gelehrtentätigkeit gleichfalls rühmlich bekannte Theobald Ziegler, deſſen Anſicht ich mir in jenen Zeiten verſchiedentlich erbeten habe, ſchließlich alle anderen Pläne, als die Belaſſung des Reichslands als ſolches für nicht empfehlenswert erachtete. So war ich perſönlich beruhigt, wenn ich während des Krieges ſtets in erſter Linie für Zurückſtellung ausſichtsloſer Teilungspläne gearbeitet habe.

Der Ausgangspunkt der innerdeutſchen Erörterungen über die reichsländiſche Frage im Weltkrieg lag in den alten bayeriſchen territorialen Wünſchen, die im Auguſt 1914 dem Deutſchen Kaiſer gegenüber von neuem zum Ausdruck gekommen ſind. Ich habe, nachdem ſich aus der Sache inzwiſchen für Württemberg eine unbequeme Lage ergeben, zwei Jahre ſpäter dem Kaiſer geſagt, meines Erachtens führe Deutſchland keinen Koalitionskrieg der deutſchen Bundesfürſten zum Zweck von Landesverteilung, ſondern Geſamtdeutſchland führe einen Krieg zur Verteidigung ſeiner Exiſtenz. Der Kaiſer war damit einverſtanden. Er hatte ſich wohl zu früh, in den erſten Kriegsmonaten auf die Teilungsfrage eingelaſſen und empfand das aufgetauchte Problem als eine läſtige Sache. Im Grunde hat er ſich als völliger Landesherr der Reichslande gefühlt. Man verſuchte übrigens in Berlin zu jener Zeit den dem zweitgrößten Bundesſtaat zugedachten Anteil weſentlich zu beſchneiden.

Nach einmal aufgeworfener Teilungsfrage meldeten ſich noch andere Liebhaber von territorialen, auch außerhalb der Reichslande gelegenen Vergrößerungen, Vertreter von wirtſchaftlichen, konfeſſionellen, militäriſchen Intereſſen, kurz es war Gefahr vorhanden, daß alle Welt ſich meldete, weil niemand zu kurz kommen wollte. Daß Württemberg beiſeite ſtand, wurde bald bekannt. Wir erhielten Kompenſationsvorſchläge aller Art, Vorſchläge zur Milderung unſerer Eiſenbahn- und ſonſtigen Verkehrsbeſchwerden, unſerer Kohlennot, in München ſprach man uns Hohenzollern-Sigmaringen zu, ein hoher, übrigens dazu nicht legitimierter Beamter der reichsländiſchen Verwaltung empfahl mir ebenfalls die Zollernſchen Lande, weil durch ihren Beſitz

Württemberg Grenznachbar der Schweiz werde! Ich hielt mich zurück. Denn der Standpunkt Württembergs, der auch im Intereſſe des innern Friedens die Teilungsfrage nach Tunlichkeit ablehnte, wäre mir gefährdet erſchienen, hätte Württemberg alsbald Zeichen eigener Begehren gegeben. Allerdings hat mir Herr v. Bethmann einmal, im Jahr 1915, geſprächsweiſe geſagt: „Was würden Sie von einer ſchwäbiſchen Pfalz halten?“ Ich antwortete ſcherzend: eine Pfalz ſo ſchön wie die bayeriſche wäre nicht übel. Näher iſt dieſe Seite des Themas nicht erörtert worden. Aus den vielfachen Ausſprachen mit Herrn v. Bethmann möchte ich eine aus dem Mai 1916 beſonders hervorheben. Ich habe durch Jahre hindurch in ſo manchen Fragen die Ehre gehabt, mich mit dieſem Staatsmann ſo offen auseinanderſetzen zu dürfen, wie es nur das gemeinſame Beſtreben einer unbedingt ſachlichen vaterländiſchen Überlegung politiſcher Angelegenheiten mit ſich bringen konnte. Er wird auch durchgefühlt haben, daß ich die Schwierigkeiten der ihm vom Schickſal auferlegten ganz außerordentlichen Aufgabe ſtets gerecht zu würdigen beſtrebt war. Er hat mir bei ſo mancher Gelegenheit den nicht zurückhaltenden Ausdruck meiner Anſchauungen, wie mir ſchien, nicht verübelt. Ich ſagte ihm im Jahre 1916: an der etwas verfahrenen Lage der reichsländiſchen Frage, wie ſie ſich vor und nun während des Krieges entwickelt habe, ſei Württemberg unſchuldig wie ein Kind und könne dafür nicht büßen. Einen einſeitigen Machtzuwachs der Nachbarn können wir nicht ertragen. Ich glaube, es gebe kaum einen Politiker im Lande, der ſich damit abfinden würde. Auf Landvergrößerungen gehen wir an ſich durchaus nicht aus. Die Kompenſationspolitik würde uns aber eventuell geradezu aufgedrungen werden. Wenn uns Graf Hertling vor Jahresfriſt einen zudem nicht zu Bayern, ſondern zu Preußen gehörigen Landesteil vorgeſchlagen, ſo ſei meines Erachtens die Vertauſchung deutſcher Gebiete nach Art der Politik vor hundert Jahren nicht mehr angängig. Übrigens ſei Württemberg ein ausreichender Erſatz überhaupt nicht proponiert worden. Ich ſehe nicht ein, warum das Kräfteverhältnis unter den ſüddeutſchen Mittelſtaaten verſchoben und Württemberg in ſeiner ohnedem ſchwierigen Lage als kleineres Land zum Dank für ſeine Leiſtungen im Krieg geſchädigt werden ſollte. Der ſchwäbiſche Stamm, der württembergiſche Einzelſtaat haben eine beſondere Miſſion in Deutſchland, die ihm nicht genommen werden dürfe. Ob das Zerfallen Deutſchlands in zwei Hälften, in eine unter Preußen ſtehende Nord-, eine unter Bayern ſtehende Südhälfte gefördert werden wolle? Die Zukunft ſei ungewiß, jedenfalls ſei ſie ſehr ernſt. Niemals möchte ich für den Abſchluß meiner Laufbahn die Verantwortung dafür mit übernehmen, an einer ſolchen die deutſche Zukunft gefährdenden Entwicklung mit beteiligt zu ſein. Läge jetzt der Aufteilungsplan amtlich im Bundesrat vor, ſo würde ich mich für eine Inſtruktion der württembergiſchen Stimmen dahin einſetzen: 1. Im Intereſſe des Burgfriedens, im Intereſſe Bayerns ſelbſt die Angelegenheit bis nach dem Frieden zu vertagen. 2. Im Falle der Ablehnung der Vertagung aber gegen die Aufteilung zu ſtimmen. Dabei bin ich aus ſtaatsrechtlichen Gründen davon ausgegangen, daß Württemberg eventuell ein Vetorecht gegen einen Aufteilungsplan zuſtände, eine Anſicht, die mir für Württemberg weder Bethmann noch Michaelis noch Hertling beſtritten haben. Unter dem vierten Kriegsreichskanzler, dem Prinzen Max, war zur Erörterung einer ſolchen Rechtsfrage kein Anlaß mehr vorhanden. Herr v. Bethmann würdigte meine Ausführungen. Ohne Zweifel ſind auch ihm, wie es in der Politik ſo häufig geht, bei der Unterſuchung der Verwirklichung des Teilungsplans im Detail ſo mancherlei Bedenken erſt recht nahegetreten. Hier ſollen die betreffenden Bedenken, wie ſie mir vorſchwebten, nur ganz kurz angedeutet werden. Schwierigkeit eines mehrköpfigen Regiments im bisherigen Reichsland, namentlich aber im Elſaß. Schwierigkeit der parlamentariſchen Kontrolle der Verwaltung durch verſchiedene Landtage, finanzielle Schwierigkeiten. Schwierigkeiten der Auseinanderſetzung mit der auch im Frieden wünſchenswerten einheitlichen militäriſchen Kommandogewalt. Schwierigkeiten in bezug auf das Verkehrsweſen. Vor allem das Bedenken, ob nicht der Widerſtand des Deutſchland abgeneigten Teils der Reichslande durch die Zerſplitterung, ohne eine einheitliche Überwachung, ſtatt abgeſchwächt, verſtärkt würde.

Ende Mai 1917 hat mir der Reichskanzler geſchrieben: Seit ich ihm vor einem Jahr als meinen mindeſten Wunſch eine dilatoriſche Behandlung der Sache bezeichnet, habe er nichts mehr in der Frage getan, freilich in der Zwiſchenzeit bei interner Überdenkung derſelben eine andere Löſung nicht ausfindig machen können. An gewiſſenhafter Erwägung des Problems hat es Bethmann ſicher nicht fehlen laſſen. Wenn ihm ſeine Gegner vorwerfen, er habe in dieſer Angelegenheit wechſelnd und unſicher gehandelt, ſo iſt nach meiner Kenntnis der Dinge der Vorwurf gegen den Staatsmann unbegründet. Was hätte er tun ſollen? Mit ſeinem Rücktritt im Sommer trat die reichsländiſche Angelegenheit in ein anderes Stadium, die Aufteilungsfrage bis auf weiteres in den Hintergrund. Es wurde mir wohl bekannt, daß da und dort geſagt wurde, der Widerſtand gegen einen Teilungsentſchluß der größeren Bundesſtaaten ſei in Stuttgart bei Weizſäcker zu ſuchen. Allein ich vermochte es nicht als ein nationales Unglück zu betrachten, wenn — wie damals geſagt wurde — „der Knochen liegen blieb“. Allerdings hatte die Politik der württembergiſchen Regierung die Teilungsfrage auf ein totes Geleiſe gebracht. Es ſollte ſich ſpäter zeigen, daß ſie von dieſem Geleiſe nicht zu entfernen war. Aber während beiſpielsweiſe auf dem Gebiet der inneren Parteipolitik die gewiß an ſich wohlbegründete, aber ſo ſchwierig gewordene Frage der Einführung eines moderneren preußiſchen Wahlrechts, die der Linken am Herzen liegende Frage der Parlamentariſierung trotz des zur Einigkeit der Nation drängenden Gebots der Stunde von der Tagesordnung nicht verſchwanden, haben die verbündeten Regierungen ihrerſeits die in angebrochener Zeit ſie immer von neuem verſchiedenartig bewegende reichsländiſche Angelegenheit, ſoweit immer möglich, im ſtillen unter ſich verhandelt. Das Zuſammenſtehen der Bundesregierungen in den großen Aufgaben der Zeit iſt durch die reichsländiſche causa nicht geſtört worden. Die zum Teil im Ausland noch bis zum Kriegsausbruch verbreiteten Anſichten, als ob der bundesſtaatliche Charakter unſeres Reichs in ernſter Stunde gelockert werden könnte, hat ſich als gänzlich falſch erwieſen — meines Erachtens weſentlich infolge der monarchiſchen Geſtaltung der Staatsgewalt im alten Deutſchen Reich. Die verbündeten Fürſten haben in der andauernden Not des Vaterlands das Weſentliche, den Zuſammenhalt, gegenüber Fragen zweiten und dritten Rangs, ſtets und mit Feſtigkeit feſtgehalten. Auch das freundnachbarliche Verhältnis Württembergs zu ſeinem öſtlichen Nachbarn durfte nicht geſtört werden, darüber war man ſich beiderſeits klar, und ich darf hier perſönlich anführen, daß ich, obgleich als Hindernis anderweiter Wünſche geltend, im Vorſommer 1918 am bayeriſchen Hofe als Miniſter meines Königs freundlichſt empfangen worden bin.

Der neue Reichskanzler Michaelis ließ für ſeine Perſon den Aufteilungsplan alsbald fallen. Nun hatte der Gedanke der Autonomie der Reichslande die erſte Stelle der Erwägungen der zuſtändigen Kreiſe eingenommen. Über eine bereits am 9. September 1917 mit Reichskanzler Michaelis auf der Solitüde bei Stuttgart ſtattgehabte Beſprechung habe ich den Eindruck feſtgehalten, daß damals der neue Reichskanzler zwiſchen der Schaffung eines autonomen monarchiſchen Bundesſtaats in Elſaß-Lothringen und der dilatoriſchen Behandlung der reichsländiſchen Frage noch ſchwankte. Übrigens ſei, wie Michaelis meinte, die Aufteilungsfrage noch nicht zu den Akten geſchrieben, denn München habe noch nicht verzichtet; aber er anerkenne mir gegenüber, daß die Schwierigkeiten nicht zu überwinden ſeien. Dafür, daß der Autonomieplan im Vordergrund ſtand, ſprach übrigens, wenn der Reichskanzler ſchon die Perſon des künftigen Fürſten in dem zu ſchaffenden neuen Bundesſtaat zur Sprache brachte und hierbei in erſter Linie von einem bayeriſchen Prinzen ſprach. Ich konnte mich immer noch nicht von meiner Vorliebe für die Politik des Beruhenlaſſens trennen, erhob aber gegen die Autonomielöſung als ſolche keinen Widerſpruch. Der Reichsleiter war wohl beeinflußt durch den Reichstag, in dem die Mehrheitsparteien damals die Angelegenheit nachdrücklicher mit in die Hand zu nehmen begannen. Das Problem einer Änderung der Verfaſſung der Reichslande wurde damals mehr und mehr mit dem Problem der Erreichung baldigen Friedens in Verbindung gebracht. War ich von rein innerpolitiſchem Standpunkt aus kein grundſätzlicher Gegner des Autonomiegedankens in ſeiner damaligen Prägung, ſo konnte ich nach meiner Auffaſſung der Geſamtlage noch weniger widerſprechen, wenn es ſich um Auffindung irgendeines erträglich ſcheinenden Hilfsmittels auf dem Weg zu baldigem Frieden handelte. Ob das in Frage ſtehende Mittel in irgendeinem Stadium des Kampfes wirkſam ſein werde, war freilich zweifelhaft. Ich habe nicht geglaubt, daß auf dem Weg der Autonomiegewährung — in irgendeinem Stadium des Kampfes vor Niederlage der Entente — der franzöſiſche Kriegswille hätte erſchüttert werden können. Er ging nun einmal auf Wiedereroberung, auf désannexion, wie man damals erfinderiſch das Kind taufte, er war ſo imperialiſtiſch als er nur ſein konnte, weil ihn ſeine ſo zahlreichen Bundesgenoſſen auch darin unterſtützten. Blieb Elſaß-Lothringen deutſch — und v. Kühlmann hat am 9. Oktober mit Zuſtimmung des Reichstags bezüglich der Herausgabe des Reichslands ſein bekanntes „Niemals" gerufen —, ſo war nach franzöſiſcher Auffaſſung der Krieg für Frankreich verloren, die innere ſtaatsrechtliche Geſtaltung des Landes war den Franzoſen von keinem Belang, ſobald es mit dem Revanchegedanken ſein Ende hatte. Jene innerſtaatliche Geſtaltung der Autonomie wäre dem nicht als Sieger hervorgegangenen Paris wirklich eine question allemande geworden. Aber vielleicht kam doch ein Moment, in dem die Autonomie für die Entſcheidung von einigem Gewicht geweſen? Der Moment kam nicht. Es hat, wie im folgenden Jahr bekannt wurde, ſchon im Februar 1917 insgeheim Prinz Sixtus von Parma für Kaiſer Karl den Franzoſen Elſaß-Lothringen angeboten und dafür von Poincaré, dem Friedensfreund, als Antwort die Hinzuforderung des Saargebiets nebſt einem linksrheiniſchen Pufferſtaat erhalten, womit ſich das ſterbende Rußland einverſtanden erklärte. Im April 1917 hatte Czernin der deutſchen Leitung ſelbſt offen die Abtretung der Reichslande vorgeſchlagen, auch — nach der Juli-Friedensreſolution des Reichstags — im Auguſt eine erneute Anregung in dieſem Sinne gegeben. Das päpſtliche Friedensrundſchreiben vom 1. Auguſt 1917 behandelte Elſaß-Lothringen als eine ſtrittige territoriale Frage. Der Vatikan hatte von der deutſchen Antwort kein Eingehen auf Einzelheiten ſeines Rundſchreibens erwartet, wie man wußte. Ribot verlangte aber am 30. Juli 1917 öffentlich die Rückgabe von Elſaß-Lothringen als Antwort auf die Reſolution des Deutſchen Reichstags vom 19. Juli. Es war klar, damals wenigſtens war außenpolitiſch mit der Autonomie nichts zu machen. Auch nicht im kommenden Winter, als während der deutſch-ruſſiſchen Friedensverhandlungen der franzöſiſche auswärtige Miniſter eben wieder: „erſt ſiegen" rief. Michaelis war während ſeiner kurzen Amtszeit zur Inſzenierung des Autonomiegedankens begreiflicherweiſe nicht gekommen.

Sein Nachfolger, der erſte parlamentariſche Reichskanzler, Graf Hertling, geriet bald in eine eigenartige Lage hinſichtlich der reichsländiſchen Frage. Der Reichstag ging in ſeinem Verlangen der Mitbehandlung der Angelegenheit weiter noch als bisher. Vor der Amtsübernahme hat ſich Hertling von der Reichstagsmehrheit gewiſſe Zuſicherungen in der Richtung der Autonomielöſung abringen laſſen, ohne zuvor die verbündeten Regierungen zu befragen. Ich fürchtete meinerſeits, die bayeriſchen Wünſche könnten trotzdem wieder aus der Verſenkung erſtehen — in der einen oder andern Form. Die im Winter eintretenden Verhältniſſe, auch Punkt 8 des ſo verhängnisvoll gewordenen Wilſonſchen Programms, der Frankreich, wenn auch in der von ihm beliebten unklaren Weiſe, Elſaß-Lothringen in Ausſicht ſtellte, ermutigte nicht zur Wiederaufnahme des Problems im Sinne des Reichstags. Wenn dies ſchließlich im allerletzten Moment noch einmal von Prinz Max geſchehen iſt, ſo verhallte dieſer letzte Akkord in dem reichsländiſchen Drama wirkungslos.

Inzwiſchen hatte ich noch um die Jahreswende 1917/18 Anlaß, den alten Standpunkt in der Aufteilungsfrage perſönlich im Großen Hauptquartier darzulegen. Es wurde bekannt, daß dort die Frage, ob die Reichslande preußiſch oder aber geteilt werden ſollen, von neuem lebhaft ventiliert werde. Ich begab mich an dieſe nach Lage der Dinge beſonders wichtige Stelle. Die militäriſche Situation wurde im Großen Hauptquartier günſtig beurteilt; man rüſtete ſich für den Frieden im Jahr 1918 und verwarf die Autonomie durchaus. General Ludendorff erwies ſich als ſehr vertraut mit den einzelnen in Betracht kommenden Geſichtspunkten. Er vertrat natürlich vor allem die militäriſche Seite der Sache, hob aber wiederholt hervor, wie eben die außerordentliche Lage im Weltkrieg ihn auch zu den politiſchen Betrachtungen nötige. Meinem deutſch-württembergiſchen Standpunkt brachte er Verſtändnis entgegen. Ich wußte nun, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung geſetzt war. Hertling hüllte ſich in Schweigen. Zunächſt hat General v. Graevenitz nochmals bei den Militärs gründliche Vorſtellungen gemacht. Ich hörte damals, unter ſchmeichelhaften Anerkennungen der Leiſtungen der württembergiſchen Herzoge, von in Betracht kommenden dynaſtiſchen Stellungen im Oſten. Die Württemberger blieben Württemberger und richteten ihre Blicke nicht in den Oſten. Am 23. Mai ſuchte ich den Reichskanzler auf, und nun wiederholte ſich das oben ſkizzierte Geſpräch, das ich zwei Jahre zuvor mit Herrn v. Bethmann gepflogen, unter denjenigen Modifikationen, welche die nunmehrige Zeit, wie die Perſon des nunmehrigen Reichskanzlers nahelegten. Gegen den Gedanken der Berückſichtigung von Preußen, von Bayern unter Zuziehung von Baden, wo man ſich mehr als bisher für das gegenüberliegende Oberrheinufer intereſſierte, aber mit Weglaſſung von Württemberg mußte ich mich gebührend deutlichſt ausſprechen. Zum Schluſſe der Unterredung, die ſich in beiderſeitiger vollkommener Gelaſſenheit vollzog, meinte Graf Hertling: Während ſeiner Kanzlerſchaft komme die reichsländiſche Frage nicht zur Erledigung wie keinenfalls während des Kriegs. Daran knüpfte ſich die Bitte, er möge als Reichskanzler verhüten, daß ſich nicht inzwiſchen einzelſtaatliche Gruppen in der Sache im voraus feſtlegen, wie er auch dahin wirken möge, daß gewiſſe Agitationen in der reichsländiſchen Sache nach Kräften verhindert werden.

Der König von Württemberg hat einige Zeit darauf in einem überaus freundlichen Briefwechſel mit dem Kaiſer die Grundlage der württembergiſchen Politik in der Sache zuſammengefaßt.

Der König, von jeher fern von dem Reich ſchädlichen partikulariſtiſchen Strömungen, hat aus Anlaß des Weltkriegs das Bedürfnis einer Vergrößerung ſeines Landes nicht empfunden. Sein Haus hatte viele Jahrhunderte lang ſchöne und ausgedehnte, mit Württemberg durch Perſonalunion verbundene Beſitzungen nicht nur in Mömpelgard und Hochburgund, ſondern auch im reichsländiſchen Elſaß, im Kolmarer Land, die Herrſchaften Reichenweiher und Horburg gehabt. Aber er war auch in der reichsländiſchen Frage von dynaſtiſchen Beſtrebungen frei, nur von Sorge für das Wohl Deutſchlands und den Schutz der berechtigten Stellung und Intereſſen ſeines geliebten Landes im Rahmen Geſamtdeutſchlands beſeelt.

Die von der württembergiſchen Regierung eingeſchlagene Haltung hat in ihrer Grundrichtung auch die feſte Zuſtimmung der Stände des Landes gefunden.

Selbſt wenn der Krieg das erhoffte gute Ende genommen, es wäre beſſer geweſen, Deutſchland hätte unter dem Getöſe der Waffen auf die innerdeutſche anderweitige Geſtaltung des Reichslands weniger Zeit und Kraft verwendet. Auch in das Ausland drangen natürlicherweiſe Nachrichten über die Verhandlungen. Das mußte falſche Vorſtellungen erwecken. In Paris ſind neuerdings, wie beiläufig bemerkt ſein mag, nach dem Waffenſtillſtand in franzöſiſche Hände geratene Protokolle über deutſche Verhandlungen aus dem Jahr 1918 veröffentlicht worden. Es ſind dies keine Protokolle einer für die Frage zuſtändigen Inſtanz.

Zum Schluß mag konſtatiert werden: die Reichsleitung, die einzelnen deutſchen Regierungen haben kein anderes Ziel verfolgt als eine glückliche Entwicklung von Elſaß-Lothringen zum Wohl der reichsländiſchen Bevölkerung. Daß über die einzuſchlagenden Wege die Anſichten gelegentlich auseinander gingen, wen ſollte es wundern?

Nun erweckt die Betrachtung der Vogeſen und des Straßburger Münſters bei dem, der mit tiefer innerer Freude ſeit Jahrzehnten die Schönheit des Blicks geſchätzt hat, ſchmerzliche Empfindung. Noch erinnere ich mich, wie im Jahr 1868 der würdige Theologe Reuß in Straßburg meinem Vater ſagte, es iſt Zeit, daß wir Elſäſſer wieder in das deutſche Vaterland zurückkehren. Die bald darauf erfolgte Heimkehr hat keine fünfzig Jahre gedauert. Aber die Elſäſſer werden nicht vergeſſen, was ihnen in faſt fünfzig Jahren blühendſten Lebens die Mitarbeit Deutſchlands gebracht. Der bekannte franzöſiſche Sozialiſt G. Hervé hat mitten im Krieg die deutſchen Genoſſen zwar als töricht bezeichnet, weil ſie für das Verbleiben der Reichslande bei Deutſchland eintraten, aber ſelbſt er hat es ehrlich nicht unterlaſſen, damals zu preiſen, was die deutſche Verwaltung den Reichslanden von 1871 bis 1914 in ſo vielen wichtigen Kulturfragen an in Frankreich nicht gebotenen Segnungen gebracht hat. Nun erfährt man drüben über den neu geſchaffenen Grenzen wieder, was das franzöſiſche Regiment für den elſaß-lothringiſchen Bürger bedeutet. In Schwaben aber wird man nicht vergeſſen, daß auf dem linken Rheinufer eine ſtammverwandte deutſche Bevölkerung wohnt, der wir unſer tiefes Mitempfinden widmen.

Der Achtſtundenarbeitstag

Vom wiſſenſchaftlich-ärztlichen Standpunkt aus betrachtet 1)

Von

Prof. Dr. Ch. Bäumler, Wirkl. Geh. Rat.

Als ich in den ſechziger Jahren in London als Arzt tätig war, hörte und las man oft als eine Geſundheitsregel den Wahlſpruch: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Spiel, acht Stunden Schlaf.“ In mancherlei, die öffentliche und namentlich auch die perſönliche Geſundheitspflege betreffenden Fragen waren die Engländer uns damals voraus: ſo in Hauseinrichtungen, Waſſerverſorgung, Ernährungsweiſe, Hautpflege, Zahnpflege und Seifenverbrauch. Von den drei Tagesabſchnitten, in die nach obiger Regel der Tag eingeteilt werden ſollte, iſt für den Körper der dem Schlaf gewidmete der wichtigſte. Iſt der Schlaf doch die vollkommenſte, den Ausgleich im ganzen Körper beſorgende Einrichtung. Er verſcheucht das Ermüdungsgefühl, läßt die ihm zugrunde liegenden Urſachen verſchwinden, regelt die Tätigkeit der auch im wachen Zuſtand unbewußt vor ſich gehenden Aufgaben der in wichtigſten Lebensvorgängen tätigen Abſchnitte des Nervenſyſtems, denen man deshalb den Namen des „autonomen“ Syſtems gegeben hat. Nach dem Erwachen ſind Kraftgefühl und Stimmung aufgelebt.

Wer waren es nun damals, die in England vorwiegend von jener Geſundheitsregel nach Möglichkeit und gewohnheitsmäßig Gebrauch machten? Es waren vor allen die mehr oder weniger Unabhängigen, alſo Glieder der höheren Stände, Studierende und Schüler, junge Kaufleute und Gewerbetreibende mit geregelter Arbeitszeit, am wenigſten die dem Arbeiterſtand Angehörigen.

Wie wurde die freie Zeit verwendet? Von jungen, zum Teil auch von älteren Leuten größtenteils zu Spielen verſchiedener Art im Freien. Jede größere Privatſchule, jede Univerſität in Großbritannien hatte ihren Spielplatz, auf welchem die ſeit Jahrhunderten gepflegten Spiele, Fußball und Kricket, von beiden Geſchlechtern auch Tennis geſpielt wurde. Wo die Möglichkeit dazu vorhanden war, ſpielte das Rudern eine große Rolle. Weltbekannt iſt ja der ſeit 1864 alljährlich im Frühjahr ſtattfindende Ruderwettkampf zwiſchen den Univerſitäten Oxford und Cambridge. Schwimmen wurde beſonders in den Schulen gepflegt, Reiten von einzelnen, Turnen in unſerem Sinne gar nicht. In der von den Deutſchen gegründeten großen Turnhalle in London haben jedoch auch einzelne Engländer am Turnen teilgenommen. Wer nicht auf dieſe Weiſe oder durch Gänge im Freien ſeine freie Zeit ganz oder teilweiſe verbrachte, beſchäftigte ſich zu Hauſe, im Garten oder ſonſtwie

---

1) Nach einem für die Akademiſche Geſellſchaft in Freiburg i. Br. am 8. Juli 1920 gehaltenen Vortrag.

mit den Seinigen. Namentlich traf dies damals zu für die Arbeiter, von denen die beſſeren dort in der Regel ein kleines Haus in Miete hatten. Erſt nach Einführung des ganz freien Sonnabendnachmittags hatten ſie die zum Spielen im Freien nötige Zeit bekommen. An Sonntagen wurde nirgends geſpielt, nach altpuritaniſcher Weiſe war in ganz Großbritannien an Sonntagen jede Art von Arbeit, auch Handarbeit der Frauen, durch allgemeines freiwilliges Übereinkommen verboten.

Wirtshäuſer und Kaffeehäuſer in unſerem Sinne oder Wirtſchaftsgärten in den Vorſtädten, in denen man, wie in Deutſchland, in Nachmittags- oder Abendſtunden bei Muſik ſich von der Tagesarbeit erholen kann, gab es damals in England nicht. Die zahlreichen, durch große, mit in die Augen fallenden farbigen Flüſſigkeiten gefüllte Glaskrüge hinter den Fenſtern ſich kundgebenden Schenken für geiſtige Getränke verſchiedener Art hatten keine Zimmer zum Zuſammenſitzen der Gäſte, vielfach nur eine kleine Bank in dem Schankraum, in dem die ihn Beſuchenden meiſt ſtehend das Verlangte zu ſich nahmen. Kinos gab es damals noch nicht. Muſikhallen waren in London nur ſehr ſpärlich vorhanden und wenig beſucht.

Für Lohnarbeiter wurden in mehreren Ländern ſchon längſt, ſo in England bereits unter der Regierung der Königin Eliſabeth im Jahre 1562, geſetzliche Regelungen der Arbeitszeit eingeführt und allmählich, den Verhältniſſen entſprechend, verbeſſert. Aber ſelbſt in England wurde erſt im Jahre 1841 der Verſuch einer Schutzgeſetzgebung im Bergbau gemacht, erſt 1842 wurden Frauen und Kinder von Arbeit in Bergwerken unter Grund befreit. Mit der raſchen Entwicklung der Induſtrie in England und auf dem Kontinent von Europa wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika kamen dann auch dieſe, vor allem für die Arbeiter ſo wichtigen Fragen in Fluß.

Von einem „Normalarbeitstag" war aber zuerſt nicht in Arbeiterkreiſen, die damals noch nicht organiſiert waren, die Rede. Ein deutſcher Volkswirtſchafter Dr. Rodbertus war es, der 1850 zuerſt, nicht vom geſundheitlichen, ſondern vom wirtſchaftlichen Standpunkte aus als einen Maßſtab zur Berechnung der Arbeitsleiſtung, als „Arbeitswerktag", ihn aufſtellte. Er war dazu veranlaßt worden durch die Erwägung, daß bei der ſteigenden Produktivität der Arbeit der Lohn der arbeitenden Klaſſen eine immer kleinere Quote des Nationalproduktes wird. Der bloße normale Zeitarbeitstag entbehre aller ſozialen Gerechtigkeit, da er den guten und ſchlechten Arbeiter gleich behandle und auch die berechtigten Anſprüche der Arbeitgeber unberückſichtigt laſſe.

Erſt unter dem Einfluß von Karl Marx wurde von der ſich mehr und mehr organiſierenden Arbeiterſchaft der Zeitarbeitstag angeſtrebt.

Im deutſchen Reichstag wurde 1892 ein den achtſtündigen Arbeitstag betreffender Antrag zur Erwägung überwieſen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war auch erſt in der zweiten Hälfte des vorigen

Jahrhunderts mit Arbeitergeſetzgebung begonnen worden, 1874 das Zehnſtundenſyſtem eingeführt. Die internationale Arbeitsorganiſation, die auf verſchiedenen Gebieten des Arbeitsſchutzes bereits Großes geleiſtet, hat auch die Arbeitszeit in ihr Programm aufgenommen. Aber nach dem für uns ſo niederſchmetternden Ausgang des Weltkriegs, der nicht nur bei den direkt an ihm beteiligten Völkern, ſondern bei allen auf dem ganzen Erdenrund ſchwere wirtſchaftliche Erſchütterungen zur Folge hatte, war allenthalben der ſehnſüchtige Wunſch nach Frieden und das dringende Bedürfnis nach Wiederherſtellung geordneter wirtſchaftlicher Verhältniſſe aufgetreten. Allerwärts erſchallte da der Ruf: Arbeit! Arbeit! als das wichtigſte und Hauptmittel zur Förderung des Wiederaufbaus. Mußte es da nicht ſeltſam anmuten, daß mit den Friedensverhandlungen in Paris, bei denen es an Mannigfaltigkeit der zu beratenden Aufgaben doch wahrhaftig nicht fehlte, auch dieſes doch ferner liegende Gebiet des Arbeiterſchutzes zur Verhandlung gebracht und ſogar in den Friedensvertrag von Verſailles aufgenommen wurde? Die Konferenz der alliierten Mächte hatte ſich allerdings unter Wilſons Führung ſehr viel weitere Ziele als den bloßen Frieden unter den am Kriege ſelbſt Beteiligten geſteckt. Sollte doch nach ihren von geſchichtsunkundigen Harmloſen gläubig aufgenommenen Verheißungen ein dauernder Weltfriede geſchaffen und durch den Völkerbund die Mittel und Wege zu deſſen Erhaltung feſtgelegt werden. Als ein Anhängſel an dieſen und als eine ſeiner Aufgaben ſollte die ſchon beſtehende internationale Arbeitsorganiſation die Intereſſen der in allen Ländern die Hauptmaſſe der Bevölkerung ausmachenden Arbeiter wahrnehmen. Die erſte Konferenz derſelben, zu welcher auch das vom Völkerbund ausgeſchloſſene Deutſchland eingeladen worden war, fand im November 1919 in Waſhington ſtatt, Deutſchland konnte jedoch auf derſelben nicht vertreten ſein, da das Schiff, auf welchem ſeine Abgeſandten Plätze genommen hatten, zu ſpät auslief, um noch rechtzeitig in Amerika anzukommen. In Waſhington, wo 41 Staaten, von den größten (China, Britiſch-Indien) bis zu den kleinſten vertreten waren, ſollte über den Achtſtundenarbeitstag und die 48-Stundenarbeitswoche ſowie über andere Arbeiterfragen, wie Frauen- und Kinderarbeit, verhandelt werden. Aus den Verhandlungsprotokollen, die mir auf mein Anſuchen in freundlichſter Weiſe vom Londoner internationalen Arbeitsamt zur Verfügung geſtellt wurden, ſei als beſonders bemerkenswert die Eröffnungsrede des engliſchen Arbeiterdelegierten, ehemaligen Miniſters Barnes erwähnt. Er ſchloß dieſelbe mit der Forderung, daß der Arbeiter Zeit haben müſſe zur Erholung, zu ſeiner Fortbildung, zu einem gedeihlichen Familienleben, daß aber bei der geſetzlichen Feſtlegung eines Normalarbeitstags auch die beſonderen Verhältniſſe eines Landes, nach Klima, nach der Art der Arbeit, ob landwirtſchaftlich oder in der Induſtrie, nach der Bevölkerung und deren Gewohnheiten zu berückſichtigen ſeien. Dies hatte auch ſchon die Pariſer Friedenskonferenz im § 427 des Vertrages von Verſailles anerkannt.

Auf einen wichtigen Punkt, der beweiſt, wie ſchwerwiegend die Rückſichtnahme auf örtliche Verhältniſſe iſt, machte der Abgeordnete der Regierung von Kanada, Parſons, aufmerkſam. Die Ausſchließung der Landarbeiter in Kanada vom Achtſtundenarbeitstag würde dazu führen, daß dieſelben durch die Vergünſtigung, welche die Arbeiter in den Städten durch denſelben hätten, wie durch einen Magnet in die Städte gezogen würden. Dadurch würde der Betrieb der in Kanada ſo wichtigen und bedeutenden Holzwirtſchaft auf dem Lande, in den Wäldern und auf den Flüſſen lahmgelegt. Er ſagte auch noch: „Meine Freunde, die Welt leidet heute nicht an zu langen Arbeitsſtunden, ſondern an Mangel an Nahrung und Kleidung.“ Der Vizepräſident der Vereinigten Staaten Marſhall, der den erkrankten Präſidenten Wilſon vertrat, mahnte in ſeiner mit amerikaniſchem Humor gewürzten Begrüßungsrede zur Geduld in der Durchführung der von der Konferenz zu faſſenden Beſchlüſſe.

Von der geſundheitlichen Seite und vom Standpunkte des Arztes aus ſoll hier der Achtſtundenarbeitstag betrachtet werden. Die körperliche Beſchaffenheit, das Alter, der Geſundheitszuſtand und die Anlage des Arbeitenden, die Art der Arbeit, die Art und Weiſe ihrer Ausführung, die Zeitdauer derſelben ſind die Punkte, welche für den einzelnen dabei in Betracht zu ziehen und die bei der Geſetzgebung zum Arbeiterſchutz zu berückſichtigen ſind. Vor allem handelt es ſich bei der Arbeitszeit um Arbeit anſtrengenderer Art oder unter für die Geſundheit ungünſtigen äußeren Verhältniſſen, wie im Bergbau, an Hochöfen u. dgl., in großen Fabrik- und anderen Betrieben, in welchem oft viele Tauſende von Arbeitern tätig ſind. Ungemein vielſeitig ſind dabei die Verhältniſſe. Der große Bedarf, den die fortſchreitende Kultur auf den zahlloſen Gebieten verſchiedenſter Art mit ſich bringt, ruft immer neue, ſich von größeren bisherigen Zuſammenfaſſungen abſpaltende Fabrikationsbetriebe hervor, wodurch die Art der Arbeit und deren Einwirkung auf den Arbeiter beeinflußt wird. Auch wenn die Räume und die äußeren Verhältniſſe im Freien ſo beſchaffen ſind, daß ſie allen Anforderungen der Geſundheitspflege nach Möglichkeit entſprechen, wird die Geſundheit des einzelnen doch noch ſehr weſentlich durch das beeinflußt, was er zu tun hat und wie er ſeine Arbeit verrichtet. Sein ganzer Körper kommt dabei in Betracht, nicht bloß die Glieder desſelben, mit denen er ſeine Arbeit verrichtet, nicht bloß die Muskeln, mit denen er dieſe in Bewegung ſetzt, wobei auch der Blutkreislauf und die Atembewegungen in geſteigertem Maße teilnehmen, ſondern auch das geſamte Nervenſyſtem, aktiv ſowohl wie paſſiv durch die Eindrücke, die der Arbeiter vom Fortgang ſeiner Arbeit empfängt und die auf ſein Gemüt anregend und aufmunternd oder verſtimmend und herabdrückend wirken können. Es iſt alſo durchaus falſch, Muskelarbeit und Kopfarbeit ſo zu trennen, wie dies vielfach geſchieht. Gradweiſe ſind dieſelben ja ſehr verſchieden, je nachdem eine Arbeit vorwiegend durch Muskeltätigkeit verrichtet oder rein geiſtige Arbeit der verſchiedenſten Art geleiſtet wird.

Jederlei Arbeit wird nur geleiſtet durch Verbrauch gewiſſer, genau abgemeſſener, im Körper aufgeſpeicherter Stoffe, wie eine mechaniſche Arbeitsmaſchine nur durch von außen eingeführte kraftſpendende Dinge, ſei es, daß ſie in der Maſchine durch Verbrennung oder anderweitige chemiſche Zerſetzung erzeugt oder als bewegende Kraft, durch bewegte Luft (Wind), elektriſche oder Waſſerkräfte gewonnen, ihr zugeführt werden.

Was entſpricht nun im Körper des Menſchen, wie aller Lebeweſen, zur Entfaltung ihrer Tätigkeit der Kohle, welche die Maſchine in Gang ſetzt und in demſelben erhält oder den ſonſtigen dafür notwendigen Dingen? Es iſt die Nahrung, die der lebende Körper zu ſeiner Erhaltung wie ſchon zu ſeinem Aufbau und zu ſeiner nach außen wirkenden Tätigkeit, zu ſeiner Arbeit, bedarf. Die Nahrungsmittel werden, um vergleichbare Zahlen für ihren Verbrauch zu den verſchiedenſten Zwecken zur Verfügung zu haben, mit der Kohle in bezug auf ihren bei der Verbrennung zutage tretenden Kraftwert verglichen. Durch Verbrennung der einzelnen Nahrungsſtoffe hat man Zahlen erhalten, die, mit der Kohle verglichen, beſtimmte Werte ergeben. Das Zahlenmaß, das man dabei verwendet, wird Kalorie (Wärmeeinheit) genannt, und als ſolche die durch Verbrennung erzeugte Wärmemenge bezeichnet, welche notwendig iſt, um 1 Kilogramm, alſo 1 Liter, Waſſer um 1 Grad Celſius zu erwärmen. Wie von der Kohle hat man auch von den einzelnen Nahrungsſtoffen berechnet, wieviel Wärmeeinheiten ſie liefern, wenn ſie mit dem Sauerſtoff der eingeatmeten Luft ſich verbinden, wobei genau beſtimmbare Mengen von Kohlenſäure neben anderen Verbrennungsprodukten entſtehen. Die Nahrungsſtoffe, welche bei der Muskeltätigkeit, alſo bei der Arbeit, verbraucht werden, ſind beſonders die Kohlenhydrate, Stärkemehl und Zucker enthaltende Körper und die Fette, wie dies zuerſt von Wislicenus und Fick, dann durch Moſſo in Italien, durch Zuntz und ſeine Schüler in Berlin feſtgeſtellt wurde.

Während die Kohle bei ihrer Verbrennung nur Wärme erzeugt, die dann in andere Energieformen durch die Maſchine umgewandelt werden muß, wird im Muskel durch die Verbrennung der ihm vom Blute zugeführten beſonderen Nahrungsbeſtandteile aus den in ihnen enthaltenen chemiſchen Spannkräften durch ſeine Zuſammenziehung mechaniſche Kraft, daneben auch elektriſche, und Wärme entwickelt, von erſterer bei anſtrengender Arbeit wie Bergſteigen (Zuntz) 35 Prozent, bei leichterer 25 Prozent. Er leiſtet mehr als eine Gaskraftmaſchine, die von den chemiſchen Spannkräften des Leuchtgaſes nur 10,82 Prozent mechaniſch verwertbare Kraft, alſo Arbeit, den Reſt aber an Wärme zu liefern imſtande iſt.

Wieviel an Nahrungsſtoff iſt nun in Form der durch ſie im Körper zu erzeugenden Wärmeeinheiten für ein beſtimmtes Maß von Arbeit erforderlich? Dies ergibt ſich, unter Zugrundelegung der von den Hauptnahrungsſtoffen bei ihrer Verbrennung wie bei ihrer Zerſetzung im Körper gelieferten Kalorienzahl und der von je 1 Wärmeeinheit geleiſteten Arbeit, die ausgedrückt wird durch die Kraft, die erforderlich iſt zur Emporhebung eines Gewichtes von 1 Kilogramm auf 1 Meter Höhe (1 Kilogrammeter); 427 Kilogrammeter entſprechen der Leiſtung einer Wärmeeinheit. Die Leiſtung einer Maſchine wird gewöhnlich in Pferdekräften ausgedrückt, wobei 1 Pferdekraft gleichgeſetzt wird einer Arbeit von 75 Kilogrammeter in 1 Sekunde.

Die den drei Hauptnahrungsſtoffen entſprechenden Wärmeeinheiten ſind für Eiweiß 4,1, Fett 9,5, Kohlenhydrate 4,18 Kalorien.

Solche Berechnungen des Nahrungsbedarfes ſind in verſchiedener Weiſe vielfach und mit großer Sorgfalt von Pettenkofer und Voit, von Rubner und ſeinen Schülern, von Zuntz und ſeinen Mitarbeitern, von Atwater und Benedict in Nordamerika und anderen an Tieren und Menſchen ausgeführt worden. Dabei wurde in beſonders dafür eingerichteten Apparaten entweder die vom Körper in der Zeiteinheit erzeugte und abgegebene Wärme oder die bei Ruhe und Arbeit im Körper gebildete Kohlenſäure als das Hauptverbrennungsprodukt zahlenmäßig feſtgeſtellt. Es ergab ſich, daß ein Mann von 70 Kilo Körpergewicht in abſoluter Ruhe (im Bett liegend) in 24 Stunden rund 1700 Kalorien verbrauchte, bei ruhiger Zimmerbeſchäftigung je nach ſeiner Lebhaftigkeit 30 bis 50 Prozent mehr, alſo 2200 bis 2550 Kalorien. Verſuche mit leichterer und ſchwererer Arbeit in verſchiedenen Handwerken ſind von den genannten und anderen Forſchern an Arbeitern und Arbeiterinnen, an Soldaten mit oder ohne Gepäck bei Gehen auf ebenen Wegen oder auf anſteigenden, bei Bergſteigen (Zuntz), bei gewöhnlicher Hausarbeit angeſtellt worden; ſie haben ergeben, daß der Kalorienverbrauch von 3000 bis zu 6000 (bei Holzfällern) ſchwankte. Als Mittelwert für achtſtündige Arbeit eines Mannes werden 6 bis 10, höchſtens 10,5 bis 11 Kilogrammeter in der Sekunde, in 8 Stunden alſo im Durchſchnitt etwa 300 000 Kilogrammeter anzuſehen ſein.

Bekanntermaßen haben alle Völker der Erde durch jahrtauſendelange Erfahrungen die für ihr Gedeihen notwendige Ernährungsweiſe nach den ihnen zu Gebote ſtehenden Naturerzeugniſſen in ſehr vollkommener Weiſe herausgefunden. Mit fortſchreitender Kultur und erleichtertem Verkehrsweſen haben die an der Spitze der Ziviliſation ſich befindenden Völker die Möglichkeit bekommen, über das im eigenen Lande ihnen an Nahrungs- und Genußmitteln ſich Bietende hinaus, alles, was ſie nur wünſchten, ſich zu verſchaffen. Mit Eintritt des Krieges und insbeſondere infolge der von England ausgeübten Hungerblockade, welche vor allem eine ſtrenge Rationierung der Ernährung notwendig machte, wurde dies bei uns anders. Die große Mehrzahl der Bevölkerung, ganz beſonders der Städtebewohner, dann die auf dem Lande Zuhauſegebliebenen, die viel von der Arbeit, die ſonſt von den jetzt im Felde ſtehenden getan wurde, übernehmen mußten und ſich überanſtrengten, wurden ſchwach, Schwächliche und Alte ſtarben frühzeitig dahin, auch die Kinderſterblichkeit in den Städten nahm zu. In den letzten beiden Kriegsjahren und mehr noch jetzt bei der Fortdauer der ungenügenden Ernährung großer

Volksteile treten die Erſcheinungen der Blutarmut, Abmagerung, die ſogenannte Ödemkrankheit, Erkrankungen der Verdauungsorgane, wie die Ruhr, überhaupt die Anfälligkeit gegenüber krankmachenden Urſachen, namentlich in der Ausbreitung der Tuberkuloſe, ganz beſonders bei Kindern, mehr und mehr zutage.

Bei der fortdauernd noch notwendigen Rationierung der Nahrungsmittel und ihrer Knappheit kommen außer der vielfach zu geringen Kalorienzahl des Zugeführten noch andere mit den Nahrungsmitteln in Verbindung ſtehende Dinge in Betracht, „Imponderabilien“, auf deren Bedeutung hinſichtlich ihrer allgemeinen Wichtigkeit man auch erſt in den Kriegsjahren mehr aufmerkſam geworden iſt. In gewiſſen tieriſchen wie pflanzlichen Nahrungsmitteln befinden ſich in geringen Mengen Stoffe, die zu geſundem Leben, zum Aufbau des Körpers und zu ſeiner Erhaltung unumgänglich notwendig ſind und die man deshalb als „Vitamine“ oder „Nutramine“ bezeichnet hat. Voit hatte ſeinerzeit als durchſchnittliche notwendige Verbrauchsmenge in 24 Stunden für einen arbeitenden Mann bei gewöhnlicher Tätigkeit 118 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlenhydrate angenommen. Neuerdings iſt, insbeſondere angeregt durch Erfahrungen, die an ſogenannten Vegetariern gemacht wurden, die Frage nach dem Mindeſteiweißbedarf, als dem des teuerſten und wichtigſten Nahrungsſtoffes, vielfach erörtert und durch Unterſuchungen geprüft worden. Dabei hat ſich herausgeſtellt, daß 70 Gramm Eiweiß unter Umſtänden, je nach der Individualität auch noch weniger, unter gewöhnlichen Verhältniſſen ausreichend, daß aber bei größeren Anſtrengungen, namentlich dauernder Art, nur eine etwas größere Bedarfsmenge, etwa 80 bis 100 Gramm, die Ernährung und die Erhaltung der wichtigſten Organgewebe ſichere.

Wie bereits erwähnt, ſind es für den Muskel vor allem die Kohlenhydrate und Fette, die er bei ſeiner Tätigkeit verbraucht. Daß es auch Abbaubeſtandteile des Eiweißes geben müſſe, die dafür vom Muskel für ſeine Arbeit verwendet werden können, beweiſen fleiſchfreſſende Tiere. Ein Hund kann bei vollkommen fettfreier Fleiſchnahrung allen Anſprüchen, auch ſolchen anſtrengender Muskeltätigkeit volles Genüge leiſten.

Für das Nervenſyſtem iſt vor allem der Sauerſtoff, für das Gehirn ſowohl als für das Rückenmark notwendig, außerdem Waſſer und von Salzen Kochſalz und wahrſcheinlich auch Kalzium neben den anderen vom Blute ihm zugeführten Stoffe. Die Nervenfaſern, welche, Telegraphendrähten vergleichbar, die Leitungsbahnen für die Erregung zum und vom Gehirn zu den Muskeln und allen ſonſtigen Körperteilen darſtellen, haben bei geringem Blutgefäßreichtum auch nur einen ſehr geringen Stoffwechſel und damit auch eine vielleicht faſt fehlende Ermüdbarkeit. Das Geſamtnervenſyſtem wird vor allem durch mangelnde Sauerſtoffzufuhr und durch Waſſerverluſt erſchöpft, während dies bei den Muskeln durch Aufbrauch beſonders der Kohlenhydrate und Fette neben Waſſer, Sauerſtoff und Salzen der Fall iſt.

Bei jeder körperlichen wie bei geiſtiger Arbeit ſpielt die Ermüdung eine ſehr wichtige Rolle. Das Ermüdungsgefühl iſt für den Arbeitenden das Zeichen, daß die Arbeit für eine gewiſſe Zeit ausgeſetzt werden ſollte. Worauf beruht dieſes Ermüdungsgefühl und die damit verbundene Verminderung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsluſt? Es ſind die in den Muskeln und im Nervenſyſtem ſich anhäufenden, alſo nicht vollſtändig zur Ausſcheidung gekommenen bei der Tätigkeit ſich bildenden Stoffwechſelprodukte, im Muskel Säuren, die Kohlenſäure und Milchſäure, welche dies bewirken. In der Ruhe kommen ſie zur Ausſcheidung. Wird die Arbeit in ermüdetem Zuſtand fortgeſetzt, wie dies ja unter verſchiedenen Umſtänden, Gefahr, Arbeitsdrang u. a., notwendig werden kann, ſo tritt Erſchöpfung ein, die nur durch Nahrungszufuhr und länger dauernde Ruhe wieder behoben wird.

In ermüdeten Tiermuskeln hat man auch ein beſonderes bei ihrer Tätigkeit entſtehendes Ermüdungsgift gefunden, das, einem friſchen Tiere eingeſpritzt, Ermüdungserſcheinungen bei demſelben hervorruft.

Durch kräftigen Willenseinfluß, wie er durch die Verhältniſſe gefordert werden kann, wird das Ermüdungsgefühl vermindert oder vorübergehend ganz aufgehoben, ſo daß noch für längere Zeit erſprießliche Arbeit geleiſtet werden kann.

Die Muskeln entnehmen die zu ihrer Tätigkeit notwendigen Betriebsſtoffe nicht bloß dem aus dem Nahrungskanal (Magen und Darm) direkt auf dem Wege durch das Herz und die Lungen, die Lymphbahn und das Herz und die zu ihnen führenden Schlagadern ihnen zuſtrömenden Blut, vielmehr mengt ſich dieſem je nach Bedarf Kohlenhydrat bei aus dem beſonderen Aufſpeicherungsorgan für ſolches, der Leber. Die in der Nahrung aufgenommenen Kohlenhydrate des Brotes und anderer Speiſen werden im Verdauungskanal in Traubenzucker umgewandelt, der, zur Leber auf kürzeſtem Wege durch die Pfortader gelangend, in den dafür beſonders eingerichteten Leberzellen in ein anderes Kohlenhydrat, das Glykogen, umgewandelt, in ihnen aufgeſpeichert wird.

Vergleichen wir den tieriſchen und menſchlichen Körper mit einer Dampfmaſchine, einer Eiſenbahnlokomotive z. B., ſo ſtellt die Leber für den Körper das dar, was für die Lokomotive der Tender, der Kohlenvorratswagen, iſt, aus welchem durch den Heizer, vom Lokomotivführer beauftragt, Kohlen dem Feuerungsraum zugeführt werden. Wer vertritt nun im Tierkörper des Heizers Stelle? Es iſt dies das Blut, das dem Glykogenſpeicher, der Leber, Glykogen entnimmt, das ſofort durch ein ſogenanntes Enzym wieder in Traubenzucker zurückverwandelt, nun in der erforderlichen Menge den Muskeln zugeführt wird. Und wer hat die Aufgabe des Lokomotivführers? Dieſe hat das Nervenſyſtem, das die von den tätigen Muskeln ihm gemeldeten Bedarf als Befehl an die Leber übermittelt. So fein ſind dieſe verſchiedenen Vorgänge aufeinander eingeſtellt, daß, wenn ein Muskel Glykogenzufuhr bedarf, die nötige Menge ſofort an das aus der Leber nach dem Herzen ſtrömende Blut abgegeben wird, welchem dann der Muskel das, was er davon braucht, entnimmt. Tritt der Muskel wieder in Ruhe, ſo vermittelt wiederum das Nervenſyſtem durch ſeine Leitungsbahnen den Stillſtand der Glykogenabgabe aus der Leber.

Der geſunde, genügende Nahrung erhaltende in irgendeinem Betriebe oder Berufe Arbeitende, der mit aufmerkſamer Hingabe tätig iſt, bedarf aber nicht nur Nahrung und guten Willen zur Arbeit, er wird durch Freude an ſeiner Arbeit und an dem Erreichten auch in frohe, anſpornende Stimmung verſetzt. Je nach ſeiner Veranlagung findet er auch bald allerlei Vorteile durch veränderte Arbeitsweiſe heraus, die ihm die Arbeit erleichtern, Zeit ſparen und damit ſeine Leiſtungen in der Zeiteinheit und ſeinen Verdienſt erhöhen. Wie groß iſt nicht die Zahl ſolcher, die, aus kleinſten Verhältniſſen ſtammend, mit einfachſter Arbeit beginnend, durch ernſte völlige Hingabe an dieſelbe Verbeſſerungen im Arbeiten und an den Arbeitsgeräten erſannen und, auf dieſem Wege weiter fortſchreitend, immer größere Erfolge erzielten und allmählich eine Weltſtellung erreichten! Nur die Namen Krupp und Carnegie ſeien genannt, aber in Europa wie in Nordamerika iſt die Zahl ſolcher Heroen der Arbeit eine ſehr große.

Die Vervollkommnung der Art und Weiſe, wie eine beſtimmte, ſich fortwährend wiederholende Arbeitsleiſtung ausgeführt wird, vereinfacht und erleichtert die Ausführung und führt bei mancherlei Arten von Arbeit dazu, daß die Tätigkeit der Finger oder ganzer Gliedmaßen, die zuerſt durch geſpannte Aufmerkſamkeit geregelt werden muß, allmählich ſo geübt und ſozuſagen zur anderen Natur wird, daß ſie, einer Maſchine ähnlich, das Erforderliche vollbringt. Wer hätte es nicht ſchon mit Staunen beobachtet, wie an einem Tiſch, an welchem zahlreiche Arbeiterinnen Briefumſchläge zu falten haben oder Zigaretten wickeln, dieſe Hände- und Fingerarbeit ſchnell vor ſich geht, ohne daß die Mädchen darauf zu achten ſcheinen und ſich lebhaft dabei unterhalten können? Oder Frauen die den Faden durch die am Boden kreiſende Spindel ſich aufwickeln laſſen, während ſie dabei ſpazieren gehen und ſich mit Begleitenden unterhalten?

Durch einen ähnlichen Vorgang, wie er bei der Zuführung des erforderlichen Kohlenhydrates aus der Leber zu den Muskeln geſchildert wurde, durch Vermittlung des Nervenſyſtems, kommt auch dieſe merkwürdige Vereinfachung der Arbeitstätigkeit zuſtande. Das Gefühlsvermögen der Haut, der Finger und Glieder, der Muskeln ſelbſt bei ihrer Zuſammenziehung und Erſchlaffung, der Gelenke in bezug auf die Gliedabſchnitte, die ſie verbinden, iſt es, wodurch Erregungen nach den Umſchalteorganen des Zentralnervenſyſtems geleitet und in dieſen auf die betreffenden Muskeln, ganz genau nach Bedarf, übertragen und umgeſchaltet werden. Das Bewußtſein ſpielt dabei mit der Zeit kaum mehr eine Rolle. Nur eine Störung in dem eingewöhnten Rhythmus kommt zur Wahrnehmung und dieſe fordert zum Ausgleich auf. Welch große Wirkung überhaupt bei allen in regelmäßiger

Art fortzuführenden Arbeiten der Rhythmus ſpielt, dafür haben wir bei feineren wie bei gröberen Arbeiten, beim Drehen einer Kurbel, beim Mähen, beim Dreſchen, beim Emporziehen und Fallenlaſſen eines ſchweren Gewichtes zum Einrammen von Pfählen in den Boden und allerlei anderen ähnlichen Tätigkeiten viele Beiſpiele. Der Rhythmus derartiger zum Teil ſehr viele Muskelgruppen in Anſpruch nehmender Arbeit ſchaltet bis zu einem gewiſſen Grade das Bewußtſein aus. Die Aufmerkſamkeit wird nur durch die durch das Ohr oder das Auge, bei rhythmiſch ſich wiederholenden Bewegungen der Finger und Hände oder auch der Füße, wie bei einem am Webſtuhl arbeitenden Weber, durch die Gefühlsnerven der Haut, der Muskeln und Gelenke dem Gehirn zugeführten Erregungen mitbeteiligt, ſoweit dies notwendig wird. Bei ganz gleichmäßigem und ungeſtörtem Fortgang einer ſolchen Arbeit braucht dies nicht der Fall zu ſein. Sofort aber wird die kleinſte Störung bewußt und dadurch dann die Aufmerkſamkeit in Anſpruch genommen. Iſt dies nicht notwendig, ſo ſpielt ſich die Arbeit wie ein unbewußt bleibender Reflexvorgang ab, der aufs feinſte durch in den dabei in Betracht kommenden Nervenbahnen und im Gehirn und Rückenmark befindlichen Ganglienzellengruppen reguliert und durch die Übung vervollkommnet iſt. Der Vorgang ſchließt ſich alſo anderen im Unterbewußtſein, wie man ſagt, ſich abſpielenden Vorgängen an.

Das, was bei feiner Finger- und Händearbeit zu beobachten iſt, erinnert an die bei Tieren vorhandenen, ſo wunderbaren Inſtinkte. Doch geht es bei dieſen noch viel weiter. Gibt es doch bekanntlich, beſonders bei den Inſekten, Inſtinkte, für welche in der gleichen Tierart die Inſtinkte für beſtimmte Tätigkeiten verteilt ſind, ſo daß bei Bienen und Weſpen ein Teil der gleichen Familie nur mit dem Arbeitsinſtinkt, ein anderer für den zur Aufſuchung und Einbringung der Nahrung, bei manchen ein Teil zum Füttern der im Wohnbau Bleibenden, ein anderer zur Abwehr und zum Schutz der Gemeinde oder des ſogenannten Tierſtaates die erforderliche Einrichtung und Ausrüſtung beſitzt. Hier iſt der Inſtinkt auch vielfach an deutlich erkennbare Unterſchiede im Bau des ganzen Körpers oder einzelner Körperteile gebunden.

Über eine derartige Feſtlegung in ſeiner Organiſation iſt der Menſch erhaben, ihm iſt eine weitgehende Freiheit in ſeinen den Erforderniſſen der Umgebung, zu welcher er in irgendeiner Beziehung ſteht, zu faſſenden Willensentſchließungen und deren Ausführung verliehen.

Durch die großen Fortſchritte, welche in England und in den Vereinigten Staaten erſt ſeit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die Erfindung maſchineller Einrichtungen und deren Ausgeſtaltung und Verbeſſerung gemacht worden ſind, iſt für viele Arbeiten dem Arbeiter viel abgenommen oder erleichtert worden. Mancherlei Arbeit iſt auch ſo umgeſtaltet worden, daß der Arbeiter dem zu Leiſtenden gegenüber eine ganz andere Aufgabe als ehedem bekommen hat. Da außerdem für die Herſtellung eines

Ergebniſſes zahlreiche Arbeiter durch eine Maſchine erſetzt werden, empfinden die Arbeiter vielfach nur die Nachteile, die ihnen daraus vorübergehend erwachſen, ohne den großen Vorteil, den die Menſchenarbeit als ſolche dadurch erfährt, gebührend zu berückſichtigen. Es iſt daher eine vielfach gemachte und ſich immer wiederholende Erfahrung, daß das Aufgeben gewohnter Tätigkeit und eingebürgerter Verhältniſſe in einem Arbeitsbetrieb oder in ſonſtigen wirtſchaftlichen oder Verkehrsverhältniſſen die zunächſt daran Beteiligten in Mißſtimmung verſetzt, ja hier und da zum Widerſtand und ſelbſt zur Zerſtörung neu eingerichteter Betriebe geführt hat. So hat auch die von Taylor in den Vereinigten Staaten auf Grund ſorgfältiger Unterſuchungen über die Art, wie eine beſtimmte Arbeit am beſten mit geringſter Anſtrengung des Arbeiters und in kürzeſter Zeit ausgeführt werden kann, empfohlene Arbeitsmethode zunächſt vielfache Anfeindung erfahren. Aber der Weg, den Taylor dabei verfolgt hat, iſt der richtige. Die phyſiologiſche und pſychologiſche Wiſſenſchaft iſt jetzt ſchon weit genug fortgeſchritten, um durch Verſuche an einzelnen Menſchen feſtzuſtellen, wie ſich ihr Aufmerkſamkeitsvermögen, ihr Gedankenablauf, ihr Gedächtnis, ihre geiſtige oder körperliche Ermüdung bei der Tätigkeit verhält. Durch die Methoden der experimentellen Pſychologie, wie ſie durch Wundt, Kraepelin, Hugo Münſterberg und andere ausgearbeitet und erprobt worden ſind und wie ſie auch während des Krieges zur Prüfung der Fliegerkandidaten bezüglich ihrer Verwendbarkeit angewendet wurden, können auch die verſchiedenartigſten Arbeiten in ihrer Erfüllbarkeit und ihrer Beeinfluſſung des Arbeiters unterſucht werden. Mit ihnen hat Münſterberg in Amerika bei Arbeitern in verſchiedenen Betrieben Verſuche angeſtellt und in ſeinem Buche „Pſychologie und Wirtſchaftsleben“ und in dem beſonders abgedruckten Auszug aus demſelben („Arbeit und Ermüdung“) Ergebniſſe derſelben mitgeteilt.

In ähnlicher Weiſe wie Taylor hatte ſchon im Jahre 1900 Abbé, der Leiter der Zeißwerke in Jena, Verſuche über Verminderung des neunſtündigen auf einen achtſtündigen Arbeitstag mit 233 aus 1200 ausgewählten, mindeſtens vier Jahre im Betriebe tätigen über 22 Jahre alten Arbeitern angeſtellt. Dieſelben haben mit einem Achtſtundenarbeitstag die gleiche Akkordarbeit mit den gleichen Lohnſätzen geleiſtet, wie im vorausgegangenen Jahre mit neunſtündiger Tagesarbeit. Der Stundenverdienſt im Durchſchnitt hatte ſich bei der neunſtündigen Arbeit auf 62 Pfennig berechnet, bei der achtſtündigen war er auf 72 Pfennig geſtiegen. Zur Deckung des Ausfalles für die Betriebsleitung würden 8 Pfennig Lohnſteigerung für die Stunde genügend geweſen ſein, die Arbeiter erhielten aber 10 Pfennig. Das Ergebnis hatte ſich unabhängig vom Willen der Arbeiter allmählich ganz von ſelbſt eingeſtellt. Erkennbar am erhöhten Stromverbrauch in der Kilowattſtunde hatten im Anfang die Arbeiter ſich ſehr angeſtrengt, bald aber waren ſie zu dem gewöhnlichen Arbeitstempo zurückgekehrt. Für den Betrieb ergab die Erſparnis an Heizung und Licht einen erheblichen Betrag. Abbé hebt auch die durch die Entlaſtung und das Freiwerden der in den Arbeitern ſchlummernden Intelligenz für die Volkswirtſchaft zu gewinnenden Werte hervor.

Durch die ſtets fortſchreitende Zerteilung einzelner Arbeiten in zum Teil immer einfachere und damit gleichmäßigere Tätigkeiten, ſollte man meinen, würde der Geiſtesanteil an der Arbeit, ſelbſt die bloße Aufmerkſamkeit, mehr und mehr ausgeſchaltet, ſo daß dadurch die Arbeit langweilig und ermüdend würde. Zu ſeinem Erſtaunen hat Münſterberg, der viele große Fabriken in Nordamerika mit Rückſicht auf dieſen Punkt beſuchte, gefunden, daß dies nicht der Fall iſt. In einem großen Werke mit 10 000 Angeſtellten traf er eine Frau, die ſeit zwölf Jahren Tag für Tag Glühlampen in Reklamezettel einzuwickeln hatte und die Einzelarbeit durchſchnittlich 13 000mal im Tag wiederholte, dabei 25 Glühlampen in 42 bis 44 Sekunden einpackte. Sie war eine Deutſche und verſicherte Münſterberg in der Unterhaltung, daß ſie die Arbeit intereſſant fände und dabei fortwährend in Spannung ſei, wie viele Schachteln ſie mit den Lampen bis zur nächſten Pauſe füllen könne. Alſo eine zeitweiſe wohl etwas ſtärkere Anteilnahme des Gehirns bei dieſer ganz gleichmäßigen Arbeit. Es gäbe, ſagte ſie, dabei immer etwas zu bedenken. Ähnliches erfuhr Münſterberg auch in anderen großen Fabriken.

Eingehenderes Studium der Natur läßt uns wichtige und ſehr lehrreiche Kenntniſſe und Erfahrungen ſammeln, die anregend und leitend auch auf unſer Verhalten untereinander, einzelne wie Völker und Staatsweſen, wirken können. Es iſt daher nur als ein erfreuliches Zeichen zu betrachten, daß auch in dem Induſtriearbeiterſtand das Bedürfnis und der Wunſch zum Ausdruck gebracht wird, ſein Wiſſen auch auf höheren wiſſenſchaftlichen Gebieten zu vervollkommnen. An allen Univerſitäten ſind ſogenannte Volkshochſchulkurſe eingerichtet worden. Wieviel in bezug auf naturgeſchichtliches und hiſtoriſches Gebiet kann da nicht in Zukunft durch Verwendung der Lichtbilder- und kinematographiſchen Vorführung von Ereigniſſen und pflanzlichen und tieriſchen Lebensvorgängen geleiſtet werden! Kinos, die jetzt vielfach als die Moral und den Geſchmack der Volksmaſſen ſchädigende Einrichtungen angeſehen werden müſſen, könnten im wahren Sinn des Wortes erzieheriſch wirken und den Schulunterricht in Erd- und Völkerkunde, wie auf den verſchiedenſten naturwiſſenſchaftlichen Gebieten ergänzen.

Wie in der Tätigkeit der Tiere und der Menſchen von den erſten und einfachſten Bemühungen, die zum Unterhalt des Lebens notwendigen Nahrungs- und Schutzmittel ſich zu verſchaffen, eine mit der Zeit immer weitergehende Verteilung der Einzeltätigkeiten der Individuen und bei der Familien- und Staatenbildung von kleineren und größeren Gruppen je nach den Erforderniſſen des Daſeins, zur Entwicklung und Ausbildung gekommen iſt, ſo finden wir das gleiche auch in bezug auf die Organiſation aller Lebeweſen überhaupt. Von niedrig organiſierten Pflanzen und Tieren an bis hinauf zum Menſchen können wir das Bild des Staates mit ſeinen vielerlei für ſeine Exiſtenz und ſein tätiges Leben notwendigen Einrichtungen verfolgen: von der ſcheinbar einfachen, ſchon ein ſehr vieltätiges Gebilde darſtellenden Zelle, die im Verlauf ihrer Entwicklung zuerſt nur eine durch Teilung ſich vermehrende, ganz gleichartig ausſehende Maſſe darſtellt, zu der nach ganz kurzer Zeit erfolgenden beſtimmten Gruppierung der durch Teilung ſich vergrößernde Zellenmaſſe in mehrere Schichten, die eine beſtimmte Form annehmen und bei genügender und geeigneter Nahrungszufuhr zu der Entwicklung einzelner Zellgruppen nach ihnen innewohnenden ſtrengen Geſetzen zu Organen mit verſchiedener Form und Tätigkeit der ſie bildenden Zellen, bis zum fertigen Körper. In dieſem ſind alle Einzelteile durch das Nervenſyſtem und durch die Leitungskanäle für die Ernährungsflüſſigkeiten wie für die Ausſcheidung des nicht mehr Brauchbaren in geordneter Verbindung miteinander. So ſtellt ſich uns eine im Laufe von vielen Jahrtauſenden zur Entwicklung gekommene Lebewelt dar, in welcher unter den Einzelgruppen ein fortwährender Kampf ums Daſein vor ſich geht, im Einzelweſen aber ein wunderbares, für ſeine Erhaltung und für ſeine Tätigkeit geordnetes Aufeinander- und Miteinanderwirken der verſchiedenen Organe vorhanden iſt.

Wie verſchieden davon ſtellt ſich ein Staatsweſen der Menſchheit dar, in welchem durch Wirkungen von außen oder durch Vorgänge im Innern das zweckmäßige Zuſammenwirken der einzelnen Organe ſo leicht eine Störung erfährt! Auch im pflanzlichen und tieriſchen Zellenſtaat können ſolche Störungen auftreten: nicht bloß durch von außen in den Körper von Pflanzen oder Tieren eindringende Feinde können das normale Gefüge und geordnetes Zuſammenarbeiten aller Organe geſtört und eine Art Aufruhr in ihm hervorgerufen werden. In ihnen ſelbſt aus meiſt unerkannt bleibenden Urſachen entſtehende Störungen, einer in einem Völkerſtaate auftretenden Unruhe und Umwälzung vergleichbar, können ſie in Gefahr, ja zur Auflöſung bringen. Dies iſt der Fall bei Tieren wie beim Menſchen, wenn bösartige Geſchwülſte, wie ganz beſonders krebsartige, ſich entwickeln. Dabei können aus früheſten Entwicklungszeiten ſtammende, nicht in der geſetzmäßigen Weiſe an der nach ganz beſtimmter Richtung ſich fortentwickelnden Zellenmaſſe einzelne zunächſt in ihrem Urzuſtande zurückbleibende Zellen, die, jahre- und jahrzehntelang ſchlummernd, zwiſchen ihren weiter zu Organen zuſammengefügten Genoſſen liegen bleiben, auf einmal ſich in der ihnen urſprünglich zukommenden Weiſe vermehren und zu ihre Umgebung verdrängenden oder anderweitig ſchädigenden Geſchwülſten heranwachſen. Nicht immer auf ihren Stammſitz beſchränkt bleibend, breiten ſie ſich auch auf Nachbarorgane aus oder werden durch Vermittlung von Gefäßbahnen auf entfernte Körperteile übertragen.

Dem Zellenſtaat der Tiere und des Menſchen ſtehen neben den Schutz- und Abwehrkräften, die in jeder Einzelzelle, wie in dem alle untereinander verbindenden Säfte- und Nervenſyſtem vorhanden ſind, auch organiſierte körperliche Elemente zu Gebote, die wie im Staate eine Militärmacht bei Gefährdung von außen, bei Verletzungen oder bei Eindringen von Kleinlebeweſen ſofort zur Abwehr in Tätigkeit treten. Als Schutz- und Verteidigungswehr aufgeboten, werden ſie in ihren Bildungsſtätten nach Bedarf zu unzähligen Mengen vermehrt und auf den Blutbahnen und durch die Vorgänge, die ſich an der gefährdeten Stelle abſpielen, an dieſe hingebracht, um die Heilung einer Wunde zu fördern oder Eindringlinge zu vernichten oder ſonſtwie unſchädlich zu machen. Es ſind dies die ſogenannten weißen Blutkörperchen, die im Knochenmark und in dem Lymphdrüſenſyſtem ihre Urſprungsſtätte haben.

In den letzten zwei Jahrhunderten, insbeſondere aber im letzten Jahrhundert, hat ſich die Arbeitstätigkeit bei allen Kulturvölkern ſo außerordentlich vervielfältigt, ſie iſt teilweiſe ſo umgeſtaltet worden nicht bloß für die hauptſächlich mit Muskeltätigkeit Arbeitenden, ſondern zum Teil auch für die ſogenannten Geiſtesarbeiter, daß eine Verallgemeinerung des Grundſatzes eines achtſtündigen Arbeitstages zu den größten Schwierigkeiten führen müßte, wenn er, wie gewiſſe Parteien wollen, zwangsweiſe, alſo unter Beaufſichtigung, ganzen Bevölkerungsklaſſen zugemutet werden ſollte, auch vom rein geſundheitlichen Standpunkte aus, ganz abgeſehen vom Einfluß auf die perſönliche Freiheit des einzelnen.

Etwas ganz anderes iſt es ja, die Arbeitszeit geſetzlich zu beſchränken in Betrieben, in welchen Tauſende von Arbeitern in ſelbſt tadellos in bezug auf geſundheitliche Bedingungen eingerichteten Räumen verſchiedenartige Arbeiten zu verrichten haben, als dieſe Beſchränkung auch den auf dem Lande im Freien oder im Walde Beſchäftigten aufzuerlegen. In erſter Linie ſind ſelbſtverſtändlich die zu berückſichtigen, welche unter der Erde in teilweiſe wegen der Tiefe der Bergwerke ſehr warmen und engen Gängen, oder die, welche in Fabriken verſchiedenſter Art der Hitze der Öfen oder glühender Metalle ausgeſetzt, ſchwere Arbeit verrichten müſſen. Für ſolche iſt eine Beſchränkung der Arbeitszeit auf teilweiſe viel weniger als acht, vielleicht auf ſechs oder noch weniger Stunden zu wünſchen. Das zu Leiſtende muß bei nicht zu unterbrechendem Betriebe in Arbeiterſchichten, die ſich ablöſen, geleiſtet werden. Nicht bloß die Ermüdung, die bei jeglicher Art Arbeit nach gewiſſer, bei verſchiedenen Menſchen je nach Alter und Körperzuſtand verſchiedener Zeit auftritt, iſt hier für das Einhalten einer beſchränkten Arbeitszeit maßgebend, ſondern auch der mit dem Betrieb unvermeidliche Einfluß auf die Geſundheit.

So iſt ſchon jetzt die große und ſo wichtige Frage der Arbeitszeit in induſtriellen Betrieben der verſchiedenſten Art in ſehr weitgehendem Maße geklärt und in ihrer wirtſchaftlichen wie auch in geſundheitlichen Beziehungen zu durchführbaren Normen gelangt.

Etwas ſehr Verſchiedenes aber iſt es, einen Achtſtundenarbeitstag, wie er ſeit dem Ende des Völkerkrieges, ſoweit er als ſolcher mit den Waffen geführt wurde, auf allen möglichen Gebieten, im Beamtentum, in der Landwirtſchaft, im Seeweſen, ja im Hausweſen der Familien in verſchiedenen Kulturländern verſucht und da und dort eingeführt wurde, zum Geſetz zu erheben. Kommen dabei doch eine Menge anderer Faktoren in Betracht, die ſich mehr oder weniger in den Vordergrund drängen und als ausſchlaggebend zu betrachten ſind. So hat ja ſchon im Seeweſen auf der internationalen Arbeitskonferenz, die kürzlich in Genua abgehalten wurde, eine Einigung über den Achtſtundenarbeitstag nicht erzielt werden können. Wo Klima, Wind und Wetter, die Arbeitsbetriebe und deren Ergebniſſe ſo mächtig und für das Leben nicht bloß einzelner, ſondern ganzer Volksmaſſen ſo eingreifend mitſpielen, wird je nach dem Bedarf und der Lebensnotwendigkeit von Fall zu Fall länger oder kürzer oder mit häufigerer Unterbrechung und Abwechſlung gearbeitet werden müſſen. So haben engliſche Ärzte in letzter Zeit darauf aufmerkſam gemacht, daß die Tätigkeit der Maſchinenſchreiberinnen große geſundheitliche Gefahren mit ſich bringe durch das andauernde Sitzen in vorgebeugter Stellung, die ermüdenden raſchen Bewegungen der Finger, Hände und Arme und die angeſpannte Aufmerkſamkeit. In einem in London von einer Anzahl führender Induſtrieller zu begründenden Nationalinſtitut für praktiſche Pſychologie ſolle dieſe Berufstätigkeit beſonders berückſichtigt werden.

Demgegenüber iſt häusliche Arbeit, wie tätige Hausfrauen oder häusliche Dienſtboten ſie zu verrichten haben, durch die dabei notwendige Abwechſlung und die mancherlei Inanſpruchnahme verſchiedenſter Muskelgruppen ebenſo wie der Gehirntätigkeit für die Geſundheit ſehr förderlich. Und wie im häuslichen Familienleben, ſo auch in jedem Berufsleben, in welchem das Bewußtſein der Verantwortlichkeit eine hervorragende Rolle ſpielt, kommen ja noch auch auf ganz anderem Gebiet liegende Einflüſſe zur Geltung, vor allem die Pflichten, welche Eltern und Kinder ſich gegenſeitig, dienende Hausgenoſſen ihren Vorgeſetzten, der Beruf einem Beamten, welche Kranke und Gebrechliche ihren Ärzten und Pflegern auferlegen. Wie viele dieſer großen Gruppen von Arbeitenden, die nicht nur mit ihrer Hände Arbeit, ſondern mit geiſtiger, oft das Gemüt erſchütternder, nicht ſelten auch ſehr gefahrvoller Tätigkeit ihr Tagewerk vollbringen, gelangen bei weitem nicht einmal zu einer vier- bis ſechsſtündigen Nachtruhe, geſchweige denn zu einem nur achtſtündigen Arbeitstag!

Viel häufiger wie im Pflanzen- oder Tierſtaate verſagen aber Schutz- und Abwehrkräfte in den menſchlichen Staatsweſen. Die dem Menſchen zuſtehende Freiheit der Entſchließungen, die größere Beeinflußbarkeit derſelben durch ſeeliſche Vorgänge und äußere Einwirkungen auf ſie bringen es mit ſich, daß das Zuſammenhalten zur Abwehr verſagt und die den Zuſammenhang auflöſenden Mächte das Übergewicht gewinnen, wie wir dies ja leider an unſerem Staatskörper haben erleben müſſen. Auch jetzt wieder, wie ſchon ſo oft, erſchallt auch der Ruf, deſſen Idee ja viel älter iſt als Jean Jacques Rouſſeau, der ihn zuerſt im Jahre 1753 durch ſeinen „Discours sur l'inégalite“ wieder wachgerufen hat, Gleichheit aller Menſchen als vornehmſtes Menſchenrecht. Die fortſchreitende Ungleichheit, die Vielſeitigkeit und immer weitergehende Verteilung der Organiſationen und Fähigkeiten beim einzelnen wie in den Staatsweſen als Weg des Fortſchrittes zu Höherem und Beſſerem hat dieſen Ruf nie gebührend berückſichtigt. Eine ideale Gleichheit, aber auch dann nur kleiner Menſchengruppen, würden wir uns in den allererſten Stadien der Kultur, etwa in der Steinzeit, vorſtellen können. Daß auch in der Jetztzeit der Lockruf „Gleichheit“ auf große Volksteile mächtig, wenn auch vorübergehend wirken kann, haben wir in den letzten Jahren erlebt. Aber der Verſuch, der in größtem Stil in Rußland gemacht iſt, ſie mit Gewaltmitteln, wie ſie nie zuvor in Anwendung gebracht worden ſind, ins Leben zu rufen, hat in ſeinen Wirkungen ſchon bald dazu geführt, daß das Prinzip alles Lebens, das der Verteilung der Kräfte, ſich geltend machte, daß immer wieder einzelne die Herrſchaft über die Maſſe erlangten.

Schon im Pflanzenreich ſehen wir ja, wie diejenigen Einzelweſen oder Gruppen, die vermöge ihrer Organiſation den ſie umgebenden Einflüſſen am beſten angepaßt, den weniger Begünſtigten den Boden wegnehmen; bei den Tieren mit ihrer freien Bewegungsfähigkeit und durch Bewußtſein geleiteten Betätigungen kommt es dann zu einem Kampf auf Leben und Tod um ihre Daſeinsbedingungen. Nicht anders beim Menſchen. So traurige und ſchmerzvolle Seiten dieſe Erkenntnis auch hat, ſie zeigt uns doch andererſeits, daß nur auf dieſem Wege ein Fortſchreiten zu höheren Zielen möglich iſt. Aber ein Kampf im gewöhnlichen Sinn des Wortes braucht es ja nicht unter allen Umſtänden zu ſein. Durch Verſtändigung und Übereinkommen laſſen unter Einzelmenſchen und unter Völkern Zwiſtigkeiten ſich ſchlichten, wobei der eine viel, der andere weniger nachgeben muß, aber die Geſamtheit den Vorteil friedlichen Lebens und Arbeitens behält. So wird auch im Wirtſchaftsleben zwiſchen Arbeitern und Unternehmern, welche den erſteren die Arbeitsmöglichkeit ſchaffen, das Ziel mit allen Mitteln verfolgt werden müſſen, daß beide durch gegenſeitige Rückſichtnahme auf ihre Intereſſen in friedlicher Zuſammenarbeit ſich gegenſeitig fördern. Daß „gleiches Recht für alle“ nicht gilt in bezug auf die ja an ſich ſchon ſo verſchiedenen Lebensgüter und Betätigungen im Leben, daß der in einer Tätigkeit Ausgebildete und Erfahrene eine beſſere Bewertung ſeiner Tätigkeit beanſpruchen darf als der Ungelernte, und eine leitende Stellung in einem Arbeitsbetriebe einnehmen muß, um dieſen in geordnetem Gang zu erhalten, das ſind Erfahrungen, die ſo vielfältig zu allen Zeiten feſtgelegt worden ſind, daß man nur mit Staunen es miterlebt, wenn immer wieder aufs neue große Volksteile erſt durch eigene Erfahrungen, wie ſie jetzt in Rußland gemacht werden, auf den richtigen Weg zurückgeführt werden.

Ein Recht aber, das alle Menſchen beanſpruchen können, iſt das, daß jeder einzelne die ihm überkommenen Gaben in körperlicher wie in geiſtiger Beziehung zu möglichſter Entwicklung bringen darf und ſoll. Er wird ſich dabei den Umſtänden anzupaſſen, auf ſeine das gleiche Recht für ſich in Anſpruch nehmenden Nebenmenſchen Rückſicht nehmen müſſen, ſich auf dieſe Weiſe zu einer Perſönlichkeit zu entwickeln die Aufgabe haben. Nur in dem natürlichen Wettkampf mit anderen iſt dies möglich, und wie in den Spielen, in denen unſere Jugend ſich zu tüchtigen kräftigen Männern und Frauen auszubilden beſtrebt iſt, nur die Unterordnung des einzelnen an der Stelle, in welche er durch die Spielleitung eingefügt iſt, unter den oder die Vorgeſetzten zum Erfolg und zum Siege erforderlich iſt, ſo muß auch in jeder Lebensſtellung, welcher der einzelne angehört, von jedem dazu Gehörigen die durch die Organiſation derſelben und deren Aufgaben beſtimmte und geforderte Gliederung ſtreng beachtet werden. Je nach den in ſeiner Tätigkeit für das Ganze zutage tretenden Fähigkeiten wird er unter ſeinen Mitarbeitern emporrücken und allmählich oder auch raſch in eine leitende Stellung gelangen. Der Wahrſpruch, welchem das Prinzip, daß nur im Wettſtreit ein Fortſchreiten zu Höherem und Vollkommenerem gewährleiſtet iſt, zugrunde liegt und den in Homers Ilias Hippolochus ſeinem Sohne Glaukos auf ſeinen Lebensweg mitgab, gilt auch heute noch für jung und alt, insbeſondere für die, denen unſere Zukunft und der Wiederaufbau unſeres ſo ſchwer daniederliegenden Vaterlandes als Erbe anvertraut iſt:

„αἰὲν ἀριστεύειν καὶ ὑπείροχον ἔμμεναι ἄλλων.“ „Immer der Beſte zu ſein und vor den anderen ſich hervorzutun.“

Briefe von Friedr. Engels an Mutter und Geſchwiſter

Mitgeteilt von

Guſtav Mayer

(Schluß)

Bremen, 6. Dezember 1840.

Alleruntertänigſtes Dankſagungsſchreiben des mit dem gelben Kuvertorden allergnädigſt begnadigten F. Engels.

Wohlgebornes, hochzuverehrendes Fräulein!

Der alleruntertänigſt Unterzeichnete, den Ew. Wohlgeboren unverdienteſt mit dem gelben Kuvertorden zu beleihen allergnädigſt geruhten, verfehlt nicht, allergehorſamſt ſeinen allerergebenſten Dank zu allerhöchſt dero erhabenen Füßen niederzulegen.

Alleruntertänigſter ſelber hat auch nicht umhin können, die hohe Gnade zu bewundern, nach welcher Allerhöchſtdieſelben das begleitende Handbillett dero dienſtwilligſtem Knechte offen und aller Welt zugänglich zugehen ließen, ſo daß jedermann ſich von der hohen Gnade überzeugen konnte, welche Dero erhabene Milde und umfaſſende Weisheit mir geruhten zuteil werden zu laſſen.

Schließlich empfiehlt ſich Dero gnädigſtem Andenken Allerhöchſtdero in tiefſter Ehrfurcht erſterbender alleruntertänigſter

Fr. Engels.

Ich habe Deinen Brief offen bekommen. Die elende Oblate war abgeſprungen.

Liebe Marie!

Um aus der Form zu fallen, die ich für die erſte Seite dieſes Briefes gewählt hatte, bin ich Dir gar nicht dankbar für die ſchlechten Oblaten, mit denen Du Deine Briefe verſiegelſt, und die halbwegs aufſpringen. Mit welchem Couvertorden Du mich beglücken willſt, iſt mir einerlei, aber hau' ein reelles Petſchaft drauf in des Kuckucks Namen, daß die Geſchichten nicht ſchon in Mainz auseinanderfallen. Vorgeſtern war der Anna[1]) ihr Geburtstag oder geſtern, das weiß ich nicht, ich hab' ihn geſtern gefeiert in Schwachhauſen mit einer Portion Kaffee, koſt' mich 6 Grote, iſt das nicht brüderliche Liebe? Sonnabend vor 8 Tagen, als ich 20 Jahr' wurde, feiert' ich meinen Geburtstag mit Zahnſchmerzen und einer dicken Backe, welches mir infame Pein machte. Auch wirſt Du gehört haben, daß Napoleons Leiche in Frankreich angekommen iſt, hei, das wird ein Skandal werden! Ich wollt', ich wäre jetzt in Paris, das iſt ein Witz! Lieſt Du auch die Zeitung? Haſt Du an Krieg geglaubt? Was denkſt Du vom Miniſterium Guizot und Soult? Singſt Du auch das ſchlechte Lied: Sie ſollen ihn nicht haben?,[2]) während Du, wenn Du weit gucken kannſt, die franzöſiſche Grenze jenſeits des Rheins ſehen kannſt. Wir haben jetzt Fechtſtunde, ich ſchlage alle Woche viermal, heut mittag auch wieder. Auf der anderen Seite kannſt Du mich beſchauen, wie ich haue. [Hier folgt die große Zeichnung einer Fechtſtunde.]

den 8. Dezember.

Geſtern hatte ich hölliſch viel zu tun und heut morgen auch. Jetzt will ich dieſen Brief an Dich ſchließen und dann werd' ich wohl zum Kaffeetrinken kommen. Hörſt Du, zu Weihnachten machſt Du mir eine neue Zigarrentaſche, und zwar ſchwarz, rot und gold, das ſind die einzigen Farben, die ich leiden mag.

„Rot wie die Liebe ſei der Brüder Zeichen,
Rein wie das Gold der Sinn, der uns durchglüht,
Und daß wir auch im Tode nimmer weichen,
Sei ſchwarz das Band, das unſre Bruſt umzieht."

Aus einem verbotenen Studentenliede. Hier haben einige Schafsköpfe einen Verein geſtiftet, wo ſie Reden halten, und da ſoll ich einmal hoſpitieren und nolens volens auch eine Rede halten. O weh, das wird ſchönes Zeug werden. Übrigens kann ich ſehr gut predigen, auch ohne vorher drauf ſtudiert zu haben. Und wenn's aufs Lügen ankommt, da bin ich gar nicht ſtill zu kriegen, das geht in einem fort. Wenn ich auf dem Landtag wäre, ſo ließe ich keinen zu Worte kommen. — Ich habe mich jetzt in meinem Schnurrbart malen laſſen und damit Du ſiehſt, wie ich ausſehe, kopiere ich das Bild. [Hier folgt eine Zeichnung ſeines Kopfes mit einer Zigarre im Mund.] Du ſiehſt, daß ich gemalt bin, als ich wütend war. Die Zigarre wollte nämlich nicht ziehen. In dieſem Augenblick erſchien ich ſo geiſtreich, daß der Maler mich beſchwor, ich ſollte mich in dieſer Situation malen laſſen. Ich legte mir alle ſchlechten Zigarren zurück, und jedesmal, wenn ich wieder ſaß, rauchte ich ein ſolches gräßliches Ding. Das war mir die größte Pein.

---

[1]) Anna Engels, ſpäter vermählt mit Adolf Friedrich v. Griesheim, Friedrich Engels vierte Schweſter, wurde geboren am 5. Dezember 1825, ſie ſtarb ſchon 1853.

[2]) Für Engels Stellung zu dem europäiſchen Konflikt von 1840 vgl. Guſtav Mayer, Friedrich Engels. Eine Biographie. Bd. I. Berlin 1920, S. 51 ff.

Freue Dich, daß Du nichts mit Muſterkiſten zu tun haſt! Das iſt ein Unſinn und eine Konfuſion erſter Klaſſe, da kann man den ganzen Tag auf dem Packhausboden am offnen Fenſter ſtehen in dieſer Kälte und Leinen packen, das iſt das Fürchterlichſte, und zuletzt kommt doch nur Unſinn dabei heraus.

Meine teure Schweſter, ich bin Dein ergebner. [Hier zeichnet er ſich im Frack mit Zylinder in der Hand.]

Friedrich.

*

[Bremen], den 21. Dezember 40.

Liebe Marie!

Ich kann mich nicht enthalten, Dir meinen Dank für die ſchöne Zigarrentaſche zu ſagen, an der nichts fehlt, als daß ſie nicht ſchwarzrotgold iſt. Sie iſt zufällig ſchon heute in meinen Beſitz gekommen und gleich in Tätigkeit geſetzt worden. — Es iſt hier ungeheuer kalt geweſen, den ganzen Dezember hat's in einem fort gefroren und friert noch, die Weſer iſt zu bis Vegeſack. vier Stunden von hier, was äußerſt merkwürdig ausſieht. Dieſer Tage waren ein paar Barmer hier, da haben wir ein famos fideles Leben geführt, alle Kneipen viſitiert, ſtets das Glas gerührt und zuweilen einen kleinen Spitz verſpürt. Inliegend findeſt Du einen Mahnbrief von meinem ehemaligen ſpaniſchen Lehrer, wenn Du ihn verſtehſt, ſo will ich Dir einen neuen Hut ſchenken. Vielleicht iſt doch jemand in Eurer Penſion, der ſo viel Spaniſch verſteht, und mir liegt das Ding hier im Wege. — Übrigens weiß ich kaum, was ich Dir ſchreiben ſoll, eine Zuckerfabrik iſt hier abgebrannt, und der Alte will nicht aus dem Comptoir gehen, obwohl ich wirklich ſchmachte nach einer Zigarre. —

den 23.

Geſtern abend hatten wir Paukſtunde, als die ſaubere Nachricht kam, es ſei ſchon wieder Feuer, und zwar in der Neuſtadt. Aus Pflichtgefühl gingen wir hin, und als wir hinkamen, war es ſchon aus. Das hat man davon. Man ſoll immer hübſch zu Hauſe bleiben, bis es einem auf die Naſe brennt. Die Mutter hat mir zu Weihnachten eine Anweiſung auf Goethes ſämtliche Werke geſchickt, ich habe mir geſtern gleich die zuerſt erſchienenen Bände geholt und geſtern abend bis 12 mit dem größten Genuß in den Wahlverwandtſchaften geleſen. Das iſt ein Kerl, der Goethe! Wenn Du noch ſo ein Deutſch ſchriebſt wie der, ſo wollt' ich Dir alle fremden Sprachen gern erlaſſen. Übrigens iſt es ſehr überflüſſig, daß Du einen Rand läßt, wenn Du an mich ſchreibſt, die Oktavſeiten ſind ſchmal genug, und von dieſer bequemen Manier, viele Seiten vollzuſchreiben, ohne viel zu ſchreiben, mag ich nichts hören. Wonach zu achten! ſagt Profeſſor Hantſchke.[1]) —

den 24.

Du wirſt jetzt in einer ungeheuren Aufregung ſein, das kann ich mir denken, und großartige Hoffnungen. Ich bin begierig, was da herauskommen wird. Du wirſt mich doch mit erſter Poſt von dieſem wichtigen Vorgange in Kenntnis ſetzen? Ich werde dafür ſorgen, daß es gleich hier in die Zeitung kommt...

Hier nebenbei ſind einige Züge, Schwänke und Unterſchriften, wodurch ich meinem auf ſeine vierkantigen Züge ſtolzen Jüngſten die Gewandtheit meiner Hand bewies.

den 28. Dezember.

Die Weſer iſt jetzt ganz zugefroren, ſo daß man mit Wagen darauf ſpazieren fährt. Ich glaube, daß man bis Vegeſack, was auf der Weſer fünf Stunden ſind, Schlittſchuh laufen könnte. Nachmittags geht der ganze beau monde darauf ſpazieren, und die Damen ſchlagen Bahn, um ſich von den Herren abſetzen zu laſſen, was ihnen immer ein großes Pläſier macht. Die Bäume ſehen aus, als wären ſie von Schnee, ſo dicht ſind ſie mit einer weißen Kruſte überzogen. — Die Paſtorin hat mir zu Weihnachten einen ſchwarzrotgoldenen Geldbeutel geſtickt, und Marie eine ſchwarzrotgoldene Pfeifentrottel, die ſich ganz ungeheuer macht. Heute iſt es 9 Grad kalt, das iſt ein Leben! Ich mag nichts lieber, als dieſe kalte wirkungsloſe Sonne, die über der winterharten Erde aufgeht. Keine Wolke am Himmel, kein Dreck auf der Erde, alles hart und feſt wie Stahl und Diamant. Die Luft iſt nicht ſo ſchlaff und ſchwindſüchtig wie im Sommer, man fühlt ſie jetzt doch, wenn man herausgeht. Die ganze Stadt iſt voll Gletſcher, die Leute gehen nicht mehr, ſie fallen von einer Straße in die andere. Jetzt merkt man doch einmal wieder, daß es Winter iſt. Ich hoffe, Ihr lernt in Mannheim unter anderen erſprießlichen Kunſtſtücken auch das Schlittſchuhlaufen, damit Du mir nicht als ein froſtiges, ofenhockeriſches, nicht aus der Stube zu kriegendes Dämlein nach Hauſe kommſt, was ich mir beſtens verbeten haben will. Wo Du mir aber ſo froſtſcheu ankommſt, ſo werde ich Dich auf einen Schlitten binden, den Pferden brennenden Schwamm ins Ohr legen und Dich ſo in die weite Welt jagen oder ich binde Dir Schlittſchuhe unter und trage Dich mitten auf den Teich und laß Dich da allein krabbeln.

---

[1]) Profeſſor Hantſchke war Engels Lehrer und Penſionsvater in Elberfeld geweſen.

Meine ſehr liebe Schweſter!

Dieſen Brief bekommſt Du, wenn meine Berechnungen ſich nicht ſchneiden, am Neujahrstage. Ich wünſche Dir zu dieſem mir und wohl auch Dir ſehr erwünſcht kommenden Feſttage alles, was Du verlangſt, da dieſer Wunſch mich nichts koſtet, und hoffe, daß Deine Wünſche für mich wenigſtens ebenſo chriſtlich ſein werden. Möge es Dir in dem neuen Jahre ebenſogut in Mannheim gefallen, wie es Dir im alten, Deinen Briefen nach, gefallen hat. (Dies ſchreibe ich für den Fall, daß dieſer Brief vorher eine Zenſur zu beſtehen hat, ehe er in Deine Hände kommt.)

Dein Friedrich.

B. 28. 12. 40.

*

Br.[emen], 18. Februar 1841.

Liebe Marie!

Diesmal ſollſt Du einen recht ſchweren Brief bekommen. Ich wollte Dir erſt ſogar auf Pappdeckel ſchreiben, damit Du recht viel Porto zu blechen hätteſt, konnte aber leider kein planiertes Stück bekommen und muß nun auf das ſchwerſte Papier ſchreiben, das in unſrem Papiermagazin aufzufinden war. Wenn Du nicht weißt, was Paukſtunde iſt, ſo zeugt das, daß Du in der Kultur ſchmählich zurückgeblieben biſt; daß Du es aber aus der beigefügten Zeichnung nicht geſehen haſt, zeugt auch von natürlicher Beſchränktheit, und man ſieht, daß nicht nur der Hopfen der Bildung, ſondern auch das Malz des Mutterwitzes an Dir verloren iſt. In Eurem ſchlechten Deutſch bedeutet Paukſtunde ſo viel wie Fechtſtunde. Ich habe mir jetzt auch ein paar Schläger und Handſchuhe angeſtiegen, die einzigen Handſchuhe, die ich habe, denn mit Glacé und dergleichen gebe ich mich nicht ab.

Bei dem Stabat mater dolorosa uſw. fällt mir ein, ſieh doch einmal zu, ob dieſes Ding von Pergoleſe komponiert iſt. Iſt es das, ſo ſchaffe mir womöglich eine Abſchrift der Partitur, wenn Inſtrumente dabei ſind, die brauch' ich nicht, bloß die Singſtimmen. Iſt es aber von Paleſtrina oder von einem andern, ſo brauch' ich's nicht. Übermorgen führen wir den Paulus von Mendelsſohn auf, das beſte Oratorium, das ſeit Händels Tode geſchrieben worden iſt. Du wirſt es kennen. Ins Theater geh' ich ſehr ſelten, da das hieſige ſchändlich ſchlecht iſt, und nur, wenn ein neues Stück oder eine gute Oper, die ich noch nicht kenne, gegeben wird, gehe ich zuweilen hin. —

Seit meinem letzten Briefe haben wir hier eine ſchöne Überſchwemmung gehabt. Das Waſſer ſtand bei Treviranus 12 bis 14 Zoll hoch in meiner Stube, und ich mußte zum Alten flüchten, der mich mit gewohnter Güte beinahe 14 Tage beherbergte. Da aber ging der Tanz erſt recht los. Das Waſſer ſtand anderthalb Fuß vor dem Hauſe, und damit es nicht in den Keller käme, der eine Luke hat, mauerten wir dieſe mit Kuhmiſt zu. Aber das maliziöſe Waſſer lief nun aus dem Keller des Nachbars in unſren durch die Wand, und damit unſere ſchönen Rumfäſſer und Kartoffeln und vor allem der wohlaſſortierte Weinkeller des Alten nicht erſoff, mußten wir Tag und Nacht pumpen, vier Nächte hintereinander, die ich alle vier durchgepumpt habe. Wilhelm Leupold und ich blieben gewöhnlich zuſammen auf, ſetzten uns hinter den Tiſch aufs Sofa, auf dem Tiſch einige Flaſchen Wein, Wurſt und ein großes Stück vom edelſten Hamburger Rauchfleiſch. Dabei wurde geraucht, geſchwatzt und alle halbe Stunden gepumpt. Es war ſehr ergötzlich. Um 5 Uhr morgens kam dann der Alte und löſte einen von uns ab. Bei dieſer Überſchwemmung ſind rührende Dinge vorgefallen. In einem Hauſe vor der Stadt, das bis an die Fenſter des unterſten Stocks voll Waſſer ſtand, ſahen die Leute plötzlich eine ungeheure Maſſe Ratten anſchwimmen, die durch die Fenſter hineinkamen und das ganze Haus beſetzten. In dieſem Hauſe waren außerdem lauter rattenſcheue Frauenzimmer, gar kein Mann, ſo daß die zarten Damen ſich trotz ihrer Angſt entſchließen mußten, mit Säbeln, Stöcken uſw. auf die wilde Horde loszugehen. In einem Hauſe, das ganz an der Weſer liegt, ſaßen eben die Comptoiriſten beim Frühſtück, als eine große Eisſcholle herabgetrieben kam, die Wand durchſtieß und den unbeſcheidenen Kopf ins Zimmer ſteckte, worauf denn gleich eine gute Portion Waſſer nachfolgte. Jetzt will ich Dir auch eine Neuigkeit mitteilen. Du erinnerſt Dich, daß ich Dir einmal ſehr geheimnisvoll von einem großen Mittageſſen ſchrieb, welches im Kgl. ſächſiſchen Konſulat gegeben wurde und wobei große Geheimniſſe vorfielen. Jetzt kann ich Dir ſagen, daß die Perſon, welcher dieſes Mittageſſen zu Ehren gegeben wurde, die dame souveraine des pensées, die donna amada mais que la vida von meinem zweiten Prinzipal, dem obenerwähnten Wilhelm Leupold war. Er hat mir während der Überſchwemmung ſeine Oſtern erfolgende öffentliche Verlobung offiziell angezeigt, und ich will, im Glauben an Deine Verſchwiegenheit, Dir dieſes mitteilen, ſchwatzen aber darfſt Du noch nicht davon, denn es wird erſt mit Oſtern publik. Du ſiehſt, wie ſehr ich Dir vertraue, denn wenn Du davon ſprichſt, ſo könnte es in drei Tagen ſich bis hieher nach Bremen fortgepflanzt haben, da es überall ſchwatzhafte Frauenzimmer gibt. Und dann käme ich in eine ſchöne Patſche. — Die Braut W. L.'s heißt Thereſe Meyer, Tochter vom Stockmeyer in Hamburg. Stockmeyer heißt dieſer aber, weil er eine Fabrik von Spazierſtöcken hat, wodurch er ſich ſchweres Geld erworben hat. Sie trägt, d. h. nicht die Fabrik, ſondern Thereſe, einen blauen Spenzer und ein helles Kleid, iſt 17 Jahre alt und ſo mager wie Du, wenn Du indeſſen in Mannheim nicht zugenommen haſt. Sie iſt noch nicht einmal konfirmiert, iſt das nicht ſchrecklich?

Heute habe ich mir meinen Schnurrbart wieder abgeſchnitten und die jugendliche Leiche unter ſchweren Klagen begraben. Ich ſehe aus wie ein Weib, es iſt ſchändlich. Und wenn ich gewußt hätte, daß ich ohne Bart ſo ſchändlich ausſehe, ſo hätte ich ihn gewiß nicht heruntergehauen. Als ich mit der Schere vor dem Spiegel ſtand und die rechte Seite fortgeſäbelt hatte, kam der Alte aufs Comptoir und mußte laut lachen, als er mich mit dem halben Schnurrbart ſah. Jetzt laſſe ich ihn aber wieder wachſen, denn ich kann mich ja nirgends ſehen laſſen. In der Singakademie war ich der einzige mit einem Schnurrbart und hab' mich immer über die Philiſter amüſiert, die ſich gar nicht genug wunderten, daß ich die Frechheit haben konnte, ſo unraſiert in anſtändige Geſellſchaft zu gehen. Den Damen hat's übrigens doch ſehr gefallen und meinem Alten auch. Geſtern abend noch im Konzert ſtanden ſechs jugendliche Stutzer um mich herum, alle im Frack mit Glacéhandſchuhen, ich ſtellte mich zwiſchen ſie im gewöhnlichen Rock, ohne Handſchuh. Die Kerls haben den ganzen Abend über mich und meine borſtige Oberlippe gloſſiert. Das Schönſte iſt, vor einem Vierteljahr kannte mich kein Menſch hier, und jetzt kennt mich alle Welt, bloß wegen dem Schnurrbart. O über die Philiſter!

Dein Friedrich.

*

Berlin, 5. Januar 1842.

Meine liebe Marie!

Mit der ungeheuerſten Beſchämung mußte ich mich durch Deinen Brief an die lang verſäumte Pflicht, Dir zu ſchreiben, mahnen laſſen. Es iſt wirklich ſchändlich von mir geweſen, und das Verbrechen iſt gar nicht zu entſchuldigen. Darum will ich mich nur gleich dran ſetzen und Dein vorgeſtern empfangenes liebes Schreiben beantworten. Geſtern hab' ich das Kanonenfieber bekommen.[1] Ich war nämlich den Morgen über ſehr unwohl und ſchwachmatiſch, wurde dann zum Exerzieren beſtellt, und wäre bei der Kanone beinah flau geworden, worauf ich mich entfernte und den Nachmittag über ein ſchändliches Fieber genoß. Heut' morgen war mir beſſer zumut, aber das Exerzieren wollt' noch nicht recht gehen, doch bin ich jetzt ſo ziemlich wieder auf dem Schick und habe mir zwei Tage krank geben laſſen, wegen katarrhaliſchen Kanonenfiebers, worauf ich wieder ſo weit zu ſein hoffe, daß ich den Wiſcher gehörig in den Lauf bringen kann. Übrigens ſchreib' mir davon nichts nach Haus, das kann zu nichts dienen. Weißt Du, was mir der Doktor fürs Kanonenfieber verordnet hat? Ein Glas Punſch vor Schlafengehen, iſt das nicht gute Medizin? Daraus ſiehſt Du, daß ein Kompagniechirurgus weit mehr wert iſt, als z. B. ein Dr. Reinhold mit allen ſeinen Pflaſtern und ſpaniſchen Fliegen, Blutigeln uſw., obwohl er lange nicht ſo viel zu wiſſen braucht. Aber bei uns werden nur kräftige Mittel angewandt, lauter mediziniſches ſchweres Geſchütz, Bomben und Granaten und Vierundzwanzigpfünder. Unſre Rezepte ſind ſehr einfach, und ich habe mich in Bremen fortwährend damit kuriert. Zuerſt Bier, hilft das nicht, Punſch, hilft das auch nicht, ein Schluck Rum, das muß helfen. Das iſt Artilleriedoktorei. Ich glaube übrigens, Du lachteſt Dich krank, wenn Du mich in der Jacke und den dicken langen Wiſcher in der Fauſt am Sechspfünder ſtehen ſähſt und um das Rad ſpringen. Meine Uniform iſt übrigens ſehr ſchön, blau mit ſchwarzem Kragen, an dem zwei breite gelbe Streifen ſind, und mit ſchwarzen, gelbſtreifigen Aufſchlägen nebſt rot ausgeſchlagenen Schößen. Dazu die roten Achſelklappen mit weißen Rändern, ich ſage Dir, das macht einen pompöſen Effekt, und ich könnte mich auf der Ausſtellung ſehen laſſen. Neulich habe ich den Poet Rückert, der jetzt hier iſt, ſchändlich dadurch verbieſtert gemacht. Ich ſetzte mich nämlich, als er Vorleſung hielt, dicht vor ihn, und nun ſah der arme Kerl fortwährend auf meine blanken Knöpfe und kam ganz aus dem Konzept. Außerdem hab' ich als Soldat den Vorzug, daß ich nirgends anzuklopfen brauche, wenn ich zu jemand komme, auch nicht guten Tag zu ſagen oder ſonſt Komplimente zu ſchneiden. Es kam einmal einer zum Kapitän und klopfte mit der Säbelſcheide unwillkürlich an die Türe; dafür kam er acht Tage in Arreſt, weil der Kapitän behauptete, er hätte angeklopft. Du ſiehſt, was ich für ein Mordskerl bin, außerdem werd' ich jetzt bald Bombardier, das iſt ſo eine Art Unteroffizier und kriege goldene Treſſen an die Aufſchläge; alſo hab' nur gehörigen Reſpekt vor mir. Denn wenn ich Bombardier bin, ſo habe ich allen Gemeinen in der ganzen preußiſchen Armee zu befehlen, und alle Gemeine müſſen vor mir an die Mütze greifen. —

---

[1] Engels diente ſeit dem Oktober 1841 bei dem Garde-Fußartillerieregiment ſein Jahr ab.

Was ſchwatzt Du mir in Deinem Brief ſo viel vom alten Fritz Wilm und vom jungen Fritzchen Wilmchen? Ihr Frauleute ſollt Euch nicht in die Politik miſchen, davon verſteht Ihr nichts. Da Du aber ſo gern von Deiner teuren Majeſtät etwas wiſſen willſt, ſo will ich Dir erzählen, daß Allerhöchſtdieſelben am 16. dieſes Monats nach London abreiſen, um Seine königliche Hoheit, den kleinen engliſchen Prinzen, über die Taufe zu halten, auf der Rückreiſe vielleicht nach Paris, gewiß aber nach Köln gehen werden, im Frühjahr die ſilberne Hochzeit Allerhöchſt Ihres erhabenen Schwagers, des Kaiſers von Rußland, in Petersburg feiern werden, ſodann im Sommer ſich in Potsdam amüſieren und den Herbſt am Rhein zubringen werden, um ſich ſodann den Winter in Charlottenburg zu amüſieren. Jetzt muß ich ins Kolleg.

den 6. Januar 1842.

Heut' morgen bin ich ausgezogen aus dem vorderen Zimmer in das hintere, weil das vordere an einen Landsmann von mir, einen Juriſten aus der Gegend von Köln vermietet iſt und ſich außerdem ſchlecht heizt. Das iſt kurios. Dies hintere Zimmer iſt doch größer als das vordere und doch iſt es immer von etwas Feuer warm, während das vordere eiskalt iſt. Ich konnt es da vorn mit aller Mühe nicht dahin bringen, daß die Eisblumen von den Fenſtern ſchmolzen, aber hier hinten iſt es ein Pläſier, anzuſehen, wie das ſeit acht Tagen gefrorene, fingerdicke Eis wie im Frühling zerfließt und der klare blaue Himmel luſtig hereinſieht, nachdem ich ihn ſolange aus der Stube nicht hatte ſehen können. Auch die Kaſerne vom zweiten Garderegiment Schwammklöpper (ſo nennen wir die Infanteriſten), der ganze Tierarzneiſchulenplatz und was dazu gehört, läßt ſich wieder ſehen.

Wir haben hier eine rheiniſche Reſtauration, in der alle unſere heimiſchen Leibgerichte, die hier ſonſt kein Menſch kennt, gemacht werden. Jeden Sonnabend abend wird Reibkuchen gegeſſen und ein Köpken Koffe dazu getrunken. Geſtern hab' ich Äpfel und Erdäpfel gegeſſen. Unſere alte Erpelsſupp, die Du auch wohl noch kennſt, ſpielt eine bedeutende Rolle. So noch eine Maſſe, das mir jetzt nur nicht einfällt. Heut' mittag gibt's Sauerkraut und Schweinefleiſch, worauf ich mich ſchon freue. Neulich wollt' er uns auch auf Pannhas traktieren, aber der geriet nicht, weil hier kein Buchweizenmehl zu haben iſt, und alſo auch keine Pufferskuchen gebacken werden können, wonach wir ſchon lange Zeit ſchmachteten.

Sehr ſchön! Da fängt die Sonne recht an zu ſcheinen, was mir ſehr erbaulich vorkommt. Denn nun werd' ich nach Tiſch ſpazieren gehen, und da Schelling heut' abend nicht lieſt, den ganzen Abend für mich haben, wo ich dann bedeutend und ungeſtört arbeiten kann.

Das hieſige Theater iſt ſehr ſchön, ausgezeichnete Dekorationen, vortreffliche Schauſpieler, aber meiſt ſchlechte Sänger. Deswegen geh' ich auch ſelten in die Oper. Morgen wird ein neues Stück gegeben, Kolumbus von Werder. Der Kolumbus iſt derſelbe, der Amerika entdeckt hat, und der Werder iſt Profeſſor hier an der Univerſität, derſelbe, der die Tiefe der Negation entdeckt hat. Wahrlich, wahrlich, ich ſage Dir, das wird morgen voll im Theater werden und ich werde auch zu dieſer Vollheit beitragen. Zwei Akte ſpielen auf der See, auf einem Schiffe, das ſoll ſehr kurios zu ſehen ſein. [Hier zeichnet ſich Engels in Uniform.] Hier ſiehſt Du mich in Uniform, wie ich meinen Mantel ſehr romantiſch und maleriſch, aber ungeheuer vorſchriftswidrig umgehängt habe. Würde ich ſo über die Straße gehen, ſo wäre ich jeden Augenblick in Gefahr, in Arreſt geſchickt zu werden, was doch eben nicht angenehm iſt. Denn wenn ich ſchon auf der Straße nur einen Knopf an der Uniform oder eine Krempe am Kragen offen habe, ſo kann mich jeder Offizier oder Unteroffizier in Arreſt ſchicken. Du ſiehſt, es iſt gefährlich, Soldat zu ſein, auch im Frieden. Das Schönſte iſt, daß wir alle vier Wochen in die Kirche müſſen, ich hab' mich aber immer dran vorbeigefudelt, nur einmal nicht; denn da muß man eine Stunde vorher im ſchweren dekorierten Tſchako mit Federbuſch auf dem Hofe ſtehen und dann kommt man nachher recht durchgefroren in die eiskalte Kirche, wo man von der Predigt wieder nichts zu hören bekommt, ſo ſchlecht klingt es. Iſt das nicht ſchön? Schreib bald wieder Deinem Bruder

Friedrich.

*

Berlin, 15./16. April 1842.

Liebe Marie!

Dieſes zarte Blättchen, welches ich, nachdem es ein halbes Jahr in meiner Mappe gelegen hat, herausziehe und Dir dediziere, wird Dich hoffentlich für die lange Zeit entſchädigen, die ich, mit Reue bekenn' ich es, Dich habe warten laſſen. Der Herr Höſterey haben mir Dein Brieflein richtig überbracht, nachdem Hochdieſelben es vor den Augen der öſterreichiſchen Zöllner in der Hoſentaſche verborgen hatten, wofür Höchſt-Sie mich um Verzeihung baten, und zwar in einem ſehr ſchönem Deutſche. Ich kann es nun nicht vor meinem Gewiſſen rechtfertigen, Dich noch länger warten zu laſſen, und ſchreibe alſo. Was? Ja, das weiß ich noch nicht. Daß ich heute morgen von 8 bis $^1/_2$12 Parademarſch geübt habe? Daß ich dabei eine ſehr bedeutende Naſe vom Herrn Oberſtleutnant beſehen habe? Daß wir am Sonntag Kirchenparade haben werden? Daß meine guten Zigarren auf ſind und das Bier bei Wallmüller ſeit einigen Tagen ſehr ſchlecht iſt? Daß ich jetzt ausgehen muß wegen ein paar Töpfe Ingwer, die ich für Snethlages beſtellt habe? Ja, das iſt's. Alſo bis morgen.

Heute als Freitag, 15. April, fahre ich fort. Wir haben ein weit ſchöneres Wetter bekommen. Vor meinem Hauſe liegen eine Menge Droſchken und halten ihr Standquartier daſelbſt. Die Droſchkiers ſind gewöhnlich beſoffen und amüſieren mich ſehr. Wenn ich alſo einmal ausfahren ſollte, ſo habe ich das ſehr bequem. Ich wohne überhaupt ganz angenehm, eine Treppe hoch, ein elegant möbliertes Zimmer, deſſen vordere Wand aus drei Fenſtern beſteht, zwiſchen denen nur ſchmale Pfeiler ſind, ſo daß es ſehr hell und freundlich iſt.

Geſtern, als ich dies geſchrieben hatte, wurde ich geſtört. Heute kann ich Dir die erfreuliche Nachricht melden, daß wir morgen wohl keine Parade haben werden, weil Seine Majeſtät der König Allerhöchſtdieſelben nach Potsdam und Brandenburg zu gehen geruht haben. Welches mir ſehr angenehm iſt, da ich doch keine Luſt habe, mich morgen auf dem verfluchten Schloßplatz herumzutreiben. Hoffentlich kommen wir auf dieſe Weiſe ganz an der Parade vorbei. Auch haben wir jetzt ein ſehr anmutiges Exerzieren auf dem ſogenannten Grützmacher, welcher ein ſehr großer Platz iſt, wo man bis über die Knie in den Sand verſinkt und welcher die ſchöne Eigenſchaft hat, daß er elektriſch iſt. Wenn nun die zwölfte Gardefußartillerie-Kompagnie, bei welcher ich ſtehe und welche auch elektriſch iſt, aber negativ, dahin kommt, ſo ſtoßen poſitive und negative Elektrizität zuſammen, machen Skandal und Verwirrung in der Luft und ziehen die Wolken an. Anders weiß ich es mir wenigſtens nicht zu erklären, daß es immer regnet oder ſchneit, wenn unſere Kompagnie auf den Grützmacher geht. Übrigens bin ich ſeit vier Wochen Bombardier, wenn Du dies noch nicht wiſſen ſollteſt, trage die Treſſen und Litzen und den blauen Kragen mit roter Paſpelierung. Das verſtehſt Du nun zwar nicht, aber das iſt auch nicht nötig, wenn Du nur weißt, daß ich Bombardier bin, ſo iſt das genug.

Daß der Herr Liſzt hier geweſen iſt und durch ſein Klavierſpielen alle Damen entzückt hat, wirſt Du wohl noch nicht gehört haben. Die Berliner Damen ſind aber ſo vernarrt geweſen, daß ſie ſich im Konzert um einen Handſchuh von Liſzt, den er hatte fallen laſſen, komplett geprügelt haben, und zwei Schweſtern, deren eine ihn der andern abnahm, deshalb in ewige Feindſchaft gerieten. Den Tee, den der große Liſzt in einer Taſſe ſtehen ließ, goß ſich die Gräfin Schlippenbach in ihr Eau de Cologne-Flakon, nachdem ſie die Eau de Cologne auf die Erde gegoſſen hatte; ſeitdem hat ſie dies Flakon verſiegelt und auf ihrem Sekretär zum ewigen Andenken hingeſtellt und entzückt ſich jeden Morgen daran, wie auf einer deshalb erſchienenen Karikatur zu ſehen iſt. Es iſt ein Skandal geweſen wie noch nie. Die jungen Damen haben ſich um ihn geriſſen, und dabei hat er ſie alle ganz entſetzlich links liegen gelaſſen und lieber mit ein paar Studenten Champagner getrunken. Aber in jedem Hauſe ſind ein paar Bilder von dem großen, liebenswürdigen, himmliſchen, genialen, göttlichen Liſzt zu ſehen. Ich will Dir doch auch ein Konterfei davon machen. [Hier zeichnet Engels Franz Liſzts Kopf.] Das iſt der Mann mit der kamtſchadaliſchen Friſur. Übrigens hat er hier 10 000 Taler verdient, und ſeine Rechnung im Wirtshauſe betrug 3000 Taler. Ungerechnet, was er ſonſt noch verkneipt hat. Ja, ich ſage Dir, das iſt ein Mann. Der trinkt täglich zwanzig Taſſen Kaffee, auf jede Taſſe vier Lot, [und] zehn Flaſchen Champagner, woraus mit ziemlicher Sicherheit geſchloſſen werden kann, daß er in einem fortwährenden gewiſſen Trane lebt, wie ſich dies auch beſtätigt. Jetzt iſt er nach Rußland gegangen und es fragt ſich, ob die Damen dort auch ſo verrückt werden können.

Übrigens muß ich jetzt ausgehen und ſchließe deshalb. Lebewohl und antworte bald Deinem Bruder

Friedrich

Dorotheenſtraße 56.

*

Brüſſel, Samstag, 31. Mai 45.

Liebe Marie!

Ich muß Dir heute zu meinem Bedauern mitteilen, daß es mir nicht möglich iſt, bei Deiner Hochzeit gegenwärtig zu ſein, und zwar wegen Schwierigkeiten, die man mir wegen eines Paſſes gemacht hat. Vorigen Mittwoch ging ich auf die Administration de la sûreté publique und forderte einen Paß nach Preußen. Nach einigem Warten und langen Verhandlungen wegen meiner Auswanderung und darüber, daß ich vom preußiſchen Geſandten keinen Paß bekommen könne, erhielt ich endlich den Beſcheid, daß ich ja erſt eben angekommen ſei und deshalb von ihm keinen Paß erhalten könne. Wenn ich einige Zeit länger hier gewohnt hätte, ſo ſei er bevollmächtigt — nämlich Herr Haudy, der Direktor der sûreté publique — mir Päſſe zu geben, ſo aber könne er es nicht. Ohnehin kämen die Fremden, die ſich hier etablierten, gewöhnlich mit Päſſen an, die auf ein Jahr oder ein halbes Jahr noch gültig ſeien, und ſo ſei er inſtruiert, zwar zu viſieren, aber nicht, eben angekommenen Fremden Päſſe auszuſtellen. Übrigens, wenn ich einige Konnexionen hätte, ſo würde ich ohne Zweifel einen Paß im Miniſterium des Auswärtigen bekommen. Dieſe Konnexionen habe ich allerdings, und zwar in der Perſon eines deutſchen Arztes, der mir auch verſprochen hatte, falls man mir Schwierigkeiten mache, mir einen Paß zu verſchaffen. Aber dieſer Doktor hat ſelbſt erſt vor 14 Tagen geheiratet und war zu ſeiner Hochzeitsreiſe in die walloniſchen Bäder gereiſt. Er kam Donnerstag wieder, und es gelang mir erſt geſtern abend, ihn zu treffen; er war auch ſehr bereitwillig, ſagte mir aber gleich, da er erſt heute morgen aufs Miniſterium gehen könne, ſo werde ich meinen Paß keinenfalls vor übermorgen — Montag bekommen können und müſſe alſo meine Reiſe bis Montag abend oder Dienstag morgen aufſchieben. Ich ſagte ihm, ich könne ſo lange nicht warten, aber er erklärte nochmals, früher ſei es nicht möglich, mir dazu zu verhelfen; er wolle übrigens doch nochmals ſich bemühen. Heute morgen ſchickte er mir nun ein Billett, daß er ſich ſelbſt erkundigt hat, und mir den Paß nicht vor Montag, vielleicht erſt Montag abend verſchaffen kann. Ich hab' ihm gleich geantwortet, er möge ſich dann nicht weiter bemühen, da ich dann meine ganze Reiſe aufgeben müſſe.

Da ich nun bei meinen ſonſtigen Verhältniſſen, wie Du und die andern auch, leicht begreifen wirſt, mich nur Unannehmlichkeiten ausſetzen würde, wenn ich ohne Paß über die Grenze zu kommen verſuchte, was mir auch Herr Haudy abriet, weil mein Auswanderungsſchein gut ſei pour sortir de la Prusse, mais pas pour y rentrer — ſo bin ich wohl genötigt, hier zu bleiben und Deine Hochzeit hier allein und in Gedanken zu feiern — ſo leid es mir tut. Du kannſt Dich übrigens darauf verlaſſen, daß ich den ganzen Tag an Dich und Emil denken werde, und daß meine beſten Wünſche Euch in die Ehe und auf die Reiſe begleiten, wenn es mir auch nicht vergönnt iſt, ſie Euch mündlich auszuſprechen. Was ich Euch vor allem wünſche, iſt, daß die Liebe, die Euch zuſammengeführt und die Euer Verhältnis zu einem ſo ſchönen, menſchlichen und ſittlichen gemacht hat, wie ich nicht viele kenne, Euch durch Euer ganzes Leben begleiten, Euch über alle Widerwärtigkeiten leicht hinweghelfen, Euer Glück ausmachen möge. Ich kann mich Eurer Hochzeit von ganzem Herzen freuen, weil ich weiß, daß Ihr nur glücklich zuſammen leben könnt, und daß — nachdem Ihr verbunden ſeid — keiner von Euch beiden ſich enttäuſcht finden wird. Verlaß Dich drauf, von den vielen Glückwünſchen, die man Euch darbringen wird, iſt keiner treuer gemeint, keiner herzlicher und wärmer als der meinige! Du weißt, daß ich Dich immer am liebſten gehabt habe von allen meinen Geſchwiſtern, daß ich immer zu Dir am meiſten Vertrauen hatte. Du wirſt mir alſo glauben, ohne daß ich Dir hoch und teuer verſichere, ohne daß ich Dir viele Worte mache. Ich wünſche Euch nochmals, daß Eure Liebe ſtets dieſelbe bleibe, ich wünſche Euch auch noch manches, was — Du erraten wirſt. Seid glücklich!

Ich hoffe nun bald einmal einen Brief von Mrs. Blank zu erhalten, denn ich erwarte, daß Mrs. Blank ſich ebenſoſehr für mich intereſſieren wird wie Fräulein Engels. Jedenfalls hoffe ich, Euch beide nach glücklicher Hochzeit und glücklicher Reiſe dieſen Sommer in Oſtende oder in England zu ſehen, und bis dahin lebt alſo nochmals wohl!

Herzliche Grüße an Alle Dein treuer

Friedrich.[1]

---

[1] Ein ſpäterer netter, aber ſachlich inhaltloſer Glückwunſch an die Schweſter zur Geburt des erſten Sohnes iſt datiert: 7 Rue de l'Alliance, Saint-Josse-ten-Noode, Bruxelles le 7 Mars 1846.

Von König Humbert zu Viktor Emanuel III.

Lebenserinnerungen eines Zeitungsſchreibers

Von

Fried. Noack

(Schluß)

Der Bankſkandal und Giolittis Ende

Während der Feſttage der Silberhochzeit des Königspaares 1893 waren die Finanznöte und ſonſtigen politiſchen Leiden in den Bann der Vergeſſenheit getan worden, die Deputiertenkammer, in der ſonſt alles Weh an das Tageslicht gebracht zu werden pflegte, hatte Ferien. Kaum aber hatten die fürſtlichen Gäſte das Land verlaſſen, ſo brach das mühſam zurückgehaltene politiſche Elend von neuem aus und bedrohte in raſch zunehmender Heftigkeit das Daſein des Kabinetts Giolitti. Das meiſte trug dazu der berüchtigte Skandal der Banca Romana bei, der für die Widerſacher Giolittis zu einer willkommenen machine de guerre wurde, um ihn zu ſtürzen. Wie ſo oft im politiſchen Kampf war dieſer Skandal mehr ein Vorwand als ein Grund, und der Miniſterpräſident wurde dabei zum Sündenbock für andere Übeltäter. Gewiß iſt Giolitti in der Angelegenheit der Banca Romana nicht von Fehlern freizuſprechen, aber ſchwerere Schuld laſtet auf anderen Politikern, die vor ihm das Staatsruder in Händen gehabt hatten und die durch ihr Glück und die Beihilfe von guten Freunden davor bewahrt wurden, für ihre Schuld zu büßen. Ich erhebe nicht den Anſpruch, im folgenden die einzig richtige und unanfechtbare Darſtellung der Vorgänge zu geben, was vielleicht heute überhaupt noch nicht oder nicht mehr möglich iſt, da manche Einzelheiten davon ſchwer aufzuklären ſind und die Mitteilungen darüber voller Widerſprüche. Aber ich darf wenigſtens beanſpruchen, daß ich ohne Haß oder Gunſt die Tatſachen wiedergebe und daß mein Urteil über Dinge und Perſonen auf ehrlich erworbener Überzeugung beruht. Ich bemerke das ausdrücklich, weil die Auffaſſung, die ich damals in der „Kölniſchen Zeitung“ vertrat, von der in Deutſchland ziemlich allgemein verbreiteten abweicht und mich ſogar zeitweilig in einen Gegenſatz zur Redaktion meiner Zeitung gebracht hat. Meine Auffaſſung war nämlich, ſoweit die beiden politiſchen Hauptperſonen in Betracht kommen, günſtig für Giolitti und ungünſtig für den in Deutſchland blindlings verehrten Criſpi. Weil ich in dieſer das öffentliche Leben Italiens ein paar Jahre hindurch beherrſchenden und vergiftenden Angelegenheit ungeſcheut ſo urteilte und berichtete, wie es mir meine ehrliche Überzeugung gebot, wurde ich von manchen mit dem Vorwurf nicht verſchont, daß ich italieniſche und nicht deutſche Politik machte.

Der Skandal der Banca Romana iſt eine der zahlreichen üblen Begleiterſcheinungen der Wirtſchafts- und Finanzkriſe Italiens ſowie des entarteten parlamentariſchen Treibens. Er war wie eine ſchleichende innere Krankheit ſchon ſeit Jahren in Vorbereitung und kam offen zum Ausbruch im Winter 1892—93, als das Miniſterium Giolitti dem Parlament eine Erneuerung des Geſetzes über die Zettelbanken vorſchlug. Da die ſechs italieniſchen Zettelbanken unter der Aufſicht der Regierung und unter einem Geſetz ſtanden, das jeweilig der Erneuerung bzw. Abänderung durch das Parlament unterlag, ſo fanden Politiker mit weitem Gewiſſen dort immer weitgehendes Entgegenkommen bei ihren Geldbedürfniſſen, da die Leiter der Banken ihren Vorteil darin ſahen, einflußreiche Mitglieder der Regierung und der Volksvertretung bei guter Stimmung gegen ſich zu erhalten. Seit Jahren hatten Miniſter und Geſchäftspolitiker unbedenklich und mit vollen Händen aus dieſen bequemen Bankquellen geſchöpft und ſtanden als faule Schuldner in deren Büchern. In der Banca Romana, die unter der Verwaltung Bernardo Tanlongos ſtand, war beſonders ſkrupellos gewirtſchaftet worden, und der Direktor hatte ſich nicht geſcheut, das nie verſiegende Geldbedürfnis dadurch zu befriedigen, daß er über das geſetzlich zuläſſige Maß hinaus Noten ausgab; auf 65 Millionen belief ſich ſchließlich der betrügeriſche Umlauf der Banca-Romana-Noten. Über dieſe Schwindelwirtſchaft gingen ſeit mehreren Jahren Gerüchte, die im Spätherbſt 1892, als das Kabinett Giolitti die Erneuerung des Zettelbankengeſetzes im Parlament vorlegte, ihren Widerhall auf der Tribüne der Volksvertretung fanden. Giolitti zog infolgedeſſen die Zettelbankenvorlage zurück und ließ gegen die Banca Romana eine Unterſuchung eröffnen. Von der Oppoſition, die durch die Neuwahlen des vergangenen Novembers aufs äußerſte gegen den Miniſterpräſidenten erbittert war, wurde der Vorwurf gegen ihn erhoben, daß er die Schäden der Banca Romana gekannt und gleichwohl ihren Direktor Tanlongo zum Senator ernannt und die unveränderte Erneuerung des Bankgeſetzes vorgeſchlagen habe. Als Giolitti Schatzminiſter im Kabinett Criſpi geweſen war, hatte nämlich eine Prüfung der Lage der Bank von Regierungs wegen ſtattgefunden, und der Bericht darüber, nach ſeinen Verfaſſern Alviſi und Biagini genannt, enthielt ſchlimme Enthüllungen. Damals ſtanden die Zettelbanken unter der Aufſicht des Handelsminiſters; es war 1889 Miceli. Dieſer und der Miniſterpräſident Criſpi haben zugeſtandenermaßen den Bericht gekannt, aber die ſchlimmen Entdeckungen vertuſcht, um den italieniſchen Kredit nicht zu ſchädigen. Giolitti hat wiederholt erklärt, daß er den Bericht Alviſi-Biagini nicht gekannt habe, wohl habe er allgemein von den ſchlimmen Entdeckungen gehört, jedoch habe nach einiger Zeit Miceli verſichert, die Sache ſei doch in Ordnung. Es liegt kein Grund vor, an dieſer Darſtellung Giolittis zu zweifeln, denn es erſcheint ſehr glaublich, daß Criſpi wie Miceli gefliſſentlich ihren Kollegen vom Schatzamt, der als ein ſehr genauer Herr bekannt war, nicht in die wahre Lage einweihen wollten, damit er ihre Abſicht der Vertuſchung nicht vereitelte. Da Giolitti nicht der zuſtändige Reſſortminiſter für die Zettelbanken war, ſo konnte er ohne Schwierigkeiten umgangen werden. Wenn er drei Jahre danach den Direktor Tanlongo zum Senator vorſchlug, ſo konnte das auch mehr oder weniger in gutem Glauben geſchehen; auch ſcheint dieſe Ernennung auf beſonderen Wunſch des damaligen Miniſters des königlichen Hauſes, Rattazzi, geſchehen zu ſein, der beim König Humbert großen Einfluß hatte und ſeinen engeren Landsmann Giolitti gegen den Sizilianer Criſpi begünſtigte. So kann ſehr wohl Giolitti in der Angelegenheit der Ernennung Tanlongos mehr ein unſchuldiges Werkzeug anderer Einflüſſe geweſen ſein, was ihn allerdings nicht von jeglichem Vorwurf freiſpricht. Immerhin hat Giolitti als Miniſterpräſident ſofort, nachdem der Stein durch die parlamentariſchen Angriffe der äußerſten Linken ins Rollen gebracht war, in das Weſpenneſt gegriffen und die gerichtliche Unterſuchung gegen die Schuldigen der Banca Romana einleiten laſſen. Um Mitte Januar 1893 erfolgte die Verhaftung der „Commendatori“, die in ganz Rom und Italien das ungeheuerſte Aufſehen erregte; der Senator Tanlongo und verſchiedene andere Bankgrößen mußten in Unterſuchungshaft wandern und verſchwanden hinter den Mauern von Regina Coeli. Bald folgte ihnen auch der Abgeordnete Dezerbi, der im Gefängnis ſeinen Tod fand. Eine unruhige und verdachtſchwangere Zeit brach an; mehr als ein Volksvertreter fühlte das Damoklesſchwert einer Anklage wegen Bankſchwindeleien über ſeinem Haupte. Aber Giolitti, der anfänglich offenbar die Abſicht gehabt hatte, rückſichtslos der Gerechtigkeit ihren Lauf zu laſſen, ſah bald ein, daß ſeine Kräfte zu einer durchgreifenden Reinigung des Augiasſtalls nicht ausreichten, und blieb auf halbem Wege ſtehen. Das war vielleicht ſein ſchwerſter Fehler, wenigſtens der, welcher ſich am härteſten an ihm gerächt hat. Er hatte ſich durch ſein Vorgehen überhaupt alle die Geſchäftspolitiker verfeindet, die unreine Wäſche hatten, und zog ſich durch ſein Innehalten in der Verfolgung des Skandals die Gegnerſchaft aller derer zu, die entweder redlich die Wahrheit und Gerechtigkeit wollten oder das Verlangen nach Beſtrafung aller Schuldigen nur zum Vorwand für ihre parlamentariſchen Machenſchaften nahmen. Von da an war Giolittis Sturz nur noch eine Frage der Zeit; er mußte fallen, denn er hatte zu viele Intereſſen verletzt, wie mir der kluge Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ damals ſagte. Wenn man von manchen Mitgliedern der äußerſten Linken, die noch nie an der Regierungskrippe geſeſſen hatten, vielleicht auch annehmen kann, daß es ihnen bei ihrer ſcharfen Oppoſition gegen Giolittis Kabinett wirklich auch um die Beſeitigung jeglicher Verderbnis im öffentlichen Leben zu tun war, ſo läßt ſich dasſelbe jedenfalls nicht von allen ſagen, die ſich nun an der Hetzjagd gegen den Miniſterpräſidenten beteiligten. Von Criſpi, der 1889 die Vertuſchung der in der Banca Romana entdeckten Mißbräuche gewollt und damit das Übel vergrößert hatte, ſtatt es zu heilen, hätte man erwarten ſollen, daß er mindeſtens ſich in Schweigen gehüllt hätte. Aber er tat gerade das Gegenteil und trat mit der eiſernen Stirn eines ſcheinbar Unbeteiligten gegen Giolitti auf, obgleich er ſelbſt ſeit langen Jahren mit beinahe einer halben Million Lire im Schuldbuch der Banca Nazionale ſtand und mit deren Direktor Grillo, als er die Miniſterpräſidentſchaft 1887 übernahm, den ſeltſamen Pakt geſchloſſen hatte, daß er während ſeiner Miniſtertätigkeit nicht an die Schuld erinnert und von der Zahlung der Zinſen befreit würde, auf deutſch: ſolange er an der Spitze der mit der Auſſicht über die Zettelbanken betrauten Regierung ſtünde! Alles das hielt den kühnen Sizilianer nicht ab, ſich ſchon im Januar an dem ſcharfen Vorgehen gegen Giolitti kräftig zu beteiligen. Seine Zeitung „Riforma“ war von dem Regierungsantritt Giolittis an bis in den Januar 1893 für dieſen eingetreten und wurde durch einen Ausſchuß von Anhängern Criſpis geleitet. Der hierauf bezügliche Vertrag erloſch mit Ende Januar, und Criſpi wurde ſo wieder Alleinherr über ſein altes Leibblatt. Sofort trat dasſelbe der Oppoſition gegen Giolitti bei; dieſer wußte nun, daß Criſpi ihm Fehde anſagte, und es dauerte nicht lange, ſo trat der Gegner perſönlich auf den Plan. Im Februar erſchien nämlich in einem Blatt der Rechten, welches Criſpi vordem bekämpft hatte, im „Fanfulla“, ein Artikel über eine Unterredung mit Criſpi, worin dieſer mit herausfordernder Geringſchätzung von Giolitti redete und geradezu behauptete, derſelbe habe den Bericht Alviſi-Biagini gekannt. Das war der offene und ſehr gewagte Angriff auf den Miniſterpräſidenten, der von da an Criſpi gegenüber in die Verteidigung gedrängt wurde. Wie auf Verabredung brachte infolge der Veröffentlichung im „Fanfulla“ der Republikaner Colajanni eine Anfrage an den Miniſterpräſidenten ein, auf die Giolitti am 22. Februar antwortete, er habe den Bericht Alviſi-Biagini nicht gekannt, aber aus Andeutungen ſeines damaligen Kollegen Miceli Bedenken gegen die Verwaltung der Banca Romana geſchöpft, die ihn wohl auch zu Äußerungen veranlaßt haben könnten, wie Criſpi ſie ihm zuſchreibe; nach kurzer Zeit habe jedoch Miceli erklärt, man habe ſich geirrt, es ſei bei der Bank alles in Ordnung. Criſpi konnte dieſen Erklärungen Giolittis nicht widerſprechen, zog aber ein Blatt aus der Taſche und verlas aus ſeinem Tagebuch, wie er ſagte, daß ſein damaliger Kollege im Miniſterium, der Schatzminiſter Giolitti, im Juni und November 1889 davon geredet habe, gegen die Banca Romana müſſe wohl der Staatsanwalt einſchreiten. Merkwürdigerweiſe fand ſich darauf niemand, der Herrn Criſpi fragte, warum er als damaliger Miniſterpräſident und Miniſter des Innern nicht ſelbſt für das Einſchreiten des Staatsanwalts geſorgt habe, da ihm doch der Bericht Alviſi-Biagini bekannt geweſen war. Quod licet Jovi, non licet bovi, dachten wohl die Herren Sittenwächter in Montecitorio. Es blieb auch nicht bei dieſem unmittelbaren Angriff Criſpis auf ſeinen ehemaligen Kollegen, ſondern zugleich haben er und ſeine Freunde ſich Schriftſtücke aus dem Beſitz Tanlongos verſchafft, die den Verdacht auf Giolitti werfen ſollten, er habe von jenem Geld für Wahlzwecke geborgt, eine Beſchuldigung, von der ſpäter der parlamentariſche Unterſuchungsausſchuß erklärte, daß ſie nicht erwieſen ſei. Um dieſelbe Zeit verbreitete ſich das Gerücht, welches insbeſondere von den Verteidigern Tanlongos in deſſen Prozeß gefliſſentlich genährt wurde, Giolitti habe einen gewiſſen Teil der bei Tanlongo aufgefundenen Papiere an ſich genommen und dadurch der Prüfung durch den Richter entzogen. Über dieſen Punkt iſt volle Klarheit nie geſchaffen worden. Die Fama wollte wiſſen, es ſeien in Tanlongos Händen Papiere geweſen, die für Mitglieder des königlichen Hofes belaſtend waren, ſie hätten ſich auf Spielſchulden des Kronprinzen bezogen, auch von Aktenſtücken war die Rede, deren Inhalt dem Miniſter des königlichen Hauſes, Rattazzi, unangenehm war. Jedenfalls laſſen ſich gewiſſe Fälle denken, die es einem Miniſterpräſidenten zur politiſchen Pflicht machen konnten, durch Beſeitigung von ſchriftlichen Beweismitteln hohe Stellen vor Verwicklung in den gerichtlichen Skandal zu ſchützen, ebenſo wie Criſpi ſeinerzeit die Vertuſchung der Banca-Romana-Mißwirtſchaft mit der Fürſorge für den Kredit Italiens gerechtfertigt hat, ohne daß irgend jemand etwas dagegen einzuwenden gefunden hätte. So iſt es auch durchaus begreiflich, daß Giolitti ſich ſo lange wie möglich gegen eine parlamentariſche Unterſuchung des Bankſkandals ſträubte, wie ſie ſofort und wiederholt durch die äußerſte Linke gefordert wurde. Zweimal hat die Mehrheit der Kammer auf Wunſch der Regierung dahingehende Anträge abgelehnt, bis endlich am 21. März Giolitti zuſtimmte, daß ein Siebenerausſchuß die politiſchen und moraliſchen Verantwortlichkeiten der Parlamentarier und Miniſter im Bankſkandal prüfte und feſtſtellte. Dieſer Ausſchuß begann alsbald unter dem Vorſitz des Abgeordneten Mordini, eines Anhängers und Logenbruders Criſpis, ſeine Tätigkeit, von der man nicht ſagen kann, daß ſie ganz unparteilich geweſen wäre. Doch davon ſpäter.

Vom Glück iſt jedenfalls das erſte Miniſterium Giolitti nicht begünſtigt geweſen; im Gegenteil. Zufälliges Mißgeſchick häufte ſich während ſeiner Regierungszeit derart, daß die öffentliche Meinung ihn bald unter die „jettatori“, die Unglücksbringer, zählte. Außer dem Tod verſchiedener Mitarbeiter nötigte ihn auch das Mißgeſchick bei der geheimen Abſtimmung über das Juſtizbudget zu Perſonenwechſeln in ſeinem Kabinett. Der letztere Fall erregte großes Aufſehen und ſchadete dem Anſehen des Miniſteriums ſehr, obſchon auch hier der böſe Zufall nicht unweſentlich mitſpielte. Wegen des Verdachts, daß die Unterſuchung des Tanlongoprozeſſes durch den Miniſter des Innern in ungeſetzlicher Weiſe beeinflußt ſei, wollten manche Abgeordnete ihren Unmut den Juſtizminiſter fühlen laſſen. Deſſen Budget wurde im Mai durchberaten, ohne daß in der Erörterung irgend etwas Erhebliches gegen ihn zum Ausdruck gekommen wäre. Die ſämtlichen Artikel waren genehmigt und es fehlte nur die geheime Abſtimmung darüber, die gewöhnlich bei Budgetvorlagen als eine reine Förmlichkeit angeſehen wurde. Daß die grundſätzlich opponierende äußerſte Linke auch hierbei ſchwarze Kugeln abgab, war man gewohnt; dazu kamen diesmal manche, die im ſtillen dem Juſtizminiſter aus obigem Grund einen kleinen Ärger bereiten wollten, und andere, die durch die etwas derbe Beredſamkeit des Miniſters gereizt waren. Bonacci hatte nämlich in ſeiner Budgetrede auf einige unfreundliche Kritiken allzu kräftig geantwortet, indem er in Erinnerung an einen Vers des Dichters Giuſti gewiſſe Budgetreden mit dem „ſtörriſchen Sinn des Maultiers verglich, dem die Natur einen feſten Huf und einen noch härteren Schädel gegeben hat“. Auch der große Criſpi hat es im Januar 1891 erfahren müſſen, daß redneriſche Entgleiſungen zu Miniſterkriſen führen können.

Ebenſo erging es jetzt dem Juſtizminiſter Bonacci; die Maultiere rächten ſich insgeheim mit ſchwarzen Kugeln, und als man die Stimmen in den Urnen zählte, war das Juſtizbudget mit 139 gegen 138 abgelehnt, zur größten Überraſchung aller, auch derer, welche die ſchwarzen Kugeln geſpendet hatten. Aber eine Miniſterkriſe, wenn ſie auch nicht beabſichtigt geweſen war, erfolgte doch daraus, Bonacci trat zurück und Giolitti ſtellte ſich mit einem neuen Juſtizminiſter eine Woche ſpäter wieder vor die Kammer, die ihm ein Vertrauensvotum mit 227 gegen 72 Stimmen gab. Aber die Erſchütterung des Vertrauens auf die Regierung war doch durch dieſen Wechſel begonnen und mehrte ſich durch weitere Unglücksfälle: der neue Juſtizminiſter Eula ſtarb ſchon zu Anfang Juli, ſein Nachfolger Santamaria desgleichen im Oktober, und bei Wiedereröffnung des Parlaments im Spätherbſt erſchien das Kabinett mit dem vierten Juſtizminiſter binnen eines halben Jahres. In parlamentariſch regierten Ländern, und zumal in romaniſchen, wirken dergleichen Zufälligkeiten immer etwas mit auf den Wechſel der Dinge. Im Sommer gelang es jedoch dem Miniſterium, ſein neues Geſetz über die Zettelbanken nach heftigen Erörterungen zur Annahme in der Kammer mit 222 gegen 135 Stimmen zu bringen; auch der Senat gab ihm trotz Tanlongo ſeine Billigung. Auffallend war mir die im Lauf der Kammerverhandlung über das erneuerte Zettelbankengeſetz mit großer Heftigkeit hervorbrechende regional-partikulariſtiſche Geſinnung der Meridionalen; der Unmut über die vermeintliche Benachteiligung des Südens durch dieſe Neuordnung fand z. B. in dem Zuruf an die Regierung Ausdruck: „Geht doch wieder in eure ſardiſchen Staaten!“ Die Form des Angriffs auf den piemonteſiſchen Miniſterpräſidenten läßt deutlich erkennen, wie wenig feſt doch noch die italieniſche Einheit im Gefühl der Bevölkerung wurzelte. Man hat das auch weiterhin an manchen Erſcheinungen anderer Art beobachten können, daß eine ähnliche, vielleicht ſtärkere Abneigung zwiſchen dem Norden und Süden Italiens beſtand, wie zwiſchen Preußen und Stockbayern.

Jegliche Unzufriedenheit und Verdroſſenheit des Volkes wegen vorhandener Übel pflegt ſich gegen die jeweilige Regierung zu richten und zu entladen, auch wenn dieſelbe an den Übeln ſelber ganz und gar unſchuldig iſt. Und an triftigen Gründen zum Mißbehagen fehlte es damals in Italien nicht, es verſchärften ſich in jener Zeit mancherlei althergebrachte chroniſche Leiden und trübten den politiſchen Himmel. Der Berichterſtatter aus Rom hatte von recht vielen ſchlimmen Dingen zu reden, die er zugunſten des verbündeten Landes am liebſten verſchwiegen hätte. In jenen Jahren lieferte die öffentliche Unſicherheit, der Brigantaggio in Sizilien, Sardinien, Kalabrien und ſogar in der Provinz Rom ſtändig unerfreulichen Stoff für die Zeitungsberichte. Wenige Stunden nördlich von der Hauptſtadt, zwiſchen Viterbo und dem Meere, herrſchte der Wegelagerer Tiburzi mit ſeinem Kollegen Fioravanti ſo unumſchränkt, daß die Tagespreſſe dem Gebiet den Spitznamen „Regno di Tiburzi“ beilegte. Die tatſächlich ſehr bedrängte Lage der ländlichen Arbeiter in Sizilien brachte bedrohliche Gärungen hervor und erleichterte den Sozialiſten dort eine aufreizende Agitation. Zwei in der Miniſterpräſidentſchaft aufeinanderfolgende Sizilianer hatten nichts für die Hebung der Mißſtände ihrer Heimatinſel getan. Ausſtände, oft mit Straßentumulten und Gewalttaten verbunden, häuften ſich in allen Teilen des Landes. In verſchiedenen Verwaltungszweigen, ſtaatlichen wie ſtädtiſchen, kamen widerliche Fälle von Verderbnis zutage; die Stadtverwaltung von Neapel iſt Jahre hindurch ein abſchreckendes Muſterbeiſpiel dieſer Art geweſen. Der ſogenannte Reisprozeß, in den Chauvet vom „Popolo Romano“ als Mittelsperſon für Zollhinterziehungen verwickelt war, warf auf die Finanzverwaltung des Staates ein übles Licht. Unter Giolitti wurde die gerichtliche Unterſuchung gegen die Schuldigen eröffnet, obgleich Chauvet ſeit Jahren ein bei allen Miniſterien ſehr angeſehener und unentbehrlicher journaliſtiſcher Helfer geweſen war. Von Vertrauen auf die Staatsorgane, auf Verwaltung wie auf Rechtspflege, war kaum noch ein Fünkchen vorhanden; es herrſchte eine allgemeine Mutloſigkeit und Zerfahrenheit, auch das Vertrauen auf die Krone wie auf die Volksvertretung ſchwand immer mehr. Es verging kaum ein Tag, der nicht irgendwelche alteingefreſſene Schäden am Staatskörper bloßlegte. Auch der vielbeſprochene Prozeß gegen den Fürſten Maffeo Sciarra, der ſeine fideikommiſſariſch gebundene berühmte Gemäldeſammlung heimlich nach Paris verkauft hatte, weil er durch fehlgeſchlagene Schwindelſpekulationen in Verlegenheit geraten war, enthüllte mit der erſtmaligen Verurteilung zu drei Monaten Haft, 5000 Lire Geldbuße und einem Schadenerſatz an den Staat von ein und einer Viertelmillion, ſowie mit der in der höchſten Inſtanz erfolgten Freiſprechung die Verworrenheit der geſetzlichen Zuſtände in Italien. Die Unterlaſſungsſünden der Vergangenheit rächten ſich an allen Ecken und Enden. Beunruhigend wuchs die Geldnot an; das Goldaufgeld ſtieg unaufhaltſam und erreichte um Mitte Juli bereits 6 bis 7 v. H.; infolge gewiſſenloſer Spekulation Privater auf Metallgeld wanderte die Scheidemünze in die Länder der lateiniſchen Münzunion aus und rief einen wahren Notſtand im Kleinverkehr hervor. Die Verdroſſenheit und gereizte Stimmung brach dann bei jedem äußeren Anlaß in heftigen, lärmenden Preſſeerörterungen aus, die zum Teil die auswärtige Politik des Landes in Mißkredit brachten. So lieferte die deutſche Einladung an den Kronprinzen zu den Kaiſermanövern in Lothringen zunächſt der Pariſer und dann als Rückwirkung der italieniſchen Tagespreſſe reichlichen Stoff zu ſehr unangemeſſenen Kritiken, bei denen ſelbſt Organe Criſpis ſich ungehalten darüber äußerten, daß die Manöver nun gerade in dem von Frankreich zurückerſehnten Lothringen vor ſich gehen ſollten. Nur einzelne Blätter, wie der Genueſer „Secolo XIX“ hatten den Mut, ein energiſches Wort im Sinn der Bundestreue gegen die franzöſiſche Anmaßung zu richten. Es war ja begreiflich, daß es den Franzoſen keine Freude bereitete, den italieniſchen Kronprinzen im deutſchen Manöverfeld und ein paar Wochen vorher den Prinzen Heinrich von Preußen als Gaſt bei den italieniſchen Flottenmanövern im Golf von Neapel und an der gegen Korſika gerichteten Seefeſtung Maddalena zu ſehen. Die gereizte Stimmung der Franzoſen gegen die lateiniſche Schweſternation fand zur gleichen Zeit einen rohen Ausbruch in den blutigen Schlägereien zwiſchen franzöſiſchen und italieniſchen Arbeitern in den Salinen von Aigues Mortes, wobei viele Italiener von der feindlichen Übermacht erſchlagen wurden. Empörend für das italieniſche Nationalgefühl war außer dem Morden an ſich die gleichgültige Haltung der franzöſiſchen Behörden während und nach den Zuſammenſtößen, und es blieb daher nicht aus, daß in verſchiedenen großen Städten Italiens, namentlich in Neapel, Entrüſtungskundgebungen gegen Frankreich mit der in romaniſchen Ländern faſt unvermeidlichen Begleitung von Gewalttaten und Ausſchreitungen mannigfacher Art ſtattfanden. Die Ausſchreitungen in Neapel vom 24. Auguſt boten den willkommenen Anlaß, um gegen das Miniſterium Giolitti einen wüſten Preſſefeldzug zu eröffnen. Es beteiligte ſich daran die Rechte unter Rudinis Führung ebenſogut wie die Criſpiner und die äußerſte Linke mit Cavallotti an der Spitze. Die äußerſte Linke ſah endlich die günſtige Gelegenheit gekommen, um Rache für ihre Wahlniederlage vom Vorjahre zu üben. Zu bemerken war dabei eine lebhafte Beteiligung der Pariſer Preſſe an der Hetze gegen die italieniſche Regierung im Sinne einer deutſchfeindlichen Beeinfluſſung der öffentlichen Meinung in Italien. Ich will nicht vergeſſen, daran zu erinnern, daß ich ſchon damals auf dieſe Beherrſchung der italieniſchen Preſſe durch Paris warnend hinwies, die ſich im Laufe der Jahre bequem auswachſen konnte, da die deutſche Diplomatie nichts gegen dieſen unheilvollen Einfluß unternahm.

So lagen die Dinge, als der Miniſterpräſident Giolitti am 18. Oktober vor ſeinen Wählern in Dronero die berühmte Programmrede hielt, in der er ankündigte, daß keine neuen Staatsſchulden mehr gemacht werden dürften, und daß er den Fehlbetrag im Staatshaushalt durch Einführung einer progreſſiven Einkommenſteuer zu beſeitigen gedenke, die hauptſächlich von den bisher geſchonten Beſitzenden getragen werden ſollte. Zugleich kündigte er die von dem Handelsſtand heftig bekämpfte Zollzahlung in Gold an. Seit dieſer mutigen Programmrede gab ihm die Oppoſition zu den übrigen Spottnamen, die er ſchon hatte, auch den des „Uomo funesto di Dronero“, des unheilvollen Mannes von Dronero. In der Tat drohte jetzt den Wohlhabenden das Unheil, mehr als bisher zu den Staatslaſten herangezogen zu werden. Wenn man bedenkt, daß in der Deputiertenkammer die Selbſtſucht der beſitzenden Klaſſen ausſchlaggebend war, ſo begreift man, daß die Ankündigung einer ſolchen demokratiſchen Steuerreform genügte, um dem Urheber derſelben die bisherige Mehrheit unwiderruflich zu Gegnern zu machen. Rudini hatte nichts eiligeres zu tun, als ſich gegen Giolittis neues Steuerprogramm auszuſprechen und ſein alleinſeligmachendes Programm der Erſparniſſe von neuem zu verkünden, und der als Finanzkritiker ebenſo geachtete wie gefürchtete Sidney Sonnino begründete ſofort eine eigene parlamentariſche Gruppe von 25 bis 30 Genoſſen, die lange in der politiſchen Witzpreſſe als die Trentapepi aufgeführt wurden, da die beiden Abgeordneten Tripepi ihr angehörten. Der tiefere Sinn des Witzes lag in der wörtlichen Bedeutung des Wortes Trentapepi, welches ſoviel heißt wie 30 Pfefferkörner, eine glückliche Anſpielung auf die ſcharfe Kritik des Herrn Sonnino. Noch ehe die Kammer zu ihrer Wintertagung zuſammenkam, ertönte die geſamte Preſſe von wütenden Angriffen auf Giolitti, und man redete bereits von ſeinem unvermeidlichen Sturz und von einer Nachfolge Zanardellis. Die Anhänger Criſpis wagten ſich mit dem Namen ihres Meiſters noch nicht hervor, und ſie wußten wohl auch warum.

Als am 23. November die Kammer ihre Tätigkeit wieder aufnahm, war alles ſchön vorbereitet. Die Ouvertüre ſpielte der Republikaner und Irredentiſt Imbriani, der nach ſeiner Wiederwahl in der Eröffnungsſitzung den üblichen Eid auf die Verfaſſung zu leiſten hatte und nach den Worten „Ich ſchwöre" unmittelbar in einem Atem verlangte, daß das Kabinett Giolitti in Anklagezuſtand verſetzt werde. Nachdem die Regierung die verhaßte Einkommenſteuervorlage eingebracht hatte, legte der Abgeordnete Mordini den Bericht des Siebenerausſchuſſes vor, auf den alle wie auf den Todesſtoß für das Kabinett warteten. Der in ſeinen Urteilen ſehr ruhige und nüchterne „Popolo Romano" redete in ſeinen Betrachtungen über dieſe Kammerſitzung von einem „geheim vorbereiteten Angriff des Ausſchußberichts". Der Bericht ſchonte in der Tat nach Möglichkeit Criſpi und belaſtete gefliſſentlich Giolitti, ſoviel nur eben anging. Zwar mußte der Bericht zugeben, daß alle Miniſterien ſeit 1880 durch ihre „ſyſtematiſche Sorgloſigkeit" eine gemeinſame Schuld an dem Skandal der Banca Romana trugen, ebenſo mußte er erklären, es ſei nicht erwieſen, daß Giolitti die von der Bank entliehenen und richtig zurückgezahlten 60000 Lire zu politiſchen Zwecken verwandt habe, aber man warf ihm vor, daß er Tanlongo zum Senator gemacht und daß er aus den bei Tanlongo beſchlagnahmten Papieren einen Teil zurückgehalten habe. Notleidende Wechſel und ſonſtige faule Geſchäfte mit den Zettelbanken, wie ſie von einer ganzen Reihe angeſehener Parlamentarier und ehemaliger Miniſter ans Licht kamen, konnte man Giolitti nicht vorwerfen. Der Geſamtbetrag der notleidenden Wechſel von politiſchen Perſönlichkeiten bei der Banca Romana wurde auf 7 750 875 Lire feſtgeſtellt; Criſpi hatte gegen die Banca Nazionale ſeit Jahren eine unbeglichene Schuld von etwa 450 000 Lire und ſich für die Zeit ſeines Miniſteramts die Befreiung von der Zinszahlung ausbedungen! Aber darum kümmerte ſich die Kammer nicht, es war im voraus beſchloſſene Sache, daß mit dem Bericht des Siebenerausſchuſſes das Kabinett Giolitti ums Leben gebracht werden ſollte; für alle, bei denen Giolitti etwas auf dem Kerbholz hatte, war der Tag der Rache angebrochen. Ich habe ſelbſt dieſer Kammerſitzung angewohnt und werde den widerlichen Eindruck nie vergeſſen, den die auf die Verleſung des Berichts folgenden wüſten Lärmauftritte machten. Es raſt der See und will ſein Opfer haben, kann man auch von dieſer Sitzung ſagen. Ein Gebrüll von einigen hundert Stimmen erfüllte den Saal, die äußerſte Linke ſchleuderte die ungeheuerlichſten Beſchimpfungen gegen Giolitti; auch ohne eine Abſtimmung fühlte man, daß für das Miniſterium keine Rettung mehr war. Am folgenden

Tag reichte das Kabinett Giolitti ſeine Entlaſſung ein, und der König nahm ſie an. Criſpi und die Seinen hatten zwar von Beginn des Jahres an mächtig auf den Sturz Giolittis hingearbeitet und gewiß mit dem Hintergedanken, den Platz für ſich ſelber freizumachen; dennoch dachte zunächſt niemand ernſtlich daran, daß der ſchwer bloßgeſtellte alte Staatsmann nun die Nachfolge übernehmen könnte. Ebenſowenig kam der Marcheſe Di Rudini in Frage, da er mit ſeinen Kollegen wiſſentlich die Übelſtände in der Banca Romana während ihrer Amtszeit unberührt gelaſſen hatte. Der König übertrug daher die Kabinettsbildung einem, der nicht „deplorato“ war (ſo bezeichnete der Siebenerbericht ſelbſt die von ihm getadelten Politiker), und Zanardelli, ehemaliger Juſtizminiſter in Criſpis letztem Kabinett, ſuchte die neue Regierung zu bilden. Er ſtellte ſich merkwürdig ungeſchickt dazu an, trat am 3. Dezember mit einem Miniſterium hervor, in welchem der Finanzminiſterpoſten nicht beſetzt war, obgleich die Ordnung der Staatsfinanzen die dringendſte Aufgabe der Regierung war, und das Auswärtige dem General Oreſte Baratieri zugeteilt wurde. Baratieri hatte nie in der Diplomatie gearbeitet, beſaß aber Eigenſchaften, die ihn überhaupt zur Übernahme eines Miniſteramtes in dem mit Öſterreich-Ungarn verbündeten Italien völlig unfähig machten. Es iſt unbegreiflich, daß ein ſo kluger Mann wie Zanardelli das nicht ſelber bemerkte und erſt vom König darauf aufmerkſam gemacht werden mußte. Baratieri war nämlich als öſterreichiſcher Untertan geboren, Trientiner, war als junger Burſche vom Gymnaſium Meran verwieſen worden, weil er 1858 in der Kirche die revolutionären Gedichte Giuſtis geleſen hatte, war darauf mit 500 anderen Welſchtirolern zu den Italienern übergegangen, um 1859 gegen ſein öſterreichiſches Heimatland die Waffen zu führen, und hatte dann mit Garibaldi am Zug der Tauſend nach Marſala teilgenommen. Daß er durch dieſe Taten den Italienern als ein Held erſchien, iſt begreiflich, aber ebenſo klar iſt es, daß dieſer Mann die auswärtige Politik Italiens nicht leiten konnte, ſolange das Land mit Öſterreich verbündet war. Daß Baratieri das auch ſelbſt nicht empfand, beweiſt wieder, wie leichtherzig die Italiener über ihre Bundespflichten dachten. Nachdem der König als ehrlicher Verbündeter der habsburgiſchen Monarchie ein ſolches Miniſterium abgelehnt hatte, verzichtete Zanardelli auf weitere Verſuche zur Kabinettsbildung, und Criſpi wurde als letzte Rettung gerufen. Am 7. Dezember zahlte er ſeine alte Schuld an die Banca Nazionale (jetzt d'Italia) zurück, wie es hieß, hat ihm der König das Geld dazu gegeben, und am 15. Dezember hatte er ſein Kabinett fertig, welches von der Preſſe mit ungeheurer Reklame als das große Kabinett geprieſen wurde. Am 20. Dezember ſtellte er ſich mit ſeinen Kollegen dem Parlament vor und bat, da er wohl wußte, wie angreifbar er war, die Kammer um einen Gottesfrieden.

Die Wendung der Dinge in Italien koſtete den deutſchen Botſchafter Grafen Solms-Sonnenwalde ſeinen Poſten, ihm zum lebhaften Schmerz, der deutſchen Politik zum Nutzen. In Berlin war man offenbar durch den Sturz Giolittis ſehr unangenehm überraſcht worden; man ärgerte ſich, wie mir ein Mitglied der

Redaktion der „Kölniſchen Zeitung“ ein Jahr ſpäter ſagte, daß man dieſen Herren alle die ſchwarzen und roten Adler umgehängt hatte. Das ging hauptſächlich auf Giolitti, der bei Gelegenheit des Kaiſerbeſuchs im April 1893 die höchſte preußiſche Auszeichnung erhalten hatte, und den man nach dem ziemlich allgemein verbreiteten Urteil nun für eine ſchimpflich gefallene Größe hielt. Offenbar hatte Graf Solms verſäumt, die deutſche Regierung zeitig und ausreichend über die Hergänge zu unterrichten, und er ſollte nun dafür büßen. Am 26. Dezember bereits übergab Solms dem König ſein Abberufungsſchreiben, und am 12. Januar 1894 verließ er Rom auf Nimmerwiederſehen. Er lebte dann als Penſionär in Berlin bis zu ſeinem 87. Lebensjahre. So folgte auf den Sturz des Miniſteriums Giolitti der erzwungene Rücktritt des deutſchen Botſchafters, wie auf die Tragödie das Satirſpiel.

Der Luftverkehr

Von

Alexander Baumann

Profeſſor an der Techniſchen Hochſchule, Stuttgart

Die Mehrzahl der menſchlichen Erfindungen entſteht aus dem Bedürfnis heraus. Ihnen iſt von vornherein der Erfolg ſicher, vorausgeſetzt, daß ſie gut ſind; ihre Einführung bereitet, nachdem die techniſchen Schwierigkeiten überwunden ſind, weder Mühe noch Opfer an Geld und Arbeitskraft. Von jeher gab es neben ſolchen Erfindungen andere, für die zunächſt kein Bedürfnis vorhanden war, und die ſich deshalb, da ein neues Bedürfnis erſt zu ſchaffen war, nur ſchwer und im Laufe von Jahren und Jahrzehnten durchſetzen konnten.

So war, um ein Beiſpiel zu nennen, bei ſeiner Erfindung für den Kraftwagen ein Bedürfnis nicht vorhanden, und es hat Jahre gedauert, bis er ſich ein ſo ausgedehntes Anwendungsgebiet erobert hatte, daß ſich auf Grund der herrſchenden Nachfrage eine Induſtrie entwickeln konnte. Erſt in dieſem Augenblick konnte aber eine techniſche Vervollkommnung und Höherentwicklung beginnen, die den Kraftwagen zu der heutigen Güte und Zuverläſſigkeit führte, und ihn befähigte, das Lebensbild in ſo weitgehendem Maße zu beeinfluſſen und umzugeſtalten, wie er es getan hat und noch täglich mehr tut.

Man kann im Zweifel ſein, ob die Loſung „Bedürfniſſe ſchaffen, um ſie danach mit eigenem Nutzen befriedigen zu können“, eine Loſung, nach der im kleinen und großen Kaufleute und Induſtrielle jederzeit gehandelt haben, eine innere Berechtigung hat und ob ſie einen Fortſchritt der Menſchheit herbeizuführen vermag, da es ſich in der Regel um rein äußerliche Bedürfniſſe handelt. Sicher wird das Leben und werden die Lebensumſtände auf dieſem Weg immer vielgeſtaltiger, abwechſlungsreicher und verwickelter, aber auch die Befriedigung des Einzelnen immer ſchwieriger, ſie ſetzt immer mehr Anſtrengungen voraus, iſt aber gleichzeitig die Quelle zu Unzufriedenheit, Neid, Mißgunſt. Das Leben und Streben jedes Einzelnen wird immer mehr nach außen gerichtet und der Gefahr der Verflachung ausgeſetzt.

Da der, der Bedürfniſſe ſchafft, weniger nach dem moraliſchen oder ethiſchen Wert des Bedürfniſſes fragt, als nach der Möglichkeit, durch Befriedigung des Bedürfniſſes Geld zu verdienen, werden auf dieſem Weg nicht wenige Bedürfniſſe großgezogen, deren ſittlicher Einfluß verwerflich; es ſei nur an die Kinoinduſtrie und die angebliche Filmkunſt erinnert.

Sei dem wie ihm wolle, der Gang der Dinge iſt und wird bleiben, daß ein beträchtlicher Teil der ſchaffenden Menſchheit ſich damit abgibt, neue Bedürfniſſe ihren Mitmenſchen anzugewöhnen und damit für neue Erwerbsmöglichkeiten Raum zu ſchaffen.

Dieſe Aufgabe lag auch, nachdem die Kunſt des Fliegens gelungen war, für den Kreis derer, die ihre Kräfte in den Dienſt der neuen Sache ſtellten, vor. Es iſt im Grunde genommen eine eigentümliche Erſcheinung, daß, nachdem den Gebrüdern Wright eine Aufgabe gelungen war, von der in müßigen Stunden zumeiſt die Menſchheit ſeit Jahrhunderten träumte und an deren Löſung immer neue, allerdings meiſt mehr phantaſiebegabte als wirklich einſichtige Köpfe arbeiteten, ſie niemand fanden, der ihnen für dieſe Großtat Geldeswert geboten hätte. Infolgedeſſen hüteten ſie ihr Geheimnis durch Jahre und warteten darauf, daß ſich das Bedürfnis einſtellen würde. So konnten ihnen die Franzoſen zuvorkommen um halb Erlauſchtes und halb Erratenes als franzöſiſche Errungenſchaft der Welt zu zeigen. Aber auch dort vergingen Jahre, ehe eine nennenswerte Induſtrie Nutzen hatte und damit Vervollkommnung und Fortſchritt ermöglichte. Gleiches wie vom Flugweſen gilt von der Luftſchifffahrt, die ohne die zähe Ausdauer des Grafen Zeppelin nie durch alle Schwierigkeiten hindurch zum Erfolg hätte geführt werden können.

Für beide lag nicht ein Bedürfnis, wohl aber eine Verwendungsmöglichkeit auf militäriſchem Gebiet vor. Die treibende Kraft war Frankreich, das unverkennbar nach militäriſcher Überlegenheit ſtrebte, während die anderen Staaten mit Einſchluß von Deutſchland nur gezwungen und zögernd folgten. Dementſprechend entſtand eine beſcheidene Flugzeuginduſtrie in allen maßgebenden Kulturſtaaten, die nur durch Lieferungen für das Heer leben konnte. Am ausgedehnteſten war dieſe Induſtrie in Frankreich, weil ſie hier von ſeiten des Heeres durch großzügige Beſtellungen mächtig gefördert wurde, während die Güte des Fabrikates ſchon vor dem Krieg in Frankreich vieles zu wünſchen übrig ließ.

Der Krieg änderte die Verhältniſſe von Grund aus. Die militäriſchen Bedürfniſſe brachten einen ungeahnten Aufſchwung der Flugzeuginduſtrie in allen in den Krieg verwickelten Ländern, ſoweit ſie überhaupt eine nennenswerte Induſtrie beſaßen. Die ſchon vor dem Krieg beſtehenden Werke vergrößerten ſich gewaltig, neue Werke entſtanden, dementſprechend große Geldſummen ſind heute in dieſen Unternehmungen feſtgelegt.

Dabei muß feſtgeſtellt werden, daß trotzdem der Kreis derer, die ſich mit dem Bau und der Verbeſſerung der Flugzeuge und Luftſchiffe in der ganzen Welt befaßten, ſich ungemein erweitert hatte und der größte Anreiz zur Vervollkommnung vorlag, der wirkliche Fortſchritt im Verlauf des Krieges nicht ſehr bedeutend iſt. Man kann ſelbſt bei größter Zurückhaltung und mißtrauiſcher Einſchätzung der eigenen deutſchen Leiſtungen füglich behaupten, daß noch am eheſten von einem Fortſchritt auf deutſcher Seite geſprochen werden kann. Wohl haben ſich überall ebenſo wie bei uns die Fabrikationsmethoden vervollkommnet und ſind die Einzelteile, aus denen ſich das Flugzeug aufbaut, verbeſſert und verfeinert worden, es ſind die Feſtigkeiten gleichmäßiger geworden und die ſchädlichen Luftwiderſtände, die den Flug hemmen, herabgeſetzt, ohne daß grundſätzlich Neues von Bedeutung zutage getreten wäre. Was dem Fernerſtehenden als Fortſchritt erſcheinen mag, die erreichte Erhöhung von Geſchwindigkeit und Steighöhe, iſt im großen und ganzen mit rohen Mitteln, nämlich durch Verwendung um vieles ſtärkerer Motoren, gelungen, eine Maßnahme, die ſo naheliegend und einfach iſt, daß ſie jederzeit auch vor Jahren möglich geweſen wäre, wenn ein entſprechender geldlicher Anreiz für den Bau entſprechend ſtarker Motoren vorgelegen hätte. Bei dem allem erſcheint der Bau von Flugmotoren weit mehr als der der Flugzeuge im Laufe des Krieges im Aufſchwung begriffen.

Iſt damit die allgemeine Entwicklung des Flugzeugs in der Welt während des Kriegs kurz gekennzeichnet, ſo geht die Entwicklung in Deutſchland doch über das damit angedeutete hinaus. Was Größe und Tragkraft der Flugzeuge anlangt, ſo iſt in Deutſchland während des Krieges alles erprobt und erreicht worden, was in dieſer Hinſicht auch für die Zukunft als wünſchenswert und zweckmäßig erſcheint, wobei Abmeſſungen und Leiſtungen weit über das früher für möglich gehaltene hinausgingen. Konnte man vor dem Krieg annehmen, daß ein übliches Flugzeug durchſchnittlich etwa 1000 Kilogramm Geſamtgewicht durch die Luft befördere, ſo ſind auf deutſcher Seite während des Kriegs bis 15 000 Kilogramm erreicht worden. Kurzum das Thema iſt in Hinſicht der Entwicklung ins Große ſozuſagen erſchöpfend ſtudiert und behandelt worden.

Der Metallflugzeugbau, für den vor dem Krieg nur vereinzelte Anſätze vorhanden waren und der in den feindlichen Ländern überhaupt keine ſichtbaren Fortſchritte machte, iſt von verſchiedenen Seiten in Deutſchland verſucht, erprobt und in vielverſprechender Weiſe durchgebildet worden. Von allem anderen abgeſehen, ſtellt das Metallflugzeug das einzige in den Tropen auf die Dauer verwendbare Flugzeug dar, weil das Holzflugzeug den dortigen klimatiſchen Einflüſſen nicht auf die Dauer gewachſen iſt. Dementſprechend wird auch bei uns ſeine Lebensdauer von gewaltſamen Zerſtörungen durch Bruch abgeſehen, der des Holzflugzeuges überlegen ſein.

Es waren vorhin die flughemmenden ſchädlichen Luftwiderſtände erwähnt, ſie ſind bei den Flugzeugen üblicher Bauart recht beträchtlich und ſind bedingt durch das Strebenwerk, das den Flügeln ihre Feſtigkeit gibt. Das Ziel in dieſer Hinſicht wäre ein Flugzeug, deſſen Flügel, ähnlich den Vogelflügeln, kein ſolches Strebenwerk nötig hätten, das „verſpannungsloſe" Flugzeug. Auf feindlicher Seite iſt in dieſer Hinſicht während des Krieges nichts erſtrebt und nichts erreicht worden. Bei uns war dieſes Flugzeug bei Kriegsende von verſchiedener Seite verwirklicht. Alſo auch hier ein zielbewußter Fortſchritt von weittragender grundſätzlicher Bedeutung.

So viel vom Flugzeug. Ähnlich liegen die Verhältniſſe beim Luftſchiff. Während bis 1914 Luftſchiffe mit Nutzlaſten bis etwa 10 000 Kilogramm bei 500 bis 600 Pferdeſtärkeleiſtung gebaut wurden, die eine Geſchwindigkeit von einigen 70 Kilometer in der Stunde erreichten, ſtieg im Verlauf des Krieges die Nutzlaſt bis auf 44500 Kilogramm bei etwa 2000 Pferdeſtärkeleiſtung und einer Geſchwindigkeit von etwa 135 Kilometer in der Stunde. Es iſt alſo die Tragkraft in bezug auf die Nutzlaſt um mehr als 300 Prozent geſteigert worden bei einer Geſchwindigkeitsſteigerung von etwa 100 Prozent. Dabei wurde gleichzeitig erreicht, daß das Verhältnis von Eigengewicht zu Nutzlaſt ſich verbeſſerte. Dem haben die Franzoſen nichts in Betracht kommendes an die Seite zu ſetzen, obwohl ſie bemüht waren, ſtarre Luftſchiffe zu bauen, während in England ſtarre Luftſchiffe gebaut wurden, die den deutſchen in jeder Richtung weit unterlegen waren.[1] Die Fortſchritte des deutſchen Luftſchiffbaus in den fünf Kriegsjahren ſind in jeder Hinſicht als bedeutend anzuſehen und ſtellen eine Leiſtung dar, auf die wir, ganz abgeſehen von den durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten, ſtolz ſein können.

Nichts veranſchaulicht den Vorſprung deutſchen Könnens gegenüber dem der feindlichen Koalition mehr als die Bedingungen des Friedensvertrags und die Handhabung der Ausführungsbeſtimmungen von ſeiten unſerer „ehemaligen" Feinde. Es liegt nicht im Rahmen dieſer Abhandlung, darauf näher einzugehen und auf den Sinn der Schutzfriſt, die ſich das Ausland im Friedensvertrag ausbedungen hat, in der es hofft, den deutſchen Vorſprung einzuholen, die Gründe und Mittel, die nunmehr hervorgeſucht werden, dieſe Schutzfriſt zu verlängern. Es ſei nur geſagt, daß ſolche deutſche Flugzeuge, die nur in einer Ausführung vorhanden, einen Markſtein der überlegenen deutſchen Entwicklung darſtellen — ſie müſſen ja alle abgeliefert werden —, in vier einzelne Teile auseinander geſägt werden und an die vier Brüder England, Frankreich, Italien, Japan verteilt werden. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht ſo traurig wäre. Es bleibt uns folgender Troſt, der uns immer noch von der Zukunft manches erhoffen läßt: Wir haben an jeder unſerer Konſtruktionen gelernt; was, kann uns der Feind nicht anſehen. Er beſitzt das letzte Erzeugnis unſeres Könnens und Fleißes, das er nachbaut, an dem wir aber weiterbauen auf Grund der Erfahrungen, die wir haben und die er nicht kennt. Es bleibt uns ſo der Vorſprung, wenigſtens noch für einige Zeit. Es fragt ſich nur, wann die Schutzfriſt ſchließlich ihr Ende erreicht.

---

[1] Man kann hier der Meinung ſein, daß es nicht anders ſein könne, als daß die Engländer als Anfänger im Luftſchiffbau nicht gleichwertige Leiſtungen hervorbringen könnten. Wenn auch hierin bis zu einem gewiſſen Grad der Schlüſſel der Entwicklung liegt, ſo iſt doch nicht zu vergeſſen, daß in England ſchon vor dem Krieg — allerdings mit negativem Erfolg — ſtarre Luftſchiffe gebaut wurden, daß den Engländern ihre ausgedehnte Spionage, in der ſie hervorragend waren, vielerlei Material zuführte, daß die zahlreichen Trümmer abgeſchoſſener Luftſchiffe für ſie ein umfangreiches Studienmaterial darſtellten; der Übelſtand war nur, daß ſie auf dieſem Weg immer einen Schritt hinter der deutſchen Entwicklung zurückwaren und ſein mußten und daß ſie zu dem deutſchen Vorbild aus eigenem nichts hinzuzufügen wußten.

Unſere Feinde ſind eifrig am Werk, die ihnen gebotene Friſt nach Kräften auszunützen. Wir leſen faſt täglich von ihren Anſtrengungen, unſere Leiſtungen zu erreichen und zu überbieten, unter Verſchweigen des von deutſcher Seite Gebotenen, dieſe ihre Epigonenleiſtungen der Umwelt mitzuteilen zur Vergrößerung ihres Ruhms. Die deutſchen Zeitungen, ſtets in dieſer Hinſicht ſchlecht beraten und geführt, beeilen ſich, um mühelos trotz Papiernot ihre Spalten zu füllen, durch Abdruck ohne Randbemerkungen ihnen bei Verbreitung ſolcher Nachrichten behilflich zu ſein.

Abgeſehen von den Fortſchritten in Herſtellung und Bau von Luftfahrzeugen ſind aber während des Krieges vor allem Fortſchritte erzielt worden in der erfahrenen Handhabung der Luftfahrzeuge, in ihrer Betriebsſicherheit ſowie der Betriebsſicherheit der Motoren. Es ſind Fortſchritte erzielt worden in der Konſtruktion und Anwendung der für eine betriebsſichere Luftfahrt erforderlichen Inſtrumente.

Die Umſtände ſind heute ſo, daß man in der ganzen Welt einerſeits über Flugzeuge und Luftſchiffe verfügt, die Ausſicht geben, einen regelmäßigen Luftverkehr mit der unerläßlichen Betriebsſicherheit durchführen zu können, daß andererſeits eine große Induſtrie vorhanden iſt, für die nach Ausfall der Kriegslieferungen Abſatzmöglichkeiten geſchaffen werden müſſen. Die einzige Möglichkeit bietet der Luftverkehr und dementſprechend entſteht die Aufgabe, wie ſeinerzeit beim Kraftwagen, nur viel gebieteriſcher und zwingender, in Rückſicht auf die intereſſierten Kapitalien, die Erwerbsnotwendigkeit vieler tauſend in dieſer Induſtrie Beſchäftigter, das Bedürfnis des Luftverkehrs zu ſchaffen und ihn als neuen Faktor in das Weltbild einzufügen. Es fragt ſich, was die Technik heute zu bieten vermag und mit welchen Leiſtungen in bezug auf Schnelligkeit und Tragkraft zu rechnen iſt.

Es beſteht die Möglichkeit, eine Perſonenbeförderung und die Beförderung kleinerer Laſten mit Flugzeugen über Strecken von etwa 100 bis 500 Kilometer, im Bedarfsfall auch bis 1000 und 1500 Kilometer mit Geſchwindigkeiten von 120 bis 180 Kilometer in der Stunde zu bewerkſtelligen. Da mit der Fluggeſchwindigkeit die Gefahren der Landung zunehmen, wird man vorläufig für Perſonenverkehr mit etwa 150 Kilometer Stundengeſchwindigkeit zu rechnen haben. Man iſt in der Lage, für dieſe Zwecke Flugzeuge zur Verfügung zu ſtellen, die einen Fahrgaſt aufnehmen können, man kann aber auch etwa 30 Perſonen in einem einzelnen entſprechend großen Flugzeug befördern, je nachdem ſchließlich die eine oder andere Beförderungsart in Rückſicht auf Bequemlichkeit, Beliebtheit oder aus Rückſichten auf Verbilligung der Fahrt vorgezogen wird. Man iſt in der Lage, ſolche Fahrten ſo ziemlich bei jedem Wetter vorzunehmen bzw. es iſt höchſtens damit zu rechnen, daß 5 Prozent der Fahrten wegen Ungunſt der Witterung verſchoben werden müſſen. Ebenſo kann durchſchnittlich damit gerechnet werden, daß ſolche Fahrten mit großer Betriebsſicherheit durchgeführt werden und daß weniger als 1 Prozent der Mitreiſenden Beſchädigungen infolge von Unfällen zu gewärtigen haben; näheres hierüber folgt noch. Nicht mit gleich großer Sicherheit kann die Dauer der Fahrt angegeben werden, weil ſie von der Stärke des Gegenwindes oder Mitwindes abhängt. Die Zeiten können in einzelnen Fällen je nach dem Wetter und der Länge der Flugſtrecke um Stunden gegenüber dem mutmaßlichen Mittelwert ſchwanken. Aber nur in ganz unwahrſcheinlichen Ausnahmefällen werden ſich Flugzeiten ergeben, die ſo groß ſind als die entſprechenden Zeiten der Eiſenbahnfahrt.

Das Luftſchiff vermag jede wünſchenswerte und praktiſch vorkommende Strecke in ununterbrochener Fahrt zu bewältigen, wenn es nötig iſt 10 000 Kilometer, es vermag Geſchwindigkeiten von 130 Kilometerſtunden und mehr zu erreichen, und auch in bezug auf die Zahl der mitzunehmenden Perſonen iſt es jeder im Luftverkehr zu erwartenden Forderung gewachſen. Die Sicherheit der Fahrgäſte dürfte im Luftſchiff noch weſentlich größer ſein als im Flugzeug, während im großen und ganzen die Einhaltung des Fahrplans nicht ganz ſo leicht möglich ſein, aber doch praktiſchen Bedürfniſſen noch genügen wird. Die Schwankungen der Reiſedauer ſind der Urſache nach dieſelben wie beim Flugzeug, infolge der kleineren Reiſegeſchwindigkeit aber größer als dort.

Dieſe Beförderungsmittel mit den angegebenen Leiſtungen ſtehen zur Verfügung; es fragt ſich, welche Vorteile man den Fahrgäſten gegenüber anderen Beförderungsmitteln damit verſprechen kann, und ob dieſe Vorteile ſo beſchaffen ſein werden, daß der Luftverkehr ein Bedürfnis werden wird.

Als naheliegendſte Annehmlichkeit könnte man die Bequemlichkeiten der Fahrt nennen, die ohne die Erſchütterungen der Fahrt auf der Erdoberfläche vor ſich geht und die Annehmlichkeiten eines weiten Fernblicks, kurz die Schönheiten der Fahrt. Dieſe naheliegenden Beſonderheiten dürften aber auf die Dauer nicht zugkräftig genug ſein. Einmal ſind die Erſchütterungen der üblichen Erdfahrten nicht unerträglich, wir alle ſind ſie gewöhnt, zum anderen treten bei der Luftfahrt bei ſchlechtem Wetter auch Unannehmlichkeiten für den empfindlichen Fahrgaſt auf. Die ſchöne Ausſicht aber wirkt bei ſtundenlangen Fahrten oder bei häufigen Fahrten ſchließlich doch auch einförmig.

Erſchwerend kommt hinzu, daß der Preis der Fahrt recht hoch wird, ein Punkt, der noch ausführlich zu behandeln iſt.

Der wichtigſte und ausſchlaggebendſte Vorteil iſt die Schnelligkeit der Fahrt und die damit gebotene Möglichkeit der Zeiterſparnis. Es iſt näher feſtzuſtellen, wie hier die Dinge liegen. Dabei muß natürlich von den heutigen in Deutſchland und anderwärts vielfach außergewöhnlichen Verkehrsverhältniſſen abgeſehen werden. Dementſprechend ſollen Reiſezeiten, wie ſie im Sommer 1914 vor Kriegsausbruch fahrplanmäßig gegeben waren, mit dem verglichen werden, was der Luftverkehr zu bieten imſtande wäre.

Es ſollen einige Beiſpiele weiteres Licht verbreiten.

Es handle ſich um eine Reiſe von Frankfurt a. M. nach Berlin, entſprechend einer Entfernung in der Luftlinie von 420 Kilometer und einem Eiſenbahnweg von 500 bis 550 Kilometer je nach der gewählten Linie. Vor dem Krieg konnte die Strecke bei Tag mit den beſten Zügen in 7 Stunden zurückgelegt werden. Nachtzüge mit Schlafwagen fuhren ſie in 8 bis 9 Stunden, d. h. alſo man konnte z. B. um 8^{37} früh Frankfurt verlaſſen und um 3^{34} nachmittags in Berlin eintreffen. Oder man konnte in Frankfurt um 11^{35} nachts abfahren und um 8^{01} früh in Berlin ankommen. Rechnet man die Reiſezeit vom Augenblick des Verlaſſens der Wohnung bis zum Eintreffen an der Beſtimmungsſtelle, zu deren ſchließlicher Erreichung die Fahrt unternommen wurde, ſo wird man durchſchnittlich in Frankfurt und Berlin je eine halbe Stunde zugeben können, ſo daß der Reiſende entweder von etwa 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags, oder von 11 Uhr abends bis ½9 Uhr früh unterwegs iſt. Würde die Fahrt in einem Flugzeug gemacht, das die Strecke in der Luftlinie mit einer durchſchnittlichen Geſchwindigkeit von 120 Kilometerſtunden zurücklegt, ſo würde die Flugdauer 3½ Stunden betragen. Der Zeitverluſt für Abgang von zu Hauſe, Erreichung des Flugplatzes, der ja immer ziemlich weit außerhalb der Stadt liegen wird, wo aber Kraftwagen zur Weiterbeförderung bereit ſtehen mögen, Beſteigen des Flugzeugs, das den Gaſt ſtartbereit erwartet, ſei mit 1 Stunde, ebenſo der Zeitverluſt vom Augenblick der Landung bis zur Erreichung des engeren Beſtimmungsorts in Berlin mit 1 Stunde in Rechnung geſetzt. Es ergibt ſich ſo eine Geſamtreiſedauer von 5½ Stunden gegenüber 8 Stunden mit der Bahn bei Tage bzw. 9½ bei Nacht. Die Zeiterſparnis beträgt alſo 2½ bzw. 4 Stunden. Es könnte bemängelt werden, daß die Fluggeſchwindigkeit von 120 Kilometerſtunden zu gering angeſetzt ſei. Demgegenüber iſt darauf hinzuweiſen, daß wenn das Flugzeug auch eine Geſchwindigkeit von 150 Kilometerſtunden hat, es dieſe Geſchwindigkeit erſt entwickeln kann, nachdem es die Höhe von etwa 2000 Meter erreicht hat, in der die Reiſe in Rückſicht auf die Flugſicherheit zurückgelegt werden muß,[1] daß ebenſo der Abſtieg mit Geſchwindigkeits- bzw. Zeitverluſt verbunden iſt und daß ſchließlich ein mittlerer Gegenwind für die Reiſe in

---

[1] Würde man in geringerer Höhe fliegen, ſo würde das Flugzeug den durch die Geſtaltung des Erdbodens bedingten Böen unangenehm ausgeſetzt ſein. Außerdem aber würde, im Falle daß eine Notlandung nötig ſein ſollte, eine geringere Höhe nicht genügen, um mit der nötigen Ruhe einen geeigneten und gefahrloſen Landungsplatz auszuſuchen.

Rechnung geſetzt werden muß. In Berückſichtigung dieſer Umſtände dürfte die mittlere Reiſegeſchwindigkeit von 120 Kilometerſtunden nicht zu nieder getroffen ſein.

Geht der Reiſende in beiden Fällen zur ſelben Zeit von ſeiner Wohnung fort, d. h. alſo um 8 Uhr früh bzw. um 11 Uhr nachts, ſo wird er in Berlin um ½2 Uhr nachmittags bzw. ½5 Uhr früh am Beſtimmungsort ankommen können, während er daſelbſt erſt um 4 Uhr bzw. ½9 Uhr vormittags bei Benutzung der Bahn anlangen würde. Von ganz beſonders gearteten Fällen abgeſehen, würde er alſo bei der Nachtreiſe überhaupt keinen Vorteil durch Benutzung des Flugzeugs erreichen, denn die Ankunft um 4 Uhr früh wird ihn wenig nützen, weil er ankommt, wenn Berlin ſchläft. Er hätte aber den Nachteil einer unzulänglichen Nachtruhe in Kauf zu nehmen. Die Tagesreiſe kann von Vorteil ſein, aber gleichfalls nur in einzelnen Fällen, weil der Zeitgewinn nicht gerade beträchtlich iſt. Ja, man kann ſagen, daß in den allermeiſten Fällen derjenige, der um 8 Uhr früh ſeine Wohnung verläßt, um nach Berlin zu reiſen, die Notwendigkeit der Reiſe ſchon am Abend vorher kannte. Er hätte alſo ohne Zeit einzubüßen ſchließlich ebenſogut am Abend vorher um 11 Uhr fortgehen können, um den Nachtſchnellzug zu benützen und wäre dann am anderen Morgen ausgeſchlafen in Berlin eingetroffen. Unter dieſen Umſtänden wäre, wie geſagt, von beſonders gearteten Fällen abgeſehen, eine Reiſe im Flugzeug überhaupt zwecklos.

Einer der beſonders gearteten Fälle bedarf noch der weiteren Erörterung. Es kann unter Umſtänden von Vorteil, für die beſtmögliche und kürzeſte Abwicklung von Geſchäften ſogar notwendig ſein, daß man an ein und demſelben Tag Beſprechungen, Konferenzen oder ſonſtige geſchäftliche Maßnahmen an dem einen Ort vornimmt und das Ergebnis dieſer geſchäftlichen Tätigkeit an dem anderen Ort, dem Wohnſitz, in den Geſchäftslauf gibt. Nimmt man an, daß das geſchäftliche Leben, von den täglichen Vorbereitungen für die eigentliche Arbeit abgeſehen, früheſtens um 9 Uhr beginnt und ſpäteſtens um 5 Uhr zu Ende geht, nimmt man ferner an, daß für die angedeuteten geſchäftlichen Maßnahmen eine durchſchnittliche Zeit von 3 bis 4 Stunden mit Einſchluß einer Erfriſchungspauſe nötig iſt und daß ſchließlich eine Ankunft im Geſchäft um 4 Uhr abends erfolgen muß, wenn noch geſchäftliche Anordnungen ſollen getroffen werden, die ſich am gleichen Tag im Geſchäftsgang auswirken, ſo darf die Luftreiſe mit Einſchluß von Zu- und Abgang nicht mehr als 3 bis 4 Stunden dauern. Unter dieſen Umſtänden könnte alſo ein Luftverkehr Vorteile bringen. Da aber im Fall des Beiſpiels die Luftreiſe von Ziel zu Ziel 5½ Stunden beträgt, ſo würde hier auch dieſer Vorteil nicht in Rechnung zu ſetzen ſein.

Würde es ſich nicht um Frankfurt, ſondern um eine noch näher bei Berlin liegende Stadt handeln, von der die Reiſe ausgeht, ſo wird die Zeiterſparnis noch geringer, erſtens weil die Fahr- und Flugzeiten kleiner werden, zweitens weil der Zeitverluſt, der durch die Fahrt zum und vom Flugplatz entſteht, immer mehr in den Vordergrund tritt. Wenn die Zeiten als feſtſtehend angeſehen werden, ſo ergibt ſich, daß bei einer Entfernung des Reiſeziels von 125 bis 200 Kilometer je nach den Verhältniſſen der Zeitgewinn Null wird, und daß ſogar bei noch kleineren Entfernungen die Benützung des Flugzeugs einen Zeitverluſt bedingt.

Das eine angeführte Beiſpiel erlaubt ſchon folgende allgemeine Folgerungen zu ziehen.

1. Entfernungen unter etwa 150 Kilometer ſcheiden für den regelmäßigen Luftverkehr aus, weil ſie ſtatt Erſparnis Zeitverluſt bedingen.
2. Bei vorhandenem Schlafwagenverkehr wird nur in Ausnahmefällen der Luftverkehr auf Strecken unter 600 Kilometer Vorteile bieten können.
3. Gewiſſe Vorteile können unter Umſtänden erzielt werden bei Entfernungen, die zwiſchen etwa 150 und 350 Kilometer liegen.

Vorausſetzung iſt, daß es ſich um Feſtlandsreiſen handelt und daß der Eiſenbahnverkehr im Umfang und in der Schnelligkeit der Vorkriegszeit beſteht.

Anders wird das Bild, wenn es ſich um ausgeſprochen weite Feſtlandsreiſen handelt. Die Reiſe von Paris nach Konſtantinopel z. B. konnte bei einer Länge von zirka 2360 Kilometer mit dem Orientexpreßzug in 65 Stunden zurückgelegt werden. Sie zerfällt in Teilſtrecken von Paris—Stuttgart 12 Stunden, 480 Kilometer Luftlinie, Stuttgart—Wien 12 Stunden, 560 Kilometer, Wien—Belgrad 12 Stunden, 480 Kilometer, Belgrad—Sofia 10 Stunden, 300 Kilometer, Sofia—Konſtantinopel 19 Stunden, 540 Kilometer. Denkt man ſich dieſe Strecke im Flugzeug derart zurückgelegt, daß am Ende jeder der genannten Teilſtrecken ein Umſteigen in ein flugfertiges abfahrbereites Flugzeug ſtattfindet und rechnet mit einer mittleren Fluggeſchwindigkeit von 120 Kilometer, ſo ergeben ſich die reinen Flugzeiten:

Paris—Stuttgart	4	Stunden	40	Minuten
Stuttgart—Wien	4	„	40	„
Wien—Belgrad	4	„	—	„
Belgrad—Sofia	2	„	30	„
Sofia—Konſtantinopel	4	„	30	„
Das ſind in Summa	19	Stunden	40	Minuten.

Rechnet man als Aufenthalt für das Umſteigen je 15 Minuten, ſo ergeben ſich rund 21 Stunden Geſamtreiſedauer, die ſich mit dem Zu- und Abgang zum und vom Flugplatz auf etwa 23 bis 24 Stunden erhöhen. Verläßt man demnach Paris früh um 6 Uhr, ſo kann man den andern Morgen zur ſelben Zeit etwa in Konſtantinopel ſein.

Fährt nach dem Vorkriegsfahrplan am Montag abend ein Reiſender in Paris um 6 Uhr von zu Hauſe weg, um den 6^{20} abends abfahrenden Orientexpreß zu beſteigen, ſo kommt er am Donnerstag um 11 Uhr vormittags in Konſtantinopel an.

Benützt der Reiſende das Flugzeug und reiſt zur gleichen Zeit ab, ſo trifft er am Dienstag abend in Konſtantinopel ein, er hat alſo $1^1/_2$ Tage gegenüber der Bahnreiſe geſpart, er kann unter Umſtänden nach Erledigung ſeiner Geſchäfte ſchon wieder in Paris ſein, wenn der Zug, der zur gleichen Zeit wie er ſelbſt in Paris abfuhr, Konſtantinopel erreicht. Dabei iſt angenommen, daß der Flugverkehr bei Nacht wie bei Tag ſtattfindet. Wäre das nicht der Fall, ſo würde die Abreiſe in Paris am Dienstag früh erfolgen. Am Dienstag abend würde Belgrad oder Sofia erreicht ſein, wo am Mittwoch früh die Weiterreiſe nach Konſtantinopel erfolgen würde, um zwiſchen 10 und 11 Uhr vormittags in Konſtantinopel zu enden. In beiden Fällen könnte der größte Teil des Mittwochs nutzbringend in Konſtantinopel verbracht werden.

Für ſolche große Strecken iſt der Vorteil des Luftverkehrs in die Augen ſpringend und man kann nur im Zweifel ſein, ob das Luftſchiff oder das Flugzeug das geeignetere Verkehrsmittel ſei.

Es fragt ſich, inwieweit auch für Teilſtrecken dieſer Luftverkehrslinie ein Vorteil vorhanden wäre. Für die Teilſtrecke Paris—Stuttgart wäre ein Vorteil nicht vorhanden. Die Luftreiſe von Ziel zu Ziel würde etwa 6 Stunden beanſpruchen. Bei gleichem Weggang um 6 Uhr abends träfe der Reiſende um Mitternacht in Stuttgart am Ziel ein, bei Bahnfahrt um 7 Uhr früh, was praktiſch das gleiche bedeutet, in München um $^1/_2$11 Uhr vormittags anſtatt 2 Uhr nachts, in Wien mit der Bahn um 6 Uhr abends, mit dem Flugzeug um 5 Uhr früh. Hier zuerſt tritt eine praktiſche Überlegenheit des Flugzeugs ein nach Zurücklegung von etwas mehr als 1000 Kilometer.

Einen Vorteil bietet aber auch der Luftverkehr in allen ſolchen Fällen, wo Meeresſtrecken in der Route der Reiſeſtrecke liegen ſelbſt dann, wenn es ſich um verhältnismäßig kurze Entfernungen handelt. So erfordert die Strecke Paris—London mit der Eiſenbahn mindeſtens 7 bis 8 Stunden Fahrt, mit dem Flugzeug 2 bis 3 Stunden, denn die Entfernung beträgt nur zirka 330 Kilometer. Bei ähnlichen Entfernungen und Flugzeiten benötigen die Strecken London—Brüſſel, London—Amſterdam 9 bis 10 Stunden Eiſenbahnfahrt. Gleiches gilt von den Strecken Berlin—Kopenhagen mit zirka 10 Stunden Eiſenbahnfahrt bei 360 Kilometer Entfernung oder Berlin—Stockholm mit 24 Stunden Eiſenbahnfahrt bei 800 Kilometer Entfernung in der Luftlinie, ſo daß der Weg als Luftreiſe in 6 Stunden zurückgelegt werden könnte.

Mit Ausnahme der zuletzt genannten Strecke handelt es ſich hier um Strecken, die bei Benutzung des Luftwegs eine geſchäftliche Tätigkeit an zwei Orten innerhalb eines Tags ermöglichen, ſie ſind alſo als beſonders günſtige Verkehrslinien anzuſehen.

Aus den angeführten Beiſpielen können zu den drei angeführten Folgerungen die weiteren folgenden hinzugefügt werden:

4. Bei Strecken über 600 Kilometer fängt der Luftverkehr im großen an, ſeine Überlegenheit zu zeigen.

5. Praktiſch fühlbar wird die Überlegenheit aber erſt bei Reiſewegen von mehr als 1000 Kilometer.

6. Bei Strecken, auf denen Meeresteile oder größere Gewäſſer zu überqueren ſind, liegen für den Luftverkehr die Verhältniſſe günſtiger, es ſind hier praktiſch bedeutungsvolle Vorteile ſchon bei geringeren gradlinigen Entfernungen erzielbar.

Geht man ſchließlich dazu über, zu prüfen, wie die Dinge liegen, wenn es ſich um ausgeſprochen große Seereiſen handelt, ſo ergibt ſich folgendes:

Es geht beiſpielsweiſe die Fahrt Hamburg—Neuyork über etwa 6200 Kilometer, ſie wurde vor dem Krieg von den ſchnellſten Dampfern in $5\,^1/_2$ Tagen zurückgelegt. Im Luftverkehr wäre dieſe Strecke in 52 Stunden, das iſt in $2\,^1/_6$ Tagen zu bewältigen. Die Fahrt nach Rio de Janeiro geht über zirka 10 000 Kilometer und erforderte einige 20 Tage Seereiſe, ſie erfordert im Luftverkehr zirka 80 Stunden oder etwas mehr als 3 Tage, das ergibt, vorausgeſetzt, daß entſprechende Luftverkehrsmittel vorhanden ſind, Erſparniſſe an Zeit, die Beachtung verdienen. Es folgt daraus:

7. Bei größeren Seereiſen ſind die Vorteile des Luftverkehrs bedeutend.

Die in den ſieben Folgerungen gemachten Zahlenangaben gelten, wie klar, nur ſoweit die angenommenen mittleren Reiſegeſchwindigkeiten zutreffen. Werden ſie größer, ſo vergrößern ſich die betreffenden Strecken gleichfalls.

Betrachtet man im Hinblick auf die Folgerungen die Karte von Europa, ſo erkennt man als nichtlohnende Verkehrsſtrecken z. B. die Strecken:

Von Berlin nach Dresden, Stettin, Halle, Leipzig.
Von Hamburg nach Bremen, Lübeck, Hannover, Kiel.
Von Frankfurt nach Köln, Stuttgart, Nürnberg.
Von Dresden nach Berlin, Prag.
Von München nach Nürnberg, Augsburg.
Von Zürich nach Straßburg, Stuttgart.
Von Paris nach Le Havre und Lille.
Von Brüſſel nach Lille, Antwerpen, Rotterdam.
Von Genua nach Mailand.

Sehr groß iſt hingegen die Zahl der Städte, für die ein Luftverkehr in der Art vorteilhaft iſt, daß der Hin- und Rückflug am gleichen Tag bewerkſtelligt werden kann. Solche Reiſelinien ſind:

Von London nach Paris, Brüſſel, Antwerpen, Rotterdam, Amſterdam, Liverpool, Mancheſter.

Von Paris nach London, Antwerpen, Brüſſel, Rotterdam, Aachen.

Von Berlin nach Hamburg, Breslau, Poſen, Bremen, Kaſſel, Kopenhagen, Prag.

Von Frankfurt nach Brüſſel, Antwerpen, Rotterdam, Amſterdam, Hamburg, Hannover, Dresden, München, Zürich.

Von München nach Frankfurt, Dresden, Prag, Wien, Venedig, Mailand, Zürich, Straßburg.

Von Leipzig nach Bremen, Hamburg, Lübeck, Stettin, Poſen, Breslau, Prag, Brünn, München, Stuttgart, Mannheim, Köln, Eſſen.

Von Breslau nach Berlin, Stettin, Warſchau, Wien, Prag, Chemnitz, Dresden.

Von Zürich nach Genf, Lyon, Frankfurt, Nürnberg, München, Venedig, Mailand.

Die Zuſammenſtellung ließe ſich beliebig vergrößern.

Schließlich wäre die Krönung des ganzen Luftverkehrs die Errichtung großer durchgehender Linien von Nord nach Süd und von Oſt nach Weſt ſowie der Überſeelinien. Die Verlegung und der Ausbau ſolcher Linien wird mancherlei Kämpfe und manchen Wettſtreit hervorrufen, denn ſie ſind nur durchführbar durch Übereinkommen einer großen Zahl verſchiedener Staaten. Es wäre zu wünſchen, daß dann ſachliche Gründe und Überlegungen den Ausſchlag geben. Freilich von heute auf morgen wird in dieſer Hinſicht nichts geſchehen, denn an den Ausbau ſolcher Linien iſt nur zu denken, wenn Europa weithin befriedet iſt, Ruhe und Ordnung in Weſt und Oſt, Süd und Nord herrſchen. Davon ſcheint die Zeit noch weit entfernt.

Es war im vorausgegangenen geſagt, daß der Verkehr auf dieſen großen Linien ſich ſo abſpielen müſſe, daß in den Zwiſchenſtationen jeweils Umſteigen in ſtartbereite neue Flugzeuge ſtattfinde und ſo die Reiſe ohne längeren Aufenthalt von einem Ende zum anderen durchgeführt würde. Die Möglichkeit des Umſteigens iſt auch in Rückſicht auf die Rentabilität nötig, denn es iſt nicht anzunehmen, daß ſich bei den ganz großen Linien immer genügend Reiſende finden, die beiſpielsweiſe von Liſſabon nach Petersburg wollen. Wohl aber werden, abgeſehen von den wenigen, die die ganze Reiſe machen, andere vorhanden ſein, die nach Paris, andere, die nach Köln und Berlin wollen. Andererſeits werden in Paris und Köln Reiſende zuſteigen, die nach Königsberg oder Petersburg wollen uſf. Kurzum es wird ſich das Bild ergeben, das wir von den Bahnfahrten her kennen, mit dem einzigen Unterſchied, daß es keine durchgehenden Wagen geben wird. Darin liegt zweifelsohne eine große Unbequemlichkeit und man wird beſtrebt ſein müſſen, die Zahl der Umſteigeſtellen möglichſt herabzuſetzen. Das gilt ganz beſonders für Nachtfahrten. Es müßten alſo die Halteſtellen mindeſtens 400 bis 500 Kilometer auseinanderliegen, damit wenigſtens nur alle 3½ bis 4 Stunden ein Umſteigen nötig würde. Wenn man dann bedenkt, daß ſich der Luftverkehr bei der gleichmäßig zu 120 Kilometer angenommenen Reiſegeſchwindigkeit zwiſchen Orten abſpielen wird, die 150 bis 350 Kilometer auseinanderliegen, ſo liegt der Wunſch nahe, daß dieſer Nahverkehr mit etwas größerer Geſchwindigkeit vonſtatten ginge, ſo daß an Stelle von Entfernungen von 150 bis 350 Kilometer ſolche von 200 bis 500 treten würden. Wäre das der Fall, ſo könnte an den Umſteigeſtellen die Reiſe von den großen Linien in beliebiger Richtung abgezweigt werden. Es würde dann der Fernverkehr mit großen, verhältnismäßig langſamen, der Nahverkehr mit kleineren und ſchnelleren

Maſchinen oder doch zum mindeſten ſchnelleren Maſchinen durchgeführt werden müſſen.

Das iſt ein Mißverhältnis und ſteht im Gegenſatz zu dem, was bei ſonſtigem Verkehr zu Waſſer und zu Land üblich iſt. Es drängt ſich da die Frage auf, ob eine andere Art der Verkehrsabwicklung, die ein fortwährendes Umſteigen unnötig macht, nicht vorzuziehen wäre. Das iſt aber nur mit Maſchinen möglich, die eine entſprechende Nutzlaſt über Strecken von Tauſenden von Kilometern tragen können, denn um ſolche Strecken würde es ſich ja bei den großen Linien handeln. Dazu ſind aber Flugzeuge auf abſehbare Zeiten nicht befähigt. Wohl ſind das aber die Luftſchiffe. Daraus ergibt ſich ein anderes Bild als bisher angenommen.

Der Luftverkehr würde ſich in zwei Gruppen teilen: in den Nahverkehr, der durch Flugzeuge über Strecken von 200 bis 500 Kilometer vermittelt wird und in den Fernverkehr, den Luftſchiffe über Strecken von 1000 und mehr Kilometer übernehmen unter Einſchaltung von Zwiſchenlandungen nach Zurücklegung von Strecken von etwa 500 bis 1000 Kilometer. Damit kommt man zu einer Löſung, die durchaus der Eigenart von Flugzeug und Luftſchiff angepaßt iſt.

Für das Luftſchiff wird eine Reiſe um ſo teurer, je kürzer die Reiſeſtrecke iſt, je öfter Zwiſchenlandungen eingeſchaltet werden müſſen. Jede Zwiſchenlandung bedingt erſtens einen Gasverluſt, zweitens ſind an den Landungsſtellen, um die Landung ſachgemäß durchführen zu können, 50 bis 100 Mann zum Halten des Luftſchiffs nötig. Das Luftſchiff iſt eben infolge ſeiner Größe und Eigenart am Boden ſchwerfälliger als das Flugzeug.

Die Reiſe Paris—Konſtantinopel des früheren Beiſpiels würde ſich damit etwa wie folgt abſpielen: Das Luftſchiff verläßt Paris, um erſtmals nach 680 Kilometer Fahrt in München zu landen. Es landet ſodann in Budapeſt nach weiteren 620 Kilometer. Die Strecke Budapeſt—Sofia beträgt 650 Kilometer, die Strecke Sofia—Konſtantinopel 530. Derjenige, der von Paris nach Wien reiſen will, wird in München ausſteigen und die Strecke München—Wien im Flugzeug in 2 bis 3 Stunden zurücklegen. Der Reiſende von Wien nach Konſtantinopel wird von Wien nach Budapeſt im Flugzeug in kaum 2 Stunden gelangen. Es könnte ſcheinen, als ob dadurch die Verwendungsmöglichkeit von Flugzeugen ſehr eingeſchränkt wäre, man muß aber bedenken, daß der Ausbau des Nahverkehrs bei der großen Menge der Verbindungsmöglichkeiten weitmehr Flugzeuge beanſpruchen wird, als der ſtets nur auf wenigen Linien durchführbare Fernverkehr. Bei ihm ſpricht eben alles zugunſten des Luftſchiffs, für den Überſeeverkehr kommt erſt recht nur das Luftſchiff in Frage.

Das Naheliegende iſt zunächſt, das Luftverkehrsnetz für den Nahverkehr auszubauen und die Verkehrslinien, von denen eine große Zahl im vorſtehenden angegeben iſt, einzurichten. Dabei hätte man, wie dargetan, an Verbindung zwiſchen verkehrsreichen Orten, die 200 bis 350 Kilometer auseinanderliegen, zu denken. Dieſe Art des Luftverkehrsausbaus wird auch vor allem von England aus gepflegt. Zeitungsnachrichten zufolge ſind alle derartigen Linien, die im vorſtehenden als lohnend von London aus angegeben ſind, im Betrieb. Die Reiſemöglichkeit wird angeblich mehr und mehr benützt, ſo daß man mehr und mehr damit rechnet, nur noch große Flugzeuge für 20 bis 30 Perſonen in Dienſt zu ſtellen. Dieſe ſtarke Inanſpruchnahme, die ſich ja bei den im Grunde geringen Entfernungen, wie ausgeführt, nur lohnt, wo geſchäftliche Belange größte Geſchwindigkeit und tägliche Tätigkeit an zwei Orten erfordern, hängt ja wohl zum Teil mit den unruhigen und ungewiſſen Zeiten zuſammen, wo für den Geſchäftsmann mehr als ſonſt ſchnelles Handeln und Verhandeln nötig iſt und weit größere Gewinnmöglichkeiten als in ruhigen Zeiten in ſich ſchließt. Aber die damit bedingte Gewohnheit wird die Zeiten überdauern und dieſen Verkehr auch in ruhigeren Zeiten allgemach zum Bedürfnis machen.

In Deutſchland iſt bis jetzt in dieſer Hinſicht faſt nur Vorarbeit geleiſtet, mehr zu tun, verbot der Friedensvertrag.

Der Umfang der zu leiſtenden Vorarbeiten iſt groß. Zwar kann man auch den Weg einſchlagen, ohne Vorarbeiten unter den gegebenen äußeren Verhältniſſen einfach einmal mit dem praktiſchen Luftverkehr zu beginnen und alles weitere der zukünftigen Entwicklung zu überlaſſen; wenn aber, wie für uns, dieſer Weg nicht gangbar iſt, bleibt nur der andere übrig, wenn nicht auch in Zukunft unſer Luftverkehrsweſen hinter dem ausländiſchen zurückſtehen ſoll.

Solche Vorarbeiten erſtrecken ſich auf folgende Gebiete: gute und zweckmäßige Verteilung der in Ausſicht zu nehmenden Verkehrslinien, Schaffung der nötigen Landungsplätze bzw. Flugplätze, ſoweit ſolche nicht ſchon vorhanden ſind, Organiſation der Flugplatzverwaltungen und Einrichtungen, Schaffung eines Wettermeldedienſtes und ſonſtigen Nachrichtendienſtes für dieſe Plätze und für die Flugſtrecke ſelbſt, d. h. drahtloſer Melde- und Signaldienſt vom Flugplatz zum Flugzeug und zurück, Ausbau der Streckenorientierung.

Um über den Umfang dieſer Arbeiten ein Bild zu bekommen, muß erörtert werden, wie in idealem Ausbau der Flugverkehr ſich abwickeln ſollte und welche Einrichtungen ihm zur Verfügung ſtehen müßten.

Wir beginnen mit dem Flugplatz. Er muß in erſter Linie die nötige Größe und Lage haben, um Abflug und Landung ſelbſt größter Flugzeuge gefahrlos zu ermöglichen. Er muß vergrößerungsfähig ſein, damit er in Zukunft auch einem ſtarken Luftverkehr gewachſen iſt. Auf dem Flugplatz muß die Möglichkeit der Unterbringung einer der Stärke des Luftverkehrs entſprechenden Anzahl von Flugzeugen ſein. Hierfür ſind Hallen nötig, in denen die Flugzeuge nachgeſehen, gereinigt und unter Umſtänden repariert, die Motoren inſtand geſetzt und wenn nötig ausgewechſelt werden können. Es muß auch Platz für Einſtellung von Erſatzflugzeugen ſein. Es ſind im Zuſammenhang mit den Hallen Werkſtätten und Werftanlagen nötig. Eine entſprechend große Mannſchaft zur Verrichtung dieſer Arbeiten ſowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Brauchbarkeit des Platzes muß vorhanden ſein. Es müſſen Einrichtungen getroffen ſein, die dem landenden Flugzeug die in Rückſicht auf Stärke und Richtung des Bodenwinds einzuhaltende Landungsrichtung angeben ſowie ſonſtigen optiſchen Signaldienſt zwiſchen Flugzeug und Flugplatz ermöglichen. Irgendwelche Merkmale müſſen von oben erkennen laſſen, welches der Name des Flugplatzes iſt. Weiterhin müſſen die Einrichtungen vorhanden ſein, die eine Landung bei Nacht nötig macht. Der Flugplatz muß bei Nebel und tiefgehender Bewölkung über den Wolken, ſei es bei Nacht durch Lichtkegel mittels Scheinwerfer, die durch die Wolkendecke hindurchſcheinen, ſei es am Tag durch Feſſelballon oder Raketenzeichen namentlich kenntlich gemacht ſein. Alle Vorkehrungen müſſen getroffen ſein, die entweder vor einer Landung bei herrſchendem Bodennebel das ankommende Flugzeug warnen oder eine ſolche nach Möglichkeit gefahrlos machen. Hier ins einzelne zu gehen, würde zu weit führen. Die Andeutungen genügen ſchon um zu zeigen, daß nicht unbedeutende techniſche Einrichtungen nötig ſein werden und ein Signal- und Meldedienſt, der entſprechend ſeiner Bedeutung für die Sicherheit der Fluggäſte gut durchdacht und in die Hände zuverläſſiger Perſonen, die ſich ihrer Verantwortung bewußt ſind, gelegt ſein muß.

Soll der Flugplatz auch Haltepunkt für Luftſchiffe ſein, ſo muß neben den genannten Einrichtungen eine entſprechende Anzahl von geſchulten Haltemannſchaften zur Verfügung ſtehen. Es muß eine Anlage zum Nachfüllen von Traggas vorhanden ſein. In gewiſſen Abſtänden auf der Verkehrslinie ſind Flugplätze mit Hallen für Unterbringung von Luftſchiffen nötig.

Soweit die maſchinentechniſche Seite! Aber auch der Annehmlichkeit und Bequemlichkeit der Fahrgäſte iſt Sorge zu tragen und den Anforderungen, die ſie an eine ſchnelle Beförderung ſtellen. Dementſprechend muß dafür geſorgt ſein, daß ankommende Reiſende ſofort einen Kraftwagen vorfinden, der ſie an ein gewünſchtes nahes Ziel bringt. Es wird ſich mit der Zeit als notwendig erweiſen, am Rande des Flugplatzes ein Hotel zu erſtellen, damit in der Frühe abfahrende Reiſende ſchon am Abend auf dem Platz eintreffen können und übernachten, anſtatt zu Hauſe unbequem früh aufſtehen zu müſſen uſw.

Man ſieht, eine ſolche Flugplatzanlage mit allem, was dazu gehört, wenn ſie auf der Höhe ſtehen ſoll, wird recht weitläufig und koſtſpielig.

Aber auch an die Flugſtrecke ſelbſt ſind mancherlei Anforderungen zu ſtellen. Sie ſollte am Boden und vor allem über den Wolken markiert ſein derart, daß der Flugzeugführer nie über die einzuſchlagende Richtung im Zweifel iſt. Es iſt auf der Flugſtrecke eine ſolche Zahl von Notlandungsplätzen vorzuſehen und kenntlich zu machen, daß von jedem Punkt der Flugbahn ein ſolcher Flugplatz erreichbar iſt. Das würde heißen, daß je nach der Flughöhe alle 40 bis 50 Kilometer ein ſolcher Notlandungsplatz vorzuſehen wäre. Auf ſolchen Notlandungsplätzen — das wären im übrigen Wieſen oder ähnliche Plätze, die durch eine Notlandung nicht allzuſehr ſchaden nehmen — müßte eine gewiſſe techniſche Hilfe erlangbar ſein, auch die einfachſten Hilfsmittel für Unglücksfälle und ähnliches müßte zur Verfügung ſtehen. Am Rande dieſes Geländes müßte ſich demnach eine Hütte zur Unterbringung dieſer Erforderniſſe befinden. Erwünſcht wäre auch an ſolchen Stellen eine Perſon, die Signale zu empfangen und zu geben in der Lage wäre. Dieſe Perſon könnte im Nebendienſt beſchäftigt ſein. Schließlich müßte während der ganzen Fahrt drahtloſe Verbindung zwiſchen Erdboden und Luftfahrzeug vorhanden ſein und die Möglichkeit drahtloſer Ortsbeſtimmung im Flugzeug.

Dieſe kurzen Andeutungen zeigen ſchon, daß die Anlagen zur Durchführung eines geregelten und ſicheren Luftverkehrs umfangreich und koſtſpielig ſind. Sollten die Koſten, die entſtehen, einzig von den den Luftverkehr ausübenden Geſellſchaften getragen werden, ſo würde von allem Anfang an jedes derartige Unternehmen ſo belaſtet, daß eine Rentabilität ausgeſchloſſen wäre. Man verfiel deshalb auf den Ausweg, zum mindeſten die Koſten für die Flugplätze auf andere Schultern abzuwälzen. Man geht zur Begründung dieſer Maßnahme davon aus, daß man ſagt, wenn die Schiffahrt treibenden Geſellſchaften die Koſten für Errichtung und Inſtandhaltung der Hafenanlagen tragen müßten, ſo wäre das ihr Untergang. Deshalb iſt auch für den Lufthafen wie für den Seehafen zu fordern, daß dieſe Aufgabe den Städten, die die Vorteile des Lufthafens genießen, zufällt. Man kann Bedenken haben, ob dieſer Vergleich zutrifft. Dieſe Bedenken werden vor allem die Stadtverwaltungen hegen, die die Koſten bewilligen ſollen. Es verlohnt ſich bei der Wichtigkeit dieſer Frage, ſie ausführlicher zu erörtern.

Bei einem Seehafen liegen die Verhältniſſe in jeder Hinſicht einfach. Man kann klein beginnen und die Entwicklung abwarten. Man kennt von ungezählten anderen Beiſpielen den Gang der Dinge, man überblickt die ſich einſtellenden Vorteile. Der Aufſchwung des Seeverkehrs gibt einem großen Teil der Einwohnerſchaft Beſchäftigung und Verdienſtmöglichkeit, angefangen mit den Transportarbeitern und den Gaſtwirtſchaften bis zu den Handelshäuſern und ihren Angeſtellten, es vermehrt ſich Geldumlauf und Steuereinnahmen, es entſtehen Export- und Importgeſchäfte, Lagerhäuſer und Agenturen. Alles das läßt zunächſt die Anlage eines Lufthafens nicht erwarten, denn jeder nennenswerte unmittelbare Güterverkehr iſt ausgeſchloſſen. Und doch wird ſich vorausſichtlich im Laufe der Zeit zeigen, daß die Entwicklung der Städte, die an ein ausgedehntes Luftverkehrsnetz gut angeſchloſſen ſind, zur Überflügelung anderer Städte führt, denen dieſer Anſchluß fehlt. Der Kaufmann und Induſtrielle, der an einem Ort ſitzt, der ihm ermöglicht, in kürzeſter Zeit zu mündlichen Verhandlungen an weit entlegene Brennpunkte des kaufmänniſchen und induſtriellen Lebens zu gelangen, wird vor dem, der dieſe Möglichkeit nicht beſitzt, einen Vorſprung haben. Er wird über Nachrichten und Winke, Berichte und Beobachtungen verfügen, die ſeinem an abgelegenem Ort ſitzenden Wettbewerber fehlen. Dieſen Nachteil empfindet dieſer Wettbewerber bald und die Folge wird ſein, daß er gleichfalls darauf ſinnen wird, ſich an einem ähnlich begünſtigten Ort niederzulaſſen. Auf gewiſſe Geſchäftszweige wird demnach ein Ort, der an einen großen Luftverkehr angeſchloſſen iſt, unzweifelhaft Anziehungskraft ausüben. Die weiteren Folgen, Zunahme des Geldumlaufs, der Steuern, des Warenverkehrs und des Verkehrs überhaupt werden ſich von ſelbſt einſtellen. Es wird ſich wiederholen, wenn auch teilweiſe aus anderen Gründen, was ſich bei der Einführung der Eiſenbahnen gezeigt hat. Städte, die an keine Eiſenbahnlinie zu liegen kamen, verloren ihre Bedeutung vollſtändig, ſolche, die nicht Knotenpunkte des Eiſenbahnverkehrs darſtellten, gingen in ihrer Bedeutung im Vergleich mit anderen Städten zurück und wurden von begünſtigteren Städten überflügelt, die früher nur eine untergeordnete Bedeutung hatten. Man vergleiche die Entwicklung von Nürnberg mit der von Augsburg oder Ulm.

Es ſcheint ſo berechtigt, wenn die Stadt, die die Annehmlichkeiten und Vorteile des Luftverkehrs genießen will, auch für die Errichtung der nötigen Hafenanlagen Mittel bereit ſtellt, und es iſt anzunehmen, daß dieſe Ausgaben ſich lohnen und der Entwicklung der Stadt dienen werden. Eine andere Frage iſt es, ob ſich dieſe Anſicht überall in den Stadtparlamenten ſo ſchnell durchſetzen wird, daß eine ſchnelle Entwicklung des Luftverkehrs möglich iſt.

Würden dergeſtalt die Koſten für die Hafenanlagen von den beteiligten Städten übernommen, ſo bleiben noch immer ſo große Ausgaben, daß nicht von vornherein die Rentabilität des Flugverkehrs geſichert erſcheint, und doch bildet dieſe Rentabilität, wenn keine Zuſchüſſe vom Staat zu erwarten ſind, die Vorausſetzung für die Entwicklung.

Der Laie wird, um ſich ein Bild von den zu erwartenden Koſten zu machen, von den Koſten der Betriebsmittel, Benzin und Öl ausgehen und dabei zu ſehr günſtigen Ergebniſſen kommen.

Ein Rieſenflugzeug mit 25 Fahrgäſten wird über eine Strecke von 600 Kilometer (das iſt 5 Stunden) bei 1000 Pferdeſtärkeleiſtung etwa 1250 Kilogramm Benzin und Öl gebrauchen, die vor dem Krieg etwa 500 Mark koſteten, heute etwa auf 7500 Mark zu ſtehen kommen. Auf einen Fahrgaſt entfallen alſo 20 bzw. 300 Mark. In der Tat ſind aber dieſe Ausgaben nicht die ausſchlaggebenden. Abgeſehen von den Koſten für die Unterhaltung der Flugplätze und Flugſtrecken ſpielt die Abnützung und der Verbrauch von Luftfahrzeugen, Preiſe für ihre Inſtandhaltung und Ausbeſſerung eine gewichtige Rolle. Wie ſehr dieſe Koſten bei der Fahrpreisberechnung in den Vordergrund treten, läßt ſich ohne weiteres nicht ſagen, ſolange ein umfangreiches Erfahrungsmaterial nicht zur Verfügung ſteht. Man iſt hier bis auf weiteres auf Schätzungen angewieſen. Ein Beiſpiel möge dieſe Dinge weiter beleuchten.

Würde mit dem angeführten Rieſenflugzeug an 300 Tagen im Jahr eine Reiſe über 600 Kilometer und zurück ausgeführt und wäre dasſelbe jedesmal voll beſetzt, ſo würden jährlich 600 × 25, das ſind 1500 Fahrgäſte über 600 Kilometer befördert. Tritt ein Verbrauch des Flugzeugs ſamt Motoren in durchſchnittlich einem Jahr ein, ſo kommt auf den Fahrpreis für eine Fahrt und Perſon der 1500. Teil der Koſten des Flugzeugs. Die Koſten des Flugzeugs hätten vor dem Krieg ſamt Motoren etwa 450 000 Mark betragen, und dürften heute vorausſichtlich etwa 2 250 000 Mark betragen. Vor dem Krieg hätte ſich damit zu den Betriebskoſten im engeren Sinn von 20 Mark ein Zuſchlag von 300 Mark ergeben, während heute mit einem Zuſchlag von 1500 Mark zu 300 Mark zu rechnen wäre. Nun iſt die Annahme, daß das Flugzeug in einem Jahr und nach 600 Fahrten aufgebraucht ſei, durchaus willkürlich. Würde man an Stelle von einem Jahr drei Jahre ſetzen können, ſo würde der Zuſchlag 100 bzw. 500 Mark betragen. Es kämen weiter die Gehälter für die Mannſchaften hinzu, von denen die Bordmannſchaften jedenfalls beſonders gut bezahlt werden müßten. Man hätte für ſie vor dem Krieg Gehälter von 6000 bis 15 000 Mark je nach ihrer Tätigkeit an Bord anſetzen müſſen und dementſprechend für jede Beſatzung von 4 Perſonen eine Jahresausgabe von etwa 39 000 Mark rechnen können, ſo daß auf den Preis einer Fahrt 26 Mark entfallen wären. Dabei iſt angenommen, daß dieſelbe Beſatzung für Hin- und Rückfahrt verwendet werden könnte, was einen täglichen zehnſtündigen Flugdienſt vorausſetzen würde. Abgeſehen vom Achtſtundentag würde das eine unmögliche Beanſpruchung der Mannſchaft bedeuten, ſo daß eine doppelte Beſatzung und doppelte Bezahlungen anzuſetzen wären. Heute wäre hierfür mindeſtens mit dem dreifachen Betrag zu rechnen. Man erhält ſo zunächſt folgende Poſten:

Betriebskoſten	20	bzw.	300	Mark
Gehälter	52	„	150	„
Abnützung	300	„	1500	„
In Summa	372	bzw.	1950	Mark.

Es zeigt ſich deutlich, welche ausſchlaggebende Rolle die Abnützungskoſten ſpielen. In dieſer Aufſtellung noch nicht enthalten ſind allgemeine Geſchäftsunkoſten, Platzmiete, Verſicherungskoſten, Gewinn. Dementſprechend müßte man mit einem Fahrpreis von mindeſtens 500 bzw. 2500 Mark oder einem Kilometerpreis von 0,82 Mark bzw. 4,10 Mark rechnen.

Die Rechnung iſt nur ſehr roh, vor allem iſt die Annahme der Abnützung des Flugzeugs nach 600 Flügen ohne Begründung. Bei näherer Überlegung wird man finden, daß die Lebensdauer des Flugzeugs von der ſeiner Motoren verſchieden ſein wird und daß für beide verſchiedene Umſtände maßgebend ſind. Die Lebensdauer des Motors hängt von ſeiner Wartung und der Zahl ſeiner Betriebsſtunden ab. Die mehr oder weniger gute Wartung, die einen ſtarken Einfluß ausübt, wird mit der Zeit auf eine durchſchnittliche Höhe gebracht werden, die Zahl der Betriebsſtunden iſt faſt genau berechenbar. Das Flugzeug ſelbſt altert erſtens, wenn auch wenig ſchon vom Stehen im Schuppen (Metallflugzeuge wohl kaum oder verſchwindend wenig, wohl aber Holzflugzeuge mit Tuchbeſpannung). Stärker, aber nicht übermäßig iſt die Abnutzung im geregelten Flug. Nur die Teile der Motorenlagerung und Umgebung der Motoren werden einer öfteren Ausbeſſerung und teilweiſen Erneuerung bedürfen. Im Vordergrund wird die Abnutzung durch Abflug und Landung.

ſtehen, wobei infolge nicht beherrſchbarer großer Beanſpruchungen alle Verbände im Laufe der Zeit in Mitleidenſchaft gezogen werden. Dieſe Beanſpruchungen werden abhängen von der Beſchaffenheit des Bodens, auf dem Landung und Abflug zu bewerkſtelligen ſind. Eine beſondere Rolle ſpielen dabei Notlandungen auf unvorbereitetem Gelände, die unter Umſtänden zur vollſtändigen Zerſtörung führen können. Gerade dieſe Verhältniſſe laſſen es faſt unmöglich erſcheinen, ohne Erfahrungstatſachen in großem Umfang genaueres zu ſagen. Dieſe Unſicherheit der Vorausberechnung und damit die Größe des Riſikos werden um ſo mehr eingeſchränkt, je mehr der Verkehr auf gut vorbereiteten Linien ſtattfindet. Es wird damit die Forderung verſtändlich, daß die Linien ſo vorbereitet und ausgebaut ſein ſollten, daß mit einer Landung und auch einer Notlandung auf unvorbereitetem und unbekanntem Boden überhaupt nicht zu rechnen iſt. Solche Maßnahmen werden nicht nur das Riſiko herabſetzen, ſondern auch die Lebensdauer der Flugzeuge außerordentlich erhöhen und damit den Fahrpreisanteil, der auf Abnützung der Flugzeuge entfällt, bedeutend herabſetzen. Das engliſche Luftverkehrsminiſterium rechnet dementſprechend mit einer dreijährigen Lebensdauer der Flugzeuge und einer einjährigen Lebensdauer der Motoren. Daß dieſe Zahlen nur für ganz beſtimmte Verhältniſſe gelten können, iſt nach dem zuvor Geſagten klar. In der Tat handelt es ſich dabei um tägliche Flüge mit zirka 350 Kilometer Reiſeweg (London—Paris). Dabei iſt aber zu bedenken, daß man auch an dieſer Stelle noch über keine dreijährige Betriebserfahrung, die dieſe Abſchreibungen rechtfertigen könnte, verfügt.

Würde man dieſe Angaben als Grundlage unſeres früheren Beiſpiels nehmen und annehmen, daß die Koſten der Motoren rund ein Fünftel der Geſamtkoſten des Flugzeugs ausmachen, ſo käme man dahin, daß in einem Jahr Betriebszeit ungefähr die Hälfte der Koſten des Flugzeugs abgeſchrieben ſein müßte. Damit käme man zu einem Kilometerpreis von zirka 0,6 bzw. 3 Mark anſtatt 0,82 bzw. 4,1 Mark.[1]

Mit dieſen Zahlen würde die Reiſe London—Paris pro Perſon ungefähr 210 bzw. 1050 Mark koſten. Demgegenüber errechnet das engliſche Luftverkehrsminiſterium für die Perſon einen Preis von 156 Pfund oder 3120 Goldmark. Dieſes Mißverhältnis iſt zunächſt unerklärlich, es bleibt das auch, wenn man weiterhin erfährt, daß ein engliſches Pfund Ware über dieſelbe Strecke zu befördern 0,17 Pfund koſtet. Da eine Perſon etwa 200 engliſche Pfund wiegt, würde nur nach dem Gewicht gerechnet der Fahrpreis für eine Perſon 34 Pfund oder 680 Goldmark betragen gegen 3120. Daraus wird klar, daß der obige Paſſagierpreis nur auf Grund einer unbekannten Rechnungsart feſtgeſetzt ſein kann. Tatſächlich rechnen auch die engliſchen Privatgeſellſchaften mit ganz anderen Zahlen für den Paſſagierpreis. Der Paſſagierpreis für die Perſon und Reiſe London—Paris betrug urſprünglich 21 Pfund oder 420 Goldmark. Er wurde ſodann herabgeſetzt auf 393 Franken franzöſiſche Währung, das ſind 1,09 Franken/Kilometer und wurde dieſen Sommer angeblich auf Grund der günſtigen Betriebserfahrungen auf 262 Franken oder 0,75 Franken/Kilometer ermäßigt. Berückſichtigt man die Valuta, ſo entſprechen 393 bzw. 262 Franken in England 7,8 bzw. 5,25 Pfund in Deutſchland etwa 1250 bzw. 840 Papiermark. Wie man ſieht, hält ſich der oben errechnete Preis von 1050 Mark für heutige Verhältniſſe faſt genau in der Mitte zwiſchen beiden Zahlen. Freilich muß es dahingeſtellt bleiben, ob die Angabe, daß die Preisherabſetzung auf Grund der günſtigen Ergebniſſe erfolgte, ihre Richtigkeit hat, denn es wäre ja auch denkbar, daß der innere Grund mangelnde Benützung infolge zu hoher Preiſe war.

---

[1] Eine genauere Rechnung müßte von der Betriebsſtundenzahl der Motoren einerſeits und von der Zahl der erforderlichen Landungen andererſeits ausgehen. Bei Flügen über 200 Kilometer kommen auf die Zahl der Betriebsſtunden mehr Landungen als bei Flügen über 600 Kilometer. Wie erſichtlich wird damit auch die Reiſegeſchwindigkeit von mehrfachem Einfluß auf die Koſten.

Ähnliche Preiſe für die Reiſe London—Brüſſel, nämlich 300 Franken für die einfache Fahrt bei 325 Kilometer, das ſind 0,91 Franken/Kilometer Entfernung, ſetzte für dieſen Sommer das Belgiſche Nationalſyndikat zum Studium des Lufttransports feſt. Demgegenüber ſetzt die franzöſiſche Regierung den Preis für Paris—Brüſſel auf 500 Franken oder 1,50 Franken/Kilometer, den Preis für Paris—Straßburg auf 750 Franken oder 1,92 Franken/Kilometer, Paris—Lyon 800 Franken (2,05 Franken/Kilometer), Paris—Marſeille 1200 Franken (1,81 Franken/Kilometer), Paris—Bordeaux 900 Franken (1,76 Franken/Kilometer) *je für Fahrt hin und zurück* feſt.

Dieſe Preiſe von durchſchnittlich 1 Franken/Kilometer entſprechend zirka 4 Papiermark/Kilometer, ſind recht beträchtlich; es muß ſich ſchon um wichtige und für Gewinn oder Verluſt ſchwer ins Gewicht fallende Umſtände handeln, die einen ſo hohen Preis bei einem Zeitunterſchied gegenüber der Bahnfahrt, der nur Stunden beträgt, rechtfertigen. Es wird denn auch berichtet, daß in erſter Linie Geſchäftsleute die Beförderungsgelegenheit benutzen. Der Verkehr Paris—London findet dreimal täglich ſtatt, und es wird berichtet, daß an einem Tag 30 Perſonen von London nach Paris befördert worden ſeien. Dieſe Zahl ſtellt jedenfalls eine Höchſtleiſtung dar zwiſchen zwei für den Luftverkehr zueinander in günſtiger Entfernung liegenden Millionenſtädten. Schlüſſe für den Verkehr zwiſchen kleineren Städten ergeben ſich von ſelbſt. Aber wir ſtehen erſt im Anfang einer Entwicklung.

Noch weniger Anhaltspunkte als für die Preisberechnung des Flugzeugverkehrs haben wir für die des Luftſchiffverkehrs. Zwar wurden im vergangenen Sommer einige 80 Fahrten von Friedrichshafen nach Berlin bzw. von Berlin nach Friedrichshafen, auch eine ſolche von Berlin nach Stockholm ausgeführt. Doch bleibt auch bei dieſen Fahrten vorläufig die Frage der Abſchreibungen vollſtändig offen. Iſt das Flugzeug in erſter Linie durch eine ſchlechte Landung unter Umſtänden bei Notlandung auf unvorbereitetem Boden gefährdet, ſo liegen für das Luftſchiff die Gefahren in einer Landung bei ſtürmiſchem Wetter, weil es eben am Boden vollſtändig hilflos und in ſtarkem Maß der Gewalt des Windes preisgegeben iſt, dem es um vieles größere Angriffsflächen als das Flugzeug entgegenſetzt. Während dieſe Gefährdung durch den mehrfach genannten Ausbau der Flugſtrecke und Flughäfen für das Flugzeug faſt ganz ausgeſchaltet werden kann, nützt ein ſolcher Ausbau für das Luftſchiff wenig. Hier hat der Wetterdienſt und die Nachrichtenübermittlung von der Erde zum Luftſchiff einzugreifen, die rechtzeitig vor einer gefährlichen Landung am Ziel warnt. Dann wird für den weiteren Verlauf der Ereigniſſe die Größe des Betriebsmittelvorrats und die Entfernung bis zum nächſten Flughafen maßgebend ſein. Zwar bleibt immer noch die Möglichkeit einer Landung auf unvorbereitetem Boden ohne Einrichtungen, dabei beſteht aber immer die ſtarke Wahrſcheinlichkeit mehr oder weniger großer Beſchädigungen. Flughäfen mit vollwertigen Unterkunftsräumen für Luftſchiffe, wie ſie durch Drehhallen verkörpert ſind, werden aber bei den großen Koſten ſolcher Hallen ſtets nur in verhältnismäßig großer Entfernung voneinander anzutreffen ſein. Es kommt der Mißſtand hinzu, daß die Fahrgäſte an einem ganz anderen Ort als dem Ziel ihrer Reiſe landen. Bei Fahrten über ſehr große Strecken iſt der letztere Umſtand von untergeordneter Bedeutung. Für den Reiſenden, der von Berlin nach Neuyork unterwegs iſt, ſpielt es ſchließlich keine allzugroße Rolle, wenn er unterwegs erfährt, daß das Schiff anſtatt in Neuyork wegen widrigen Wetters in Boſton oder in Baltimore landen wird, auch für den Betriebsmittelvorrat iſt das kaum von Belang, um ſo weniger je früher das veränderte Ziel angeſteuert wird. Freilich müſſen ſolche Zufälle Ausnahmen bleiben und ſie werden das auch, aber doch nicht in ſo ſtarkem Maß, daß nicht die Berechnung der Betriebskoſten dadurch empfindlich beeinflußt würde. Wie geſagt, bilden die bisherigen Erfahrungen kaum eine Unterlage für eine Berechnung. Im vorigen Sommer ergab unter 81 Fahrten einmal eine ſolche gefährliche Sachlage, die zwar nicht zur Zerſtörung, wohl aber zu einer Beſchädigung des Schiffs führte. Es war das die letzte von 81 Fahrten, es iſt möglich, daß ſich 200 glatt verlaufende Fahrten angeſchloſſen hätten, es hätte aber auch dieſe 81. Fahrt zum Verluſt des Schiffs führen können.

Aus dem Geſchäftsbericht der Delag ergibt ſich, daß abgeſehen von 22 Rundfahrten über Berlin und deſſen Umgebung 40 Fahrten Berlin—Friedrichshafen und 41 Fahrten Friedrichshafen—Berlin ausgeführt wurden. Das Luftſchiff war dabei 533 Stunden in der Luft und legte 52 000 Kilometer zurück. Die Zahl der beförderten Fahrgäſte betrug 2380, zu denen 4500 Kilogramm Poſt und 30 000 Kilogramm Reiſegepäck der Fahrgäſte kamen.

Der Fahrpreis Friedrichshafen—Berlin betrug erſt 400 Mark, wurde dann ab 1. Oktober infolge der Erhöhung der Betriebskoſten erhöht auf 575 Mark, und im November 1919 auf 690 Mark. Da die Strecke zirka 600 Kilometer lang iſt, beträgt der Preis im November 1,15 Mark/Kilometer, was im Vergleich mit den übrigen mitgeteilten Preiſen außerordentlich niedrig iſt.

Die Fahrtdauer betrug fahrplanmäßig 7 Stunden, entſprechend einer durchſchnittlichen Geſchwindigkeit von zirka 90 Kilometer/Stunden. Das iſt erheblich weniger als die durchſchnittliche Reiſegeſchwindigkeit von 120 Kilometer/Stunde der Flugzeuge. Es wäre aber bei Volleiſtung aller Motoren auch in dem vorliegenden Fall eine größere durchſchnittliche Fahrgeſchwindigkeit erzielbar geweſen.

Aus dem Geſchäftsbericht ergibt ſich, daß die erzielten Einnahmen aus den Fahrpreiſen nicht ganz genügten, um die Unkoſten des Betriebs zu decken. Im Vergleich zum Preis anderer Luftreiſen kann aber der Fahrpreis auch noch beträchtlich erhöht werden.

Über die Betriebsſicherheit und Betriebsregelmäßigkeit ergibt ſich aus den Erfahrungen der im Luftverkehr tätigen Firmen, ſoweit Mitteilungen vorliegen, folgendes:

Nach Angabe des engliſchen Luftverkehrsminiſteriums ſind in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1919 mit 403 Flugzeugen 35 350 Flüge ausgeführt und dabei 64416 Reiſende und 33571 Kilogramm Fracht befördert worden. Dabei ereigneten ſich 4 Todesfälle, 8 Beſchädigungen von Inſaſſen oder Flugzeugen und 5 Unfälle ohne Verletzungen. Daraus ergibt ſich, daß auf 1960 Flüge ein Unfall entfiel. Demgegenüber gibt die deutſche Luftreederei an, daß 95 Prozent ihrer 3546 Flüge eines Jahres ohne Zwiſchenfall verliefen. Auf der Strecke Paris—London wurden im Lauf des Jahres 1919 305 Flüge ausgeführt, die 9 Notlandungen nötig machten, d. h. es ſind rund 97 Prozent der Flüge glatt verlaufen.

Man kann aus dieſen Angaben ſchließen, daß 95 bis 97 Prozent der Flüge bei den heutigen Verhältniſſen ohne Unterbrechung und Störung verlaufen, des weiteren, daß 0,05 Prozent der Flüge Verletzungen im Gefolge haben. Gegenüber dem Eiſenbahnverkehr iſt dieſe Betriebsſicherheit nicht übermäßig groß, es iſt aber zu bedenken, daß wir uns erſt am Anfang einer neuen Entwicklung befinden.

Die Regelmäßigkeit der Fahrten wird nur im Winter und Herbſt zu wünſchen übrig laſſen. Auf der Strecke Paris—London fiel von Auguſt bis November ein Flug, im Winter mehrere Flüge wegen ſchlechten Wetters, beſonders Schnee, Nebel, aus. Je beſſer der Nachrichten- und Signaldienſt ausgebildet iſt, um ſo mehr wird ſolche Vorſicht überflüſſig werden und damit die für Verkehrsunternehmungen wünſchenswerte und auch notwendige Verkehrsregelmäßigkeit verbeſſert. Immerhin ſieht man aus den angeführten Zahlen, daß Regelmäßigkeit und Sicherheit des Luftverkehrs ſchon heute, obwohl noch verbeſſerungsbedürftig und verbeſſerungsfähig, die Einſtellung des Flugzeugs in den Dienſt der Allgemeinheit rechtfertigen.

Dementſprechend nimmt der Luftverkehr, wie man aus allen Nachrichten folgern muß, zu, wobei aber an früher gemachte einſchränkende Bemerkungen erinnert ſei. Man lieſt oft von der Errichtung neuer Luftverkehrslinien, ohne daß jederzeit möglich wäre zu prüfen, ob dieſe Linien nur auf dem Papier beſtehen. In manchen Fällen iſt man verſucht, das zu glauben.

Welche Ausdehnung der Luftverkehr in England hat, das zur Zeit an der Spitze des Luftverkehrs ſtehen dürfte, geht ſchon aus den mitgeteilten Zahlen hervor, die allerdings nicht erkennen laſſen, ob es ſich nicht großenteils nur um Paſſagierflüge anſtatt um Luftreiſen handelt. Sicherlich beſtehen aber eine ganze Anzahl von Flugſtrecken, von denen die wichtigſte und meiſtbenutzte die Strecke Paris—London ſein dürfte.

In Frankreich beſtehen offiziell folgende Verbindungen mit teils täglichem, teils mehrmaligem Verkehr an jedem Tag:

1. Paris—London.
2. Toulouſe—Rabat.
3. Paris—Brüſſel.
4. Paris—Straßburg.
5. Paris—Marſeille.
6. Paris—Bordeaux.
7. Bordeaux—Toulouſe.
8. Toulouſe—Nimes—Nizza.

Hiervon ſind die Linien 1, 3, 4, 5, 6 für Perſonen- und Poſtverkehr, die Linien 2, 7, 8 nur für Poſtverkehr bei Ausfall der Eiſenbahn. Geplant ſind außerdem Linien nach Warſchau, Prag, Wien, Budapeſt, Rom uſw. Die Linien 1, 2 und 7 beſtehen ſchon längere Zeit, während die anderen erſt in dieſem Frühjahr errichtet wurden. Die Zahl der Linien erſcheint recht ſtattlich, und man könnte danach auf einen ausgedehnten Luftverkehr ſchließen. Man iſt deshalb erſtaunt, wenn man lieſt, daß im erſten Vierteljahr 1920 auf den Linien 1, 2 und 7 zuſammen nur 185 Flüge über 130 750 Kilometer ausgeführt und dabei 2592 Kilogramm Fracht und 133 Kilogramm Briefpoſt befördert wurden. Auf jede der Linien kommt danach, da 2 und 7 als eine durchgehende Linie in der Statiſtik zuſammengefaßt ſind, täglich ein Flug und auf jeden Flug durchſchnittlich zirka 18 Kilogramm Fracht. Im Monat wurden alſo zirka 60 Flüge über zirka 43000 Kilometer mit 800 Kilogramm Fracht ausgeführt. Da die Strecke Bordeaux—Toulouſe—Rabat zirka 1600 Kilometer lang iſt, ſo kann auf ihr aber nicht ein täglicher Verkehr ſtattgefunden haben (der würde ſich nach Marokko auch nicht lohnen), denn ſonſt müßten mehr als 130000 Kilometer Flugſtrecke erreicht ſein.

Dieſe Leiſtungen ſind außerordentlich beſcheiden und werden trotz der erſchwerenden Umſtände, unter denen noch im vorigen Jahr über einige Monate in Deutſchland ein Luftverkehr von der deutſchen Luftreederei aufrechterhalten wurde, von den deutſchen Leiſtungen übertroffen.

Die deutſche Luftreederei unterhielt bis Auguſt vorigen Jahres einen Luftdienſt, der im Auguſt wegen Benzinmangels abgebrochen werden mußte. In dieſer Zeit wurden folgende Strecken betrieben:

1. Berlin—Leipzig—Weimar . .	250 Kilometer	in 6	Monaten	893 Flüge
2. Berlin—Hamburg	260 „	„ 6	„	571 „

3. Berlin—Hannover—Rheinland—Weſtfalen	490	Kilometer	in	4	Monaten	402	Flüge
4. Berlin—Warnemünde	220	„	„	4	„	159	„
5. Berlin—Swinemünde	175	„	„	1	„	132	„

Der Betrieb wurde mit 71 Poſtflugzeugen und mit 13 Großflugzeugen durchgeführt, es wurden in dieſer Zeit 650 000 Kilometer zurückgelegt, 3000 Paſſagiere und 350 000 Kilogramm Poſt und Waren befördert. Zu den genannten regelmäßigen Flügen auf feſten Strecken kamen noch 1389 Sonderflüge nach wechſelnden Zielen. Bei einem durchſchnittlichen Betrieb von 5 Monaten ergibt ſich ſomit eine monatliche Leiſtung von 430 Flügen mit 600 beförderten Fluggäſten und 70 000 Kilogramm Fracht bei 130 000 Kilometer Flugſtrecke, ganz abgeſehen von dem Luftſchiffverkehr Friedrichshafen—München—Berlin, der gleichfalls im vorigen Sommer durch Monate ſtattfand. Dem ſtehen die franzöſiſchen Leiſtungen von 60 Flügen über 43000 Kilometer mit 800 Kilogramm Fracht gegenüber. Dabei ſoll nicht geleugnet werden, daß der Vergleich hinkt. Es werden franzöſiſche Wintermonate mit deutſchen Sommermonaten verglichen. Es werden kurze deutſche Linien mit ſehr langen franzöſiſchen, die, nach Afrika gehend, von Haus aus keinen großen Perſonen- noch Frachtverkehr beſitzen können, verglichen. Es wird ein deutſches Privatunternehmen mit einem ſtaatlichen franzöſiſchen verglichen. Immerhin iſt der Vergleich dieſer Leiſtungen lehrreich.

Aus Amerika hören wir, daß dort ſeit zwei Jahren eine Luftpoſt Waſhington—Neuyork (320 Kilometer) und Neuyork—Chikago (1150 Kilometer) beſteht, die im letzten Jahr 248 000 Kilogramm über 801 280 Kilometer beförderte und daß die Linien Chikago—Omaha (zirka 700 Kilometer) und Neuyork—S. Franciſco (zirka 4200 Kilometer) in Vorbereitung ſind. Die Leiſtung der amerikaniſchen Luftpoſt iſt demnach pro Monat zirka 12000 Kilogramm über zirka 67 000 Kilometer. Auch dieſe Leiſtungen werden von den Deutſchen bei weitem übertroffen.

Wieder muß betont werden, daß wir nicht darüber unterrichtet ſind, ob die angegebenen ausländiſchen Zahlen alles einſchließen, was an regelmäßigem Luftverkehr beſteht.

Immerhin zeigen die Zahlen, daß ſchon heute von einem nennenswerten Luftverkehr in der Welt geſprochen werden kann und daß dieſer Luftverkehr zunächſt ſtändig zunimmt und an Bedeutung gewinnt, ganz beſonders wenn die Betriebserfahrungen eine weitere Herabſetzung der Preiſe zulaſſen. Wir ſehen, daß trotz aller äußeren Hemmungen deutſcher Unternehmungsgeiſt ſchon Anſehnliches geleiſtet hat. Es ſteht zu erwarten, daß ſobald die politiſchen und wirtſchaftlichen Schwierigkeiten und künſtlichen Schranken wegfallen, unſer Luftverkehr ſich neben dem der übrigen Welt wird ſehen laſſen können.

Die große Mehrzahl der in Betrieb befindlichen Linien geht für den Perſonenverkehr über Strecken von 200 bis 350 Kilometer in Übereinſtimmung mit den betreffs der Rentabilität für den Nahverkehr aufgeſtellten Leitſätzen; die meiſten verbinden große verkehrsreiche Städte. Ob ſich Linien wie Paris—Straßburg oder Paris—Lyon—Marſeille auf die Dauer werden halten können, bleibt dahingeſtellt. Nach den früheren Überlegungen ſind ſie einerſeits zu lang, andererſeits zu kurz, als daß für ihre Benutzung in Rückſicht auf Zeitgewinn ein genügender Anreiz vorläge. Sind ſie aber als Anfang für ſpäteren Ausbau zu großen europäiſchen Strecken gedacht, ſo iſt zu vermuten, daß ſie durch einen ſpäteren Luftſchiffverkehr auf gleicher oder ähnlich verlaufender Strecke lahmgelegt werden. Strecken jedoch wie Paris—Bordeaux—Toulouſe—Rabat ſcheiden bei den Fragen der Rentabilität aus, es handelt ſich um militäriſche Strecken nach Kolonialgegenden, die einerſeits nötig ſein mögen, andererſeits in abſehbarer Zeit keinen lohnenden Verkehr auf ſich ziehen werden. Dementſprechend eignen ſie ſich trotz der großen Entfernung von über 1600 Kilometer beſſer für Flugzeug- als Luftſchiffverkehr.

Wir leben in einer politiſch und wirtſchaftlich außerordentlich bewegten Zeit, in der ſchon morgen nicht mehr gelten kann, was geſtern noch unumſtößlich ſicher ſtand, alle früheren Grundlagen ſind geſtürzt, ohne erſetzt zu ſein. Das macht jede Vorausſage zu einem Wagnis. Nirgends ſpiegelt ſich das deutlicher als in der Entwicklung des Luftverkehrsweſens. Einerſeits begünſtigt durch einen Zugverkehr, der gegenüber früher durchaus unzulänglich iſt, durch geſchäftliche Bewegtheit bei politiſcher Unſicherheit, die zum Abſchluß ſchneller und großer ſpekulativer Geſchäfte reizt, die ſchnelles Reiſen zur Vorausſetzung haben, andererſeits gehemmt durch Betriebsſtoffknappheit bei hohen Preiſen und politiſche Schwierigkeiten aller Art, brachte faſt jeder Tag durch Monate die Kunde von neuen Luftverkehrsplänen. Nur ein Bruchteil von dem geplanten wurde durchgeführt, ſonſt beſtünde ſchon heute über ganz Europa und die halbe Welt ein ausgedehntes und engmaſchiges Luftverkehrsnetz. Sei es, daß in nicht zu ferner Zukunft ruhigere Zeiten kommen, die uns die Verwirklichung all dieſer Pläne bringen! Dann aber wird die Welt ſo klein, daß man in wenigen Tagen an jeden Punkt der Welt gelangen kann. Dann wird die Zeit ſein, wo man ſich das Leben ohne ſolche Verkehrsmöglichkeiten nicht mehr vorſtellen kann, wo es wirklich gelungen iſt, der Menſchheit das Bedürfnis des Luftverkehrs anzugewöhnen.

Wir kommen damit zum Ausgangspunkt unſerer Betrachtungen und der Frage zurück, ob die Schaffung eines ſolchen neuen Bedürfniſſes wirklich einen Fortſchritt nicht in techniſcher, ſondern in geiſtiger Hinſicht bedeutet. Die Welt wird dann ſo klein geworden ſein, daß der Menſch in ihr bei der ihm mit dem Luftverkehr gegebenen Fortbewegungsgeſchwindigkeit faſt einem im Käfig eingeſperrten Tier gleicht, dieſelbe Welt, die noch unſeren Vorvätern vor hundert Jahren, ehe es Eiſenbahnen gab, ſo unendlich groß erſchien! — Und der Gewinn? Nicht erhöhter vereinfachter Warenaustauſch, ſondern noch ſchnellere Reiſen mit noch oberflächlicheren Eindrücken, haſtige Geſchäftsabſchlüſſe und — erhöhte Geſchäftigkeit; allerdings vielleicht auch Ausgleich von Gegenſätzen, Völkervermiſchung, erhöhtes gegenſeitiges Verſtändnis. Aber, ſo fragt man ſich, haben Eiſenbahnen und Telegraph, Telephon in dieſer Hinſicht im Vergleich zu der Poſtkutſchenzeit einen Fortſchritt gebracht? Wir bekriegen uns wie vordem, wir verleumden uns, wir ſuchen uns genau ſo wie früher zu übervorteilen und zu vergewaltigen. Früher ging es um Glanz, Ruhm und Macht von Herrſchern, heute im Grunde um das Wohlleben und den materiellen Gewinn von Völkern und Völkergruppen oder auch von Volksteilen.

Aber ſei dem wie ihm wolle, das Rad iſt im Gang, niemand wird es aufhalten können: Eine techniſche Aufgabe von Reiz war von alters her geſtellt, ſie wurde gelöſt, ſie iſt der Menſchheit gegeben und ſie wird ſich einreihen in die vielgeſtaltigen menſchlichen und techniſchen Einrichtungen, gleichviel welchem Endziel die Menſchheit auf dem beſchrittenen Weg zugeführt wird.

Aus den Denkwürdigkeiten des heſſiſchen Miniſters Freiherrn du Bos du Thil

Herausgegeben von

Profeſſor H. Ulmann

(Schluß)

Wir blieben von 1824 bis 1828 in unſerem iſolierten Zuſtande, den wir unter manchen Kämpfen immer mehr zu befeſtigen ſtrebten. So z. B. konnten wir natürlich die Bundesgarniſon in Mainz nicht beſteuern, wieviel Mühe und Verdruß hat es aber gekoſtet, bis wir es dahin brachten, daß nicht dieſe Garniſon das Vehikel zu großartigem Schmuggelhandel ward. Wie wenig aber entſprach ein ſolcher Zuſtand, wenngleich die Finanzen ſich ordneten und auch mein Hauptzweck, das Steuerſyſtem zu modifizieren, erreicht war, dem Ideal, das wir ſo ſehr gepflegt hatten, dem Gedanken nämlich, Verkehrsfreiheit im Innern Deutſchlands herzuſtellen?

In meiner Verzweiflung legte ich mir endlich die Frage vor: ob man ſich nicht, um das Eis zu brechen, an Preußen anſchließen könne? Hieran hatte noch kein Menſch in Süddeutſchland gedacht und auch ich bis dahin nicht, denn wir alle ſtrebten ja einzig nur danach, Front gegen Preußen zu machen. Da ich nun nichts mehr fürchtete, als mich als einen Projektenmacher darzuſtellen, da ferner jenem Gedanken ungeheure Schwierigkeiten entgegenſtanden, von welchen die geographiſchen nicht die geringſten waren, da wir Preußen nur mit zwei ſchmalen Grenzbezirken berührten, mir das Gelingen mehr als problematiſch erſchien, ſo hatte ich nicht den Mut, meinen Herrn von dieſem Gegenſtande zu unterhalten. Da ich jedoch nichts unverſucht laſſen wollte, ſo verfiel ich auf einen anderen Weg.

In Berlin war Graf Bernſtorf Miniſter des Äußern, mit ihm hatte ich den Wiener Konferenzen beigewohnt, war näher mit ihm bekannt geworden und hatte von ſeiner Seite ſtets das freundlichſte Entgegenkommen genoſſen. An dieſen wendete ich mich. In meinem Schreiben, das ich als einen Privatbrief bezeichnete, ſchilderte ich die traurigen Verkehrszuſtände Deutſchlands, ſagte ganz offen, daß der Fluch dieſer Zuſtände auf Preußen ruhe, das ſich zuerſt von dem übrigen Deutſchland getrennt und ſich dadurch viel Haß zugezogen habe, daß, wenn auf einer Seite vielleicht die dortige Regierung keinen großen Wert darauf legen ſollte, das Großherzogtum ihrem Zollſyſtem anzureihen, ſie doch auf der anderen durch ihr eigenes Intereſſe aufgefordert ſei, ſich in der öffentlichen Meinung zu rehabilitieren, aus ihrer Iſolierung herauszutreten und der Welt zu zeigen, daß ihr nicht der gute Wille fehle, zu einer Beſſerung der dermaligen Zuſtände beizutragen, uſw., wobei ich denn mit der Frage ſchloß: Ob wohl, falls der Großherzog, mein Herr, ſich zu einem derartigen Antrage entſchlöſſe, ein Entgegenkommen in Berlin zu erwarten ſei? Die Antwort war, was meine Perſon betrifft, eine überaus freundliche, freundſchaftliche ſogar, aber eine ablehnende. Der Graf ſagte, er ſähe die Möglichkeit einer ſolchen Vereinigung gar nicht ein; ſchon die geographiſche Lage ſtehe ihr entgegen, vermöge derſelben könnten die preußiſchen Finanzen nur gefährdet werden, die Monarchie könne ihre Intereſſen nicht nach den unſrigen modeln, wir müßten uns daher lediglich ihren Verfügungen unterwerfen, dies ſei aber eine Art von Mediatiſation, die ich doch wohl nicht beabſichtigte.[1])

Dieſes Schreiben beantwortete ich umgehend dahin: In einem Punkte träfen wir ganz zuſammen, in dem nämlich, daß er annehme, daß ich nicht die Abſicht hätte, das Großherzogtum gleichſam zu mediatiſieren, einen ſolchen Gedanken hätte ich nie haben können, vielmehr gehe meine Abſicht dahin, von Gleich zu Gleich zu unterhandeln, wie das unter Bundesmitgliedern nicht anders ſein könne und wobei etwaige Machtverſchiedenheit nicht in Betracht komme.

Was den anderen Punkt beträfe, ſo teilte ich nicht ganz ſeine Anſicht über die Unmöglichkeit eines Übereinkommens und doch ſei der in Rede ſtehende Gegenſtand ein ſo wichtiger und intereſſanter, daß ich wohl die Bitte an ihn ſtellen dürfe, mir das Verſprechen zu verſchaffen, daß, wenn der Großherzog einen Diener nach Berlin abordne, man dieſen, ohne vorgefaßte Meinung, zu einer gründlichen Erörterung der Materie mit Fachmännern zulaſſen und ſeine Vorſchläge in reifliche Erwägung ziehen wolle. Erſt wenn dies vorangegangen, werde es ſich zeigen, ob die Sache möglich ſei oder nicht.

Hierauf erwiderte Bernſtorf: Ein ſolches Begehren ſei zu ſehr in der Billigkeit und in den Rückſichten begründet, die ſein Hof dem Großherzog ſchulde und bereitwillig zolle, als daß es abgelehnt werden könne, man werde daher zu dem Ende Einleitungen treffen, wenn von hier aus eine amtliche Anregung erfolge.

---

[1]) In dieſer Beziehung enthielt der Brief eine merkwürdige Stelle, die ſagte: „— wenn dies (die quaſi Mediatiſation) in der Abſicht liegen ſollte, ſo muß ich Sie verſichern, daß der König, mein Herr (Friedrich Wilhelm III.), nach ſeinen Grundſätzen niemals darauf eingehen würde.“

Erſt nachdem dieſer Brief mir die Gewißheit gegeben hatte, daß ein derartiger Antrag nicht werde ſchnöde zurückgewieſen werden, legte ich meine Korreſpondenz Seiner Königlichen Hoheit vor. Ludewig I. hatte zu klare ſtaatliche Anſichten, war zu ſehr durchdrungen von der Überzeugung, daß die zahlloſen Mauten im Innern ein Unglück ſeien, das[1]) daß ich nicht im voraus Seiner Genehmigung hätte verſichert ſein dürfen.

Herr v. Hofmann ward beſtimmt, nach Berlin zu gehen und nachdem wir unter uns alle Chancen überlegt, um Anträge zu formulieren, reiſte er unter anderem Vorwand dahin ab. Gar wenig Menſchen kannten ſeine Beſtimmung.

Dort war Herr v. Motz, ehemaliger Chefpräſident in Magdeburg, Finanzminiſter und hatte im Miniſterio ſeinen künftigen Nachfolger (denn er ſtarb bald) „Maaſen“ zur Seite. — Der erſte war ein ſehr geſcheiter Mann, der die Sache aus einem anderen Geſichtspunkte als Graf Bernſtorff urſprünglich getan hatte, betrachtete, und der andere befreundete ſich vollends mit dem Projekte. Herr v. Hofmann fand daher mehr wirklichen guten Willen, als wir uns zu finden ſchmeicheln durften. Das war aber auch nötig, denn die Schwierigkeit war wahrlich groß. Auf der einen Seite die Beſorgniſſe Preußens, daß das Geſchäft zu ſeinem großen Nachteile ausſchlagen werde, zu beſchwichtigen, und auf der anderen die politiſche Selbſtändigkeit des Großherzogtums vollſtändig zu wahren. Beides gelang jedoch der Geſchicklichkeit des Herrn v. Hofmann. Nach langen Beratungen kam anfangs 1828 jener berühmte Vertrag, der im Laufe der Zeit goldene Früchte für Deutſchland gebracht hat, zuſtande.[2])

Sobald ich durch die Berichte Hofmanns die ſichere Ausſicht erhielt, daß ein Vertrag zuſtande kommen werde, ſagte ich ihm in einer Inſtruktion, er möge dahin ſtreben, daß in einem geheimen Artikel ſtipuliert werde, daß Kurheſſen ganz mit denſelben Bedingungen wie wir ohne alle weitere Verhandlung dem Vertrage beitreten dürfe. Dieſer Separatartikel kam ohne Widerſpruch wirklich zu dem Vertrage.

Ich hatte mir eingebildet, ein ſolcher Vorbehalt ſei eine Art von Pflicht und ein Liebesdienſt, der nur mit großem Danke aufgenommen werden könne, da gerade Kurheſſen, gleich bei[1]) Naſſau eingeklemmt zwiſchen Preußen und dem Großherzogtum, durch unſeren Vertrag in eine peinliche Lage verſetzt werden müßte. Zudem aber war der Beitritt Kurheſſens für Preußen wie für uns in hohem Grade wünſchenswert, da erſt hierdurch ein mehr geſchloſſenes Zollgebiet geſchaffen und die Gefahren vermindert werden konnten, die Preußen wie uns drohten.

---

[1]) Lies: als.

[2]) Ich will hier die Frage nicht zur Sprache bringen, ob es rätlich ſei oder nicht, zwei Miniſterialdepartements in einer Hand zu vereinigen. Ich laſſe das dahingeſtellt ſein. Es hängt wohl von Umſtänden und Perſönlichkeiten ab, das aber iſt ganz gewiß, daß dieſer preußiſche Vertrag nicht oder wenigſtens noch lange nicht zuſtande gekommen wäre, wenn ich nicht Finanzminiſter und Miniſter des Äußern zugleich geweſen wäre und beide Miniſterien zuſammengehalten hätte — denn eine Spaltung unter ihnen, die bei den großen Bedenklichkeiten, die die Sache darbot, wohl nicht ausgeblieben wäre, würde dem Herrn ſelbſt die Sache ſehr erſchwert haben.

Herr v. Hofmann nahm daher, nach Unterzeichnung des Vertrags, ſeinen Rückweg über Kaſſel, um dort eine vertrauliche Eröffnung zu machen. Dieſe nahm Herr v. Schminke, damals Miniſter des Äußern, ſehr kühl auf, doch mußte er ſie ſeinem Herrn hinterbringen.

Seine Königliche Hoheit der Kurfürſt (der letzt Verſtorbene) fanden ſich durch die Mitteilung in großen Zorn verſetzt und äußerten, „von der Sache könne gar nicht die Rede ſein, da es nicht zu dulden wäre, daß die jüngere Linie (des Hauſes Heſſen) ſich anmaße, für die ältere zu paziſzieren“.

Dies iſt eines der betrübenden Beiſpiele, die die Geſchichte zuweilen bringt, daß die wichtigſten Staatsintereſſen, die Wohlfahrt ganzer Länder, ohne weitere Erwägung, nach alberner Laune gelenkt werden können. Kurz, der Empfang war derart, daß Herr v. Hofmann nicht über 24 Stunden in Kaſſel verweilte.

Die Senſation, die jener Vertrag, den niemand erwartet hatte, in Deutſchland erregte, war wirklich eine ungeheure; alle Regierungen kamen in Aufruhr, die Privaten erwarteten mit Staunen, wie ſich die Dinge geſtalten würden. (Gerade dieſer Spektakel amüſierte Ludewig I.) Wer aber einen richtigen ſtaatsmänniſchen Blick bewährte, war König Wilhelm von Württemberg. Dieſer Herr, ſehr betreten beim Empfang der Nachricht, ſagte augenblicklich: „Ihr werdet ſehen, daß wir früh oder ſpät noch werden gezwungen ſein, dem Beiſpiele zu folgen.“ Das geſchah nun freilich nicht ſogleich, aber das Wort war doch ein wahres, denn es erfüllte ſich nach vier Jahren. Vielmehr war die erſte Folge die, daß Bayern und Württemberg unter ſich einen Zollvereinigungsvertrag abſchloſſen, dem ſehr ähnlich, den wir ſoeben mit Preußen eingegangen waren. Dieſe beiden Regierungen waren alſo klug genug, ſich fernzuhalten von der Komödie, die das übrige Deutſchland ſpielte. — Königreich Sachſen, alle Thüringer Regierungen, Kurheſſen, Naſſau traten in einem Kongreſſe zuſammen, um gleichfalls einen Verein zu bilden, der dem Preußiſch-Heſſiſchen entgegengeſetzt ſein ſollte und den ſie den „Mitteldeutſchen“ benannten. Nach langen Beratungen kam ein ſehr unſchuldiges Ding, ein negativer Verein, zutage. Das heißt, die Teilnehmer beſchloſſen, daß jeder von ihnen ſeine Steuerangelegenheiten nach ſeinem Gutfinden regeln, dem Nachbar ſo wenig als möglich wehe tun ſolle, daß alle ſich anheiſchig machten, niemals dem Heſſiſch-Preußiſchen Verein beizutreten. — Der Hauptführer, wenigſtens der Hauptſchreier auf dieſem Kongreſſe war Herr v. Marſchall in Wiesbaden. Allein hinter dem Lauteſten ſtand Öſterreich, deſſen Agenten überall hetzten, um die

---

[1]) Soll wohl heißen: wie.

Ausbreitung des Preußiſchen Vereins zu hindern. Wir in Heſſen ſollten durch dieſen impoſanten Verein bedroht und beſtraft werden, waren aber geſcheit genug, ihm, ſobald die Bedingungen bekannt wurden, ſeine ganze Nichtigkeit abzumerken und uns nicht zu beunruhigen. Bei keiner, ich glaube in der Tat bei *keiner* Gelegenheit ſind ſoviele Orden verſchwendet worden, als bei dieſer. Nicht genug, daß die Miniſter und Geſandten Großkreuze, die Räte Kommandeurkreuze erhielten, auch faſt jeder Kanzliſt, der eine Abſchrift gemacht hatte, mußte bedacht werden. Es war ein Gegacker, als ſei ein großes Werk vollbracht worden, und doch war dieſes ſo ſehr aus leerem Stroh gebaut, daß nach Verlauf von weniger als zwei Jahren der Name „Mitteldeutſcher Verein“ nicht mehr ausgeſprochen ward und mancher Teilnehmer an demſelben bei ſich überlegte, wie er mit Anſtand zu dem Preußiſch-Heſſiſchen übergehen könne.

Als nun Bayern und Württemberg ſich durch Erfahrung überzeugt hatten, daß ihr Separatverein dem Intereſſe ihrer Staaten nicht genüge und daher im Jahr 1833 mit ihrem Geſamtvereine dem Preußiſch-Heſſiſchen beitraten, war für alle Zwiſchenliegende keine Rettung mehr, die Natur der Dinge zwang ſie nicht nur, den Beitritt nachzuſuchen, ſondern die Zeit hatte ſie auch über den großen Irrtum belehrt, in welchem Vorurteile ſie lange erhalten hatten.

Nur Baden, welchem der Umſtand, daß es faſt mehr ausländiſche als deutſche Grenzen hat, eine etwas größere Selbſtändigkeit in dieſer Beziehung verleiht, widerſtand noch mehrere Jahre. Nicht etwa, weil die Regierung nicht eingeſehen hätte, daß es patriotiſcher und vorteilhafter ſei, ſich dem großen Verein anzuſchließen! Nein, ſondern weil die Stände ſich dem hartnäckig widerſetzten, und zwar war es Herr Welcker, einer der Führer der Oppoſition, der die Zweite Kammer aufwiegelte, und warum? „Weil,“ dies ſind ſeine eigenen Worte: „durch einen Zollverein mit dem inkonſtitutionellen Preußen deſſen abſolutiſtiſche Grundſätze in das glückliche, freie und konſtitutionelle Badener Land eingeſchwärzt werden könnten.“ [1]

Leider war ſeine Furcht eine ganz unbegründete, da ſich Preußen einen politiſchen Einfluß nicht beilegte — denn wir haben ſchon von 1845 an geſehen, daß es gar nicht ſo übel geweſen wäre, wenn ein fremder Einfluß den badiſchen Ultrakonſtitutionalismus, der dem Lande und auch uns ſo herbe Früchte getragen hat, ein wenig hätte mildern können. Auch dort ſetzte endlich die Regierung ihre Meinung durch und konnte endlich, die letzte von allen, dem großen Vereine beitreten, der nun ganz Deutſchland umfaßte, mit Ausnahme Braunſchweigs und der beiden norddeutſchen maritimen Staaten, die ihrerſeits den Steuerverein bildeten, der ſeit 1852 auch in den anderen übergegangen iſt.

---

[1] Wer hätte wohl damals glauben können, daß dieſer Ehrenmann einſt badiſcher Bundestagsgeſandter ſein würde?

Dieſe gedrängte, aber getreue Skizze wird einen Überblick des Ganges gewähren, welchen jene große Nationalangelegenheit von dem Ei, d. h. meiner Wiener Punktation vom April 1820 an, bis zu ihrer Vollendung im Jahr 1852 genommen hat. Von da kehre ich wieder nach Darmſtadt und zum Jahr 1828 zurück.

Die erſte Sorge nach abgeſchloſſenem Vertrage war natürlich die Organiſation der Verwaltung, auf welche wir zwar durch unſer eigenes Zollſyſtem vorbereitet waren, die aber doch manche Änderung erheiſchte. — Preußen war vielleicht aus politiſchen Rückſichten, hauptſächlich um einen Verſuch zu machen, ob der von hier ausgegangene Gedanke ſich praktiſch bewähren werde und es verdiene, weiter verfolgt zu werden, in jenen Vertrag eingegangen, ſeine Finanzmänner aber hegten die lebhafteſten Beſorgniſſe, daß das Unternehmen zu ihrem Nachteile ausſchlagen werde, und gingen mit großer Ängſtlichkeit voran, weil ſie unſeren Beamten weder die Verwaltungsgeſchicklichkeit der preußiſchen zutrauten, noch den guten Willen, und daher fürchteten, das Großherzogtum werde das Schmuggeldepot für die ganze Monarchie werden. Darauf beruht es denn, daß ſie die Dauer des Vertrags auf eine Zahl von Jahren beſchränkten und ſich das Recht ausbedungen, ſechs Beamte als Kontrolleure bei unſeren Hauptſtationen anzuſtellen, welche zwar nicht zu verwalten, aber zu bewachen hatten. Sie hatten ſich getäuſcht; unſere Verwaltung ſtellte ſich als eine ſo ſolide dar, die der ihrigen in nichts nachſtand, daß nach Verlauf eines Jahres fünf ihrer Beamten, als unnötige, zurückgezogen wurden, und nur einer bei der hieſigen Zolldirektion in der Eigenſchaft verblieb, in welcher noch heute ein württembergiſcher ſich hier und ein heſſiſcher ſich in Stuttgart befindet.

Das Verdienſt der vortrefflichen Einrichtung unſerer Verwaltung gebührt vor allem dem jetzigen Geheimen Finanzrat Bierſack, früher einer der zahlreichen Steuerrektifikatoren. — Herr v. Hofmann und ich waren dann vorzüglich bemüht, dieſer Verwaltung den Geiſt der Rechtlichkeit einzuprägen, um Preußen jeden Stoff zu Verdacht zu benehmen. Ein kurzer Zeitraum reichte hin, uns das volle Vertrauen der preußiſchen Geſchäftsmänner zuzuwenden, und Herr Bierſack gelangte bald dazu, bei ihnen als eine wahre Autorität im Steuerfache zu gelten. Niemand dachte von da an daran, uns den Vertrag aufzukündigen.

Für mich war dieſer Zeitraum eine der wichtigſten und geſchäftigſten Perioden meines Lebens. Die amtlichen und nichtamtlichen Briefe, die ich damals an preußiſche Miniſter und andere Perſonen zu ſchreiben Tag und Nacht beſchäftigt war, ſind ſchwer zu zählen, doch iſt dies Nebenſache, die Gemütsbewegungen vielmehr die Hauptſache. Der Lärm, den jener für alle unerwartete, ja für unmöglich gehaltene Vertrag verurſachte, war wirklich zum Erſchrecken. Freilich frohlockte die induſtrielle Bevölkerung des Landes nicht nur, ſondern eines großen Teiles von Deutſchland, weil ſie in dem Vertrage eine Morgenröte, einen erſten Anfang eines lang erſehnten Zuſtandes erblickte, und mancher intelligente, weiter ſehende Mann mag dieſe Anſicht geteilt haben. Mich aber, den man als den eigentlichen Urheber betrachtete, trafen die Verwünſchungen, vor allem der Regierungen und aller derer, die die Sache nicht begriffen, und das war bei weitem die Mehrzahl, bis Zeit und Erfahrung, unleugbare Tatſachen, die Begriffe geläutert hatten und mir dann die ſpätere Entſchädigung zuteil ward, zu einer Art von Ruf und Lob zu gelangen.

Wer hier in Darmſtadt den Mund am vollſten nahm, war Graf Lehrbach, Deputierter in der Zweiten Kammer. Er ging umher, um zu beklagen, daß die Stände nicht verſammelt ſeien, und tadelte, daß ſie nicht einberufen würden, um den Miniſter, der das Großherzogtum verraten, zur gebührenden Verantwortung zu ziehen.

In der Tat war es ein Glück, daß die Stände nicht verſammelt waren und wir Zeit hatten, uns in unſerer Poſition feſtzuſetzen und dem Publikum durch den Augenſchein recht begreiflich zu machen, wovon denn eigentlich die Rede ſei; denn das war es, was die meiſten nicht wußten. Wären die Stände in dem Augenblick des Bekanntwerdens des Vertrags verſammelt geweſen, ſo würden wir in den Zuſtand verfallen ſein, der bei dem babyloniſchen Turmbau obgewaltet hat; keiner würde den anderen verſtanden haben.

Es war ſonnenklar, daß etwas ſo Unerhörtes nicht auf rechtliche Weiſe entſtanden ſein konnte. Das war nun gleichfalls ein Unſinn. Es iſt oben geſagt worden, mit welcher Ängſtlichkeit Preußen verſuchsweiſe in dieſen Vertrag einging, und kein Vernünftiger konnte glauben, daß dieſe Regierung dabei noch Geld aufgewendet habe, ihn zu erkaufen. Vielmehr würde die gerade umgekehrte Meinung, nämlich die, daß der Großherzog von Heſſen den Vertrag durch Beſtechung in Berlin erkauft habe, viel eher Wahrſcheinlichkeit für ſich gehabt haben. Aber auf ſolche Kleinigkeiten kommt es gewöhnlich dem Publikum bei ſeinen Urteilen nicht an.[1]

---

[1] Es iſt eine alltägliche Erſcheinung, daß das Publikum, die meiſten der Menſchen, ſich von dem Charakter und der Denkweiſe der Perſonen, die einigermaßen in Evidenz ſtehen, ein zum Teil auf Tatſachen, aber ebenſo oft auf Gerüchte und Vorurteile gegründetes Bild entwirft, und, als ſei dieſes Bild nur in Wahrheit begründet, auf Grundlage desſelben Urteile fällt, Lob oder Beſchuldigung ſchleudert. So auch hier. Herr v. Hofmann und ich waren die einzigen Diener des Großherzogs, die bei dem Vertrage handelnd aufgetreten waren, und doch wurden wir nicht beſchuldigt, Geld von Preußen erhalten zu haben. Das iſt nie geſagt worden. — (Ich erhielt nicht einmal einen Orden, weil ich ihn ſchon ſeit acht Jahren hatte.) Aber einer mußte doch notwendig beſtochen ſein! Hierzu wählte ſich das Publikum nach ſeinem eigenen Geſchmack eine dritte Perſon, von welcher das Gerücht ging und eine Zeitlang Glauben fand, daß ſie aus dem preußiſchen Staatsſchatze 100 000 Taler empfangen habe, um durch ihre Einwirkung den Vertrag zuſtande zu bringen; dieſe Perſon, die ich nicht nennen will, war ſo unſchuldig wie das Kind im Mutterleibe, ſie hatte mit der ganzen Sache nichts zu tun. Es iſt aber garnicht ſelten, daß ſolche Erfindungen müßiger oder bösartiger Köpfe nach Umſtänden ſogar in die Geſchichte übergehen und durch ſie verewigt werden, und in ihren Büchern mag mancher Charakter der Nachwelt ſchwärzer oder lichtvoller erſcheinen, als er bei Lebzeiten wirklich war.

Ich konnte nicht umhin, Ludewig I., in deſſen letztes Lebensjahr dieſe Angelegenheit fiel, alles dies zu hinterbringen, was über den Gegenſtand im Publikum verhandelt ward.

„Was kümmert Uns das?“ ſagte mir eines Tages Seine Königliche Hoheit. „Nichts iſt geſchehen ohne Meinen Willen, und Ich habe Mir die Sache wohl überlegt, bin mit allem zufrieden und gratuliere Mir dazu, an das Geſchwätz der Leute kehre Ich Mich nicht; was können ſie Ihnen denn anhaben ohne Mich? Und davon können Sie verſichert ſein, daß Ich Sie nicht fallen laſſe.“

Durch ſolchen Troſt geſtärkt, ging ich nun meinen Weg weiter, und die Dinge entwickelten ſich, das vollſtändige Dementi aber erhielt der Lärm ſchlagende Herr Graf Lehrbach, denn als nach etwa anderthalb Jahren die Stände wirklich zuſammentraten, hatten die Leute Zeit gehabt einzuſehen, was jener Vertrag bedeute, und es fand ſich in der Zweiten Kammer niemand, der eine Anklage gegen mich und Hofmann provozieren wollte. Ja, ſo ſehr wechſeln oft die Anſichten der Menſchen, daß ihnen heute rot erſcheint, was geſtern gelb ſein ſollte, und als nun Ludewig I. das Zeitliche ſegnete und dem Hohen Nachfolger Ludwig II. eine Adreſſe der Zweiten Kammer zu überreichen war, dieſe (ſie floß aus der Feder des Herrn v. Gagern, Sohn) eine ſehr warme Dankſagung für die durch den Zollvertrag dem Lande erzeigte Wohltat enthielt, aber, der abſprechenden Natur des Konzipienten gemäß, auch einen ſcharfen Ausfall auf andere Regenten, die, wie die Adreſſe meinte, weniger eifrig für das Wohl ihrer Länder beſorgt ſeien.

Natürlich ward mir Abſchrift der Adreſſe vor der Übergabe eingehändigt. Ich fühlte wohl, daß bei der gereizten Stimmung, die viele Regierungen noch bewahrten, dieſer unzarte Wurf, der doch in Zeitungen abgedruckt werden ſollte, noch mehr böſes Blut erzeugen werde, wenn er ohne Rüge bliebe. Als ich daher Seiner Königlichen Hoheit dieſe Abſchrift überreichte und Sie ſich eine Antwort auf die Adreſſe ſkizzieren wollten, gab ich Ihnen den Rat, zwar die Dankſagung für Ihre und Ihres Höchſtſeligen Herrn Vaters Beſtrebungen recht gnädig aufzunehmen, dem aber beizufügen: „daß es der Kammer nicht zukomme, Urteile über fremde Regierungen auszuſprechen, daß Sie, der Großherzog, aus deren Munde keinen Tadel Ihrer Mitfürſten vernehmen wollten, die ebenſo berechtigt ſeien, ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermeſſen zu ordnen, als Sie, der Großherzog, dieſes Recht gleichfalls für Sich in Anſpruch nähmen.“

Seine Königliche Hoheit adoptierten die Phraſe, die, von der Kammerdeputation ſehr übel vernommen, auswärts, zumal bei den Regierungen des Mitteldeutſchen Vereins, großen Applaus fand, und der öſterreichiſche Hof ließ durch ſeinen Geſandten ein eigenes Kompliment wegen dieſes Paſſus hierher gelangen.

*

So groß beim Bekanntwerden des Vertrags der Ingrimm der Nachbarn war, ſo waren doch die Regierungen der Mittelſtaaten nicht in der Lage, uns wie Schülern eine Lektion zu geben. Öſterreich aber nahm dieſe Befugnis in Anſpruch. Jener Hof war in Verzweiflung, weil er irrtümlich glaubte, daß durch ſolche Verträge der politiſche Einfluß ſeines Nebenbuhlers vermehrt werden würde. Mit dem General v. Langenau, der neben dem wenig bedeutenden Grafen Buol (Vater) die cheville ouvrière der Präſidialgeſandtſchaft war, habe ich manche peinliche Unterredung über den Gegenſtand durchführen müſſen; denen Öſterreichern, die mit mir ſprachen, erwiderte ich ſtets, Öſterreich trage ganz allein die Schuld bei der Sache. Seine, des Präſidenten, Bundespflicht würde es geweſen ſein, den Art. 19 der Bundesakte zur Ausführung zu bringen, wodurch alle Partikularverträge abgeſchnitten geweſen ſein würden. Hieran habe ſie der Egoismus ihrer Finanzmänner verhindert, und wenn man begehre, daß dieſem Egoismus zu Gefallen deutſche Fürſten die weſentlichſten Intereſſen Ihrer Länder vernachläſſigen ſollten, ſo ſei das zu viel verlangt.

Kurz, ich zeigte mich in ſolchen Unterredungen wenig empfänglich für Belehrung, und wenn ſie damals nicht alle zuſammen an meinem Sturz arbeiteten, wie es bei Herrn Jaup und einmal ſogar bei Herrn v. Grolman, als er das Äußere führte, geſchehen war, wenn ich „quand même“ die Gönnerſchaft des Fürſten Metternich nicht einbüßte, ſo beruhte das einzig darauf, daß ihnen im übrigen meine politiſchen Grundſätze, die der Fürſt „korrekt“ nannte, wert waren.

Eben dieſer Fürſt kam im Jahr 1829 für einige Tage nach Frankfurt. Ich eilte, ihm einen Beſuch abzuſtatten. Natürlich brachte er die Unterredung auf den bewußten Vertrag; ich verſicherte ihn, daß dieſer nur merkantiliſcher und nicht politiſcher Natur ſei. Er ſchüttelte den Kopf und ſagte: unbegreiflich ſei es ihm geweſen, wie ich mich dazu habe hergeben können, zu dulden, daß der preußiſche Adler an den Großherzoglichen Zollſtellen angeſchlagen werde.

Ich entgegnete mit lautem Lachen, das unbegreiflichſte ſei vielmehr das, daß es Leute gäbe, die ſich erlauben dürften, einen Herrn in ſeiner Stellung mit ſolchen Fabeln zu unterhalten! Er möge mir doch den Gefallen tun, noch heute eine Spazierfahrt nach dem nahen Offenbach zu machen, da werde er am Zollhauſe eine Figur angemalt ſehen, die mit dem Adler keine Ähnlichkeit habe. Der Fürſt war ganz erſtaunt, das zu hören. Soweit war damals die Aufhetzerei und das Lügenſyſtem getrieben worden.

Im Laufe der Zeit bemerkte man denn, daß die Großherzogliche Regierung ſich im Bunde ganz unabhängig von Preußen, oft im öſterreichiſchen Sinne bewegte, und die Prävention minderte ſich allmählich, und als nun gar 1833 der ganze Bayeriſch-Württembergiſche Verein in unſer Lager überging, war nicht mehr zu helfen, man mußte ſich in die Sache finden, geſchehen laſſen, was nicht zu hindern war. Der Groll ſchwand und ward ziemlich vergeſſen.

*

Sehr viele Kongreſſe der Zollvereinsſtaaten haben in Berlin und zuweilen anderwärts ſtattgefunden, teils der Verwaltung gewidmet, wie ſoeben jetzt in

Darmſtadt, vorzüglich aber aus Anlaß des nachgeſuchten Beitritts eines neuen Mitgliedes oder eines wichtigen Handelsvertrags. Bei ſolchen Gelegenheiten iſt das Großherzogtum noch einmal durch Herrn v. Hofmann, einmal durch Herrn v. Kopp, am allerhäufigſten durch Herrn Bierſack, einmal durch General Schäfer, gemeinſchaftlich mit Bierſack, und dann zuletzt durch Herrn v. Biegeleben und Ewald vertreten worden.

Von mir diktiert im Oktober 1854.

Deutſche Geſchichte in deutſchen Geſchichten

Von

Dr. Fritz Endres

Gebieten wir denn dem Geweſenen? Wir dienen dem Kommenden“: über jeder deutſchen Geſchichte ſollte, dem Zünftler ein Ärgernis, dies ſtolzbeſcheidene Wort der Skepſis ſtehen. Gäbe es eine objektive Geſchichtſchreibung: ſie müßte einmal, ſich ſelbſt aufhebend, zu abſoluten Löſungen gelangen. So aber ſpiegelt, deutlicher als was geſchah, die Kunſt — wann jemals wäre die Hiſtorie eine Wiſſenſchaft geweſen? — all das wider, was geſchieht, geſchehen wird, zum mindeſten geſchehen ſollte. In den deutſchen Geſchichten unſerer Zeit wird unſere Zeit lebendig; nicht einmal ein Ranke konnte völlig verleugnen, daß er aus der Reſtaurationsepoche und für ſie geſchrieben.

Der wilhelminiſchen Ära entſprach die „Deutſche Geſchichte“ Karl Lamprechts: ihre Fehler und Vorzüge waren die Fehler und Vorzüge ihrer Zeit. Gewiß führte der Wunſch, „alles deutſche Leben der Vergangenheit zuſammenzufaſſen“, zu einer gewaltigen Konzeption; aber wie den politiſch-wirtſchaftlichen Plänen der Reichsregierung, ſo fehlte auch dieſem wiſſenſchaftlichen Entwurfe des deutſchen Gelehrten äußerlich und innerlich die Möglichkeit der Durchführung. Auch Karl Lamprecht trat mit vorgefaßter Meinung an ſein Werk heran, mit naturwiſſenſchaftlichem Dogmatismus, „mit Hebeln und mit Schrauben“; auch ihm war die Beſcheidenheit fremd geworden, die den Hiſtoriker einſt auf den Schritt Gottes in der Geſchichte hatte lauſchen laſſen; auch ihm fehlte die innere Ruhe, die warten kann, bis die Früchte der Arbeit reifen. Wie ſeine mannarme Zeit ſah auch er ſtatt des Mannes die Menſchen, ſtatt problematiſch-unberechenbarer Individuen eine graue Geſamtheit, deren Entwicklung mit Hilfe einfacher Geſetze vorauszubeſtimmen war. Beweglich und geiſtreich, aber weder ſtark noch feſt, iſt er ein Anreger von hohen Graden, kein Führer geweſen, ein Talent, kein ſchöpferiſcher Künſtler.

Ihrer Begrenztheiten bewußter, haben ſeine Zeitgenoſſen zumeiſt das Problem deutſche Geſchichte entweder überhaupt nicht oder durch Sammelwerke zu löſen verſucht, die ihrer Natur nach eine Löſung nicht ſein konnten. Nur wenige ſind beſtrebt geweſen, ſich von der Verpflichtung, die in dem Begriff „Deutſche Geſchichte“ für jeden rechten Hiſtoriker liegen muß, ſo gut es eben ging, zu befreien. Von Originalität war dabei nicht allzuviel zu ſpüren: iſt Einhart-Claß faſt eine Karikatur, ſo iſt, trotz unleugbarer Vorzüge, doch auch Dietrich Schäfer nur ein Epigone Heinrich v. Treitſchkes: ſelbſt die erfreuliche nationale Tendenz beider Bücher kann über ihren wirklichen Wert den Hiſtoriker nicht täuſchen. Um eine brauchbare deutſche Geſchichte befragt, mußte man vor dem Weltkrieg wohl oder übel auf die etwas altfränkiſchen Bände Oskar Jägers, konnte erſt nach dem Zuſammenbruch mit beſſerem Gewiſſen auf die vortreffliche, nur zu knappe „Deutſche Geſchichte“ Karl Brandis hinweiſen. Wer ſich eingehender unterrichten wollte, griff immer noch am beſten nach der leider unvollendeten „Geſchichte des deutſchen Volkes“, die im Anfang der achtziger Jahre aus dem Nachlaß von Karl Wilhelm Nitzſch herausgegeben worden war.

Unter ſolchen Umſtänden iſt es begreiflich, wenn bei Ankündigung einer neuen deutſchen Geſchichte den gewiſſenhaften Kritiker ein Bangen überkommt. Zwar würde ohne geſchichtliche Selbſtbeſinnung jedem nationalen Aufſtieg in kürzeſter Zeit derſelbe Abſturz folgen. Aber wo fände ſich der Mann, der, im Chaos des Vergehens und Werdens, den Glauben, das Wiſſen, den Willen beſäße, deren als Vorbedingungen die geſchichtliche Selbſtbeſinnung bedarf!

Die „Politiſche Geſchichte der Deutſchen“ (Stuttgart-Berlin 1921, Deutſche Verlags-Anſtalt) verdankt das deutſche Volk einem Außenſeiter, Albert v. Hofmann: in den letzten Jahren iſt, wie wir alle wiſſen, die geiſtesgeſchichtliche Bedeutung ſolcher Außenſeiter, von Langbehn über Chamberlain zu Oswald Spengler, mächtig gewachſen. Ihr Auftreten und ihre Wertung bedeutet eine Reaktion gegen das Zunehmen fachmänniſcher Spezialiſierung, das ſelbſt den Fähigen ſchließlich vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr ſehen ließ. Albert v. Hofmann ſieht den Wald und hört ſeine Bäume rauſchen.

Der erſte Band der „Politiſchen Geſchichte“ (noch iſt nicht mehr erſchienen) reicht „nur“ von der Wanderung der Zimbern und Teutonen bis zum Ende der deutſchen Karolinger; er umfaßt alſo, was vielleicht nicht allen ſofort klar ſein wird, die Hälfte der deutſchen Geſchichte überhaupt, faſt ein volles Jahrtauſend, den Zuſammenbruch einer alten Welt, die Anfänge einer neuen: wer Römerherrſchaft, Völkerwanderung, Frankenreich nur von irgendeiner trübſeligen Geſchichtsſtunde her kennt, wird mit Staunen bemerken, daß bekannt-unbekannte Namen und Daten mit einemmal lebendig werden können, lebendig an ſich und für uns. Denn mit vollem Bewußtſein iſt dieſe Geſchichte für uns geſchrieben; „die ... Herſtellung der lebendigen Beziehungen zwiſchen Gegenwart und Vergangenheit“ bezeichnet der Verfaſſer ſelbſt ausdrücklich als den Zweck ſeines Buches.

Eine Tendenzſchrift alſo? Gewiß nicht! Um objektive Erkenntnis hat auch Albert v. Hofmann ſchwer gerungen, freilich ohne wie andere, bei der kühlen Wiedergabe ſolcher Erkenntnis ſtehenzubleiben. Mit gelehrten Streitfragen, dem Schlachtfeld etwa des Jahres neun hat auch er ſich befaßt; gleichzeitig aber Völker, Menſchen und Mächte mit hellen Künſtleraugen geſehen, mit heißem Künſtlerherzen erlebt, erlitten: die temperamentvollen Sätze über Odovakars Ende konnte ſo nur ein Künſtler ſchreiben.

Auch der beliebte Vorwurf von Kompilation braucht Albert v. Hofmann nicht zu ſchrecken. Gewiß kann in einer großen deutſchen Geſchichte nicht jeder Satz durch eigenes Quellenſtudium befruchtet, in einer künſtleriſch empfundenen Geſchichte nicht jedes Urteil gerecht ſein: wer das klägliche Handwerk des Fehlerſuchens ausübt, wird ſelbſt bei Hofmann auf ſeine Koſten kommen, und alle ſeine Wertungen möchte auch ich nicht unterſchreiben. Aber ein Kompilator wäre nur, wer eigener Gedanken bar, die Ergebniſſe fremder Forſchung planlos aneinanderreihte, nicht wer eine Fülle ſelbſterlebter Einzelereigniſſe von einem großen eigenartigen Geſichtspunkt aus planvoll zu ordnen beſtrebt iſt. Wie in dem prächtigen Buche „Das deutſche Land und die deutſche Geſchichte“ (Stuttgart-Berlin 1920, Deutſche Verlags-Anſtalt) iſt der ordnende Gedanke auch diesmal die Erkenntnis des Zuſammenhanges von Geſchichte und Gelände. Gewiß iſt dieſe Erkenntnis nicht neu: meines Wiſſens hat als erſter der große Geograph Karl Ritter gelehrt, daß jedes Land ſeine notwendige Geſchichte erlebe. So eindrucksvoll aber, zugleich ſo vorſichtig und undogmatiſch wie von Albert v. Hofmann iſt der Ritterſche Gedanke wohl noch von keinem auf die Tatſachen ſelbſt angewendet worden; die Gefahr, den ganzen Entwicklungsgang deutſcher Geſchichte nur als örtlich bedingte Naturerſcheinung anzuſehen, ließ wiederum echtes Künſtlertum vermeiden.

Denn ein Künſtler wie Hofmann hätte ſich, auch wenn er gewollt, dem Heldiſchen in der deutſchen Geſchichte nicht entziehen können. Welch ein Reichtum, welch eine Tragik in den Jahrzehnten nur der Wanderung! Ein Mann nach dem anderen reckt ſich empor, begabt und tapfer, und ſchließlich — erliegen ſie alle, Geiſt und Phantaſie in ſchickſalshaftem Irrtum befangen, vor oſtrömiſch diplomatiſcher Routine. Wer da nichts von ewig-deutſchem Leide ſpürt, für den iſt deutſche Geſchichte ſchlechterdings nicht zu ſchreiben.

Keine beſſere Empfehlung des Hofmannſchen Buches, ich weiß es, als wenn ich begänne zu zitieren: Urteile, Charakteriſtiken, Sentenzen, vielleicht gar den Leſern dieſer Zeitſchrift das grandioſe Bild des Oſtgotenkönigs Theoderich leibhaftig vor die Augen führte. Aber nie ſollte eine Beſprechung der Erſatz ſein wollen für ein Erlebnis. Und dies Buch, erlebt in jeder Zeile, wird vielen ein Erlebnis ſein.

Als das römiſche Reich auf der Höhe ſeiner äußeren Macht ſtand, ſchrieb ſein größter Hiſtoriker, Tacitus, die Geſchichte der römiſchen Kaiſer, ein Buch der Niedertracht und Schande, des Haſſes und der hoffnungsloſen Qual. Er hat recht gehabt. Heute, da wir Deutſchen ſcheinbar ziel- und hoffnungslos durch Nacht und Not dahinwandern, ſchreibt ein deutſcher Hiſtoriker, klaren Auges für die Fehler und Sünden unſeres Volkes, ein Buch des Stolzes, des Glaubens und der Liebe. Er wird recht behalten.

Die neueſte Entwicklungstendenz in der deutſchen Induſtrie

Es iſt viel Unberechtigtes und auch viel Berechtigtes gegen die deutſche Induſtrie und ihre Führer geſchrieben worden, und auch heute ließe ſich gar manches gegen ſie ins Feld führen. Aber über aller Kritik darf man doch nicht die poſitiven Leiſtungen überſehen, die namentlich augenblicklich wieder in einem bewundernswerten Umfange zutage treten. Der Kriegsausgang hatte in vielfacher Hinſicht faſt alle wichtigſten Vorausſetzungen der deutſchen Induſtrie zerſtört. Kein Kapital, keine Flotte, wenig Rohſtoffe, unglaubliche Lieferungsverpflichtungen gegen das Ausland, unendliche Schwierigkeiten durch die Revolution. So betrachtet, ähnelte das deutſche Wirtſchaftsleben zu Ende des Jahres 1918 einem Ameiſenhaufen, in den der Fuß eines Grauſamen willkürlich hineintrat. Ein unendliches Durcheinander, weiteſtgehende Zerſtörung. Wenn man aber heute die Dinge betrachtet, ſo hat man wieder den Eindruck, als wenn der Ameiſenhaufen bereits emſig daran wäre, den zerſtörten Staat wieder aufzurichten. Zwar ſind wir in vielen Dingen noch ſehr weit entfernt von jeglicher Sozialiſierung. Das gilt vor allem von den ſtaatsfinanziellen und währungspolitiſchen Problemen. Aber rein induſtriell vollzieht ſich doch bereits ein erſtaunlicher Geſundungsprozeß. Daß der Arbeitswille im großen und ganzen wiedergekehrt iſt, daß emſig geſchafft, Gutes geleiſtet wird, kann nicht beſtritten werden. Darüber hinaus aber ſehen wir überall, wie an die Stelle des unmöglich gewordenen Alten Neues tritt. Nehmen wir beiſpielsweiſe die Induſtrie mit großem Bedarf an ausländiſchen Rohſtoffen, ſo finden wir da verſchiedene recht charakteriſtiſche Entwicklungstendenzen, verſchiedene Arten, um auf neuen Wegen zu den Rohſtoffen zu kommen. Wir ſehen vor allem Abſchlüſſe und Abmachungen mit dem Ausland. Erwähnt ſei hier der Vertrag der A. E. G. mit Guggenheimer in Neuyork; hier hat man den Amerikanern Aktien gegen die Verpflichtung von Kupferlieferungen gewährt, oder der rührigen deutſchen Knochenmehlfirma Scheidemandel, die mit ihrer amerikaniſchen Konkurrenz Abmachungen traf, oder der Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Co. in Hannover, die ebenfalls mit ihrer größten amerikaniſchen Konkurrentin ein Betriebsabkommen geſchloſſen hat. Die beiden wichtigſten Rohſtoffe Kohle und Erz fehlen uns in der empfindlichſten Weiſe. Den Kohlenmangel ſucht man dadurch aus der Welt zu ſchaffen, daß man ſyſtematiſch an die Stelle von Steinkohle Braunkohle ſetzt. So hat das Rheiniſch-Weſtfäliſche Elektrizitätswerk, die größte Kraftzentrale in Deutſchland, ſyſtematiſch durch Betriebsabkommen mit der Braunkohlengeſellſchaft Roddergrube begonnen, ſich großzügig umzugeſtalten. In bezug auf Erz beſtehen weitgehende Lieferungsverträge mit den nunmehr an Lothringen und Luxemburg gefallenen Konzernen. Neben oder vielleicht vor den induſtriellen Rohſtoffen fehlt uns freilich auch die Nahrung, denn wir ſind ja auch nicht annähernd imſtande, uns ſelbſt zu ernähren. Auch hier iſt wohl die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die Induſtrie, und zwar die chemiſche, für eine befriedigende Verſorgung und Steigerung der heimiſchen Produktion ſorgen wird. Wir denken hierbei an die Stickſtoffgewinnung. Wer jemals die Bahnſtrecke Merſeburg—Halle bei Tag durchfahren hat, kann ſich ja ungefähr vorſtellen, was dort in Entſtehung begriffen iſt, weiß, daß der deutſche Anilintruſt mit einem Koſtenaufwand von 2 Milliarden Mark Deutſchland gewiſſermaßen mit Stickſtoff zu überſchwemmen gedenkt. Daneben ſind ähnliche Pläne in Ausführung, wie etwa die Abſicht der Höchſter Farbwerke, jetzt, wo uns die wichtigſten Kartoffelgebiete genommen ſind, an Stelle der landwirtſchaftlichen Brennereien Spiritus auf ſynthetiſchem Wege herzuſtellen.

All dieſe wirtſchaftlichen Pläne führen auch zu neuen Zuſammenſchlüſſen und wirtſchaftlichen Formen. Faſt täglich hören wir von neuen Zuſammenballungen. Erwähnt ſei nur das Zuſammengehen der Deutſchen Erdöl-Aktien-Geſellſchaft und der Deutſchen Petroleum-Aktien-Geſellſchaft unter gleichzeitiger Aufſaugung ſehr erheblicher Braunkohlenfelder, die offenbar auf Öl und ähnliches hin ausgenutzt werden ſollen, oder etwa an die Errichtung eines Montantruſts durch Peter Glöckner oder ſchließlich an die bemerkenswerten Ausdehnungen der Gutehoffnungshütte in Oberhauſen, die weitgehende Intereſſengemeinſchaft mit wichtigen Fertigfabrikanten eingeht, die ſich beiſpielsweiſe an dem größten deutſchen Schiffsbauunternehmen der Deutſchen Werft in Hamburg oder der größten deutſchen Maſchinenfabrik Augsburg-Nürnberg ausſchlaggebend beteiligt und mit ihnen und anderen Werken eine Intereſſengemeinſchaft gründet.

Das alles aber wird in den Schatten geſtellt durch den ſoeben angekündigten „Elektro-Montan-Truſt“. Darunter iſt zu verſtehen ein inniges Zuſammengehen dreier führender deutſcher Bergwerksunternehmungen, von Gelſenkirchen-Deutſch-Luxemburg-Bochum, mit den beiden Elektrizitätsfirmen Siemens und Schuckert. Die Geſchichte dieſes Truſts ſteht in engſtem Zuſammenhang mit dem verlorenen Krieg, und als geiſtiger Vater iſt wohl Hugo Stinnes anzuſprechen. Sowohl die Gelſenkirchener Bergwerksgeſellſchaft wie auch die Deutſch-Luxemburgiſche Bergwerks-Aktien-Geſellſchaft haben durch unſere Niederlage in weitgehendem Maße wichtige Teile ihrer Unternehmungen an Frankreich bzw. Luxemburg verloren. Beide, früher wohlabgerundete Gemiſchtbetriebe mit reichlichen Erz- und Kohlengrundlagen, verloren ihre wichtigſten Vorausſetzungen für einen geſchloſſenen Betrieb. Sie ſchloſſen ſich deshalb zuſammen, um ſich zu einem großen Betrieb zu vereinigen und ſich gegenſeitig zu ergänzen. Das ſcheint in hohem Grade zu gelingen, und es ſcheint vor allem dadurch, daß die beiden großen Unternehmungen zuſammen unter einen Hut kommen, möglich zu ſein, viel rationeller zu arbeiten, denn was dem einen fehlt, das beſitzt der andere, und da die Werke in gewiſſer Beziehung benachbart ſind, ſo kann man auch durch Seilbahnen u. dgl. gar manches unter Ausſchluß des teueren und umſtändlichen Bahnverkehrs befördern. Seit wenigen Wochen iſt zu dieſen beiden einander völlig Gleichberechtigten ein dritter Montankonzern, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußſtahlfabrikation, hinzugetreten. Es ſcheint ſich hierbei mehr um eine zufällige Erwerbung zu handeln. Durch einen Berliner Großſpekulanten und Bankier war nämlich die Aktienmehrheit von Bochum an der Börſe gekauft worden, und es ſcheint Gefahr geweſen zu ſein, daß die Aktien in ausländiſche Hände übergeführt würden. Stinnes hat dieſe Aktienmehrheit zu einem ſehr erheblichen Preis gekauft, angeblich auf telegraphiſches Erſuchen von Berliner Großbanken. Auch der Bochumer Verein ſcheint nun betrieblich umgeſtellt zu werden, ſo daß ein möglichſt rationelles Arbeiten geſichert wird. Bis hierher iſt die Entwicklung an und für ſich recht bemerkenswert, aber nicht gerade überraſchend. Die Senſation für die Öffentlichkeit trat erſt ein, als dieſer Konzern Gelſenkirchen-Luxemburg-Bochum eine Intereſſengemeinſchaft mit Siemens und Schuckert einging. Denn damit iſt etwas ganz Neuartiges geſchaffen, nämlich ein Truſt, der gewiſſermaſſen ausgehend von der Kohle und dem Erz den Fabrikationsprozeß durchführen wird bis zur fertigen Dynamomaſchine, der Glühlampe und dem Telephon. Man iſt, um es anders auszudrücken, zum erſten Male von der horizontalen Vertruſtung zur vertikalen übergegangen.

Die wirtſchaftlichen Erwägungen, die dieſen Dingen zugrunde liegen, ſind wohl mannigfacher Art. Auf der Seite der Elektrizitätsinduſtrie ſcheint man auf dieſe Weiſe vor allem die finanziellen Sorgen aus der Welt ſchaffen oder mildern zu wollen. Denn bei der außerordentlichen Höhe der heutigen Materialienpreiſe ſind begreiflicherweiſe die Fertigfabrikanten in einiger Verlegenheit, woher ſie die nötigen Mittel bekommen ſollen. Die A. E. G. ihrerſeits hat neben dem ſchon erwähnten Abkommen mit Amerika vor allem auch auf dem heimiſchen Markt einige hundert Millionen neue Aktien ausgegeben. Beim Siemenskonzern ſprach man von einem Geldbedarf von 700 bis 900 Millionen. Der Zuſammenſchluß mildert nun in zweifacher Beziehung dieſe Sorgen. Fürs erſte hat die Intereſſengemeinſchaft Gelſenkirchen-Luxemburg offenbar außerordentlich große Mittel verfügbar, da ſie ja teils zwangsweiſe, teils freiwillig an Frankreich und Luxemburg beträchtliche Vermögensſtücke verkauft hat, wenn auch die Nachricht beſtritten wird, wonach Deutſch-Luxemburg auf dieſe Weiſe eine Milliarde Mark in die Hände bekommen habe. Fürs andere aber wird in dem Augenblick eines innigen Zuſammenarbeitens auf beiden Seiten das Aufslagerarbeiten unnötig. Weder iſt der Bezieher gezwungen, ſich in allen Dingen große Beſtände zu halten, noch aber muß der Fabrikant auf gut Glück ſeine Lager in der alten Weiſe füllen. Wenn Siemens an Luxemburg regelmäßig und frühzeitig ſeine Aufträge auf Träger, Draht uſw. weitergibt, ſo kann man ſich in der Fabrikation danach einrichten, und es werden, wie geſagt, beiderſeits außerordentliche Kapitalerſparniſſe erzielt. Umgekehrt ſcheint man auf der Seite der Schwerinduſtrie ſich zu ſagen, daß der heutige Materialmangel nach einiger Zeit vielleicht aufhören kann. Gibt es doch Leute, die meinen, daß in drei oder vier Jahren nicht nur die Kohlenknappheit beſeitigt iſt, ſondern daß wir dann allmählich ſogar wieder Feierſchichten erleben werden. Aus dieſen Erwägungen heraus will man frühzeitig ſich ſichere Abnehmer binden. Wenn nicht alles täuſcht, ſo iſt die hier ſkizzierte Entwicklung keineswegs vollendet, ſondern es dürften wohl in jeder Beziehung noch weitere wichtige Dinge bevorſtehen. Fürs erſte lehrt ja die Erfahrung, daß derartige Transaktionen anſteckend wirken, und es fragt ſich, ob etwa eine Firma wie die A. E. G. nicht nun ihrerſeits auch Anſchluß an die deutſchen Rohſtoffquellen ſuchen wird. Weiter aber hört man, daß der bereits ſo gewaltige Elektro-Montan-Truſt ſich auch umſieht nach weiteren Fertigfabrikanten. Es iſt begreiflicherweiſe nicht unbekannt geblieben, daß Stinnes die Maſchinenfabrik Augsburg-Nürnberg in den Anſchluß hereinbringen wollte und daß augenblicklich noch Verhandlungen mit den Adlerwerken Kleyer ſchweben. Es iſt gar nicht ausgeſchloſſen, daß man beſonders in der Motorenfabrikation Fuß faſſen will und, ſobald man dort eingedrungen iſt, ganz anders wie bisher auf Typiſieren und Spezialiſieren Wert legen wird. Bekanntlich iſt in Deutſchland üblich, daß ein jeder Fabrikant alle möglichen Dinge fabriziert. Das aber iſt auf die Dauer und bei der heutigen Not unrationell. Man wird deshalb früher oder ſpäter dazu übergehen müſſen, in weitgehendem Maße ſich zu ſpezialiſieren und zu typiſieren. Gerade die Motorenfabrikation wird dabei vermutlich mit gutem Beiſpiel vorangehen müſſen.

Faßt man alles zuſammen, ſo hat man trotz der überſchweren Sorgen, die noch auf uns laſten, doch den Eindruck, daß ähnlich wie ein menſchlicher Körper auch der Volkskörper gewiſſe Kräfte in ſich ſchlummern hat, die für eine Adaption an veränderte Verhältniſſe ſorgen. Ebenſo wie eine offene Wunde am Körper ſofort die weißen Blutkörperchen in Bewegung ſetzt und an der gefährdeten Stelle zur ſchützenden Eiterbildung veranlaßt, ebenſo ſind auch in unſerem Volkskörper gewiſſe halb automatiſche, halb bewußte Kräfte im Gange, die nach einer derartigen unendlich ſchweren Attacke für den Heilungsprozeß Sorge tragen. E. K.

Literariſche Berichte

Die Jakobsleiter. Von Ludwig Finckh. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geb. M. 16.—.

Zwölf Zeichnungen zu Ludwig Finckhs „Jakobsleiter". Von Paul Jauch. (Ebenda). In Mappe M. 10.—.

Eine Oaſe des Troſtes und des Friedens in der Wirrnis und Aufregung dieſer Tage bedeutet uns des ſchwäbiſchen Dichters neuer Roman, den er „Die Jakobsleiter" betitelt hat. Wieder ſind es ein paar innerlich reich bewegte Lebensläufe, denen er uns folgen läßt, und ſie nehmen wieder ihren Ausgang aus Finckhs eigener Heimat; die alte Reichsſtadt Reutlingen mit ihrer näheren und weiteren Umgebung, den romantiſchen Bergen und Wäldern der Alb iſt der Schauplatz für die Kindheits- und Jugendſchickſale der Hauptgeſtalten des Buches, und zu dieſem Schauplatz führt uns der reich und harmoniſch ausklingende Schluß wieder zurück. Wie eine Fülle farbenfreudiger Herbſtblumen in einem ſchön und einfach geformten Gefäß, ſo iſt in der Erzählung ein wahrer Reichtum an volkstümlicher Empfindung und Anſchauung, oft in köſtlich derbem Humor, an eigenartig klugen und friſchen Gedanken über Medizin, als Heil- und als Menſchenkunde, über deutſches Weſen und deutſches Verhängnis zuſammengebracht. Bei aller Helle und Freudigkeit iſt die „Jakobsleiter" doch ein Buch von tiefem, ſittlichem Ernſt, ein Buch, das mit Recht ſeinen Namen trägt nach jenem ſchönen bibliſchen Sinnbild für das Herunter- und Emporſteigen himmliſcher Mächte zum und vom dunkeln, erdgebundenen Menſchenleben. — Zu dieſem Buche nun hat ein ſchwäbiſcher Maler, Paul Jauch, eine Reihe von Bleiſtiftzeichnungen geſchaffen, die jetzt in Reproduktion zu einer hübſch ausgeſtatteten Mappe vereinigt erſcheinen. In weltferner Stille hat ſich Paul Jauchs Talent gebildet; er iſt heute ein Mann, der die Fünfziger ſchon überſchritten hat, ein reifer Künſtler, ganz einzig daſtehend in dem Gebiet, das er ſich ſelbſt geſchaffen und ausgebaut hat, in einer mit abſoluter Meiſterſchaft behandelten Technik der Zeichnung, die dem ſonſt überwiegend für flüchtige Skizze und vorbereitende Studie verwendeten Material des Bleiſtifts völlig überraſchende und doch das Material nicht verleugnende Wirkungen abgewinnt. In dieſen Schwarzweißblättern iſt Sonne und Luft, Wärme und Farbigkeit, Walten der Natur und Schlagen des Menſchenherzens. Die Seele der ſchwäbiſchen Landſchaft, der Geiſt der Finckhſchen Dichtung atmet aus dieſen Blättern, die zu dem Schönſten und Echteſten gehören, was ſtillverſonnene und doch ernſtlich nach Vollendung ringende Kunſt in unſerem „Gotteswinkel" hervorgebracht hat. Es iſt wie eine leiſe, wunderbar harmoniſche Muſikbegleitung zu Finckhs Roman; beide Werke, die Erzählung des Dichters und die Zeichnungen des Malers, bilden eine ſchöne künſtleriſche Einheit, und wer die „Jakobsleiter" liebgewonnen hat, wird ſich auch an der Jauchſchen Mappe als an einem dauernden Beſitz freuen wollen.

Ein glücklich Jahr. Von Karl Storck. Im Geleit deutſcher Dichtung. Stuttgart, Verlag von Greiner & Pfeiffer. In Halbleinen geb. M. 30.—.

„In den letzten harten Jahren, als kein Tag ohne Leid über Geſchehenes oder bange Sorge um die Zukunft war, iſt es mir Gewohnheit geworden, zum Abſchluß des Tages nach einem Gedichtbande zu greifen und darin zu leſen, bis ich beruhigende Stille, erlöſende Schönheit oder auch den mutigen Aufſchwung fand. Da kam mir der Gedanke, ein ſolches hilfreiches Geleit für alle Tage des Jahres aus unſerer reichen Lyrik zuſammenzuſtellen." So ſagt Karl Storck in dem Vorwort zu dem Gedichtbande, der die Verwirklichung dieſes Gedankens iſt, und wir können hinzufügen, daß die Auswahl der Gedichte mit feiner Hand und reifem Geſchmack getroffen worden iſt. Unter der Fülle der Beiträge iſt uns kein Gedicht aufgefallen, das wir in der Sammlung miſſen möchten. Der Herausgeber hat die neuere Dichtung bevorzugt, mit Recht, aber er hat auch Aelteres nicht außer acht gelaſſen. Nur Goethe fehlt. „Das iſt natürlich die Folge ſeiner Fülle, neben der die anderen zu kurz gekommen wären", ſagt Storck, verrät aber zugleich, daß noch ein „Tagebuch der Freude" folgen ſoll, in dem der „heitere" Goethe beſonders vertreten ſein wird. Und ſo können wir die Sammlung warm empfehlen, ſie wird jedem feinſinnigen Leſer gewiß eine ebenſogroße Freude machen, wie ſie ſie uns gemacht hat. Die Ausſtattung des Buches iſt in Anbetracht des heute Gewöhnten ſehr ſchön. H. H.

Der kranke Hölderlin. Urkunden und Dichtungen aus der Zeit ſeiner Umnachtung, zum Buche vereinigt durch Erich Trummler. München, O. C. Recht Verlag.

Der kleine, in der Ausſtattung ſehr anſprechende Band weckt widerſtreitende Gefühle. Er bringt nichts von des Dichters eigenen Niederſchriften aus den Jahrzehnten ſeines Wahnſinns, was nicht in den Geſamtausgaben, nichts an zeitgenöſſiſchen Berichten über ihn, was nicht mühelos an bekannten Stellen zu finden wäre. Was der Herausgeber in der Einleitung und in den Gloſſen über Hölderlins furchtbares Geſchick ſagt, wird manchen, dem der große Dichter ſeit Jahrzehnten ein treuer Lebensgefährte iſt, zum Widerſpruch herausfordern. Die Tragik dieſes Schickſals ſenkt ihre Wurzeln in Tiefen, in die das aſtrologiſch-anthropoſophiſch tönende Pathos Trummlers nicht hinabreicht und die nicht dadurch ergründet werden, daß man die einſchneidende Bedeutung der Kataſtrophe von 1802 leugnet, die Augen verſchließt vor dem erſchütternden Kampf zwiſchen höchſter geiſtiger Klarheit und beginnender Verwirrung, der ſich in Dichtung und Proſa der nächſten Jahre abſpielt, und die Ergebniſſe ſorgfältiger, wenn auch vielleicht im einzelnen danebengreifender ärztlicher Betrachtung abtut als „Zeugniſſe widriger Krankheitswiſſenſchaft“, zugunſten „geheimerer Deutung“. Als bliebe es nicht ewig das tiefſte, Ehrfurcht gebietende und ſchreckliche Geheimnis, wie reinſte, edelſte Geiſtigkeit unlösbar an Körperliches gebunden iſt und mit deſſen Erkrankung ſelbſt erkrankt, verſtummt, erliſcht! So ſtark aber all die Bedenken gegen die Art der Herausgabe und den Standpunkt des Herausgebers ſein mögen, es ſoll nicht geleugnet werden, daß man beim Blättern und Leſen in dem kleinen Buch ſich doch dem Zauber nicht entziehen kann, den die letzten ſtammelnden Verſe des Verwirrten, den ſeine ganze rührend-erſchütternde Geſtalt und ihre Spiegelung in den empfänglichen Gemütern jüngerer Verehrer immer wieder auf uns ausüben müſſen.

—y—

Legenden. Von Iſolde Kurz. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geb. M. 20.—.

An Gottfried Kellers „Sieben Legenden“ klingen dieſe Legenden nicht nur dem Titel nach an; daß ſie aber weit mehr bedeuten als ein Weiterſpinnen des goldenen Fadens, den der Schweizer Meiſter aus altem Golde neu geſchlagen, dafür bürgt ſchon die ſtarke Eigenart der Dichterin und ihr künſtleriſches Gewiſſen, das ihr verbieten würde, ſchon Getanes noch einmal zu tun. Schon in der Stiliſierung der Stoffe iſt ein gewichtiger Unterſchied dadurch gegeben, daß Keller im Schweizeriſchen, Gotiſchen wurzelt, Iſolde Kurz im Boden der Renaiſſance und Italiens, auch wo der Inhalt der Legende, wie etwa im „Zwillingsbruder“, durchaus deutſch anmutet. Dieſe neuen Legenden tragen aber zum Teil auch mehr novelliſtiſchen Charakter, faſt möchte man die ſchon genannte vom „Zwillingsbruder“ und die „Gnadeninſel“ Novellen auf Goldgrund nennen; Unſchuld, Schönheit und Güte ſehen wir von menſchlicher Selbſtſucht und Blindheit bedrängt und verfolgt, aber Erlöſung und Verklärung warten ihrer, an denen „die Gnade von oben teilnimmt“. Dabei wirken aber die kirchlichen, dogmatiſchen Begriffe ganz durchleuchtet von den allgemein menſchlichen, verſöhnenden Kräften, die ihr lebendiger Inhalt ſind, im Sinne des Goetheſchen Wortes: „Alle menſchlichen Gebrechen ſühnet reine Menſchlichkeit.“ Am klarſten und tiefſinnigſten kommt dieſe Grundrichtung der Kurzſchen Legenden vielleicht zum Ausdruck in der zu echter Größe ſich erhebenden Geſchichte von der „Anfechtung des heiligen Franziskus“ und in der lieblich rührenden vom „Einſiedel und der Nymphe Arethuſa“: dort die Verſöhnung der chriſtlichen Weltanſchauung mit den ewig brennenden Fragen nach Urſprung und Sinn des Leidens und der Ungerechtigkeit in der Welt, hier die Verſöhnung des Chriſtentums mit der Antike, beidemal in wundervoll farbigen, lebensfriſchen und herzenswarmen Bildern, ohne jede Spur anſpruchsvoller Gravität in anmutig ernſtem Ton mit dem leiſen Lächeln der echten Weisheit vorgetragen.

Vom Bismarck der 70er Jahre. Von Adalbert Wahl. Tübingen, Mohr.

Zwei verſchiedene Unterſuchungen, deren innere Zuſammengehörigkeit aber durch die Art der Problemſtellung gewährleiſtet iſt, vereinigt der Verfaſſer in dieſem Buch. Die erſte betrifft den Kulturkampf. In einleuchtender Weiſe wird als entſcheidendes Motiv für die Eröffnung des Kampfes durch Bismarck die Rückſicht auf die außenpolitiſche Lage des jungen Deutſchen Reiches erwieſen. Dadurch wird die Tatſache verſtändlich, daß Bismarck die Kampfgeſetzgebung duldete, obwohl er ſie faſt vom erſten Augenblick an verurteilte. Durch den Kampf gegen Rom will er Deutſchland als den gegebenen Bundesgenoſſen für die ebenfalls mit dem Vatikan verfeindeten Mächte Rußland und Italien hinſtellen und auf dieſe Weiſe aus der Iſolierung herauskommen, die zur Gefahr für ſeine Schöpfung zu werden drohte.

Die zweite Unterſuchung betrifft die Kriegsgefahr von 1875, die erſte ſchwere diplomatiſche Niederlage, die Bismarck erlitten hat, einen der Markſteine in ſeinem Verhältnis zu Rußland. Erbittert iſt der Streit, ob der Kanzler damals den Krieg gegen Frankreich gewollt hat oder nicht. Wahl ſtellt die Theſe auf, daß die Epiſode nicht als einheitliches Ganzes behandelt werden darf, ſondern in zwei Phaſen zerlegt werden muß. Die erſte reicht bis zum 15. April. In ihr habe Bismarck, unter dem Eindruck der franzöſiſchen Rüſtungen, die Stimmung der Mächte ſondieren wollen, ob ſie vielleicht zu einer Frankreich aufzuerlegenden Rüſtungsbeſchränkung zu haben wären. Mit Recht leugnet Wahl jeden Kriegswillen Bismarcks. Als er die Ausſichtsloſigkeit ſeines Planes erkannt, habe er ihn fallen laſſen, ſo daß um den 15. April tatſächlich jede Gefahr beſeitigt geweſen ſei. Danach habe dann das bekannte Spiel eingeſetzt, das Bismarck zutreffend als Intrige Gortſchakows und Decazes' empfunden hat. Obwohl ſie wußten, daß keine Gefahr mehr für den Frieden beſtand, gaben ſie ſich den Anſchein, als glaubten ſie an ſeine Bedrohung, und ſchufen ſo für die Ruſſen die Möglichkeit, ſich als Friedensretter aufzuſpielen.

Zweifellos ſtellt die Kriegsgefahr von 1875 einen in ſeiner Wichtigkeit bei uns nicht genügend eingeſchätzten Zwiſchenfall dar. Es iſt deshalb erfreulich, daß durch Wahls Unterſuchung die Aufmerkſamkeit verſtärkt darauf hingewieſen wird.

W. W.

Pierrot. Ein Liederbuch von Rudolf Presber. Mit acht Zeichnungen von Lutz Ehrenberger. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. M. 15.—.

In dem ſeidenen weißen Pierrotkittel fühlt ſich der Dichter wohl; vielleicht ſucht er nichts anderes darin als der Kloſterbruder von ehemals in ſeiner groben Kutte: Weltflucht, Abkehr, Gegenwartsüberwindung. Niemand wird ihn ſchelten, weil er leichtbeſchwingte Weiſen ſuchte in düſteren Tagen, weil er Stimmung und Verkleidung eines nicht deutſchen Spieles wählte, um allerlei zu ſagen und zu ſingen, was auch in Deutſchland einmal Leichtſinn, Hoffnung, Lebensfreude, Schalkheit und Schwermut hieß. — Sehen wir Presber unter die Maske, ſo wird das Auge neben dem ſpieleriſchen Frohſinn auch das Weh der Welt im Spiegel ſeines Temperaments finden, neben der lächelnden Genußfreude den Schmerz und die Sehnſucht eines roten zuckenden Menſchenherzens erſpähen.

Cottaſche Handbibliothek. Hauptwerke der ſchönen Literatur in billigen Einzelausgaben. Stuttgart, Verlag der Cottaſchen Buchhandlung Nachfolger.

Die Cottaſche Handbibliothek iſt neuerdings um eine Anzahl Bände bereichert worden, die allſeitig Intereſſe finden dürften und auf die wir beſonders hinweiſen möchten: „Der Pfarrer von Kirchfeld", Volksſtück von Ludwig Anzengruber; „Das Fähnlein der ſieben Aufrechten", „Der Schmied ſeines Glückes" und „Spiegel, das Kätzchen", von Gottfried Keller; „Salin Kaliſke", von Helene Böhlau; „Die Sängerin" von Herman Grimm; „Um einen Thron", Roman von Eugen Zabel. Ueber Anzengrubers und Gottfried Kellers Bücher brauchen wir wohl nichts mehr zu ſagen, ſie gehören zu den Perlen der Literatur. Helene Böhlaus Novelle „Salin Kaliſke" iſt die Geſchichte eines böhmiſchen Holzſchnitzers, der, vom Schickſal in ein abenteuerliches Leben geſtoßen, unſchuldig ſchuldig wird und ſeine Erkenntnis vom tragiſchen Sinn alles Daſeins mit ſchmerzlich-düſterer Weltflucht beſiegelt. Eine packende Erzählung der bekannten Dichterin. Die Novelle Herman Grimms „Die Sängerin" zeigt, daß der berühmte Literar- und Kunſthiſtoriker, deſſen „Goethe" und „Leben Raphaels" ihm einen glänzenden Namen gemacht haben, nicht nur ein ausgezeichneter äſthetiſcher Beurteiler, ſondern auch ein feinſinniger Künſtler war. Im Mittelpunkt von Eugen Zabels Roman „Um einen Thron" ſteht die zweite Katharina von Rußland, um deren Thron ſich eine geheimnisvoll-zwittrige Welt, verdunkelt von den finſteren Erſcheinungen eines halbaſiatiſchen Moskowitertums, gruppiert.

H.

Die Sünderin. Ein Myſterium in 5 Bildern von Anna Freiin von Krane. J. P. Bachem, Köln. Geb. M. 3.—.

In dieſer Dichtung iſt die Macht des Chriſtentums verherrlicht. Die Geſchichte der Sünderin ſpielt im Jahre 31, zur Zeit des Kaiſers Tiberius. Dieſe iſt die Jüdin Miriam, die Geliebte des römiſchen Legaten Prokulus. Sie wird durch das Chriſtentum — Chriſtus tritt auch perſönlich auf — zu ihrem Volk zurückgeführt und dann mit einer Anzahl Stammesgenoſſen bekehrt. Der Stoff iſt dem Weſen nach derſelbe, den die Verfaſſerin in ihrem Roman Magna Peccatrix (Maria Magdalena) behandelt hat. Für ein eigentliches Drama — dieſer Name iſt abſichtlich vermieden — iſt manches zu breit gehalten; doch ſchreitet die Handlung ununterbrochen vorwärts und iſt durchaus ſpannend. Die Sprache, Proſa, iſt dem Stoff entſprechend realiſtiſch gehalten, weiſt aber doch tief poetiſche Stellen auf.

E. M.

Wilhelm und Karoline v. Humboldt in ihren Briefen, 1788—1835. Herausgegeben von Anna v. Sydow. Gekürzte Ausgabe in einem Band. Mit 6 Bildern. Berlin, E. S. Mittler & Sohn Geb. M. 40.—.

Unſere heutige Generation ſucht nach neuen Vorbildern deutſcher Menſchheit und Menſchlichkeit; ſie hat ſich das in Wahrheit etwas abſtrakte Ideal des „gotiſchen Menſchen“ geſchaffen, in mehr oder minder betontem Gegenſatz zum „Goethiſchen Menſchen“. Die Sorge, über den humaniſtiſchen Einſchlag des Menſchen unſerer klaſſiſchen Literaturperiode den germaniſchen Grundcharakter, das ſtarke Individualiſtiſche, zu verlieren, zeugt nicht gerade von einem wirklichen Gefühl der Sicherheit im Beſitz „völkiſcher“ Eigenſchaften. Die deutſchen Menſchen etwa von 1750 bis 1830 wußten, klar oder inſtinktiv, daß wir nicht in Gefahr ſind, uns zu verlieren, ſolange wir ernſthaft danach ſtreben, uns zu vervollkommnen. In niemandem vielleicht, Goethe und Schiller ausgenommen, hat ſich dies Streben nach Vervollkommnung reiner ausgewirkt, einen reicheren harmoniſcheren Charakter entwickelt, als in Wilhelm v. Humboldt. Und nirgends tritt uns das rein Menſchliche Humboldts unmittelbarer, anziehender und bezaubernder entgegen als in ſeinem Briefwechſel mit der ihm ebenbürtigen, mindeſtens ſeiner durchaus würdigen Lebensgefährtin. Die ſieben Bände dieſes Briefwechſels ſind ſogleich beim erſten Erſcheinen als eine der ſchönſten Gaben unſerer biographiſchen Literatur gewürdigt worden; doch hinderten Umfang und Preis der köſtlichen Publikation die verdiente weiteſte Verbreitung. Jetzt hat die Herausgeberin, Humboldts Urenkelin A. v. Sydow, aus den ſieben Bänden mit großer Liebe und Pietät eine einbändige Auswahl zuſammengeſtellt; die Briefe — die meiſten der aufgenommenen konnten leider nur gekürzt gegeben werden — ſind mit erläuternden und verbindenden Anmerkungen verſehen und ergeben ſo zuſammen ein vollſtändiges Lebensbild und Doppelbildnis der Ehegatten. Eine beſonders liebe und wertvolle Gabe wird der ſchöne Band, der ſo entſtanden iſt, den vielen Freunden des gleichfalls von A. v. Sydow herausgegebenen, in ſeiner Art nicht minder anziehenden Buches „Gabriele v. Bülow“ bedeuten. —r.

Die neue Muſik. Von Walter Krug. Verlag Eugen Rentſch, Erlenbach bei Zürich. 124 Seiten, 8 Bildniſſe.

In neun bezeichnenden Vertretern taucht ſie aus dem Nebel unklarer Begriffe vor uns auf, die neue, zeitgenöſſiſche Kunſt, mit ihren Vorzügen und Schwächen. Letztere zeigt der Verfaſſer nicht bloß an Schönberg, ſondern auch an Strauß, Mahler und Reger, ja an Grieg und Tſchaikowſky. Dagegen ſpricht er Pfitzner bleibende Bedeutung zu, ſo ſtark ſich dieſer etwa von Wagner abhebt, deſſen Parſifal einige ſchöne Worte gewidmet ſind. Am höchſten aber ſtellt der Verfaſſer Pfitzners Gegenbild, den Symphoniker und Kirchenkomponiſten Bruckner (aus der Abneigung gegen Bruckner hat Pfitzner nie ein Hehl gemacht). Was über Bruckners Symphonien geſagt wird, berührt ſich in manchem mit den bekannten Ausführungen Auguſt Halms, bietet aber viel Eigenes und macht den wertvollſten Abſchnitt des empfehlenswerten Buches aus: er iſt geiſtvoll und ſachlich zugleich, und ſo geſchrieben, daß ihn jeder Brucknerhörer verſtehen kann.

Dr. Karl Grunsky.

Der Weg nach Dingsda. Erzählungen von Auguſte Supper. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Gebunden M. 16.—.

Kleine Erzählungen, meiſt von „kleinen Leuten“ handelnd, von Bauern und Arbeitern, von ländlichen Pfarrern und ihren Seelſorgekindern, von Alten und Kranken — das iſt es, was wir dem Stoff nach in dieſem neuen Geſchichtenbuch der ſchwäbiſchen Dichterin, wie in ſo manchem ihrer früheren finden. Aber was ſie in den Stoff hineinlegt, was ſie aus dem von ihr mit ſo viel Liebe und ſo ſtarkem ſittlichem Ernſt beobachteten Kleinleben herausſieht, das gibt dieſen anſcheinend ſo einfachen Geſchichten einen inneren Gehalt, eine verſchwiegene Tiefe, wie wir ſie bei gar manchen viel anſpruchsvolleren Schriftſtellern vergeblich ſuchen würden. Die Grundſtimmung ihres Lebensgefühls und ihrer Weltanſchauung kann man wohl als myſtiſch bezeichnen, wenn man unter Myſtik den nicht dogmatiſch feſtgelegten, ſondern gefühlsmäßig erlebten Glauben an die Beſeelung und Gottdurchdrungenheit alles Daſeins verſteht. Wie ſie in das Alltägliche ſcheinbare Zufälle ſeltſame und bedeutungsvolle Lichter werfen ſieht, wie ihrem ſtarken und reinen Naturgefühl Zuſammenhänge zwiſchen Menſchenſchickſalen und Naturvorgängen als beſeligende Gewißheit ſich offenbaren, davon weiß die Dichterin in immer neuen Geſtalten und Bildern zu berichten, deren ſymboliſcher Gehalt darum ſo rein und überzeugend wirkt, weil ſie zugleich mit ſo kraftvoll geſundem Wirklichkeitsſinn der feſtgegründeten Welt des Tatſächlichen, Gegenwärtigen entnommen und nachgebildet ſind. Dabei umfaßt dieſe ſcheinbar eng umgrenzte Welt eine bedeutende Weite des perſönlichen Wollens und Anteilnehmens. Alles in allem: ein kleiner Band und doch eine reiche Gabe!

Das Leben Jeſu. Von Joh. Lepſius. 2. Band. Potsdam, Tempelverlag. 380 Seiten.

Dem erſten Band, der an dieſer Stelle früher bereits angezeigt wurde, iſt inzwiſchen der zweite gefolgt. Er hält ſich auf derſelben Höhe, ja man kann ſogar ſagen, daß er noch beſſer gelungen iſt. In drei Büchern: Jeruſalem, Jericho, das Ende werden fünfundzwanzig Kapitel von zum Teil plaſtiſcher Kraft und dichteriſcher Schönheit geboten. Schlicht und einfach, aber oft hinreißend iſt die Sprache. Wie lebendig werden viele Geſchichten und Szenen, wie die Feſte in Jeruſalem und die Streitgeſpräche mit den Gegnern. Es iſt hier nicht der Ort, mit dem Verfaſſer über die Möglichkeit der Aufgabe eines „Lebens Jeſu“ überhaupt, über die Frage des „Romans“ und der „Biographie“ zu ſtreiten. Es wird hier eine feine Mittellinie eingehalten. Trotz aller Freiheit in der Geſtaltung und Gruppierung des Stoffs wird doch das allzu Willkürliche vermieden. Jeder Leſer wird aufs tiefſte ergriffen werden von der Perſon, die überall im Mittelpunkt ſtebt. Und mögen auch Geſtalten wie Judas oder Pilatus zeitweilig das Intereſſe beſonders auf ſich ziehen, dahinter und darüber ſteht doch immer der Eine, den wir zum letztenmal im Jüngerkreiſe und nach Gethſemane begleiten, deſſen Sterben auf Golgatha in erſchütternder Weiſe dargeſtellt wird und der doch nicht im Tode bleiben konnte. Aber um dieſem Buch gerecht zu werden, muß man es ſelber zur Hand nehmen. Es kann nur durch ſich ſelber reden, und es wird für ſich ſelber reden. Lic. Dr. W.

Hermann Gradl, ein neuer deutſcher Maler-Romantiker. Von Dr. Heinrich Bingold. Mit 12 farbigen Tafeln, 64 ganzſeitigen Autotypien, 12 Zeichnungen und dem Bilde des Künſtlers. Stuttgart, Walter Hädecke. Geb. in Halbleinen M. 32.—, in Ganzleinen M. 65.—, in Halbleder M. 80.—, in Ganzleder (100 num. Exemplare) M. 300.—.

Joſeph Freiherr v. Eichendorff, Aus dem Leben eines Taugenichts. Mit Bildſchmuck von Karl Sigriſt. Mit 4 farbigen Tafeln, 10 Vollbildern und reichem Buchſchmuck. Ebenda. M. 52.—, bzw. M. 65.—, bzw. M. 80.—, bzw. M. 300.—.

Weltwende. Geſammelte politiſche Aufſätze von Graf Poſadowſky. Edenda. M. 10.50 und M. 14.—, in Ganzleinen M. 18.—, Halbleder M. 30.—.

Jahresgabe deutſcher Dichter. Ebenda. Geb. M. 3.50 und M. 5.—, in Ganzleinen M. 7.—, in Saffianleder auf Bütten (300 Exemplare) M. 125.—.

Es mag erlaubt ſein, einige unter ſich ganz verſchiedene Werke hier vereinigt anzuzeigen, unter dem Geſichtspunkt, daß jedes von ihnen in ſeiner Art ein ſchönes Feſtgeſchenk darſtellt und daß alle zuſammen die Strebſamkeit und Vielſeitigkeit des jungen Verlags kennzeichnen, zu deſſen erſten Publikationen ſie gehören. — Die Jahresgabe deutſcher Dichter, Sinngedichte und Sprüche der Lebensweisheit von 21 der bedeutendſten deutſchen Dichter der Gegenwart in Fakſimilewiedergabe enthaltend, iſt vor allem eine ſchöne ſinnige Neujahrsgabe, zu der man, wie zu einer Sammlung weltlicher „Loſungen“ im Laufe des Jahres noch manchmal gerne greifen wird. „Wer mit gläubiger Nadel ſticht, überall wird gutes Wort ihn freuen.“ — Jeder politiſch und zeitgeſchichtlich Intereſſierte, welcher Partei er auch angehören mag, darf ſicher ſein, in den politiſchen Aufſätzen des Grafen Poſadowſky Anregung und Erhebung zu finden. Iſt es doch ein echt deutſch geſinnter, durch und durch vornehm denkender Mann, der hier zu uns ſpricht, und deſſen Perſönlichkeit wertvoll genug iſt, um auch ſeinen Aeußerungen zu Tagesereigniſſen einen den Tag überdauernden Wert zu geben. — Aus den politiſchen Kämpfen der Gegenwart führt uns Hermann Gradl in eine zeitferne, idylliſch friedliche Welt. Oft fühlen wir uns an Spitzweg, manchmal auch wohl an Hengeler erinnert, aber Gradl gibt doch immer ſo viel des Eigenen, daß man ſich mit Freude in ſeine verträumten Städtchen und Winkel, in ſeine oft von einem Hauche zarter Melancholie verſchleierten Landſchaften vertieft. Auch der Humor fehlt in dieſer ſtillen Welt nicht und bewahrt ſie und uns vor weichlicher Sentimentalität. Die ganze Ausſtattung und die techniſche Wiedergabe der einzelnen Bilder und Zeichnungen verdient volles Lob. — Das gleiche gilt für die neue Ausgabe von Eichendorffs „Taugenichts“; auch hier ſind wir aus der „aufgeregten Zeit“ weit hinwegverſetzt in glückliche Romantik und goldene Weltvergeſſenheit. Intereſſant iſt es, wie zu der träumeriſch weichen und doch jugendfriſchen Melodie der entzückenden Novelle Eichendorffs die Illuſtrationen und der Buchſchmuck Karl Sigriſts gleichſam die Begleitung in kräftig herben Akkorden geben; Sigriſt iſt ein durchaus modern, wenn man will expreſſioniſtiſch orientierter Künſtler. Ausſtattung und Reproduktionen ſtehen auch bei dieſem Band wie bei den vorhin genannten auf der Höhe techniſcher Vollkommenheit.

Der Weg der Liebe. Von O. S. Marden. Stuttgart, Verlag von Julius Hoffmann. Geh. M. 10.—, geb. M. 14.—.

Was uns im Elternhaus, in Schule und Kirche immer und immer wieder gepredigt und eingeprägt wurde — der Kern der chriſtlichen Heilsbotſchaft: „Liebe deinen Nächſten als dich ſelbſt“ —, das wird in dem vorliegenden Buche in einer Fülle beweiskräftiger Beiſpiele in die Beleuchtung des praktiſchen Lebens gerückt, und jeder vorurteilsloſe Leſer muß ſich von der Tatſache überzeugen, daß die Betätigung wahrhafter Nächſtenliebe nicht bloß ein kirchliches Dogma und das höchſte Ideal menſchlicher und chriſtlicher Vollkommenheit darſtellt, ſondern daß ſie zugleich tiefſte Lebensweisheit, eine Quelle innerer Kraft, Geſundheit und Befriedigung wie ein Wegweiſer zu äußerem Erfolg und Lebensglück iſt. In einer Zeit, wo Wut und Rachgier wilde Orgien feiern, wo der Traum der menſchlichen Bruderſchaft zum widerlichſten Poſſenſpiel verzerrt wird, wo der Peſſimismus immer weiter um ſich greift und „die böſe Tat fortzeugend Böſes zu gebären“ droht, da tut es doppelt und dreifach not, ſich die apoſtoliſche Mahnung: „Liebet euch untereinander!“ zu Herzen zu nehmen und durch einen hoffnungsfreudigen Optimiſten daran erinnert zu werden, was für ein Paradies die Liebe und Verſöhnlichkeit aus derſelben Erde machen könnten, die durch Haß und Krieg zu einem unerträglichen Jammertal geworden iſt. H.

Der Friede von Verſailles. Wirtſchafts- und ſozialpolitiſche Ausblicke. Von Adolf Braun. 8°. 34 S. Berlin, J. Springer. Geb. M. 2.—.

Während die meiſten Betrachtungen über Friedensverträge bisher hauptſächlich von hiſtoriſchen oder politiſchen Geſichtspunkten ausgingen, unterſucht Verfaſſer hier von rein wirtſchaftlichem und ſozialpolitiſchem Standpunkt aus die Folgen, die der Verſailler Friedensvertrag für Deutſchland haben muß. Seine eingehenden Unterſuchungen, die ſich unter Berückſichtigung des Geſamterdraums als Wirtſchaftsgebiet und deſſen Entwicklung während des Weltkrieges auf alle wirtſchaftlichen Fragen und Zukunftsmöglichkeiten erſtreckt, kommen trotz ihrer nüchternen, ſich von allen politiſchen und nationalen Erwägungen fernhaltenden Betrachtungsweiſe zu dem Ergebnis, daß die Friedensbedingungen für Deutſchland in jeder Hinſicht, wenn auch vielleicht nicht undurchführbar ſein, ſo doch die deutſche Volkswirtſchaft und die ſoziale Entwicklung Deutſchlands auf das ſchwerſte ſchädigen werden. —ei—

Die Liebe der Jugend. Erzählung von Wilhelm Meyer-Förſter. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geb. M. 15.—.

Ehe Wilhelm Meyer-Förſter mit ſeinem „Alt-Heidelberg“ ſich den großen, heute noch fortdauernden Bühnenerfolg errang, war ſein Name ſchon durch einige Romane bekannt geworden — auch das Bühnenſtück iſt ja bekanntlich erſt aus der Erzählung „Karl Heinrich“ entſtanden. Lange Jahre hat dann der Dichter geſchwiegen; heute erſcheint er endlich wieder vor dem Publikum mit einem kleinen Buch, nach dem jeder, der einmal „Alt-Heidelberg“ geſehen, mit Spannung, jeder, der den Erzähler Meyer-Förſter aus ſeinen früheren Werken kennt, mit angenehmer Erwartung greifen wird. Und keinen wird dieſe neue Erzählung enttäuſchen. Denn bei aller Anſpruchloſigkeit des Stoffes, der Geſchichte einer „erſten Liebe“, die ſich ſelbſt ein paar Monate lang für „ewig“ hält, und bei aller Schlichtheit der Darſtellung feſſelt die Erzählung durch echtes, warmes Gefühl und durch allerlei überraſchende, originelle Züge, die das alte Thema wieder ganz neu und friſch erſcheinen laſſen. Den Grundton des Buches gibt wohl jene leiſe Wehmut, mit der jeder, dem eine ſchöne Jugend beſchieden war, auf dieſe zurückblickt; aber dieſe Empfindung wird nie zur Rührſeligkeit, denn immer wird ſie umſpielt und durchklungen von warmherzigem Humor.

Theodor Storms Sämtliche Werke in acht Bänden. Herausgegeben von Albert Köſter. Leipzig, Inſel-Verlag.

Die Köſterſche Storm-Ausgabe, deren erſte Bände hier ſchon vor Monaten angezeigt wurden, liegt nun in acht ſchönen, in Satz, Papier und Einband einfach-vornehmen Bänden vor. Es iſt eine „Klaſſiker“-Ausgabe im beſten Sinn geworden, wie Storm ſie verdiente, der ein Klaſſiker auf dem Gebiet der Novelle iſt, und wie ſie nur einem Gelehrten gelingen konnte, der mit unermüdlicher Andacht zum Kleinen den offenen Sinn für das Große, Weſentliche verbindet. An Kleinarbeit hat Köſter Erſtaunliches geleiſtet, 220 Drucke und Manuſkripte hat er zur Herſtellung des definitiven Drucks verglichen, an 1550 Stellen zum Teil recht weſentliche Berichtigungen der früheren Ausgaben vorgenommen. Aber wie er dieſe Zahlen in der Ausgabe ſelbſt nicht anführt, ſo macht dieſe auch ſonſt kein Aufhebens von dem „labor improbus“, der in ihr ſteckt; keine „Thermometerzahlen“ an den Seitenrändern weiſen auf die textkritiſchen Anmerkungen hin, die, in der zweiten Hälfte des achten Bandes — man möchte ſagen, geräuſchlos — untergebracht, hier jedem, der ſich für innere und äußere Form des künſtleriſch geſtalteten Worts intereſſiert, es ermöglichen, ſich von den manchmal recht ſtark voneinander abweichenden Faſſungen und dem Werden der endgültigen Geſtalt ein genaues Bild zu machen. Doch damit begnügen ſich die Anmerkungen nicht; ſie berichten auch in gedrängter Kürze über Anlaß, Motive, Entſtehungsgeſchichte der einzelnen Werke, über die Schätzung, die der Dichter, ſeine Freunde, die Oeffentlichkeit ihnen entgegenbrachten. So ſind die Anmerkungen die beſte Ergänzung zu der meiſterhaften biographiſchen Einleitung, die den erſten Band eröffnet; und zwiſchen beiden Arbeiten des Herausgebers hat der Dichter, ungeſtört und von keiner Zwiſchenrede unterbrochen, das Wort, zuerſt im Vers, in der weſentlich, aber um nichts Unweſentliches vermehrten Sammlung der Gedichte, dann in der Folge ſeiner Novellen, die chronologiſch geordnet die Entwicklung des Dichters aus ſeinem Lebenswerk veranſchaulichen. Und es iſt eine organiſche, nicht immer gleichmäßig fortſchreitende, aber immer vom ſelben Geiſte künſtleriſchen Ernſtes beſtimmte Entwicklung, die von den erſten Geſchichten aus dem Anfang der fünfziger Jahre, wie dem faſt zu populär gewordenen „Immenſee“, zu dem düſteren mächtigen Strandbild des „Schimmelreiters“ aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre führt. — y —

Friedrich Theodor Viſcher. Ausſprüche des Denkers, Dichters und Streiters. Herausgegeben von Rudolf Krauß. Mit 14 Abbildungen. Stuttgart, Verlag von Julius Hoffmann. Geh. M. 12.—, geb. M. 15.—.

Viſcher war wohl eine der markigſten Erſcheinungen unter den vielen Kernnaturen des Schwabenlandes, eine Leuchte ſeiner Wiſſenſchaft, tief ſchürfender Kritiker und wurzelechter Dichter in einer Perſon. Dann war er auch ein unbefangener Politiker und glühender Patriot, eine Perſönlichkeit von ſtraffſter Sittlichkeit, ein Kraftmenſch und eine Kämpfernatur. Daß ein ſolcher Mann viel Schönes und Wahres geſagt, manches kernige Wort geprägt hat, iſt wohl ſelbſtverſtändlich. Rudolf Krauß hat es nun unternommen, aus den poetiſchen und Proſa-Schriften Viſchers die charakteriſtiſchſten Worte zuſammenzutragen, und es iſt ein Genuß, das Buch zu leſen, das ein Bild der ganzen hochgemuten Perſönlichkeit Viſchers wiedergibt.

Die Landkarte Europas geſtern und morgen. Von Georg Engelbert Graf. 8°. 271 S. Berlin, P. Caſſirer. Geh. M. 10.—.

Ein Werk, eigenartig und bedeutend in ſeinem Stoff und ſeiner Betrachtungsweiſe. Auf der Grundlage des hiſtoriſchen Materialismus entwirft Verfaſſer ein Bild der Entwicklung Europas bis auf unſere Zeit und der Kräfte, die dabei maßgebend geweſen ſind; beſonders wertvoll iſt dabei die Anwendung wirtſchaftsgeographiſcher Geſichtspunkte. Bemerkenswert iſt auch ſeine Auseinanderſetzung über die Friedensſchlüſſe des Imperialismus (Breſt-Litowſk und Verſailles), worin er beſonders den letzteren einer vernichtenden Kritik unterzieht, die, da ſie aus dem Munde eines Sozialdemokraten unabhängiger Richtung kommt, dem keinerlei nationaliſtiſche Gründe untergeſchoben werden können, beſondere Beachtung verdient. S.

Maria am Geſtade. Roman von Herbert Sellke. Stuttgart, Deutſche Verlags-Anſtalt. Geb. M. 20.—.

An einem von unheimlich bannendem Zauber umſponnenen See in den Wäldern Litauens beginnt dieſer Roman. Hier knüpfen ſich die Fäden ſeines Geſchehens, von Anfang an auf geheimnisvolle Zuſammenhänge und unentrinnbares Verderben hinführend. Wohin ſich auch Wend Rehberg, der Held des Romans, wenden mag, im internationalen Badeleben am Lido Venedigs, an einſamer ſkandinaviſcher Küſte, in ſeiner Heimatſtadt Danzig und wieder an jenem See mit der verlaſſenen Kapelle „Maria am Geſtade“ — immer dichter zieht ſich um ihn das Netz, in das er ſich, teils durch eigene Widerſtandsloſigkeit, teils durch das Walten der Elementargeiſter, verſtrickt ſieht. Dieſelben Geſtalten, eine ſchöne Frau aus dem Geſchlecht der Undinen, ein Mann von anſcheinend hochſtaplerhaftem, deſpotiſch erpreſſeriſchem Weſen, eine halbverrückte und doch ſchlaue Alte, treten immer aufs neue unter ſeltſam wechſelnder Hülle an ihn heran und zerſtören ſeinen Frieden und ſeine Exiſtenz, während eine edle, reine Frau in treuer Hingabe und ſelbſtloſem Entſagen ihn vergeblich aus dieſem Bann zu retten ſucht. Mit raffinierter Kunſt hat der Verfaſſer es verſtanden, Bewegung und Gepräge des modernen Romans in das geſpenſtiſche Zwielicht des Naturmythus zu rücken, die elementaren Triebkräfte, die im Menſchenherzen wie im Naturleben immer wieder durchbrechen, in Geſtalten und Vorgängen zu verkörpern, die ſich auf der ſchmalen Grenze zwiſchen Wirklichkeit und Märchen, zwiſchen Tag und Traum lockend und verwirrend bewegen. So blickt aus dem Roman etwas Sphinxhaftes, dämoniſch Zwiefältiges den Leſer an und feſſelt ihn unwiderſtehlich, von der „mondbeglänzten Zaubernacht“, in die ihn der Anfang führt, bis zu dem tragiſch verſöhnenden Ausgang.

Eingeſandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Beſprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bernhardi, Friedrich v., General der Kavallerie z. D., Vom Kriege der Zukunft. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges. Berlin, Ernſt Siegfried Mittler & Sohn. Geh. M. 15.—, geb. M. 19.—.

Boy-Ed, Ida, Charlotte von Kalb. Eine pſychologiſche Studie. Mit 8 Abbildungen. Stuttgart und Berlin, J. G. Cottaſche Buchhandlung Nachf.

Chrouſt, Prof. Dr. A., Die Oeſterreichiſche Frage. Würzburg, Verlag von Kabitzſch & Mönnich. Broſch. M. 4.—.

Die Deutſche Schulreform. Ein Handbuch für die Reichsſchulkonferenz. Herausgegeben vom Zentralinſtitut für Erziehung und Unterricht Berlin. Leipzig, Verlag von Quelle & Meyer. Geh. M. 22.50, geb. M. 30.—.

Die Deutſche Stadt. Kommunale Monatshefte. Heft 1 und 2. Stuttgart. Herausgegeben von der Deutſchen Geſellſchaft für Kommunalweſen.

Die Friedenslaſt. Die Probleme des Friedensvertrages in gemeinverſtändlicher Darſtellung. Herausgegeben von der Deutſchen Liga für Völkerbund. 3. Heft. Die Bedrohung der Deutſchen Wirtſchaftshoheit durch den Frieden von Verſailles. Von Dr. Eduard Roſenbaum. Berlin, Verlag Hans Engelmann.

Enthüllungen aus dem franzöſiſchen Generalſtab. Jacquot, Paul, Major im Generalſtab der franz. VIII. Armee, General Gérard und die Pfalz. Herausgegeben von Dr. Ritter-Mannheim. Berlin W, Verlag von Julius Springer. M. 7.50.

Erdmann, ſen., Karl, Gewerkſchaften, Räteſyſtem und Demokratie. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 1.50 und 25 % Teuerungszuſchlag.

Frank-Charlottenburg, Paul, Wohlfahrtspflege im Volksſtaat. Gedanken zur Umgeſtaltung des Fürſorgeweſens. Berlin, Verlag von Franz Vahlen.

Frekſa, Friedrich, Der Wanderer ins Nichts. Roman. München, Georg Müller Verlag.

Freytag-Loringhoven, Frhr. v., General der Inf z. D., Dr. h. c. der Univerſität Berlin, Heerführung im Weltkriege. Vergleichende Studien. Erſter Band mit 44 Skizzen im Text. Berlin, Ernſt Siegfried Mittler & Sohn. M. 16.—.

Goldſchmidt-Faber, Dr. jur. Hermann, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums. Ein Bekenntnis. Berlin, C. A. Schwetſchke & Sohn. Geh. M. 6.—.

Golz, Bruno, Ludwig Richter. Der Mann und ſein Werk. Mit 15 Abbildungen nach teils noch unbekannten Werken Richters. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. In Pappband M. 28.—.

Günther, Prof. Adolf, Rückkehr zur Weltwirtſchaft. Die Organiſation der Weltwirtſchaft auf ſozialer und kontinentaler Grundlage. München und Leipzig, Verlag Duncker & Humblot. Geh. M. 8.—.

Günther, Geheimrat Prof. Dr. Siegmund (München), Lehren der Revolution. Zur Frage Reform oder Revolution. München und Leipzig, Verlag Duncker & Humblot. Geh. M. 3.—.

Hamburger, Dr. Ernſt, Zur Kohlen- und Rohſtoffnot. Ihre Urſachen und ihre Ueberwindung. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 2.—.

Helfferich, Staatsminiſter Dr., Der wirtſchaftliche Hintergrund des Weltkrieges. Vortrag gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 18. Oktober 1919. Leipzig und Dresden, Verlag von B. G. Teubner. Geh. M. 1.20.

Heuß, Theodor, Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann. M. 2.50.

Hopman, Vizeadmiral a. D. Der Bolſchewismus als Weltgefahr. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 1.25 und 25 % Teuerungszuſchlag.

Immanuel, Friedr., Oberſt a. D., Der Weltkrieg 1914 bis 1919. Volkstümliche Darſtellung des Krieges zu Lande, zur See, in den Schutzgebieten. Mit 5 Karten und 83 Zeichnungen uſw. Berlin, Ernſt Siegfried Mittler & Sohn. Geh. M. 26.—, geb. M. 32.—.

Immanuel, Friedr., Oberſt a. D., Deutſchlands Wiederaufbau und bolſchewiſtiſche Lockungen. Warnung an das deutſche Volk zu ernſter Stunde. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 2.— und 25 % Teuerungszuſchlag.

Kluck, A. v., Generaloberſt, Der Marſch auf Paris und die Marneſchlacht 1914. Berlin, Ernſt Siegfried Mittler & Sohn. Geh. M. 16.—, geb. M. 20.—.

Komaroff-Kurloff, General der Kavallerie, Das Ende des ruſſiſchen Kaiſertums. Perſönliche Erinnerungen des Chefs der ruſſiſchen Geheimpolizei. Berlin, Verlag Auguſt Scherl G. m. b. H. Broſch. M. 30.—, geb. M. 40.—.

Kritik des Weltkrieges. Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege. Von einem Generalſtäbler. Leipzig, Verlag von K. F. Koehler. Geh. M. 20.—, in Halbleinenband M. 30.—.

Kuczynſki, R., Schulden, Steuern und Valuta. Berlin W 15, Verlag Hans Robert Engelmann. M. 3.—.

Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen. Volksausgabe. Berlin SW, E. S. Mittler & Sohn. Geb. M. 22.—.

Martin, Hermann, Rechtsanwalt in Leipzig, Die Schuld am Weltkriege. Leipzig, Verlag von Fr. Wilh. Grunow. Geh. M. 29.—, geb. M. 36.— zuzüglich Teuerungszuſchlag.

Meyers Hiſtoriſch-Geographiſcher Kalender für das Jahr 1921. XXIV. Jahrgang. Mit 12 ausführlich erläuterten Sternkarten ſowie 353 Anſichten hiſtoriſch und geographiſch denkwürdiger Landſchaften und Städte, Bildniſſen, Darſtellungen aus dem Gebiete der Natur-, Kultur- und Kunſtgeſchichte, der Altertums- und Völkerkunde, mit Gedenktagen, Sprüchen, Zitaten, aſtronomiſchen Notizen, Jahresüberſicht, Regiſter und einem Kalendarium auf der Rückſeite. Als Abreißkalender eingerichtet. Leipzig und Wien, Verlag des Bibliographiſchen Inſtituts. M. 24.—.

Monographien zum Völkerbund. Herausgegeben von der Deutſchen Liga für Völkerbund. Heft 8: Reinold v. Thadden, Völkerrecht und Völkerbund. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann.

Neumann, Maxim (München), Des Reichsnotopfers zweiter Teil. Wege zum Wiederaufbau. München und Leipzig, Verlag Duncker & Humblot. Geh. M. 2.—.

Nicolai, Friedrich, Reiſe durch Deutſchland 1781. Regensburg—Paſſau—Linz—Wien. Leipzig-Wien, Leonhardt-Verlag. Geb. M. 16.50.

Plehn, Dr. Hans, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. München und Berlin, Verlag von R. Oldenbourg. Geh. M. 28.—, geb. M. 32.—.

Pribram, Dr. Alfred Francis, Die politiſchen Geheimverträge Oeſterreich-Ungarns 1879—1914. Nach den Akten des Wiener Staatsarchivs. Wien, Wilhelm Braumüller. 1. Band. M. 14.—.

Sammlung von Quellen zum Studium des Bolſchewismus. 5. Heft. Das Juſtizweſen der Sowjetrepublik. (Geſetze und Verordnungen.) Herausgegeben vom Generalſekretariat zum Studium des Bolſchewismus. Berlin W 35, Verlag der Kulturliga G. m. b. H. M. 2.— und 25 % Teuerungszuſchlag.

Schulpolitik und Volksbildung. Schriftenreihe des Preußiſchen Lehrervereins. Heft 1: Kutzner, Dr. Oskar, Die Pädagogiſche Fakultät. Ein Beitrag zur Reform der Lehrerbildung. M. 2 60. Heft 2: Karſtädt, Dr. O., Aufbauſchule und Deutſche Oberſchule. M. 5.—. Heft 3: Tews, J., Ein einheitlicher Lehrerſtand, Die Vorausſetzung und Grundlage der Einheitsſchule. M. 2.40. Heft 4: Harms-Plön, H., Die Volkshochſchule im Lichte allgemeiner Bildungs- und Menſchheitsfragen. Ein Beitrag zn einer naturgemäßen Geſtaltung der Volkshochſchulen. M. 6.—. Oſterwieck-Harz, Verlag von A. W. Zickfeldt.

Schwarte, M., Generalleutnant z. D., Die Militäriſchen Lehren des Großen Krieges. Berlin SW 68, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 34.—, geb. M. 40.—.

Soffel, Karl, Lebensbilder aus der Tierwelt Europas: Von Affen, Fledermäuſen, Inſektenfreſſern, Raubtieren, dem Walroß und den Robben. 23 Tiergeſchichten. Mit 127 photographiſchen Abbildungen freilebender Tiere. Leipzig, R. Voigtländers Verlag. In Pappband M. 28.—, in Leinenband M. 33.—.

Thieſſen, Johannes, Eine neue wiſſenſchaftliche Entdeckung zur Löſung des Rätſels der Schwere nebſt einer Erklärung über das Weſen der Elektrizität und der chemiſchen Anziehung. Düſſeldorf, Selbſtverlag von Johannes Thieſſen. M. 6.—.

Turba, Franz, Das Nationalitätenproblem und der Völkerbund. Berlin, Verlag Hans Robert Engelmann.

Wagenführ, Prof. Dr. Robert, Neues will werden! Kritiſch-politiſche Gedanken über Urſachen, Verlauf und Folgen des Weltkrieges und der revolutionären Bewegung in Deutſchland. Hannover, Helwingſche Verlagsbuchhandlung.

Rezenſionsexemplare für die „Deutſche Revue“ ſind nicht an den Herausgeber, ſondern ausſchließlich an die Deutſche Verlags-Anſtalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Juſtizrat Dr. A. Löwenthal
in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieſer Zeitſchrift verboten. Überſetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rückſendung unverlangt eingereichter Manuſkripte. Es wird gebeten, vor Einſendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart

44

32101 064468950

32101 064468950